

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Oktober 2007

10 Euro

Politische Stellungnahmen 2005 - 2006

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus
in

*Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung*

*Diskussionsbeiträge
zu den Flugblättern und Plakaten*

Inhaltsverzeichnis

2005

		Seite
Januar (1)	Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr	3
Beilage	Stellungnahmen und Dokumente zum Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus	5
Februar (2)	60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!	7
März (3)	Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Nepal!	9
Beilage	Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs (Thesen zur Diskussion)	13
April (4)	Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPD-Wahlerfolge unter dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktionen am 8. Mai in Berlin: Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung! Kampf dem staatlichen Terror!	19
Beilage	Nachruf	23
Mai–Juni (5–6)	8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus 8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus	24
Beilage	Zur Einschätzung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11.6.1945	34
Flugzettel	Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus	58
Juli–August (7–8)	Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: KRIEG	62
September– Oktober (9–10)	„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“ Streik bei Infineon München: Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher	70
November (11)	Die Stärke der erfolgreichen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005 Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei mit Unterstützung durch ein Bündnis antinazistischer Kräfte	74
Dezember– Januar (12–1)	„Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels	78

2006

Februar (2)	AEG, Häfen, Gate Gourmet: Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen!	88
März (3)	Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor allem gegen den deutschen Imperialismus: Unterstützen wir die revolutionären Kräfte im Iran!	92
April (4)	Gegen deutsch-chauvinistische Überheblichkeit: Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)	96
Mai–Juni (5–6)	Unterstützen wir die massenhaften und zum Teil bewaffnet geführten Klassenkämpfe der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Indien!	102
Juli–August (7–8)	Aktuelle Aspekte von Lenins Schrift „Materialismus und Empirio-kritizismus“, gegen die Philosophie der Lügner „Es gibt keine Wahrheit“: Wissen statt Glauben	110
Beilage	Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit (Auszug aus „Rot Front“ Nr. 4, Seite 10–90 sowie den Prüfsteinen in „Rot Front“ Nr. 19, Seite 174–177)	116
September– Oktober (9–10)	Von der Unterstützung pro-imperialistischer reaktionärer bewaffneter Milizen zur direkten militärischen Intervention: Der deutsche Imperialismus schickt seine Bundeswehr-Soldaten in kolonialistischer Manier in den Kongo	148
November– Dezember (11–12)	60 Jahre „Urteil von Nürnberg“ Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses verteidigen!	154

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel

2005

1/05	Januar–Februar 2005	163
2/05	März–April 2005	165
3/05	Mai–Juni 2005	167
4/05	Juli–August 2005	169
5/05	September–Oktober 2005	171
6/05	November–Dezember 2005	173

2006

1/06	Januar–Februar 2006	175
2/06	März–April 2006	177
3/06	Mai–Juni 2006	179
4/06	Juli–August 2006	181
5/06	September–Oktober 2006	183
6/06	November–Dezember 2006	185

Bulletins
zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2005

1/05	Januar–März 2005	189
2/05	April–Juni 2005	199
3/05	Juli–Oktober 2005	203
4/05	November 2005–Januar 2006	207

2006

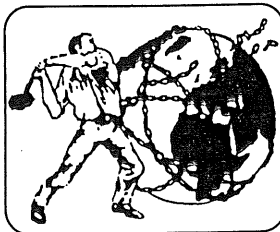
1/06	Februar–März 2006	211
2/06	April–Juni 2006	215
3/06	Juli–September 2006	219
4/06	November–Dezember 2006	223

Anhang:

Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten	227
Inhaltsverzeichnisse der: Politischen Stellungnahmen 1989 – 2004 von <i>Gegen die Strömung</i>	237
Bisher erschienene Ausgaben von „ Rot Front “ Theoretisches Organ von <i>Gegen die Strömung</i>	261

Flugblätter und Plakate

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/05

Januar 2005

Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr!

In der aktuellen Situation gibt es fast nichts, was es nicht gibt: Anarchistische Gruppen wie Teile der FAU propagieren Stalin (es existieren auf einmal auch „autonome“ Kommunisten), lehnen aber die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei ab, und koalieren dann wieder mit trotzkistischen Gruppen. Gruppen wie die MLPD nerven nicht nur durch penetrante Lautstärke, die im umgekehrten Verhältnis zu inhaltlich-kommunistischen Aussagen steht, sondern benutzen Thesen über das „Volk“ (wie es in China vor 1949 als arme werktätige Masse gekämpft hat) in vulgärer und nationalistischer Weise, um in peinlicher Weise den übelsten Angewohnheiten im „deutschen Volk“ hinterherzurrennen bis hin zu „Helau MLPD“. Gruppen wie die DKP und die „Kommunistische Plattform in der PDS“, aber auch die KPD-Ost „Rote Fahne“ reden auf einmal vom „Revisionismus“ und meinen gar nicht sich selbst, als hätten sie mit Chruschtschow, Breschnew, Ulbricht und Honecker nie etwas zu tun gehabt.

Und so wie sie alle mehr oder minder den „friedlichen Weg“ gegenüber diesem deutschen Staat und den Klassenfeinden eingeschlagen haben, so „friedlich“ sind all diese Gruppen auf einmal auch zueinander, treffen sich an „runden Tischen“, zimmern „Wahlbündnisse“ und beschwören die „Einheit“. Und weil es da so schön friedlich zugeht, kommen auch sich eigentlich als „antirevisionistische“ verstehende Gruppen wie der „Arbeiterbund“ oder die KPD „Roter Morgen“ und wer auch immer noch dazu, vergessen alles, was bisher über Revisionismus gesagt wurde und versuchen ohne kommunistisches Programm und ohne kommunistische Strategie taktisch die „Einheit der Kommunisten“ zusammenzuzimmern.

Wer auch immer im Zusammenhang mit diesen Gruppen ernsthaft Fragen der kommunistischen Theorie und Praxis klären will, wird früher oder später auf die entscheidende Frage stoßen: Wie konnte die ehemals so starke kommunistische Weltbewegung zur Zeit Lenins und Stalins derart dezimiert werden?? Wie konnte – vor allem auch durch die polizeistaatlichen Karikaturen echter sozialistischer Demokratie und wirklicher Diktatur des Proletariats, denn darum handelte es sich in der Zeit Chruschtschows und Breschnews in der Sowjetunion und auch in der DDR – solch ein Ausmaß des eh schon gerade in Deutschland massiven Antikommunismus verstärkt werden?

Die kommunistischen Kräfte müssen selbstkritisch feststellen, daß in den letzten über 50 Jahren theoretisch wie praktisch die Gefahr des modernen Revisionismus unterschätzt wurde. Die Revision der kommunistischen Grundprinzipien in der Theorie ging einher mit dem Übergang ins Lager des Kapitalismus und der Reaktion.

Und sollen wir also heute so tun, als wäre nichts gewesen?? Keine polizeistaatliche Diktatur in der DDR, in der an China und Albanien orientierte Kräfte erbarmungslos ins Gefängnis geworfen und verfolgt wurden? Und war die nur als sozialimperialistisch zu bezeichnende Invasion der russischen Armee in Afghanistan mit ungeheuren Massakern – zudem auch innerhalb der sich als „KP“ Afghanistan bezeichnenden korrupten reaktionären Kräfte – an demokratischen und revolutionären Kräften ein „kleiner Fehler“, über den man am besten nicht mehr spricht??

Thesen gegen den modernen Revisionismus

I. Vorgeschichte und erste Erscheinungen des modernen Revisionismus

■ Die Geschichte der kommunistischen Bewegung seit Marx und Engels ist auch die Geschichte des Kampfes gegen opportunistische Strömungen.

Zur Zeit von Marx und Engels der Kampf gegen den Anarchismus und Rechtsopportunismus von Bakunin und Proudhon bis Lassalle und Bernstein. Zu Lebzeiten Lenins und Stalins bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs

GEGEN DIE STRÖMUNG will in den nächsten Monaten und Jahren verstärkt den theoretischen, ideologischen und politischen Kampf gegen den modernen Revisionismus, wie er sich in Deutschland niederschlägt, führen. Hart und unversöhnlich im Inhalt wird es hier und da angebracht sein, in der Form darauf zu achten, zunächst die Argumente und die Debatte in den Vordergrund zu stellen, und mit Schlußfolgerungen auf konkrete Gruppen und Personen bezogen etwas zurückhaltender zu sein, um genügend Zeit für die Debatte zuzulassen, wo sie denn ehrlich angestrebt wird. Denn darum geht es: Angesichts des zunehmenden Drucks durch den Imperialismus auf den berechtigten und richtigen Wunsch nach Zusammenschluß und Einheit angemessen einzugehen, das heißt vor allem auf Argumente und Beweise beruhende Kritik und Polemik und nicht Schlußfolgerungen voranstellende und bloß schimpfende Kritik vorantreiben. Voraussetzungen für einen wirklichen Kampf um Einheit in einzelnen Kämpfen und darüberhinaus ist auch, die eigene Position darzustellen.

GEGEN DIE STRÖMUNG hat die eigenen Positionen kompakt zusammengefaßt in einer Broschüre veröffentlicht. Die grundlegenden Punkte wurden und werden in ausführlichen theoretischen Arbeiten erarbeitet und begründet. Auf dieser Basis sollen die nachfolgenden Thesen gegen den modernen Revisionismus dazu anregen und auffordern, zu diskutieren und auch weitergehende theoretische Arbeiten und Dokumente dazu zu studieren und darüber zu debattieren. Denn die Angst vor der Debatte ist allemal ein Kennzeichen des Opportunismus!

ges der Kampf gegen sich selbst als marxistisch vorstellende Renegaten von Kautsky über Trotzki bis Bucharin.

Als modernen Revisionismus im Unterschied zu diesen Strömungen bezeichnen wir die Revision der Grundprinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus insbesondere nach 1945.

■ Nicht jede Kraft oder jede Person, die sich als kommunistisch bezeichnet, ist auch kommunistisch. Auch

Kräfte, die sich auf Marx, Engels, Lenin und Stalin berufen, tun dies möglicherweise als Täuschungsmanöver, um gerade die Revision der Hauptpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus zu betreiben.

Die modernen Revisionisten heute haben eine lange Vorgeschichte, von der Berufung auf Marx zwecks Entstellung seiner Hauptgedanken durch Bernstein und Kautsky zur Zeit der II. Internationale bis zu den Varianten des modernen Revisionismus nach dem Sieg der Kräfte der Anti-Hitler-Koalition über den Nazi-Faschismus – als vor allem der Titoismus als Variante des Kautskyanerturns, des Trotzkismus und als Nationalismus auftretend, sich auf Marx und Lenin berufend, den Weg des Ausverkaufs des Landes an die westlichen imperialistischen Großmächte 1947/48 begann. Das war zum ersten Mal, daß die Führung einer kommunistischen Partei, die an der Spitze der Regierung eines Landes stand, die Farbe wechselte. Ab diesem Zeitpunkt existierte das Phänomen, daß der moderne Revisionismus eine Staatsmacht zur Verfügung hatte.

■ Die vom Tito-Revisionismus repräsentierte Ideologie und Politik des modernen Revisionismus nach 1945 wurde zum Anziehungspunkt für alle Renegaten, aber auch für schwankenden Elemente, die entgegen den klaren Gesetzmäßigkeiten der Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution durch die nicht verstandene Phase der Anti-Hitler-Koalition nach 1945 nun von einem Ende des „Klassenkampfes“ träumten, einer Ära des friedlichen Nebeneinanders, in der die imperialistischen Großmächte und die sozialistischen Sowjetunion (und dann die Volksdemokratien) „gemeinsam“ zum Wohle der Menschheit arbeiten und was der Phrasen mehr waren. Die reale Politik des Tito-Revisionismus – im Innern wurden die wirklichen kommunistischen Kräfte mit blutigem Terror verfolgt – zeigte die Phrasen von „Neutralität“ und „nationaler Unabhängigkeit“ als Lügen, da der titoistische jugoslawische Staat zum Einflußgebiet der US-, der englischen und dann auch deutschen Imperialisten wurde. Der atmosphärische Einfluß des Titoismus war in unterschiedlichem Ausmaß auch in anderen kommunistischen Parteien, insbesondere auch Westeuropas zu spüren, zeigte sich in Phrasen vom „besonderen nationalen Weg“, dem „friedlichen Weg“ und dem „Kampf gegen den Dogmatismus“ unter dem Vorwand angeblich grundlegender „neuer Bedingungen“ sowie der Leugnung des Endes der Anti-Hitler-Koalition. Die genaue Analyse dieser hier angerissenen Vorgeschichte des Chruschtschow-Revisionismus ist von größter Bedeutung, um tiefgehend die Keime und Wurzeln revisionistischer Positionen im Zuge selbstkritischer Analysen der kommunistischen Weltbewegung heute erkennen und vernichten zu können. Ausgangspunkte sind dabei der historische Kampf der KPdSU (B) und des Kominform-Büros gegen den Tito-Revisionismus sowie die wichtige ideologische Orientierung durch die beiden letzten theoretischen Schriften Stalins „Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft“ und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.

■ Innerhalb Deutschlands zeigt sich insbesondere in der SED nach 1946 die Theorie vom „demokratischen Weg zum Sozialismus“, die fehlende Klarheit über die Grundbedingung der Diktatur des Proletariats als großes Einfallstor für die Theorie und Praxis des modernen Revisionismus. Die Entwicklung der SED (und auch der KPD in Westdeutschland) hin zu vollständig revisionistischen Parteien hat neben der gewichtigen Abhängigkeit vom Chruschtschow-Revisionismus nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 auch tiefe Wurzeln in der eigenen Geschichte, den eigenen Fehlern und eigenen falschen Grundpositionen.

II. Der Übergang vom Chruschtschow-Revisionismus zum Breschnewistischen Sozialimperialismus

■ Direkt nach dem Tod Stalins 1953 zeigte sich, daß auf den ideologischen Positionen Titos und unter dem Druck des US-Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte revisionistische Kräfte in der UdSSR und in der KPdSU längst in Stellung gegangen waren und gut vorbereitete Kampagnen gegen den „Personenkult Stalins“, den „Dogmatismus“, die angebliche „Mißachtung der Rolle der Volksmassen“ inszenierten, sehr rasch den Tito-Revisionismus rehabilitierten, Prinzipienlosigkeit und Demagogie zum Kern ihrer Propaganda machten und bereits 1956 auf dem XX. Parteitag

Chruschtschow seine Führung ausbauen und festigen und sein revisionistisches Programm der „Entstalinisierung“, der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, der Propaganda eines „friedlichen Weges“, der Restauration des Kapitalismus innerhalb der Sowjetunion klar durchsetzen konnte.

Dies wurde – wie zur Zeit der Abspaltung der Titoisten von der kommunistischen Weltbewegung – begleitet von einer Politik der Intrige, der Verhaftungen von kommunistischen Kräften, der Rehabilitierung von Renegaten, der Restauration des Kapitalismus, gestützt auf staatliche Korruption, Zuteilung von Staatsmitteln zur Bestechung usw. Die staatliche „Planwirtschaft“ orientierte sich nach der Beseitigung der Staatsmacht der Diktatur des Chruschtschow-Revisionisten nicht mehr an den Bedürfnissen der Sowjetbevölkerung, genauer: ihrer werktätigen Mehrheit, sondern an der Linie der schrittweisen Einführung und Erweiterung des Prinzips des Maximalprofits, insbesondere auch im Außenhandel, in der Landwirtschaft und in den Industriebetrieben.

■ In der ersten und entscheidenden revisionistischen Phase der Restauration des Kapitalismus unter angeblich reformierten „kommunistischen Theorien“ im Grunde nach dem Tod Stalins, insbesondere aber zur Zeit Chruschtschows 1956 bis 1964 wurde die Diktatur des Proletariats von oben nach unten abgeschafft und die Diktatur der bürokratisch-korrupten Revisionisten-Clique errichtet. Die Machtmittel des Staates, die Armee und die Kommandohöhen der Wirtschaft lagen in ihren Händen, die Kommunistische Partei hatte die Farbe gewechselt.

Die angebliche „Einheit“ der kommunistischen Weltbewegung, im Treffen 1957 und 1960 proklamiert, wurde zur Deckung des Chruschtschow-Revisionismus, die ersten öffentlichen Einwände, Kritiken und Entlarvungen vor allem ab 1963 („Polemik“) nach internen Kritiken durch die PAA und die KP Chinas gegen den Weg Chruschtschows waren erste Befreiungsschläge gegen den erstickenden Umarmungskurs der Chruschtschow-Revisionisten in bezug auf kommunistische Kräfte.

■ Auf der Weltbühne war die Zeitspanne bis 1964 vor allem durch zunehmende Kollaboration mit dem Weltimperialismus gekennzeichnet: Chruschtschows Unterstützung der Imperialisten gegen den Befreiungskampf im Kongo und in Algerien, die Unterstützung der indischen Regierung bei ihren Aggressionen gegen das sozialistische China waren beispiellose Akte des Verrats am proletarischen Internationalismus, der Beginn eines imperialistischen Verständnisses, bei dem sich die Sowjetunion als „Großmacht“ am schmutzigen Ausbeuterpriel der anderen imperialistischen Großmächte beteiligte. Die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und den Staaten des „Warschauer Paktes“ wurden zunehmend von klassischen imperialistischen Prinzipien des „ungleichen Handels“ diktiert.

III. Die Blüte des Breschnew-Revisionismus, des Sozialimperialismus und seiner Verbrechen

■ Die diplomatisch vollzogene Ablösung des Oberrenegaten Chruschtschows durch Breschnew 1964 war der Beginn der Blüte des modernen Revisionismus bis in die 80er Jahre. Nach den vehementen, in vielerlei Hinsicht vollständig richtigen Kritiken der KP Chinas, der PAA und anderer kommunistischer Kräfte in der ganzen Welt und nach seiner zunehmenden Diskreditierung als Clown vor der Weltöffentlichkeit wurde Chruschtschow fallengelassen und die Gruppe um Breschnew dominierte ca. 20 Jahre lang die Politik der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes. Um vor allem die Volksmassen im eigenen Land zu täuschen und die eigene Position zu festigen, wurde der großrussische Nationalismus und die Großmachtideologie Rußlands verstärkt wiederbelebt, die Ausbeutung anderer Länder auch durch bewaffnete als „Hilfe“ getarnte In-

terventionen gesichert und zunehmend im Spiel der imperialistischen Großmächte auch die Rivalität zu anderen imperialistischen Mächten als Merkmal der Politik etabliert.

Die gesamte Innen- und Außenpolitik der breschnewistischen Sowjetunion war imperialistisch und konterrevolutionär, diente einzig und allein der Festigung und dem Ausbau der Macht der Bourgeoisie mit dem Parteiabzeichen, der neuen Bourgeoisie.

Inhaltsübersicht der Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“:

Prüfsteine

■ Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

■ Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

192 Seiten, 5 Euro, zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/M.

visionistisch-kapitalistischen CSSR mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten, die imperialistische Politik gegen Eritrea und in Angola bis hin zum sozialimperialistischen Überfall auf Afghanistan in Rivalität vor allem mit dem US-Imperialismus.

■ Die Haltung zur konterrevolutionären Ideologie und Politik des Chruschtschow-Breschnew-Revisionismus ist nach wie vor ein erster entscheidender Prüfstein für wirklich kommunistische Kräfte: Es kann zwischen uns und dem modernen Revisionismus keinen Mittelweg, keinen Kompromiß, keine rein akademische Debatte, keine Versöhnung geben.

Der moderne Revisionismus richtet sich gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, arbeitet im Interesse des Weltimperialismus, ist eine Variante der Ideologie des Kapitalismus und der Reaktion. Seine Verbrechen dürfen gerade auch angesichts der nötigen theoretischen Auseinandersetzung mit der Fülle ihrer von staatlichen Institutionen erstellten revisionistischen Lehrbüchern und Büchern niemals in Vergessenheit geraten.

IV. Der Bankrott des sozialimperialistischen Revisionismus

■ Bis 1989 haben die westlichen Imperialisten in Rivalität mit dem Sozialimperialismus der Sowjetunion bedeutende Erfolge errungen, vor allem auch infolge der sozialimperialistischen Intervention der UdSSR in Afghanistan, der zunehmenden Infiltration in der UdSSR durch riesige Auslandskredite und Direktinvestitionen bzw. Kapitalexport, der zunehmenden Widersprüche zwischen der brutalen nackten kapitalistischen Realität und der mehr und mehr unbrauchbar und unnötiger werdenden revisionistischen Hülle. So brach 1989 nicht der Sozialismus zusammen, sondern die letzten revisionistischen Fetzen verschwanden seit Gorbatschow.

V. Der Revisionismus und seine Wirkung in China, Albanien, Korea, Vietnam und Kuba

■ Die PAA unter Führung Enver Hoxhas und die KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs arbeiteten bis Mitte der 70er Jahre führend an der Entlarvung des Sozialimperialismus der Breschnew-Führung und ihren Lakaien und an der Kritik der Ideologie und Theorie des modernen Revisionismus.

Die in der Stoßrichtung richtige Kritik enthielt jedoch selbst in unterschiedlichem Maße noch faule Zugeständnisse an den modernen Revisionismus. Der Farbwechsel der sozialistischen VR Chinas Mitte der 70er Jahre nach dem Tod Mao Tse-tungs und einige Zeit später der sozialistischen VR Albaniens bedeutete eine weitere dramatische Niederlage der kommunisti-

schen Weltbewegung nach der ersten riesigen Niederlage 1956, die zeigten, wie groß die Gefahr des Revisionismus in all seinen Varianten ist und wie sehr die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, tausendfach durch die Erfahrungen bestätigt und aus ihr entstanden, Ausgangspunkt der Theorie und Praxis im eigenen Land sein müssen.

■ Heute existieren nach wie vor Staaten, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen, aber alle Merkmale des Revisionismus in ihrer Parteilinie und alle Merkmale des Kapitalismus und der Diktatur der Bourgeoisie besitzen: Die VR China, die VR Korea, die VR Vietnam und Kuba haben längst die Tore für den Ausverkauf an den Weltimperialismus geöffnet, die in der Phrase als „Diktatur des Proletariats“ ausgegebene polizeistaatliche Diktatur dient der Sicherheit der imperialistischen Investitionen und der im Inneren existierenden, zunehmend ungehemmten kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen. Die Orientierung an diesen letzten existierenden revisionistischen Staaten durch diese oder jene revisionistischen Organisationen auch in Deutschland ist in erster Linie Überrest des Breschnew-Revisionismus und geht fast immer einher mit der Rechtfertigung der Verbrechen des Breschnew-Revisionismus wie durch die DKP und ihre diversen Ableger.

■ Heutige Mao- und Hoxha-Glorifizierer gibt es in kleinen, weitgehend rechtsopportunistischen und reformistischen Gruppierungen innerhalb Deutschlands. Das wesentliche an diesen Gruppen ist nicht so sehr die Berufung auf Mao Tse-tung und Enver Hoxha (deren kommunistische Positionen wir verteidigen, deren Fehler wir aber kritisieren müssen, Lenins Kritik an Rosa Luxemburg als Orientierung nehmend), sondern ihre zunehmende Orientierung auf den deutschen Imperialismus, den deutschen Nationalismus und die Anbiederung an die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie gepaart mit erschreckendem Legalismus und ekelhaftem Pazifismus.

VI. Den Kampf gegen den modernen Revisionismus in all seinen Erscheinungsformen weiterführen

■ Anknüpfend an den bisherigen Arbeiten zur Geschichte des modernen Revisionismus, seiner Ideologie und Theorie wie auch seiner Politik müssen die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte beim Aufbau der Kommunistischen Partei den Kampf gegen den modernen Revisionismus, dessen materielle Quellen im Imperialismus liegen, systematisch und auf allen Gebieten weiterführen als vorrangige Aufgabe im Kampf gegen sämtliche Erscheinungsformen der bürgerlich-reaktionären Ideologie innerhalb der berechtigten Bewegung der Arbeiterklasse und fortschrittlicher Kräfte gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Reaktion.

Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr beim Aufbau der Kommunistischen Partei – auch innerhalb der eigenen Reihen!

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

**Vertrieb für
Internationale Literatur**
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 – 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Stellungnahmen und Dokumente zum Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus

■ **„Karl Marx und die revolutionäre Partei“**, in: „Karl Marx“, GDS Nr. 32, 1983, 20 Seiten, 1 Euro, S. 14 ff.

In diesem Teil der Nummer wird u.a. der Kampf von Marx und Engels gegen opportunistische Kräfte und für die revolutionär-kommunistische Entwicklung des „Bundes der Kommunisten“ und der I. Internationale dargestellt.

■ **J. W. Stalin – ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens**
400 Seiten, Offenbach 2003, 15 Euro

Dieses Buch soll ein Beitrag sein mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen gegen Stalin aufzuräumen und inhaltsschwere Kenntnisse zu vermitteln - insbesondere auch über den Kampf Stalins gegen den Trozismus und den Rechtsopportunismus Bucharins -, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

Stalin Werke Band 1 bis 13
sowie die vorhandenen Schriften 1934-1952 inklusive „Geschichte der KPdSU(B)-Kurzer Lehrgang“ auf CD-ROM, Offenbach 2004, 10 Euro.
Buch plus CD-ROM, 22 Euro

■ **Der Kampf J. W. Stalins und der Kominform gegen den Titorevisionismus**
Wien 1979, 128 Seiten, 1 Euro

In dieser Broschüre sind die zentralen Dokumente des Kampfes der Kominform und des ZK der KPDSU(B) gegen den Tito-Revisionismus von 1948/49 abgedruckt sowie einige Artikel von Enver Hoxha bzw. der PAA, welche die Verbrechen der Tito-Revisionisten 1948/49 gegen das damals volksdemokratische Albanien entlarven.

■ **Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 - 1946)**
702 Seiten, Offenbach 2000, 33 Euro

Hier wird sehr ausführlich vor allem die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte anhand von Originaldokumenten der KPD/SED von 1945 bis 1946 analysiert und es werden die Verdienste des Kampfes der kommunistischen Kräfte insbesondere auf dem Gebiet der Entnazifizierung in der SBZ verteidigt. Die Fehler, insbesondere bei der Gründung der SED, die mit dem Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verbunden war, werden auf solidarischer Grundlage kritisiert ohne die Rücksichtslosigkeit der Kritik abzuschwächen.

■ **Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution**
GDS-Flugblatt, 1996, 12 A 3 Seiten, 1 Euro

In dieser Stellungnahme wird nicht nur gezeigt, dass die Linie des 20. Parteitags vollständigen Verrat an den Ideen des Kommunismus bedeutete, sondern der Machtantritt des modernen Revisionismus in der Praxis offene Konterrevolution bedeutete. Der „Breshnewismus“ als Übergang des modernen Revisionismus zur Ideologie und Politik des russischen Sozialimperialismus wird insbesondere anhand der Verbrechen der Breshnew-Revisionisten in der Tschechoslowakei 1968, ab 1973 in Äthiopien und v.a. ab 1979 in Afghanistan entlarvt.

■ **Ein Dokument des Kampfes gegen die revisionistische Konterrevolution: „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)**
GDS Nr. 59, 1992, 55 Seiten, 3 Euro

Im Mittelpunkt steht ein bedeutendes Dokument der kommunistischen Weltbewegung, das Ausdruck des Kampfes von Kommunistinnen und Kommunisten in der Sowjetunion Mitte der 60er Jahre gegen den Chruschtschow-Breshnew-

Revisionismus ist. Außerdem wird der Kampf in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins gegen Revisionismus und Bürokratismus dokumentiert und gegen revisionistische Verleumdungen verteidigt und propagiert.

■ **Zur "Polemik"**

Die revisionistische Linie des 20. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

630 Seiten, Offenbach 2004, 30 Euro

Hier werden die richtigen öffentlichen Kritiken der Dokumente der „Polemik“ der KP Chinas (1963) an den Verfälschungen der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus durch die modernen Revisionisten der KPdSU dargelegt und verteidigt, die gravierenden Mängel und Fehler dieser Dokumente selbstkritisch und solidarisch kritisiert.

■ **Der Kampf zur Vernichtung des westdeutschen Imperialismus erfordert die Auseinandersetzung mit der RAF!**

40 Seiten, GDS Nr. 42, 1988, 2 Euro

In dieser Nummer werden neben der Einschätzung und Kritik der Linie der RAF u.a. relativ ausführlich die Verbrechen des russischen Sozialimperialismus in Eritrea und Afghanistan insbesondere in den 80er Jahren geschildert und entlarvt.

■ **Zur Geschichte Afghanistans – Ein Land im Würgegriff des Imperialismus**

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 Euro

In diesem Buch ist ein Schwerpunkt – neben der Entlarvung der Verbrechen des deutschen Imperialismus in Afghanistan – die Entlarvung der imperialistischen Politik des russischen Sozialimperialismus in Afghanistan bis Anfang der 80er Jahre anhand von Originaldokumenten revolutionärer und kommunistischer Kräfte aus Afghanistan.

■ **Mao Tse-tung - Seine Verdienste, seine Fehler, Band 1 (1926 – 1949)**

400 Seiten, Offenbach 1997, 18 Euro (Teil 2, 1949 – 1976 erscheint 2005 im Verlag Olga Benario und Herbert Baum)

In diesem ersten Teil geht es um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-Tungs anhand seiner Werke bis 1949, die gegen die revisionistischen Fälscher sowie auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet werden.

■ **Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“**

(erscheint 2005 im Verlag Olga Benario und Herbert Baum), ca. 260 Seiten, 10 Euro

Hier wird das Buch „Imperialismus und Revolution“ (1980) von Enver Hoxha ausführlich und mit Originalzitaten belegt kritisiert. Es wird an Kernpunkten des wissenschaftlichen Kommunismus bewiesen, dass Hoxha hier eine revisionistische Linie im Nachtrab der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten vertritt.



Zu bestellen bei:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/05

Februar 2005

60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!

Keinesfalls ohne inneren Zusammenhang sind die beiden Demonstrationen gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München am 12.2. und gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 12./13. 2. 2005. In beiden Fällen gilt es vor allem dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus entgegenzutreten, ihn zu entlarven und zu bekämpfen. Die Kriegsbeteiligung des deutschen Imperialismus heute und seine selbständige Kriegsvorbereitung in Rivalität und Allianz mit anderen imperialistischen Großmächten wird ideologisch ja mehr und mehr mit der Geschichtsfälschung über den Nazi-Faschismus verbunden. Wie immer sind die offenen Nazis von der NPD die Stichwortgeber für Thesen, die seit Jahrzehnten von den anerkannten Ideologen des Revanchismus bearbeitet wurden und werden. Dabei nimmt die Lüge von der angeblich auch so „ungerechten“ Bombardierung Dresdens einen Ehrenplatz ein. Es erscheint uns daher dringend nötig, möglichst umfassend diesem Lügegebäude zunächst argumentativ den Todesstoß zu versetzen.

Thesen

1. Die Bombardierung Dresdens ist nicht zufällig das Thema Nummer eins, um den Krieg der Staaten der Anti-Hitler Koalition gegen Nazi-Deutschland als Kriegsverbrechen anzuprangern. Denn in diesem Fragenkomplex bündeln sich wesentliche Fragen, komplizierte Fragen.

Grundlegende Klarheit über den deutschen Imperialismus, den Nazi-Faschismus und den Verlauf des Zweiten Weltkrieges, sowie die Besonderheiten und Probleme der Anti-Hitler-Koalition sind Voraussetzung, um die aggressiven Lügenkampagnen der deutschen Imperialisten bekämpfen zu können, ohne nach- oder klein beizugeben. Das ist Voraussetzung dafür, dass komplizierte Probleme nicht unzulässig vereinfacht oder einfache Fragen unzulässig verkompliziert werden.

Um zu den entscheidenden Fragenkomplexen - zur Bombardierung Dresdens, zum Luftkrieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland überhaupt, sowie zur Zielsetzung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, Deutschland zu besetzen, um den Nazismus zu zerschlagen - fundiert Stellung beziehen zu können, ist zunächst die *Geschichte der Fragestellung* zu beleuchten. Diese Fragen wurden seit Beginn der Luftangriffe auf Deutschland, insbesondere in den letzten Kriegsjahren und -monaten, von Goebbels zum Zentrum der Nazi-Propaganda gemacht - und zwar nachweisbar mit dem Ziel, gerade auch jene an den Nazi-Staat und die Nazi-Wehrmacht zu binden, die nicht mehr an die Nazi-Ideologie und auch nicht mehr an den „Sieg Deutschlands“ glauben.

2. Dass die Propagandamaschinerie Goebbels gut geölt war und sehr große Erfolge gerade auch bei den „normalen“ Deutschen hatte - soll heißen, bei jenen, die keine wichtige Funktion im Nazi-Apparat hatten - zeigte sich am krassensten in den letzten Wochen und Tagen des Krieges. Aufgrund des weltgeschichtlich noch nie dagewesenen Ausmaßes an reaktionärer Verhetzung, an Verbohrtheit und Charakterlosigkeit war die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung, nicht in der Lage, den Krieg von sich aus zu beenden und die Nazi-Führung zu stürzen.

3. Nach dem Krieg, nach 1945, wurde ohne wirkliche Unterbrechung bis heute das Thema „Bombardierung Dresdens“ ohne Unterlass gepflegt und gehegt. Die Analyse der Artikel und Bücher zu diesem Thema zeigt, dass sie - mit ganz wenigen Ausnahmen - nicht nur in der Tradition von Goebbels mit Lügen über die Bombardierung Dresdens selbst und über die Zusammenhänge, die dazu führten, arbeiten, sondern frontal den Luftkrieg der Alliierten als „barbarisch“ angreifen. Dabei wird vor allem ein zentrales Ziel verfolgt: Mit der „Aber-die-andere-haben-doch-auch“-Ideologie wird die Rechtmäßigkeit des Befreiungskrieges der Staaten der Anti-Hitler-Koalition überhaupt bestritten. Die verbrecherischen und mörderischen Kriegsanstren-

gungen der Nazi-Armee gerade auch in den letzten Monaten des Krieges werden damit verteidigt und gerechtfertigt. Deutschland wird als „Opfer“ eines angeblichen „Angriffs“ der Alliierten dargestellt.⁽¹⁾

Die welthistorische Schande des „Durchhaltens“ der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf der Linie der Nazi-Propaganda bis buchstäblich zur letzten Minute des Krieges soll beschönigt oder gar gerechtfertigt werden.

Es ist daher auch kein Zufall, dass der heute führende „Historiker“ der international operierenden Nazis, D. Irving, für den deutschen Markt in den 60er und 70er Jahren gleich drei Bücher über Dresden und den Luftkrieg veröffentlichte und die Bombardierung Dresdens als „Kriegsverbrechen“ diffamierte, ehe er vor der Weltöffentlichkeit die Existenz der Nazi-Vernichtungslager als „Auschwitz-Lüge“ bezeichnete.

Zunächst zu Auschwitz schweigen und umso mehr zu Dresden das Maul aufreißen - das war die Taktik von D. Irving, bevor er offener und direkter Nazi-Positionen einnahm.

4. Warum verstehen manche Jugendliche heute unter dem Einfluss der bürgerlichen Presse und der anderen bürgerlichen Medien gerade den Komplex „Dresden“ ganz und gar nicht, wenn sie auch sonst in vielen Fragen den bürgerlichen Medien gegenüber kritisch eingestellt sind?

Ausgangspunkt für eine ruhige, überzeugende Erklärung und Begründung ist ein prinzipielles Verständnis dafür, dass die Völker überfallener Länder, die ausgeraubt und versklavt werden oder werden sollen, das Recht haben, sich zu wehren, das Recht haben, einen Verteidigungskrieg zu führen, einen Krieg, der ganz und gar berechtigt, ja gerecht ist.

Das ist der allererste und noch relativ einfache Schritt als Voraussetzung, um den zweiten Schritt zu verstehen: Es genügt ganz offensichtlich nicht, die Nazi-Wehrmacht lediglich wieder zurück nach Deutschland zu jagen und somit das eigene Land von den Nazi-Mördern zu befreien. Warum war das nicht ausreichend, ja absurd? Aus dem einfachen Grund, weil die Nazis und ihre Militärmaschinerie sich auf dem Gebiet Deutschlands hätten erholen können, um den Krieg erneut mit ganzer Macht weiterzuführen, das war der Hauptgrund für die weiterreichenden Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition: eine wirkliche Beendigung des Krieges auf der Basis der *bedingungslosen Kapitulation Deutschlands* nach der Zerschlagung des Nazi-Staates und vor allem der Nazi-Armee. Dies war der entscheidende, wenn auch nicht der einzige Grund, warum die Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Grenzen Deutschlands überschreiten, Deutschland besetzen mussten. Somit ergab sich das Problem, dass alliierte Soldaten auf „deutschem Boden“ kämpfen mussten. Damit war auch klar, dass die Nazis eine große Möglichkeit erhielten, die Bevil-

kerung weiter an Nazi-Deutschland zu binden, ihren Aggressionskrieg gegen andere Völker „umzubenennen“ in einen „Verteidigungskrieg“, einen angeblich nun sowieso „gerechten“ Krieg angesichts der Offensive der Staaten der Anti-Hitler-Koalition.

5. Eine solche Situation wäre nur dann vermeidbar gewesen, wenn sich Stalins Hoffnung zu Anfang des Krieges, dass es aufgrund revolutionärer Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung zu einer Erhebung der antinazistischen Kräfte in Deutschland kommen würde - erleichtert durch die harten Schläge der Partisanen und alliierten Armeen gegen die Nazis - erfüllt hätte (Siehe Stalin, Werke Band 14, S. 255/256). Als aber klar war und klar wurde, dass mit einer solchen Erhebung nicht zu rechnen war (selbst in der Kriegsgefangenschaft zeigte sich, dass die Mehrheit der vielzitierten „einfachen deutschen Landsler“ - vollgesogen mit Nazi-Ideologie - nicht bereit war, gegen die Nazi-Verbrecher zu kämpfen), blieb als realistischste Ziel zur Beendigung des Krieges und der Befreiung Europas und Deutschlands vom Nazi-Faschismus nur die Perspektive der *vollständigen Besetzung Deutschlands durch die regulären Armeen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition* als Grundbedingung für die vollständige Kapitulation Nazi-Deutschlands.

6. Nur wer das Ziel der vollständigen Besetzung Nazi-Deutschlands als berechtigt anerkennt, hat überhaupt die Möglichkeit zu begreifen und zu akzeptieren, warum die *systematische Bombardierung aller Großstädte und regionaler Zentren Deutschlands* eine durch vielfache Gründe berechtigte und wichtige Folge der Kriegsführung der Luftwaffe der USA und Englands war.

Die Gründe für einen solchen Luftkrieg ergaben sich keinesfalls nur aus „rein militärischen“ Gesichtspunkten, wenn diese Gesichtspunkte auch wesentliches Gewicht haben. Von sehr großem Gewicht war es, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu „überzeugen“, dass die Nazis größenwahnsinnige Lügner sind.

7. Die Bombardierung von Großstädten war ein Novum in der Kriegsführung, das von den Nazis mit der Bombardierung Guernicas, Rotterdam, Warschau, Coventry usw. eingeführt wurde. Die Nazi-Führung hatte nach diesen Bombardierungen großmächtig erklärt, dass „niemals eine Bombe deutsche Städte treffen“ würde. Die Nazis glaubten auf dem Höhepunkt ihrer Macht, sie seien „unbesiegt“.

Ein Ziel der Kriegsführung der Anti-Hitler-Koalition war es gerade, durch den Luftkrieg unwiderlegbar den *Mythos der „Unbesiegbare“* der deutschen Luftwaffe, Bombe für Bombe den Glauben an die „Unfehlbarkeit“ der Nazi-Führer zu zerschlagen, um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre „Schutz“-Versprechen nicht halten konnte, zu brechen. Dass die Bombardierungen der deutschen Großstädte gerade in diesem Sinne Wirkung zeigten, durchaus erfolgreich waren, auch bei der Demoralisierung der direkten Nazi-Anhänger, belegen interne Nazi-Berichte. Der „Sicherheitsdienst“ der SS meldete nach der Bombardierung Hamburgs im Jahre 1943:

„...dass eine große Stadt nach der anderen dem Erdboden gleichgemacht werde, liege wie ein Alptraum auf allen Volksgenossen und trage sehr wesentlich dazu bei, das Gefühl der Unsicherheit und Ausweglosigkeit zu verstärken...“

(Bericht des SD vom 29.7.43, Biberach, München 1968 „Meldungen aus dem Reich“, zitiert nach: Götz Berganer, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S. 100)

Das galt gerade auch für jene große Mehrheit, an denen Kategorien wie „Schuld an Guernica“, „moralische Verantwortung“ für KZ- und Vernichtungslager sowieso wirkungslos abprallten. Diese Mehrheit, erzogen nach der Philosophie „Der Stärkere hat recht“ und ihr gläubig verfallen, konnte sich nicht etwa von der Nazi-Führung lösen, weil ihnen klar wurde, dass die Nazis einen verbrecherischen Krieg angefangen hatten. Dies war nur möglich, wenn klar war, dass mit Hitler und seinen Leuten dieser Krieg nicht zu gewinnen war, dass die „Stärkeren“ eben die Anderen, die alliierten Armeen waren. Das war die Realität, das war der Bewußtseinsstand bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

8. Dabei ist es aber doch sehr wichtig zu verstehen, dass diese angeführten Überlegungen nicht die einzigen, vielleicht noch nicht einmal die gewichtigsten Gründe für den Luftkrieg waren. Es gab klare militärische Notwendigkeiten, auf die nazistische Taktik der „Verwandlung der Großstädte in Festungen“ zu reagieren. Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erzwingen, um die nazistische Vernichtungsmaschinerie zu stören und schließlich Deutschland mit möglichst geringen eigenen Verlusten besetzen zu können.

9. Dabei ehrt es die Staaten und Armeen der Anti-Hitler-Koalition, mit wie viel Anstrengungen und Mühen sie die deutsche Bevölkerung immer wieder über die Selbstverständlichkeit informierte, dass die Großstädte als logistische und militärische Zentren längst Kampfgebiet sind. Unermüdlich wurde immer wieder erklärt, die deutsche Bevölkerung habe endlich die Großstädte zu verlassen. Und wenn sie schon zu feige zum Aufstand gegen Hitler seien, sollten sie wenigstens Kinder, Alte und Kranke aus den zum militärischen Schlachtfeld erklärten Großstädten wegbringen, die Evakuierung selbst durchführen oder - wie am Beispiel Berlins - gegen den Nazi-Staat durchsetzen.

In einem englischen Flugblatt vom 1. September 1943 mit dem Titel „An die Zivilbevölkerung der deutschen Industriegebiete“, das das Antifaschistische Plenum und die Jugend-Antifaschische Aktion (JAA) aus Braunschweig zum 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens zur Verteidigung des alliierten Luftkriegs veröffentlichte, heißt es:

Gegen den schmutzigen deutschen Chauvinismus der PDS zur Bombardierung Dresdens!

Ohne als PDS überregional Stellung zu beziehen, druckte das „Neue Deutschland“ vom 13.2.1995 den „Erlebnisbericht“ eines Dresdner SED-Mitglieds älteren Jahrgangs ab, der von einem „putzigen SA-Mann“ berichtet und von „einfachen Leuten“ in Dresden spricht, die als „Opfer“ der Bombardierung hingestellt werden.

Zentral wird der Nazi-Kollaborateur Gerhart Hauptmann mit einem Zitat in Szene gesetzt:

„Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.“

Dieser Gerhart Hauptmann war ein solcher eingefleischter Nationalist und Nazi-Kollaborateur, dass er noch 1946 die alliierten Flugzeuge als „feindliche Flugzeuge“ beschimpfte:

„Ich habe die Sodom- und Gomorra-Höllen der feindlichen Flugzeuge persönlich erlebt.“

(Zitiert nach: „Frankfurter Rundschau“, 13.2.1995)

Hier kann das Fazit nur lauten: Die Position der PDS/„Neues Deutschland“ zur Bombardierung Dresdens – schmutziger deutscher Chauvinismus!

„Am 10. Mai 1942 hat Premierminister Churchill alle deutschen Städte, in denen sich die Rüstungsfabriken der deutschen Kriegsmaschine befinden, öffentlich zum Kriegsgebiet erklärt und die deutsche Zivilbevölkerung aufgefordert, diese Städte zu verlassen. Die deutsche Regierung hat es über ein Jahr lang in verbrecherischer Weise unterlassen, hinlängliche Vorkehrungen zur Evakuierung der Bevölkerung aus diesen Gebieten zu treffen.

Solange diese bedingungslose Kapitulation nicht erfolgt ist, stellen sämtliche deutschen Industriestädte einen Kriegsschauplatz dar. Jede Zivilperson, die sich auf diesem Kriegsschauplatz aufhält, läuft selbstverständlich ebenso Gefahr, ihr Leben zu verlieren, wie jede Zivilperson, die sich unbefugt auf einem Schlachtfeld aufhält...

Zur diese Warnung misfachtet, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben.“

In einem ähnlichen Flugblatt vom 23. Juni 1943 steht:

Dies Gebiet ist Schlachtfeld.. Was die Frauen und Kinder betrifft, so haben sie auf einem Schlachtfeld nichts zu suchen.

(Zitiert nach: G. Bergander. Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S.403)

Millionen von Flugblättern, tägliche Radio-Sendungen von Radio Moskau und BBC in deutscher Sprache (oft genug im BBC mit genauer Angabe der Uhrzeit der Bombardierung) stellten klar, dass die Angriffe sich gegen Nazi-Deutschland richteten, Teil des Kampfes für die bedingungslose Kapitulation, für die Zerstörung der Macht der Nazis war.

10. Was waren nun die *Resultate des alliierten Luftkrieges*, darunter schließlich auch gegen Dresden?

a) Die deutsche Großmäuligkeit von der „Vernichtung der Sowjetunion und Englands“ war dem defensiven Nazi-Gejammer über die „Zerstörung Deutschlands“ gewichen.

b) Dass dieser Krieg verloren, die Alliierten mächtiger waren, erkannten durch den dauernden Luftkrieg auch Teile der Nazi-Anhänger.

c) Deutsche Flugzeuge und Militär waren in den bombardierten Großstädten gebunden, statt an der Front kämpfen zu können.

d) Industrie und Wohnraum für die in der Industrie Arbeitenden waren in großem Umfang zerstört, Nachschub und Nachschubwege, aber auch Zentralen der Nazi-Verwaltung wurden in erheblichem Umfang vernichtet.

11. Auf der Grundlage dieser Überlegungen kann über jene Art der „Argumente“ gesprochen werden, die gegen die Bombardierung Dresdens seit 1945 ohne Unterbrechung und mit gleicher Niveaulosigkeit immer und immer wieder vorgebracht werden. Dabei ist es zunächst keineswegs nebensächlich, dass all jene, die ganz spezielle „Dresden-Gründe“ benennen, keinesfalls nur gegen die Bombardierung Dresdens sind, um statt dessen eine gründlichere Zerstörung Berlins oder Hamburgs zu fordern! Das wäre zwar abstrakt denkbar, ist aber in der Realität nicht existent. **All die „Dresden-Gründe“ dienen nur als Vorwand, um den Luftkrieg, ja die alliierte Kriegsführung überhaupt als „ungerecht“, ja als angebliches „Kriegsverbrechen“ zu diffamieren.**

Lohnt es sich da, diese „Dresden-Gründe“ auch noch im Einzelnen zu widerlegen? Ja, unter dem Gesichtspunkt, Schwankenden und Verunsicherten zu helfen, die ganze demagogische Kette der Hetze gegen die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu durchschauen.

12. Das *fünffache Credo* der „Dresden-Ideologen“ lautet:

a) „Der Krieg war doch schon entschieden“. Wäre also die Bombardierung 2 Jahre vorher berechtigt gewesen? Soll das damit gesagt werden? Wohl kaum. Dass der Krieg schon „entschieden“ war, ist eine Halbwahrheit. Es stimmt einerseits seit der Schlacht um Stalingrad, stimmt andererseits nicht, da bis zum 8. Mai 1945 in Berlin Haus um Haus von der Roten Armee erkämpft werden mußte, die Verluste gerade der Roten Armee in

den letzten Monaten des 2. Weltkrieges große Ausmaße annahm. (2) Obwohl der Krieg „schon längst entschieden“ war. Weil „entschieden“ solange hypothetisch blieb, bis nicht die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands real durchgesetzt war.

b) „Dresden hatte doch keine militärische Bedeutung, seine Bombardierung war doch sinnlos“ wird behauptet. Das sahen die Nazis anders, die Dresden planmäßig zur „Festung“ ausbauen. Und das sahen auch die Alliierten anders, die ganz eindeutig erklärten, dass Dresden eine wichtige Nazi-Festung war.

Eine sowjetische Erklärung von 1945 legte dar, dass Dresden,

„eine Rückstamm Deutschlands sei, ein Pulverfaß, eine Nachschubquelle, die das Material für die Vernichtung friedliebender Völker liefert.“

(W. A. Ruhen, Abschaum der Menschheit 2.6.45. Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung)

In einem Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 wird Dresden als „mächtiger Verteidigungsknoten in Sachsen“ charakterisiert. (Zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3./4. Mai 1975)⁽³⁾

c) „Dresden war doch Aufnahmeort für Flüchtlinge“ heißt es, die „armen Flüchtlinge...“ folgt meistens. Das Problem war jedoch, dass die Flüchtlingsbewegung zwar dem Vormarsch der Roten Armee nützte. Die Festsetzung, administrative Versorgung und militärische Rekrutierung der Flüchtlinge diente hingegen nur der Stabilisierung des zusammenbrechenden Nazi-Regimes. Es lag in der Tragik dieser Phase des Krieges, dass die Flüchtlinge in jeder Hinsicht den Nazis noch mehr glaubten als den Alliierten, die massiv und deutlich die Evakuierung der Großstädte gefordert hatten. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser „Flüchtlinge“ Nazi-Verbrecher waren, die ihre Bestrafung durch die Rote Armee zu recht fürchteten.

d) Vielleicht am unerträglichsten ist das Gejammer über die „zerstörte Kultur“ und die zerstörte „Frauenkirche“ (die nun für zig Millionen wieder aufgebaut werden wird). Vor allem die revisionistische SED tut sich dabei besonders hervor. In ihrer Standardliteratur über die Zerstörung Dresdens wird immer wieder gejammert, dass „Dresden – Kleinod der Menschheit“ zerstört wurde (siehe: W. Weidauer, Inferno Dresden, 8. Auflage, Berlin 1990, S. 5).

Es war Krieg. So einfach ist das. Und wer die Zerstörung von Kultur nicht will, mußte den Aufstand gegen das Nazi-Regime wagen, anstatt sich bis zum Schluß am Nazi-Krieg zu beteiligen!

e) Das mit Sicherheit demagogischste Argument ist die Behauptung, dass die Zerstörung von 60 Prozent der Häuser Dresdens sich eigentlich gegen den Vormarsch der Roten Armee gerichtet habe. Diese Art der Argumentation (die keinesfalls nur von den SED-Revisionisten vorgetragen wird), übersieht, dass die Nazis so oder so auf ihrem Rückzug die Politik der „Verbrannten Erde“ betrieben haben. Dabei gehört zu den Ungereimtheiten der „Dresden-Ideologen“, dass sie einerseits behaupten, der Luftkrieg sei besonders massiv im Osten durchgeführt worden, um durch die Zerstörungen der Roten Armee die wirtschaftliche Basis für den Neuanfang zu erschweren, gleichzeitig wird aber „angegrangert“, dass doch auch so wenig Industrie in Dresden zerstört worden sei. Nur nebenbei: Die Zerstörung Dresdens⁽⁴⁾ ist gering, gemessen an zerstörten Gebäuden in Städten wie Köln, Stuttgart, Pforzheim usw. Auch dies zeigt, dass dieser Argumentationsstrang ein Schuß ist, der nach hinten los geht.

Ja, es gab Widersprüche zwischen den Armeen der imperialistischen Länder USA und England einerseits und der Armee der sozialistischen Sowjetunion andererseits. Doch diese Widersprüche bezogen sich nicht darauf, dass die Sowjetunion etwa an England kritisierte, dass es zu heftig und brutal Deutschland bekämpfte, sondern ganz im Gegenteil, dass zu schwach und zu ineffektiv gekämpft wurde.⁽⁵⁾

Die Bombardierung deutscher Großstädte geschah im Einvernehmen aller Alliierten. Das zeigen die Dokumente eindeutig. Zum Beispiel schrieb Stalin am 19.4.1943 an Churchill:

„Ich freue mich, dass Sie beabsichtigen, die Bombenangriffe auf deutsche Städte in ständig wachsendem Umfang fortzusetzen.“

(Stalin, Briefwechsel mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, Berlin 1961)

Und am 14. Januar 1944 schreibt Stalin an Churchill:

„Folglich brauchen Sie die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen, sondern sollten sie möglichst verstärken.“ (ebenda. S. 230)

Die richtige Haltung zu Dresden ist keine Spezialfrage irgendwelcher studierten Militärs oder Möchtegern-„Militärfachleute“, die darüber fachsimpeln, wo mehr oder wo weniger Bomben hätten geworfen werden müssen.

Es ist bei genauerem Hinsehen überhaupt keine Dresden-Frage: Es geht um die Rechtfertigung der Kriegsanstrengungen der Nazis als „Verteidigung“, um die Diffamierung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, es geht darum, den Nazi-Faschismus schrittweise zu rehabilitieren, wobei diese Schritte immer größer werden.

Es ist die zwingende Aufgabe aller kommunistischen Kräfte, auch wenn es eigentlich nur um konsequent demokratisch zu

klärende Fragen geht, auch bei der Aufklärung dieser Fragen voranzugehen, Informationen, Materialien und Dokumente zu verbreiten, um richtigen antinazistischen Dokumenten angesichts der Geschichtsfälscher zum Durchbruch zu verhelfen.

Anmerkungen

(1) Bezeichnend ist auch, dass so gut wie niemand der 56.000 Mitglieder der englischen und US-amerikanischen Flugzeugbesatzungen der Bomber-Staffeln gedenkt, die von den Nazis abgeschossen, ermordet wurden.

(2) Allein in den zwei Tagen der Kämpfe zur Besetzung Dresdens verlor die Rote Armee noch 200 Personen. Ein Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 lautet:

„Die Kämpfer der 1. Ukrainischen Front haben nach zweitägigen schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen und heute am 8. Mai die Stadt Dresden genommen, einen mächtigen Verteidigungsknoten in Sachsen.“ (zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3. Mai 1975)

(3) In einem Dokument der englischen Luftwaffe von 1945 heißt es:

„Dresden, die siebtgrößte Stadt Deutschlands... hat sich zu einem Industriezentrum vorrangiger Bedeutung entwickelt und ist, wie jede andere große Stadt mit einer Vielzahl von Telefon- und Bahnverbindungen, von höchstem Wert für die Kontrolle der Verteidigung jenes Frontabschnittes, der jetzt von Marshall Konjews Durchbruch bedroht ist. Der Angriff (auf Dresden, A.d.V.) hat den Zweck, den Feind dort zu schlagen, wo er es am meisten spüren wird...“ (Aus einem internen RAF-Memo, 1945, Review of the work of Int I)

Dresden war Eisenbahn- und Verwaltungszentrum, nach Berlin und Leipzig die größte Stadt im Gebiet der „Ostfront“, Garnisonsstadt, in der große Truppenteile konzentriert waren. Dresden war ohne Zweifel eine der wichtigsten Nazi-Festungen.

Auf der Grundlage dieser Fakten muß bewußt sein, dass zum Zeitpunkt der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 die Rote Armee nur 110 km entfernt im Kampf mit den Nazi-Truppen lag. Vor allem über Dresden wurde der Nachschub der Nazis für die „Ostfront“ organisiert, Dresden war entscheidendes Koordinationszentrum, gerade auch um den Vormarsch der Roten Armee zu bekämpfen.

(4) Immer wieder reden die diversen „Dresden-Ideologen“ auch entgegen der historischen Wahrheit von der „Vernichtung Dresdens“ und wollen damit suggerieren, dass ja fast kein Unterschied mehr zwischen der Bombardierung Dresdens und dem nazistischen Völkermord, der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis bestünde. In Wirklichkeit sind eben lediglich selbst laut einer offiziellen Berechnung der westdeutschen Regierung ca. 60 Prozent der Wohnungen in Dresden zerstört worden. Dresden steht laut dieser Quelle an 22. Stelle einer Liste der von den Bombardierungen betroffenen deutschen Städte. (Dokumente deutscher Kriegsschäden, Band I, Bonn 1958-64, S. 52 f.)

(5) Auf der Seite der englischen und US-amerikanischen imperialistischen Staaten spielten bei der mehr oder minder konsequenten Befolgung einer gegen die Nazis gerichteten Politik nicht nur die Prinzipien imperialistischen Konkurrenzdenkens gegen die imperialistische Großmacht Deutschland eine wesentliche Rolle. Der – heute vielleicht schwer vorstellbare, aber damals klar vorhandene – ungeheure moralische Druck der Bevölkerung der „eigenen“ Länder angesichts der weltweiten Verbrechen des Nazifaschismus hatte in gewisser Hinsicht eine noch grundlegendere Bedeutung.

Die westlichen Alliierten waren unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, der wachsenden Autorität der sozialistischen Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland trug, unter dem Druck der eigenen Bevölkerung mehr und mehr *gezwungen*, der sozialistischen Sowjetunion (klassenmäßig ihr Todfeind) beizustehen, Waffen zu liefern, endlich die „zweite Front“ im Westen zu eröffnen und die verabredeten Bombardierungen Nazi-Deutschlands energisch durchzuführen.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für
Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

ISSN 0948/5090

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/05

März 2005

Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Nepal!

Auch die Nachrichtensperre des reaktionären nepalesischen Regimes und die Verbannung zu sporadischen Randnotizen in den imperialistischen Medien können nichts daran ändern, daß die bewaffneten Kämpfe in Nepal unvermindert weitergehen, auch nach der Auseinanderjagung des Parlaments und der Verhängung des Ausnahmezustands durch den nepalesischen König Anfang Februar dieses Jahres.

Seit 1996 entwickelt sich in Nepal ein revolutionärer bewaffneter Befreiungskrieg in die Breite und in die Tiefe, der sich auf die aktive Sympathie und Unterstützung breiter Massen der am meisten Ausgebeuteten und Geknechteten vor allem auf dem Land stützen kann, aber auch in den Städten verankert ist. Besonders hervorstechend ist in all diesen Kämpfen, auch in den bewaffneten Aktionen, die große Beteiligung der Frauen.

Die Nervosität der lokalen Machthaber Nepals und die Besorgnis der imperialistischen Großmächte, gerade auch des deutschen Imperialismus, hängt eng damit zusammen, daß an der Spitze der bewaffneten Kämpfe Kräfte stehen, die sich am wissenschaftlichen Kommunismus orientieren, sich als Teil der Kräfte der proletarischen Weltrevolution verstehen und von Anfang an unmißverständlich erklärt haben, daß ihr Ziel eine tiefgreifende antiimperialistisch-antifeudale Revolution in Nepal ist, wie sie in China in den 30er und 40er Jahren unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas auf dem Weg eines lang andauernden Volkskrieges siegreich durchgeführt worden war.

Einige Merkmale und Besonderheiten des revolutionären Krieges in Nepal

Antifeudale und antiimperialistische Revolution

Nepal ist ein überwiegend bäuerliches Land. Aus diesem Grund zielt der Volkskrieg auf die Enteignung der Ländereien der feudalen Großgrundbesitzer (Zamindars), auf die Verteilung ihrer Ländereien an die armen und landlosen Bauern und Bäuerinnen. Zielscheibe des Befreiungskriegs ist jedoch auch die Kompradoren-Bourgeoisie Nepals, hinter der der Imperialismus steht. Deswegen geht es zugleich auch um das Ziel der Enteignung von Banken, Industrieanlagen usw. Mit ungeheurem Mut und großer Opferbereitschaft haben die Volksmassen seither unter der Führung von sich am wissenschaftlichen Kommunismus orientierenden Kräften gekämpft und — selbst bürgerliche Quellen kommen nicht umhin, dies zuzugeben — in etwa zwei Dritteln des Landes befreite Gebiete errichtet.

Basis des bewaffneten Kampfes waren zunächst die aufgrund der geographischen Besonderheiten schwer zugänglichen Gebirgsregionen im Westen des Landes um die Städte Rukum und Rolpa, in denen die Masse der armen Bäuerinnen und Bauern in Pacht oder auf winzigen kleinen Parzellen in feudalistischer Unterdrückung schuften mußte. Durch politische Aufklärungskampagnen gelang es den Revolutionären, die Massen zu mobilisieren, sich

gegen ihre Blutsauger zu erheben. Schon vor Jahren wurde damit begonnen, auf Dorfversammlungen die knechtenden Schuldscheine und Kreditpapiere der Bäuerinnen und Bauern zu verbrennen, die oftmals in bewaffneten Aktionen der Aufständischen direkt mit Waffengewalt aus den Banken herausgeholt wurden, denn die Banken und Geldverleiher treiben die Bauernmassen mit ihren knechtenden Kreditverträgen in die völlige Überschuldung.

Bewaffnung

Planmäßig konnten sich die Revolutionäre große Mengen an Waffen, Munition, Sprengstoff usw. beschaffen durch eigene Herstellung, Ankauf und Erbeuten bei detailliert geplanten Überfällen auf Armeekasernen und Polizeistationen. Diese zunehmende Bewaffnung und Ausrüstung ermöglichte nicht nur eine bessere Kriegführung, um die eigenen Stellungen auszubauen und dem Gegner Schläge zu versetzen, sondern auch die Durchführung zahlreicher Überfälle auf Banken zur Erbeutung größerer Geldmengen sowie die Befreiung demokratischer und revolutionärer Gefangener aus den Kerkern nepalesischer Gefängnisse.

Schaffung von Stützpunktgebieten und befreiten Gebieten

Im Westen, wo die bewaffneten Revolutionäre von der Bevölkerung starke Unterstützung bekommen, sind Gebiete entstanden, in denen Armee und Polizei nicht mehr auf Patrouille gehen oder — wie im Bezirk Rolpa — seit einigen Jahren gar nicht mehr präsent sind. In enger Verbindung mit der dort lebenden Bevölkerung schützen und agieren bewaffnete Aufständische innerhalb solcher befreiter Gebiete bzw. Stützpunktgebiete, während die Beamten der nepalesischen Staatsmacht

Über den Weg der Revolution in Nepal

Anhand der Erklärungen der sich am Kommunismus orientierenden Kräfte in Nepal, der KP Nepal (Maoisten), die 1996 den bewaffneten Kampf gegen den feudalistischen und vom Imperialismus abhängigen nepalesischen Staat begannen, wird deutlich, daß sie sich am Vorbild der antiimperialistisch-antifeudalistischen Revolution in China orientieren und den Plan verfolgen, einen lang andauernden Volkskrieg nach dem Vorbild des revolutionären Befreiungskriegs zu initiieren, der 1949 unter Führung der KP Chinas zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China geführt hatte.

Eine überragende Bedeutung hat dabei das Studium der Schriften von Mao Tse-tung über den langandauernden Volkskrieg, das Verständnis und die Anwendung der darin enthaltenen Lehren für den bewaffneten Kampf in Nepal. Unserer Meinung nach ist diese Orientierung am revolutionären Volkskrieg in China in einem Land wie Nepal richtig und unverzichtbar.

Sicherlich gibt es gewichtige Unterschiede: Abgesehen vom Größenunterschied gab es in China erheblich mehr städtische und damit auch industrielle Zentren, wo sich nicht nur die Macht- und Herrschaftszentren der Imperialisten befanden, sondern auch eine vergleichsweise größere Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern konzentriert war.

Entscheidend ist aber, daß es trotz solcher Unterschiede eine Reihe gleicher oder doch sehr ähnlicher Bedingungen gibt, so daß grundlegende Prinzipien und

Fortsetzung auf Seite 2

++ Nepal-Schlaglichter der letzten Wochen ++ Nepal

Nach dem 1. Februar 2005 wurden die bereits zuvor schon verstümmelten demokratischen Rechte wie Pressefreiheit, Demonstrations- und Versammlungsrecht, gewerkschaftliche Rechte, etc. weiter eingeschränkt. Unmittelbar danach wurde die Medienzensur verschärft, Telefon- und Internetverbindungen wurden vorübergehend gekappt. Innerhalb weniger Tage wurden hunderte Personen, prominente Aktivisten der Befreiungsbewegung, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, politisch engagierte Studentinnen und Studenten, Journalistinnen und Journalisten verhaftet. Einige von ihnen sind „verschwinden“, andere wurden inzwischen entlassen, viele befinden sich immer noch in Haft. Politische Parteien sind verboten, die Parteiführer befinden sich unter Hausarrest oder im Gefängnis. In den Redaktionen der Zeitungen sowie Radio- und Fernsehstationen wachen Offiziere der reaktionären Armee darüber, daß keine politischen Nachrichten, sondern nur reine Unterhaltung gesendet wird.

Die Armeeführung erklärte offen, im „totalen Krieg“ gegen die Rebellen habe sie nun die Hände frei und müsse keine Rücksichten mehr nehmen.¹ Auch indisches Militär ist an Aktionen zur Niederschlagung der Aufständischen beteiligt, so geschehen am 28. Februar im Bardia-Distrikt. Bereits am 3. Februar 2005 war es auf nepalesischem Territorium während Kampfaktionen zu Verhaftungen von Aufständischen durch indische Grenztruppen gekommen.²

Trotz dieser blutigen Verfolgung, trotz Ausnahmezustand und brutaler Repression kam es in Katmandu wiederholt zu kämpferischen Demonstrationen.

Vom 12. bis zum 23. Februar wurden die großen Landstraßen, der Verkehr von und nach Katmandu erfolgreich blockiert.³ Diese Blockaden wurden von den Aufständischen teilweise militärisch abgesichert wie etwa in den zweiwöchigen Kämpfen um die Landstraße Prithwi. Die reaktionäre nepalesische Armee zwang etwa Busfahrer mit vorgehaltenen Maschinenpistolen zum Durchbrechen der Blockade und benutzte unbewaffnete Anwohner als „Schutzschilder“ für ihre Militärtransporte.⁴

Auch im Rest des Landes ging und geht der Kampf weiter. Am 4. März 2005 griffen Hunderte von revolutionären Kämpferinnen und Kämpfern im Südwesten Nepals eine Reihe von Kasernen und Regierungsgebäuden und brannten diese nieder.⁵

Quellen

1 jw.7.02.05; 2 awtw.org News Service; 3 banladeshjournale.com; 4 awtw.org News Service; 5 eiaais.com/stories/2005/03/05 und kantipuronline.com

letzten Wochen ++ Nepal-Schlaglichter der letzten

Fortsetzung von Seite 1: „Über den Weg der Revolution ...“

Leitsätze des revolutionären Kriegs, wie er in China geführt wurde, auch in Nepal anwendbar sind.

■ Ähnlich wie China damals ist Nepal heute ein kapitalistisch gering entwickeltes Land, in dem vor allem in den ländlichen Gebieten, insbesondere aber auch im Charakter und in der Struktur des reaktionären staatlichen Überbaus halbfeudale Verhältnisse vorherrschen, ja sogar sklavenähnliche Elemente noch vorhanden sind. Der Kampf der Masse der ausgebeuteten Bäuerinnen und Bauern bildet deshalb ein großes revolutionäres Potential bei der Entfaltung der Revolution in Nepal.

■ Ähnlich wie China damals ist Nepal heute zugleich ein vom Imperialismus abhängiges Land. Dessen an der Macht beteiligte Bourgeoisie hat den Charakter einer Kompradoren-Bourgeoisie, d.h. ist ein „Vermittler“ und Lakai des in Nepal dominierenden Imperialismus.

■ Ähnlich wie in China sind viele Gebiete in Nepal sehr abgeschieden und schwer erreichbar.

Aufgrund dieser Bedingungen sind grundlegende Lehren und Leitsätze über den revolutionären Befreiungskrieg in Form des lang andauernden Volkskriegs, wie sie Mao Tse-tung in seinen Schriften über die chinesische Revolution formuliert hat, von großer Bedeutung für die bewaffnete Revolution in Nepal: Die militärische Strategie der „Einkreisung der Städte vom Dorf her“, die Schaffung roter Stützpunktgebiete, die Strategie des lang andauernden Volkskriegs. Selbstverständlich kann dabei niemand den Kommunistinnen und Kommunisten in Nepal die verantwortungsvolle Aufgabe abnehmen, genau zu studieren und zu analysieren, was mit den Bedingungen Nepals übereinstimmt und was nicht.

☆☆☆

Die treibende politisch-ideologische Kraft der bewaffneten Kämpfe in Nepal bzw. des 1996 ausgerufenen Be-

ginns des Volkskriegs ist die KP Nepal (Maoisten).

Die KPN(M) ist Mitglied der „Internationalen Revolutionären Bewegung“ (RIM). Nach dem Studium wichtiger Grunddokumente und Erklärungen der KPN(M) möchten wir folgendes feststellen:

■ Wir halten ihre grundlegende Positionen zum Charakter und zu den Perspektiven der bewaffneten ant imperialistisch-demokratischen Revolution in Nepal für richtig.

■ Für gut und richtig halten wir gerade auch, daß die KPN(M) in ihren Stellungnahmen, ihren Aktivitäten und ihrer Organisationsarbeit großes Gewicht auf die Einbeziehung der Frauen in den Kampf legt, auf den Kampf gegen die patriarchalischen Fesseln, gegen die Versklavung der Frauen durch die Männer, in der Familie und gesamten Gesellschaft.

■ Hervorzuheben ist auch die richtige Haltung zu den unterdrückten nationalen Minderheiten, unteren Kasten und Bevölkerungsgruppen in Nepal, deren Selbstbestimmungsrecht bis hin zum Recht auf staatliche Lostrennung propagiert wird.

Folgende Punkte möchten wir jedoch genauer mit den Genossinnen und Genossen aus Nepal diskutieren:

■ Aus den Stellungnahmen der KPN(M) zur Orientierung am militärischen Weg des Volkskriegs anhand den Erfahrungen der chinesischen Revolution haben wir auch die Tendenz entnommen, trotz dieser oder jener Einschränkung den Weg des Volkskriegs für andere Länder zu verallgemeinern, ja von dessen „Universalität“ auszugehen (siehe etwa The Worker Nr. 6, S. 20)

Das halten wir zunächst einmal schon für andere vom Imperialismus abhängige unterdrückte Länder für problematisch. Denn trotz der gemeinsamen Abhängigkeit vom Imperialismus unterscheiden sich diese Länder teilweise sehr erheblich im Grad ihrer kapitalistischen Entwicklung, im Gewicht feudalistischer Elemente und anderen,

vor allem geschichtlich bedingten Besonderheiten. Daher denken wir, daß jede Kommunistische Partei genau die Bedingungen im eigenen Land untersuchen muß, um festzustellen, ob z.B. im eigenen Land die Möglichkeit existiert, militärische Stützpunktgebiete zu bilden bzw. befreite Gebiete zu schaffen. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß automatisch in allen kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern die Bildung solcher Stützpunktgebiete möglich ist. Mao Tse-tung hat in seinen Schriften keineswegs eine solche Verallgemeinerung vorgenommen.

Zum anderen möchten wir den Genossinnen und Genossen der KPN(M) zu bedenken geben, daß mit dieser als „maoistisch“ ausgegebenen These unberücksichtigt bleibt, daß Mao Tse-tung selbst sich sehr deutlich davon abgegrenzt hat, den militärischen Weg der chinesischen Revolution auf die Bedingungen in imperialistischen Ländern zu übertragen:

„Die zentrale Aufgabe der Revolution und ihre höchste Form ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung der Frage durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt überall, in China wie im Ausland.

Wenn jedoch das Prinzip auch ein und dasselbe bleibt, so kommt doch seine Verwirklichung durch die Partei des Proletariats gemäß den verschiedenen Bedingungen auf verschiedene Weise zum Ausdruck. In den kapitalistischen Ländern besteht – abgesehen von Perioden, da dort der Faschismus herrscht und Kriege im Gange sind – folgende Situation: Innenpolitisch gibt es keine Feudalordnung mehr, sondern die bürgerliche Demokratie, außenpolitisch werden diese Länder nicht national unterdrückt, sondern unterdrücken selbst andere Nationen. Entsprechend diesen Besonderheiten besteht die Aufgabe der proletarischen Parteien in den kapitalistischen Staaten darin, durch einen legalen Kampf während eines langen Zeitabschnitts die Arbeiter zu erziehen, Kräfte zu sammeln und so zum endgültigen Sturz des Kapitalismus zu rüsten. (...) Und wenn die Zeit für Aufstand und Krieg gekommen ist, bemächtigt man sich in erster Linie der Städte und führt dann erst den Angriff gegen die Dörfer und nicht umgekehrt. All das haben die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder getan, und all das wurde durch die Oktoberrevolution in Rußland bestätigt.“ (Mao Tse-tung, „Probleme des Krieges und der Strategie“, 1938, Ausgewählte Werke Band II, S. 255 f.)

■ Weitergehend stellt sich uns die Frage, ob es nicht so ist, daß die These von der angeblich universellen Gültigkeit der Theorie des Volkskriegs sehr eng mit der grundlegenden Position der KPN(M) zum „Maoismus“ zusammenhängt, den sie als höhere Stufe und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus bezeichnet? Die Propagierung des „Maoismus“, die Überhöhung Mao Tse-tungs zum „fünften Klassiker“ und der „Mao Tse-tung Ideen“ zur 3. Stufe des Marxismus, womit der Leninismus als „überholt“ dargestellt wird, geht zudem mit einer leichtfertigen Herabsetzung Stalins einher. Hier möchten wir zu bedenken geben, daß es schließlich Mao Tse-tung selbst war, der in verschiedenen Äußerungen mit kommunistischer Bescheidenheit seine Rolle als Schüler von Marx, Engels, Lenin und Stalin definierte und sich ausdrücklich auf den Boden des wissenschaftlichen Kommunismus, als der Lehre vor allem von Marx, Engels, Lenin und Stalin gestellt hat.

Unsere Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs

Nach einem eingehenden Studium der Theorie und Praxis Mao Tse-tungs formulierte „Gegen die Strömung“ 1981 eine thesenartige „Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werkes von Mao Tse-tung“ als Diskussionsgrundlage mit folgenden Kernpunkten:

■ Das marxistisch-leninistische Werk Mao Tse-tungs über die demokratische Revolution und den Volkskrieg muß unbedingt verteidigt werden.

■ Die Ansichten Mao Tse-tungs über den Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Revolution und über die Diktatur des Proletariats sind in der Phase 1955-1965 unklar und zum Teil im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus

■ Die revisionistischen Angriffe zur Verdammung Mao Tse-tungs richten sich vor allem gegen die volksdemokratische Revolution und die Lehren vom Volkskrieg

■ Mao Tse-tung war ein hervorragender Schüler von Marx, Engels, Lenin und Stalin, aber gerade angesichts seiner gravierenden Fehler in der Phase 1955-1965 kann er nicht als Klassiker des Marxismus-Leninismus angesehen werden

■ Unserer Meinung nach muß man – aufgrund der bekannten und beweiskräftigen, überprüfbaren Theorie und Praxis Mao Tse-tungs – zu der Schlußfolgerung kommen:

■ Mao Tse-tung hat als großer Marxist-Leninist die Lehren des Marxismus-Leninismus erfolgreich auf die demokratische Etappe der chinesischen Revolution angewandt.

■ In einer späteren Etappe (1955-1965) hat Mao Tse-tung einige gravierende revisionistische Positionen zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats vertreten.

■ Diese Fehler berechtigen aber nicht dazu, die außerordentlichen Verdienste Mao Tse-tungs überhaupt zu verneinen, zumal er ab 1966 die „allseitige Diktatur über die Bourgeoisie“ propagiert hat. Mao Tse-tung war insbesondere auch führend am begeisterten Kampf gegen den Bürokratismus und Revisionismus in der Kulturrevolution beteiligt, der jedoch auch gravierende Fehler enthielt.

Wir weisen daher die Auffassung entschieden zurück, die Tatsache, daß Mao Tse-tung eine zeitlang falsche und revisionistische Positionen vertrat, reiche bereits dazu aus, ihn als Revisionisten ab 1935 oder gar von Anfang an darzustellen

Ebenso lehnen wir es ab, alle von Mao Tse-tung vertretenen Auffassungen und seine gesamte Politik pauschal zu verteidigen und als in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus bzw. sogar als dessen Weiterentwicklung zu einer 3. Stufe des Marxismus“ zu propagieren.

„Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!“ (Zum 100 Geburtstag von Mao Tse-tung), A 3 Flugblatt von Gegen die Strömung, 4 Seiten

„Mao Tse-tung. Seine Verdienste – seine Fehler“ in zwei Bänden: Band 1: 1926 – 1949. 400 Seiten, 18 Euro, 1997, ISBN 3-932636-14-7 sowie Band 2: 1950 – 1974. Erscheinen geplant 2005.

Zu bestellen über:
Buchladen Georgi Dimitroff.

aus Furcht vor der neuen Macht sich nicht mehr offen trauen, den Massen Widerstand zu leisten.

Die Stützpunktgebiete werden von erfahrenen Genossinnen und Genossen in revolutionären Einheitsfrontkomitees verwaltet. Vom Ablauf her legen die bewaffneten Aufständischen in enger Zusammenarbeit mit den dortigen fortschrittlichen Massen ein geeignetes Gebiet als potentiell Stützpunktgebiet fest und orientieren sich dann an den folgenden vier unmittelbaren Aufgaben:

■ Vernichtung der feindlichen Organe der Staatsmacht, (Erstürmung von Kasernen und Polizeiposten, Erbeutung von Waffen und Munition, Unschädlichmachung oder Verjagung von Militär und Polizei sowie hochrangiger Beamter),

■ Kampf gegen Kollaborateure und Spitzel,

■ Enteignung der feudalen Großgrundbesitzer,

■ Liquidierung der alten staatlichen Organe und Organismen sowie Bildung neuer Volkskomitees und Organisation der Massen mit Hilfe revolutionärer Massenorganisationen (der Frauen, Bäuerinnen und Bauern, Schülerinnen und Schüler, usw.).

In den Gebieten wird das enteignete Großgrundbesitzerland nach dem Motto „Jedem Pflüger sein Land“ und dem Prinzip der gleichberechtigten Eigentumsrechte für Frauen verteilt. In vielen befreiten Gebieten wird die Arbeit aber auch auf kooperativer Basis durchgeführt. Effektiver und modernere Produktionsmittel werden eingeführt. Alphabetisierungskampagnen werden durchgeführt gerade auch als Voraussetzung, um verstärkt kommunistisches Bewußtsein in die Massen hineintragen zu können.

Verbindung der kämpfenden Bäuerinnen und Bauern mit den Werktätigen in der Stadt

Ein wichtiges Merkmal ist die Verbindung des revolutionären Kampfes auf dem Land mit dem Kampf in den Städten und städtischen Zentren. Insbesondere an den Jahrestagen des Beginns des bewaffneten Kampfes 1996 und am 1. Mai werden in den Städten massenhafte Streiks und Blockaden durchgeführt, an denen Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam mit Studentinnen und Studenten und Bauern und Bäuerinnen kämpfen. Auch Aktionen wie die Blockade Katmandus als Antwort auf den Putsch des Königs am 1. Februar dieses Jahres wären ohne Verbindung mit, ohne Unterstützung durch die städtischen Ausgebeuteten und Werktätigen nicht möglich.

Einige Fakten zu Nepal

Geographische Lage

Das etwa 147.000 km² große Nepal grenzt im Süden an Indien und im Norden an China. Es gliedert sich in drei Landschaftsformen: das an Indien angrenzende Tiefland, das Katmandu-Tal, in dem sich die wenigen Städte Nepals befinden, und das Himalaja-Bergland mit über 8000 m Höhe.

Im Bergland, das etwa 68% der Landfläche ausmacht, lebt ca. 45% der Bevölkerung, 47% lebt im Tiefland. Einzelne Regionen liegen häufig sehr abgeschieden und sind größtenteils nur zu Fuß erreichbar.

Nur 22% der Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar. Das Straßennetz umfaßt etwa 13.500 km, von denen etwa 5.000 km für den Autoverkehr kaum nutzbar sind. Es gibt keine schiffbaren Flüsse und nur eine 50 km lange Eisenbahnstrecke in der Nähe der Grenze zu Indien.

Bevölkerung

Nepal zählt etwa 25 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, rund 1 Mio. lebt in der Hauptstadt Katmandu.

Die Bevölkerung Nepals unterteilt sich in eine Vielzahl von Nationalitäten, Bevölkerungsgruppen und religiöse Kasten, die traditionell in verschiedenen Regionen leben und ihre eigene Kultur und Sprache besitzen.

Der Hinduismus ist Staatsreligion. Nepal bezeichnet sich als „einziges Hindu-Königreich der Erde“ mit einem König, der sich als göttliche Inkarnation darstellt.

In der Hierarchie des religiösen Kastenwesens stehen die Bahun (Brahmannen, „Priesterkaste“) ganz oben, gefolgt von den Chhetri („Kriegerkaste“) und Thakuri. Unten stehen die Minderheitsvölker, die Magar, Gurung, Tamang, Newari, Tharu usw., sowie die unteren Kasten, ganz unten die „Unberührbaren“, die Kami, Damai, Badi, Dalit und Sarki.

Die Zugehörigkeit zu Bahun, Chhetri oder Takuri ist der Schlüssel für den Zugang zu wichtigen Positionen im Staatsapparat. Noch heute liegt die Mehrheit der hohen Armeeposten in den Händen der Chhetri. Die Macht haben setzen die Minderheitsvölker, die unteren Kasten und insbesondere die „Unberührbaren“ besonderer staatlicher Schikane und Unterdrückung aus und schüren eine Art Hindu-Nepali-Chauvinismus. So berichteten nepalesische Zeitungen, daß nach Aussage von Eltern Kinder der Badi, die zu den „Unberührbaren“ zählen, im Distrikt Chainpur in der Schule weder auf der Bank sitzen noch Wasser vom Wasserschahn trinken dürfen. Die Kinder würden zudem von Mitschülern beschimpft und von Lehrern diskriminiert (Katmandu Post, 23.8.04). Im September 2004 kämpften mehr als 500 „Unberührbare“ der Dalit, überwiegend Frauen, im Distrikt Saptari in einem 48stündigen Hungerstreik für die Abschaffung der Unberührbarkeit und ihre Folgen.

In Nepal werden mehr als 30 Sprachen gesprochen. Nur rund 60% der Bevölkerung spricht die Amtssprache Nepali, eine von den Bahun und Chhetri aus Indi-

en mitgebrachte Variante des Sanskrit; weitere Sprachen sind Maithili (12%), Bhojpuri (8%), Tharu (6%) u.a.

Fast 40% der Bevölkerung lebt unter der nach offiziell-imperialistischen Kriterien festgesetzten „Armutsgrenze“. Die Analphabetenrate ist besonders unter den Frauen sehr hoch und liegt bei etwa 60%.

Nur 10% des Landes ist mit elektrischem Strom versorgt. Der Zustand des Gesundheitswesens ist katastrophal: Ein Arzt muß ca. 16.600 Einwohner versorgen und bei den 50 - zumeist in den Städten - praktizierenden Zahnärzten kommt derzeit auf mindestens 400.000 Einwohner ein Zahnarzt.

Die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen zwingen und zwingen viele Millionen zum Auswandern. Momentan leben ca. 4-5 Mio. als Arbeitsmigranten etwa in Indien oder den Golfstaaten. Diese saisonale oder vorübergehende Auswanderung besteht zum größten Teil aus männlichen Arbeitskräften aus ländlichen Gebieten, die ihre Familien zurücklassen und deren Frauen die mühevollen Arbeit auf dem Pachtland nun alleine leisten müssen.

Ein Großteil der nepalesischen Techniker und Experten wird in Indien ausgebildet, das eine wichtige Rolle im Bereich Erziehung und Kultur in Nepal spielt. Mit indischer Unterstützung wurde Nepals erste Universität Tribhuvan errichtet. Ingenieure, Berater, Lehrer, Ausbilder, Architekten usw. aus Indien werden an die verschiedenen Bildungseinrichtungen Nepals geschickt und umgekehrt studieren Tausende nepalesische Studentinnen und Studenten in Indien.

Staatsapparat, Repression und Militarisierung

Das nepalesische Regime der feudalistischen Großgrundbesitzer und der vom Imperialismus abhängigen Kompradonen unterdrückt und terrorisiert die demokratische antifeudalistische und antiimperialistische aufständische Bewegung.

Die demokratische Presse wird geknebelt. Unter den verhafteten Regimegegnern befinden sich 14 Journalistinnen und Journalisten (2004). Die rund 30 Tages- und Wochenzeitungen, erscheinen in kleiner Auflage. Die Gesamtauflage aller Zeitungen liegt bei etwa 250.000 Exemplaren. Radiostationen sind allesamt staatlich, denn private Stationen wurden 2001 im Zuge der Aufstandsbekämpfung verboten.

Blockaden, Streiks und Demonstrationen werden von Militär und Polizei niedergeschlagen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden verhaftet, unbewaffnete Menschenmengen beschossen. Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen insbesondere als sogenannte „Vorbeugehaft“ sollen abschrecken und einschüchtern. Nicht selten werden Festgenommene von Armeemitgliedern ohne Verfahren exekutiert. Systematische Mißhandlungen und Folterungen von Gefangenen sind an der Tagesordnung. Massenhaft praktiziert die nepalesische

Konterrevolution das „Verschwindenlassen“ von Verhafteten. Nach Angaben der Londoner al-Zentrale „verschwinden“ nirgendwo auf der Welt mehr Menschen als in Nepal.¹ Die Zahl der demokratischen und revolutionären Gefangenen in Nepal ist unklar, mehrere Hundert wird als offizielle Zahl angegeben, doch die Dunkelziffer ist hoch. Häufig werden Gefangene nicht in Gefängnissen festgehalten, sondern befinden sich „im Gewahrsam“ von Armeemitgliedern, paramilitärischer oder regulärer Polizei und sind in Kasernen eingekerkert. Der reaktionäre indische Staat, der traditionell Nepal als Hinterhof seiner expan-

sionistischen Interessen betrachtet, unterstützt die nepalesische Konterrevolution. So sind einige Kämpferinnen und Kämpfer der nepalesischen Befreiungsbewegung in Indien inhaftiert wie etwa Gaurav, führender Genosse der PLA (Peoples Liberation Army - Volksbefreiungsarmee) der KPN(M), der im November 2003 in Indien verhaftet wurde und seitdem dort im Gefängnis festgehalten wird, bzw. werden Gefangene wie etwa die Genossen Matrika Yadav, Suresh Ale Magar oder Kiran nach ihrer Verhaftung nach Nepal ausgeliefert.

Gerade in den ländlichen Gebieten gehen Armeemitgliedern und Polizei mit äußerster Brutalität gegen die kämpfenden Aufständischen vor und verüben feige Massaker an unbewaffneten Dorfbewohnern, die unter Verdacht stehen, „Guerilla-Sympathisanten“ zu sein, bis hin zu Artilleriebeschuss und Bombardements von ganzen Dörfern.

Die nepalesische Armee (Royal Nepali Army - RNA) ist eine Berufsarmee mit rund 50.000 Soldaten. Die Armeeführung ist seit zwei Jahrhunderten einer königsnahen Kriegerkaste, den Khas-Thakuri, vorbehalten. Ausgebildet wird die nepalesische Armee teilweise durch indische Armeemitglieder.

Neben der Armee gibt es eine militärische Söldner-Tradition sogenannter „Gurkhas“, die sich seit dem 19. Jahrhundert im Dienst britischer und seit 1948 auch indischer Armeemitglieder befinden. Im Kosovo waren 1999 solche Einheiten beispielsweise für den englischen Imperialismus eingesetzt.² Seit Verhängung des Ausnahmezustandes im November 2001 werden „Gurkhas“ auch offiziell im Kampf gegen die nepalesische Befreiungsbewegung eingesetzt.

Neben der Armee existiert als reaktionäres Unterdrückungsinstrument eine paramilitärische Sonderpolizei (APF - Armed Police Force) mit 15.000 und die reguläre Polizei mit ca. 13.000 Angehörigen.³ Der nepalesische Geheimdienst NIID erhält im Bereich „Terrorismusbekämpfung“ seit 2002 „Unterstützung“ des US-Imperialismus über den FBI.

Wirtschaft

Die Masse der Einwohner Nepals sind Bäuerinnen und Bauern: rund 90% der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Während 10% der Bevölkerung 50% des Grundeigentums kontrolliert, teilen sich 50% der nepalesischen Bäuerinnen und Bauern 7% Prozent des Grundbesitzes.

80% der Landbevölkerung sind landlose Bauern, die als Pächter ihre halbe Ernte an „ihren“ Großgrundbesitzer abführen müssen, oder Landarbeiterinnen und Landarbeiter, die auf Plantagen ausgebeutet werden. Feudalistische Schuldknechtschaft ist weit verbreitet, viele Familien sind seit Jahrhunderten der Willkür ihrer Großgrundbesitzer ausgeliefert. Fabriken gibt es in Nepal kaum; die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter ist äußerst gering.

Selbst nach offiziellen Angaben gehört die Bevölkerung Nepals mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 250€ jährlich zu den Ärmsten der Welt. Nepal ist hoch verschuldet an die imperialistischen Großmächte, die durch Kredite und „Entwicklungshilfe“ ein dichtes Netz finanzieller Knebelung angefertigt haben. Die Auslandsverschuldung Nepals stieg von 3 Mio. US-Dollar in 1970 über 205 Mio. in 1980 auf 2.700 Mio. in 2001. Nepalesische Exportgüter sind vor allem Teppiche, Textilien und Agrarprodukte, wohingegen vor allem teure Maschinen, Transportausrüstungen sowie chemische und pharmazeutische Produkte importiert werden müssen.

Quellen: Fischer Weltalmanach 2004; de.wikipedia.org; auswaertiges-amt.de; deutsche-botschaft-kathmandu.org.np. Außerdem: 1 al-Journal Dezember 2004 / Januar 2005; 2 suedasien.net; 3 globaldefence.net.



Breite Beteiligung der werktätigen Frauen

In Nepal ist die ökonomische Unterdrückung der Frauen in der feudalen und halb-feudalen Produktionsweise verwurzelt. Von den Ausbeutern geknechtet werden sie von ihren Ehemännern bzw. ihren Ursprungsfamilien fast wie „Eigentum“ behandelt, durch Zwangsverheiratung, Verbot von erneuter Heirat von Witwen, sexuelle Ausbeutung, Verweigerung von Schulbildung, usw. In den befreiten Gebieten erhalten Frauen selbständige Eigentumstitel auf ihr Land und gleiche Rechte beim Erbe elterlichen Eigentums. Die Aufhebung der Zwangsverheiratung ermöglicht den Frauen die freie Wahl des

Partners. Gegen die „männliche Abstammungslinie“, also gegen die Notwendigkeit, unbedingt ein männliches Kind zur Welt zu bringen, wird ein ideologischer Kampf geführt.

In den befreiten Gebieten spielen Frauen bei der Ausübung der neuen Volksmacht eine bedeutende Rolle in den Massenorganisationen, speziellen Frauenmilizen oder der Volksbefreiungsarmee. Überhaupt ist die hohe Beteiligung der Frauen auch am bewaffneten Kampf eine Besonderheit des Befreiungskampfes in Nepal, gerade weil sich die Frauen nicht nur in „traditionellen“ Frauenbereichen wie etwa Kultur usw. engagieren, sondern

als Komiteesekretärinnen, Propagandistinnen bis hin zu Kommandantinnen bewaffneter Einheiten aktiv sind.

Breite Beteiligung der unterdrückten Minderheitsvölker und unterdrückten Kasten

Die Geschichte Nepals ist eine Geschichte der vollkommenen Rechtslosigkeit der Minderheitsvölker, unteren Kasten und „Unberührbaren“, die dem Hindu-Nepali-Chauvinismus der höheren Kasten ausgesetzt sind, von Behörden schikaniert werden, in Schulen und Medien ausgegrenzt und verächtlich dargestellt werden und von den Großgrundbesitzern wie Sklaven ausgebeutet

Der deutsche Imperialismus – tödlicher Feind der kämpfenden werktätigen Massen in Nepal

Nach Indien und den USA ist Deutschland der wichtigste **Abnehmer für nepalesische Produkte** (ca. 24%), vor allem von Teppichen und Textilien. Bei den Importen – darunter Maschinen, elektronische und medizinische Güter, Chemikalien – belegt der deutsche Imperialismus den 13. Rang. Nicht so sehr durch den Warenexport, als vielmehr durch **Kapitalexport**, vor allem über **knebelnde Kredite**, ist der deutsche Imperialismus in Nepal aktiv. Bislang größtes Projekt im Rahmen der imperialistischen „Entwicklungshilfe“ ist das 70 MW-Wasserkraftwerk Marsyangdi, das mit ca. 100 Mio. Euro von der Kreditanstalt für Wiederaufbau unterstützt wird. Neben diesen eigenständigen Projekten ist der deutsche Imperialismus auch im **Rahmen der EU** aktiv, v.a. mit Projekten im Infrastrukturbereich, wo im Zeitraum 2002 bis 2007 insgesamt ca. 75 Mio. Euro ausgegeben werden sollen.²

Daneben macht der deutsche Imperialismus ideologisch über ein **Geflecht von „Entwicklungshilfe-Fachkräften“, Deutsche Welle, Goethe-Institut und Friedrich-Ebert-Stiftung** seinen Einfluß geltend. In Nepal arbeiten rund 60 „Entwicklungshelfer“, darunter ca. 30 des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und 16 der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Die Genossinnen und Genossen in Nepal durchschauen sehr wohl das humanitäre Geheuchel des deutschen Imperialismus. Im Mai 2004 stellte die GTZ wegen „zunehmender maoistischer Drohungen“ sämtliche Hilfsprojekte in Westnepal ein.

In die „Schlagzeilen“ gerieten die Machenschaften des deutschen Imperialismus in Nepal 2001, als rund 75 Tonnen **Altepestizide**, schlecht gesichert und in leeren Behältern, zerrissenen Tüten und geplatzen Säcken, in Lagerhallen rund um Katmandu gefunden wurden. Lieferant dieses Giftmülls war neben Sandoz, Shell oder Union Carbide die deutsche Firma Bayer. Die meisten Gifte – einige sind seit den 70er Jahren in Europa oder weltweit verboten – wurden von diesen Firmen als Entwicklungshilfe nach Nepal gebracht, „gespendet“ oder an die nepalesische Regierung verkauft. Ebenso gefunden wurde uralt Gasflaschen mit Methylbromid der Linde Spezialgase AG. Weitere deutsche Giftmüll-Lieferanten sind die ex-Hoechst AG und die Urania Spiess. Alle Gifte wurden vor 20 bis 30 Jahren nach Nepal geliefert.³

Als einer der weltweit größten Rüstungsexporteure ist der deutsche Imperialismus auch in Nepal aktiv und

durch **Lieferung von Waffen und Munition** direkt an der Unterdrückung der Befreiungsbewegung beteiligt. Bereits Ende der 60er Jahre errichtete die staatliche Fritz-Werner-Industrie-Ausrüstungen eine **Munitionsfabrik** in Nepal.⁴ 1999 und 2000 wurde der Export von Herstellungsausrüstung für kleinkalibrige Munition sowie einer ballistischen Meßanlage nach Nepal im Wert von rund 1,35 Millionen Euro genehmigt.⁵ Im Februar 2002 berichtete die britische Militärzeitschrift Jane's Defense Weekly, Nepal habe bei Heckler & Koch **65.000 automatische Sturmgewehre**, hochmoderne Waffen vom Typ G-36 bestellt. Bereits ein Jahr zuvor hatte Nepal für fünf Millionen Dollar eine Wartungs- und Reparaturwerkstatt für die Gewehre bestellt.⁶ Auch wenn der Verkauf der G-36-Gewehre im August 2002 offiziell erst einmal auf Eis gelegt wurde, so hat das G-36 in Nepal seine „Feuertaufe“ bereits hinter sich: Nach Informationen des indischen Magazins „Frontline“ war es ein Gewehr dieses Typs, mit dem am 1. Juni 2001 der nepalesische Kronprinz Dipendra seinen Vater den König, etliche Verwandte und schließlich sich selbst erschoss.

☆☆☆

All diese Machenschaften des deutschen Imperialismus in Nepal müssen entlarvt und bekämpft werden. In ihrer Bedeutung richtig einschätzen können wir sie jedoch nur, wenn wir sie in einen größeren Zusammenhang stellen: dem **strategischen Interesse des deutschen Imperialismus an der Region Zentral- und Südasien** im Kampf mit den anderen imperialistischen Großmächten. Hier ist dem deutschen Imperialismus in den letzten Jahren ein weiterer Vormarsch gelungen mit der Stationierung von rund 2000 deutschen Soldaten in Afghanistan als militärische Besatzungsmacht, mit der Stationierung von rund 200 Soldaten in Usbekistan, mit verstärkter Einflußnahme in China oder mit traditionell guten Kontakten zur anti-englisch bzw. anti-amerikanisch eingestellten Machteleite in Indien.

Quellen: 1 ngcci.org/politischundwirtschaftlich.htm und 11sfu.de; 2 deutschebotschaft-katmandu.org.np/de/wirtschaft/zusammenarbeit/index.html; 3 greenpeace.org/deutschland/?page=deutschland/pe/chemie/nepal-bayer-gift-zurueck-an-dt-botschaft; 4 grbv.de/bestell/pogrom/texte/228_dellus1.htm; 5 BZ, 6.3.02 und blts.de/public/articles/bz060302_2.htm; 6 sopos.org/aufsaetze/3cc9a3386d08b

werden. Das Ziel der Gleichberechtigung, die Aussicht auf Selbstbestimmung bis hin zur staatlichen Lösung ist ein entscheidender Faktor für die massenhafte Beteiligung im bewaffneten Befreiungskampf. Ein 40-jähriger Kämpfer der Volksbefreiungsarmee erklärt:

„Der Hauptgrund, warum ich in die Volksbefreiungsarmee ging, war die Diskriminierung durch die oberen Hindu-Kasten, die Unterdrückung der Minderheiten durch die reaktionäre herrschende Klasse. Wir Magar haben gar keine Chance, im Regierungsapparat irgendwo mitzureden. Um uns von dieser Art von Unterdrückung zu befreien, bleibt uns gar nichts anderes übrig als der bewaffnete Kampf.“ (www.grbv.it/3dossier/asia/nepal/nepal.html)

☆☆☆

Mit der Auseinanderjagung von Kabinett und Parlament durch den nepalesischen König im Februar 2005 verspricht sich das nepalesische Regime der feudalistischen Großgrundbesitzer und der vom Imperialismus abhängigen Kompradoren mehr „Freiheit“ bei der Ausübung des Terrors und der Vernichtung der massenhaften bewaffneten Befreiungsbewegung.

Im vom Imperialismus abhängigen Nepal spielt Indien eine doppelte Rolle: Zum einen verfolgt es seine eigenständigen expansionistischen und konterrevolutionären Interessen. Zum anderen steht hinter Indien der Imperialismus, insbesondere der US- und englische Imperialismus, aber auch der deutsche Imperialismus, und Indien agiert eben als Werkzeug der imperialistischen Großmächte, die häufig über Standorte in Indien agieren.

Wie bereits in der Vergangenheit hat Indien gegenüber dem nepalesischen Regime erneut „Hilfe“ bei der Niederschlagung der revolutionären Kämpfe angeboten. 80.000 indische Soldaten sind seit einiger Zeit an der Grenze mobilisiert. Im Dezember 2004 sind schließlich indische Truppen in den Gularia-Distrikt Nepals einmarschiert, wo sie Häuser zerstörten und die Bevölkerung drangsalieren. Im Kanchapur-Distrikt verhafteten sie Aufständische. An mehreren Stellen im Osten Nepals errichteten indische Truppen militärische Checkpoints. (www.awtw.org News Service)

So scheinen die reaktionären indischen und nepalesischen Machthaber momentan „an einem Strang“ zu ziehen im Interesse der Konterrevolution, schließlich versucht der reaktionäre indische Staat seit Jahrzehnten ohne Erfolg, im eigenen Land bewaffnet kämpfende revolutionäre Bewegungen wie etwa die Naxaliten niederzuschlagen.

„Der maoistische Aufstand ist nicht nur eine Bedrohung für die Sicherheit Nepals, sondern auch Indiens“, meinte Shyan Saran, Indiens Botschafter in Katmandu, erst kürzlich wieder. (In: Freitag Nr. 37, 3.09.04) Nichtsdestotrotz werden sich die nepalesischen Genossinnen und Genossen auch auf die Möglichkeit vorbereiten, daß das expansionistische indische Regime möglicherweise in direkter Absprache mit den imperialistischen Großmächten unter der Flagge des „Anti-Feudalismus“ als „Heilsbringer der Demokratie“ in Nepal einmarschiert. Die „Times of India“ propagiert seit Monaten ein „entschiedenes Eingreifen“; „Nepal scheint außer Kontrolle zu geraten ... Früher

Autorankollektiv Zur „Polemik“ Die revisionistische Linie des 20. Parteilags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963) Verlag Olge Benario und Herbert Baum	630 Seiten 30 Euro; Offenbach 2004 ISBN 3-932636-70-8 Bestellungen über: Buchladen Georgi Dimitroff
---	--

oder später wird jemand intervenieren müssen – die Frage ist, wer und wann?“ (In: ebenda).

Der US- und englische Imperialismus haben den Krieg zur Vernichtung der bewaffneten Befreiungsbewegung in Nepal zum Teil ihres „Krieges gegen den Terror“ deklariert. Der US-Botschafter in Nepal erklärte im Juli 2004, daß „**Chaos und Anarchie in Nepal eine Bedrohung für die Region und für die vitalen Interessen der USA**“ seien. (Himalayan Times, 20.07.04) Im Oktober 2004 wurde bekannt, daß Großbritannien Aufklärungsflugzeuge vom Typ BN2T Islander an Nepal liefert. Im gleichen Monat trafen 500 Sturmgewehre vom Typ M-16A2 aus USA in Nepal ein, die 3. Teillieferung im Rahmen eines 2002 geschlossenen Abkommens. Im April 2004 hatten USA und Nepal ein „Memorandum of Understanding“ zur Ausweitung der Zusammenarbeit unterzeichnet, insbesondere die Entsendung von US-Militärberatern.

Die imperialistischen Konkurrenten des US- und des englischen Imperialismus, vor allem der deutsche und der französische Imperialismus, versuchen, sich gegenüber den Werktätigen Nepals als „humanere Alternative“ zu präsentieren, die nicht auf eine „militärische Lösung“, sondern auf „Entwicklungshilfe“ setzt. Mal ganz abgesehen davon, daß das humanitäre Entwicklungshilfe-Geheuchel eine imperialistische Propaganda-Lüge ist, um Einflußnahme und Abhängigkeit vom Imperialismus weiter zu erhöhen, fahren der deutsche und der französische Imperialismus ebenfalls „zweigleisig“. So wurde im April 2004 bekannt, daß Frankreich Militärhubschrauber nach Nepal liefert, die unter der Lizenz der französischen Firma Eurocopter in Indien produziert werden. Und der deutsche Imperialismus wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, die vor zwei Jahren offiziell stornierte Lieferung von Zehntausenden deutschen Sturmgewehren an Nepal wiederaufzunehmen.

Für die kommunistischen Kräfte in Deutschland wie in allen anderen Ländern der Welt ist gerade heute die Existenz dieses revolutionären bewaffneten Befreiungskampfes unter Roten Fahnen sehr wichtig. Für uns in Deutschland erfordert der proletarische Internationalismus besonders, die konterrevolutionären Machenschaften des deutschen Imperialismus dort anzuprangern und zu bekämpfen, wie etwa geplante Waffenlieferungen an das reaktionäre Regime, mit denen die roten Kämpferinnen und Kämpfer massakriert werden.

Es ist die Pflicht der Arbeiterinnen und Arbeiter, aller fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die fortschrittlichen Kämpfe in Nepal zu unterstützen, wobei gleichzeitig der deutsche Imperialismus als Unterstützer der Reaktionäre in Nepal bekämpft werden muß und seine militärischen wie auch humanitär verbrämten Machenschaften entlarvt werden müssen.

Es ist die Pflicht aller ant imperialistischen eingestellten Kräfte, den revolutionären Befreiungskampf moralisch, politisch und materiell maximal zu unterstützen, was auch das Studium der Dokumente und die solidarische Debatte mit den sich am Kommunismus orientierenden Kräfte in Nepal erfordert. Denn proletarischer Internationalismus bedeutet Solidarität in Wort und Tat. Diejenige Kommunistische Partei in einer Unterdrückernation,

„die in Worten Feind des Imperialismus ist, in Wirklichkeit jedoch in ihren Kolonien keinen revolutionären Kampf zum Sturz ihrer Bourgeoisie führt, die überall bereits begonnene revolutionäre Arbeit in den Kolonien nicht systematisch unterstützt, dorthin keine Waffen und keine Schriften für die revolutionären Parteien in den Kolonien bringt, ist eine Partei von Lumpen und Verrätern.“

(Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale“, 1919, Werke Band 29, S. 497)

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920
Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs (Thesen zur Diskussion)

Gerade in der heutigen Situation erscheint es dringendst nötig, die unsterblichen Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, anhand der Originale und nicht bloß von Sekundärliteratur gründlich und umfassend zu studieren, auszuwerten und zu propagieren. Im besonderen muß das großartige Werk des Genossen Stalin, das von höchster Aktualität ist und bleibt, gegen alle opportunistischen und revisionistischen Angriffe und Entstellungen offensiv verteidigt werden.

Auf dem Boden der Verteidigung der in sich geschlossenen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, der Lehren des Marxismus-Leninismus, ist es auch erforderlich, eine klare und prinzipienfeste Haltung zu Mao Tse-tung einzunehmen.

Das marxistisch-leninistische Werk Mao Tse-tungs über die demokratische Revolution und den Volkskrieg muß unbedingt verteidigt werden

Die grundlegende und größte welthistorische Leistung Mao Tse-tungs, die nichts und niemand aus der Welt schaffen kann, besteht darin, daß er das 600-Millionen-Volk Chinas Schulter an Schulter mit allen anderen Kräften der proletarischen Weltrevolution, gestützt auf die sozialistische Sowjetunion Stalins, zum Sieg der antifeudalen, antiimperialistischen Etappe der Revolution geführt hat.

Die in Band I - IV der Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs enthaltenen Schriften über die demokratische Etappe der Revolution in China und die darin enthaltenen Hinweise über die Revolution in kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern überhaupt beruhen auf dem Marxismus-Leninismus und insbesondere auf den Lehren Lenins und Stalins.

Mao Tse-tung hat mit großer Meisterschaft die Lehren Lenins und Stalins und die grundlegenden Richtlinien der Komintern auf die unterschiedlichsten Perioden innerhalb der demokratischen Etappe der Revolution in China angewandt.

Die hier abgedruckten „Thesen zur Diskussion“ aus dem Jahr 1981, die wir unverändert nachdrucken, sind sicherlich in einigen Formulierungen und aktuellen Bezügen überholt und von der damaligen Zeit geprägt. Die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) und andere genannte KPs existieren inzwischen gar nicht mehr, wir selbst haben in umfangreichen theoretischen Arbeiten unsere Positionen und Formulierungen präzisiert. Dennoch sind die grundlegenden Inhalte dieser Thesen nach unserer Meinung nach wie vor korrekt.

Grundlegende Prinzipien der Revolution in kapitalistisch nicht entwickelten, kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern¹ sind:

■ Der Übergang zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats hat in diesen Ländern eine Etappe der demokratischen Revolution zur Voraussetzung. In diesen Ländern muß sowohl die Agrarrevolution als auch die antiimperialistische Revolution durchgerührt und als einheitlicher Prozeß angepackt werden, wobei in verschiedenen Perioden einer der beiden Aspekte im Vordergrund stehen wird.

■ Unumgänglich ist unter allen Umständen der Kampf für die Hegemonie des Proletariats, für die Festigung des Arbeiter- und Bauernbündnisses als Fundament der Einheitsfront mit allen antiimperialistischen und antifeudalen Kräften, da ohne Führung des Proletariats und seiner Partei ein wirklicher Sieg auch in der demokratischen Etappe der Revolution unmöglich ist.

■ In der demokratischen Etappe der Revolution in kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern besteht die grundsätzliche Möglichkeit von zeitweiligen Bündnissen und Blocks mit einem Teil der Bourgeoisie.

■ Die Schaffung bewaffneter Kräfte der Revolution ist eine Grundvoraussetzung für den Sieg der demokratischen Revolution.

■ Es ist ein Prinzip, daß bereits in der Etappe der demokratischen Revolution auch das Maximalprogramm der Kommunistischen Partei, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus propagiert werden muß, um danach erfolgreich zur sozialistischen Etappe vorwärts schreiten zu können.

■ Die demokratische Revolution muß als Teil der proletarischen Weltrevolution begriffen und propagiert werden. Das Bündnis mit dem Proletariat der imperialistischen Länder wie der Völker der Welt überhaupt, das Bündnis mit einem existierenden sozialistischen Land bzw. existierenden sozialistischen Ländern - all das sind unbedingte Erfordernisse des proletarischen Internationalismus.

Mao Tse-tung hat diese Lehren Lenins und Stalins prinzipienfest auf die einzelnen Phasen der chinesischen Revolution angewandt und konkretisiert.

Die Völker aller kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Länder müssen diese Lehren Lenins und Stalins in der Anwendung durch Mao Tse-tung im Verlauf der chinesischen Revolution studieren und dann prüfen, wie sie diese marxistisch-leninistischen Lehren auf ihre Bedingungen anwenden können.

Eine der herausragendsten Leistungen Mao Tse-tungs ist ohne Zweifel die schöpferische Weiterentwicklung der Lehren vom revolutionären Krieg, die revolutionäre militärische Strategie und Taktik.

Bereits Stalin hatte darauf hingewiesen, daß in einem Land wie China zunächst nicht die hauptsächlichen Städ-

te erobert werden können, sondern erst Kraft auf dem Land gesammelt werden muß.²

Mao Tse-tung hat in einem sehr harten ideologischen Kampf in dieser lebenswichtigen Frage der chinesischen Revolution die militärische Strategie der „Einkreisung der Städte vom Dorf her“, der Schaffung roter Stützpunktgebiete, die Strategie des langandauernden Volkskriegs unter den Bedingungen Chinas entwickelt und siegreich durchgeführt.

Um richtig von dieser großen marxistisch-leninistischen Lehre Mao Tse-tungs lernen zu können, muß man gerade das von Mao Tse-tung selbst betonte fundamentale Prinzip berücksichtigen, daß der Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen des eigenen Landes angewandt werden muß.

Um wirklich für andere koloniale, halbkoloniale und abhängige Länder aus der chinesischen Revolution und aus den Werken Mao Tse-tungs Lehren über die demokratische Etappe der Revolution ziehen zu können, müssen die konkreten Verhältnisse in China verstanden werden, um *nicht* gerade das schematisch zu übernehmen, was nicht mit den Bedingungen des eigenen Landes übereinstimmt.

Die Erfahrung in der heutigen ideologischen Debatte zeigt, daß speziell daraufhingewiesen werden muß:

■ Die Erfahrung der Periode des antijapanischen Krieges in China ist Teil des großen antifaschistischen Weltkrieges. Die Einschätzung der von den USA-Imperialisten abhängigen Teile der Kompradorenbourgeoisie durch Mao Tse-tung muß daher im Zusammenhang mit der Einschätzung der USA im Weltmaßstab, im Zusammenhang mit der Teilnahme der USA an der Anti-Hitler-Koalition gesehen werden.

Es wäre unter den heutigen Bedingungen *falsch*, in allen von *einer* imperialistischen Macht besetzten halbfeudalen Ländern Bündnisse mit *den* Teilen der Kompradorenbourgeoisie einzugehen, die von jenen Imperialisten abhängig sind, die das betreffende Land nicht bzw. noch nicht besetzt haben. (In Afghanistan z. B. wäre es heute³ falsch, im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus Bündnisse mit Teilen der proamerikanischen-prowestlichen Kompradorenbourgeoisie zu schließen.)

■ Die Geschichte der KP Chinas zeigt, daß es *weder für China noch* für andere Länder ein allgemeingültiges Prinzip für die ganze Etappe der antiimperialistischen Revolution gibt, das lautet: „Die Arbeit auf dem Land ist primär - die Arbeit in der Stadt ist sekundär.“

Es ist auch völlig falsch, für die gesamte Etappe der demokratischen Revolution in diesen Ländern unter dem Vorwand der Hegemonie des Proletariats, die Arbeit in den Städten als vorrangig anzusehen.

Die KP Chinas hat selbst zunächst vor allem in den Städten gearbeitet (bis 1927), dann vor allem auf dem Land, dann vor dem Sieg 1949 bereits wieder vor allem in der Stadt.⁴

Jede Kommunistische Partei muß gemäß ihren Bedingungen entscheiden, wann und für welchen Zeitabschnitt die Arbeit in der Stadt primär bzw. sekundär ist.

■ In diesem Zusammenhang ist wesentlich festzustellen, daß die Bauern, die die Hauptarmee der chinesischen Revolution bilden, *nicht allein* die Rote Armee stellten.

Es ist eine der wichtigsten Erfahrungen der chinesischen Revolution, daß zahlreiche kommunistisch gesinnte Arbeiter aufs Land gingen und Kerntruppen der Guerilla- und Partisaneneinheiten sowie der Roten Armee bildeten.⁵

Weiter ist zu unterstreichen, daß jede Kommunistische Partei genau die Bedingungen im eigenen Land untersuchen muß, um festzustellen, *ob* im eigenen Land die Möglichkeit existiert, Stützpunktgebiete zu bilden. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß automatisch in allen kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern die Bildung solcher Stützpunktgebiete möglich ist.



Die Analyse der Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs Band I - IV, vor allem über die demokratische Etappe der Revolution in China, ergibt, daß die Kommunisten der ganzen Welt hiermit einen großen marxistisch-leninistischen Erfahrungsschatz erhalten haben, den sie unbedingt verteidigen und auswerten müssen.

Eine solche grundlegende Einschätzung dieser Werke Mao Tse-tungs bedeutet jedoch nicht, daß wir in einigen Fragenkomplexen nicht auch Probleme sehen und Kritiken haben.⁶

Die Ansichten Mao Tse-tungs über den Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Revolution und über die Diktatur des Proletariats sind unklar und zum Teil in Widerspruch zum Marxismus-Leninismus

Die Schriften Mao Tse-tungs vor 1966 stellen *nicht* klar, daß der Übergang der demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution auf politischer Ebene dem Übergang von der Diktatur aller antiimperialistischen, anti-feudalen Klassen und Kräfte zur Diktatur des Proletariats entsprechen muß.

Die Diktatur des Proletariats ist das Instrument des Proletariats zur Vernichtung der Bourgeoisie. Obwohl nach dem Sieg 1949 zunächst richtig der innere grundlegende Widerspruch in China als der zwischen Proletariat und Bourgeoisie festgestellt wurde⁷, zeigt sich bei Mao Tse-tung in der zentralen Schrift „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“ 1957, daß er die Diktatur des Proletariats bei politischem Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie für möglich hielt und daß er sogar davon ausging, daß der Aufbau des Sozialismus im politischen Bündnis mit dieser Bourgeoisie möglich sei.⁸

Diese Ansichten sind unvereinbar mit den Lehren des Marxismus-Leninismus und waren faktisch eine Unterstützung der Versuche der Chruschtschow-Revisionisten, die Klassenversöhnung zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der kommunistischen Weltbewegung durchzusetzen.

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß *ökonomisch* die Existenz der Bourgeoisie und der kapitalistischen Produk-

tionsverhältnisse nicht sofort völlig vernichtet werden kann (daher die Phase der NÖP, die, wie Stalin lehrt, all-gemeingültig ist⁹), sondern die Liquidierung der ökonomischen Positionen der Bourgeoisie nur schrittweise erfolgen kann. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Bourgeoisie nicht mehr an der politischen Macht beteiligt ist, weshalb der Aufbau des Sozialismus ohne *allseitige Diktatur über die Bourgeoisie*, ohne Diktatur des Proletariats nicht möglich ist.

Die Linie der KP Chinas unter Mao Tse-tung von 1957 bis zu seinem Tod

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß aus der Zeit nach 1957 (wie auch aus den Jahren 1949 - 1955) keine umfassende theoretische Schrift Mao Tse-tungs vorliegt, sondern lediglich einzelne Aufrufe und kurze thesenhafte Stellungnahmen oder Zitate (deren Zusammenhang unklar bleibt) veröffentlicht wurden.

Daher muß notwendigerweise eine Beurteilung des Werkes und des Wirkens Mao Tse-tungs in diesem Zeitabschnitt mit dem Mangel behaftet sein, daß ausgehend von der Mitverantwortung Mao Tse-tungs als Führer der KP Chinas vor allem aus der Analyse der Linie der KP Chinas wichtige Hinweise zur Beurteilung Mao Tse-tungs abgeleitet werden müssen.

Obwohl die KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs zunächst eine schwankende Haltung zum 20. Parteitag der KPdSU 1956 einnahm und diesen zumindest nach außen hin unterstützte, wandte sich die KP Chinas ab 1960 öffentlich gegen Kernpositionen der modernen Revisionisten und ermutigte so die antirevisionistischen Kräfte in der Welt zum Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus. Auch wenn dieser Kampf der KP Chinas mit vielen Fehlern und Halbheiten geführt wurde, gilt es, ihn als einen ermutigenden *Beginn* des Kampfes der KP Chinas gegen den Chruschtschow-Revisionismus zu verteidigen, zugleich aber die Fehler und Halbheiten dieses Kampfes im Geiste der Selbstkritik der kommunistischen Weltbewegung zu überwinden.

Es ist zudem unbestreitbar, daß die KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs das Festhalten am Klassenkampf, die Stärkung der Diktatur des Proletariats, den „Kampf auf Leben und Tod“¹⁰ gegen die Bourgeoisie spätestens seit 1966 gegen Kräfte in der KP Chinas propagiert hat (und zum Teil entsprechende Maßnahmen gegen die Bourgeoisie in Angriff genommen hat).

Wir stellen fest, daß die KP Chinas nach dem Verrat der Chruschtschow-Revisionisten, in der Zeit der Kulturrevolution (1966 - 1969), einen begeisternden Kampf gegen den Bürokratismus und Revisionismus geführt hat, der heute noch das Wutgeheul der Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen hervorruft. Insbesondere die Praxis der Austragung des innerparteilichen Kampfes vor den Massen, die offene und öffentliche Debatte ist ein marxistisch-leninistisches Prinzip, das in der Kulturrevolution unter Führung Mao Tse-tungs an der Basis in breitem Umfang angewandt wurde.

Es muß jedoch auch im Auge behalten werden, daß auf theoretischem und ideologischem Gebiet die falsche Entwicklung der Haltung der KP Chinas zur nationalen Bourgeoisie nicht analysiert und *nicht selbstkritisch* berichtigt wurde. Vielmehr wurde gerade die Schrift Mao Tse-tungs „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“ hervorgehoben, in der die Beteiligung der nationalen Bourgeoisie an der Macht für den Aufbau des Sozialismus gefordert und die Verwandlung des antagonistischen Widerspruchs Proletariat - Bourgeoisie in einen nicht-antagonistischen und seine gewaltlose Lösung für möglich erklärt wurde.

Mit nichtantagonistischen Methoden statt mit antagonistischen Methoden gegenüber der Bourgeoisie vorzugehen, d. h. *demokratisch*, mit der Methode der Überzeugung, statt *diktatorisch*, mit Gewaltanwendung gegen sie vorgehen zu wollen, das heißt auf einen Kerngedanken der Diktatur des Proletariats, nämlich auf die gewaltsame Unterdrückung der Bourgeoisie und den Kampf zu ihrer Vernichtung zu verzichten und im Grunde die revisionistische These vom „demokratischen Weg zum Sozialismus“ zu übernehmen.

Die Kulturrevolution ist selbst ein Beweis für die Unmöglichkeit, den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie anders als durch Klassenkampf im Sinne von „wer - wen“ zu lösen.

Noch gravierender ist, daß die ideologische Erziehung der Massen in China, speziell in der Kulturrevolution, auf der Grundlage der sogenannten „Mao-Tse-tung-Ideen“ erfolgte.

Die „Mao-Tse-tung-Ideen“ - wie sie von der KP Chinas seit 1966 propagiert wurden - wurden zunächst bis 1973 als Marxismus „einer völlig neuen Epoche“ vorgestellt. Somit wurde sowohl geleugnet, daß unsere Epoche nach wie vor die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution ist, als auch die Bedeutung des Leninismus als Marxismus dieser Epoche faktisch verneint. An Stelle des Leninismus wurden die „Mao-Tse-tung-Ideen“ als Marxismus dieser „neuen Epoche“ propagiert.

Die „Mao-Tse-tung-Ideen“ wurden auch nach dem X. Parteitag der KP Chinas 1973, der feststellte, daß wir uns nach wie vor in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution befinden, weiter propagiert. Die alte Definition wurde nicht wirklich verworfen, womit der Fehler im Grunde bestehen blieb.

Wir betonen, daß wir alle Ansichten, die Lehren Mao Tse-tungs seien eine allgemeine Weiterentwicklung des Marxismus in bezug auf die Theorie der Diktatur des Proletariats, der Massenlinie und der proletarischen Partei als *unrichtig* betrachten. In diesen Bereichen gibt es keine Lehren Mao Tse-tungs, die qualitativ über jene von Lenin und Stalin hinausgehen.

Vielmehr wurden von der KP Chinas unter der Bezeichnung „Mao-Tse-tung-Ideen“ vielfach *falsche*, gegen die Lehren Lenins und Stalins gerichtete Ansichten propagiert wie z. B. die These von der Existenz der Bourgeoisie als Klasse bis zum Kommunismus oder die These vom „Kampf zweier Linien“ als immerwährende Gesetzmäßigkeit in der Partei.

In bezug auf die Zeitspanne nach der Kulturrevolution zeigte sich eine immer offener zutage tretende revisionistische Linie der KP Chinas, insbesondere in der Außenpolitik, für die Mao Tse-tung ebenfalls zumindest eine *Mitverantwortung* trägt.

Ohne Zweifel existierte in der KP Chinas bereits vor dem Tode Mao Tse-tungs, und auch vor 1974, als es Deng Hsiao-ping offiziell verkündete, das revisionistische „Drei-Welten“-Schema. Es liegt keinerlei Abgrenzung Mao Tse-tungs gegenüber diesem reaktionären Schema vor, vielmehr gibt es in den Aufrufen Mao Tse-tungs Anfang der sechziger Jahre Elemente und Anknüpfungspunkte des „Drei-Welten“-Schemas.

Die Angriffe zur Verdammung Mao Tse-tungs richten sich vor allem gegen die volksdemokratische Revolution und die Lehren vom Volkskrieg

Es waren die chinesischen modernen Revisionisten, die - nachdem klar war, daß Mao Tse-tung sich ihnen nicht unterordnete - damit begannen, in tausendundeins Veröffentlichungen gegen Mao Tse-tung zu hetzen.

Eine Analyse dieser „Kritiken“ zeigt, daß die modernen Revisionisten vor allem die Lehren Mao Tse-tungs über den Volkskrieg und die volksdemokratische Revolution wütend angreifen und ihnen ihre Theorien vom „friedlichen Weg“ entgegensetzen. Auch ihre „Kritik“ an wirklichen Fehlern Mao Tse-tungs erfolgt von antimarxistischen, antileninistischen Standpunkten aus.

Es ist einer der schwersten Fehler der kommunistischen Weltbewegung, im Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht tiefer gegangen zu sein und die Attacken gegen Mao Tse-tung nicht analysiert und gründlich widerlegt zu haben.

Es ist ebenso ein schwerer Fehler, daß die marxistisch-leninistische Weltbewegung die feststellbaren Fehler Mao Tse-tungs und der KP Chinas während seiner Lebzeiten nicht beachtete und nicht rechtzeitig öffentlich und solidarisch kritisiert hat.

So konnte 1978 die Lage entstehen, daß die PAA fast wortwörtlich die Angriffe der modernen Revisionisten gegen Mao Tse-tung wiederholen konnte¹¹, während sich gleichzeitig unter jenen Kräften, die sich diesen Attacken auf Mao Tse-tung widersetzen, eine Strömung festigte, die gerade an Abweichungen der KP Chinas vor dem Tode Mao Tse-tungs und auch an Fehler Mao Tse-tungs anknüpft, diese systematisiert und im Grunde gegen Stalin und den Marxismus-Leninismus überhaupt richtet.¹²

Die Aufgaben der Marxisten-Leninisten in bezug auf die Zurückweisung der Attacken gegen Mao Tse-tung

Die Marxisten-Leninisten betrachten alle Fragen des ideologischen Kampfes, auch des Kampfes gegen die revisionistischen Attacken gegen Mao Tse-tung, unter dem Gesichtspunkt der prinzipiellen Lehren und Methoden des Marxismus-Leninismus.

In erster Linie ist es nötig, das Versäumte nachzuholen, die „Kritik“ der modernen Revisionisten an Mao Tse-tung

als Angriff gerade auf das an seinem Werk, was unzweifelhaft marxistisch-leninistisch ist, zurückzuschlagen, zugleich aber gründlich die Fehler Mao Tse-tungs und der KP Chinas zu analysieren und zu kritisieren. Dies ist um so nötiger, als nicht nur die russischen Revisionisten, sondern auch die Deng-Hua-Revisionisten gerade marxistisch-leninistische Positionen Mao Tse-tungs zunehmend attackieren.

Dieser ideologische Kampf gegen die revisionistischen Feinde muß die *Basis* sein, um den Kampf sowohl gegen die falschen Auffassungen der im Kielwasser der PAA schwimmenden Parteien und Kräfte führen zu können als auch gegen den Irrweg derjenigen Kräfte, die faktisch mit falschen Grundpositionen der Linie der KP Chinas vor dem Tod Mao Tse-tungs gegen die PAA auftreten.

Ein solcher *Zweifrontenkampf* in den Reihen jener, die wir nicht als Kräfte der Konterrevolution betrachten, ist unbedingt nötig, um die Grundlagen des Marxismus-Leninismus und insbesondere das Werk Stalins sowohl gegen die von der PAA geführten Kräfte (die sich als Stalin-Verteidiger Nummer eins aufspielen, in Wirklichkeit aber Stalins Lehren mißachten und entstellen), als auch gegen die sich auf falschen Grundpositionen der Linie der KP Chinas vor dem Tod Mao Tse-tungs organisierenden Kräfte (die mehr oder weniger direkt Stalin durch Mao Tse-tung „ersetzen“ wollen), zu verteidigen.

Eine jede dieser Richtungen hat ihre Besonderheiten und jede zeigt gegenwärtig die Tendenz, ihre Fehler zu vergrößern.

Die besondere Gefährlichkeit der falschen Auffassungen der von der PAA geführten Kräfte liegt in der Autorität der PAA begründet. Diese Autorität läßt jedoch infolge der immer hemmungsloseren, prinzipienlosen Angriffe auf Mao Tse-tung und der völlig fehlenden Bereitschaft zur Diskussion rapide nach.

Die besondere Gefährlichkeit der anderen ideologischen Strömung liegt in der weiten Verbreitung der Dokumente der KP Chinas aus der Zeit Mao Tse-tungs, deren Fehler kaum oder gar nicht kritisiert wurden, und in der Tatsache begründet, daß sie die außerordentliche Autorität Mao Tse-tungs, den sie pauschal, unkritisch, samt seinen Fehlern verteidigen, ausnützen können.

Bereits jetzt, wo der ideologische Kampf erst begonnen hat, festzustellen, welche Abweichung für die Schaffung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung „gefährlicher“ ist, übersieht gerade die für solche Fälle gemachte Feststellung Stalins, daß jene Abweichung gefährlicher ist, die man nicht bekämpft.

Das Ziel des ideologischen Zweifrontenkampfes ist die Verteidigung der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, das Festhalten an dem, was am Werk Mao Tse-tungs marxistisch-leninistisch ist, und die Feststellung der Fehler Mao Tse-tungs sowie der Fehler der KP Chinas zu Lebzeiten Mao Tse-tungs.

Hat Mao Tse-tung das Werk von Marx, Engels, Lenin und Stalin als Klassiker des Marxismus-Leninismus fortgesetzt?

Die Lehren Mao Tse-tungs aus der Zeit vor 1949, wie sie sich in seinen Ausgewählten Werken Band I - IV wider-

spiegeln, sind eine großartige Anwendung des Marxismus-Leninismus auf China und eine wichtige Konkretisierung der Lehren Lenins und Stalins für koloniale, halbkoloniale und abhängige Länder. Aber diese Werke können *keinesfalls* als *grundlegende* Weiterentwicklung des Werkes von Marx, Engels, Lenin und Stalin für die Probleme der proletarischen Weltrevolution angesehen werden.

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 und der völligen Verdammung Stalins, nach Beginn der offenen Polemik der KP Chinas 1963, und insbesondere seit 1966, dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution, verfestigte sich bei vielen Parteien die Vorstellung, daß so wie an der Bahre Lenins Stalin stand und die Sache des Marxismus-Leninismus weltweit fortsetzte, nun nach dem Tod Stalins Mao Tse-tung die Sache der weltweiten Verteidigung des Marxismus-Leninismus, der Theorie und Praxis der proletarischen Weltrevolution, der Einheit der kommunistischen Weltbewegung in die Hand nehmen und sich so würdig in die Reihe von Marx, Engels, Lenin und Stalin stellen würde.

Unsere Meinung, daß Mao Tse-tung diese Möglichkeit nicht realisierte, gründet sich nicht nur auf die Tatsache seiner schweren Fehler in der Frage der Diktatur des Proletariats (Beteiligung der Bourgeoisie an der politischen Macht).

Vielmehr zeigte sich auch, daß der erste Ansatz einer ideologischen Plattform der kommunistischen Weltbewegung 1963 (25-Punkte-Vorschlag), der unter Federführung Mao Tse-tungs ausgearbeitet wurde¹³, ernste Fehler enthielt, nicht weiterverfolgt, nicht diskutiert und nicht korrigiert wurde.

Ernste Fehler des „25-Punkte- Vorschlags“ und der nachfolgenden neun „Kommentare“, die durch einen ideologischen Kampf hätten korrigiert werden müssen, waren unter anderem:

- die Konstruktion des Schemas zweier möglicher Wege der Revolution: „friedlich und nicht friedlich“;
- das völlige Vernachlässigen der Agrarrevolution in kapitalistisch nicht entwickelten Ländern;
- die Ausrichtung des Kampfes in allen kapitalistischen Ländern vor allem gegen den USA-Imperialismus statt auf die „eigene“ Bourgeoisie;
- die falsche und unbewiesene Kritik an Stalin;
- die faule These von der „Norm“ der ausschließlich internen Beratung, die sich gegen die öffentliche Debatte richtet und gegenseitige Kritik höchstens hinter verschlossenen Türen erlaubt.

Es zeigte sich, daß Mao Tse-tung die Rolle des Führers der kommunistischen Weltbewegung, wie sie Stalin nach dem Tode Lenins angetreten hatte, *nicht* übernahm und keinen umfassenden ideologischen, theoretisch konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus führte.

In den siebziger Jahren griff Mao Tse-tung in die großen ideologischen Kämpfe in der kommunistischen Weltbewegung praktisch überhaupt nicht mehr durch umfassende Artikel, Broschüren oder Bücher ein. Sogar die Treffen mit Führern anderer kommunistischer Parteien hörten Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf.

Somit kann man *nicht* sagen, daß nach dem Tod Stalins Mao Tse-tung die Fortsetzung des Werkes von Marx, Engels, Lenin und Stalin auf ihrem Niveau, d. h. als Klassiker des Marxismus-Leninismus übernommen hätte.

Aus diesen obengenannten Gründen kommen wir zu dem Ergebnis, daß es *falsch* ist, Mao Tse-tung als Klassiker in einer Reihe mit Marx, Engels, Lenin und Stalin darzustellen.

Mao Tse-tung selbst hat unseres Wissens niemals seine Gleichstellung mit Marx, Engels, Lenin und Stalin gefordert oder sich als Klassiker des Marxismus-Leninismus betrachtet.

Abschließende Feststellung

Viele Genossen stellen die Frage so: Entweder ist Mao Tse-tung *insgesamt* ein Marxist-Leninist oder er hat *insgesamt* revisionistische Ansichten. Oder:

Wenn Mao Tse-tung eine so große Revolution wie die chinesische zum Sieg geführt hat und den Marxismus-Leninismus damals auf China richtig angewendet hat, ist es unmöglich, daß er später revisionistische Positionen vertreten hat.

Wieder andere Genossen schlußfolgern umgekehrt: Wenn Mao Tse-tung 1957 revisionistische Ansichten vertreten hat, ist es unmöglich, daß er vorher marxistisch-leninistische Ansichten vertrat.

Alle diese Auffassungen sind grundfalsch.

Jene, die so argumentieren, gehen im Grunde von der Ansicht aus, daß Marxisten-Leninisten keine prinzipiellen Fehler machen können.

Hinter dieser Argumentation steckt die die Wachsamkeit einschläfernde These, daß ein Marxist-Leninist niemals Vertreter einer revisionistischen Linie werden kann. Dieses Verständnis schließt umgekehrt ein, daß ein Revisionist oder ein Vertreter einer revisionistischen Linie niemals Marxist-Leninist gewesen sein kann. Eine solche Auffassung ist jedoch äußerst mechanisch. Sie übersieht zwangsläufig die Notwendigkeit der Kritik und Selbstkritik und des ideologischen Kampfes, um zu *verhindern*, daß die Marxisten-Leninisten eine revisionistische Linie annehmen oder Revisionisten werden.

Diese Feststellung ist nötig, weil sich gerade bei den heftigen Diskussionen: „War Mao Tse-tung ein Marxist-Leninist oder war er kein Marxist-Leninist?“ oftmals zeigt, daß ihnen ein solches simples Schema zugrunde liegt.

Unserer Meinung nach muß man - aufgrund der bekannten und beweiskräftigen, überprüfbaren Theorie und Praxis Mao Tse-tungs - zu der Schlußfolgerung kommen:

- Mao Tse-tung hat als großer Marxist-Leninist die Lehren des Marxismus-Leninismus erfolgreich auf die demokratische Etappe der chinesischen Revolution angewandt.
- In einer späteren Etappe hat Mao Tse-tung einige gravierende revisionistische Positionen vertreten.
- Diese Fehler berechtigen aber nicht dazu, die außerordentlichen Verdienste Mao Tse-tungs überhaupt zu verneinen.

Wir weisen daher die Auffassung entschieden zurück, die Tatsache, daß Mao Tse-tung eine Zeitlang falsche und revisionistische Positionen vertrat, reiche bereits aus, ihn

als „entartet“ oder gar als Revisionisten von Anfang an darzustellen.

Ebenso lehnen wir es ab, alle von Mao Tse-tung vertretenen Auffassungen und seine gesamte Politik pauschal zu verteidigen und als in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus bzw. sogar als dessen Weiterentwicklung zu propagieren.

Für die richtige Einschätzung Mao Tse-tungs erscheint schließlich auch seine Rolle in der Kulturrevolution und der Kampf wesentlich, den er noch unmittelbar vor seinem Tod gegen die Deng-Hsiao-ping-Gruppe führte. Mao Tse-tung hat in dieser Zeit anscheinend einige seiner Fehler erkannt und zu korrigieren versucht. Möglicherweise hat er damals - wenn auch nicht öffentlich - Selbstkritik geübt (was leider infolge fehlender Dokumente in abseh-

barer Zeit nicht genau festzustellen ist). Die Kulturrevolution zeigt jedenfalls, daß er nicht mehr den Sozialismus im Bündnis mit der Bourgeoisie aufbauen wollte, sondern daß er die Losung des „Kampfes auf Leben und Tod“ gegen die Bourgeoisie ausgab.

„Mao Tse-tung zu verteidigen“, das darf unserer Meinung nach nicht heißen, die Probleme zuzudecken und die Sache so darzustellen, als habe er immer marxistisch-leninistische Positionen vertreten. Wir verstehen darunter vor allem, sein Werk über die antiimperialistische und anti-feudale demokratische Revolution und den Volkskrieg zu verteidigen und gleichzeitig seine revisionistischen Positionen in späterer Zeit und alle seine Fehler zu kritisieren.¹⁴

Endnoten

¹ Siehe die Definition der drei Typen von Ländern im „Programm der Kommunistischen Internationale“, 1928, S. 49

² Siehe Stalin: „Eine Besprechung mit Studenten der Sun-Yat-sen-Universität“, SW 9, 1927, S.221

³ Das soll heißen 1981.

⁴ Siehe Mao Tse-tung, AW IV, S. 359, S. 360 und S. 386

⁵ So zum Beispiel die Arbeiter von Schuikouschan und Anyüen. Siehe Mao Tse-tung, „Der Kampf im Djinggang-Gebirge“, 1928, AW I, S. 88, S. 116.

⁶ Es handelt sich dabei um bestimmte Passagen und Formulierungsmen Mao Tse-tungs aus folgenden Bereichen: Probleme des Übergangs zur sozialistischen Revolution, konkrete Probleme der Taktik in den Unterabschnitten der demokratischen Revolution sowie konkrete, möglicherweise überspitzte Äußerungen Mao Tse-tungs im Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum im innerparteilichen Kampf.

⁷ Mao Tse-tung, „Bericht auf der zweiten Plenartagung des vom siebten Parteitag gewählten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas“, 1949, AW IV, S. 393

⁸ Siehe Mao Tse-tung, „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“, 1957, „Band V“, S. 435-437

⁹ Siehe Stalin, „Über das Programm der Komintern“, 1928, SW 11, S. 128/129

¹⁰ Siehe „Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution“, Peking 1970, S.132

¹¹ Siehe: Enver Hoxha, „Imperialismus und Revolution“, 1979, Zweiter Teil, Abschnitt III, „Die Mao-tsetungideen - eine antimarxistische Theorie“

¹² Siehe den von der RKP USA und der RKP Chiles (Frühjahr 1980) vorgelegten Plattformentwurf „Zusammenfassung eines Textvorschlags über die grundlegenden Prinzipien für die Einheit der Marxisten-Leninisten und die Linie der internationalen kommunistischen Bewegung (Vorschlag)“

¹³ Auf der 9. Plenartagung des VIII. ZK der KP Chinas wurde darauf hingewiesen, dass der „25-Punkte- Vorschlag“ unter „persönlicher Führung des Genossen Mao Tse-tung verfaßt wurde“. (Siehe „Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution“, Peking 1970, S. 189)

¹⁴ Der Text dieser Analyse des Werks Mao Tse-tungs ist entstanden auf der Grundlage umfassender Vorarbeiten, die die drei Redaktionen „Gegen die Strömung“, „Westberliner Kommunist“ und „Rote Fahne“ (Österreich) erstellt und unter dem Titel „Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werks Mao Tse-tungs“, Teil I und II 1981 bzw. 1985 gemeinsam veröffentlicht haben.

Anzeige

■ Die „Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werkes von Mao Tse-tung“ ist erhältlich auf Deutsch, Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch und Italienisch.

■ „Mao Tse-tung. Seine Verdienste – seine Fehler“ in zwei Bänden: **Band 1: 1926 – 1949.** 400 Seiten, 18 Euro, 1997, ISBN 3-932636-14-7 sowie **Band 2: 1950 – 1974.** Erscheinen geplant 2005.

■ „Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!“ (Zum 100 Geburtstag von Mao Tse-tung), A 3 Flugblatt von Gegen die Strömung, 4 Seiten.

■ Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“, 264 Seiten, 13 Euro. Erscheinen geplant 2005.

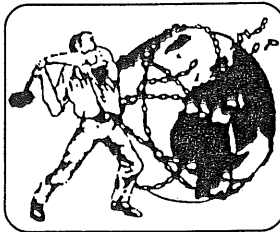
Zu bestellen über:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.

Fax: 069/730920

Freitag: 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag: 10 – 13 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/05

April 2005

Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPW-Wahlerfolge unter dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktion am 8. Mai in Berlin:

Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung! Kampf dem staatlichen Terror!

Die Nazis in Deutschland heute sind in jeder Hinsicht Teil des deutschen Imperialismus. Die Nazis haben ideologisch seit Jahrzehnten die Vorreiterrolle übernommen, ob das nun sichtbar wurde an der Parole „Stolz, ein Deutscher zu sein“ oder der Politik der „Verschärfung des Asylrechts“, dem „Ausländer raus“ oder bei der Rehabilitierung der Nazi-Verbrecher und bei der Relativierung der Nazi-Verbrechen. Stück für Stück übernahmen die anderen Abteilungen des deutschen Imperialismus diese Parolen und setzten sie in Politik um. Aktuell war der Nazi-Aufmarsch in Dresden gegen die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition der deutlichste Beweis: Die 5000 Nazis sprachen dasselbe vielleicht etwas drastischer aus, was auch die 50.000 deutsch-national verhetzten, „normalen Dresdner Bürger“ in ihrer Gedenk-Demonstration zum Ausdruck brachten: Der gerechte Krieg gegen Nazi-Deutschland war angeblich ein großes Unrecht und Deutschland wurde zu Unrecht bombardiert! Aber nicht nur ideologisch, auch ganz handfest sind die Nazis Vorreiter des deutschen Imperialismus, wie sich an den Überfällen auf Flüchtlinge, ja dem Nazi-Terror gegen alle von den Nazis als „undeutsch“ eingestuft Menschen zeigt.

Gleichzeitig gilt: Wesentlich mehr Menschen kamen durch die staatlichen Behörden (BGS-Grenzschutz, Abschiebeaktionen der Polizei usw.) ums Leben, als durch die Nazi-Überfälle auf der Straße. So haben die Nazis auch die Funktion, in gewisser Weise von diesem staatlichen Terror abzulenken. Die richtige Antwort darauf ist aber nicht, die Nazis unbehelligt zu lassen, sondern gegen die Nazis als Teil des Problems, als Teil des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus vorzugehen, ohne sich vom grundlegenden Kampf gegen die staatliche Fälschung, gegen den deutschen Imperialismus sowie das System des Kapitalismus ablenken zu lassen. Der Kampf gegen die Nazis ist eine notwendige Aufgabe mehr in unserem Kampf, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

„Deutsche Zustände“: Nazi-Propaganda, Nazi-Aufmärsche, Nazi-Terror, Nazi-Morde

Anfang der 90er Jahre hat sich im Zusammenhang mit der enormen Schürung des deutschen Nationalismus und Chauvinismus im Zuge der Einverleibung der ehemaligen DDR eine riesige Welle nazistischen Terrors und Nazi-Morde in Deutschland ausgebreitet. Erinnert sei an das Pogrom von Hoyerswerda 1991, die Pogrome von Rostock und Mannheim-Schönau 1992, die Nazi-Morde von Mölln 1992 und Solingen 1993, die nazistische Hetzjagd gegen afrikanische Flüchtlinge in Magdeburg 1994, das Nazi-Massaker von Lübeck 1996.

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus versuchen nicht ohne Erfolg, den Eindruck zu erwecken als sei heute „alles ganz anders“, als sei der Nazi-Terror in den letzten Jahren abgeklungen. Doch das ist eine dreckige Lüge. Im Fahrwasser des allgemeinen Vormarsches des deutschen Imperialismus im Innern und international ging und geht der tägliche Nazi-Terror bis heute ungehindert weiter:

■ **Nazi-Morde:** 1989 bis 1999 wurden von den Nazis mindestens über 100 Menschen ermordet. Im Jahr 2000 werden mindestens weitere 10 Menschen ermordet, davon allein sieben Obdachlose. 2001 wurden mindestens 13 Menschen von den Nazis ermordet, 2002 mindestens fünf Menschen, 2003 mindestens 12 Menschen, 2004 mindestens zwei Menschen, 2005 mindestens zwei Menschen (Siehe: „Roter Prespiegel“, in: „Politische Stellungnahmen zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus in Flugblättern und Plakaten von GDS – Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten“, 1999/2000, 2001/2002, 2003/2004). Wir sagen „mindestens“, weil wir wissen, dass der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus eifrig bemüht sind, Nazi-Morde zu vertuschen

■ Insbesondere auch die Zahl antisemitischer Verbrechen hat sich stark erhöht und der antisemitische Terror wird kampagnenartig verschärft. Verwüstungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung, der an-

tisemitische, nazi-faschistische Terror reicht von Schändungen und Anschlägen auf jüdische Gedenkstätten über Brandanschläge auf jüdische Synagogen, Bombenanschläge auf jüdische Einrichtungen bis hin zu Mordanschlägen auf jüdische Menschen oder Menschen, die die Nazis als „jüdisch“ ansehen.

Im Juli 2000 wurde ein Bombenanschlag auf jüdische Emigranten und Emmigrantinnen in Düsseldorf durchgeführt, bei dem 10 Menschen verletzt wurden, 4 davon schwer, eine Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Allein in Berlin wurden für das Jahr 2002 laut offiziellen Zahlen über 100 antisemitische „Straftaten“ gezählt (Jungle World, 2.4.2003). Allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 wurden in Deutschland nach offiziellen Angaben 263 antisemitische „Straftaten“ verübt (Jungle World, 5.5.2004).

■ Zunehmend schaffen sich die Nazis sogenannte „national befreite Gebiete“ (zum Beispiel in und um die sächsische Stadt Wurzen bei Leipzig), also Gebiete, in die sich Menschen aus anderen Herkunftsländern, Antifaschistinnen und Antifaschisten und alle anderen vom Nazi-Terror Bedrohten vor allem alleine und nachts kaum noch ohne Gefahr für Leben und Gesundheit begeben können. Zunehmend gelingt es den Nazis auch nazistische Zentren zu schaffen, wo sie Nazi-Schulungen durchführen und ihren Nazi-Terror planen. Oftmals werden Gebäude mit Hilfe des deutschen Staates und seiner Politiker angemietet oder gekauft wie z.B. in Zittau im Oktober 2001, wo der Stadtrat mit den Stimmen der PDS einem Nazi-Verein ein Haus auf 33 Jahre überließ, damit die Nazis von dort aus Jugendliche verhetzen und ihren Nazi-Terror planen konnten und können. Oder im September 2004, als der führende Nazi-Kader Rieger ein militärisches Trainingsgelände mit Bunker und Schießständen von 26.000 Quadratmetern Größe im niedersächsischen Dörverden direkt vom niedersächsischen Innenministerium ersteigert, das zuvor von der Bundeswehr genutzt wurde! (jw, 1.11.2001; FR, 14.9.2004)

■ Kaum ein Wochenende vergeht mehr, an dem nicht mindestens ein Nazi-Aufmarsch mit mehreren Hundert Nazis stattfindet. Es gelingt dem Nazi-Pack immer häufiger – natürlich unter Polizeischutz –, Aufmärsche mit einer Beteil-

Nazi-Morde in Dortmund und München!

■ Am Abend des 28. März 2005 wurde Thomas Schulz, der der Dortmunder Punker-Szene angehörte, von einem 17-jährigen Nazi in Dortmund ermordet. Der Nazi ließ Thomas keine Chance: Nach einem kurzen Wortgefecht stach der Nazi urplötzlich mit einem Messer zu. Nach seiner Verhaftung wurde dem Nazi sofort aus der Dortmunder Nazi-Szene ein Anwalt besorgt, er wurde ganz offen als „Kamerad“ bezeichnet. Nach diesem Nazi-Mord kam es zu Nazi-Angriffen gegen die antifaschistische Mahnwache, ja am Abend des 30.3.2005 attackierte ein Nazi mit einem Messer die Mahnwache, der zuvor schon die Antifaschisten und Antifaschistinnen der Mahnwache mit den Worten „Ich stech dich ab!“ bedroht hatte. Anfang April klebte die Straßen-Nazi-Szene in Dortmund, die laut Antifa Dortmund ohne Probleme 100 Mitglieder und Sympathisanten allein aus Dortmund zu Nazi-Aufmärschen mobilisieren kann, Anti-Antifa-Plakate mit der Moddrohung „Wer der Bewegung im Weg steht, muß mit Konsequenzen rechnen!“. Trotz dieser Tatsachen behauptet der Presseprecher der Stadt Dortmund: „Eine rechte Szene haben wir nicht“. 37 Antifaschistische Gruppen aus Nordrhein-Westfalen riefen für den 2.4.2005 zu einer Anti-Nazi-Demonstration in Dortmund auf. (Jungle World, 6.4.2005)

■ Am 30.3.2005 attackierte ein 19-jähriger aus der Münchner „Gothic“-Musik-Szene, die sich an der Nazi-Bewegung orientiert und mit „Heil-Hitler“-Gruß, SS-Mänteln und -Runen dies offen zur Schau stellt, einen 17-jährigen Schüler so schwer, daß er einige Tage danach seinen schweren Kopfverletzungen erlag. Der 19-jährige Nazi-Sympathisant hatte die Freundin des Schülers wegen ihres asiatischen Aussehens beleidigt, woraufhin der Schüler den Mörder zur Rede stellte. Der Nazi-Sympathisant stieß sein Opfer zu Boden und trat danach brutal mit seinen Stiefeln auf ihn ein. Die Münchner Polizei leugnet jeden „rechtsradikalen Hintergrund“ des Mörders (indymedia.de).

gung von einigen tausend Nazis zu organisieren (wie z.B. in Dresden am 13.2.2005).

n Verstärkt wurde auch die sogenannte „Anti-Antifa“, in der die Nazis Einzelheiten und persönliche Daten bis hin zur Adresse, Anschrift des Arbeitsplatzes oder Autokennzeichen von Einzelpersonen erfassen, die sich in irgendeiner Form als Nazi-Gegner „geoutet“ haben. Neben Daten von Personen aus antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen enthalten diese „Feindkarteien“ Daten von engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Journalistinnen und Journalisten oder auch Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden, die dann mit der Aufforderung veröffentlicht werden, gegen die Genannten vorzugehen. Damit sollen nicht nur die jeweils Betroffenen eingeschüchtert werden, sondern natürlich auch alle anderen anti-nazistischen Kräfte davon abgeschreckt werden, gegen die Nazis den Mund aufzumachen, gegen sie vorzugehen und die Anti-Nazi-Selbsthilfe zu organisieren. Zwei Beispiele: Am 6.5.2000 griff der Nazi-Kader Manfred Huck, mit zwei Messern bewaffnet, das Straßentheater der Roten Antifa Karlsruhe an. Ein Antifaschist wurde lebensgefährlich verletzt, ein anderer leicht. Der Nazi wurde zunächst festgenommen, aber am folgenden Tag schon wieder freigelassen (JW, 11.5.2000). Ein weiterer Höhepunkt der Nazi-Anti-Antifa war der Nazi-Sprengstoffanschlag gegen das Büro des „Netzwerks für Demokratische Kultur“ in Wurzen bei Leipzig am 7.11.2004.

■ Der Nazi-Terror insgesamt reißt nicht ab. Unzählige sind die Mordversuche, die Sprengstoff- und Brandanschläge, die Hetz-Jagden, die Überfälle, die tagtäglichen Angriffe und Bedrohungen des Nazi-Packs. Im Januar 2005 ist durchschnittlich stündlich in Deutschland laut offiziellen Quellen eine „rechtsextremistische Straftat“ verübt worden, insgesamt 745 „Straftaten“ und 39 „Gewalttaten“ (FR, 8.3.2005).

■ Seit 1949 beteiligten sich Nazi-Kader an parlamentarischen Projekten. Die 1964 gegründete NPD, die 1971 gegründete DVU und die 1983 gegründete REP sind heute abwechselnd oder zur gleichen Zeit immer wieder in diversen Parlamenten von Kommunal-, Europa- bis zur Landesebene vertreten. Die NPD erreichte bei den Landtagswahlen im September 2004 im Saarland 4% und in Sachsen 9,2% der Stimmen. Damit stellt die NPD 12 der 124 Abgeordneten im Sächsischen Landtag und zog erstmals seit 1968 wieder in einen Landtag in der BRD ein. Auch die DVU konnte im September 2004 in Brandenburg mit 6,4% in den Landtag einziehen. Für die Bundestagswahl 2006 versuchen die Nazi-Parteien sich bundesweit zusammen zu schließen, um so den Einzugs ins Berliner Parlament zu schaffen.

Zur Bagatellisierung der deutschen Nazis ist es nicht ungewöhnlich, dass auf die immensen parlamentarischen Erfolge der „Nationalen Front“ Le Pens in Frankreich, der faschistischen und profaschistischen Parteien in Italien, insbesondere der Berlusconi-Partei, der Haider-Partei in Österreich verwiesen wird. Wer sich in diesen Fragenkomplex hineindenkt, wird

verstehen, dass es aus nazistischer Sicht logisch ist, und den Interessen des deutschen Imperialismus völlig entspricht, dass zunächst in anderen Ländern das angebliche „Tabu“ durchbrochen wird, dass faschistische politische Kräfte nach der Niederlage des Nazifaschismus direkt und hochoffiziell zunächst an der Regierung beteiligt werden. „Normalisierung“ wird dies dann genannt, wenn wie in Österreich oder Italien faschistische Kräfte an der Regierung beteiligt werden – in Zusammenarbeit mit der Nazi-Abteilung des deutschen Imperialismus. Die heute tonangebenden Kräfte auf der politischen Bühne in Deutschland spielen das Spiel, dass diese neuen Bedingungen sie – angeblich „eigentlich gegen ihren Willen“ – schließlich gezwungen hat, mit den deutschen Imperialismus weitgehend gelenkten Haider-Nazis oder den italienischen Berlusconi-Faschisten zu „verhandeln“, um dann im deutschen Parlament die Zusammenarbeit mit nazifaschistischen Organisationen als nächsten Schritt zu rechtfertigen und so weiter.

■ Die deutschen Nazis können auf ein *internationales Nazi-Netzwerk* zurückgreifen, an dem u.a. die Haider-Partei, die italienischen Faschisten, die russischen Faschisten und auch Le Pens „Nationale Front“ beteiligt sind. Es sind auch die kroatischen Ustascha-Faschisten beteiligt, auf deren Seite deutsche Nazis schon ab Anfang der 90er Jahre bewaffnet kämpften und so militärisch ausgebildet wurden. Es sind an diesem Netzwerk ebenso immer stärker reaktionäre, sich nationalistic und religiös bemäntelnde Organisationen beteiligt, die oft genug in engem Kontakt zu auch vom deutschen Imperialismus abhängigen reaktionären Regimes wie Iran, Syrien oder Jordanien stehen, wie z.B. die panislamistische-antisemitischen Hizbollah oder Hamas in den palästinensischen Gebieten. Ein Beispiel: Im April 2001 organisierten Nazis um Horst Mahler einen internationalen Nazi-Holocaust-Leugner Kongress in Beirut, wo auch führende panislamistische Reaktionäre eingeladen waren (www.doew.at).

In diesem Netzwerk sind die deutschen Nazis führend. Gerade auch aus diesen internationalen Kontakten schöpfen die deutschen Nazis einen erheblichen Teil ihrer Kraft.

■ Neben den parlamentarischen Projekten werden zunehmend die *Nazi-Kameradschaften*, die nach dem Vorbild und im Stil der SA aufgebaut werden, immer wichtiger für die Nazi-Bewegung. Gerade von ihnen geht zunehmend ein großer Teil des Nazi-Terrors aus, ja führende Kader dieser Nazi-Organisationen sind in den letzten Jahren in die Führungsriege vor allem der NPD aufgestiegen, so dass der Zusammenschluß der Nazi-Parteien und Straßen-Nazis immer enger wird. Nach offiziellen Quellen gibt es insgesamt ca. 160 Nazi-Kameradschaften mit ca. 2600 fest organisierten Nazis und mit Sicherheit noch weiteren Tausenden von Sympathisanten.

■ Ein *Machzentrum* bildet neben der NPD die DVU und ihre „Deutsche Nationalzeitung“. Bei allen angeblichen oder wirklichen Streitigkeiten zwischen oder innerhalb verschiedener Nazigruppen bildet die DVU und ihre „Deutsche Nationalzeitung, die beispielhaft für die zynische, mörderische und aufhetzende Nazi-Propaganda steht, ein wesentliches, Kontinuität garantierendes Rückgrat der Naziszene.

■ Die *Nazi-Hetzschriften* werden Jahr für Jahr millionenfach verbreitet. Das wöchentlich erscheinende DVU-Hetzblatt „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ liegt mit ca. 80.000 Exemplaren pro Monat an der Spitze. Das Nazi-Blatt „Deutsche Stimme“ der NPD hat eine Auflage von 10.000 Exemplaren, das kostenlose Faltblatt „DS Extra“ wird monatlich in einer Auflage von 100.000 gedruckt.

Die so millionenfach verbreitete *Nazi-Ideologie* richtet sich mit einer gewissen Willkür im „Innern“ je nach Situation gegen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Menschen aus den arabischen Staaten bzw. islamischer Religion, gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen, gegen Sinti und Roma und gegen die jüdische Bevölkerung, ja gegen alle als „undeutsch“ aus der deutschen Bevölkerung ausgeschlossen. Nach „Außen“ sticht der deutschnationalistische und antisemitische *Antiamerikanismus* hervor, der oftmals auch noch pseudo-antikapitalistisch, pseudo-antiimperialistisch daher kommt, wie z.B. bei dem führenden Nazi Horst Mahler, der die Anschläge vom 11.9.2001 begrüßt, weil sie angeblich das „Ende des amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kults, des Mammonismus“ markieren würden.

■ Auch im *akademischen Bereich* arbeiten die Nazis. 1986 wurde die Zeitschrift „Junge Freiheit“ (Auflage: ca. 40.000 pro Monat) gegründet, die nazistische Thesen akade-

misches formuliert und eine wichtige Funktion als Bindeglied zu den bürgerlichen Berliner Parteien einnimmt. Autoren der „Jungen Freiheit“ sind u.a. CSU-Gauweiler oder auch der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer P. Glotz.

■ Die *Skinheadbewegung* sowie *verschiedene Musikrichtungen* wurden und werden immer massiver zur nazistischen Beeinflussung einer größeren Zahl Jugendlicher verwendet. Systematisch wurden und werden Nazi-Kader überall dort hingeschickt, wo es pronazistische Stimmungen unter Jugendlichen gab und gibt, um dort ihre Arbeit zur Organisation von offenen Pogromen und Überfallserien zu machen. Es sind auch deshalb zunehmend *nazistisch verhetzte Jugendliche*, die selbst, ohne Mitglied in einer Nazi-Partei oder Nazi-Bande zu sein, Nazi-Terror ausüben.

■ Es ist den Nazis gelungen, sich *militärisch immer besser auszurüsten*. Schon heute ist sichtbar, dass die Nazi-Organisationen in für viele unvorstellbarem Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei militärisch ausbilden lassen. Bekannt sind die Fälle, in denen Nazis direkt Bundeswehrbestände aufgekauft haben. Die vereinzelt bekannt gewordenen Funde von Nazi-Waffenlagern, wie im Oktober 2003 in München bei der Nazi-Terrorgruppe um den Nazi-Kader Wiese, wo Handgranaten, Munition und 14 Kilogramm Sprengstoff gefunden wurden, sind nur die Spitze des Eisbergs. Diese Funde zeigen, dass die Nazis mit der Vorbereitung auf die militärische Durchsetzung ihres Mordprogramms längst begonnen haben.

Wie der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus den Nazi-Terror vertuschen und die Nazis in Schutz nehmen

Der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus haben ein ganzes *System von Betrugs- und Verschleierrungsmanövern* perfektioniert, um den Protest gegen die Nazi-Verbrechen schon im Keim zu ersticken und eine weitgehende „Gewöhnung“ an den Nazi-Terror durchzusetzen. Heute sind insbesondere drei Manöver zentral:

■ Wenn Nazi-Anschläge bekannt werden, heißt es meistens „die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus“. Allerlei Gerüchte werden in die Welt gesetzt. Von Streitereien der Betroffenen oder Verbindungen zum „Rotlicht-Milieu“ ist oft die Rede. Kommt es dann doch einmal zu einer Verhaftung, waren es meist „Einzeltäter“, „Waffennarren“, „alkoholisierte Jugendliche“ und, und, und...

■ Die Nazis werden vom deutschen Imperialismus harmlos und unterstützt. Mit dem „Argument“ es handle sich bei den Nazis um eine „jugendliche Protestbewegung“, wird die sogenannte „akzeptierende Sozialarbeit“ gerechtfertigt und den Nazis Treffpunkte zur Verfügung gestellt, wo sie ihre Mordtaten planen und vorbereiten können.

■ Falls die Nazi-Mörder doch einmal gefaßt werden und aus ihrer nazistischen Gesinnung keinen Hehl machen, wird der politische Hintergrund und der Zusammenhang zur Nazi-Bewegung bewußt vertuscht.

Zwei Beispiele sollen genügen:

Nach dem antisemitischen Bombenanschlag in Düsseldorf im Juli 2000 wurde ein Verdächtiger festgenommen. Die Polizei behauptete jedoch ganz schnell, dass es ja eh keine Nazi-Szene in Düsseldorf gäbe und der Verdächtige auch kein Nazi sei. Diese Lügen entlarvten Antifaschisten: Ralf Spiess, der zunächst festgenommen wurde, hatte Kontakt zur Nazi-Kameradschaft Düsseldorf und gilt als deren Ausrüster und „Sicherheitstrainer“. Am 20.1.2004 wurde Olge V. aus Russland in Gera von vier Nazis ermordet. Polizei, bürgerliche Politiker und Presse leugneten sofort einen nazistischen Hintergrund des Mordes und hetzten stattdessen gegen eine Anti-Nazi-Demonstration in Gera aus Anlass des Nazi-Mordes (jW, 28.1.2004).

Eine zentrale Rolle dabei, dass diese Manöver so erfolgreich sind spielen, die bürgerlichen Medien. Systematisch werden einzelne Nazi-Verbrechen, aber vor allem auch das gesamte Ausmaß des tagtäglichen Nazi-Terrors von den bürgerlichen Medien totgeschwiegen, bagatellisiert, entpolitisiert und verschleiert. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Interessen, um die Steigerung der Auflage, es geht nicht nur darum, den „guten Ruf Deutschlands zu wahren“, wie z.B. auch bei der aktuellen Veränderung des Versammlungsrechts. Mit dieser ständigen Desinformation und Vertuschung soll das schleichende Gift der Verunsicherung, des Zweifels und der Desorientierung verbreitet werden. Wir sollen uns an das Vorhandensein des tagtäglichen Nazi-Terrors „gewöhnen“ und

Ausschnitte des tagtäglichen staatlichen Terrors

Mord an Laye Konde im Bremer Polizeipräsidium!

Am 27. Dezember 2004 wurde der 35jährige Laye Konde aus Sierra Leone in Räumen des Bremer Polizeipräsidiums ertränkt. Laye Konde starb dadurch, dass sein Magen zwangsweise mit so viel Wasser gefüllt wurde, dass er erstickte. Ein sogenannter „Arzt“ hatte ihm zusammen mit zwei Polizeibeamten mittels einer Nasensonde gewaltsam so viel Wasser eingefloßt bis die Lungen voll liefen. Infolge Sauerstoffmangels führte dies zum Hirntod. Am 7. Januar verstarb Laye Konde. Hätte nicht ein hinzu gezogener Notarzt Anzeige gegen den „Arzt“ des polizeilichen Beweissicherungsdienstes erstattet, wäre der Vorgang vertuscht worden.¹ Das zwangsweise Einflößen von Unmengen von Wasser ist eine bewährte, schon aus der spanischen Inquisition bekannte Foltermethode. Der „Vorteil“ für die Folterer ist, dass keine sichtbaren Zeichen bleiben – wenn das Opfer überlebt.

In Bremen wird diese Methode regelmäßig – nach Polizeiangaben etwa 100 mal pro Jahr² – angewandt gegen Menschen, die verdächtigt werden, mit Drogen zu handeln. In der Tat handelt es sich um staatlichen Rassismus. Das zeigt die Tatsache, dass Opfer dieser Foltermethode praktisch ausschließlich aus Afrika stammende Menschen bzw. Menschen mit dunkler Hautfarbe sind. Bereits im Jahr 2001 wurde in Hamburg der 19-jährige Nigerianer Achidi John von einer „Ärztin“ und mehreren Hamburger Polizisten auf diese Weise umgebracht. Auch sein Tod ist Ergebnis der von Justiz und Polizei durchgeführten Misshandlungspraxis, die sich fast ausschließlich gegen Afrikaner richtet.

In Bremen demonstrierten am 15. 1. 2005 zirka 1.000 Menschen, darunter sehr viele Flüchtlinge aus Afrika, anlässlich der Ermordung von Laye Konde gegen rassistische Polizeigewalt. „Das war Mord“ stand auf Transparenten und viele riefen „Polizei – Mörder“.

Oury Jalloh verbrennt im Dessauer Polizeirevier bei lebendigem Leibe!

Am 7.1.2005 verbrannte Oury Jalloh, ein Flüchtling aus Sierra-Leone, im Dessauer Polizeirevier bei lebendigem Leib. Oury Jalloh wurde am Abend desselben Tages von der Dessauer Polizei festgenommen, verprügelt, im Polizeirevier in eine Zelle gesperrt und dort stundenlang an Armen und Beinen gefesselt an ein Bett gebunden.

Die Polizei und Staatsanwaltschaft erklärt ganz schnell, es sei ein „Unglück“ gewesen, der Alarmsmelder habe nicht funktioniert, wegen zu starker Rauchentwicklung habe man nicht löschen können....

Tatsache ist, dass Oury Jalloh an Händen und Füßen an sein Bett gefesselt war, dass seine Handgelenke angebunden waren. Laut Dessauer Staatsanwaltschaft hat der diensthabende Polizist die Wechselsprechanlage, mit der er zu Oury Jallohs Zelle verbunden war, leiser gestellt weil „auf Grund von Rufen...die Lautstärke in seinem Zimmer so war, dass er nicht telefonieren konnte“. Es ist auch Tatsache, dass der diensthabende Polizist gleich zweimal den Rauchmelder abgestellt hat, weil er Alarm geschlagen hat.

Am 22.1.2005 demonstrierten ca. 200 Menschen, vor allem Flüchtlinge, für die lückenlose Aufklärung des Todes von Oury Jalloh und gegen Polizeiterror. Gegen die Demonstration wurde mit massivem Polizeieinsatz vorgegangen, es kam auch zu Verhaftungen von Flüchtlingen.³

¹ Der Bremer Innensenator Röwekamp belog die Öffentlichkeit, indem er über eine Woche später behauptete, der Betroffene habe sich selbst vergiftet und sei daher an seinem Tod selbst schuld. Die brutale Einflößung von Wasser rechtfertigte er als „gerechtfertigte Maßnahme“ (vgl. taz 10.1.2005).

² Vgl. junge welt, 7.1.2005

³ Monitor, 17.3.2005, www.attac.de/halle/oury/de/aktuelles

uns damit abfinden. Die Macht der Gewohnheit, diese furchterliche Macht der Bourgeoisie, ist der Boden, auf dem Passivität und Resignation gedeihen und sich ausbreiten können. Denn das ist eine Voraussetzung, um Gegenaktionen und Proteste gegen den alltäglichen Nazi-Terror schon im Keim zu ersticken.

Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus: Die Nazis mitten im Staatsapparat!

Angeichts dieses Ausmaßes an Nazi-Terror, an Zusammenspiel zwischen Nazis und Staatsapparat stellt sich die Frage des Zusammenhangs zwischen den Nazi-Banden auf der Straße und den Nazis im Staatsapparat und überhaupt die Frage des Zusammenhangs der Nazi-Bewegung mit dem Staatsapparat.

Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: Prüfsteine

Programmatische Grundsatzserklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution

II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus

V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

Aus dem Inhalt:

Grußadresse anlässlich der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: An die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

Bemerkungen zur Entwicklung international und in Deutschland in den letzten acht Jahren

Programmatische Grundsatzserklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Teil 1: Der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich

Teil 2: Der Kommunismus

Teil 3: Die revolutionäre Diktatur des Proletariats

Programmatische Dokumente (Thesen)

I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution Imperialismus

II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Teil 1: Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Teil 2: Zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus

III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

Teil 1: Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

Teil 2: Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands

Teil 3: Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus

V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Teil 1: Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei (Herausbildung und Entwicklung)

Teil 2: Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen

den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

Teil 3: Theorie – Kader – Organisation

A 5, 190 Seiten, 5 Euro, 2005

parat des deutschen Imperialismus und dem deutschen Imperialismus selbst.

Jeder Aktivistin, jedem Aktivist im Kampf gegen die Nazis ist seit Jahren klar, dass der westdeutsche Staatsapparat nach 1945 vor allem von Nazis mitaufgebaut wurde, dass es zahlreiche Verbindungen zwischen den Nazis und dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus gab und gibt, dass die Nazis mit sehr viel Geld des deutschen Staates ausgestattet waren und sind, ja dass der Staatsapparat des deutschen Imperialismus die Nazi-Parteien und Nazi-Banden schützt, unterstützt und heranzüchtet.

Doch der Zusammenhang zwischen Nazis, deutschem Staatsapparat und deutschem Imperialismus geht noch weiter und tiefer:

Der stärkste Faktor beim Vormarsch der Nazibewegung in Deutschland ist die *inhaltliche Übereinstimmung bei zentralen Fragen und Zielen der Nazis mit den Zielen des deutschen Imperialismus*: Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriege nach außen, im Inneren Abschiebungen und Abschreckungsterror. Man darf die Dimensionen nicht verschieben: Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus ist der Hauptakteur nach innen und außen, er verfügt nicht nur über ungleich mehr Mittel und Macht, er benutzt sie auch für seine mörderische Abschiebungs- und Kriegspolitik. Abgesehen davon, dass die Nazis auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, um unliebsame politische Gegner durch Mord zu beseitigen oder zu terrorisieren, ohne dass der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht, ist eine entscheidende Rolle der Nazis, dass sie *als Sächswortgeber und Schlagwortträger für staatliche Politik dienen*: sei es, dass sie durch Nazi-Aufmärsche, Bombenanschläge etc. die Ausstellung gegen die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht angreifen, um die Ausstellung zu verhindern. Das wurde dann vollendet durch bürgerliche Historiker, indem angebliche „Fälschungen“ präsentiert werden, was dazu führte, dass die Ausstellung lang unterbrochen und von den Verbrechen der Nazi-Wehrmacht weitgehend „bereinigt“ wurde; sei es, dass sie schon seit den 50er Jahren gegen die Bombardierung Dresdens durch die Anti-Hitler-Koalition hetzen und jetzt anlässlich des 50 Jahrestags der Bombardierung Dresdens vom „Bomben-Holocaust“ faseln, die bürgerlichen Berliner Parteien ebenso wie die Nazis Kränze für die „deutschen Opfer“ niederlegen und bürgerliche Medien im Fahrwasser der Nazis die Bombardierung Dresdens und anderer deutscher Städte als „sinnlose Verbrechen“ verleumdern; sei es, dass die Nazis insgesamt das gesellschaftliche Klima reaktionär verschärfen, ausprobieren, wie weit die Gegenwehr reicht, wo und ob sie erlahmt, um dann allen Parteien des deutschen Parlaments einschließlich Grünen und PDS zu ermöglichen, mit Zugeständnissen an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung“ immer schärfer die Politik des deutschen Imperialismus nach innen und außen voranzutreiben. *Die Nazi-Parteien dienen also als Vorreiter, als „Versuchsallohn“, wie weit sich die deutsche Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.*

Im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren stach nicht zuletzt die merkwürdige „Unverwundbarkeit“ der hochrangigen Funktionäre der Nazis heraus. Was steckt dahinter?

Die Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis vor imperialistischen Großmächte und der dadurch hervorgerufene verschärfte Kampf zur Neuaufteilung der Welt, die zunehmende Aggressivität und Militarisierung der Außenpolitik des deutschen Imperialismus auf der einen Seite und auf

der anderen Seite die Häufung und die Verschärfung der kapitalistischen Krisen und die damit verbundene Verschlechterung der Arbeits- und Lebenssituation der werktätigen Bevölkerung machen die Existenz der Nazi-Parteien im Gesamtsystem des deutschen Imperialismus immer mehr auch als Alternative zu den vor der Bevölkerung „abgewirtschafteten“ bürgerlichen Parteien notwendig, um durch die *nazifaschistischen Abteilungen wie der NPD bestimmte Teile der Bevölkerung an sich zu binden.*

Eine besondere Aufgabe der Nazis ist es, die zunehmend drohenden Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung „im Griff zu halten“, indem versucht wird eine pronazistische Massenbewegung auf der Basis deutsch-nationalistischer Parolen und pseudo-antikapitalistischer Propaganda aufzubauen. Das Auftreten der Nazis auf diversen Anti-Hartz-Demonstrationen war ein erster Schritt in diese Richtung, der trotz Gegenwehr von Anti-Nazi-Kräften, nicht ohne Erfolg blieb wie z.B. in Magdeburg am 2.8.2004, wo sich ca. 80 Nazis an die Spitze der Anti-Hartz-Demonstration setzen konnten (taz, 4.8.2004). Diese deutsch-nationalistisch-chauvinistische Nazi-Propaganda richtet sich nicht nur gegen „Ausländer“ im Innern, sondern zunehmend wird von den Nazis auch das „Gesundstößen Deutschlands“ gegenüber anderen Völkern durch imperialistische Kriege präsentiert werden.

Die eher zufällig bekannt gewordenen Fälle von Nazis in mittleren und zum Teil hohen Positionen des deutschen Staatsapparates zeigen nur die Spitze des Eisbergs *der nach wie vor bestehenden personellen Verankerung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus vor allem in den unteren und mittleren Ebenen des Repressionsapparates von Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Bundeswehr*. Diese sind in hohem Maße selbst in das Nazi-Netzwerk eingebunden. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der *Generationswechsel vor allem in diesen Kernbereichen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde.*

Es ist also eine falsche und gefährliche Illusion, die von Seiten des deutschen Imperialismus und seinen bürgerlichen Parlamentsparteien aber auch von den Nazis selbst bewusst geschürt und verbreitet wird, die heutige Nazi-Bewegung nur und in erster Linie als Nazi-Bewegung auf der Straße, als sozusagen eigenständige und vom Staatsapparat getrennte, nazistische Bewegung zu sehen und einzuschätzen. Die Illusion, dass die Nazi-Bewegung auf der Straße durch diesen Staatsapparat gestoppt werden kann – diese Illusion muß gerade auch durch die Enttarnung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus entlarvt und bekämpft werden.

Hierbei geht es nicht darum, die Nazi-Bewegung auf der Straße als ungefährlich oder gar unwichtig zu charakterisieren und diese damit zu unterschätzen. Es geht vielmehr darum, realistisch die oft unterschätzte Stärke der gesamten Nazi-Bewegung, die eigen- und selbständigen Organisationen und Strukturen der Nazis im Zusammenhang mit ihrer breiten Verankerung im deutschen Staatsapparat zu analysieren, um die tatsächlich von den Nazis ausgehende Gefahr richtig einschätzen zu können.

Dabei gilt es sich bewußt zu machen, dass an dieser ganzen von deutschen Staatsapparat durchgeführten reaktionär-rassistischen Politik eine beträchtliche Anzahl Nazis *direkt* sowie nicht wenige mit diesen Nazis zusammenarbeitende oder sie duldende und deckende kleine und große Verwaltungs-

kräfte, Richter, Staatsanwälte beteiligt sind, von der Rolle der Nazis in den Geheimdiensten, in der Bundeswehr und bei der Polizei sowie bei den privaten Sicherheitsdiensten gar nicht zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, dass der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf gegen den Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt, dass der Kampf gegen die Nazis nur wirklich effektiv geführt werden kann, wenn der Kampf gegen die Nazis auf der Straße mit dem Kampf gegen die nazistischen Schreibtischtäter, Richter und Beamten sowie mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror insgesamt verbunden wird.

Auswertung der Kampferfahrungen gegen die Nazis und Aufgaben im Kampf gegen die Nazis

Die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten und Terrorisierten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte organisieren!

Angesichts des zunehmenden alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr im Vordergrund: Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit“ weit ab von den Nazi-Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der reaktionären Phrase „bloß keine Gewalt!“ durch die bürgerlichen Politiker und Medien sowie diverser opportunistischer Kräfte und DGB-Bürokraten sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden.

Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden! Mit aller Kraft, überall wo die Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen die Nazis organisiert werden!

Den militanten Kampf gegen die Nazis auf der Straße weiter verstärken!

Die „Gewaltfrage“ wird immer wieder in den Medien dazu verwendet, Nazis und Anti-Nazi-Kräfte auf eine Stufe zu stellen. Es gäbe keinen Unterschied zwischen „rechter und linker Gewalt“, so heißt es provokativ. Das kann und darf nicht geduldet werden. Die Geschichte belegt unverrückbar die Notwendigkeit, den Nazis mit allen Mitteln entgegenzutreten, wie es im zweiten Weltkrieg geschehen ist. Um so dringlicher war und ist es, den Nazis gerade auch mit antinazistischer Militanz entgegenzutreten angesichts ihres Drohpotentials, angesichts der in den letzten Jahren von den Nazis begangenen Morde und Verbrechen. Es gibt mehr als ein Beispiel, wo es gerade die antinazistische Militanz war, die zu einem wirkungsvollen Zurückdrängen der Nazi-Kräfte geführt hat. Positive Beispiele dafür sind z.B. die teilweise militanten Proteste in Berlin am 1. Mai 2004 von ca. 4.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die einen Aufmarsch von ca. 2.000 Nazis weitgehend verhindern konnten und die vorbildlichen militanten antifaschistischen Aktionen am 3.10.2004 in Leipzig, wo rund 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Nazi-Aufmarsch verhindern konnten. Sowie die militanten Kämpfe von ca. 1000 Demonstrantinnen und Demonstranten am 30.10.2004 in Potsdam, die u.a. mit Hilfe von brennenden Barrikaden einen von 1000 Polizisten geschützten Nazi-Aufmarsch bekämpften.

Gerade diese Gründe und diese Beispiele sollten immer wieder angeführt werden, um auch diejenigen zu überzeu-

Publikationen von „Gegen die Strömung“

● Kampf gegen Nazis und Nazifaschismus!

Eine Auswahl aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ von 1991-1999, A 4, 190 Seiten, 10 Euro

Aus dem Inhalt:

- Kampf gegen Nazi-Terror, Nazi-Morde und Pogrome
- Zusammenspiel von Nazis und deutschem Staatsapparat
- Geschichte und ungebrochene Tradition des Nazi-Faschismus

- 1. Mai 2001: Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!, A 3 Flugblatt, 6 Seiten, Juni 2001
- NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat! (mit Beilage: Fakten zur Verankerung der Nazis im Geheimdienstapparat des deutschen Imperialismus) A 3 Flugblatt, 6 Seiten, Februar 2002

gen, die heute noch nicht die Notwendigkeit eines militanten Anti-Nazi-Kampfes sehen.

Gegen die Vertuschung der Nazi-Verbrechen – durch eigenständige Recherche das ganze ungeheure Ausmaß des Nazi-Terrors aufdecken!

Wir müssen die chauvinistische und rassistische Hetze bekämpfen, die Methoden der Verschleierung und der Vertuschung von Naziverbrechen durch die bürgerlichen Medien systematisch entlarven. Wir müssen das ganze Ausmaß des alltäglichen Nazi-Terrors aufdecken. Gegen Desinformation, Vertuschung und „Gewöhnung“ gilt es, eine systematische, eigenständige Recherche vor Ort in Zusammenarbeit mit den Opfern des Nazi-Terrors und durch organisierten Informationsaustausch zwischen den antinazistischen Kräften zu schaffen.

Den Kampf gegen die Nazi-Ideologie nicht unterschätzen!

In den Reihen der Antifaschistinnen und Antifaschisten besteht oftmals ein zu geringes Wissen über die Nazis, gerade auch über ihre Propaganda heute, sei es ihre Musik, sei es die „National-Zeitung“, die viele von ihnen - aus begreiflichem Ekel - noch niemals in der Hand hatten. Es besteht also die Aufgabe, sich von den Nazis und ihrer Ideologie ein möglichst genaues Bild zu machen, um sich dann auch gezielt mit den nazifaschistischen Demagogien auseinanderzusetzen, um sie bekämpfen zu können. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin war und millionenfach verbreitet wurde. Auch nach 1945 fehlte in Deutschland die systematische Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie, so dass bis heute deutliche Spuren dieser Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden ist.

Der Abwiegelei und der Verwirrung entgegenzutreten!

Auch in den Kämpfen gegen die letzten Nazi-Aufmärsche wurden die antinazistischen Kräfte mit einer massiven Verwirrungsstrategie und mit allen Formen der Abwiegelei konfrontiert. Die Justiz und die Ordnungsbehörden verwirren durch ein Hin und Her von Erlaubnis und Verbot von Nazi-Demonstrationen und -Kundgebungen bis auf den letzten Drücker. Damit verbunden ist meist auch eine Unklarheit über Ort und Route der Nazi-Demonstrationen. Verbunden mit diesen Verwirrspielen sind massive Abwiegeleien von DGB-Bürokraten und diversen opportunistischen Gruppen. Diese Manöver starten meist schon vor dem Beginn der Anti-Nazi-Kämpfe, indem die Anti-Nazi-Kräfte oft genug als „Chaoten“ verleumdet werden und dazu aufgerufen wird nicht direkt an den Ort zu gehen, wo die Nazis ihre Aufmärsche durchführen wollen. Opportunistische Kräfte versuchen aber auch immer wieder Gegner und Gegnerinnen der Nazis vor Ort, also auf den Anti-Nazi-Demonstrationen, davon abzuhalten, konsequent und militant gegen die Nazis zu kämpfen.

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich:

In Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M 99, Manteuffelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Straße 52, Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriakusstr. 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der Andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Baugasse 14.

Unsere Haltung zur Forderung „Verbot der NPD“

In den letzten Jahren seit dem gescheiterten Verbot der NPD wird immer wieder in den bürgerlichen Medien „diskutiert“, ob die NPD nicht doch verboten werden sollte.

Unser Ausgangspunkt ist:

Nazi-Deutschland wurde durch den Kampf der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere und vor allem durch den Kampf der Roten Armee, sowie den Partisanen und Partisaninnen der von den Nazis besetzten Ländern militärisch besiegt und das Nazi-Regime von „Außen“ gestürzt. Nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 wurde Deutschland von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt. Es wurde das Potsdamer Abkommen im August 1945 verabschiedet, das als Grundlage der Politik der notwendigen und gerechten Besetzung Deutschlands diente und das als Ziel vor allem auch die tiefgehende Entnazifizierung Deutschlands formulierte. Im Potsdamer Abkommen, das der deutsche Imperialismus niemals anerkannt hat und dessen Kernpunkte nach wie vor eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus heute sind, heißt es daher ausdrücklich und zu Recht:

„Die nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können.“

(Das Potsdamer Abkommen, zitiert nach: Das Potsdamer Abkommen, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998, S. 7)

Darauf aufbauend sind unserer Meinung nach Kernpunkte einer konsequenten Haltung zur Forderung „Verbot der NPD“:

■ Der Verfassungsschutz (VS) war bei der Gründung der NPD selbst beteiligt, ja seit ihrer Gründung hat er führende Positionen innerhalb der NPD inne. Der VS bestimmt und bestimmt durch führende Nazi-Kader, die gleichzeitig auch Mitarbeiter des VS waren und sind, die Politik der NPD ganz wesentlich mit. Und: Heute ist es ja gerade das Ziel des deutschen Imperialismus, die NPD und auch die DVU immer mehr dazu zu benutzen, bestimmte Teile der deutschen Bevölkerung an sich zu binden.

■ Natürlich kann es sein, dass der Staat des deutschen Imperialismus wie vor kurzem in Berlin ihm unliebsame „aus dem Ruder“ geratene einzelne, eher unbedeutende Nazi-Gruppe verbietet. Nicht vergessen sollte man dabei, dass solche diversen „Verbote“ von Nazi-Gruppen immer nur kosmetischer Natur waren. Meist Tage darauf waren unter neuem Namen die gleichen Nazis wieder aktiv. Eine wirklich langfristige Inhaftierung der Nazi-Funktionäre dieser Organisationen war nie beabsichtigt.

■ Mit solchen Verboten soll vor allem die Illusion geschürt werden, als sei der deutsche Staat von seiner Grundlage her gegen die Nazis gerichtet, dieser Staat, der mit immer schärferen Gesetzen gegen wirklich demokratische Bewegungen vorgeht, demokratische Rechte abbaut und sich zunehmend faschisiert, die Nazis schützt, unterstützt und heranzüchtet...

Aber: Wir reden nicht „gegen“ ein Verbot, sondern gegen Illusionen:

Wenn durch den massiven Kampf auf der Straße der deutsche Staat gezwungen wird, teilweise wenigstens, Maßnahmen gegen die Nazis durchzuführen, eventuell Nazi-Parteien wie die NPD oder die DVU verbietet, wie es im Potsdamer Abkommen festgelegt ist, dann ist das eine nicht zu kritisierende Sache, wenn dabei gleichzeitig jegliche Illusion in diesen Staat aufs schärfste bekämpft wird! Entscheidend ist unser Kampf, nicht der Appell an diesen Staat, der die Nazis hervorbringt.

Den Kampf gegen den staatlichen Terror nicht unterschätzen!

Die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen in den letzten Jahren richteten sich zu Recht gegen den enorm zugenommenen Nazi-Terror und sie mühten natürlich noch stärker sein. Der größere Terror gegen Flüchtlinge, Werkkräfte aus anderen Herkunftsländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte geht aber vom Staat aus: Mittels „Ausländergesetzen“, durch Kriminalisierung von sogenannten „Illegalen“, durch Mißhandlung von Flüchtlingen durch Polizei und BGS, durch Grenzterror der nahezu 10.000 BGStler vor allem an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze, durch Abschiebeterror...

Je konsequenter der Kampf gegen die Nazis geführt wird, um so rascher, entschiedener und massiver stoßen Anti-Nazi-Kräfte selber auf den Staatsapparat des deutschen Imperialismus:

Demonstrationen werden eingekesselt, es gibt Massenverhaftungen, Anti-Nazi-Demonstrationen werden gefilmt, während gleichzeitig stets das berüchtigte „Vernummungsverbot“ notfalls mit Polizei-Gewalt durchgesetzt wird, erkennungsdienstliche Behandlungen zur Registrierung der Nazi-Gegner werden durchgeführt. Ganze Organisationen und Zusammenhänge wurden und werden kriminalisiert, wie z. B. die Antifa M in Göttingen oder die Antifa Passau.

Es ist dieser umfassende und systematische Charakter des staatlichen Terrors, warum wir sagen, dass die staatliche Faschisierung heute die größte Dimension des reaktionären Terrors ausmacht. Gleichzeitig gilt aber:

Wer nicht bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte gegen die Nazis zu kämpfen, deren Zusammenenspiel mit dem deutschen Staat zu entlarven, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.

Der Nazifaschismus war eine bestimmte Form der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus, nämlich seine offen terroristische Diktatur. Die Nazi-Ideologie ist ebenfalls die ins Extrem gesteigerte Form der „deutschen Ideologie“ der deutschen Bourgeoisie: deutscher Chauvinismus – Militarismus – Revanchismus – Rassismus – Antisemitismus – Antiziganismus – Antikommunismus.

Ein tiefer Zusammenhang zwischen Nazifaschismus und Kapitalismus ist also auch in der auf die Spitze getriebenen kapitalistischen Ideologie zu finden, eben der Nazi-Ideologie. Die Brutalität des Profitsystems, die Logik, nach der der Stärkere den Schwächeren tötet – die Ideologie des Sozialdarwinismus, dass sich die Dinge „wie in der Natur“ regeln - all das sind zugespitzte Elemente der Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft gemischt mit Rassismus, die die Nazis so attraktiv für den Kapitalismus machen. Ganz besonders betroffen sind vor allem die jüdische Bevölkerung und die Sinti und Roma in Deutschland, die Opfer der nazistischen-rassistischen Völkermordpolitik. Eine tiefe inhaltliche Kritik der Ideologie des Nazismus wird das biologische Weltbild vernichten müssen, das in seinen Kernaussagen dem kapitalistischen Weltbild entspricht, so wie eine politisch und ökonomische Beseitigung der Wurzeln des Nazismus die Beseitigung des Kapitalismus erfordert.

Es gehört zu den weit verbreiteten Irrtümern in verschiedenen sich als „revolutionär-antifaschistisch“ verstehenden

Organisationen, dass – da ja die Wurzel des Nazifaschismus der Kapitalismus ist - der Kampf gegen die Nazis sozusagen „spontan“, „automatisch“ in den Kampf für die proletarische Revolution einmünden würde! Die eigentliche Aufgabe, diesen Zusammenhang bewußt herzustellen, wird so „übersprungen“. Es geht unserer Meinung nach darum, angesichts der vielfältigen Aufgaben, klar zu trennen, um verbinden zu können: die nötigen Aufgaben im demokratischen Kampf von den langfristigen, eigenständigen Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, sowie die Arbeit für den Aufbau der Kommunistischen Partei von den Aufgaben im Kampf gegen die Nazis.

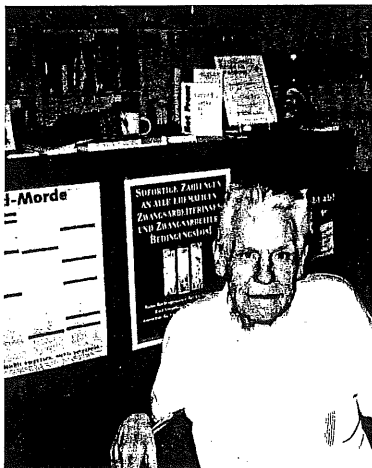
Die Ursachen für Ausbeutung, Faschisierung, Nazismus und Erwerbslosigkeit liegen im kapitalistischen System selbst. Deshalb geht es darum für die Vorbereitung der proletarischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf ein- und ihm unterzuordnen. Heute ist vor allem der Kampf um den Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei entscheidend, die die nötige Bewußtheit, Klarheit und Organisation vor allem in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn nur so kann dort die Kraft, der Haß und die Entschlossenheit entstehen, um das gesamte verfluchte System des deutschen Imperialismus in der bewaffneten, proletarischen Revolution zu vernichten!

Es gilt daher für uns Kommunistinnen und Kommunisten den Kampf gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden und -Parteien, ja sämtliche demokratischen Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus ein- und unterzuordnen dem Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution, zum Sturz dieser imperialistischen Gesellschaftsordnung, was, wie die historische Erfahrung lehrt, nur durch bewaffneten Kampf und Bürgerkrieg möglich ist. Dies beinhaltet den Kampf für die revolutionäre Diktatur des Proletariats, die die gestürzte Bourgeoisie, die Nazis und sämtliche Reaktionen unterdrücken muß, auf der Basis der breitesten Entfaltung der sozialistischen Demokratie – denn nur dann kann wirklich der Weg zu einer neuen Gesellschaft beschritten werden, der Weg zu Sozialismus und Kommunismus.

Nachruf

Am 10. März 2005 starb Genosse Albert Odenthal im Alter von 76 Jahren an seiner Krebserkrankung!

Als verantwortlicher Genosse für das Organ „Gegen die Strömung“ hat er über 30 Jahre lang seine Kraft in den Aufbau einer wirklich Kommunistischen Partei gesteckt. Noch im November 2004, diskutierte er intensiv mit bei der Erstellung der „Prüfsteine“, die auf der III. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ verabschiedet wurden. Sein Haß gegen den Kapitalismus, seine tiefe proletarisch-internationalistische Haltung, seine realistische Einschätzung der aktuellen Schwächen und des grundlegenden Potentials der Kämpfe der Arbeiterklasse, seine treffenden analytischen Bemerkungen angesichts rassistischer und nationalistischer Hetze, seine durch hartes Studium geschärfte Überzeugung von der Notwendigkeit des wissenschaftlichen Kommunismus werden uns fehlen.



2004

Seine Jugend in der Nazi-Zeit erlebte Genosse Albert in Köln im Umfeld der „Edelweiß-Piraten“, angewidert von der HJ freute er sich über jeden in den letzten Jahren des Nazi-Regimes erschossenen Nazi-Funktionär in Köln. Nachdem er bei der Übergabe von Brotrationen an sowjetische Zwangsarbeiter denunziert worden war, erlebte er die Realität der Gestapo-Keller in Köln. Nach 1945 als Bauarbeiter beschäftigt, erlebte er die perversierte „Entnazifizierung“ in Westdeutschland als einen Prozeß, in dem sich die folternden Gestapo-Beamten gegenseitig bestätigten, die Gefangenen „immer höflich und korrekt“ behandelt zu haben, und so im westdeutschen Polizeiapparat ihren Platz fanden.

Seine Bewunderung für den eigentlichen, hauptsächlichen Sieger über den Nazi-Faschismus, die sozialistische Sowjetunion und ihre Bevölkerung und Armee schlärfte ihn nicht ein: Er sah deutlich, welchen bösen „friedlichen“ und revisionistischen Weg die Totgeburt der „DKP“ einschlug. Er sah, wie Stalin mit antikommunistischen Floskeln verleumdet wurde und die ehemals sozialistische Sowjetunion nun polizeistaatlich selbst kapitalistisch und imperialistisch als Konkurrent und nicht als Klassenfeind den anderen imperialistischen Großmächten gegenübertrat. Nun als Lagerarbeiter in Frankfurt am Main zuerst bei Horbach, dann bei Farben Hartmann tätig begann er jetzt gleichzeitig ein eigenes systematisches Studium und die kollektive Schulung der Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus.

Am tiefsten beeindruckte ihn die Schrift „Was tun?“ von W.I. Lenin: Die grundlegende Bedeutung des Kampfes gegen die Verfälschung des Marxismus, die überragende Rolle theoretischer Klarheit und überzeugender Beweisführung gegen „linkes“ Stammtischgeschwätz, die unerläßliche, aber eben doch der Hauptsache der Vorbereitung der Revolution untergeordnete Bedeutung des hart geführten gewerkschaftlichen und demokratischen Tageskampfes und vor allem der klare Plan des Aufbaus einer gefestigten Kommunistischen Partei, die in den Betrieben verankert ist - das waren Richtlinien für seine eigene Arbeit.

Genosse Albert arbeitete nach Erreichung seiner Rente regelmäßig im Buchladen Georgi Dimitroff und verwickelte so manche Besucherin und manchen Besucher in spannende Diskussionen. Oft hörte er sehr lange nur zu - er hörte sehr genau zu - und entwickelt erst später seine von dem Verständnis des Klassen-antagonismus geprägten Gedanken. Mit tiefem Respekt - geprägt von eigener Erfahrung und kritischer Solidarität - sorgte er sich um die demokratisch und revolutionär orientierten gefangenen Genossinnen und Genossen, die in den Kerkern in Spanien, Italien und der Türkei und nicht zuletzt in Deutschland einsitzen. Sein Haß gegen die Nazis, den deutschen Imperialismus, den Kapitalismus mit all seinen Erscheinungen war körperlich spürbar.

Genosse Albert Odenthal war der Typ des sich stets weiterbildenden, bescheidenen kommunistischen Arbeiters, dessen Kampfgeist und Klassenbewußtsein vorbildlich waren.



1974



Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

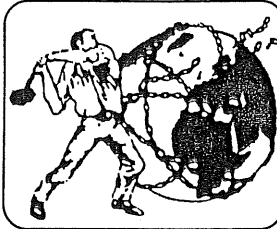
Prüfsteine

Programmatik der Grundkonzeption:
Für die sozialistische Revolution, die Errichtung des Proletariats und des Kommunismus
Programmatik der Dokumente (Themen):
I. Politische Internationale und die proletarische Weltrevolution
II. Teil des deutschen Imperialismus, Imperialismus und Kapitalismus
III. Die grundlegende Weg in sozialistischen Revolutionen im imperialistischen Deutschland
IV. Die Kampf gegen den imperialistischen Kapitalismus
V. Die Organisation der kommunistischen Partei und praktische Fragen ihres Aufbaus
Ordnung der 3. Parteikonferenz des wissenschaftlichen Kommunismus und der Errichtung des neuen Reichs



2004

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5-6/05

Mai/Juni 2005

1 Euro

8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus

8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch

Argumente gegen Geschichtsrevisionismus

Vor und am 8. Mai 2005 haben die verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus eine Art erneute Propagandaoffensive unter der Flagge der „universellen Menschenrechte“ gestartet: Im pathetischen Ton wird verkündet „Ja, Hitler war wirklich böse, aber...“ Es ist dieses „ABER“, um das es geht. Aber? „Aber“ was? Nun, es wird die unwahre Behauptung aufgetischt, die ganze Zeit wäre es um „die Juden“ gegangen, 60 Jahre lang, und nun müsse endlich die sogenannte „ganze Wahrheit“ auf den Tisch:

Punkt 1: Das Leid der deutschen Zivilbevölkerung in den Bunkern. Nicht nur Anne Frank habe gelitten, so Bundespräsident Köhler, sondern auch der kleine Dieter im Luftschutzkeller in Deutschland.

Punkt 2: Und gar erst die deutschen Menschen, die vor der Roten Armee flohen, als der Krieg der deutschen Wehrmacht doch nicht gewonnen wurde. Vor allem die sich als „Deutsche“ bezeichnenden Menschen in der Tschechoslowakei und in Polen. Die, die nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, der USA, England und Frankreich nach Deutschland umgesiedelt wurden.

Punkt 3: Die „Deutschen“, so Bundespräsident Köhler, hätten eine „Begabung zur Freiheit“ und so hatten sie nicht nur akribisch Juden umgebracht, sondern bis heute dies auch akribisch dokumentiert und in vorbildlicher Weise dafür „geradegestanden“. Das mache den Deutschen so leicht niemand nach. „Wir haben gutem Grund, stolz auf unser Land zu sein“, verkündet Köhler ausgerechnet am 8. Mai. Nein, so Köhler, die Deutschen werden kei-

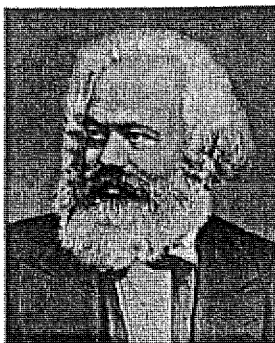
nen Schlußstrich ziehen, jetzt geht es erst richtig los mit der Beseitigung des „Unrechts“. Und zwar des „Unrechts“ gegen die Deutschen. Denn es gehe darum, „gerecht gegen das eigene Volk“ zu sein und die „ganze Geschichte zu sehen“.

Also: Warum eigentlich mußte Deutschland bombardiert und dann vollständig besetzt werden, warum wurden Deutsche 1945 zu Zehntausenden in Untersuchungshaft genommen, warum wurden so genannte „deutsche Minderheiten“ aus Polen und der Tschechoslowakei interniert? Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand, wenn wirklich die „ganze Geschichte“ gesehen wird.

Die Antwort ist nicht 1945 zu finden. Die Antwort ist auch nicht durch individualisierende Darstellungen des Leidens des „kleinen Dieter“ zu finden. Die Antwort setzt das Wissen voraus, daß der Nazi-Faschismus 1933 in Deutschland die Regierungs- und Staatsgeschäfte in Koalition mit den „Deutsch-Nationalen“ im Interesse des deutschen Imperialismus übernahm und systematisch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach der Zer-

„Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht. Ich gebe zu, sogar die Scham ist in Deutschland noch nicht vorhanden: im Gegenteil, diese Elenden sind noch Patrioten.“

(Karl Marx, Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, 1844, Marx-Engels Werke, Band I, S. 337)



Aus dem Inhalt

- Zur geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Rede des Bundespräsidenten Köhler am 8. Mai 2005 (S.2)
- Die Verbrechen des Nazi-Faschismus als Ausgangspunkt (S.2)
- Die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands (S.4)
- Das Potsdamer Abkommen (S.4)
 - Zum Charakter des Potsdamer Abkommens
 - Die zentralen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens
 - Zur Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Naziverbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen
 - Zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und zur Notwendigkeit der Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn
 - Staatliche Unabhängigkeit Österreichs
- Das Potsdamer Abkommen und der Kampf um die proletarische Revolution (S.10)

schlagung der Massenorganisationen der deutschen Arbeiterbewegung in den imperialistischen Raubkrieg gegen andere Völker einband.

In der Zeitspanne von 1933 bis 1938 wurde im Inneren durch Gestapo-Terror und Nazi-Propaganda, durch antisemitischen Pogrom und „Kraft-durch-Freude“-Programme eine solide, feste Massenbasis von nazistisch verhetzten deutschen Millionenmassen geschaffen, die nach 1939 begeistert die ersten Siege im Krieg Nazi-Deutschlands begrüßten, auch in der Zeitspanne der sich abzeichnenden Niederlage keinen massenhaften und bewaffneten Widerstand leisteten und buchstäblich bis 5 Minuten nach 12, wie der Häuserkampf in Berlin im April-Mai 1945 zeigte, den inneren oder wirklichen Eid auf Adolf Hitler nicht brachen. 1932/33 war die KPD in Berlin noch die stärkste Partei bei Wahlen geworden, 1945 agitierten die wenigen Kader der KPD mit ihrem Aufruf zum Sturz des Nazi-Faschismus weitgehend in Isolation, im Nazi-Feindesland. In keiner Stadt Deutschlands wird das ganze Ausmaß des Niedergangs der Arbeiterklasse so deutlich wie in Berlin. Noch bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde die KPD die stärkste der Parteien (KPD 31 %, SPD 23 %, NSDAP 26 %). Am 2. Mai 1948 stellte der Chef der Informationsabteilung der „Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland“ (SMAD), Oberst Tulpánow in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung Berlins fest wie die Lage im Mai 1945 war:

„... es fanden sich in keinem Teile der Stadt Leute oder gar Organisationen, die Kraft und Mühe genug besessen hätten, die Waffen umzudrehen und sich gegen Hitler zu erheben.“

(Fichter, T/Eberle, E., „Kampf um Bosch“, Berlin 1974, S.34)

Allein in den letzten Wochen des Kampfes um Berlin verlor die Rote Armee so noch 300.000 Soldaten, in den letzten Tagen 30.000 Soldaten, denn es mußte buchstäblich um jede Straße und um jedes Haus gekämpft werden, bis die Sowjetfahne auf dem Reichstag gehißt, bis am 8./9. Mai 1945 die Kapitulation der deutschen Armee unterzeichnet wurde.

Die Bombardierungen der deutschen Städte ermöglichten und erleichterten den Vormarsch der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, jede Bombe der alliierten Luftwaffen, die nicht nur militärische Ziele traf, war eine Folge des Nazi-Krieges.

Das Potsdamer Abkommen besiegelte die – wie wir heute wissen – zeitweilige Niederlage des deutschen Imperialismus. Der Kampf eben gegen dieses Potsdamer Abkommen ist heute eine zentrale ideologische und politische Leitlinie des deutschen Imperialismus, der seit dem 8. Mai 1945 bis heute dieses Abkommen nie anerkannte und auch durch den 2 plus 4 Vertrag 1990 ausdrücklich keinen Friedensvertrag abschloß, um nicht an die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens gebunden zu sein.

Gehen wir der Reihe nach vor.

Beilagen: Zur Einschätzung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945
sowie Roter Pressespiegel 1/05 (Januar - Februar 05) und 2/05 (März - April 05)

I. Die Verbrechen des Nazi-Faschismus als Ausgangspunkt

Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte

Am 30. Januar 1933 wurde in Deutschland die offene terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals errichtet, die Nazi-Partei übernahm die Regierungsgeschäfte. Sofort setzte der *staatlich organisierte Nazi-Terror gegen die deutsche Arbeiterbewegung* und andere Gegner des Nazi-Regimes ein. Schon am 1. April 1933 manifestierte sich der Antisemitismus im Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte. Die Nazis verhafteten, mordeten und folterten vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, die Gefängnisse und die errichteten KZs waren bald gefüllt vor allem mit Genossinnen und Genossen der KPD, aber auch mit anderen wirklichen oder vermeintlichen Gegnern der Nazis.¹

Nach dem Überfall des Nazifaschismus auf andere Länder ab 1938 füllten sich die KZs mit Genossinnen und Genossen aus diesen Ländern. Die Nazis überzogen ganz Europa mit einem System von Galgen, Massenerschießungen, Folter und Terror, um jeden Widerstand schon im Keim zu ersticken, um eine Atmosphäre zu erzeugen, in der Widerstand sinnlos erscheinen sollte. Das wurde während des Nürnberger Prozesses sehr detailliert für die einzelnen Länder geschildert.²

Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern

Während des Nürnberger Prozesses wurde ausführlich auf die Plünderungen und Zerstörungen eingegangen, die die Nazis in den von ihnen überfallenen Ländern begangen hatten.³

Insbesondere in der sozialistischen Sowjetunion wurde ein immenser materieller Schaden angerichtet. Ganze Städte wurden teilweise oder vollständig zerstört, Dörfer vernichtet, in ungeheurem Ausmaß wurde geplündert, geraubt und zerstört.

In der Anklageschrift werden u.a. detaillierte Zahlen für die Sowjetunion, Frankreich und die Tschechoslowakei benannt:

R. A. Rudenko geht sehr ausführlich auf die Zerstörungen in der Sowjetunion ein und beziffert den Gesamtschaden, der der Sowjetunion durch Nazi-Deutschland zugefügt wurde, auf die Summe von 679 Milliarden Rubel (in staatlichen Preisen des Jahres 1941, das entsprach 128 Milliarden US-Dollar, A. d. V.). Der materielle Schaden allein durch Plünderungen durch die Nazis in Frankreich wird auf ca. 312 Milliarden Franc (Stand: 1945) geschätzt. Die Gesamtsumme der ökonomischen Plünderungen der Nazis in der Tschechoslowakei wird auf 200 Milliarden tschechische Kronen (Stand: 1945) geschätzt.⁴

Millionenfache Sklavenarbeit

Mit dem Überfall auf andere Länder begannen die Nazis in ausgedehnten Treibjagden Menschen einzufangen

und ins „Deutsche Reich“ zu verschleppen, wo sie in Betrieben des deutschen Imperialismus Sklavenarbeit verrichten mußten. Das deutsche Finanzkapital preßte aus diesen Sklavenarbeiterinnen und -arbeitern riesige Profite heraus.

Die Anklageschrift beschreibt detailliert die grausamen Transportbedingungen. Zusammengepfercht in Eisenbahnwaggons, ohne ausreichende Nahrung und Kleidung, starben Hunderte schon während des jeweiligen Transports. Die Anklageschrift nennt auch Zahlen der Verschleppten. Einige wenige Beispiele: Aus der Sowjetunion wurden 4,98 Millionen, aus der Tschechoslowakei 750.000, aus den Niederlanden 500.000 nach Deutschland zur Sklavenarbeit verschleppt. Hunderttausende haben den Terror der Sklavenarbeit in den Betrieben des deutschen Imperialismus nicht überlebt.⁵ Der Nürnberger Prozeß schlußfolgerte: „Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte.“⁶

An diesem Punkt war und ist für die Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland zentral: Nicht nur die Konzerne des deutschen Imperialismus haben von der Versklavung von Millionen Menschen profitiert⁷ und profitieren davon noch heute, sondern auch die gesamte deutsche Bevölkerung. Aufgabe der Kommunistischen Partei war und ist es, das Bewußtsein in der Arbeiterklasse über ihre Mitschuld und Verantwortung für diese Verbrechen des deutschen Imperialismus zu schaffen und für einen größtmöglichen Ausgleich einzutreten.

Bombardierung von Städten, Geislerschießungen, Zwangsgermanisierungspolitik

Großstädte wie Rotterdam und Warschau wurden bombardiert, ganze Dörfer wurden ausgelöscht. Die Anklageschrift nennt hier z. B. Dörfer in Jugoslawien, Griechenland und der Tschechoslowakei. Allein in der Sowjetunion wurden 1710 Städte und mehr als 70.000 Ortschaften aufs Schlimmste zerstört oder vollständig vernichtet.

Die SS, deutsche Polizeieinheiten und die Wehrmacht führten *Geislerschießungen* in den besetzten Ländern durch. In der Anklageschrift finden sich mehrere Beispiele aus Frankreich, Polen, Griechenland und Jugoslawien.⁸ Allein in Frankreich wurden über 29.000 Geiseln von den Nazis ermordet.⁹

Auch die *Politik der nazistischen „Umsiedlungen“*, der *Zwangsgermanisierung*, war ein riesiges Nazi-Verbrechen. Die Anklageschrift hebt hervor, was dies bedeutete: Zwangsverschleppung der einheimischen Bevölkerung, Ansiedlung von „Volksdeutschen“ in den betreffenden Gebieten, wie z. B. in Polen, Frankreich ...¹⁰

Nach heutigen Quellen ist bekannt, daß allein in Polen fast 2,5 Millionen Menschen zwangsweise von den Nazis „umgesiedelt“ wurden.¹¹

Massenmord an Kranken und Behinderten

Gleichzeitig mit dem Überfall auf Polen 1939 begann die erste systematisch durchgeführte Vernichtungsaktion des Nazifaschismus in eigens dafür eingerichteten Vernichtungszentren vor allem gegen Kranke und Behinderte (Kinder, Erwachsene und Greise), die im Nazi-Jargon als „lebensunwertes Leben“ bezeichnet wurden. In mehreren Verhandlungstagen wurde dieses Nazi-Verbrechen bewiesen: Es waren Massenmorde mit Giftgas, die von Hitler selbst befohlen wurden. Sie wurden zum Teil in Deutschland durchgeführt wie z. B. in Hadamar. Im Nürnberger Prozeß wurde festgestellt, daß das „einfache deutsche Volk von diesen (...) Morden wußte“

Im Nürnberger Prozeß wurde davon ausgegangen, daß die Nazis durch die Vernichtungsaktion gegen Alte, Kranke und Behinderte ca. 270.000 Menschen ermordet hatten.¹²

Massenmord an Polen und Polinnen

In Polen verübten die Nazi-Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten insbesondere ab 1941 *Massenmordaktionen* nicht nur gegen die jüdische Bevölkerung, sondern auch gegen Menschen polnischer Nationalität.

„Wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein.“

Zur geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Rede des Bundespräsidenten Köhler am 8. Mai 2005

— Kritik in fünf Schritten —

I. „Wir trauern um alle Opfer Deutschlands - um die Opfer der Gewalt, die von Deutschland ausging, und um die Opfer der Gewalt, die auf Deutschland zurückschlug. Wir trauern um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes.“ (S. 2)

Ursache und Wirkung werden in diesem Zitat und in der ganzen Rede auf eine Stufe gestellt. Der Krieg zwischen Nazi-Deutschland und der Anti-Hitler-Koalition wird sozusagen als von beiden Seiten mit Gewalt verbunden und somit ungerecht dargestellt. Unterstellt wird, daß um die „eigenen“ Opfer in den letzten Jahrzehnten Ungerechtigkeit existierte, die beseitigt werden müßte. Jede wissenschaftliche Analyse der Reden von Politikern der herrschenden Klasse Deutschland beweist jedoch, daß ab 1945 bis heute immer und immer wieder in geschichtsrevisionistischem Kontext die sogenannten „deutschen Opfer“ auf eine Stufe gestellt wurden mit den wirklichen Opfern des nazi-faschistischen Völkermords und des nazi-faschistischen imperialistischen Raubkrieges. Es liegt zudem auf der Hand, daß in diesen allgemeinen „Opferbegriff“ all die getöteten Gestapo-Mörder, SS-Mörder, Wehrmachtsmörder auf eine Stufe gestellt werden, mit vom Krieg betroffenen und getöteten Kindern, deren Leid und Tod selbstverständlich auch auf das Konto des deutschen Nazi-Faschismus geht, aber eben doch anders eingeschätzt werden müssen, als die von den alliierten Streitkräften getöteten Nazitäter, die hier von Köhler als „Opfer“ dargestellt werden.

II. „Wir gedenken der mehr als eine Millionen Landsleute, die in fremder Gefangenschaft starben.. Wir gedenken des Leids der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, der vergewaltigten Frauen und Opfer des Bombenkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung.“ (S.2)

Auch in dieser Passage ist die Demagogie Köhlers handgreiflich: Unter den angeblich „Millionen Landsleuten“, die in Kriegsgefangenschaft starben, befanden sich Hunderttausende Nazi-Kriegs-Verbrecher im engen Sinne des Wortes, und Hunderttausende Nazis, die schließlich im Rahmen des Krieges und der Kriegsgefangenschaft nach einem Krieges, den sie viele Jahre selbst geführt hatten, gestorben sind. Zwischen Ursache und Wirkung wird kein Unterschied gemacht. Nicht als Anklage gegen die Nazis, sondern gegen die Alliierten soll hier agiert werden.

III. „Hören wir ... zu... dem Schriftsteller Dieter Forte, der als Kind die Bombenangriffe auf Düsseldorf erlebte und darum noch heute Alpträume hat, und Anne Frank, die sich mit ihrer Familie jahrelang vor der Gestapo versteckt hielt und am Ende doch im Konzentrationslager umkam.“ (S.3)

Vielleicht die infamste und skrupelloseste geschichtsrevisionistische Verfälschung läßt sich an dieser Passage nachweisen. Anne Frank, Symbol der Ermordung von 6 Millionen ermordeter Juden, von 1,5 Millionen ermordeter Kinder wird hier in einem Atemzug benannt, mit den Schrecken eines erfolgreichen überlebenden Schriftstellers, der in Folge des Nazi-Krieges individuell gewiß gelitten hat, aber weder bewußt umgebracht werden sollte, nicht rassistisch

Rot Front Nr. 8/9/10

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)

- Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazi-faschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED
- Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945
- Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein
- Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

706 Seiten, 33 Euro, ISBN 3-932636-38-4; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt

verfolgt war, sondern lediglich unter den Umständen, daß die Nazis sich weigerten die Großstädte zu räumen, in gerechte Kriegshandlungen der Alliierten involviert war. Überall dort, wo die demokratisch motivierten alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte nicht als Anklage gegen die Nazis genutzt werden, sondern scheinbar „neutral“ gleichgesetzt werden mit den verbrecherisch motivierten Handlungen der Nazis, da handelt es sich um die Vertuschung von Ursache und Wirkung, um Geschichtsrevisionismus.

IV. „Wir haben aber auch die *Gewißheit*, daß wir Deutsche den Weg zu unserer freien und demokratischen Gesellschaft aus eigener Begabung zur Freiheit gegangen sind.“ (S.9)

„Eigene Begabung zur Freiheit“? Sozusagen genetisch angeboren den Deutschen, die „Begabung zur Freiheit“? Selbst wenn wir uns aus dem Begriff der „Begabung“ und seinen biologischen Auslegungen lösen, wird deutlich, daß Köhler wahrlich alles auf den Kopf stellt. Geschichtlich entwickelt hat sich in Wahrheit eine eben nicht an Freiheit orientierte Mentalität großer Teile der deutschen Bevölkerung, sonst wäre das Nazi-Regime mit seinen Verbrechen nicht möglich, die Besetzung Deutschlands nicht nötig gewesen. Wegoperiert wird hier mit einem Schnitt die Notwendigkeit des militärischen Sieges nicht nur über die Armee des deutschen Imperialismus, sondern auch über die große Mehrheit der nazi-faschistisch indoktrinierten deutschen Bevölkerung.

V. „Die Bundeswehr hilft weltweit, den Frieden zu sichern und die Menschenrechte durchzusetzen.“ „... Wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein.“ (S. 10)

Der deutsche „Verantwortungsimperialismus“ in Reinkultur! Die von alten Nazis aufgebaute Bundeswehr wird als Heilsbringer in der Welt gepriesen, obwohl es sich um Sicherung imperialistischer Einflusssphären bei den „Auslandseinsätzen der Bundeswehr handelt. Die alte Nazi-Parole: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ wird ungeniert übernommen an einem Tag, in dem nur eine Gefühlsregung angebracht wäre: Scham !!

Nachbemerkung:

Bei der Analyse des Textes der Rede von Horst Köhler gehen wir nicht auf alle falschen Aspekte seiner Rede ein, sondern greifen nur einige Aspekte heraus, die wir hier und im Haupttext des Flugblattes inhaltlich widerlegt haben. Von der erste bis zur letzten Zeile ist die ganze Rede Köhlers, von Haß gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins und Antikommunismus durchdrungen. Angemerkt sei auch noch, daß Horst Köhler ganz bewußt den Völkermord an den Juden Europas nicht als solchen benennt und auch geschichtsrevisionistisch den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma nicht als solchen benennt und auf eine Stufe stellt mit der Ermordung und Verfolgung von Behinderten, „politisch Andersdenkenden“ und Homosexuellen.

(Quelle: „Begabung zur Freiheit“, Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestages des Endes des zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 2005; www.bundespraesident.de)

Insgesamt, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg, wurden in Polen ein Drittel der gesamten Bevölkerung von den Nazis ermordet, d.h. fast 8 Millionen Menschen.¹³

Nach der in erster Linie betroffenen jüdischen Bevölkerung Polens mit 3,4 Millionen Opfern waren insbesondere die Menschen polnischer Nationalität der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt. Über eine Million wurden in KZs und Vernichtungslagern ermordet. Massenmorde an Polen und Polinnen wurden auch durch sogenannte „Befriedungsaktionen“ begangen, bei denen Hunderte, ja Tausende in regelrechten Treibjagden ermordet wurden, hinzu kamen öffentliche Hinrichtungen,

furchtbar elende Lebensbedingungen, brutale Sklavenarbeit bis hin zu künstlich erzeugten Epidemien und Hungersnöten – alles Methoden des nazistischen Massenmords.¹⁴

Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die sozialistische Sowjetunion unter Bruch des bestehenden Nichtangriffspaktes. Die Nazi-Wehrmacht begann zusammen mit SS-Truppen und mit Unterstützung deutscher Polizeieinheiten einen grausamen Raub- und Vernichtungskrieg in der Sowjetunion. Auf mehreren Seiten in der Anklageschrift werden **Massenmordaktionen** der Nazi-Wehrmacht, von SS und deutschen Polizeieinheiten in der Sowjetunion geschildert: Massenmord durch Erschießen, Erschlagen, Ertränken und durch Anwendung von Giftgas an Hunderttausenden Männern, Frauen, Kindern und Greisen. Hier einige der Beispiele von nazistischem Massenmord, die die Anklageschrift belegt: Allein im Gebiet um Leningrad ermordeten die Nazis über 170.000 Menschen, im Gebiet von Odessa 200.000, in Charkow 195.000, in Kiew 195.000.¹⁵

Insgesamt fielen dem Nazi-Krieg gegen die Sowjetunion über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion zum Opfer.

Auch die **sowjetischen Kriegsgefangenen** wurden von den Nazis gemäß ihrem Programm der „Ausrottung der bolschewistischen Untermenschen“ systematisch vernichtet. Aushungern, Vergiften und Erschießen, Mord durch grausame medizinische Versuche – das waren einige der grausamen Mittel, mit denen die Nazi-Mörder sowjetische Kriegsgefangene systematisch ermordeten.¹⁶

In der Anklageschrift heißt es daher: „Die Behandlung von Sowjet-Kriegsgefangenen war durch ganz besondere Unmenschlichkeit charakterisiert.“¹⁷ Beispielhaft wird die Ermordung von Zehntausenden von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Nazi-Wehrmacht benannt.¹⁸

Insgesamt wurden nach neueren Forschungen von der Nazi-Wehrmacht und der SS von den 5,7 Millionen gefangenen Rotarmisten 3,3 Millionen ermordet, davon zwei Millionen allein bis zum Februar 1942, also in acht Monaten.¹⁹

Antisemitischer Terror und Pogrome sowie rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa

Die Anklageschrift stellt richtig heraus, daß die Nazis direkt nach 1933 den staatlich organisierten **antisemitischen Terror gegen die Juden und Jüdinnen** begannen. In der Anklageschrift und im Urteil von Nürnberg werden drei Etappen des antisemitischen Terrors der Nazis von 1933 bis 1938 benannt:

- die von den Nazis als „Boykott“ der jüdischen Geschäfte bezeichnete antisemitische Terrorwelle vom April 1933,
- die rassistischen „Nürnberger Gesetze“ von 1935²⁰
- sowie die antisemitischen Pogrome vom November 1938 im Herrschaftsbereich der Nazis. Dazu heißt es in der Anklageschrift:

„Auf Befehl des Chefs der Gestapo fanden im November 1938 antisemitische Demonstrationen in ganz Deutschland statt. Jüdisches Eigentum wurde zerstört, 30.000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager geworfen und ihr Eigentum beschlagnahmt.“²¹

Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann der systematische **Völkermord an der jüdi-**

schen Bevölkerung und den Sinti und Roma Europas. Die Anklageschrift nennt Massenermordungen durch Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten vor allem in der Sowjetunion und in Jugoslawien von insgesamt mehreren Hunderttausend.²² Allein die „Einsatzgruppe A“ hat in der Sowjetunion über 229.000 Jüdinnen und Juden ermordet.²³

Weiter heißt es in der Anklageschrift:

„Von den 9,6 Millionen Juden, die in Gebieten Europas unter Nazi-Herrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5,7 Millionen verschwunden, von denen die meisten absichtlich von den Nazi-Verschwörern ums Leben gebracht worden sind.“²⁴

Im Urteil von Nürnberg wird die Zahl der von den Nazis ermordeten Jüdinnen und Juden auf 6 Millionen geschätzt, was auch der heutigen Forschung entspricht.²⁵ Allein in Polen ermordeten die Nazis 3,2 Millionen Juden und Jüdinnen, stellte der sowjetische Hauptankläger R. A. Rudenko in einer seiner Reden fest.²⁶

Im Urteil des Nürnberger Prozesses wird die **industrielle Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden in Nazi-Vernichtungslagern** wie Treblinka oder Auschwitz-Birkenau durch Giftgas beschrieben.

Rudenko stellt heraus, daß allein im Vernichtungslager Chelmo mit Giftgas 340.000 Juden und Jüdinnen ermordet wurden.

Insgesamt wurden von den 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden 4 Millionen in den Nazi-Vernichtungslagern ermordet, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg.²⁷

Rassistischer Völkermord an „Zigeunern“, den Sinti und Roma

Von Anfang an wurden die Sinti und Roma von den Nazis rassistisch verfolgt. Von den rassistischen „Nürnberger Gesetzen“ von 1935, in deren Kommentaren es heißt, daß „Juden und Zigeuner artfremden Blutes sind“, über die unzähligen Demütigungen und Verfolgungen vor 1939 begann mit der 1939 beschlossenen systematischen Deportation aller Sinti und Roma nach Polen die direkte Vorbereitung zum Völkermord. Im Dezember 1942, als schon Zehntausende Roma in Polen und in der Sowjetunion von den Nazis ermordet worden waren, wurde der sogenannte „Auschwitz-Erlaß“ von den Nazis beschlossen, worin der Plan zum Völkermord, der Vernichtung aller Sinti und Roma festgeschrieben ist. Die Umsetzung dieses Plans wurde sofort begonnen. Aufgrund neuerer Forschungen wird geschätzt, daß von den in Europa lebenden Sinti und Roma ungefähr 500.000 von den Nazis ermordet wurden.²⁸ Die Anklageschrift im Nürnberger Prozeß hob völlig richtig hervor, daß besonders auch Sinti und Roma von der rassistischen Vernichtung durch die Nazis betroffen waren.

Die **Massenvernichtung** an den sogenannten „Zigeunern“, also den **Sinti und Roma**, wurde im Nürnberger Prozeß konkret benannt und mit den „Ereignismeldungen“ der „Einsatzgruppen“ der SS und deutscher Polizeieinheiten belegt. In den meisten dieser „Meldungen“ wird neben den Massenmorden an Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion detailliert aufgelistet, wie viele „Zigeuner“ ermordet wurden. Zum Beispiel heißt es in einem „Lagebericht“ der „Einsatzgruppen“ von 1943, daß „1000 Juden und Zigeuner exekutiert“²⁹ wurden.

ANZEIGE

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Aus dem Inhalt:

- Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazifaschismus
- Merkmale des Herrschafts- und Überwachungssystems in den KZs und Vernichtungslagern
- Antinazistischer Widerstand und die Rolle der kommunistischen Kräfte

202 Seiten, 13 Euro, ISBN 3-932636-34-1; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt



II. Die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands

Die Anti-Hitler-Koalition hat sich völlig zu Recht für die Besetzung Deutschlands entschieden. Die Besetzung Deutschlands war insbesondere auch deshalb notwendig, weil es keinen antinazistischen Massenwiderstand, keinen bewaffneten Massenkampf gegen das Nazi-Regime und seine Anhänger zwischen 1933 und 1945 in Deutschland gab, der aus eigener Kraft das Naziregime hätte stürzen können.

Es gab direkt nach 1945 in Deutschland keine demokratisch-antinazistische Massenbewegung, die selbständig, aus eigener Kraft den Kampf gegen die noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus hätte führen und gewinnen können. Es gab lediglich eine kleine Minderheit antinazistischer und kommunistischer Kräfte in Deutschland.³⁰

Die Besetzung Deutschlands war also eine *militärische Notwendigkeit*, um die Nazi-Armee und die SS sowie alle anderen bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus zu entwaffnen, sie möglichst vollständig zu zerschlagen und die nazistischen und reaktionären Kräfte in Deutschland niederzuhalten, um den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus und damit das erneute Entstehen eines Kriegsherdes Deutschland, der die Völker der Welt mit neuen Raubkriegen bedroht, zu verhindern.

Die Besetzung Deutschlands war eine *politische Notwendigkeit*, um auf der Basis der bewaffneten Niederhaltung der nazistischen und pronazistischen Kräfte, ja sämtlicher reaktionärer Kräfte des deutschen Imperialismus, die gegen das Potsdamer Abkommen auftraten, die antinazistische Erziehung der ausgebeuteten und werktätigen Massen im Kampf für den Aufbau eines demokratischen Deutschland überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschlands war notwendig, *um größtmögliche Reparationen für die begangenen Nazi-Verbrechen garantieren zu können*. Diese Garantie war aufgrund des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der deutschen Bevölkerung nur möglich, wenn die alliierten Armeen die Reparationszahlung erzwangen, ihre Durchführung organisierten und überwachten.

Von 1945 bis heute ist das zentrale Argument des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus gegen die Besetzung Deutschlands nach 1945 und gegen das Potsdamer Abkommen, daß damit gegen das Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation“ verstoßen worden sei, weil beides ohne Zustimmung der deutschen Bevölkerung oder einer deutschen Regierung durchgeführt wurde. „Gerecht“ wären Maßnahmen gewesen, wonach das „deutsche Volk in freier Selbstbestimmung über sein Schicksal hätte entscheiden können“.

Für die demokratischen und kommunistischen Kräfte war das eine gefährliche Provokation, die auf die Zustimmung durch die nazistisch verhetzte Bevölkerungsmehrheit abzielte. Für die KPD/SED mußte dies bedeuten, daß sie diese provokatorische Indienstnahme des „Selbstbestimmungsrechts“ durch die deutschen imperialistischen Kräfte offensiv bekämpft und von Grund auf widerlegt.

Mit dem reaktionären Geschrei nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ wird so getan, als sei vor 1945 nichts gewesen. Der imperialistische Räuber, der deutsche Imperialismus, der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, der den grausam-

sten Raub- und Vernichtungskrieg der Weltgeschichte durchgeführt hat, beruft sich auf sein „Selbstbestimmungsrecht“, um zu verhindern, daß über ihn als besiegten Räuber zu Gericht gesessen wird, um den aus seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen zu entgehen: der Besetzung, dem zeitweiligen Verlust der politischen Unabhängigkeit, der Entnazifizierung, den Reparationen etc.

Die Gewährung des „Selbstbestimmungsrechts für Deutschland“ wäre gleichbedeutend mit der politischen Unabhängigkeit Deutschlands gewesen und hätte den Abzug der Besatzungstruppen und weitere reaktionäre Konsequenzen zur Folge gehabt. Es wäre angesichts des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der werktätigen und ausgebeuteten Massen unmittelbar nach Kriegsende ein reaktionärer, pronazistischer deutscher Staat entstanden, der sämtliche gerechten Forderungen des Potsdamer Abkommens mit Füßen getreten und sofort eine imperialistische Politik für den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus eingeleitet hätte.

Deshalb mußte klar sein, daß aus antinazistisch-demokratischer und aus kommunistischer Sicht dieses großmachtimperialistische „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ keinerlei Berechtigung hatte.

Für die demokratischen und kommunistischen Kräfte ging es direkt nach 1945 darum, die Nazis und ihre Unterstützer diktatorisch niederzuhalten, den Nazis möglichst weitgehend die demokratischen Rechte zu entziehen, und zwar auf der Grundlage der Entziehung der politischen Selbständigkeit Deutschlands durch seine zeitweilige Besetzung, mit Hilfe von Gefängnissen, gestützt auf die Panzer, Gewehre und Soldaten der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der sowjetischen Streitkräfte.

Es ging aber nicht nur um die Unterdrückung und Niederhaltung der nazistischen Kräfte. Die Nazis waren bewußt und gezielt ein Bündnis mit breiten Teilen reaktionärer „deutschnationaler“ Kräfte eingegangen, um ihren Masseneinfluß maximal zu erhöhen. Diese Kräfte und auch andere reaktionäre Kräfte, die zwar mit den Nazis zwischen 1933 und 1945 kein direktes Bündnis eingegangen waren, jedoch nach 1945 die Ziele der deutschen Imperialisten politisch vertraten, wie z.B. große Teile der SPD unter Führung Schumachers, waren ausdrücklich und direkt gegen das Potsdamer Abkommen eingestellt.

Auch für diese Kräfte, die das Potsdamer Abkommen im Dienste des Wiederaufstiegs des deutschen Imperialismus sabotieren wollten, gab es kein „Selbstbestimmungsrecht“. Auch sie mußten diktatorisch niedergehalten werden, um den Kampf zur Vernichtung der noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschlands und die Entziehung der politischen Souveränität war also solange notwendig, bis gewährleistet war, daß die demokratischen Kräfte in Deutschland aus eigener Kraft ein demokratisches Deutschland auf der Grundlage der diktatorischen Unterdrückung der nazistischen und anderer reaktionärer Kräfte aufbauen konnten, das sämtliche gerechten Forderungen der von den Nazis überfallenen Völker erfüllen konnte und in der Lage war, dauerhaft die Entmilitarisierung Deutschlands zu garantieren. Erst unter diesen Voraussetzungen stand die Aufhebung der Besetzung Deutschlands und die damit verbundene Rückgabe der politischen Souveränität an eine zu schaffende deutsche demokratische Regierung zur Diskussion.³¹

III. Das Potsdamer Abkommen

Zum Charakter des Potsdamer Abkommens

Von Ende Juli bis zum 2. August 1945 trafen sich in Potsdam die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, die Vertreter der sozialistischen Sowjetunion, der USA und Englands. Die antifaschistisch und fortschrittlich eingestellte Welt blickte auf dieses Treffen. Die antifaschistischen Kämpferinnen und Kämpfer, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazis eingesetzt hatten, erwarteten, daß dort, vor allem wegen der Teilnahme der sozialistischen Sow-

jetunion und Stalins, entscheidende Weichen zur Vernichtung der noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus gestellt werden würden.

Es gelang den Vertretern der sozialistischen Sowjetunion, den imperialistischen Teilnehmern der Potsdamer Konferenz weitgehende Zugeständnisse abzurufen.

Als grundlegende Ziele der Politik der Anti-Hitler-Koalition in Deutschland wurde im Potsdamer Abkommen folgendes festgelegt:

Flugblätter von „Gegen die Strömung“

Flugblatt 2/2005

60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!

Flugblatt 11-12/2004

Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“:

Von der Diskriminierung zum Massenmord

Aus dem Inhalt:

- Massenhafte Zwangssterilisierung und Nazi-Massenmord
- Diskriminierung und Unterdrückung bis 1933
- Nach 1945 in Westdeutschland: „... so als wäre nichts gewesen!“
- Zur Nazi-Ideologie vom „unwerten Leben“
- Zur Ermordung bestimmte Kranke und Behinderte wehren sich
- Der Nürnberger Ärzteprozess 1946 und Prozesse gegen Nazi-Mörder bis 1947
- Zum Gesundheitssystem der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins

Flugblatt 8-9/2004

Kampf gegen den Antiziganismus

Solidarität mit den Sinti und Roma

Aus dem Inhalt:

- Vor 60 Jahren: Der Kampf der Sinti und Roma gegen die „Liquidierung“ des „Zigeunerlagers“ in Auschwitz-Birkenau
- Entwicklung und Einschnitte des mörderischen Nazi-Terrors gegen Sinti und Roma von 1933 bis 1945
- Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa
- Ungebrochene Tradition des Antiziganismus nach 1945
- Antiziganismus in Deutschland heute
- Schlaglichter des Widerstands von Sinti und Roma gegen den Nazi-Faschismus
- Antiziganismus als Teil der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie
- Vorgeschichte der Verfolgung der Sinti und Roma in Deutschland

Flugblatt 2/2003

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt:

Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933

Aus dem Inhalt:

- Das Programm des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus
- Die Sozialdemokratie bereitet die Faschisierung vor
- Weitere Schritte zur Errichtung und Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur
- Zwei notwendige Korrekturen: Ernst Thälmanns an Positionen der KPD zur Frage des militanten bewaffneten Abwehrkampfes gegen die Nazis

Flugblatt 12/2001

22. Juni 1941 – 8. Mai 1945: Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion

1418 Tage!

Aus dem Inhalt:

- Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschlands auf die damals sozialistische Sowjetunion
- Das Scheitern der „Blitzkriegstrategie“: „Vor Moskau muss die Vernichtung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941 – November 1942)
- Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluß zu machen. Keinen Schritt zurück!“

- Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)
- Zerschlagung der nazifaschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich.“

Beilage:

Rundfunkansprache des Genossen Stalin vom 3. Juli 1941:
„Die faschistische Hitlerarmee kann und wird geschlagen werden...“

Flugblatt 2-3/2000

Zum Thema Zwangsarbeit:

Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt

Aus dem Inhalt:

- Das abgestufte System des Nazifaschismus zur Auspressung menschlicher Arbeitskraft bis hin zur Vernichtung durch Arbeit
- Ablauf und Einschnitte bei der Umsetzung des nazifaschistischen Sklavenarbeitsprogramms
- Sklavenarbeit als Teil des nazifaschistischen Vernichtungsprogramms
- Die Mitschuld der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen am nazistischen Sklavenarbeitssystem
- Widerstand von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen

Flugblatt 11-12/1998

Das Novemberpogrom 1938:

Vor aller Augen!

Aus dem Inhalt:

- Die Massendeportationen von 17.000 Juden und Jüdinnen mit polnischem Paß aus Deutschland im Oktober 1938
- Die historische Bedeutung der bewaffneten Aktion Herschel Grynszpan für den Kampf gegen Nazi-Deutschland
- Die Nazi-Massaker am 9./10. November 1938
- Der Novemberpogrom und der Masseneinfluß der Nazis
- Zur kommunistischen Linie des Kampfes gegen den Nazifaschismus angesichts nazistisch verseuchter Volksmassen in Deutschland

Beilage:

- Die Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!“ vom November 1938 – mit kritischer Einschätzung
- Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus – mit kritischer Einschätzung
- Kritische Einschätzung der Rede August Bebel gegen den Antisemitismus von 1893

Flugblatt 5/1995

8. Mai 1995: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

Das Potsdamer Abkommen – eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

Flugblatt 2/1993

Zur Wannsee-Konferenz 1942:

Nichts vergessen!

Aus dem Inhalt:

- Der „normale Terror“ der Nazifaschisten
- Eine neue Stufe des Terrors – die „industrielle“ Ermordung ganzer Völker
- Der Völkermord der Nazis – auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft

☆☆☆

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten werden in Übereinstimmung miteinander in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen treffen, die notwendig sind, damit Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk³² zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf dieses Ziel gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, mit der Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“³³

Das Potsdamer Abkommen stellte sich die Aufgabe, den „deutschen Militarismus und Nazismus“ „auszurotten“, also zu vernichten. Dies sollte jedoch nicht nur durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition verwirklicht werden, sondern das Potsdamer Abkommen stellte klar, daß es darum ging, daß das „deutsche Volk“ selbst für die Erfüllung dieser Aufgabe kämpft, das heißt für ein demokratisches Deutschland.

Diese demokratische Zielsetzung des Potsdamer Abkommens war eine wichtige Waffe für die kommunistischen Kräfte, barg aber auch ein Problem in sich, das bewußt sein mußte.

Der Nazismus und deutsche Militarismus konnte letztendlich von der Wurzel her nur durch die proletarische Revolution vernichtet werden. Das Potsdamer Abkommen hatte aber nicht das Ziel, das kapitalistisch-imperialistische System in Deutschland zu beseitigen – was sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß drei imperialistische Staaten dieses Abkommen mit unterzeichnet hatten (die proletarische Revolution kann ohnehin nicht exportiert werden). Jedoch war das Potsdamer Abkommen deshalb keineswegs eine Vereinbarung, die von den deutschen Imperialisten leicht akzeptiert werden konnte und bloß reformistische Illusionen in eine „Vernichtung des Nazismus“ ohne proletarische Revolution schürte. Das Potsdamer Abkommen traf mit seinen Forderungen und Beschlüssen sehr weitgehend zentrale Interessen der deutschen Imperialisten und war eine **zentrale Waffe im Kampf der kommunistischen Kräfte gegen den deutschen Imperialismus**.

■ **Erstens** entstanden **entscheidende Rahmenbedingungen für die Errichtung eines demokratischen Deutschland, in dem die Nazis diktatorisch unterdrückt werden konnten**. Dieses demokratische Deutschland, davon ging das Potsdamer Abkommen zu Recht aus, konnte nur geschaffen werden durch den demokratischen Kampf der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, den das Potsdamer Abkommen forderte und unterstützte.

■ **Zweitens** ging es darum, den deutschen Imperialismus weitgehend zu schwächen und zu kontrollieren, verbunden mit dem Ziel, **den Kriegsherd Deutschland auszuschalten**. In diesem Sinne wurden dann die konkreten Beschlüsse des Potsdamer Abkommens formuliert.

Die antinazistischen, antimilitaristischen und demokratischen Forderungen des Potsdamer Abkommens hatten zwar nicht das Ziel, den Kapitalismus in Deutschland zu vernichten, sie ermöglichten jedoch, den Kampf in eine antikapitalistische Richtung zu führen und waren deshalb eine wichtige Waffe der kommunistischen Kräfte nicht nur im demokratischen Kampf, sondern auch für ihre kommunistische Propaganda. Denn sie gaben einen Anstoß zu diskutieren, was denn zu tun ist, um wirklich tiefgehend die Wurzeln des Nazismus zu vernichten, boten die Möglichkeit bewußtzumachen, daß dafür der antinazistisch-demokratische Kampf und die Umsetzung des Potsdamer Abkommens allein nicht ausreichen, daß es dazu der sozialistischen Revolution bedarf.

■ **Drittens**. Die Erklärung „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederauf-

zubauen“ enthält einen weiteren Kernpunkt des Potsdamer Abkommens. Es ging darum, daß die deutsche Bevölkerung direkt nach 1945 auf der Basis der diktatorischen Unterdrückung der Nazis durch die alliierten Armeen lediglich die **Möglichkeit** bekam, sich auf die selbständige Errichtung eines demokratischen Staates **vorzubereiten**, daß es also keineswegs darum ging, daß die deutsche Bevölkerung direkt nach 1945 schon das Recht bekam, freie Wahlen durchzuführen, um eigenständig eine neue deutsche Regierung einzusetzen. Der Grund war, daß dieses Recht nach zwölf Jahren Nazifaschismus dazu geführt hätte, daß eben gerade nicht ein demokratischer Staat errichtet worden wäre, sondern ein reaktionärer, pronazistischer deutscher Staat. Erst wenn die deutsche Bevölkerung durch Taten, durch ihre „unablässige Anstrengung“ bewiesen hatte, daß sie auf der Grundlage der durch die alliierte Besetzung Deutschlands geschaffenen demokratischen Verhältnisse in der Lage war, eigenständig einen demokratischen Staat zu errichten, erst dann sollte sie auch das Recht dazu erhalten. Diese Tatsachen mußte die KPD/SED immer wieder herausstellen, um dem Druck reaktionärer Kräfte wirkungsvoll zu begegnen, die mit der Forderung „Freie Wahlen für Deutschland“ versuchten, die kommunistischen Kräfte als „undemokratisch“ hinzustellen.

Aufgrund dieses Charakters des Potsdamer Abkommens war es unvermeidlich, daß die reaktionären Hetzer des deutschen Imperialismus von Anfang an über dieses Abkommen herfielen und Dutzende von Lügen zu erfinden begannen, die alle dazu dienten, die deutsche Bevölkerung gegen das Potsdamer Abkommen aufzubringen und die imperialistischen Herren davor zu schützen, daß es in Deutschland umgesetzt werden würde.

Die zentralen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens

... auf militärischem Gebiet

Ein erklärtes Ziel des Potsdamer Abkommens war es, den Nazifaschismus und Militarismus „auszurotten“, das heißt zu vernichten. Dies konnte nur erreicht werden, wenn die folgende Aufgabenstellung konsequent durchgeführt würde:

„Völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands...“³⁴

Der erste Schritt hierzu war, die Waffen und bewaffneten Kräfte des Nazifaschismus unter die Kontrolle der alliierten Armeen zu bringen. Denn die Machtübernahme in Deutschland durch die alliierten Armeen war zuallererst eine Frage der militärischen Macht, denn die politische Macht kommt, wie Mao Tse-tung richtig ausführte, aus den Gewehrläufen.

Deshalb mußten sofort sämtliche militaristischen und bewaffneten Organisationen des Nazifaschismus aufgelöst und entwaffnet sowie sämtliche Waffen der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus entweder zerstört oder durch die Alliierten in Besitz genommen werden. Ebenfalls sollten alle Organisationen, die der Erhaltung des deutschen Militarismus dienten, völlig aufgelöst werden. Entsprechende Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen fixiert (S. 7).

... auf politischem Gebiet

Die Nazi-Partei und ihre Organisationen hatte sich in der Zeit von 1933 bis 1945 in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft festgesetzt. Sie waren das zentrale Instrument zur Bindung der deutschen Bevölkerung an den Nazifaschismus, sie waren ein wesentlicher Teil des Nazi-Staatsapparates. Nicht nur die NSDAP, auch die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF), die nazistische „Gewerkschaft“, die HJ oder der BDM, der Nazi-Beamten- oder Lehrerbund usw. mußten vernichtet sowie sämtliche nazistischen Ämter des Beamtenapparates in Deutschland nach 1945 aufgelöst werden als erster Schritt der Vernichtung der Bestandteile des Nazifaschismus auf politischem Gebiet. Entsprechende Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen fixiert:

„Die nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisatio-

nen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wiedererstehen können..." (S. 7)

Ein wichtiges Kennzeichen des Nazifaschismus war es, daß er nicht nur bestimmte Machtbefugnisse seiner Organisationen, z. B. der Nazi-Partei, sondern auch Verbrechen juristisch legitimiert und festgeschrieben hat. Nazi-Gesetze sollten die deutsche Bevölkerung von der „Rechtmäßigkeit“ der Nazi-Diktatur und der Nazi-Verbrechen überzeugen und insgesamt dem Nazi-System eine rechtsstaatliche Legitimität verleihen.

Es galt, alle Nazi-Gesetze nach 1945 zu beseitigen; es ging darum, neue demokratische, antirassistische Gesetze zu erlassen. Dieser Beschluß wurde ebenfalls im Potsdamer Abkommen festgehalten und konnte auch ohne größere Schwierigkeiten verwirklicht werden:

„Alle nazistischen Gesetze, die die Grundlage für das Hitlerregime geschaffen oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse,³⁵ Religion oder politischer Überzeugung festgelegt haben, müssen außer Kraft gesetzt werden.“ (S. 8)

Wenn die nazistischen Organisationen zerschlagen, die nazistischen Gesetze beseitigt waren, dann waren damit allerdings noch keineswegs auch die Personen verschwunden, die die Nazi-Verbrechen geplant und durchgeführt hatten, die die aufgelösten Nazi-Organisationen angeführt hatten oder deren „einfache“ Mitglieder waren. Wie sollte man diese in die Millionen gehenden Teile der deutschen Bevölkerung behandeln?

Auf dieses große Problem der Entnazifizierung ging das Potsdamer Abkommen sehr differenziert ein.

Erste Aufgabe: Inhaftierung und Aburteilung aller Nazi-Kriegsverbrecher sowie ihrer Unterstützer

Eine der ersten Aufgaben, die es nach der militärischen Niederlage des Nazifaschismus in Deutschland, durchzuführen galt, war die Inhaftierung und gerechte Bestrafung aller, die an Nazi-Verbrechen beteiligt waren, egal ob sogenannte „große“ Nazis oder Nazianhänger oder die sogenannten „kleinen“ Helfershelfer, die an Nazi-Verbrechen beteiligt waren und ohne die die Nazigreuel niemals hätten durchgeführt werden können.

Die Hauptkriegsverbrecher, also die noch lebenden Naziführer wie Göring, Rosenberg, Heß etc., die Vertreter des deutschen Finanzkapitals wie Flick, Krupp, Abbs etc., das Oberkommando der nazifaschistischen Wehrmacht, Keitel und Jodl etc., sollten von den Alliierten gemeinsam in einem Prozeß, dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, der dann im November 1945 in Nürnberg eröffnet wurde, angeklagt und abgeurteilt werden:

„VII. Über Kriegsverbrecher (...)

Die drei Regierungen (der Anti-Hitler-Koalition A. d. V.) bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und gerechten Aburteilung zuzuführen. Sie hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einer schnellen Vereinbarung führen, die diesem Zweck dient, und sie betrachten es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit, daß der Prozeß gegen diese Hauptverbrecher zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnt.“ (S. 14)

Was mit den anderen Nazi-Kriegsverbrechern und ihren Helfern geschehen sollte, legte das Potsdamer Abkommen ebenfalls eindeutig fest:

„5. Kriegsverbrecher und jene, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen teilgenommen haben, die Greuelataten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder zum Ergebnis hatten, sind zu verhaften und vor Gericht zu stellen.“ (S. 8)

Das Potsdamer Abkommen stellt hier klar, daß nicht nur die Nazi- und SS-Größen sowie die Generäle der nazifaschistischen Wehrmacht, die Führungsspitzen von I. G. Farben, Daimler-Benz und der Deutschen Bank etc., die für die Planung und Ausführung von Kriegsverbrechen verantwortlich sind, verhaftet, vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden müssen, sondern alle, die direkt oder indirekt an der Planung oder Verwirklichung von Nazi-Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Zweite Aufgabe: Verhaftung und Internierung von Nazi-Funktionären sowie aller Personen, die die Umsetzung des Potsdamer Abkommens bekämpfen

Es gab in Deutschland nicht nur Nazi-Kriegsverbrecher und ihre Unterstützer, die sofort ausgemacht werden konnten. Es gab auch Hunderttausende von Nazis und Nazi-Kollaborateuren, die aktiv die Nazi-Politik unterstützten bzw. mitgestaltet hatten, bei denen es aber schwierig war, sofort die Beteiligung an Nazi-Verbrechen nachzuweisen. Hinzu kamen diejenigen, die nicht direkt in Nazi-Verbrechen verwickelt waren. Diese in die Hunderttausende gehenden Nazi-Kräfte mußten zuerst verhaftet und interniert werden, um dann, wenn entsprechende Gesetze geschaffen und Untersuchungen eingeleitet waren, insbesondere auch durch den im November 1945 beginnenden Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, diejenigen, die in Verbrechen verwickelt waren, aburteilen zu können. Insbesondere betraf dies die große Zahl der nazistischen Funktionäre der Nazi-Partei, die allein 600.000 Personen umfaßte.³⁶

Das Potsdamer Abkommen legte hierzu folgendes fest:

„Nazistische Führer, einflußreiche Nazianhänger und das leitende Personal der nazistischen Einrichtungen und Organisationen sowie alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.“ (S. 8)

Nach 1945 gab es nicht nur Nazi-Kräfte, sondern auch reaktionäre Kräfte, proimperialistische Kräfte, die zwar nicht offen pronazistisch waren, wie z. B. Teile der SPD unter Führung Schumachers, die aber gegen das Potsdamer Abkommen eingestellt waren. Gegen all diese Kräfte, gegen alle, „die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind“, mußten Mittel und Wege gefunden werden, um zu gewährleisten, daß sie die Umsetzung des Potsdamer Abkommens nicht bekämpfen konnten.

Jede Person, ob nun ein Nazi, der rassistische, antisemitische Propaganda betrieb, jedes SPD-Mitglied, das gegen die Oder-Neiße-Grenze hetzte, alle, die für die Besatzungspolitik der Anti-Hitler-Koalition gefährlich waren, mußten verhaftet und interniert werden. Diese Beschlüsse waren wichtig für den Kampf gegen die illegale Nazi-Bewegung und andere reaktionäre Kräfte des deutschen Imperialismus. Nur die Möglichkeit der sofortigen und schnellen Internierung stellte ein ausreichendes Mittel dar, um die illegale Nazi-Bewegung, jede sich entwickelnde reaktionäre Bewegung gegen die Besatzungspolitik schon im Keim zu ersticken.

Dritte Aufgabe: Säuberung aller aktiven Mitglieder der Nazi-Partei und aller gegen das Potsdamer Abkommen eingestellten Personen aus staatlichen und wirtschaftlichen Positionen

Im Potsdamer Abkommen heißt es weiter:

„Alle Mitglieder der nazistischen Partei, die mehr als nominell³⁷ an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Dienst und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, die nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften für fähig befunden werden, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.“ (S. 8)

Das Potsdamer Abkommen legte fest, daß alle aktiven Mitglieder der Nazi-Partei, alle, die gegen die Ziele und Beschlüsse der Potsdamer Konferenz feindlich auftraten, aus allen staatlichen Organisationen oder Einrichtungen wie Schule, Gerichtswesen, Polizei etc. und von verantwortlichen Positionen in wichtigen nichtstaatlichen Einrichtungen zu entfernen sind.

Direkt nach 1945 war es nicht überraschend, daß alle Nazis versuchten, sich reinzuwaschen, sich als lediglich nominelle Mitglieder der Nazi-Partei oder anderer Nazi-Organisationen hinzustellen. Um dies zu erreichen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt – von angeblichen Zeugen, die die nominelle Mitgliedschaft belegen sollten, bis hin zu Bestechung, Betrug, Vernichtung von Be-

weisen etc. in größtem Ausmaß. Es bestand also die Schwierigkeit, die wirklich nominellen Mitglieder von den Nazis zu unterscheiden, sich als angeblich nominelle Mitglieder tarnende Nazis zu entlarven und so zu verhindern, daß sich Nazis massenhaft in wichtigen staatlichen und nichtstaatlichen Positionen festsetzen konnten.

Ein weiteres Problem war es, die Nazis durch antinazistische eingestellte Kräfte zu ersetzen, wie es das Potsdamer Abkommen forderte. Denn es gab direkt nach 1945 nur sehr wenige wirklich antinazistische Fachkräfte, die verantwortliche staatliche und nichtstaatliche Positionen auf ökonomischem und politischem Gebiet aufgrund ihrer Qualifizierung hätten einnehmen können, weil erstens die Nazis gerade in diesen Schicht einen sehr großen Einfluß hatten und weil zweitens die Ausbildung von demokratischen Fachkräften auf diesem Gebiet gerade erst begonnen hatte.

Für die diktatorische Unterdrückung der Nazis und die Säuberung des Staatsapparates legte das Potsdamer Abkommen völlig richtig den Rahmen fest. Die konkrete Praxis und Planung der Entnazifizierung (mit Ausnahme des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses) mußte in den einzelnen Besatzungszonen selbst, unter Führung und Kontrolle der jeweiligen alliierten Armee und mit Unterstützung der deutschen antinazistischen und kommunistischen Kräfte durchgeführt werden.

... auf ökonomischem Gebiet

Vernichtung des ökonomischen Kriegspotentials des deutschen Imperialismus – Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft der Monopole des deutschen Imperialismus

Die Fähigkeit des deutschen Imperialismus, Raubkriege zu führen, war vor allem auch dadurch gegeben, daß er die notwendigen Kriegsprodukte, Waffen und anderes aus eigener Kraft herstellen konnte und damit ein eigenständiger Kriegsherd war. Ohne entsprechende Waffenproduktion, ohne ausreichende Stahlproduktion, ohne eine entsprechende Chemie- und Maschinenbaubranche etc. war der deutsche Imperialismus nicht in der Lage, neue Raubkriege aus eigener Kraft vorzubereiten. Die Unterbindung bzw. Beschränkung der Herstellung kriegswichtiger Güter war also eine Voraussetzung, um das Kriegspotential des deutschen Imperialismus wirklich beseitigen zu können. Deshalb wurde auf ökonomischem Gebiet auf der Potsdamer Konferenz beschlossen, daß in Deutschland die Produktion, die Kriegszwecken diente oder dienen könnte, entweder zu unterbinden, zu beschränken oder streng zu überwachen ist.³⁸

„B. Wirtschaftliche Grundsätze (...)

11. Mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln und auch die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und unmöglich zu machen. Die Produktion von Metallen und chemischen Produkten, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, sind streng zu kontrollieren und zu beschränken entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands.“ (S. 9)

Ein weiterer Punkt des Potsdamer Abkommens auf ökonomischem Gebiet war folgender Beschluß:

„12. In praktisch kürzester Frist ist die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, die sich besonders in Form von Kartellen, Syndikaten, Trusts und andere Monopolvereinigungen verkörpert.“ (S. 9/10)

Gerade die Monopole des deutschen Imperialismus waren die Initiatoren und Hauptprofiteure des nazistischen Raubkrieges, sie waren es, die die gesamte gesellschaftliche Produktion durchdrangen und der Kriegsproduktion unterwarfen.

Die Formulierung „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft“ bestimmte noch nicht genau, was zu tun sei: Ob zum Beispiel nur große kapitalistische Monopole wie die I. G. Farben, die

Deutsche Bank etc. in mehrere kleinere Gesellschaften aufgeteilt werden sollten, ob dadurch aus einem großen Monopol eben nur drei kleinere entstanden, oder ob das auch gleichzeitig die Enteignung der Monopole, die Überführung ihres Eigentums in den Besitz des aufzubauen- den antifaschistischen Staates bedeutet, diese Fragen wurden mit dem Potsdamer Abkommen nicht entschieden. Gleichzeitig blieb offen, was mit dem Großgrund- besitz der Junker passieren sollte. Das Potsdamer Abkom- men ließ also mehrere Möglichkeiten offen.

... auf ideologischem Gebiet

Im Potsdamer Abkommen wurde der Kampf zur „Aus- rottung des Nazismus und Militarismus“ nicht auf den Kampf auf militärischem, politischem und ökonomi- schem Gebiet reduziert. Es war bewußt, daß ohne die Bekämpfung der Nazi-Ideologie Nazismus und Milita- rismus weiterleben würden. Das Potsdamer Abkommen legte daher fest:

„... jede nazistische und militaristische Betätigung oder Propaganda ist zu verhindern.“ (S. 7)⁹

In Bezug auf das deutsche Erziehungswesen konkre- tisierte das Potsdamer Abkommen, was es darunter ver- stand:

„Das Bildungswesen in Deutschland muß so kon- trolliert werden, daß nazistische und militaristische Doktrinen völlig ausgemerzt werden und eine er- folgreiche Entwicklung demokratischer Ideen mög- lich gemacht wird.“ (S. 8)

Die Propaganda der nazistischen Rassentheorie, des nazistischen Antisemitismus und Chauvinismus, des nazistischen Antikommunismus und der Kriegstreibe- rei mußte in allen gesellschaftlichen Bereichen verbo- ten werden. Besonders das Erziehungswesen mußte un- bedingt vollständig von jeglicher Nazi- und militaristi- schen Ideologie gereinigt werden, alle nazistischen und militaristischen Schulbücher, Zeitschriften etc. mußten sofort beseitigt bzw. gesäubert werden, um ein neues demokratisches Erziehungswesen überhaupt aufbauen zu können.

Auch an diesem Punkt legte das Potsdamer Abkom- men einen wichtigen Rahmen fest. Die KPD/SED muß- te den systematischen ideologischen Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den weitergehenden Kampf gegen die Wurzel der Nazi-Ideologie auf der Grundlage dieses Beschlusses des Potsdamer Abkommens vorbereiten und durchführen.

Zur Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Naziverbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen

Die deutsche Bevölkerung muß von ihrer Verantwortung für die Nazi-Verbrechen überzeugt werden

Dazu formulierte das Potsdamer Abkommen:

„III. Über Deutschland

Die alliierten Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk hat be- gonnen, Sühne zu leisten für die furchtbaren Ver- brechen, die unter der Führung derer, die es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind ge- horcht hat, begangen wurden. (...)

A. Politische Grundsätze (...)

II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung für das entziehen kann, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirt- schaft zerstört und Chaos und Elend unvermeid- lich gemacht haben.“ (S. 6/7)

Das Potsdamer Abkommen legt in diesen kurzen Absät- zen wesentliche Kernpunkte für ein richtiges Herange- hen an die Frage der Schuld und Verantwortung der deut- schen Bevölkerung (aus der Perspektive der Anti-Hit- ler-Koalition) bzw. der Mitschuld und Mitverantwortung der Masse der Werktätigen (aus der „innerdeutschen“ Perspektive der antinazistischen Kräfte) an den Nazi- Verbrechen fest.

Im ersten Absatz wird die Schuld bzw. Mitschuld der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen herausgestellt und deutlich gemacht, daß die deutsche Bevölkerung während der erfolgrei- chen Nazi-Raubzüge, mindestens bis zur Schlacht um Stalingrad 1943, *offen das Nazi-Regime anerkannt hat, es gebilligt hat*, ihm zugejubelt hat (natürlich mit Aus- nahme der Minderheit derjenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben). Es wird weiter betont, daß die Mehr- heit der deutschen Bevölkerung das Nazi-Regime nicht nur offen gebilligt hat, sondern es auch *aktiv unterstützt hat, indem es den Befehlen der Nazi-Führung blind gehorcht hat*: den Aufrufen zu antisemitischen Pogro- men, den Aufrufen und Befehlen im Zusammenhang mit dem Nazi-Raubkrieg, den Aufrufen und Befehlen zur Mißhandlung ausländischer Arbeiterinnen und Arbei- ter in Deutschland – um hier nur einige wenige Beispie- le zu nennen. Die tiefgehende Verankerung in der deut- schen Bevölkerung und die weitreichende Unterstützung durch sie waren eine Stärke der Nazis, die es ihnen überhaupt ermöglichte, ihre Verbrechen in gigantischem Ausmaß zu verüben und ihre Raubkriege vorzubereiten und zu führen.

Dies führt zur Konsequenz, daß die deutsche Bevöl- kerung für ihr Verhalten büßen muß und mit Beginn der Besetzung durch die Alliierten Entschädigung für die Schuld bzw. Mitschuld und Teilnahme an den Nazi- Verbrechen zu leisten hat.

Im zweiten Absatz wird klargemacht, daß es darum geht, die deutsche Bevölkerung von ihrer Schuld bzw. Mitschuld an den Nazi-Verbrechen zu überzeugen. Es

ANZEIGE

Drei grundlegende Dokumente
der Anti-Hitler-Koalition
mit einleitendem Vorwort:

Das Potsdamer Abkommen

Anhang:

- Erklärung von Teheran vom Dezember 1943
- Erklärung von Jalta vom Februar 1945

52 Seiten, 5 Euro, ISBN 3-932636-24-4;
Verlag Olga Benario und Herbert Baum;
Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff
Frankfurt

wird hervorgehoben: *Die deutsche Bevölkerung kann sich nicht ihrer Verantwortung bzw. Mitverantwortung an den Naziverbrechen entziehen.* Hervorgehoben wird die *mitleidlose Kriegführung der deutschen Bevölke- rung und der fanatische Widerstand der Nazis*, um zu verdeutlichen, daß dies die Ursachen dafür sind, daß die alliierten Armeen in heftigsten militärischen Luft- und Bodenkämpfen die Nazis in Deutschland nieder- ringen mußten, was auch erforderte, die deutsche Kriegs- wirtschaft möglichst weitgehend zu treffen.

Eine genaue Differenzierung der Verantwortung bzw. Mitverantwortung und Schuld bzw. Mitschuld der deut- schen Bevölkerung, das heißt festzustellen, wie groß die Schuld bzw. Mitschuld der verschiedenen Teile der deut- schen Bevölkerung war, gehörte sicherlich nicht zu den Aufgaben des Potsdamer Abkommens. Es kam darauf an, einen grundlegenden Ausgangspunkt für die weiter- und tiefergehende Klärung dieser Frage durch die deut- schen antinazistischen und kommunistischen Kräfte fest- zuschreiben. Und diese Aufgabe hat das Potsdamer Ab- kommen erfüllt.

Deutschland muß in größtmöglichem Ausmaße Reparationen leisten

Im Potsdamer Abkommen heißt es zur Frage der Repa- rationen:

„IV. Reparationen von Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz“, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Ver-

luste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen zugefügt hat, und wofür das deutsche Volk der Ver- antwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde die folgende Vereinbarung über Re- parationen erreicht...“ (S. 12)

Völlig zu Recht legten die Verbündeten der Anti-Hitler- Koalition fest, daß Deutschland *gezwungen* werden sollte, Reparationen in größtmöglichem Ausmaß zu leisten.

Da nach 1945 nur der kleine Teil der antinazistischen und kommunistischen Kräfte in Deutschland das Pots- damer Abkommen anerkannte, war es notwendig, gegen die deutsche Bourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte und zunächst auch gegen die Mehrheit der deut- schen Bevölkerung die Reparationen auf der Basis der bewaffneten Macht der Armeen der Anti-Hitler-Koali- tion durchzusetzen.

Die Formulierung in „größtmöglichem Ausmaß (...) Ausgleich zu schaffen“ beinhaltet, daß nicht für alle Nazi-Verbrechen durch Reparationszahlungen „Aus- gleich“ geschaffen werden konnte. War es noch mög- lich, zerstörte materielle Werte durch Geldzahlungen oder Wiederaufbaumaßnahmen weitgehend „auszuglei- chen“, so ist klar, daß der millionenfache Mord und die anderen millionenfachen Grausamkeiten der Nazis in keinsten Weise jemals durch eine noch so große Summe an Reparationszahlungen „ausgeglichen“ werden konn- ten und können. Diese Formulierung zeigte aber auch bereits auf, daß die konkreten Reparationsforderungen, die im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, keineswegs ausreichend waren, sondern daß es darüber hinaus darum ging, alle Reparationsforderungen der „Vereinten Nationen“, also derjenigen Staaten, die von den Nazis überfallen und ausgeraubt wurden, maximal zu erfüllen. Im Potsdamer Abkommen wurden also völ- lig richtig Rahmenbedingungen der internationalen Re- parationen für die Naziverbrechen festgelegt.

Das Potsdamer Abkommen behandelt konkret die Reparationen, die Deutschland an die USA, England, die Sowjetunion und Polen zu zahlen hat:¹¹

- Die westlichen Alliierten sollten ihre Reparationen aus den westlichen Besatzungszonen und aus deut- schem Auslandsvermögen erhalten, die Sowjetuni- on vor allem aus der SBZ und aus deutschem Aus- landsvermögen sowie auch aus Westdeutschland, vor allem in Form von Industrieanlagen.
- Zu den Reparationen aus den westlichen Besat- zungszonen, die die Sowjetunion erhalten sollten, heißt es im Potsdamer Abkommen: Fünfzehn Pro- zent der verwendungsfähigen und kompletten Indus- trieanlagen vor allem aus der Schwerindustrie, die für die „deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich“ waren, sollte die Sowjetunion im Austausch von Waren eines entsprechenden Wertes erhalten. Zehn Prozent an verwendungsfähigen Industrieanlagen, die für die deutsche Friedenswirtschaft entbehrlich waren, sollte die Sowjetunion ohne Gegenleistung erhalten. Der Umfang dieser Anlagen sollte inner- halb von sechs Monaten festgelegt werden, inner- halb von zwei Jahren sollte die Entnahme abge- schlossen sein. (S. 12)

Zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und zur Notwendigkeit der Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

Schon auf der Konferenz von Teheran 1943 wurde über die mögliche neue Westgrenze Polens, die Oder-Neiße- Grenze, debattiert.¹² Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde beschlossen, daß die Westgrenze Polens weiter nach Westen verlegt werden sollte und daß die Ostgrenze Polens wieder die sogenannte „Cur- zonlinie“ wird.¹³

Das Potsdamer Abkommen legte dann genauer die neue Westgrenze Polens fest:

„b) Hinsichtlich der Westgrenze wurde folgende Ver- einbarung erzielt: In Übereinstimmung mit der auf der Krimkonferenz erzielten Vereinbarung über Polen haben die drei Regierungschefs die Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung der Nati-

onalen Einheit über das Territorium im Norden und Westen erörtert, das Polen erhalten soll. Der Vorsitzende des Landesnationalrates Polens und die Mitglieder der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihren Standpunkt in vollem Umfang dargelegt. Die drei Regierungschefs bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.

Die drei Regierungschefs stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils Ostpreußens, der in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Berliner Konferenz nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gestellt wurde, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“ (S. 16)

Im Potsdamer Abkommen heißt es, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz mit dem Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland zurückgestellt werden sollte.“

Seit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens 1945 bis heute spekulierten und spekulieren damit die politischen Abteilungen des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus und stellten und stellen es so hin, als sei die Oder-Neiße-Grenze bis heute nicht völkerrechtlich gültig, weil es keinen Friedensvertrag gebe.

Doch trotz dieser Formulierung im Potsdamer Abkommen war schon auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 klar, daß die Westgrenze Polens die Oder-Neiße-Linie werden würde. Denn mit der Grenzziehung war untrennbar der Beschluß zur Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen und anderen Ländern verknüpft.

Das Potsdamer Abkommen legte dazu folgendes fest:

„XIII. Geregelter Überführung der deutschen Bevölkerung.

Die Konferenz erzielte folgende Vereinbarung über die Aussiedlung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben ist, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derarti-

ge Überführung, die stattfinden wird, in organisierter und humaner Weise erfolgen soll.“ (S. 19)

Damit war klar, daß entlang der im Potsdamer Abkommen benannten Oder-Neiße-Linie die neue polnische Westgrenze festgelegt worden war. Denn die Umsiedlung von Millionen Deutschen aus Polen (soweit sie nicht schon mit der Nazi-Wehrmacht vor dem Vormarsch der Sowjetarmee geflohen waren), die hauptsächlich nahe der Oder-Neiße-Linie wohnten, und die Ansiedlung von polnischer Bevölkerung in diesem Gebiet war beschlossene Sache. Es war klar, weil direkt nach der Potsdamer Konferenz durch den Plan des Alliierten Kontrollrats vom 20.11.1945 mit den ordnungsgemäßen Umsiedlungen begonnen wurde und in weniger als einem Jahr ca. 2,5 Millionen Deutsche umgesiedelt worden sind (bis zum 1. Januar 1947 insgesamt 5,7 Millionen Deutsche aus Polen).⁴⁵ Auf einer kommenden Friedenskonferenz sollte die neue Grenze durch einen zwischenstaatlichen Vertrag im Detail völkerrechtlich fixiert und exakt festgelegt werden, d. h. welches Dorf, welcher See, welche Straße zukünftig zu Deutschland oder Polen gehören sollte. In diesem Sinne spricht das Potsdamer Abkommen von „endgültig“.

Molotow bekräftigte die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in diesem Sinne in einem Interview mit der polnischen Presseagentur am 17. September 1946, das in sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde. Molotow erläuterte:

„Die Beschlüsse der Berliner Konferenz (der Potsdamer Konferenz, A. d. V.) sind keineswegs auf dem Papier geblieben. (...) Schon über ein Jahr ist vergangen, seit die Westgrenze Polens längs der Linie Swinemünde – Oder – Westliche Neiße verläuft. Die Verwaltung des ganzen Territoriums ostwärts von dieser Linie liegt bereits das zweite Jahr in den Händen der polnischen Regierung. Schon am 20. November 1945 legte der Kontrollrat in Deutschland den Plan für die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen fest. Gemäß diesem Plan wurde an die Umsiedlung von dreieinhalb Millionen Deutschen aus Polen in die sowjetische und englische Besatzungszone Deutschlands gegangen. Während des ganzen darauffolgenden Zeitabschnitts nahm diese Übersiedlung pausenlos bis auf den heutigen Tag ihren Fortgang. Über zwei Millionen Deutsche sind bereits aus Polen auf deutsches Territorium umgesiedelt worden, davon über die Hälfte in die englische Zone. An Stelle der ausgesiedelten Deutschen siedeln sich Polen aus anderen Bezirken Polens an. In die polnischen Westgebiete übersiedelten bereits einige Millionen Polen (...) Wem könnte der Gedanke in den Kopf kommen, daß diese Aussiedlung der Deutschen nur als zeitweiliges Experiment vorgenommen wurde? (...) All das spricht davon, daß der von Truman, Atlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Berliner Konferenz die Westgrenzen Polens bereits festgelegt hat und nur seiner Besiege-

Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

Prüfsteine

**Programmatische Grundsatzserklärung:
Für die sozialistische Revolution, die
Diktatur des Proletariats und
den Kommunismus**

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der Welt

190 Seiten, 5 Euro; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt

lung auf der künftigen internationalen Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland harrt.“ (Ebenda, S. 258/259)

Ein weiterer Kernpunkt der reaktionären Hetze gegen das Potsdamer Abkommen war es auch direkt nach 1945, die Umsiedlungen aus Polen und der Tschechoslowakei als „unrechtmäßig“ zu bezeichnen und als „Verbrechen“ zu titulieren. Dahinter stand das Verlangen des deutschen Imperialismus nach Revision der Grenzen, nach der „Heimholung“ der angeblich „deutschen“ Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten „Ostpreußen“), das er direkt nach 1945 formuliert und bis heute nie aufgegeben hat.

Das Potsdamer Abkommen hatte nicht die Aufgabe, die Umsiedlungen gegen die Hetze der deutschen Imperialisten zu verteidigen. Hier waren wiederum die kommunistischen Kräfte gefordert. Gegen diese Hetze mußten sie neben historischen Klarstellungen vor allem hervorheben: Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei und Polen spielte in der Politik der Nazifaschisten die Rolle einer „fünftens Kolonne“ der deutschen Angriffspolitik. Sie machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die polnische und tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch

Plakatserie: 100 Jahre deutscher Imperialismus – 100 Jahre Raub und Mord



Broschüre in DIN A5 und Plakatserie in DIN A2; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff

- Im Jahr 1900: Deutsche Soldateska raubt und mordet in China
- 1904–1907: Der Völkermord der deutschen Imperialisten in Afrika an den Völkern der Herero und Nama!
- 1914–1918: Mit der Entfesselung des imperialistischen 1. Weltkrieges greift der deutsche Imperialismus erstmals zur Weltherrschaft!
- 1918/19: Niedermetzelung der revolutionären Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die imperialistische Konterrevolution!
- 1918–1933: Der deutsche Imperialismus bereitet Stück für Stück seinen Revanchekrieg und seine offen terroristische Diktatur vor!
- Im Jahr 1933: Beginn der offen terroristischen nazifaschistischen Diktatur des deutschen Finanzkapitals
- 1936–1939: Militärische Intervention Nazi-Deutschlands zur Niedermetzelung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens!
- Im Jahr 1938: Vor aller Augen: Der mörderische antisemitische Terror des Novemberpogroms!
- 1939/1941: Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Polen und die sozialistische Sowjetunion!
- Ab Mai 1940: Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Belgien, die Niederlande, Frankreich...
- 1939–1945: Der nazifaschistische Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma
- Ab 1950: Remilitarisierung des westdeutschen Imperialismus und Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der Nazi-Wehrmacht!
- Ab Mitte der 60er Jahre: Der deutsche Imperialismus verschärft die Faschisierung und Verfolgung von antilperialistischen und revolutionären Kräften in Deutschland!
- Der deutsche Militarismus – Kriegsherd und Todfeind der Völker
- Seit 1990 Die Einverleibung der DDR: der deutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus auf dem Vormarsch!

an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren“ bzw. in Polen. Ein Ausdruck dieser Mitschuld und Beteiligung an Nazi-Verbrechen ist die Tatsache, daß ca. 4 Millionen Deutsche schon in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs vor dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Polen nach Westen flohen, sehr viele aus „gutem Grunde“.

Der Beschluß des Potsdamer Abkommens über die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze bzw. der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland ist auf dem Hintergrund der Eroberungen des reaktionären Preußentums und des deutschen Imperialismus gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte „Deutschstämmige“ noch einmal zur „fünften Kolonne“ einer von Deutschland ausgehenden imperialistischen Aggression werden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund ihrer pronazistischen Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Nazi-Verbrechen nach 1945

für die von den Nazis verfolgten Opfer in Polen bzw. der Tschechoslowakei nach 1945 nicht mehr möglich.

Es galt und gilt auch die Lüge von den angeblichen „urdeutschen Gebieten“, die „Deutschland geraubt“ worden seien, zu entlarven. Der weitaus größte Teil der Gebiete um die Oder-Neiße-Linie wurde in den letzten Jahrhunderten zusammengeraubt, kolonialisiert und „germanisiert“, d. h. mit deutscher Bevölkerung besiedelt. Die deutschen herrschenden Klassen betrieben jahrhundertlang eine brutale Politik des Raubes, der Versklavung und Vernichtung der dort lebenden Bevölkerung. Über Jahrhunderte hinweg hatten entweder die feudalistischen deutschen Raubritter, dann die reaktionären Armeen Preußens und später das „Deutsche Reich“ das polnische Volk immer wieder überfallen und in Polen bestialisch gehaust und gemordet. Schon Marx und Engels haben die Unterdrückungspolitik Deutschlands gegenüber Polen scharf verurteilt, für sie war die Haltung zu Polen ein wichtiger Prüfstein für die revolutionäre Bewegung in Deutschland. Marx charakterisiert die

Art, wie die preußischen Räuber in Polen hausten, wie folgt:

„[Seit Anfang] 1771 wurden ganze Kantone von Preußisch-Polen durch preussische Soldatenknechte überschwemmt, die unglaubliche Plünderungen, Grausamkeiten, Gemeinheiten und Brutalitäten jeder Art verübten. Nicht nur stehlen die hungrigen Kanakillen privatim und von Staats wegen. Sogar Weiberabgaben wurden verschrieben, die die Dörfer liefern mußten, die in ihnen gepreßt und dazu verurteilt wurden, die schmutzigen preussischen Kommisskanakillen zu heiraten.“

(Zitiert nach: Autorenkollektiv: „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“, S. 25/26)

Die Nazi-, SS- und Wehrmachtshorden trieben diese „deutsche Tradition“ durch unvorstellbare Brutalität und Grausamkeit auf die Spitze.

Die verschiedenen Versuche „historischer Ableitungen“ – daß dieses oder jenes Gebiet östlich der Oder-

Anmerkungen und Quellen

1 Siehe dazu „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher“ (im folgenden zitiert als „...Hauptkriegsverbrecher“) Band I, Erstveröffentlichung 1947, Nachdruck München und Zürich 1984, S. 35. Allein 150.000 der 300.000 Mitglieder der KPD wurden in Gefängnisse, KZs und Folterkeller gesperrt, mindestens 26000 davon ermordet. Nach heutigen bürgerlichen Analysen wurden von den Nazis über 12000 Menschen zwischen 1933 und 1944 nach Gerichtsurteilen offiziell hingerichtet (ohne die Opferzahlen der Nazi-Standgerichte). Durch Nazi-Standgerichte wurden allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1945 weitere 8000 ermordet, vor allem auch viele Deserteure aus der Nazi-Wehrmacht (Weissenborn: „Der lautlose Aufstand“, Frankfurt/M. 1974, S. 17).

2 Siehe dazu im Indexband der Dokumentenbände „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher“, wo Dutzende Seiten zu den Nazi-Verbrechen gegen die Widerstandsbewegung in anderen Ländern zu finden sind

3 Bei der exemplarischen Darlegung der Nazi-Verbrechen in den verschiedenen von den Nazis überfallenen Ländern konzentrieren wir uns im folgenden bewusst vor allem auf die Verbrechen der Nazis in der Sowjetunion, Polen und Frankreich. Einerseits auf Polen und die Sowjetunion, weil dort mit den schlimmsten Völkermordverbrechen der Nazis begangen wurden, andererseits auf Frankreich, um klarzumachen, daß die Nazis auch in Westeuropa ungeheuerliche Verbrechen begangen haben, die oftmals verharmlost oder gar „vergessen“ werden. Der Nürnberger Prozeß geht auf Verbrechen der Nazis in allen von den Nazis überfallenen Ländern ein, auch auf Verbrechen in Afrika.

4 Anklageschrift, in: „...Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 62 ff.; 5 Ebenda, Band XIX/XX, S. 55/56; 6 Ebenda, Band II, S. 164.

7 So wurden allein 1944 acht bis neun Millionen Männer, Frauen und Kinder vor allem aus der Sowjetunion und Polen (aus Polen allein 2,46 Millionen) durch die Konzerne des deutschen Imperialismus im „Deutschen Reich“ (dazu zählten die Nazis außer Deutschland in den Grenzen von 1937 Österreich, Teile Polens und Teile der Tschechoslowakei) brutal ausgebeutet. Nicht mitgezählt sind dabei die Menschen, die auf sowjetischen Gebiet und in den anderen von den Nazis besetzten Ländern zur Sklavenarbeit gezwungen wurden (vgl. Flugblatt 2-3/00 von „Gegen die Strömung“; „Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt“) und Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus“ (im folgenden zitiert als „Über den Widerstand...“), S. 149).

8 „...Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 66; 9 Ebenda, Band VI, S. 154/155; 10 Ebenda, Band I, S. 68/69; 11 „Über den Widerstand...“, S. 149.

12 Ebenda, Band I, S. 340. Laut neueren Forschungen ermordeten die Nazis von Oktober 1939 bis August 1940 unter dem Tarnnamen „T4“ ca. 80000 Kranke und Behinderte aus Polen, Deutschland und Österreich durch Giftgas in eigens dafür errichteten Vernichtungsanstalten in Deutschland und Österreich. Insgesamt, so die heutigen Schätzungen, ähnlich wie im Nürnberger Prozeß, fielen den „Euthanasie“-Morden der Nazis über 200000 Kranke und Behinderte vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Deutschland und Österreich zum Opfer (siehe: „Über den Widerstand...“, S. 33 f.).

13 „...Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 266; 14 „Über den Widerstand...“, S. 148; 15 „...Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 52/53; 16 „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 100 ff.; 17 „...Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 256; 18 Ebenda, Band I, S. 58; 19 Ebenda, S. 128.

20 „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 31. Zu den wichtigsten antisemitischen Nazi-Verbrechen sowie zum Novemberpogrom von 1938 siehe genauer: Flugblatt 11-12/98 von „Gegen die Strömung“; „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!“, abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1997-1998. Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus in Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung“, S. 175-186. Zum

Völkermord gegen die jüdische Bevölkerung Europas und gegen die Sinti und Roma sowie auch zu anderen Nazi-Verbrechen siehe ausführlich: „Über den Widerstand...“, S. 128 ff.

21 „...Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 72; 22 Ebenda; 23 Ebenda, Band VI, S. 72; 24 Ebenda, Band I, S. 36/37; 25 „Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 92; 26 Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“, Die Reden des sowjetischen Hauptanklägers Generalleutnant R. A. Rudenko im Nürnberger Prozeß der deutschen Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1946, S. 193; 27 „Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 92; 28 „Über den Widerstand...“, S. 111 f.; 29 „Hauptkriegsverbrecher“, Band IX, S. 296; 30 Die Hoffnung Stalins auf einen Aufstand der deutschen Bevölkerung nach 1941 hat sich nicht bewahrheitet (vgl. Stalin, Werke Band 14, S. 255/256; siehe Fußnote 7 auf S. 15 in Rotfront Nr. 8/9/10).

31 Der Plan der sozialistischen Sowjetunion hinsichtlich der Aufhebung der Besetzung Deutschlands wurde im April 1947 bei der Ausarbeitung eines Vertrages mit den USA, England und Frankreich über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands kurz fixiert. Molotow faßte diesen so zusammen:

„Wenn die Verbündeten imstande sein werden zu sagen, daß in Deutschland die Erreichung der Hauptziele der Besetzung in bezug auf die Entmilitarisierung und Demokratisierung sowie auf die Erfüllung der festgelegten Reparations- und sonstigen Verpflichtungen den verbündeten Ländern gegenüber gewährleistet ist, dann soll die Besetzung aufgehoben werden.“ (Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949, S. 477).

Was den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland betrifft, ging die Sowjetunion von folgendem Plan aus, den Molotow im Juli 1946 folgendermaßen kurz beschreibt:

„Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, bevor aber ein solcher Vertrag abgeschlossen wird, muß eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszurotten, und verantwortlich genug ist, um allen ihren Verpflichtungen den Verbündeten gegenüber nachzukommen, darunter besonders auch den Reparationslieferungen an die Verbündeten.“ (Ebenda, S. 73)

32 Zur Problematik des Begriffs „deutsches Volk“ siehe S. 191 ff in Rotfront 8/9/10, Juli 2000, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-1946)“; 32 „Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945“, Nachdruck Georgi Dimitroff, Frankfurt/M., ohne Jahr, S. 6. Alle weiteren Zitate aus dem Potsdamer Abkommen nach dieser Ausgabe; 34 „Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945“, Nachdruck Georgi Dimitroff, Frankfurt/M., ohne Jahr, S. 7. Sofern nicht anders angegeben beziehen sich die weiteren Seitenzahlen in diesem Abschnitt auf diese Ausgabe; 35 Im Kontext ist hier klar, daß es um die Beseitigung aller Gesetze ging, denen der „Rasse“-Begriff der Nazis zugrunde lag. Wollte man allgemein demokratisch formulieren, müßte es heißen, daß jede Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe und der Herkunft zu beseitigen ist; 36 „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 140; 37 Zu den sogenannten „nominellen Nazis“ vgl. auch im Teil C in Rotfront 8/9/10 den Abschnitt II. „Zunehmende Kompromisse mit den ‚kleinen‘ Nazis“, S. 231 ff.

38 Außerdem sollte eine umfassende Kontrolle der deutschen Wirtschaft geschaffen werden, die vor allem dazu diente, die Entmilitarisierung durchzuführen und aufrechtzuerhalten, die Reparationen zu garantieren und die Versorgung der Besatzungstruppen sowie die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit einem gewissen Minimum an Waren sicherzustellen. Ein deutscher Selbstverwaltungsapparat wurde zur „Einführung und Aufrechterhaltung der durch den Kontrollrat errichteten wirtschaftlichen Kontrolle“ geschaffen. Diese Verwaltung führten deutsche Behörden durch. Jede Völkermordstätigkeit, die den Zielen der Besetzung, also des Potsdamer Abkommens widersprach, wurde verboten („Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte“, Moskau/Berlin 1986, S. 388/389).

39 In einer anderen Auflage des Potsdamer Abkommens lautet die Übersetzung dieses Satzes: „... Jeder nazistischen und

militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“ („Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, Berlin/DDR 1951, S. 18). „Vorbeugen“ bedeutet, wenn man tiefergehend den Kampf führen wollte, daß die nazistischen und militaristischen, ja alle reaktionären Ideen in den Köpfen der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung bekämpft werden mußten. Denn nur so war es möglich, daß militaristische und nazistische Propaganda wirklich verhindert werden konnte, weil sie sich eben sonst weiterhin aus einer wichtigen Quelle speisen konnte, dem in zwölf Jahren Nazifaschismus verseuchten Bewußtsein von Millionen werktätiger und ausgebeuteter Massen. „Vorbeugen“ bedeutete aber auch, den Kampf gegen die Wurzeln der Nazi-Ideologie, gegen die „deutschen Ideologie“ zu führen, um wirklich tiefgehend die Nazi-Ideologie vernichten zu können.

40 Gemeint ist die Konferenz in Jalta vom Februar 1945;

41 Die Reparationsansprüche Polens sollten aus den Reparationen an die Sowjetunion entnommen werden (S. 12). Die nötigen Reparationen für Gruppen in Deutschland, wie die Kranken und Behinderten, die Homosexuellen etc., für nationale Minderheiten oder Nationen, die noch keinen eigenen Staat besaßen, wie die Sinti und Roma, die jüdische Bevölkerung oder andere rassistisch Verfolgte, wurden im Potsdamer Abkommen nicht behandelt, weil es ein Abkommen zwischen den Staaten der Anti-Hitler-Koalition war – hinsichtlich der Reparationen war auch Polen mit einbezogen – und deshalb wurden nur die jeweiligen staatlichen Forderungen dieser Länder fixiert. Bei der Festlegung der Reparationen für alle Nazi-verbrechen, gerade auch diejenigen, die innerhalb Deutschlands gegen deutsche Staatsbürger begangen wurden, mußte wiederum die KPD/SED die Initiative ergreifen, gestützt auf die Richtlinien des Potsdamer Abkommens.

42 „Die Teheraner Konferenz 1943“, Moskau 1984, Köln 1986, S. 138; 43 Dazu hieß es in der Erklärung der Konferenz von Jalta: „Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen im Norden und im Westen einen wesentlichen Gebietszuwachs erhalten muß.“ („Die Krim(Jalta)konferenz 1945“, Moskau 1984, Köln 1986, S. 225). Der beschlossene Gebietszuwachs im Westen konnte nur bedeuten, daß mindestens ein Teil des damaligen deutschen Staatsgebiets polnisches Gebiet werden mußte. Die Festlegung der „Curzonlinie“ als Ostgrenze Polens hatte zur Folge, daß die Teile Belorusslands und der Ukraine, die das reaktionäre Polen als Ergebnis der Intervention des Weltimperialismus der jungen sozialistischen Sowjetunion in den zwanziger Jahren raubte, wieder der Sowjetunion angeschlossen wurden; 44 Siehe hierzu: Molotow: „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949, S. 259; 45 Vgl. ebenda, S. 258 bzw. S. 455.

46 Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluß des „Grenzvertrages“ mit Polen 1990 – den die west/deutschen Imperialisten aus reinem imperialistischen Kalkülablückschlüssen, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen –, hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße-Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt. Statt dessen wird weiter gegen die dieberechtigte und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die Inden angeblich ehemaligen „deutschen Ostgebieten“ als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling“ inden Grenzen von 1937 lebenden angeblich „Deutschstämmigen“ die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Nach wie vor erhebt der deutsche Imperialismus also großdeutsche „Rechtsansprüche“ vor allem Polen gegenüber.

47 Bereits die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrhang“ hatte 1938 klargemacht, daß die Einverleibung Österreichs durch den deutschen Imperialismus verbrecherisch war und die staatliche Unabhängigkeit Österreichs betont:

„Österreich gehörte weder vor noch nach dem Kriege (gemeint ist der Erste Weltkrieg, A. d. V.) zu Deutschland. Der gewaltsame Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums.“ („Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrhang“, S. 414)

Neiße doch tatsächlich „deutsch“ gewesen sei, von mehreren Generationen Deutscher besiedelt worden sei etc. – können an den geschichtlichen Grundtatsachen überhaupt nichts ändern. Ja, sie waren und sind insbesondere nach 1945 und sind auch heute irrelevant, weil die hauptsächlichste Begründung für die **Rechtmäßigkeit** der Grenzziehung und der planmäßigen Umsiedlung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße nicht „historische Analysen“ der letzten Jahrhunderte betrifft, sondern eben die aktuellen Abschnitte der Geschichte, die Verbrechen des Nazifaschismus in Polen

Die angebliche „Sudetenfrage“ war und ist ebenfalls ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die deutschen Revanchisten behaupten, daß die deutsch sprechende Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig „vertrieben“ worden sei und es deren „Heimatrecht“ durchzusetzen gelte. Das von den deutschen Revanchisten so genannte „Sudetengebiet“ war nie ein Teil Deutschlands. Bei der Herausbildung des deutschen Nationalstaates 1871 war das „Sudetengebiet“ nicht dabei. Dieses Gebiet war damals Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Mit dem Ende

des Krieges zwischen Preußen und dem Habsburgerreich 1866 war entschieden, daß die von der Habsburger Monarchie beherrschten Länder, darunter auch Böhmen und Mähren, wozu das „Sudetengebiet“ gehörte, außerhalb der Entwicklung des deutschen Nationalstaates bleiben und kein Teil Deutschlands werden würden. Die Nazis raubten Teile der Tschechoslowakei mit Hilfe des „Münchener Abkommens“ von 1938, darunter auch das „Sudetengebiet“. Nach 1945 war auch aus diesen historischen Gründen die Nichtanerkennung des „Münchener Abkommens“ und die Wiederherstellung der deutsch-tschechischen Grenze vor 1938 Grundlage des Beschlusses der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlungen von deutscher Bevölkerung.

Kernpunkte des Potsdamer Abkommens, die eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus sind:

- Sühne der deutschen Bevölkerung für die Nazi-Verbrechen!
- Umfassende Reparationen leisten!
 - Den deutschen Militarismus und Nazismus ausrotten!
 - Die Kriegsverbrechen aburteilen!
- Die Oder-Neiße-Grenze ist unantastbar!
- Die geregelte Überführung deutscher Bevölkerung aus Osteuropa war und ist gerecht!

Lest und studiert das Potsdamer Abkommen!

Als DIN-A-3-Plakat zu bestellen über
Buchladen Georgi Dimitroff

Staatliche Unabhängigkeit Österreichs

Die Formulierungen im Potsdamer Abkommen zu Österreich basieren auf der Grundlage der Moskauer Erklärung vom 1.11.1943, die die USA, England und die Sowjetunion unterzeichnet hatten.⁴⁷ Dort heißt es:

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kommen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachten den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig. (...) Sie geben dem Wunsch Ausdruck, den freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen...

Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es unweigerlich die Verantwortung für die Teilnahme am Krieg auf Seiten Hitler-Deutschlands zu tragen hat und daß bei einer endgültigen Regelung unbedingt ins Gewicht fallen wird, wieviel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beiträgt.“ („Moskauer Erklärung gegenüber Österreich vom 1. November 1943“, in: „Sowjetpolitik gegenüber Österreich“, S. 4)

Unter der Überschrift „Österreich“ wurde dann im Potsdamer Abkommen in einem eigenen Abschnitt auf der Basis der Moskauer Erklärung folgendes festgelegt:

„Die Konferenz hat einen Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Kompetenz der Provisorischen Österreichischen Regierung auf ganz Österreich geprüft.

Die drei Regierungen stimmten darin überein, daß sie bereit sind, diese Frage nach dem Einzug der britischen und amerikanischen Streitkräfte in die Stadt Wien zu prüfen.“ (S. 15)

Das Potsdamer Abkommen legt also fest, daß die staatliche Unabhängigkeit Österreichs wiederhergestellt wird. Die grundlegenden Positionen der Moskauer Erklärung wurden also durch diese Formulierung im Potsdamer Abkommen bestätigt.

IV. Das Potsdamer Abkommen und der Kampf um die proletarische Revolution

Die Vertragswerke der Vergangenheit, das Potsdamer Abkommen oder auch die Entwürfe für einen Friedensvertrag können heute als ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein. Sie sind jedoch wesentliche Waffen im Kampf um die geschichtliche Wahrheit, und viele besondere Punkte in diesen Dokumenten unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes heute an vielen Fronten gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus (Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen usw.)

Es geht vor allem um folgendes: jeder einzelne Punkt des Potsdamer Abkommens, insbesondere auch die Beschlüsse über die Umsiedlungen müssen ideologisch und politisch verstanden und gegen die Hetze der deutschen Imperialisten verteidigt werden. Das ist ein grundlegendes Prinzip, das sich aus der Geschichte Deutschlands zwingend ergibt. Über „Sozialismus und Kommunismus“ zu diskutieren wird dann absurd und reaktionär, wenn selbst einfachste und grundlegendste demokratische Prinzipien, wie sie im Potsdamer Abkommen festgehalten wurden, nicht durchdacht, nicht akzeptiert oder sogar angegriffen werden.

Mit der Anerkennung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens als starke Waffe im Kampf gegen die „deutsche Ideologie“ heute – wie wichtig dieser Schritt auch ist – ist es aber noch lange nicht getan.

Es gilt gerade am 60. Jahrestages des Sieges über den Nazifaschismus, Grundfragen der sozialistischen

Demokratie, der Diktatur des Proletariats, der Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus, Fragen des Aufbaus der kommunistischen Partei zur Diskussion zu stellen.

Das ist nötig auch gegenüber solchen Kräften, die aus ihrem Selbstverständnis heraus „antifaschistische Arbeit vor Ort“ leisten, ja sogar behaupten sie seien „für den Kommunismus“, aber konkret vorgeben „zuviel zu tun zu haben“, so daß sie angeblich keine Zeit für grundlegende Diskussionen haben (wobei teilweise wohl dahinter steht, daß sie wirklich gründliche und harte politische und ideologische Diskussionen auch fürchten).

Grundlegende kommunistische Prinzipien zu propagieren und zur Diskussion zu stellen, ist aber auch nötig gegenüber denjenigen Kräften, die tatsächlich an einigen Punkten den deutschen Nationalismus bekämpfen, sich aber absurderweise als „antideutsch“ bezeichnen. Diese Kräfte verbreiten die Stimmung man könnte eh nichts gegen den Masseneinfluß des deutschen Imperialismus machen. Sie bemerken teilweise nicht, daß sie wie typisch deutsche Intellektuelle einfach das Handtuch werfen und kapitulieren.

Die „Wurzeln des Nazismus“ ausreißen und vernichten, wie der Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald formulierte – das heißt mehr als im Grunde nur reformistische Arbeit am eigenen Ort zu leisten, dafür ist eine gewaltige, grundlegende, revolutionäre kommunistische Arbeit nötig:

Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten den reaktionären Staatsapparat des deutschen Imperialismus zerschlagen (wer kann ernsthaft behaupten, wenn er oder sie wirklich revolutionär eingestellt ist, daß dies „friedlich“, ohne Bürgerkrieg

gehen wird??). Es geht darum, die kapitalistischen Kommandohöhen der Wirtschaft durch Enteignung zu brechen und in sozialistisches Eigentum der Arbeiterklasse umzuwandeln, ja im langwierigen und sich immer weiter verschärfenden Klassenkampf gilt es die gesamte Wirtschaft, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln umzugestalten. Es geht vor allem darum, auf den Trümmern des bürgerlichen Staates einen neuen Staat aufzubauen, wie ihn Marx beschrieb und er in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins realisiert wurde: die Diktatur des Proletariats, die die gestürzten Ausbeuter und sämtliche Reaktionäre niederhält und echte sozialistische Demokratie verwirklicht, um die kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen.

Ernsthaft über Revolution nachdenken, ernsthaft die Wurzeln des Nazismus vernichten wollen – das heißt zwangsläufig früher oder später auf die Frage der Kommunistischen Partei zu stoßen, das bedeutet auch sich früher oder später mit den Grundlagen der Linie von „Gegen die Strömung“ auseinanderzusetzen!



Anzeige

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteuffelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der ander Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

Zur Einschätzung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11. Juni 1945

- **Kritische Einschätzung des Aufrufs**

- I. **Richtige Positionen des Aufrufs**

- II. **Kritik des Aufrufs**

- **Dokument:**

- Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945**

Eine Beilage zum Flugblatt von „Gegen die Strömung“:
„**Argumente gegen Geschichtsrevisionismus**“
(Mai/Juni 2005)

Kritische Einschätzung des Aufrufs

Die KPD war die erste politische Partei in Deutschland, die nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus mit einer aktuellen Stellungnahme an die Öffentlichkeit trat. Das war der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. Wir halten es für erforderlich, den Aufruf der KPD Punkt für Punkt zu besprechen und kritisch einzuschätzen. Eine solche kritische Einschätzung darf folgende grundlegenden Gesichtspunkte nicht außer acht lassen:

- Der Aufruf von 1945 war nicht nur die erste grundsätzliche Stellungnahme der KPD seit der Berner Konferenz von 1939. Es ist ebenfalls unbestreitbar, daß er zu einem herausragenden Dokument in einer Reihe wegweisender Erklärungen, zu einem Meilenstein in der Geschichte der KPD wurde.
- Mit dem kurz gehaltenen Aufruf versuchte die KPD, die zentrale taktische Aufgabe der Stunde, das Hauptkettenglied – nämlich den Kampf gegen die noch existierenden Bestandteile des Nazifaschismus auf allen Ebenen – möglichst populär darzulegen und zu begründen.
- Angesichts einer Bevölkerung, die in ihrer übergroßen Mehrheit nazistisch verhetzt war und die Nazifaschisten buchstäblich bis zur letzten Minute unterstützt hatte, lautete die grundlegende taktische Orientierung des Aufrufs, die gesamten Kräfte darauf zu konzentrieren und alle zu ergreifenden Maßnahmen daran zu messen, was nötig war, um den Nazifaschismus auf allen Ebenen zu vernichten – auch als unabdingbare Voraussetzung für das Herankommen an die sozialistische Revolution. Diese antinazistisch-demokratische Orientierung scheint uns richtig. Ja mehr noch: Sie ist auch das Kriterium für die oft scharfe und uns notwendig erscheinende Kritik an Abweichungen von einer solchen konsequent demokratischen Orientierung.
- Der Aufruf kann nicht umstandslos in die Reihe der programmatischen Dokumente der KPD eingeordnet werden. Solche Erwartungen wären verfehlt. Die Ausarbeitung programmatischer Dokumente mußte Aufgabe der Parteikonferenzen und Parteitage sein. Vielmehr ging es dem ZK der KPD im Aufruf darum, die Verbrechen des Nazifaschismus, die erstrangige Frage der Schuld und Mitschuld, die Ursachen für die Besetzung Deutschlands möglichst genau zu bestimmen, zumindest einen kurzen Rückblick auf die Arbeit der KPD vorzunehmen, alles mit dem grundlegenden Ziel vor Augen, die antinazistische taktische Orientierung der KPD möglichst umfassend zu begründen und entsprechende Aufgabenstellungen zu formulieren.
- Die Qualität des Aufrufs zeigt sich insbesondere in der Tatsache, daß die SED später in vielerlei Hinsicht gerade die richtigen Positionen des Aufrufs revidiert hat oder hinter diese Positionen zurückgefallen ist. Andererseits enthält der Aufruf auch schwerwiegende Mängel und Fehler, die später von der SED kultiviert wurden und anhand derer sich grundlegende Probleme herausarbeiten lassen.

I. Richtige Positionen des Aufrufs des ZK der KPD

Zu den bisher welthistorisch einmaligen Nazi-Verbrechen

Sehr wichtig sind die Passagen im Aufruf zu den welthistorisch bisher einmaligen Verbrechen Nazideutschlands.

Von großer Bedeutung ist, daß die KPD hier den Versuch unternimmt, die ungeheuren Verbrechen des Nazifaschismus anzuprangern, von der gewaltsamen Annexion Österreichs über die Verschleppung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bis zur „fabrikmäßigen“ Ermordung von vielen Millionen Menschen in den Gaskammern und Verbrennungsöfen in den Vernichtungslagern:

„Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei.

Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands.“

Weiter wird der „heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat“ angeprangert.

Zu den Nazi-Völkermordverbrechen heißt es:

„Und ungeheuerlich sind die Greueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei le-

bendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde."

Der Nazifaschismus wurde „von außen“ militärisch besiegt

Der Aufruf lenkt dann die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß der Nazifaschismus „von außen“, durch den gerechten antinazistischen Krieg der anderen Völker, von den Armeen der **Anti-Hitler-Koalition**, voran die sowjetische Armee, zerschlagen werden mußte, weil die antinazistischen Kräfte in Deutschland zu schwach waren, um den Nazifaschismus zu vernichten. Dabei war die Betonung der gerechten Ziele des Krieges der Anti-Hitler-Koalition angesichts der weitgehenden nazistischen Verhetzung der breiten Massen in Deutschland absolut angebracht:

„Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts."

Die Hauptschuldigen an den Nazi-Verbrechen werden benannt

Bei der Bestandsaufnahme **der aktuellen Lage** beginnt der Aufruf mit einer knappen Schilderung der Situation in Deutschland am Ende des Krieges und wendet sich dann der **Schuldfrage** zu. Die Hauptschuldigen werden zunächst eindeutig benannt:

*„Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens."*¹

Betonung der Mitschuld der breiten Massen der deutschen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen

Sehr wichtig und richtig ist, daß der Aufruf im Einklang mit den Vorstellungen von Marx die Notwendigkeit der Entwicklung einer Art kollektiver **Scham** feststellt, die auf der Anerkennung der Mitschuld der breiten Masse

der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen an den Naziverbrechen basiert. Es wird herausgestellt, daß „das Bewußtsein und die Scham brennen (muß), daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.“

In den folgenden Absätzen wird die **Frage der Mitschuld** der deutschen Bevölkerung differenziert und abgestuft behandelt. Es wird konkret gezeigt, daß eben nicht nur die Naziführer oder gar nur Hitler schuld an all den furchtbaren Verbrechen waren. Hervorzuheben sind im weiteren zwei Feststellungen, die der Aufruf über das Bewußtsein, die Moral und die Gefühle bzw. die Gefühllosigkeit von Millionen und Abermillionen Deutschen macht: Erstens waren diese zutiefst von der chauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Nazidemagogie verhetzt. Zweitens hatten in Verbindung damit breite Bevölkerungsschichten „das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren“, als sie der Nazimoral folgten, um sich einen „gut gedeckten Mittagstisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub“ zu sichern. Dies zeigt die großen demokratischen Aufgaben auf, um im antinazistischen Kampf überhaupt ein bürgerlich-demokratisches „Normalmaß“ zu erreichen:

„Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: ‚Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!‘...

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die ‚Größe Deutschlands‘ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten."

Es wird herausgestellt, „daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen“ und „daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gut gedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.“

Indirekte Kritik an den SPD-Führern, die „Hitler den Weg ebneten“

Schließlich wendet sich der Aufruf – wenn auch sehr zurückhaltend und nur indirekt – der Frage zu, warum der Nazifaschismus nicht durch den Kampf der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und aller antinazistischen Kräfte verhindert werden konnte. Der grundlegende Fehler, so der Aufruf, war die fehlende Kampfeinheit und Kampfbereitschaft der ausgebeuteten Massen gegen die Nazis. Weiter heißt es:

„... heute, am Ende des ‚Dritten Reiches‘, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben,

daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde ..."

Weiter werden indirekt die sozialdemokratischen Politiker kritisiert – sie werden als „demokratische Führer“ bezeichnet –, die mit der Ablehnung einer antifaschistischen Einheitsfront „Hitler den Weg ebneten“.

Selbstkritische Haltung zum Kampf der KPD gegen die Nazis

Selbstkritisch beleuchtet die KPD auch ihre eigene Rolle und übernimmt Verantwortung, weil es ihr, wie es im Aufruf heißt, „infolge einer Reihe unserer Fehler“ nicht gelungen sei, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zu schmieden:

„Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“

Welche Fehler dies waren, wird an dieser Stelle nicht gesagt.² Richtig ist aber auf jeden Fall, die **selbstkritische Aufarbeitung der eigenen** Linie und Politik zum Thema zu machen. Anhand von Auszügen aus verschiedenen Aufrufen aus den Jahren 1933-1941 wird deutlich gemacht, daß die KPD entschieden vor dem Nazifaschismus gewarnt und diesem den Kampf angesagt hatte.

Entnazifizierung als Hauptaufgabe des demokratischen Kampfes

Bei der **Bestimmung der anstehenden Aufgaben** wird zuerst die Aufgabe der **Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands** begründet. Der Aufruf geht dann zur Frage der nächstliegenden Zielsetzung nach der militärischen Zerschlagung des Nazifaschismus über. Zunächst wird die Aufgabe der Demokratisierung Deutschlands gefordert und begründet. Programmatisch heißt es:

„Der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden.“

In der Tat war der Nazifaschismus auf der Basis der Herrschaft des deutschen Imperialismus in vielerlei Hinsichten ein ins Extrem gesteigertes Konzentrat der reaktionärsten Merkmale der Geschichte Deutschlands.

Der Aufruf stellt richtig fest, daß angesichts der Mit-

schuld und des niedrigen Bewußtseinsstandes der ausgebeuteten und werktätigen Massen nicht der Sozialismus, sondern die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes auf der Tagesordnung stand.

Der Aufruf formuliert im Anschluß zehn unmittelbar anstehende Aktionsforderungen, das **Zehn-Punkte-Dringlichkeitsprogramm**. Die Aufgabe der vollständigen Liquidierung des Naziregimes und der Nazipartei wird hier zu Recht an erster Stelle und im wesentlichen richtig gestellt. Es wird dazu aufgerufen, alle Naziverbrecher aufzuspüren und zu bestrafen. Besonders wichtig ist auch die Forderung nach schnellsten und härtesten Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen. Damit wird ein Ausgangspunkt gesetzt, um mit den Nazis wirklich radikal abzurechnen:

„Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen (...) schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen ..."

Anerkennung der Pflicht zu Reparationszahlungen an die vom Nazifaschismus überfallenen Völker

Im Anschluß daran werden eine Reihe richtiger Aufgaben auf dem Gebiet des Gerichtswesens, der Erziehung und des Bildungswesens sowie des ideologischen Kampfes gegen den Nazi-Rassismus, für die Liquidierung des Nazismus und die Demokratisierung gestellt. Die Enteignung des gesamten Vermögens der Naziführer und Kriegsverbrecher ist ebenfalls eine wichtige Forderung. Größte Bedeutung hat ohne Zweifel die Forderung 10 zur

„Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden.“

Die Verankerung der Verpflichtung zu Reparationen und Entschädigungen ist unserer Meinung nach ein positiver Kernpunkt des Aufrufs, ein unverzichtbarer Ausgangspunkt für den anstehenden Kampf.

In diesen abschließenden Ausführungen unterbreitet der Aufruf **allen antifaschistischen und demokratischen Kräften ein Angebot zur Einheit**, die als Gewähr für den Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands angesehen wird.³

II. Kritik des ZK-Aufrufs der KPD

Bei der folgenden kritischen Besprechung des Aufrufs werden wir sehen, daß der Aufruf eine ganze Reihe unterschiedlich gewichteter Mängel und Fehler enthält: von wirklich schwerwiegenden Fehlern und Versäumnissen, wie beispielsweise die Ausklammerung des rassistischen Völkermords an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma, der im Aufruf an keiner Stelle explizit erwähnt wird, bis zu damit verglichen nebensächlichen Kritiken, etwa an einzelnen Begrifflichkeiten, die uns beim Studium des Aufrufs aufgestoßen sind, wie etwa der mystisch-religiöse Begriff der „Wiedergeburt unseres Landes“. Die spätere Entwicklung der KPD bzw. SED zeigt jedoch, daß etwa Rückgriffe auf nationalistische Begriffe und Argumentationsstränge, die im Aufruf zunächst fast als zufällige Mißgriffe in der Formulierung eingeschätzt werden könnten, durchaus kein Zufall sind. Deshalb halten wir es für richtig, auch solche Kritiken kurz vorzubringen, weil sich dahinter nicht selten grundlegende Probleme der Herangehensweise verbergen.

Einige unserer grundlegenden Kritiken* am Aufruf des ZK der KPD beziehen sich darauf, welche Fragen *nicht* behandelt und *nicht* vom kommunistischen Standpunkt aus beleuchtet werden.

Keine Verteidigung der nötigen Besetzung Deutschlands

Beim Studium des Aufrufs des ZK der KPD fällt auf, daß die *Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands* durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition an keiner Stelle propagiert wird. Dabei wäre es eine vordringliche Aufgabe gewesen, die ausgebeuteten und werktätigen Massen offensiv von der Notwendigkeit der Besetzung und den gerechten Maßnahmen der Anti-Hitler-Koalition zu überzeugen. Denn es war absehbar, daß die Propagierung dieser Maßnahmen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus ein Angelpunkt des Kampfes gegen die Nazi-Ideologie und den deutschen Chauvinismus überhaupt sein mußte. In diesem Zusammenhang war es auch ein schweres Versäumnis, daß die Notwendigkeit und die Ziele der militärischen Besetzung Deutschlands, wie sie in ihren Grundzügen im Abkommen von Jalta festgeschrieben worden waren, nicht erwähnt wurden.

In zwei weiteren Passagen behandelt der Aufruf indirekt – und auf falscher Grundlage – die Frage der Besetzung Deutschlands.

Das Vermögen „in die Hände des Volkes“?

Das ZK der KPD betonte einleitend im Aufruf, daß die Herren der Großbanken und Konzerne die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei waren. Im Zehn-Punkte-Programm wird jedoch nicht die Enteignung der

Großbanken und Konzerne verlangt, sondern die „Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher“. Das ist sowohl dem Umfang als auch dem Motiv nach offenbar nicht identisch mit der Enteignung der Großbanken und Konzerne überhaupt, auch wenn es selbstverständlich einen sehr engen Zusammenhang gibt, weil mit Sicherheit alle Großbanken und Konzerne in Naziverbrechen verwickelt waren. Eine solche Zuspitzung der unmittelbaren Forderung auf die Nazi- und Kriegsverbrecher – das betonen wir ausdrücklich – erscheint uns hier nicht falsch.

Die Forderung nach Übergabe dieses Vermögens „in die Hände des Volkes“ ignoriert allerdings, daß das enteignete Nazivermögen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) faktisch unter Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD)⁴ stehen würde und dann auch stand. Was damit geschehen sollte und was nicht, wurde letztendlich eindeutig bestimmt von den Erfordernissen und Zielen der Besetzung Deutschlands, die in den Beschlüssen der Alliierten formuliert worden waren. Das war der von vornherein festgelegte Rahmen, in dem das enteignete Nazivermögen dann in die „Verfügung der kommunalen oder provincialen Selbstverwaltungsorgane“ gelangte.

Wir halten es für falsch, daß der Aufruf den Eindruck erweckt, als habe „das Volk“ Deutschlands bzw. der SBZ nach der Enteignung des Vermögens der Naziführer und Kriegsverbrecher die ökonomische Macht über dieses Eigentum in Händen. Diese Macht lag in den Händen der Sowjetarmee und der SMAD. Perspektivisch war das Ziel der Selbstverwaltung sicherlich, daß nach und nach die werktätigen antinazistischen Massen selbst die Kontrolle über die enteigneten Betriebe übernehmen sollten. Das war im Juni 1945 angesichts des Bewußtseinsstands der breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen nicht möglich und auch nicht vorgesehen.⁵

Unserer Meinung nach wäre es richtig und nötig gewesen, unmittelbar im Zusammenhang mit dieser Forderung zu verankern, daß das enteignete Nazieigentum in erster Linie für Reparationen herangezogen werden sollte.

„Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen“?

Im Aufruf wird die Auffassung vertreten,

„daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“

Richtig ist, daß die Errichtung eines Sowjetsystems⁶ und der Aufbau des Sozialismus in Deutschland unmittelbar nach 1945 nicht auf der Tagesordnung stand. Dazu fehlte vor allem eine entscheidende Voraussetzung: die im revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie gestärkte, bewußte und organisierte Arbeiterklasse. Denn nur die bewußte revolutionäre Aktion der Mehrheit der Arbeiterklasse kann die Diktatur des Proletariats erkämpfen.

* Weitere einzelne Kritiken haben wir als Endnoten am Ende des Aufrufs selbst eingefügt.

fen, den Sozialismus aufbauen und den Weg zum Kommunismus beschreiten. Das Proletariat in Deutschland war direkt nach 1945 aber in seiner übergroßen Mehrheit durch nazifaschistische, reaktionäre Ideologie verhetzt und schon deshalb nicht in der Lage und nicht Willens, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Aufbau des Sozialismus anzupacken. Dieser entscheidende Grund wird aber nicht ausgesprochen.

Das ZK der KPD grenzt sich in diesem Zitat, allerdings völlig unzureichend, von einer Position ab, die von kommunistischen Kräften nicht vertreten wurde. Es widerspricht dem Wesen des wissenschaftlichen Kommunismus, der Arbeiterklasse eines Landes in irgendeiner Situation das „Sowjetsystem“, sprich: den Übergang zum Sozialismus, aufzuzwingen. Die Errichtung des Sozialismus muß das Werk der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes selbst sein und kann nicht „aufgezwungen“ werden.

Oberflächlich erinnert diese Formulierung an einen Hinweis Lenins auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) 1919. Angesichts der Demagogie der konterrevolutionären deutschen Sozialdemokratie, die im Chor mit der internationalen Reaktion in einer groß angelegten antikommunistischen Hetzkampagne tonte: „Die Bolschewiki wollen Deutschland erobern und dadurch das Sowjetsystem aufzwingen“, erklärte Lenin nach dem Ersten Weltkrieg:

„Wir müssen die Sache so anpacken, daß den deutschen Sozialverrättern die Möglichkeit genommen wird zu sagen, die Bolschewiki wollten ihr Universalsystem aufzwingen – als ob man es auf den Spitzen der Rotarmistenbajonette nach Berlin tragen könne.“

(Lenin: „VIII. Parteitag der KPR(B)“, 1919, Lenin Werke Band 29, S. 159)

Lenin stellte hier den sowjetischen Kommunisten die Aufgabe, die antikommunistische Hetze vom „Aufzwingen“ zu bekämpfen. Richtig wäre es gewesen, wenn die KPD sich klar und deutlich eben diese Aufgabe des Kampfes gegen die antikommunistische Demagogie gestellt hätte.

Wer hatte eigentlich nach 1945 in der SBZ die Möglichkeit, etwas „aufzuzwingen“, ist zu fragen. Die KPD hatte damals diese Möglichkeit gewiß nicht. Offenbar hatten in der SBZ nur die SMAD und die sowjetischen Streitkräfte die Machtmittel, etwas „aufzuzwingen“. Wird also gegen Ansichten polemisiert, die aus den Reihen der SMAD oder der Sowjetarmee kamen? Oder etwa gegen Ansichten einiger Genossinnen und Genossen der KPD, welche in der Roten Armee der Sowjetunion den Hebel sahen, um auf allzu einfache Weise zum Sowjetsystem zu gelangen?

Das Zitat enthält noch eine zweite, mehr als problematische Seite, wenn man es im Wortsinn analysiert und die längerfristige Perspektive der Errichtung der Diktatur des

Proletariats vor Augen hat, auch wenn dies aktuell zur Zeit des Aufrufs 1945 nicht auf der Tagesordnung stand. Die Formulierung „... Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen, wäre falsch“ berücksichtigt nicht, daß einer Minderheit eines Landes – in diesem Fall Deutschlands – ganz eindeutig **immer** das „Sowjetsystem“, das heißt die Diktatur des Proletariats aufgezwungen wird: der Bourgeoisie und sämtlichen Reaktionären. Diese Formulierung des Aufrufs verwässert somit eine wesentliche Seite der Diktatur des Proletariats, die Aufgabe der Unterdrückung, der Niederhaltung der Bourgeoisie und sämtlicher Reaktion durch die revolutionäre, bewaffnete Gewalt der Arbeiterklasse als wesentliche Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.

Mit solchen falschen und mehrdeutigen Formulierungen werden dem Antikommunismus Anknüpfungspunkte geliefert, anstatt ihn konsequent zu entlarven und zu bekämpfen.

„Das Sowjetsystem aufzuzwingen (...) entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen“?

Der Weg des „Aufzwingens“, so der Aufruf, widerspreche „den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“. Gemeint ist damit sehr wahrscheinlich, daß unter den Bedingungen des damaligen Deutschland der Aufbau des Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stand. Die Formulierung, wie sie im Aufruf gewählt wurde, läßt jedoch den Schluß zu, daß es später durchaus richtig sein könne, „das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Damit wird im Grunde der antikommunistischen Demagogie Nahrung gegeben, daß die Kommunistische Partei oder auch die Sowjetunion sozusagen nur auf den richtigen Zeitpunkt lauere, um einem Land bzw. der Mehrheit der Bevölkerung „das Sowjetsystem aufzuzwingen“.

Kein Verständnis für die Unmöglichkeit der „Einheit des deutschen Volkes“ (zum Hauptkettenglied Entnazifizierung)

„Verhängnisvolle Folgen der Spaltung des Volkes“?

Wir meinen, daß die gesamte Problematik des Nazifaschismus und des Kampfes dagegen unzulässig verkürzt dargestellt wird, wenn in den Mittelpunkt gestellt wird, daß es nunmehr vor allem darauf ankomme, die bisherige „Spaltung des Volkes“ zu überwinden.

Die politische, ideologische und organisatorische Gespaltenheit der Arbeiterklasse durch den Einfluß des Reformismus und Revisionismus, vor allem durch den Einfluß der reaktionären Sozialdemokratie, war sicherlich ein gewichtiger Faktor, warum das deutsche Finanzkapital die Nazis relativ problemlos an die Macht berufen konnte. Aber das Ausmaß der Verbrechen in den zwölf Jahren der Herrschaft des Nazifaschismus ergibt sich nicht einfach daraus. Denn sehr rasch konnte sich der

Nazifaschismus aus verschiedenen Gründen (mit Sicherheit auch durch den enormen Terror gegen die antinazistischen Kräfte) auf eine sehr breite Zustimmung zu seiner Politik, also eine nazistische Einheit, stützen. Eine tiefe „Spaltung des Volkes“ mit der realen Chance auf eine Zuspitzung zum Bürgerkrieg gegen die Nazidiktatur gab es nicht. Insofern galt es 1945 in vielerlei Hinsicht, vor allem auch in ideologischer Hinsicht, die Abspaltung großer Teile der Werktätigen vom Einfluß des Nazifaschismus in Wort und Taterst noch herbeizuführen. Dies war die notwendige Vorbedingung, um eine antinazistische Einheit zu erkämpfen.

„Werde sich jeder Deutsche bewußt“?

Jeder Deutsche, so der Aufruf, solle sich bewußt werden,

„daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war...“

„Jeder Deutsche“ – das waren ja auch die Himmler und Goebbels, die Krupp und Siemens, die Keitel und Jodl, über die der Aufruf gleich einleitend zu Recht festgestellt hatte, daß sie, die Repräsentanten des deutschen Finanzkapitals, ihre nazistischen Handlanger im Staatsapparat und Militär, die Hauptschuld für den Nazifaschismus und seine Verbrechen tragen. Die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur entsprach ihren Herrschaftsinteressen, und von Bewußtmachung konnte bei ihnen keine Rede sein. Sie mußten abgeurteilt, ihre wirtschaftliche und politische Macht mußte zerschlagen werden. Auch die Nazis aus den übrigen Teilen der deutschen Bevölkerung, aus den Reihen der Werktätigen und auch der Arbeiterklasse, mußten bestraft und unterdrückt werden, auch ihnen war mit „guten Worten“, mit Überzeugung und Bewußtmachung nicht beizukommen. Schließlich sei noch angemerkt, daß unter die Kategorie „jeder Deutsche“ auch die deutschen Jüdinnen und Juden, die deutschen Sinti und Roma, deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten zu zählen sind. Sollte ihnen „bewußtgemacht“ werden, daß der Weg des Nazifaschismus falsch war? Kurzum, der Aufruf wirft hier alles in einen Topf, was doch im Interesse des antinazistischen Kampfes gerade auseinandergehalten werden sollte.

Diktatorische Unterdrückung der Nazis oder „alle demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk“?

Es heißt im Aufruf:

„Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Die Losung einer „parlamentarisch-demokratischen

Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ läßt gerade das entscheidende Merkmal der damaligen Lage außer acht: Auch wenn mit „Volk“ die große Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen gemeint ist, so konnten diese 1945 nicht „alle demokratischen Rechte und Freiheiten“ erhalten. Diese Rechte und Freiheiten waren notwendigerweise eingeschränkt, begrenzt und zum Teil entzogen durch das entscheidende Erfordernis der diktatorischen Unterdrückung und Liquidierung aller nazistischen oder pronazistischen Aktivitäten und Äußerungen. Hier zeigt sich von neuem, daß der Aufruf nicht die Aufgabe sieht, die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands und der Unterdrückung der Nazi-Anhänger zu vermitteln.

Kein Bruch mit dem deutschen Nationalismus

Die Genossinnen und Genossen der KPD standen im Mai 1945 vor der schwierigen Aufgabe, in einem Land politisch zu arbeiten, in dem die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, auch große Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter, nazistisch verhetzt waren. Bei der Erfüllung der dringendsten aktuellen Aufgabe, des Kampfs gegen den Nazismus, mußte sie die nicht zahlreichen antinazistischen Kräfte ermutigen und stärken und mit ihnen zusammen diejenigen erreichen, die gewillt waren, sich vom Nazismus abzuwenden.

Die Frage, die es zu lösen galt, war: Wie kommen wir an diese Menschen heran, wie können wir sie aufklären, ohne ihre falschen Vorstellungen zu beschönigen, zu verniedlichen oder zu rechtfertigen? Als Anknüpfungspunkt für eine solche Propaganda war es uns legitim, die Wahrnehmungen der großen Masse der Bevölkerung aufzugreifen, *sofern* diese subjektiven Erfahrungen mit der objektiven Realität konfrontiert und bewertet werden, *sofern* diese falschen Vorstellungen widerlegt und richtiggestellt werden. Viele der Passagen im Aufruf, die kommentarlos die Auffassung eines „durchschnittlichen Deutschen“ der damaligen Zeit transportieren, hätten redaktionell mit wenigen Ergänzungen richtiggestellt werden können, wie wir weiter unten zeigen werden. Da der Aufruf ebendiese Aufgabe nicht leistet, werden deutsch-nationalistische Vorstellungen kommentarlos wiedergegeben und damit befördert.

Gerade anhand des Wahrnehmungshorizonts der großen Masse der Werktätigen, der im Aufruf an verschiedenen Stellen beschrieben wird, läßt sich indirekt ablesen, wie niedrig der allgemeine Bewußtseinsstand dieser Massen war. Im Grunde sind drei Argumentationsweisen festzustellen und zu unterscheiden, die auf Solidarisierung und Abkehr vom Nazi-Regime abzielen:

- Der Appell zur Vermeidung des eigenen Nachteils, der Appell, die eigene Haut zu retten und das sinkende Schiff zu verlassen, wie wir ihn in den im Aufruf zitierten Erklärungen der KPD finden, bevor die militärische Niederlage des Nazifaschismus besiegelt war. Die Tatsache, daß die KPD auf diese allerniedrigste Form der „So-

lidarisierung nur mit sich selbst“ zurückgegriffen hat, läßt erahnen, in welchem Maß die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung verhetzt war, was zur Folge hatte, dass Appelle, die das durch den Nazifaschismus hervorgerufene Leid der anderen Völker in den Mittelpunkt stellen, wirkungslos abprallten.

- Der nationalistisch-völkische Blickwinkel des eigenen „Volkes“, wie er im Aufruf an verschiedenen Stellen unwidersprochen wiedergegeben wird, wodurch die Verbrechen des Nazifaschismus, der Kampf der Völker der Welt zur Zerschlagung des nazifaschistischen Regimes, die aktuelle Lage im Nachkriegsdeutschland usw. durch die „deutsche Brille“ betrachtet und die „Folgen für uns Deutsche“ besonders hervorgehoben werden.

- Die internationalistische Perspektive der Solidarität mit den Völkern der Welt, die sich nicht nach dem eigenen Vorteil oder dem Vorteil der eigenen Bevölkerung richtet. Im Kampf gegen die egoistische oder nationalistische Perspektive mußte die KPD sich gerade die Aufgabe stellen, die internationalistische Perspektive zu propagieren.

„Eine Katastrophe (...) ist über Deutschland hereingebrochen“?

Diese Formulierung ist ein Paradebeispiel für unsere Generalkritik, daß die Denkvorstellungen der großen Masse der deutschen Bevölkerung kritik- und widerspruchslos, quasi ohne Wertung und damit anbiedernd, beschrieben werden. „Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört ...“⁷ lautet gleich der erste Satz im Aufruf und macht deutlich, daß die welthistorischen Verbrechen des Nazifaschismus in erster Linie durch die „deutsche Brille“ wahrgenommen werden. Diese Ruinen und zerstörten Städte waren aber schließlich die Folge davon, daß Deutschland „von außen“ durch den antinazistischen Kampf der Völker der Welt befreit werden mußte. Ohne als erstes auf die Befreiung, ohne auf das Leid der vom Nazifaschismus geschundenen Völker einzugehen, spricht der Aufruf dann – und **das** ist der Kern unserer Kritik – in Anbiederung an den deutschen Nationalismus davon, dass „eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes (...) über Deutschland hereingebrochen“ sei.

Dieser vage formulierte Satz mit schwammigen Kategorien wie „Katastrophe“, „Deutschland“ und „hereinbrechen“ läßt Spielraum für mehrere völlig falsche Vorstellungen.⁸

Erstens wird mit der Formulierung, etwas sei „über Deutschland hereingebrochen“, die Tatsache ignoriert, daß das Finanzkapital ja auch zu „Deutschland“ gehört. Es trägt jedoch die Hauptschuld an den Naziverbrechen. Diese Formulierung ignoriert ebenfalls, daß der Nazifaschismus und dessen Verbrechen auch über die Masse der deutschen Ausgebeuteten und Werktätigen nicht einfach „hereingebrochen“ ist, wie eine Naturkatastrophe unvorhergesehen herein bricht, weil sie – wie es im Auf-

ruf an anderer Stelle richtig heißt – daran Mitschuld hatten.⁹

Zweitens läßt der Ausdruck „Katastrophe“ die verschiedensten Lesarten zu bis hin zu den nationalistischen. War damit etwa die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur gemeint? Oder etwa die kriegsbedingten Zerstörungen in Deutschland? Oder etwa, was im Juni 1945 sicherlich die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung darunter verstand, die militärische Niederlage des Nazifaschismus, die eine „Katastrophe“ war, weil „wir den Krieg verloren haben“?

Die Niederschlagung Nazideutschlands bedeutete die Befreiung der Konzentrationslager, die Befreiung der geschundenen und versklavten europäischen Völker. Die Niederlage Nazideutschlands war für alle Verfolgten des Naziregimes ein Tag der Befreiung, weil er das Ende der nazistischen Vernichtungsmaschinerie bedeutete. In diesem Zusammenhang den Gedanken aufkommen zu lassen, daß dies aus Sicht der Kommunisten eine „Katastrophe“ sei, ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch für die Verfolgten des Nazifaschismus in Deutschland war der Sieg über den Nazifaschismus alles andere als eine „Katastrophe“. Wer hier von „Katastrophe“ spricht, vermittelt die rein deutsche Perspektive der rückschrittlichsten Teile der Bevölkerung.

Diese falsche Sicht wird später im Aufruf aufgegeben, indem die Naziverbrechen an anderen Völkern behandelt werden, die militärische Niederlage des Nazifaschismus als Befreiung gekennzeichnet wird und auf die Mitschuld eingegangen wird. Das ändert jedoch nichts daran, daß die hier kritisierten falschen Formulierungen zu Beginn des Aufrufs in eine ganz falsche, nationalistische Richtung weisen und in dieser nationalistischen Richtung ihre Wirkung entfalten.

Bei einer Redaktionssitzung vor Veröffentlichung des Aufrufs hätte diese Passage durchaus nicht gestrichen werden müssen. Schon kleine Ergänzungen hätten deutlich gemacht, daß und warum die KPD diese Auffassungen für falsch hält und bekämpft. Sie hätte etwa wie folgt lauten können:

„Viele hört man jetzt sagen: ‚Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen.‘ Daß die Nazis geschlagen sind, soll eine Katastrophe sein – für wen? Wir sagen klar, daß wir als Kommunisten zusammen mit den Völkern der Welt, den Verfolgten des Naziterrors und den antifaschistischen Kräften in Deutschland nichts mehr herbeigesehnt haben als diese Niederlage.“

Die Tatsache, daß die KPD dieses Problem nicht so oder so ähnlich auflöste – **das** ist unsere Kritik.

Die Problematik der Begriffe „Volk“ und „deutsches Volk“

Unsere folgende Kritik bezieht sich auf ein Problem, das den gesamten Aufruf und auch die Politik und Theorie

der KPD und später der SED durchzieht. Es wird schon an der Überschrift des Aufrufs „Schaffendes Volk in Stadt und Land!“ deutlich: Beim Studium des Aufrufs stoßen wir auf das Problem, daß an verschiedenen Stellen der Begriff „Volk“ und vor allem „deutsches Volk“ gebraucht wird. Wir halten die Verwendung dieses Begriffs mit seinen verschiedenen Bedeutungen im Aufruf des ZK der KPD aus verschiedenen, sehr vielschichtigen Gründen für problematisch.

„Bevölkerung“ und „Volk“

Mit dem Begriff „Volk“ kann die *gesamte Bevölkerung* eines Landes gemeint sein, also „deutsches Volk“ im Sinne von „deutsche Bevölkerung“ oder „die Deutschen“.¹⁰ Diese Bedeutung von „Volk“ umfaßt sowohl die herrschenden Klassen als auch das Proletariat und die anderen ausgebeuteten und werktätigen Massen sowie die sonstigen Zwischenschichten eines Landes. In dieser Bedeutung bezieht sich „Volk“ also auf die Ebene zwischen den Staaten bzw. zwischen den Völkern.

Vor diesem Problem der Bedeutungsunklarheit des Begriffs „Volk“ standen und stehen sicherlich kommunistische Kräfte in vielen Ländern.¹¹ Ein Aufruf von kommunistischen Kräften in Deutschland mußte unserer Meinung nach aber darüber hinaus in Betracht ziehen, daß die demagogische Berufung auf das „Volk“ gerade in der Nazisprache eine große Rolle spielte.¹²

„Volk“ im Rahmen der Klassenanalyse und „schaffendes Volk“

Davon zu unterscheiden ist die Bedeutung von „Volk“, wie sie seit der bürgerlich-demokratischen Revolution im klassischen Sinne und teilweise auch in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung verwendet wird. In dieser Bedeutung bezeichnet „Volk“ nicht die gesamte Bevölkerung eines Landes, sondern lediglich die *ausgebeuteten und werktätigen Massen*, die – auch das impliziert das Wort „Volk“ in diesem Sinne – von der dort herrschenden Klasse und deren Staat ausgebeutet und unterdrückt werden. „Volk“ in dieser eingegrenzten, engeren Bedeutung ist also ein Synonym für die ausgebeutete und werktätige Masse der Bevölkerung eines Landes im Sinne eines klassenmäßigen Unterscheidungskriteriums.

Im Aufruf des ZK der KPD wird dieses klassenmäßige Herangehensweise an manchen Stellen durch die Verwendung von Begriffen wie „werktätiges Volk“ oder einfach „Werkstätige“ signalisiert.

„Deutsches Volk“ und deutscher Nationalismus

Der Begriff „Volk“ ist generell ein wichtiger Begriff im System der bürgerlichen Ideologie. Das gilt insbesondere für den Begriff „deutsches Volk“. Im Rahmen der romantisch-mystischen „deutschen Ideologie“ und der Nazi-Ideologie als reaktionärstes Konzentrat der „deutschen Ideologie“ ist „Volk“ bzw. „deutsches Volk“ ein wahrer Kampfbegriff gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, um durch das Vertuschen der Klassengegensätze,

durch „völkischen“ Chauvinismus und Rassismus das proletarische Klassenbewußtsein und den proletarischen Internationalismus zu bekämpfen. Von daher muß die Kommunistische Partei im allgemeinen sehr vorsichtig und eindeutig mit dem Begriff „Volk“ umgehen. Dies gilt ganz besonders für die Verwendung des Begriffes „deutsches Volk“ vor dem Hintergrund der von der Propagandamaschinerie der Nazis betriebenen Demagogie mit diesem Begriff.¹³

Nazifaschismus und deutsches Volk (I): Die Perspektive der Alliierten im Potsdamer Abkommen

In den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition und speziell im Potsdamer Abkommen wird wiederholt vom „deutschen Volk“ gesprochen. So heißt es im Potsdamer Abkommen etwa:

„... das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“

(„Das Potsdamer Abkommen“, in: „Die Berliner Konferenz der Drei Mächte“, S. 7)

„Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine militärische Niederlage erlitten hat...“

(Ebenda, S. 9)

Das Potsdamer Abkommen als Dokument der UdSSR, der USA und Großbritanniens meint damit keineswegs nur das ausgebeutete und unterdrückte Volk im klassenmäßigen Sinn im Gegensatz zur herrschenden Ausbeuterklasse, d. h. zur imperialistischen Bourgeoisie. Vielmehr ist damit im *wesentlichen die gesamte deutsche Bevölkerung* gemeint. Dies ist aus der Sicht der Staaten der Anti-Hitler-Koalition eindeutig und völlig logisch. Es ging darum, „Deutschland“ bzw. „die Deutschen“ haftbar zu machen und in die Verantwortung zu nehmen für die von ihnen begangenen Verbrechen. Selbstverständlich differenzierte auch das Potsdamer Abkommen, aber im Kern eben nicht nach klassenmäßigen Kriterien, sondern nach den Kriterien der antinazistischen Ziele. Die Differenzierung erfolgte nach der Größe der Schuld und Verantwortung für die Kriegs- und Völkermordverbrechen des Nazistaates. Die klassenmäßige Differenzierung der deutschen Bevölkerung konnten und mußten die Dokumente der Anti-Hitler-Koalition nicht vornehmen. Das war die Aufgabe der Genossinnen und Genossen der KPD.

Nazifaschismus und deutsches Volk (II): Die Perspektive der KPD

Aus der Sicht der Genossinnen und Genossen der KPD war die Frage komplizierter. Die KPD stand einerseits vor der Aufgabe, im Proletariat und den anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen die Pflichten und Aufgaben bewußt zu machen, die sich für „Deutschland“ bzw. eben die deutsche Bevölkerung aus den Naziverbre-

chen gegenüber den anderen Völkern ergaben. Dieses Wissen, das Bewußtsein über die Verbrechen des Nazifaschismus, war natürlich kein Selbstzweck, sondern mußte in antinazistisches Handeln umgesetzt werden.

Der unerläßliche Kampf für die Anerkennung und Durchsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens gegenüber „Deutschland“ überhaupt mußte andererseits richtig *verbunden* werden mit der grundlegenden Linie und Politik, die sich aus dem proletarischen Klassenstandpunkt, aus dem klassenanalytischen Herangehen ergibt, um auf lange Sicht die Mehrheit des Proletariats im Bündnis mit Teilen der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen für den Sturz der deutschen Imperialisten, für die sozialistische Revolution zu gewinnen.

Diese in gewisser Weise doppelte Aufgabe stellte auch hohe Anforderungen an die differenzierte Verwendung geeigneter und eindeutiger Begriffe in der Propaganda und Agitation. Einerseits ging es nicht einfach um Festlegungen im Klassenkampf innerhalb Deutschlands, andererseits durfte aber auch das notwendige Bekenntnis zu einer *deutschen* Schuld nicht die nötige Klassendifferenzierung durch die KPD als Avantgarde der Arbeiterklasse zudecken.

Beim Studium des Aufrufs ist spürbar, daß dem ZK der KPD dieses Problem bewußt war, und daß versucht wurde, dem auch Rechnung zu tragen, indem manchmal pauschal von „Deutschland“ die Rede ist, wenn es um die gesamte deutsche Bevölkerung, um die Deutschen geht, an anderer Stelle dann wieder direkt etwa an die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter oder die Werktätigen appelliert wird.

Weitaus häufiger anzutreffen sind jedoch Formulierungen, die unklar sind und die jeweilige Interpretation den Leserinnen und Lesern überlassen. Doch gerade bei Begriffen wie „Volk“, „unser Volk“, „deutsches Volk“ usw. konnte und durfte die KPD kein richtiges Verständnis bei den Adressaten des Aufrufs voraussetzen. „Reden wir eine Zeitlang nicht mehr vom *Volk*. Reden wir von der Bevölkerung!“¹⁴ – diesen Ratschlag Brechts hätten die Genossinnen und Genossen des ZK der KPD beherzigen sollen. Denn die demagogische Berufung auf „das deutsche Volk“ war ein wesentlicher Baustein der „völkischen“ Nazi-Ideologie, die noch tief in den Köpfen der werktätigen Massen verankert war. Die untaugliche und schematische Übertragung von Formulierungen aus den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition zum Thema Schuld und Verantwortung für die deutschen Kriegs- und Völkermordverbrechen konnte da nur Verwirrung stiften.

So heißt es beispielsweise nach der Schilderung des nazifaschistischen Raubkriegs im Aufruf zunächst:

„Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt.“

Hier legt der Zusammenhang nahe, daß mit „Volk“ die Deutschen, die deutsche Bevölkerung insgesamt gemeint ist. An anderer Stelle wird der Begriff „deutsches Volk“

in einer anderen Bedeutung verwendet, wenn festgestellt wird, „daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.“

Hier ist „deutsches Volk“ gleichbedeutend mit der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten – im Unterschied zu den Hauptschuldigen des Nazifaschismus, die der Aufruf zuvor benennt. An dieser Stelle wäre es richtig und notwendig gewesen, mit klassenmäßiger Differenzierung und Eindeutigkeit klar von der Masse der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten zu sprechen.

Wer – wie das ZK der KPD es im Aufruf tut – bei der Errichtung eines antinazistischen Regimes, das den Nazismus bis in seine Wurzeln vernichten soll, von den „Interessen des deutschen Volkes“ spricht, wer betont, daß das „schaffende Volk nicht gespalten“ werden dürfe, schafft unweigerlich ein Wir-Gefühl, einen Zusammenhalt auf völkisch-nationaler Basis. Dieses Wir-Gefühl untergräbt den anstehenden notwendigen Kampf gegen die Nazis, der selbstverständlich auch eine Spaltung herbeiführen mußte, die auch durch die Reihen der werktätigen Massen geht.

Schließlich war die Vorbedingung für die Einheit der ausgebeuteten und werktätigen Massen erst einmal, diese Massen dem Einfluß der nazistischen Ideologie zu entreißen. Das bedeutete, daß die antifaschistischen und kommunistischen Kräfte überall einen Kampf für die Ermutigung der jeweils vor Ort arbeitenden Antinazistinnen und Antinazisten und gegen die Nazis, ihre Helfershelfer und Spitzel entfachen mußten, um in diesem Kampf bei den werktätigen Massen ein demokratisches und antifaschistisches Bewußtsein zu schaffen.

Beim Kampf gegen den Nazifaschismus auf allen Ebenen war es also die Aufgabe der KPD, diesen Gegensatz nicht mit Parolen wie „Keine Spaltung des schaffenden Volkes!“ zuzukleistern, sondern mit geeigneten Begriffen und „mit aller Brutalität“, wie es die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ in einem Flugblatt formulierte, „die Kluft“ zwischen den Nazis und den antinazistischen Kräften aufzureißen und den daraus folgenden Kampf auszutragen.¹⁵

Nazifaschismus und deutsches Volk (III): Die Perspektive der einzelnen KPD-Kader

Nach der militärischen Niederschlagung des Naziregimes war die Perspektive der deutschen Kommunistinnen und Kommunisten gegenüber der deutschen Bevölkerung, gegenüber dieser verhetzten Bevölkerung, die dem Nazifaschismus und seinen Verbrechen bis zuletzt massenhafte Unterstützung zukommen ließ, sehr ambivalent. Berechtigte Wut und Empörung über die unbeschreibliche Charakterlosigkeit, über den Verlust der elementarsten Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens, über die nazistische Verhetzung und den mörderischen Rassismus

der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung waren Gefühle, mit denen die damaligen kommunistischen Kräfte und jeder einzelne kommunistische Kader umgehen mußten. Andererseits trugen die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten als Mitglieder der KPD auch eine Mitverantwortung, wie im Aufruf differenziert und selbstkritisch festgestellt wird. Und nicht zuletzt: Sie waren auch Deutsche. Hier spielte auch die Biographie jeder einzelnen Genossin, jedes einzelnen Genossen eine Rolle. Nicht wenige dieser Kader haben sich in den Reihen der Sowjetarmee aktiv an der militärischen Niederwerfung des Nazifaschismus beteiligt und kehrten nun nach Jahren des politischen Exils als Offiziere der sowjetischen Streitkräfte nach Deutschland zurück.

Sichtbar wird diese Ambivalenz auch an den Formulierungen des Aufrufs. Von „unserem Volk“, von „unserem Unglück“, von „Verbrechen, die sich so furchtbar an uns selbst rächten“, ist die Rede. Dann wieder heißt es distanziert: „Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes“, „Dir, schaffendes deutsches Volk“ und „Wir Kommunisten warnten“. Dieser, aus der Sicht des einzelnen Kaders erklärbare und vielleicht verständliche Satz, ist für eine Kommunistische Partei jedoch fatal. Nicht um den Gegensatz: hier Kommunistische Partei als „Wir“ und dort „deutsches Volk“ bzw. „deutsche Werktätige“ als „Ihr“ handelte es sich. Der Gegensatz, den Kampf, den es auszutragen galt, verlief zwischen den antinazistischen Kräften unter Führung der KPD gegen die Nazis und ihre Anhänger.¹⁶

Bei der Erfüllung der aktuellen Aufgabe, nach dem 8. Mai 1945 einen systematischen Kampf gegen die Nazis und die Nazi-Ideologie für die Schaffung eines demokratisch-antifaschistischen Bewußtseins bei den werktätigen Massen zu entfalten, mußte die KPD bei der Herangehensweise an die deutsche Bevölkerung einen Kampf an zwei ideologischen Fronten führen: Zum einen gegen Resignation und Depression, nämlich vor der schwierigen Aufgabe der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den antinazistischen Kampf zu kapitulieren, die Aufgaben angesichts der Verhetzung und massenhaften Beteiligung an den Verbrechen für „unlösbar“ zu erklären und sich in bloßen Beschimpfung zu ergehen. Um die werktätigen Massen dem Einfluß des Nazismus zu entreißen, mußte es den kommunistischen Kräften jedoch – aber eben nicht um jeden Preis – gelingen, an diese Massen heranzukommen und sich bei ihnen Gehör zu verschaffen. Aber nicht mit Lügen und Schmeicheleien, sondern nur mit der Wahrheit, mit Prinzipienfestigkeit und Geduld und ohne Illusionen. Dies war die zweite, noch gewichtigere ideologische Front: angesichts des niedrigen Bewußtseins Stands der nazistisch verhetzten Massen nicht den Weg der nationalistischen Anbiederung einzuschlagen.

Im Bestreben, mit ihrer Propaganda die große Masse der Werktätigen zu erreichen, knüpfte das ZK der KPD in seinem Aufruf an deren Bewußtseinsstand und Denkweise an, ohne jedoch diese Vorstellungen als falsch zu

charakterisieren und direkt zu kritisieren sowie das Wesentliche an diesen falschen Vorstellungen herauszuarbeiten. Durch diese „deutsche“ Sichtweise wurden faule Zugeständnisse an den deutschen Nationalismus gemacht, und die – an anderer Stelle – klar formulierten Aussagen zu den Naziverbrechen an anderen Völkern, zur Mitschuld der deutschen Bevölkerung verlieren damit erheblich an Bedeutung. Im Zusammenhang damit lenkte die beschworene „Einheit der Werktätigen“ im Kampf gegen die sogenannte „Spaltung des Volkes“ vom Hauptkettenglied Entnazifizierung, vom notwendigen antinazistischen Kampf ab, der eine „Spaltung“ in Nazi-Anhänger und Nazi-Gegner vornehmen mußte.

Drei unverzeihliche Auslassungen

Wer war Opfer der rassistisch motivierten Völkermorde?

Ein grundlegender Fehler des Aufrufs besteht unserer Meinung nach darin, daß das furchtbarste Wesensmerkmal des Nazifaschismus, *der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma*, nicht konkret benannt wird.

Es wird zwar die fabrikmäßige Ermordung von Millionen Menschen durch die Nazis angeprangert. Es wird aber nicht ausgesprochen, daß dies ein Völkermord vor allem an Millionen von Juden und Jüdinnen, an Hunderttausenden von Sinti und Roma aus rassistischen Gründen war. Dabei war das Ausmaß der Völkermordverbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas im Juni 1945 weitgehend bekannt. Eine wesentliche Besonderheit der Naziverbrechen wird somit nicht herausgestellt. Das war nicht nur für die Aufklärung über die Naziverbrechen ein schwerwiegender Fehler, sondern auch für den Kampf gegen den Antisemitismus sowie auch gegen den Antiziganismus des Nazifaschismus. Deren furchtbarste Konsequenz war der Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie auch an den Sinti und Roma.

Der nazistische Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma wird nicht erwähnt, gleichzeitig heißt es an anderer Stelle im Aufruf aber:

„Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!“

Diese völlig falsch gestellte rhetorische Frage negiert indirekt die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus, den welthistorisch zum ersten Mal begangenen, industriell durchgeführten rassistischen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma.

Keine Forderung nach Reparationen für die in Deutschland Verfolgten

Völlig zu Recht erkennt der Aufruf des ZK der KPD die Pflicht zu Entschädigungen und Reparationen für die Naziverbrechen an anderen Völkern an. Wir halten es aber für einen erheblichen Mangel des Aufrufs, daß diese

Verpflichtung nicht auch für die jüdische Bevölkerung, die Sinti und andere Verfolgte des Naziregimes in Deutschland festgeschrieben wird. Es wäre dabei die Aufgabe der KPD gewesen, innerhalb Deutschlands die Notwendigkeit eines maximalen Ausgleichs für diese Opfer des Nazifaschismus zu propagieren und sich dafür besonders einzusetzen, da sich die Beschlüsse der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition selbstverständlich im wesentlichen um die Reparationen und Entschädigungen der Naziopfer in den Ländern kümmerten, welche Nazi-

deutschland überfallen hatte.¹⁷

Nichts zu den neuen Grenzen

Auch die bereits auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 vereinbarte Neubestimmung der deutsch-polnischen Grenze wird im Aufruf nicht erwähnt. Dies war ebenfalls ein schwerer Fehler, ein folgenreiches Versäumnis angesichts der erschreckende nationalistischen Fehler und Schwankungen der KPD/SED, die sich in dieser Frage schon bald zeigen sollten.

* * *

Zusammenfassung unserer Kritik

Die Quintessenz unserer Kritik am Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 ist, daß nicht wirklich konsequent, obwohl viele nötige Einzelüberlegungen richtig dargelegt sind, das Problem der Entnazifizierung bis mitten hinein in die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung als Voraussetzung kommunistischer Politik durchdacht, durchformuliert und als taktische Linie vorgestellt wurde.

Mit dem nationalistisch unterlegten Mythos vom „einheitlichen deutschen Volk“ hat die KPD die Widersprüche zugedeckt anstatt die tiefe Kluft aufzureißen, die zwischen Nazi-Aktivisten und der den Umständen angepaßten Reaktion als Ganzes auf der einen Seite und dem von den kommunistischen Kräften geführten antinazisti-

schen Lager auf der anderen Seite bestand – das ist die tiefe Ursache für die grundlegenden Fehler des Aufrufs.

Das Motiv, für den Kampf zur Entnazifizierung breitere Massen zu mobilisieren, führte im Aufruf des ZK der KPD dazu, daß die KPD ihre Linie den rückständigen, von zwölf Jahren Nazifaschismus geprägten Vorstellungen und nationalistischen Vorurteilen der breiten werktätigen Massen anpaßte. Doch die einzig richtige Taktik war das Aussprechen der ganzen Wahrheit, ohne taktische Winkelzüge und Anbiederei, um vielleicht nicht kurzfristig, aber doch auf längere Sicht im Kampf und durch den Kampf für die Entnazifizierung auch in den Köpfen der potentiellen Massenbasis der KPD, der Arbeiterklasse und ihrer möglichen Verbündeten in anderen Schichten auf dem Dorf und in der Stadt, einen grundlegenden Umschwung herbeizuführen.

Der Aufruf des ZK der KPD vom 1.6.1945¹⁸

Schaffendes Volk¹⁹ in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime²⁰ verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen,²¹ und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt.²² Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen. Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei.

Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte.²³

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen²⁴ als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greueltaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit Dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch Dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei²⁵ gebracht.

Um so mehr muß in jedem²⁶ deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das

deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen²⁷ einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen²⁸ konnte.

Unser Unglück²⁹ war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gut gedeckten Mittags- und Abendbrotisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft

blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer³⁰ Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lahmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion: denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen.³¹ Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz³² blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegssachse bedrohten und angegriffenen Völker.“

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zu-

*letzt an Hitler bindet!*³³

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschriftet werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen,³⁴ die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.³⁵

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt³⁶ unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste³⁷ des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banden. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazis. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers

Volksverrat³⁸ schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung von Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.³⁹

2. Kampf gegen Hunger. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums⁴⁰. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernte-einbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschiede der Rasse⁴¹ vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk⁴². Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- beziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmervillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen

der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.⁴³

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.⁴⁴

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser- Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich dar aus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reichen auch eine größere Last tragen.⁴⁵

Werkstätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den

Spaltern und den Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien

(der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues, würdiges Leben erstehen.

**Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands**

Im Auftrage:

Wilhelm Pieck	Gustaf Sobottka	Hans Jendretzky	Bernhard Koenen
Walte Ulbricht	Ottomar Geschke	Michel Niederkirchner	Martha Arendsee
Franz Dahlem	Johannes R. Becher	Hermann Matern	Otto Winzer
Anton Ackermann	Edwin Hörnle	Irene Gärtner	Hans Mahle

Berlin, den 11. Juni 1945.

Anmerkungen

¹ Wir geben den Aufruf des ZK der KPD im folgenden nach dem Erstabdruck in der „Deutschen Volkszeitung“, Nr. 1,13, Juni 1945, S. 1/2, wieder.

² Genauer hat dies die KPD in den Dokumenten der Brüsseler (1935) und der Berner Konferenz (1939) und nach 1945 vor allem auf dem 15. Parteitag unmittelbar vor Gründung der SED im April 1946 ausgeführt. Siehe dazu in Rot Front Nr. 8/9/10 „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-46)“.

³ Der hier propagierte „Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien“ wurde bekanntlich wenig später in der SBZ auch realisiert

⁴ Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die Behörde in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, die dort die oberste Befehlsgewalt ausübte. Die SMAD charakterisierte ihre Funktion selbst in „Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland“ vom 6. 6. 1945, die die Gründung der SMAD bekannt gab:

„Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland hat die Aufgabe, die Einhaltung der Bedingungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergeben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die vereinbarten Beschlüsse des Kontrollrates zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen für ganz Deutschland gemeinsamen Fragen durchzusetzen.“ („Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland“ vom 6. 6. 1945, in: „Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland“, Berlin 1968, S. 51)

⁵ Die Übergabe des beschlagnahmten und sequestrierten Vermögens an die deutschen Selbstverwaltungsorgane erfolgte in der SBZ im Mai 1946. Siehe dazu in Rot Front Nr. 8/9/10 „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-46)“ die Abschnitte „Enteignung der Monopolindustrie sowie anderer Nazi- und Kriegsverbrecher“, S. 221 ff sowie „Enteignung der Großgrundbesitzer und Junker und die Durchführung einer demokratischen Bodenreform mit Unterstützung von Teilen der werktätigen Bevölkerung“, S. 224 ff.

⁶ „Sowjetsystem“ wurde in diesem Zusammenhang damals faktisch als Synonym für die Diktatur des Proletariats genommen, obwohl dies theoretisch nicht zwingend ist. Denn es kann auch eine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern in Form von Sowjets, d. h. von Räten, geben. Zudem ist die Räteform gerade in den ersten Jahren nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht zwingend, wie die Erfahrung der Volksdemokratien nach 1945 gezeigt hat. Dies wird an anderer Stelle genauer zu diskutieren sein.

⁷ Wobei diese Formulierungen des ZK der KPD die wirkliche Situation in Deutschland nach 1945 nicht richtig wiedergeben: Es ist eine Übertreibung zu behaupten, daß „unsere Städte zerstört“ waren. Ebenso ist es Übertreibung, daß es sozusagen in allen Teilen Deutschlands („wohin wir blicken“) nichts als „Ruinen, Schutt und Asche“ gab. Die Wahrheit ist, daß in Deutschland am Ende des Krieges lediglich zehn bis zwanzig Prozent der *Fabriken* zerstört waren. In Großstädten, die nazis-

tische Kriegszentren waren, wie Dresden, Magdeburg, Berlin, Hamburg etc., waren vor allem die *Innenstädte* zu großen Teilen durch den Luftkrieg der Alliierten zerstört. Viele Städte Deutschlands waren kaum oder gar nicht vom Luftkrieg oder von militärischen Handlungen betroffen, wie z. B. Wiesbaden. Auf dem Land waren die Kriegsfolgen in der Regel gering. Große Teile waren überhaupt nicht vom Krieg berührt worden. Diese übertriebene Schilderung der Realität in Deutschland nach 1945 durch das ZK der KPD knüpft wiederum an einer in der deutschen Bevölkerung weit verbreiteten falschen Position an, ohne sie zu entlarven.

Sehr eindringlich schildert der US-Offizier Padover in seinem Buch „Lügendetektor“ die Mentalität großer Teile der deutschen Bevölkerung, über das „arme Deutschland“ zu jammern, obwohl im Vergleich zu den von den Nazis überfallenen Ländern die soziale Situation in Deutschland viel besser war. Padover fuhr hinter der militärischen Front der US-Armee durch Deutschland und interviewte Deutsche, um die Nazimentalität besser verstehen und dadurch die psychologische Kriegsführung der USA gegen Nazi-Deutschland verbessern zu können. Saul Padover berichtet:

„Wir schlenderten durch das verlassene Viertel und staunten über die prächtigen Häuser. Das waren keine Millionärsvillen, sondern gutbürgerliche Wohnhäuser, die, bis auf eine kaputte Tür oder gelegentlich ein zerbrochenes Fenster, zum größten Teil unversehrt geblieben und mit Elektrogeräten, Haushaltsgeräten und wuchtigen Möbelstücken reich ausgestattet waren. Schränke und Kommoden waren vollgestopft mit Seide, Spitzen und feinem Tuch, eleganten Anzügen, Sommer- und Wintersachen. Ich mußte an die Versorgungsmängel in England denken und an die bittere Armut in Frankreich. (...) ‚Armes Deutschland!‘ Wie oft sollte ich diesen Seufzer noch aus deutschen Mündern hören!“ (Padover: „Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45“, Frankfurt/M. 1999, S. 37/38)

⁸ Wir halten es auch nicht für angebracht, in diesem Zusammenhang von einem „unvorstellbaren Ausmaß“ zu sprechen. Das bedeutet, die Nazi-Verbrechen an den anderen Völkern herabzumindern oder auf die gleiche Stufe zu stellen – denn was könnte schlimmer sein als die Vorstellung eines „unvorstellbaren Ausmaßes“?

Der sowjetische Stadtkommandant Berlins, Generaloberst N. E. Bersarin, hat in seiner Rede zur Amtseinführung des demokratischen Magistrats von Berlin am 19. Mai 1945 festgestellt:

„Alle Zerstörungen, die Sie in Deutschland haben, sind Kleinigkeiten, gemessen an den Zerstörungen, die wir erfahren haben.“ (Zitiert nach: „Die Befreiung Berlins 1945 – Eine Dokumentation, Westberlin 1985, S. 241.)

⁹ Gegen die Vorstellung von den Deutschen als „Opfer, die man 1933 mitten im Schlaf überfallen“ habe, nahm der KPD-Genosse Alexander Abusch in seinem 1946 erschienenen Buch „Irrweg einer Nation – ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte“ richtig Stellung (siehe dazu ausführlich in Rot Front Nr. 8/9/10 „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-46)“ den Anhang 8, S. 618 ff.).

¹⁰ Brecht verdeutlicht dieses Problem in seinen „Flüchtlingsgesprächen“:

„Das Wort ‚Volk‘ ist ein eigentümliches Wort, ist Ihnen das auch schon aufgefallen? Es hat eine ganze andere Bedeutung nach außen als nach innen. Nach außen, nach den anderen Völkern hin, gehören die Großindustriellen, Junker, höheren Beamten, Generäle, Bischöfe usw. natürlich zum deutschen Volk, zu keinem andern. Aber nach innen hin, wo es sich also um die Herrschaft handelt, werden Sie diese Herrn immer vom Volk reden hören als von ‚der Masse‘ oder ‚den kleinen Leuten‘ usw.; sie selber gehören nicht dazu. Das Volk tät besser, auch so zu reden, nämlich daß die Herren nicht dazugehören.“ (Brecht: „Flüchtlingsgespräche“ in: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Band 14, Frankfurt/M. 1980, S. 1479)

¹¹ Über diese beiden Bedeutungen des Wortes „Volk“ hinaus taucht „Volk“ in der Tradition der internationalen kommunistischen Bewegung vor allem in Bezug auf die Kämpfe in den abhängigen und halbkolonialen Ländern in zahlreichen Wortbildungen wie „Volksrevolution“ oder „Volkskrieg“ auf, um die massenhafte Beteiligung der werktätigen Massen an den revolutionären Kämpfen deutlich zu machen. Jedoch gilt es auch hier, Lenins Hinweis zu berücksichtigen, der erklärte, die Kommunistische Partei:

„... kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Unverständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird.“

(Lenin: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, 1905, Lenin Werke Band 9, S. 102)

¹² Am 20. April 1933 schreibt Victor Klemperer in seiner Abhandlung über die Nazisprache, die „LTI“ (Lingua Tertii Imperii), in sein Tagebuch:

„‚Volk‘ wird jetzt beim Reden und Schreiben so oft verwandt wie Salz beim Essen, an alles gibt man eine Prise Volk: Volksfest, Volksgenosse, Volksgemeinschaft, volksnah, volksfremd, volksentstammt...“ (Klemperer: „LTI“, 1946, Leipzig 1996, S. 43)

¹³ Gerade vor diesem Hintergrund schrieb Bertolt Brecht am 11. 11. 1943 in sein „Arbeitsjournal“:

„ich wünschte wirklich, daß nie mehr gesprochen oder geschrieben werde vom ‚deutschen menschen‘ (lies: ‚doidschen‘) ... alle diese redensarten einer pffiffigen salesmanship von ‚deutscher Wissenschaft‘, ‚deutschem gemüt‘, ‚deutscher kultur‘ führen unhinderbar dann zu diesen ‚deutschen Schandtaten‘, gerade wir sind die rasse, die den anfang damit machen sollten, unser land das land nummer 11 zu nennen und basta.“ (Brecht: „Arbeitsjournal“, Zweiter Band, Frankfurt/M. 1974, S. 409)

¹⁴ Brecht: „Gespräche mit jungen Intellektuellen“ in: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Band 20, S. 313

¹⁵ Dem Aufbau eines antifaschistischen Deutschland, heißt es im Flugblatt IV der Gruppe von 1943

„...muß aber die klare Erkenntnis aller Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, und ein rücksichtsloser Kampf gegen Hitler und seine allzuvielen Helfershelfer, Parteimitglieder, Quislinge usw. vorausgehen. Mit aller Brutalität muß die Kluft zwischen dem besseren Teil des Volkes

und allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt, aufgerissen werden. Für Hitler und seine Anhänger gibt es auf dieser Erde keine Strafe, die ihren Taten gerecht wäre. Aber aus Liebe zu kommenden Generationen muß nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, daß niemand auch nur die geringste Lust je verspüren sollte, Ähnliches aufs neue zu versuchen. Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre!“ (Inge Scholl: „Die weiße Rose“, Frankfurt/Main 1985, S. 114)

¹⁶ Ganz deutlich kommt diese falsche Haltung bei der Rundfunkansprache des damaligen Vorsitzenden der KPD, Wilhelm Pieck, am 4. Mai 1945 anläßlich der Befreiung Berlins zum Ausdruck:

„Werktätige von Berlin! (...) Ihr habt auf die Warnung der Antifaschisten nicht gehört, seid ihren Aufrufen nicht gefolgt, ihr liebet euch blenden von den scheinbaren Erfolgen der Hitlermacht und nehmt in euch das Nazigift der imperialistischen Raubideologie auf. Ihr wurdet zu Werkzeugen des Hitlerkrieges und habt damit große Mitschuld und Verantwortung auf euch geladen.“ (Rundfunkansprache Wilhelm Piecks vom 4. Mai 1945 anläßlich der Befreiung Berlins, in: „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Reihe III, Band I, Mai 1945-April 1946, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.), Berlin 1959, S. 8)

Daß das verständliche, aber falsche „ihr“ den Werktätigen in Deutschland gegenüber seitens des zurückgekehrten Kader der KPD nicht haltbar ist, wenn die KPD eine Mehrheit der Werktätigen gewinnen und Vorhut dieser Werktätigen werden will, liegt auf der Hand. Insofern ist es nur die Kehrseite der Sache, daß in derselben Rede Piecks schon ausgesprochen wird, was uns die ganze Analyse der KPD und SED begleiten wird, die nicht ehrliche, im Grunde verlogene Anbiederei an „das deutsche Volk“ durch eine falsche Beschreibung der Lage der deutschen Bevölkerung im Stil des sogenannten „normalen Deutschen“. So heißt es bei Pieck, nachdem er das deutsche Volk als Werkzeug Hitler bezeichnet hat:

„Ward je ein Volk so tief geschändet und so tief zu Boden getreten wie das deutsche Volk durch Hitler? Er ist es, der unser Volk total versklavt und seinen kräftigsten Teil ausgerottet hat.“ (Ebenda, S. 7)

In dieser Ansammlung von Halbwahrheiten steckt ein ganzes falsches Programm, das „deutsche Volk und sein kräftigster Teil“ – eine schlimme Umschreibung der deutschen Soldateska –, in erster Linie doch als Opfer und nicht als mitschuldig einzustufen, sozusagen den Alliierten zuliebe von Schuld und Werkzeug zu sprechen, dann aber das deutsche Volk als „Opfer“ zu bemitleiden.

¹⁷ Daß hier ein Fehler von großem praktischen Gewicht vorlag, zeigte sich an den später geführten teilweise haarsträubenden Diskussionen zu der Frage, wer in Deutschland als Naziopfer zu gelten hatte. (Vgl. dazu ausführlich in Rot Front Nr. 8/9/10 „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-

46)“ die Anmerkung „Ein beschämender Streit um die Frage ‚Wer ist Nazi-Opfer?‘, Juni-September 1945, S.438-445) Im ‚Aufruf selbst zeigt sich diese Schwäche auch in dem Zehn Punkte-Dringlichkeitsprogramm.

¹⁸ Abdruck nach: „Deutsche Volkszeitung“, Nr. 1, 13. Juni 1945. Alle Hervorhebungen im Original

¹⁹ Als grob mißlungen ist der Versuch zu bewerten, die werk-tätigen und ausgebeuteten Massen mit *schaffendes* Volk in Stadt und Land“ oder *schaffendes* deutsches Volk“ einzugrenzen. Denn damit wird der nötige radikale Bruch mit der Nazi-sprache und der damit verbundenen Nazi-Ideologie nicht voll-zogen, da der Begriff „schaffend und raffend“ 12 Jahre lang im antisemitischen Zusammenhang eingehämmert worden war.

²⁰ „Hitlerregime“, „Hitlerismus“, „Hitlerstaat“, „Hitler-deutschland“, „Hitlerbarbarei“ – mit solchen und ähnlichen Begriffen versuchte das ZK der KPD in seinem Aufruf, den Nazifaschismus in verständlicher, populärer Form zu beschreiben. Dennoch sind solche personalisierenden, auf die Person Hitlers abzielenden Formulierungen gerade nach dem Tode Hitlers problematisch und zur Aufklärung eigentlich nicht brauchbar, denn sie haben einen großen Nachteil: Die Realität wird auf den Kopf gestellt. Denn in Wirklichkeit war der Nazi-faschismus im weiteren Sinne eben nicht das Regime, der Staat oder das Deutschland Adolf Hitlers, sondern der herrschenden Klasse in Deutschland: des deutschen Finanzkapitals. In Wirklichkeit war das Wesentliche im engeren Sinne am Nazifa-schismus nicht die Person Hitlers, sondern die verbrecherische nazifaschistische Ideologie und Politik.

²¹ Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs“.

²² Was bedeutet das „nationale Dasein unseres Volkes“? Statt der nazistischen deutsch-nationalistischen Ideologie den Kampf anzusagen, versucht die KPD sich bei denjenigen ver-hetzten Deutschen anzubiedern, die die Versklavung und Ver-nichtung anderer Völker bejaht und unterstützt haben und sich nun darüber beschwerten, daß zum Zwecke der Beendigung der nazistischen Völkermordpolitik das „nationale Dasein“ der Deutschen in einem selbständigen Staat durch die absehbare, wichtige und notwendige Besetzung des Landes zeitweilig unterbunden werden mußte.

²³ Kritisch muß hier angemerkt werden, daß die verbrecheri-sche Bombardierung durch die Nazi-Luftwaffe hier tendenziell auf die gleiche Stufe gestellt wird wie die gerechtfertigte und notwendige Bombardierung deutscher Städte durch die Luftge-schwader der Alliierten, zumal letztere nirgends betont oder erklärt wird. Bei der Bombardierung deutscher Städte durch die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition ging es aber nicht um Rache oder Vergeltung, nicht darum, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Es galt, Nazideutschland militärisch zu besiegen. (Vgl. dazu ausführlich das Flugblatt 2/05 von „Gegen die Strömung“: „60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!“

Ein Ziel der alliierten Kriegführung war es, durch den Luft-krieg den Mythos von der Unbesiegbarkeit der deutschen Luftwaffe zu vernichten, Bombe für Bombe den Glauben an die angebliche Unfehlbarkeit der Naziführer zu zerschlagen, um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre „Schutz“-Versprechen

nicht halten konnte, zu zerbrechen. Die Bombardierungen der deutschen Großstädte zeigten gerade in diesem Sinne durchaus Wirkung. Noch wichtigere Gründe für den alliierten Luftkrieg resultierten aus den klaren militärischen Notwendigkeiten, auf die nazistische Taktik der „Verwandlung der Großstädte in Festungen“ zu reagieren, Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Evakuierung der Zivilbevölke-rung zu erzwingen, um die nazistische Vernichtungsmaschine-rie zu stoppen und schließlich Deutschland mit möglichst ge-ringen eigenen Verlusten besetzen zu können.

Was Formulierungen betrifft, möchten wir hier zu bedenken geben, daß die kommentarlose Verwendung eines Begriffs wie „Ausradierung“ in der Nazisprache verhaftet bleibt.

²⁴ Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs“.

²⁵ Für problematisch halten wir bei genauer Betrachtung die agitatorisch verwendete Wendung „Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei“ als Synonym für die Befreiung vom Nazi-terror in Deutschland.

Erstens wird die subjektive Ebene, die Freiwilligkeit der Zu-stimmung und auch Unterstützung großer Teile der deutschen Bevölkerung für den Nazi-Faschismus damit ausgeblendet. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung fühlte sich subjektiv keinesfalls als Sklaven, sondern als Herrenmenschen.

Zweitens fällt auch die massenhafte Bereicherung werktätiger Schichten bei „Arisierungen“ und bei Plünderungen durch einfache Soldaten in den besetzten Ländern damit faktisch unter den Tisch, wenn lediglich von den „Ketten der Hitlersklaverei“ gesprochen wird.

Drittens wird nicht klar, wie privilegiert die „versklavten“ deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter im Gegensatz zu den Millionen Zwangs- und Sklavenarbeitern waren. (Vgl. dazu Flugblatt 2-3/2000 von „Gegen die Strömung“: „Zum Thema Zwangsarbeit: Die Forderungen der Verfolgten des Nazifa-schismus sind berechtigt!“)

Redaktionell hätte diese Passage folgendermaßen verbessert werden können:

„Die sowjetische Armee und ihre Verbündeten brachten die Befreiung vom Nazi-Regime, auch wenn viele nazis-tisch verhetzte Deutsche die Besetzung Deutschlands noch nicht als Befreiung begreifen!“

²⁶ Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs“.

²⁷ Nebenbei bemerkt: Wer etwas genauer darüber nachdenkt, wird rasch begreifen, daß die Charakterisierung der Frauen und Männer des Widerstands als „beste Deutsche“ in nationalisti-schen Kategorien verhaftet bleibt. Ist es denn wirklich so schwer, in diesem Zusammenhang beispielsweise von „den besten Kräften in Deutschland!“ zu sprechen? Mit einem Wett-streit darüber, welche politische Kraft die „besten Deutschen“ vorzuweisen hat, wird letztendlich nur dem deutschen Nationa-lismus Vorschub geleistet.

²⁸ Kritisch muß angemerkt werden, daß die KPD mit der Formulierung: „den Organismus des Volkes verseuchen“, zu einer Sprache greift, die deutlich macht, dass es ihr hier nicht gelungen ist, einen radikalen Bruch mit der Nazisprache zu vollziehen, die jahrelang millionenfach in die Köpfe der werk-tätigen Massen eingetrichtert worden war. Gerade vor diesem Hintergrund halten wir die Verwendung von biologistischen

Formulierungen wie die hier kritisierte für verfehlt, da sie sich nahtlos in die rassistische Nazi-Ideologie einfügen..

²⁹ Siehe dazu den Teil zur Kritik des „Aufrufs“.

³⁰ Ansatzweise und sehr vorsichtig, geradezu mit Samthandschuhen möchte man sagen, wird Kritik an bestimmten Aspekten der Politik der reaktionären Sozialdemokratie vor 1933 geübt. Unerwähnt bleibt allerdings, dass 1918/1919 eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Novemberrevolution erwürgte, daß sozialdemokratische Minister, Polizeipräsidenten usw. die Faschisierung vorantrieben und Steigbügelhalter der Nazifaschisten waren. Hier deutet sich faktisch schon an, was dann bei der Gründung der SED im April 1946 offenkundig wird: Um der angestrebten Einheit mit Teilen der Sozialdemokratie willen wird von vornherein auf die taktisch geschickte, aber dennoch demokratische und rücksichtslose Entlarvung der reaktionären Sozialdemokratie verzichtet. Dabei wäre genau das notwendig gewesen, um ehrliche und sich selbstkritisch neu orientierende Kräfte, vor allem aus der Basis der Sozialdemokratie, die sich während der Zeit des Nazifaschismus tatsächlich differenziert hatte, in prinzipienfester Weise im Kampf gegen die nach wie vor vorhandenen reaktionären Kräfte der Sozialdemokratie für eine antinazistische-demokratische Kampfeinheit zu gewinnen.

³¹ Diese Formulierung ist falsch, da die KPD, wie der „Aufruf“ selbstkritisch feststellt, sehr wohl „abgewichen“ ist! Richtig ist aber, daß die KPD nie kapituliert und den Kampf aufgegeben hat.

³² Bei dieser Formulierung möchten wir folgendes zu bedenken geben: Erstens ist es unbestritten und muß gegen alle antikomunistischen Angriffe verteidigt werden, daß die deutschen kommunistischen Kräfte in Deutschland gegen die Nazis an vorderster Front und an führender Stelle gekämpft haben, daß viele von ihnen dem Nazi-Terror widerstanden haben, ob in den Folterkellern der Gestapo-Gefängnisse oder in den Nazi-KZs. Zweitens muß aber auch bewußt sein, daß der gesamte Widerstand in Deutschland – und damit natürlich auch der kommunistische Widerstand – viel zu schwach war, daß das Nazi-Regime schließlich „von außen“ durch die Anti-Hitler-Koalition gestürzt werden mußte. Angesichts dieser Situation war es sehr wichtig, gerade diesen, wenn auch zu schwachen Widerstand immer und immer wieder herauszustellen gegen die Lebenslüge „man konnte ja gegen Hitler nichts machen“. Die Tatsache aber, daß die Sowjetarmee mit ungeheuren Opfern die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten befreien mußte, scheint uns kein Anlaß für „Stolz“ zu sein. Wir halten es deshalb für unverzichtbar, bei der Herausstellung des kommunistischen Widerstands auch zu betonen, daß die deutschen kommunistischen Kräfte hinsichtlich ihrer Erfolge im Kampf gegen die Nazis vor 1945 eher eine Art *Scham* erfassen mußte. Insofern ist der Begriff „Stolz“ hier nicht angebracht – unabhängig davon, daß man auch den Begriff an sich durchaus hinterfragen kann und zu diskutieren wäre, ob er nach 1945 überhaupt noch von deutschen kommunistischen Kräften benutzt werden konnte angesichts der Nutzung durch bürgerliche Kräfte und vor allem auch durch die Nazis.

³³ Der Grundtenor der durch die „deutsche Brille“ formulierten und an die deutschen Soldaten gerichteten Aussage von 1941 ist: „Der Krieg ist für Deutschland praktisch verloren.

Deshalb müßt ihr das sinkende Schiff lieber früher als zu spät verlassen!“ Die deutsche Bevölkerung soll offenbar gewarnt werden, das Naziregime nicht mehr länger zu unterstützen. Aber wie? „Wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“ Vor wem wird hier gewarnt? Vor der Verachtung der Völker der Welt? Vor den Folgen für Deutschland und die Deutschen? Vor der angeblichen „Rache der Sieger“? Doch gerade diese Frage hätte der Aufruf vier Jahre später nicht unbeantwortet im Raum stehenlassen dürfen.

Gewichtiger ist aber folgender Umstand: Der Auszug aus dem Aufruf von 1941, der sich „an das deutsche Volk und an das deutsche Heer“ richtete, stellte den Versuch der KPD dar, die sehr großen Teile der deutschen Bevölkerung zu erreichen, die nicht gegen den Nazifaschismus, gegen seinen Raub- und Vernichtungskrieg aus demokratischen oder humanistischen Motiven zu mobilisieren waren, sondern nur noch mit dem *Argument des wahrscheinlichen Mißerfolgs* dieses Regimes und der Konsequenzen, die dieser Mißerfolg für jeden einzelnen nach sich zieht.

Man mag darüber geteilter Meinung sein, ob dieser Rückgriff auf das Argument des drohenden Mißerfolgs, der Appell an das rechtzeitige opportunistische Umschwenken 1941 im Aufruf einer Kommunistischen Partei zulässig war oder nicht. Wenn man jedoch in Betracht zieht, daß es in diesem Aufruf „an das deutsche Volk und an das deutsche Heer“ nicht um die Gewinnung der Masse der Bevölkerung für den antinazistischen Kampf ging, weil davon angesichts deren Verhetzung gar keine Rede sein konnte; wenn man ferner berücksichtigt, daß es galt, eine Wirkung zu erreichen, die für die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und die Partisanengruppen nützlich war, ist unsere Meinung, daß Appelle, die eigene Haut zu retten, dann als Nebenaspekt einer prinzipiell aufgebauten Argumentation zulässig sind, wenn klargestellt und anschließend auch wertend charakterisiert wird, auf welcher Ebene hier Agitation betrieben wird.

³⁴ Diese Formulierung ist nicht falsch, möglicherweise jedoch nicht deutlich genug. 1945 war das brennende Problem nicht, vorrangig die fast hundert Jahre zurückliegende bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 zu vollenden. In Deutschland hatte sich bereits um die Jahrhundertwende der deutsche Imperialismus herausgebildet und es herrschte das Finanzkapital. Schon die Novemberrevolution 1918/19, die in diesem Zusammenhang im Aufruf nicht genannt wird, hatte durch den Sturz der Monarchie zur bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform der deutschen Bourgeoisie geführt.

Damit bestreiten wir nicht die aus der deutschen Geschichte stammenden besonderen Merkmale des deutschen Imperialismus, deren Gewicht sich durch den Nazifaschismus auf neuer Grundlage erhöht hatte, dabei insbesondere die Rolle des reaktionären Preußentums. Aber diese Aufgaben galt es im Zusammenhang mit dem Hauptkettenglied Entnazifizierung (und ihm untergeordnet) zur Vertiefung des antinazistischen Kampfs anzupacken. Sonst könnte im Grunde (wie später geschehen) vom entscheidenden Problem des Nazifaschismus abgelenkt werden, wenn davon losgelöst, sozusagen als eigenständiger Bereich, die Aufgabe gestellt wird, „die feudalen Überreste völlig zu beseitigen“.

Tatsächlich bestanden nach der weitgehend gescheiterten Re-

volution von 1848 die feudalen Verhältnisse oder Elemente keineswegs einfach weiter. Vielmehr entwickelte sich insbesondere seit 1871 der industrielle Kapitalismus, aber auch der Kapitalismus in der Landwirtschaft auf dem von Lenin so genannten „preußischen Weg“ sprunghaft vorwärts. Das Bündnis zwischen deutscher industrieller Bourgeoisie und feudalistischen Großgrundbesitzern, insbesondere den preußischen Junkern, führte schließlich zur Verschmelzung beider zur einen herrschenden Klasse in Deutschland: die einen in der Hauptsache als industrielle, die anderen in der Hauptsache als landwirtschaftliche Kapitalisten. So entstand der von Lenin so benannte „junkerlich-bourgeoise Imperialismus“ in Deutschland. Seit 1918/19 waren „feudalen Überreste“ in Deutschland jedenfalls nicht mehr entscheidend. Der noch vorhandene, teilweise riesige Großgrundbesitz war in der Tat ein Resultat dessen, daß in Deutschland niemals der Großgrundbesitz in einer siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution zerschlagen wurde.

³⁵ Siehe dazu im Teil zur Kritik des „Aufrufs“.

³⁶ Die Verwendung des nebulös mystisch-religiösen Begriffs „Wiedergeburt“ im Zusammenhang mit der Schaffung eines antinazistischen demokratischen Regimes auf den Trümmern des geschlagenen Nazideutschlands halten wir für falsch. Die Frage, welches Deutschland hier „wiedergeboren“ werden soll, bleibt unbeantwortet. Nicht nur aus kommunistischer, auch aus antifaschistisch-demokratischer Sicht besteht jedoch kein Zweifel daran, daß geschichtlich die Wiederkehr keines vorherigen Regimes in Deutschland wünschenswert war.

³⁷ Die Verwendung des Begriffs „Überreste“ ist hier unserer Meinung nach nicht völlig falsch, aber auch nicht in jeder Hinsicht richtig. Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man unter „Überreste“ eher kleine Nebensächlichkeiten, Überbleibsel eben, nachdem die Hauptsache bereits erledigt ist. *Insofern* ist die Verwendung des Begriffs „Überreste“ im „Aufruf“ problematisch, konnte man ihn doch als Verniedlichung der anstehenden Aufgaben auffassen, so als ob die Hauptaufgaben im antinazistischen Kampf bereits erledigt seien und es jetzt nur noch um die restlose Vernichtung einiger Überbleibsel ginge. Vielmehr war die Situation aber so, daß die Partisaninnen und Partisanen zusammen mit den Armeen der Anti-Hitler-Koalition gerade die erste wesentliche Hürde zur Vernichtung des Nazismus genommen hatten, nämlich die Brechung des militärischen Widerstands Nazi-Deutschlands, die Zerschlagung der Nazi-Wehrmacht und der übrigen bewaffneten Nazi-Verbände. Nicht unerhebliche Teile des Überbaus der nazifaschistischen Diktatur mußten noch zerschlagen werden, die Entnazifizierung auf politisch-ideologischem und auf ökonomischem Gebiet hatte gerade erst begonnen.

Der Begriff „Überreste“ hat in den Dokumenten des wissenschaftlichen Kommunismus jedoch noch eine weitere Bedeutung, wie er auch in den Schriften Lenins und Stalins zu finden ist, wenn es beispielsweise um die „feudalen Überreste“ im zaristischen Rußland geht. In diesem Sinne bedeutet „Überreste“, daß trotz der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus im damaligen zaristischen Rußland bestimmte mittelalterlich-feudale Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung wie z. B. die Leibeigenschaft beibehalten wurden und mit dem bürokratisch-militärischen Überbau des zaristischen Regimes verschmolzen. In diesem Sinne bedeuten „Überreste“ ganz und gar keine Kleinigkeiten, vielmehr waren sie auf dem russischen

Dorf die dominierende Form der Unterdrückung, und das Vorhandensein dieser feudalen Überreste drückte der gesamten Revolution in Rußland ihren Stempel auf, denn die Zerschlagung des Zarismus und der zaristisch-feudalen Überreste waren die Hauptzielscheibe der demokratischen Revolution.

³⁸ Zu kritisieren ist die Formulierung „Hitlers Volksverrat“. Die Nazis mit Hitler an der Spitze haben nie auf der Seite des „Volks“ gestanden. Worin also soll dieser „Verrat“ bestanden haben?

³⁹ Gewiß, nach dem militärischen Sieg über den Nazifaschismus gab es kriegsbedingte Zerstörungen und sicherlich auch chaotische Zustände. Die „Herstellung von Ruhe und Ordnung“ ist jedoch von jeher ein Kampfbegriff der Reaktion, der sich gerade auch gegen „kommunistische Unruhestifter“ wendet, um die „Ruhe und Ordnung“ der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu sichern bzw. wiederherzustellen.

Unbestreitbar gab es dieses Bestreben innerhalb der Bevölkerung. Wir denken jedoch, daß die KPD im Kampf dagegen hätte bewusst machen müssen, daß es nach zwölf Jahren nazistischen Terrors, Versklavung anderer Völker und Völkermord keineswegs einfach eine Rückkehr zur „Normalität“ geben kann. Die KPD stand vor der Aufgabe, der Masse der Werktätigen bewußtzumachen, daß es vor allem um die Aufgabe der Entfaltung eines umfassenden und massenhaften Kampfes gegen die Nazis und den Nazismus ging, und nicht vorrangig um die Wasserspülungen der Toiletten.

⁴⁰ Das hier vorgeschlagene Aktionsprogramm zielte nicht auf die Beseitigung des Kapitalismus ab, sondern auf eine möglichst umfassende und tiefgehende Liquidierung des Nazismus. Dennoch ist die „völlig ungehinderte Entfaltung“ der kapitalistischen „Initiative“ eine Übertreibung, die aus zweierlei Gründen falsch ist. Zum einen waren kapitalistische Kriegsverbrecher und Nazis ausgenommen, sie wurden, wie der Punkt 6 richtig ausführt, enteignet. Deren „private Unternehmerinitiative“ war sehr wohl eingeschränkt. Zum anderen bedeutet „völlig ungehindert“ im Grunde eine schrankenlose kapitalistische Ausbeutung. Gleichzeitig und im Widerspruch hierzu formuliert Punkt 5 eine *Beschränkung* der kapitalistischen Ausbeutung.

⁴¹ Der aus der Biologie stammende Begriff „Rasse“ ist ein wichtiger Bestandteil der bürgerlichen Ideologie, um an tiefsitzende Vorurteile anzuknüpfen und Menschen aufgrund äußerer Merkmale wie z. B. der Hautfarbe analog zum Tierreich bestimmte Charaktereigenschaften anzudichten.

In den Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre taucht in der Tat – und unserer Meinung nach problematisch – der Begriff „Rasse“, „Rassendiskriminierung“ an verschiedenen Stellen als Synonym für die Unterdrückung von Menschen „nichtweißer“ Hautfarbe auf, so beispielsweise in den Dokumenten der Kommunistischen Internationale zum Kampf gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in den USA, aber auch in der 1936 verabschiedeten Verfassung der sozialistischen Sowjetunion, in der die „Gleichberechtigung der Bürger der UdSSR (...) unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse“ festgeschrieben wurde (siehe Stalin: „Verfassung der UdSSR“, 1938, Werke Band 14, S. 114). Doch darum geht es hier nicht.

Wenn der „Aufruf“ jedoch „Gleichheit aller Bürger ohne Un-

terschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses“ fordert, so liegt die Vermutung nahe, daß es dem Aufruf hier *nicht* um den Kampf gegen die Diskriminierung etwa von Menschen schwarzer Hautfarbe in Deutschland geht. Zumindest hat die übergroße Mehrheit diese Passage sicherlich so verstanden, daß damit die jüdische Bevölkerung (und möglicherweise „die Zigeuner“, die Sinti und Roma) gemeint sind, die in der nazirassistischen Ideologie als „Rassen“, ja sogar als „minderwertige Menschenrassen“ galten. Die KPD stellt sich im Aufruf nun auf den Standpunkt „Alle Rassen sind gleich“ und akzeptiert damit die absurde These, daß Juden, Sinti und Roma „Rassen“ seien, statt den nazistischen Rassebegriff, insbesondere im Kampf gegen den Antisemitismus und den Antiziganismus, selbst in Frage zu stellen.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre statt dessen folgende Formulierung, in Anlehnung an Marx' programmatische Formulierung in den Statuten der Ersten Internationale (vgl. Marx: „Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation“, 1871, Marx/Engels Werke Band 17, S. 441) sicherlich eindeutiger und klarer gewesen:

„Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube, Nationalität oder Geschlecht vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassismus.“

⁴² Sicherlich war es richtig und Bestandteil der Aufklärung über die Naziverbrechen, *auch* klarzumachen, welche Verbrechen die Nazis gegenüber Teilen der deutschen Bevölkerung begangen haben, insbesondere aber nicht zu verwischen, daß diese Verbrechen an der deutschen jüdischen Bevölkerung und den deutschen Sinti sowie auch an den deutschen Antifaschistinnen und Antifaschisten begangen worden waren.

Indem dies aber nicht in den Rahmen gestellt wird, vorrangig die Aufklärung über die Folgen der Nazipolitik für die anderen Völker zu fordern, wird im Grunde der nationalistisch beschränkte Wahrnehmungshorizont eines „durchschnittlichen Deutschen“ nicht überschritten, der die „katastrophalen Folgen“ des Nazifaschismus *für sich* eben darin sah, daß der Krieg mit der deutschen Niederlage endete, daß es nun auch in Deutschland teilweise Zerstörungen gab, mancher Angehörige (als Angehöriger der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht) gefallen oder verstümmelt oder in Kriegsgefangenschaft geraten war, ohne Schuld und Mitschuld zu erkennen und anzuerkennen, ohne Schuld- und Schamgefühl gegenüber den entsetzlichen Nazi-Verbrechen an den Völkern zu empfinden.

⁴³ Hier werden verschiedene Probleme aufgelistet, die es gerade auch im Interesse der antinazistischen Erziehung der breiten Massen der Werktätigen zu unterscheiden und auseinander zuhalten galt. Den Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors in den Vernichtungslagern, KZs und Kerkern mußte ideologisch und politisch doch ein ganz anderer Nachdruck und Stellenwert verliehen werden, als den in der werktätigen Bevölkerung weitgehend als „selbstverständlich“ angesehenen Fürsorgemaßnahmen etwa für Waisenkinder und Mütter oder gar für Invalide, die sich ihre körperliche Beeinträchtigung durch die Teilnahme am verbrecherischen Nazikrieg zugezogen haben.

⁴⁴ Selbstverständlich wurden Großbauern, wenn sie Nazis waren, auch enteignet. Für den Zeitraum bis 1.1.1950 sind folgende Angaben vorhanden: Im Zusammenhang mit der Bodenreform gingen aus „Privatbesitz unter 100 Hektar (Nazis und Kriegsverbrecher)“ 4537 Objekte mit einer Gesamtfläche von 131742 Hektar in den Bodenfonds ein (vgl. Ulbricht: „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, Band I, 1. Halbband, Berlin 1955, S. 414).

⁴⁵ Dieses zunächst möglicherweise plausibel erscheinende, weil klassenmäßig klingende Kriterium impliziert bei näherer Betrachtung im Grunde die Formel: „Je reicher, desto mehr Schuld.“ Es gab eine riesige Masse von Naziverbrechern ohne großes Vermögen, die in sehr großem Ausmaß Naziverbrechen begingen. Das Kriterium mußte jedoch vorrangig die schuldhaftige Einbindung in das Nazi-Regime sein und nicht die Frage des Vermögens einzelner Personen.

Noch eine grundsätzliche Anmerkung darüber hinaus: Der Begriff „Wiedergutmachung“ ist für das Gesamtproblem der Naziverbrechen allenfalls in materieller Hinsicht verwendbar. Die Verbrechen der Nazis, insbesondere der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung sowie an den Sinti und Roma, die millionenfache Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener usw., alles das konnte durch niemanden und nichts „wiedergutmacht“ werden. Es konnte und mußte darum gehen, wie es im Potsdamer Abkommen heißt, „in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden einen Ausgleich zu schaffen“. Es galt, die überlebenden Opfer maximal zu entschädigen und für die materiellen Schäden und Verwüstungen umfassend Reparationen zu leisten.

★

Karl Marx' Aufruf ist aktueller denn je: Krieg den deutschen Zuständen!

„Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen *unter dem Niveau der Geschichte*, sie sind *unter aller Kritik*, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des *Scharfrichters* bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfs, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr *Feind*, den sie nicht widerlegen, sondern *vernichten* will. ...

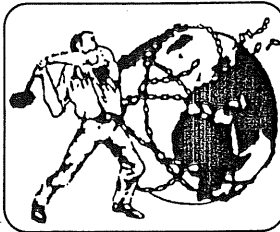


Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. Man muß jede Sphäre der deutschen Gesellschaft als den *Schandfleck** der deutschen Gesellschaft schildern, man muß die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“

(Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, 1844, Marx-Engels-Werke, Band I, S.380/381) * im Original: die partie honteuse



GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5-6/05

Mai/Juni 2005

8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus

8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch

Argumente gegen Geschichtsrevisionismus

Vor und am 8. Mai 2005 haben die verschiedenen Abteilungen des deutschen Imperialismus eine Art erneute Propaganda-offensive unter der Flagge der „universellen Menschenrechte“ gestartet: Im pathetischen Ton wird verkündet „Ja, Hitler war wirklich böse, aber...“ Es ist dieses „ABER“, um das es geht. Aber? „Aber“ was? Nun, es wird die unwahre Behauptung aufgetischt, die ganze Zeit wäre es um „die Juden“ gegangen, 60 Jahre lang, und nun müsse endlich die sogenannte „ganze Wahrheit“ auf den Tisch:

Punkt 1: Das Leid der deutschen Zivilbevölkerung in den Bunkern. Nicht nur Anne Frank habe gelitten, so Bundespräsident Köhler, sondern auch der kleine Dieter im Luftschutzkeller in Deutschland.

Punkt 2: Und gar erst die deutschem Menschen, die vor der Roten Armee flohen, als der Krieg der deutschen Wehrmacht doch nicht gewonnen wurde. Vor allem die sich als „Deutsche“ bezeichnenden Menschen in der Tschechoslowakei und in Polen. Die, die nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion, der USA, England und Frankreich nach Deutschland umgesiedelt wurden.

Punkt 3: Die „Deutschen“, so Bundespräsident Köhler, hätten eine „Begabung zur Freiheit“ und so hatten sie nicht nur akribisch Juden umgebracht, sondern bis heute dies auch akribisch dokumentiert und in vorbildlicher Weise dafür „geradegestanden“. Das mache den Deutschen so leicht niemand nach. „Wir haben guten Grund, stolz auf unser Land zu sein“, verkündet Köhler ausgerechnet am 8. Mai. Nein, so Köhler, die Deutschen werden keinen Schlußstrich ziehen, jetzt geht es erst richtig los mit der Beseitigung des „Unrechts“. Und zwar des „Unrechts“ gegen die Deutschen. Denn es gehe darum, „gerecht gegen das eigene Volk“ zu sein und die „ganze Geschichte zu sehen“.

Also: Warum eigentlich mußte Deutschland bombardiert und dann vollständig besetzt werden, warum wurden Deutsche 1945 zu Zehntausenden in Untersuchungshaft genommen, warum wurden so genannte „deutsche Minderheiten“ aus Polen und der Tschechoslowakei umgesiedelt? Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand, wenn wirklich die „ganze Geschichte“ gesehen wird.

Die Antwort ist nicht 1945 zu finden. Die Antwort ist auch nicht durch individualisierende Darstellungen des Leidens des „kleinen Dieter“ zu finden. Die Antwort setzt das Wissen voraus, daß der Nazi-Faschismus 1933 in Deutschland die Regierungs- und Staatsgeschäfte in Koalition mit den „Deutsch-Nationalen“ im Interesse des deutschen Imperialismus übernahm und systematisch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach der Zerschlagung der Massenorganisationen der deutschen Arbeiterbewegung in den imperialistischen Raubkrieg gegen andere Völker einband.

In der Zeitspanne von 1933 bis 1938 wurde im Inneren durch Gestapo-Terror und Nazi-Propaganda, durch antisemitische Pogrome und „Kraft-durch-Freude“-Programme eine solide, feste Massenbasis von nazistisch verhetzten deutschen Millionenmassen geschaffen, die nach 1939 begeistert die ersten Siege im Krieg Nazi-Deutschlands begrüßten, auch in der Zeitspanne der sich abzeichnenden Niederlage keinen massenhaften und bewaffneten Widerstand leisteten und buchstäblich bis 5 Minuten nach 12, wie der Häuserkampf in Berlin im April-Mai 1945 zeigte, den inneren oder wirklichen Eid auf Adolf Hitler nicht brachen. 1932/33 war die KPD in Berlin noch die stärkste Partei bei Wahlen geworden, 1945 agitierten die wenigen Kader der KPD mit ihrem Aufruf zum Sturz des Nazi-Faschismus weitgehend in Isolation, im Nazi-Feindesland. In keiner Stadt Deutschlands wird das ganze Ausmaß des Niedergangs der Arbeiterklasse so deutlich wie in Berlin. Noch bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde die KPD die stärkste der Parteien (KPD 31 %, SPD 23 %, NSDAP 26 %). Am 2. Mai 1948 stellte der Chef der Informationsabteilung der „Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland“ (SMAD), Oberst Tulpanow in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung Berlins fest wie die Lage im Mai 1945 war:

„... es fanden sich in keinem Teile der Stadt Leute oder gar Organisationen, die Kraft und Mühe genug besaßen hätten, die Waffen umzudrehen und sich gegen Hitler zu erheben.“

Allein in den letzten Wochen des Kampfes um Berlin verlor die Rote Armee so noch 300.000 Soldaten, in den letzten Tagen 30.000 Soldaten, denn es mußte buchstäblich um jede Straße und um jedes Haus gekämpft werden, bis die Sowjetfahne auf dem Reichstag gehißt, bis am 8./9. Mai 1945 die Kapitulation der deutschen Armee unterzeichnet wurde.

Die Bombardierungen der deutschen Städte ermöglichten und erleichterten den Vormarsch der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, jede Bombe der alliierten Luftwaffen, die nicht nur militärische Ziele traf, war eine Folge des Nazi-Krieges.

Das Potsdamer Abkommen besiegelte die – wie wir heute wissen – zeitweilige Niederlage des deutschen Imperialismus. Der Kampf eben gegen dieses Potsdamer Abkommen ist heute eine zentrale ideologische und politische Leitlinie des deutschen Imperialismus, der seit dem 8. Mai 1945 bis heute dieses Abkommen nie anerkannte und auch durch den 2 plus 4 Vertrag 1990 ausdrücklich keinen Friedensvertrag abschloß, um nicht an die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens gebunden zu sein.

Gehen wir der Reihe nach vor.

I. Die Verbrechen des Nazi-Faschismus als Ausgangspunkt Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte

Am 30. Januar 1933 wurde in Deutschland die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals errichtet, die Nazi-Partei übernahm die Regierungsgeschäfte. Sofort setzte der **staatlich organisierte Nazi-Terror gegen die deutsche Arbeiterbewegung** und andere Gegner des Nazi-Regimes ein. Schon am 1. April 1933 manifestierte sich der Antisemitismus im Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte. Die Nazis verhafteten, mordeten und folterten vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, die Gefängnisse und die errichteten KZs waren bald gefüllt vor allem mit Genossinnen und Genossen der KPD, aber auch mit anderen wirklichen oder vermeintlichen Gegnern der Nazis. Nach dem Überfall des Nazifaschismus auf andere Länder ab 1938 füllten sich die KZs mit Genossinnen und Genossen aus diesen Ländern. Die Nazis überzogen ganz Europa mit einem System von Galgen, Massenerschießungen, Folter und Terror.

Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern

Während des Nürnberger Prozesses wurde ausführlich auf die Plünderungen und Zerstörungen eingegangen, die die Nazis in den von ihnen überfallenen Ländern begangen hatten.

Insbesondere in der sozialistischen Sowjetunion wurde ein immenser materieller Schaden angerichtet. Ganze Städte wurden teilweise oder vollständig zerstört, Dörfer vernichtet, in ungeheurem Ausmaß wurde geplündert, geraubt und zerstört (der Schaden belief sich z. B. in der Sowjetunion auf 679 Milliarden Rubel, das entsprach 128 Milliarden US-Dollar)

Millionenfache Sklavenarbeit

Mit dem Überfall auf andere Länder begannen die Nazis in ausgedehnten Treibjagden Menschen einzufangen und ins „Deutsche Reich“ zu verschleppen, wo sie in Betrieben des deutschen Imperialismus Sklavenarbeit verrichten mußten. Das deutsche Finanzkapital präbte aus diesen Sklavenarbeiterinnen und -arbeitern riesige Profite heraus.

„Wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein.“

Zur geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Rede des Bundespräsidenten Köhler am 8. Mai 2005

Kritik in fünf Schritten

I. „Wir trauern um alle Opfer Deutschlands – um die Opfer der Gewalt, die von Deutschland ausging, und um die Opfer der Gewalt, die auf Deutschland zurückschlug. Wir trauern um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes.“ (S. 2)

Ursache und Wirkung werden in diesem Zitat und in der ganzen Rede auf eine Stufe gestellt. Der Krieg zwischen Nazi-Deutschland und der Anti-Hitler-Koalition wird sozusagen als von beiden Seiten mit Gewalt verbunden und somit ungerecht dargestellt. Unterstellt wird, daß um die „eigenen“ Opfer in den letzten Jahrzehnten Ungerechtigkeit existierte, die beseitigt werden mußte. Jede wissenschaftliche Analyse der Reden von Politikern der herrschenden Klasse Deutschland beweist jedoch, daß ab 1945 bis heute immer und immer wieder in geschichtsrevisionistischem Kontext die sogenannten „deutschen Opfer“ auf eine Stufe gestellt wurden mit den wirklichen Opfern des nazifaschistischen Völkermords und des nazifaschistischen imperialistischen Raubkrieges. Es liegt zudem auf der Hand, daß in diesen allgemeinen „Opferbegriff“ all die getöteten Gestapo-Mörder, SS-Mörder, Wehrmachtsmörder auf eine Stufe gestellt werden, mit vom Krieg betroffenen und getöteten Kindern, deren Leid und Tod selbstverständlich auch auf das Konto des deutschen Nazi-Faschismus geht, aber eben doch anders eingeschätzt werden müssen, als die von den alliierten Streitkräften getöteten Nazi-Täter, die hier von Köhler als „Opfer“ dargestellt werden.

II. „Wir gedenken der mehr als eine Millionen Landsleute, die in fremder Gefangenschaft starben... Wir gedenken des Leids der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, der vergewaltigten Frauen und Opfer des Bombenkrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung.“ (S. 2)

Auch in dieser Passage ist die Demagogie Köhlers handgreiflich: Unter den angeblich „Millionen Landsleuten“, die in Kriegsgefangenschaft starben, befanden sich Hunderttausende Nazi-Kriegs-Verbrecher im engen Sinne des Wortes, und Hunderttausende Nazis, die schließlich im Rahmen des Krieges und der Kriegsgefangenschaft nach einem Krieges, den sie viele Jahre selbst geführt hatten, gestorben sind. Zwischen Ursache und Wirkung wird kein Unterschied gemacht. Nicht als Anklage gegen die Nazis, sondern gegen die Alliierten soll hier agiert werden.

III. „Hören wir ... zu... dem Schriftsteller Dieter Forte, der als Kind die Bombenangriffe auf Düsseldorf erlebte und darum noch heute Alpträume hat, und Anne Frank, die sich mit ihrer Familie jahrelang vor der Gestapo versteckt hielt und am Ende doch im Konzentrationslager umkam.“ (S. 3)

Vielleicht die infamste und skrupelloseste geschichtsrevisionistische Verfälschung läßt sich an dieser Passage nachweisen. Anne Frank, Symbol der Ermordung von 6 Millionen ermordeter Juden, von 1,5 Millionen ermordeter Kinder wird hier in einem Atemzug benannt, mit den Schrecken eines erfolgreichen überlebenden Schriftstellers, der in Folge des Nazi-Krieges individuell gewiß gelitten hat, aber weder bewußt umgebracht werden sollte, nicht rassistisch verfolgt war, sondern lediglich unter den Umständen, daß die Nazis sich weigerten die Großstädte zu räumen, in gerechte Kriegshandlungen der Alliierten involviert war. Überall dort, wo die demokratisch motivierten alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte nicht als Anklage gegen die Nazis genutzt werden, sondern scheinbar „neutral“ gleichgesetzt werden mit den verbrecherisch motivierten Handlungen der Nazis, da handelt es sich um die Veruschung von Ursache und Wirkung, um Geschichtsrevisionismus.

IV. „Wir haben aber auch die Gewißheit, daß wir Deutsche den Weg zu unserer freien und demokratischen Gesellschaft aus eigener Begabung zur Freiheit gegangen sind.“ (S. 9)

„Eigene Begabung zur Freiheit“? Sozusagen genetisch angeboren den Deutschen, die „Begabung zur Freiheit“? Selbst wenn wir uns aus dem Begriff der „Begabung“ und seinen biologistischen Auslegungen lösen, wird deutlich, daß Köhler wahrlich alles auf den Kopf stellt. Geschichtlich entwickelt hat sich in Wahrheit eine eben nicht an Freiheit orientierte Mentalität großer Teile der deutschen Bevölkerung, sonst wäre das Nazi-Regime mit seinen Verbrechen nicht möglich, die Besetzung Deutschlands nicht nötig gewesen. Wogepieret wird hier mit einem Schnitt die Notwendigkeit des militärischen Sieges nicht nur über die Armee des deutschen Imperialismus, sondern auch über die große Mehrheit der nazi-faschistisch indoktrinierten deutschen Bevölkerung.

V. „Die Bundeswehr hilft weltweit, den Frieden zu sichern und die Menschenrechte durchzusetzen.“ ... „Wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein.“ (S. 10)

Der deutsche „Verantwortungs-Imperialismus“ in Reinkultur! Die von alten Nazis aufgebaute Bundeswehr wird als Heldbringer in der Welt gepriesen, obwohl es sich um Sicherung imperialistischer Einflusssphären bei den „Auslands-Einsätzen der Bundeswehr“ handelt. Die alte Nazi-Parole: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ wird ungeniert übernommen an einem Tag, in dem nur eine Gefühlsregung angebracht wäre: Scham!!

Nachbemerkung: Bei der Analyse des Textes der Rede von Horst Köhler gehen wir nicht auf alle falschen Aspekte seiner Rede ein, sondern greifen nur einige Aspekte heraus, die wir hier und im Haupttext des Flugblattes inhaltlich widerlegt haben. Von der erste bis zur letzten Zeile ist die ganze Rede Köhlers, von Haß gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins und Antikommunismus durchdrungen. Angemerkt sei auch noch, daß Horst Köhler ganz bewußt den Völkermord an den Juden Europas nicht als solchen benennt und auch geschichtsrevisionistisch den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma nicht als solchen benennt und auf eine Stufe stellt mit der Ermordung und Verfolgung von Behinderten, „politisch Andersdenkenden“ und Homosexuellen. (Quelle: „Begabung zur Freiheit“, Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestages des Endes des zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 2005; www.bundespraesident.de)

Rot Front Nr. 8/9/10: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)
u.a.
■ Kritische Einschätzung des KPD-Aufbaus vom 11. Juni 1945
■ Zum Charakter der Anti-Hitler-Koalition
■ Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein
■ Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

706 Seiten, 33 Euro, ISBN 3-932636-38-4; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt

Füßen getreten und sofort eine imperialistische Politik für den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus eingeleitet hätte.

Deshalb mußte klar sein, daß aus antinazistisch-demokratischer und aus kommunistischer Sicht dieses großmachtimperialistische „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ keinerlei Berechtigung hatte. Für die demokratischen und kommunistischen Kräfte ging es direkt nach 1945 darum, die Nazis und ihre Unterstützer diktatorisch niederzuhalten, den Nazis möglichst weitgehend die demokratischen Rechte zu entziehen, und zwar auf der Grundlage der Entziehung der politischen Selbständigkeit Deutschlands durch seine zeitweilige Besetzung, mit Hilfe von Gefängnissen, gestützt auf die Panzer, Gewehre und Soldaten der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der sowjetischen Streitkräfte.

Es ging aber nicht nur um die Unterdrückung und Niederhaltung der nazistischen Kräfte. Die Nazis waren bewußt und gezielt ein Bündnis mit breiten Teilen reaktionärer „deutschnationaler“ Kräfte eingegangen, um ihren Masseneinfluß maximal zu erhöhen. Diese Kräfte und auch andere reaktionäre Kräfte, die zwar mit den Nazis zwischen 1933 und 1945 kein direktes Bündnis eingegangen waren, jedoch nach 1945 die Ziele der deutschen Imperialisten politisch vertraten, wie z.B. große Teile der SPD unter Führung Schumachers, waren ausdrücklich und direkt gegen das Potsdamer Abkommen eingestellt. Auch für diese Kräfte, die das Potsdamer Abkommen im Dienste des Wiederaufstiegs des deutschen Imperialismus sabotieren wollten, gab es kein „Selbstbestimmungsrecht“. Auch sie mußten diktatorisch niedergehalten werden, um den Kampf zur Vernichtung der noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschlands und die Entziehung der politischen Souveränität war also solange notwendig, bis gewährleistet war, daß die demokratischen Kräfte in Deutschland aus eigener Kraft ein demokratisches Deutschland auf der Grundlage der diktatorischen Unterdrückung der nazistischen und anderer reaktionärer Kräfte aufbauen konnten, das sämtliche gerechten Forderungen der von den Nazis überfallenen Völker erfüllen konnte und in der Lage war, dauerhaft die Entmilitarisierung Deutschlands zu garantieren.

III. Das Potsdamer Abkommen

Zum Charakter des Potsdamer Abkommens

Von Ende Juli bis zum 2. August 1945 trafen sich in Potsdam die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, die Vertreter der sozialistischen Sowjetunion, der USA und Englands. Es gelang den Vertretern der sozialistischen Sowjetunion, den imperialistischen Teilnehmern der Potsdamer Konferenz weitgehende Zugeständnisse abzurufen, um die Weichen für die Vernichtung der noch existierenden Bestandteile des Nazi-Faschismus zu stellen.

Als grundlegende Ziele der Politik der Anti-Hitler-Koalition in Deutschland wurde im Potsdamer Abkommen folgendes festgelegt:

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten werden in Übereinstimmung miteinander in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen treffen, die notwendig sind, damit Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf dieses Ziel gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, mit der Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“

Diese demokratische Zielsetzung des Potsdamer Abkommens war eine wichtige Waffe für die kommunistischen Kräfte, barg aber auch ein Problem in sich, das bewußt sein mußte:

Der Nazismus und deutsche Militarismus konnte letztendlich von der Wurzel her nur durch die proletarische Revolution vernichtet werden. Das Potsdamer Abkommen hatte aber nicht das Ziel, das kapitalistisch-imperialistische System in Deutschland zu beseitigen — was sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß drei imperialistische Staaten dieses Abkommen mit unterzeichnet hatten (die proletarische Revolution kann ohnehin nicht exportiert werden). Jedoch war das Potsdamer Abkommen deshalb keineswegs eine Vereinbarung, die von den deutschen Imperialisten leicht akzeptiert werden konnte und bloß reformistische Illusionen in eine „Vernichtung des Nazismus“ ohne proletarische Revolution schürte. Das Potsdamer Abkommen traf mit seinen Forderungen und Beschlüssen sehr weitgehend zentrale Interessen der deutschen Imperialisten und war eine zentrale Waffe im Kampf der kommunistischen Kräfte gegen den deutschen Imperialismus.

Erstens entstanden entscheidende Rahmenbedingungen für die Errichtung eines demokratischen Deutschland, in dem die Nazis diktatorisch unterdrückt werden konnten. Dieses demokratische Deutschland, davon ging das Potsdamer Abkommen zu

Die Anklageschrift beschreibt detailliert die grausamen Transportbedingungen. Zusammengepfercht in Eisenbahnwaggons, ohne ausreichende Nahrung und Kleidung, starben Hunderte schon während des jeweiligen Transports. Die Anklageschrift nennt auch Zahlen der Verschleppten. Einige wenige Beispiele: Aus der Sowjetunion wurden 4,98 Millionen, aus der Tschechoslowakei 750.000, aus den Niederlanden 500.000 nach Deutschland zur Sklavenarbeit verschleppt. Hunderttausende haben den Terror der Sklavenarbeit in den Betrieben des deutschen Imperialismus nicht überlebt. Der Nürnberger Prozeß schlußfolgerte: „Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte.“

Bombardierung von Städten, Geislerschießungen, Zwangsgermanisierungspolitik

Graßstädte wie Rotterdam und Warschau wurden bombardiert, ganze Dörfer wurden ausgelöscht. Die Anklageschrift nennt hier z. B. Dörfer in Jugoslawien, Griechenland und der Tschechoslowakei. Allein in der Sowjetunion wurden 1710 Städte und mehr als 70.000 Ortschaften aufs Schlimmste zerstört oder vollständig vernichtet. Die SS, deutsche Polizeieinheiten und die Wehrmacht führten Geislerschießungen in den besetzten Ländern durch.

Auch die Politik der nazistischen „Umsiedlungen“, der Zwangsgermanisierung, war ein riesiges Nazi-Verbrechen. Die Anklageschrift hebt hervor, was dies bedeutete: Zwangsverschleppung der einheimischen Bevölkerung, Ansdellung von „Volksdeutschen“ in den betreffenden Gebieten, wie z. B. in Polen, Frankreich ... Nach heutigen Quellen ist bekannt, daß allein in Polen fast 2,5 Millionen Menschen zwangsweise von den Nazis „umgesiedelt“ wurden.

Massenmord an Kranken und Behinderten

Der Nazi-Massenmord gegen alle, die die Nazis als „lebensunwertes Leben“ einstufen, begann im Oktober 1939, kurz nach dem Nazi-Überfall auf Polen im September 1939. Der Massenmord wurde von den Nazis ab Januar 1940 zum Massenmord durch Giftgas in eigens dafür eingerichteten Vernichtungszentren in Deutschland und Österreich gesteuert und wurde bis zum Mai 1945 weitergeführt und ausgedehnt durch Ermordung mit Hilfe von Verhungermassen, Medikamenten, Elektroschocks... in Anstalten und Krankenhäusern. Im Nürnberger Prozeß wurde davon ausgegangen, daß die Nazis durch die Vernichtungsaktion gegen vor allem Kranke und Behinderte (Kinder, Erwachsene und Greise) in Deutschland und den von den Nazis besetzten Ländern ca. 270.000 Menschen ermordet hatten.

Massenmord an Polen und Polinnen

In Polen verübte die Nazi-Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten insbesondere ab 1941 Massenmordaktionen nicht nur gegen die jüdische Bevölkerung, sondern auch gegen Menschen polnischer Nationalität. Insgesamt, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg, wurden in Polen ein Drittel der gesamten Bevölkerung von den Nazis ermordet, d.h. fast 8 Millionen Menschen, davon 3,4 Millionen Jüdinnen und Juden. Über eine Million wurden in KZs und Vernichtungslagern ermordet. Die Massenmorde wurden auch durch sogenannte „Befriedungsaktionen“ begangen, bei denen Hunderte, ja Tausende in regelrechten Treibjagden ermordet wurden, hinzu kamen öffentliche Hinrichtungen, furchtbar elende Lebensbedingungen, brutale Sklavenarbeit bis hin zu künstlich erzeugten Epidemien und Hungersnöten – alles Methoden des nazistischen Massenmords.

Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die sozialistische Sowjetunion unter Bruch des bestehenden Nichtangriffspaktes. Die Nazi-Wehrmacht begann zusammen mit SS-Truppen und mit Unterstützung deutscher Polizeieinheiten einen grausamen Raub- und Vernichtungskrieg. Auf mehreren Seiten in der Anklageschrift werden Massenmordaktionen der Nazi-Wehrmacht, von SS und deutschen Polizeieinheiten in der Sowjetunion geschildert: Massenmord durch Erschießen, Erschlagen, Ertränken und durch Anwendung von Giftgas an Hunderttausenden Männern, Frauen, Kindern und Greisen. Hier einige der Beispiele von nazistischem Massenmord, die die Anklageschrift belegt: Allein im Gebiet um Leningrad ermordeten die Nazis über 170.000 Menschen, im Gebiet von Odessa 200.000, in Charkow 195.000, in Kiew 195.000. Insgesamt fielen dem Nazi-Krieg gegen die Sowjetunion über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion zum Opfer.

Auch die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden von den Nazis gemäß ihrem Programm der „Ausrottung der bolschewistischen Unternehmens“ systematisch vernichtet. Aushungern, Vergiften und Erschießen, Mord durch grausame medizinische Versuche — das waren einige der grausamen Mittel, mit denen die Nazi-Mörder sowjetische Kriegsgefangene systematisch ermordeten. Insgesamt wurden nach neueren Forschungen von der Nazi-Wehrmacht und der SS von den 5,7 Millionen gefangenen Rotarmisten 3,3 Millionen ermordet, davon zwei Millionen allein bis zum Februar 1942, also in acht Monaten.

Antisemitischer Terror und Pogrome sowie rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa

Direkt nach 1933 begannen die Nazis den staatlich organisierten antisemitischen Terror gegen die Juden und Jüdinnen. In der Anklageschrift und im Urteil von Nürnberg werden drei Etappen des antisemitischen Terrors der Nazis von 1933 bis 1938 benannt:

- die von den Nazis als „Boykott“ der jüdischen Geschäfte bezeichnete antisemitische Terrorwelle vom April 1933,
- die rassistischen „Nürnberger Gesetze“ von 1935
- sowie die antisemitischen Pogrome vom November 1938 im Herrschaftsbereich der Nazis.
- Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann der systematische Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma Europas. Die Anklageschrift nennt Massenermordungen durch Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten vor allem in der Sowjetunion und in Jugoslawien von insgesamt mehreren Hunderttausend. Allein die „Einsatzgruppe A“ hat in der Sowjetunion über 229.000 Jüdinnen und Juden ermordet.

Rassistischer Völkermord an „Zigeunern“, den Sinti und Roma

Von Anfang an wurden die Sinti und Roma von den Nazis rassistisch verfolgt. Von den rassistischen „Nürnberger Gesetzen“ von 1935, in deren Kommentaren es heißt, daß „Juden und Zigeuner artfremden Blutes sind“, über die unzähligen Demütigungen und Verfolgungen vor 1939 begann mit der 1939 beschlossenen systematischen Deportation aller Sinti und Roma nach Polen die direkte Vorbereitung zum Völkermord. Im Dezember 1942, als schon Zehntausende Roma in Polen und in der Sowjetunion von den Nazis ermordet worden waren, wurde der sogenannte „Auschwitz-Erlaß“ von den Nazis beschlossen, worin der Plan zum Völkermord, der Vernichtung aller Sinti und Roma festgeschrieben ist. Die Umsetzung dieses Plans wurde sofort begonnen. Aufgrund neuerer Forschungen wird geschätzt, daß von den in Europa lebenden Sinti und Roma ungefähr 500.000 von den Nazis ermordet wurden.²⁴ Die Anklageschrift im Nürnberger Prozeß hob völlig richtig hervor, daß besonders auch Sinti und Roma von der rassistischen Vernichtung durch die Nazis betroffen waren.

II. Die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands

Die Anti-Hitler-Koalition hat sich völlig zu Recht für die Besetzung Deutschlands entschieden. Sie war insbesondere auch deshalb notwendig, weil es keinen antinazistischen Massenwiderstand, keinen bewaffneten Massenkampf gegen das Nazi-Regime und seine Anhänger zwischen 1933 und 1945 in Deutschland gab, der aus eigener Kraft das Naziregime hätte stürzen können. Es gab direkt nach 1945 in Deutschland keine demokratisch-antinazistische Massenbewegung, die selbständig, aus eigener Kraft den Kampf gegen die noch bestehenden Bestandteile des Nazifaschismus hätte führen und gewinnen können. Es gab lediglich eine kleine Minderheit antinazistischer und kommunistischer Kräfte in Deutschland.

Die Besetzung Deutschlands war also eine militärische Notwendigkeit, um die Nazi-Armee und die SS sowie alle anderen bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus zu entwaffnen, sie möglichst vollständig zu zerschlagen und die nazistischen und reaktionären Kräfte in Deutschland niederzuhalten, um den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus und damit das erneute Entstehen eines Kriegsherdes Deutschland, der die Völker der Welt mit neuen Raubkriegen bedroht, zu verhindern.

Die Besetzung Deutschlands war eine politische Notwendigkeit, um auf der Basis der bewaffneten Niederhaltung der nazistischen und pronazistischen Kräfte, ja sämtlicher reaktionärer Kräfte des deutschen Imperialismus, die gegen das Potsdamer Abkommen auftraten, die antinazistische Erziehung der ausgebeuteten und verkettigten Massen im Kampf für den Aufbau eines demokratischen Deutschland überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschlands war notwendig, um größtmögliche Reparationen für die begangenen Nazi-Verbrechen garantieren zu können. Diese Garantie war aufgrund des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der deutschen Bevölkerung nur möglich, wenn die alliierten Armeen die Reparationszahlung erzwangen, ihre Durchführung organisierten und überwachten.

Von 1945 bis heute ist das zentrale Argument des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus gegen die Besetzung Deutschlands nach 1945 und gegen das Potsdamer Abkommen, daß damit gegen das Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation“ verstoßen worden sei, weil beides ohne Zustimmung der deutschen Bevölkerung oder einer deutschen Regierung durchgeführt wurde.

Mit dem reaktionären Geschrei nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ wird so getan, als sei vor 1945 nichts gewesen. Der imperialistische Räuber, der deutsche Imperialismus, der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, der den grausamsten Raub- und Vernichtungskrieg der Weltgeschichte durchgeführt hat, beruft sich auf sein „Selbstbestimmungsrecht“, um zu verhindern, daß über ihn als besiegten Räuber zu Gericht gesessen wird, um den aus seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen zu entgehen: der Besetzung, dem zeitweiligen Verlust der politischen Unabhängigkeit, der Entnazifizierung, den Reparationen etc.

Die Gewährung des „Selbstbestimmungsrechts für Deutschland“ wäre gleichbedeutend mit der politischen Unabhängigkeit Deutschlands gewesen und hätte den Abzug der Besatzungstruppen und weitere reaktionäre Konsequenzen zur Folge gehabt. Es wäre angesichts des extrem niedrigen Bewußtseinsstands der verkettigten und ausgebeuteten Massen unmittelbar nach Kriegsende ein reaktionärer, pronazistischer deutscher Staat entstanden, der sämtliche gerechten Forderungen des Potsdamer Abkommens mit

Recht aus, konnte nur geschaffen werden durch den demokratischen Kampf der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, den das Potsdamer Abkommen forderte und unterstützte.

Zweitens ging es darum, den deutschen Imperialismus weitgehend zu schwächen und zu kontrollieren, verbunden mit dem Ziel, den **Kriegsgherd Deutschland auszuschalten**. Die antinazistischen, antimilitaristischen und demokratischen Forderungen des Potsdamer Abkommens hatten zwar nicht das Ziel, den Kapitalismus in Deutschland zu vernichten, sie ermöglichten jedoch, den Kampf in eine antikapitalistische Richtung zu führen und waren deshalb eine wichtige Waffe der kommunistischen Kräfte nicht nur im demokratischen Kampf, sondern auch für ihre kommunistische Propaganda. Denn sie gaben einen Anstoß zu diskutieren, was denn zu tun ist, um wirklich tiefgehend die Wurzeln des Nazismus zu vernichten, boten die Möglichkeit bewußtzumachen, daß dafür der antinazistisch-demokratische Kampf und die Umsetzung des Potsdamer Abkommens allein nicht ausreichen, daß es dazu der sozialistischen Revolution bedarf.

Drittens. Die Erklärung „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben im weiteren auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen“ enthält einen weiteren Kernpunkt. Es ging darum, daß die deutsche Bevölkerung direkt nach 1945 auf der Basis der diktatorischen Unterdrückung der Nazis durch die alliierten Armeen lediglich die **Möglichkeit** bekam, sich auf die selbständige Errichtung eines demokratischen Staates **vorzubereiten**, daß es also keineswegs darum ging, daß die deutsche Bevölkerung direkt nach 1945 schon das Recht bekam, freie Wahlen durchzuführen, um eigenständig eine neue deutsche Regierung einzusetzen. Erst wenn die deutsche Bevölkerung durch Taten, durch ihre „unablässige Anstrengung“ bewiesen hatte, daß sie auf der Grundlage der durch die alliierte Besetzung Deutschlands geschaffenen demokratischen Verhältnisse in der Lage war, eigenständig einen demokratischen Staat zu errichten, erst dann sollte sie auch das Recht dazu erhalten. Diese Tatsachen mußte die KPD/SED immer wieder herausstellen, um dem Druck reaktionärer Kräfte wirkungsvoll zu begegnen, die mit der Forderung „Freie Wahlen für Deutschland“ versuchten, die kommunistischen Kräfte als „undemokratisch“ hinzustellen.

Die zentralen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens

... auf militärischem Gebiet

Ein erklärtes Ziel des Potsdamer Abkommens war es, den Nazifaschismus und Militarismus „auszurotten“, das heißt zu vernichten. Dies konnte nur erreicht werden, wenn die „Völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands...“ konsequent durchgeführt würde:

Der erste Schritt hierzu war, die Waffen und bewaffneten Kräfte des Nazifaschismus unter die Kontrolle der alliierten Armeen zu bringen. Die Machtübernahme in Deutschland durch die alliierten Armeen war zuallererst eine Frage der militärischen Macht, denn die politische Macht kommt, wie Mao Tse-tung richtig ausführte, aus den Gewehrläufen. Deshalb mußten sofort sämtliche militaristischen und bewaffneten Organisationen des Nazifaschismus aufgelöst und entwaffnet sowie sämtliche Waffen der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus entweder zerstört oder durch die Alliierten in Besitz genommen werden. Ebenfalls sollten alle Organisationen, die der Erhaltung des deutschen Militarismus dienten, völlig aufgelöst werden. Entsprechende Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen fixiert.

... auf politischem Gebiet

Die Nazi-Partei und ihre Organisationen hatte sich in der Zeit von 1933 bis 1945 in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft festgesetzt. Sie waren das zentrale Instrument zur Bindung der deutschen Bevölkerung an den Nazifaschismus, sie waren ein wesentlicher Teil des Nazi-Staatsapparates. Nicht nur die NSDAP, auch die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF), die nazistische „Gewerkschaft“, die HJ oder der BDM, der Nazi-Beamten- oder Lehrerbund usw. mußten vernichtet sowie sämtliche nazistischen Ämter des Beamtenapparates in Deutschland mußten nach 1945 aufgelöst werden als erster Schritt der Vernichtung der Bestandteile des Nazifaschismus auf politischem Gebiet. Entsprechende Beschlüsse wurden im Potsdamer Abkommen fixiert:

„Die nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wiedererstehen können...“

Ein wichtiges Kennzeichen des Nazifaschismus war es, Verbrechen juristisch zu legitimieren und festzuschreiben. So sollte die deutsche Bevölkerung von der „Rechtmäßigkeit“ der Nazi-Diktatur und der Nazi-Verbrechen überzeugt und insgesamt dem Nazi-System eine rechtsstaatliche Legitimität verliehen werden. Es galt, alle Nazi-Gesetze nach 1945 zu beseitigen; es ging darum, neue demokratische, antirassistische Gesetze zu erlassen. Dieser Beschluß wurde ebenfalls im Potsdamer Abkommen festgehalten:

„Alle nazistischen Gesetze, die die Grundlage für das Hitlerregime geschaffen oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung festgelegt haben, müssen außer Kraft gesetzt werden.“

Wenn die nazistischen Organisationen zerschlagen, die nazistischen Gesetze beseitigt waren, dann waren damit allerdings noch keineswegs auch die Personen verschwunden, die die Nazi-Verbrechen geplant und durchgeführt hatten, die die aufgelösten Nazi-Organisationen angeführt hatten oder deren „einfache“ Mitglieder waren. Wie sollte man diese in die Millionen gehenden Teile der deutschen Bevölkerung behandeln?

Auf dieses große Problem der Entnazifizierung ging das Potsdamer Abkommen sehr differenziert ein.

Die erste Aufgabe war die Inhaftierung und Aburteilung aller Nazi-Kriegsverbrecher sowie deren Unterstützer.

Die Hauptkriegsverbrecher, also die noch lebenden Naziführer wie Göring, Rosenberg, Heß etc., die Vertreter des deutschen Finanzkapitals wie Flick, Krupp, Abbs etc., das Oberkommando der nazifaschistischen Wehrmacht Keitel und Jodl etc., sollten von den Alliierten gemeinsam in einem Prozeß, dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, der im November 1945 in Nürnberg eröffnet wurde, angeklagt und abgeurteilt werden.

Was mit den anderen Nazi-Kriegsverbrechern und ihren Helfern geschehen sollte, legte das Potsdamer Abkommen ebenfalls eindeutig fest:

„S. Kriegsverbrecher und jene, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen teilgenommen haben, die Greuelaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder zum Ergebnis hatten, sind zu verhaften und vor Gericht zu stellen.“

Die zweite Aufgabe war, die Verhaftung und Internierung von Nazi-Funktionären sowie aller Personen, die die Umsetzung des Potsdamer Abkommens bekämpften.

„Nazistische Führer, einflussreiche Nazianhänger und das leitende Personal der nazistischen Einrichtungen und Organisationen sowie alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.“

Nach 1945 gab es nicht nur Nazi-Kräfte, sondern auch reaktionäre Kräfte, proimperialistische Kräfte, die zwar nicht offen pronazistisch waren, wie z. B. Teile der SPD unter Führung Schumachers, die aber gegen das Potsdamer Abkommen eingestellt waren. Gegen all diese Kräfte, gegen alle, „die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind“, mußten Mittel und Wege gefunden werden, um zu gewährleisten, daß sie die Umsetzung des Potsdamer Abkommens nicht bekämpfen konnten.

Die dritte Aufgabe war, die Säuberung aller aktiven Mitglieder der Nazi-Partei und aller gegen das Potsdamer Abkommen eingestellten Personen aus staatlichen und wirtschaftlichen Positionen:

„Alle Mitglieder der nazistischen Partei, die mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Dienst und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, die nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften für fähig befunden werden, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.“

... auf ökonomischem Gebiet

Die Fähigkeit des deutschen Imperialismus, Raubkriege zu führen, war vor allem auch dadurch gegeben, daß er die notwendigen Kriegsprodukte, Waffen und anderes aus eigener Kraft herstellen konnte und damit ein eigenständiger Kriegsgherd war. Die Unterbindung bzw. Beschränkung der Herstellung kriegswichtiger Güter war also eine Voraussetzung, um das Kriegspotential des deutschen Imperialismus wirklich beseitigen zu können. Dies führte zu folgendem Beschluß:

„B. Wirtschaftliche Grundsätze (...)

11. Mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln und auch die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und unmöglich zu machen. Die Produktion von Metallen und chemischen Produkten, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, sind streng zu kontrollieren und zu beschränken entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands...“

„12. In praktisch kürzester Frist ist die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, die sich besonders in Form von Kartellen, Syndikaten, Trusts und andere Monopolvereinigungen verkörpert.“

Gerade die Monopole des deutschen Imperialismus waren die Initiatoren und Hauptprofiteure des nazistischen Raubkrieges, sie waren es, die die gesamte gesellschaftliche Produktion durchdrangen und der Kriegsproduktion unterwarfen. Die Formulierung „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft“ bestimmte noch nicht genau, was zu tun sei: Ob zum Beispiel nur große kapitalistische Monopole wie die I. G. Farben, die Deutsche Bank etc. in mehrere kleinere Gesellschaften aufgeteilt werden sollten, ob dadurch aus einem großen Monopol eben nur drei kleinere entstanden, oder ob das auch gleichzeitig die Enteignung der Monopole, die Überführung ihres Eigentums in den Besitz des aufzubauenden antifaschistischen Staates bedeutet, diese Fragen wurden mit dem Potsdamer Abkommen nicht entschieden. Gleichzeitig blieb offen, was mit dem Großgrundbesitz der Junker passieren sollte. Das Potsdamer Abkommen ließ also mehrere Möglichkeiten offen.

... auf ideologischem Gebiet

Der Kampf zur „Ausrottung des Nazismus und Militarismus“ wurde nicht auf den Kampf auf militärischem, politischem und ökonomischem Gebiet reduziert. Es war bewußt, daß ohne die Bekämpfung der Nazi-Ideologie Nazismus und Militarismus weiterleben würden. Das Potsdamer Abkommen legte daher fest:

„... jede nazistische und militaristische Betätigung oder Propaganda ist zu verhindern“

Die Propaganda der nazistischen Rassentheorie, des nazistischen Antisemitismus und Chauvinismus, des nazistischen Antikommunismus und der Kriegstreiberei mußte in allen gesellschaftlichen Bereichen verboten werden. Besonders das Erziehungswesen mußte unbedingt vollständig von jeglicher Nazi- und militaristischen Ideologie gereinigt werden, alle nazistischen und militä-

ristischen Schulbücher, Zeitschriften etc. mußten sofort beseitigt bzw. gesäubert werden, um ein neues demokratisches Erziehungswesen überhaupt aufbauen zu können. Auch an diesem Punkt legte das Potsdamer Abkommen einen wichtigen Rahmen fest. Die KPD/SED mußte den systematischen ideologischen Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den weitergehenden Kampf gegen die Wurzel der Nazi-Ideologie auf der Grundlage dieses Beschlusses des Potsdamer Abkommens vorbereiten und durchführen.

Zur Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Nazi-Verbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen

Die deutsche Bevölkerung muß von ihrer Verantwortung für die Nazi-Verbrechen überzeugt werden:

„III. Über Deutschland

Die alliierten Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk hat begonnen, Sühne zu leisten für die furchtbaren Verbrechen, die unter der Führung derer, die es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. (...)

A. Politische Grundsätze (...)

II. Das deutsche Volk ist zu überzeugen, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung für das entziehen kann, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.“

In diesen kurzen Absätzen wurden wesentliche Kernpunkte für ein richtiges Herangehen an die Frage der Schuld und Verantwortung der deutschen Bevölkerung (aus der Perspektive der Anti-Hitler-Koalition) bzw. der Mitschuld und Mitverantwortung der Masse der Werktätigen (aus der „innerdeutschen“ Perspektive der antinazistischen Kräfte) an den Nazi-Verbrechen festgelegt.

Im ersten Absatz wird die Schuld bzw. Mitschuld der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen herausgestellt und deutlich gemacht, daß die deutsche Bevölkerung während der erfolgreichen Nazi-Raubzüge, mindestens bis zur Schlacht um Stalingrad 1943, **offen das Nazi-Regime anerkannt hat, es gebilligt hat**, ihm zugejubelt hat (natürlich mit Ausnahme der Minderheit derjenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben). Es wird weiter betont, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung das Nazi-Regime nicht nur offen gebilligt hat, sondern es **aktiv unterstützt hat, indem es den Befehlen der Nazi-Führung blind gehorchte**: den Aufrufen zu antisemitischen Pogromen, den Aufrufen und Befehlen im Zusammenhang mit dem Nazi-Raubkrieg, den Aufrufen und Befehlen zur Mißhandlung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland – um hier nur einige wenige Beispiele zu nennen. Die tiefgehende Verankerung in der deutschen Bevölkerung und die weitreichende Unterstützung durch sie waren eine Stärke der Nazis, die es ihnen überhaupt ermöglichte, ihre Verbrechen in gigantischem Ausmaß zu verüben und ihre Raubkriege vorzubereiten und zu führen.

Dies führt zur Konsequenz, daß die deutsche Bevölkerung für ihr Verhalten büßen muß und mit Beginn der Besetzung durch die Alliierten Entschädigung für die Schuld bzw. Mitschuld und Teilnahme an den Nazi-Verbrechen zu leisten hat.

Im zweiten Absatz wird klargemacht, daß es darum geht, die deutsche Bevölkerung von ihrer Schuld bzw. Mitschuld an den Nazi-Verbrechen zu überzeugen. Es wird die Verantwortung und mitleidlose Kriegsführung hervorgehoben, um zu verdeutlichen, daß dies die Ursachen dafür sind, daß die alliierten Armeen in heftigsten militärischen Luft- und Bodenkämpfen die Nazis in Deutschland niederringen mußten, was auch erforderte, die deutsche Kriegswirtschaft möglichst weitgehend zu treffen.

Eine genaue Differenzierung der Verantwortung bzw. Mitverantwortung und Schuld bzw. Mitschuld der deutschen Bevölkerung, das heißt festzustellen, wie groß die Schuld bzw. Mitschuld der verschiedenen Teile der deutschen Bevölkerung war, gehörte sicherlich nicht zu den Aufgaben des Potsdamer Abkommens. Es kam darauf an, einen grundlegenden Ausgangspunkt für die weiter- und tiefgehende Klärung dieser Frage durch die deutschen antinazistischen und kommunistischen Kräfte festzuschreiben. Und diese Aufgabe hat das Potsdamer Abkommen erfüllt.

Deutschland muß in größtmöglichem Ausmaß Reparationen leisten

„IV. Reparationen von Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen zugefügt hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde die folgende Vereinbarung über Reparationen erreicht...“

Völlig zu Recht legten die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition fest, daß Deutschland **gezwungen** werden sollte, Reparationen in größtmöglichem Ausmaß zu leisten. Da nach 1945 nur der kleine Teil der antinazistischen und kommunistischen Kräfte in Deutschland das Potsdamer Abkommen anerkannte, war es notwendig, gegen die deutsche Bourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte und zunächst auch gegen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Reparationen auf der Basis der bewaffneten Macht der Armeen der Anti-Hitler-Koalition durchzusetzen.

Die Formulierung in „größtmöglichem Ausmaß (...) Ausgleich zu schaffen“ beinhaltet, daß nicht für alle Nazi-Verbrechen durch Reparationszahlungen „Ausgleich“ geschaffen werden konnte. War es noch möglich, zerstörte materielle Werte durch Geldzahlungen oder Wiederaufbaumaßnahmen weitgehend „auszuglei-

chen", so ist klar, daß der millionenfache Mord und die anderen millionenfachen Grausamkeiten der Nazis in keiner Weise jemals durch eine noch so große Summe an Reparationszahlungen „ausgeglichen“ werden konnten und können. Diese Formulierung zeigte aber auch bereits auf, daß die konkreten Reparationsforderungen, die im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, keineswegs ausreichend waren, sondern daß es darüber hinaus darum ging, alle Reparationsforderungen der „Vereinten Nationen“, also derjenigen Staaten, die von den Nazis überfallen und ausgeraubt wurden, maximal zu erfüllen.

Zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und zur Notwendigkeit der Umsiedlung deutscher Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

Schon auf der Konferenz von Teheran 1943 wurde über die mögliche neue Westgrenze Polens, die Oder-Neiße-Grenze, debattiert. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde beschlossen, daß die Westgrenze Polens weiter nach Westen verlegt werden sollte und daß die Ostgrenze Polens wieder die sogenannte „Curzonlinie“ wird.

Das Potsdamer Abkommen legte dann genauer die neue Westgrenze Polens fest:

„b) Hinsichtlich der Westgrenze wurde folgende Vereinbarung erzielt: In Übereinstimmung mit der auf der Krimkonferenz erzielten Vereinbarung über Polen haben die drei Regierungschefs die Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit über das Territorium im Norden und Westen erörtert, das Polen erhalten soll. Der Vorsitzende des Landesnationalrates Polens und die Mitglieder der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihren Standpunkt in vollem Umfang dargelegt. Die drei Regierungschefs bekräftigten ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.

Die drei Regierungschefs stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früheren deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils Ostpreußens, der in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Berliner Konferenz nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gestellt wurde, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.“

Im Potsdamer Abkommen heißt es, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz mit dem Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland zurückgestellt werden sollte. Seit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens 1945 bis heute spekulieren und spekulieren damit die politischen Abteilungen des westdeutschen bzw. deutschen Imperialismus und stellen und stellen es so hin, als sei die Oder-Neiße-Grenze bis heute nicht völkerrechtlich gültig, weil es keinen Friedensvertrag gebe. Doch trotz dieser Formulierung im Potsdamer Abkommen war schon auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 klar, daß die Westgrenze Polens die Oder-Neiße-Linie werden würde. Denn mit der Grenzziehung war untrennbar der Beschluß zur Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen und anderen Ländern verknüpft:

„XIII. Gegeltete Überführung der deutschen Bevölkerung. Die Konferenz erzielte folgende Vereinbarung über die Aus-siedlung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben ist, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in organisierter und humaner Weise erfolgen soll.“

Damit war klar, daß entlang der im Potsdamer Abkommen benannten Oder-Neiße-Linie die neue polnische Westgrenze festgelegt worden war. Denn die Umsiedlung von Millionen Deutschen aus Polen (soweit sie nicht schon mit der Nazi-Wehrmacht vor dem Vormarsch der Sowjetarmee geflohen waren), die hauptsächlich nahe der Oder-Neiße-Linie wohnten, und die Ansiedlung von polnischer Bevölkerung in diesem Gebiet war beschlossene Sache. Es war klar, weil direkt nach der Potsdamer Konferenz durch den Plan des Alliierten Kontrollrats vom 20.11.1945 mit den ordnungsgemäßen Umsiedlungen begonnen wurde und in weniger als einem Jahr ca. 2,5 Millionen Deutsche umgesiedelt worden sind (bis zum 1. Januar 1947 insgesamt 5,7 Millionen Deutsche aus Polen). Auf einer kommenden Friedenskonferenz sollte die neue Grenze durch einen zwischenstaatlichen Vertrag im Detail völkerrechtlich fixiert und exakt festgelegt werden, d. h. welches Dorf, welcher See, welche Straße zukünftig zu Deutschland oder Polen gehören sollte. In diesem Sinne spricht das Potsdamer Abkommen von „endgültig“.

Ein weiterer Kernpunkt der reaktionären Hetze gegen das Potsdamer Abkommen war es auch direkt nach 1945, die Umsiedlungen aus Polen und der Tschechoslowakei als „unrechtmäßig“ zu bezeichnen und als „Verbrechen“ zu titulieren. Dahinter stand das Verlangen des deutschen Imperialismus nach Revision der Grenzen, nach der „Heimholung“ der angeblich „deutschen“ Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten „Ostpreußen“), das er direkt nach 1945 formuliert und bis heute nie aufgegeben hat.

Das Potsdamer Abkommen hatte nicht die Aufgabe, die Umsiedlungen gegen die Hetze der deutschen Imperialisten zu verteidigen.

gen. Hier waren wiederum die kommunistischen Kräfte gefordert. Gegen diese Hetze mußten sie neben historischen Klarstellungen vor allem hervorheben: Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei und Polen spielte in der Politik der Nazifaschisten die Rolle einer „fünften Kolonne“ der deutschen Angriffspolitik. Sie machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die polnische und tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren“ bzw. in Polen. Ein Ausdruck dieser Mitschuld und Beteiligung an Nazi-Verbrechen ist die Tatsache, daß ca. 4 Millionen Deutsche schon in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs vor dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Polen nach Westen flohen, sehr viele aus „gutem Grunde“.

Der Beschluß über die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze bzw. der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland ist auf dem Hintergrund der Eroberungen des reaktionären Preußentums und des deutschen Imperialismus gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte „Deutschstämmige“ noch einmal zur „fünftigen Kolonne“ einer von Deutschland ausgehenden imperialistischen Aggression werden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund ihrer pronazistischen Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Nazi-Verbrechen nach 1945 für die von den Nazis verfolgten Opfer in Polen bzw. der Tschechoslowakei nach 1945 nicht mehr möglich.

Es galt und gilt auch die Lüge von den angeblichen „urdeutschen Gebieten“, die „Deutschland geraubt“ worden seien, zu entlarven. Der weitaus größte Teil der Gebiete um die Oder-Neiße-Linie wurde in den letzten Jahrhunderten zusammengeraubt, kolonialisiert und „germanisiert“, d. h. mit deutscher Bevölkerung besiedelt. Die deutschen herrschenden Klassen betrieben jahrhundertlang eine brutale Politik des Raubes, der Versklavung und Vernichtung der dort lebenden Bevölkerung. Über Jahrhunderte hinweg hatten entweder die feudalistischen deutschen Raubritter, dann die reaktionären Armeen Preußens und später das „Deutsche Reich“ das polnische Volk immer wieder überfallen und in Polen bestialisch gehaust und gemordet. Die Nazi-, SS- und Wehrmachtshorden trieben diese „deutsche Tradition“ durch unvorstellbare Brutalität und Grausamkeit auf die Spitze.

Die verschiedenen Versuche „historischer Ableitungen“ – daß dieses oder jenes Gebiet östlich der Oder-Neiße doch tatsächlich „deutsch“ gewesen sei, von mehreren Generationen Deutscher besiedelt worden sei etc. – können an den geschichtlichen Grundtatsachen überhaupt nichts ändern. Ja, sie waren und sind insbesondere nach 1945 und sind auch heute irrelevant, weil die hauptsächlichste Begründung für die Rechtmäßigkeit der Grenzziehung und der planmäßigen Umsiedlung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße nicht „historische Analysen“ der letzten Jahrhunderte betrifft, sondern eben die aktuellen Abschnitte der Geschichte, die Verbrechen des Nazifaschismus in Polen.

Die angebliche „Sudetenfrage“ war und ist ebenfalls ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die deutschen Revanchisten behaupten, daß die deutsch sprechende Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig „vertrieben“ worden sei und es deren „Heimatrecht“ durchzusetzen gelte. Das von den deutschen Revanchisten so genannte „Sudetengebiet“ war nie ein Teil Deutschlands. Bei der Herausbildung des deutschen Nationalstaates 1871 war das „Sudetengebiet“ nicht dabei. Dieses Gebiet war damals Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Mit dem Ende des Krieges zwischen Preußen und dem Habsburgerreich 1866 war entschieden, daß die von der Habsburger Monarchie beherrschten Länder, darunter auch Böhmen und Mähren, wozu das „Sudetengebiet“ gehörte, außerhalb der Entwicklung des deutschen Nationalstaates bleiben und kein Teil Deutschlands werden würden. Die Nazis raubten Teile der Tschechoslowakei mit Hilfe des „Münchner Abkommens“ von 1938, darunter auch das „Sudetengebiet“. Nach 1945 war aus diesen historischen Gründen die Nichtanerkennung des „Münchner Abkommens“ und die Wiederherstellung der deutsch-tschechischen Grenze von vor 1938 Grundlage des Beschlusses der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlungen von deutscher Bevölkerung.

Staatliche Unabhängigkeit Österreichs

Die Formulierungen im Potsdamer Abkommen zu Österreich basieren auf der Grundlage der Moskauer Erklärung vom 1.11.1943, die die USA, England und die Sowjetunion unterzeichnet hatten. Dort heißt es:

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kommen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachten den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezungen worden ist, als null und nichtig. (...) Sie geben dem Wunsch Ausdruck, den freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen...“

Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß es unweigerlich die Verantwortung für die Teilnahme am Krieg auf Seiten Hitler-Deutschlands zu tragen hat und daß bei

einer endgültigen Regelung unbedingt ins Gewicht fallen wird, wieviel es selbst zu seiner eigenen Befreiung beiträgt.“ („Moskauer Erklärung gegenüber Österreich vom 1. November 1943“, in: „Sowjetpolitik gegenüber Österreich“, S. 4)

IV. Das Potsdamer Abkommen und der Kampf um die proletarische Revolution

Die Vertragswerke der Vergangenheit, das Potsdamer Abkommen oder auch die Entwürfe für einen Friedensvertrag können heute als ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein. Sie sind jedoch wesentliche Waffen im Kampf um die geschichtliche Wahrheit, und viele besondere Punkte in diesen Dokumenten unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes heute an vielen Fronten gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus (Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der Tschechischen Republik und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen usw.) Es geht vor allem um folgendes: jeder einzelne Punkt des Potsdamer Abkommens, insbesondere auch die Beschlüsse über die Umsiedlungen müssen ideologisch und politisch verstanden und gegen die Hetze der deutschen Imperialisten verteidigt werden. Das ist ein grundlegendes Prinzip, das sich aus der Geschichte Deutschlands zwingend ergibt. Über „Sozialismus und Kommunismus“ zu diskutieren wird dann absurd und reaktionär, wenn selbst einfachste und grundlegendste demokratische Prinzipien, wie sie im Potsdamer Abkommen festgehalten wurden, nicht durchdacht, nicht akzeptiert oder sogar angegriffen werden.

Mit der Anerkennung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens als starke Waffe im Kampf gegen die „deutsche Ideologie“ heute – wie wichtig dieser Schritt auch ist – ist es aber noch lange nicht getan.

Es gilt gerade am 60. Jahrestages des Sieges über den Nazifaschismus, Grundfragen der sozialistischen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, der Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus, Fragen des Aufbaus der kommunistischen Partei zur Diskussion zu stellen.

Das ist nötig auch gegenüber solchen Kräften, die aus ihrem Selbstverständnis heraus „antifaschistische Arbeit vor Ort“ leisten, ja sogar behaupten sie seien „für den Kommunismus“, aber konkret vorgeben „zuviel zu tun zu haben“, so daß sie angeblich keine Zeit für grundlegende Diskussionen haben

(wobei teilweise wohl dahinter steht, daß sie wirklich gründliche und harte politische und ideologische Diskussionen auch fürchten).

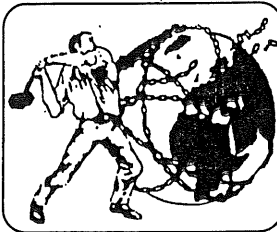
Grundlegende kommunistische Prinzipien zu propagieren und zur Diskussion zu stellen, ist aber auch nötig gegenüber denjenigen Kräften, die tatsächlich an einigen Punkten den deutschen Nationalismus bekämpfen, sich aber abersurberwie als „antideutsch“ bezeichnen. Diese Kräfte verbreiten die Stimmung man könnte eh nichts gegen den Masseneinfluß des deutschen Imperialismus machen. Sie bemerken teilweise nicht, daß sie wie typisch deutsche Intellektuelle einfach das Handtuch werfen und kapitulieren.

Die „Wurzeln des Nazismus“ ausreißern und vernichten, wie der Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald formulierte – das heißt mehr als im Grunde nur reformistische Arbeit am eigenen Ort zu leisten, dafür ist eine gewaltige, grundlegende, revolutionäre kommunistische Arbeit nötig: Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten den reaktionären Staatsapparat des deutschen Imperialismus zerschlagen (wer kann ernsthaft behaupten, wenn er oder sie wirklich revolutionär eingestellt ist, daß dies „friedlich“, ohne Bürgerkrieg gehen wird?). Es geht darum, die kapitalistischen Kommandohöhen der Wirtschaft durch Enteignung zu brechen und in sozialistisches Eigentum der Arbeiterklasse umzuwandeln, ja im langwierigen und sich immer weiter verschärfenden Klassenkampf gilt es die gesamte Wirtschaft, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln umzugestalten. Es geht vor allem darum, auf den Trümmern des bürgerlichen Staates einen neuen Staat aufzubauen, wie ihn Marx beschrieb und er in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins realisiert wurde: die Diktatur des Proletariats, die die gestürzten Ausbeuter und sämtliche Reaktionäre niederhält und echte sozialistische Demokratie verwirklicht, um die kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen.

Ernsthaft über Revolution nachdenken, ernsthaft die Wurzeln des Nazismus vernichten wollen – das heißt zwangsläufig früher oder später auf die Frage der Kommunistischen Partei zu stoßen, das bedeutet auch sich früher oder später mit den Grundlagen der Linie von „Gegen die Strömung“ auseinanderzusetzen!

Das ausführliche Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG von Mai/Juni 2005 „Argumente gegen Geschichtsrevisionismus“, A 3, 10 Seiten mit umfassenden Quellenangaben kann für 1 Euro plus Portokosten bestellt werden.

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/05

Juli/August 2005

Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: KRIEG

Die Geschichte des deutschen Militärs ist gekennzeichnet von Eroberungskriegen, Niedermetzelung der revolutionären Arbeiterbewegung, beispiellosen Verbrechen an der Zivilbevölkerung der kolonialisierten und überfallenen Länder, Massenmord, Völkermord. Die Gegenwart des deutschen Militärs in der Phase der Konsolidierung nach der Niederlage der nazifaschistischen Wehrmacht 1945 heute: Bombardierung Serbiens 1999 – noch gemeinsam mit England und den USA, Vortrupps in über einem Dutzend Ländern, Besatzungspolitik in Afghanistan und auf dem Staatsgebiet von Ex-Jugoslawien. Unstrittig die Perspektive nach Innen: Der Ausbau zur effektiven Bürgerkriegsarmee zwecks Sicherung des Kapitalismus im Inneren! Und die Pläne des deutschen Imperialismus für die Zukunft? Was verbirgt sich hinter der Parole „Das Einsatzgebiet ist die ganze Welt“ und dem Ziel des „ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“? Die Antwort ist: Dritter Anlauf zur Neuaufteilung der Welt und zur Weltherrschaft durch imperialistische Kriege!

Auf diesem Weg hat der deutsche Imperialismus drei Probleme, für die das deutsche Militär die Lösung sein soll: **Erstens:** Die große Masse der Weltbevölkerung, die in unterschiedlichem Ausmaß vom deutschen Imperialismus ausgebeutet, unterdrückt und militärisch bedroht ist bzw. deren Territorien teilweise militärisch schon besetzt werden, wird sich gegen den deutschen Imperialismus zur Wehr setzen, ihn auch bewaffnet bekämpfen.

Zweitens: Die anderen imperialistischen Großmächte, die Koalition des US-Imperialismus mit dem englischen Imperialismus und alle anderen imperialistischen Mächte und reaktionären Kräfte in anderen Staaten werden sich nicht alle „kaufen“ und betrügen lassen, sondern sich aus ihren imperialistischen Interessen heraus auch militärisch gegen den deutschen Imperialismus und seinen weltweiten Vormarsch stellen und ihre eigenen hegemonialen Ziele verfolgen. Dabei liegt es auf der Hand, dass der US-Imperialismus (heute noch in Koalition mit dem englischen Imperialismus) die größte Herausforderung für die deutschen Militärs darstellt. Eine wichtige Hilfe bei der Vorbereitung der kriegesischen Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus ist die weit verbreitete Illusion, dass der amerikanische Imperialismus doch zu stark und unverwundbar sei, dass er eben „unangreifbar“ sei. Der deutsche Imperialismus dagegen plant systematisch und auf Jahrzehnte die Schwächung des US-Impe-

rialismus auf allen Gebieten, verschärft dessen innere Widersprüche, schmiedet Koalitionen gegen ihn und nutzt innenpolitisch geschickt den deutschen Nationalismus als Kraftquelle.

Drittens: Die Einbeziehung der „eigenen“ Bevölkerung in die Kriege des deutschen Imperialismus, die Verhinderung des möglichen „Dolchstoßes“ im eigenen Hinterland muss von den deutschen Imperialisten gesichert werden. Ohne chauvinistische Verhetzung, ohne militaristische Mobilisierung, ohne Ausschaltung des Widerstands gegen ihre Kriegspläne werden die deutschen Imperialisten keine groß angelegten Kriege führen können.



Bei der planmäßigen Lösung dieser drei grundlegenden Probleme, ist das deutsche Militär nicht der einzige Faktor: Diplomatie, Kapitalexport, so genannte „Entwicklungshilfe“, Infiltration ins gegnerische Militär, Druck und Drohung durch Massenmedien sind gerade in der Vorbereitung des Krieges wesentliche Aspekte, die auch während des Krieges weiterhin wirken werden. Selbst die offiziellen Planungsunterlagen und Papiere des deutschen Militärs sprechen – zumindest teilweise – eine recht offene Sprache. Doch ausschlaggebend für den angestrebten wirklichen Erfolg ist jedoch der Krieg und Sieg des deutschen Militärs!

I. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von 2003 – Ausdruck der Kriegspläne des deutschen Imperialismus

Das zentrale öffentliche Planungspapier der deutschen Militärs sind die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) aus dem Jahr 2003.¹ In diesen von der Bundeswehr-Führung ausgearbeiteten und dann vom jeweiligen Kriegsminister erlassenen Richtlinien werden die mittel- und zum Teil langfristigen Pläne der deutschen Militärs grundlegend und zum Teil recht offen dargelegt.

Schon in den VPR von 1992 wurde eindeutig „die nationale Interessenlage“ als der Ausgangspunkt für die deutsche Außen- und Kriegspolitik festgeschrieben und als klare Aufgabe für die Bundeswehr definiert, die „Auf-

rechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (VPR 1992) zu sichern.

In dieser Hinsicht stehen die zurzeit gültigen VPR von 2003 den vorherigen in nichts nach. Ganz im Gegenteil haben diese geradezu den Charakter eines 95-Punkte-Programms für die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Darin wird vieles über die deutschen Weltherrschafts- und Kriegspläne sowie die Strategie zu ihrer Verwirklichung recht offen dargelegt, auch wenn einige Ziele noch unter dem Deckmantel von NATO, EU oder UN versteckt werden.²

1.

In den VPR wird festgeschrieben, was seit einigen Jahren bereits Realität ist, aber offenbar erst den Anfang darstellen soll: Die Bundeswehr als „Armee im Einsatz“:

„84. Der Einsatz der Bundeswehr zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und gegen den Terror hat den entscheidenden Einfluss auf den weiteren Wandel der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz.“

Der deutsche Kriegsminister Struck hat schon 2001 lapidar formuliert, dass „Deutschland am Hindukusch verteidigt wird“ und wird seitdem nicht müde, immer wieder zu erklären: „Das Einsatzgebiet ist die ganze Welt!“³ In den VPR 2003 wird dies ganz offiziell festgeschrieben:

„5... Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und Krisennachsorge ein. Dementsprechend lässt sich Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen.“

Offiziell festgeschrieben wird hier, was seit Jahren immer mehr Realität geworden ist:

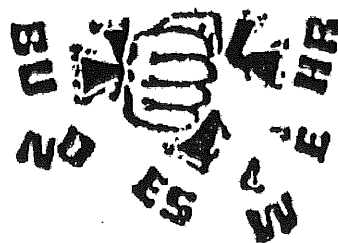
Nachdem bereits am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, der direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr in Bosnien Realität geworden war, erfolgte 1997 eine bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien.⁴ Eine weitere Etappe der immer offener militärisch durchgeführten und abgesicherten Expansion des deutschen Imperialismus leitete 1999 die Beteiligung der Bundeswehr an dem ohne den Deckmantel eines UNO-Mandats durchgeführten imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien ein. In Rivalität und Kollaboration mit anderen imperialistischen Mächten errichtete die Bundeswehr in Teilen des Kosova ein imperialistisches Besatzungsregime.⁵ Infolge des weltweiten Vorpreschens aller imperialistischen Großmächte nach dem 11. September 2001 stellt die Beteiligung des deutschen Imperialismus am imperialistischen Angriffskrieg gegen Afghanistan 2001/2002 eine weitere Stufe der militärischen Expansion und der weltweiten Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus dar. Die Bundeswehr hat inzwischen permanent ca. 6.500 Soldaten in anderen Ländern stationiert und in verschiedenen Ländern Militärstützpunkte aufgebaut, insbesondere in Afghanistan, in Kosova, in Bosnien und Herzegowina, aber auch in Usbekistan oder am Horn von Afrika.⁶

In einem Zeitraum von nur 4 Jahren zwischen 1998 und 2002 hat der deutsche Imperialismus seine außerhalb Deutschlands eingesetzten Truppen vervielfacht. Im Vorwort von Kriegsminister Struck zu den aktuellen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom Mai 2003 konnte dieser vermelden, dass wegen der Rotation der Soldaten „allein seit 1998 mehr als 100.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im internationalen Einsatz“ waren.⁸

Die Orientierung auf „grenzenlose“ Kriegseinsätze der Bundeswehr betrifft auch die Eskalation des künftigen Ausmaßes der Kriegsoperationen:

„57. Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen. Die Notwendigkeit für die Teilnahme der Bundeswehr

Tod dem deutschen Imperialismus!



an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen."

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zu „50 Jahre Bundeswehr“ hat ein General der Bundeswehr angedeutet, worum es den deutschen Militärs in der nächsten Etappe ihrer militärischen Expansion geht:

„Wir müssen in der Lage sein, an einem Konflikt nach dem Muster des Irakkrieges teilzunehmen.“

Das bedeutet, dass in den Planungsstäben der Armee des deutschen Imperialismus davon ausgegangen wird, dass die Bundeswehr in absehbarer Zeit länger andauernde Kriege und imperialistische Gemetzel wie im Irak ausführen wird als bisher¹⁰.

In den VPR wird offiziell festgeschrieben, dass die Bundeswehr „präventive“ Kriegseinsätze durchführen soll:

„6. ... Streitkräfte sind ein wesentlicher Teil einer auf Vorbeugung und Eindämmung von Krisen und Konflikten zielenden Außen- und Sicherheitspolitik.“

Das ist nichts anderes als die Umschreibung von imperialistischen Aggressionen und Angriffskriegen, um etwa für den deutschen Imperialismus den „freien Zugang zu Rohstoffen und Märkten“ zu sichern.

2.

Ein Kern der VPR ist die Einschätzung der deutschen Militaristen, dass sich Deutschland für „einen überschaubaren Zeitraum“ in keinem konventionellen militärischen Konflikt befindet und damit momentan vorhandene „Überkapazitäten“ für die „direkte Landesverteidigung“ auf ein – jederzeit wieder hochrüstbares – Minimum beschränkt werden können.

„62. Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfeldes nicht mehr benötigt. ... Notwendig bleibt vielmehr eine Befähigung, die es erlaubt, die Landesverteidigung gegen einen Angriff mit konventionellen Streitkräften innerhalb eines überschaubaren längeren Zeitrahmens wieder aufzubauen. Dies erfordert die Beibehaltung der Wehrpflicht. ...“¹¹

Die dadurch eingesparten Mittel sollen für die „Erfüllung der militärischen Kernfähigkeiten“, d.h. Ausrüstung der Bundeswehr für weltweite Kriegs- und Militäreinsätze mit hoch ausgerüsteten Bundeswehrtruppen, eingesetzt werden.

„13. ... Die Finanzmittel werden künftig vor allem zur Erfüllung der militärischen Kernfähigkeiten eingesetzt.“

„64. ... Deshalb ist eine Umschichtung des Verteidigungshaushaltes zugunsten von Investitionen notwendig.“

Der wesentliche demagogische Gehalt von der „Verkleinerung der Bundeswehr“ ist also: Konzentration auf die militärische Kernfähigkeiten, Professionalisierung der Bundeswehr und ihre Ausrüstung für weltweite Militäreinsätze. Der Verteidigungshaushalt für das Jahr 2004 betrug alleine bereits 24,4 Milliarden Euro.

Ins Feld geführt wird dabei immer wieder die Reduktion der Anzahl der „Soldaten in Uniform“ sowie die Schließung von Kasernen und Bundeswehrstandorten in Deutschland. Schaut man sich allein die momentane Truppenstärke der Bundeswehr an, so hat sich diese in den letzten Jahren in der Tat von ca. 500.000 (1990) auf momentan 270.000 fast halbiert.

Bei diesen Zahlen bleibt jedoch faktisch unberücksichtigt, dass nur die Zahl der „Wehrdienstleistenden“ auf ein für die deutschen Militaristen momentan notwendiges Minimum reduziert wurden, die in der Regel nicht an Kriegseinsätzen teilgenommen haben und teilnehmen, sondern nur eine militärische „Grundausbildung“ im Inland erhielten. Demgegenüber sind die für Kriegseinsätze der Bundeswehr zu Verfügung stehenden und eingeplanten Einheiten von Mitte der 90er bis heute von 60.000 auf 150.000 mehr als verdoppelt worden.

Zudem wird auf die Fähigkeit zur umfassenden Mobilisierung für die „Landesverteidigung“ ausdrücklich nicht verzichtet. Wie bereits zitiert, betonen die VPR ausdrücklich die „Befähigung“, „die Landesverteidigung gegen einen Angriff mit konventionellen Streitkräften inner-

halb eines überschaubaren längeren Zeitrahmens wieder aufzubauen“.

Ein weiterer wichtiger Baustein des deutschen Imperialismus und seiner Militärs zur Erhöhung der Kriegsfähigkeit ist das Konzept der *maximalen Einbeziehung des ökonomischen Potentials* des deutschen Imperialismus in seine Kriegspläne, die enge Kooperation mit der Wirtschaft.

„66. ... Hierbei kommt den Anstrengungen zur Erhöhung der Effizienz in der Bundeswehr, auch in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, hohe Bedeutung zu.“

Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2001 der „Rahmenvertrag für strategische Partnerschaft“ zwischen der Bundeswehr und den entscheidenden Unternehmen des deutschen Großkapitals abgeschlossen. Dabei geht es um „Outsourcing“ von Verwaltungs-, Reparatur- und Wartungsarbeiten, um Verträge mit Krankenhäusern, die darauf vorbereitet und verpflichtet werden, im Kriegsfall als Lazarett in Beschlag genommen zu werden, um die Post, Verkehrs-, Transport- und Kommunikationsunternehmen, die ihre Strukturen der Bundeswehr zur Verfügung stellen.

3.

Was die Beschlussfassung von Kriegseinsätzen nach außen angeht, fordern die VPR:

„53. Die Verpflichtung Deutschlands zu schneller militärischen Reaktionsfähigkeit im Rahmen von NATO und EU macht eine ebenso schnelle politische Entscheidungsfähigkeit auf nationaler Ebene unabdingbar.“

Dem sind die Sachwalter des deutschen Bundestages im Parlament rasch nachgekommen. Am 3.12.2004 verabschiedeten sie das so genannte „Parlamentsbeteiligungsgesetz“, das einen ausgesprochen irreführenden Namen hat. Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes ist für bestimmte Auslandseinsätze der Bundeswehr (Verlängerung schon bestehender Militäreinsätze, Einsätze mit „geringer Intensität“) nämlich *kein* Votum des Bundestages mehr nötig. Damit ist ein großer Teil dieser Forderung der VPR bereits erfüllt.

Eine lange Debatte im Parlament und die damit womöglich einhergehende Diskussion in der Öffentlichkeit soll – auch wenn in den letzten Jahren die Kriegseinsätze faktisch in großer Koalition aller Bundestagsfraktionen verabschiedet wurden und die Diskussion in der Öffentlichkeit ein wichtiges Moment der psychologischen Kriegsführung, der Militarisierung des öffentlichen Lebens und der Gewinnung der Bevölkerung für die Kriegspläne des deutschen Imperialismus gespielt hat – zukünftig verzichtbar sein, wenn es „schnell“ gehen soll.

* * *

Zusammenfassend heißt es in den VPR:

„67. Durch Rüstungskooperation, Abbau verzichtbarer Fähigkeiten, Standardisierung, gemeinsame Aufgabenwahrnehmung, funktionale Arbeitsteilung und Rollenspezialisierung werden Mittel gespart. Fortschreitende politische Integration in Europa sowie knappe finanzielle Spielräume verstärken Notwendigkeit und Möglichkeit zu weitergehender Multinationalität.“

Zielsetzung ist, aus dem vorhandenen militärischen und wirtschaftlichen Potential im Interesse der mittel- und langfristigen Ziele des deutschen Imperialismus das äußerste herauszuholen, alle vorhandenen Kräfte zu bündeln bis hin zur größtmöglichen Mobilisierung der Ressourcen anderer Staaten, und dies alles nicht wegen „Sparsamkeit“ an sich, sondern im Interesse der forcierten Kriegsvorbereitung.

4.

Erste Zielrichtung: Gegen „internationalen Terrorismus“ und „zunehmende Migrationsbewegungen“

Als eine Begründung für die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr wird in den VPR u.a. angeführt:

„25 ... Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus.“

Flugblätter von „Gegen die Strömung“:

Zur Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus

Flugblatt 6-6/2005

8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus

8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch

Argumente gegen Geschichtsrevisionismus

Flugblatt 4/2004

„EU-Osterweiterung“

Kampf dem Vormarsch des deutschen Imperialismus! Kampf dem deutschen Chauvinismus!

Flugblatt 11-12/2004

Der Erste Weltkrieg – ein von allen Seiten ungerechter Krieg, dennoch gilt damals wie heute: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und die Lage heute

Flugblatt 6/2004

Der Kampf gegen den deutschen Revanchismus ist unverzichtbar!

Was bedeutet deutscher Revanchismus?

Flugblatt 5/2004

Die Zuspitzung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten und der Prüfstelle: Kampf gegen die Bundeswehr Zur internationalen Lage

Flugblatt 6-6/2004

20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert!

Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten

Flugblatt 10/2002

Die US-imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak bekämpfen ohne unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen!

Tod dem „deutschen Weg“ des deutschen Imperialismus!

Flugblatt 3/2002

Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia...

Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftspläne!

Flugblatt/Zellung 10-11/2001

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des deutschen Bundestages zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan:

Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!

Stellungnahme vom 11.10.2001

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans:

Gegen den dümmlichen „Anti-Amerikanismus“ der Opportunisten!

Flugblatt 4/2000

Rüstungsexport als ein Wesensmerkmal des deutschen Imperialismus:

„Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“!

Flugblatt 05-06/1999

Angesichts des imperialistischen Angriffskriegs des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien:

Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je!

Flugblatt 6-9/97

Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa-Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen!

Flugblatt 5/96

Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen!

Flugblatt 11/95

Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr

Flugblatt 9/93

Was zeigt das mörderische Massaker der UNO-Truppen in Somalia?

Broschüre Mai 1999, 124 Seiten

Zum Krieg des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien

- Einschätzungen von „Gegen die Strömung“ zur Rolle des deutschen Imperialismus in Kroatien, Bosnien, Albanien und Jugoslawien
- Das System des Imperialismus und der deutsche Imperialismus
- Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus
- Aufgaben und Perspektiven des antimilitaristischen Kampfes

Hier wird nicht nur gesagt, dass nahezu sämtliche Konflikte auf der Welt faktisch eine angebliche Bedrohung der „deutschen Sicherheit“ darstellen würden. Speziell der Bezug auf die als Bedrohung definierten „zunehmenden Migrationsbewegungen“ macht deutlich: Im Visier der deutschen Militärstrategen sind gerade auch die „Konflikte“, bei denen sich die vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker gegen ihr Elend und gegen ihre Ausbeutung sowie gegen die Ausplünderung ihrer Länder zur Wehr setzen, bzw. die Millionen, die gezwungen sind aus ihren Ländern in die imperialistischen Metropolen zu fliehen.

So formulierte der damalige Bereichsleiter für Analysen und Risikoprognosen des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, Generalstabsoffizier Reinhard Herden, bereits 1996 in der Zeitschrift „Truppenpraxis“:

„Im nächsten Jahrhundert werden die jetzt in Frieden lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Um die Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen.“¹²

„Konflikte“ der schlimmsten Art sind für die deutschen Imperialisten drohende antiimperialistische Revolutionen, bei deren Sieg ihnen der „ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ im betreffenden Land definitiv entzogen wird. Daher definieren sie revolutionäre, kommunistische Organisationen, welche den bewaffneten Kampf für dieses Ziel führen, auch als „terroristisch“ und bedrohen in Deutschland selbst die Unterstützung bewaffneter Befreiungsbewegungen mit Verfolgung und hohen Strafen. In ihrer Demagogie stellen sie dabei wirklich antiimperialistische Kräfte auf eine Stufe mit reaktionären und konterrevolutionären Kräften wie Al Qaida, die in Wirklichkeit vom imperialistischen System selbst hervorgebracht und herangezogen worden sind.¹³

Gemäß den VPR geht es um

„die Fähigkeit, Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit, Stabilität und Sicherheit notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen oder wiederherzustellen...“ (Pkt. 37)

„Freiheit und Menschenrechte“, „Stabilität und Sicherheit“ sind jedoch lediglich demagogische Schlagworte, mit denen einzig und allein die Durchsetzung der imperialistischen Machtinteressen des deutschen Imperialismus verbrämt werden soll. Sehr deutlich war dies bereits beim imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999. „Humanitäre Motive“ – bis hin zur zynischen Berufung auf Auschwitz, wie im Fall des Aggressionskriegs gegen Jugoslawien durch Außenminister Fischer – wurden vorgeschoben, um in Wirklichkeit imperialistische Ziele durchzusetzen und in Kosovo ein Besatzungsregime zu errichten, welches dort die nationalistische Unterdrückung und Vertreibung etwa der Roma zementiert.

Die Bundeswehr ist ein mörderisches Instrument des deutschen Imperialismus gegen die unterdrückten Völker und ihre Befreiungskämpfe.

5.

Zweite Zielrichtung: Gegen die imperialistischen Konkurrenten, vor allem gegen den US-Imperialismus weltweit.

Die VPR fordern *innerhalb* der NATO ein größeres Gewicht für Deutschland:

„48. Deutschland ist mit seinen Streitkräften mehr als jeder andere Bündnispartner in die NATO integriert. Ihm fällt im Bündnis eine herausragende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs der NATO zu.“

Die politischen Sachwalter des deutschen Imperialismus drängen innerhalb der NATO immer offener auf eine „Reform“. In seiner Rede, die er auf der jährlich stattfindenden „Münchner Sicherheitskonferenz“ im Februar 2005 verlesen lies, erklärte Schröder die NATO gar in ihrer gegenwärtigen Form für weitgehend überholt.¹⁴ Mit diesem Vorstoß stieß er zwar nicht nur bei den Vertretern des US-Imperialismus auf Ablehnung, doch zeigt allein schon die Tatsache dieses unerwarteten Vorstoßes, wie entschlossen die deutschen Imperialisten sind, ihre gegen die US-Imperialisten gerichteten Ziele zu verfolgen.

Ein wesentliches Moment, seine eigenes Militärpotential zunehmend ohne und gegen den US-Imperialismus aufzubauen, bildet das in den VPR dargelegte Bestreben der deutschen Militärs, ihr Engagement innerhalb der NATO auf eine „Doppelstruktur“ zu stützen, die zwar – zur Zeit noch

– der NATO zur Verfügung gestellt wird, aber schon direkt und in erster Linie als „EU-kompatibel“, d.h. jederzeit aus der NATO ausklinkbar klassifiziert wird.

„49. Die NATO sieht den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe und Maßnahmen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten ... vor. Die Bundeswehr wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an diesem Vorhaben beteiligen. Die Kompatibilität mit dem Aufbau von Fähigkeiten im Rahmen der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, A.d.R.) wird sichergestellt.“

Daneben bestehen die deutschen Imperialismus – unter „europäischer“ Flagge – auf einer weltweiten Kriegspolitik auch *außerhalb der NATO und ohne die NATO*. Dazu heißt es in den VPR:

„40. ... Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik beruht auf der strategischen Partnerschaft mit der Nordatlantischen Allianz und ermöglicht selbständiges europäisches Handeln, wo die NATO nicht tätig sein muss oder will. ...“

Dass die deutschen Imperialisten den Aufbau der EU-Streitkräfte als direkte Konkurrenz zur NATO forcieren, hat Bundeskanzler Schröder bei der Eröffnung der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Bundeswehr noch einmal unterstrichen: Die EU wird für Deutschland zunehmend „zu einem zweiten Standbein deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.“¹⁵

Im Aufbau und der Formierung einer „EU-Armee“ sehen die deutschen Militaristen ein wichtiges Instrument für ihr Ziel, *weltweit* Kriege ohne Beteiligung und damit Einmischung der USA führen zu können.

„33. ... Mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) stärkt die EU ihr Instrumentarium zum gemeinsamen Handeln in der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, auch über Europa hinaus ...“

Die deutschen Militaristen stehen mit an erster Stelle beim Aufbau der so genannten ESVP. So heißt es in den VPR:

„50. Deutschland hat in den vergangenen Jahren bei den Beschlüssen der EU zur Ausgestaltung der ESVP eine Schlüsselrolle gespielt.“

Die Bündelung und Koordination der Aufrüstung und Militärpolitik auf EU-Ebene betrachten die deutschen Imperialisten als Möglichkeit, ihr eigenes Militärpotential und weltweites Gewicht zu verstärken:

„68. Gemeinsame Planung, gemeinsame Beschaffung, gemeinsamer Betrieb von Waffensystemen und gemeinsame Ausbildung stecken den Rahmen ab für das, was durch die europäische Integration und Herausbildung der ESVP sicherheitspolitisch notwendig und möglich ist und sich bereits in einer effizienteren europäischen Rüstungskooperationspolitik manifestiert. Die Arbeiten zur Entwicklung einer Europäischen Rüstungsagentur werden vorangetrieben.“

Die hier in den VPR angesprochene, 2004 beschlossene Einrichtung einer europäischen „Rüstungsagentur“ (mit Sitz in Brüssel) unter der faktischen Führung des deutschen und des französischen Imperialismus spielt eine große Rolle, um die Aufrüstung in Konkurrenz zum US-Imperialismus zu intensivieren, militärische Großprojekte zu realisieren, welche der deutsche (oder auch französische und englische) Imperialismus beschränkt allein auf das eigene Potential so nicht verwirklichen könnte. Bedeutsam ist ebenso die vom deutschen und französischen Imperialismus dominierte EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) mit über 110.000 Beschäftigten, welche den „Eurofighter“, den Tiger-Kampfhubschrauber, den Airbus A400M sowie das Raketenabwehrsystem MEADS entwickelt hat und produziert.¹⁶

Bis 2010 sollen die EU-Streitkräfte aufgestellt sein und dann 60.000 Soldaten umfassen. Deutschland stellt mit 18.000 Soldaten das größte Kontingent. Unter Berücksichtigung der Rotation und Unterstützung wird die „EU-Eingreiftruppe“ zwischen 180.000 und 200.000 Soldaten umfassen.¹⁷ Zudem sollen ab 2007 so genannte „battle groups“ aufgestellt sein, die jeweils 1500 Soldaten umfassen und innerhalb von 5 Tagen am Einsatzort eintreffen sollen. Diese sollen in der Lage sein, zwei Einsätze nahezu zeitgleich durchzuführen.¹⁸

Mit dem Aufbau einer von der NATO unabhängigen „EU-Militärmacht“ verfolgt der deutsche Imperialismus vor allem auch das Ziel – unter Ausschluss des US-Imperialismus –, größeren Einfluss auf die zum großen

Teil auch in den NATO vertretenen Armeen der kleinen kapitalistischen und imperialistischen Länder in seiner unmittelbaren geographischen Nähe zu erlangen. Außerdem hat der deutsche Imperialismus in den letzten Jahren vor allem die Gründung so genannter gemeinsamer Korps mit den kleineren imperialistischen Staaten in Europa forciert, um Einfluss auf diese Armeen zu erlangen, und damit die Voraussetzung geschaffen, ihr Militärpotential maximal in seine zukünftigen Kriegspläne einzubinden. 1995 wurde das 50.000 Soldaten umfassende deutsch-niederländische Korps geschaffen. In dieses „gemeinsame“ Korps unter deutscher Führung mit Sitz in Münster hat die niederländische Armee damals ihre gesamten Heeresstrukturen eingebracht.¹⁹ Weiter existiert seit 1996 ein deutsch-dänisches Korps, an dem seit 1999 auch polnische Verbände teilnehmen.²⁰ Das belgische Heer wiederum ist Teil des Eurokorps bzw. des ARRC (Allied Command Europe Rapid Reaction Corps), eines internationalen Verbandes unter Führung des englischen und deutschen Imperialismus.

Mit dem Aufbau einer EU-Armee, mit dem Aufbau einer europäischen Rüstungsagentur sowie mit der in der – geplanten, vorläufig aber gescheiterten – EU-Verfassung verankerten Verpflichtung zur Aufrüstung bezweckt der deutsche Imperialismus auch ein Instrument zu schaffen, mit dem er die *Zuverlässigkeit* seiner „Partner“ bei seiner zunehmenden Herausforderung des US-Imperialismus prüfen und messen kann. Ein Problem für den deutschen Imperialismus ist nämlich, dass sich z. B. beim Irak-Krieg Staaten wie Polen, Dänemark, Italien und andere deutlich gegen Deutschland auf die Seite der USA gestellt haben. Dem gegenüber wird in den VPR die gemeinsame europäische „Verantwortung“ gefordert:

„49... Die Umsetzung der europäischen Streitkräfteziele und die Beseitigung erkannter Fähigkeitsdefizite im nationalen und europäischen Rahmen sowie die Bereitstellung der angezeigten militärischen Fähigkeiten und Mittel sind Maßstab dafür, wie Deutschland und seine Partner ihre Verantwortung im Rahmen der EU wahrnehmen.“

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Verstärkung des Bündnisses mit dem russischen Imperialismus.

Bei der Herausforderung des US-Imperialismus spielt für den deutschen Imperialismus auch die *Zusammenarbeit mit dem russischen Imperialismus* eine sehr große Rolle. Insbesondere im Vorfeld des Irak-Krieges ist das Zusammengehen des deutschen, französischen und russischen Imperialismus, das den Charakter einer Koalition, eines Bündnisses getragen hat, gegen die Koalition des US-Imperialismus mit dem englischen Imperialismus zum ersten mal international deutlich sichtbar geworden.

In den VPR stellen die deutschen Militärs – wenn auch noch zum Teil versteckt hinter Formulierungen wie „Zusammenarbeit in Europa und im globalen Rahmen“ – ihr Ziel einer noch engeren, langfristig angelegten *Kooperation mit dem russischen Imperialismus* heraus:

„34. Die außenpolitische Neuorientierung Russlands eröffnet Chancen für eine konstruktive Zusammenarbeit in Europa und im globalen Rahmen ...“

Trotz enormer Schwächung verfügen die russischen Imperialisten immer noch über ein enormes Atomwaffen- und Kriegspotential sowie Erfahrungen im Führen von Kriegen wie in Afghanistan und aktuell in Tschetschenien. Zudem ist Russland heute mit einem Rüstungsexport von 26,9 Mrd. im Zeitraum von 2000 bis 2004 noch vor den USA der größte Waffenexporteur der Welt.²¹ Außerdem verfügt Russland über riesige Rohstoffquellen und andere Ressourcen. Das zeigt, welche enorme Bedeutung ein Bündnis mit Russland für die deutschen Imperialisten und Militaristen hat.

6.

Dritte Zielrichtung: „Zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Innern“ zur Bürgerkriegsarmee.

Ohne Zweifel: Der Einsatz der Bundeswehr etwa gegen eine sich revolutionär entwickelnde Arbeiterbewegung, welche den Herrschenden gefährlich wird, ist von den deutschen Imperialisten schon längst geplant und vorgesehen. Bekanntlich hat die Bundeswehr bereits vor langem schon den Einsatz gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter geübt. Mit den so genannten „Not-

standsgesetzen“ von 1968 haben sich die deutschen Imperialisten die „legale“ Ermächtigung zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren geschaffen „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes.“ (Art. 91 GG)

In den VPR wird der Bundeswehreinsatz nach innen mit größter Selbstverständlichkeit behandelt:

„75. Angesichts der gewachsenen Bedrohung des deutschen Hoheitsgebietes durch terroristische Angriffe gewinnt der Schutz von Bevölkerung und Territorium an Bedeutung und stellt zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der **Aufgabenwahrnehmung im Inland** und demzufolge an ihr Zusammenwirken mit den Innenbehörden des Bundes und der Länder.“

„80. Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor **terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen** wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen oder

wenn der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur nur durch die Bundeswehr gewährleistet werden kann.“

Die verwendete Begrifflichkeit macht deutlich, dass der ständige Einsatz der Bundeswehr im Inneren möglichst weitgehend legalisiert werden soll. Was als „terroristische“ oder „asymmetrische Bedrohung“ von den deutschen Imperialisten empfunden wird, definieren diese selbst. Die Verleumdung revolutionärer Organisationen und militant geführter Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus in der Vergangenheit als „terroristische“ oder „kriminelle“ Aktionen, zeigt deutlich, gegen wen sich der Einsatz der Bundeswehr richten wird.²²

II. Das Programm der militärischen Aufrüstung und umfassenden Militarisierung für die nächsten Jahre

Militärisch

Für die Verwirklichung ihres Ziels der „Kriegsfähigkeit“ haben die deutschen Imperialisten für die nächsten Jahre bis 2015 ein enormes Aufrüstungsprogramm konkret geplant.

Mittelfristig geht es darum, die Bundeswehr mit einem Aufrüstungsprogramm von über 110 Milliarden Euro in den nächsten fünf bis zehn Jahren in die Lage zu versetzen, „auf gleicher Augenhöhe“ mit den anderen imperialistischen Großmächten in aller Welt groß angelegte Kriege zu führen. Dieses Ziel haben die deutschen Imperialisten im so genannten „Weizsäcker-Bericht“ (2000) offen verkündet.

Aus der Sicht der deutschen Militaristen gilt es das Problem zu lösen, dass vor allem die US-Imperialisten, teilweise aber auch die englischen und französischen sowie nicht zuletzt auch die russischen Imperialisten durch ihre Kriegserfahrungen in den letzten Jahrzehnten (z.B. Vietnam und Afghanistan) und durch Art und Ausmaß ihrer Bewaffnung (z. B. Transportkapazitäten für Militärinterventionen) einen Vorsprung gegenüber den deutschen Imperialisten haben, den letztere unbedingt und so schnell und effizient wie möglich beseitigen wollen.

Nach den Vorgaben der vom Kriegsministerium im Jahr 2000 eingesetzten so genannten „Weizsäcker-Kommission“ unter der Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten R. Weizsäcker zur so genannten „Strukturreform“ der Bundeswehr hat der deutsche Imperialismus zahlreiche Maßnahmen zum „Umbau“ und zur Erhöhung der Kriegsfähigkeit der Bundeswehr beschlossen und mit deren Umsetzung begonnen.

■ Nach dem „Umbau“ bis 2010 soll die Bundeswehr 35.000 Mann in „Eingreiftruppen“ und weitere 70.000 für „Stabilisierungsaktionen“ à la Afghanistan haben – so Kriegsminister Struck im Juni 2005.²³ „Eingreiftruppen“, das sind wohlgeordnete Einheiten für direkte militärische Interventionen. Die Bundeswehr soll ohne Mobilmachung in der Lage sein, im Ausland eine größere Militäroperation mit 15.000 bis 30.000 Soldaten für ein Jahr lang oder alternativ zwei „mittlere Operationen“ über einen längeren Zeitraum durchführen können.²⁴

■ Während bei dem imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien noch 14 Tornadokampfflugzeuge teil-

nahmen, sollen es bei den geplanten künftigen Kriegen zwischen 90 und 100 Kampfflugzeuge sein.²⁵

■ Die zur Zeit ca. 1000 Soldaten umfassende „Elite-Einheit“ der Bundeswehr, das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) soll zusammen mit zwei Luftlandbrigaden in der neu gebildeten „Division für Spezialoperationen“ (DSO) auf 7.400 Soldaten vergrößert werden.²⁶ Neu gebildet wird ebenfalls die aus 9.800 Soldaten bestehende „Division für luftbewegliche Operationen“ (DLO), ausgerüstet mit Kampfhubschraubern zum schnellen Einsatz hinter den „gegnerschen Linien“.²⁷

■ Mit der Anschaffung von 70 Großraumtransportflugzeugen soll die Bundeswehr logistisch befähigt werden, möglichst rasch an jedem beliebigen Punkt der Welt intervenieren zu können.

■ Mit 180 Eurofighter-Kampfflugzeugen²⁸ soll die Luftkriegsfähigkeit des deutschen Imperialismus weiter erhöht werden. Welche überragende Bedeutung der „Luftkrieg“ heute hat, haben gerade der Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit anschließender Besetzung des Kosova und der Irak-Krieg deutlich gezeigt. Weiter werden 80 Kampfhubschrauber und 152 Transporthubschrauber sowie 410 Schützenpanzer, mehrere U-Boote und weitere Panzerfahrzeuge, Raketen u.a. angeschafft.²⁹ Zusätzliche werden auch weitere Kriegsschiffe angeschafft, die u.a. „amphibische Lande-Operationen durch Landzielbeschuss unterstützen“ sollen.

■ Mit dem geplanten Raketenabwehrsystem MEADS will die Bundeswehr ein eigenes, vom US-Imperialismus unabhängiges Raketen-Abwehrsystem aufbauen.³⁰

■ Die Bundesregierung hat inzwischen auch ein Gesetz eingebracht, welches die militärische Spionage durch den MAD³¹ im Ausland offiziell ermöglichen soll.³² Der Heeresinspektor der Bundeswehr Kujat verkündete am 22.1.2002 in Hamburg: „Was wir anstreben, ist Informationsüberlegenheit. Dazu ist ein Spektrum an Aufklärungsmitteln erforderlich, das lückenlos strategische, operative und taktische Informationen bereitstellt. Ein wichtiger Bestandteil sind Satelliten, die eine weltweite Radarabdeckung ermöglichen.“³³

■ Mit der Bildung des „Einsatzführungskommandos“ 2001 in Potsdam, das direkt dem Kriegsministerium

unterstellt ist, wird die bisher zumindest noch formal bestehende Trennung der Leitung der Teilstreitkräfte der Bundeswehr aufgehoben und ein zentrales militärisches Führungskommando in der Tradition des „Hauptquartiers“, des „Generalstabes“ der nazifaschistischen Wehrmacht geschaffen.³⁴ Seit Juni 2001 werden die Kriegseinsätze der Bundeswehr von diesem „Einsatzführungskommando“ zentral befehligt.

Ökonomisch

Eine wesentliche Voraussetzung für diese forcierte Militarisierung ist die immer weiter voranschreitende Entwicklung der eigenständigen Rüstungsindustrie, die vom einfachen Gewehr und der Gasmasken bis hin zum computergesteuerten Bomber und zum schwer ortbaren U-Boot mit Brennstoffzellen-Antrieb, vom „Leopard“-Panzer über „Tiger“-Kampfhubschrauber, Radar-Systemen bis zu Lenkwaffen, zum Giftgas und zu atomarer Bewaffnung alles für ihr mörderisches Tun zur Verfügung stellen kann. Denn im „Ernstfall“ kann sich der deutsche Imperialismus hier ja nicht auf Importe und auch nicht unbedingt auf Kooperationen mit anderen imperialistischen Mächten verlassen.

Hunderttausende arbeiten in Rüstungsbetrieben und ihren Zulieferfirmen, die altbekannte Namen tragen wie Krupp, Thyssen, Krauss-Maffei, Messerschmidt oder dem Mercedes-Ableger DASA. Es wäre jedoch kurz-sichtig, hier lediglich die typischen Rüstungskonzerne zu nennen, einen wie auch immer gearteten „Militär-Industriellen-Komplex“ für die Aggressivität und Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus allein verantwortlich zu machen. Es geht um das deutsche Finanzkapital in seiner Gesamtheit. Jeder große Konzern produziert heute sowohl für den Zivil- als auch für den Militärbereich und ist in der Lage, die Produktion in kürzester Zeit ganz auf Kriegsproduktion auszurichten.

Im Juni 2002 erklärte der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der SPD-Fraktion, Klose, im Interview mit dem „Handelsblatt“ zur Bedeutung der deutschen Rüstungsindustrie:

„Aus außenpolitischer Sicht bedeutet die Rüstungsfähigkeit einen Machtfaktor. Eine Preisgabe bedeutet also einen Machtverlust (...) Das Ziel muss sein, eigene Rüstungskapazitäten zu erhalten und sogar auszubauen.“³⁵

Die Kosten für das Aufrüstungsprogramm des deutschen Imperialismus sollen die Arbeiterinnen und Arbeiter tragen. Doch nicht nur das.

Die ganze Entwicklung in Deutschland (Agenda 2010, Hartz-Gesetze usw.) zeigt, was auf die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch zukommen wird: Der erbarmungslose Kampf der imperialistischen Großmacht Deutschland, um im Inland wie in der ganzen Welt in Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Mächten Maximalprofite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern herauszupressen, muss zu einer Verschlechterung ihrer Lage führen.

So waren die deutschen Imperialisten als wirtschaftlich stärkste Macht der EU auch federführend bei dem Beschluss der Regierungschefs der EU vom Jahr 2000 in Lissabon, Löhne und Sozialleistungen massiv abzubauen mit der offen erklärten Zielsetzung, dass auch auf diesem Weg die EU bis 2010 die USA als Wirtschaftsmacht Nr. 1 abgelöst haben soll.

Ideologisch

Den deutschen Imperialisten geht es in den nächsten Jahren darum, in der gesamten Bevölkerung durchzusetzen und zu verankern, dass die Bundeswehr auf immer größerer Stufenleiter Kriege führt, dass dies so richtig und notwendig sei, dass es dafür „Opfer“ zu brin-

Bundeswehr trainiert den Häuserkampf und die Eroberung von Städten

Die deutschen Militaristen studieren sehr aufmerksam die Kampferfahrungen ihrer imperialistischen Rivalen, um daraus für sich die entsprechenden Lehren zu ziehen. Ein Beispiel dafür ist die Studie der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik, Berlin 2005: „Falludschas und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?“ Untersucht werden darin die Erfahrungen der militärischen Eroberung der irakischen Stadt Falludschas im November 2004. Die US-Truppen hatten damals diese irakische Stadt in Schutt und Asche gebombt und dennoch enorme Verluste erlitten. Bei Kriegseinsätzen drohe – laut Studie – auch der Bundeswehr „ein verstärkter Einsatz in dieser an Bedeutung weiter zunehmenden Konfliktumgebung“ (S.3). Des weiteren werden auch auf die Militäreinsätze der französischen Imperialisten in Afrika ausgewertet:

„Frankreich engagiert sich wiederholt mit Truppen in afrikanischen Staaten. Werden die Einsätze der französischen Streitkräfte in den letzten Jahren betrachtet, zeigt sich, dass sich deren Wirkungsräume pri-

mär in den Hauptstädten dieser Staaten abzeichnen. Dort sind neben politischen und geschäftlichen Auslandsvertretungen auch meist wichtige Flug- oder Seehäfen vorhanden.“ (S.4)

Als Schlussfolgerung für die Bundeswehr wird propagiert, dass diese ihre Truppen noch intensiver im Ortskampf bzw. im Häuserkampf ausbilden müsse, dass die dafür bisher vorhandenen Ortskämpfanlagen „BONNLAND“ in Hammelburg sowie „LEHNIN“ in der Nähe Berlins nicht ausreichen würden. (S.6) Zudem wird eine verstärkte Ausbildung von Scharfschützen gefordert. Es ist naheliegend, dass diese verstärkte Aufrüstung und Ausbildung für den „Ortskampf“ bzw. den „Häuserkampf“ nicht nur für geplante Militärinterventionen in anderen Ländern erfolgt, sondern auch gezielte Vorbereitung auf den Bürgerkrieg im Inneren ist, auf den sich die deutschen Imperialisten, auch wenn dieser kurzfristig nicht wahrscheinlich ist, unbedingt vorbereiten.

Die Bundeswehr: Aufbau von Offizieren der SS und der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht

Der westdeutsche Staatsapparat – von Justiz und Verwaltung, über Polizei und Geheimdiensten bis zur Bundeswehr – wurde insgesamt von oben bis unten und von unten bis oben vor allem von allen Nazis errichtet. Die Bundeswehr wurde fast ausschließlich von alten Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut, die ihren Eid auf Adolf Hitler nie gebrochen und dem Nazi-Faschismus bis zuletzt treu gedient hatten.

Schon die ersten Berater der Regierung Adenauer in Militärfragen waren hohe Offiziere der Nazi-Wehrmacht.

Genannt seien z.B. *Hans Speidel*, ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, erster Befehlshaber der Bundeswehr in den 50er und 60er Jahren; *Adolf Heusinger*, ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, neben Speidel erster Befehlshaber der Bundeswehr und ab 1957 erster Generalinspekteur; *Friedrich Fortsch*, Oberstleutnant der Nazi-Wehrmacht, einer der Befehlshaber beim Überfall auf Jugoslawien und beteiligt an der Zerstörung Leningrads sowie unzähliger weiterer sowjetischer Städte und Dörfer, nach 1945 Generalleutnant der Bundeswehr und zeitweise Generalinspekteur. Die Nazi-Wehrmachts-generale Heusinger und Speidel waren die Vertreter Westdeutschlands bei den militärischen Verhandlungen mit den imperialistischen Großmächten, die 1950 vorbereitet wurden und offiziell im Januar 1951 begannen.¹

Einer der Angeklagten in sowjetischen Kriegsverbrecherprozessen, Reinhard, übernahm 1954 den Vorsitz der Gesellschaft für Wehrkunde. Die selbstdefinierten Ziele dieser Gesellschaft waren, die militärischen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg zu sammeln und auszuwerten und sie für den Fall einer Remilitarisierung Westdeutschlands nutzbar zu machen.²

An der Belagerung und Aushungerung Leningrads war der Nazi-Generalstabschef Fortsch beteiligt. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg war er als Mitautor von „Der Offizier der deutschen Wehrmacht. Eine Pflichtlektüre“ hervorgetreten. Darin schrieb er:

„Wer diesen nationalsozialistischen Staat nicht aus der Fülle seines Herzens heraus bejaht, wer diesem Staat und der Weltanschauung, die ihn geformt hat und nun trägt, gleichgültig oder gar ablehnend gegenübersteht, hat als Offizier in der neuen deutschen Wehrmacht nichts zu suchen.“³

Nach seiner Gefangennahme durch die Rote Armee wurde ihm in der Sowjetunion der Prozess gemacht. Angeklagt wegen des Plans zur Vernichtung Leningrads und seiner Bevölkerung sowie wegen der Zerstörung der Städte Novgorod, Pskow und Ostrow und wegen der Ermordung von 187.760 sowjetischen Kriegsgefangenen allein im Gebiet Novgorod wurde er zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Bereits 1955 wurde er von den Chruschtschow-Revisionisten an Westdeutschland ausgeliefert und für die zehnjährige Haftzeit auf eine besondere Weise entschädigt.⁴ 1956 wurde er General der Bundeswehr, 1959 stellvertretender Stabschef für Planung und Politik bei der NATO, 1961 Generalinspekteur der Bundeswehr.⁵

Diese Nazi- und SS-Offiziere betrieben im 1950 eigens dafür eingerichteten „Amt Blank“, dem Vorläufer des 1955 offiziell gebildeten Bonner Kriegsministeriums, die organisatorischen Vorbereitungen für den Aufbau und die offizielle Gründung der Bundeswehr.

Und dies alles sind keine „Einzelfälle“: Im Jahre 1958 stammten 12.900 Offiziere der Bundeswehr aus der deutschen Nazi-Wehrmacht. Auch wenn diese personelle Kontinuität nicht das einzige und auch nicht das ausschlaggebende Beweismittel ist dafür, dass die Fäden der deutschen Geschichte nicht durchgeschnitten wurden, so ist sie doch ein anschauliches zusätzliches Argument.

Doch selbst in seinen Gesetzen machte der westdeutsche Imperialismus von Anfang an klar, dass er die Bundeswehr als Fortsetzer der faschistischen Nazi-Wehrmacht begreift. Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, dass auf „militärisch-fachliches Können aus der Vergangenheit zurückzugreifen“ ist (§ 54) und dass die Soldaten der früheren „Wehrmacht“ entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen werden (§ 36). Selbst ehemalige Mitglieder der nazifaschistischen SS, einschließlich der Verbände der Waffen-SS wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen!

Auch all das militaristisch-nazistische Gedankengut, die ideologische Vorbereitung für einen neuen Raubkrieg wurde gepflegt und fortgesetzt.

Von Anfang an ließen führende Militärs wie z.B. der ehemalige Offizier der Nazi-Wehrmacht im „Rußlandfeldzug“, Ausbilder der Panzergrenadiere und spätere Brigadegene-

ral der Bundeswehr Heinz Karst, keinen Zweifel daran, welche Tradition die Bundeswehr fortsetzt. Karst, der die Bundeswehr nach 1945 an führender Stelle wieder aufbaute und schließlich General des Erziehungs- und Bildungswesens wurde, verkündete als Gründungsmitglied des erzkonservativen „Studienzentrums Welkersheim“, in dessen Präsidium u.a. auch der berüchtigte Nazi-Richter und ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger sitzt und das sich 1986 u.a. auf mehreren Offizierstagungen der Geschichte und Tradition bei der Ausbildung von Bundeswehr-Offizieren angenommen hat:

„Die Kernfrage ist daher und bleibt, wie die Bundeswehr sich zur Wehrmacht stellen soll, in der die Väter dienten, eine Bundeswehr, deren Gründer Soldaten der Wehrmacht waren. Wir können und müssen die Reichswehr und Wehrmacht daher in die Traditionspflege der Bundeswehr einbeziehen, soweit der Verfassungsauftrag das zulässt.“ („Bundeswehr im Niemandsland?“, Studienzentrum Welkersheim, 1986, S. 41)

Heute hat in der Bundeswehr eine Generation von Militärs das Sagen, die unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher!“ die bestialischen Verbrechen der Nazi-Wehrmacht reinwaschen will, ihre Rolle als Instrument des Nazifaschismus und des deutschen Finanzkapitals zur Durchführung seiner Weltherrschafts- und Völkermordpläne leugnet, eine Generation, die die „Traditionspflege“ (die „soldatischen Leistungen“) und „beispielhafte Disziplin“ beschwört und die Schlachten und Manöver des Zweiten Weltkrieges durchstudiert, um es beim dritten Mal „besser“ zu machen.

Quellen

- 1 Sastawenko, G.F. u.a., Verbrecherische Ziele — Verbrecherische Mittel, Moskau 1963, Seite 55
- 2 Falin, V., Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995, Seite 18
- 3 Pietrow-Enneker, B. (Hrsg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt 2000, Seite 484
- 4 Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 3, Berlin 1962, Seite 72
- 5 Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1960, Seite 221

gen gelte. Der deutsche Kriegsminister bereitet die deutsche Bevölkerung bereits darauf vor:

„Es ist auch nicht auszuschließen, dass wir in solchen Einsätzen Soldaten verlieren werden – nicht nur durch Unfälle oder Anschläge, sondern durch eine militärische Auseinandersetzung.“⁶

Wenn der deutsche Außenminister Fischer tönt „Friedenspolitik ist heute Ordnungspolitik“, so soll damit die Bevölkerung darauf eingestimmt werden, dass die Bundeswehr überall dort, wo in der Welt „Unruhe“ herrscht, wo es „Konflikte“ gibt (siehe VPR!), eingreifen soll, dass mit ihrer Hilfe „Ordnung“ geschaffen werden soll.

Mit Hilfe der schrittweisen Gewöhnung der Bevölkerung in Deutschland an immer größere und offenere Kriegseinsätze, mit der Doppeltaktik von der „internationalen Verantwortung“, zu der Deutschland angeblich „gedrängt“ würde einerseits und die Deutschland zustehe andererseits, mit eiskalten Lügen und demagogischen Manövern wie dem Propagieren einer angeblich „humanitären Mission“ der Bundeswehr und aktuell mit der Verteidigung der „Zivilisation“ und der „Demokratie“ im „Kampf gegen den Terror“, haben es die deutschen Imperialisten und Militaristen unter dem Einsatz eines riesigen Propagandaaufwandes in den letzten Jahren erreicht, immer offenere und größere Kriegseinsätze durchzuführen, ohne dabei auf größeren Widerstand in der deutschen Bevölkerung zu stoßen.

Dabei hat eine nicht unerhebliche Rolle gespielt, dass die entscheidenden Schritte hin zu einer weltweiten Militärpräsenz der Bundeswehr und der Durchführung „echter“ Kriegseinsätze unter einer SPD/Grünen-Regierung durchgeführt wurden, dass durch das in den Vordergrund stellen scheinbar pazifistischer, unbelasteter und in der Auseinandersetzung mit der Tradition zum Nazifaschismus aufgewachsener Politikerinnen und Politiker in der Regierung der BRD es dem deutschen Imperialismus gelungen ist, weite Teile der Antikriegs-

bewegung zu paralysieren und zum großen Teil direkt in sein Fahrwasser umzuleiten.

Ein wesentliches Moment spielt dabei auch der „anti-amerikanische“ deutsche Nationalismus und Chauvinismus. Für die zukünftigen, noch weit größeren Kriegseinsätze und Kriege der Bundeswehr ist von Bedeutung, dass es den deutschen Imperialisten bislang weitgehend gelungen ist, das Bild von der angeblich „sauberen Bundeswehr“ – anknüpfend an die Lüge von der angeblich „sauberen Wehrmacht“ –, die Krieg aus „gerechten Gründen“ und für „höhere Ziele“ führt, insbesondere in Gegenüberstellung zur „mordenden und folternden US-Armee“, die „Krieg für Öl“ führt, aufrecht zu erhalten und zu verankern. Gerade der Irak-Krieg hat deutlich gezeigt, zu welch demagogischen Fähigkeiten, die auch international nicht ohne Wirkung bleiben, der deutsche Imperialismus in der Lage ist, um sich auf der Basis von Nationalismus und Chauvinismus als angeblich bessere, friedlichere Alternative anzubiedern.

Die militaristische Verhetzung nimmt immer größere Ausmaße an. Vom Kriegsspielzeug mit oder ohne Computer über die verstärkte militaristische Werbung für die Bundeswehr in den Schulen⁷ (z.B. mit Hilfe des Computerspiels „Pol&IS“, bei dem mittlerweile Zehntausende Jugendliche „lernen“ sollten, dass es „Märkte und Rohstoffe“ auch militärisch zu erobern gelte), durch den Einsatz von speziell pädagogisch geschulten Bundeswehroffizieren, über spezielle Bundeswehrhochschulen, die den Bedarf an militärisch ausgerichteten Spezialisten aller Fachrichtungen sicherstellen, bis hin zu einer tagtäglichen militaristischen Stimmungsmache und rassistisch-chauvinistischen Hetze gegen andere Völker durch Presse, Rundfunk, Kino, Fernsehen und Video haben die deutschen Imperialisten ein Netz der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung gesponnen. Dafür steht den deutschen Militaristen ein milliarden-schwerer Apparat zur Verfügung, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann.

Im raffiniert ausgeklügelten Zusammenspiel mit allen anderen Medien schafft es heute vor allem das Fernsehen innerhalb weniger Tage – in Ermangelung einer wirkungsvollen antimilitaristischen und antiimperialistischen Propaganda – einen völligen Stimmungsumschwung bei der Mehrheit der Bevölkerung für oder gegen dieses oder jenes zu bewirken.

Wie sich ansatzweise schon beim patriotisch-militaristischen Tamtam um die ersten toten Bundeswehrsoldaten in Afghanistan gezeigt hat, ist in den nächsten Jahren damit zu rechnen, dass die Eskalation der Militäreinsätze der Bundeswehr begleitet wird von einer militaristischen Hetze, die bruchlos anschließt an die militaristische Propaganda vor und während dem Ersten Weltkrieg sowie an die militaristische Hetze der Nazifaschisten. Dabei spielen aber auch die riesigen, teilweise halbamtlichen Soldatenorganisationen und „Traditionsverbände“ eine gewichtige Rolle, die zugleich ein wichtiges Bindeglied zu den Nazi-Organisationen darstellen.⁸

Zur Verwirklichung ihrer zukünftigen Kriegs- und Weltherrschaftspläne werden die deutschen Imperialisten in noch weit größeren Umfang ihre gigantische Propagandamaschinerie in Bewegung setzen, Lügen und Betrug in noch weit größerem Umfang betreiben. Dabei werden die deutschen Imperialisten die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens – die Propagierung der Bundeswehr als „Schule der Nation“, als Problemlösung bei allen größeren Fragen, das verstärkte öffentliche Auftreten der Militaristen und das weitere In-den-Vordergrund-Schieben, dass die wichtigen Fragen eben nur militärisch gelöst werden können –, ebenso wie die Mobilisierung aller möglicher reaktionärer Ideologien wie des Chauvinismus, des Rassismus und des Antisemitismus, des Revanchismus und des Antikommunismus in immer größerem und aggressiveren Stil betreiben. Denn ohne chauvinistische Verhetzung der eigenen Bevölkerung werden die deutschen Imperialisten ihre Kriegs- und Weltherrschaftsziele nicht verwirklichen können.

Dem deutschen Imperialisten ist bewusst, dass sie nicht die gesamte Bevölkerung für ihre Pläne „gewinnen“ können. Der Ausbau des Unterdrückungs- und Überwachungsapparates, die Unterhaltung und der Ausbau eines gigantischen Gefängnisystems, die Diskussion über die Legalisierung von Folter und die weitere Institutionalisierung des Bundeswehreininsatzes im Inneren, der Abbau von gewerkschaftlichen und demokratischen Rechten, die Kriminalisierung von Antifas und Antimilitaristinnen und Antimilitaristen – die Faschisierung im Inneren – all das zeigt, dass die deutschen Imperialisten Zug und Zug mit ihrer militärischen Expansion nach

Außen und der Verschärfung der Ausbeutung nach Innen sich präventiv rüsten und aufrüsten, jeglichen Widerstand schon im Keim zu ersticken.

Die Frage bleibt: Warum und wozu dieses gigantische Aufrüstungs- und Militarisierungsprogramm? In Wirklichkeit macht der Gesamtumfang dieses Programms nur Sinn, wenn es um die Vorbereitung sehr groß angelegter Kriege geht, bei denen auf der gegnerischen Seite nicht bloß Kräfte wie „Al Qaida“, „Taliban“ o.ä. stehen, sondern annähernd gleichwertige Armeen, also letztendlich die Armeen anderer imperialistischer Großmächte.

III. Die langfristige Ziele des deutschen Imperialismus: Neuaufteilung der Welt beim dritten Anlauf zur Weltherrschaft

Wesentlich ist: Seine immer weiteren militärischen Vorstöße, die Stationierung von Bundeswehrtruppen in immer mehr Ländern sowie sein groß angelegtes Aufrüstungsprogramm, alles das sind für den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus nur Schritte auf seinem weiteren Weg – nicht nur gegen Osten –, Revanche zu nehmen für die Niederlage, die ihm 1945 die Völker und die Staaten der Anti-Hitler-Koalition bereitet haben, die im Partisanenkrieg und mit regulären Armeen gekämpft haben.

„Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: ... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.“³⁹ – so formulierte das der damalige Außenminister Kinkel 1993.

Die Schwierigkeit der überzeugenden antimilitaristischen Argumentation liegt darin, dass sich für die Anprangerung der kurz- und mittelfristigen militärischen Machenschaften des deutschen Imperialismus eine Fülle von aktuellen Fakten anführen lässt, während dies für die Entlarvung des langfristigen Ziels eines Revanchekriegs so nicht möglich ist. Die ganze Dimension zukünftiger Zuspitzung lässt sich nur auf dem Boden der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus im allgemeinen und der grundlegenden Merkmale und Besonderheiten des deutschen Imperialismus im besonderen analysieren.

Allerdings: Vergleicht man die Situation von 1993 mit der von 2005 – einen Zeitraum von nur 12 Jahren – wird ersichtlich, wie weit der deutsche Imperialismus mit seinem dritten Anlauf schon gekommen ist, zu welcher Steigerung seiner Militärpräsenz in der Welt er in nur wenigen Jahren fähig ist, über welche enorme demagogische Fähigkeiten die deutschen Imperialisten verfügen, schnelle, unerwartete Wendungen in der internationalen Lage für sich zu nutzen.

Was viele noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten haben, ist heute bereits Realität: Die Bundeswehr führt wieder Kriege. Noch immer halten es die wenigsten aber für möglich, dass die deutschen Imperialisten jemals wieder Krieg gegen andere imperialistische Großmächte wie z. B. den US-Imperialismus führen würden, ja führen könnten.

Ist ein Krieg gegen die USA unmöglich?

Hartnäckig wird von vielen besonders an der These festgehalten, dass der US-Imperialismus angeblich doch eine „Supermacht“ sei, welcher der deutsche Imperialismus militärisch niemals ernsthaft Paroli bieten könne.

In der Tat scheinen die Fakten hier eindeutig zu sein: Während alle rivalisierenden imperialistischen EU-Staaten zusammen jährlich „nur“ rund 160 Milliarden Dollar für Waffen ausgeben, investieren die USA allein pro Jahr rund 420 Milliarden Dollar.⁴⁰ Die USA allein geben heute mehr für ihre Armee aus als die nächsten neun Staaten zusammen.⁴¹ Sie haben als einzige ein die ganze Welt umspannendes Netz von Militärstützpunkten.

Es wäre unsinnig, diese Fakten abzustreiten. Doch weit gefährlicher wäre es, nur diese Aspekte der heutigen Realität zu sehen und die Gesamtheit der grundlegenden Faktoren außer acht zu lassen, die auf weitere Sicht für die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Imperialisten bis hin zum imperialistischen Krieg zwischen ihnen ausschlaggebend sind.⁴²

Es gibt einige grundlegende Aspekte und Faktoren, welche bei der Einschätzung des „dritten Anlaufs“ des deutschen Imperialismus von Bedeutung sind:

- Auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit der ungleichen Entwicklung der imperialistischen Mächte haben sich die nach ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg am Boden liegenden deutschen Imperialisten *schon längst wieder zu einer imperialistischen Großmacht entwickelt*, wobei die Einverleibung der ehemaligen DDR ihnen einen weiteren Machtzuwachs gebracht hat. Eindeutig belegbar haben die west-/deutschen Imperialisten in den letzten Jahrzehnten vor allem ökonomisch sowie auch politisch ihr Gewicht gegenüber dem US-Imperialismus Schritt für Schritt erhöht.⁴³ Das illustriert z. B. auch die Tatsache, dass Deutschland bei den Exporten weltweit an der Spitze steht.
- Als ökonomisch stärkste Macht in Europa setzt der deutsche Imperialismus alles daran, *die EU möglichst weitgehend zu dominieren und deren Potential auch militärisch für sich zu nutzen*, wobei die Hauptprivatilität mit Frankreich sowie mit England besteht. Durch die so genannte „Osterweiterung“ der EU ist der deutsche Imperialismus bestrebt, sich eine Art „deutschen Hinterhof“ in Osteuropa zu schaffen. Dadurch hat sich das Gewicht des deutschen Imperialismus innerhalb der EU vor allem gegenüber Frankreich und England, weltweit vor allem gegenüber den USA erhöht,⁴⁴ wenngleich er dabei auf die heftige Rivalität des US-Imperialismus, aber auch des französischen und englischen Imperialismus stößt.
- In den letzten Jahren von immer größer werdender Bedeutung sind die Bestrebungen des deutschen Imperialismus, ein *Bündnis mit dem russischen Imperialismus* zu schmieden. In dieses Bündnis ist auch der französische Imperialismus mit eingebunden, wie

Um es ganz deutlich zu sagen: In Wahrheit geht es den deutschen Imperialisten langfristig um weit mehr als um die Stationierung von Bundeswehrtruppen in verschiedensten Ländern, als um die „gleichberechtigte Teilnahme“ an Angriffs- und Eroberungskriegen an der Seite und im Bündnis mit dem US-Imperialismus oder im Rahmen der EU.

Ihr langfristig verfolgtes Ziel besteht darin, nach zwei verlorenen Weltkriegen im nunmehr dritten Anlauf ihre weltweiten imperialistischen Ziele durchzusetzen. Hierfür spannen sie alle ihre Kräfte an, um sich auf die langfristig unausweichlich anstehende militärische Konfrontation mit den anderen imperialistischen Großmächten vorzubereiten.

Im Krieg gegen den Irak deutlich geworden ist. Nicht zu unterschätzen ist dabei allerdings auch der Aspekt, dass der deutsche Imperialismus innerhalb dieses Dreierbündnisses, das nach außen gegen den US-Imperialismus gerichtet ist, die Anbindung Russlands nutzt, um sein Gewicht auch gegenüber dem französischen Imperialismus zu steigern, um in der Perspektive die Position der dominierenden Hegemonialmacht in Europa zu erringen. In den nächsten Jahren wird auch die Frage der Stabilität dieses Bündnisses sowie die Einbeziehung weiterer Staaten wie China und Indien oder auch Brasilien im verschärften Konkurrenzkampf des deutschen Imperialismus gegen seine imperialistischen Konkurrenten, insbesondere gegen den US-Imperialismus eine größere Bedeutung gewinnen. Dazu gehört auch der aktuelle Vorstoß im Rahmen der so genannten G4 (Deutschland, Brasilien, Indien und Japan) für ein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat.

- Das Machtvakuum, das seit Anfang der 90er Jahre durch den Zusammenbruch der revisionistischen UdSSR entstanden war, entfachte einen heftigen Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte gegen den geschwächten russischen Imperialismus und untereinander. Für die Erfolgsaussichten des dritten Anlaufs des deutschen Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft hat eine entscheidende Bedeutung, ob es den deutschen Imperialisten gelingen wird, im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte große Teile der ehemaligen Sowjetunion, d.h. Russlands, der Ukraine, Belorusslands, Lettlands, Litauens bis hin zu den Staaten des Kaukasus *mehr oder weniger direkt in ihren Macht- und Herr-*

Die Interessen des deutschen Imperialismus im Sudan stehen in Rivalität zum US-Imperialismus

Schon bei einem der ersten Einsätze der „EU-Armee“ im Osten des Sudan (Darfur) hat sich der Konflikt mit dem US-Imperialismus deutlich gezeigt. Am 3. Dezember 2004 hat der Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr mit bis zu 200 Soldaten am EU-Einsatz zur „logistischen Unterstützung“ von Truppen der Afrikanischen Union (AU) beschlossen, die im Sudan (Darfur) einmarschiert sind. Die Forderung des US-Imperialismus, die Militärmission unter die Führung der NATO zu stellen, da diese bei Einsätzen immer Vorrang haben müsse, wurde von Deutschland mit dem Argument abgelehnt, dass der Bundestag seinen Beschluss zu einem EU-Einsatz früher gefasst habe und die USA sich ja dem europäischen Kommando unterordnen könne. Die als „Transporthilfe“ getarnte Militäroperation wurde daraufhin von den USA und Kanada vom NATO-Hauptquartier auf der einen Seite und auf der anderen Seite von Deutschland und Frankreich vom gemeinsamen EU-Lufttransportkommando in Eindhoven (Niederlande) getrennt durchgeführt. (FR 9.6.2005).

Dass es beim Einsatz der Bundeswehr von vorläufig 75 Bundeswehrsoldaten im Süd-Sudan – unter dem Deckmantel der UN mit einem sogenannten „robusten Mandat“ – vor allem um deutsche Interessen geht, zeigt sich deutlich daran, dass das sogenannte „Friedensabkommen“ zwischen der Regierung in Khartum und der SPLM, die faktisch die Regierungsgewalt im Süd-Sudan ausübt, insbesondere durch den massiven Druck des deutschen Imperialismus zustande gekommen ist. Das „Friedensabkommen“ sieht ein Referendum über die Abspaltung des Südens 2011 vor. Laut Kriegsminister Struck richtet sich die Bundeswehr auf eine Mandatszeit von „bis zu sechs Jahren“, d.h. bis 2011 ein. In Süd-Sudan sind in den letzten Jahren bedeutende Ölvorkommen gefunden worden, für deren Transport die deut-

sche Firma Thormählen Schweißtechnik von der SPLM den Auftrag zum Bau einer Eisenbahnstrecke sowie einer Ölpipeline zum Indischen Ozean erteilt bekommen hat. Auf der Homepage der Firma heißt es:

„Die SPLM als zukünftige Regierung des Südsudan erteilt der Thormählen Gruppe einen Auftrag zum Bau einer 4100km langen Eisenbahnstrecke, die den Südsudan mit Kenia und Uganda verbindet.“

(Wagner, J., Pflüger, T., „Auf in den Sudan – Der Einsatz der Bundeswehr in diesem afrikanischen Land dient der Profilinteressen deutscher Großkonzerne“, in: IMI-Magazin, Tübingen, Juni 2005)

In diesen Großauftrag im Gesamtwert von 8 Mrd. Dollar sind inzwischen auch die deutschen Großkonzerne Siemens und Thyssen-Krupp eingestiegen.

Linkspartei/PDS an der Seite des deutschen Imperialismus

Die „Linkspartei/PDS“, die in den Landesregierungen wie in Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern den Sozialabbau bei der Umsetzung von Hartz IV sowie die mörderische Abschiebepolitik durchführt, hat grundsätzlich ebenfalls keine Probleme mit deutschen Kriegseinsätzen. Das zeigt das Verhalten der beiden PDS-Vertreterinnen im Bundestag bei der Abstimmung zum Einsatz der Bundeswehr (als „Blauhelme“) im Süd-Sudan im April 2005. Die beiden PDS-Vertreterinnen haben sich bei der Abstimmung enthalten und nicht mit „Nein“ gestimmt. Der PDS-Vorsitzende Bisky rechtfertigte das ausdrücklich:

„Der Blauhelmeinsatz im Süd-Sudan ist völkerrechtlich abgesichert, politisch begründet und moralisch geboten.“ (Presseerklärung des PDS-Vorsitzenden Bisky vom 19. April 2005, JW, 23./24.4.2005)

schaftsbereich einzubinden, um deren enormes Potential (vor allem an Rohstoffen, die für die Kriegführung unerlässlich sind) für sich in die Waagschale zu werfen. Besonders seit der Einverleibung der ehemaligen DDR haben die deutschen Imperialisten ihre Anstrengungen in dieser Richtung auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene enorm verstärkt. Der deutsche Imperialismus hat dabei aber ein Doppeltaktik von Rivalität und Allianz, je nach eigener Interessenslage. So sind Kooperationen mit dem US-Imperialismus aber auch den anderen imperialistischen Staaten ein Teil im Konzept der Stärkung des deutschen Imperialismus und zur Vorbereitung der direkten militärischen Konfrontation mit seinen imperialistischen Konkurrenten.

■ Die Fakten zeigen, dass die deutschen Imperialisten **auch rüstungstechnologisch schon sehr weit aufgeholt** haben. Auf einigen Gebieten haben sie die Spitzenposition inne oder liegen zumindest weit vorne.

■ Nicht zu unterschätzen ist auch die Stärkung des deutschen Imperialismus durch seine **weltweiten Rüstungsgeschäfte**. Damit werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Armeen kleinerer „verbündeter“ Länder im Kriegsfall reibungslos in die militärische Planung der Bundeswehr einzugliedern.

■ **Deutschland ist faktisch bereits Atommacht**. Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr hat jeder Zeit Zugriff auf waffenfähiges Uran, mit dem der Atomreaktor Garching II seit 2003 betrieben wird. Welche Pläne der deutsche Imperialismus damit hat, zeigen die Einschränkungen zur Unterzeichnung des Atomwaffen Sperrvertrages von 1995: Deutschland „*behält sich das Recht vor, seine Atomanlagen für militärische Forschung zu nutzen*“, ⁴⁵ was nichts anderes bedeutet als die Entwicklung eigener Atomwaffen. Der im Jahr 2000 gegründete deutsch-französische Rüstungskonzern EADS ent-

wickelt atomare Mittel- und Langstreckenraketen und erlaubt so wiederum dem deutschen Imperialismus einen direkten Zugriff auf Forschungsergebnisse und Waffensysteme. Und bereits in den „Konzeptionellen Leitlinien zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ vom Juli 1994 wird eine „nukleare Teilhabe“ des Deutschen Imperialismus eingefordert. ⁴⁶ Hinzukommt, dass der deutsche Imperialismus durch eine führende Rolle bei der Entwicklung der Atomprogramme Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens usw. bzw. bei der Erprobung verschiedener Träger für Atom-Raketen in Zaire oder in Argentinien in den letzten Jahrzehnten die faktische Verfügungsgewalt über Atomwaffen besitzt. Daran ändert auch nichts, dass aus Gründen politischer Opportunität dies offiziell nicht zugegeben wird. Des weiteren „verteidigt“ der deutsche Imperialismus im Zuge seiner weltweiten diplomatischen Offensive um „Gleichberechtigung“ gemäß seiner Stärke und seiner internationalen „Verantwortung“ mehr oder minder offen auch sein „Recht“ auf den Besitz von Atomwaffen.

Will man die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus als Kriegstreiber nicht unterschätzen, müssen vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen folgende Gesichtspunkte einbezogen werden:

■ Die militärische Schlagkraft des deutschen Imperialismus ist nicht nur wegen seinem großen ökonomischen Potential noch enorm steigerbar, sondern gerade auch wegen seiner **Fähigkeit, das ganze Land in eine Art gut funktionierende Kriegsfabrik zu verwandeln**. Die besondere Ausprägung des Militarismus in Deutschland geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum mit seinem Kadavergehorsam und Untertanengeist sowie dem militaristisch geprägten „deutschen Ordnungssinn“. Dieser „typisch deutsche“ Militarismus wurde in der Nazi-Zeit zur barbarischsten Form hochgezüchtet, die die Welt je gesehen hat. Die tiefe

Verankerung von „preußischen Tugenden“ bis heute in der deutschen Bevölkerung ist ein nicht zu unterschätzender Trumpf des deutschen Imperialismus, denn einen echten Bruch damit hat es nie gegeben.

■ Wie die Erfahrungen des deutschen Imperialismus vor dem Zweiten Weltkrieg zeigen, darf eine zeitweise Schwäche gegenüber anderen Imperialisten nicht über die Gefahr eines imperialistischen Krieges hinwegtäuschen. Trotz „heimlicher“ Aufrüstung waren die militärischen Kräfte des deutschen Imperialismus noch am Ende der Weimarer Republik sehr gering im Vergleich mit den USA, Frankreich oder England. In einer Frist von wenigen Jahren gelang es den Nazis, ein gigantisches Aufrüstungsprogramm hochzuziehen. Dies allein bedingte aber noch nicht seine enorme militärische Stärke. Ausschlaggebend war vielmehr, dass es innerhalb weniger Jahre gelang, **mittels der „Blitzkriegstrategie“ große Teile Europas zu unterwerfen und sich deren militärisches Potential, deren Waffenproduktion, Rohstoffe usw. anzueignen und in den Dienst der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht zu stellen**. Erst mit diesem Potential im Rücken führten die Nazifaschisten den Überfall mit einer bestens ausgerüsteten, kriegserfahrenen Armee gegen die damals sozialistische UdSSR durch.

Diese Aspekte und Faktoren zeigen, dass der deutsche Imperialismus sich keinesfalls von vornherein in einer aussichtslosen Position gegenüber dem US-Imperialismus befindet. Die Tatsache, dass der deutsche Imperialismus auf verschiedenen Gebieten heute (noch) schwächer ist als der US-Imperialismus und teilweise auch noch im Hintertreffen ist auch gegenüber anderen imperialistischen Großmächten bedeutet nicht, dass er den Kampf erst gar nicht aufnimmt, sondern bedingt, dass er eben mit besonderer Aggressivität die größten Anstrengungen unternimmt, um alle und jegliche Faktoren zu mobilisieren, um dies mittel- und langfristig zu ändern.

Quellen

- 1 Bislang wurden vom jeweiligen Kriegsminister des deutschen Staates viermal Verteidigungspolitische Richtlinien erlassen: 1972, 1979, 1992 und zuletzt 2003.
- 2 Dabei muss bewusst sein, dass in den diversen zum Teil zehntausendfach verbreiteten Publikationen der Bundeswehr-, Militaristen- und Reservistenverbände eine noch viel deutlichere Sprache gesprochen wird. So stellt der Vize-Chef der Bundeswehr-Ost, Generalmajor von Scheven, schon gleich am 3. Oktober 1990 – anlässlich der Übernahme der DDR-Armee (NVA) durch die Bundeswehr – in der Zeitschrift des Reservistenverbandes der Bundeswehr „Loyal“ (Auflage weit über 100.000) klar, in welche Tradition sich die Bundeswehr stellt: Die Bundeswehr „wird (nicht) hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen“. „Loyal“ - das deutsche Wehrmagazin, Dezember 1990, zitiert nach: Sander, Ulrich, „Die Bundeswehr und ihre rechten Medien“. In „Der deutsche Militarismus ist nicht tot, er riecht nur streng“, Analysen zur Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, VVN-BdA, NRW, Wuppertal 2000)
- 3 Siehe z.B. FR, 24.6.05
- 4 Alle Angaben ab jetzt – wenn nicht anders benannt – VPR vom 21.3.2003, herausgegeben vom „Bundesministerium für Verteidigung“. Hervorhebungen sind von uns.
- 5 Siehe dazu ausführlich: „Erklärung von Gegen die Strömung gegen die bewaffnete Intervention und Aggression des deutschen Imperialismus in Albanien und für die Entwicklung des bewaffneten Aufstands in Albanien“ (März 1997). In „Politische Stellungnahmen 1997/1998“
- 6 Siehe dazu GDS 4/1999: „Den Imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien bekämpfen! Die Demagogie des deutschen Imperialismus von der angeblich ‚humanitären Hilfe‘ entlarven!“. In „Politische Stellungnahmen 1999/2000“.
- 7 Zur Bundeswehr in anderen Ländern siehe ausführlich GDS 3/2002: „Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia... – Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele“. In „Politische Stellungnahmen 2001/2002“.
- 8 Vorwort zu Kriegsminister Struck zu den aktuellen VPR (Mai 2003); 9 Focus 23/2005, S.57
- 10 Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Generalmajor Bude spricht schon mal aus, was für Soldatentypen die Bundeswehr für ihre anstehenden Kriegseinsätze benötigt: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“ (Welt am Sonntag, 29.2.2004)
- 11 In Punkt 80 wird dazu ausgeführt:
- 12 „80. ... Die Landesverteidigung im Rahmen des Bündnisses bleibt Aufgabe der Bundeswehr als Ausdruck staatlicher Souveränität und gemeinsamer Sicherheitsvorsorge gegendert zwar unwahrscheinliche, aber für die Zukunft nicht grundsätzlich auszuschließende bedrohliche Entwicklungen der sicherheitspolitischen Lage. Sie kann den Einsatz deutlich umfangreicher eigener Streitkräfte erfordern. Angesichts der sicherheitspolitischen und strategischen Lage können die hierfür er-

forderlichen zusätzlichen Kräfte zeitgerecht wieder aufgestellt werden. Diese Rekonstitution wird vor allem durch die allgemeine Wehrpflicht sichergestellt“

12 Truppenpraxis“, Nr.2/1996, zitiert nach: Deumlich, Gerd, „Bundeswehr und Neonazismus“. In „Der deutsche Militarismus ist nicht tot, er riecht nur streng“, Analysen zur Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft, VVN-BdA, NRW, Wuppertal 2000

13 Siehe dazu ausführlich im GDS-Flugblatt 10-11/01 „Ansichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des Deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan: Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!“ den Abschnitt: „Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Mittel- und Westasien! Keine Solidarität mit den Taliban und ähnlichen reaktionären Kräften!“. In „Politische Stellungnahmen 2001/2002“

14 FR, 14.2.2005; 15 FR, 8.6.2005

16 DaimlerChrysler hält ca. 30% der Anteile, ca. 30% entfallen auf die französische SOGEADE Holding und etwa 5,5% auf die spanische Staatsholding SEPI, der Rest der Anteile ist so genannter „Streubesitz“. (Quelle: wikipedia.org/wiki/EADS)

17 Oberansmayr, Gerald, „Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union“, Wien 2004, S.54

18 FR, 21.5.2005; 19 Tobias Pflüger, „Die neue Bundeswehr – Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?“, Köln, S.32/33/36

20 „Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union“, Wien 2004, S.41

21 FR, 8.6.2005

22 Mit der Verabschiedung des „Luftsicherheitsgesetzes“ durch das Kabinett am 5. November 2003, nach dem zukünftig Abfangjäger der Bundeswehr z.B. entführte Flugzeuge abschließen dürfen, hat der deutsche Imperialismus einen weiteren Schritt hin zu Legalisierung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren getan.

23 Interview mit Kriegsminister Struck, Focus 23/2005, S.61

24 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000

25 Junge Welt, 10.7.2001, Siehe auch die Originalergebnisse der Kommission unter www.bundeswehr.de

26 Junge Welt, 10.7.2001, Siehe auch www.bundeswehr.de zur „Weizsäcker-Kommission“

27 Wiesbadener Kurier, 25.10.2000; 28 Bellage DFG-VK „Es gibt keinen gerechten Krieg“ in Junge Welt vom 10.11.2004, S.5

29 www.sipotec.net; Europäische Sicherheit 10/2003; Soldat und Technik 8/2003, ftd.de, 30.3.2004, Junge Welt, 9.4.2004

30 Bellage DFG-VK „Es gibt keinen gerechten Krieg“, Seite 5

31 Ähnliche Aufgaben hat der „Bundesnachrichtendienst“ (BND). Der BND ist der größte Geheimdienstapparat in Westeuropa. Dessen Führung liegt ebenfalls in der Hand von Generälen und Obersten der Bundeswehr.

32 TAZ, 25.2.2002

33 Der Generalsinspekteur der Bundeswehr Kujat in seinem Vortrag „Zum Stand der Reform der Bundeswehr“ vor dem Übersee-Club e.V. am 22.1.2002 in Hamburg, www.bundeswehr.de

34 TAZ, 25.2.2002; 35 Handelsblatt, 16.6.2002

36 Kriegsminister Struck im Interview mit dem „Focus“, 23/2005, S.60

37 Im Jahr 2004 wurden 94 Hauptamtliche und über 400 nebenamtliche so genannte Jugendoffiziere bei fast 7200 Einsätzen – vor allem in Schulen – eingesetzt. Dabei „erreichten“ sie nach eigenen Angaben 192.000 Menschen, wovon 158.000 Schülerinnen und Schüler waren. Darüber hinaus propagierten sie auf über 400 Großveranstaltungen und Messen den deutschen Militarismus. Doch nicht nur Schülerinnen und Schüler werden systematisch beeinflusst, sondern diese sog. Jugendoffiziere führen Seminare im Rahmen der Lehrerfortbildung für die Fächer Gemeinschaftskunde, Geschichte und Ethik durch. UZ 29.7.2005

38 Vgl. dazu ausführlich im GDS-Flugblatt 2/02 „NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat!“ den Kasten „Einige Fakten und Schlaglichter zur heutigen Verankerung der Nazis in Kernbereichen des Staatsapparates“. In „Politische Stellungnahmen 2001-2002“

39 Der damalige Außenminister Kinkel im Jahr 1993, FAZ, 19.3.1993

40 FR, 10.5.2005; Für 2004 haben die USA 486 Mrd. Dollar investiert, FR 8.6.2005

41 Der Spiegel 6/2002, S.146

42 Dass ein enormes Wehrtrüsten aller imperialistischen Großmächte stattfindet, zeigt schon die Tatsache, dass die Rüstungsausgaben allein im Zeitraum von 2000 bis 2004 von rund 800 Mrd. Dollar auf 1035 Mrd. Dollar angestiegen sind und heute schon fast wieder auf dem Niveau des Höhepunktes der Auseinandersetzung des „Kalten Krieges“ sind. (FR, 8.6.2005)

43 Schlaglichter zum ökonomischen Erstarren des west/deutschen Imperialismus gegenüber dem US-Imperialismus nach 1945 siehe im Flugblatt 5-6/99 „Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je!“. In „Politische Stellungnahmen 1999/2000“

44 Aber auch gegen den russischen Imperialismus. Ab dem 1. Juli 2005 rückt die Bundeswehr mit ihren Truppen bis zur russischen Grenze vor. Kampfeinsätze der Bundeswehr werden dann im Rahmen der Luftraumüberwachung für die neuen NATO-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland und Litauen die neue „NATO-Außengrenze“ überwachen. (Focus, 23/2005, S.56)

45 „Auf dem Weg zur Supermacht“, Wien 2004, Seite 114-117

46 Zum Beispiel unterstützt der deutsche Imperialismus mit Geld und Waffen (über den deutschen Konzern Bayer) im Kongo seit mehreren Jahren eine antifranzösische Bewegung, die bewaffnet gegen das von Frankreich abhängige Regime kämpft. Dabei geht es um handfeste Interessen: Kongo besitzt reiche Rohstoffvorkommen wie Kupfer, Kobalt und Tantal, das wichtig ist zur Produktion von Computern. (Siehe Junge Welt, 24.1.2002)

Eine weltweite militärische Konfrontation zwischen dem deutschen Imperialismus, dem US-Imperialismus und den anderen imperialistischen Großmächten, ein groß angelegter imperialistischer Krieg, ja Weltkrieg steht **unmittelbar** nicht an und ist auch in den nächsten Jahren nicht sehr wahrscheinlich.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen erfolgt die militärische Konfrontation zwischen den imperialistischen Großmächten noch auf eine andere Weise: Jede imperialistische Großmacht versucht, möglichst viele Truppen in anderen Ländern zu stationieren, um den anderen imperialistischen Großmächten nicht das Feld zu überlassen. Das war so bei den Kriegen in Ex-Jugoslawien, wo nahezu alle imperialistischen Großmächte ihre Truppen aufmarschieren ließen und mehr oder weniger dauerhaft ihre Stützpunkte errichteten. Das ist ebenso beim so genannten „Krieg gegen den Terror“, bei der Besetzung Afghanistans, den Flottenaufmärschen im Indischen Ozean und anderswo. Ganz besonders gilt das für den deutschen Imperialismus, der seine Militärpräsenz in der Welt deutlich erhöht hat.

Der militärische Vormarsch zwischen den imperialistischen Mächten findet heute real vor allem auch in so genannten „Stellvertreter-Kriegen“ statt: Die Imperialisten führen noch nicht direkt mit ihren eigenen Armee Krieg gegeneinander, sondern unterstützen von ihnen abhängige reaktionäre Kräfte, die einen militärischen Kampf gegen Kräfte führen, die wiederum von anderen Imperialisten abhängig sind und diesen dienen.⁴⁶

IV. Kampf der Bundeswehr, der mörderischen Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Im Kampf gegen die militaristische Hetze und alle Demagogien über die angeblich „humanitäre Mission“ der Bundeswehr in aller Welt, im Kampf gegen die weltweite militärische Expansion des deutschen Imperialismus muss als Kern herausgearbeitet, belegt, bewusst gemacht und propagiert werden:

Die Bundeswehr ist nicht mehr und nicht weniger als ein Instrument des besonders aggressiven deutschen Imperialismus. Sie dient nach außen wie nach innen der Sicherung des Grundprinzips dieser Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, dem Profit, dem Maximalprofit, der Aufteilung der Welt nach dem Gesetz der Stärke. Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist die Bundeswehr Werkzeug der Konterrevolution und imperialistischen Aggression.

Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher eigenständiger Kriegsherde, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Einflusssphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet. Er ist nach wie vor davon gekennzeichnet, dass er sich zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele des Militarismus bedient. Neben seinem Revanchismus ist eben der Militarismus ein hervorstechendes Grundmerkmal des deutschen Imperialismus. Das zeigt sich heute mit größerer Deutlichkeit, wird aber mit der weiteren Zuspitzung der Kriegsvorbereitung noch viel krasser hervortreten.

Der Kampf gegen alle Aspekte des Militarismus in Deutschland ist eine der vorrangigen Aufgaben beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland, um im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und Revanchismus, im Kampf für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, des Aufstands des Proletariats und seiner Verbündeten zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus, den Feind genau zu erkennen und zu entlarven.

Unter den fortschrittlichen Kräften gilt es, in der Tradition des antimilitaristischen Kampfes unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vor und vor allem auch während des Ersten Weltkriegs, in der Tradition der 1918/19 von ihnen gegründeten KPD die Notwendigkeit und die Fragen des Antimilitarismus verstärkt zu thematisieren.

Fortschrittliche Aktionen auf dem Gebiet des antimilitaristischen Kampfes waren in den letzten Jahren z. B. die Proteste gegen Bundeswehr-Vereidigungen sowie gegen die jährlichen Zusammenkünfte von Vertretern der imperialistischen Kriegstreiber in München. Solche

Anzeige

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Aber die Widersprüche unter den imperialistischen Großmächten spitzen sich zu. Die imperialistischen Räuber geraten sich im Kampf um den größten Anteil der Beute immer mehr in die Haare, selbst wenn sie sich dann auch wieder nach dem Motto „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“ zusammenschließen. Die Veränderungen und Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im sich weltweit verschärfenden Konkurrenzkampf der imperialistische Großmächte sind zum ersten Mal mit dem Angriffskrieg gegen den Irak 2003 international deutlich sichtbar geworden.

Die verschiedenen imperialistischen Mächte, vor allem die Großmächte, waren über den Irakkrieg in so starke Zerwürfnisse geraten, dass es ganz offen zu zwei im-

perialistischen Gruppierungen kam: auf der einen Seite die Gruppierung unter der Führung der USA, die den Krieg gegen den Irak vorbereitet und durchgeführt hat, auf der anderen Seite die Gruppierung Deutschland, Frankreich und Russland, die vor allem mit politischen und diplomatischen Mitteln diesen Krieg zu verhindern versuchte, da er sich gegen ihre eigenen imperialistischen Interessen gerichtet hat.

Dieser Gegensatz zwischen den beiden imperialistischen Gruppierungen war Ausdruck des immens verschärften Kampfes um die Neuaufteilung der imperialistischen Einflusssphären, um Rohstoffe, um Absatzmärkte für Waren, um Anlagen für Kapital, um Transportwege zu den Rohstoffen und Märkten, der politisch, ökonomisch, ideologisch und zunehmend auch militärisch geführt wird.

Die militärische, kriegerische Eskalation - in Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Irak aber auch in zahlreichen Ländern Afrikas - lässt immer deutlicher werden, dass die Neuaufteilung der Einflusssphären nicht friedlich erfolgt, nicht ohne Krieg erfolgen kann. Welches Einflussgebiet welchem Imperialisten „zusteht“, welcher imperialistische Räuber das „Recht“ auf den größten Anteil der Beute hat, darüber entscheidet im Imperialismus letztendlich die militärische Stärke, das gewaltsame Kräfteressen durch den imperialistischen Krieg. Vor allem ist dies ein Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten um die Weltherrschaft, die sie über lokale imperialistische Kriege, ja ein neues imperialistisches Weltgemetzel verwirklichen wollen.

Aktionen müssen gegen abwieglersche, chauvinistische und pazifistisch-illusionäre Einflüsse verstärkt werden.

So sehr wir die spontanen Protestaktionen, so sehr wir individuelle Kriegsdienstverweigerungen und Desertationen als ersten Schritt begrüßen, so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militanten antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert gegen die Bundeswehr, in den Betrieben, auf der Straße und in den Kasernen.

Die Geschichte aller Revolutionen bestätigt, dass solche Armeen wie die Bundeswehr nicht von selbst verschwinden, dass ihre Eliteeinheiten, aber auch andere Truppenteile ohne Zögern auf rebellierende Soldaten und Aufständische, im eigenen Land schießen werden. Es ist unmöglich eine solche Armee durch „Überzeugung“ der Soldaten nur „von innen her“ zu überwinden und zu beseitigen. So nötig die oft genug unterschätzte Arbeit in der Bundeswehr ist, um Informationen über ihre militärische Stärke, über den Einsatz der Truppenteile in zugespitzten Situationen zum Desertieren bringen zu können, vor allem auch um, wie Lenin sagte, das „Waffenhandwerk zu erlernen“, so muss klar sein: Auch diese Arbeit kann nur unter dem Druck bewaffneter revolutionärer Verbände ein wichtiger Hebel im Kampf für die Zerschlagung der Armee werden. Die hauptsächliche Arbeit kann nur von der Bürgerkriegsarmee des Proletariats im bewaffneten Aufstand geleistet werden.

Das Bewusstsein über die wirkliche Rolle der Bundeswehr in diesem kapitalistisch-imperialistischen System, über die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, die Bereitschaft, einen Kampf auf Leben und Tod mit dieser hochgerüsteten Armee des deutschen Imperialismus zu führen, wird nicht über Nacht bei der Mehrheit der Arbeiterklasse entstehen. Eigene Erfahrungen mit dieser Bundeswehr beim Einsatz in anderen Ländern, im kriegerischen Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Großmächten, im Kampf sowohl gegen revolutionäre Kräfte in anderen Ländern als auch gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Land, blutige Erfahrungen werden dazu nötig sein. Aber auch diese Erfahrungen allein werden nicht ausreichen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit, die bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, gerade auch der Partisanenkämpfe in den vom deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten müssen von uns ausgewertet und propagiert werden, um dem Hochmut des deutschen Imperialismus wirksam entgegenzutreten zu können.

Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahr-

zehnte hinweg ist entscheidender Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen einzelne konkrete Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich Kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen.

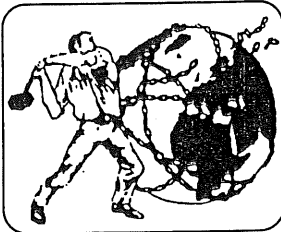
Es geht darum, im revolutionären Bürgerkrieg den Sturz der Bourgeoisie zu erkämpfen, dann die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie zu verwirklichen, um den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, die vollständige Vernichtung des Kapitalismus durchsetzen zu können.

Die Situation weitgehend fehlender Kämpfe dagegen heute zeigt, wie ernst die Lage ist und wie viel Anstrengungen für den systematischen Kampf nötig sind, vor allem aber zum Kampf für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei, um eine zentrale Kraft zu bilden, die alle nötigen Kämpfe bündeln und mit klarer Perspektive zusammenführen kann!



Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:
Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23;
Berlin: M99, Manteufelstr. 99; **Bonn:** Antiquariat, Breite Str. 52; **Braunschweig:** Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; **Hannover:** Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; **Karlsruhe:** Der ander Buchladen, Marienstr. 15; **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; **Köln:** Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands
9-10/05 September/Oktober 2005

„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“

Streik bei Infineon München: Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher

Die Angriffe der Kapitalisten gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon München-Perlach reihen sich ein in die Angriffe gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW, Daimler-Chrysler, Opel und anderen Betrieben. Bei Infineon wurde die Schliessung des Werks für das Jahr 2007 und die Verlagerung der Produktion in zwei andere Werke angekündigt. Alle 800 Beschäftigten direkt bei Infineon und 200 bei Zulieferfirmen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bei der Urabstimmung Mitte Oktober sprachen sich 93 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon für einen unbefristeten Streik aus, um eine Verzögerung der Schließung des Werks und höhere Abfindungen zu erkämpfen. Die Spaltung in Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern und deutsche ist den Kapitalisten bei diesem Streik nicht gelungen.

Der ursprüngliche Streikbeginn zur Frühschicht wurde vorverlegt, nachdem bekannt wurde, dass Infineon bereits vorher versuchen wird, Streikbrecher mit Bussen aufs Werksgelände zu bringen. Am 24. Oktober um Mitternacht begann der Streik und damit die Blockade der 10 Werkstore.

Die Mitten in der Nacht angekarnten Streikbrecher in ihren drei Bussen wurden von über 100 Streikenden und von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben (BMW, MAN, Siemens, MTU etc.) mit einem Pfeifkonzert und Parolen empfangen. Sie wurden aufgefordert, sich entweder solidarisch am Streik zu beteiligen oder wieder nach Hause zu fahren. Nachdem der Einsatz einer Polizeihundertschaft zur Erzwingung des Zugangs angedroht wurde, gestand die Streikleitung dies unter der Bedingung zu, dass die Streikbrecher zu Fuß ins Werk gehen sollten, damit sie den Streikenden in die Augen schauen mussten. Diese Blamage wollten sich die Streikbrecher nicht antun. Die Busse kehrten mit samt den feigen Streikbrechern zurück.

Seit Streikbeginn wurde die Produktion des Werkes faktisch stillgelegt. Rund 400 Streikende protestieren vor dem Werksgelände gegen die Pläne von Infineon. Dabei werden sie von Gewerkschaftern aus anderen bayerischen Städten unterstützt, auch Anwohner und Anwohnerinnen zeigten ihre Solidarität. (Infineon-Streik Info Nr. 2, JW 25.10.05)

Um Streikbrecher zu erkennen, kontrollierten die Streikposten an den Werkstoren die Werksausweise, da nicht der gesamte Zugang blockiert werden konnte,

da auf dem gleichen Industriegelände auch andere Firmen wie Siemens sind.

Solidarische Unterstützung

Die Solidarität von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben und anderen Einzelgewerkschaften ist sehr groß. Bereits am ersten Tag beteiligten sich viele aus verschiedenen Betrieben der Metallbranche, aber auch Kolleginnen und Kollegen von anderen Einzelgewerkschaften an den Protestaktionen vor dem Tor.

Auch gewerkschaftlich organisierte Mitglieder, die bei Siemens Perlach, Siemens Business Services Südbayern und Fujitsu Siemens Computers München im gleichen „Industriepark“ wie Infineon arbeiten, zeigen sich solidarisch mit dem Streik. In einer Erklärung der Vertrauenskörperleitungen aus den drei Betrieben heißt es:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir IG Metall-Mitglieder bei Siemens Perlach, Siemens Business Services Südbayern und Fujitsu Siemens Computers München, erklären uns solidarisch mit Eurem Kampf gegen die drohende Werkschließung in Perlach und für Eure Arbeitsplätze. (...) Wenn Ihr Euch nicht in das Schicksal ergeben und in gut einem Jahr arbeitslos werden wollt, bleibt nur die Alternative, Euch gemeinsam zu wehren und zu streiken. Wo wir Euch unterstützen können, wollen wir das gerne tun. (...)

Heute Ihr – morgen wir! Wenn Ihr bei Infineon Euch gegen die Arbeitsplatzvernichtung wehrt, setzt ihr ein Zeichen, das auch unseren KollegInnen Mut macht, sich zu wehren.“ (Infineon-Streikinfo Nr. 3)

Drohung mit dem Einsatz von Schusswaffen gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon!

Am 24.10.05 kam es zu ersten Rangeleien mit Streikbrechern, die aber abgewehrt werden konnten. Nachmittags kam es zu einem Polizei-Einsatz gegen die Streikenden. Eine streikende Kollegin wurde von einem Zivilpolizisten bedroht, der den Zugang für Streikbrecher erzwingen wollte. Als ihr andere Streikende zur Hilfe kamen, drohte der Polizist mit dem Einsatz seiner Schusswaffe. Kurz darauf wurden zwei Streikende brutal „wegen Verdachts der Nötigung in Gewahrsam“ genommen.

Ein Streikender berichtete LabourNet.de telefonisch:

„Der Polizeieinsatz zeigt, wie nervös die Infineon-Geschäftsleitung ist, aber auch, in wessen Interesse der Staatsapparat agiert.“



Brutaler Polizeieinsatz gegen Streikende

Auch die Vertrauensleute bei Infineon Dresden unterstützen den Streik und rufen die Kolleginnen und Kollegen im Dresdner Werk zur Solidarität auf. In Dresden versucht die Geschäftsleitung Streikbrecher anzuwerben, die 50 Euro Prämien und 20 Euro Spesen für jeden Tag in München bekämen. Darauf hin wehren sich die Vertrauensleute in Dresden mit Aushängen „Keine Streikbrechertätigkeit und kein Streikbruch!“ gegen die Machenschaften der Geschäftsleitung. (Infineon Dialog, 21.10.05, de.internet.com, 24.10.2005, 16:16 Uhr)

Abwiegelei der DGB-Fürsten

Der bayerische DGB-Fürst Fritz Schösser fiel den Streikenden prompt in den Rücken:

„Das elementare Recht der Beschäftigten, um ihre Arbeitsplätze und beschäftigungspolitischen Ziele zu kämpfen, sollte nicht von Streikenden durch Übernahme der rüden Methoden der Geschäftsleitung in Misskredit gebracht werden.“ (JW 26.10.05)

Französischer Imperialismus setzte Militär gegen Streikende ein: Solidarität mit dem Streik der Seeleute und Hafenarbeiter in Marseille und auf Korsika

Drei Wochen lang kämpften die Arbeiterinnen und Arbeiter der staatlichen Fährgesellschaft SNCM gegen die Privatisierung und die drohende Entlassung von 400 der insgesamt 2400 Seeleute und Hafenarbeiter. Die Arbeiter des Marseiller Hafens schlossen sich nach wenigen Tagen dem Streik der Beschäftigten von SNCM an und blockierten die Häfen für die Öltanker sowie für den Personenverkehr auf der Insel Korsika und in Marseille. Nach einer Woche erfolgreicher Blockade mussten auf Korsika Benzin und Medikamente rationiert werden. Zudem saßen rund 4.000 Touristen sowie 200 LKW fest. (JW 1.10.05)

Von Anfang an gingen die Streikenden kämpferisch vor. So wurde bereits kurz nach Beginn des Streiks zwei Fährschiffe besetzt und der Chef der SNCM für fast einen Tag festgesetzt.

Am 27. September wurde in Marseille ein erster Angriff der Polizei auf die Blockaden der Streikenden im Hafen erfolgreich abgewehrt. (taz 28.9.05).

Um ihrem Kampf Nachdruck zu verleihen, wurde ein besetztes Schiff, die „Pascal Paoli“, vom Hafen in Marseille von Streikenden nach Korsika „entführt“. Am 28.9. setzte der französische Imperialismus das Militär zur Niederschlagung des Arbeiterkampfes ein, eine Maßnahme, vor der sie selbst während der Kämpfe im Mai 1968 zurückschreckten. Mit 5 Hubschraubern enterte die militärische Spezialeinheit GIGN das nach Korsika fahrende Schiff. Vermummte und schwer bewaffnete Soldaten verhafteten die etwa 20 Besetzer des Schiffs. Den Besetzern drohen bis zu 20 Jahre Haft. (FAZ 29.9.05)

Einen Tag darauf stürmten Streikende und Unterstützer das Parlament in der korsischen Hauptstadt Ajaccio und forderten die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter. (FAZ 30.9.06)

Am 1. Oktober demonstrierten in Ajaccio 8000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihre Solidarität mit dem Streik. Im Anschluß an die Demonstration kam es zu Kämpfen mit der Polizei. (Bericht vom 11.10.05 von Bernhard Schmid, Paris auf www.labournet.de)

Am 2. Oktober setzte der französische Imperialismus seine Angriffe fort. Fast zeitgleich wurden die Hafenblockaden in Marseille und auf Korsika von starken Polizeikommandos mit gepanzerten Fahrzeugen durchbrochen. Dadurch wurde die Totalblockade von Korsika - auch Flughäfen und Treibstoffdepots auf Korsika wurden blo-

ckiert - teilweise gebrochen (tagesschau 2.10.05, 5:44) Die ersten von Korsika wieder auslaufenden Schiff wurden von französischen Kriegsschiffen eskortiert. (www.leini.de/news/korsikanews.php33)

Am 6. Oktober wurde der Streik aber fortgesetzt. Erneut wurden 70 Schiffe im Hafen von Marseille blockiert. Am Tag darauf gab es einen Aktionstag, an dem sich auch Beschäftigte aus den städtischen Transportbetrieben, der Elektrobranche sowie des Lebensmittelkonzerns Nestlé beteiligten. Eine erneute Blockade des Hafens in Marseille wurde von Sondereinsatzkommandos der CRS und der Militär-Sondereinheit GIGN geräumt. Daraufhin schlossen sich aus Solidarität erneut Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Unternehmen im Hafen dem Streik an. (Bericht vom 11.10.05 von Bernhard Schmid, Paris, www.labournet.de)



Erstürmung des besetzten Schiffs durch Einheiten der GIGN



Polizei im Einsatz gegen Streikende

Am 13.10. wurde der Streik abgebrochen, ohne dass die Forderungen erfüllt wurden. Einziges Ergebnis des Streiks war, dass der Staat 25 Prozent der Anteile der Fährgesellschaft behält

und gemeinsam mit den Anteilen der Beschäftigten (9 Prozent) eine Sperrminorität hat. (www.swissonline.ch, 13.10.05)

An den Streiks beteiligten sich mehrere Gewerkschaften, neben der rein korsischen Gewerkschaft STC auch die von der revisionistischen KPF geführte CGT. Mit ihrem Abstimmungszettel behauptete die CGT-Führung, dass diejenigen, die weiter streiken wollten, den Konkurs der Fährgesellschaft verursachen würden. Wie aus dem Munde der Kapitalisten ließen sie den Streikenden die Wahl zwischen „Ja zur Wiederaufnahme der Arbeit und Nein zum Konkurs“ oder „Nein zur Wiederaufnahme der Arbeit und Ja zum Konkurs“. (Bericht von Bernhard Schmid vom 13.10.05, www.labournet.de)

Auch wenn der aufopferungsvolle Kampf der Seeleute und Hafenarbeiter erst einmal eine Niederlage erlitten hat, hat er gezeigt, dass der Imperialismus nicht davor zurückschrecken wird, Militär gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter einzusetzen, wenn es darum geht, die Eigentumsverhältnisse des Kapitalismus zu schützen. Und es wird sicherlich nicht der letzte Kampf der Arbeiterklasse sein.

Die französische Arbeiterklasse hat eine sehr kämpferische Tradition beginnend von der Juni-Erhebung 1848, der Pariser Kommune 1870, zur Zeit der Volksfrontregierung, im Kampf der Resistance gegen die nazifaschistischen Besatzer oder auch während des Mai 1968, als der französische Imperialismus gegen die im Bündnis mit Studenten und Studentinnen kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter Panzer auffahren ließ.

☆☆☆

Auch in Belgien gab es Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter: Zweimal innerhalb von vier Wochen legte ein Generalstreik Belgien lahm, um eine Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen abzuwehren. Der Streik wurde von Großdemonstrationen (100.000 Demonstrierende) in Brüssel begleitet. (JW 29./30./31.10.05)

Die Kämpfe in anderen Ländern wie in Frankreich, die beiden Generalstreiks in Belgien im Oktober diesen Jahres oder die vielfältigen, teils auch militanten Streikkämpfe in Südkorea sind internationale Erfahrungen, die auch der Arbeiterklasse in Deutschland Ansporn und Vorbild sein sollten.

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949-1974

● Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 * Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

● Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 * Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/57

● Septemberstreiks 1969 * Pierburg 1973 * Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin, Über Streiks

Rot Front Nr. 5, Januar 1998, 217 Seiten, 8 Euro

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeitern in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Rot Front Nr. 5, Januar 1999, 238 Seiten, 10 Euro

Vertrieb über: Buchladen Georgi Dimitroff

Er verliert kein Wort zum Polizeieinsatz, betreibt dafür Abwiegelei und Hetze gegen die Streikenden!

Damit benutzt er die gleiche Argumentation wie die Infineon-Kapitalisten in ihrer Hetze gegen den Streik:

„Streik ist eine Sache. Übergriffe, Beleidigungen und Einschüchterungen sind aber etwas anderes. Auch die Behinderung des Zugangs zum Werksgelände ist rechtswidrig.“ (Infineon Manager Reinhard Ploss, de.internet.com, 24.10.2005, 16:16 Uhr)

In den Streikinfos der IG Metall wurde Schössers schäbige Haltung nicht einmal angesprochen.

Kampf gegen Streikbrecher - Den Legalismus bekämpfen!

Zur Einschüchterung ließ Infineon am zweiten Streiktag eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei am Werkstor aufmarschieren. Am Mittwoch, den 26.10.05 beschloss das Amtsgericht auf Antrag von Infineon, dass für Streikbrecher ein 4 Meter breiter Korridor aufgehalten werden müsse. Bei Zuwiderhandlung

drohen dem Streikleiter eine Strafe von 250.000 Euro oder sechs Monate Haft. (JW 27.10.05)

Was für Figuren die Streikbrecher sind, zeigt sich in der Provokation der Ingenieure ebenso wie in der nazistischen Hetze gegen die Streikenden im Internet. In Kommentaren zu einem Artikel auf www.testicker.de vom 25.10.05 zeigen Streikbrecher ihre Fratze:

„Der Polizeieinsatz ist mehr als gerechtfertigt. Von den ca. 80 Prozent heißblütigen ausländischen Kollegen, die die Arbeitswilligen bespucken und treten, gibt es leider keine Berichte! Hab das am eigenen Leib verspürt. Die Polizei sollte im Gegenteil noch härter durchgreifen!“

Eine weiterer Streikbrecher bläst ins gleiche Horn:

„Ich finde es lächerlich, wenn sich die ausländischen Kollegen so verhalten und Deutsche ansprechen, nur weil sie um ihre Arbeit bangen. Sie können doch froh sein, dass sie nicht in der Türkei oder Jugoslawien arbeiten müssen, dort wären sie schon längst auf der Straße und ohne Abfindung. So ein Pack

sollte man sofort fristlos kündigen. Ich finde den Polizeieinsatz mehr als gerechtfertigt. Die sollen nur richtig durchgreifen und die Anstifter gleich in den Knast stecken, dort wo sie hingehören.“ (www.testicker.de, 25.10.05)

Das sind Stimmen wie aus der nazistischen „Deutschen Nationalzeitung“.

Ein Streikender gibt dieser chauvinistischen Hetze in seinem Kommentar die richtige Antwort:

„... Die mehrheitliche Belegschaft von Infineon ist nicht deutsch und deshalb funktioniert es auch ... Ich bin ein Deutscher und glücklich darüber solche Kollegen zu haben!“ (ebenda)

Die Erfahrung des Streiks zeigt, dass es richtig ist, sich nicht auf den eng gesteckten Rahmen der Legalität zu beschränken, der z.B. vorschreibt eine vier Meter breite Gasse für Streikbrecher offen zu halten. Es gilt konsequent die Produktion zu verhindern und damit auch eine Kettenreaktion auf andere Betriebe auszulösen, die dann auf Grund der nicht gelieferten Teile ebenfalls nicht reibungslos oder gar nicht produzieren können. Damit wird der Druck auf die Kapitalisten erhöht, um die Forderungen der Streikenden durchzusetzen. Ein wirksamer Streik ist nicht möglich, wenn Streikbrecher ungehinderten Zugang zum Werk bekommen.

Der Streik hat auch gezeigt, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Provokationen und Angriffe der Polizei und Streikbrecher wehren müssen.

Die Ideologie des Legalismus, die Verpflichtung der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter, die Gesetze der Kapitalisten einzuhalten, ist eine mächtige Waffe der Bourgeoisie und Arbeiteraristokraten im Kampf gegen die Streikenden.

Wenn man darüber nachdenkt, liegt es doch auf der Hand: Die Mehrheit der Belegschaft stimmt demokratisch für den Streik. Und wenn die Streikenden diese Mehrheitssentscheidung nicht mit allen Mitteln gegen die Kapitalisten und Streikbrecher durchsetzen würden, nähmen sie sich selbst ein wesentliches Kampfmittel.

Die Kapitalisten, Streikbrecher und die bürgerliche Presse wütete gegen die Streikenden, wenn konsequent Streikbrecher behindert werden und wirft den Streikenden vor: das ist diktatorisch, was ihr macht und nicht demokratisch!

Darauf müssten die Arbeiterinnen und Arbeiter antworten: wir haben eine demokratische Mehrheitsentscheidung über den Streik gefasst und diese Entscheidung setzen wir wenn's sein muß auch diktatorisch durch. Unser Streik ist also demokratisch und diktatorisch zu gleich. Die Angriffe der Kapitalisten und

Die Versuche der Kapitalisten, den Streik mit streikbrechenden Ingenieuren auszuhebeln, endete mit einem Flasko für sie. Rund 15 Entwicklungsingenieure hatten sich unter dem Schutz der Polizei und im provozierenden stechschrittartigen Gang Zugang zum Werk verschafft. Der Fertigungsleiter hatte die Polizei im Befehlston angewiesen, für die Streikbrecher den Weg freizumachen. Daraufhin hat die Streikleitung die noch im Werk befindliche Notbesetzung zur Teilnahme am Streik aufgefordert. (Infineon Dialog - das Forum für alle Infineon Beschäftigten, 26.10.05, JW 27.10.05) Den Ingenieuren gelang es nicht die Produktion aufzunehmen. Sie verursachten stattdessen einen Schaden von 200.000 Euro.

Vertuschte Streiks in Deutschland

Ebenso wie viele Streikämpfe in anderen Ländern, insbesondere jene gegen deutsches Kapital, werden von der bürgerlichen Presse auch Streiks in Deutschland zumeist totgeschwiegen oder nur unter ferner liefen mit zwei bis drei nichtsagenden Zeilen bedacht.

Denn die Herrschenden und ihre Presse haben weder Interesse daran, dass sich eine Solidarität mit den Streikenden entwickelt, noch dass es Schule macht, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr setzen. Die Arbeiterklasse erduldet nicht jeden Angriff widerspruchs- und widerstandslos wie das immer wieder einige Pseudo-Linke behaupten. Man muss nur genauer hinsehen und die Verschleierung der bürgerlichen Medien durchbrechen.

Blockade des AEG Werks in Nürnberg im Rahmen des europäischen Aktionstages

Am 21. Oktober blockierten zum Beispiel 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter bei AEG-Elektrolux für einen Tag das Werk, um ihren Forderungen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze Nachdruck zu verleihen. Der Streik fand im Rahmen des europäischen Aktionstages gegen die Angriffe der AEG-Elektrolux Kapitalisten nicht nur in Nürnberg, sondern auch in den Werken in Frankreich, Spanien, Schweden, in Ungarn sowie in den fünf Werken in Italien statt. Mit diesem internationalen Aktions- und Streiktag wendeten sich die Streikenden ausdrücklich auch gegen die Spaltungsmanöver der Kapitalisten, die die Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Werke und Ländern gegeneinander auspielen wollen. (www.netzwerk-it.de)

Streik bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen

Auf dem Düsseldorfer Flughafen streiken seit dem 7. Oktober die Angestellten von Gate Gourmet. Von 120 Angestellten beteiligten sich 85 aktiv am Streik, um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Streikenden stammen u.a. aus der Türkei, Polen, Marokko, Kroatien, Griechenland, Sri Lanka oder Brasilien. Unter den Streikbrechern befinden sich drei Betriebsräte sowie Angestellte aus anderen Standorten des Gate Gourmet Konzerns und von Zeitarbeitsfirmen Angeheuerte. Zusätzlich angeheuerte Security-Wachleute sollen die Streikbrecher vor den wütenden Streikenden schützen. Der Streik wurde mit Demonstrationen im Flughafen, aber auch in der Düsseldorfer Innenstadt einer breiteren Öffentlichkeit

bekannt gemacht. Die streikenden Kolleginnen und Kollegen von Gate Gourmet in England sorgten im August mit ihrem Streik für erhebliche Verzögerungen im Flugverkehr und wurden dabei von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bereichen des Flughafens direkt unterstützt. (<http://germany.indymedia.org/2005/10/131034.shtml>)

Demonstrationen und einwöchige Betriebsversammlung bei Alstom Power in Mannheim

Seit Anfang des Jahres kämpft die Belegschaft des Mannheimer Alstom Power Werkes für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Neben Kundgebungen und Demonstrationen nutzen die Arbeiterinnen und Arbeiter mehrtägige Betriebsversammlungen, um die Kapitalisten unter Druck zu setzen. Im Mai 2005 streikten 1500 der insgesamt 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter eine Woche lang um sich im Rahmen der Betriebsversammlung zu informieren und gemeinsames Vorgehen zu besprechen. Die Proteste mit verschiedenen Kampfformen gehen bis heute weiter. Dabei suchen die Kolleginnen und Kollegen auch den Kontakt mit den Kollegen und Kolleginnen von Alstom in Frankreich. (www.laboumet.de)

Protest bei DaimlerChrysler in Bremen

Am 14. November legten 3000 Arbeiterinnen und Arbeiter der B-Schicht im Bremer DaimlerChrysler Werk für zwei Stunden die Arbeit nieder. Eine erste Antwort auf die geplanten Entlassungen von 8.500 Kolleginnen und Kollegen im Gesamtkonzern bzw. von allein geplanten 2700 Entlassungen in Bremen. (www.labournet.de)

Streik bei Giesecke & Devrient in Louisenthal (Bayern)

Die Kapitalisten planen das Werk in Louisenthal am 31.10.2006 zu schliessen. Davon wären 240 Kollegen und Kolleginnen betroffen. Nachdem die Belegschaft an vier Tagen Warnstreiks durchgeführt hatte, die Kapitalisten aber nicht bereit waren, ihre Pläne zurückzunehmen stimmten über 90 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen für den Streik. Am 9.11.2005 beginnt die gesamte Belegschaft des Werkes einen Streik u.a. für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Trotz Einsatz von Streikbrechern und massiven Drohungen durch die Kapitalisten wurde der Streik fortgesetzt. (jw, 10.11.2005)

Tageskämpfe auch ohne und gegen den Gewerkschafts-Apparat führen!

Wie schon so oft wurde dem Streik durch die IG Metall Führung die Spitze abgebrochen, bevor der Druck auf die Kapitalisten wirklich groß genug war. Das ausgehandelte Ergebnis ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Schließung wurde lediglich um drei Monate herausgezögert und eine Abfindung von 1,3 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr erhöht. So oder so wird für viele die Erwerbslosigkeit die Folge sein.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen es selbst in der Hand haben, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung für ihre Forderungen zu kämpfen.

Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die Gewerkschaftsfürsten den Kampf im Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen, besteht die Möglichkeit, den Kampf auf eine andere Perspektive zu orientieren.

der Polizei, die sich auf die Fahnen schreiben, die Rechte der ausbeutenden Minderheit zu verteidigen, sind dagegen alles andere als demokratisch.

Dem Geschrei der Kapitalisten und Ihrer Streikbrecher nach „Minderheitenrechten“ gab ein Kollege die richtige Antwort:

„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“ (ebenda)

Natürlich ist ein solcher Streik kein revolutionärer Kampf für den Sturz der Ausbeuterklasse, sondern ein ökonomischer Tageskampf. Aber Arbeiterinnen und Arbeiter „spüren“, dass Demokratie für die Arbeiterklasse die Diktatur über die Kapitalisten benötigt, um sich gegen deren Angriffe zu behaupten.

„Ein Streik öffnet aber den Arbeitern die Augen nicht nur über die Kapitalisten, sondern auch über die Regierung und über die Gesetze.“

(Lenin, „Über Streiks“, 1899, Werke Band 4, S. 312)

Die soziale Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen in Deutschland, insbesondere der Erwerbslosen, verschlechtert sich in zunehmenden Maße!

Zur Lage der Erwerbslosen

In Deutschland waren 2005 laut offizieller Statistik bis zu über 5 Millionen Menschen als erwerbslos gemeldet. In Wirklichkeit sind es jedoch ca. doppelt soviel, denn mit diesen Statistiken werden ganz gezielt und bewusst die Zahlen verfälscht.

Nicht mitgezählt werden nämlich vor allem die Erwerbslosen, die kein Geld mehr aus der sogenannten „Arbeitslosenversicherung“ bekommen. Also Menschen, die seit langem arbeitslos sind und keinen Anspruch mehr auf Leistungszahlungen² oder die nach den neuen sogenannten Hartz-Gesetzen keinen Anspruch mehr haben³ und nicht mehr als erwerbslos gemeldet sind.

Außerdem werden nicht erfasst:

- vorübergehend in Maßnahmen der „Bundesagentur für Arbeit“ (BA) Beschäftigte (ca. 900.000 Menschen),
- Arbeitslose im Vorruhestand und Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind, (in Summe über 1 Million Menschen), Erwerbslose in Vollzeit-Weiterbildungskursen (ca. 170.000 Menschen),
- Erwerbslose in „Ich-AGs“ bzw. „staatlich geförderte Selbstständigkeit für Arbeitslose“ (ca. 170.000 Menschen; ca. 20 Prozent davon waren Anfang 2005 bereits wieder gescheitert und stehen nun erneut ohne Job und oftmals mit hohen Schulden da),
- Arbeiter- und Arbeiterinnen, die kurzarbeiten müssen,
- Frauen, die längere Zeit keine Arbeit mehr angenommen haben,
- Werkätige, die umgeschult werden,
- Werkätige aus anderen Ländern, die angesichts der zunehmenden Erwerbslosigkeit gezwungen werden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren,
- frühzeitige Rentner und Jugendliche, die nach der Schulausbildung eine unbezahlte „Weiterbildung“, ein Praktikum oder ähnliches absolvieren.

Sie alle werden einfach nicht mitgezählt, um die Verhältnisse zu beschönigen und das ganze Ausmaß der immer weiter voranschreitenden Verelendung zu vertuschen. (Sogar die bürgerliche Zeitung „Wirtschaftswoche“ errechnete 2004 ein Erwerbslosenheer von über 8,6 Millionen.⁴).

Reaktionäre Maßnahmen gegen Arbeitslosengeld-Bezieher

Bereits seit 1.1.2003 gilt im Fall der Erwerbslosigkeit nach dem 7. Monat, dass das Arbeitsamt dann jeden Erwerbslosen zwingen kann, einen Arbeitsplatz an jedem Ort in Deutschland auch zu Dumpinglöhnen anzunehmen. Bei Verweigerung wird das Arbeitslosen-

geld für 3 Monate gestrichen. Waren im September 2002 schon 4,1 Millionen in solchen Jobs tätig, so stieg ihre Zahl bis Juni 2005 auf 6,6 Millionen.⁵

Langzeitarbeitslose werden gezwungen für einen Stundenlohn von 1 Euro zu arbeiten. Wer einen solchen verweigert, dem wird das Arbeitslosengeld gekürzt oder gestrichen. Ihre Zahl stieg im ersten Halbjahr 2005 von 78.000 auf 236.000.⁶ Durch diese Mini- bzw 1-Euro-Jobs fiel die Anzahl der regulären Jobs seit Anfang 2002 um 1,3 Millionen, das entspricht einem Anteil von fast 5 Prozent. Die offizielle „Arbeitslosenzahl“ nahm im gleichen Zeitraum um 1 Million zu.⁷ Der Anteil der in Leiharbeit beschäftigten stieg in den letzten 10 Jahren um das Dreifache.⁸

Ab dem 1.1.2004 wurde die Dauer des Arbeitslosengelds auf höchstens 12 Monate, für über 55-jährige auf höchstens 18 Monate beschränkt (für bereits heute bestehende Ansprüche gilt das erst ab dem 31.1.2006). Die Situation der so genannten Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen hat sich verschärft, da nun innerhalb von zwei Jahren mindestens 12 Monate gearbeitet werden muss, um überhaupt einen Anspruch von 6 Monaten Arbeitslosengeld zu haben. Waren 1991 21 Prozent befristet beschäftigt, macht 2004 deren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung schon über 40 Prozent aus.⁹

Ab 1.1.2005 hat sich die Situation weiter verschärft: Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden zusammengelegt. Sogenanntes Arbeitslosengeld II ist in den ersten zwei Jahren nur noch wenig höher als die Sozialhilfe, nach zwei Jahren sind Sozialhilfe und „Arbeitslosengeld II“ identisch. Das bedeutet eine faktische Absenkung des Arbeitslosengeldes.

Zehntausende Jugendliche unter 25 Jahren erhielten im April 2004 wegen angeblicher „mangelnder Mitwirkung bei der Arbeitssuche“ kein Arbeitslosengeld mehr. Insgesamt sind über 664.000 Jugendliche zur Zeit erwerbslos.¹⁰

Die Folge dieser verschiedenen „Arbeitsmarkt regulierenden Gesetze“, die angeblich die Erwerbslosigkeit verringern sollen, führen zu immer größerer Erwerbslosigkeit und zu einer Erhöhung von „prekären Beschäftigungsverhältnissen“, d.h. zu verschärfter Ausbeutung durch niedrigste Löhne und völlig fehlende soziale Absicherung. So fiel die Anzahl der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 2003 bis 2005 um 900.000.

Dies alles bedeutet zugleich, dass der Druck in den Betrieben auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, enorm zugenommen hat und sich täglich weiter verschärft.

Zunehmende Armut

Gerade bei den aus dem Produktionsprozess hinausgeworfenen Teilen der Werkätigen zeigen sich Merkmale absoluter Verelendung besonders deutlich: Die Zahl der

Langzeiterwerbslosen nimmt zu. Mitte 2004 waren schätzungsweise über 2 Millionen Menschen bereits über ein Jahr erwerbslos; Anfang der 90er Jahre waren dies nur ca. die Hälfte.¹²

Immer mehr sind auf Hilfszahlungen (Sozialhilfe oder ALGII), Wohngeld usw. angewiesen, die zudem ständig eingeschränkt und gekürzt werden. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Westdeutschland in den letzten 15 Jahren um das Doppelte auf ca. 4 Millionen an. Ebenso stieg die Zahl der Obdachlosen von ca. 600.000 2003 auf ca. 860.000 2005 an¹³; gerade auch Jugendliche und junge Familien sind davon besonders betroffen. Mehr als ein Sechstel aller Vollzeitbeschäftigten gehört zu den „Geringsverdienenden“; ca. 60 Prozent davon sind Frauen.¹⁵

Diese Verschärfungen bekommen heute schon Hunderttausende, ja Millionen von uns zu spüren!

In den letzten vier Jahren stieg z.B. die offizielle „Armutsquote“ (Anteil der Bevölkerung, der mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens auskommen muss) in Deutschland von 9,2 Prozent 2000 auf 12,0 Prozent 2003 an.¹⁶ Laut einer Studie der UN leben in Deutschland 10,2 Prozent aller Kinder in Armut; davon sind 40 Prozent Kinder von Alleinerziehenden.¹⁷

Quellen

1 FR, 01.03.05; homepage der BA; 2 Wirtschaftswoche Nr. 28, 08.07.2004 (das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, IAB schätzt diese „Stille Reserve“ auf mindestens 2 Millionen Menschen); 3 Nach Schätzungen der „Bundesagentur für Arbeit“ sind das 2005 ca. 500.000; 4 Wirtschaftswoche Nr. 28, 08.07.2004 (basierend auf Quellen und Schätzungen des sogenannten „Sachverständigenrats“), des „Deutschen Städtetages“, der „Stiftung Marktwirtschaft“ und der „Bundesagentur für Arbeit“ (BA); 5 Stern 27/2005; 6 Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung; Böckler-Impuls 16/2005; 7 Stern 27/2005 und DGB-Homepage; 8 Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung; Böckler-Impuls 16/2005; 9 Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung; Böckler-Impuls 16/2005; 10 FR, 08.04.05; TAZ, 01.04.05; 11 Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung; Böckler-Impuls 16/2005; 12 Stern 27/2005 (Im ersten Quartal 2005 sank die Zahl der Ausbildungsplätze um 8 Prozent, bei gleichbleibender Bewerberzahl); 13 Obdachlosenzahlen werden in keiner offiziellen Statistik erfasst; die Zahlen beruhen deshalb auf Schätzungen von Obdachlosen- und Sozial-Verbänden; siehe auch neue Aspekte.de und wikipedia.de; 14 DGB-Homepage zu den Hartz-Gesetzen; 15 junge Welt, 18.03.05; 16 Frankfurter Rundschau, 24. August 2004; 17 junge Welt, 02.03.05.

Angesichts der zunehmenden relativen und absoluten Verelendung der breiten Massen der Werkätigen in Deutschland, der immer weiter voranschreitenden Vergiftung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werkätigen und der ständigen Einschränkungen auch der legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes wird in den Kämpfen der Massen die konterrevolutionäre Funktion des – auf die vor allem mit Extraprofiten aus der Ausbeutung unterdrückter Völker bestochenen Arbeiteraristokratie gestützten – DGB-Apparates immer deutlicher. Dieser muß bewußt und planmäßig entlarvt und gegen ihn muß die Perspektive des eigenständigen Kampfes der untersten Schichten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen herausgearbeitet werden.

Dennoch ist es unbedingt nötig, auch innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen. Denn der DGB ist nicht nur der Apparat, umfaßt nicht nur die Führer und Funktionäre – das sind auch die Millionen von Mitgliedern. Dieser Kampf muß geschickt und prinzipienfest, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität und Illusionen in den DGB-Apparat geführt werden. Nicht zuletzt geht es darum, unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die noch Illusionen in „ihre“ Gewerkschaftsführung haben, systematische Über-

zeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung und Beteiligung an den Tageskämpfen zu gewinnen und zu mobilisieren, die DGB-Fürsten zu demaskieren und ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung möglichst weitgehend zurückzudrängen.

Dabei müssen die kommunistischen Kräfte darauf vorbereitet sein, daß aus demagogischen Gründen, um ihren reaktionären Einfluß zu festigen und dem Kampf die Spitze abzubreaken, die DGB-Führung in bestimmten Situationen auch in der Lage ist, sich selbst an die Spitze der gerechten Kämpfe zu setzen und Teilerfolge zu erzielen.

Die Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist es, in allen berechtigten Tageskämpfen, ihre Kampfkraft, Aktivität und Argumentation hineinzutragen. Es geht darum, diese Kämpfe nach Kräften zu unterstützen und nach Möglichkeit ihre Leitung zu übernehmen sowie die reaktionäre Rolle des Gewerkschaftsapparates und der Gewerkschaftsführung in diesen Kämpfen planmäßig zu entlarven.

Die kommunistischen Kräfte werden dabei nicht verschweigen, dass alle Tageskämpfe ihre Grenze innerhalb des kapitalistischen Systems haben, daß es darum geht in diesen Tageskämpfen vor allem die Perspekti-

ve des revolutionären Sturzes der Ausbeuterklasse, das Programm des Kommunismus hineinzutragen und die harte Arbeit der Sammlung und Organisation der fortgeschrittensten Kräfte unter den Arbeiterinnen und Arbeitern und anderer Schichten, den Aufbau der Kommunistischen Partei voranzutreiben.



Anzeige

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt

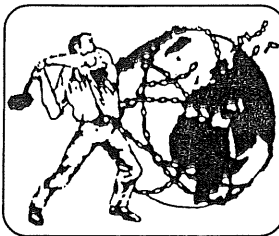
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11/05

November 2005

Die Stärke der erfolgreichen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005:

Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei mit Unterstützung durch ein Bündnis antinazistischer Kräfte

Unter dem Schutz von 3.800 Polizisten wollten die NPD-Nazis am 29. Oktober 2005 triumphierend durch Göttingen ziehen. Dort war ihnen seit Jahren schon kein Aufmarsch mehr gelungen. Durch den Protest und den Widerstand von mehr als 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, vor allem aber durch den militanten Kampf von zirka 1.000 kämpferischen Antifas konnte dies allerdings weitgehend verhindert werden! Zwei Gründe halten wir für wesentlich:

Erstens: Durch die Fülle gut koordinierter und überlegter militanter Aktionen, die umfassende Blockade der Nazi-Route mit großteils brennenden Barrikaden, die breite Entschlossenheit, sich der Polizei entgegen zu stellen, konnten die zirka 250 Nazis auch unter massivem Polizeischutz ihren geplanten Marsch nicht durchziehen.

Zweitens: Die viele Tausend antifaschistische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und andere antifaschistisch eingestellten Menschen, die auf der Straße waren, ließen sich nicht gegen die militanten Aktionen ausspielen. Sie brachten vielfach ihre Sympathie zum Ausdruck, andere verhielten sich zumindest neutral und zum Teil gab es direkte Unterstützung der kämpferischen Aktionen.

Die Auswertung und Propaganda der Erfahrungen des Kampfes gegen die Polizei und die Nazis am 29. Oktober 2005 in Göttingen ist unserer Meinung nach sehr wichtig für die Debatte des weiteren Perspektive des Kampfes gegen die Nazis und die staatliche Faschisierung, gegen Rassismus und deutschen Chauvinismus - gerade auch als Bestandteil des weitergehenden Kampfes für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus überhaupt.

In Göttingen hat sich an diesem Tag wieder gezeigt: Die rund 250 Nazis wären eigentlich nicht das große Problem gewesen. Ohne den geballten Polizeischutz hätten diese von vornherein keinerlei Chance für ihren Auftritt gehabt. Den deutschen Imperialisten geht es jedoch darum, und wenn es sein muss mit Tausenden von Polizisten, überall in Deutschland die Nazi-Aufmärsche als „Normalität“ durchzusetzen.

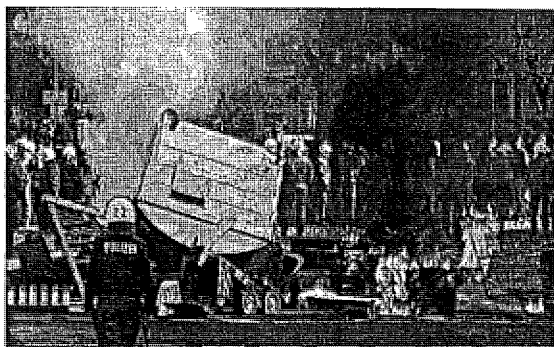
Dass es trotz der Anwesenheit von fast 4.000 Polizisten aus acht Bundesländern auf diese Weise gelungen ist, den Nazi-Aufmarsch weitgehend zu verhindern, hat die Polizeiführung, Politiker und Medien besonders „beun-

ruhigt“. Sie hetzten danach gegen die militanten Aktionen mit dem gemeinsamen Tenor: nicht die „friedlichen Nazis“ seien das Problem, sondern die „gewaltbereiten Antifas“. Die Justiz hat inzwischen bereits über 50 Strafverfahren gegen Antifas eingeleitet. Ihnen gehört unsere besondere Solidarität.

Der gut vorbereitete und durchgeführte Protest und Widerstand gegen die Nazis

Nachdem die NPD-Nazis im April 2005 in Verden, am 18. Juni 2005 in Braunschweig und am 3. September 2005 in Oldenburg unter massivem Polizeischutz aufmarschieren konnten, wobei die Polizei besonders in Braunschweig brutal gegen die Antifas vorging, sollte der Nazi-Aufmarsch am 29. Oktober 2005 in Göttingen die Reihe der Aufmärsche fortsetzen, welche der NPD-Landesverband Niedersachsen in letzter Zeit durchgeführt hatte. Nach Göttingen kamen vor allem Nazis aus Norddeutschland, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, darunter den Anführer der „Freien Kameradschaften“ Christian Worch sowie Thorsten Heise.

Das Obergericht in Lüneburg sowie die Stadt Göttingen hatten den Nazis einen Sieben-Kilometer-Marsch durch Göttingen genehmigt, der mit 3.800 Polizisten aus acht Bundesländern durch-



Szene an einer brennenden Barrikade auf der Anti-Nazi-Demonstration in Göttingen

Anklage gegen Polizeiterrör, rassistisch-chauvinistische Unterdrückung und das ganze kapitalistisch-imperialistische System.

Die spontanen militanten Proteste der Jugendlichen in Frankreich

Kaum bekannt ist, dass es in Frankreich schon seit Jahren massive und militante Proteste der Jugendlichen gibt. So fanden schon 1981 militante Auseinandersetzungen in den Trabantenstädten von Lyon statt. Allein von Anfang des Jahres 2005 bis zum 27.10. wurden nach Angaben der bürgerlichen Presse ca. 30.000 Autos angezündet und 9.000 Polizeiwagen angegriffen, nicht nur um Paris, sondern auch in Roubaix, Lille, Marseille, Nizza und Straßburg. (stern 46/2005, S.34)

Zur weiteren Eskalation kam es, als am 27.10.05 im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois ein 15-jähriger, dessen Familie aus der Türkei stammt, und ein 17-jähriger, dessen Familie aus Tunesien stammt, von der Polizei in den Tod gehetzt wurden. Sie verbrannten bei lebendigem Leib in einer lokalen Trafo-Station. Als dies bekannt wurde, kam es zu heftigen Kämpfen Tausender Jugendlichen gegen die Polizei. Diese Kämpfe haben sich von Paris auf viele andere Städte ausgedehnt.

Die staatliche Reaktion war und ist vor allem Verschärfung der Repression und der Hetze. Der Innenminister beschimpfte die protestierenden Jugendlichen wiederholt als „Gesindel“ und „Abschaum“, den man mit Hochdruckreinigern von der Straße spülen müsse. Der Polizeiterrör wurde weiter verstärkt. Besonders brutal geht die berüchtigte kasernierte Bereitschaftspolizei CRS vor. Am 30.10.05 warf die Polizei provokatorisch eine Tränengasgranate in eine voll besetzte Moschee. Dazu heißt es in einem Bericht eines Jugendlichen, der sich dort aufhielt:

„Wir kamen aus der Moschee, und die Polizei hat uns umzingelt, Flash Ball im Anschlag. Sie haben uns angegriffen, aber am meisten schockiert hat uns, als sie auf die Familienmütter, die vom Gebet kamen, anlegten und anfangen sie zu beschimpfen: ‚Verpisst euch, Hurenbande, und passt besser auf eure Kinder auf!‘“

Bezeichnend ist, dass am 8.11.05 gegen die Proteste ein Gesetz zur Verhängung von Ausgehverboten reaktiviert wurde, das zuletzt 1961 zur Unterdrückung des Befreiungskampfes in der damaligen französischen Kolonie Algerien angewandt worden war und das es Algerierinnen und Algeriern in Frankreich nach Einbruch der Dunkelheit verbot, auf die Straße zu gehen. Als sich damals dann am 17. Oktober 1961 Algerierinnen und Algerier zur Durchbrechung dieses Verbots und zur Solidarisierung mit dem algerischen Befreiungskampf in Paris versammelten, wurden 300 von ihnen mitten in der Stadt von der Polizei ermordet; über 10.000 von ihnen wurden in Sammelslagern interniert. Doch zurück zum Paris 2005. Am 12.11.05 wurde dort ein 22-stündiges Versammlungsverbot verhängt. Die Polizei nahm Tausende Jugendliche fest, die Justiz verurteilt in vielen Fällen im Schnellverfahren. Verhafteten, die keinen französischen Pass haben, droht die Abschiebung.

Mit alledem haben die Polizei und die anderen staatlichen Unterdrückungskräfte die Kämpfe bis heute nicht verhindern können, dass die Kämpfe weitergingen und sich auf zahlreiche weitere Städte ausbreiteten! Die Kämpfe haben als zentrale Zielscheibe die Polizei: So waren z.B. in der Nähe der riesigen Hochhausiedlung La Grande-Borne in der südöstlichen Pariser Trabantenstadt Grigny 60 Beamte der CRS am frühen Abend des 6.11.05 in einen Hinterhalt geraten, in dem sie von rund 200 Jugendlichen mit Steinen und anderen Gegenständen

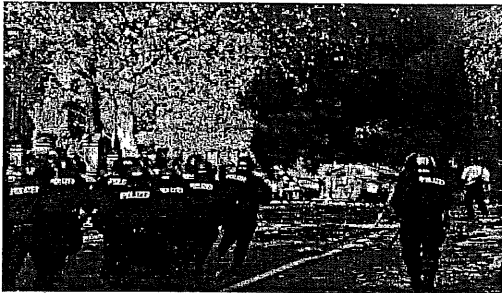
(Fortsetzung auf S. 2)

gesetzt werden sollte. Dagegen mobilisierte besonders die Göttinger „Antifaschistische Linke International“ zusammen mit dem aus 60 Organisationen und Initiativen (u.a. IG Metall Verwaltungsstelle Göttingen, Ver.di Jugend Niedersachsen/Bremen, Initiative Bleiberecht, Jüdisches Lehrhaus) bestehenden „Bündnis gegen rechts“.

Bereits die Anreise der Nazis wurde in Norddeutschland von Antifaschistinnen und Antifaschisten behindert. In Hannover fanden sich so viele Antifas am Bahnsteig ein, dass die Polizei den wenigen Nazis empfahl, diesen Zug nicht zu nehmen. Auch Züge aus Hamburg und Lüneburg konnten die Nazis nicht nehmen.

In Göttingen begannen die Protestaktionen um 9 Uhr mit einem „Frühstück gegen rechts“ in der Nähe des Bahnhofs, wo die Nazi-Demo losgehen sollte. Eine Blockade des Bahnhofs konnte aufgrund der massiven Polizeiabsperungen nicht erreicht werden.

Über 3.500 Menschen beteiligten sich ab 11.00 Uhr an der Demonstration des Bündnisses gegen Rechts - davon etwa 1.000 im kämpferischen Antifablock. Am Marktplatz durchbrach der Antifablock eine Polizeikette, um zum Weender Tor zu gelangen. Hier hatten zur selben Zeit Antifaschistinnen und Antifaschisten die Kreuzung besetzt. Mit einer 5 Meter breiten Luftballon-Walze stürmte der Antifablock gegen die massiven Polizeiketten und -absperungen, scheiterte jedoch an Absperrgittern.



Szene von der Anti-Nazi-Demonstration in Göttingen

Zur selben Zeit errichteten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten rund um die Universität und im Ostviertel etwa 30 brennende Barrikaden. Heranrückende Polizeifahrzeuge und -Einheiten wurden mit Flaschen und Steinen angegriffen. Am Rande wurden auch einige Verbindungshäuser reaktionär-nazistischer Burschenschaften angegriffen (eine davon hatte erst vor kurzem einen Vortrag mit dem nazistischen Ex-Bundeswehr-General Günzel veranstaltet).

Hunderte Menschen blockierten die geplante Aufmarschroute der NPD rund um den Campus und im Ostviertel. Nachdem die Polizei das Weender Tor geräumt hatte, wurde die Nazi-Zwischenkundgebung hier durch das Abspielen von sehr lauter linker Musik aus einem nahe gelegenen Hochhaus verzögert. Der Nazi-Lautsprecher kam gegen die antifaschistische Beschallung nicht an. Die Nazis konnten ihre eigenen Worte nicht verstehen. Erst durch den Polizeieinsatz gegen die Beschallung war es dem Nazi Thorsten Heise möglich, mit seiner Nazi-Hetze zu beginnen.

Während dessen sammelten sich auf der Kreuzung Nikolausberger Weg/Humboldtallee mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten zu einer Sitzblockade. 500 Meter vom Bahnhof, kurz vor dem Universitätsgelände, waren alle Straßen besetzt. Allein der Weg zurück stand der NPD noch offen. Die Polizei ging anfangs brutal dagegen vor und drohte die Kreuzung mit Wasserwerfern zu räumen. Die Polizei sah sich allerdings hier wie auch an vielen anderen Punkten nicht nur mit mili-

tant agierenden Antifas konfrontiert, sondern stieß zugleich auf eine große Zahl von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die sich an Blockaden beteiligten. Außerdem war die geplante Nazi-Demo-Route schon mit zahlreichen brennenden Barrikaden versehen, deren Rauchsäulen weithin sichtbar aufstiegen. Da auf der ursprünglich vorgesehenen Naziaufmarschroute absehbar

kein durchkommen war, versuchte die Polizeiführung zunächst, den Naziaufmarsch über die Weender Landstraße umzuleiten.

Auf der Weender Landstraße wurde der Naziaufmarsch vom Uni-Campus mit Flaschen Steinen, Müllsäcken und Lebensmitteln beworfen. Ein Steinwurf hatte den vorübergehenden Ausfall der Lautsprecheranlage zur Folge. Während einer weiteren Kundgebung an der Ecke Weender Landstraße/Kreuzberggring drückten sich die Nazis sichtlich beunruhigt an die Hauswand. Umringt von tausenden Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden sie aus anliegenden Häusern mit Wurfgeschossen eingedeckt und mit Musik übertönt. In dieser Situation kam es zu zahlreichen Festnahmen von Antifaschistinnen und Antifaschisten durch Greiftrupps der Polizei.

Doch die Polizei zog es in dieser Situation mit zirka 30 brennenden Blockaden und Tausenden von Menschen auf der Straße vor, die Nazi-Demo umkehren zu lassen. Ein Polizeisprecher erklärte: „Ein ordnungsgemäßer Verlauf ist angesichts des massiven Widerstands nicht mehr zu gewährleisten.“ Die Polizei sicherte den Nazis den Rückzug zurück zum Bahnhofvorplatz. Polizei und Nazis wurden bis dorthin von zahlreichen Antifas „begleitet“. Gegen 16.00 Uhr, 3 Stunden früher als von der NPD geplant, war der Naziaufmarsch beendet. Die Nazis hatten nur wenige Hundert Meter ihrer geplanten sieben Kilometer zurücklegen können.

Aus der Vielfalt der Aktionen dieses Tages sollen hier einige noch besonders hervorgehoben werden.

Brennende Barrikaden und andere wirksame Kampfmittel

An mindestens 30 Stellen entlang der geplanten NPD-Marschroute bauten Antifas aus Müllcontainern, Baumaterial, Baumstümpfen, Verkehrsschildern und anderen Gegenständen Barrikaden und zündeten sie an. **Polizei und Feuerwehr waren vielfach nicht in der Lage, die**

(Fortsetzung von S. 1 „...Jugend-Proteste in Frankreich...“)

beworfen wurden. Dabei seien auch Schüsse aus einem Jagdgewehr und einer Schrottpistole gefallen.²

Die massiven und militanten Proteste der Jugendlichen, die tatsächlich Elemente des Bürgerkriegs enthalten, haben verschiedene Ursachen und Hintergründe.

Ein gewichtiger Grund ist die hohe Erwerbslosigkeit allgemein, aber besonders die hohe Jugenderwerbslosigkeit. Im Landesdurchschnitt sind offiziell 23 % der unter 25-Jährigen erwerbslos.³ In den letzten Jahrzehnten hat die Ghettoisierung der armen und verelendeten werktätigen Bevölkerungsteile in so genannten „Banlieues“ stark zugenommen.

Eine wesentliche Ursache ist auch die rassistisch-chauvinistische Ausgrenzung und Unterdrückung der vor allem aus Nordafrika stammenden Migrantinnen und Migranten. Diese leben teilweise unter katastrophalen Existenzbedingungen, wie die wiederholten Brände in Häusern gezeigt haben, bei denen zahlreiche Migrantinnen und Migranten ums Leben kamen. Am 15.04.05 verbrannten 24 Menschen, am 25.08.05 verbrannten 17 Menschen und kurz darauf verbrannten am 30.08.05 nochmals 7 Menschen.

Der Alltag besonders von Jugendlichen ist geprägt von permanenten Polizei-Schikanen und Polizei-Terror. Mehrmalige Ausweiskontrollen an einem Tag sind keine Seltenheit. Bekannt wurde, dass es allein innerhalb von zweieinhalb Jahren in den frühen 90er Jahren in den Vorstädten zu fast 200 Todesfällen bei Polizeikontrollen, Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und Repressionskräften und auf Kommissariaten in „polizeilichem Gewahrsam“ kam.⁴ Vor allem die CRS gehen in den Trabantenstädten nur in größerer Zahl und in Form regelrechter Strafexpeditionen vor.

Die Kämpfe haben spontanen Charakter, sie sind berechtigter Ausdruck des Zorns und des Protests gegen lebensunwürdige Verhältnisse, unter denen viele Millionen in dieser imperialistischen Großmacht leben müssen.

Quellen: 1 Schilderung im Original unter www.afrik.com, übersetzt in indymedia.de; 2 Artikel von Bernard Schmid, 08.11.2005, laboumet.de; 3 faz.net, 15.11.2005; 4 Artikel von Bernard Schmid, 08.11.2005, laboumet.de

Barrikaden zu löschen oder wegzuräumen. So wurden bei einem Löscharversuch an der Kreuzung Gosslerstraße/Nikolausberger Weg Löschfahrzeuge der Feuerwehr von etwa 300 Antifas umringt und mit einem Steinhagel überschüttet. Eine große Rolle spielte dabei zugleich, dass an den Kreuzungen in der Nähe der Barrikaden oft Blockadepunkte waren, an denen nicht nur militante

Die Drecksargumente gegen den militanten Anti-Nazi-Kampf zerschlagen!

Nach der Demonstration in Göttingen erschien am 31.10.05 ein Artikel in der „Berliner Zeitung“ (BZ), in dem alle Register der Drecksargumente gegen die Anti-Nazi-Proteste gezogen werden:

Drecksargument Nr.1: „Linke“ Gewalt = „rechte“ Gewalt

„Es gibt eine unhelle Gesinnungsgemeinschaft zwischen linken und rechten Radikalen, die seit dem Erstarken der NPD sogar noch enger geworden ist. Ob in Dresden, wo man bei Stadteilfesten und Diskussionen aufeinander losgeht, in Leipzig, wo Nazi-Demos regelmäßig in Straßenschlachten mit der Polizei ausarten, oder eben jetzt in Göttingen - der Straßenkampf zwischen Links und Rechts ist in Wahrheit ein Kampf, den die Radikalen beider Seiten gegen die Demokratie führen.“ (BZ, 31.10.05)

Es ist klar, dass solche demagogische Gleichsetzungen der Gewalt von „links“ und „rechts“ nicht auf die Nazis abzielt: Betroffen werden sollen damit die militanten und konsequenten Gegner der Nazis, die wissen, dass argumentieren allein absolut unwirksam ist, dass Nazi-Terror wirksam nicht ohne Anwendung von Gewalt begegnet werden kann.

Es muss hinzu gefügt werden, dass mit der These „Gewalt gleich Gewalt“ zudem auch der historische Kampf aller Nazi-Gegner der Welt gegen das Nazi-Regime diffamiert wird. Die jüdischen Partisaninnen und Partisanen von Wilna, die Resistance in Frank-

reich und Belgien, der Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern – all das soll dasselbe sein wie die Gewalt der Nazis!

Drecksargument Nr.2: „Friedliche“ Nazis contra „gewalttätige“ Antifas

Die „Berliner Zeitung“ behauptet, der NPD-Aufmarsch in Göttingen sei „ein voller Erfolg für die Rechten“ gewesen, hätte ihnen wieder „Sympathiepunkte“ eingebracht:

„Schließlich bewegten sich die Neofaschisten friedlich in Göttingen, während es gewalttätige Antifaschisten waren, die brennende Barrikaden errichteten, Polizisten angriffen und Passanten verletzten.“

„Friedlich“ bewegten sich die Nazis unter dem Schutz mehrerer Tausend Polizisten, die ihnen unter Einsatz von massiver Gewalt den Weg bahnen wollten. Die reaktionäre Hetze der „Berliner Zeitung“ unterstützt direkt die eigene Hetze der Nazis, welche sich als „friedfertige Opfer“ hinstellen, denen man ihr „Recht auf Versammlungsfreiheit“ vorenthalte. Wie „friedlich“ die Nazis sind, zeigt die lange Liste ihrer Mordtaten allein in den letzten 15 Jahren. Der tagtägliche Nazi-Terror zeigt, dass die nazistische Bewegung zu Mord und Totschlag entschlossen und bereit ist. Auch in Göttingen zeigte sich das, als Nazis auf Antifas einschlugen und zum Teil schwer verletzten. Das bestätigte einmal mehr: Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller

Kraft, überall, wo die Nazis auftreten, muss die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Drecksargument Nr.3: Der militante Kampf der Linken ist schuld am Erstarken der Rechten!

Die Wahrheit vollkommen auf den Kopf stellend heißt es in der „Berliner Zeitung“ weiter:

„Es sind aber die Rechten und vor allem die NPD, die von dieser Gesinnungsgemeinschaft profitieren. Nicht nur, dass sie als weniger gewalttätig erscheinen. Das sinnlos brutale Vorgehen von Linksradikalen hält auch viele Bürger von Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche ab. Je schwächer aber der öffentliche friedliche Protest gegen die NPD wird, desto stärker gewöhnt sich die Zivilgesellschaft an die rechtsextreme Partei.“ (BZ, 31.10.05)

Wer konsequent gegen die Nazis vorgeht, hilft angeblich den Nazis, so die demagogische „Logik“. Denunziert wird also genau das, was wirklich gegen die Nazis hilft, was sie wirklich trifft.

★★★

Eine Hetze wie die der „Berliner Zeitung“ wird heute in verschiedenen Spielarten von den propagandistischen Sprachrohren des deutschen Imperialismus betrieben und soll so, wie die Polizei auf der Straße den Nazis den Weg bereitet, den Nazis ideologisch den Weg bereiten.

Solidarität und Kritik:

Unsere Meinung zum Aufruf der „Antifaschistischen Linken International“ (A.L.I.)

Die A.L.I. hat bei der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch in Göttingen eine wichtige Rolle gespielt. Sie hat zwei Papiere veröffentlicht: den „Aufruf“ vom 16.10. zur Demonstration sowie das Auswertungs- und Nachbereitungsflugblatt „Endlich was zu feiern! Neonaziaufmarsch am 29.10.2005 in Göttingen erfolgreich gestoppt!“, auf die wir im folgenden näher eingehen wollen. Fangen wir mit unserer Kritik an.

Die A.L.I. prangert nur die CDU an und verliert kein Wort über die SPD!

Ins Auge sticht, daß in keinem der beiden Papiere der A.L.I. die imperialistische SPD auch nur erwähnt wird. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass sich die Göttinger SPD am „Bündnis gegen rechts“ beteiligt hat. Wir bestreiten nicht, dass das unterschiedliche Verhalten von SPD und CDU vor Ort im Hinblick auf deren Anhängerschaft taktisch zu berücksichtigen ist. Das ändert aber nichts daran, dass die SPD nicht minder wie die CDU eine reaktionäre und konterrevolutionäre Partei des deutschen Imperialismus ist und es wegen deren ideologischen Einfluß noch viel nötiger ist, diese als solche zu entlarven. Die Göttinger SPD hetzte in ihrer Presseerklärung vom 31.10.2005 gegen die militanten Proteste: „SPD Göttingen: Gegen Rechts hilft kein Straßenkampff!“

Da das Auswertungs- und Nachbereitungsflugblatt der A.L.I. auf Anfang November 2005 datiert, muss ihr diese reaktionäre SPD-Hetze bekannt gewesen. Die A.L.I. prangert darin jedoch nur in geradezu epischer Breite CDU und RCDS an, verliert aber nach wie vor kein Wort über die SPD-Hetze gegen den militanten Kampf auf der Straße gegen die Nazis.

Im Widerspruch zu diesem gewichtigen Kritikpunkt enthält der „Aufruf“ und das Auswertungs- und Nachbereitungsflugblatt der A.L.I. eine Reihe sehr wichtiger und richtiger Positionen, die wir hier knapp anführen wollen und die wir auf jeden Fall unterstützen.

Die Nazis als „fester Teil der politischen Landschaft der Berliner Republik“

Der deutsche Imperialismus ist heute in einer Situation, wo er in Wirklichkeit aus verschiedenen Gründen auf die Nazis, insbesondere auch auf die Nazi-Vernetzung mit dem zwischen Staatsapparat und Straßen-Nazis nicht verzichten kann (vgl. dazu ausführlich GDS-Flugblatt 4/05). Im „Aufruf“ heißt es:

„Fest zu halten bleibt: Die Neonazis sind inzwischen ein scheinbar unbeliebter, aber fester Teil der politischen Landschaft der Berliner Republik geworden. Zudem erhielten sie durch den Parteistatus der NPD viele Millionen Euro...“

In diesem Zusammenhang, wird im „Aufruf“ thematisiert, steht auch die staatliche Politik, überall die Duldung von Nazi-Aufmärschen und die „langsame Gewöhnung“ daran durchzusetzen. Politischer Willen der

Sachwalter des deutschen Staats ist es, „Naziaufmärsche als Teil bundesdeutscher Realität durchzusetzen.“

Die Polizei – „das eigentliche Problem der Aufmarsch-GegnerInnen“

Auch wenn wir den Begriff „Ordnungshüter“ nicht passend finden, wird sehr richtig eingeschätzt:

„Die Ordnungshüter sind auch das eigentliche Problem der Aufmarsch-GegnerInnen, denn ohne den politischen Willen von Innenministerium und Polizeiführung die FaschistInnen durch die Städte ziehen zu lassen, würden viele der Neonaziaufmärsche wohl gar nicht erst stattfinden können. Die radikale Linke muss auf diesen Zusammenhang hinweisen und bereits im Vorfeld gegen den Naziaufmarsch aktiv werden!“

„Gerade darum ist es von so großer Bedeutung, die Polizei als eigentliche Vollstreckerin der Naziaufmärsche zu thematisieren. Das gilt umso mehr für die Gewalt, mit der die Einheiten gegen antifaschistische Proteste und Gegenwehr vorgehen. Stoppt Polizeigewalt! Keine „polizeilich national befreiten Zonen!“

Für militanten Kampf gegen die Nazis auf der Straße

Mit Geschwätz und guten Worten, „Betroffenheit“ weit ab von den Nazi-Aufmärschen und Nazi-Überfällen lassen sich diese nicht aufhalten. Der Aufruf propagiert dazu: „Zusammen – auf allen Ebenen – mit allen Mitteln!“ Im Auswertungs- und Nachbereitungsflugblatt der A.L.I. zum 29.10.05 in Göttingen heißt es:

„Wichtig für den Erfolg des Tages war letztendlich, dass sich viele Menschen ernsthaft darauf vorbereitet haben, wann und wie es möglich sein würde, direkt gegen den Naziaufmarsch aktiv zu werden. Der Maßstab hierfür konnte und kann nicht das Bürgerliche Gesetzbuch oder die Straßenverkehrsordnung sein. Das „Faschisten bekämpfen – mit allen Mitteln!“ begründet sich aus der politischen und konkreten Gefahr, die von den Neonazis ausgeht. Es meint, aus den historischen und gegenwärtigen Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen und beim Widerstand gegen die FaschistInnen nicht auf den Staat zu vertrauen. Es meint, alles zu tun was notwendig ist, um die Nazis aufzuhalten.“

Den Kampf gegen die Nazi-Hetze nicht unterschätzen

Für die Antinazistinnen und Antinazisten besteht die Aufgabe, sich von den Nazis und ihrer Ideologie ein möglichst genaues Bild zu machen, um sich dann auch gezielt mit den nazifaschistischen Demagogien auseinanderzusetzen, um sie bekämpfen zu können. Über Nazi-Hetze wie „jüdische Weltverschwörung“, „Ausländer sind schuld“ usw. heißt es im „Aufruf“ richtig:

„Diskutabel sind solche Plattitüden nicht – gefährlich können sie dennoch werden.“

Richtig wird besonders auf die Gefahr verwiesen, dass sich Nazis etwa in Proteste gegen Hartz IV einklinken:

zahlreichen Antifas auf der Straße groß. Sogar die reaktionäre „Welt“ schrieb: „Die Menschen tanzten auf den Straßen und feierten bis in die Nacht in den Lokalen.“ (Die Welt, 31.10.05)

Gemeinsamer Kampf militanter Antifas und antifaschistischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie anderer Antinazi-Kräfte

Eine ganz entscheidende Voraussetzung des Erfolgs war, dass es abwieglischen Kräften nicht gelungen ist, die militanten Antifas zu isolieren, indem – wie so oft bei anderen Anti-Nazi-Demos – etwa die gewerkschaftlich organisierten Antifas an Orte weitab von der Konfrontation mit den Nazis zur „friedlichen Kundgebung“ gelenkt werden. Mit dazu beigetragen hat auch das gut nachvollziehbare Konzept der Blockade der Nazi-Route durch die Vielzahl brennender Blockaden. Spürbar war, dass das viele einfach gut fanden, weit über die Reihen der Militanten hinaus. Manche Anwohnerinnen und Anwohner stellten Material für den Barrikadenbau zur Verfügung.

Aus vielen Häusern des Universitäts- und Wohnviertels hingen Transparente wie „Kein Platz für Nazis“. Teilweise haben Anwohnerinnen und Anwohner aus ihren Fenstern Joghurt-Becher, Milchtüten usw. auf die Nazis gefeuert.

„Bei den so genannten Montagsdemonstrationen versuchte die NPD in einzelnen Städten und Regionen die Proteste mit zu gestalten, um sich selbst als „soziale Kraft“ und „einzige Alternative“ darzustellen.“

Der staatliche Terror – die größte Dimension des reaktionären Terrors heute

Die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen in den letzten Jahren richteten sich zu Recht gegen den enorm zugenommenen Nazi-Terror und sie müssten natürlich noch stärker sein. Der größere Terror gegen Flüchtlinge, Werktätige aus anderen Herkunftsländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte geht aber vom Staat aus; so zum Beispiel durch die Kriminalisierung von so genannten „Illegalen“, durch Miss-handlung von Flüchtlingen durch Polizei und BGS, durch Abschiebeterror... Dazu heißt es im „Aufruf“, nachdem ein konkreter Fall von grausamer Abschiebung durch die Göttinger Ausländerbehörde geschildert und angeprangert wurde:

„Die Konsequenzen dieses „demokratischen Rassismus“ sind gesellschaftlich weitaus gravierender als die Morde der Nazis. Flüchtlinge in der Region Göttingen werden nicht primär von Neonazis bedroht, sondern weitaus mehr von den Ausländerbehörden.“

Im Auswertungs- und Nachbereitungsflugblatt der A.L.I. wird dazu auch ein Beispiel von der Demonstration am 29.10. gegeben:

„Der Sprecher des ‚The Voice Refugee Forums‘ konnte seine vorgesehene Rede nicht halten, da gegen ihn ein Haftbefehl vorliegt. Sein ‚Verbrechen‘? Er hat gegen die ‚Residenzpflicht‘ verstoßen. Diese schreibt Flüchtlingen ihren Aufenthaltsort vor und ist ein Instrument der rassistischen Sondergesetzgebung.“

Internationale Solidarität contra Nationalismus und kapitalistische „Konkurrenz der Standorte“

„Unsere Antwort auf die „Konkurrenz der Standorte“ und die nationalistischen und rassistischen Mobilisierungen kann nur die internationale Solidarität sein. Gleiches gilt für die kapitalistische Globalisierung. Dem weltweiten Angriff auf soziale Rechte, auf Arbeitsbedingungen, sowie auf die Privatisierung lebenswichtiger Bereiche, kann nur durch Vernetzung und Organisation von Widerstand entgegengetreten werden. Dieser Widerstand muss sich ebenso international orientieren wie die Angriffe des Kapitals. Unsere Perspektive kann nur sein, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx).“

★★★

Wir halten die solidarische Debatte über diese und weitere Fragen – so etwa die Einschätzung des deutschen Imperialismus – für notwendig.

Antifas waren, sondern auch verschiedene Kräfte des Antifa-Bündnisses.

Die Polizei war von dem geplanten und zugleich flexiblen Vorgehen der Antifas überrascht. So konnte etwa die Kreuzung Nikolausberger Weg / Gosserstrasse innerhalb weniger Minuten verbarrikadiert werden. Wenn die Polizei anrückte, war es meist zu spät, hatte sich die Masse der Antifas schon weiter bewegt und an weiteren Kreuzungen Barrikaden errichtet und angezündet. Die Barrikaden aus Plastik-Müllbehältern, Blech-Containern und anderen Materialien brannten zum Teil mehr als eine Stunde und waren keineswegs einfach zu beseitigen. Diese waren somit schwer zu beseitigende Hindernisse auf mehreren Kilometern der geplanten Nazi-Route.

Durch die Masse der aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten und die Vielzahl der Aktionen konnten die Kräfte der Polizei so zersplittert werden, dass sie nicht mehr Herr der Lage waren.

Da Polizei-Einheiten aus acht Bundesländern zusammengezogen worden waren, kannte sich ein Großteil von diesen vor Ort nicht aus. Auch dies wurde von den Antifas ausgenutzt. So wurden im Vorfeld Straßenschilder gezielt übersprüht, um der Polizei die Orientierung zu erschweren. Die Antifas hatten außerdem auch Fahrradmelder und Späher auf Dächern eingesetzt.

Nach dem Abzug der Nazis war die Freude unter den

Die Göttinger „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) konnte zu recht danach feststellen, „Das Zusammenspiel von antifaschistischer Bündnisarbeit und militanten Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch haben diesen Tag zu einem Erfolg für die Linke in Göttingen gemacht.“

Repressionen durch Polizei und Justiz

Die Polizei ging immer wieder hart gegen die Anti-Nazi-Kräfte vor, insbesondere dann, wenn die Situation für die Nazis kritisch wurde. Dabei taten sich besonders übel die „schwarzen“ SEKs durch willkürliche Brutalität hervor. Zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden verletzt. Der Ermittlungsausschuss der Roten Hilfe teilte mit, dass im Laufe des Tages mindestens 44 Antifaschistinnen und Antifaschisten in „Gewahrsam“ genommen wurden, mindestens 13 wurden festgenommen. Am Universitäts-Auditorium hatte die Polizei dafür extra eine Art Käfig errichtet. Gerade auch nach dem Abzug der Nazis machte die Polizei noch Jagd auf antifaschistische Kräfte in der Stadt. Am Abend wurden alle festgenommenen Antifaschistinnen und Antifaschisten frei gelassen.

Die Staatsanwaltschaft Göttingen leitete nach eigenen Angaben bereits zwei Tage später 52 Strafverfahren ein. Die polizeilichen Dokumentationstrupps hatten während der Anti-Nazi-Aktionen permanent gefilmt, Zivilpolizist-

Diskutiert unsere Positionen zum Kampf gegen die Nazis und gegen den deutschen Imperialismus!

Das Flugblatt Nr. 4/05 vom April 2005 „**Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung! Kampf dem staatlichen Terror!**“ belegt und erläutert die Positionen von „Gegen die Strömung“ zum Kampf gegen Nazis und staatliche Faschisierung, u.a.:

- „Deutsche Zustände“: Nazi-Propaganda, Nazi-Aufmärsche, Nazi-Terror, Nazi-Morde
- Wie der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus den Nazi-Terror vertuschen und die Nazis in Schutz nehmen
- Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus: Die Nazis mitten im Staatsapparat!
- Auswertung der Kampferfahrungen gegen die Nazis und Aufgaben im Kampf gegen die Nazis:
 - Die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten und Terrorisierten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte organisieren!
 - Den militanten Kampf gegen die Nazis auf der Straße weiter verstärken!
 - Gegen die Vertuschung der Nazi-Verbrechen – durch eigenständige Recherche das ganze ungeheure Ausmaß des Nazi-Terrors aufdecken
 - Den Kampf gegen die Nazi-Ideologie nicht unterschätzen!
 - Der Abwiegelei und der Verwirrung entgegen treten!
 - Unsere Haltung zur Forderung „Verbot der NPD“
 - Den Kampf gegen den staatlichen Terror nicht unterschätzen!
- Die weitergehende Perspektive: Für die Vorbereitung der proletarischen Revolution zum Sturz der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung kämpfen.

★★★

Wer unsere grundlegende Position zum Kampf gegen Nazis und Faschisierung studieren will, dem empfehlen wir die Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“. Es heißt darin im programmatischen Dokument zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus in der These „Die parlamentarisch ver-

hüllte Diktatur der deutschen Bourgeoisie und ihre Besonderheiten, staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/-Banden“:

„Der Parlamentarismus dient in der heutigen Periode der Geschichte des deutschen Imperialismus mit seinen Parteien, die mit gut verteilten Rollen jeweils andere Teile der Bevölkerung an den deutschen Imperialismus binden, als entscheidendes Mittel, um die Diktatur der Bourgeoisie zu verhüllen und systematisch die in Folge des Sieges der Völker der antinazistischen Koalition eingeführten demokratischen Aspekte zurückzudrängen.“

Der Parlamentarismus dient dazu, eine umfassende Faschisierung mit polizeistaatlichen Methoden zu betreiben, ein System von Bespitzelung, Inhaftierung, Folterung, Tötung und sogar offiziell gedeckten Hinrichtungen zu festigen, das in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus als eine der wesentlichen Stützen des deutschen Imperialismus im Inneren sowie im staatlichen Abschleibeterror nach außen, der zugleich auch als Einschüchterungsmittel gegenüber allen „Nichtdeutschen“ im Innern dient, ganz besonders drastisch zum Ausdruck kommt.

Dabei kombiniert sich die staatliche Faschisierung in den letzten Jahren zunehmend mit von nazistischen Parteien und Gruppen initiierten und geförderten Pogromen, Tausenden von Brandanschlägen und Überfällen, die vom deutschen Staatsapparat oft genug gefördert und geschützt werden. Die Nazi-Parteien werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, sie dienen oftmals als „Vorreiter“, als „Versuchsballon“, wie weit sich die deutsche Bevölkerung schon an offenere Nazi-Propaganda und Nazi-Terror gewöhnt hat. Dabei muß bewußt sein, daß die

Nazis selbst heute mitten im Staatsapparat sitzen, ja der Staatsapparat selbst, vor allem die unteren und mittleren Ebenen des Repressionsapparates von Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Bundeswehr, ist in hohem

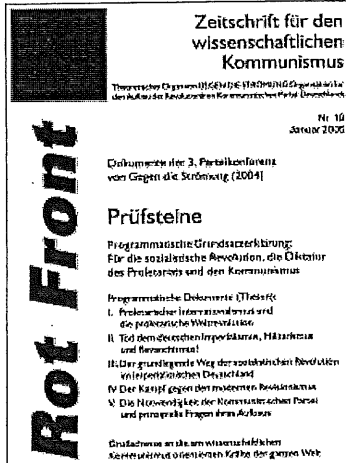
Maße selbst in das Nazi-Netzwerk eingebunden, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß der Generationswechsel vor allem in diesen Kernbereichen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde.

Die Kommunistische Partei muß grundsätzlich die Funktion und den Mechanismus des bürgerlich-parlamentarischen Staates, die gut verteilten Rollen der bürgerlichen Parteien bei der Verschleierung der Diktatur der Bourgeoisie sowie die Besonderheiten der parlamentarischen Republik in Deutschland aufdecken und entlarven. Ohne auch nur einen Schritt im notwendigen Kampf gegen die Nazis auf der Straße und im Betrieb zurückzuziehen, muß klargemacht werden, daß die Faschisierung hauptsächlich vom deutschen Imperialismus ausgeht, daß die Kommunistische Partei deshalb vor allem die staatliche Faschisierung in all ihren Facetten entlarven und bekämpfen muß.

Ganz besonders Ziel der staatlichen Faschisierung und nazistischer Pogrome und Anschläge sind neben demokratischen und revolutionären Kräften jene Minderheiten, die traditionell Zielscheibe der mörderischen deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie sind.“

★★★

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen auf, unsere Positionen zu diskutieren und uns ihre Meinungen und Kritiken zuzuschicken.



190 Seiten, 7,50 Euro; ISSN 1616-315X
Vertrieb über: Buchladen Georgi Dimitroff FFM

ten ständig Bilder gemacht, die dafür ausgewertet werden.

Nazi-Terror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten nach der Demonstration

Während ihrer Abreise haben die Nazis mehrere antifaschistische Jugendliche im Zug von Göttingen nach Northeim angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Am Northeimer Bahnhof attackierten Nazis nochmals Antifas. Die Polizei verzichtete dort auf eine Aufnahme der Personalien der Nazi-Schläger, um „den Zugbetrieb nicht länger aufzuhalten“. Auch vom Bahnhof in Altenbeken wurde ein ähnlicher Nazi-Angriff gemeldet.

Reaktionäre Hetze gegen den militanten Anti-Nazi-Kampf danach

Wie nicht anders zu erwarten, hetzten bürgerliche Politiker und Medien danach gegen den erfolgreichen Anti-Nazi-Kampf in Göttingen. Der Rechtsdezernent der Göttinger Stadtverwaltung äußerte sich „schockiert“: „Der friedliche Protest der Mehrheit ist in der Gewaltorgie der Autonomen völlig untergegangen. So etwas darf es nie wieder geben.“ (Göttinger Tagblatt, 31.10.05) Tatsächlich ist der „friedliche Protest der Mehrheit“ an diesem Tag in Göttingen keineswegs in dem als „Gewaltorgie“ verleumdeten militanten Straßenkampf „untergegangen“. In Wirklichkeit stört die Vertreter der Staatsapparat, daß der militante Antifa-Kampf in enger Verbindung stand mit dem Massenprotest der „Mehrheit“, was es in der Zukunft („nie wieder!“) unbedingt zu verhindern gelte.

Die SPD Göttingen verkündete in ihrer Presseerklärung

vom 31.10.05: „Die Geschichte zeigt, gegen Rechts hilft kein Straßenkampf, sondern nur eine breite Ablehnungsfront über alle Teile der Bevölkerung.“ Dieses „Argument“ ist offensichtlich absurd. Das zeigte sich gerade auch beim aktuellen Kampf gegen die Nazis in Göttingen am 29.10. An diesem Tag konnten in Göttingen sehr viele sehen und verstehen: Ohne den militanten Straßenkampf wären die Nazis mit Sicherheit durch Göttingen marschiert. Und was die Vertreter der imperialistischen SPD in Göttingen über die Geschichte sagen, ist nicht minder eine große Lüge: Das Übel war vor 1933 keineswegs, daß der Straßenkampf gegen die Nazis geführt wurde, sondern daß dieser noch viel zu schwach, zu wenig massenhaft und wuchtig war!

Grundlegend geht es hier um das reaktionäre demagogische Manöver, den „friedlichen Protest der Mehrheit“ dem als „Gewaltorgie“ verleumdeten militanten Straßenkampf gegenüber zu stellen nach dem Motto ‚friedlich ist gut‘ und ‚gewaltsam ist schlecht‘.

In Wirklichkeit ist der möglichst konsequente, unversöhnliche und radikale Kampf der militanten Antifas entscheidend für das Zurückdrängen der Nazis. Was die Nazis wirklich fürchten, und was sie an ihrer mörderischen Arbeit tatsächlich hindert, sind militante antinazistische Kämpferinnen und Kämpfer, die organisiert und konsequent Aktionen durchführen, immer mehr fortschrittliche Menschen für solche Aktionen begeistern und mitreißen. Das sind Kämpferinnen und Kämpfer, die klar argumentieren, keinerlei Illusionen in die angebliche „Hilfe des Staates“ gegen die Nazis haben, die sich vor allem mit den Opfern des Nazi-Terrors solidarisieren, zusammenschließen und mit ihnen gemeinsam

kämpfen, die internationale Verbindungen verstärken, und den Kampf auf lange Sicht planen!

Ihnen gegenüber steht eine ganz große Koalition – Nazis und die staatstragenden Parteien stimmen ein in den gemeinsamen Chor: „Die Linken sind der Feind, der geschlagen werden muss!“

★★★

Der Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte, gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/ Nazi-Parteien muss in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

★ Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und ihre Ideologie führen!

★ Doppelt und dreifach zurückschlagen!

★ Den Kampf der von den Nazis Verfolgten wirklich solidarisch unterstützen und den gemeinsamen Kampf der wirklich konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren!

★ Den Nazi-Faschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

☆☆☆

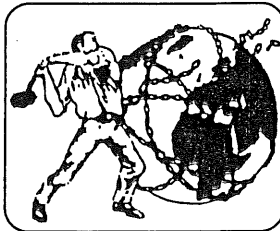
Anzeige

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteuffelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/05 – 1/06

Dezember 2005 – Januar 2006

0,50 Euro

„Manifest der Kommunistischen Partei“

von K. Marx und F. Engels

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.

Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre, wo die Oppositionspartei, die den fortgeschrittenen Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte? Zweierlei geht aus dieser Tatsache hervor.

Der Kommunismus wird bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt.

Es ist hohe Zeit, daß die Kommunisten ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke, ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen und dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus ein Manifest der Partei selbst entgegenstellen.

Zu diesem Zweck haben sich Kommunisten der verschiedensten Nationalität in London versammelt und das folgende Manifest entworfen, das in englischer, französischer, deutscher, italienischer, flämischer und dänischer Sprache veröffentlicht wird.

I. Bourgeois und Proletarier¹

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft² ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine man-

nigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene, und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen. Die aus dem Untergange der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Aus den Leibeigenen des Mittelalters gingen die Pfahlbürger der ersten Städte hervor; aus dieser Pfahlbürgerschaft entwickelten sich die ersten Elemente der Bourgeoisie.

Die Entdeckung Amerikas, die Umschiffung Afrikas schufen der aufkommenden Bourgeoisie ein neues Terrain. Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waren überhaupt gaben dem Handel, der Schifffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung und damit dem revolutionären Element in der zerfallenden feudalen Gesellschaft eine rasche Entwicklung.

Die bisherige feudale oder zünftige Betriebsweise der Industrie reichte nicht mehr aus für den mit neuen Märkten anwachsenden Bedarf. Die Manufaktur trat an ihre Stelle. Die Zunftmeister wurden verdrängt durch den industriellen Mittelstand; die Teilung der Arbeit zwischen den verschiede-

nen Korporationen verschwand vor der Teilung der Arbeit in der einzelnen Werkstatt selbst.

Aber immer wuchsen die Märkte, immer stieg der Bedarf. Auch die Manufaktur reichte nicht mehr aus. Da revolutionierte der Dampf und die Maschinerie die industrielle Produktion. An die Stelle der Manufaktur trat die moderne große Industrie, an die Stelle des industriellen Mittelstandes traten die industriellen Millionäre, die Chefs ganzer industrieller Armeen, die modernen Bourgeois.

Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Maße, worin Industrie, Handel, Schifffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Maße entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund.

Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist.

Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziation in der Kommune³, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder in der absoluten Monarchie, Hauptgrundlage der großen Monarchien überhaupt, erkämpfte sie sich endlich seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.

Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt.

Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung“. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.

Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.

Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trügsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.

Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwe-

re Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.

Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrisen. Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.

Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanelinie.

Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhafte und kolossale Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.

Wir haben also gesehen: Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie herantreibt, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse, worin die feudale Gesellschaft produzierte und austauschte, die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in ebenso viele Fesseln. Sie mußten gesprengt werden, sie wurden gesprengt.

An ihre Stelle trat die freie Konkurrenz mit der ihr angemessenen gesellschaftlichen und politischen Konstitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisieklasse.

Unter unsren Augen geht eine ähnliche Bewegung vor. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie

und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.

In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Race bedarf. Der Preis einer Ware, also auch der Arbeit, ist aber gleich ihren Produktionskosten. In demselben Maße, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit

Aus den Vorwörtern zum „Manifest der Kommunistischen Partei“

„... Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten fünfundzwanzig Jahren geändert haben, die in diesem „Manifest“ entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das „Manifest“ selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und wird deshalb durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende von Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. Dieser Passus würde heute in vieler Beziehung anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt innehatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann“. (Siehe „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association“, wo dies weiter entwickelt ist.)

Ferner ist selbstredend, daß die Kritik der sozialistischen Literatur für heute lückenhaft ist, weil

sie nur bis 1847 reicht, ebenso daß die Bemerkungen über die Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen Oppositionsparteien (Abschnitt IV), wenn in den Grundzügen auch heute noch richtig, doch in ihrer Ausführung heute schon deswegen veraltet sind, weil die politische Lage sich total umgestaltet und die geschichtliche Entwicklung die meisten der dort aufgezählten Parteien aus der Welt geschafft hat.

Indes, das „Manifest“ ist ein geschichtliches Dokument, an dem zu ändern wir uns nicht mehr das Recht zuschreiben. Eine spätere Ausgabe erscheint vielleicht begleitet von einer den Abstand von 1847 bis jetzt überbrückenden Einleitung; der vorliegende Abdruck kam uns zu unerwartet, um uns Zeit dafür zu lassen.

London, 24. Juni 1872, Karl Marx, Friedrich Engels“
(aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872)



„... Der durchgehende Grundgedanke des „Manifestes“: daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß (seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen

zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien – dieser Grundgedanke gehört einzig und ausschließlich Marx an. ...

London, 28. Juni 1883, Friedrich Engels“
(aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1883)



„... So war denn 1847 Sozialismus eine Bewegung der Mittelklasse, Kommunismus eine Bewegung der Arbeiterklasse. Der Sozialismus war, auf dem Kontinent wenigstens, „salonfähig“; der Kommunismus war das gerade Gegenteil. Und da wir von allem Anfang an der Meinung waren, daß „die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß“, so konnte kein Zweifel darüber bestehen, welchen der beiden Namen wir wählen mußten. Ja noch mehr, auch seitdem ist es uns nie in den Sinn gekommen, uns von ihm loszusagen. ...

London, 30. Januar 1888, Friedrich Engels“
(aus der Vorrede zur englischen Ausgabe von 1888)

wächst, nimmt daher der Lohn ab. Noch mehr, in demselben Maße, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeit zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen usw.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisie, des Bourgeoisstaates, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von den einzelnen fabrizierenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so kleinlicher, gehässiger, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, d. h., je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber verdrängt. Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse. Es gibt nur noch Arbeitsinstrumente, die je nach Alter und Geschlecht verschiedene Kosten machen.

Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die andern Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.

Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.

Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz.

Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst; sie vernichten die fremden konkurrierenden Waren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wiederzuerringen.

Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenhalten der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung, sondern die Folge der Vereinigung der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muß und es einstweilen noch kann. Auf dieser Stufe bekämpfen die Proletarier also nicht ihre Feinde, sondern die Feinde ihrer Feinde, die Reste der absoluten Monarchie, die Grundeigentümer, die nichtindustriellen Bourgeois, die Kleinbürger. Die ganze geschichtliche Bewegung ist so in den Händen der

Bourgeoisie konzentriert; jeder Sieg, der so errungen wird, ist ein Sieg der Bourgeoisie.

Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus.

Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. **Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.** Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder

Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf. Und die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande.

Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. So die Zehnstundenbill in England.

Die Kollisionen der alten Gesellschaft überhaupt fördern mannigfach den Entwicklungsgang des Proletariats. Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen. Sie selbst führt also dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente, d. h. Waffen gegen sich selbst, zu.

Es werden ferner, wie wir sahen, durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandteile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Masse Bildungselemente zu.

In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.

Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigentstes Produkt.⁴

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. **Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.**

Das Lumpenproletariat, diese passive Verkaufung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwil-

liger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.

Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats. Der Proletarier ist eigentumslos; sein Verhältnis zu Weib und Kindern hat nichts mehr gemein mit dem bürgerlichen Familienverhältnis; die moderne industrielle Arbeit, die moderne Unterjochung unter das Kapital, dieselbe in England wie in Frankreich, in Amerika wie in Deutschland, hat ihm allen nationalen Charakter abgestreift. Die Gesetze, die Moral, die Religion sind für ihn ebenso viele bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebenso viele bürgerliche Interessen verstecken.

Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen. **Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören.**

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.

Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.

Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.

Alle bisherige Gesellschaft beruhte, wie wir gesehen haben, auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihr Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet, wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie

unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h., ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.

Die wesentlichste⁵ Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisie ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. **Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.**

II. Proletarier und Kommunisten

In welchem Verhältnis stehn die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt?

Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien.

Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

Sie stellen keine sektiererischen⁶ Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der verschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.

Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die Abschaffung bisheriger Eigentumsverhältnisse ist nichts den Kommunismus eigentümlich Bezeichnendes.

Alle Eigentumsverhältnisse waren einem beständigen geschichtlichen Wechsel, einer beständigen geschichtlichen Veränderung unterworfen.

Die französische Revolution z. B. schaffte das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen ab.

Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.

Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der Mehrheit⁷ durch die Minderheit⁸ beruht.

In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.

Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde.

Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.

Oder sprecht ihr vom modernen bürgerlichen Privateigentum?

Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariats ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d. h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit. Betrachten wir die beiden Seiten dieses Gegensatzes.

Kapitalist sein, heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden.

Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht.

Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Es verliert seinen Klassencharakter.

Kommen wir zur Lohnarbeit.

Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. **Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrigläßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung auf-**

heben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäuften Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäuften Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.

In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist.

Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeoisie-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit.

Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf.

Fällt aber der Schacher, so fällt auch der freie Schacher. Die Redensarten vom freien Schacher, wie alle übrigen Freiheitsbravaden unserer Bourgeoisie, haben überhaupt nur einen Sinn gegenüber dem gebundenen Schacher gegenüber dem geknechteten Bürger des Mittelalters, nicht aber gegenüber der kommunistischen Aufhebung des Schachers, der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und der Bourgeoisie selbst.

Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Wort vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d. h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt ihr, die Person sei aufgehoben.

Ihr gesteht also, daß ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden.

Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.

Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen.

Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, daß es keine

Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt.

Alle Einwürfe, die gegen die kommunistische Aneignungs- und Produktionsweise der materiellen Produkte gerichtet werden, sind ebenso, auf die Aneignung und Produktion der geistigen Produkte ausgedehnt worden. Wie für den Bourgeois das Aufhören des Klasseneigentums das Aufhören der Produktion selbst ist, so ist für ihn das Aufhören der Klassenbildung identisch mit dem Aufhören der Bildung überhaupt.

Die Bildung, deren Verlust er bedauert, ist für die enorme Mehrzahl die Heranbildung zur Maschine.

Aber streitet nicht mit uns, indem ihr an euren bürgerlichen Vorstellungen von Freiheit, Bildung, Recht usw. die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums meßt. Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse.

Die interessierte Vorstellung, worin ihr eure Produktions- und Eigentumsverhältnisse aus geschichtlichen, in dem Lauf der Produktion vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftgesetze verwandelt, teilt ihr mit allen untergegangenen herrschenden Klassen. Was ihr für das antike Eigentum begreift, was ihr für das feudale Eigentum begreift, dürft ihr nicht mehr begreifen für das bürgerliche Eigentum.

Aufhebung der Familie! Selbst die Radikalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Kommunisten.

Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution. Die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg mit dem Wegfallen dieser ihrer Ergänzung, und beide verschwinden mit dem Verschwinden des Kapitals.

Werft ihr uns vor, daß wir die Ausbeutung der Kinder durch ihre Eltern aufheben wollen? Wir gestehen dieses Verbrechen ein.

Aber, sagt ihr, wir heben die trauesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen.

Und ist nicht auch eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer ihr erzieht, durch die direktere oder indirektere Einmischung der Gesellschaft, vermittelt der Schule usw.? **Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.**

Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbände für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden.

Aber ihr Kommunisten wollt die Weibergemeinschaft einführen, schreit uns die ganze Bourgeoisie im Chor entgegen.

Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument. Er hört, daß die Produktionsinstrumente gemeinschaftlich ausgebeutet werden sollen, und kann sich natürlich nichts anderes denken, als daß das Los der Gemeinschaftlichkeit die Weiber gleichfalls treffen wird.

Er ahnt nicht, daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente aufzuheben.

Übrigens ist nichts lächerlicher als das hochmoralische Entsetzen unsrer Bourgeois über die angebliche offizielle Weibergemeinschaft der Kommunisten. Die Kommunisten brauchen die Weibergemeinschaft nicht einzuführen, sie hat fast immer existiert.

Unsre Bourgeois, nicht zufrieden damit, daß ihnen die Weiber und Töchter ihrer Proletarier zur Verfügung stehen, von der offiziellen Prostitution gar nicht zu sprechen, finden ein Hauptvergnügen darin, ihre Ehefrauen wechselseitig zu verführen.

Die bürgerliche Ehe ist in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Ehefrauen. Man könnte höchstens den Kommunisten vorwerfen, daß sie an Stelle einer heuchlerisch versteckten eine offizielle, offenerherzige Weibergemeinschaft einführen wollten. Es versteht sich übrigens von selbst, daß mit Aufhebung der jetzigen Produktionsverhältnisse auch die aus ihnen hervorgehende Weibergemeinschaft, d. h. die offizielle und nichtoffizielle Prostitution, verschwindet.

Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen.

Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur führenden Klasse der Nation⁹ erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.

Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.

Die Anklagen gegen den Kommunismus, die von religiösen, philosophischen und ideologischen Gesichtspunkten überhaupt erhoben werden, verdienen keine ausführlichere Erörterung.

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte auch ihr Bewußtsein sich ändert?

Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als daß die geistige Produktion sich mit der mate-

riellen umgestaltet? **Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.**

Man spricht von Ideen, welche eine ganze Gesellschaft revolutionieren; man spricht damit nur die Tatsache aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben, daß mit der Auflösung der alten Lebensverhältnisse die Auflösung der alten Ideen gleichen Schritt hält.

Als die alte Welt im Untergehen begriffen war, wurden die alten Religionen von der christlichen Religion besiegt. Als die christlichen Ideen im 18. Jahrhundert den Aufklärungsideen unterlagen, rang die feudale Gesellschaft ihren Todeskampf mit der damals revolutionären Bourgeoisie. Die Ideen der Gewissens- und Religionsfreiheit sprachen nur die Herrschaft der freien Konkurrenz auf dem Gebiete des Wissens aus.

„Aber“, wird man sagen, „religiöse, moralische, philosophische, politische, rechtliche Ideen usw. modifizierten sich allerdings im Lauf der geschichtlichen Entwicklung. Die Religion, die Moral, die Philosophie, die Politik, das Recht erhielten sich stets in diesem Wechsel.“

Es gibt zudem ewige Wahrheiten, wie Freiheit, Gerechtigkeit usw., die allen gesellschaftlichen Zuständen gemeinsam sind. Der Kommunismus aber schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten, er widerspricht also allen bisherigen geschichtlichen Entwicklungen.

Worauf reduziert sich diese Anklage? Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassengegensätzen, die in den verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren.

Welche Form sie aber auch immer angenommen, die Ausbeutung des einen Teils der Gesellschaft durch den andern ist eine allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Tatsache. Kein Wunder daher, daß das gesellschaftliche Bewußtsein aller Jahrhunderte, aller Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz, in gewissen gemeinsamen Formen sich bewegt, in Bewußtseinsformen, die nur mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich vollständig auflösen.

Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird. Doch lassen wir die Einwürfe der Bourgeoisie gegen den Kommunismus. Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.¹⁰

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur

Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich, sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

III. Sozialistische und kommunistische Literatur

1. Der reaktionäre Sozialismus

a) Der feudale Sozialismus

Die französische und englische Aristokratie war ihrer geschichtlichen Stellung nach dazu berufen, Pamphlete gegen die moderne bürgerliche Gesellschaft zu schreiben. In der französischen Julirevolution von 1830, in der englischen Reformbewegung war sie noch einmal dem verhaßten Emporkömmling erlegen. Von einem ernststen politischen Kampfe konnte nicht mehr die Rede sein.

Nur der literarische Kampf blieb ihr übrig. Aber auch auf dem Gebiete der Literatur waren die alten Redensarten der Restaurationszeit¹¹ unmöglich geworden. Um Sympathie zu erregen, mußte die Aristokratie scheinbar ihre Interessen aus dem Auge verlieren und nur im Interesse der exploitierten Arbeiterklasse ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie formulieren. Sie bereitete so die Genußnahme vor, Schmählieder auf ihren neuen Herrscher singen und mehr oder minder unheilswahrende Prophezeiungen ihm ins Ohr raunen zu dürfen.

Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückhall der Vergangenheit, halb Dräuen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie ins Herz treffend durch bittres, geistreich zerreißendes Urteil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen.

Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. Sooft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter.

Ein Teil der französischen Legitimisten und das junge England gaben dies Schauspiel zum besten.

Wenn die Feudalen beweisen, daß ihre Weise der Ausbeutung anders gestaltet war als die bürgerliche Ausbeutung, so vergessen sie nur, daß sie unter gänzlich verschiedenen und jetzt überlebten Umständen und Bedingungen ausbeuteten. Wenn sie nachweisen, daß unter ihrer Herrschaft nicht das moderne Proletariat existiert hat, so vergessen sie nur, daß eben die moderne Bourgeoisie ein notwendiger Sprößling ihrer Gesellschaftsordnung war.

Übrigens verheimlichen sie den reaktionären Charakter ihrer Kritik so wenig, daß ihre Hauptanklage gegen die Bourgeoisie eben darin besteht, unter ihrem Regime entwickle sich eine Klasse, welche die ganze alte Gesellschaftsordnung in die Luft sprengen werde.

Sie werfen der Bourgeoisie mehr noch vor, daß sie ein revolutionäres Proletariat, als daß sie überhaupt ein Proletariat erzeugt.

In der politischen Praxis nehmen sie daher an allen Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterklasse teil, und im gewöhnlichen Leben bequemen sie sich, allen ihren aufgeblähten Redensarten zum Trotz die goldenen Äpfel aufzulesen und Treue, Liebe, Ehre mit dem Schacher in Schafswolle, Runkelrüben und Schnaps zu vertauschen.¹²

Wie der Pfaffe immer Hand in Hand ging mit dem Feudalen, so der pfäffische Sozialismus mit dem feudalistischen.

Nichts leichter, als dem christlichen Asketismus einen sozialistischen Anstrich zu geben. Hat das Christentum nicht auch gegen das Privateigentum, gegen die Ehe, gegen den Staat geeifert? Hat es nicht die Wohltätigkeit und den Bettel, das Zölibat und die Fleischesertötung, das Zellenleben und die Kirche an ihrer Stelle gepredigt? Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.

b) Kleinbürgerlicher Sozialismus

Die feudale Aristokratie ist nicht die einzige Klasse, welche durch die Bourgeoisie gestürzt wurde, deren Lebensbedingungen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verkümmerten und

abstarben. Das mittelalterliche Pfahlbürgertum und der kleine Bauernstand waren die Vorläufer der modernen Bourgeoisie. In den weniger industriell und kommerziell entwickelten Ländern vegetiert diese Klasse noch fort neben der aufkommenden Bourgeoisie.

In den Ländern, wo sich die moderne Zivilisation entwickelt hat, hat sich eine neue Kleinbürgerschaft gebildet, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt und als ergänzender Teil der bürgerlichen Gesellschaft stets von neuem sich bildet, deren Mitglieder aber beständig durch die Konkurrenz ins Proletariat hinabgeschleudert werden, ja selbst mit der Entwicklung der großen Industrie einen Zeitpunkt herannahen sehen, wo sie als selbständiger Teil der modernen Gesellschaft gänzlich verschwinden und im Handel, in der Manufaktur, in der Agrikultur durch Arbeitsaufseher und Domestiken ersetzt werden.

In Ländern wie in Frankreich, wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, daß Schriftsteller, die für das Proletariat gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihre Kritik des Bourgeoisregimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgertums ergriffen. Es bildete sich so der kleinbürgerliche Sozialismus. Sismondi ist das Haupt dieser Literatur nicht nur für Frankreich, sondern auch für England.

Dieser Sozialismus zergliederte höchst scharfsinnig die Widersprüche in den modernen Produktionsverhältnissen. Er enthüllte die gleisnerischen Beschönigungen der Ökonomen. Er wies unwiderleglich die zerstörenden Wirkungen der Maschinerie und der Teilung der Arbeit nach, die Konzentration der Kapitalien und des Grundbesitzes, die Überproduktion, die Krisen, den notwendigen Untergang der kleinen Bürger und Bauern, das Elend des Proletariats, die Anarchie in der Produktion, die schreienden Mißverhältnisse in der Verteilung des Reichtums, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen untereinander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten.

Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopisch zugleich.

Zunftwesen in der Manufaktur und patriarchalische Wirtschaft auf dem Lande, das sind seine letzten Worte.

In ihrer weiteren Entwicklung hat sich diese Richtung in einen feigen Katzenjammer verlaufen.

c) Der deutsche oder der „wahre“ Sozialismus

Die sozialistische und kommunistische Literatur Frankreichs, die unter dem Druck einer herrschenden Bourgeoisie entstand und der literarische Ausdruck des Kampfs gegen diese Herrschaft ist, wurde nach Deutschland eingeführt zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie soeben ihren Kampf gegen den feudalen Absolutismus begann.

Deutsche Philosophen, Halbphilosophen und Schöngelster bemächtigten sich gierig dieser Literatur und vergaßen nur, daß bei der Einwanderung jener Schriften aus Frankreich die französischen Lebensverhältnisse nicht gleichzeitig nach Deutschland eingewandert waren. Den deutschen Verhältnissen gegenüber verlor die französische Literatur alle unmittelbar praktische Bedeutung und nahm ein rein literarisches Aussehen an. Als müßige Spekulation über die Verwirklichung des menschlichen Wesens mußte sie erscheinen. So hatten für die deutschen Philosophen des 18. Jahrhunderts die Forderungen der ersten französischen Revolution nur den Sinn, Forderungen der „praktischen Vernunft“ im allgemeinen zu sein, und die Willensäußerungen der revolutionären französischen Bourgeoisie bedeuteten in ihren Augen die Gesetze des reinen Willens, des Willens, wie er sein muß, des wahrhaft menschlichen Willens.

Die ausschließliche Arbeit der deutschen Literaten bestand darin, die neuen französischen Ideen mit ihrem alten philosophischen Gewissen in Einklang zu setzen oder vielmehr von ihrem philosophischen Standpunkt aus die französischen Ideen sich anzueignen.

Diese Aneignung geschah in derselben Weise, wodurch man sich überhaupt eine fremde Sprache aneignet, durch die Übersetzung.

Es ist bekannt, wie die Mönche Manuskripte, worauf die klassischen Werke der alten Heidenzeit verzeichnet waren, mit abgeschmackten katholischen Heiligengeschichten überschrieben. Die deutschen Literaten gingen umgekehrt mit der profanen französischen Literatur um. Sie schrieben ihren philosophischen Unsinn hinter das französische Original. Z. B. hinter die französische Kritik der Geldverhältnisse schrieben sie „Entäußerung des menschlichen Wesens“, hinter die französische Kritik des Bourgeoisstaates schrieben sie „Aufhebung der Herrschaft des abstrakt Allgemeinen“ usw.

Die Unterschiebung dieser philosophischen Redensarten unter die französischen Entwicklungen taufte sie „Philosophie der Tat“, „wahrer Sozialismus“, „deutsche Wissenschaft des Sozialismus“, „philosophische Begründung des Sozialismus“ usw. Die französische sozialistisch-kommunistische Literatur wurde so förmlich entmannt. Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andere auszudrücken, so war der Deutsche sich bewußt, die „französische Einseitigkeit“ überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit und statt der Interessen des Proletariats die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt vertreten zu haben, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört.

Dieser deutsche Sozialismus, der seine unbeholfenen Schulübungen so ernst und feierlich nahm und so marktschreierisch ausposaunte, verlor indes nach und nach seine pedantische Unschuld.

Der Kampf der deutschen, namentlich der preußischen Bourgeoisie gegen die Feudalen und das absolute Königtum, mit einem Wort, die liberale Bewegung wurde ernsthafter.

Dem „wahren“ Sozialismus war so erwünschte Gelegenheit geboten, der politischen Bewegung die sozialistischen Forderungen gegenüberzustellen, die überlieferten Anatheme gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativstaat, gegen die

bürgerliche Konkurrenz, bürgerliche Preßfreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit zu schleudern und der Volksmasse vorzupredigen, wie sie bei dieser bürgerlichen Bewegung nichts zu gewinnen, vielmehr *alles* zu verlieren habe. Der deutsche Sozialismus vergaß rechtzeitig, daß die französische Kritik, deren geistloses Echo er war, die moderne bürgerliche Gesellschaft mit den entsprechenden materiellen Lebensbedingungen und der angemessenen politischen Konstitution vorausgesetzt, lauter Voraussetzungen, um deren Er kämpfung es sich erst in Deutschland handelte.

Er diene den deutschen absoluten Regierungen mit ihrem Gefolge von Pfaffen, Schulmeistern, Krautjunkern und Bürokraten als erwünschte Vogelscheuche gegen die drohend aufstrebende Bourgeoisie.

Er bildete die süßliche Ergänzung zu den bittern Peitschenhieben und Flintenkugeln, womit dieselben Regierungen die deutschen Arbeiteraufstände bearbeiteten.

Ward der „wahre“ Sozialismus dergestalt eine Waffe in der Hand der Regierungen gegen die deutsche Bourgeoisie, so vertrat er auch unmittelbar ein reaktionäres Interesse, das Interesse der deutschen Pfahlbürgerschaft. In Deutschland bildet das vom 16. Jahrhundert her überlieferte und seit der Zeit in verschiedener Form hier immer neu wieder auftauchende Kleinbürgertum die eigentliche gesellschaftliche Grundlage der bestehenden Zustände.

Seine Erhaltung ist die Erhaltung der bestehenden deutschen Zustände. Von der industriellen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie fürchtet es den sichern Untergang, einerseits infolge der Konzentration des Kapitals, andererseits durch das Aufkommen eines revolutionären Proletariats. Der „wahre“ Sozialismus schien ihm beide Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er verbreitete sich wie eine Epidemie.

Das Gewand, gewirkt aus spekulativem Spinnweb, überstickt mit schöngeistigen Redebäumen, durchtränkt von liebesschwülem Gemütsstau, dies überschwengliche Gewand, worin die deutschen Sozialisten ihre paar knöchernen „ewigen Wahrheiten“ einhüllten, vermehrte nur den Absatz ihrer Ware bei diesem Publikum.

Seinerseits erkannte der deutsche Sozialismus immer mehr seinen Beruf, der hochtrabende Vertreter dieser Pfahlbürgerschaft zu sein.

Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht desselben einen verborgenen, höheren, sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegenteil bedeutete. Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die „rohdestruktive“ Richtung des Kommunismus auftrat und seine unparteiische Erhabenheit über alle Klassenkämpfe verkündete. Mit sehr wenigen Ausnahmen gehört alles, was in Deutschland von angeblich sozialistischen und kommunistischen Schriften zirkuliert, in den Bereich dieser schmutzigen, entnervenden Literatur.¹³

2. Der konservative oder Bourgeoissozialismus

Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den *sozialen Mißständen* abzuhelpen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.

Es gehören hierher: Ökonomen, Philanthropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohltätigkeitsorganisierer, Abschaffer der Tierquälerei, Mäßigkeitsvereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigsten Art. Und auch zu ganzen Systemen ist dieser Bourgeoissozialismus ausgearbeitet worden.

Als Beispiel führen wir Proudhons „Philosophie de la misère“ an.

Die sozialistischen Bourgeois wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren. Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und sie auflösenden Elemente. **Sie wollen die Bourgeoisie ohne das Proletariat. Die Bourgeoisie stellt sich die Welt, worin sie herrscht, natürlich als die beste Welt vor.** Der Bourgeoissozialismus arbeitet diese tröstliche Vorstellung zu einem halben oder ganzen System aus. Wenn er das Proletariat auffordert, seine Systeme zu verwirklichen, und in das neue Jerusalem einzugehen, so verlangt er im Grunde nur, daß es in der jetzigen Gesellschaft stehenbleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife.

Eine zweite, weniger systematische nur mehr praktische Form dieses Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. **Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.**

Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoissozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird.

Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse: das ist das letzte, das einzige ernstgemeinte Wort des Bourgeoissozialismus.

Der Sozialismus der Bourgeoisie besteht eben in der Behauptung, daß die Bourgeois Bourgeois sind – im Interesse der arbeitenden Klasse.

3. Der kritisch-utopische Sozialismus und Kommunismus

Wir reden hier nicht von der Literatur, die in allen großen modernen Revolutionen die Forderungen des Proletariats aussprach. (Schriften Babeufs usw.)

Die ersten Versuche des Proletariats, in einer Zeit allgemeiner Aufregung, in der Periode des Umsturzes der feudalen Gesellschaft direkt sein eigenes Klasseninteresse durchzusetzen, scheiterten notwendig an der unentwickelten Gestalt des Proletariats selbst wie an dem Mangel der materiellen Bedingungen seiner Befreiung, die eben erst das Produkt der bürgerlichen Epoche sind. Die

revolutionäre Literatur, welche diese ersten Bewegungen des Proletariats begleitete, ist dem Inhalt nach notwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und eine rohe Gleichmacherei.

Die eigentlich sozialistischen und kommunistischen Systeme, die Systeme St. Simons, Fouriers, Owens usw. tauchen auf in der ersten, unentwickelten Periode des Kampfs zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die wir oben dargestellt haben. (Siehe Bourgeoisie und Proletariat.)

Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung.

Da die Entwicklung des Klassengegensatzes gleichen Schritt hält mit der Entwicklung der Industrie, finden sie ebensowenig die materiellen Bedingungen zur Befreiung des Proletariats vor und suchen nach einer sozialen Wissenschaft, nach sozialen Gesetzen, um diese Bedingungen zu schaffen.

An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit muß ihre persönlich erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne.

Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidendsten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidendsten Klasse existiert das Proletariat für sie.

Die unentwickelte Form des Klassenkampfes wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassengegensatz erhaben zu sein glauben. Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsglieder, auch der bestgestellten, verbessern. **Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse.** Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen.

Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen.

Die phantastische Schilderung der zukünftigen Gesellschaft entspringt in einer Zeit, wo das Proletariat noch höchst unentwickelt ist, also selbst noch phantastisch seine eigene Stellung auffaßt, seinem ersten ahnungsvollen Drängen nach einer allgemeinen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die sozialistischen und kommunistischen Schriften bestehen aber auch aus kritischen Elementen. Sie greifen alle Grundlagen der bestehenden Gesellschaft an. Sie haben daher höchst wertvolles Material zur Aufklärung der Arbeiter geliefert. Ihre positiven Sätze über die zukünftige Gesellschaft, z. B. Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, der Familie, des Pri-

vaterwerbs, der Lohnarbeit, die Verkündung der gesellschaftlichen Harmonie, die Verwandlung des Staats in eine bloße Verwaltung der Produktion – alle diese ihre Sätze drücken bloß das Wegfallen des Klassengegensatzes aus, der eben erst sich zu entwickeln beginnt, den sie nur noch in seiner ersten gestaltlosen Unbestimmtheit kennen. Diese Sätze selbst haben daher noch einen rein utopistischen Sinn.

Die Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten. Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf

wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln. Sie träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstère, Gründung von Home-Kolonien, Errichtung eines kleinen Ikariens¹⁴ – Duodeztausgabe des neuen Jerusalems –, und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philanthropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren. Allmählich fallen sie in die Kategorie der oben geschilderten reaktionären oder konservativen Sozialisten und unterscheiden sich nur noch von ihnen durch mehr systematische Pedanterie, durch den fanatischen Aberglauben an die Wunderwirkungen ihrer sozialen Wissenschaft.

Sie treten daher mit Erbitterung aller politischen Bewegung der Arbeiter entgegen, die nur aus blindem Unglauben an das neue Evangelium hervorgehen konnte.

Die Owenisten in England, die Fourieristen in Frankreich reagieren dort gegen die Chartisten, hier gegen die Reformisten.

IV. Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien

Nach Abschnitt II versteht sich das Verhältnis der Kommunisten zu den bereits konstituierten Arbeiterparteien von selbst, also ihr Verhältnis zu den Chartisten in England und den agrarischen Reformern in Nordamerika.

Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei¹⁵ an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Überlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.

In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demo-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Anmerkungen

Es wurde der von Engels 1890 überarbeitete Text der deutschen Ausgabe verwendet, wenn nicht anders vermerkt. In Anmerkung 5 wurde der Text von 1883 beibehalten, in Anmerkung 6 und 9 die Formulierungen der englischen Ausgabe von 1888.

¹ Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen. Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

² Das heißt, genau gesprochen, die schriftlich überlieferte Geschichte. 1847 war die Vorgeschichte der Gesellschaft, die gesellschaftliche Organisation, die aller niedergeschriebenen Geschichte vorausging, noch so gut wie unbekannt. Seitdem hat Haxthausen das Gemeineigentum am Boden in Rußland entdeckt, Maurer hat es nachgewiesen als die gesellschaftliche Grundlage, wovon alle deutschen Stämme geschichtlich ausgingen, und allmählich fand man, daß Dorfgemeinden mit gemeinsamem Bodenbesitz die Urform der Gesellschaft waren von Indien bis Irland. Schließlich wurde die innere Organisation dieser urwüchsigen kommunistischen Gesellschaft in ihrer typischen Form bloßgelegt durch Morgans krönende Entdeckung der wahren Natur der Gens und ihrer Stellung im Stamm. Mit der Auflösung dieser ursprünglichen Gemeinwesen beginnt die Spaltung der Gesellschaft in besondere und schließlich einander entgegengesetzte Klassen. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888 und zur deutschen Ausgabe von 1890.] Ich habe versucht, diesen Auflösungsprozeß in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ zu verfolgen; zweite Auflage, Stuttgart 1886. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

³ „Kommune“ nannten sich die in Frankreich entstehenden Städte, sogar bevor sie ihren feudalen Herrn und Meistern lokale Selbstverwaltung und politische Rechte als „Dritter Stand“ abzurufen vermochten. Allgemein gesprochen haben wir hier als typisches Land für die ökonomische Entwicklung der Bourgeoisie England, für ihre politische Entwicklung Frankreich angeführt. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

So nannten die Städtebürger Italiens und Frankreichs ihr städtisches Gemeinwesen, nachdem sie die ersten Selbstverwaltungsrechte ihren Feudalherren abgekauft

oder abgezwungen hatten. [Anmerkung von Engels zur deutschen Ausgabe von 1890.]

⁴ Marx schrieb in der „Kritik des Gothaer Programms“: „Im ‚Kommunistischen Manifest‘ heißt es: »Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt.«

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt – als Trägerin der großen Industrie – gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse.

Andrerseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die ‚Mittelstände ... revolutionär (werden) ... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat‘.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, „zusammen mit der Bourgeoisie“ und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und Bauern zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?“

(K. Marx: „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx Engels Werke, Band 19, S. 22-23)

⁵ In der Ausgabe von 1890: „wesentliche“

⁶ In der Ausgabe von 1890: „besonderen“

⁷ In der Ausgabe von 1890: „einen“

⁸ In der Ausgabe von 1890: „ändern“

⁹ In der Ausgabe von 1890: „nationalen Klasse“

¹⁰ Marx schrieb in der „Kritik des Gothaer Programms“:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

(K. Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx Engels Werke, Band 19, S. 28)

¹¹ Gemeint ist nicht die englische Restaurationszeit 1660–1689, sondern die französische Restaurationszeit 1814–1830. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

¹² Dies bezieht sich hauptsächlich auf Deutschland, wo der Landadel und das Junkertum einen großen Teil ihrer Güter auf eigene Rechnung durch ihre Verwalter bewirtschaften lassen und daneben noch Großproduzenten von Rübenzucker und Kartoffelschnaps sind. Die reicheren englischen Aristokraten sind noch nicht soweit heruntergekommen; aber auch sie wissen, wie man das Sinken der Rente wettmachen kann durch die Hergabe ihres Namens an mehr oder weniger zweifelhafte Gründer von Aktiengesellschaften. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

¹³ Der Revolutionssturm von 1848 hat diese gesamte schäbige Richtung weggefegt und ihren Trägern die Lust genommen, noch weiter in Sozialismus zu machen. Hauptvertreter und klassischer Typus dieser Richtung ist Herr Karl Grün. [Anmerkung von Engels zur deutschen Ausgabe von 1890.]

¹⁴ Phalanstère war die Bezeichnung für die von Charles Fourier geplanten sozialistischen Kolonien; Ikarien nannte Cabet seine Utopie und später seine kommunistische Kolonie in Amerika. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

Home-Kolonien (Kolonien im Inland) nennt Owen seine kommunistischen Mustergesellschaften. Phalanstère war der Name der von Fourier geplanten gesellschaftlichen Paläste. Ikarien hieß das utopische Phantasieland, dessen kommunistische Einrichtungen Cabet schilderte. [Anmerkung von Engels zur deutschen Ausgabe von 1890.]

¹⁵ Die Partei, die damals im Parlament von Ledru-Rollin, in der Literatur von Louis Blanc und in der Tagespresse von der „Réforme“ vertreten wurde. Der Name „Sozialdemokratie“ bedeutete bei diesen ihren Erfindern einen Sektor der demokratischen oder republikanischen Partei mit mehr oder weniger sozialistischer Färbung. [Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe von 1888.]

Die damals sich sozialistisch-demokratisch nennende Partei in Frankreich war die durch Ledru-Rollin politisch und durch Louis Blanc literarisch vertretene; sie war also himmelweit verschieden von der heutigen deutschen Sozialdemokratie. [Anmerkung von Engels zur deutschen Ausgabe von 1890.]

Zur Aktualität des „Manifests der Kommunistischen Partei“

Was wollen die Kommunisten? Marx und Engels schrieben zur Antwort auf diese Frage 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei“ – und wer es heute ernsthaft liest und studiert, wird verstehen, wie hochaktuell (trotz diesen oder jenen geschichtlich erledigten Details) die Grundschrift des wissenschaftlichen Kommunismus ist.

Aktueller denn je ist gerade im imperialistischen Deutschland die Forderung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, da die Kapitalistenklasse aller Länder die Arbeiterklasse einzelner Länder gegeneinander auszuspielen trachtet und chauvinistisch aufhetzt, um ihre Klassenherrschaft zu sichern.

Aktueller denn je ist aber gerade auch die Forderung nach „despotischen Eingriffen“ der siegreichen Arbeiterklasse in das Eigentumsrecht als Kernpunkt wirklicher sozialistischer Demokratie.

Das ganze Gerede von parlamentarischer Demokratie heute wird so von Marx und Engels entlarvt. Es gibt eine zentrale Frage, über die in der bürgerlichen Demokratie nicht abgestimmt werden darf und kann. Die Frage der Verwendung der Mittel der Banken, der Industriekonzerne. Wer bestimmt, was hier geschieht? Wer bestimmt, wem sie gehören, wer darf darüber abstimmen? Es geht um die Frage des Eigentums an zentralen Produktionsmitteln.

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Berlin: M99, Manteufelstr. 99; **Bonn:** Antiquariat, Breite Str. 52; **Braunschweig:** Antifaschistisches Cafe, Cyriakusring 55; **Frankfurt/M.:** Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; **Hannover:** Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; **Karlsruhe:** Der ander Buchladen, Marienstr. 15; **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

So wie in der UNO nicht über die Verteilung des Geldes auf die Hungernden, die Armen und Ausgebeuteten, ja gar die Abschaffung der Ausbeutung „abgestimmt“ werden kann, so kann in einem bürgerlichen Parlament wie in der BRD nicht wirklich die ganze ökonomische Macht der herrschenden Klasse durch vorbehaltlose **Enteignung** gebrochen werden. Da sei die Bundeswehr davor! Das Eigentum ist heilig, keine herrschende Klasse tritt freiwillig ab.

Die sozialistische Demokratie zielt, das sei als erstes festgehalten, vor allem darauf ab, dass die **Eigentumsfrage an Produktionsmitteln** geklärt wurde: Banken, Industrie, Grund und Boden werden als zentrale Maßnahme der sozialistischen Demokratie, also als Maßnahme der Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Masse der ausgebeuteten Werktätigen enteignet und in die Hände des sozialistischen und demokratischen Staates, somit in die Hände der Masse der ehemals ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter, der Masse der Werktätigen gelegt.

Wer meint, daß diese **Durchsetzung** sozialistischer Demokratie von den Ausbeuterklassen einfach hingenommen wird, lügt entweder bewußt, hat aus der Geschichte nichts gelernt und wird so oder so eines besseren belehrt werden: Die sozialistische Demokratie ist immer als erstes ein „despotischer Eingriff“ in die Eigentumsverhältnisse, sie wird daher logischerweise von den Ausbeutern und ihren Helfern als „Diktatur“ und Freiheitsentzug beschimpft – ... so wie die Sklavenhalter die Zerschlagung der Sklaverei als Aufhebung ihrer Freiheit Sklaven zu besitzen und mit ihnen zu handeln begriffen haben.

Angesichts dieser eigentlich lächerlichen Beschimpfung der sozialistischen Demokratie als despotischer und diktatorischer „Freiheitsentzug“ stellten Marx und Engels und alle Kommunisten wiederholt klar: Ja, in Hinblick auf die Ausbeuterklassen und ihre Repressionsorgane sind wir despotisch, wird die Arbeiterklasse diktatorisch vorgehen. Der alte Staatsapparat muß zerschlagen werden.

Die Pointe ist eben, das dieses diktatorische Vorgehen gegen eine ausbeuterische und antidemokratische Minderheit in einem Land von der großen Mehrheit der Menschen unter Führung der

Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Land demokratisch-sozialistisch organisiert getragen wird, wenn es sich wirklich um diktatorische Maßnahmen, um gewaltsame Maßnahmen und um Zwangsmaßnahmen einer sozialistischen Demokratie handelt. Die sozialistische Demokratie handelt diktatorisch gegen die Ausbeuterklassen und die Feinde der sozialistischen Demokratie, aber handelt niemals diktatorisch gegen die Mehrheit der Massen der Werktätigen. Dieser Gesichtspunkt ist historisch wesentlich angesichts der polizeistaatlichen Karikaturen auf den wirklichen Sozialismus (seit der Mitte der fünfziger Jahren in der Sowjetunion, der DDR und anderen osteuropäischen Staaten usw.), auf eine wirkliche sozialistische Demokratie und eine wirkliche Diktatur des Proletariats.

Alles kommt dann eben darauf an, daß die lebendige, selbstkritische, disziplinierte und demokratische Organisation der Arbeiterklasse und ihres sozialistischen Staates bei der Ausübung der harten Diktatur des Proletariats gegen die Klassenfeinde erhalten bleibt und ausgebaut wird, daß immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter direkt die eigene proletarische Staatsmacht in der Hand haben, alles wissen, um einen wirklichen sozialistisch-demokratischen Staat der Arbeiterklasse gegen Gefahren des Bürokratismus und polizeistaatliche Willkür zu erkämpfen, zu erhalten und auszubauen – auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft, auf dem Weg zum Kommunismus in der ganzen Welt, einem Kommunismus, in dem kein Staat als Instrument der Unterdrücker mehr nötig sein wird.



Anzeige

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

(Fortsetzung von Seite 9)

kratischen Sozialisten im französischen Sinn, teils aus radikalen Bourgeois.

Unter den Polen unterstützten die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.

In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit,

nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.

Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschrittenen Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im siebenzehnten und Frankreich im achtzehnten Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder ent-

wickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

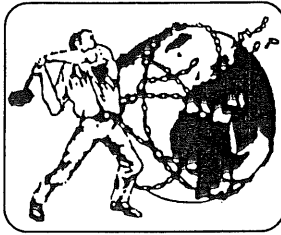
Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalt-samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!



GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/06

Februar 2006

AEG, Häfen, Gate Gourmet:

Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter bei AEG Nürnberg streiken, die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Gate Gourmet Düsseldorf streiken, die Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Hafenbetrieben Europas streiken und kämpfen. Und auch in anderen Bereichen wird immer deutlicher, dass ohne Streiks, ohne Kampf die Ausbeutung dramatisch verschärft werden wird. Jeder einzelne Kampf, jeder einzelne Streik muss bekannt gemacht werden, unterstützt werden, analysiert werden, um aus den eigenen Kämpfen für die weiteren Kämpfe maximal lernen zu können. Denn es gilt drei Feinde zu besiegen: Die Kapitalisten, die Gewerkschaftsbürokraten und unsere eigenen Fehler.

Wir bleiben hier! Dafür kämpfen wir! Die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen gegen die Schließung von AEG in Nürnberg

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatte der Elektrolux-Konzern angekündigt, ca. 30 Werke in Westeuropa und den USA zu schließen. Die Produktion soll nach Asien, Mexiko und Osteuropa verlagert werden. Elektrolux lässt die Marken AEG, Juno, Privileg, Frigidaire und Zanussi produzieren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Mexiko, Osteuropa und Asien sind gezwungen, zu weit geringeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Dadurch steigen die Profite von Elektrolux.

Die ersten Streiks und Aktionen beginnen im Oktober 2005

Bereits am 5.10.05 fand eine Protestkundgebung statt, die sich zu einem ersten vierundzwanzigstündigen Streik ausweitete. Die Kolleginnen und Kollegen gingen nicht zur Frühschicht, sondern versammelten sich vor dem Tor. Dieser Versammlung schloss sich dann ab 14 Uhr auch die Spätschicht an. Der Schließungsbeschluss war im Aufsichtsrat noch nicht getroffen worden, auch der angekündigte Termin 24.10.05, an dem eine Entscheidung fallen sollte, sollte nicht stattfinden. Die Kolleginnen und Kollegen befürchteten zu recht, sie sollten bis nach Weihnachten hingehalten werden, damit Elektrolux in aller Ruhe das Weihnachtsgeschäft abwickeln könne. Angeprangert wurde auch die schlechte Informationspolitik der IG Metall.

Am 21.10.05 versammelten sich die Kolleginnen und Kollegen unter der Losung „Keiner kommt rein – nichts geht raus“ ab 6 Uhr früh wieder in der Mugenhoferstraße und blockierten die Tore.

Es kam zu Auseinandersetzungen mit Streikbrechern, als sogenannte „höhere Angestellte“ provozierend, von Fernsehkameras begleitet auf das Tor zumarschierten. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich gegen die Rempelen geschlossen zur Wehr gesetzt. Der Vertreter der

IG Metall, Rudi Lutz, hatte allerdings entschieden: „Sie dürfen durch“. In seiner Rede prangerte der Vertreter des Vertrauensleiterkörpers die Rempelen und Provokationen an. Er warnte davor, dass das sogenannte Management aus den Vorfällen in Spanien nichts gelernt habe. Dort hatte sich nach der Bekanntgabe der Schließung des Werks die Belegschaft den Werksleiter vorgenommen. Er musste danach im Krankenhaus behandelt werden. Die Kolleginnen und Kollegen klatschten begeistert Beifall. Als Lutz um 9 Uhr die Kundgebung beenden wollte, kam es zu Pfiffen und Buh-Rufen aus der Belegschaft. Die Frühschicht ließ sich an diesem Tag nicht mehr dazu bewegen, zur Arbeit zu gehen.

An diesem Tag gab es außerdem Streiks und Aktionen in Rothenburg, Frankreich, Spanien, Schweden, Ungarn und in allen fünf italienischen Werken.

Verhandlungsangebote der IG Metall-Führung – Anbiederung an die Kapitalisten

Die IG Metall-Führung machte bereits im Oktober weitgehende Zugeständnisse an Elektrolux, die fast ausschließlich auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden sollten: Einsparungen in Höhe von 15 Millionen Euro, der „Beitrag“ der Kollegen und Kolleginnen sollte 12 Millionen Euro betragen. Dafür sollte der Standort bis 2010 gesichert werden.

An der Wand des Werks in der Mugenhoferstraße wurde durch eine Parole gewarnt: Betrug von IGM und Elektrolux! Entlassungen kommen nach Weihnachten!

Die IG Metall-Führung ging im Laufe der Zeit immer weiter mit ihren Zugeständnissen. Am 2.12.05 gab sie auf einer Betriebsversammlung bekannt, dass sie zur Beschäftigungssicherung nur eine garantierte Produktionszahl von 800.000 Stück gefordert hat. Dies würde

Solidarisch, aber nicht kritikallos!

Genossinnen und Genossen, die selbst in Arbeitskämpfen stehen, wissen es direkter und besser:

So froh man ist, dass nun überhaupt gekämpft wird, dass die Kolleginnen und Kollegen sich wehren; so weh tut es dann auch, wenn die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen gleichzeitig noch Betrügnern und Abwiegeln aufsitzen, ja teilweise Aspekte in den Kampf einwirken, die direkt reaktionär und klar abzulehnen sind.

Nehmen wir den aktuellen Kampf bei AEG in Nürnberg: Da wird selbst ein Herr Müntefering von einem großen Teil der streikenden, der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen noch mit seinen verlogenen Phrasen beklatscht. Man glaubt ihm und hofft auf seine Hilfe! Und selbst ein dümmliches Plakat, offensichtlich nationalistisch oder gar von Nazis beeinflusst, hängt undiskutiert am Zaun, wie Fotos zeigen: „Bauteile aus Tschechien, Rumänien und Slowakei + Endmontage in Polen + schwedisches Management + europäische Subventionen = DEUTSCHE ARBEITSLÖSIGKEIT! Danke EU!!! Danke deutsche Politik!!!“ Und das bei einer Belegschaft, die in der großen Mehrheit aus anderen Ländern stammt, also sehr wahrscheinlich nichts mit deutsch-nationalistischen Phrasen am Hut hat.

Ähnliches gibt es in jedem Arbeitskampf, auch in den großartigen Kämpfen der Hafenarbeiter, in dem sich Kolleginnen und Kollegen aus Nachbarländern in Europa gemeinsam zum Kampf zusammenschlossen haben, um gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen oder gar Vernichtung ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Auch in diesem Teilkampf um ökonomische Fragen gibt es mehr als eine Falle: So als ginge der Kampf nicht gegen den kapitalistischen Klassenfeind, sondern als drohe die Gefahr von Kollegen und Kolleginnen aus „Billiglohnländern“ außerhalb Europas, als wäre dies ein Kampf gegen andere Teile der internationalen Arbeiterklasse. Sicher wird dieser chauvinistische Dreck hie und da nicht so massiv abgelehnt, wie das in den nächsten Jahrzehnten geschehen wird, sicher wird hie und da selbst europäisch-chauvinistisch gedacht und gesprochen. Wie sollte es auch anders sein?

Doch was ergibt sich daraus? Den berechtigten Kampf der Kolleginnen und Kollegen nicht solidarisch zu unterstützen? Es liegt auf der Hand, dass diese Schlussfolgerung völlig falsch ist und es im solidarischen Mitkämpfen – und nur dort – möglich und nötig ist, all das zu kritisieren, was zu kurz greift, wo die nationalistische Propaganda noch wirkt, wo Illusionen sind usw.

☆☆☆

So sollte in der Regel die selbstverständliche Haltung von Genossinnen und Genossen sein, wobei in einzelnen Fällen die Sache sicher komplizierter wird. Nämlich dann, wenn direkt nationalistische oder gar nazistische Personen an der Spitze solcher an sich berechtigten Kämpfe stehen, sie in ihre Richtung drängen, so dass das ursprünglich berechnete Anliegen keine Rolle mehr spielt und es sich um eine nationalistische oder gar nazistische Massenbewegung handelt, die sich gegen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern richtet. Hier wird anders und mit härteren Bandagen gekämpft werden müssen. Hier ist der Bruch der Solidarität erste Pflicht.

bedeuten, dass von den insgesamt 1.700 Arbeitsplätzen ca. 800 wegrationalisiert werden.

Das Angebot der Arbeitszeitverlängerung, mit der die Elektrolux-Kapitalisten nach Plänen der IG Metall neun Millionen Euro auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen einsparen sollen, führt dazu, dass 800 Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Gleichzeitig wurde bereits für 477 Kolleginnen und Kollegen in einem Bereich eine Vereinbarung mit den Kapitalisten getroffen, die deren Arbeitsplätze nur noch bis zum 30.6.06 garantiert. Die IG Metall-Führung verkauft dies als Erfolg, da Elektrolux gefordert hatte, die 477 Arbeiter und Arbeiterinnen bereits im Dezember 2005 zu entlassen. In Wirklichkeit bedeutet es aber den Versuch der Spaltung der Belegschaft.

Die Empörung der Kolleginnen und Kollegen von AEG gegen die Kapitalisten, aber auch gegen die Verzögerungs- und Anbiederungstaktik der IG Metall wächst!

Nach der Betriebsversammlung am 2.12.06 drängten die Kolleginnen und Kollegen zum unbefristeten Streik. Ihre Befürchtung wuchs, dass sie nur hingehalten werden sollen. Im AEG-Werk in Nürnberg wurde faktisch nicht mehr gearbeitet. Da zu diesem Zeitpunkt ein Streik noch als illegal galt, weil noch keine Urabstimmung stattgefunden hat, wurden täglich Betriebs- oder Abteilungsversammlungen durchgeführt. Die Kolleginnen und Kollegen suchten gemeinsam den Betriebsrat auf, oft reichte der Platz vor dem Betriebsratsbüro nicht aus, weil so viele gekommen sind, berichtete ein Kollege.

Am 12.12.05 wurde auf einer Betriebsversammlung dann der endgültige Schließungsbeschluss bekanntgegeben: bis 2007 soll das Werk dicht sein. Die Produktion wird nach Polen und Italien verlagert. Es wurde eigens Horst Winkler, der Europachef von Elektrolux, aus Brüssel eingeflogen. Seine Worte gingen in einem Pfeifkonzert unter, und er musste die Bühne nach kurzer Zeit fluchtartig verlassen, weil die Kolleginnen und Kollegen begannen, mit Gegenständen zu werfen. Die Kolleginnen und Kollegen gingen anschließend auf die Straße und führten eine Kundgebung mit ca. 1.500 Teilnehmern durch.

Am 13.12.05 versammelten sich zu Frühschichtbeginn spontan 800 Arbeiterinnen und Arbeiter vor den Toren, um weiter gegen den Stilllegungsbeschluss zu protestieren. Die Bänder bei AEG standen faktisch still, auch in den folgenden Tagen wurde nicht gearbeitet. Jeden Tag wurde abgestimmt, ob die Arbeit wieder aufgenommen oder ob eine Informationsveranstaltung durchgeführt wird. Ansonsten wird nur sehr schleppend gearbeitet und nur sehr eingeschränkt produziert. Die Stückzahlen bewegten sich zwischen 30 und 75 % der üblichen Produktion. Der Krankenstand war extrem hoch, bis zu 20 %. (junge Welt, 17.01.06) Oft konnten schon aus diesem Grund die Bänder nicht laufen.

Noch kurz vor Weihnachten sollte bereits ein Teil der Fertigungsstraßen nach Polen verlagert werden. Als die Arbeiterinnen und Arbeiter davon erfahren, entscheiden sie, dass die Fertigungsstraße unbedingt ordentlich instandgesetzt werden muss. Sie schraubten sie ab und brachten sie in die Instandsetzung. Der streikbrechende Werksleiter muss ohne die Fertigungsstraße wieder nach Hause fahren. (taz, 19.1.06)

Durch die spontanen Streiks wuchs der Druck auf die Geschäftsleitung und auch auf die IG Metall. Die Kapitalisten hatten die Lage zeitweilig nicht im Griff und forderten die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, nach Hause zu gehen. Versprochen wurde, dass dennoch der Lohn weitergezahlt wird. Und so haben die Kapitalisten letztendlich für 14 Tage (bis zur Weihnachtspause) bezahlt, in der Hoffnung, damit die Kolleginnen und Kollegen zu befähigen.

Am 20.12.05 demonstrierten 6.000 Menschen gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die Schließung der Fabrik. Die Demonstration endete mit einer Menschen- und Lichterkette um das AEG-Werk. Es waren auch viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben nach Nürnberg gekommen, um ihre Solidarität zu demonstrieren.

Nach der Weihnachtspause gingen die Aktionen unvermindert weiter. Gleich am 4. Januar stand die Produktion wegen eines Stromausfalls für 20 Minuten still. Die Kollegen kündigten an, dass dies nicht der letzte

Stromausfall gewesen sei. Daran anschließend fanden Werkversammlungen statt.

Wir streiken für den Erhalt aller Arbeitsplätze! Nicht für hohe Abfindungen!

Endlich fand am 19.1.06 die Urabstimmung über den unbefristeten Streik statt. 96,35 % der organisierten Kolleginnen und Kollegen stimmten für den Streik. Dies war ein ungewöhnlich hohes Ergebnis.

Die Kolleginnen und Kollegen stellten immer wieder klar, dass sie nicht für einen Sozialtarifvertrag streiken, sondern für den Erhalt der Arbeitsplätze. Nach dem sogenannten „Arbeitskampfrecht“ in Deutschland darf für das Ziel „keine Schließung des Werks“ nicht gestreikt werden, weil das nach der Rechtsprechung ein politischer Streik ist. Legal ist es nur, für Tarifverträge, für sogenannte ökonomische Ziele zu streiken. Die Urabstimmung wurde deshalb für einen Streik für einen Sozialtarifvertrag durchgeführt.

Seit dem 20.1.06 befanden sich die Kolleginnen und Kollegen von AEG Nürnberg nun in einem unbefristeten Streik. Die Belegschaft setzt sich in der Mehrzahl aus Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern zusammen, in der Produktion teilweise bis zu 90 %. Die Kolleginnen und Kollegen haben das AEG-Werk dichtgemacht, rein durften ab diesem Zeitpunkt nur Mitarbeiter von anderen Firmen, die auf dem Gelände ansässig sind. Gestreikt wird rund um die Uhr, wie auch nach dem Schichtplan gearbeitet werden würde. Bei Temperaturen von bis zu minus 18 Grad harren die Kolleginnen und Kollegen vor den Toren aus. Die Stimmung und die Geschlossenheit ist sehr gut. Seit der Streik begonnen hat, sind auch die Zahlen der Krankmeldungen zurückgegangen, die Kollegen und Kolleginnen haben sich den Streikenden angeschlossen.



Kämpferisches Transparent am Zaun von AEG Nürnberg

Am 25.1.06 schlossen sich die Kolleginnen und Kollegen der Elektrolux Logistic GmbH den Streikenden an. Sie stimmten an den Standorten Nürnberg, Rothenburg und Dormagen mit 90,74 % für einen Streik. Zwar sind die Werke derzeit nicht von der Schließung betroffen, die Kolleginnen und Kollegen haben sich aber entschieden, nun endlich für einen Tarifvertrag zu streiken. Bislang sind diese Betriebe nicht tarifgebunden. (Handelsblatt, 25.1.06). Elektrolux hatte angekündigt, die Einkommen in Nürnberg, Rothenburg und Dormagen zum 1. Februar massiv zu senken. In Nürnberg begann der Streik der Logistik am 27.1.06, in Dormagen am 30.1.06.

Am 7.2.06 wurde ein Aktionstag „Weiße Ware“ in Nürnberg durchgeführt. Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Branche „Weiße Ware“ kamen zur Unterstützung ihrer Kollegen und Kolleginnen nach Nürnberg, z. B. von

Bauknecht, Miele, Bosch, Siemens und Liebherr. (Neues Deutschland, 8.2.06). Es demonstrierten ca. 3.000 Kolleginnen und Kollegen vom Nürnberger Hauptbahnhof aus zum AEG Werk.

Am 8.2.06 begann die Urabstimmung im Ersatzteilwerk Distripart GmbH in Rothenburg. Die Kolleginnen und Kollegen in Rothenburg ob der Tauber wollen gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen streiken. Elektrolux will künftig nicht mehr nach dem Tarifvertrag für die Elektro- und Metallindustrie vergütet, sondern nach dem wesentlich schlechteren Groß- und Außenhandeltarifvertrag. Ohne Lohnausgleich soll dadurch z. B. die Arbeitszeit von 35 auf 38,5 Stunden erhöht werden. (Netzzeitung, www.n24.de, 9.2.06) Bei der Urabstimmung haben sich trotz der massiven Behinderungen 77,7 % für den Streik ausgesprochen. Die IG Metall-Führung hat aber nun offengelassen, wann der Streik beginnen soll.

Weil die Urabstimmung im Werk Rothenburg massiv behindert wurde, haben die Kolleginnen und Kollegen von AEG Nürnberg beschlossen, nun auch keine Beschäftigten von anderen Firmen mehr auf das AEG-Gelände zu lassen. Auch Handwerker und die Post werden nicht mehr durchgelassen.

Breite Solidarität

Von Beginn der Aktionen an, bereits im Herbst des vergangenen Jahres gab es viel Unterstützung und Solidarität für die Kolleginnen und Kollegen des AEG-Werks.

Vertrauensleute vom BMW Motorradwerk Berlin schrieben eine Solidaritätserklärung vom 24.1.06 und forderten die Solidarität und den Zusammenschluss aller kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter: „Von eurem Streik kann eine Signal ausgehen, dass nicht jeder Betrieb sich nur mit seinem eigenen Schicksal beschäftigt, sondern die Kräfte gebündelt und zu einer Arbeiterbewegung werden. Denn diese größere Bewegung ist nötig, um mehr als Teilerfolge zu erringen.“

Aus folgenden Betrieben waren Kolleginnen und Kollegen in Nürnberg: Infinition Perlach, Siemens, MAN Roland, Gate Gourmet, Bosch, Stahlwerker und Beschäftigte des Dynamowerks Bremen und viele mehr. Auch aus der Nachbarschaft und der ganzen Stadt erfahren die Kolleginnen und Kollegen große Unterstützung und Solidaritätsbekundungen.

Inzwischen gibt es auch eine Solidaritätsadresse der polnischen Kolleginnen und Kollegen und Kollegen, die künftig die Arbeit aus Nürnberg übernehmen sollen. Seit dem 8.2.06 gibt es im polnischen Elektrolux-Werk eine Gewerkschaftsorganisation. Die Kollegen und Kolleginnen haben ihre Solidarität mit den Streikenden erklärt und mitgeteilt, dass nur noch etwa eine Woche Bleche aus Nürnberg zur Verfügung stehen, dann können sie nicht mehr produzieren.

Verhandlungen haben begonnen

Am 29.1.06 fand die erste Verhandlungsrunde statt. Es trafen sich Elektrolux-Kapitalisten, Werner Neubauer und Jürgen Wechsler von der IG Metall Bayern und Harald Dix, der Betriebsratsvorsitzende von AEG Nürnberg, mit Edmund Stoiber. Elektrolux lehnte es klar ab, den Schließungsbeschluss zurückzunehmen und stellte die Forderung, dass für die Zeit der Verhandlungen der Streik beendet wird. Die Verhandlungsdelegation der IG Metall hielt ihr Angebot zur Beschäftigungssicherung aufrecht. Ein Angebot also, das weiterhin davon ausgeht, dass mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze wegfallen werden!

Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter kämpfen erfolgreich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen!

Am 16.1.06 demonstrierten zwischen 6.000 – 8.000 Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter aus Spanien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Großbritannien, Deutschland, Italien, Finnland, Griechenland, Schweden, Norwegen, Portugal, Zypern, Malta den USA und Australien in Straßbourg (Frankreich).

Am 18.1.06 lehnte das europäische Parlament den zweiten Vorschlag der europäischen Kommission zur „Liberalisierung der Hafendienste“ der sogenannten Hafendienstrichtlinie mit 532 von 677 Stimmen ab. Die Richtlinie sah vor, dass künftig die Möglichkeit besteht, dass die Schiffsbesatzungen die Schiffe selbst be- und entladen. Den Reedern sollten darüber hinaus erlaubt werden, eigenes Landpersonal zum be- und entladen einzustellen (sogenanntes Selfloading), das gezwungen sein sollte, zu den Arbeitsbedingungen der Länder zu arbeiten, in denen der Firmensitz der Reeder ist. Für die Dienstleistungen in den Häfen, wie z. B. Lotsen- und Schlepperdienste oder das Be- und Entladen, sollten künftig nur noch zeitlich befristete Konzessionen vergeben werden. Bei einem Wechsel des Konzessionärs kann die Belegschaft auf die Straße geworfen werden, der neue muss sie nicht beschäftigen. (junge Welt, 22.10.05; Reuters, 16.1.06)

Dies hätte für die Hafenarbeiter und -arbeiterinnen in vielen europäischen Ländern bedeutet, dass ihre Arbeitsbedingungen und Löhne auf das Niveau der Herkunftsländer der Schiffe bzw. der Konzessionäre absinken oder sie ihre Arbeitsplätze auch ganz verlieren. Bereits im November 2005 hatten die Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter mit ihrem Kampf gegen die neuen Richtlinien begonnen und Demonstrationen und Streiks organisiert, deren bisheriger Höhepunkt die Demonstration in Straßbourg am 16.1.06 war.

Militante Demonstration in Straßbourg

Die internationale Demonstration zog durch Straßbourg in Richtung des europäischen Parlaments, wo an diesem Tag die Debatte über die „Hafendienstrichtlinie“ begann. Die Polizei ging brutal mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, um sie daran zu hindern, zum europäischen Parlament vorzudringen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen ließen sich allerdings nicht aufhalten und setzten sich mit Steinen und Eisenstangen gegen die Polizei zur Wehr. Es gelang ihnen trotz massivem Einsatz von Tränengas, den Weg zum Parlament freizukämpfen. Sie setzten dazu auch Rauchbomben ein und benutzten Autos als brennende Barrikaden.

Beim Parlament angekommen warfen die Arbeiterinnen und Arbeiter Steine, Holz, Flaschen und Eisenstangen gegen die Fassade. Der Polizei ist es nicht ge-

lungen, den berechtigten militanten Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter zu unterdrücken: 200 Quadratmeter der gläsernen Fassade des Parlaments gingen zu Bruch. (www.reuters.co.de, 16.1.06; Associated Press, in: www.abcnwa.go.com, 16.1.06) Insgesamt wurden nach offiziellen Angaben 63 Polizisten bei den Kämpfen gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter verletzt.

Die Gewerkschaft ver.di fällt den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in den Rücken

Die militante Demonstration der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter war ein großer Erfolg im Kampf gegen die Versuche, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind gut vorbereitet und konsequent gegen die Polizei vorgegangen und haben sich ihren Weg freigekämpft. Sie haben sich nicht auf den engen Rahmen der Legalität beschränken lassen.

Der ver.di-Fachgruppenleiter Hafen, Manfred Rosenberg, hatte allerdings nichts Eiligeres zu tun, als sich am nächsten Tag in der Presse von dem erfolgreichen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in Straßbourg zu distanzieren: „Das ist nicht in unserem Sinne und wir haben uns nicht beteiligt. Wir haben uns bei den Europaabgeordneten entschuldigt.“ (Hamburger Abendblatt, 17.1.06).

Leider ist es der Polizei gelungen, einige Arbeiter und Arbeiterinnen festzunehmen. In Schnellverfahren wurden 13 Arbeiterinnen und Arbeiter zu Haftstrafen zwischen 2 und 4 Monaten verurteilt: neun Kollegen aus Belgien, zwei aus Frankreich, zwei aus den Niederlanden, vier Kollegen davon auf Bewährung. Der Vorwurf lautete Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung und Körperverletzung. (Rheinische Post, 20.1.06)

Ein Grund für den Erfolg: Die Aktionen und Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter waren über Ländergrenzen hinweg gut geplant und koordiniert

Die erfolgreiche militante Aktion der Arbeiterinnen und Arbeiter in Straßbourg wurde durch Streiks und Demonstrationen unterstützt. An diesem Tag legten die Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter in Spanien, Belgien und Frankreich für 48 Stunden die Arbeit nieder. Für 24 Stunden streikten die Hafenarbeiter von Thessaloniki, Piräus und Heraklion in Griechenland. Kürzere Streiks gab es in Dänemark, Schweden

und Portugal. Den Hafen in Rotterdam (Niederlande), den größten Seehafen Europas, legten 4.000 Arbeiter für vier Stunden lahm. Der zweitgrößte Hafen in Antwerpen (Belgien) wurde für 24 Stunden stillgelegt. In Barcelona (Spanien) kamen die Hafenarbeiter ebenfalls zum Stillstand. In La Pallice/La Rochelle (Frankreich) demonstrierten die Hafenarbeiter.

Die Aktionen der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter hatten bereits im November 2005 begonnen. Am 21.11.05 gab es die erste Demonstration von Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern aus zehn europäischen Ländern in Brüssel. An diesem Tag sollte der europäische Ausschuss für Verkehr entscheiden, ob er die erarbeiteten Kompromissvorschläge für die Richtlinie dem Parlament zur Abstimmung vorlegt. An diesem Tag fanden auch in einigen Häfen Europas Streiks oder Informationsveranstaltungen statt, so z. B. in Dänemark ein vierundzwanzigstündiger Warnstreik (Frankfurter Rundschau, 17.1.06; Presseerklärung der „European Transport Worker Federation“, 18.11.05; Medienservice des europäischen Parlaments, 17.1.06).

Am 10.1.06 wurde zum Streik aufgerufen. Es sollten 100 europäische Seehäfen blockiert werden, die Reeder sollten nicht einfach auf andere benachbarte Häfen ausweichen können. Es ist gelungen, die Aktionen und Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter europaweit zu koordinieren.

Am 10.1.06 wurde ab 23 Uhr nachts in Hamburg und Bremerhaven für 24 Stunden gestreikt. Dies war ein Streik, der in Deutschland als illegal gilt, da es nach deutschem reaktionären „Streikrecht“ verboten ist, für politische Ziele zu streiken. An diesem Streik haben sich auch die Lotsen auf der Elbe, der Weser und der Kieler Förde beteiligt. So konnte verhindert werden, dass die Schiffe überhaupt in die Häfen einlaufen konnten. Kürzere Arbeitsniederlegungen, auch in Form von Informationsveranstaltungen, gab es am 11.01.06 in Brake, Emden, Nordenham, Lübeck und Rostock. (junge Welt, 10.1.06) Insgesamt streikten in Deutschland 4.500 Arbeiterinnen und Arbeiter. In vielen Ländern Europas nahmen an dem Streik 40.000 Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter teil: in Griechenland, Zypern, Dänemark, Schweden, Finnland, Niederlande, Belgien und Deutschland. (junge Welt, 12.1.06)

☆☆☆

So berechtigt die Aktionen und Kämpfe der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter waren, darf dennoch nicht übersehen werden, dass sich einige Ziele der Arbeiterinnen und Arbeiter teilweise mit den Interessen einiger Hafenkapitalisten überschneiden. Die Kapitalisten in Deutschland wollen ihre Konzessionen nicht an Kapitalisten aus anderen Ländern verlieren, die heute schon aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Ländern in der Lage sind, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter brutaler auszubeuten und die Leistungen deshalb wesentlich billiger anbieten können.

Die machtvolle militante Demonstration fand am 16.1.06 in Straßbourg statt, weil dort das europäische Parlament seinen Sitz hat. Die Europäische Union ist in der Tat ein Zusammenschluss verschiedener kapitalistischer Staaten in Teilbereichen, der den Großmächten dazu dient, ihre Großmachtinteressen gegeneinander und gegen die anderen imperialistischen Staaten besser ausbauen zu können. Die deutschen Imperialisten sind dabei an vorderster Front und nutzen die Europäische Union für ihre imperialistische Expansionspolitik. Je nach Interessenlage erfolgt dies in Zusammenarbeit oder in Konkurrenz mit den anderen westeuropäischen Großmächten. In den zu führenden Kämpfen wird deshalb in Zukunft nicht allein und vorrangig gegen die EU gekämpft werden.

Beispielhaft am Kampf der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter war die Planung und Koordination ihrer Aktionen und Streiks, auch über Ländergrenzen hinweg. Die Solidarität unter den Arbeiterinnen und Arbeitern war groß, sogar Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter aus den USA und Australien waren zur Demonstration nach Straßbourg gekommen.



Es ist aber noch nicht gelungen, die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den sogenannten Billiglohnländern in den Arbeitskampf mit einzubeziehen. Im wesentlichen ist der Kampf der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter ein Kampf der Arbeiter aus West- und Südeuropa geblieben.

Die Einführung der Richtlinie hätte die Möglichkeit eröffnet, Arbeiter und Arbeiterinnen aus sogenannten Billiglohnländern zu den schlechten Arbeitsbedingungen, die in diesen Ländern herrschen, in den Häfen

arbeiten zu lassen. Die Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter fürchten dadurch zu Recht, ihre Arbeitsplätze zu verlieren oder zumindest zu erheblich schlechteren Arbeitsbedingungen für deutlich weniger Lohn arbeiten zu müssen.

Es wird ein wesentlicher nächster Schritt sein, die Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter aus Polen, Estland, Lettland und Litauen, den sogenannten „Billiglohnländern“ innerhalb und außerhalb der EU, in den Kampf einzubeziehen. Die Lösung ist ein wirklich konsequen-

ter proletarischer Internationalismus, der diese Kolleginnen und Kollegen in den Kampf mit einbezieht. Ein Kampf, der auch für die Verbesserung der miserablen Arbeitsbedingungen dieser Kolleginnen und Kollegen und gegen Dumpinglöhne geführt werden muss. Die wirklich weltweite internationalistische Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter, das zeigt gerade auch dieser Streik, wird kommen und ist dringlicher denn je.

Unterstützt die Kolleginnen und Kollegen von Gate Gourmet Düsseldorf, die seit dem 7.10.05 streiken!

Als Gate Gourmet im September 2005 von den Kolleginnen und Kollegen in Deutschland u. a. eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, Kürzung des Jahresurlaubs um fünf Tage und Reduzierung der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit forderte, stimmte am 4.10.05 in der Filiale Düsseldorf 93 % der Belegschaft für den Streik. Gate Gourmet ist ein Catering-Konzern für die Lebensmittel-Versorgung von Flugzeugen mit weltweit rund 22.000 Beschäftigten in fast 30 Ländern. Er beliefert u. a. LTU, British Airways, Air France, Iberia, Delta und Continental Airlines. Bereits in den letzten beiden Jahren hatten die Kolleginnen und Kollegen auf die Hälfte des Weihnachtsgeldes verzichten müssen, gleichzeitig war die Arbeitshetze enorm intensiviert worden. So wurden Verschnaufpausen bei den Essenstablett-Fließbändern abgeschafft. Von den ursprünglich 90 LKW-Fahrern in Düsseldorf, die die Boardverpflegung zu den Flugzeugen bringen, sind 36 übrig geblieben, die jetzt die gleiche Arbeit leisten müssen. Diese Verschärfung der Arbeitsbedingungen wurde mit Schikanen wie Abmahnungen und androhten Entlassungen durchgesetzt. Dies alles hatte das Fass bei den Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf, von denen ein Großteil aus der Türkei, aber auch Polen, Marokko, Kroatien, Griechenland, Sri Lanka oder Brasilien kommt, zum Überlaufen gebracht.



Transparent bei der Protestaktion bei Gate Gourmet Frankfurt

Beflügelt und ermutigt hatte sie dabei sicher auch der spektakuläre Streik ihrer Kolleginnen und Kollegen der Gate Gourmet Filiale am Londoner Flughafen. Dort waren hauptsächlich aus Indien stammenden Kolleginnen und Kollegen, die sich schon zuvor an Protestaktionen beteiligt hatten, im August 2005 – auf dem Höhepunkt der Sommerreisezeit – mit einem ähnlichen „Forderungskatalog“ des Konzerns konfrontiert worden. Als sie sich weigerten, die Forderungen zu unterschreiben, wurden 667 sofort entlassen und die verbleibenden 1.400 sollten dadurch erpresst werden, neue schlechtere Arbeitsverträge zu unterschreiben. Doch die Kapitalisten hatten sich verrechnet. Die vermeintlich unqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die in so zeitkritischen Bereichen wie dem hochtechnologisierten Transportbereich arbeiten, waren nicht so zu leicht zu ersetzen, wie es sich die Kapitalisten vorstellten. Aber wichtiger noch: am nächsten Tag solidarisierten sich ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen von British Airways (früher gehörten sie alle zu BA) mit ihnen, die Fluglotsinnen und Fluglotsen, die Rampenarbeiter und die Kolleginnen und Kollegen der Gepäckbänder und legten durch diese macht-

volle Demonstration der Solidarität den Flugverkehr in London lahm. Nach einigen Tagen schon musste Gate Gourmet zähneknirschend klein geben.

In Düsseldorf beteiligten sich von den insgesamt 120 Kolleginnen und Kollegen 85 an dem Streik. Sie haben mit zwei großen Problemen zu kämpfen: Zum einen Streikbrecher. Unter den Düsseldorfer Streikbrechern befinden sich mehrere Betriebsräte, Beschäftigte anderer Gate Gourmet-Filialen (u. a. aus Frankfurt, München, Stockholm) sowie angeheuerte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Dadurch gelingt es dem GG-Konzern den Eindruck zu erwecken, relativ problemlos mit dem „Häufchen Radikalen“ fertig zu werden und den Catering-Betrieb aufrechtzuerhalten.

Die Düsseldorfer Kolleginnen und Kollegen haben ein Streikzelt vor dem Betriebstor errichtet, das rund um die Uhr besetzt ist. Mehrere Male haben sie versucht, die Zufahrtstore zu blockieren, was von der Polizei und Schlägern einer privaten „Sicherheitsfirma“ verhindert wurde. Geschickt getarnte Schützenhilfe leistet dabei die Führung der Gewerkschaft Nahrungsmittel – Genuss – Gaststätten, die sich beim ersten Blockadeversuch der kämpferischen Kolleginnen und Kollegen beilegte zu erklären: „Auf ein Wort: Kurze Aufregung gab es gestern, als die Streikposten sehen, dass die LKW wieder die vordere Laderampe nutzen. Das würde man zu gern verhindern! Aber Vorsicht: Aktionismus ist nicht immer hilfreich! Klar ist jedoch: Natürlich versucht die Geschäftsführung, die Streikenden zu provozieren. Aber darauf müssen wir doch nicht eingehen!“ (NGG-Streikzeitung Nr. 18, 1.11.05; siehe www.ngg.net/alle_streikzeitungen)

Und hier sind wir bei dem zweiten großen Problem: die Gewerkschaftsbürokratie. Die Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf sind bei der NGG organisiert, während die meisten anderen Gate Gourmet-Filialen bei ver.di organisiert sind (formal gibt es zwei Firmen: Gate Gourmet Deutschland, entstanden aus dem Bankrott der Swissair, für die ver.di zuständig ist, und Gate Gourmet West für die Filialen, die von der LTU übernommen werden, für die NGG zuständig ist). Nicht nur, dass die Gewerkschaftsführung keinen Finger rührt, um Solidarität in den Gate Gourmet-Standorten zu organisieren. Die ver.di-Verhandlungsriege hat die Tarifverhandlungen mit Gate Gourmet Deutschland auch noch nicht für gescheitert erklärt, um so formal Solidaritätsstreiks zu verhindern.

Um so eindrucksvoller ist es, wie die streikenden Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf nichts unversucht lassen, um Solidarität zu organisieren. Mit Flugblättern in deutscher und türkischer Sprache haben sie die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter über ihr Recht aufgeklärt, bei Streikbrücheinsätzen die Arbeit zu verweigern. Sie veröffentlichen eine regelmäßige Streikzeitung, Delegationen der streikenden Düsseldorferinnen und Düsseldorfer führen zu anderen Gate Gourmet-Standorten, um mit den dortigen Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, Unterstützerinnen und Unterstützer organisierten mit Streikenden vor den Terminals in verschiedenen Flughäfen Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen. (Quellen: www.gg-streik.net; www.labournet.de)

Kampf der Verschlechterung der politischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen

Angesichts der zunehmenden relativen und absoluten Verelendung der breiten Massen der Werktätigen in Deutschland, der immer weiter voranschreitenden Vergiftung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen und der ständigen Einschränkungen auch der legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes wird in den Kämpfen der Massen die konterrevolutionäre Funktion des – auf die vor allem mit Extraprofiten aus der Ausbeutung unterdrückter Völker bestochenen Arbeiteraristokratie gestützten – DGB-Apparates immer deutlicher. Dieser muss bewusst und planmäßig entlarvt und gegen ihn muss die Perspektive des eigenständigen Kampfes der untersten Schichten der Arbeiterklasse und Masse der Werktätigen herausgearbeitet werden.

Dennoch ist es unbedingt nötig, auch innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen. Denn der DGB ist nicht nur der Apparat, umfasst nicht nur die Führer und Funktionäre – das sind auch die Millionen von Mitgliedern. Dieser Kampf muss geschickt und prinzipienfest, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität und Illusionen in den DGB-Apparat geführt werden. Nicht zuletzt geht es darum, unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die noch Illusionen in „ihre“ Gewerkschaftsführung haben, systematische Überzeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung und Beteiligung an den Tageskämpfen zu gewinnen und zu mobilisieren, die DGB-Fürsten zu demaskieren und ihren Einfluss in der Arbeiterbewegung möglichst weitgehend zurückzudrängen.

Dabei müssen die kommunistischen Kräfte darauf vorbereitet sein, dass aus demagogischen Gründen, um ihren reaktionären Einfluss zu festigen und dem Kampf die Spitze abzubrechen, die DGB-Führung in bestimmten Situationen auch in der Lage ist, sich selbst an die Spitze der gerechten Kämpfe zu setzen und Teilerfolge zu erzielen.

These aus: Prüfsteine – Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

Anzeige

Buchladen Georgi Dimitroff

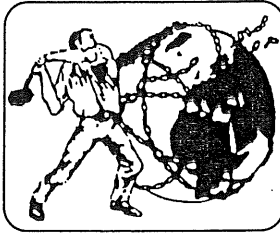
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

GEÖFFNET

Samstags 10.00 - 13.00 Uhr

ISSN 0948/5090

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/06

März 2006

Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor allem gegen den deutschen Imperialismus:

Unterstützen wir die revolutionären Kräfte im Iran!

Was momentan international zum Thema Iran an Gebrüll losgelassen wird, was an realen ökonomischen, militärischen und politischen Beziehungen und Komplotten geschieht, das ist in der Tat ein gefährliches Gemenge:

1. Offensichtlich unterstützt ein gewichtiger Teil der herrschenden Klassen im Iran bewaffnete reaktionäre Kräfte im Irak gegen die USA und andere Besatzungsmächte. Die iranischen Machthaber bemühen sich gleichzeitig um eine führende Rolle unter den reaktionären, vom Imperialismus abhängigen Staaten im Nahen Osten. Dazu dienen auch die Äußerungen zur Leugnung der Ermordung der sechs Millionen europäischer Juden. Damit sollen zudem die in verschiedenen Ländern existierenden nazistischen Gruppen, insbesondere in Deutschland und Österreich, aber auch in Palästina, Libanon usw. mit antisemitischen Tiraden an den Iran gebunden werden.

2. Gleichzeitig gibt es eine immer massiver werdende Drohkulisse und reale Vorbereitungen für militärische Schläge oder auch eine militärische Intervention vor allem vom US-Imperialismus, aber auch von anderen Imperialisten. Dabei wird teilweise das Atomprogramm, teilweise die Androhung der Vernichtung Israels, teilweise die Unterstützung des „internationalen Terrorismus“ als Argument und Vorwand verwendet.

3. Als imperialistische Großmacht agierend, die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, intensiviert der deutsche Imperialismus seine Doppeltaktik als Kritiker der USA und als gleichzeitiger Unterstützer und Reserve der USA: Seine Rivalität mit dem US-Imperialismus hat sich in den letzten Jahren massiv verstärkt, wie sich besonders deutlich beim Irak-Krieg 2003 gezeigt hat. Diese Rivalität verschärft sich auf lange Sicht weiter, da die Interessen des deutschen Imperialismus bei dessen drittem Anlauf im Kampf für die Erringung der Weltherrschaft langfristig immer schärfer mit denen des US-Imperialismus zusammen-

prallen müssen. Aber gleichzeitig verstärkt sich auch die gezielte Zusammenarbeit des deutschen Imperialismus mit dem US-Imperialismus, wie ebenfalls die Zusammenarbeit im Irak deutlich macht. Bei der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus geht es nicht nur darum, ökonomisch Gewinn aus dessen Interventionen herauszuschlagen. Vielmehr nutzt der deutsche Imperialismus seine Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus gerade auch dazu, um selbst politisch und militärisch seine Positionen weltweit auszubauen, wie sich am Beispiel Afghanistan zeigt, wo die Bundeswehr eine immer wichtigere Rolle als Besatzungsmacht spielt.

4. Der Kampf der imperialistischen Räuber um die Vorherrschaft über das Gebiet rund um den Persischen Golf, eines der strategisch wichtigsten Gebiete der Welt, wo auch die größten Erdölvorkommen sowie Erdgasreserven lagern, hat sich zuletzt besonders auf den Iran zugespitzt.

Im Iran ist der deutsche Imperialismus in einem sehr hohen Ausmaß aktiv. Unter allen imperialistischen Großmächten ist er dort der „Handelspartner Nr. 1“. Die herrschenden Klassen im Iran, die keinesfalls unabhängig von den imperi-

alistischen Großmächten sind, nutzt geschickt zur Vergrößerung ihres Spielraums von den imperialistischen Großmächten, die Rivalität der verschiedenen imperialistischen Großmächte untereinander. So kann aus gut kalkulierten Gründen, aber auch aus irrationalen ideologischen Gründen eine Situation entstehen, dass sich der deutsche Imperialismus bei einer US-amerikanischen Intervention gegen den Iran distanziert, um in relativ offener Konfrontation mit dem US-Imperialismus die imperialistische Hauptmacht im Iran zu werden, oder aber dass er doch den US-Imperialismus unterstützt, um nicht wie aktuell im Irak ins Hintertreffen zu geraten.

5. Als Widerspiegelung der Doppeltaktik des deutschen Imperialismus müssen die opportunistischen Positionen bekämpft werden:

– zum einen all jener Opportunisten und Chauvinisten, die mit dümmlichem „Anti-Amerikanismus“ nicht nur die aggressive Politik des deutschen Imperialismus bagatellisieren und beschönigen, sondern gar „schlaue Vorschläge“ für ein effektiveres imperialistisches Vorgehen der „eigenen“, der deutschen Imperialisten in Konkurrenz zum US-Imperialismus machen;

– zum anderen all jener Opportunisten und Chauvinisten, welche unter dem Vorwand der tatsächlich reaktionären Politik und Hetze der iranischen Machthaber, einer vom Imperialismus abhängigen regionalen reaktionären Macht, faktisch die Militärintervention, den imperialistischen Krieg der großen, weltweit agierenden Mächte gegen den Iran fordern.

6. Kernpunkte und Eckpunkte einer kommunistischen Linie zu all diesen Konflikten und komplizierten Entwicklungsmöglichkeiten, können so formuliert werden:



Die nazi-faschistische Hetze des iranischen Staatspräsidenten unterstützt das internationale Nazi-Netzwerk unter Führung der deutschen Nazis

In einer Rede in der Stadt Zahedan im Südosten Irans, die der iranische Nachrichtensender Khabar direkt übertrug, sprach der iranische Ministerpräsident am 14.12.2005 vom „*Märchen vom Massaker an den Juden*“.¹ Dass sich mit dem iranischen Staatspräsidenten Ahmadinejad ein Staatsoberhaupt selbst zum Sprachrohr offener Nazi-Propaganda macht, ist eine seit 1945 einmalige Tatsache von nicht zu unterschätzendem Gewicht.

Die englischsprachige „Teheran Times“ hatte in ihrer Internet-Ausgabe am Wochenende vom 24./25.12.05 berüchtigte Holocaust-Leugner und erklärte Nazis als Unterstützer der Nazi-These des iranischen Präsidenten Ahmadinejad zitiert. Unter dem Titel „*Historiker und Forscher unterstützen die Sichtweise des iranischen Präsidenten zum Holocaust*“ kommen unter anderem der deutsche Nazi Horst Mahler und der französische Nazi Robert Faurisson zu Wort. Die Betreffenden hatten E-Mails an die iranische Zeitung geschrieben, die auf der Homepage dieser Zeitung veröffentlicht wurden. „*Ahmadinejad hat uns sehr geholfen*“, schrieb etwa Mahler, „*der Holocaust hat nie stattgefunden. Er ist die größte Lüge der Geschichte*“.² Der mehrfach in Frankreich wegen nazifaschistischer Hetze verurteilte Faurisson erklärte: „*Ich unterstütze völlig die Sichtweise von Herrn Ahmadinejad, wonach der angebliche Holocaust an den Juden eine Legende oder ein Mythos ist*“.³

Im iranischen Rundfunksender Radio Teheran kommen immer wieder Holocaust-Leugner zu Wort. Interviewpartner waren bisher u.a. der deutsche Nazi R. Bohlinger, Robert Faurisson (Frankreich), David Irving (England) und Ernst Zündel (Kanada/Deutschland).⁴ Die iranische

Nachrichtenagentur „Mehr“ führte im November 2005 ein Interview mit dem französischen Holocaust-Leugner Faurisson.⁵

Anfang 2006 wurde bekannt gegeben, dass im Iran eine Konferenz geplant sei, um angeblich „*das wirkliche Ausmaß des Holocausts*“ zu erforschen.⁶ Der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Asefi persönlich propagiert international die Durchführung einer solchen Konferenz.⁷ In Wirklichkeit geht es darum, die Nazi-These vom „*Märchen vom Massaker an den Juden*“ zu propagieren. Das zeigt schon die Liste der „Zeugen“ und Redner. Eingeladen sind u. a. der deutsche Nazi Horst Mahler, der französische Nazi Robert Faurisson sowie auch der zur Zeit in Österreich wegen Nazi-Hetze inhaftierte Nazi-Propagandist David Irving.⁸

¹ Zitiert nach stern.de, 1.2.06 (www.stern.de/politik/ausland/55140.html?eid=553073&nv=c&v=1), vgl. auch netzeitung, 14.12.05 (www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=372762).

² Zitiert nach www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 6.2.06.

³ Zitiert nach www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 6.2.06, vgl. auch: Die Presse (Österreich), 27.12.05 (www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=528491).

⁴ Siehe: A. Maegerle / Heibert Schiedel: Krude Allianz – Das arabisch-islamische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten, Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands. <http://www.doew.at/thema/rechts/allianz.html>.

⁵ Berliner Zeitung, 27.1.06.

⁶ Mohammed Ali Ramin, der Vorsitzende der „Gesellschaft für die Verteidigung der Rechte der muslimischen Minderheiten im Westen“, forderte die Schaffung eines „internationalen Komitees“, die „*das wirkliche Ausmaß des Holocausts klärt*“ (Ramin, zitiert nach www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=374446).

⁷ Hamid Reza Asefi hat zehn Jahre in Deutschland studiert und dort auch politische Verbindungen geknüpft (www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 6.2.06).

⁸ Vgl. Spiegel-Online, 17.1.06.

● In Unterstützung aller Ansätze demokratisch-revolutionärer oder kommunistisch orientierter Organisationen des Widerstands im Iran lassen wir keinen Zweifel daran, dass wir jede militärische Aktion und Intervention gegen den Iran als Teil zwischenimperialistischer Widersprüche der Großmächte, als Teil der Vorbereitung weiterer größerer imperialistischer Kriege ablehnen und bekämpfen – auch und gerade, wenn der deutsche Imperialismus sich beteiligt, auch und gerade, wenn der deutsche Imperialismus seine Rivalität mit dem US-Imperialismus ausbaut und sich gar zur „Schutzmacht“ des Iran und als Kritiker der US-Militärintervention aufspielt. Dabei werden wir in beiden Fällen vorrangig die imperialistischen ökonomischen, politischen und militärischen Interessen des deutschen Imperialismus am Iran sowie seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus mit samt der beigefügten ideologischen Manöver der Politiker und Medien des deutschen Imperialismus enflarven. Um ideologisch und politisch nicht ins Schlepptau der deutschen Imperialisten zu geraten; ist so oder so von größter Aktualität und Bedeutung das von Karl Liebknecht formulierte Prinzip **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**

● In diesem Rahmen ist es eine unerlässliche Aufgabe gerade der kommunistischen Kräfte in Deutschland, die mörderischen antisemitischen, am Nazifaschismus sich orientierenden Kräfte im Iran als Teil einer von deutschen Nazis dominierten internationalen Verbindung anzuprangern, beweiskräftig Verbindungen zu dokumentieren und in

demokratisch-revolutionärer und proletarisch-internationalistischer Zusammenarbeit mit den demokratisch-revolutionären oder kommunistisch orientierten Kräften des Widerstands im Iran diese nazistischen Äußerungen führender Repräsentanten des iranischen Kompradorenstaates als das zu brandmarken, was sie sind: nazifaschistische Ideologie, kombiniert mit religiös und nationalistisch ausgeschmückten iranisch-reaktionären Eigenprodukten.

● Im Kampf gegen die militaristische Hetze und alle Demagogien über die angeblich „humanitäre Mission“ der Bundeswehr in aller Welt, im Kampf gegen die weltweite militärische Expansion des deutschen Imperialismus muss als Kern herausgearbeitet, belegt, bewusst gemacht und propagiert werden: Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist die Bundeswehr die mörderische Maschinerie des besonders aggressiven deutschen Imperialismus, Werkzeug der Konterrevolution und der imperialistischen Aggression. Der Kampf gegen alle Aspekte des Militarismus in Deutschland ist eine der vorrangigen Aufgaben beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland, im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und Revanchismus, im Kampf für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, des Aufstands des Proletariats und seiner Verbündeten zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus und seiner Armee, zur Errichtung der sozialistischen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Die Situation weitgehend fehlender Kämpfe

dagegen heute zeigt, wie ernst die Lage ist und wie viel Anstrengungen für den systematischen Kampf nötig sind, vor allem aber zum Kampf für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei, um die zentrale Kraft zu bilden, die alle nötigen Kämpfe bündeln und mit klarer Perspektive zusammenführen kann!

**Es lebe die bewaffnete
antiimperialistisch-
demokratische Revolution
im Iran unter Führung
des Proletariats!**

**Tod dem deutschen
Imperialismus, Militarismus
und Revanchismus!**

*Erklärung der Redaktion von
GEGEN DIE STRÖMUNG, 30. März 2006*

☆☆☆

**Zur Geschichte der Machenschaften der deutschen
Imperialisten im Iran**

Seit die Bundesrepublik Deutschland 1952 zum Iran diplomatische Beziehungen aufnahm – unmittelbar vor dem Sturz und der Ermordung des damaligen iranischen Präsidenten Mossadegh mit Hilfe eines von den US-Imperialisten gesteuerten Putsches und der darauf folgenden Installation des berüchtigten Schahs von Persien 1953 – entwickelten sich sehr enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu einem der verbrecherischsten Henker-Regimes der damaligen Zeit, das Tausende und Abertausende ermordete.

Bezeichnend für die engen Beziehungen ist, dass bei den Protesten gegen den Besuch des Schah Reza Pahlawi in Deutschland am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg von einem deutschen Polizisten ermordet wurde.

Repräsentanten der (west)deutschen Imperialisten von Bundespräsident Scheel, die Bundeskanzler Kiesinger, Brandt, Schmidt bis hin zu Wirtschaftsdelegationen mit den „Spitzen der deutschen Wirtschaft“ gaben sich in den 60er und 70er Jahren in Teheran die Klinke in die Hand.

Bereits 1977 wurde der westdeutsche Imperialismus noch vor den USA zum „Handelspartner Nr. 1“ des Iran. Außerdem entfielen ein Drittel der westdeutschen Direktinvestitionen im Nahen und Mittleren Osten bereits auf den Iran.

Der iranische Geheimdienst SAVAK, der auch in anderen Ländern sein blutiges Handwerk verrichtete, sowie die reaktionäre iranische Armee, die auch bei militärischen Interventionen in Nachbarländern des Iran wie z.B. Oman Tausende ermordete, wurden nicht nur von Tausenden US-Militärs ausgebildet, sondern auch von den großteils durch die Schule des Nazi-Regimes gegangenen deutschen Polizei- und Militärspezialisten. In Westdeutschland arbeitete der SAVAK eng mit allen hiesigen Geheimdiensten und der Polizei überhaupt zusammen, um die fortschrittlichen iranischen Studentinnen und Studenten zu überwachen, festzunehmen und den Iran abzuschieben. Ohne zu zögern wurden Mitglieder der CISNU (Dachverband der antiimperialistischen iranischen Studentinnen und Studenten) an die faschistischen Schlächter im Iran ausgeliefert.

Die westdeutschen Imperialisten beteiligten sich – in ihrem eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse – massiv an der militärischen und atomaren Aufrüstung des Iran. Sie leiteten und betrieben den

50 Jahre Bundeswehr Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: KRIEG

- I. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von 2003 – Ausdruck der Kriegspläne des deutschen Imperialismus
 - II. Das Programm der militärischen Aufrüstung und umfassenden Militarisierung für die nächsten Jahre
 - III. Die langfristigen Ziele des deutschen Imperialismus: Neuaufteilung der Welt beim dritten Anlauf
 - IV. Kampf der Bundeswehr, der mörderischen Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- Die Bundeswehr: Aufgebaut von Offizieren der SS und der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht Bundeswehr trainiert den Häuserkampf und die Eroberung von Städten
- Die Interessen des deutschen Imperialismus im Sudan stehen in Rivalität zum US-Imperialismus
- Flugblatt 7-8/05 von „Gegen die Strömung“, 8 Seiten, DIN A3, erhältlich gegen Rückporto beim Buchladen Georgi Dimitroff.

Bau von sechs Atomkraftwerken, darunter auch jenes Atomkraftwerk in Bushar, das Ende 2006 in Betrieb gehen soll. Im Iran wurde u. a. auch eine westdeutsche Marineschule errichtet.

1978, also kurz vor dem Sturz des Schah-Regimes, führte das Ex-NSDAP-Mitglied und damalige Bundespräsident Scheel im Iran noch mit dem Schah „sehr konkrete“ Gespräche über „den Terrorismus als eine internationale Erscheinung, deren Bekämpfung eine weitere enge Zusammenarbeit der Staaten erforderlich machten“.¹

1979 gelang es den Völkern des Iran das mörderische Schah-Regime zu stürzen. In diesen revolutionären Kämpfen gegen die reaktionären bewaffneten Kräfte des Schah-Regimes haben zirka 70.000 Menschen ihr Leben gegeben. Für die Imperialisten kam es nunmehr darauf an, die revolutionären Kräfte zu neutralisieren, die Kampfesstimmung zu entschärfen und gegen einen anderen Feind zu lenken. Das Khomeini-Regime mit seiner reaktionären, sich auf den Islam berufenden Doktrin war für diese Aufgabe geradezu ideal. Den Kräften um Khomeini, die im Iran über eine breite Basis und weit verzweigte Verbindungen unter den reaktionären Klassen und Elementen des Iran verfügten, gelang es relativ rasch an die Führung zu gelangen.² Sie warteten nicht lange, bis sie erneut die blutige Konterrevolution losließen: Das konterrevolutionäre Khomeini-Regime dachte nicht daran, den Unterdrückungsapparat des Schah-Regimes zu zerschlagen, im Gegenteil setzten sie ihn unter neuer Führung ein, um die Revolution im Blut zu ersticken. Innerhalb von wenigen Monaten hatten sie hunderte von Revolutionären ermordet. Zigttausende wurden in die alten berüchtigten Gefängnisse und Folterkammern gesperrt. Zehntausende mussten wieder ins Exil fliehen. Die für ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Kurdinnen und Kurden sowie anderen unterdrückten Nationalitäten des Iran wurden mit konterrevolutionären Unterdrückungsfeldzügen niedergemacht.

Noch vor dem Aufstand gegen das Schah-Regime hatten sich die Ayatollahs Beheshti und Musawi Ardabili, Bazargan und andere mit dem US-General Huyer getroffen und waren mit dem US-Imperialismus überein gekommen, auf jeden Fall eine Herrschaft der werktätigen und ausgebeuteten Massen zu verhindern, das vom Imperialismus abhängige System zu schonen und besonders die Söldner-Armee des Schah-Regimes in ihren Grundstrukturen beizubehalten und sie vor dem Zorn der Massen zu schützen. Während

die Vertreter des faschistischen Khomeini-Regimes zum Betrug der Volksmassen ein „antiimperialistisches“, vor allem aber antiamerikanisches Getöse veranstalteten, versicherten sie insbesondere auch gegenüber den westdeutschen Imperialisten ihre Zuverlässigkeit. In der Zeitschrift „Keyhan“ vom 17.12.80 beteuerte ein iranischer Regierungssprecher gegenüber dem deutschen Monopolkapital ausdrücklich: „Die Sorgen der bundesdeutschen Investoren und Industriellen entbehren jeder Grundlage und beruhen auf Missverständnissen, die ihren Schatten auf die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder geworfen haben...“ „Wir beabsichtigen nicht, im Iran ausländisches Eigentum zu beschlagnahmen, und sollte dieser Fall eintreten, so werden die Deutschen ohne Zweifel entschädigt werden.“³

Auch wenn der Prozess der festen Bindung des Khomeini-Regimes an die imperialistischen Großmächte keineswegs problemlos, geradlinig und ohne Brüche war, so bleibt diese feste Bindung unter dem Strich doch eine unbestreitbare Tatsache. Besonders die unter dem Schah-Regime mit den imperialistischen Mächten abgeschlossenen Abkommen über Erdöllieferungen blieben weiter in Kraft.

Westdeutschland blieb trotz eines zeitweiligen Rückgangs der Ausfuhren der größte westliche „Handelspartner“ des Iran.⁴ Der westdeutsche Imperialismus baute seinen imperialistischen Einfluss im Iran weiter aus, wobei er vor allem seine wirtschaftliche Position zunehmend direkt gegen den US-Imperialismus stärken konnte. So stattete im November 1988 der damalige Außenminister des westdeutschen Imperialismus, Genscher, an der Spitze einer dreißigköpfigen Delegation hochkarätiger Vertreter des westdeutschen Kapitals, von Krupp, Siemens bis hin zur Lufthansa, dem Khomeini-Regime einen Besuch ab, um Milliardengeschäfte abzuschließen. Begleitet und vorausgegangen waren dem Besuch Massenhinrichtungen von politischen Gegnern des Khomeini-Regimes.⁵

Den von 1980 bis 1988 tobenden Krieg zwischen Iran und Irak nutzten und schürten die westdeutschen Imperialisten, um ihren Einfluss in dieser Region massiv zu verstärken. Der von beiden Seiten ungerechte, reaktionäre Iran-Irak-Krieg war eine barbarische Schlächtere, die allein auf Seiten des Iran schätzungsweise eine Million Tote forderte.⁶ Die westdeutschen Imperialisten schürten diesen Krieg gezielt auf beiden Seiten, indem sie beide Seiten mit Nachschub und Ausrüstung versorgten.

- Der Irak erhielt etwa militärische Transportfahrzeuge im Wert von 6,3 Mrd. DM, der Iran im Wert von 6,1

Mrd. DM. Die Deutsche Bank, MBB, Fa. Kolb u. a. finanzierten und bauten in Samarra/Irak eine Fabrik zur Produktion von Giftgas, das für den mörderischen Giftgas-Einsatz im Krieg gegen den Irak, insbesondere auch für die barbarischen Giftgasmorde in Halabja/Irak-Kurdistan eingesetzt wurde.⁷

- Der Iran erhielt U-Boote, G3-Sturmgewehre (Heckler und Koch), Daimler-LKW, Kampfpanzer TAM und Raketen.⁸ Der Irak erhielt zur gleichen Zeit Kampfhubschrauber (Messerschmidt-Bölkow-Blohm), Erdkampfflugzeuge, Panzerabwehrwaffen, Flugabwehrraketensysteme, Exocet-Raketen.⁹
- Die Bundeswehr entsandte gleichzeitig Militärtasches sowohl in den Irak als auch in den Iran. Sie sollten im Interesse des deutschen Imperialismus und Militarismus „Erkenntnisse in einer Region sammeln, die von besonderer Bedeutung ist“.¹⁰

Daran zu erinnern ist nicht überflüssig angesichts der heuchlerischen „Sorge“ von Vertretern des deutschen Imperialismus über das Militärpotential des Iran heute!

Schlaglichter zum heutigen wirtschaftlichen Einfluss des deutschen Imperialismus im Iran

Deutschland ist unter den imperialistischen Großmächten der wichtigste Handelspartner Irans.¹¹ Iran ist für die deutschen Imperialisten das wichtigste Exportland in dieser Region. Deutsche Unternehmen haben im Jahr 2005 Waren und Dienstleistungen im Wert von rund fünf Milliarden Euro nach Iran exportiert. Das ist eine Steigerung von über 30 Prozent innerhalb eines Jahres.¹² Umgekehrt wurden 2005 aus dem Iran lediglich Waren im Wert von 450 Mio. Euro importiert (v. a. Teppiche und Lebensmittel).¹³ Das ist zwar nur rund ein Zehntel des deutschen Exports in den Iran. Dennoch exportiert der Iran in kein Land der Erde so viele Nichterdöl-Produkte wie nach Deutschland (rund 10 Prozent der Gesamtausfuhren).¹⁴ Der Erdöllimport aus dem Iran spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Große deutsche Konzerne, aber auch weniger große Unternehmen investieren jährlich zweistellige Millionenbeträge im Iran.¹⁵

Vor allem in den Zweigen Petrochemie, Maschinen, Elektrotechnik und Kraftfahrzeuge sind deutsche Unternehmen im Iran stark vertreten. Den größten Anteil haben Lieferungen deutscher Großanlagenbauer, wobei die Hälfte der Aufträge der Großanlagenbauer auf Kraftwerke entfällt.¹⁶ Der deutsche Konzern Linde

Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG zur Revolution im Iran:

- **Es lebe die bewaffnete Volksrevolution im Iran unter Führung des Proletariats!**, Flugblatt, November 1978, 4 Seiten, DIN A4.
- **Kampf gegen jegliche Aggression aller Imperialisten in Afghanistan, im Iran, in der Türkei.** Russische Sozialimperialisten raus aus Afghanistan!, Flugblatt, Februar 1980, 6 Seiten, DIN A4.
- Die gegenwärtigen bürgerlichen Machthaber im Iran betrügen die Volksmassen und unterdrücken sie! **Die Revolution im Iran muss weitergehen!**, Kritik am Artikel „Hände weg vom Iran!“ aus „Zeri i Populli“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, Broschüre (GDS Nr. 16), April 1980, 60 Seiten, DIN A4, 1 •.
- **Die herrschende Klasse im Iran begeht faschistische Verbrechen!**, Flugblatt, Juni 1981, 2 Seiten, DIN A4.
- **Eine klare Trennungslinie zwischen Revolution und Konterrevolution im Iran und in Afghanistan ziehen!** Solidarität mit dem Kampf der Revolutionäre!, Zeitung (GDS Nr. 25), September 1981, 16 Seiten, DIN A3, 1 •.
- **Nieder mit der faschistischen Aggression des Imperialismus und der herrschenden Klassen der Türkei, Iraks und Irans gegen Kurdistan!** Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus – keine Einheit mit den Saboteuren und Verrätern am antiimperialistischen Kampf!, Flugblatt, Juni 1983, 2 Seiten, DIN A4.
- **Kritik am Programm der KP Irans (Mai 1982). Thesen.** Anhang: Kritik an Komeleh vom 30.3.1982, Broschüre, November 1984, 20 Seiten, DIN A5, 0,50 •.
- **Zum Krieg Iran - Irak: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!**, Flugblatt, Februar 1987, 2 Seiten, DIN A3.
- **Gegen die Henker der Völker Irans und ihre westdeutschen Drahtzieher!**, Flugblatt, Dezember 1988, 2 Seiten, DIN A4.
- **Die Giftgasgeschäfte des westdeutschen Imperialismus dienen der Kriegsvorbereitung!**, Flugblatt von WESTBERLINER KOMMUNIST, Juni 1990, 2 Seiten, DIN A3.

Prüfsteine

Programmatische Grundsatzklärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats
und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und
die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution
im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und
prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus
orientierten Kräfte der ganzen Welt



198 Seiten, DIN A5, erhältlich gegen 5 Euro + Porto
bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920.

z.B. hatte Ende 2005 Aufträge aus dem Iran in Höhe
von 700 Millionen Euro (vor allem Bau von Anlagen
der Kunststoffindustrie).¹⁷

Daimler-Chrysler baut im Iran Lkw-Motoren.¹⁸
Auch VW hat im Iran Produktionsstätten.¹⁹

Insgesamt haben rund 5000 deutsche Unternehmen
Geschäftsbeziehungen mit dem Iran, davon ca. 2000
mit eigenen Büros im Iran. Der offiziellen Deutsch-
Iranischen Industrie- und Handelskammer, die 1975
in Teheran von 100 Kapitalisten gegründet wurde,
gehören heute 1.700 Mitglieder an.²⁰ Damit ist sie eine
der fünf größten Auslandshandelskammern Deutsch-
lands. Außerdem vertritt die DIHK sechs deutsche
Messegesellschaften. Allein im Jahr 2004 besuchten
mehr als 5000 iranische Unternehmen Messen in
Deutschland.²¹

Mit ihren Hermesbürgschaften gegenüber dem Iran
in Höhe von ca. 1 Milliarde Euro liegt die deutsche
Bundesregierung weltweit an erster Stelle, was die
Absicherung von Handelsgeschäften mit Iran be-
trifft.²²

Das deutsche Monopolkapital treibt seinen Einfluss
im Iran bewusst „diskret“ voran: „*Der Öffentlich-
keit ist die Bedeutung Irans für die deutsche Wirt-
schaft in der Regel nicht bewusst. Auch deshalb
nicht, weil die ausländischen Investoren diskret
auftreten, um ihre Geschäfte mit den USA nicht zu
gefährden.*“²³

Gleichzeitig verstärkt der deutsche Imperialismus
auch „kulturell“ seine Präsenz im Iran. Das deutsche
„Orient-Institut“ in Hamburg verfügt über sehr gute
Kontakte in den Iran. Enge Zusammenarbeit besteht
auch zwischen deutschen und iranischen Universitä-
ten.

Für den proletarischen Internationalismus, gegen europäischen Chauvinismus und deutsches Herrenmenschentum

Gegen den Chauvinismus und Nationalismus, gegen die angebliche Interessenseinheit mit
den eigenen Ausbeutern und die Überheblichkeit gegenüber dem „Rest der Welt“ stellt die
Kommunistische Partei den proletarischen Internationalismus, die Solidarität und Einheit
der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder. Die Gründe für die Anwendung der Prinzipien
des proletarischen Internationalismus und davon ausgehend für die Analyse der internati-
onalen Lage können und müssen in Deutschland in dreifacher Hinsicht zusammenhängend
erklärt und propagiert werden:

- Als Maxime der revolutionären Bewegung in jedem Land ist der proletarische Internatio-
nalismus im Ziel der proletarischen Weltrevolution, dem Weltkommunismus begründet.
- Der proletarische Internationalismus legt zusätzlich besondere Verpflichtungen im Kampf
gegen den Chauvinismus vor allem in den Ländern der imperialistischen Großmächte auf,
hier insbesondere gegen den aus der Kolonialzeit stammenden europäischen Chauvinis-
mus.
- Der proletarische Internationalismus legt vor allem besondere Verpflichtungen im Kampf
gegen den deutschen Chauvinismus auf, die sich aus der Geschichte, Gegenwart und Zu-
kunft Deutschlands ergeben.

Der proletarische Internationalismus ist zunächst der Ausdruck dessen, dass der zu einem
die ganze Welt umfassenden System herangewachsene Kapitalismus, der Imperialismus,
endgültig nur gemeinsam durch das Proletariat aller Länder und seine Verbündeten welt-
weit vernichtet und so der Weltkommunismus erkämpft werden kann. Die Forderung der
Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter untereinander, der Einheit des Proletariats aller
Länder – ausgedrückt in der Losung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ „Proleta-
rier aller Länder, vereinigt euch!“ – wie der Hegemonie des Weltproletariats innerhalb der
Kräfte der proletarischen Weltrevolution bilden den Kern des proletarischen Internationalis-
mus. Vom Ziel der proletarischen Weltrevolution ausgehend enthält der proletarische Inter-
nationalismus weiterhin die Verpflichtung für das Proletariat eines jeden Landes, die Inter-
essen der Revolution im „eigenen“ Land dem Prozess der proletarischen Weltrevolution
unterzuordnen. Die Interessen der proletarischen Weltrevolution als Ausgangspunkt neh-
men, bedeutet für das Proletariat eines jeden Landes, die Vorbereitung und Durchführung
der proletarischen Revolution im „eigenen“ Land als größtmöglichen Beitrag zur proletari-
schen Weltrevolution mit der maximalen Unterstützung der Revolution in den anderen Län-
dern zu verbinden und „ein Höchstmaß dessen durchzuführen, was in einem Land (dem
eigenen) für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern
durchführbar ist“ (Lenin).

Thesen aus: Prüfsteine – Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

¹ Zitiert nach Frankfurter Rundschau, 25.4.78.

² Für den Sieg einer wirklich ant imperialistisch-antifeudalen Revolu-
tion fehlte vor allem die feste, vom wissenschaftlichen Kommu-
nismus, von der Theorie der Revolution im Iran geleitete Kommu-
nistische Partei, welche über die unmittelbaren Aufgaben des Tages
hinaus klar die Aufgaben der Revolution und die Gefahren der
Konterrevolution erkannt hätte (siehe dazu genauer GDS Nr. 16: Die
gegenwärtigen Machthaber im Iran betrügen die Volksmassen und
unterdrücken sie! Die Revolution im Iran muss weitergehen!, April
1980, und GDS Nr. 25: Eine klare Trennungslinie zwischen Revolu-
tion und Konterrevolution im Iran und in Afghanistan ziehen!, Sep-
tember 1981).

³ Zitiert nach Artikel der Union Iranischer Studenten in der BRD und
Westberlin, Mitglied der weltweiten Union Iranischer Studenten im
Ausland (Sympathisant der PEYKAR), abgedruckt in: GDS Nr. 25,
September 1981, S. 7.

⁴ Siehe FR, 10.4.80.

⁵ In bürgerlichen Zeitungen wurden Zahlen bis 1.200 Hinrichtungen
damals genannt (siehe FR, 3.12.88).

⁶ Siehe Clemens Ronnefeldt: Krieg gegen Iran? Hintergründe und
Perspektiven, Bonn 2005, S. 2.

⁷ Zu den Giftgasmachenschaften des deutschen Imperialismus hat
der Westberliner Kommunist im Oktober 1989 einen ausführlichen
Artikel veröffentlicht, in dem die Giftgasgeschäfte in Libyen und

dem Irak vor dem Hintergrund der besonderen Rolle von Giftgas in
der Geschichte des deutschen Imperialismus dargestellt wurden.

⁸ Middle East Economic Digest, 12.4.85, siehe ausführlicher GDS-
Flugblatt vom Februar 1987: Zum Krieg Iran-Irak – Deutsche Waf-
fen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt.

⁹ Neue Zürcher Zeitung, 9.8.84.

¹⁰ FR, 26.7.86, ¹¹ FR, 6.2.06.

¹² J. Schucht: Iran abgestraft, Deutschland auch?, [www.n24.de/
politik/ausland/?a20006011117282788939](http://www.n24.de/politik/ausland/?a20006011117282788939), 12.1.06.

¹³ Stern 7/06, S. 50.

¹⁴ Siehe Clemens Ronnefeldt: Krieg gegen Iran? Hintergründe und
Perspektiven, Bonn 2005, S. 5.

¹⁵ FR, 6.2.06, ¹⁶ faz.net, 7.2.06, ¹⁷ Stern 7/06, S. 50, ¹⁸ Stern 7/06,
S. 50, ¹⁹ FR, 6.2.06.

²⁰ Bereits 1936, also unter den Nazi-Faschisten, wurde eine
Deutsch-Iranische Handelskammer e.V. in Berlin gegründet ([http://
iranreloaded.q2u.net/archives/002718.html](http://iranreloaded.q2u.net/archives/002718.html)).

²¹ Homepage der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskam-
mer, <http://www.dihk-ir.com>.

²² Siehe Clemens Ronnefeldt: Krieg gegen Iran? Hintergründe und
Perspektiven, Bonn 2005, S. 5.

²³ FR, 6.2.06

Anzeige

**Buchladen
Georgi Dimitroff**
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

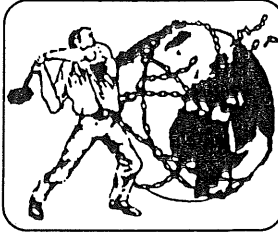
GEÖFFNET
Samstags 10.00 - 13.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich:

in Berlin: M99, Manteuffelstr. 99; in Bonn: Antiquariat Markov, Breite Str. 52; in Braunschweig:
Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55; in Dortmund: Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44; in
Duisburg: Antiquariat, Pulverweg 33; in Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23;
in Göttingen: Roter Buchladen, Nikolaikirchhof 7; in Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel,
Schulterblatt 55; in Hannover: Internationalismus-Buchladen, Engelsbosteler Damm 4; in Karlsruhe:
Der Andere Buchladen, Marienstr. 15; in Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; in Köln: Der Ande-
re Buchladen, Weyertal 32; in München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43; in Nürnberg: Lite-

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/06

April 2006

Gegen deutsch-chauvinistische Überheblichkeit:

Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter. Solidarität! Nicht nur mit den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit, nicht nur besonders mit den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern der Welt, sondern gerade auch im eigenen Land. Hier geht es um praktische Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, die vor Jahrzehnten oder erst in den letzten Jahren eingewandert sind. Hier geht es um die praktische Solidarität mit den Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, den Saisonarbeiterinnen und -arbeitern, mit den Flüchtlingen, die besonders unterdrückt und ausgebeutet werden.

Der Kapitalismus beruht auf der Konkurrenz der Arbeiterinnen und Arbeiter

Durch das Streben nach Profitmaximierung verschärft die deutsche Bourgeoisie mit allen Mitteln die Ausbeutung und benutzt dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, um die Konkurrenz unter den Arbeiterinnen und Arbeitern zu entfachen und zu verschärfen: Zum einen, indem sie Entlassungen, Fabrikschließungen und Produktionsverlagerung ins Ausland androhen. Zum andern, indem sie die Arbeiterinnen und Arbeiter im eigenen Land gegeneinander auszuspielen versuchen: „Junge“ gegen „Alte“, „West“ gegen „Ost“, „Arbeitsplatzbesitzer“ gegen „Erwerbslose“, „EU-Bürger“ gegen „Nicht-EU-Bürger“, „Deutsche“ gegen „Ausländer“ (oder im Lafontaine-Jargon „Fremdarbeiter“), „Legale“ gegen „Illegale“.

Die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die damit erreicht werden soll, ist nur eine Seite der Medaille. Schmeicheleien, Besserstellung, Privilegien gegenüber den inländischen, genauer: deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern sind dabei Mittel, um die Überheblichkeit, den deutschen Chauvinismus in den Köpfen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter zu verstärken. In einem Zirkularbrief an die Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation erläutert Marx 1870 diesen Mechanismus am Beispiel des von England unterdrückten Irland und den in England arbeitenden irischen Migrantinnen und Migranten:

„Zweitens hat die englische Bourgeoisie das irische Elend nicht nur ausgenutzt, um durch die erzwungene Einwanderung der armen Iren die Lage der Arbeiterklasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zweierlei feindliche Lager gespalten... es herrscht in allen großen Industriezentren Englands ein tiefer Antagonismus zwischen dem irischen und englischen Proletariat. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den standard of life herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien. Er betrachtet ihn fast mit denselben Augen, wie die poor whites der Südstaaten Nordamerikas die schwarzen Sklaven betrachteten.“

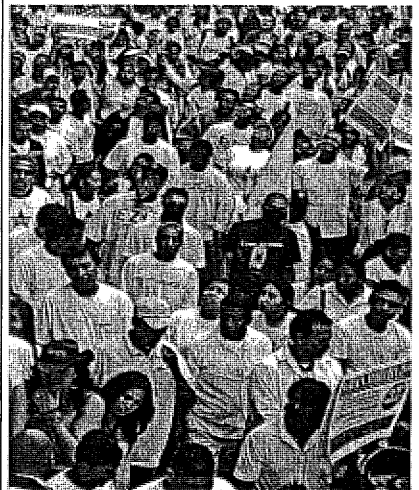
(Marx, Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz, 1870, Werke Band 16, S. 388)

In einem Brief beschreibt Marx, der zu dieser Zeit in England im Exil lebte, ergänzend die Manöver der Schmeichelei, Privilegierung und Aufhetzung durch die Kapitalisten, tagtäglich tausendfach propagiert in „Presse, Kanzel, Witzblättern“, der die Arbeiterinnen und Arbeiter der Unterdrückernation chauvinistisch verhetzen und an die eigene Bourgeoisie binden soll:

„Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich deswegen

Millionenfacher Protest in den USA gegen die Kriminalisierung illegaler Migrantinnen und Migranten

Seit mehreren Wochen kämpfen Migrantinnen und Migranten zusammen mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern in den USA gegen eine Verschärfung des Immigrationsrechts. Insgesamt stellen die – legalen und illegalen – Einwanderinnen und Einwanderer hauptsächlich aus Mittelamerika mit 40 Millionen Menschen ein Siebtel der US-Bevölkerung und damit die inzwischen stärkste Minderheit des Landes dar. Unter den momentan rund 10-12 Millionen illegalen Migrantinnen und Migranten, die in den USA leben und arbeiten, bilden sie die größte Gruppe. Allein bei dem Versuch der illegalen Einwanderung über die mexikanisch-US-amerikanische Grenze sind seit 1994 mehr als 4.000 Illegale in Folge der verschärften Grenzüberwachung und -militarisierung ums Leben gekommen.



Demonstration in Los Angeles am 24.3.06

Der geplante Gesetzesentwurf gegen illegale Einwanderer sieht u.a. den Bau eines 1000 km langen Zauns entlang der Grenze zu Mexiko und den Ausbau von Internierungscamps vor. Illegale Einwanderung soll künftig nicht mehr als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat verfolgt und illegale abgeschoben werden. Gleichzeitig sollen alle, die illegalen Hilfe und Unterstützung leisten, kriminalisiert werden. Durch ein sog. „Gastarbeiter-Programm“ sollen illegale gleichzeitig den Status von Migranten zweiter Klasse erhalten, indem ihnen zwar ein temporäres Arbeitsvisum bewilligt, aber die rechtliche Gleichstellung mit legalen Migrantinnen und Migranten (als Voraussetzung, um z. B. den Führerschein zu machen, Kinder in Schulen anzumelden usw.) vorzuenthalten wird.

Die Debatte um die Gesetzesverschärfung wird begleitet von einer allgemeinen „Anti-Illegalen-Stimmung“ – so sind laut Umfragen bürgerlicher Zeitungen wie

Fortsetzung nächste Seite



Hotelarbeiterinnen und -arbeiter auf der Demonstration in Boston am 10.04.06

der Washington Post zufolge rund 70 % der befragten US-Bürger der Ansicht, daß „die Regierung zu wenig gegen illegale Migration unternimmt“ – bis hin zu offen rassistischer Hetze insbesondere von Vertretern der „Republikanischen Partei“. Gleichzeitig werden verstärkt private rassistische bewaffnete Gruppen wie die „Minutemen“ gebildet, die die Grenzüberwachung und die Jagd auf Illegale in die „eigenen Hände“ nehmen.

Die Proteste dagegen nahmen seit vergangen März zu. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es das erste Mal, daß sie sich politisch engagierten. In zahlreichen Städten demonstrierten Hunderttausende. So fand am 25. März mit 500.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die bisher größte Demonstration in der Geschichte von Los Angeles statt. In den Wochen darauf weiteten sich die Proteste noch aus. Am Wochenende des 8./9. April beteiligten sich Demonstrantinnen und Demonstranten noch zahlreicher. In Washington gingen fast 1 Million auf die Straßen, in zahlreichen Städten fanden die bisher größten Demonstrationen ihrer Geschichte statt, so etwa in Dallas mit 500.000, in San Diego mit 100.000, in Houston mit 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Der kommende 1. Mai soll zu einem historischen Aktionstag werden mit Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Protestaktionen.

Neben den Großdemonstrationen beteiligen sich auch die Schülerinnen und Schüler an den Protesten durch Schulstreiks, wie etwa Ende März, als in Los Angeles, San Diego, San Francisco, Houston, Utah, Michigan und Nevada über 25.000 Schülerinnen und Schüler streikten. Ein weiteres Anliegen der Protestierenden ist die Wiedereinstellung von Beteiligten der Proteste, die aufgrund ihres Engagements gefeuert worden waren.

Die Demonstration in New York - mit 125.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern - ist ein anschauliches Beispiel in vielerlei Hinsicht. Während etwa in Los Angeles unter dem Druck der Protestbewegung auch der Bürgermeister und der Polizeichef gezwungen war, sich an der Demonstration zu beteiligen, wurden in New York durch massenhafte Polizeipräsenz, schikanöse Behandlung, doppelte Absperungen und Überwachung durch Scharfschützen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeschüchtert.

Gleichzeitig bekamen Figuren wie Hillary Clinton und andere Repräsentanten der in der Opposition befindlichen sog. „Demokratischen Partei“ Gelegenheit, große Worte zu schwingen, um sich vor den Protestierenden zu profilieren. Dabei verfolgen sie nicht nur das kurzfristige Ziel, Unterstützung für die Kongreßwahlen im November zu erhalten, sondern wollen auch den „American Dream“ und die Ideologie des US-amerikanischen Nationalismus verstärken. Ähnlich wie die reaktionäre Gewerkschaftsführung in Deutschland in der Debatte um dem Kampf für rechtliche Gleichstellung von Migranten, lehnt auch die US-Gewerkschaftsführung der AFL-CIO eine klare Aussage für die Unterstützung der Proteste ab, ist besorgt um die „Sicherheit der Nation“.

Diese Versuche, mit den berechtigten Protesten den US-amerikanischen Nationalismus zu transportieren und parlamentarische Illusionen zu schüren, werden von den fortschrittlichen Kräften der Protestbewegung bekämpft.



Demonstration in Tucson am 10.04.06

(Quellen: [de.indymedia.org/Marschieren für Immigrantenrechte in den USA.htm](http://de.indymedia.org/Marschieren_für_Immigrantenrechte_in_den_USA.htm); www.labournet.de/internationales/usa/migrantenwiderstand.html; taz, 14. April 06)

eben zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, nationale und soziale Vorurteile gegen ihn ... Der Irländer pays him back with interest in his own money (zahlt ihm mit gleicher Münze zurück, A.d.V.). Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland.

Dieser Antagonismus wird künstlich wach gehalten und gesteigert durch Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz allen den herrschenden Klassen zu Gebote stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse.“

(Marx, Brief an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9. April 1870, Werke Band 32, S. 668 f.)

War es schon zu Marx' Zeiten so, daß – wie am Beispiel England/Irland – in einem Land eben nicht nur eine Nation, nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter einer Nationalität lebten, so hat sich dies durch den Prozeß der „modernen Völkerwanderung“ (Lenin) noch weiter entwickelt. Der Kapitalismus ist international und die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, auf dem „Arbeitsmarkt“ ihre Ware anbieten. Sie suchen dort Arbeit, wo ihre Arbeitskraft scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger, Armut und elende Lebensbedingungen sind die wesentlichen Gründe, warum Arbeiterinnen und Arbeiter außerhalb des eigenen Landes ihre Arbeitskraft, ihren einzigen Besitz, zum Verkauf anbieten.

Im Imperialismus, wo eine Handvoll Großmächte die Welt unter sich aufgeteilt hat, sind solche elenden Lebensbedingungen in den von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten Ländern die Regel. Dies ist eine unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung der abhängigen Länder, der Auspressung riesiger Extraprofiten aus den Werktätigen dieser Länder durch die Imperialisten.

Lenin schrieb in seiner Schrift „Kapitalismus und Arbeiteremigration“ schon 1913, daß der Kapitalismus eine besondere Art der Völkerwanderung hervorgebracht hat:

„Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte von Werst (russisches Längenmaß, A.d.V.) weit verschlagen.“

(Lenin, Kapitalismus und Arbeiteremigration, 1913, Werke Band 19, S. 447)

Und heute? Speziell der deutsche Imperialismus hat in den letzten 15 Jahren nicht ohne Erfolg versucht, sich in den Ländern Ost- und Südosteuropas eine Art „Hinterhof“ zu schaffen. Wurden in den 60er und 70er Jahren Arbeitskräfte vom deutschen Imperialismus hauptsächlich in Südeuropa und der Türkei „angeworben“, so setzte in den 90er Jahren verstärkt eine Wanderbewegung aus Osteuropa, aber auch Afrika und Asien ein. Diese Erscheinung nutzt der deutsche Imperialismus bewußt:

■ Die neu eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter bilden eine industrielle Reservearmee, ein Heer von Arbeitskräften, das gezwungen ist, sich für Hungerlöhne und unter miserablen Arbeitsbedingungen zu verkaufen. Mit dem Verweis auf die zahlreichen „Arbeitswilligen“, die auch für weniger zu schufteten gezwungen sind, drücken die Kapitalisten die Löhne und verschlechtern die Ar-

beitsbedingungen. Die weitgehende Rechtslosigkeit der eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter ist ein zentrales Mittel der Kapitalisten, um gerade bei verstärkter Erwerbslosigkeit oder auch in Arbeitskämpfen Druck auszuüben, um eine entstehende gemeinsame internationalistische Kampffront zu untergraben.

■ Andererseits nützt der deutsche Imperialismus diese Möglichkeit zur Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter, um nach dem Motto „Teile und Herrsche“ seine Herrschaft zu sichern, zur Schürung von deutschem Nationalismus und Chauvinismus, um insbesondere die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter an sich zu binden.

Gerade vor diesem Hintergrund ist für die kommunistischen Kräfte von großer Bedeutung, daß diese moderne Völkerwanderung nicht nur automatische Folge des Imperialismus ist, sondern auch große Chancen und Aufgaben im Kampf für die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter bietet. Lenin führte dazu aus:

„Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und die Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.“

(Lenin, Kapitalismus und Arbeiteremigration, 1913, Werke Band 19, S. 447 f.)

Die besondere Unterdrückung und Ausbeutung polnischer Werktätiger in Deutschland bekämpfen!

Wenn wir die Geschichte der Unterdrückung der polnischen Werktätigen durch den deutschen Imperialismus genauer betrachten, fällt auf, daß schon im deutschen Kaiserreich ab 1880 vor allem polnische Landarbeiterinnen und Landarbeiter „angeworben wurden“, die insbesondere für die ostelbischen junkerlichen Großgrundbesitzer schufteten mußten und systematisch in temporär befristeten Arbeitsverhältnissen mit anschließender Ausweisung und Abschiebung ausgebeutet wurden.

Während des Zweiten Weltkriegs beging der deutsche Imperialismus unglaubliche Verbrechen an den Völkern Osteuropas, insbesondere auch an der polnischen Bevölkerung. Die deutschen Nazi-Besatzter ermordeten sechs Millionen Polen und Polen, davon über drei Millionen jüdischer Herkunft. Der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen markierte auch einen Einschnitt im nazi-faschistischen Sklavenarbeiterprogramm. Hunderttausende polnische Kriegsgefangene wurden zur Sklavenarbeit gezwungen und es begann die systematische Verschleppung und Versklavung von zwei Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern mit lügnischen Versprechungen, Erpressung und vor allem mit brutaler Gewalt, mit Razzien bis hin zu regelrechten Treibjagden. Wer sich weigerte oder zu flüchten versuchte, wurde ermordet. In Viehwaggons wurden die Verschleppten unter schrecklichen Bedingungen ins „Deutsche Reich“ deportiert und dort in Zwangsarbeiterlager gepfercht. Die polnischen Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter wurden vor allem in der Landwirtschaft brutal ausgebeutet. Im März 1940 verschärften die Nazi-Faschisten mit den sogenannten „Polen-Erlassen“ die Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter. Sie mußten in

Was wir von den beispielhaften massenhaften und militanten Kämpfen gegen das „Berufsanfängergesetz“ in Frankreich lernen können

Nach mehreren Wochen andauernden massenhaften Kämpfen mußte die französische Regierung Mitte April 2006 schließlich - zumindest vorläufig - das geplante sog. „Berufsanfängergesetz“ (CPE - Contrat Première Embauche) zurücknehmen, das es den Kapitalisten hatte ermöglichen sollen, bei Verträgen mit Jugendlichen unter 26 Jahren für die Dauer einer zweijährigen Probezeit jederzeit ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Wie war dieser Erfolg möglich? Was waren die Besonderheiten dieses Kampfes?

■ Zunächst waren die Proteste und Kampfaktionen massenhaft, andauernd und erfaßten ganz Frankreich. Allein am 18. März demonstrierten Frankreich weit rund 1,5 Millionen Menschen, in Paris waren es an diesem Tag rund 350.000. Über Wochen hinweg, von Februar bis April 2006, kam es täglich zu kämpferischen Demonstrationen und Protestaktionen im ganzen Land. Universitäten und Schulen wurden bestreikt und besetzt (zeitweise waren mehr als 800 Schulen und über 70 der insgesamt 88 Universitäten vom Streik erfaßt), unterstützt von Solidaritätsstreiks der Arbeiterinnen und Arbeiter. An Schulen und Unis wurden Streikposten aufgestellt und es bildeten sich Streikkomitees. Rathäuser, Gebäude der Handelskammer, Sitze der Regierungspartei UMP wurden gestürmt, Autobahnen, Bahnhöfe und Bahngleise blockiert. Mit sorgfältig geplanten spektakulären und „symbolträchtigen“ Protestaktionen wie etwa die Besetzung der „ehrwürdigen“ Pariser Universität Sorbonne am 9. März durch rund 200 Studentinnen und Studenten machten die Kämpfenden auch international auf ihr Anliegen aufmerksam.

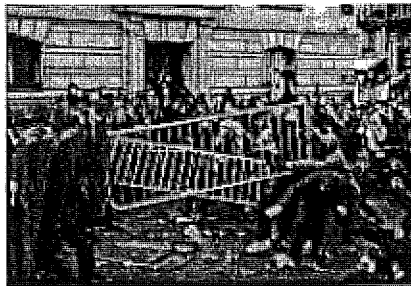
■ Es gelang den Herrschenden auch durch Hetze der bürgerlichen Politiker und Medien bis hin zu den Gewerkschaftsfürsten gegen „gewalttätige Randalierer“ nicht, die Protestbewegung zu spalten. Vielmehr machten die Kämpfenden die Erfahrung, daß sie den vorgegebenen Rahmen des Legalismus überschreiten, kämpferisch, militant und teilweise auch gewaltsam agieren mußten, wollten sie besetzte Gebäude gegen die Stürmung durch die Polizei verteidigen, Zivilpolizisten auf Demonstrationen vertreiben, Protestmärsche und Blockaden gegen die Polizei durchführen usw.

■ Die Polizei ging gegen die Protestierenden auf Demonstrationen und bei Blockaden mit großer Brutalität vor. So wurde bei der Großdemonstration in Paris am 18. März Cyril Perez, ein Aktivist der Gewerkschaft SUD, von der Polizei angegriffen und lebensgefährlich verletzt und lag danach im Koma. Massenhafte Festnahmen – allein am Wochenende vom 18./19. März rund 170 – sollten die Protestierenden ein-

schüchtern. In Eilprozessen wurden bis zu drei Monaten Haft ohne Bewährung als Exempel verhängt. Im Verlauf der Proteste knüppelten Polizei und CRS-Spezialeinheiten Demonstranten und Blockierer nieder. Zum Einsatz kam gleichzeitig ein ganzes Netz von Zivilpolizisten, die bei Protestaktionen in Zivilkleidung als Spitzel agierten, um Einzelne aus der Demonstration heraus abzugreifen. Die Streikenden mußten sich dabei nicht nur gegen Polizei und Polizeispitzel, sondern auch gegen faschistische Schlägerbanden zur Wehr setzen. Die faschistische Presse hetzte gegen die Protestbewegung und versuchte, sich bei den Herrschenden als Speerspitze einer Streikbrecherbewegung zu profilieren. So tauchten am 14. März.



Szene der Demonstration in Paris am 18.3.06



Militante Kämpfe gegen die Polizei bei der Sorbonne am 14.3.06

mehrere Dutzend mit Knüppeln und Eisenstangen bewaffnete Faschisten vor der bestreikten Sorbonne auf und griffen diese mit Rufen wie „Parasiten raus aus den Unis!“ an. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich zwei Tage später in der Uni in Toulouse, die sich gerade einen Tag zuvor dem Streik angeschlossen hatte. Bewaffnete Faschistenbanden überfielen mit Helmen, Eisenstangen und Tränengas die Streikposten vor der Uni. Einige anwesende Professoren ermutigten die angreifenden Faschisten ungeniert und offen, so daß der Präsident der Uni in einer Presseerklärung über die vorübergehende Uni-Schließung nicht umhin kam, „mangelnde Zurückhaltung“ der Lehrkräfte zu beklagen.

■ Der massenhafte Umfang der Kämpfe in Frankreich beruhte auf einem gemeinsamen und solidarischen Kampf, den die Studentinnen und Studenten, SchülerInnen und Schüler, Arbeiterinnen und Arbeiter, Erwerbslose, Jugendliche aus den Banlieus, Sans Papiers und Illegale führten. Die Kämpfenden ließen sich nicht gegeneinander ausspielen, ließen sich nicht von Spaltungsmanövern und Schmeicheleien in die Irre führen, die eine Kluft zwischen „Franzosen“ und „Migranten“, zwischen den „Jugendlichen in den Banlieus“ und den

„Schülern und Studenten“, zwischen „Alten“ und „Jungen“, zwischen „Arbeitenden“ und „Erwerbslosen“, zwischen „friedlichen Demonstranten“ und „gewalttätigen Randalierern“ herstellen wollten.

■ Die Kämpfenden besaßen Mißtrauen gegenüber Defätismus, faulen Kompromissen und Illusionsmacherei der Handlanger der französischen Bourgeoisie. Sie ließen sich auch nicht von defätistischen Beteuerungen einiullen, wie etwa, als die französische Regierung am 23. März versuchte, das CPE-Gesetz in einer „Nacht- und Nebelaktion“ zu verabschieden und die Gewerkschaftsführungen daraufhin

den Kampf als „verloren“ erklärten. Das Gegenteil war der Fall: Durch die Empörung über das Vorgehen der Regierung wurden die Proteste noch intensiver und breiter.

☆☆☆

Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben zumindest vorerst das CPE-Gesetz zu Fall gebracht. Woher kommt dieses Selbstbewußt sein der Werktätigen in Frankreich? Es ist entstanden auf der Grundlage einer sehr langen und kämpferischen Tradition, auf die die Werktätigen in Frankreich zurückblicken können: Sie haben gemeinsam 1789 in der Französischen Revolution den Adel hinweggefegt, zwar ungewollt der Bourgeoisie zur Macht verholfen, aber sich bereits 1848 zur führende Kraft der Juni-Erhebung entwickelt. Erstmals in der Geschichte wurde 1871 von bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeitern in Paris der alte Staatsapparat in Frage gestellt, ja teilweise schon zerbrochen und die erste, wenn auch nur kurz existierende Diktatur des Proletariats errichtet: die Pariser Commune. Zur Zeit der Nazi-Besetzung waren es die Aktivistinnen und Aktivisten der Resistance, die einen vorbildlichen anti-nazistischen Kampf gerade auch mit den in Frankreich lebenden Migrantinnen und Migranten führten. Im Mai 1968 organisierten die Arbeiterinnen und Arbeiter einen Generalstreik mit 9 Millionen Streikenden und kämpften mit den Studentinnen und Studenten einen gemeinsamen militanten Kampf, gegen den der französische Imperialismus vorsorglich Panzer auffahren lies.

In diesen Kämpfen, die massenhaft und teilweise gewaltsam geführt wurden, ist das klassenkämpferische und internationalistische Selbstverständnis entstanden, daß es sich lohnt, zu kämpfen, gemeinsam zu kämpfen, sogar gegen einen übermächtig scheinenden Gegner. Und es ist ein demokratisches Selbstverständnis der Arbeiterinnen und Arbeiter entstanden, das den Zusammenschluß mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern anderer Herkunftsländer, mit den Migrantinnen und Migranten, mit „illegalen“ Sans Papiers erleichtert.

(Quellen: www.de_indymedia.org; www.labournet.de)

eingezäunt und bewachten Zwangsarbeitslagern leben und an ihrer Kleidung ein „P“ tragen. Der Umgang mit deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern wurde verboten. Öffentliche Einrichtungen wie Züge und Bäder durften sie nicht mehr benutzen. Die „Polen-erlasse“ dienten dabei vor allem auch zur nazistischen Verhetzung der deutschen Bevölkerung.

Polnische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter heute: Rechtlos, schikaniert von den Behörden, verfolgt von der Polizei, Zielscheibe rassistischer Hetze und des Nazi-Terrors

Die polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden vom deutschen Imperialismus erst Jahrzehnte später, und das nur zähneknirschend unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit, mit Brosamen als angeblicher „Entschädigung“ abge-

speist. Die antislawische und antipolnische Hetze - von rassistischen „Polen-Witzen“ bis hin zu nazistischem Terror - gehören auch heute zum Alltag der polnischen Werktätigen in Deutschland.

Aktuell leben hier rund 600.000 Polinnen und Polen, von denen jedoch nur 300.000 ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht besitzen.¹ Seit den 90er Jahren sind die legalen Arbeitsmöglichkeiten für Werktätige aus osteuropäischen Ländern mit einer zeitlichen Befristung beschränkt auf sog. Werkvertragsarbeiter – vor allem im Baubereich oder auf Schlachthöfen - oder Saisonarbeiter – vor allem in der Landwirtschaft, in Hotels und Gaststätten.

Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter hat viele Gesichter: Schuftent für die schwersten Jobs bei schlechtester Bezahlung, Verweigerung legaler Arbeitsbedingungen, auch wenn der/diejenige gerne mit Papieren arbeiten würde, keine Krankenversicherung, keine Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften, län-

gere Arbeitszeiten und häufig keine 5-, sondern 6- oder 7-Tage-Wochen.

Die Entsendung von Werkvertragsarbeitern ist kontingentiert nach den ausbeuterischen Interessen der Kapitalisten. 2003 wurden von den insgesamt 370.000 Werkverträgen rund 270.000 an polnische Werktätige erteilt (weitere 30.000 an rumänische, jeweils rund 15.000 an slowakische und ungarische Werktätige).² Werkverträge gelten bis zu maximal drei Jahren, danach muß die Ausreise erfolgen. Um als Werkvertragsarbeiter wieder nach Deutschland kommen zu können, muß im Herkunftsland eine anschließende Aufenthaltszeit von gleicher Länge dazwischenliegen.³

Formell erhalten die Werkvertragsarbeiter und -arbeiterinnen teilweise den Mindestlohn für eine vertraglich vereinbarte Arbeitszeit, müssen dann aber monatlich Dutzende Überstunden umsonst schuften. Aber auch Stundenlöhne von 2,50 Euro bei einem regelmäßigen 14stündigen Arbeitstag sind keine Seltenheit.⁴

Da sie nicht selten gezwungen werden zu unterschreiben, daß sie nur eine bestimmte Anzahl pro Monat arbeiten, fällt die nachträgliche Beweisführung bei der Er kämpfung der geprellten Löhne schwer.⁵

Immer öfter anzutreffen ist inzwischen die „Schein-selbständigkeit“ als besondere Ausbeutungsform. Dabei werden Wanderarbeiter nicht mehr als Werksvertragsarbeiter, sondern als „Selbständige“ mit eigener Firma eingestellt, wobei Anwerbefirmen die Formalitäten der Firmengründung besorgen. Aktuell kämpfen rund 20 polnische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter auf der IKEA-Baustelle in Erfurt, wo sie als „Selbständige“ unter Vertrag waren und seit Monaten keinen Cent Lohn erhalten hatten.⁶

Aber auch direkter Lohnraub ist eine gängige Praxis. Im Januar 2006 beispielsweise streikten 15 polnische Bauarbeiter von der Autobahn-Baustelle in Halle, weil sie wochenlang zu wenig Lohn erhalten hatten und zuletzt die Zahlungen ganz ausgeblieben waren. Ein bei Werkverträgen häufig anzutreffendes undurchschaubares Geflecht von General- und Subunternehmern erschwerte es zunächst für die Kollegen, ihre Forderungen vorzubringen. Schließlich streikten sie mit Unterstützung des 2004 gegründeten Europäischen Verbands der Wanderarbeiter erfolgreich für die Auszahlung ihrer ausstehenden Löhne.⁷

2003 wurden – zu rund 90% in der Landwirtschaft, in der Obst- und Gemüseverarbeitung und zu rund 7% im Hotel- und Gaststättengewerbe⁸ – rund 320.000 Saisonarbeiterinnen und -arbeiter in Deutschland ausgebeutet (zum Vergleich: 1991 waren es noch 130.000), davon rund 270.000 aus Polen, 26.000 aus Rumänien.⁹ Bemerkenswert ist insbesondere bei der Saisonarbeit der hohe Anteil der Frauen, die fast 50% der in Deutschland lebenden Werk-tätigen aus Polen ausmachen.¹⁰ Die Ausbeutung und Isolation wird in der Gastronomie besonders gesteigert infolge der häufig im Lohn enthaltenen Kost und Logis. Eine ähnliche besondere Abhängigkeits- und Ausbeutungssituation ergibt sich bei den landwirtschaftlichen Saisonarbeiterinnen- und -arbeitern, die häufig auf dem Hof oder in unmittelbarer Nähe zum Arbeitsplatz direkt vom Agrarkapitalisten untergebracht werden.

Daneben ist die Zahl der als „Illegale“ zusätzlich ausgebeuteten extrem hoch. Neben den Saisonarbeiterinnen und -arbeitern bildete eine große Gruppe Polinnen und Polen, die in Deutschland illegal arbeiten müssen, Werk-tätige aus der privaten Krankenpflege – geschätzt werden ca. 70.000 bis 80.000¹¹ – sowie Haushalts- und Putzhilfen. Illegalität – das bedeutet noch niedrigere Löhne, noch längere Arbeitszeiten, keine Unfallversorgung, kein Urlaub, oft genug keine Auszahlung von Lohn und Prellereien verschiedener Art, Bedrohung und Einschüchterung, wenn jemand seine Rechte einfordern will. Nahezu völlig rechtlos müssen diese nicht nur für niedrigste Löhne die schwersten Arbeiten verrichten, sondern unterliegen auch der chauvinistischen und rassistischen Hetze und werden häufig Opfer von nazistischen Angriffe und Polizei-Schikanen.

Im Zeitraum von 1993 bis 2004 starben 121 Menschen bei dem Versuch, illegal nach Deutschland einzuwandern, an den deutschen Ost-Grenzen infolge des mörderischen Grenzer-terrors, 259 erlitten Verletzungen durch Bisse der deutschen Schäferhunde von Zoll- und Polizei.¹² Sie gehören zu den untersten Schichten der Arbeiterklasse, die am krassesten ausgebeutet werden.

Bekämpfen wir den deutschen Chauvinismus und die arbeiteraristokratisch-chauvinistische Politik der „Zuzugsbeschränkungen“!

Eine üble Rolle in diesem System von staatlicher Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung spielen die arbeiteraristokratisch-chauvinistischen Gewerkschaftsführungen insbesondere von IG-BAU und NGG. Sie fordern Zuzugsbeschränkungen, „Kontingentierung“ und mehr staatliche Kontrollen zu deren Überwachung, um angeblich gegen „schwarze Schafe“ vorzugehen und „Dumpinglöhne“ zu verhindern und schmeicheln den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern mit „deutschen Qualitätsstandards“.

Der zutiefst reaktionäre Charakter der Gewerkschaftsführungen zeigt sich an ihrer chauvinistischen

Ungebrochene Tradition rassistischen und deutsch-chauvinistischen Herrenmenschentums

Über die „Vor- und Nachteile“ der Ausbeutung eingewanderner Arbeiterinnen und Arbeiter durch den deutschen Imperialismus, insbesondere auch im Hinblick auf die Möglichkeiten der Spaltung und Schmeicheleien gegenüber den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern, resümierte bereits 1918 in rassistischem und deutsch-chauvinistischen Herrenmenschentum Friedrich Syrup, der erste Präsident der „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung“:

„Es ist fraglos, daß die deutsche Volkswirtschaft aus der Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzucht-kosten bis zur Erwerbstätigkeit der Arbeiter übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen oder die verminderte Anwerbung der ausländischen Arbeiter in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Die ausländischen Tagelöhner zeigen die größere Bereitwilligkeit, grobe und schwere Arbeiten zu übernehmen, als die auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter ... Das Abstoßen dieser Arbeiter auf die Ausländer bedeutet keine Entartung, sondern eine in hygienischer Beziehung erwünschte Förderung der Volkskraft. Ist es unvermeidlich, ausländische Arbeiter heranzuziehen, so erscheint es auch sozialpolitisch angezeigt, den niedrigsten, keine Vorbildung erfordernden und am geringsten entlohten Arbeiten zu beschäftigen, denn dadurch besteht für die einheimische Arbeiterschaft gleichzeitig der beachtenswerte Vorteil, daß ihr der Aufstieg von der gewöhnlichen, niedrig entlohten Tagelöhnerarbeit zu der qualifizierten und gut entlohten Facharbeit wesentlich erleichtert wird.“

(Zitiert in Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980, Berlin/Bonn 1986, S. 52 und Klappentext)

Politik gegen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern.

■ Diese werden nur als „Konkurrenten“ betrachtet, die durch niedrigere Löhne Druck machen auf die Löhne „von uns Deutschen“. So ist in der Broschüre „Landwirtschaftliche Saisonarbeit 2001“ der IG BAU keine Spur von Solidarität zu spüren, vielmehr werden Saisonarbeiterinnen und -arbeiter quasi als „doppelte Abzocker“ dargestellt und alle Register antislawischer Vorurteile von Polen als „Schwarzmarkt-Händlern“ usw. gezogen:

„IV. Seit Mitte der 80er Jahre kamen immer mehr Erntehelfer aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern – vorwiegend aus Polen – zu Ernteeinsätzen in die alten Bundesländer. Sie waren auch mit geringeren Löhnen zufrieden, da nur sie einen doppelten Marktvorteil erlangen konnten: a) hatten sie einen erheblichen Kaufkraftvorteil gegenüber ihrer nicht-konvertierbaren heimischen Währung; b) konnten sie auf dem Heimweg Waren exportieren, die sie gewinnbringend auf den heimischen Märkten umsetzen konnten...“¹³

■ Ein Kernpunkt der Politik der IG-BAU-Führung zur „Verhinderung illegaler Beschäftigung“ sind stärkeren Kontrollen auf den Baustellen, Razzien in enger Zusammenarbeit mit der Zoll-Fahndung der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, der Ausländerbehörde und den Arbeits- und Sozialämtern. Seit

April 2004 propagiert die IG-BAU-Führung offiziell das Spitzelwesen mit der Einrichtung einer „Telefonischen Meldestelle gegen Lohndumping und illegale Beschäftigung“, bei der illegale Kolleginnen und Kollegen denunziert werden sollen.

Damit beteiligt sich die IG-BAU-Führung letztendlich an der Abschiebung der illegalen Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer. Denn es ist mehr als bekannt, daß es bei diesen Aktionen nicht die Kapitalisten trifft (gegen diese werden, wenn überhaupt, lächerlich geringe Strafen verhängt¹⁴); diese werden nicht gezwungen, zumindest Mindestlöhne zu bezahlen, sondern es trifft die, die ganz unten sind.

Und nicht selten verschafft eine rechtzeitige Abschiebung den Kapitalisten den angenehmen Nebeneffekt, ausstehende Löhne nicht mehr bezahlen zu müssen. Nicht selten geben die Kapitalisten selbst den Hinweis auf illegale Beschäftigung auf ihren eigenen Baustellen, um Löhne nicht mehr bezahlen zu müssen. Es entspricht einer zutiefst rassistischen und deutsch-chauvinistischen Politik, wenn die NGG- oder IG-BAU-Führung Forderungen nach staatlichen Sanktionen aufstellt, obwohl oder gerade weil sie weiß, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern die Leidtragenden sind.

Die nationalistische Politik der Gewerkschaftsführungen von NGG und IG BAU stößt auch auf Widerstand bei fortschrittlichen gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen. In Anspielung an das IG-BAU-Plakat „Ohne Regeln geht es nicht!“ formulierten IG-Bau Kolleginnen und Kollegen 2004 ihre Position im Kritikpapier „Unsere Regeln taugen nichts!“, darin heißt es u.a. richtig:

„Wir“, so heißt es selbstkritisch als Anklage, wenn die IG-BAU-Mitglieder wirklich tun würden, was die IG-BAU-Fürsten von ihnen verlangen, „Wir fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, daß die – in der Regel ausländischen – Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen der – in der Regel deutschen – Legalen abgeführt werden. „Ausländer raus“ braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm von Strafverfolgungsbehörden – und damit zu Recht: Gegner...“¹⁵

Die Kollegen weisen darauf hin, daß es gilt, solidarisch mit „Legalen“ und „illegalen“ Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Als positive, aber noch zu seltene Beispiele gemeinsamer Aktionen von „Legalen“ und „Illegalen“ heben sie den Kampf von 19 Asylbewerberinnen und -bewerbern aus Afrika hervor, die im Oktober 2003 unterstützt von antirassistischen Gruppen in Berlin ihre ausstehende Löhne in Höhe von 40.000 Euro eintreiben konnten¹⁶ oder eine Demonstration 150 lohngeprellter rumänischer Bauarbeiter, die von einer antirassistischen Initiative unterstützt wurde. Weiter heißt es:

„Daß ein Umdenken mit gemeinsamer Aktion indes möglich ist, hat nicht zuletzt der erfolgreiche Arbeitskampf im Juni 2002 gezeigt. Nicht nur in Hamburg machten wir die Erfahrung, daß insbesondere die polnischen und portugiesischen Kollegen, wie ein Mann hinter unseren Forderungen standen, soweit es ihnen möglich war.“¹⁷

Für die deutschen Kolleginnen und Kollegen bedeutet eine solche solidarische Unterstützung zunächst, sich mit den besonders ausbeuterischen und Arbeits-

und Lebensbedingungen ausländischer Werkstätiger auseinanderzusetzen, sich in die Lage ihrer Kolleginnen und Kollegen hineinzusetzen. Ist schon in einem gewöhnlichen Industriebetrieb eine solidarische Aktion nicht einfach zu erreichen, so wird dies auf Baustellen, in Schlachthöfen, in landwirtschaftlichen Betrieben, in Hotels und Gaststätten noch erschwert durch die Befristung des Arbeitsvertrags und die darauffolgende erzwungene Ausreise, durch Sprachbarrieren, durch Isolation, durch das teilweise berechnete Mißtrauen gegenüber den deutschen Kolleginnen und Kollegen usw. Noch schwieriger ist die Lage der illegalen Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die angesichts ihrer Rechtlosigkeit und der für sie drohenden Konsequenzen wie etwa Inhaftierung und Abschiebung vor ungleich schwierigeren Problemen stehen, wenn es um gemeinsame Organisation und gemeinsamen Kampf geht.

Um hier einen Schritt in diese Richtung zu tun, fordern die Autorinnen und Autoren des Papiers „Unsere Regeln taugen nichts!“ nicht ganz ohne Illusionen in die IG-BAU-Führung, die eigentlich unversöhnlich bekämpft werden müßte:

„Entgegen der kaum faßbaren, inhaltlichen Schwäche unserer Organisation brauchen wir nun endlich Werkzeuge in die Hand, um den Schulterschuß mit unseren Kollegen notfalls selber herzustellen. Wir brauchen Broschüren, Flyer, Dolmetscher jeder „Bau-Sprache“ und wir brauchen die Rückendeckung unserer Gewerkschaft statt Razzien ... Wir wollen die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsräten, Migrantenorganisationen und antirassistischen Initiativen. Wir fordern aggressive Kampagnen gegen die bekanntesten Dumpingbetriebe zum Zwecke der Rufschädigung und Schließung.“¹⁸

Gemeinsame Aktionen und Kämpfe, massiv und militant geführt, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keineswegs unwirksamen Manövern zur Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter entgegenzuwirken. Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter und Arbeiterinnen illegal beschäftigt, keinerlei Unfallschutz bietet, Lohn prellt, wüßte, daß am nächsten Tag solidari-

Flugblätter von „Gegen die Strömung“ der letzten 12 Monate	
■ 4/2005: Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPD-Wahlerfolge unter dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktion am 8. Mai in Berlin: Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung! Kampf dem staatlichen Terror! ■ 5-6/2005: 8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus, 8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch: Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus ■ 7-8/2005: Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg! ■ 9-10/2005: „Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muß er halt mit den Konsequenzen leben.“ Streik bei Infineon München: Ein Lehrstück über	die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher ■ 11/2005: Die Stärke der erfolgreichen Aktion gegen den NPD Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005: Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei mit Unterstützung durch ein Bündnis antinazistischer Kräfte ■ 12/2005-1/2006: „Manifest der Kommunistischen Partei“ von K. Marx und F. Engels ■ 2/2006: AEG, Häfen, Gate Gourmet: Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen! ■ 3/2006: Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor allem gegen den deutschen Imperialismus: Unterstützen wir die revolutionären Kräfte im Iran!

sche Kolleginnen und Kollegen „seinen“ Laden auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde, doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann ist ein Schritt in die richtige Richtung getan.

Die kämpferischsten und fortschrittlichsten Kolleginnen und Kollegen für eine revolutionäre Perspektive gewinnen!

Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels wurde ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt genannt. Die Arbeiter haben kein Vaterland, das Proletariat ist eine internationale Klasse, auch wenn der Klassenkampf in jedem Land vor allem gegen die jeweilige Bourgeoisie geführt werden muß. Die Arbeiterinnen und Arbeiter führen in allen Ländern im Kern ein und denselben Kampf gegen ein und denselben Klassenfeind, die kapitalistischen Ausbeuter und den Weltimperialismus. Deshalb haben sie trotz aller Unterschiede wesentlich dasselbe Interesse, erfordern ihre Interessen volle Solidari-

tät und unlösbare Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationen.

Die Arbeiterklasse imperialistischer Großmächte generell und auch in Deutschland besteht in den industriellen Großbetrieben, aber verstärkt auch in Aggarbetrieben gerade in den untersten und kämpferischsten Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern, die teils vor Jahrzehnten, teils vor Jahren, teils vor ganz kurzer Zeit ihre Herkunftsländer verlassen haben. Von vornherein ist somit bei jeder Analyse und bei jeder konkreten Auseinandersetzung ein rücksichtsloser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus eine Vorbedingung.

Ausgehend von den grundlegenden Prinzipien des proletarischen Internationalismus ergeben sich entscheidende Verpflichtungen, aber auch große Möglichkeiten für die kommunistischen Kräfte in Deutschland und die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter. Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in den Tageskämpfen, in den Betrieben eine gemeinsame Kampffront mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern aufbauen, für gleiche Rechte der Ausbeuteten aus anderen Ländern eintreten, jegliche Spaltungsversuche und den deutschen Chauvinismus und Rassismus bekämpfen und dabei von der oftmals vorbildhaften Rolle der Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern in den täglichen Kämpfen, von ihrer Kampfkraft und ihrem kämpferischen Bewußtsein maximal lernen.

Dabei muß bewußt sein, daß ein solcher Kampf nur unabhängig und gegen die Bürokraten der Gewerkschaftsführung geführt werden kann. Denn sie gehören zu einer besonderen Schicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie. Mit Hilfe imperialistischer Extraprofite des deutschen Imperialismus wird eine ganze, nicht unerhebliche Schicht der Arbeiterklasse von den untersten Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, bevorzugt und mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft. Diese gegenüber der ganzen Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht, aus deren Reihen sich auch die Bürokraten der Gewerkschaftsführung rekrutieren, ist ein Hauptinstrument zur Verbreitung der reaktionären Ideologie des Reformismus, der Sozialpartnerschaft, des deutschen Chauvinismus und Antikommunismus in die Köpfe der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Doch die Existenz der Arbeiteraristokratie ist zwar ein Haupthindernis, das die Entwicklung einer kämpferischen Arbeiterbewegung in Deutschland erheblich erschwert, aber keinesfalls das einzige. Aus der Tatsache der Ausplünderung der unterdrückten Völker durch die imperialistischen Länder ergibt sich zusätzlich, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber den besonders brutal ausgebeuteten und unterdrückten Völkern der vom Imperi-

„Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland“? „Inländische Arbeiterinnen und Arbeiter“? „Arbeiterinnen und Arbeiter mit deutschem Paß“? „Deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter“?

Warum sich überhaupt mit dieser Frage auseinanderzusetzen? Spielt es eine Rolle, ob man von „Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland“, „mit deutschem Paß“ oder „deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern“ spricht?

Die deutschen Imperialisten haben Begriffe geprägt, der bewußte oder unbewußte rassistische Alltag prägt absurde Begriffsinhalte, so daß überall Fallen und falsche, zumindest unbefriedigende Begriffe in der Debatte auftauchen.

Innerhalb der Gruppe der sogenannten „Ausländer“ hat der deutsche Imperialismus ein ausgeklügeltes System der Hierarchie und Spaltung installiert:

Eine Gruppe sind die vor allem in den 60er und 70er Jahren angeworbenen Arbeiterinnen und Arbeiter aus Italien, Spanien, Griechenland, aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien usw. Sie leben teilweise schon Jahrzehnte in Deutschland, in der zweiten und dritten Generation. Ihr rechtlicher Status ist unterschiedlich, von Migranten mit deutschem Paß bis Flüchtlingen mit Bleiberecht.

Daneben gibt es insbesondere seit den 90er Jahren eine Gruppe von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Osteuropa, aber auch Afrika und Asien. Insbesondere die osteuropäischen Arbeiterinnen und Arbeiter sind - etwa im Vergleich zu den angeworbenen Migranten der 60er und 70er Jahre - durch das staatlich reglementierte System der befristeten Arbeitsverhältnisse zur regelmäßigen Ausreise gezwungen.

Ganz unten stehen in der ausgeklügelten „Ausländer“-Hierarchie des deutschen Imperialismus die „Illegalen“ und Flüchtlinge, die weitgehend rechtlos sind.

Über all diesen Gruppen gibt es sozusagen die „Ureinwohner“, im deutsch-chauvinistischen Sinne die „eigentlichen“ deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die der deutsche Imperialismus durch allerlei Privilegien und Vergünstigungen, durch Schmeichelei und Nationalismus an sich zu binden versucht. Klar ist, daß die Übergänge fließend sind und insofern nicht exakt, sondern etwas klischeehaft formuliert sind.

Sie alle sind mit Sicherheit Arbeiterinnen und Arbeiter „in Deutschland“, denn sie alle werden in Deutschland ausgebeutet und unterdrückt.

Um es an einem Beispiel zu sagen: Es leuchtet ein, daß bei einem Arbeitskampf in einer Fabrik sie alle ein und denselben Ausbeuter haben, gegen den sie sich zusammenschließen müssen, frei von rassistischen und nationalistischen Überheblichkeiten und Vorurteilen. Doch die Aufgabe, den „ausländischen“ Kolleginnen und Kollegen in der Praxis ihre Solidarität zu beweisen, jegliche deutsch-nationalistische Privilegierung abzulehnen, kurz: einen entschiedenen Kampf gegen den deutschen Chauvinismus zu führen, das ist eben eine spezielle Aufgabe vor allem man könnte sagen der „Stino-Deutschen“ (=stink normalen Deutschen), der sogenannten „deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter“.

alismus abhängigen Länder in einer ökonomisch und politisch viel besseren Lage lebt.

Die Antwort und die Perspektive der fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland kann angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen nur sein: Verstärkter Klassenkampf nicht unter „deutschen“ Parolen wie „Standort Deutschland sichern!“ usw., sondern bewußt gegen alle Spielarten des Nationalismus und Chauvinismus, Seite an Seite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Der notwendige Zusammenschluß über die Grenzen des „eigenen“ Landes hinweg mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder ist unmöglich, wenn nicht umfassen für die gleichen Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig von ihrer Herkunft gekämpft wird, sowie gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen.

Ganz besondere Bedeutung hat dabei die Erfahrung eines gemeinsamen Kampfes. Dort, wo wie kürzlich bei AEG oder bei den Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern schon Streiks und gemeinsame Aktionen durchgeführt wurden, ist die Idee der Überwindung des Nationalismus und Chauvinismus, die Idee des gemeinsamen Kampfes und des proletarischen Internationalismus schon im Keim enthalten. Nur auf dieser Grundlage kann auch die Erkenntnis entstehen, daß es gemeinsam gilt, über die Ziele aktueller Tageskämpfe hinaus, die Grundfeste des ganzen kapitalistischen Systems zu erschüttern.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf sehen wir folgende grundlegenden Ausgangspunkte:

- Gemeinsamer Kampf und Zusammenschluß der untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe als unverrückbarer Ausgangspunkt.
- Als fortschrittliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gilt es vor Ort - und darüber hinaus - möglichst engen Kontakt und Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen antirassistischen und antinazistischen Initiativen herzustellen, die gegen staatlichen Abschiebeteror, Faschisierung und Nazi-Terror kämpfen.
- Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen zu sprengen, auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.

Seit 1991 gibt „Gegen die Strömung“ vierteljährlich ein meist vierseitiges „Bulletin zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder“ heraus, in dem die monatlichen Flugblätter von „Gegen die Strömung“ in Auszügen wiedergegeben und zusammengefaßt werden, um so die internationalen revolutionären Kräfte zu informieren und Diskussionen zu initiieren. Das Bulletin erscheint in türkischer, englischer, französischer, niederländischer, spanischer, italienischer und russischer Sprache.



Wer ist schuld an Lohndumping und Arbeitslosigkeit? Nach Lafontaine nicht der Kapitalismus, sondern die „Fremdarbeiter“!

Der Ex-SPD-Vorsitzende und heutige WASG-Vorsitzende Lafontaine übt sich zunehmend in starken Worten und haut in die chauvinistische Kerbe.

Auf einer Wahlkampf-Rede in Chemnitz erklärte er am 15.6.2005:

„Der Staat ist verpflichtet, zu verhindern, daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“

(www.germany.indymedia.org/2005/07/12198.shtml)

„Fremdarbeiter“? Der von den Nazis millionenfach benutzte Propagandabegriff des „Fremdarbeiters“ rutscht dieser Figur nicht zufällig aus dem Mund. In seinem Buch „Das Herz schlägt links“ bläst er in das selbe Horn. Dort heißt es:

„Ich habe immer dafür geworben, daß man selbst einmal versuchen sollte nachzupfinden, was es heißt, wenn ein deutscher Bauarbeiter von einem ausländischen Kollegen verdrängt wird, der für ein Drittel seines Lohnes oder weniger arbeitet.“

(„Das Herz schlägt links, München 1999, S. 172)

Das heißt im Klartext: Nicht das Kapital ist an Lohndumping und Arbeitslosigkeit schuld, sondern wer ...? „Die Ausländer“!

Nach Kritik an seinen „Fremdarbeiter-Sprüchen“, – übrigens in Schutz genommen von PDS-Figuren wie Bisky und anderen – betätigte sich Lafontaine auch noch als Geschichtsfälscher und Ver-

harmloser der Nazi-Hetze und der Nazi-Verbrechen. Er behauptete wider der historischen Wahrheit:

„... die Nationalsozialisten waren nicht fremdenfeindlich. Denn Fremde wurden hier sehr wohl beschäftigt, sofern sie arischer Abstammung waren.“
(www.mdr.de/fakt/2033836.html)

Wahr ist jedoch: Die NSDAP war von Anfang an eine Partei, die antisemitische, aber auch nationalchauvinistische Hetze betrieb. Die NSDAP war beides. Im § 5 des NSDAP-Programms heißt es:

„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.“

Hier hat die Dickschraube vom sogenannten „Gastarbeiter“ seine Wurzel (und es ist wohl eine Besonderheit „deutscher Gastfreundschaft“, daß man Gäste für sich arbeiten läßt). Im § 8 des NSDAP-Programms wird das nazistische „Ausländer-Raus“-Programm unmißverständlich formuliert:

„Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.“
(Zitiert nach Das Programm der NSDAP, München 1934, S. 17 f.)

Es ist also klar und deutlich bewiesen, daß die NSDAP sowohl antisemitisch als auch ausländerfeindlich war. Lafontaine lügt.

- In diesen Kämpfen müssen wir als kommunistische Kräfte vor allem die Grundideen des wissenschaftlichen Kommunismus propagieren:

Sturz der Ausbeuter durch Zerschlagung ihres Staatsapparats im bewaffneten Kampf der Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der Ausbeuter und aller Reaktionäre, die die umfassendste Demokratie für die ehemals Ausgebeuteten verwirklicht, die sozialistische Demokratie; Sofortige Enteignung der großen Fabrikbesitzer, aller Banken, schrittweise aller Besitzer von Produktionsmitteln, die andere Menschen ausbeuten, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen als Voraussetzung für

den Aufbau des Kommunismus weltweit, einer Gesellschaft ohne Staat, ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

**Proletarier aller Länder,
vereint Euch!
Proletarier aller Länder und
unterdrückte Völker,
vereint Euch!**

Quellen

1 Haug, Sonja, Wanderung zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/2004; 2 Bundesministerium des Inneren, Migrationsbericht, Aktualisierte Ausgabe vom November 2004, Berlin, Dezember 2004, S. 100; 3 Dresel, Irene, Migration, Europäische Hochschulschriften, Verlag Peter Lang, 2005, S. 160; 4 Stundenlohn von Werkvertragsarbeitern auf einem Schlachthof in Niedersachsen. Siehe JW 15.2.05; 5 www.de.indymedia.org/Wanderarbeitervorbund aktiv in Hamburg.htm; 6 EVW-Info Nr. 4 (Februar 2006) unter www.emwu.org; 7 www.emwu.org/universal/aktuelles/beltrag_lesen.php?id=37; 8 Dresel, Irene, a.a.o., S. 163; 9 Bundesministerium des Inneren, Migrationsbericht, Aktualisierte Ausgabe vom November 2004, Berlin, Dezember 2004, S. 101; 10 Dresel, Irene, a.a.o., S. 121; 11 www.pflegerberuf.de; 12 www.anti-rar.de/doku/titel.htm; 13 Broschüre „Landwirtschaftliche Saisonsarbeit 2001“ der IG BAU, S. 31 f.; 14 In 2000 wurden 130 Millionen Euro an „Bußgeldern“ verhängt, davon allerdings ein Großteil gegen Arbeiterinnen und Arbeiter! Siehe das Papier „Unsere Regeln taugen nichts!“ unter www.qualm-nix.de/regeln.htm; 15 ebenda; 16 Eine interessante Auswertung der Erfahrungen bei dieser Aktion ist nachzulesen unter www.slexir-a.org; 17 www.qualm-nix.de/regeln.htm; 18 ebenda

Anzeige

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

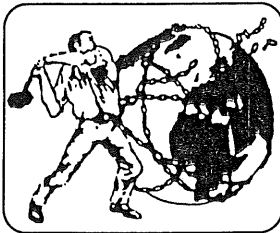
Fax 069/730920

GEÖFFNET:

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

ISSN 0948/5090

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5-6/06

Mai-Juni 2006

Unterstützen wir die massenhaften und zum Teil bewaffnet geführten Klassenkämpfe der werkstätigen und ausgebeuteten Massen in Indien!

Mit großer Unruhe schauen die imperialistischen Großmächte, auch der deutsche Imperialismus als Unterdrücker und Ausbeuter der Werktätigen Indiens, auf die Vorgänge in Indien, insbesondere seit den Erfolgen der demokratisch-revolutionären Bewegung im angrenzenden Nachbarstaat Nepal. Diese Besorgnis ist um so größer, weil in Indien – von der Öffentlichkeit hier weitgehend unbeachtet – eine der heute größten bewaffnet kämpfenden und sich an der Roten Fahne des Kommunismus orientierenden Bewegung existiert, die Tausende rote Kämpferinnen und Kämpfer unter Waffen hat und in verschiedenen Landesteilen großen Einfluß ausübt. Mehr noch: Es ist der indischen einheimischen Reaktion und ihren imperialistischen Oberherren in fast 40 Jahren nicht gelungen, diese Bewegung, die Naxalbari-Bewegung, zu vernichten.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß diese Bewegung Ende der 60er Jahre im unmittelbaren antirevisionistischen Kampf, in direkter, auch bewaffneter Konfrontation mit den nunmehr staatstragend und konterrevolutionär gewordenen Revisionisten Indiens entstanden ist, die den Weg der bewaffneten antiimperialistisch-demokratischen Revolution verraten hatten. Dieser Kampf ist mit dem Namen Charu Mazumdar untrennbar verbunden.

Die ausgebeuteten und werkstätigen Massen Indiens führen seit Jahren erbitterte Tageskämpfe, von denen wir nur einige der letzten zwei Jahre herausstellen möchten:

■ **Proteste gegen Sozialabbau.** Ende Februar 2004 führten rund 50 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter und andere Werktätige einen eintägigen Generalstreik durch, um gegen die von der reaktionären indischen Regierung betriebene Verschärfung des Sozialabbaus zu protestieren. [JW 26.2.04]

■ **Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen.** In der Honda-Fabrik bei Neu-Delhi wird ein Großteil der Arbeiterinnen und Arbeiter über Tagesverträge bzw. über Subunternehmen ausgebeutet. Ende Juni 2005 traten rund 2.000, d.h. fast alle Honda-Arbeiterinnen und -Arbeiter, in einen mehrwöchigen Streik für die Wiedereinstellung von vier entlassenen Kolleginnen und Kollegen, gegen Schikanen der Kapitalisten und für bessere Arbeitsbedingungen. Am 25. Juli startete die Polizei mit Schlagstöcken, Tränengas und Gummigeschossen einen brutalen Angriff auf eine Demonstration der Streikenden. Die Streikenden und ihre Unterstützer wehrten sich militant. Polizeifahrzeuge und Busse wurden in Brand gesteckt. 800 Honda-Arbeiterinnen und -Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt, Hunderte verhaftet, 28 von ihnen wurden danach vermißt. [Labournet]

■ **Kämpfe der Landarbeiterinnen und -arbeiter für bessere Löhne.** In Westbengalen streikten im Juli 2005 zirka 500.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Teeplantagen gegen die Versuche der Tee-Kapitalisten, die Beschäftigten durch sogenannte „Leistungslöhne“ zu spalten. [Labournet]

■ **Kämpfe der indigenen Bevölkerung gegen Landraub.** Durch Staudammprojekte oder Bergwerksbau wird die zumeist indigene Bevölkerung, in deren Gebieten diese Anlagen oft errichtet werden, vertrieben, oft entschädigungslos. Am 25. Mai 2005 protestierten im Bundesstaat Orissa etwa 2.000 Menschen gegen den Raub ihres Landes wegen der geplanten Errichtung eines Bauxit-Bergwerkes. [Indymedia]

In enger Verbindung mit diesen antiimperialistischen, antifeudalen und ökonomischen Tageskämpfen, aber über diese hinausgehend, stehen die heute in verschiedenen Teilen Indiens geführten revolutionären bewaffneten Kämpfe in der Tradition der Naxaliten-Bewegung, die sich am Kommunismus orientieren.

Im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte ist es diesen Gruppen trotz schwerer Niederlagen und brutaler Repression gelungen, eine größere Anzahl von Anhängern unter den landlosen und verarmten Kleinstbauern, meist „Kastenlose“ oder Angehörige der in-

digen Bevölkerung, zu mobilisieren. In den letzten Jahren häufen sich Meldungen über bewaffnete Aktionen (2001: 1200, 2003: 1500). Auch wenn dies von der bürgerlichen Presse versucht wird, gibt es immer wieder Hinweise darauf:

- Am 28.2.05, einen Tag vor dem Besuch von US-Präsident Bush, sprengten revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer in Raipur einen Wagen in die Luft, in dem konterrevolutionäre Schergen unterwegs waren.
- Im April und Mai 2005 gab es mehrere Angriffe: Am 25.04.05 griffen 20 Kämpferinnen und Kämpfer einen Polizeiposten in Orissa an; am 7.05.05 wurde ein Werk der Hindalco Industries Ltd. in Syridih angegriffen und am 8.05.05 wurde das Hauptquartier im Distrikt Kanker angegriffen.
- Eine großartige Aktion gelang im November 2005 etwa 1.000 Kämpfern und Kämpferinnen der Naxaliten-Bewegung, als sie das Gefängnis von Jehanabad in Bihar angriffen und rund 340 demokratische und revolutionäre Gefangene befreiten und gleichzeitig einige inhaftierte Angehörige der Großgrundbesitzer-Privatarmeen ausschalten konnten. [Amnesty]

Neben Aktionen zur Befreiung ihrer Genossinnen und Genossen, zur Erbeutung von Waffen, Aktionen gegen die indische Armee, gegen Repräsentanten des Staatsapparats und der Ausbeuterklassen, Konfiskation von Ländereien der Großgrundbesitzer und der Regierung, bauen die Kämpferinnen und Kämpfer in befreiten Gebieten eigene demokratische Strukturen für das Vorankommen der Agrarrevolution auf. Sie organisieren Wachdienste, führen Alphabetisierungskurse durch, bieten politischen Schulungen an. Konterrevolutionäre Großgrundbesitzer und Polizeispitzel werden in Dorfversammlungen abgeurteilt. Laut Angaben des indischen Geheimdienstes ist die Naxaliten-Bewegung in 13 der 28 indischen Bundesstaaten aktiv und verfügt über rund 20.000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer. [International Herald Tribune, 18.04.06] Indiens Sicherheitsberater Narayanan mußte zugeben, daß sie bereits eine kompakte revolutionäre Zone geschaffen haben, die 125 Distrikte umfaßt und von Andhra Pradesh bis Nepal reicht. [JW, 18.10.2004]

Das reaktionäre indische Regime schaut dabei jedoch nicht tatenlos zu, sondern geht massiv und brutal gegen die Aufständischen vor. In Andra Pradesh wird momentan die berüchtigte Spezialeinheit Greyhounds eingesetzt. Elf Bataillone der paramilitärischen Central Reserve Police Force sollen in die Gebiete der Aufständischen verlegt werden. In den Dörfern selbst werden konterrevolutionäre sogenannte „Dorfverteidigungsmilizen“ aufgestellt, die die Bevölkerung, die unter „Naxaliten-Verdacht“ steht, terrorisieren und vertreiben. Gleichzeitig versuchen opportunistische Kräfte unterschiedlicher Couleur durch Bestechungsangebote (Auszahlung von Geldern gegen Waffenabgabe), durch die Ideologie des friedlich-parlamentarischen Wegs, durch „vertrauensbildende“ Angebote wie etwa das Erlauben des Tragens von Waffen oder Waffenstillstands-Angebote die Anhängerinnen und Anhänger der Naxaliten von ihrem Kampf abzubringen. In den letzten Jahren sind nur 3.000 Naxaliten überlaufen bzw. gefangen genommen worden. [JW 18.10.2004]

Fortsetzung auf Seite 4



Bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer bei Bhanpratapur, 2006

Einige Daten und Fakten zu Indien

Bevölkerung

Mit rund 3,3 Mio. km² ist Indien flächenmäßig das sechstgrößte Land der Erde. Seine rund 1,1 Mrd. Einwohnerinnen und Einwohner stellen 17% der Weltbevölkerung dar. Hauptstadt ist mit rund 12 Mio. Neu-Delhi. Indiens größte Stadt und wirtschaftliches Zentrum ist Mumbai (bis 1995 Bombay) mit fast 13 Mio. Einwohnern, gefolgt von Bangalore (5 Mio.), wegen den zahlreichen High-Tech-Firmen „Silicon Valley Indiens“ genannt, gefolgt von Kolkata (bis 2001 Kalkutta) mit 4,6 Mio.

Laut Angaben der imperialistischen Weltbank müssen 44% der Bevölkerung Indiens mit weniger als 1 US-\$ pro Tag überleben. Nur rund 65 % der Inderinnen und Inder können Lesen und Schreiben.

Neben einigen hochindustrialisierten Zentren, die teilweise eine gut ausgebaute Infrastruktur für Transport, Kommunikation und Energieversorgung aufweisen, gibt es weite ökonomisch stark zurückgebliebene ländliche Gebiete mit massiven feudalistischen Strukturen, in denen rund 700 Mio. Inderinnen und Inder leben. 54% der Dörfer sind ohne Anschluß an das Straßennetz und ein Drittel der Bevölkerung hat keinen Zugang zu Strom.

Wirtschaft

Indien besitzt riesige Vorkommen hochwertigen Eisenerzes (20% der Weltreserven), die die Basis für die indische Eisen- und Stahlindustrie bilden. Daneben verfügt es über Kohle- und Ölvorkommen sowie große Wasser- und Energiereserven. In der **Landwirtschaft** wird hauptsächlich Tee, Jute und Baumwolle angepflanzt. Wichtige **Industrie-Bereiche** sind Textil, Chemie, Nahrung und Software. Indien gehört zu den wenigen abhängigen Ländern, das über eine große Schiffbauindustrie verfügt, eigene Weltraumforschung betreibt und seit den 60er Jahren eine eigene Rüstungsindustrie entwickelt. Bei Klein- und Infanteriewaffen sowie Munition und Uniformen ist Indien von der Zulieferung ausländischer Konzerne unabhängig. [Schmitt, S. 132] 1974 zündete Indien die erste Atombombe, die notwendigen Trägerraketen mittlerer und größerer Reichweite wurden von der landeseigenen Rüstungsindustrie entwickelt.

Fast 70% der verarbeitenden Industrie befindet sich in Mumbai und Kolkata. Das **städtische Industrie-proletariat** in Indien ist zahlenmäßig relativ klein, allerdings mit einer sehr kämpferischen Tradition und einem zahlenmäßig riesigen Landproletariat an seiner Seite.

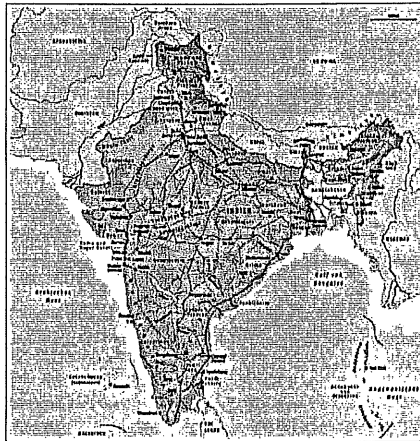
Von den rund 35 Mio. Arbeiterinnen und Arbeitern werden nur rund 6 Mio. in Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten ausgebeutet [Zingel], der Großteil in kleineren Produktionsstätten. Innerhalb der Arbeiterklasse gibt es neben den Festangestellten eine große Gruppe von Tagelöhnern, die nur einen Bruchteil des Durchschnittslohns von Festangestellten erhalten.

Viele Arbeiterinnen und Arbeiter und ausgebeutete Werktätige sind gewerkschaftlich organisiert. Es gibt Tausende Gewerkschaften, aber nur fünf staatlich anerkannte, jeweils Parteien nahestehende Gewerkschaftsdachverbände mit teilweise mehreren Millionen Mitgliedern. Unabhängige Gewerkschaften vertreten rund 10% der gewerkschaftlich Organisierten.

Auf dem **Land** hält eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in ihren Händen. Laut der Volkszählung von 1991 gab es rund 107 Mio. „Landwirte“ und 74 Mio. „Landarbeiter“. [Zingel] Diese die Klassenwidersprüche innerhalb der Bauernschaft verschleiende Kategorisierung stellt natürlich nicht heraus, daß von diesen 107 Mio. „Landwirten“ rund 60% weniger als 1 ha eigenes Land hatten. Ein Großteil der werktätigen Landbevölkerung sind Landarbeiterinnen und -arbeiter, landlose Bauern, Kleinbauern mit zu kleinen oder unkultivierbaren Parzellen, die zunehmend verarmen. Sie alle bilden ein Heer, das sich als Saisonarbeiter oder Tagelöhner auf den Tee- und Baumwollplantagen, in kleinen Produktionsstätten, als Kleinhändler oder mit Straßenhandelsaktivitäten über Wasser halten muß und zunehmend in die Städte zieht. In Indiens größtem Teeanbaugebiet, As-

sam, werden rund 500.000 Landarbeiterinnen und -arbeiter ausgebeutet, rund 300.000 davon sind Saisonkräfte.

Unter den landlosen Bauern fristen rund 10% ein miserables Dasein in einer Art Leibeigenschaft durch Schuldknechtschaft („bonded labour“). Durch Verschuldung – z.B. für den Kauf von Saatgut – „gehören“ sie und ihre Familien sozusagen dem Großgrundbesitzer und sind gezwungen, über Jahre und Jahrzehnte hinweg ihre Schulden „abzuarbeiten“. Sie dürfen sich nur mit „Erlaubnis ihres Herrn“ nebenher außerhalb der Saison Arbeit suchen. Häufig wird diese Schuldknechtschaft sogar vererbt. Diese verschuldeten landlosen Bauern bekommen für ihre und die Arbeit der Familienmitglieder häufig gar keinen Lohn, oft nur die allergeringsten Naturalien. Die übergroße Mehrheit dieser Leibeigenen



sind Kastenlose (60%) und Adivasi (25%).

Unter den Ausgebeuteten und Werktätigen auf dem Land bilden die Kastenlosen mit 40 % die größte Gruppe. Mit 10% machen die Adivasi eine weitere große Gruppe aus, die von Geldverleihern um ihr Land gebracht oder von den großen Konzernen von ihrem Land vertrieben wurden.

Insbesondere auf dem Land wird massiv **Kinderarbeit** ausgebeutet (Schätzungen gehen von 50 bis 100 Mio. aus). Die übergroße Mehrheit in der Landwirtschaft, aber auch auf dem Bau, in Fabriken, im Bergbau oder als Haushaltshilfen. Sie sind besonderen Übergriffen, Mißhandlungen und Gesundheitsschäden ausgesetzt. Zehntausende arbeitende Kinder werden aufgrund der Schuldknechtschaft ihrer Eltern ausgebeutet. Bei der Saatgutproduktion für Baumwolle im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh schuften sie bis zu 14 Stunden am Tag, dürfen nicht zur Schule gehen, „verdienen“ weniger als 50 Cent pro Tag. [AG Solidarische Welt, Menschenrechte]

Nationale und religiöse Unterdrückung

Indien ist ein **Vielvölkerstaat** mit zahlreichen Völkern, nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen. Landessprachen sind Hindi (von ca. 40 % der Bevölkerung als Muttersprache gesprochen) und Englisch sowie weitere 21 Nationalsprachen. Insgesamt gibt es ungefähr 1000 Sprachen mit sieben unterschiedlichen Schriftsystemen. In Indien vermischen sich religiöse und nationale Unterdrückung stark, die Übergänge sind fließend. Privilegierung und Ausgrenzung, das Gegeneinander-Ausspielen verschiedener religiöser und nationaler Gruppen war schon, wie Marx erläuterte, ein bewährtes Instrumentarium der europäischen Kolonialmächte, das in der Epoche des Imperialismus noch weiter verfeinert wurde:

„Das römische divide et impera (Teile und Herrsche, A.d.V.) war die Grundregel, mit der Großbritannien es ungefähr hundertfünfzig Jahre lang zuwege brachte, die Macht über sein indisches Reich aufrechtzuerhalten. Die Feindschaft unter den verschiedenen Völkern, Stämmen, Kasten, Bekenntnissen und Herrschaftsgebieten ... blieb stets die Existenzgrundlage der britischen Herrschaft.“

(Marx, Der Aufstand in Indien, 1857, Marx/Engels Werke Band 12, S. 230)

Die ursprünglich in Indien lebende **indigene Bevölkerung** nennt sich Adivasi (rund 70 Mio. Angehörige). Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sie durch ihr abgeschiedenes Leben in unzugänglichen Bergwäldern zu der Hindu-Bevölkerung sehr wenig Kontakt. Als ursprünglich Nicht-Hinduisten wurden sie quasi in den Rang von Kastenlosen in das hinduistische Kastensystem zwangsgeworfen. Mit der kolonialistischen Erschließung von Rohstoffen wurden und werden sie von imperialistischen Konzernen und der indischen Regierung ihrer Ländereien beraubt und vertrieben. Seit den 40er Jahren fordern die Adivasi für die überwiegend von ihnen bewohnten Gebiete eine eigene staatliche Existenz. Ebenso weitere Völker wie z. B. die Nagas (rund 3 Mio.), Mizas und Bodos (rund 1,5 Mio.), die Sikhs, die Tamilen und Kaschmiris usw.

Unter den unterdrückten nationalen Minderheiten gibt es eine große Gruppe von **Migrantinnen und Migranten**. Die englische Kolonialmacht holte Hunderttausende von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Bihar, Bengalen und Nepal für die Ausbeutung auf den Teeplantagen ins Land, so daß es eine über 100jährige Zuwanderung gibt. Zusammen mit den Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern aus anderen ärmeren indischen Regionen bildeten und bilden sie ein Heer billiger Arbeitskräfte in Bergwerken und Plantagen. Heute leben vor allem im Norden rund 10 Mio. Migrantinnen und Migranten vor allem aus Bangladesch sowie rund 8 Mio. aus Nepal.

Alle diese Bevölkerungsgruppen werden besonders ausgebeutet, sind nationaler Unterdrückung sowie gesellschaftlicher und staatlicher Diskriminierung ausgesetzt. Dies bedeutet Deportationen im Falle der Migrantinnen und Migranten, Razzien, Verhaftungen, polizeiliche Folter bis hin zu Mord sowie Pogrome der hindu-chauvinistisch verhetzten Bevölkerungsteile, die sich auch insbesondere gegen die Inderinnen und Inder muslimischen Glaubens richten. Rund 80% der Bevölkerung Indiens sind Hindus, ca. 14% sind Muslime. Seit Jahrzehnten kommt es immer wieder zu Zerstörungen von Moscheen und Tempeln, Metzereien, Massakern und Pogromen.

Die hauptsächlich ideologische Waffe der reaktionären herrschenden Klassen Indiens zur Spaltung der Ausgebeuteten und Unterdrückten ist der **Hindu-Chauvinismus**. Die indische Gesellschaft ist geprägt vom religiös „gerechtfertigten“ **Kastensystem** des Hinduismus. Die chauvinistische Hindu-Ideologie betrachtet nur Hindus als „richtige Patrioten und Inder“. Insofern ist der Hindu-Chauvinismus eine expansionistische Ideologie, denn er betrachtet den ganzen indischen Subkontinent als „Heimat der Hindus“. Der Hindu-Chauvinismus richtet sich nicht nur gegen Andersgläubige, vor allem Muslime, aber auch Sikhs, nicht nur gegen Migrantinnen und Migranten, sondern legitimiert auch die Unterdrückung der Angehörigen der unteren Kasten und insbesondere der „Kastenlosen“, der Dalits.

Traditionell gibt es vier Hauptkasten, deren Zugehörigkeit durch Geburt entschieden wird und die das gesellschaftliche Ansehen, teilweise sogar die Berufswahl bestimmen: Brahmanen (Priester), Kshatriyas (Politiker und höhere Beamte), Vaishyas (Bauern, Kaufleute, Händler); Sudras (Arbeiter, Bauern, Handwerker). Ganz unten sind die Kastenlosen. Eine Aussage etwa in dem Sinne, daß alle Brahmanen und Kshatriyas im heutigen Indien zu den „Oberen“ gehören, kann man daraus nicht ableiten, auch innerhalb dieser Kasten gibt es Differenzierungen. Unbestritten ist jedoch, daß die Kastenlosen den Großteil der armen indischen Bevölkerung stellen.

Nicht nur die Angehörigen der oberen Kasten, die häufig wichtige Positionen im indischen Staatsapparat besetzen, profitieren von diesem ausgeklügelten System der Privilegierung und Ausgrenzung. Auch Angehörige der unteren Kasten sind dem hin-

Fortsetzung: Einige Daten und Fakten zu Indien

duistischen „Kastengeist“ folgend noch privilegiert gegenüber den Kastenlosen, gegenüber Andersgläubigen usw. Ihnen werden beispielsweise häufiger Festanstellungen oder besser bezahlte Arbeiten angeboten.

Die staatliche und gesellschaftliche Unterdrückung insbesondere der **Kastenlosen** ist vielfältig. Sie sind der Ausbeutung und Unterdrückung, Mißhandlung bis hin zum Mord der Kasten-Hindus ausgesetzt. In vielen Dörfern haben sie keinen Zugang zu öffentlichen Wasserstellen, müssen in armseligen Behausungen außerhalb der Dörfer leben. Sie haben zu vielen Hotels, Restaurants oder Tempeln keinen Zutritt. Sofern ihnen der Schulbesuch nicht verwehrt wird, gibt es separate, von Kasten-Hindu-Kindern getrennte Sitzplätze. Die Analphabetenrate unter den Kastenlosen ist doppelt so hoch wie bei den Kasten-Angehörigen.

Insbesondere die **werktätigen Frauen** sind einem Geflecht religiöser, feudaler und sexistischer Unterdrückung ausgesetzt. Die geschlechtsspezifische Diskriminierung beginnt oft schon vor der Geburt. Jährlich werden in Indien 3 bis 5 Mio. weibliche Föten abgetrieben und über 10.000 Mädchen unmittelbar nach der Geburt getötet. Häufig werden Frauen von ihren Ehemännern oder deren Angehörigen verletzt, verstümmelt oder getötet, weil die Mitgiftforderung nicht oder nicht rechtzeitig erbracht werden konnte. Aber auch das Versterben des Ehemannes hat für Frauen in Indien schwerwiegende Folgen. Oft werden sie vom Rest der Gesellschaft schikaniert, geschlagen, sogar umgebracht (sog. „Witwenverbrennung“).

Staatsapparat und staatliche Unterdrückung

Willkür und Gewalt der staatlichen Behörden gegen Kastenlose, brutales Vorgehen von Polizei und Armee bei Streiks und Demonstrationen mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Schußwaffen, Massenhäftungen gehören zum Alltag. Folter und Verschwindenlassen sind gängige Praxis in Gebieten mit massenhaftem Widerstand.

Der reaktionäre indische Staat versucht mit verschiedenen juristischen Tricks, die Arbeiterinnen und Arbeiter einzuschüchtern und von der gewerkschaftlichen Organisation abzuhalten. So gilt das Gesetz über die Zulassung von Gewerkschaften heute nach wie vor nicht in Sikkim oder Kaschmir. Das „Gesetz zur Aufrechterhaltung wesentlicher Dienste“ von 2002 sieht bis zu drei Jahre Gefängnis plus Geldstrafe für eine Beteiligung an einem Streik in „wesentlichen Diensten“ (z.B. Strom, Wasser, Transport) vor. Um die Anstellung von gewerkschaftlich Organisierten zu umgehen, werden zunehmend Werkverträge mit Subunternehmern abgeschlossen.

Die Gefängnisse des Landes sind überfüllt. Streikende oder Demonstranten werden in der Regel ohne Verhandlung ins **Gefängnis** gesperrt, mißhandelt oder gefoltert, sogar ermordet. Verletzte Gefangene erhalten keine medizinische Versorgung.

Die Unterdrückungsorgane des indischen Staatsapparats wurden in den letzten Jahrzehnten massiv ausgebaut. Neben den **Polizeikräften** werden auch sog. **paramilitärische Einheiten** eingesetzt, die häufig im Zusammenspiel mit den **bewaffneten Banden** der Großgrundbesitzer agieren. Auch die Armee wird immer wieder zur Niederschlagung von Protesten eingesetzt. Seit 1950 sind über 1000 Armeeeinsätze dokumentiert.

Mit rund 1,3 Mio. Berufssoldaten verfügt Indien über die **drittgrößte Armee der Welt**. Dazu kom-

men 800.000 Reservisten und 1,1 Mio. Angehörige sog. paramilitärischer Einheiten wie etwa die „Border Security Force“. Ursprünglich als „Grenzschutz“ konzipiert, erfüllt sie heute mit modernster Ausrüstung und einem umfangreichen Ausbildungsprogramm eine zentrale Rolle beim konterrevolutionären Einsatz zur Niederschlagung von Streiks und Protesten. Hinzu kommen die Hunderttausende umfassenden Privatarmeen der Großgrundbesitzer, die vom indischen Staat Lizenzen für Waffenkäufe erhalten und Ausbilder zur Verfügung gestellt bekommen. [Töpfer]

Indien als expansionistische regionale Hegemonialmacht

Das reaktionäre indische Regime verfolgt nach Außen expansionistische und annexionistische Ziele gegenüber seinen Nachbarstaaten, verübt Aggressionen und schürt reaktionäre Konflikte.

Als Mittel der Einflußnahme sind zunächst wirtschaftliche Maßnahmen zu nennen. In Bhutan und auf den Malediven dominiert Indien das Banken- und Währungssystem. In Nepal verfügt Indien über eine Monopolstellung, weil das Land als Binnenstaat beim Handel und Transit vollständig von Indien abhängig ist. Nepal muß eine Art Zollunion mit Indien gegenüber Drittländern eingehen und kann keine eigene Handelspolitik betreiben.

Durch **Kredite** und „**Entwicklungshilfe**“ an seine Nachbarstaaten Nepal, Sri Lanka, Burma, Afghanistan übt Indien wirtschaftlichen und politischen Einfluß aus. Neben Lebensmittellieferungen beinhaltet die indischen „Hilfe“ auch Gelder für den Ausbau von Straßennetzen, die militärischen und strategischen Interessen der einheimischen Reaktion Indiens und auch der imperialistischen Mächte dienen. Indien spielt eine nicht unwichtige Rolle im Bereich der sog. „**Militärhilfe**“ für seine Nachbarstaaten Bhutan, Nepal, Sri Lanka und Bangladesch, die hauptsächlich in der Ausbildung der Soldaten der konterrevolutionären Armeen dieser Länder besteht.

Schließlich versucht Indien durch **Truppeneinmärsche** und **Annexionen** sich regional als militärische Hegemonialmacht auf dem indischen Subkontinent zu profilieren. Es spielte eine aktive Rolle bei der Abspaltung Ostpakistans von Pakistan, was 1971 zur Gründung Bangladeshs führte. 1975 annektierte und besetzte Indien das Königreich Sikkim. Es intervenierte auf Sri Lanka (1987-90) und auf den Malediven (1988) mit seinen Truppen.

... aber letztendlich haben in Indien die imperialistischen Großmächte das Sagen

Trotz der relativ eigenständigen expansionistischen Interessen Indiens muß jedoch bewußt sein, daß diese Eigenständigkeit beschränkt ist auf den von den imperialistischen Großmächten vorgegebenen Rahmen, dessen Spielraum sich zeitweise durch deren innerimperialistische Rivalität erweitern oder verengen kann. Entscheidend ist jedoch, daß Indien letztendlich ein von den imperialistischen Großmächten abhängiges Land ist, daß seine herrschenden Klassen, die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer, ihren imperialistischen Oberherren gehorchen.

Indiens **Verschuldung** beläuft sich auf 120,9 Mrd. US-\$; sein Schuldendienst macht 18% des Bruttoinlandsprodukts aus. Lange Zeit erhielt Indien (ab 1989 China) mehr **Entwicklungshilfe** als jedes andere Land. Wichtigster bilateraler Geldgeber ist Japan, gefolgt von Deutschland. Seit den 60er Jahren steigt der Anteil von Krediten durch die imperialistischen Organisationen IWF und Weltbank.

Dabei muß bewußt sein, daß diese Entwicklungshilfe eine Maßnahme imperialistischer Einflußnahme ist. Zunächst sind die Gelder häufig an Importe aus den „Gläubigerländern“ gebunden, im Grunde also nichts anderes als ein Lieferantenkredit. Das „All India Consortium“ der imperialistischen „Geberländer“ für Indien stellte beispielsweise von 1987 bis 1991 rund 15,8 Mrd. US-\$ Kredite und 1,7 Mrd. US-\$ Zuschüsse zur Verfügung. Im gleichen Zeitraum mußte Indien von diesen Ländern Waren im Wert von 25 Mrd. US-\$ kaufen. Hinzu kommt: Wenn das Schuldnerland die Schulden nicht rechtzeitig zurückzahlen kann, liefert dies den imperialistischen „Geberländern“ Handhaben, um erpresserische Bedingungen zu stellen.

„Attraktiv“ für die imperialistischen Großmächte ist Indien nicht nur für ihren Waren- und vor allem Kapitalexport, sondern auch als „Reservoir“ einfacher bis hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Pro Jahr absolvieren rund 2,3 Mio. indische Studentinnen und Studenten die Universität. Indien zählt noch vor China zu den profitabelsten „Offshore-Standorten“ für die Kapitalisten.

Der russische Sozialimperialismus war jahrzehntelang in Indien wichtigster Handelspartner und Waffenlieferant. Seit Beginn der 90er Jahre wird sein Einfluß von seinen imperialistischen Konkurrenten stetig zurückgedrängt, ist aber nicht zu vernachlässigen. Auch heute stammen noch 70% der Waffen der indischen Armee aus **Rußland**. Im Oktober 2003 wurde ein gemeinsamer entwickelter Kurzstrecken-Marschflugkörper erfolgreich getestet. Im Januar 2004 wurde ein weiterer Vertrag über Waffenimporte aus Rußland in Höhe von 1,5 Mio. US-\$ abgeschlossen. Im Dezember 2004 unterzeichneten Indien und Rußland ein politisch-wirtschaftliches Abkommen. 2005 fand das zweimonatige gemeinsame Manöver „Indra 2005“ statt.

Nach dem Zusammenbruch des russischen Sozialimperialismus wurden die USA zur dominierenden imperialistischen Großmacht in Indien. [DBR Feb-06] Der **US-Imperialismus** ist Indiens größter Handelspartner. Der indisch-US-amerikanische Handel ist im Vergleich zum Handelsvolumen China-USA niedrig, dennoch nimmt er rasch zu (von 1990 5,6 Mrd. US-\$ auf 2003 18 Mrd. US-\$). [DBR Feb-06] Zwischen den USA und Indien finden regelmäßig gemeinsame Militärmanöver und -einsätze statt. Im Juli 2005 kam es zu einer „Übereinkunft“ in der Atomfrage: Neben der Anerkennung Indiens als Atommacht wurde eine Kooperation bei der Nutzung von Atomkraft sowie die Wiederaufnahme des Atomtechnologiehandels beschlossen. Im selben Jahr einigten sich Indien und die USA auf umfangreiche Rüstungslieferungen (Kampfpjets, Hubschrauber, Flugzeuge). [DBR Feb-06]

Die **EU** ist mit einem Anteil von 24% an Indiens Gesamtexporten der größte Exportkunde Indiens. Umgekehrt steht Indien 2003 in der Rangliste der Warenexporteure in die EU nur an 19. Stelle und in der Rangliste der Importeure von EU-Produkten an 16. Stelle. [DBR Feb-06] Seit 2000 gibt es den jährlichen EU-Indien-Gipfel als institutionalisierte Form der Einflußnahme der europäischen imperialistischen Länder. [Seiler] Im November 2004 unterzeichnete Indien ein Abkommen über „strategische Partnerschaft“ mit der EU. Der Einfluß des **deutschen Imperialismus** in Indien, der in der EU eine entscheidende Rolle spielt, ist nicht zu unterschätzen (siehe Kasten „Der deutsche Imperialismus: Ein Todfeind der Werktätigen Indiens“).

Wie ist die Naxlari-Bewegung entstanden? Wofür kämpfen die Naxaliten?

Mitte der 60er Jahre nahmen die antirevisionistischen Kräfte um die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens den internationalen Kampf gegen die modernen Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten auf. Auch innerhalb Indiens wurde dieser Kampf geführt und setzten sich innerhalb der KPI und danach in der KPI (Marxisten) revisionistische Kräfte durch.

Mit einer Reihe von Artikeln führten Charu Mazumdar und seine Genossinnen und Genossen zunächst von 1965 bis 1967 einen ideologischen Kampf gegen die sich festigende ideologische Linie des Revisionismus. Schließlich begannen 1967 in Naxalbari, einem Ort im Distrikt Darjeeling in West-Bengalen, Landarbeiterinnen und -arbeiter, landlose und Kleinstbauern unter der Führung von Mazumdar und seinen Genossinnen und Genossen bewaffnete Aktionen zur Besetzung von Großgrundbesitzerland. Diese wurden nicht nur zum Fanal der Agrarrevoluti-

on, sondern auch zur praktischen Kriegserklärung gegen den friedlich-parlamentarischen Weg, der von den staatstragend gewordenen modernen Revisionisten der KPI(M) propagiert wurde.

Diese Konfiskation von Großgrundbesitzerland war ursprünglich ein „Wahlversprechen“ der KPI(M) gewesen, die nun nach ihrem Wahlsieg und Eintritt in die Koalitionsregierung nichts mehr davon wissen wollte. Charu Mazumdar und weitere antirevisionistische Genossinnen und Genossen hielten an dem ur-

Aspekte zur Geschichte Indiens

Mitte des 18. Jahrhunderts begann zwischen England und Frankreich ein erbittertes Ringen um die Vorherrschaft in Indien, das zu diesem Zeitpunkt aus zahllosen kleinen Fürstenstaaten bestand, die gegeneinander ausgespielt wurden. Der Sieg der britischen Ostindien-Kompanie über den Nawab von Bengalen (1757) wird allgemein als Beginn der territorialen Eroberung Indiens durch die Engländer angesehen. Marx, der sich intensiv mit Indien und dem Kampf der unterdrückten Inderinnen und Indern befaßte, schrieb:

„Die Englisch-Ostindische Kompanie erhielt bekanntlich, außer der politischen Herrschaft in Ostindien, das ausschließliche Monopol des Teehandels wie des chinesischen Handels überhaupt und des Gütertransports von und nach Europa. Aber die Küstenschifffahrt von Indien und zwischen den Inseln, wie der Handel im Innern Indiens wurden Monopol der höheren Beamten der Kompanie. Die Monopole von Salz, Opium, Betel und anderen Waren waren unerschöpfliche Minen des Reichtums. Die Beamten selbst setzten die Preise fest und schanden nach Belieben den unglücklichen Hindu. Der Generalgouverneur nahm Teil an diesem Privathandel. Seine Günstlinge erhielten Kontrakte unter Bedingungen, wodurch sie, klüger als die Alchemisten, aus Nichts Gold machten. Große Vermögen sprangen wie Pilze an einem Tage auf, die ursprüngliche Akkumulation ging vonstatten ohne Vorschuß eines Schillings.“ (Marx, Das Kapital, 1. Band, 24. Kapitel Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, 1867, Marx/Engels Werke 23, 781)

Die englische Kolonialmacht eroberte Indien nicht auf einen Schlag, sondern durchdrang es langsam von der Küste her, was über ein Jahrhundert dauerte. Die englischen Kolonialherren dehnten ihre Herrschaft gegen erbitterten Widerstand aus, beuteten die Werktätigen skrupellos aus, betrieben Schatzraub und Plünderungen, preßten Tribute und Steuern heraus. Marx schilderte eindrücklich die Verbrechen der europäischen Kolonialmächte am Beispiel Englands – des damals fortgeschrittensten Industrielands – und prangerte die Heuchelei der Kolonialmächte an:

„Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.“

(Marx, Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, 1853, Marx/Engels Werke Band 9, S.225 bzw. Marx und Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band I, S.331, Nachdruck Verlag Olga Benario und Herbert Baum)

Gegen diese Gewaltherrschaft regten sich Aufstände der Bauern und der städtischen Armut, zunächst regional begrenzt und unter Führung feudaler Kräfte. Bekannt wurde der Sepoy-Aufstand von 1857/58, bei dem sich große Teile der nordindischen Bevölkerung gegen die Herrschaft der Ostindien-Kompanie erhoben. 1885 bildete sich der „Indian National Congress“ (INC) als Sprachrohr der im Entstehen begriffenen nationalen Bourgeoisie Indiens. Ihre Interessen gerieten teilweise auch mit der Kolonialherrschaft in Konflikt, was sich mit dem Übergang der Epoche des vormaligpolitischen Kapitalismus in den Imperialismus noch weiter zuspitzte.

Unter dem Eindruck der Oktoberrevolution und mit

einem von den Kriegsanstrengungen des Ersten Weltkriegs geschwächten englischen Imperialismus entwickelte sich von 1919 bis 1922 ein revolutionärer Aufschwung in Indien. 1919 erhoben sich bewaffnete Arbeiterinnen und Arbeiter in Ahmedabad. In Amritsar wurden bei einer Protestkundgebung von Soldaten 400 Menschen getötet, über 1000 verletzt. 1921 organisierten die Landarbeiterinnen und -arbeiter in Madras den „Mopla-Aufstand“. 1922 wurden bei Kämpfen in Chauri-Chaura 21 Polizisten getötet. Der INC beeilte sich, in einer Resolution das „unmenschliche Treiben des Pöbels in Chauri-Chaura“ zu verurteilen. [Materialien, S. 66] Beschwichtigung, Pazifismus, Gewaltlosigkeit und ziviler Ungehorsam als Methode des Kampfes der Unterdrückten – dies propagierte insbesondere der prominente INC-Anführer Mahatma Gandhi. Dies kam der indischen Bourgeoisie entgegen, da sie an einem bewaffneten Befreiungskampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht interessiert war. Der Gandhismus predigt den Gewaltverzicht der Unterdrückten und soll die revolutionäre Energie der Massen lähmen und unter ihre Kontrolle bringen. Im Programm der Komintern, der die 1925 gebildete KP Indiens angehörte, wurde die konterrevolutionäre Ideologie des Gandhismus kritisiert:

„Solche Richtungen, wie der Gandhismus in Indien, die, durch und durch von religiösen Vorstellungen erfüllt, die rückständigsten und wirtschaftlich reaktionären Lebensformen idealisieren, die den Ausweg nicht im proletarischen Sozialismus, sondern in der Rückkehr zu diesen rückständigen Formen erblicken, passive Duldung predigen und den Klassenkampf verneinen, verwandeln sich im Prozeß der Entwicklung der Revolution offen in reaktionäre Mächte.“

(Programm der Kommunistischen Internationale von 1928. Nachdruck in: „Programm der KP Rußlands (Bolschewiki) 1919 und Programm der Kommunistischen Internationale 1928“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum 2002, S. 189) Gandhi trieb seine reaktionäre Duldsamkeitsideologie so weit, daß er auf den Nazi-Holocaust angesprochen 1946 gegenüber seinem Biographen Louis Fisher in einem Interview erklärt haben soll:

„Hitler ermordete fünf [sic!] Millionen Juden. Es ist das größte Verbrechen unserer Zeit. Aber die Juden hätten sich selbst dem Messer des Schlächters ausliefern sollen. Sie hätten sich selbst ins Meer stürzen sollen.“

[<http://neo-neocon.blogspot.com/2005/09/varieties-of-pacifism-part-i-gandhis.html>]

Durch sein Festhalten an vielen hinduistischen Traditionen war Gandhi derjenige INC-Anführer, der den Hindu-Massenanhang mobilisieren konnte. Er trat gegen die Auswüchse des Kastensystems und Großgrundbesitzes auf, anerkannte aber deren Grundlagen und trug damit entscheidend dazu bei, daß diese Institutionen am Leben erhalten wurden.

Als im September 1939 der englische Kolonialstatthalter in Indien, Linlithgow, erklärte, Indien sei Kriegspartei, traf diese Erklärung, die sich in der Tat heuchlerisch als „Kampf für die Freiheit“ präsentierte, obwohl Indien diese Freiheit verwehrt wurde, auf Ablehnung beim INC. Jedoch auch in der weiteren Entwicklung des Zweiten Weltkriegs, auch nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion, lehnte es der INC ab, sich klar auf die Seite der Anti-Hitler-Koalition zu stellen. Im Gegenteil: Der INC-Flügel um Bose und Konsorten propagierte die offene Kollaboration mit Nazi-Deutschland und Japan für den Kampf gegen die englische Kolonialmacht. Auch Gandhi son-

dierte zeitweise die Möglichkeit eines Abkommens mit den faschistischen Achsenmächten. Der japanische Imperialismus, so seine Annahme, würde keinen Anlaß haben, Indien zu unterjochen, wenn der englische Imperialismus als Kolonialmacht aus Indien verjagt sein würde. [Bose/Jalal, S. 160] Im April 1942, als die englischen Truppen in Asien eine Niederlage erlitten hatten, Singapur von japanischen Truppen besetzt worden war und diese auf dem Vormarsch zur indisch-burmanischen Grenze waren, initiierte Gandhi die „Quit India“ („Raus aus Indien“) Bewegung. Mit anti-englischen Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen sollte der Hindu-Massenanhang mobilisiert werden. Einer Hungersnot, ausgelöst durch Dürren, aber auch durch die extreme Auspressung durch die englische Kolonialmacht, fielen in Bengalen 1943-44 rund 3.5 Mio. Menschen zum Opfer. [Bose/Jalal, S. 157]

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der Roten Armee und der Partisaninnen und Partisanen, über die faschistischen Achsenmächte kam es in Indien unter dem Eindruck vor allem des chinesischen, aber auch des vietnamesischen Befreiungskampfes Ende 1946 zu einem revolutionären Aufschwung. In Hyderabad begann ein fünf Jahre dauernder bewaffneter Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Geldverleiher („Telengana-Aufstand“). Auf dem Höhepunkt der Bewegung umfaßte das befreite Gebiet rund 4000 Dörfer und rund drei Mio. Menschen. Bewaffnete revolutionäre Milizen wurden aufgestellt, Großgrundbesitzer enteignet, staatliche Repräsentanten vertrieben, Bauernräte gebildet. Es gelang der damals noch revolutionären KP Indiens, die Masse der ausgebeuteten Bauern und Landarbeiter sowie der dortigen indigenen Bevölkerung, der Koyas, zu gewinnen. Schließlich setzte das indische Regime – nach der formalen Unabhängigkeit 1947 – mit Nehru an der Spitze gegen die Aufständischen 60.000 Soldaten und Bombenflugzeuge ein. Es gelang der Reaktion, den Aufstand niederzuschlagen. 4.000 Kader der KP Indiens und Zehntausende Unterstützer wurden ins Gefängnis gesperrt. [Journal für Antimilitarismus]

Gleichzeitig spitzten sich die religiösen Konflikte, geschürt von den Imperialisten, zu. Es kam in Kolkata zwischen Hindus und Muslimen zu blutigen Kämpfen, Massakern und Pogromen. Im August 1947 wurde „British India“ formal unabhängig und in zwei Staaten – Indien und das kleinere Pakistan – geteilt. Pakistan bestand aus zwei rund 1500 km voneinander getrennten Gebieten: Ost-Pakistan und West-Pakistan. Als Folge der Teilung mußten rund 10 Mio. Hindus Pakistan und rund 7 Mio. Muslime Indien verlassen.

Diese Teilung Indiens verhinderte es nicht, daß die Imperialisten den nationalen Hader zwischen Pakistan und Indien zu ihren Gunsten ausnutzten, um beide Länder in Abhängigkeit zu halten. Im Punjab, wo sich gerade eine Bauernbewegung entfaltete, wurden durch die englischen Imperialisten und ihre einheimischen Lakaien Pogrome und Gemetzel zwischen Hindus, Muslimen und Sikhs provoziert. Im Verlauf dieser Pogrome wurden ungefähr 500.000 Menschen getötet. Hindus, Sikhs und Muslime flüchteten in Massen aus den jeweils von der anderen Religion mehrheitlich bewohnten Regionen. Hunderte von Dörfern und Dutzende von Städten wurden zerstört.

Diese Pogrome schufen günstige Voraussetzungen für den ersten Kaschmir-Krieg (weitere sollten 1956 und 1999 folgen), der im September 1947 mit dem Einmarsch indischer Truppen begann und mit der Annexion Kaschmirs endete.

und wandte folgende Maßnahmen der Aufstandsbe-kämpfung an:

- Aufspüren der Aufständischen mit elektronischen Geräten
- Abkappen der Lebensmittelversorgung der Aufstandsgebiete
- Einsatz von Soldaten aus „ethnisch fremden“ Bevölkerungsteilen, um Solidarisierung zu verhindern
- Isolierung der Aufstandsregionen zum frühestmöglichen Zeitpunkt

sprünglichen Vorhaben fest und nahmen die bewaffneten Landkonfiskationen auf. Sie scharten die anti-revisionistischen Kräfte um sich und gründeten im April 1969 die KPI(Marxist-Leninist).

Zunächst nur mit Speeren und Pfeilen ausgerüstet, besetzten die Naxaliten Ländereien. Sie mußten Waffen erbeuten, um sich gegen die heranrückende Polizei und Armee zur Wehr zu setzen. Bauernkomitees organisierten eine eigene Verwaltung und Rechtssprechung. Großgrundbesitzer und knechtische Geldverleiher wurden von Volksgerichten abgeurteilt. Trotz der Unterdrückung durch Armee und Polizei gelang

es den Naxaliten, rund 300 Dörfer zu befreien. Im März 1969 kontrollierten die Naxaliten ein Gebiet von ca. 500 bis 700 km².

Es folgten Jahre des Staatsterrorismus gegen die Naxaliten und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer: Folter und illegale Hinrichtungen durch Polizei, Armee und Privatbanden der Großgrundbesitzer waren an der Tagesordnung. Die Aufständischen wurden als „Landesverräter“ und Gangsterbanden im Solde Pakistans dargestellt. Das indische Regime schickte seine Spezialeinheiten, u.a. das Bataillon Central Reserve Police Force, in die Gebiete der Aufständischen

Boses „Bewegung Freies Indien“ - 5. Kolonne des deutschen Imperialismus

So sehr der US-Imperialismus als Ausbeuter und Unterdrücker in Indien momentan im Vordergrund steht, so wichtig und lehrreich ist es nicht nur für die Kommunistischen Kräfte in Deutschland, sondern auch für die revolutionären Kräfte in Indien zu verstehen, daß der deutsche Imperialismus ein nicht zu vernachlässigender Todfeind der Werktätigen Indiens ist. Als imperialistischer Räuber scheinbar ohne „koloniale Vergangenheit“ in Indien verstand und versteht er es geschickt, sich ant imperialistisch (will heißen: anti-amerikanisch, anti-englisch, anti-französisch usw.) zu präsentieren, um die Völker Indiens zu täuschen.

Und das gilt zunächst für die kommunistischen Kräfte aller Länder: Wer hier nicht konsequent am Internationalismus festhält, sondern wem es vor allem und in erster Linie um das „eigene“ Land geht, der ist rasch dabei, nur einem imperialistischen Oberherrn den Krieg zu erklären und sich dafür nach dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ von anderen imperialistischen Mächten einspannen zu lassen. Der ist, wie das Beispiel der anti-englischen indisch-nationalistischen Kräfte zeigt, rasch dabei, den Zweiten Weltkrieg eben nicht hauptsächlich als einen weltweiten antifaschistischen Krieg zu betrachten, sondern nur von den eigenen Interessen ausgehend als einen Kampf zwischen alten und neuen imperialistischen Mächten um die Oberherrschaft.

Das imperialistische Nazi-Deutschland gibt sich „antiimperialistisch“

Wie geschickt der deutsche Imperialismus es versteht, diesen Nationalismus für seine Zwecke auszunutzen, zeigt sich beispielhaft an Suba Chandras Bose. Dieser wird noch heute von den bürgerlichen Ideologen in Indien als „Freiheitskämpfer“ dargestellt. Anlässlich der Feierlichkeiten zu seinem 100. Geburtstag 1997 wurde der indische Flughafen von Kolkata nach ihm benannt. [Günter, Die Indische Legion] Boses Tochter Anita Pfaff, die in Deutschland lebt und an der Universität Augsburg unterrichtet, ist noch heute regelmäßige Anlaufstelle, wenn indische Staatsgäste (etwa Premierminister Vaipayee 2003), Deutschland besuchen. [Reinert]

Bose beteiligte sich seit seiner Studentenzeit aktiv am Kampf für die Unabhängigkeit Indiens. Er hatte in den 30er Jahren Nazi-Schriften gelesen, auch Hitlers „Mein Kampf“. [Schnabel, S. 52 f.] 1938 wurde er als INC-Vorsitzender neben Gandhi und Nehru einer der führenden Politiker Indiens. Im gleichen Jahr sondierte er mit dem „Landesgruppenleiter“ der NSDAP-AO in Indien, Oswald Urchs, deutsche Unterstützung für einen anti-englischen Aufstand. [Günter, Annaburg, S. 25]

Indien war damals die größte und wirtschaftlich mit mehr als 320 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Kolonie Englands. Mit der „Royal Indian Army, die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 2,5 Millionen indische Soldaten umfaßte, kommandierte England auch die damals größte Kolonialarmee der Welt. [Journalistinnenbüro, S. 261] Der Subkontinent war die zentrale Drehscheibe der alliierten Streitkräfte vom Nahen bis zum Fernen Osten. [Journalistinnenbüro, S. 268]

Nazi-Deutschland war nach England der zweitgrößte Handelspartner Indiens und genoß bei Teilen der indischen Bourgeoisie hohes Ansehen. Es hatte eine scheinbar „weiße Weste“ als Kolonialmacht in Indien und gab sich betont „antiimperialistisch“. Dabei nutzten die deutschen Imperialisten geschickt Tendenzen innerhalb der herrschenden Klassen Indiens und ihrer Repräsentanten aus, sich von der Abhängigkeit des englischen Imperialismus zu lösen. Diese „antiimperialistische“ Nazi-Demagogie war ebenfalls ein wirkungsvolles Mittel, um die im Kern berechtigten

antiimperialistischen Bestrebungen rückständiger Werktätiger in Indien in pro-deutsche Bahnen zu lenken.

Boses Flucht nach Nazi-Deutschland

Getrieben von seinem Haß auf die englischen Kolonialherren und seinem ausgeprägten Nationalismus sah Bose in Nazi-Deutschland, als Rivalen Englands, einen Verbündeten. Gegenüber seinem Kontrahenten Gandhi profilierte er sich vor den Massen Indiens als „radikaler Kämpfer für die Unabhängigkeit Indiens“, der sich nicht auf Gewaltlosigkeit einschränken lassen wollte. Nach Meinungsverschiedenheiten mit Gandhi über das Alkohol- und Tabakverbot gab er im April 1939 seinen INC-Vorsitz zurück und gründete mit seinen Anhängern den „Forward Bloc“. [Schnabel, S. 35 f.] Nachdem er 1940 von den englischen Kolonialbehörden erneut ins Gefängnis gesperrt worden war, gelang ihm Anfang 1941 über Afghanistan die Flucht nach Nazi-Deutschland. [Schnabel, S. 55 f.]

In Berlin angekommen bildete er mit dem palästinensischen Mufti von Jerusalem, der in Palästina einen anti-englischen und pro-deutschen Aufstand herbeiführen wollte, und Raschid Ali al-Ghailana, der gerade im Irak bei einem anti-englischen und pro-deutschen Aufstand eine Niederlage erlitten hatte, eine führende Gruppe der 5. Kolonnen der Nazis. In einem Memorandum an die deutsche Naziführung vom 9. April 1941 legte Bose seine konkreten Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit Deutschland dar. Vorgesehen waren u.a. Radiosender und Druckereien im Gebiet zwischen Afghanistan und Indien, Angriffe auf englische Militärstützpunkte sowie der Einmarsch von Nazi-Truppen in Indien. [Schnabel, S. 60 f.]

Das Ziel des deutschen Imperialismus war es, die Positionen der imperialistischen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition, seiner imperialistischen Rivalen, zurückzudrängen und zu schwächen und sich einen Stützpunkt im Krieg gegen die damals sozialistische Sowjetunion zu erobern. Dafür mußte die indische Bevölkerung getäuscht und zu seinem Nutzen gegen den englischen Imperialismus „aufgewiegelt“ werden.

Boses „Forward Bloc“ mit einer breiten Basis, die alle Religionen umfaßte und in ganz Indien verbreitet war, bot den Nazi-Faschisten nun die entsprechenden Möglichkeiten. Die Nazi-Pläne nach der Eroberung des Kaukasus, durch den Iran und Afghanistan bis zur indischen Grenze vorzudringen, bekamen nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 bedrohliche Dimensionen. Im Juli 1941 wurde im Auswärtigen Amt das „Sonderreferat Indien“ neu gegründet und Bose in Berlin ein Wohnsitz und ein Büro zur Verfügung gestellt. [Schnabel, S. 67] Zunächst wurde eine umfangreiche Rundfunkpropaganda für die im englischen Einflußbereich lebende indische Bevölkerung vorbereitet. In der ersten ausgestrahlten Radiosendung des Senders „Freies Indien“ (Azad Hind Radio) vom 19. Februar 1942 rief Bose die indische Bevölkerung zum Aufstand gegen die englischen Besatzer und zur Kollaboration mit Nazi-Deutschland auf. [Schnabel, S. 69]

Nach Beginn der „Quit-India“-Bewegung Gandhis wurde der Sender durch das „National Congress Radio“ ergänzt, das hauptsächlich Reden Boses übertrug. Als Ansager konnten die Nazis den indischen Journalisten und INC-Anhänger Mukherji gewinnen. [Günter, Annaburg, S. 68]

Boses „Bewegung Freies Indien“

Bose erstellte einen detaillierten Plan für eine „Provisorische Regierung Freies Indien“, deren Vorläufer die „Zentrale Freies Indien“ war, die aus einem zivilen und einem militärischen Apparat bestand. Der zivile Apparat war zuständig für personelle Verbindungen, Propaganda über Rundfunk und Zeitung

und wirtschaftliche Planungen. Ihre Funktionäre wurden vorwiegend aus in Europa lebenden Indierinnen und Indern rekrutiert. Die meisten von ihnen waren Akademiker, manche hatten an deutschen Hochschulen studiert. [Goel] Einige wurden in deutschen Schlüsselindustrien für ihren Einsatz in Indien ausgebildet. [Schnabel, S. 76 f.]

Das militärische Büro baute die „Indische Legion“ auf, deren Soldaten aus kriegsgefangenen indischen Soldaten der englischen Armee rekrutiert wurden. Bose reiste mehrfach selbst zu den Kriegsgefangenenlagern, um indische Soldaten für diese Truppe zu werben. Von den rund 15.000 indischen Kriegsgefangenen erklärten sich etwa 3.500 zum Eintritt in die „Indische Legion“ bereit. [Reinert] In Annaburg bei Torgau und Königsbrück bei Dresden wurden sie von rund 300 Nazi-Offizieren ausgebildet.

Einsatz von Boses „Indischer Legion“ als Teil der Waffen-SS in den besetzten Niederlanden und im besetzten Frankreich

Mit den Erfolgen der Roten Armee über Nazi-Deutschland bei Stalingrad Ende 1942 änderte sich jedoch die Situation. Eine Invasion der Nazi-Truppen bis zur indischen Westgrenze war in weite Ferne gerückt und die „Indische Legion“ wurde zunächst in die Niederlande und dann an die Atlantikküste verlegt. Innerhalb der Soldaten soll es gegen diese Verlegung anfänglich Widerstand gegeben haben, hatte man ihnen doch vorher erklärt, sie würden Indien vom „Kolonialjoch der Engländer“ befreien. [JournalistInnenbüro, S. 260] Im Juni 1944 wurde die „Indische Legion“ offiziell der Waffen-SS unterstellt. Diese bedeutete auch, daß sie zur Bekämpfung der französischen Partisanen und Partisanen der Resistance und für „Vergeltungsaktionen“ gegen die französische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Versuche der Alliierten, indischen Soldaten per Lautsprecher an der Front und mit Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern zum Überlaufen zu bewegen, blieben weitgehend erfolglos. Noch im Januar 1945 waren etwa 2.600 Inder in Frankreich für die Waffen-SS im Einsatz. [JournalistInnenbüro, S. 260]

Bose selbst verlegte Frühjahr 1943 sein Hauptquartier in das vom japanischen Imperialismus besetzte Singapur und proklamierte von dort die „Provisorische Regierung Freies Indien“, die von den faschistischen Achsenmächten offiziell als rechtmäßige Vertretung Indiens anerkannt wurde. [JournalistInnenbüro, S. 256] Bose rekrutierte aus kriegsgefangenen indischen Soldaten des japanischen Imperialismus eine bis zu 40.000 Soldaten umfassende „Azad Hind Fauj“ (Indian National Army), die mit der faschistischen japanischen Besatzungsarmee über Burma nach Indien vorrückte.

Durch den Sieg der antifaschistischen Kräfte, vor allem der Roten Armee und der Partisanen und Partisanen der besetzten Länder, konnte dieser Plan vereitelt werden. Bose starb kurz vor der Kapitulation Japans im August 1945 auf dem Weg nach Japan bei einem Flugzeugabsturz. [Reinert]

Daß nicht nur Bose, sondern auch Figuren wie Gandhi und Nehru die Kollaboration mit den faschistischen Achsenmächten im Kampf um Indiens angebliche Unabhängigkeit guthießen, zeigte sich erneut 1946, als in Indien der Prozeß gegen Angehörige von Boses „Azad Hind Fauj“ begann. Der INC erklärte die Angeklagten zu „Märtyrern für die Freiheit Indiens“ und stellte ihnen 20 Anwälte, darunter auch den späteren Premierminister Nehru, zur Verfügung. [Günter, Annaburg, S. 112]

☆☆☆

Indien als „Müllhalde“ der imperialistischen Mächte

Um Höchstprofite zu erzielen, wird die Bevölkerung in einem Land wie Indien vom imperialistischen Monopolkapital und der mit ihnen kollaborierenden Kompradoren-Bourgeoisie besonders ausgeplündert. In verbrecherischer und rücksichtsloser Weise werden menschliche Arbeitskraft und Ressourcen ausgebeutet, Gift und Abfall, Kranke, Verletzte, ja Tote wissentlich in Kauf genommen. Einige Beispiele seien hier genannt:

■ 1984 strömten aus der Fabrik von Union Carbide of India Ltd (UCIL) in der Stadt Bhopal Giftgas aus. Mindestens 20.000 Menschen starben, weitere 250.000 wurden verletzt, Tausende sind erblindet, Tausende erlitten chronische Lungenleiden. Frauen erleiden seither immer wieder Fehlgeburten, Frühgeburten, Neugeborene haben Mißbildungen. Vegetation und Tiere sind in großem Ausmaß betroffen.

■ Chemiekonzerne (wie Bayer oder AgrEvo) liefern giftige Pestizide für die Ertragssteigerung. Die in der Baumwollproduktion verwendeten Pestizide gelten als besonders giftig. Vielfach mangelt es an Aufklärung über den fachgerechten Umgang, fehlt es an Arbeitsschutz, Lagerungs- und Waschmöglichkeiten.

■ Ähnlich giftig geht es in der Ledererzeugung zu: Lederarbeiterinnen und -arbeiter in indischen Gerbereien haben oft keine Schutzkleidung, sind chemischen Substanzen wie Blei oder Arsen direkt ausgesetzt. Verätzungen und Verstümmelungen sind die häufige Folge. Für die Herstellung von 1 kg Leder werden 35 Liter Wasser benötigt, die anschließend häufig ungeklärt in die Flüsse geleitet werden. Deutschland ist der größte Abnehmer indischer Ledererzeugnisse. [AG Solidarische Welt, Es stinkt zum Himmel]

■ Die Verunreinigung von Wasser durch die imperialistischen Konzerne ist dabei nur eine Folge. Schon heute sind etwa 8% aller Todesfälle in Indien auf verschmutztes, vergiftetes Wasser zurückzuführen. [Laboumet] Eine weitere Folge ist generell auch eine schlechte Wasserversorgung. Häufig wird den Kleinstbauern von den Konzernen das Grundwasser abgegraben und giftige Abwässer werden meist ungeklärt wieder zurück geleitet.

■ Besonders brutal und gesundheitsschädigend sind die Bedingungen bei den Schiffsabwrackungsanlagen. Etwa 40.000 Inderinnen und Inder müssen in Bombay und Alang ohne Atemschutz an krebserregendem Asbest arbeiten, sind Qualmwolken aus giftigen Schwermetallen ausgesetzt. Sie müssen teilweise mit bloßen Händen Schiffe zerlegen, auch aus Deutschland wie etwa das Schulschiff „Deutschland“ der Bundesmarine. Von 1988-89 wurden mindestens 55 deutsche Hochseeschiffe zum Abwracken direkt nach Asien geschafft. [Report Mainz, 23.11.98]

■ Internationale Arzneimittelkonzerne der Imperialisten benutzen zunehmend Menschen in Indien als „Versuchskaninchen“ bei der Erprobung neuer Medikamente, teilweise ohne vorher Tierversuche durchzuführen. Es wurden bereits mehrere Todesfälle bekannt. [Neelsen]

- Anwerbung von Spitzeln
- Überraschende Razzien von ganzen Dörfern und Stadtteilen
- Gewaltsame Schein-„Freilassung“ von Gefangenen, die dann als „Ausbrecher“ vor den Gefängnistoren von der Polizei erschossen werden (diese Methode wurde gegen die inhaftierten Naxaliten von Kalkutta angewandt). [Schmitt, S. 186 f.]

Bis zum Mai 1970 gelang es dem reaktionären indischen Regime, fast alle führenden Kader der Naxaliten zu ermorden. Allein 1971 befanden sich über 30.000 Naxaliten in den Gefängnissen Kalkuttas. Viele wurden gefoltert oder ermordet. [Schmitt, S. 146 f.] Genosse Charu Mazumdar wurde 1972 von den Schergen des reaktionären indischen Staats ermordet.

☆☆☆

Seitdem sind 34 Jahre vergangen. Wir verfügen nicht über genaue Kenntnisse der programmatischen Ziele verschiedenen Gruppen, die heute die Naxaliten-Bewegung bilden. Wir wissen jedoch, daß jede revolutionäre Kraft in Indien um eine solidarisch-kritische Einschätzung der Grunddokumente der indischen Revolution sowie der Schriften von Charu Mazumdar nicht umhin kommt. Einige uns zentral erscheinende grundlegend richtige Positionen Mazumdars und der damals von im geführten KPI(ML) sind:

Bewaffneter Kampf zur Zerschlagung des Staatsapparats gegen die revisionistische Ideologie des „friedlichen Wegs“

Gegen die revisionistische Losung des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus“ betonte Charu Mazumdar die Notwendigkeit des bewaffneten Revolution:

„Die demokratische Revolution kann den Sieg nur durch den bewaffneten Kampf, durch den Volkskrieg gewinnen.“

(„Vorwärts bei der Zusammenfassung der Erfahrungen des revolutionären Bauernkampfes in Indien“, 4.12.69, in: „Chingari“, Organ der Hindustan Ghadar Partei (ML), Band 4, Nr. 5, Extrabeilage Nr. 1, September 1972, S.14, Original in Englisch)

Es war gerade die große Leistung der bewaffneten Bauernaufstände in Naxalbari, diesen antirevisionistischen Kampf bewaffnet geführt zu haben und damit die reformistisch-revisionistischen Kräfte innerhalb von KPI und KPI(M) zu entlarven. Im Kampf gegen diese Kräfte propagierte Mazumdar, daß der bewaffnete Kampf der ausgebeuteten Bauern auf die Zerschla-

gung der Staatsmaschinerie und die Errichtung eines neuen Staats der Volksdemokratie abzielen muß:

„Die Durchführung der Agrarrevolution (d.h. Landreform) ohne Zerschlagung der Staatsmaschinerie bedeutet geradeheraus Revisionismus.“

„Somit ist die erste und oberste Pflicht der Bauernbewegung von heute die Zerschlagung der Staatsmaschinerie...“

(„Der Bauernkampf muß im Kampf gegen den Revisionismus weitergeführt werden“, April 1967, in: „Die historischen antirevisionistischen acht Dokumente von unserem angesehenen Führer - dem unsterblichen Märtyrer Genossen Charu Mazumdar“, Mass Line Publication, 1982, Original in Englisch)

Notwendigkeit der Agrarrevolution und Bedeutung der Masse der ausgebeuteten Bauern in der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution

Gegen die revisionistische Tendenz der Schmälerung der Rolle der Masse der ausgebeuteten Bauern in der antiimperialistisch-demokratischen Revolution charakterisierte das 1970er Programm der KPI(ML) unter Führung Mazumdars die Bauernschaft, die durch Imperialismus, feudalistische Großgrundbesitzer und bürokratischen Kapitalismus unterdrückt und ausgebeutet wird, richtig als „Hauptkraft der Revolution“ und erklärte, daß die

„demokratische Revolution in erster Linie eine Agrarrevolution ist“.

(„Packt die Arbeit der Schaffung einer revolutionären Partei an“, Liberation, Oktober 1968, „Chingari“, a.a.O., S. 5, Original in Englisch)



Charu Mazumdar

Mazumdar wies die reformistischen und ökonomistischen Praktiken der indischen modernen Revisionisten zurück. Diese beschränkten die Bewegung der Arbeiterklasse auf den rein gewerkschaftlichen Kampf und lehnten die führende Rolle der Arbeiterklasse in den Kämpfen der ausgebeuteten Bauern als Mittel zur Schmiedung des Arbeiter-Bauern-Bündnisses unter Führung des Proletariats ab. Dies aber ist eine entscheidende Bedingung für den Sieg in der neudemokratischen Revolution.

In diesem grundlegenden Arbeiter- und Bauernbündnis unter Führung des Proletariats schlossen Charu Mazumdar und die KPI(ML) dennoch auch in der demokratischen Etappe der

Revolution zurecht einen kleinen Teil der reichen Bauern aus:

„Bei der Bauernschaft sind die armen und landlosen Bauern feste Verbündete und die Hauptkraft der Revolution. Sie werden sich fest mit der mittleren Bauernschaft vereinen, einen Teil der reichen Bauern gewinnen und die Mehrheit von diesen neutralisieren. Nur ein kleiner Teil der reichen Bauern wird ins Lager der Konterrevolution übergehen.“

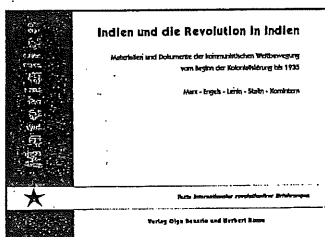
(Charu Mazumdar, „Chinas Weg ist unser Weg“, November 1969, „Chingari“, a.a.O., S.13, Original in Englisch)

Für die Errichtung der demokratischen Diktatur des Volkes auf Grundlage eines Arbeiter-Bauern-Bündnisses

Charu Mazumdar hob gegen opportunistische Konzepte über die Einheitsfronttaktik hervor:

„Die Hauptsache bei der Einheitsfront ist, daß sie die Einheitsfront der Arbeiterklasse und der

Anzeige: Dokumente zum Studium der Revolution in Indien



288 Seiten, 20 €, ISBN 3-86589-039-3

Vorankündigung:
Nachdruck, ca. 480 Seiten

Workers of All Countries Unite!
Under the
of Marxist-Leninism

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Studiert die kritische Analyse indischer Genossinnen und Genossen des Projekts „Under the Banner of Marxism-Leninism“ (Kritik am Programm der KP Indiens (ML) von 1970)

Mitte der 80er Jahre gab es ein vielversprechendes Projekt von Genossinnen und Genossen aus Indien, die sich die Aufgabe gestellt hatten, die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung Indiens kritisch aufzuarbeiten. Als Beitrag zum Aufbau der Marxistisch-Leninistischen Partei in Indien erschienen von 1984 bis 1987 sechs Ausgaben der Zeitschrift „Under the Banner of Marxism-Leninism“ auf Englisch, Hindi und Deutsch.

Auch wenn wir keine genaueren Informationen darüber haben, was aus der Gruppe geworden ist, so bleibt ihre Aufgabenstellung einer kritischen Aufarbeitung ebenso wie die Kernpunkte ihrer Kritik nach wie vor bestehen. Es heißt in der ersten Ausgabe von „Under the Banner of Marxism-Leninism“ vom November 1984:

„Die Naxalbari-Bewegung war vor allem eine herausragende praktische Kriegserklärung der Massen gegen den „friedlich-parlamentarischen Weg“ der modernen indischen Revisionisten. Dennoch müssen wir studieren, in welchem Ausmaß diese Bewegung oder die sie führende Partei in der Lage war, den modernen Revisionismus auch auf theoretischer Stufe zu bekämpfen... Eine vollständige Analyse der Erfahrungen der Naxalbari-Bewegung unter Führung der KPI(ML), die von Genosse Charu Mazumdar geführt wurde, ist eine wesentliche Aufgabe, die angepackt werden muß...“

In der Nummer 6 von „Under the Banner of Marxism-Leninism“ vom Juni 1987 wird ein erstes Diskussionsergebnis dieser kritischen Analyse festgehalten und u.a. folgende Schwächen und Fehler der KPI(ML) unter Führung Mazumdars erläutert:

■ **Ungenügende Orientierung auf die maximalen Ziele der Errichtung des Sozialismus und Kommunismus:** „Obwohl im 1970er Programm erwähnt wird, daß die volksdemokratische Revolution zur Diktatur des Proletariats und zur Errichtung des Sozialismus und Kommunismus vorangetrieben werden muß, ist dennoch die Darlegung und Erläuterung des Maximalprogramms der Kommunistischen Partei im Programm und in den Schriften Charu Mazumdars nicht ausreichend:

nämlich das Ziel der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, der klassenlosen Gesellschaft durch die Vernichtung jeglicher Ausbeutung einschließlich der des Kapitalismus...“ (Under the Banner Nr. 6, S. 17)

■ **Fehler und Schwächen in der nationalen Frage:** „... (a) Im gesamten Programm wird vom „indischen Volk“ und nicht von den „Völkern Indiens“ gesprochen ... (b) In den Punkten 12 und 38 (j), wo vom Recht auf Selbstbestimmung für Nationalitäten gesprochen wird, wird das Recht auf Lostrennung, was darin eingeschlossen sein muß, nicht explizit erwähnt. (c) Es zeichnet sich eine klare Tendenz ab, oder zumindest zeigt sich mangelnde Klarheit in dieser Frage, Indien als eine Nation zu nehmen und das Programm der „Vereinigung Indiens“ aufzustellen...“ (Ebenda, S. 17)

■ **Übernahme der antileninistischen Konstruktion der „Mao-Tse-tung-Ideen“:** „Im Zusammenhang mit den „Mao-Tse-tung-Ideen“ gab es eine Tendenz, die spezifischen Erfahrungen der chinesischen Revolution, zum Beispiel den militärischen Weg der Umkreisung der Städte vom Land aus, schematisch zu übertragen ... Unserer Meinung nach müssen die Marxistisch-Leninisten jedes Landes, so auch in Indien, auf der Grundlage konkreter Studien - wobei die Einschätzung der chinesischen Revolution hilfreich sein wird - feststellen, ob es in ihren eigenen Ländern möglich ist, Stützpunktgebiete zu schaffen und die Städte im langandauernden Volkskrieg vom Land her einzukreisen und auf diesem Wege die politische Macht im gesamten Land zu errichten...“ (Ebenda, S. 22)

■ **Falsche Konzentration auf den Einfluß lediglich der zwei „Supermächte“ in Indien:** „...Die anderen imperialistischen Mächte wie der britische, der westdeutsche und andere Imperialisten, die ganz sicher sehr stark im Land präsent sind und auch ein Ziel der Revolution darstellen, wurden nicht ausdrücklich erwähnt...“ (Ebenda, S. 24)

Bauernschaft ist. Nur eine solche Einheitsfront kann die Kleinbourgeoisie und alle die, mit denen, wenn auch zeitweilig, eine Einheit möglich ist, vereinen. Nur eine revolutionäre Partei kann diese Aufgabe erfüllen.“

(„Die Einheitsfront und die revolutionäre Partei“, Mai 1968, „Chingari“, a.a.O., S.4, Original in Englisch)

Er entlarvte die sogenannte „Einheitsfront“, von der die modernen Revisionisten schwätzen, als „nichts anderes als ein Zusammenrotten einiger reaktionärer Parteien zur Machtgewinnung. Das einzige Ziel ihres Zusammengehens besteht darin, Ministersessel zu erobern“. Er zeigte auf, daß die „Einheitsfrontregierungen“, die zu dieser Zeit in Kerala und Westbengalen von den modernen Revisionisten gebildet worden waren, nicht anderes waren als gemeinsame Fronten gegen die Arbeiter und Bauern.

„Unter Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den breiten bäuerlichen Massen und bei Durchführung des bewaffneten Kampfes gegen die ausländischen und indischen Reaktionäre ... Dies ist das einzig marxistische Verständnis von der Einheitsfront ...“

(ebenda, S. 6)

Kampf gegen den modernen Revisionismus

Der KPI(ML) unter Charu Mazumdar gebührt das historische Verdienst, den Mythos vom angeblich fortschrittlichen und sozialistischen Charakter der KPD/SU und der Sowjetunion nach 1956 in Indien zu zerschlagen, der von den indischen Kumpanen der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten, der KPI und der KPI(M) aufrechterhalten wurde. Sie enthüllte den wahren Charakter der herrschenden Clique in der UdSSR, die die Staatsmacht bald nach Stalins Tod usurpierte hatte mit dem Ziel, in der Sowjetunion die Restauration des Kapitalismus zu vollziehen.

☆☆☆

Für die kommunistischen Kräfte der ganzen Welt ist gerade heute die Existenz eines jahrzehntelangen revolutionären bewaffneten Kampfes unter Beteiligung breiter Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Roten Fahnen von enormer Bedeutung. Für uns in Deutschland erfordert der proletarische Internationalismus besonders, die konterrevolutionären Machenschaften des deutschen Imperialismus dort anzuprangern und zu bekämpfen und gleichzeitig den revolutionären Befreiungskampf moralisch, politisch und materiell maximal zu unterstützen. Für uns schließt das auch das Studium der Grunddokumente und die solidarische Debatte mit den sich am Kommunismus orientierenden Kräften in Indien ein. Denn proletarischer Internationalismus bedeutet Solidarität in Wort und Tat. Damals wie heute, unter den Bedingungen kolonialer wie neokolonialer Abhängigkeit, gelten Lenins Worte: Diejenige Kommunistische Partei in einer Unterdrückernation,

„die in Worten Feind des Imperialismus ist, in Wirklichkeit jedoch in „ihren“ Kolonien keinen revolutionären Kampf zum Sturz „ihrer“ Bourgeoisie führt, die überall bereits begonnene revolutionäre Arbeit in den Kolonien nicht systematisch unterstützt, dorthin keine Waffen und keine Schriften für die revolutionären Parteien in den Kolonien bringt, ist eine Partei von Lumpen und Verrätern.“

(Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale“, 1919, Werke Band 29, S. 497)

☆☆☆

Quellen

- ▶ „Indien und die Revolution in Indien. Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935. Marx, Engels, Lenin, Stalin, Komintern“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2006
- ▶ „Under the Banner of Marxism-Leninism“ - Contributions towards the Building of the Marxist-Leninist Party in India“, (Nr. 1 Nov. 1984 - Nr. 6 Juni 1987)
- Außerdem:
- ▶ Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.), Es stinkt zum Himmel..., Berlin, 2002
- ▶ Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.), Pokern ums weiße Gold, Berlin, 2000
- ▶ Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.), Menschenrechte in Indien, Berlin 2004
- ▶ Amnesty International unter web.amnesty.org/web/web.nsf
- ▶ Auswärtiges Amt unter www.auswaertiges-amt.de/laenderinfos
- ▶ Bose, Sugata/Jalal, Ayesha, Modern South Asia. History, Culture, Political Economy. London/New York 1998
- ▶ Deutsche Auslandschandelskammer für Indien: www.ahk.de sowie www.indo-german.com
- ▶ Deutsche Bank Research, Deutsche Direktinvestitionen in Indien: Unausgeschöpftes Potential, Reihe Aktuelle Themen, Nr. 338, November 2005
- ▶ Deutsche Bank Research, „Indien – Auf dem Weg zur Weltmacht?“, Reihe Aktuelle Themen, Nr. 342, Februar 2006
- ▶ Goel, Urmila, Die indische Legion – Ein Stück deutsche Geschichte, 2003, www.urmila.de/UDG/Bibli/legion.html
- ▶ Günther, Lothar, Von Indien nach Annaburg. Die Geschichte der Indischen Legion und des Kriegsgefangenenlagers in Deutschland, Berlin, 2003
- ▶ Günther, Lothar, Die Indische Legion. In: van der Heyden, Ulrich/Zeller, Joachim (Hrsg.), ... Macht und Anteil an der Weltmacht. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005
- ▶ Handelsblatt, 20.4.06 „Deutsche in Indien“ unter www.handelsblatt.com
- ▶ Handelsblatt, 9.6.06 „Weg für VW-Werk im Punjab frei“ unter www.handelsblatt.com
- ▶ Illoyales Journal für Antimilitarismus, Nr. 15, Frühling 2001
- ▶ Indien: Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten (2006) unter www.iftu.org/displaydo-

- cument.asp?Index=991224395
- ▶ Indymedia unter www.germany.indymedia.org/2005/06/1266.8.shtml
- ▶ Klein, Thomas, Atomwaffenprogramme waren „made in Germany“, FF/202 unter: www.friedenskooperative.de/ff/ff02/1-31.htm
- ▶ Labournet unter www.labournet.de/internationales/in/index.html
- ▶ Neelsen, John P., Indien – Perspektiven einer aufsteigenden Weltmacht aus der Peripherie. Heft 11/2005 „Blätter für deutsche und internationale Politik. In: www.unikassel.de/lb5/frieden/regionen/indien/neelsen.html
- ▶ Nohlen, Dieter/Nuscheler/Franz (Hrsg), Handbuch der Dritten Welt, Band 7 Südasiens und Südostasien, Abschnitt „Indien“, Bonn 1994, S. 205 -243
- ▶ Rede des Kritischen Aktionärs Malk Pfau auf der Hauptversammlung der KarstadtQuelle AG am 12.7.01 unter www.kritischeaktionare.de/Konzernkritik/KarstadtQuelle
- ▶ Reinert, Jochen, „Netaji“ – Boses Pakt mit dem Teufel. In ND, 16.7.2003. Siehe www.suedasien.net/themen/geschichte/netaji_bose.htm
- ▶ Rheinisches Journalistinnenbüro, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Berlin/Hamburg 2005
- ▶ Schmitt, Eberhard, Indien – Politik, Ökonomie, Gesellschaft, Berlin 1984
- ▶ Schnabel, Reimund, Tiger und Schakal. Deutsche Indienpolitik 1941 – 1943. Ein Dokumentarbericht., Wien, 1968
- ▶ Sells, Jessica, Die Rolle Indiens in der Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union“, März 2006. Siehe www.weltpolitik.net/Regionen/AsienPazifik/Indien_EU
- ▶ Töpfer, Eric, Bihar. Ein vergessener Bürgerkrieg. In: aml, Heft 7, Juli 1998
- ▶ Wagner, Christian, Hintergrund: Die deutsch-indischen Beziehungen“, Dez 2005 unter www.asieilias.de/pub11c/archiv
- ▶ Welche Wirtschaftschancen hat Deutschland in Indien? Tagesthema 24.4.06 unter www.inforadio.de/radioread_print.do?dataid=116823
- ▶ Willinger, Ralf, Ausbeutung im Baumwollfeld, unter www.germanwatch.org/zeitung/2005-1-bay.htm
- ▶ Zingel, Wolfgang-Peter, Indien – Wirtschaft, Südasiens-Institut der Universität Heidelberg. www.sai.uni-heidelberg.de/abt/inwep/zingel/india-wi.htm

Der deutsche Imperialismus: Ein Todfeind der Werktätigen Indiens

Die ersten deutschen Konsulate in Indien wurden ab 1844 in Bombay und Kalkutta gegründet. Bald zogen deutsche Firmen nach: 1867 errichtete Siemens eine Telefonleitung zwischen Kalkutta und London und 1896 eröffnete Bayer sein erstes Werk in Indien. [DBR Nov-05] Dem, „zu spät“ gekommenen imperialistischen Räuber Deutschland gelang es erst nach und nach, in Indien gegenüber seinem imperialistischen Konkurrenten England Fuß zu fassen.

Während des Ersten Weltkriegs war Berlin, mit offizieller Unterstützung des deutschen Imperialismus, Sitz des „India Independence Committee“, das mit anti-englischer Propaganda die Truppen des Kriegsgegners England zu zersetzen versuchte. [Günter, Annaburg, S. 17] Der organisatorische Stützpunkt für die Machenschaften des deutschen Imperialismus in Indien bildete in den 30er Jahren der IG-Farben-Konzern mit seinen Niederlassungen. Es ist kein Zufall, daß der Prokurist der indischen Hauptniederlassung als „Gaulleiter von Indien“ bezeichnet wurde. Nach und nach wurde Indien mit einem Netz von deutschen Organisationen, Klubs und Handelsbüros in allen Großstädten überzogen als Grundlage für eine intensivierte, insbesondere anti-englische und pro-deutsche Propaganda, die in der Unterstützung Boses und der Bildung der „Indische Legion“ als Teil der nazifaschistischen Waffen-SS ihren politisch-militärischen Niederschlag fand. [Schnebel, S. 14 ff.]

Das alte pro-deutsche Beziehungsnetz mit indischen Nationalisten blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg intakt. So wurde Nambiar, Boses Stellvertreter innerhalb der „Provisorischen Regierung Freies Indien“, nach 1945 erster Botschafter Indiens in Bonn [Günter, Annaburg, S. 62] Einige der Nazi-Professoren und -Offiziere, die in Boses „Indischer Legion“ eingesetzt wurden, blieben dem imperialistischen deutsch-indischen Beziehungsnetz treu: So die Professoren und ex-Legionsdolmetscher Thieme, Rau und Hoffmann, die zu den führenden Indologen zählten. Der Nazi-Offizier A. Seifritz gründete 1953 in Stuttgart die „Deutsch-Indische Gesellschaft“, in die mit den Nazi-Oberleutnants Kutscher, Kritter, Lutz und Franzen weitere ex-Wehrmachtangehörige eintraten. [Günter, Annaburg, S. 89]

Über andere scheinbar unpolitische Kanäle wie etwa die sechs Goethe-Institute in Indien versucht der deutsche Imperialismus seinen Einfluß zu verstärken. Die Deutsche Auslandshandelskammer in Indien ist mit mehr als 6.500 Mitgliedsfirmen die stärkste Abteilung der AHK und größte bilaterale Wirtschaftsorganisation in Indien. [AHK] Seit 1991 hat sich die vom damaligen Kanzler Kohl einberufene Deutsch-Indische Beratungsgruppe zu einer alljährlichen Tagung konstituiert, bei der Abkommen – wie etwa Kooperation im Wissenschafts- und Technologiebereich – vereinbart werden. [Wagner] Ein weiteres Mittel der Einflußnahme ist die sog. „Entwicklungshilfe“ des deutschen Imperialismus: Im Jahr 2004 erhielt Indien Mittel in Höhe von 120 Mio. Euro. [Wagner] Die Tatsache, daß Indien im Dezember 2004 den Vorstoß des deutschen Imperialismus unterstützte, als gemeinsame Initiative zusammen mit Japan und Brasilien dessen Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu untermauern, zeigt, daß die Versuche der Einflußnahme nicht erfolglos bleiben.

Der Warenhandel mit Indien stieg 2005 um 22% auf eine neue Rekordmarke von 7.6 Mrd. Euro (während die Importe aus Indien um 15 % stiegen, erhöhten sich die deutschen Exporte nach Indien um 28%). [HB 20.4.06] Die wichtigsten deutschen Exportgüter sind Maschinen, chemische und pharmazeutische Produkte sowie Elektrotechnik. [AHK] Unter den wichtigsten Abnehmerländern für indische Waren rangiert Deutschland an zweiter Stelle nach den USA. [Wagner]

Im militärischen Bereich gehört Deutschland von den EU-Ländern neben Frankreich und Großbritannien zu den wichtigsten „Partnern“ Indiens. Der Umfang des Rüstungsexports belief sich 2002 auf rund 100 Mio. Euro. [Wagner] Der deutsche Imperialismus spielte bei der Ausarbeitung und Durchführung des indischen – wie auch übrigens des pakistanischen – Atomwaffenprogramms eine wichtige Rolle. 1974 schloß Deutschland ein Rahmenabkommen zur technisch-wissenschaftlichen Kooperation zwischen dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, der Atomforschungsanlage Jülich und dem indischen Atomministerium ab. Für den Betrieb des Natururanreaktors, der im selben Jahr einen Atomtest durchführen konnte, lieferte die Firma

„Hohes Potential an Fachkräften; Tarifaufeinanderstellungen seiten“ schwärmt der Bericht der „Deutsche Bank Research“ zur Region Karnataka, während er zu West-Bengalen vor „Aktiven und häufig kämpferischen Gewerkschaften“ warnt und in Tamil Nadu ein „Arbeitskräfteangebot mit niedrigen Lohnkosten im gesamten Bundesstaat“ anpreist. [DBR Nov-05]

Einen Einblick in die Ausbeutungsbedingungen gibt eine Studie über Arbeitsrechtsverletzungen, bei der 2001 auch Arbeiterinnen und Arbeiter einer Fabrik in Tirupur befragt wurden, die Zulieferbetrieb für KarstadtQuelle ist. 80 % der Arbeiterinnen erklärten, daß sie eine Sieben-Tage-Arbeitswoche haben und pro Monat mindestens 40 Stunden Überstunden leisten müssen. Bezahlten Urlaub erhielt so gut wie keine der befragten Arbeiterinnen. [Pflaum]

Bosch öffnete 1951 eine Tochter namens „Mico“, die inzwischen über das größte Händlernetzwerk der indischen Automobilindustrie verfügt. Direktinvestitionen in Höhe von 325 Mio. Euro sind bis 2008 geplant. Die zur Bosch-Gruppe gehörenden Firmen in Indien beuten mehr als 15.000 Werkkräfte an Standorten wie Bangalore oder Nashik aus. [bosch-presse.de; Juni 2006 P15483]

Siemens hat 2005 durch den Bau von Kraftwerken und Stromübertragungsnetzen sein Auftragsvolumen mit Indien um 37% erhöht. Zusammen mit CMS Energy und Unocal ist Siemens an einem Konsortium beteiligt, das die Errichtung eines Kraftwerkprojekts in Ennore plant. Insgesamt beutet Siemens in Indien ca. 12.000 Werkkräfte aus. [Inforadio]

Über ihre indischen Tochterunternehmen wickeln die deutschen Imperialisten den Verkauf kompletter Industrieanlagen ab: Siemens liefert Stromübertragungsnetze an Katar [HB, 20.4.06], die Thyssen-Krupp Tochter Ude India, die in Bombay 700 Arbeiterinnen und Arbeiter ausbeutet, baut große Industrieanlagen in der Golf-Region. [Inforadio] ThyssenKrupp selbst beutet 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Stahl- und Automobilindustrie aus. [thyssenkrupp.com/en/international/asien/index.html]

DaimlerChrysler läßt schon seit 1994 in Indien Autos montieren. BMW nimmt 2007 den Betrieb in den neuen Montagewerken auf. [FAZ, 4.3.06] MAN montiert mit Force Motors schwere LKWs. [HB 20.4.06] VW beutet in seinem Skoda-Werk in Bharashtara mehrere Hundert Arbeiterinnen und Arbeiter aus und plant derzeit ein VW-Werk in Punjab mit 5000 Arbeitsplätzen. [HB 9.6.06]

Für SAP ist Indien mit rund 3.000 Mitarbeitern, hauptsächlich Software-Programmierern in Bangalore, der zweitgrößte Standort weltweit. BASF, seit 1943 in Indien aktiv, beutet 1.100 Arbeiterinnen und Arbeiter in vier Produktionsfabriken aus. [basf-india.com/BASF-india/html/home.index.asp] Bayer beutet in fünf Produktionsstandorten rund 2.700 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. [bayergroupindia.com/bayerindia.html]

Deutsche Chemiefirmen sind in Indien nicht nur als Vernichter der Arbeits- und Lebensbedingungen der indischen Bevölkerung, sondern insbesondere auch als Ausbeuter von Kinderarbeit berüchtigt. Im Oktober 2004 reichte die UN-Organisation OECD gegen Bayer wegen Kinderarbeit in Indien offiziell Beschwerde ein. Zehntausende Kinder müssen laut der Studie „Kinderarbeit im indischen Baumwollanbau – die Rolle der multinationalen Saatgutkonzerne“ von 2003 unter diesen Bedingungen schuften, Tausende davon für die Bayer-Tochter ProAgro. [Willingar]

Der „zu spät“ gekommene deutsche Imperialismus profilierte und profiliert sich insbesondere in den abhängigen Ländern, die von seinen imperialistischen Konkurrenten unterjocht werden, als angeblicher „Freund der Unterdrückten“. Dieses Manöver kritisierte Lenin am Beispiel Indiens während des Ersten Weltkriegs (Ähnlichkeiten zur aktuellen Schadenfreude der deutschen Bourgeoisie bei „Problemen“ des US-Imperialismus im Irak und zum Anti-Amerikanismus der opportunistischen Kräfte im Nachtrab der deutschen Bourgeoisie sind also nicht zufällig). Lenin erklärte 1916:

„Ein Merkmal des deutschen Chauvinismus ist, daß die „Sozialisten“ – Sozialisten in Anführungszeichen – von der Unabhängigkeit anderer Völker reden, nur derer nicht, die von ihrer eigenen Nation unterdrückt werden. Ob man dies nun direkt ausspricht oder ob man diejenigen, die das aussprechen, verteidigt, rechtfertigt und in Schutz nimmt – der Unterschied ist nicht sehr wesentlich.“

... Sowohl die Sozialchauvinisten Deutschlands – d.h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat – als auch die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands schreien jetzt lauthals über das schamlose, gewalttätige, reaktionäre usw. Schalten und Walten Englands in seinen Kolonien. Die deutschen Zeitungen schreiben jetzt über Freiheitsbewegungen in Indien ohne Unterlaß, voller Schadenfreude, Begeisterung und Entzücken.

Die Gründe für die Schadenfreude der deutschen Bourgeoisie sind unschwer zu begreifen: Sie hofft, ihre militärische Lage dadurch zu verbessern, daß sie in Indien Unzufriedenheit und eine Bewegung gegen England entfacht.

... Die Wurzel des Betrugs der deutschen Chauvinisten liegt darin, daß sie, während sie ihre Sympathie für die Unabhängigkeit der von ihrem militärischen Gegner, England, unterdrückten Völker nicht laut genug hinausschreien können, bescheiden – mitunter sogar allzu bescheiden – über die Unabhängigkeit der von ihrer eigenen Nation unterdrückten Völker mit Stillschweigen hinweggehen.“

(Lenin, Über den deutschen und nichtdeutschen Chauvinismus, 1916, Lenin Werke Band 22, S. 186 f.)

Hempel 20 Tonnen Schweres Wasser an Indien. Die „Neue Technologie GmbH“ versorgte das indische Energieministerium mit Informationen zur Atomwaffenforschung und -technik. Mitte der 80er Jahre lieferte Degussa 95 kg Beryllium, das als Neutronenreflektor beim Atomwaffenbau eingesetzt wird. Die deutschen Imperialisten unterstützten Indien ebenfalls bei der Entwicklung von Trägertechnologien: Seit über 30 Jahren existiert ein deutsch-indisches Abkommen über die Zusammenarbeit in der Weltraumforschung. Die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt lieferte Indien die notwendigen Hitzeschutzschilde und Navigationssysteme für die AGNI-Mittelstreckenraketen. [Klein]

Aktuell spielt Indien für den deutschen Kapitalexport keine dominierende Rolle. Im Zeitraum 1991-2004 beliefen sich die deutschen sog. „Direktinvestitionen“ insgesamt nur auf 1,25 Mrd. Euro. [Auswärtiges Amt] Aus indischer Sicht jedoch ist Deutschland ein wichtiger Kapitalinvestor (Hauptkonkurrenten sind USA, Japan, Niederlande, England). [DBR Nov-05] Derzeit gibt es in Indien 630 deutsch-indische Joint-Ventures, ein Drittel davon sind 100%ige Tochtergesellschaften, stehen also unter voller Kontrolle der deutschen Imperialisten. [DBR Nov-05]

Bei der direkten Ausbeutung indischer Werktätiger ist der deutsche Imperialismus vorne dabei: Bosch, Siemens, Bayer, BASF, Degussa, ThyssenKrupp, SAP, DaimlerChrysler, Merk, Aventis, Adidas.

Anzeige

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

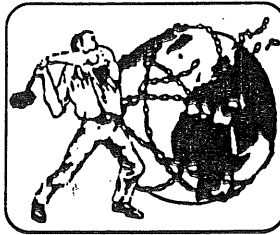
Fax 069/730920

GEÖFFNET:

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

ISSN 0948/5090

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/06

Juli – August 2006

Aktuelle Aspekte von Lenins Schrift „Materialismus und Empirio-kritizismus“, gegen die Philosophie der Lügner „Es gibt keine Wahrheit“:

Wissen statt Glauben

1909 erschien eine der am schwierigsten zu studierenden Schriften Lenins: „Materialismus und Empirio-kritizismus“. Neben den fachspezifischen Auseinandersetzungen mit deutschen und russischen Philosophen, die heute kaum noch jemand kennt und so genannten „religiösen Marxisten“ in den Reihen der Bolschewiki selbst, war diese Schrift im Kern und unter den Bedingungen der zaristischen Diktatur vor allem eine Anklageschrift gegen den aufkommenden Opportunismus und Revisionismus. Die bürgerlichen Ideologen, von Beruf Wissenschaftler, hatten sich daran gesetzt, die wirkliche Wissenschaft, den wissenschaftlichen Kommunismus, zu bekämpfen. Das war nicht ohne Wirkung. Der entscheidende Trick war – dabei auf den deutsch-preußischen Staatsphilosophen Kant zurückgreifend – unter der Flagge „kritisch zu sein“, Wissenschaft und wissenschaftliche Wahrheit überhaupt, objektive Wahrheit, objektive Gesetzmäßigkeiten und damit auch planmäßigen politischen Kampf abzustreiten.

1909 war eine Situation in Russland, in der die Revolution von 1905 wirklich fast vollständig zerschlagen war. Viele Revolutionäre waren erhängt, erschossen und auch die revolutionäre Moral war massiv untergraben. Die Hetze gegen den Kommunismus, das tiefe Misstrauen gegen das Programm, die Strategie und die Taktik der Kommunistischen Partei wurden geschürt – der Misserfolg führte schwankende und schwache Kräfte zusammen, die sich gern an den Stärkeren orientieren.

Und heute, fast 100 Jahre später? Nach der furchterlichen Niederlage zunächst der ehemals revolutionären sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins vor 50 Jahren, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 ihren deutlichen Ausdruck fand und rasch zur Wiederherstellung des Kapitalismus führte, nach der weitgehenden Zerschlagung sich neu organisierender antirevisionistischer Kräfte, die sich an der dann auch revisionistisch verkommenen sozialistischen VR China und der sozialistischen VR Albanien orientierten, da geht es unter anderen Bedingungen auch um Defätismus, Antikommunismus und um die Vorstellung, mit angeblich „neuen Theorien“ an Stelle des wissenschaftlichen Kommunismus für eine „gerechte Welt“ eintreten und kämpfen zu können.

Der Kampf um die kommunistische Theorie als Wissenschaft, ja der Kampf um die Möglichkeit und Wirklichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis in Geschichte und Gesellschaft überhaupt steht erneut und mit großer Dringlichkeit auf der Tagesordnung aller kommunistischen Kräfte. Hier gilt der Satz von Friedrich Engels nach der Niederlage der Revolution von 1848:

„Eine schwerere Niederlage als die, welche die Revolutionspartei – oder besser die Revo-

lutionsparteien – auf dem Kontinent an allen Punkten der Kampflinie erlitten, ist kaum vorstellbar. Doch was will das besagen? (...) Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen.“

(Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, 1852, Marx-Engels-Werke Band 8, S. 5)

Welche praktische Bedeutung der Kampf um die Anerkennung der objektiv bewiesenen wissenschaftlichen Wahrheit heute für demokratische und revolutionäre Kräfte hat, wird deutlich, wenn wir die ganzen auch so kritischen Phrasen heutiger Propagandisten der These „Es gibt keine objektive Wahrheit“ mit der so genannten Auschwitz-Lüge konfrontieren.

Die Argumentationsstruktur der Nazis, die wenigstens teilweise heute noch offen bestreiten, dass Millionen von Menschen, vor allem Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma in Gaskammern planmäßig ermordet wurden, führt strukturell in jene Problematik ein, die Lenin in seiner wichtigen Schrift entfaltet hat:

• **Erste reaktionäre Spekulation: Die Wahrheit bestreiten, da „nicht alles bewiesen“ sei**

Der Kernpunkt ist die Spekulation, dass über ein bestimmtes Thema noch nicht alles erforscht wurde, dass es in bestimmter Hinsicht noch Lücken oder fehlerhafte Forschung gibt. An dieser unbestreitbaren Tatsache anknüpfend nutzt diese methodische Richtung der Skeptizisten noch nicht Erforschtes aus, um schon erforschte und bewiesene Tatsachen zu bestreiten. Konkret greift diese Strategie, wenn etwa das Fehlen genauer Zahlen über die Ermordung der Jüdinnen und Juden in Auschwitz-Birkenau benutzt wird, um entweder auch schon

erforschte Zahlen zu bestreiten oder gar die Massenermordung insgesamt zu leugnen.

• **Zweite reaktionäre Spekulation: Die Wahrheit von allem bestreiten, was wir „nicht selbst erlebt“ hätten**

Eine zweite grundlegende Strategie besteht in der Berufung auf die eigene Erfahrung (Empirio-kritizismus = urteilen nach Erfahrung). Jeder kennt die demagogischen Mittel, wenn über die Nazi-Zeit gesprochen wird, zu fragen: „Warst du dabei?“ Dahinter steht die Konzeption, dass es angeblich keine Generationen übergreifende geschichtlich gefestigte Möglichkeit für wissenschaftliche Wahrheit, unabhängig von der Erfahrung eines einzelnen Menschen, gäbe. Dieser primitive Empirismus und Pragmatismus („Was ich nicht selbst gesehen oder erfahren habe, kann auch nicht bewiesen werden.“) hat eine erstaunliche Wirkung weit über unser Beispiel der Leugnung der Völkermorde in der Nazi-Zeit hinaus.

Das Urteilen nur auf Grund der eigenen Erfahrung und konkret bei politischen Parteien das Urteilen auf Grund der Erfahrungen des „eigenen“ Landes, dieser „Empirio-kritizismus“ ist auch die Grundlage für Überheblichkeit bei Erfolgen der Revolution sowie die Grundlage des Nationalismus.

Grundlegend in Lenins Schrift ist der Gedanke, dass der konsequente, marxistische Materialismus nichts mit jenem Pseudomaterialismus zu tun hat, der davon ausgeht, dass angeblich nur wahr sei, was Menschen jeweils selbst erlebt haben.

• **Dritte reaktionäre Spekulation: Die Wahrheit bestreiten, da man „der Wissenschaft sowieso nicht trauen“ könne**

Wissenschaftliche Erkenntnis, wissenschaftlicher Streit um den Stand der Erkenntnis, gerade auf gesellschaftlichem Gebiet, wird mit dieser Phrase einfach ausgehebelt, oft verbunden mit einer dritten Strategie eines Kampfes gegen die „wissenschaftlichen Eierköpfe“. Unter Hinweis auf einen ganzen Berufsstand hochbezahlter bürgerlicher Professoren und ihre zunehmende Käuflichkeit werden nicht diese Personen konkret und beweiskräftig angegriffen, sondern wissenschaftliche Forschung und Erkenntnis überhaupt.

Gleichzeitig wird im logischen Widerspruch zu dieser Bestreitung wissenschaftlicher Erkenntnis dann, wenn es passt, die lügnische und verfälschende bürgerliche Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft mit ihren gegen den Kommunismus gerichteten „Ergebnissen“ als leuchtendes Fanal gefeiert und eine him- und kritiklose *Wissenschaftsgläubigkeit* gefördert.

Dabei muss zusätzlich noch beachtet werden, dass im Kampf gegen die revolutionären Kräfte in Teilaspekten die konterrevolutionäre Wissenschaft mit ihren Repressionsorganen durchaus im Detail wissenschaftliche Arbeit leistet. Der letzte Stand der Wissenschaft wird bemüht, um soziologische und psychologische Erkenntnisse gegen die Revolution, zur Einschüchterung, Spaltung und Zerschlagung anzuwenden.

Nicht selten ziehen dann unerfahrene und auch opportunistische Kräfte, die sich gegen den Kapitalismus aussprechen, aus all diesen Fakten die Schlussfolgerung, Wissenschaft sei immer Mittel der Repression.

Alles dies ist eingebettet in eine ganz bestimmte Atmosphäre, dass die Wissenschaft doch kalt und brutal, unmenschlich und lügnisch sei. Die wahre Wahrheit könne man nur erschauen, fühlen, ja eben *glauben*.

Wenn es zunächst sehr eindeutig ist, trotz aller Wissenschaftsfeindlichkeit, dass die Erde keine Scheibe ist, sondern eine Kugel, dass Auschwitz-Birkenau keine Frage des Glaubens ist, sondern trotz aller Unklarheiten im einzelnen die wissenschaftlich bewiesene, für jedermann nachvollziehbare erforschte objektive Wahrheit, so ist es doch auf vielen anderen Gebieten nicht ganz so einfach.

Ein Kernpunkt der eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit der Kommunistischen Partei ist es, Grundelemente der wissenschaftlichen Tatsachenerforschung und logischen Beweisführung als Grundlage eigenen politischen Handelns im Bewusstsein der eigenen Mitglieder zu verankern und in dieser Richtung auch in alle berechtigten sozialen Kämpfe einzuwirken. Die Losung Lenins „Wissen statt Glauben“ wird in seinem Buch sehr umfassend bis in die Feinheiten der unwissenschaftlichen Argumentation Kants und seiner opportunistischen Nachahfer wie Eduard Bernstein verfolgt.

In der Tat handelt es sich um eine Grundfrage in allen theoretischen, politischen und auch organisatorischen Themen: Wissen oder Glauben. Und noch weiter gehend geht es um die klare, selbstkritische Erkenntnis, was schon erforscht, „gewusst“ ist und was eben noch nicht erforscht ist, noch nicht „gewusst“ wird.

Lenin und den kommunistischen Kräften wird unterstellt, sie täten so, als hätte der wissenschaftliche Kommunismus bereits alles erforscht, sie wüßten alles und könnten alles planen, wie es den Hirnwindungen von Bürokraten entspricht. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: gerade im Bewusstsein, dass noch nicht alles erforscht ist und nicht alles geplant werden kann, gerade weil eine Gesellschaft sich niemals im Stillstand befindet, müssen jene grundlegenden objektiven Wahrheiten, die für eine längere Zeitspanne Stabilität besitzen, als solche erkannt, charakterisiert und planmäßig angepackt werden.

Ein Beispiel: Die Erforschung der heutigen Gesellschaftsordnung hat klar und deutlich seit Marx und Engels erwiesen und bewiesen, dass der eigentliche Motor gesellschaftlicher Entwicklung das Profitprinzip, die Mehrwertmaximierung, die verschärfte Ausbeutung durch die herrschende Klasse der Kapitalbesitzer ist. Damit ist gewiss nicht alles gesagt, aber doch ein stabiler Ausgangspunkt für den programmatischen und politischen Kampf gegen den Kapitalismus gesetzt.

Wir meinen also, dass es gute Gründe gibt, sich gerade heute mit den grundlegenden Thesen Lenins in seiner Schrift „Materialismus und Empirio-kritizismus“ auseinanderzusetzen.

Warum hat Lenin dieses Buch geschrieben?

Nach der Niederlage der Revolution 1905 entwickelten sich in der revolutionären Bewegung Rußlands Tendenzen des Zerfalls und der Zersetzung, zeigten sich bei vielen Revolutionären Schwankungen. Auch in der SDA-PR wurden Tendenzen der Resignation und des Zerfalls vor allem unter den Intellektuellen und Literaten, die sich für Kommunisten hielten, unübersehbar. Es erschien eine Reihe von Büchern mit angeblich „marxistischem Anspruch“, mit dem gemeinsamen Ziel, die revolutionierten Proletarierinnen und Proletarier, die infolge der Erfahrungen von 1905 revolutionär erwachten und werktätigen Massen von der Revolution, vom Festhalten an der Revolution abzuhalten.

Die Schuld für die Niederlage der Revolution von 1905 wurde pragmatisch der Linie und Politik der Kommunistinnen und Kommunisten, ja dem wissenschaftlichen Kommunismus zugeschoben, dessen Grundlagen und Voraussetzungen „überprüft“, d. h. revidiert werden müssten. Es wurde zur Mode, über das „Versagen“ des Marxismus zu reden und den Marxismus zu kritisieren. Dabei wurde versucht, die Tendenz zum Verrat an den

Prinzipien der Revolution, die Tendenz zu Kleinmut und Kapitulation auch auf philosophisch-weltanschaulichem Gebiet zu untermauern.

Dieser Angriff auf die theoretischen Grundlagen der Kommunistischen Partei verband sich letztlich mit der Reaktion, mit der Konterrevolution in ihrem allgemeinen Feldzug gegen die Kommunistische Partei, gegen die Revolution.

„Empirio-kritizismus“, also das Urteilen nur auf Grund der eigenen Erfahrung, wurde das Glaubensbekenntnis all jener opportunistischen Pragmatiker, die angesichts der Niederlage der Revolution in Rußland 1905 diese „Erfahrung“ als zuverlässige Wahrheit ansahen. Ein Teil behauptete, dass die Revolution doch nie siegen könne, da sie dies ja „selbst erlebt“ hätten. Ein anderer Teil entwickelte eine „Theorie“, die nicht ganz so offen defätistisch war, aber faktisch auch darauf hinauslief, dass die Revolution doch nicht siegen könne. Diese Philosophie der Kleinmütigen und Kapitulanten, die objektive Gesetzmäßigkeiten der Geschichte und der Gesellschaft als Grundlage von langfristiger Perspektive und Planung nicht begreifen können und wollen, beriefen sich auch noch auf Engels' Schrift „Anti-Dühring“. Deshalb musste Lenin in dieser Schrift im Zweifrontenkampf gegen idealistische Prinzipien einerseits und pragmatische Prinzipienlosigkeit andererseits die Grundlagen für eine auf wissenschaftlichen Grundsätzen, auf dem dialektischen Materialismus beruhende prinzipienfeste Politik ausarbeiten.

Um in dieser Situation die Gewissheit vom zukünftigen Sieg der Revolution, von der Möglichkeit der planmäßigen und organisierten Vorbereitung der Revolution auch unter den neu entstandenen Bedingungen unter den Bolschewiki zu festigen und in die Arbeiterklasse hineinzutragen, wurde es von erstrangiger Bedeutung, Klarheit und Sicherheit in den grundlegenden Fragen des Marxismus zu schaffen. Grundfragen der marxistischen Philosophie, des dialektischen Materialismus, traten in den Vordergrund. Insbesondere die Frage, ob es überhaupt möglich ist, die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten zu erkennen sowie die Frage, wie lange und unter welchen Bedingungen solche Erkenntnisse des Marxismus im besonderen gültig sind, wurde aktuell.

Die Beantwortung all dieser Fragen wurde erschwert durch die Tatsache, dass es durchaus „nicht üblich“ war, dass Revolutionäre sich mit den philosophischen Theorien der Bourgeoisie und ihrer opportunistisch-revisionistischen Helfer auseinandersetzen.

Lenin hat in seinem Buch selbst darauf hingewiesen, dass es sich bei all diesen Fragen absolut nicht um rein akademische Fragen handelt, die mit dem praktischen Kampf des Proletariats nichts zu tun hätten, sondern festgestellt, dass man nicht umhin kann,

„hinter der erkenntnistheoretischen Scholastik des Empirio-kritizismus den Parteienkampf in der Philosophie zu sehen, einen Kampf, der in letzter Instanz die Tendenzen und die Ideologie der feindlichen Klassen der modernen Gesellschaft zum Ausdruck bringt.“

(Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“, 1908, Werke Band 14, S. 363. Sofern nichts anderes angegeben ist, beziehen sich im weiteren alle Seitenangaben auf dieses Buch. Hervorhebungen in den Zitaten sind jeweils im Original.)

Der Kampf an der theoretischen Front wurde um so wichtiger, weil die Revolution neue Schichten der Arbeiterklasse aufgerüttelt, zum politischen Leben und

Denken gebracht hatte. In die Partei waren viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekommen. Sie besaßen keine konsequente marxistische Weltanschauung und mussten umfassend in den Grundlagen des Marxismus geschult und erzogen werden. Lenin schrieb 1911:

„Die Zeit der gesellschaftlichen und politischen Reaktion, die Zeit des ‚Verdauens‘ der reichen Lehren der Revolution ist nicht zufällig eine Zeit, wo die grundlegenden theoretischen, darunter auch die philosophischen Fragen für jede lebendige Richtung an eine der ersten Stellen rücken.“

(Lenin, „Unsere Liquidatoren“, 1911, Werke Band 17, S. 60)

Lenin fordert, sehr genau den neuesten Stand der Attacken auf den wissenschaftlichen Kommunismus zu studieren, auch und gerade von jenen Figuren, die sich auf Marx berufen, um doch gerade Marx' Kernideen zu verdrehen und zu verfälschen.

„Eine immer raffiniertere Verfälschung des Marxismus, immer raffiniertere Versuche, antimaterialistische Lehren als Marxismus auszugeben – das kennzeichnet den modernen Revisionismus sowohl in der politischen Ökonomie als auch in den Fragen der Taktik und in der Philosophie überhaupt, in der Erkenntnistheorie ebenso wie in der Soziologie.“ (S.334)

Es war der große Verdienst Lenins in dieser Zeit der Stolypinschen Reaktion, durch die umfassende Verteidigung des dialektischen Materialismus die bolschewistische Partei mit einer festen und unerschütterlichen theoretischen Grundlage auszustatten und mit seinem Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“ die immer raffinierten Verfälschungen des Marxismus zu zerschlagen. Dabei hat Lenin auch das philosophische Gebräbel der hochgelehrten bürgerlichen Philosophen und ihrer autoritätsgläubigen pseudomarxistischen Nachschwätzer entlarvt. Die Auseinandersetzung mit deren reaktionärem Geschreibsel war unangenehm, aber nicht zu umgehen. Denn auch auf dem ideologischen und theoretischen Gebiet gilt der von Lenin propagierte Satz: **„Wer den Feind will verstehen, muss in Feindes Lande gehen.“** (S. 320)

Hinter dem hochgeschraubten Wortgeklänge hat er die unwissenschaftliche und antiwissenschaftliche Grundlage des Idealismus und Agnostizismus (danach ist die Welt angeblich „unerkennbar“) bloßgelegt. Er hat die Autorität dieser Herren, die die alte Welt der Reaktion und Ausbeutung verteidigen, radikal gebrochen und mit einer glänzenden Polemik dieses Feld für den Kommunismus erobert.

Zugleich hat Lenin damit als einziger der damaligen Marxisten die schwierige Aufgabe in Angriff genommen, die wichtigsten Resultate der Wissenschaft in der Zeit seit Engels auf philosophischem Gebiet zu verallgemeinern. Stalin erklärte unter Bezug auf eine Äußerung von Engels über den Materialismus:

„Mit jeder epochemachenden Entdeckung (...) muss er seine Form ändern‘. Es ist bekannt, dass diese Aufgabe für seine Zeit kein anderer als Lenin in seinem vortrefflichen Buch ‚Materialismus und Empirio-kritizismus‘ gelöst hat.“

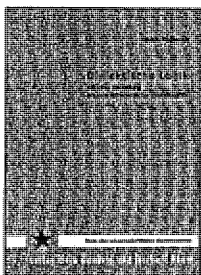
(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 80. Das Engels-Zitat am Anfang stammt aus Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, 1888, Marx-Engels-Werke Bd. 21, S. 278)

Anzeige

Béla Fogarasi:

Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe
424 Seiten, 15 Euro
ISBN 3-932636-12-0

erhältlich beim
Buchladen Georgi Dimitroff



Vorankündigung

Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tse-tungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest verteidigen

ca. 110 Seiten, 8 Euro, ISBN 3-86589-049-0



Einige Grundgedanken aus Lenins Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“

1.

Lenins Kampf für die Verteidigung des Materialismus: Die Bedeutung der Existenz der objektiven Wahrheit, die erkannt werden kann

Einleitend stellt Lenin klar, dass ein Blick in die Erkenntnisgeschichte der Menschheit, in den Streit der großen Denker und Philosophen, durchaus auch zur Klarheit in heutigen Debatten beiträgt. Denn die Grundfrage philosophischer und theoretischer Überlegungen ist die Frage, was das Primäre und was das Sekundäre ist. Für die Materialisten ist die Natur das Ursprüngliche und der Geist das Sekundäre, für die Idealisten aber umgekehrt. Und dazwischen stehen jene Leute wie Kant, die versuchen, sich aus diesem Streit – weil angeblich unentscheidbar – heraus zu halten und in hochtrabenden Worten begründen, warum man nichts Genaueres über diese Frage sagen kann (wobei diese Unentschiedenheit meist nur der Vorbote ist, um doch zur Formel „Glauben statt Wissen“ zurückzukehren).

Lenin verfolgt in Kapitel 1 bis 4 aktuelle Diskussionen in Russland auf dem Boden einer soliden Kenntnis der Geschichte der Philosophie. Er enttarnt neu erfundene Begriffe, um vor allem die Existenz der objektiven Wahrheit zu beweisen. Davon abgeleitet stellt er dann das Problem der absoluten und relativen Wahrheit und darauf folgend das Problem des Kriteriums der Praxis vor. Es genügt Lenin nicht, lediglich darauf hinzuweisen, dass spontan die ganze Menschheit sehr wohl annimmt, dass die Außenwelt real, unabhängig von unserem Bewusstsein existiert. Er will erreichen, dass gerade für den politischen Kampf verstanden wird, welche Bedeutung die bewusste Erkenntnis der Welt für das Handeln, für die Praxis hat. Dabei ist Lenin folgendes Phänomen bewusst: Gerade die Naturforscher gehen tagtäglich von der materiellen Welt, von der Existenz objektiver Wahrheiten und Gesetzmäßigkeiten aus, stellen sehr praktisch die Wirkung der Anwendung der erkannten objektiven Wahrheit fest und sehen auch tagtäglich, was noch nicht erforscht, noch nicht erkannt wurde. Die selben naturwissenschaftlich logisch und beweiskräftig arbeitenden Professoren sind dennoch oft in der Lage, trotz und gegen ihre eigene wissenschaftliche Arbeit religiöses Denken, Glauben statt Wissen zu verbreiten.

Lenin fasst den Standpunkt des dialektischen Materialismus in drei Punkten zusammen:

„1. Die Dinge existieren unabhängig von unserem Bewusstsein, unabhängig von unserer Empfindung, außer uns; (...)

2. Zwischen der Erscheinung und dem Ding an sich gibt es absolut keinen prinzipiellen Unterschied, und es kann einen solchen nicht geben. Einen Unterschied gibt es nur zwischen Erkanntem und noch nicht Erkanntem. (...)

3. In der Erkenntnistheorie muss man, ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wissenschaft, dialektisch denken, d.h. unsere Erkenntnis nicht für etwas Fertiges und Unveränderliches halten, sondern untersuchen, auf welche Weise das Wissen aus Nichtwissen entsteht, wie unvollkommenes, nicht exaktes Wissen vollkommener und exakter wird.“ (S. 96)

Und weiter heißt es an anderer Stelle gegen den dümmlichen Vorwurf der Idealisten, dass die Materialisten die Welt angeblich nicht in ihrer ganzen Reichhaltigkeit und Vielfalt sehen würden:

„Für den Materialisten ist die Welt im Gegenteil reicher, lebendiger, mannigfaltiger, als sie scheint, denn jeder Schritt der wissenschaftlichen Entwicklung entdeckt in ihr neue Seiten. Für den Materialisten sind unsere Empfindungen Abbilder

der einzigen und letzten objektiven Realität – der letzten nicht in dem Sinne, dass sie schon restlos erkannt ist, sondern in dem Sinne, dass es eine andere außer ihr nicht gibt und nicht geben kann.“ (S. 123)

2.

Die Dialektik von absoluter und relativer Wahrheit – Ein Kernpunkt von Lenins Zwei-Fronten-Kampf für eine prinzipienfeste Linie

Lenin kämpft gegen diejenigen, die die objektive Wahrheit bestreiten. Dabei ist ein wichtiger Gesichtspunkt, dass Lenin die objektive Wahrheit nicht verabsolutiert. Das Element des Relativen, als Kernpunkt der Erkenntnistheorie von Marx und Engels, wird von Lenin in einem eigenen Abschnitt über absolute und relative Wahrheit ausführlich darlegt. Zunächst zitiert er die grundlegende Passage von Friedrich Engels:

„Die Souveränität des Denkens verwirklicht sich in einer Reihe höchst unsouverän denkender Menschen; die Erkenntnis, welche unbedingten Anspruch auf Wahrheit hat, in einer Reihe von relativen Irrtümern; weder die eine noch die andere (weder die absolut wahrhafte Erkenntnis noch

„Vom Standpunkt des modernen Materialismus, d.h. des Marxismus, sind die Grenzen der Annäherung unserer Kenntnisse an die objektive, absolute Wahrheit geschichtlich bedingt, unbedingt aber ist die Existenz dieser Wahrheit selbst, unbedingt ist, dass wir uns ihr nähern. Geschichtlich bedingt sind die Konturen des Bildes, unbedingt aber ist, dass dieses Bild ein objektiv existierendes Modell wiedergibt. Geschichtlich bedingt ist, wann und unter welchen Umständen wir in unserer Erkenntnis des Wesens der Dinge bis zu der Entdeckung des Alizarins im Kohlentee oder bis zur Entdeckung der Elektronen im Atom gelangt sind, unbedingt aber ist, dass jede solche Entdeckung ein Schritt vorwärts auf dem Wege der ‚unbedingt objektiven Erkenntnis‘ ist. Kurzum, geschichtlich bedingt ist jede Ideologie, unbedingt aber ist, dass jeder wissenschaftlichen Ideologie (zum Unterschied beispielsweise von der religiösen) die objektive Wahrheit, die absolute Natur entspricht. Ihr werdet sagen: Diese Unterscheidung zwischen relativer und absoluter Wahrheit ist unbestimmt. Ich antworte darauf: Sie ist gerade, ‚unbestimmt‘ genug, um die Verwandlung der Wissenschaft in ein Dogma im schlechten Sinne dieses Wortes, d.h. in etwas Totes, Erstarrtes, Verknöchertes zu verhindern, sie ist aber zugleich

‚bestimmt‘ genug, um sich auf das entscheidendste und unwiderruflichste vom Fideismus und vom Agnostizismus, vom philosophischen Idealismus und von der Sophistik der Anhänger Humes und Kants abzugrenzen. Hier ist eine Trennungslinie, die ihr nicht bemerkt habt, und weil ihr sie nicht bemerkt habt, seid ihr in den Sumpf der reaktionären Philosophie hinabgeglitten. Dies ist die Trennungslinie zwischen dialektischem Materialismus und Relativismus.“ (S. 130/131)

„Die Dialektik schließt in sich, wie schon Hegel erläuterte, ein Moment des Relativismus in sich ein, reduziert sich aber nicht auf ihn, d.h., sie erkennt die Relativität aller unserer Kenntnisse an nicht im Sinne der Verneinung der objektiven Wahrheit, sondern in dem Sinne, dass die Grenzen der Annäherung unserer Kenntnisse an diese Wahrheit geschichtlich bedingt sind.“ (S. 131/132)

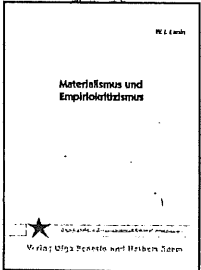
Es wird deutlich, dass Lenin, wie sein ganzes Leben lang, so auch hier, einen Kampf an zwei Fronten führt, wobei damals der Kampf gegen die relativistischen und revisionistischen Verfälschungen von Marx' wissenschaftlichen Erkenntnissen die Hauptfront war.

3.

Die Rolle der Praxis als Kriterium der objektiven Wahrheit und die zentrale Bedeutung der Prinzipien

Programmatisch formuliert Lenin am Ende des zweiten Kapitels:

„Der Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis muss der erste und grundlegende Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein. Und er führt unvermeidlich zum Materialismus, da er von vornherein die zahllosen Schrullen der Professorenscholastik beiseite wirft. Freilich darf dabei nicht vergessen werden, dass das Kriterium der Praxis schon dem Wesen der Sache nach niemals irgendeine menschliche Vorstellung vollständig bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist ‚unbestimmt‘ genug, um die Verwandlung der menschlichen Kenntnisse in ein ‚Absolutum‘ zu verhindern, zugleich aber auch bestimmt genug, um gegen alle Spielarten des Idealismus und Agnostizismus einen unerbittlichen Kampf zu führen. Wenn das, was von unserer Praxis bestätigt wird, die einzige,



Anzeige

Vorankündigung

W. I. Lenin:
Materialismus und Empirio-kritizismus

ca. 410 Seiten, ca. 15 Euro
ISBN 3-86589-050-4

erhältlich beim
Buchladen Georgi Dimitroff

die Souveränität des Denkens) ,kann anders als durch eine unendliche Lebensdauer der Menschheit vollständig verwirklicht werden.

Wir haben hier wieder denselben Widerspruch, wie schon oben, zwischen dem notwendig als absolut vorgestellten Charakter des menschlichen Denkens und seiner Realität in lauter beschränkt denkenden Einzelmenschen, ein Widerspruch, der sich nur im unendlichen Progreß, in der für uns wenigstens praktisch endlosen Aufeinanderfolge der Menschengeschlechter lösen kann. In diesem Sinn ist das menschliche Denken ebenso sehr souverän wie nicht souverän und seine Erkenntnisfähigkeit ebenso sehr unbeschränkt wie beschränkt. Souverän und unbeschränkt der Anlage, dem Beruf, der Möglichkeit, dem geschichtlichen Endziel nach; nicht souverän und beschränkt der Einzelausführung und der jedesmaligen Wirklichkeit nach.“

(S. 128, das von Lenin zitierte Engels-Zitat stammt aus: Engels, „Anti-Dühring“, 1876-1878, Marx-Engels-Werke Band 20, S. 80/81)

Lenin fasst in seinen Worten zusammen, warum das Prinzip der relativen Wahrheit nicht verabsolutiert werden darf:

„Das menschliche Denken ist also seiner Natur nach fähig, uns die absolute Wahrheit, die sich aus der Summe der relativen Wahrheiten zusammensetzt, zu vermitteln, und es tut dies auch. Jede Stufe in der Entwicklung der Wissenschaft fügt dieser Summe der absoluten Wahrheit neue Körnchen hinzu; aber die Grenzen der Wahrheit jedes wissenschaftlichen Satzes sind relativ und können durch die weitere Entwicklung des Wissens entweder weiter oder enger gezogen werden.“ (S. 129)

letzte, objektive Wahrheit ist, so ergibt sich daraus, dass man als einzigen Weg zu dieser Wahrheit den Weg der auf dem materialistischen Standpunkt stehenden Wissenschaft anerkennen muss. Bogdanow zum Beispiel läßt Marx' Theorie des Geldumlaufs als objektive Wahrheit nur „für unsere Zeit“ gelten und nennt es ‚Dogmatismus‘, wenn man dieser Theorie eine ‚übergeschichtlich-objektive‘ Wahrheit zuerkennt (‚Empiriomonismus‘, Buch III, S. VII). Das ist wieder eine Konfusion. Dass diese Theorie der Praxis entspricht, kann durch keine künftigen Umstände geändert werden, und zwar aus demselben einfachen Grunde, aus welchem die Wahrheit, dass Napoleon am 5. Mai 1821 gestorben ist, ewig ist. Da aber das Kriterium der Praxis – d.h. der Verlauf der Entwicklung aller kapitalistischen Länder in den letzten Jahrzehnten – nur die objektive Wahrheit der ganzen sozialökonomischen Theorie von Marx überhaupt, und nicht die irgendeines Teils, einer Formulierung u. dgl. beweist, so ist klar, dass es ein unverzeihliches Zugeständnis an die bürgerliche Ökonomie ist, wenn hier von ‚Dogmatismus‘ der Marxisten gesprochen wird. Die einzige Schlussfolgerung aus der von den Marxisten vertretenen Auffassung, dass die Theorie von Marx eine objektive Wahrheit ist, besteht im folgenden: *Auf dem Wege der Marx'schen Theorie fortschreitend, werden wir uns der objektiven Wahrheit mehr und mehr nähern (ohne sie jemals zu erschöpfen); auf jedem anderen Wege aber können wir zu nichts anderem gelangen als zu Konfusion und Unwahrheit.*“ (S. 137/138)

Lenin führte aus, dass gerade die wesentlichen Schlussfolgerungen des Marxismus durch die Praxis bewiesene „objektive Wahrheiten“ sind. Auch keine zukünftige Entwicklung kann daran etwas ändern, dass aus der Praxis entstandene und durch die Praxis bewiesene Feststellungen und wissenschaftliche Erkenntnisse wahr sind und wahr bleiben. Dies zu leugnen, würde bedeuten, den dialektischen Materialismus zu bloßem Relativismus zu verfälschen.

Das bedeutet: Alle weiteren Untersuchungen können nur im Kampf gegen den modernen Revisionismus fruchtbar sein, wenn sie von der marxistischen Theorie *ausgehen* und sich auf sie *stützen*. Gleichzeitig wird damit gegenüber wirklichen Gefahren des Dogmatismus die Notwendigkeit unterstrichen, auf dem Wege der Marx'schen Theorie *fortzuschreiten*, also den Marxismus *weiterzuentwickeln*.

Lenin hat gleichzeitig klargestellt, dass zwei ganz verschiedene Dinge nicht durcheinander gebracht werden dürfen: Die *Gültigkeit*, d.h. die Wirksamkeit einer bestimmten Gesetzmäßigkeit unter diesen oder jenen Bedingungen und *ihr Charakter als eine objektive Wahrheit*.

Zum Beispiel sind die Gesetze der Mehrwertproduktion gültig unter den Bedingungen des Kapitalismus, aber nicht gültig unter den Bedingungen sozialistischer Produktionsverhältnisse. Trotzdem bleibt auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen die Theorie der Mehrwertproduktion im Kapitalismus eine objektive Wahrheit, auch wenn die Gesetze der Mehrwertproduktion im Sozialismus nicht wirken können.

Lenin hat mit der Klarstellung dieser philosophischen Fragen die Partei der Bolschewiki in doppelter Hinsicht gewappnet:

Einerseits hat er durch das tiefe Verständnis der Bedingungen der Gültigkeit der Theorie und der Prinzipien des Marxismus klargestellt, dass die Revision der für die ganze historische Periode des Kapitalismus geltenden Hauptsätze des Marxismus bekämpft und zurückgewiesen werden muss, soll nicht gerade das Wesentliche am Marxismus verlorengehen.

Andererseits hat ihm aber die dialektisch-materialistische Betrachtung der Gültigkeit der einzelnen Thesen und Prinzipien der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ermöglicht, stets die Frage nach den *Bedingungen* der Gültigkeit von Schlussfolgerungen

und Prinzipien von Marx zu stellen, und so bei einigen nicht für die ganze historische Etappe des Kapitalismus gültigen Aussagen des Marxismus zu erkennen, dass sie in der neu anbrechenden Epoche des Imperialismus überholt sind, verworfen und durch neue, von bestimmten Bedingungen abhängige Schlussfolgerungen ersetzt werden müssen.

Dies muss heute vor allem gegen die Manöver der modernen Revisionisten gerichtet, studiert und verstanden werden. Diese negieren die Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien, die unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution allgemeingültig sind, um unter dem Vorwand „völlig neuer Bedingungen“ die gesamte Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus zurechtzustutzen, zu verfälschen und zu verwerfen (Chruschtschows „friedlich-parlamentarischer Weg zum Sozialismus“ und dergleichen).

4.

Die wissenschaftliche Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten als Grundlage der revolutionären Politik

Für Lenin ist klar, dass es in der Natur und in der Gesellschaft objektiv und nicht vom Menschen erfunden Regelmäßigkeiten und Unregelmäßigkeiten, Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten, aber auch Zufälle gibt, dass Entwicklung und Bewegung erkennbare Ursachen und Gründe haben, die in der Tat von Raum und Zeit abhängen. Das mag alles sehr abstrakt klingen, fernab politischer und revolutionärer Kämpfe, und in der Tat ist die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Philosophie und praktisch-revolutionärem Handeln ein größeres Unterfangen. Dennoch denken wir, dass es auch heute im Kampf gegen den Kapitalismus sehr deutlich ist, wer ein Interesse daran hat, jede wissenschaftliche Erkenntnis über diesen Kapitalismus zu verleugnen und die Notwendigkeit seines Sturzes in Frage zu stellen und zu bekämpfen.

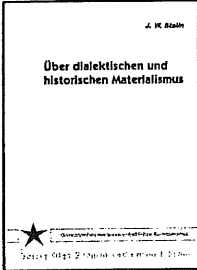
Stalin hat in seiner Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“ sehr eindringlich die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnis für die Praxis dargestellt:

„Wenn der Zusammenhang der Naturerscheinungen und ihre wechselseitige Bedingtheit Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Natur darstellen, so folgt daraus, dass der Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens ebenfalls nichts Zufälliges, sondern Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft darstellen.“

Also hört das gesellschaftliche Leben, die Geschichte der Gesellschaft auf, eine Anhäufung von ‚Zufälligkeiten‘ zu sein, denn die Geschichte der Gesellschaft wird zur gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft, und die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft verwandelt sich in eine Wissenschaft.

Also darf sich die praktische Tätigkeit der Partei des Proletariats nicht auf die frommen Wünsche ‚hervorragender Persönlichkeiten‘, nicht auf Forderungen der ‚Vernunft‘, der ‚allgemeinen Moral‘ usw. gründen, sondern muss sich auf die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft, auf die Erforschung dieser Gesetzmäßigkeiten gründen.

Ferner: Wenn die Welt erkennbar ist und unser Wissen von den Entwicklungsgesetzen der Natur zuverlässiges Wissen ist, das die Bedeutung objektiver Wahrheit hat, so folgt daraus, dass das gesellschaftliche Leben, die Entwicklung der Gesellschaft ebenfalls erkennbar ist und dass die Ergebnisse der Wissenschaft bezüglich der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft zuverlässige Ergebnisse sind, die die Bedeutung objektiver Wahrheiten haben.



Über dialektischen und historischen Materialismus

Anzeige

J. W. Stalin:
Über dialektischen und historischen Materialismus

52 Seiten, 2 Euro
ISBN 3-932636-05-8

erhältlich beim
Buchladen Georgi Dimitroff

Also kann die Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaft trotz aller Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu einer genau so exakten Wissenschaft werden wie, sagen wir, die Biologie, zu einer Wissenschaft, die in der Tat ist, die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft in der Praxis auszunutzen.

Also darf sich die Partei des Proletariats in ihrer praktischen Tätigkeit nicht von irgendwelchen zufälligen Beweggründen leiten lassen, sondern muss sich von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, von praktischen Schlussfolgerungen aus diesen Gesetzen leiten lassen.

Also verwandelt sich der Sozialismus aus einem Traum von einer besseren Zukunft der Menschheit in eine Wissenschaft.

Also muss die Verbindung von Wissenschaft und praktischer Tätigkeit, die Verbindung von Theorie und Praxis, ihre Einheit zum Leitstern der Partei des Proletariats werden.“
(Stalin, „Über dialektischen und historischen Materialismus“, 1938, in: „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang“, Berlin 1949, S. 143/144)

Die Bedeutung dieser Position kann man auch verdeutlichen, wenn man sich die umgekehrte Frage stellt: Was würde es denn bedeuten, wenn man davon ausgeht, dass es keine gesicherte Erkenntnis der objektiven Realität gibt, keine Erkenntnis vor allem auch der objektiven Gesetzmäßigkeiten? Damit würde im Kern jede Wissenschaft verneint und damit auch die Möglichkeit jeglicher Voraussicht negiert. Damit wäre eine feste Orientierung, eine wirklich prinzipienfeste Linie und Politik unmöglich. Dann gäbe es keine vorausschauende Planbarkeit. Defätismus wäre vorprogrammiert.

Die kommunistischen Kräfte sind jedoch nicht einfach Liebhaber der Wahrheit und der Wissenschaft und freuen sich über die Richtigkeit ihrer Analysen, um dann lediglich weiter zu forschen und lediglich weiter die objektive Wahrheit festzustellen. Die materialistische Feststellung über den Ursprung wissenschaftlicher Erkenntnis erfordert zusätzlich den dialektischen Gesichtspunkt, welche Bedeutung die wissenschaftliche Erkenntnis der Welt haben kann und haben sollte:

„Wir haben hier zunächst von dem *Ursprung* der gesellschaftlichen Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen, von ihrer *Entstehung* gesprochen, davon, dass das geistige Leben der Gesellschaft ein Abbild der Bedingungen ihres materiellen Lebens ist. Was die *Bedeutung* der gesellschaftlichen Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen betrifft, was ihre *Rolle* in der Geschichte betrifft, so wird ihre gewichtige Rolle und Bedeutung im Leben der Gesellschaft, in der Geschichte der Gesellschaft, vom historischen Materialismus nicht nur nicht bestritten, sondern im Gegenteil hervorgehoben.“

Es gibt verschiedene gesellschaftliche Ideen und Theorien. Es gibt alte Ideen und Theorien, die sich überlebt haben und den Interessen der absterbenden Kräfte der Gesellschaft dienen. Ihre Rolle besteht darin, dass sie die Entwicklung der Gesellschaft, ihre Vorwärtsbewegung hemmen. Es gibt neue, fortschrittliche Ideen und Theorien, die

den Interessen der fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft dienen. Ihre Bedeutung besteht darin, dass sie die Entwicklung der Gesellschaft, ihre Vorwärtsbewegung erleichtern, wobei sie um so größere Bedeutung erlangen, je genauer sie die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen erst, nachdem die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft diese vor neue Aufgaben gestellt hat. Aber nachdem sie entstanden sind, werden sie zu einer höchst bedeutenden Kraft, die die Lösung der neuen, durch die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft gestellten Aufgaben erleichtert, die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft erleichtert. Gerade hier äußert sich die gewaltige organisierende, mobilisierende und umgestaltende Rolle neuer Ideen, neuer Theorien, neuer politischer Anschauungen, neuer politischer Einrichtungen. Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen im Grunde genommen eben darum, weil sie für die Gesellschaft notwendig sind, weil es ohne ihr organisierendes, mobilisierendes und umgestaltendes Wirken *unmöglich* ist, die herangereiften Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft zu lösen. Entstanden auf der Basis der neuen Aufgaben, welche die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft stellt, bahnen sich die neuen gesellschaftlichen Ideen und Theorien den Weg, werden sie zum Gemeingut der Volksmassen, mobilisieren diese, organisieren sie gegen die absterbenden Kräfte der Gesellschaft und erleichtern auf diese Weise den Sturz der absterbenden Kräfte der Gesellschaft, die die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft hemmen.

So wirken die gesellschaftlichen Ideen, Theorien, politischen Einrichtungen, die auf der Basis der herangereiften Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft, der Entwicklung des gesellschaftlichen Seins entstanden sind, in der Folge selber auf das gesellschaftliche Sein, auf das materielle Leben der Gesellschaft zurück, indem sie die Bedingungen schaffen, die notwendig sind, um die Lösung der herangereiften Aufgaben des materiellen Lebens der Gesellschaft zu Ende zu führen und seine Weiterentwicklung zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang sagt Marx: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“

Um also die Möglichkeit zu haben, auf die Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft einzuwirken und die Entwicklung dieser Bedingungen zu beschleunigen, ihre Verbesserung zu beschleunigen, muss die Partei des Proletariats sich auf eine gesellschaftliche Theorie, eine gesellschaftliche Idee stützen, welche die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft richtig zum Ausdruck bringt und infolgedessen fähig ist, die breiten Massen des Volkes in Bewegung zu setzen, sie zu mobilisieren und aus ihnen die große Armee der proletarischen Partei zu organisieren, die bereit ist, die reaktionären Kräfte niederzuschlagen und den fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft den Weg zu bahnen.“

(Stalin, „Über dialektischen und historischen Materialismus“, 1938, in: ebenda, S. 146/147. Das Marx-Zitat stammt aus Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, 1843-1844, Marx-Engels-Werke Band I, S. 385.)

5.

Der reaktionäre Charakter der These von der „Identität von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewusstsein“

Lenin, der sich auch sehr detailliert mit den damals vorherrschenden physikalischen Theorien über das „Verschwinden der Materie“ auseinandersetzt, beschäftigt

sich im sechsten und letzten Kapitel ausdrücklich mit dem historischen Materialismus.

Eine ganz zentrale Verfälschung auf diesem Gebiet, so Lenin, war die Entstellung des Satzes „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ in einem Sinn als gäbe es eine „Identität“ von Sein und Bewusstsein: Auf die Gesellschaft und das gesellschaftliche Bewusstsein bezogen kann aus diesem Satz weder gefolgert werden, dass in einem kapitalistischen Sein, in einer kapitalistischen Gesellschaft, alle Menschen ohnehin kapitalistisch denken müssen, noch kann daraus gefolgert werden, dass Arbeiter in ihrem Sein als Arbeiter automatisch Arbeiterbewusstsein, Klassenbewusstsein, kommunistisches Bewusstsein haben werden. Lenin erklärt, dass der Marx'sche Satz, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, nicht von einem Sein ohne Widersprüche ausgeht, sondern gerade im Gegenteil die Widersprüche dieses Seins auch Kämpfe und Widersprüche im Bewusstsein ermöglichen und erzeugen. Lenin erklärt:

„Das gesellschaftliche Sein und das gesellschaftliche Bewusstsein sind nicht identisch, ebenso wenig, wie Sein überhaupt und Bewusstsein überhaupt identisch sind. Daraus, dass die Menschen als bewusste Wesen in gesellschaftlichen Verkehr treten, folgt keineswegs, dass das gesellschaftliche Bewusstsein mit dem gesellschaftlichen Sein identisch ist. Wenn die Menschen miteinander in Verkehr treten, sind sie sich in allen einigermaßen komplizierten Gesellschaftsformationen – und insbesondere in der kapitalistischen Gesellschaftsformation – *nicht bewusst*, was für gesellschaftliche Verhältnisse sich daraus bilden, nach welchen Gesetzen sie sich entwickeln usw. Zum Beispiel: der Bauer, der Getreide verkauft, tritt mit den Weltgetreideproduzenten auf dem Weltmarkt in „Verkehr“, aber er ist sich dessen nicht bewusst, ebenso wenig, wie er sich bewusst ist, welche gesellschaftlichen Beziehungen aus dem Austausch entstehen. Das gesellschaftliche Bewusstsein *widerspiegelt* das gesellschaftliche Sein – darin besteht die Lehre von Marx. Die Widerspiegelung kann eine annähernd richtige Kopie des Widerspiegelten sein, aber es ist unsinnig, hier von Identität zu sprechen. Das Bewusstsein *widerspiegelt* überhaupt das Sein – das ist eine allgemeine These des *gesamten* Materialismus. Ihren direkten und *untrennbaren* Zusammenhang mit der These des historischen Materialismus, dass das gesellschaftliche Bewusstsein das gesellschaftliche Sein *widerspiegelt*, nicht zu sehen, ist unmöglich.“ (S. 326)

Und er fährt fort:

„Denn diese Theorie der Identität von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewusstsein ist *totaler Unsinn*, ist eine *ausgesprochen reaktionäre* Theorie. Wenn einzelne Leute bemüht sind, sie mit dem Marxismus, mit marxistischer Haltung in Einklang zu bringen, so müssen wir zugeben, dass diese Leute besser sind als ihre Theorien, dürfen aber haarsträubende theoretische Entstellungen des Marxismus nicht rechtfertigen. (...)“

Jeder einzelne Produzent in der Weltwirtschaft ist sich bewusst, dass er die und die Änderung in die Produktionstechnik hineinbringt, jeder Warenbesitzer ist sich bewusst, dass er die und die Produkte gegen andere austauscht, doch diese Produzenten und Warenbesitzer sind sich nicht bewusst, dass sie dadurch das *gesellschaftliche Sein* verändern. Die Summe aller dieser Veränderungen in allen ihren Verästelungen hätten innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft auch 70 Marx nicht bewältigen können. Das Höchste, was geleistet werden konnte, war, dass die *Gesetze* dieser Veränderungen entdeckt wurden, dass die *objektive* Logik dieser Veränderungen und ihrer geschichtlichen Entwicklung in den Haupt- und Grundzügen aufgezeigt wurde – objektiv nicht in dem Sinne, dass eine Gesellschaft von bewussten Wesen, von Menschen, existieren und sich entwickeln könnte unabhängig von der Existenz bewuss-

ter Wesen (nur diese Albernheit *unterstreicht* aber Bogdanow gerade mit seiner ‚Theorie‘), sondern in dem Sinne, dass das gesellschaftliche Sein *unabhängig* ist von dem *gesellschaftlichen Bewusstsein* der Menschen. Aus der Tatsache, dass ihr lebt und wirtschaftet, Kinder gebärt und Produkte erzeugt, sie austauscht, entsteht eine objektiv notwendige Kette von Ereignissen, eine Entwicklungskette, die von eurem *gesellschaftlichen Bewusstsein* unabhängig ist, die von diesem niemals restlos erfasst wird. Die höchste Aufgabe der Menschheit ist es, diese objektive Logik der wirtschaftlichen Evolution (der Evolution des gesellschaftlichen Seins) in den allgemeinen Grundzügen zu erfassen, um *derselben* ihr gesellschaftliches Bewusstsein und das der fortgeschrittenen Klassen aller kapitalistischen Länder so deutlich, so klar, so kritisch als möglich anzupassen. (...)“

Der Materialismus überhaupt anerkennt das objektiv reale Sein (die Materie), das unabhängig ist von dem Bewusstsein, der Empfindung, der Erfahrung usw. der Menschheit. Der historische Materialismus anerkennt das gesellschaftliche Sein als unabhängig vom gesellschaftlichen Bewusstsein der Menschheit. Das Bewusstsein ist hier wie dort nur das Abbild des Seins, bestenfalls sein annähernd getreues (adäquates, ideal-exaktes) Abbild. Man kann aus dieser aus einem Guß geformten Philosophie des Marxismus nicht eine einzige grundlegende These, nicht einen einzigen wesentlichen Teil wegnehmen, ohne sich von der objektiven Wahrheit zu entfernen, ohne der bürgerlich-reaktionären Lüge in die Fänge zu geraten.“ (S. 328/329)

Die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft, der gesellschaftlichen Entwicklung, die hinter den Erscheinungen des Kapitalismus wirken, „offenbaren sich“ aus einer Fülle von Gründen, die Lenin in seinem Werk „Was tun?“ grundlegend analysiert hat, eben *nicht* spontan als Erkenntnis in den Köpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wäre dies der Fall, dann müsste es im Grunde ja auch keine Wissenschaft von der Gesellschaft, keine Wissenschaft vom Klassenkampf des Proletariats, keine Wissenschaft des Kommunismus geben – und im Grunde auch keine Kommunistische Partei.

Marx und Engels mussten einen gigantischen ideologischen und theoretischen Kampf führen, um die richtige Erkenntnis des Wesens des Kapitalismus, der Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für die Entwicklung zum Kommunismus zu begründen. Aufgabe der Kommunistischen Partei – als Vorhut des Proletariats – ist es, bewaffnet mit der revolutionären Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, das revolutionäre Klassenbewusstsein zu schaffen. Dazu muss sie in einem allseitigen und pausenlosen Kampf gegen die reaktionären Ideen, gegen die gesamte bürgerliche Ideologie und Politik die revolutionären Ideen, die revolutionäre Linie und Politik von „außen“ in den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter hineintragen (wie Lenin in „Was tun?“ begründet hat, siehe Lenin-Werke Band 5, S. 389ff), um diese gemäß ihrer grundlegenden objektiven Lage und gemäß ihren sich daraus mit Notwendigkeit stellenden revolutionären und internationalistischen Aufgaben bewusst zu machen und zu organisieren.

6.

Eine unverzichtbare, im umfassenden Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu lösende Aufgabe: Bürgerlich-revisionistisches Material auswerten, dessen reaktionäre Linie verwerfen, die eigene Linie aufstellen

Nun ist es allerdings so, dass war Lenin völlig bewusst, dass die bürgerliche Wissenschaft nicht nur auf dem Gebiet der Naturerforschung, sondern auch auf einzelnen Gebieten der Erforschung der Gesellschaft durchaus Tatsachen und Thesen zu Tage bringt, die wertvoll und nicht zu ignorieren sind. Und so schließt Lenin sein bedeutendes wissenschaftstheoretisches und philosophi-

sches Werk mit einer klaren Anweisung und Aufforderung an die Kommunistinnen und Kommunisten, sich in angemessener Weise mit den Ergebnissen bürgerlicher Wissenschaft kritisch auseinander zu setzen, um die eigene wissenschaftliche Arbeit voranzutreiben:

„Keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern können, darf man auch nur ein einziges Wort glauben, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Warum? Aus dem nämlichen Grunde, aus welchem man keinem einzigen Professor der politischen Ökonomie, der in der Lage ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, auch nur ein einziges Wort glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso *parteiliche* Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die *Erkenntnistheorie*. Im großen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die gelehrten Kommiss der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommiss der Theologen.

Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort, zu verstehen, sich die von diesen ‚Kommiss‘ gemachten Errungenschaften anzueignen und sie zu verarbeiten (man kann zum Beispiel, wenn man die neuen ökonomischen Erscheinungen studieren will, keinen Schritt tun, ohne sich der Werke dieser Kommiss zu bedienen), und zu verstehen, die reaktionäre Tendenz derselben zu verwerfen, der *eigenen* Linie zu folgen und die ganze Linie der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen.“ (S. 347)

☆☆☆

Die von Lenin in seinem Buch verteidigte, entwickelte und tiefgehend begründete marxistische Erkenntnistheorie ist sehr wichtig, um angesichts der heute herrschenden Verwirrung die Zuversicht zu haben, dass die grundlegenden Fragen der proletarischen Revolution objektiv geklärt, dass insbesondere auch die Ursachen der ungeheuren Niederlage der proletarischen Revolution infolge des modernen Revisionismus objektiv erkannt und wirklich überwunden werden können.

Drei Punkte wollen wir am Schluss zusammenfassend nochmals hervorheben:

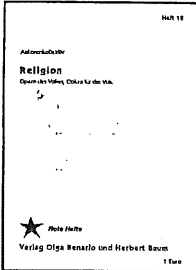
★ „Materialismus und Empiriokritizismus“ steht zentral für die richtige Haltung zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sowie zur wissenschaftlichen Arbeit. Dieses Werk muss uns Vorbild sein, die bürgerliche Ideologie nicht zu unterschätzen, diese wirklich auf allen, selbst auf dem philosophischen Gebiet zu bekämpfen, die theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus umfassend zu verteidigen.

★ Dieses Buch zeigt, dass der Klassenkampf auf dem Gebiet der Theorie, die Kämpfe an der philosophischen Front nur wirklich verstanden und in ihrer Bedeutung

eingeordnet werden können, wenn sie im Zusammenhang mit dem ideologischen Kampf überhaupt, den Aufgaben der Revolution und in Verbindung mit den wirklichen Klassenkämpfen des Proletariats gesehen werden. Nur so ist es dann auch möglich, aus diesen Kämpfen wirklich Lehren zu ziehen für die Fragen der Revolution und die Debatte nicht in leere Begriffsstreiterei ausufern zu lassen. Das Studium von Lenins Schrift zeigt dabei gerade auch, welche Bedeutung die Revision des Marxismus auf dem Gebiet der Philosophie für die Revision auf dem Gebiet der Politik hatte und hat: Sie dient letztlich der Revision der Theorie der proletarischen Revolution und der Sabotage der revolutionären Praxis.

★ Das Werk Lenins macht insbesondere auch klar, warum die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus und nicht irgendeine „konkrete Analyse“ der heutigen Bedingungen oder gar nur die eigenen Erfahrungen *Ausgangspunkt* der Linie und Politik sein müssen, und warum der Kampf um die richtige Linie und Politik auf der *Grundlage* der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus geführt werden muss. Der ideologische und theoretische Kampf um die Durchsetzung und Verankerung der Prinzipien ist auch nicht irgendwann einmal „erledigt“, sondern bleibt Gegenstand des innerparteilichen Kampfes, solange es den Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus gibt, d. h. bis zur allseitigen Vernichtung der bürgerlichen Ideologie im Kommunismus.

☆☆☆



Anzeige

Vorankündigung
Autorenkollektiv:
Religion
Opium des Volkes,
Opium für das Volk
ca. 48 Seiten, 1 Euro
ISBN 3-86589-044-X
erhältlich beim
Buchladen Georgi Dimitroff

Abschließend noch eine Bemerkung an jeden, der wirklich ernsthaft die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung und dieses Werk Lenins studieren will: Es ist für uns Kommunistinnen und Kommunisten wichtig, zu verstehen, dass die Auseinandersetzung Lenins mit falschen Ansichten russischer Bolschewiki gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit der opportunistischen Grundströmung in der deutschen Sozialdemokratie war. Die Parole „Zurück zu Kant“, zur allgemeinen, klassenunspezifischen Vernunft, zu Pathetik und Dumm-schwätzei, das war die Losung Eduard Bernsteins, das war die Losung der deutschen Sozialdemokratie um Karl Kautsky. Die Zeitschrift „Die Neue Zeit“, seit 1886 bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs hinein, spiegelt recht genau in vielen Artikeln diesen Einfluss des deutschen Ideologen Kant, ein paar Verbeugungen vor Marx gegen die Grundaussagen von Marx, wider. Es gehört zu

Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

Prüfsteine

Programmatische Grundsatzklärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats
und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus
orientierten Kräfte der ganzen Welt



198 Seiten, DIN A5, erhältlich gegen 5 Euro + Porto
bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920.

den üblichen Verfälschungen vor allem der DDR-Revisionisten, diesen wesentlichen Zusammenhang mit der Geschichte des deutschen Revisionismus weg zu operieren, um ihre eigenen Spuren zu verwischen. Insofern ist Lenins Schrift auch eine konkrete Anleitung, tiefer und genauer die Ursprünge und Spuren des Revisionismus und Antimarxismus in der deutschen Sozialdemokratie aufzudecken.

☆☆☆

Die zentrale, bei weitem dominierende, wirklich entscheidende Aufgabe im ideologischen Kampf ist unserer Meinung nach heute, die Missachtung und revisionistische Verfälschung der in sich geschlossenen Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekämpfen, die *Prinzipienlosigkeit* zu geißeln, also vor allem dem modernen Revisionismus in allen seinen Schattierungen den schonungslosen Kampf anzusagen und konsequent weiterzuführen.

Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr beim Aufbau der Kommunistischen Partei – auch innerhalb der eigenen Reihen!



Anzeige

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax: 069/730920

GEÖFFNET

Samstags 10.00 - 13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich:

in Berlin: M99, Manteuffelstr. 99; in Bonn: Antiquariat Markov, Breite Str. 52; in Braunschweig: Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55; in Dortmund: Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44; in Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; in Göttingen: Roter Buchladen, Nikolai-kirchhof 7; in Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; in Hannover: Internationalismus-Buchladen, Engelsbosteler Damm 4; in Karlsruhe: Der Andere Buchladen, Belfortstr. 7; in Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; in Köln: Der Andere Buchladen, Weyertal 32; in München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43; in Nürnberg: Literaturladen Libresso, Baumgasse 14.

Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit

- **Über die Verbindung von Theorie und Praxis**
- **Den wissenschaftlichen Kommunismus gegen den Revisionismus und Opportunismus verteidigen**
- **Die geschichtlichen und aktuellen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung auswerten**
- **Programmatische Arbeit zur Vorbereitung für die sozialistische Revolution in Deutschland**
- **Die Schulung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus**
- **Die theoretische Arbeit als Hauptkettenglied**

Eine Beilage zum Flugblatt von „Gegen die Strömung“:
„**Wissen statt Glauben**“ (Juli/August 2006)

Auszug aus Rot Front Nr. 4: Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Inhalt

Einführung	3
Die Verbindung von Theorie und Praxis als Leitstern.....	3
Zur Bedeutung des Begriffs „Praxis“.....	3
Die revolutionäre Theorie dient der revolutionären Praxis	4
Die Bedeutung der eigenen Erfahrung der Massen einerseits und die Bedeutung der revolutionären Theorie andererseits	4
Inwiefern die revolutionäre Theorie stets entscheidende Bedeutung hat und wann die Theorie zum Hauptkettenglied des Parteaufbaus wird	4
Die Einheit von Theorie und Praxis und die dialektische Wechselwirkung zwischen den drei Bestandteilen des Parteaufbaus	5
Die dialektische Wechselwirkung des inneren Parteilebens mit der Arbeit nach außen.....	5
Die Kommunistische Partei muss in der Dramatik des „lebendigen Lebens“ planmäßig und bewusst aufgebaut werden.....	6
1. Drei grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit.....	6
Den wissenschaftlichen Kommunismus verteidigen und den Revisionismus und Opportunismus bekämpfen	7
Die theoretische Arbeit ist nötig, um im Kampf gegen den Opportunismus das eigene Gesicht der Kommunistischen Partei herauszuarbeiten	7
Die theoretische Arbeit und der theoretische Kampf müssen sich vor allem gegen den modernen Revisionismus richten.....	7
Der theoretische Kampf gegen den modernen Revisionismus ist vor allem ein Kampf um die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus	9
Axiome und Probleme – Die Kommunistische Partei muss den theoretischen Kampf und die theoretische Arbeit gegen den Opportunismus nach ihrem eigenen Plan führen.....	10
Die politischen, theoretischen und materiellen Wurzeln des Opportunismus, vor allem des modernen Revisionismus, müssen entlarvt werden.....	10
Die Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung für den eigenen Kampf schöpferisch auswerten	12
Besonderheiten bei der Erarbeitung der Theorie und des Originalprogramms der Revolution des eigenen Landes	13
Die verhüllten Antagonismen der Gesellschaft bloßlegen.....	14
Die bürgerlichen Theorien kritisch durcharbeiten.....	15
Die Theorie muss in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung erstellt werden	16
Über den Zusammenhang der drei grundlegenden theoretischen Aufgaben	17
2. Die Schulung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus hat zentrale Bedeutung.....	17
3. Gründe, warum die theoretische Arbeit heute das Hauptkettenglied beim Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland ist.....	19
Anmerkungen.....	23
Kommunistische Theorie (Thesen)	31

Einführung

Die Verbindung von Theorie und Praxis als Leitstern

Bevor wir uns in diesem Teil im einzelnen mit den verschiedenen Aspekten und Fragen der revolutionären Theorie auseinandersetzen, erscheint es uns zwingend notwendig, zunächst den Rahmen der Fragestellung zu umreißen, das Verhältnis von Theorie und Praxis, die Forderung nach möglichst weitgehender Einheit von Theorie und Praxis voranzustellen:

„Natürlich wird die Theorie gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genauso wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet.“

(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 79)

Eine grundlegende und unumgängliche Voraussetzung für den Aufbau der Kommunistischen Partei auch in Deutschland ist daher die richtige Behandlung des Problems von Theorie und Praxis beim Parteiaufbau.

Die Geschichte der KPdSU(B) lehrt uns, dass

„die Verbindung von Wissenschaft und praktischer Tätigkeit, die Verbindung von Theorie und Praxis, ihre Einheit zum Leitstern der Partei des Proletariats werden (muss).“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 144)

Die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist ein Kennzeichen der kapitalistischen Ausbeuterordnung mit all ihren schönen Phrasen und Versprechungen, die im tatsächlichen Leben nicht eingelöst werden.¹

Nehmen wir als Beispiel die zentrale Lüge von der Gleichheit der Proletarier und Kapitalisten. Einer der Grundgedanken von Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ ist, dass beim Tausch von verschiedenen Waren zu im Durchschnitt gleichem Wert **ein** Tausch ganz besondere Bedeutung hat und mit den Mechanismus des Kapitalismus untrennbar verbunden ist: der Tausch der Ware „Arbeitskraft“ gegen den Lohn. **Formal, abstrakt** handelt es sich um den „Tausch“ zweier gleichberechtigter Personen, die sich gegenüberstehen: Einerseits der Kapitalist, der Produktionsmittelbesitzer, und andererseits der Arbeiter bzw. die Arbeiterin, der oder die nichts besitzt als die Arbeitskraft. Doch der Arbeiter oder die Arbeiterin schafft bei der Verausgabung der Arbeitskraft im Produktionsprozess mehr an Wert, als er oder sie für die Wiederherstellung seiner bzw. ihrer Arbeitskraft besitzt. **Konkret** handelt es sich also um einen Tausch, der das Geheimnis der Mehrwertproduktion, d. h. der Ausbeutung des Proletariats, des Anwachsens der Macht des Kapitals, den ganzen Mechanismus der kapitalistischen Ausbeuterordnung verschleiern.² Die Heuchelei von der angeblichen „absoluten Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit“, die vielfältigsten Lügen und Betrugsmanöver über „Chancengleichheit“ und „Freiheit des Individuums“ usw. sind für die Kapitalisten und ihren Staat also unbedingt nötig, um die soziale und ökonomische **Ungleichheit** der Menschen, die verschiedenen Klassen angehören, zu verhüllen. Es ist Aufgabe der Kommunistischen Partei, diese tiefste Wurzel der bürgerlichen Heuchelei aufzudecken.

Die **Kluft** zwischen Theorie und Praxis ist vor allem aber auch eines der größten Übel, eine der gefährlichsten Er-

scheinungsformen des Opportunismus, die buchstäblich alles zugrunde richten kann. So war ein Kennzeichen des Opportunismus der II. Internationale, dass sich die revolutionäre Theorie zunehmend in eine vom lebendigen revolutionären Kampf der Massen losgelöste pseudorevolutionäre Phraseologie zur Wahrung des Scheins verwandelte. In der Politik bedeutete dies, dass zur Wahrung des Scheins zwar „revolutionäre“ Beschlüsse angenommen wurden, die aber nicht in die Tat umgesetzt wurden.³ Die Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten haben diese demagogischen Theorien und politischen Betrügereien fortgesetzt, indem sie ihre konterrevolutionäre Ideologie und Politik mit pseudorevolutionären, angeblich „leninistischen“ theoretischen Versatzstücken über den „revolutionären Weltprozess“ und dergleichen verbrämten.

Das Erfordernis der **Einheit von Theorie und Praxis** ist dagegen **einer der Grundzüge der Methode** des Leninismus. Dies ist auch eine notwendige Bedingung und Grundlage für die Durchführung einer wirklich revolutionären politischen Linie, für die **Einheit von Wort und Tat**, d. h. für die Durchführung einer revolutionären Politik.⁴ Dies ist auch notwendig für die revolutionäre Moral, für die Schaffung und Festigung des Vertrauens der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen werktätigen Massen zur Kommunistischen Partei.⁵ Von daher muss auch bewusst sein, dass das Prinzip der Einheit von Theorie und Praxis die gesamte Praxis der Kommunistischen Partei, alle Bestandteile des Parteiaufbaus, die Arbeit nach innen wie nach außen betrifft. Deshalb muss auch der Inhalt, die Bedeutung und der Umfang des Begriffs der Praxis in diesem Zusammenhang klar sein.

Zur Bedeutung des Begriffs „Praxis“

In den grundlegenden ideologischen Kämpfen zwischen Idealismus und Materialismus steht der Begriff „Praxis“ den Begriffen „Theorie“, „Idee“ gegenüber. Der dialektische Materialismus stellt grundsätzlich klar, dass **zuerst** die Materie, das Sein, die Praxis der Menschen war, und dass hiervon abgeleitet die Ideen und das Denken der Menschen, die Theorie entstanden ist. Der Ausgangspunkt des revolutionären Denkens und Handelns der Kommunistischen Partei ist insofern eben die objektive Realität. Die marxistische Theorie ist zum ersten Mal auf philosophischem und gesellschaftlichem Gebiet eine immer korrektere Widerspiegelung der Praxis.⁶

In diesem allgemeinen und grundsätzlichen Sinn steht außer Frage, dass die Praxis primär und die Theorie sekundär ist. Der Gesichtspunkt der Praxis ist auch der erste und grundlegende Gesichtspunkt der marxistischen Erkenntnistheorie.

Für die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ist wesentlich, dass sie insbesondere **„die Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, in ihrer allgemeinen Form genommen“**⁷ ist. Stalin zeigt hier, dass die revolutionäre Theorie aus der revolutionären Praxis stammt, doch weder aus der revolutionären Praxis **eines** Landes noch aus der revolutionären Praxis eines **gegebenen Augenblicks**. Die revolutionäre Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ist vor allem die Zusammenfassung der revolutionären **geschichtlichen und internationalen Praxis** der Arbeiterbewegung.⁸ Kurz, hier in diesem Zusammenhang ist von der revolutionären Praxis im großen historischen und weltweiten Umfang die Rede.

Davon muss wiederum der engere Begriff der „revolutionären Praxis“ unterschieden werden, der oft verwendet wird, wenn es darum geht, die revolutionäre Theorie im eigenen

Land und im gegebenen Moment **anzuwenden**. Dieser Praxisbegriff ist naturgemäß viel enger, umfasst nur die Praxis eines bestimmten Landes oder des gegebenen Moments.

Auch eine andere Unterscheidung erscheint uns als sehr wichtig. Die revolutionäre Praxis der **Massen** ist etwas ganz anderes und viel Umfassenderes als die Praxis der Revolutionäre, der Kommunistinnen und Kommunisten. „Aus der Praxis lernen“ heißt in diesem Zusammenhang bei Marx, Engels, Lenin und Stalin, gerade aus der Praxis der revolutionären Massenbewegung zu lernen.¹⁰

Und nicht zuletzt sei darauf verwiesen, dass eine revolutionäre Praxis natürlich von der „Praxis der einfachen Tageskämpfe“ unterschieden werden muss, eine **Unterscheidung**, die oft genug von Ökonomen und Opportunisten unterschlagen wird, die die „Praxis“ beschwören, um der Revolution abzuschwören.

Die revolutionäre Theorie dient der revolutionären Praxis

Lenin hob in seiner Schrift „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ hervor, dass die Praxis insofern stets primär ist, als die Theorie Antwort auf die Fragen der Arbeiterinnen und Arbeiter geben, der Praxis des Parteaufbaus und der Praxis der revolutionären Massenbewegung überhaupt dienen muss. In **diesem** Sinn ist unserer Meinung nach zweifelsohne die Theorie stets sekundär und dienend.¹¹

Die Bedeutung der eigenen Erfahrung der Massen einerseits und die Bedeutung der revolutionären Theorie andererseits

Unserer Meinung nach gibt es noch eine weitere Frage, bei der eindeutig feststeht, dass die revolutionäre Praxis primär ist, nämlich bei der Erziehung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen zur Durchführung der Revolution. Es ist eben ein grundlegendes taktisches Prinzip des wissenschaftlichen Kommunismus, dass die Massen von der Kommunistischen Partei vor allem anhand ihrer **eigenen Erfahrungen** den Antagonismus zwischen Konterrevolution und revolutionären Kräften verstehen lernen können, dass sie sich ohne die im eigenen revolutionären Kampf erworbenen Erfahrungen die Linie der Kommunistischen Partei nicht zu eigen machen können und nur anhand dieser Erfahrung die Führung der Kommunistischen Partei anerkennen werden.

Natürlich muss die Kommunistische Partei diese eigene Erfahrung mit ihrer Propaganda und Agitation, mit ihrer Organisation der Massen richtig verbinden. Natürlich ist sowohl die „eigene Erfahrung“ als auch das „Hineintragen des sozialistischen Bewusstseins von außen“ nötig. Wird die Fragestellung von der Seite der Aufgabe der Kommunistischen Partei her betrachtet, ist sogar das Hineintragen der revolutionären Theorie primär, um das Proletariat wirklich erziehen und organisieren zu können.

Aber unter dem Gesichtspunkt, **wann** und wie die Kommunistische Partei ihre Linie wirklich in die revolutionäre Massenbewegung hineintragen kann, muss hervorgehoben werden, dass dafür **die eigene revolutionäre Kampfpraxis der Massen** primäre Voraussetzung ist.

Anders steht dagegen die Frage für die **Vorhut** der Arbeiterklasse, für die selbstverständlich die revolutionäre Erfahrung im eigenen Kampf sehr wichtig und ein zentrales Mittel der Erziehung der Kader anhand der **eigenen Fehler**, wesentlich für Kritik und Selbstkritik ist. Aber die theoretische und selbstkritische Auswertung der **eigenen Praxis** kann

immer nur **hinterher** erfolgen. Die Kommunistische Partei hat aber nicht nur die Aufgabe, die eigene Erfahrung und die Erfahrungen der Massenbewegung im eigenen Land auszuwerten, sondern sie hat **vor allem die Aufgabe, diese Kämpfe als Vorhut zu führen**. Entgegen allen Nachtrabthesen ist es zentral zu verstehen, dass die Kommunistische Partei **nur durch die revolutionäre Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus** in der Lage sein wird, die Gesetzmäßigkeiten und den grundlegenden Verlauf der Revolution und der revolutionären Praxis vorherzusehen, um die Arbeiterklasse und anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen darauf vorzubereiten.

Diese revolutionäre Theorie stammt zwar **auch** aus der Praxis, aber nicht in der Hauptsache aus der **eigenen** Praxis der betreffenden Kommunistischen Partei, sondern in erster Linie aus der Geschichte der revolutionären Praxis der internationalen Arbeiterbewegung.

Insofern und in diesem Sinn ist die Theorie, sind die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus der **Ausgangspunkt** bei der Erfüllung der Vorhutrolle und der Erarbeitung einer korrekten Linie der Kommunistischen Partei.

Inwiefern die revolutionäre Theorie stets entscheidende Bedeutung hat und wann die Theorie zum Hauptkettenglied des Parteaufbaus wird

Bei einer richtigen Auffassung über die Einheit von Theorie und Praxis muss nicht nur verstanden werden, in welcher Hinsicht tatsächlich der Praxis primäre Bedeutung zukommt. Vielmehr muss auch klar sein, in welcher Hinsicht die revolutionäre Theorie entscheidende Bedeutung hat.

In der „Geschichte der KPdSU(B)“ wird dies tiefgehend erklärt:

„**Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen erst, nachdem die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft diese vor neue Aufgaben gestellt hat. Aber nachdem sie entstanden sind, werden sie zu einer höchst bedeutenden Kraft, die die Lösung der neuen, durch die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft gestellten Aufgaben erleichtert, die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft erleichtert ... Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen im Grunde genommen eben darum, weil sie für die Gesellschaft notwendig sind, weil es ohne ihr organisierendes, mobilisierendes und umgestaltendes Wirken unmöglich ist die herangereiften Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft zu lösen. Entstanden auf der Basis der neuen Aufgaben, welche die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft stellt, bahnen sich die neuen gesellschaftlichen Ideen und Theorien den Weg, werden sie zum Gemeingut der Volksmassen, mobilisieren diese, organisieren sie gegen die absterbenden Kräfte der Gesellschaft und erleichtern auf diese Weise den Sturz der absterbenden Kräfte der Gesellschaft die die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft hemmen.**

So wirken die gesellschaftlichen Ideen, Theorien, politischen Einrichtungen, die auf der Basis der herangereiften Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft, der Entwicklung des gesellschaftlichen Seins entstanden sind, in der Folge selber auf das gesellschaftliche Sein, auf das materielle Leben der Gesellschaft zurück, indem sie die Bedingungen schaffen, die notwendig sind, um die Lösung der herangereiften Aufgaben des materiellen

Lebens der Gesellschaft zu Ende zu führen und seine Weiterentwicklung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang sagt Marx:

„Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 146/147, Marx-Zitat: Karl Marx, „Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, 1844, Marx/Engels Werke Band I, S. 385)

Die revolutionäre Theorie ist also unbedingt notwendig, um den für die siegreiche proletarische Revolution nötigen subjektiven Faktor zu schaffen, d. h. eine starke Kommunistische Partei aufzubauen, die Arbeiterinnen und Arbeiter bewusst zu machen und zu organisieren, die große Masse der anderen werktätigen und ausgebeuteten Massen, vor allem der werktätigen und ausgebeuteten Bauernschaft, um das revolutionäre Proletariat zusammenzuschließen und zielklar in den Kampf zu führen.

Lenin hat dazu den entscheidenden Ausgangspunkt formuliert:

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 379)

Dies bedeutet auch,

„dass die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.“

(Ebenda, S. 380)

Dies gilt prinzipiell, d. h. unter allen Umständen. Davon unterschieden werden muss die spezielle Frage des Parteaufbaus, dass es außerdem konkret zu analysierende Situationen gibt, in denen im Rahmen der Bestimmung der Aufgaben beim Aufbau der Kommunistischen Partei die theoretische Arbeit bzw. der theoretische Kampf das Hauptkettenglied ist, weil hiervon das Vorankommen beim Parteaufbau insgesamt entscheidend abhängt.

Die theoretischen Fragen nehmen **dann** den dominierenden Platz ein und werden zum entscheidenden Kettenglied, um die Partei, die „Hauptwaffe des Proletariats“ für die Befreiung, wie Lenin es treffend formulierte, aufzubauen, wenn die Situation so ist, wie Mao Tse-tung sie beschrieben hat:

„Wenn Lenins Worte ‚Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben‘ unmittelbare Aktualität erlangen, dann spielt die Schaffung und Verbreitung der revolutionären Theorie die hauptsächliche, die entscheidende Rolle.“

(Mao Tse-tung, „Über den Widerspruch“, 1937, Ausgewählte Werke Band I, S. 394).

Für Opportunisten ist es unmöglich zu begreifen, dass die Theorie in einer bestimmten Situation das Hauptkettenglied sein kann, um die praktische Tätigkeit voranzutreiben, die **stets** an erster Stelle steht, weil für sie ja gerade die theoretische Arbeit geleistet wird, dass also ein **Mittel** in einer bestimmten Situation das Entscheidende sein kann, um das **Ziel** zu erreichen.

Auf die konkrete Bestimmung des Hauptkettenglieds heute werden wir am Schluss dieses Referats zur Kommunistischen Theorie zurückkommen.

Die Einheit von Theorie und Praxis und die dialektische Wechselwirkung zwischen den drei Bestandteilen des Parteaufbaus

Wenn die Frage der Verbindung der Theorie mit der Praxis behandelt wird, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass

- erstens die Theorie mit der Praxis des Parteaufbaus verbunden werden muss, und dass

- zweitens das nicht ausreicht, sondern die Theorie mit der **praktischen Tätigkeit in der Arbeiterklasse und unter den revolutionären Kräften** verbunden werden muss.

Die praktische Tätigkeit der Kommunistischen Partei **dient** in der ersten Phase des Parteaufbaus hauptsächlich der Schaffung der Partei. In dieser Unterscheidung steckt schon die Antwort auf all jene, die hohe revolutionäre Aktivität, tagtägliche Arbeit, sichtbar oder unsichtbar, verwechseln mit „greifbaren Resultaten“ von wild entfalteter „Praxis“, worunter sie lediglich Aktionen, Flugblattverteilen usw. verstehen. Ihnen geht es sehr oft nur um Effekthascherei und Augenblickserfolge.

Die Gewinnung der besten Kräfte des Proletariats, der Avantgarde für den Kommunismus, als grundlegende Aufgabe der ersten Periode des Parteaufbaus umfasst nicht nur die Heranbildung von **Parteikadern**, sondern ist eng verbunden mit der Schaffung der **Organisation** und der Herausarbeitung der **Theorie** und des Programms der Revolution im eigenen Land.

Diese drei Bestandteile des Parteaufbaus sind Glieder ein und derselben Kette, die nicht voneinander getrennt werden dürfen. Theorie ohne Kader und Organisation, Kader ohne Theorie und Organisation, Organisation ohne Theorie und Kader, all dies ist undenkbar beim Aufbau einer kommunistischen Vorhutorganisation.

Die Kommunistische Partei muss in erster Linie von oben nach unten aufgebaut werden, in ideologischer wie in organisatorischer Hinsicht. Bei diesem Aufbau von einem kommunistischen Zentrum aus ist es entscheidend, das **Hauptkettenglied**, das das Ergreifen der ganzen Kette am besten garantiert, fest anzupacken. Das betonen wir gegen jegliche opportunistische Verschommenheit.

Wir betonen gegen die einseitige Verabsolutierung des Hauptkettenglieds ebenso ausdrücklich, dass beim Parteaufbau **keiner** der drei Bestandteile vernachlässigt werden darf, denn wenn **einer** dieser Bestandteile nicht angepackt wird, scheitert das **Ganze**, ist es nicht möglich, die Kommunistische Partei aufzubauen.

Lenin betonte deshalb in der Periode der Schaffung der Partei:

„Unter dieser Bedingung verschmelzen theoretische und praktische Arbeit zu einer einzigen Arbeit, die der Veteran der deutschen Sozialdemokratie, Liebknecht, so treffend mit den Worten gekennzeichnet hat:

Studieren, Propagieren, Organisieren.

Ohne die oben erwähnte theoretische Arbeit kann man kein ideologischer Führer sein, wie man es auch nicht sein kann, ohne diese Arbeit den Erfordernissen der Sache anzupassen, ohne die Resultate dieser Theorie unter den Arbeitern zu propagieren und ihnen zu helfen, sich zu organisieren.“

(Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, 1894, Werke Band 1, S. 301/302)¹²

Die dialektische Wechselwirkung des inneren Parteilebens mit der Arbeit nach außen

Für eine möglichst klare Darstellung der drei Bereiche des Parteaufbaus, der Theorie-, Kader- und Organisationsarbeit in der Kommunistischen Partei, die im untrennbaren Zusammenhang mit dem innerparteilichen Kampf betrachtet werden müssen, muss bewusst voneinander getrennt werden, was in der Praxis untrennbar verbunden und oft sehr kompliziert miteinander verquickt ist.

Die Richtlinien für die **theoretische** Arbeit, um die Lügen der Bourgeoisie zu widerlegen, die Revisionisten zu entlarven und Klarheit über den Weg und das Ziel der Revolution zu schaffen, **Kader**, die den Klassenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Werktätigen führen, eine der Führung des Klassenkampfes dienende zentralistische **Organisation** – all das dient letztendlich der Arbeit „nach außen“, dient der Umsetzung der Linie der Partei als dem eigentlichen Zweck der Kommunistischen Partei.

Es geht eben bei der grundlegenden Festlegung der theoretischen Arbeit, der Kaderarbeit und der Organisationsarbeit langfristig um die Durchsetzung der Linie der Kommunistischen Partei nach außen, um die Schaffung der Bewusstheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus.

Dabei ist es kein Widerspruch, dass diese Arbeit vorrangig und teilweise vollständig im Inneren der Partei durchgeführt wird, es muss nur klar sein, dass das nicht das Ziel und der Zweck ist. Der Parteaufbau ist kein Selbstzweck.

Die theoretische Arbeit, die Einschätzung der Kader, ihre Kontrolle, ihr Einsatz und ihre Erziehung, die verschiedenen Aspekte des demokratischen Zentralismus und der Organisationsarbeit sind zunächst einmal auch Wesensmerkmale des **inneren** Lebens der Partei.

Über alle Bereiche des Parteaufbaus – die Theorie, die Kader, die Organisation – gibt es in der Kommunistischen Partei innerparteiliche Kämpfe, von der „alltäglichen“ Kritik und Selbstkritik der Parteiarbeit bis hin zur extremen Situation, wenn die Partei, wie Lenin sagt, **„von Fieber geschüttelt ist“**, Fraktionen und Spaltungen auf der Tagesordnung sind, ja die Existenz der Partei selbst auf dem Spiel steht.

Und all diese Dinge betreffen mal mehr, mal weniger auch die Arbeit der Partei „nach außen“.

Die Wechselwirkung der Arbeit nach innen mit der Arbeit nach außen betrifft also alle Wesensmerkmale der Kommunistischen Partei. Dies betonen wir um so mehr, weil wir hier im wesentlichen nicht auf die vielfältigen Aufgaben und Probleme eingehen werden, die sich im Kampf der Kommunistischen Partei für die Bewusstmachung und Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter stellen, sondern auf die drei Bestandteile des Parteaufbaus.¹³

Die Kommunistische Partei muss in der Dramatik des „lebendigen Lebens“ planmäßig und bewusst aufgebaut werden

Im Kampf gegen den Spontaneismus muss bewusst sein, dass die Eckpunkte des Parteaufbaus, sein grundlegender Plan, nicht „von Fall zu Fall“ geändert bzw. außer Kraft gesetzt werden dürfen, sondern durch alle Wechselfälle hindurch an ihnen festgehalten werden muss. Das sind z. B. die Prinzipien des Parteaufbaus von oben nach unten, der Propaganda und Agitation sowie der Aktionen, der theoretischen Arbeit, der grundlegenden Kaderanforderungen, des demokratischen Zentralismus, des unversöhnlichen Kampfes gegen den Opportunismus und der Kritik und Selbstkritik.

Die planvolle Arbeit am Parteaufbau muss immer mit zwei wesentlichen Faktoren rechnen, die den Plan sozusagen „durcheinanderwirbeln“. Das ist zum einen die Herausforderung durch unmittelbare politische Ereignisse mit einer gewissen Dramatik, zum anderen sind das die oft damit im direkten Zusammenhang stehenden innerparteilichen Kämpfe, die ja nicht immer bewusst und planmäßig entstehen und oft, gerade wenn sie sich zuspitzen und heftigen

Charakter annehmen, sehr viel Zeit und Aufwand beanspruchen.

Der konkrete Plan, etwa die beschlossene Abfolge bestimmter theoretischer und praktischer Projekte, wird dann eventuell zunächst verschoben, möglicherweise aber auch in seiner ursprünglichen Gestalt zunichte gemacht. In einer wirklich revolutionären Kommunistischen Partei werden solche Pläne durch die unmittelbare Herausforderung einer aktuellen Situation **modifiziert**, der eigentliche Plan des Parteaufbaus mit seinen prinzipiellen Aufgabenbestimmungen darf aber nicht grundlegend umgeworfen werden.

Die grundlegende langfristige Planung darf trotz aller Dramatik bestimmter Situationen nicht der aktuellen Entwicklung geopfert werden. Aber es wäre ebenso falsch, auf solche aktuellen Herausforderungen überhaupt nicht zu reagieren und überhaupt nicht einzugehen.

Das heißt zu verstehen, dass die Kommunistische Partei in einer lebendigen Situation aufgebaut wird und den Stürmen, den Wirkungen um sie herum in vielerlei Hinsicht sehr massiv ausgesetzt ist. Was man an dem Plan des Parteaufbaus ändert und was nicht, ist auf der Grundlage des unbedingten Festhaltens an den prinzipiellen Aufgaben eine komplizierte, sehr konkret zu entscheidende Angelegenheit.

Dramatischen Entwicklungen, sei es durch Klassenkämpfe, durch konterrevolutionäre Aktionen oder auch durch innerparteiliche Kämpfe, sind eigentlich gerade auch ein Prüfstein sowohl für die Theorie, für die theoretische Arbeit, für die Qualität der Kader als auch für die Festigkeit der Organisation. Wenn wir also diese drei Bestandteile genauer anschauen, muss das bewusst sein.

Insofern „stört“ die Dramatik nicht, sondern ist auch eine Möglichkeit, eine Gelegenheit, sich zu überprüfen. Es wird sich zeigen, ob es gelingt, unter dem Eindruck solcher großer konterrevolutionärer oder auch möglicherweise revolutionärer Ereignisse, unter dem Eindruck großer innerparteilicher Auseinandersetzungen sowohl aktuell richtig zu reagieren als auch den grundlegenden Kurs planvoll und offen-siv einzuhalten.

Die sogenannte Alltagsbetrachtung über die theoretische Arbeit – d. h. wie es eigentlich **sein müsste**, wenn, überspitzt gesagt, es keinen Klassenkampf und keine innerparteilichen Kämpfe geben würde –, über die Kaderarbeit, wer wie wo erzogen wird, und die Organisationsarbeit muss von vornherein diese grundlegenden Aspekte einer möglichen dramatischen Entwicklung vor Augen haben.

Denn nur so kann der „Alltag“ nicht dazu führen, dass die Kader und die ganze Organisation eingeschlafert werden. Nur so kann verhindert werden, dass der Alltag dazu dient, dass Widersprüche und Bruchstellen verkleistert werden.

Um so wichtiger ist jedoch, dass zur maximalen Vorbereitung auf große Ereignisse (revolutionärer oder konterrevolutionärer Art), auf Krisen innerhalb der Partei, auch der „Alltag“ mit revolutionären, langfristig rechnenden Methoden bewusst organisiert wird.

All das Gesagte gilt nicht nur für die Betrachtung, wie theoretische Arbeit, wie Kaderarbeit, wie organisatorische Arbeit durchzuführen ist, sondern insbesondere auch für die Theorie und Praxis des innerparteilichen Kampfes in all seinen Formen oder Bestandteilen, dabei insbesondere auch für die Kritik und Selbstkritik,¹⁴ die in der Partei für das Funktionieren des demokratischen Zentralismus in diesem Zusammenhang wesentlich sind.

1. Drei grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit

Um die Rolle der theoretischen Arbeit für den Aufbau der Kommunistischen Partei zu verstehen, ist grundlegend, was Engels über die Bedeutung des theoretischen Kampfs festgestellt hat: Die Kommunistische Partei muss nicht nur den politischen und ökonomischen Klassenkampf des Proletariats leiten, sondern auch einen großen theoretischen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie führen.¹⁵

Ausdrücklich daran erinnernd und daran anknüpfend, hat Lenin in „Was tun?“ nicht nur die Grundlagen der politischen Tätigkeit und des organisatorischen Aufbaus der Partei neuen Typs dargelegt, sondern er hat auch im ersten Kapitel „Dogmatismus und Freiheit der Kritik“ prinzipiell die Bedeutung theoretischer Kämpfe und die Umstände, die ihre Rolle noch erhöhen, dargelegt. Nachdem Lenin klargemacht hatte, dass es ohne revolutionäre Theorie auch keine revolutionäre Bewegung geben kann, legte er dar:

„Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 379)

Lenin stellte **drei grundlegende Aufgaben** des theoretischen Kampfes heraus:

- Den wissenschaftlichen Kommunismus verteidigen, jeglichen Opportunismus bekämpfen.
- Die internationalen Erfahrungen kritisch auswerten.
- Die besonderen Aufgaben der Revolution im jeweiligen Land lösen.¹⁶

Diese Aufgaben erfordern große theoretische Fähigkeiten von einer Partei, welche Vorkämpferin sein will und muss. Der konkrete Stellenwert dieser grundlegenden theoretischen Aufgaben sowie ihr Verhältnis zueinander hängt selbstverständlich auch mit den jeweils besonderen Umständen zusammen, z.B. ob die junge Kommunistische Partei eben erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet oder bereits eine gefestigte Linie und Politik hat.

Die Erfüllung dieser drei grundlegenden Aufgaben des theoretischen Kampfes war eine der unerlässlichen Bedingungen für den Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution unter Führung der Bolschewiki.¹⁷

Den wissenschaftlichen Kommunismus verteidigen und den Revisionismus und Opportunismus bekämpfen

Die theoretische Arbeit ist nötig, um im Kampf gegen den Opportunismus das eigene Gesicht der Kommunistischen Partei herauszuarbeiten

Betrachten wir also die erste grundlegende theoretische Aufgabe, die dadurch bestimmt war und ist, dass – wie Lenin sagte – die Partei

„erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet und die Auseinandersetzung mit den anderen Richtungen des revolutionären Denkens, die die Bewegung vom richtigen Wege abzulenken drohen, noch lange nicht abgeschlossen hat“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 380)

An anderer Stelle, im Kampf mit den Volkstümlern, erklärte Lenin, dass die neue Richtung gleich in den Anfängen im

Keim erstickt werden sollte, dass daher die Prinzipien des Kommunismus leidenschaftlich verteidigt werden mussten.¹⁸

Kurz:

„Unter solchen Umständen kann ein auf den ersten Blick ‚belangloser‘ Fehler die traurigsten Folgen haben, und nur Kurzsichtige können die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß oder überflüssig halten. Von der Konsolidierung dieser oder jener ‚Schattierung‘ kann die Zukunft der russischen Sozialdemokratie für viele, viele Jahre abhängen.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 380)

Lenin setzt hier „Schattierung“ in Anführungszeichen, um die Haltung jener zu charakterisieren, welche den ideologischen und theoretischen Kampf mit dem Hinweis darauf herabmindern, dass es sich doch sowieso nur um eigentlich nicht nennenswerte „Schattierungen“ handeln würde. Lenin geht es aber gerade um **Abweichungen**, die den Keim der völligen Fehlentwicklung der gesamten Partei in sich tragen und die Partei unbedingt auch in den Sumpf zerren, wenn sie nicht rechtzeitig aufgedeckt und konsequent bekämpft und beseitigt werden.¹⁹

Gerade weil es zu Beginn darum geht, im unerbittlichen Kampf gegen den vorherrschenden Opportunismus erst das eigene Gesicht der Kommunistischen Partei herauszuarbeiten, und weil die Kommunistische Partei aufgrund ihrer unvermeidlichen anfänglichen Schwäche noch im besonderen Maß davon bedroht ist, vom richtigen Weg abzukommen, müssen die Kader der Kommunistischen Partei von vornherein ganz besonders zur Wachsamkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber jeglicher Abweichung erzogen werden.

Die theoretische Arbeit und der theoretische Kampf müssen sich vor allem gegen den modernen Revisionismus richten

Ohne Zweifel ist es der moderne Revisionismus, welcher der Sache der proletarischen Weltrevolution, der Sache des wissenschaftlichen Kommunismus den allergrößten Schaden zugefügt hat.

Bereits drei Jahre nach Stalins Tod gelang den modernen Revisionisten auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 der entscheidende Durchbruch, um ihr revisionistisches Programm zu verankern. Sie eröffneten höchst offiziell und vor aller Welt ihren Frontalangriff auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus. Das durch und durch revisionistische Programm des 20. Parteitags legten sie als richtungsweisend für die gesamte kommunistische Weltbewegung dar.

Gegenüber einer Arbeiterklasse, welche über Jahrzehnte von der KPdSU(B) unter Führung Lenins und Stalins erzogen worden war und im Kampf gegen so gefährliche Renegaten wie Trotzki und Bucharin lehrreiche Erfahrungen gesammelt hatte, **mussten** die Chruschtschow-Revisionisten ihre konterrevolutionäre Linie der kapitalistischen Restauration äußerst geschickt tarnen und irgendwie legitimieren. Das taten sie im wesentlichen unter **„drei Flaggen“**, mit drei Methoden, die allesamt auf die **Revision der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus** abzielten.

- Die Flagge des **„Kampfes gegen den Personenkult“** diente dazu, **Stalin als den führenden Kader der KPdSU(B), der Völker der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung zu demontieren**. Dazu diente die berüchtigte „Geheimrede“ über Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU. Damit wollten die

Chruschtschow-Revisionisten den Weg frei bekommen für die Liquidierung aller revolutionären Errungenschaften, die unter Stalins Führung erkämpft wurden. Denn Stalins Leben und Werk steht für die prinzipienfeste Verteidigung und Weiterführung der sozialistischen Revolution, für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der jungen Sowjetunion, für die mächtige Entfaltung einer prinzipienfesten und einigen kommunistischen Weltbewegung während einer ganzen Generation und nicht zuletzt für den welthistorischen Sieg über den Nazifaschismus.

- Die Flagge der „**nationalen Besonderheiten**“ diene dazu, revisionistische Strömungen und Tendenzen in den verschiedenen Ländern der Erde, sei es in Jugoslawien oder in den USA, in Kuba oder in Deutschland, auf dem Nationalismus aufbauend, dennoch **zu einem einzigen weltweiten mächtigen revisionistischen Strom zusammenzufassen**, um so den Sieg über den Kommunismus zu sichern. Es ist eine bereits von Lenin festgestellte Gesetzmäßigkeit der Epoche des Imperialismus, dass die bürgerliche Ideologie in den Reihen der fortschrittlichen Arbeiter- und revolutionären Bewegung in Gestalt des Opportunismus und Revisionismus wirkt. So gab es auch während des Zweiten Weltkriegs und danach in vielen Ländern der Erde sozialdemokratische, revisionistische Abweichungen und Strömungen. Diese opportunistischen Strömungen begründeten ihre Abkehr von den kommunistischen Prinzipien mit Besonderheiten ihres Landes“, die es nur bei ihnen gäbe, weshalb angeblich solche grundsätzlichen Prinzipien wie das von der notwendigen Zerstörung des alten Staatsapparates in der proletarischen Revolution bei ihnen nicht gelten würden.²⁰ Unter der Flagge der „nationalen Besonderheiten“ konnten die Chruschtschow-Revisionisten all diesen Renegaten ein gemeinsames Dach unter den Fittichen der KPdSU bieten.
- Als dritte Variante diene die Flagge der „**neuen Bedingungen**“, um die kommunistischen Prinzipien zu demontieren. Damit sollte die Abkehr von den Prinzipien von Marx und Engels, gerade aber auch die Abkehr von den Grundlagen des Leninismus, vom Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, legitimiert werden. So wurde zum Beispiel die Existenz von Atombomben seit 1945, was in der Tat große Bedeutung hatte, als Argument verwendet, um zu behaupten, dass nun Lenins Gesetz von der Unvermeidlichkeit der Entstehung imperialistischer Kriege in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution nicht mehr gültig sei, dass revolutionäre Befreiungskriege abzulehnen seien wegen des zu hohen „Atomkriegsrisikos“, d. h. um Klassenversöhnung und Kapitalantentum gegenüber dem Imperialismus zu predigen.

All diese Manöver dienten dazu, den umfassenden revisionistischen Angriff auf die revolutionären Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu ermöglichen, wie er auf dem 20. Parteitag vorgetragen wurde. Als Begleitmusik zu ihren vielfältigen Revisionen der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus entfachten die Chruschtschow-Revisionisten nach dem 20. Parteitag einen wilden Lärm über die Gefahr des Dogmatismus. All jene, die bereit waren, die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu verteidigen, sollten mit diesem Geschrei in Schach gehalten und eingeschüchtert werden. Selbst das Zitieren von grundlegenden Texten und Passagen der Werke der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus wurde als

Buchstabengelehrtheit und Doktrinarismus beschimpft. Es ging den Chruschtschow-Revisionisten darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es faktisch verboten war, die Ansichten der Chruschtschow-Revisionisten mit den von Marx, Engels, Lenin und Stalin formulierten Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus zu konfrontieren, wollte man nicht als „stalinistischer Dogmatiker“ und „Anhänger des Personenkults“ diffamiert werden.

Der Chruschtschow-Breschnew-Revisionismus ist bis heute als das am weitesten ausgearbeitete und ausgefeilte revisionistische System einzuschätzen. Jahrzehntlang haben vor allem in der Sowjetunion, aber auch in der DDR und anderen revisionistisch-kapitalistischen Ländern unter der Leitung von revisionistischen Chefideologen ganze Heere von revisionistischen Theoretikern und Professoren daran gearbeitet, den wissenschaftlichen Kommunismus auf allen Gebieten und zu praktisch allen Fragen auf die raffinierteste Art zu verfälschen.

Warum aber müssen wir auch heute noch, mehr als 40 Jahre nach dem 20. Parteitag der KPdSU, die Aufmerksamkeit so stark darauf lenken?

Tatsache ist: Der Kampf gegen modernen Revisionismus, besonders gegen den Chruschtschow-Breschnew-Revisionismus, wurde von den antirevisionistischen Kräften in den letzten Jahrzehnten nicht tiefgehend, nicht konsequent geführt.²¹ Oft wurden nur einige revisionistische Extreme zurückgewiesen, der grundlegende Verrat an den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus aber nicht umfassend entlarvt, die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus nicht ausreichend verteidigt, so dass sich auch unter den sich als „antirevisionistisch“ vorstellenden Kräften zumeist Spielarten der modern-revisionistischen Thesen durchsetzten.²²

Mit dem Bankrott der revisionistischen Regime in Osteuropa ist der moderne Revisionismus als opportunistische, dem wissenschaftlichen Kommunismus feindliche Ideologie nicht zusammengebrochen oder gar verschwunden. Der moderne Revisionismus ist keinesfalls bankrott oder tot, er hat teilweise nur seine Form und sein Gesicht gewechselt. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass sich der moderne Revisionismus heute nicht mehr auf die Staatsapparate der revisionistisch-kapitalistischen Staaten, insbesondere der ehemaligen Sowjetunion, stützen kann. In Anpassung an diese veränderte Situation haben die Revisionisten sich verschiedene andere Kostüme angelegt, sie treten einem als „wissenschaftliche Mitarbeiter“ verschiedener Institute und Einrichtungen entgegen, wo sie als gewiefte Berufsreformisten und theoretische „Profis“ ihren Einfluss verbreiten. Andererseits geben sich Teile der auseinanderfallenden revisionistischen Parteien plötzlich scheinbar ganz links, erklären sich „für Stalin, für die Diktatur des Proletariats“, während sie tatsächlich fest auf den konterrevolutionären Positionen des Breschnew-Revisionismus stehen.

Außerdem hat sich der moderne Revisionismus mittlerweile bereits seit vielen Jahrzehnten außerhalb der revisionistischen Originalparteien verbreitet und in der Linie und den Organisationen sogenannter antirevisionistischer Pseudomarxisten sowie unter antiimperialistischen und antifaschistischen Kräften festgesetzt.

Der ideologische und theoretische Einfluss des modernen Revisionismus ist also nach wie vor vorhanden, er darf gerade heute nicht unterschätzt werden. Die Analyse der Situation an der ideologischen und theoretischen Front bestätigt so, dass der eigentliche Ursprung und der entscheidende Nährboden für heutige ideologische und theoretische Kon-

fusion und Verwirrung nach wie vor der moderne Revisionismus ist.

Der moderne Revisionismus ist **der ideologische Hauptfeind der kommunistischen Weltbewegung**, und nur im Kampf gegen seinen schmutzigen Verrat an den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus können die Prinzipien verteidigt werden. Wer diese entscheidende Lehre aus den Erfahrungen der letzten mehr als vier Jahrzehnte nicht als Ausgangspunkt des Kampfes an der ideologischen und theoretischen Front nimmt, wird keinen wirklichen Schritt nach vorn machen können und muss als ganz bestimmt verloren gelten.

Der theoretische Kampf gegen den modernen Revisionismus ist vor allem ein Kampf um die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Wir meinen, dass ein tiefgehendes Verständnis nötig ist, warum die Verteidigung der **Prinzipien** des wissenschaftlichen Kommunismus so wichtig ist.

Marx, Engels, Lenin und Stalin haben nicht nur die Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien, die ganze Perspektive des Weltkommunismus herausgearbeitet, sondern sie haben auch stets einen erbitterten Kampf gegen alle Versuche der Revisionisten geführt, unter dem Motto der Ablehnung von jeglichem „Dogmatismus“ die **Grunderkenntnisse und Prinzipien** ihrer Lehre anzugreifen und zu verwerfen. Das Leitmotiv im Kampf gegen den Revisionismus hat Marx formuliert:

„Man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein.“

(Marx, „Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875“, veröffentlicht in „Kritik des Gothaer Programms“, Marx/Engels Werke Band 19, 1875, S. 14)

Bei einem genauen Studium des gesamten Kampfes zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Revisionismus zeigt sich, wie eng und untrennbar der Kampf zur Verteidigung der Theorie mit der Verteidigung des Konzentrats dieser Theorie, ihrer Ausgangspunkte und Schlussfolgerungen, **der Prinzipien**, verbunden ist.²³

Dies gilt in doppelter Hinsicht:

Zum einen zeigen gerade die Klassiker, Marx, Engels, Lenin und Stalin, dass sie sich bei der Verteidigung der Theorie nicht in untergeordnete Details verlieren, sondern stets den Kampf zur Verteidigung der Theorie zuspitzen auf **entscheidende Prüfsteine**, eben auf die Prinzipien und zentralen Schlussfolgerungen.

Zum anderen aber wird klar, dass die Klassiker die von ihnen erarbeiteten Prinzipien **nicht losgelöst** von der gesamten Theorie, sondern eben als deren **Konzentrat**, als aus ihr abgeleitet und durch sie begründet verteidigten, als grundlegende Anleitung zum Handeln, als entscheidendes Mittel für die Verbindung von Theorie und Praxis.

Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sind keinesfalls Erfindungen begnadeter Persönlichkeiten, sondern Produkt gründlicher Analyse der Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft, die richtige Verallgemeinerung der Erfahrungen der Klassenkämpfe.²⁴ So hat Marx bestimmte Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien erst nach langen Untersuchungen und durch genaue Analysen und durch die umfassende Auswertung der historischen Erfahrungen formuliert. Dies ist die Frage, welchen Charakter die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus haben und wie sie **entstanden** sind.

Die andere Frage besteht darin, dass die wissenschaftlichen, nicht künstlich erfundenen Prinzipien, welche Gesetzmäßigkeiten widerspiegeln, die den Erscheinungen

zugrunde liegen, als **Ausgangspunkt** und **Werkzeug weiterer Erkenntnis** benutzt werden müssen. Alle weiteren Untersuchungen können nur fruchtbar sein, wenn sie von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und ihren Prinzipien ausgehen und sich auf sie stützen. Mag sich jemand in diesen oder jenen Aspekten noch so sehr mit den modernen Revisionisten streiten, so oder so wird jeder, der nicht von der Theorie und den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus ausgeht, die Wirklichkeit nicht tiefgehend, nicht ausgehend von ihren Gesetzmäßigkeiten, nicht in ihren inneren Zusammenhängen, also nicht richtig erkennen können.

Die zentrale, bei weitem dominierende, wirklich entscheidende Aufgabe im ideologischen Kampf ist unserer Meinung nach daher heute, die Missachtung und revisionistische Verfälschung der in sich geschlossenen Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekämpfen, die **Prinzipienlosigkeit** zu geißeln, also vor allem dem modernen Revisionismus in allen seinen Schattierungen den schonungslosen Kampf anzusagen und konsequent weiterzuführen.²⁵

In **allen** grundlegenden Fragen sehen wir uns diesbezüglich heute in eine Situation gestellt, wie sie Lenin in bezug auf die „Staatsfrage“ 1917 in „Staat und Revolution“ aufgezeigt hat. Auch die von ihm dort genannte Schlussfolgerung hinsichtlich der Darlegung der Theorie des Marxismus erfasst unserer Meinung nach haarscharf die Aufgaben, welche die aufzubauende Kommunistische Partei heute auf theoretischem Gebiet hat, um der grassierenden Verfälschung der Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus konsequent entgegenzutreten zu können.²⁶ Lenin schrieb:

„Bei der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat. Dazu wird es notwendig sein, eine ganze Reihe langer Zitate aus den Werken von Marx und Engels selbst anzuführen... Es ist aber absolut unmöglich, ohne sie auszukommen. Alle oder zumindest alle entscheidenden Stellen aus den Werken von Marx und Engels über die Frage des Staates müssen unbedingt möglichst vollständig angeführt werden, damit sich der Leser ein selbständiges Urteil bilden kann über die gesamten Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und über die Entwicklung dieser Auffassungen, dann aber auch, um deren Entstellung durch das heute herrschende ‚Kautskyanertum‘ dokumentarisch nachzuweisen und anschaulich vor Augen zu führen.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 397/398)

Die diversen Opportunisten fürchten die Konfrontation ihrer „Theorien“ mit den originalen Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus. Deshalb verunglimpfen sie das Zitieren aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin als „Zitatenreiterei“, „modernes Bibelforschertum“ usw. Gleichzeitig sind sie selbst Meister darin, mit eklektischen Marx- und Lenin-Zitaten den Marxismus bzw. den Leninismus zu bekämpfen.²⁷

Nicht die **Abkehr** vom Leninismus und von der Verteidigung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, nicht die Nichtverwendung von Zitaten ist die richtige Antwort auf die theoretischen Verfälschungen der Revisionisten, sondern die Entlarvung ihres Betrugs, die **Klarstellung** des Zusammenhangs, der Bedingungen und der Begründungen der Gültigkeit der einzelnen Zitate und Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus.

Axiome und Probleme – Die Kommunistische Partei muss den theoretischen Kampf und die theoretische Arbeit gegen den Opportunismus nach ihrem eigenen Plan führen

Die Opportunisten wären keine Opportunisten, wenn sie es den revolutionären kommunistischen Kräften leicht machen würden. Heute herrscht eine Situation ungeheurer ideologischer Konfusion, hervorgerufen vor allem durch den Verrat der modernen Revisionisten, gefördert und vertieft durch die jahrzehntelange massenhafte Verbreitung aller Renegatenpositionen, die es in der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung je gegeben hat. Es gibt heute nicht eine einzige Frage von Bedeutung, die von den verschiedensten Opportunisten, die mit kombinierten Argumenten arbeiten, nicht vollständig verwirrt worden ist.

Stalin charakterisierte treffend:

„Verwirrung der Fragen ist ein Charakterzug der Opportunisten.“

(Stalin, „Brief aus Kutais“, 1904, Werke Band 1, S. 53)²⁸

Genau aus diesen Gründen ist es unerlässlich, den wissenschaftlichen Kommunismus als Wegweiser zu gebrauchen, um diese ganzen Verwirrungsmanöver zu entlarven. Mit seiner Hilfe muss entschieden werden, welche Fragen die Opportunisten nur aufwerfen, damit man ihnen auf den Leim geht und die entscheidenden, grundlegenden Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus ausgeklammert werden.²⁹ Man darf sich daher auf keinen Fall den Kampf mit den Opportunisten, die Gebiete und Fragen, um die gestritten wird, von den Opportunisten diktieren lassen.

Dort, wo sie lavieren und sich hindurchschlängeln wollen, müssen wir scharfe, klare, zugespitzte Fragen stellen, die Grundthesen des wissenschaftlichen Kommunismus ihren revisionistischen Thesen gegenüberstellen und die politischen Aufgaben der proletarischen Revolution in Deutschland propagieren.

Uns geht es zunächst und vorrangig um den wissenschaftlichen Kommunismus und die grundlegende Linie, und wir werden uns nicht auf Detailfragen ablenken lassen, innerhalb derer die grundlegenden Widersprüche nicht sichtbar werden können.

Die Revisionisten wollen nicht nur mit Details von den grundlegenden Problemen ablenken. Vielmehr müssen wir auch entlarven, dass ihre Spekulationen mit wirklich wichtigen noch ungelösten Problemen der Revolution hierzulande dazu dienen, die Axiome, das heißt die Grundwahrheiten des wissenschaftlichen Kommunismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Geschichte der kommunistischen Bewegung anzugreifen.³⁰

Indem die Opportunisten Probleme mit den Axiomen des wissenschaftlichen Kommunismus vermengen, versuchen sie, die Axiome selbst zu ungelösten Problemen zu erklären und so den wissenschaftlichen Kommunismus anzugreifen.³¹ Sie spekulieren darauf, dass die Kommunistinnen und Kommunisten auf die Verteidigung der Grundprinzipien verzichten würden, solange sie die Probleme nicht lösen können.

Ihnen diesen Gefallen zu tun, wäre aber grundfalsch. Es kommt alles darauf an, dieses Täuschungsmanöver zur Revision des wissenschaftlichen Kommunismus zu entlarven, indem man **die Prinzipien von den Problemen trennt**: Die Prinzipien und ihre Entstehung müssen dargelegt und begründet werden, ihre Gültigkeit muss bewiesen werden, während gleichzeitig die Probleme aufgezeigt, ihre

Aspekte benannt und der Weg der Lösung vorgezeichnet werden müssen.

So müssen z. B. die Grundprinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus in Bezug auf die Bauernfrage auch dann schon gegen die konkreten Angriffe der modernen Revisionisten und der diversen anderen Pseudomarxisten verteidigt werden, wenn wir noch keine genaue Analyse der klassenmäßigen Schichtung auf dem Dorf in Deutschland haben.

Diese Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus gegen die konkreten Angriffe ist ein erster Schritt hin zur Verbindung des wissenschaftlichen Kommunismus mit der konkreten Praxis der eigenen Revolution.

Ein anderer Grund, warum wir uns – oft mit viel theoretischem Aufwand – mit einem konkreten opportunistischen Manöver beschäftigen, besteht darin, dass sich daran der Opportunismus wie mit einem Brennglas aufzeigen und überzeugend nachweisen lässt.³²

Es ist beim ideologischen Kampf gegen die verschiedenen opportunistischen Strömungen also unsere ständige Aufgabe, die besonderen Manöver und ihre Wirkung einzuschätzen, ihre Wichtigkeit zu prüfen und sie demnach entweder umfassend, gar nicht oder eher am Rande zu widerlegen. Manchmal ist es auch angebracht, indirekt und zunächst eher mit Zurückhaltung zu polemisieren, weil eine Entwicklung noch nicht umfassend eingeschätzt werden kann und insbesondere manchmal auch, um die unbedingt nötige ideologische Debatte, Kritik und Selbstkritik zu fördern oder überhaupt damit zu beginnen.

Die politischen, theoretischen und materiellen Wurzeln des Opportunismus, vor allem des modernen Revisionismus, müssen entlarvt werden

Bei dem Kampf um die Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus und um die politische Linie genügt es aber nicht, den Anschauungen und „Theorien“ der Opportunisten nur die Auffassungen der kommunistischen Kräfte gegenüberzustellen.

Wir meinen, dass die Erfahrungen der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus in ihrem Kampf gegen die verschiedensten opportunistischen Ideen zeigen, dass man folgende Bedingung erfüllen muss, um die opportunistischen Ideen zu **erklären**:

- Die politischen Ursachen und Folgen bestimmter Ideen aufdecken.
- Die theoretischen Wurzeln der Ideen, ihren Zusammenhang mit der Geschichte der verschiedenen opportunistischen Strömungen aufzeigen.
- Schließlich die materiellen Wurzeln, die sozialklassenmäßigen Wurzeln im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse aufspüren.

Die Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus haben uns in ihren Werken viele Beispiele gegeben, wie wichtig es ist, die Wurzeln der diversen opportunistischen Ideen allseitig zu **erklären**. Dabei sind die tiefsten **Wurzeln** der opportunistischen Ideen die **materiellen** Wurzeln.

1.) Die politischen Ursachen und Folgen bestimmter Ideen aufdecken. Lenin hat wiederholt bewiesen, dass die Politik des Zuckerbrots und der Peitsche von den Imperialisten und ihren Lakaien bewusst angewandt wird, um die Arbeiterbewegung zu spalten. Die geschickte Kombination einer Politik der Zugeständnisse und der Reformen mit der Politik „keinerlei Zugeständnisse“, der Wechsel und das

Zusammenspiel von Pfaffen und Henkern, kurz – wie Lenin sagte:

„Die Zickzackwege der bürgerlichen Taktik haben eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge ...“

(Lenin, „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“, 1910, Werke Band 16, S. 357)

Es ist ganz klar, dass das voraussetzt, selbst in der Lage zu sein, die Demagogie der Imperialisten zu durchschauen und ihre Gesamtpolitik wie ihre einzelnen politischen Schritte mit Hilfe des wissenschaftlichen Kommunismus zu verstehen. Ohne korrekten politischen Standpunkt gleitet man hilflos ins Lager des Opportunismus hinüber. Die Politik des Imperialismus und die Politik und die **Ideen** der Opportunisten müssen stets in unlösbarem Zusammenhang verstanden und erklärt werden.³³

2.) Die theoretischen Wurzeln der Ideen, ihren Zusammenhang mit der Geschichte der verschiedenen opportunistischen Strömungen aufzeigen. Die modernen Revisionisten, aber auch die „antirevisionistischen“ Pseudomarxisten können sich keinesfalls damit begnügen, lediglich ihre opportunistische Politik zu betreiben. Der ganze Zweck ihres Handelns ist ja gerade, ehrliche Revolutionäre in den opportunistischen Sumpf zu ziehen und von der Revolution fernzuhalten. Das aber können sie nicht, wenn sie ihrer opportunistischen Politik nicht eine „kommunistische“ bzw. „marxistisch-leninistische“ Begründung geben, die sich dann in den diversen theoretischen Ergüssen niederschlägt.

Lenin schrieb, dass die Geschichte die Opportunisten zwang, sich als **Marxisten** zu verkleiden, um ihre bürgerliche Politik durchzuführen.³⁴ Ihre Revision der Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus dient ihrer opportunistischen Politik der Klassenversöhnung mit dem Imperialismus, und wenn die Kommunistinnen und Kommunisten diese **Politik** bekämpfen und ihr eine revolutionäre Politik entgegensetzen wollen, dann müssen sie auch schonungslos gegen die Verfälschung des wissenschaftlichen Kommunismus kämpfen. In diesem Kampf um die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus gegen die Theorien des Opportunismus geht es nicht darum, den Opportunisten ihre Fehler zu zeigen und ihnen zu helfen, denn im Kampf mit dem Opportunismus steht nur die Frage: **Wer besiegt wen?**

Die Theorien dienen den Opportunisten als **Rechtfertigung** ihrer Politik. Trotzdem oder gerade deswegen müssen die Kommunistinnen und Kommunisten, um den Opportunisten **nicht selbst** auf den Leim zu gehen und um die **Schwankenden** vor ihnen zu retten, die **Theorien** der Opportunisten gut kennen und widerlegen können.

Lenin hob hervor:

„... man kann sich über einen Fehler, auch einen politischen Fehler, nicht vollständig klar werden, wenn man nicht die theoretischen Wurzeln des Fehlers bei demjenigen, der den Fehler macht, aufspürt ...“

(Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki und Bucharins“, 1921, Werke Band 32, S. 81)

Es geht darum, den theoretischen Denkfehler bei demjenigen aufzuspüren, der einen Fehler gemacht hat.³⁵ Das ist eine Voraussetzung, um den Fehler von der Wurzel her zu beheben, seine Wiederholung möglichst zu verhindern. Dies ist insbesondere auch nötig, um andere zu erziehen, derartige Fehler nicht zu machen.

Um aber die theoretischen Wurzeln der Fehler der Opportunisten **aufzuspüren**, sind zweierlei Dinge unumgänglich.

a) Man muss ihre Theorien **kennen**. Das ist sicher eine der

unangenehmsten und widerlichsten Arbeiten, die es gibt, sich durch den Wust von Ungereimtheiten, Lügen, Entstellungen und Fälschungen hindurchzuarbeiten. Wir wollen hier an das Beispiel Lenins erinnern, der für sein Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“ Dutzende unverdauliche Schwarten bezahlter Speichellecker der Bourgeoisie sowie widerwärtige Verfälschungen des Marxismus studierte, um ihre theoretischen Fehler darzulegen. Lenin erinnerte in diesem Zusammenhang an das Sprichwort: **„Willst du den Feind verstehen, musst du in Feindes Lande gehen.“**

Nur wer seinen Feind kennt, kann ihn wirklich schlagen! Wer ihn nicht kennenlernen will, will ihn auch nicht schlagen.

b) Es ist nötig und unumgänglich, die Theorien und Ideen der heutigen Opportunisten im **Zusammenhang mit den Theorien und Ideen der alten Opportunisten** zu sehen. Man muss die Geschichte des Kampfes des Marxismus gegen den Revisionismus von Beginn bis heute studieren, um dem heutigen Pseudomarxismus die Maske abreißen zu können. Warum ist dies nötig? Es ist nötig und unumgänglich, weil die alten und neuen Opportunisten **notwendig** im Kern stets die gleichen Theorien und Thesen vertreten, denn die gesellschaftlichen Bedingungen für das Entstehen solcher Theorien und Ideen sind im **wesentlichen** die gleichen. Daher sagte Engels im Vorwort zur zweiten Auflage des Buches „Zur Wohnungsfrage“ über die verschiedenen opportunistischen Richtungen und ihre Zukunft:

„Und wenn ... diese Richtung später einmal festere Form und bestimmtere Umrisse annimmt, dann wird sie zur Formulierung ihres Programms auf ihre Vorgänger zurückgehn müssen ...“

(Engels, „Zur Wohnungsfrage“, 1887, Marx/Engels Werke Band 21, S. 329)

Es wird sich zeigen, dass das „Repertoire“ der Revisionisten und Opportunisten heute bei weitem nicht allein aus sich heraus entstanden ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag.

Dies gilt in erster Linie für den Zusammenhang zwischen dem „alten Revisionismus“ Bernsteins und Kautskys zu Beginn dieses Jahrhunderts und dem modernen Revisionismus nach 1945. Die diversen „antirevisionistischen“ Pseudomarxisten erweisen sich immer wieder vor allem als Nachbeter der modernen Revisionisten. Bei der MLPD, beim „Arbeiterbund“, bei der „KPD/ML“ wiederum war und ist dabei besonders auch das „Anknüpfen“ an den deutsch-nationalistisch-chauvinistischen Konzepten der SED und KPD aus den fünfziger Jahren hervorsteckend.³⁶ Aber auch die Grundeinstellung der heutigen „Antinationalen“ ist so neu nicht. Gegen derartige „antinationale“ Vorstellungen hat die internationale kommunistische Bewegung oft genug polemisieren müssen. So steht deren Ablehnung nationaler Befreiungskämpfe gegen den Imperialismus in der chauvinistischen Tradition der Sozialdemokratie.³⁷ Zum Beispiel ist aber auch der ideologische Kampf gegen die allein auf den individuellen Terror konzentrierte Politik der früheren RAF, gegen die den proletarischen, roten Massenterror verachtende Grundhaltung im Kern zu vergleichen mit dem Kampf Lenins gegen das Konzept des individuellen Terrors der Narodniki im vorrevolutionären Russland.³⁸

3.) Die materiellen, die sozialklassenmäßigen Wurzeln des Revisionismus im Zusammenhang mit den sozialökonomischen Verhältnissen und deren Entwicklung aufspüren.

Bereits im Kampf gegen die „Volkstümler“ in Russland hat Lenin festgestellt:

„Es hieße die materialistische Methode preisgeben, wenn ich mich bei der Kritik der Anschauungen der ‚Volksfreunde‘ darauf beschränken wollte, ihre Ideen den marxistischen Ideen gegenüberzustellen. Es ist außerdem notwendig, die Ideen der ‚Volkstümler‘ zu erklären, ihre *materiellen* Wurzeln in unseren heutigen sozialökonomischen Verhältnissen nachzuweisen.“

(Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokratie?“, 1894, Werke Band 1, S. 231)

Lenin und Stalin haben tiefgründig und prinzipiell nachgewiesen, dass die Ideen und Theorien der Revisionisten der II. Internationale und ihrer Nachfolger tiefe *materielle* Wurzeln haben. Die Aufdeckung dieser materiellen Wurzeln in der direkten und indirekten Bestechung vor allem der *Arbeiteraristokratie* sowie auch Teilen des Kleinbürgertums durch die vor allem aus anderen Völkern gepressten Extraprofite ist in einem Land wie Deutschland die *grundlegendste* materielle Wurzel des Opportunismus in der Epoche des Imperialismus.³⁹

„Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.“

(Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, 1916, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe, 1920, Werke Band 22, S. 198)

Darüber hinaus ist nach wie vor eine materielle Wurzel der verschiedenen opportunistischen Theorien die Verelendung des Kleinbürgertums, das in großer Zahl in das Lager des Proletariats strömt und seine Denkweise und Gewohnheiten nur sehr langsam verändert.

So wie die *Politik* der Imperialisten der Verwirklichung des Maximalprofits dient und die Kommunistinnen und Kommunisten stets *beweisen* müssen, dass die Politik der Imperialisten ihrem Wesen nach konzentrierter Ausdruck ihrer ökonomischen Interessen ist, so ist auch der Nachweis nötig, dass die Theorien der Opportunisten Mittel zur *Unterstützung* der Politik der Imperialisten sind, die oft den Interessen der Arbeiteraristokratie und Teilen des Kleinbürgertums entsprechen.

Weil – als prägnantes Beispiel – Arbeiteraristokratie und Teile des Kleinbürgertums in Deutschland, im Land einer imperialistischen Großmacht, ein sehr handfestes ökonomisches Interesse an der Ausbeutung der Völker der abhängigen und unterdrückten Länder haben, sind sie eben gewissermaßen gezwungen, Schrittmacher des Chauvinismus in der Arbeiterbewegung zu sein, das Proletariat mit dem Gift des Nationalismus zu verseuchen. Da müssen wir beispielsweise konkret aufzeigen, wie der Nationalismus der PDS oder der MLPD diesen Interessen dient, unter anderem auch damit zusammenhängt.

Um möglichst *große* Teile der Werktätigen an sich zu binden, ist es eine Spezialität der Opportunisten, mit diversen Theorien „marxistischer“ Couleur zu „beweisen“, dass von der Politik der Imperialisten die ganze Arbeiterklasse der imperialistischen Länder, die Bauern überhaupt, die Händler und ... die Kapitalisten, also jeder „*Bürger*“ in gleicher Weise profitieren würde. Die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten *dagegen* ist es, die unterschiedlichen Folgen der imperialistischen Politik im ganzen, aber auch in jeder einzelnen Frage für die verschiedenen Klassen und Schichten nachzuweisen, sie auf dem Boden der ökonomischen

Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus richtig zu verstehen und *so* den breiten werktätigen Massen die wahre *Klassennatur* der Betrügereien der Opportunisten, insbesondere der modernen Revisionisten aufzuzeigen.

Wir sehen also, dass die Aufgabe, die sozialklassenmäßigen Wurzeln der Theorien und Ideen der Opportunisten aufzuzeigen, unmittelbar damit verbunden ist, *die Entwicklung des Weltimperialismus und der weltweiten Klassenkämpfe zu studieren*.⁴⁰

Im Zusammenhang mit der Frage der sozialklassenmäßigen Wurzeln des Opportunismus und Pseudomarxismus ist es aber auch notwendig, gegen primitive mechanische Auffassungen zu polemisieren, welche die Frage, welche *Interessen* diese oder jene Theorie und diese oder jene politische Gruppierung vertritt, mit der Frage in einen Topf werfen, wie die *soziale Zusammensetzung* dieser Gruppierung beschaffen ist.

Die Zusammensetzung der Mitglieder der Organisation gibt einen wichtigen *Hinweis*, klärt aber nicht die Frage des klassenmäßigen Wesens der Politik.⁴¹ Aber man muss ebenfalls betonen, dass die Analyse der Entwicklung, der *Tendenz* in der sozialklassenmäßigen Zusammensetzung gesetzmäßig den Charakter der Politik widerspiegeln muss, je länger der Zeitraum der Analyse, desto genauer die Widerspiegelung. Lenin und Stalin haben dafür viele Beispiele gegeben.

Sie haben bewiesen, dass im Verlauf des Aufbaus der SDAPR die Bolschewiki das Industrieproletariat, die Menschewiki aber das Kleinbürgertum vertreten haben.⁴²

Bei der Aufdeckung der sozialklassenmäßigen Wurzeln der opportunistischen Theorien muss vor verfrühten Schlussfolgerungen gewarnt, die Betonung auf die Klärung dieser Frage durch die *Untersuchung* und die Entwicklung des *Kampfes* gelegt werden.⁴³

Die Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung für den eigenen Kampf schöpferisch auswerten

Die *zweite* Aufgabe der theoretischen Arbeit ergibt sich daraus, dass die kommunistische und Arbeiterbewegung „ihrem *ureigensten Wesen nach international*“ ist. Lenin folgte daraus:

„Das bedeutet nicht nur, dass wir den nationalen Chauvinismus zu bekämpfen haben. Das bedeutet auch, dass die in einem jungen Lande einsetzende Bewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie die Erfahrungen der anderen Länder verarbeitet. Für ein solches Verarbeiten aber genügt die einfache Kenntnis dieser Erfahrungen oder das einfache Abschreiben der jüngsten Resolutionen nicht. Dazu ist notwendig, dass man es versteht, diesen Erfahrungen kritisch gegenüberzutreten und sie selbständig zu überprüfen. Wer sich vergegenwärtigt, wie gewaltig die moderne Arbeiterbewegung gewachsen ist und sich verzweigt hat, der wird begreifen, welche Fülle an theoretischen Kräften und politischen (und auch revolutionären) Erfahrungen zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlich ist.“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 380)

In diesem Hinweis Lenins stecken eine *Fülle* von wichtigen Lehren, die heute ganz besonders bedeutsam sind.⁴⁴ Besonders aktuell sind sie nicht etwa, weil die Arbeiterbewegung jung wäre, sondern weil die kommunistischen Kräfte schwach sind und noch immer weitgehend am Anfang stehen.

Diese Auswertung muss im Kampf gegen jegliche revisionistisch-chauvinistische Missachtung und Entstellung der Erfahrungen der revolutionären und kommunistischen Bewegungen anderer Länder erfolgen.

Die Veröffentlichung und das Propagieren der Klassenkämpfe der ganzen Welt ist **ein** wichtiges Mittel im Kampf gegen den nationalen Chauvinismus, für die proletarisch-internationalistische Erziehung der Revolutionäre. Die kommunistischen Kräfte müssen systematisch ihr politisches Bewusstsein heben, die Siege einer jeden Abteilung der Weltrevolution und der internationalen kommunistischen Bewegung als **ihre** Siege und deren Niederlagen als **ihre** Niederlagen begreifen lernen, die Kampfabschnitte mit ganzem Herzen verfolgen und stets für die Einheit und Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker, der kommunistischen Parteien, Organisationen und Kräfte der ganzen Welt kämpfen.

Diese Arbeit können natürlich nur diejenigen auf sich nehmen, die wirklich verstanden haben, warum Lenin sagt, dass ein Land nicht erfolgreich sein kann, wenn es die positiven und negativen Erfahrungen der anderen, in dieser und jener Beziehung **Fortgeschritteneren** nicht verarbeitet.

Lenin hebt hervor, dass für die Arbeit der **Auswertung** der **Fülle** der Erfahrungen der internationalen Klassenkämpfe auch eine **Fülle** von theoretischen Kräften erforderlich ist. Das **Entscheidende** aber ist, dass man, wie Lenin sagt, dieser Erfahrung **kritisch** gegenübertritt und sie **selbständig** überprüft. Man studiert sie mit dem **Ziel**, nur **das** zu übernehmen, was richtig und für den eigenen Kampf brauchbar ist. Das bedeutet aber, dass man nicht nur das sieht, was in der Situation des betreffenden Landes mit dem eigenen Land **gemeinsam** ist, sondern man muss auch von vornherein wissen, worin die **Unterschiede** liegen. Denn nur dann ist es möglich, falsche Analogien zu vermeiden.

In der Herausschälung dessen, was gemeinsam ist und dessen, was unterschiedlich ist, besteht der **Kern** der kritischen Auswertung und Verarbeitung der revolutionären Erfahrungen aus anderen Ländern.

Es ist unmöglich, eine Kommunistische Partei aufzubauen, **ohne** von den Erfahrungen anderer Parteien zu lernen. Die kommunistische Haltung und das kommunistische Herangehen an die Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung, insbesondere jene der angesehensten und erfahrensten Kommunistischen Parteien, wie z. B. der KPdSU(B) zur Zeit Lenins und Stalins, der KP Chinas unter Führung von Mao Tse-tung, unterscheidet sich **grundlegend** von dem der diversen „antirevisionistischen“ Pseudomarxisten.

Letztere verwerten die Erfahrung solcher kampferprobter Kommunistischer Parteien nur dann, wenn sie durch Verfälschungen oder mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten ihre opportunistische Linie **absichern** wollen.

Dagegen ist die einzig richtige, das heißt die prinzipienfeste Haltung, das **Studium** der Erfahrungen und Dokumente dieser ruhmreichen Parteien, um durch kritische Verarbeitung und selbständige Überprüfung für die Verwirklichung der grundlegenden Aufgabe zu lernen, den wissenschaftlichen Kommunismus mit der konkreten Praxis des **eigenen** Landes zu verbinden.

Die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung, ihre Dokumente und Ansichten können **niemals** ein Schild sein, hinter dem man sich feige versteckt. Vielmehr müssen sie als ein **scharfes Schwert** begriffen werden, **in dessen Gebrauch man sich üben muss**, um den Pseudomarxisten den Garaus zu machen, um die Arbeiter-

klasse und die Werktätigen des eigenen Landes zur siegreichen Revolution führen zu können.

Ein wichtiger Bestandteil ist die **Übersetzungsarbeit**. Diese spielt eine zentrale Rolle nicht nur für die Propaganda der weltweiten Klassenkämpfe und unsere eigene Information über die Standpunkte, Arbeiten, Entwicklungen und Aktionen der revolutionären und kommunistischen Kräfte anderer Länder, sondern erfordert auch viel Kraft, um international unsere eigenen Positionen und Veröffentlichungen zu verbreiten und die Debatte zu führen.⁴⁵ Die Übersetzungsarbeit ist keineswegs nur ein technischer Vorgang, sondern setzt neben ausgezeichneten Sprachkenntnissen vor allem politische Klarheit und politisches Herangehen an die dabei auftauchenden Fragen und Probleme voraus.⁴⁶

Es ist eben nicht möglich, dass ein bürgerlicher Übersetzer eine wirklich brauchbare Übersetzung von Dokumenten einer Kommunistischen Partei vornimmt. Und es ist vollkommen ausgeschlossen und undenkbar, dass eine theoretische Kraft **ohne** politische und revolutionäre Erfahrung die entscheidende Aufgabe lösen kann, die Masse des Stoffs zu sichten, auszuwählen und zu bearbeiten.

Denn dabei handelt es sich um ideologische und politische Fragen von großer Bedeutung, zu deren Bewältigung eben die Kenntnis des Gemeinsamen und des Unterschiedlichen der Lage im eigenen Land und den anderen Ländern Voraussetzung ist.

Besonderheiten bei der Erarbeitung der Theorie und des Originalprogramms der Revolution des eigenen Landes

Der theoretische Kampf gegen jede Verflachung und Verfälschung des wissenschaftlichen Kommunismus, für seine Verteidigung gegen den Revisionismus und Opportunismus, der Kampf für die Zerschlagung der Theorien der Revisionisten und Opportunisten und der Aufdeckung ihrer verschiedenen Wurzeln sowie die Auswertung der Dokumente und Publikationen der internationalen Kommunistischen Bewegung sind direkt unumgängliche Vorbedingung, um die Ausarbeitung eines **Originalprogramms** der Revolution im eigenen Land erfolgreich durchführen zu können.

Das Originalprogramm ist nötig, um den werktätigen Massen Ziele und Aufgaben des Kampfes darzulegen. Die „Geschichte der KPdSU(B)“ gibt eine glänzende Definition des Programms:

„Das Programm der Arbeiterpartei bildet bekanntlich eine kurzgefasste, wissenschaftlich formulierte Darlegung der Ziele und Aufgaben des Kampfes der Arbeiterklasse. Das Programm setzt sowohl das Endziel der revolutionären Bewegung des Proletariats fest als auch die Forderungen, für die die Partei auf dem Wege zum Endziel kämpft“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 50)

Ein solches Programm muss eine **Kriegserklärung an den Weltimperialismus**, insbesondere **an den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus** sein. An diesen Maßstäben sind auch die Resolutionen der II. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ zu messen, von den Genossinnen und Genossen kritisch zu studieren und zu diskutieren.

Natürlich muss es die **grundlegenden** Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus und die grundlegenden Aufgaben überhaupt enthalten. Das darf

„auf keinen Fall dazu führen, die Besonderheiten

Russlands, die in den Besonderheiten unseres Programms vollen Ausdruck finden müssen, zu vergessen.“

(Lenin, „Entwurf eines Programms unserer Partei“, 1899, Werke Band 4, S. 229. Siehe auch Lenin, „Beurteilung des zweiten Programmentwurfs von Plechanow“, 1902, Werke Band 6, S. 44 ff.)

Es ist gerade ein wichtiges Kennzeichen der modernen Revisionisten und ihrer Nachbeter, nicht bei der Verfälschung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten stehen zu bleiben, sondern darüber hinaus mit allgemeinen Phrasen und Schlagwörtern von den Besonderheiten **Deutschlands**, des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, abzulenken, um „ihre“ Imperialisten aus der Schusslinie zu nehmen.⁴⁷

Ein solches Programm muss auf der wissenschaftlichen Untersuchung der Entwicklung im eigenen Land beruhen sowie auf der Analyse der internationalen Situation, der internationalen Aktivitäten aller Imperialisten, insbesondere des deutschen Imperialismus.

Das Originalprogramm der Revolution in Deutschland entsteht nicht wie der Phönix aus der Asche. Es ist den Bedingungen der Entstehung einer jeden revolutionären Theorie unterworfen: Es entsteht nur im harten und unerbittlichen Kampf mit den bürgerlichen Theorien im allgemeinen und den Theorien des modernen Revisionismus im besonderen.

Bei der Ausarbeitung der Theorie der Revolution im eigenen Land als Voraussetzung nicht nur für das Originalprogramm, sondern auch für die Strategie und Taktik, müssen folgende grundlegende Probleme durchdacht werden und an deren Lösung gearbeitet werden:

- Die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Arbeit, um die **verhüllten Antagonismen** der Gesellschaft bloßzulegen.
- Die kritische Durcharbeitung der bürgerlichen Theorien.
- Die Theorie muss in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung erstellt werden.

Die verhüllten Antagonismen der Gesellschaft bloßlegen

Kernproblem einer wissenschaftlichen Untersuchung der internationalen ökonomischen und politischen Entwicklung, der Entwicklung im eigenen Land sowie der Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Klassen und Schichten im eigenen Land ist, dass die **inneren** Zusammenhänge und die **folgerichtige Entwicklung** nicht **offen liegen**, sondern verhüllt sind.

Was Lenin über die Aufgaben der theoretischen Arbeit zur Bloßlegung der sozialökonomischen Realität der Ausbeutung für Russland feststellte, gilt auch für die Analyse der heutigen Ausbeutungsverhältnisse in Deutschland durch die Kommunistische Partei:

„Ihre theoretische Arbeit wird dabei in der konkreten Untersuchung aller Formen des wirtschaftlichen Antagonismus in Russland, in der Untersuchung ihres Zusammenhangs und ihrer folgerichtigen Entwicklung bestehen müssen; sie muss diesen Antagonismus überall bloßlegen, wo er durch die politische Geschichte, durch die Besonderheiten der Rechtsverhältnisse und durch eingewurzelte theoretische Vorurteile verhüllt wird. Sie muss ein in sich geschlossenes Bild unserer Wirklichkeit als eines bestimmten Systems von Produktionsverhältnissen geben, die Notwendigkeit der Exploitation und Expropriation der Werktätigen unter diesem System

zeigen, sie muss den Ausweg aus diesen Zuständen zeigen, auf den die wirtschaftliche Entwicklung hinweist.“

(Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, 1894, Werke Band 1, S. 300)

Nur mit Hilfe der Wissenschaft, genauer gesagt mit Hilfe des wissenschaftlichen Kommunismus, seiner tiefgehenden Beherrschung ist es möglich, von den diversen Erscheinungen zur wirklichen Entwicklung vorzudringen, sich nicht vom Schein trügen zu lassen.⁴⁸

In Verbindung damit steht: Wenn die Kommunistische Partei die Linie für alle großen und kleinen Fragen der Revolution festlegen will, wenn sie daran geht, die Theorie in Verbindung mit der Praxis der Revolution im eigenen Land festzulegen, dann stößt sie stets auf eine opportunistische „Lösung“ der Probleme, auf opportunistische Theorien auf der Grundlage der bürgerlichen Ideologie in den verschiedensten Spielarten. Das hat seine Ursachen darin, dass sich – wie wir aufgezeigt haben⁴⁹ – spontan immer die Elemente der bürgerlichen Ideologie, bürgerliche Lösungen aufdrängen, dass die Imperialisten ein ganzes System des Betrugs ausgearbeitet haben, welches auf allen Lebensgebieten wirksam ist. Dagegen ist ohne den wissenschaftlichen Kommunismus als „Mikroskop“ und „Teleskop“ nicht anzukommen. Die wissenschaftliche Arbeit, von der Erscheinung zum **Wesen**, zu den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft vorzudringen, ist unumgänglich.

„Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss die Partei des Proletariats sowohl im Aufbau ihres Programms als auch in ihrer praktischen Tätigkeit vor allem von den Entwicklungsgesetzen der Produktion ausgehen, von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft.“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 153)

Die ökonomische Entwicklung ist die **Grundlage** für die politische Entwicklung, die ihr konzentrierter Ausdruck ist.⁵⁰ Um aber die Politik im richtigen Zusammenhang mit der Ökonomie zu verstehen, ist es entscheidend zu begreifen, dass kein mechanischer Zusammenhang besteht, sondern dass es auch **politische** Ursachen für **politische** Entwicklungen gibt, die die tiefsten ökonomischen Wurzeln zunächst verdecken.

Die **Verschärfung** der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg kann nicht allein aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten erklärt werden, sondern muss vor allem als **Produkt** der sich allseitig verschärfenden **Klassenkämpfe** verstanden werden.

Es ist klar, dass gerade die Verschärfung der Klassenkämpfe entscheidend auf die ökonomische Entwicklung der verschiedenen Länder und auch des eigenen Landes wirkt. Eine der beweiskräftigsten Tatsachen für diese These ist die Verteilung der Kapitalausfuhr in die verschiedenen Länder, z. B. der **Rückgang** des Kapitalexports in **die** Länder, in denen der Befreiungskampf der Völker für die Imperialisten bedrohliche Ausmaße annimmt.

Das Studium all dieser Verhältnisse, ja selbst das Studium der **Fakten** wird durch eine **Reihe von Hindernissen** erschwert.

Ein erstes Problem ist die prinzipienfeste Verarbeitung der von der Bourgeoisie veröffentlichten **Statistiken**. Es ist eine große Erleichterung für die Kommunistische Partei, dass in einem Land wie Deutschland von der Bourgeoisie, wie Mao Tse-tung sagte, „relativ umfassendes“, den „Mindestanfor-

derungen genügendes Material über die gesellschaftlichen Verhältnisse“ bereitgestellt wird.⁵¹ Das bedeutet nicht, dass solche Materialien die eigene Analyse überflüssig machen.⁵² Die bürgerlichen Statistiken gruppieren die Zahlen natürlich so, dass die Antagonismen der imperialistischen Ausbeuterordnung vertuscht und nicht aufgedeckt werden.

Lenin warnte eindringlich davor, dass „Zahlenreihen“ „verführerisch“ sind, weil sie leicht Eindruck machen können und das Wesentliche gerade nicht sichtbar werden lassen.⁵³ Aber nicht nur in der Anordnung und Interpretation der Zahlen und Statistiken liegt ein Problem, sondern auch in der **Auswahl** der Beispiele und „konkreten Tatsachen“. Denn es ist so, wie Lenin festgestellt hat:

„Bei der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kann man immer eine beliebige Zahl von Beispielen oder Einzeldaten ausfindig machen, um jede beliebige These zu erhärten.“

(Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe, 1920, Werke Band 22, S. 194)

Die Forschungsmethode des wissenschaftlichen Kommunismus fordert demgegenüber, stets die **Gesamtheit** der gesellschaftlichen Erscheinungen zu studieren. Dabei kann die allseitige Analyse zwar niemals vollständig erreicht werden, aber die Forderung nach Allseitigkeit bewahrt uns vor Fehlern.⁵⁴ Die einzelnen Beispiele können nur eine positive Bedeutung gewinnen, wenn sie in den Gesamtzusammenhang eingeordnet sind. Lenin hat dazu als Richtlinie formuliert:

„Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen gibt es ein außerordentlich verbreitetes und ebenso fehlerhaftes Verfahren, nämlich das Herausgreifen einzelner Tatsachen und das Jonglieren mit Beispielen. Beispiele einfach zusammentragen macht keine Mühe, hat aber auch keine oder nur rein negative Bedeutung, denn worauf es ankommt, das ist die konkrete historische Situation, auf die sich die einzelnen Fälle beziehen. Tatsachen sind, nimmt man sie in ihrer Gesamtheit, in ihrem Zusammenhang, nicht nur ‚hartnäckige‘, sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge. Nimmt man aber einzelne Tatsachen, losgelöst vom Ganzen, losgelöst aus ihrem Zusammenhang, sind die Daten lückenhaft, sind sie willkürlich herausgegriffen, dann ist das eben nur ein Jonglieren mit Daten oder etwas noch Schlimmeres ...

Die Schlussfolgerung daraus ist klar: Man muss versuchen, aus exakten und unbestreitbaren Tatsachen ein Fundament zu errichten, auf das man sich stützen kann und mit dem man jede der ‚allgemeinen‘ oder ‚auf Beispielen fußenden‘ Betrachtungen konfrontieren kann, mit denen heutzutage in einigen Ländern so maßlos Missbrauch getrieben wird. Damit es wirklich ein Fundament wird, kommt es darauf an, nicht einzelne Tatsachen herauszugreifen, sondern den **Gesamtkomplex** der auf die betreffende Frage bezüglichen Tatsachen zu betrachten, **ohne eine einzige Ausnahme**, denn sonst taucht unvermeidlich der Verdacht, und zwar der völlig berechtigte Verdacht auf, dass die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder zusammengestellt sind, dass nicht der objektive Zusammenhang und die objektive wechselseitige Abhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit dargestellt werden, sondern dass es sich um ein ‚subjektives‘ Machwerk zur

Rechtfertigung einer vielleicht schmutzigen Sache handelt. Das kommt vor ... und häufiger, als man denkt.“

(Lenin, „Statistik und Soziologie“, 1917, Werke Band 23, S. 285/286)

Ein weiteres wichtiges Hindernis ist die bürgerliche Entstellung der **Geschichte** des eigenen Landes. Diese dient der Bourgeoisie dazu, das Verständnis der **heutigen** Verhältnisse zu verhindern.

Die kommunistische Kenntnis der Geschichte, um die Dinge in ihrer **Entwicklung** zu analysieren, ist daher auch Voraussetzung für die Analyse der **heutigen** Verhältnisse. In dieser Hinsicht haben wir im Studium der deutschen Geschichte durch die Analysen von **Marx, Engels, Lenin und Stalin** und der revolutionären KPD über Deutschland große Vorteile, die unbedingt genutzt werden müssen.

Ein weiterer Punkt ist die Tatsache, dass durch die bestehenden **Rechtsverhältnisse** das kommunistische Studium der Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten, das Studium der Kapitalverflechtungen usw. behindert wird. So sind z. B. die Statistiken oft nach formalen juristischen Kriterien gegliedert, welche das Wesen der Sache verdecken.

Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen **bewusst** ihre theoretische Arbeit auf die Überwindung dieser Hindernisse ausrichten.

Die bürgerlichen Theorien kritisch durcharbeiten

Aber das entscheidende Hindernis liegt in der Tatsache, dass sämtliche Analysen und Faktensammlungen über die ökonomische und politische Entwicklung von Spezialisten der Bourgeoisie oder von den modernen Revisionisten der ehemaligen Sowjetunion, der ehemaligen DDR bzw. hier und da von der DKP durchgeführt wurden und werden, die auch nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Staaten als „Standardwerke“ gelten.

Es ist klar, dass die Untersuchungen der bürgerlichen Spezialisten nichts mit dem wissenschaftlichen Kommunismus zu tun haben und das auch gar nicht vorspiegeln. Dennoch müssen sie ernst genommen werden, weil sie teilweise wichtiges Material enthalten und auch unter fortschrittlichen Kräften ihre Wirkung entfalten.

In mancherlei Hinsicht geht diesbezüglich eine wesentlich größere Gefahr von der **Masse** der **revisionistischen Analysen** und Untersuchungen aus, die mit großem Aufwand und scheinbar kommunistischem Gewand mehr und mehr zu **Standardwerken** geworden sind.⁵⁵

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ausarbeitung der Theorie der Revolution im eigenen Land besteht also in einer kommunistischen Kritik dieser Machwerke. **Es geht kein Weg daran vorbei!**

Das gilt in doppelter Hinsicht: Zum einen können und müssen wir das Material benutzen, das die bürgerlichen und revisionistischen Theoretiker zusammengetragen haben. Zum anderen ist es unmöglich, dieses Material zu benutzen, ohne die reaktionäre revisionistische **Linie** zu erkennen und zu verwerfen, die in diesen Machwerken enthalten ist.

Lenin schrieb:

„Keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern können, darf man auch nur ein einziges Wort glauben, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Warum? Aus dem nämlichen Grunde, aus welchem man keinem einzigen Professor der politischen Ökonomie, der im-

stande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, *auch nur ein einziges Wort* glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso *parteiliche* Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die *Erkenntnistheorie*. Im großen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis der Theologen.

Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort zu verstehen, sich die von diesen ‚Kommis‘ gemachten Errungenschaften anzueignen und sie zu verarbeiten (man kann zum Beispiel, wenn man die neuen ökonomischen Erscheinungen studieren will, keinen Schritt tun, ohne sich der Werke dieser Kommis zu bedienen), und zu verstehen, die reaktionäre Tendenz derselben zu verwerfen, der *eigenen* Linie zu folgen und die *ganze Linie* der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen.“

(Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“, 1908, Werke Band 14, S. 347)

Um diese *Aufgabe*, die Lenin hier so glänzend formuliert hat, lösen zu können, ist es eben nötig, wirklich zu verstehen, dass Material eben nicht einfach Material ist, sondern in seiner Anordnung, seiner *Auswahl* usw. *immer* eine *Linie* vertritt. Entweder eine kommunistische oder eine bürgerliche. Ein Mittelding gibt es hier nicht. Dies gilt auch für brauchbare Veröffentlichungen mit antifaschistischem oder antiimperialistischem Anspruch. Denn selbst wenn das Material manches enthüllt und anprangert und auch diese oder jene richtige Aufgabe daraus abgeleitet wird, so werden die entscheidenden revolutionären Schlussfolgerungen daraus eben nicht gezogen.

Die Theorie muss in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung erstellt werden

Es könnte nun der Eindruck entstehen, dass theoretische Arbeit bedeutet, in der Studierstube zu verschimmeln und aus Kommunisten von der Arbeiterbewegung entfremdete „Theoretiker“ zu machen. Wir können hier zwei Dinge dagegenhalten.

Zum ersten werden sich die Kommunistinnen und Kommunisten *nicht* mit der Arbeiterklasse verbinden – sie sind heute als politische Kraft noch nicht verbunden –, wenn sie nicht den wissenschaftlichen Kommunismus mit den konkreten Bedingungen des eigenen Landes verbinden und auf sie anwenden. Und dafür ist die oben genannte „papierene“ Arbeit unumgänglich.

Zum zweiten aber sind wir keinesfalls der Meinung, dass die Untersuchung der Klassen und Schichten losgelöst von der politischen Arbeit in der Arbeiterklasse vor sich gehen *kann*. Eine solche *Unterstellung* kommt regelmäßig nur von *den* Leuten, die das Wort *Theoretiker* nicht in den Mund nehmen können, ohne eine Grimasse zu ziehen. Diese Leute wollen unter *Berufung* auf die Notwendigkeit der Verbindung mit der Arbeiterbewegung als *Ziel* eins der unumgänglichen *Mittel* für diese Verbindung, nämlich unter anderem auch die „papierene“ Arbeit an der Herausarbeitung der Theorie für die Revolution im eigenen Land, sabotieren.

Lenin forderte gerade, dass

„diese Theorie auf die Fragen Antwort geben (muss), die das Proletariat stellt ...“

(Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die

Sozialdemokratie?“, 1894, Werke Band 1, S. 300)

Die politische Linie muss den klassenmäßigen Interessen der Arbeiterklasse vollständig entsprechen, deshalb kann sie nur in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus ausgearbeitet werden.

Das Entscheidende ist, dass man die wissenschaftliche „papierene“ Arbeit *verbindet* mit dem Studium und der Untersuchung der Meinung und des Kampfes des Proletariats und der werktätigen, ausgebeuteten Massen im wirklichen Leben.⁵⁶

Wenn eines dieser beiden Dinge *nicht* berücksichtigt oder auch nur vernachlässigt wird, dann wird man mit Sicherheit nicht ein wissenschaftliches, kommunistisches Programm – und darauf beruhend eine solche Strategie und Taktik – erarbeiten können, das die klassenmäßigen Interessen des Proletariats und der werktätigen Massen zutiefst widerspiegelt und imstande ist, in den Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution zu führen.

Die revolutionäre Theorie der proletarischen Revolution in Deutschland kann sowieso nur in Verbindung mit der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung definitiv fixiert und ausformuliert werden, weil die richtige revolutionäre Theorie der Revolution in einem jeden Land

„nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt.“

(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 9)

Das gilt im Kern heute genauso, wo es praktisch keine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt und wir von einer revolutionären Situation meilenweit entfernt sind.

Auch heute gilt es zu wissen und in der praktischen Arbeit in den Kämpfen der Arbeiterklasse, aber auch bei antinazistischen, antimilitaristischen Aktionen und durch die Fühlung mit dem Proletariat überhaupt zu erfahren, was die Fragen sind, die heute brennend sind. Und vor allem kann auch nur durch diese Fühlung mit der Arbeiterbewegung sowie auch der antinazistischen, der antirassistischen und antimilitaristischen Bewegung wissenschaftlich eingeschätzt werden, wie ihr realer Bewusstseinsstand und der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse tatsächlich ist, welche Erfolge die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer z. B. mit ihrer chauvinistischen Verhetzung in den Reihen des Proletariats und der Arbeiterbewegung hat, wo der Hebel angesetzt werden kann und muss, um dagegen anzukämpfen. Das lernt man nicht allein theoretisch, dazu muss die Kommunistische Partei, müssen die Genossinnen und Genossen im wirklichen Leben stehen.

Die Grundzüge des Programms, der Strategie und Taktik der eigenen Revolution werden nicht aus der unmittelbaren Praxis der Massen „geschöpft“, sondern müssen im Rahmen der theoretischen Arbeit von der Kommunistischen Partei herausgearbeitet werden. Programm sowie Strategie und Taktik in ihren einzelnen Festlegungen, Forderungen und Lösungen gewinnen allerdings erst ihre „endgültige Gestalt“ in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklich revolutionären Massenbewegung.

Dies ist auch der Grund, warum bei der Herausarbeitung unserer programmatischen Dokumente nicht zuletzt aufgrund fehlender Verankerung in der Arbeiterbewegung, in den großen Industriebetrieben – noch unweigerlich Schwächen auftreten.

Und umgekehrt werden wir in unserer Verbindung mit den

Kämpfen der Arbeiterbewegung, mit den Aktivitäten der revolutionär orientierten Kräfte, in unserer Verbindung mit dem Proletariat auf der Grundlage seiner Bewusstmachung keine Fortschritte machen, wenn wir nicht zunächst den wissenschaftlichen Kommunismus konkret auf die Bedingungen unseres Landes anzuwenden wissen, eben durch die theoretische Arbeit.

Über den Zusammenhang der drei grundlegenden theoretischen Aufgaben

Wir predigen nicht ein mechanisches Hintereinander der verschiedenen Richtungen und Aufgabenstellungen der theoretischen Arbeit. Die drei grundlegenden Aufgaben

- Kampf um die Prinzipien, um die opportunistischen Schattierungen auseinander zuhalten;
- Auswertung der internationalen Erfahrungen;
- Schaffung des Originalprogramms

bedingen einander, und keine einzige kann isoliert gelöst werden.

Doch aus der Tatsache, dass wir diese grundlegende theoretische Arbeit miteinander verbinden, kann keinesfalls der Schluss gezogen werden, dass es keine innere Beziehung zwischen diesen drei Richtungen gibt. Wir sind der Meinung, dass die innere Beziehung dadurch charakterisiert wird, dass ein Punkt auf dem anderen aufbaut. Insbesondere wollen wir an dieser Stelle betonen, dass der Kampf um die Prinzipien, die Verteidigung der Grundtheorien des wissenschaftlichen Kommunismus gegen die modernen Revisionisten und anderen Pseudokommunisten **Voraussetzung** zur Ausarbeitung des Originalprogramms unserer Revolution ist.

Wenn wir das betonen, dann schreiben wir das Originalprogramm nicht hinaus, sondern wir nennen die ersten Schritte zur Ausarbeitung des Originalprogramms auf dem **einzig** möglichen Weg: **Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus gegen die konkreten Angriffe des Opportunismus als Beginn der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheiten des wissenschaftlichen Kommunismus mit der konkreten Praxis der Revolution in Deutschland.**

Anders geht es nicht. Denn was ist an der gesellschaftlichen Praxis und Realität im eigenen Land wichtig und wesentlich, was ist nebensächlich? Wie soll sich die Kommunistische Partei in der unendlichen Vielfalt von Erscheinungen und Ereignissen, Zahlen und Statistiken zurechtfinden? Wo ist der Leitfaden, der den inneren Zusammenhang, die Entwicklung der Dinge, ihre Gesetzmäßigkeiten aufzeigt, Wesentliches vom Unwesentlichen trennt? Der Leitfaden ist ohne Zweifel nicht nur die **Methode** des wissenschaftlichen Kommunismus, sondern gerade auch die bisher aus der vergangenen Praxis aller Länder und der Geschichte hervorgegangenen **theoretischen Resultate** der Arbeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus. Sie und nur sie gibt der Kommunistischen Partei auch bei der großen und schweren Aufgabe der theoretischen Arbeit an der Linie, dem Programm und der Strategie der Revolution die nötige Orientierung und Sicherheit. Hier heißt es also auch ganz unmissverständlich, dass die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus in diesem Sinne an erster Stelle vor den konkreten Untersuchungen steht und beherrscht werden muss, um die konkreten Untersuchungen selbst erfolgreich vornehmen zu können.

Fazit: Es gibt also sehr wohl Phasen im Kampf um die Ausarbeitung des Originalprogramms. Gemäß dem Gesetz,

dass das Positive im Kampf gegen das Negative wächst – ein kommunistisches Programm der Revolution in Deutschland im Kampf gegen das revisionistische Programm – ist es notwendig, über eine Anfangsphase der polemischen Widerlegung der revisionistischen programmatischen Vorstellungen zur Phase der Ausarbeitung des positiven Originalprogramms der eigenen Revolution zu gelangen. Auf diesem Weg haben wir in den letzten Jahren bereits wichtige Resultate erzielen können, die in den Resolutionen 1, 2, 3 und 4 der II. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ fixiert worden sind.

2. Die Schulung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus hat zentrale Bedeutung

Eine unbedingte Voraussetzung für die theoretische Arbeit und den theoretischen Kampf ist es, dass sich die Kommunistische Partei selbst **wissenschaftlich** zum wissenschaftlichen Kommunismus verhält. Es geht darum, dass die Avantgarde des Proletariats, die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter sich wirklich mit dem wissenschaftlichen Kommunismus bewaffnen, dass sie die revolutionäre Theorie meistern. Dies aber bedeutet, wie Engels hervorgehoben hat,

„dass der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will.“

(Engels, „Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, 1874, Marx/Engels Werke Band 18, S. 517, von Lenin zitiert in „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 382)

Nur wenn die Kommunistische Partei sich ihre Wissenschaft wirklich aneignet, sie meistert, kann sie ihre führende Rolle im Klassenkampf des Proletariats realisieren. Denn die Kommunistische Partei kann sich gegen Imperialismus und Revisionismus politisch und ideologisch nur behaupten, wenn an ihrer Spitze eine Gruppe von erprobten Kommunistinnen und Kommunisten steht, die im Kampf gegen die revisionistischen Verfälschungen umfassend und nicht fragmentarisch den wissenschaftlichen Kommunismus studiert haben, und wenn alle Mitglieder der Kommunistischen Partei dazu erzogen werden, sich das Fundament des wissenschaftlichen Kommunismus anzueignen.⁵⁷ Dies erfordert insbesondere, dass die **Grundschriften** der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin nach einem zentralen und systematischen Plan geschult werden.⁵⁸

Uns geht es daher vor allem um das Studium dieser Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus, Werke der Klassiker, für die gilt, was Lenin über Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ gesagt hat:

„Es ist eines der grundlegenden Werke des modernen Sozialismus, worin man zu jedem Satz Vertrauen haben, worin man sich darauf verlassen kann, dass kein einziger Satz aufs Geratewohl ausgesprochen, dass jeder auf der Grundlage eines riesigen historischen und politischen Materials niedergeschrieben ist.“

(Lenin, „Über den Staat“, 1919, Werke Band 29, S. 463)

Dabei muss ein kritisches Studium auch bei Klassikertexten betont werden, denn die großen Lehrmeister des wissenschaftlichen Kommunismus waren natürlich nicht völlig fehlerfrei und haben selbst an einigen Stellen auf eigene Irrtümer und Fehler hingewiesen.⁵⁹

Die Grundschriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, den unbestrittenen Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus, müssen unterschieden werden von journalistischen Tagesarbeiten, Entwürfen und Briefen sowie von den Schriften anderer kommunistischer Kader. In jedem Fall ist ein kritisches Studium unerlässlich, um Aufbau, Struktur und Inhalt der Schriften wirklich zu verstehen, um tiefgehend in die Schriften eindringen zu können und ein ernsthaftes Studium voranzutreiben.

Das Studium und die Schulung der Schriften selbst gehört nicht zur eigentlichen theoretischen Arbeit im oben beschriebenen Sinn, ein großer Teil davon gehört auch in den Kaderbereich. Doch ist die **Anleitung** und **Auswertung** der Schulungsarbeit zweifelsohne auch mit theoretischer Arbeit verbunden, die hohe Anforderungen stellt.

Das richtige **Herangehen** an das Studium und die Schulung des wissenschaftlichen Kommunismus ist eine entscheidende Frage. Falsche Studienmethoden sind nämlich oft der erste Schritt zur Verfälschung des wissenschaftlichen Kommunismus oder ein Mittel dazu.

Lenin hat entschieden polemisiert gegen die bloße buchstabenmäßige Aneignung dessen, was in den Büchern über den Kommunismus gesagt ist. Er bezeichnete es zugleich als irrig, zu glauben, dass es genüge, sich die Schlussfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen.⁶⁰ Dies gilt aus zwei Gründen:

Zum einen gibt es sehr unterschiedliche Bedingungen und Zeitabschnitte. Bestimmte Prinzipien, Leitsätze und Schlussfolgerungen des wissenschaftlichen Kommunismus gelten unter den Bedingungen einer ganzen Epoche, andere dagegen nur in einer bestimmten Zeitspanne innerhalb einer Epoche, andere wiederum nur unter den Bedingungen bestimmter Länder oder eines bestimmten Landes, wieder andere lediglich ganz begrenzt zu einem bestimmten Zeitpunkt usw.

Beim Studium und bei der Schulung des wissenschaftlichen Kommunismus ist es daher unerlässliche Voraussetzung festzustellen, wie Prinzipien und Leitsätze **begründet** werden, aus welchen Bedingungen sie **abgeleitet** wurden und für welche Bedingungen sie daher **gültig** sind.⁶¹ Gleichzeitig muss bewusst sein, dass bestimmte Äußerungen und Formulierungen nur verständlich sind in Kenntnis der **Polemik**, innerhalb derer sie verwendet wurden.⁶²

Dies erfordert sehr viel Arbeit und große Mühe. Stalin machte sich lustig über jene, denen die Berücksichtigung des jeweiligen Zusammenhanges und der jeweiligen Bedingungen der Werke Lenins (wie auch jener von Marx und Engels) „zu kompliziert“ ist:

„Ich weiß, dass diese Kompliziertheit manchen Genossen nicht gefällt, nicht nach ihrem Geschmack ist. Ich weiß, dass es viele von ihnen, vom Standpunkt des Grundsatzes des geringsten Kräfteaufwands‘ ausgehend, vorziehen würden, es mit einem einfacheren und leichteren System zu tun zu haben. Aber was ist da zu machen: Erstens muss man den Leninismus so nehmen, wie er tatsächlich ist (man darf den Leninismus nicht verflachen und vulgarisieren), zweitens lehrt die Geschichte, dass die einfachsten und leichtesten ‚Theorien‘ weitaus nicht immer die richtigsten sind.“

(Stalin, „Zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung“, 1927, Werke Band 9, S. 162)

Im selben Zusammenhang wandte sich Stalin gegen eine bestimmte Sorte von Lesern und wies darauf hin,

„dass gewisse nicht sehr fleißige ‚Leser‘ nicht selbst

in Lenins Werke wirklich eindringen wollen, sondern fordern, dass man ihnen jeden Satz gründlich vorkaue.“

(Ebenda, S. 162)

Und Stalin forderte jene „Leser“ dazu auf, dass sie

„schließlich doch vom oberflächlichen Lesen der Werke Lenins zum ernstesten Studium des Leninismus übergehen müssen.“

(Ebenda, S. 163)

Ernsthaftes Studium und Schulung aller grundlegenden Werke des wissenschaftlichen Kommunismus, Verständnis der wirklichen **Zusammenhänge**, der **Bedingungen und des Gültigkeitsbereiches** der Thesen und Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus – das sind aktuelle Forderungen und Grundvoraussetzungen im Studium der Theorie, in der Schulung und für den ideologischen Kampf, die wir unbedingt erfüllen müssen.

Andererseits kann es auch deshalb nicht einfach um die „trockene“ Aneignung des Inhalts der Werke der Klassiker gehen, weil deren Studium und Schulung stets auch **mit den grundlegenden und brennenden Fragen des ideologischen, theoretischen und praktischen Kampfes heute vor Augen** erfolgen muss. Denn es muss von vornherein klar sein, dass das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus kein Selbstzweck ist, sondern als Anleitung für die revolutionäre Praxis gemeistert werden muss.

Für die konkrete Durchführung von Schulungen gibt es kein Schema F. So spielt die Zusammensetzung der Schulungsgruppe für den Ablauf der Schulung eine große Rolle. Die Schulung muss jeweils anders geplant und gestaltet werden, je nachdem, ob Genossinnen und Genossen beteiligt sind, die schon öfters an Schulungen teilgenommen haben oder solche, die noch nie eine Schulung mitgemacht haben, die viel Zeit oder wenig Zeit zum Studium haben, die große oder die fast gar keine praktische Erfahrung haben, die 20 Jahre im Betrieb gearbeitet haben oder die gerade zur Universität gehen. Auch die Qualität der Anleitung und das zur Verfügung stehende zusätzliche Material spielt eine oft sehr gewichtige Rolle für den Erfolg der Schulung.

Dennoch lassen sich auf der Grundlage der bisherigen Schulungserfahrungen einige Richtlinien für die erfolgreiche Durchführung von Schulungen umreißen.

Grundsätzlich ist das **Selbststudium des Schulungstextes unabdingbare Voraussetzung**. Die Vorbereitung des Textes durch die Anfertigung von Auszügen, das Notieren von Fragen, Kritiken und Anmerkungen spielt eine herausragende Rolle, die kaum überschätzt werden kann.⁶³ Diese Vorbereitung im Selbststudium lässt sich durch eine gemeinsame Schulung nicht ersetzen.⁶⁴

Es muss zudem Bewusstsein darüber geschaffen werden, dass der wissenschaftliche Kommunismus nicht nur „gelehrt“ wird, sondern auch – mit entsprechender Hilfe und Unterstützung – von jeder Genossin, von jedem Genossen selbständig gelernt, studiert und verstanden werden kann.

Es kann jedoch nicht erwartet werden, dass jeder bzw. jede ein solches Selbststudium aus dem Handgelenk schüttelt. Die Technik hierfür muss diskutiert, ausprobiert und geübt werden.⁶⁵

Es ist Aufgabe der Schulungsabteilung, für die kollektive und individuelle Schulung und das eigenständige Studium **Leitfäden und Schulungshilfen** zu erstellen. Diese sollen und dürfen keinesfalls das Studium und die Schulung der Originalwerke ersetzen,⁶⁶ sondern müssen dies effektiv unterstützen und deren Verständnis erleichtern.⁶⁷ Ein Be-

schluss des ZK der KPdSU(B) von 1938 betonte ganz besonders, dass

„die wichtigste Methode für die Schulung der Kader im Marxismus-Leninismus die durch die Erfahrungen der älteren Generation der Bolschewiki erprobte Methode des selbständigen Studiums der Geschichte und der Theorie der bolschewistischen Partei sein muss.

Die Partei aber muss den Kadern in dieser Beziehung durch die Presse und durch zentralisierte hochqualifizierte Konsultation zu Fragen, die im Laufe des Studiums bei ihnen auftauchen, durch Vorlesungen, Vorträge usw. helfen.“

(Beschluss des ZK der KPdSU(B), „Über die Gestaltung der Parteipropaganda im Zusammenhang mit dem Erscheinen des ‚Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B)‘“, zitiert nach: „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK“, Berlin 1957, Band IX, S. 251)

Bei der kollektiven Schulung müssen **Ablauf und Ziele der Schulung** geklärt und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktiv einbezogen werden.

Für eine erfolgreiche Schulungssitzung sind eine bewusste Aufteilung der Verantwortung und ein geplanter Ablauf wesentlich, die dennoch genug Spielraum für unerwartete Diskussionen lassen. Der Rahmen und Ablauf der gesamten Schulung sollte zu Beginn von allen Schulungsteilnehmerinnen und Teilnehmern im großen und ganzen also geplant und verbindlich festgelegt werden. Unerlässlich für eine interessante Schulung ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kollektiv bestimmen sollen, ob und wie lange bestimmte Themen diskutiert werden. Zu Beginn und ganz am Schluss einer Schulungseinheit, aber auch, wenn gewünscht, jeweils nach einigen oder gar einer Sitzung sollte über Methoden und Verlauf der Schulung diskutiert, sollten neue Vorschläge erprobt werden.⁶⁸

Die Anleitung muss klare Ziele für die Schulung haben. Das Ziel der Entfaltung der Fähigkeiten der anwesenden Genossinnen und Genossen zum Studium des wissenschaftlichen Kommunismus verbietet eine dozierende, nur referierende Darstellung des Schulungsgegenstandes (wir bezeichnen das als „Ohr-Marxismus“) ebenso wie eine entwürdigende schulmeisterliche „Abfragemethode“ durch die Anleitung. Die Vorbereitung einzelner Textabschnitte und die Darlegung der Kerngedanken und offenen Fragen sollten unter den Genossinnen und Genossen vernünftig aufgeteilt werden.

Eine Methode ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – möglichst in Zusammenarbeit mit erfahrenen Kadern – einer Schulungsgruppe in den Wochen danach mit ihren erworbenen und entwickelten Kenntnissen diese festigen und vertiefen und selbst eine Schulungsgruppe zu diesem Thema direkt anleiten.

Die Erfassung der Grundgedanken des Textes muss mit aktuellen Fragen und dem Kampf gegen revisionistische Entstellungen verbunden werden.

Je nach Zusammensetzung der Schulungsgruppe besteht eine unterschiedliche Gefahr, sich entweder in Details, nebensächlichen bzw. auch wichtigen, mit dem Text aber nicht unmittelbar zusammenhängenden Fragen zu verlieren, oder aber wie jene bekannte Figur mit Scheuklappen, starr und realitätsfremd nur den Schulungstext als solchen durchzunehmen. Beides ist natürlich im Extrem nur eine Karikatur. Das zugrundeliegende Problem ist, dass die Hauptsache der Schulung nicht nur eine Sache beinhaltet. Die Hauptsache der Schulung besteht immer darin, die grundlegenden Gedanken eines Textes zu erfassen und zu zergliedern,

den Gedankengang, die Struktur und die Logik des Aufbaus des Werkes zu verstehen, aber auch mit heutigen Fragestellungen und dem Kampf gegen aktuelle revisionistische Strömungen zu verbinden sowie die Fähigkeit zu entwickeln, aktuelle Probleme heute zu lösen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, in der Schulung die prinzipiellen, allgemeingültigen Kerngedanken herauszuarbeiten und zu unterscheiden von den örtlich und zeitlich bedingten und nur in ihrem geschichtlichen Zusammenhang zu verstehen den Aussagen.

Der Erfolg einer Schulung hängt dabei wesentlich davon ab, ob es gelingt, ein richtiges Verhältnis zwischen der Erfassung des vorliegenden Textes und den praktischen Fragen des ideologischen Kampfes heute sowie der Diskussion noch ungeklärter Fragen herzustellen. Wichtige Hilfsmittel und Methoden hierzu sind:

- Referate und Artikel zu einzelnen Spezialproblemen.
- Weiteres Material in klar bestimmtem zeitlichen Rahmen hinzuziehen.
- Bewusst Schriften auszuwerten, die den geschulten Text angreifen, verunglimpfen und kritisieren.

Gelingt eine an diesen drei Grundgedanken orientierte Schulung, dann sollten im Anschluss daran Kritiken und Ergänzungen zu Schulungsbriefen oder auch Erfahrungsberichte und Anregungen aus der Praxis der Schulung festgehalten und zentral weitergegeben werden.

Die Schulungsarbeit ist eine der wesentlichen Arbeiten, ja ein Schlüsselpunkt innerhalb der eigenen Reihen und nach außen in der Arbeit mit Sympathisantinnen und Sympathisanten, um in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die am Parteaufbau teilnehmenden und diesen unterstützenden Kräfte wesentlich verstärken zu können.⁶⁹

3. Gründe, warum die theoretische Arbeit heute das Hauptkettenglied beim Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland ist

Aus der konkreten Situation in Deutschland, aus dem Verrat der modernen Revisionisten und dem Stand unserer Bemühungen zum Parteaufbau folgern wir: Das **Hauptkettenglied** beim Aufbau der Kommunistischen Partei heute ist nicht die Frage der Kader, nicht die der Organisation, sondern **die theoretische Arbeit**. Vor allem dieses Kettenglied müssen wir ergreifen, um planmäßig und von oben nach unten die Probleme der Kaderbildung und der Organisation lösen zu können.⁷⁰ Die Begründung dafür lässt sich direkt positiv wie indirekt negativ geben.

Zunächst müssen wir **positiv** darlegen, weshalb die Rolle der Theorie heute derart überragend ist.

Wir meinen, dass hier vor allem die Situation und die Aufgaben in Betracht gezogen werden müssen, wie sie seit dem Verrat der modernen Revisionisten, vor allem also seit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 entstanden sind und im Grunde bis heute bestehen. Für die Kommunistinnen und Kommunisten stellte und stellt sich **vor allem** die Aufgabe, die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus gegen die Angriffe der modernen Revisionisten zu verteidigen.

Die Tatsache, dass die revisionistische Zersetzung der KPD relativ „ungestört“ von kommunistischen Kräften vorstatten ging, brachte es mit sich, dass sich ein Großteil ihrer revisionistischen Thesen und Theorien unangefochten ausbreiten konnte.⁷¹ Das Auftauchen diverser Pseudomarxisten

im „antirevisionistischen Gewand“ hat die Verwirrung im Grunde nur noch weiter erhöht.

Auf der Basis des Verrats der modernen Revisionisten erhielten schließlich auch andere, dem wissenschaftlichen Kommunismus feindliche Ideologien, wie der Sozialdemokratismus, der Troztkismus, die „Kritische Theorie“ usw. einen Aufschwung und vergrößerten die ideologische Verwirrung, wobei sie nicht selten den revisionistischen Verrat und seine Folgen als „Bestätigung“ ihrer eigenen antimarxistischen Thesen nahmen.

Dies alles steht im Zusammenhang mit der antikomunistischen Demagogie vom „Bankrott des Kommunismus“. Demnach habe der Zusammenbruch der revisionistischen Herrschaftsform vor allem in der Sowjetunion angeblich bewiesen, dass der wissenschaftliche Kommunismus „endgültig in der Praxis“ gescheitert sei.

Diese ganze Entwicklung führte dazu, dass für die Kommunistinnen und Kommunisten heute die Theorie eine übertragende Rolle einnehmen muss, damit es überhaupt einen Fortschritt in der revolutionären Bewegung geben kann. Ohne das Voranstellen des theoretischen Kampfes und der theoretischen Arbeit, vor allem zur Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, ist heutzutage auch gar nicht daran zu denken, die komplizierten Fragen der Programmatik, der Grundlagen der Strategie und Taktik, der Klassenanalyse zu lösen – für die Revolution des Proletariats an der Spitze aller Ausgebeuteten gegen den deutschen Imperialismus, Schulter an Schulter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder, für das Bündnis besonders mit den vom „eigenen“ Imperialismus unterjochten Völkern.

Die Bedeutung der revolutionären Theorie als Hauptkettenglied des Parteaufbaus lässt sich umgekehrt auch indirekt **negativ** beweisen, indem wir fragen: Kann denn eins der anderen Bestandteile des Parteaufbaus, Kader oder Organisation heute das Hauptkettenglied sein?

Die Gewinnung und Erziehung der Kader und die Schaffung einer Organisation kann nicht das Hauptkettenglied sein, **weil** zu beidem ein festgefügt und erprobter revolutionärer Kern vorhanden sein müsste, der nicht nur souverän die Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus beherrscht und auf die konkreten Verhältnisse anwenden kann, sondern der vor allen Dingen auch eine klare Abgrenzung gegenüber den verschiedensten opportunistischen Strömungen vorgenommen hat und weiter vornimmt, heute vor allem gegenüber dem modernen Revisionismus. Trotz aller unbestreitbaren Fortschritte in den letzten Jahren ist dies noch nicht der Fall.

Was würde denn passieren, wenn in unserer Situation, ohne ein festgefügtes und erprobtes kommunistisches Zentrum, die **Kaderbildung** zum Entscheidenden gemacht würde?

Wollen wir, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich bei uns organisiert haben, aus **Zufall**, bloßer Sympathie usw. bei uns sind, weil sie eben die **prinzipiellen** Unterschiede und Gegensätze zwischen uns und den opportunistischen Organisationern nicht verstehen?

Das wäre sicherlich alles andere als der Aufbau der **Avantgarde** des Proletariats, dann könnten wir uns gleich mit den opportunistischen Organisationen vereinigen. Wir können die Kader nur gewinnen und ausbilden, wenn wir durch den **ideologischen Kampf** eine klare Trennungslinie zum modernen Revisionismus und allen seinen Spielarten in Deutschland gezogen haben und ziehen. Wir müssen im ideologischen Kampf mit Hilfe der **Theorie** des wissen-

schaftlichen Kommunismus und durch die **Verbindung** dieser Theorie mit der konkreten Praxis unserer Revolution **beweisen**, welche Fehler die Opportunisten machen. Weiter können nur Kader gewonnen und ausgebildet werden, wenn ein Kampf gegen den Niederschlag dieser Fehler bei ihnen selbst in richtiger Weise geführt wird. **Die ganze Frage ist, was für Kader herangebildet werden.**

Was würde passieren, wenn wir in unserer Situation die **organisatorischen Fragen** des Parteaufbaus als Hauptkettenglied hinstellen würden?

Sicherlich würde sich eine gewisse Zeitlang ein „technischer Apparat“ erhalten können, der auch nach außen hin bei manchen Eindruck schinden könnte. Doch in einem solchen Fall, in dem ja **vorgespiegelt** würde, dass die Fragen des **Inhalts** der Organisation und der Bewusstheit der Kader mehr oder minder gesichert wären, gibt es zwei Möglichkeiten.

Entweder zerfällt ein solch monströser Aufbau ebenso schnell, wie er aufgebaut wurde, in die verschiedensten Teile, die auch ideologisch in dieser Organisation koexistiert haben, **oder** aber der ganze Apparat wird ein Instrument von Leuten, die **bewusst** von allen Fragen des **Inhalts**, den Grundfragen des wissenschaftlichen Kommunismus, der ideologischen und politischen Linie ablenken, um ihre revisionistische Linie um so leichter durchsetzen zu können.

Es genügt natürlich keinesfalls nur zu sagen, warum Kaderbildung und Fragen der Organisation **nicht** Hauptkettenglied sein können.

Ohne die revolutionäre Theorie als Hauptkettenglied ist es nicht möglich, sich von allen Schattierungen des Opportunismus und allen Arten von Opportunisten abzugrenzen. Kader müssen gerade in einem solchen Kampf erzogen werden, und nur mit Hilfe der Theorie als Hauptkettenglied werden wir eine Organisation hervorbringen, das heißt

„solche organisatorischen Verhältnisse zu schaffen, die ein gewisses Niveau der Bewusstheit sichern und dieses Niveau systematisch heben.“

(Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, 1904, Werke Band 7, S. 273)

Nur wer dieses Hauptkettenglied anpackt, kann auch die anderen **unabdingbaren** Glieder in der Kette der Aufgaben beim Parteaufbau, die Erziehung und Ausbildung vor allem von Arbeiterkadern sowie ihre feste Organisation systematisch und auf fester kommunistischer Grundlage anpacken und erfolgreich bewältigen.

Wenn die Schaffung und Verbreitung der revolutionären Theorie die hauptsächliche und entscheidende Rolle spielt, dann ist für uns die Theorie doch stets ein **Mittel** für die Beleuchtung der Praxis des Parteaufbaus, wie auch der praktischen Arbeit unter dem Industrieproletariat und den revolutionären Kräften.

Klargestellt werden soll hier, dass in Deutschland **heute** beim Parteaufbau die Theorie das Hauptkettenglied bildet. Wenn aber gefolgert wird, dies sei die ganze erste Phase des Parteaufbaus so, sei begründet in der allgemeinen Gesetzmäßigkeit des Aufbaus der Kommunistischen Partei in zwei Phasen, dann ist dies grundfalsch. Wir selbst haben eine solche faule Verallgemeinerung **nicht** propagiert. Noch falscher wäre die Behauptung, wir wollten Praxis überhaupt, insbesondere die Massenagitation einfach auf „später“ verschieben – gar auf die zweite Phase.⁷² Auch dies wäre völlig falsch.

Wir sind auch äußerst skeptisch gegenüber jenen, die uns lange Zeit beschuldigt haben, keine oder nicht genug Praxis zu machen und **nun auf einmal** die Theorie „entdecken“ –

gleichsam als Entschuldigung dafür, dass sie selber **nicht die geringste Praxis** machen. Wir selbst waren von Anfang an der Auffassung, dass es zwingend ist, **beides** – Theorie und Praxis – zu machen, und zwar **nicht nebeneinander**, sondern in richtiger Beziehung zueinander. Mit Hilfe guter theoretischer Arbeit kann fundierte Propaganda gemacht werden. Ohne Theorie und Propaganda auf hohem Niveau kann nicht **bewusst** organisiert, können keine Kader gewonnen, erzogen und ausgebildet werden.

Anhand der Schriften Lenins lässt sich nachvollziehen und nachweisen, dass es auch in Russland im Kampf um die Schaffung und den Aufbau der Kommunistischen Partei Phasen gab, in denen die Fragen der revolutionären Theorie an erster Stelle standen. So nahmen in der Anfangsphase, wie Lenin feststellte, die theoretischen Fragen den „dominierenden Platz“ ein.⁷³ Lenin nennt dafür als Gründe, dass die neu entstandene kommunistische Bewegung zunächst erst in schärfsten ideologischen und theoretischen Auseinandersetzungen ihren Platz erkämpfen musste, einerseits weil die Feinde die neue Richtung gleich in ihren Anfängen ersticken wollten, andererseits weil die Prinzipien des Marxismus „leidenschaftlich verteidigt“ werden mussten.⁷⁴

Außerhalb der konkreten Ursachen, die jeweils das **Gewicht** der einzelnen Seiten des Parteaufbaus bestimmt haben, ist es unserer Meinung nach nicht möglich, zu den Kerngedanken des in sich geschlossenen Systems der Ideen Lenins zum Parteaufbau vorzudringen, wo – wie das Studium der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ gut zeigt – je nach Situation, Feind und Zeit diese oder jene Seite des Parteaufbaus einmal mehr, einmal weniger hervortrat.

Die Bestimmung des Hauptkettenglieds ergibt sich auch heute **konkret**, aus der konkreten Analyse der gegenwärtigen grundlegenden Bedingungen und Erfordernisse des Kampfes für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland. Sie ergibt sich auf der Grundlage der Einschätzung der internationalen Lage und der Situation der kommunistischen Weltbewegung sowie der Lage in Deutschland heute, vor allem aus der Analyse des Stands der kommunistischen Bewegung in Deutschland, insbesondere aus dem Stand des Kampfes zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und modernem Revisionismus.⁷⁵

Ein genaueres Studium der Erfahrungen des Parteaufbaus in Russland zeigt, dass die **tatsächliche Bildung der Kommunistischen Partei**, die erste Phase, die „Periode der Formierung, der **Schaffung** unserer Partei“, wie Stalin ausführte, erst mit Gründung der Zeitung „Iskra“ Ende 1900 beginnt.⁷⁶ Mit der Zeitspanne **davor**, nämlich von 1883 bis 1901, befasst sich das ganze Kapitel I der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ unter der Überschrift „Der **Kampf für die Schaffung** der SDAPR“, der damit klar unterschieden wird von der **Bildung der SDAPR**, die im Kapitel II behandelt wird. Dieser „Kampf für die **Schaffung**“ der Partei beinhaltet sowohl die etwa zehnjährige ideologische Vorbereitung und Schaffung der „**theoretischen Grundlage**“, des ersten Programms der Sozialdemokratie Russlands durch Plechanows Gruppe „Befreiung der Arbeit“, die noch weitgehend **ohne** Arbeiterbewegung existierte, als auch die Schaffung des ersten Keims der revolutionären proletarischen Partei durch Lenin, des Petersburger Kampfbands, der zur Massenagitation überging und Massenstreiks leitete und damit zum ersten Mal in Russland die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung in die Tat umsetzte, bis zum ersten Versuch der Parteigrün-

dung. In Keimform wurden also bereits vor 1900 die wesentlichen Aufgaben des Parteaufbaus in seinen drei Bestandteilen Theorieschaffung, Kaderheranbildung und Organisationsaufbau angepackt, wurde die Bildung der Partei in theoretischer, ideologisch-politischer und organisatorischer Hinsicht **vorbereitet**, aber die **tatsächliche** Bildung der Partei nach einem systematischen einheitlichen Plan wurde erst mit Herausgabe der „Iskra“ als **Zentralorgan** und die durch ideologisch-organisatorische Vereinigung der zersplitterten Zirkel ab 1901 **realisiert**.

Das bedeutet für uns **nicht**, dass wir **schematisch** irgendeine dieser „Vorphasen“, die sich aus den Besonderheiten eines Landes erklären, in dem zum ersten Mal eine Arbeiterbewegung und eine marxistische Bewegung sich zunächst unabhängig voneinander entwickelten und sich dann vereinigten, auf unsere Bedingungen übertragen, sondern dass wir diese Erfahrungen genauestens studieren und herausfiltern müssen, was allgemeingültig ist, um es dann auf unsere besonderen Bedingungen richtig anzuwenden.

Ein wesentlicher Unterschied aber ist, dass wir von den in der Praxis bestätigten Prinzipien der bolschewistischen Partei Lenin-Stalinschen Typs ausgehen können. Daraus ergibt sich für uns, dass wir von vornherein bewusst und planmäßig **alle grundlegenden Aufgaben der ersten Phase des Parteaufbaus** nach unseren jeweiligen Kräften und Möglichkeiten – bei eindeutiger Festlegung des Hauptkettenglieds – stellen und zu verwirklichen suchen.

Uns war allerdings anfangs keineswegs klar, dass wir solche für die erste Phase **typischen** Merkmale wie Herausgabe eines Zentralorgans, Aufbau von Betriebszellen, Organisation im landesweiten Maßstab, direktes Eingreifen in Kämpfe der Arbeiterbewegung durch tagtägliche Massenagitation und nicht nur durch Propaganda mehr als zwanzig Jahre lang **nicht realisieren** werden. Diese Tatsachen können nicht einfach beiseite geschoben werden. Vielmehr müssen wir uns bewusst werden über die Ursachen und Gründe, warum unsere momentane Arbeit in vielerlei Hinsichten **keinesfalls typisch** für die erste Phase des Parteaufbaus ist.⁷⁷

Die **Länge der Zeiträume** hier bei uns, die Fülle der unbedingt nötigen theoretischen Arbeit, die große Betonung der vorrangigen Schulung bringen dabei besondere Gefahren mit sich, die unbedingt bekämpft werden müssen.

Als „Gegengift“ gegen diese Gefahren ist erforderlich:

- **Zielklarheit** bei der theoretischen Arbeit, Konzentration auf die **grundsätzlichen Fragen**, auf die dahinter stehenden Schlussfolgerungen und sich **nicht** in Einzelheiten und sinnlosen Verästelungen zu verlieren;
- Arbeit und bewusster Einsatz der Kader auch im Bereich der gefährvollen Praxis;
- Theoretische Ergebnisse auch unter „nicht eingearbeiteten Genossinnen und Genossen“ **propagieren lernen**, also Schlussfolgerungen der theoretischen Arbeit mit ihren Begründungen richtig und gut verständlich in Beziehung bringen usw. – gegen Akademismus, der oft genug mit Pragmatismus gepaart ist.

Hier soll abschließend ein kurzer Überblick über anstehende Projekte auf theoretischem Gebiet gegeben werden:

Auf geschichtlichem Gebiet sind vorrangig:

- Die weitere Analyse der Geschichte, des Kampfes, der ideologischen, theoretischen und politischen Grundlagen der **Kommunistischen Internationale** insgesamt

(die vor allem programmatischen Dokumente des VI. Weltkongresses, die Linie und Taktik des VII. Weltkongresses im Kampf gegen den Faschismus, vor allem den Nazifaschismus, sowie gegen den imperialistischen Krieg) sowie die Einschätzung der Arbeit verschiedener Sektionen der Kommunistischen Internationale, um aus den verschiedenen positiven und negativen Erfahrungen zu lernen. Ein Kernproblem dabei ist der Zweite Weltkrieg und der internationale Kampf gegen den Nazifaschismus.⁷⁸

- Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Einschätzung der Tätigkeit des **Kommunistischen Informationsbüros** wichtig, insbesondere auch im Hinblick auf den Vormarsch der modernen Revisionisten, welche das 1947 gegründete Kominformbüro 1956 auflösten.

Zur **Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Deutschland:**

- Weitere Analyse der Geschichte der KPD, ihrer Grunddokumente, ihrer Strategie und Taktik im Kampf für die proletarische Revolution, ihres Eingreifens in die Klassenkämpfe, ihres Kampfes gegen den Nazifaschismus vor und nach 1933 sowie nach 1945.
- Detaillierte Analyse der Geschichte der SED vor dem Hintergrund der wesentlichen Erfahrung der Existenz der zunächst antifaschistisch-demokratischen und schließlich revisionistischen DDR.⁷⁹

Theoretische Arbeiten und Projekte zur **Analyse der Lage und der Aufgaben heute:**

- Analyse der internationalen Lage.
- Einschätzung des deutschen Imperialismus.
- Herausarbeiten der Kernpunkte der deutschen Ideologie.
- Analyse der Aktivitäten des deutschen Imperialismus auf der ganzen Welt für seine grundlegende Einschätzung und für einen klaren Überblick, als Grundlage für unsere Agitation und Propaganda und zur Konkretisierung der Resolution 2 der zweiten Parteikonferenz „Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution“.⁸⁰
- Klassenanalyse: konkretes Bild der Struktur Deutschlands, konkrete Vorstellung der revolutionären Veränderungen auf allen Gebieten. „Konkretes Programm“ als Kriegserklärung gegen den eigenen Imperialismus.

Auf dem Gebiet der **Theorie des Parteaufbaus:**

- Auswertung der entscheidenden Erfahrungen beim Parteaufbau, vor allem anhand der Erfahrungen der KPdSU(B) und vor dem Hintergrund der entscheidenden Bedeutung der Kommunistischen Partei für die Frage der revisionistischen Machtergreifung.
- Auswertung der entscheidenden ideologischen Kämpfe, Polemiken, innerparteilichen Kämpfe in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung.

Eine notwendige Korrektur

In der Beilage zum Flugblatt 7/8-2006 „Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit“ ist ein Fehler enthalten, da wir unbesehen einen kompletten Abschnitt aus dem Theoretischen Organ ROT FRONT Nr. 4 abgedruckt haben, obwohl dieser Fehler bereits in RF Nr. 5, S. 199 ff. korrigiert worden war.

Es heißt fälschlich in der Beilage S. 3, linke Spalte, vorletzter Absatz, 16. Zeile ff.:

„Konkret handelt es sich also um einen Tausch, der das Geheimnis der Mehrwertproduktion, d. h. der Ausbeutung des Proletariats, des Anwachsens der Macht des Kapitals, den ganzen Mechanismus der kapitalistischen Ausbeutung **enthält** (!?).“

Korrekt wäre dieser Satz dann gewesen, wenn wir statt des Wortes „enthält“, das Wort „verschleiert“ geschrieben hätten. Denn der Austausch verschleiert das Geheimnis der Ausbeutung. Lüften kann dieses Geheimnis aber nur der, der die Sphäre der **Produktion** betritt.

Denn dieser besondere Tausch Lohn gegen Arbeitskraft erzeugt ja – unterstützt und gepflegt von der kapitalistischen Propaganda – gerade den falschen Schein von „Gerechtigkeit“, enthält also lediglich das Geheimnis dieser **Verschleierung** der Klassenverhältnisse und der zu Grunde liegenden Fragen, wer die Produktionsmittel besitzt und wer nicht, aber eben nicht das „Geheimnis der Mehrwertproduktion“ im eigentlichen, direkten Sinne.

In diesem Tausch – wir wiederholen es noch einmal – ist nicht enthalten die Möglichkeit der Mehrwert-Produktion. Hier muss die Sphäre des Tausches verlassen, die Fabrik, die Produktionssphäre betreten und das Geheimnis der Aneignung unbezahlter Arbeit, der Mehrarbeit aufgedeckt werden: Der Arbeiter erhält als Lohn, was er zu seiner Reproduktion braucht und nicht, was er an Wert in seiner Arbeitszeit schafft.

Anmerkungen

¹ Drei Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution stellte Lenin fest:

„Eines der größten Übel, eine der größten Plagen, die uns die alte, kapitalistische Gesellschaft hinterlassen hat, ist die tiefe Kluft zwischen Buch und praktischem Leben; denn wir hatten Bücher, in denen alles aufs schönste beschrieben war, aber diese Bücher waren in den meisten Fällen widerlichste heuchlerische Lüge, die uns ein falsches Bild von der kapitalistischen Gesellschaft zeichnete ...

Ohne Arbeit, ohne Kampf ist das aus den kommunistischen Broschüren und Werken geschöpfte Bücherwissen über den Kommunismus keinen Pfifferling wert, denn es würde nur die alte Kluft zwischen Theorie und Praxis neu aufreißen ...“

(Lenin, „Die Aufgaben der Jugendverbände“, 1920, Werke Band 31, S. 274)

² Hier wurde der Text korrigiert. Mehr dazu in dieser Beilage. Siehe S. 22, „Eine notwendige Korrektur“.

³ Diesen Grundzug der Methode des Leninismus hat Stalin in seinen Vorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus“ von 1924 gegen die opportunistischen Methoden der II. Internationale herausgestellt:

„Statt einer revolutionären Theorie aus einem Guss – einander widersprechende theoretische Sätze und Bruchstücke einer Theorie, die vom lebendigen revolutionären Kampf der Massen losgelöst waren und sich in morsche Dogmen verwandelt hatten. Zur Wahrung des Scheins gedachte man natürlich zuweilen der Theorie von Marx, aber nur, um aus ihr den lebendigen revolutionären Geist auszutreiben.

Statt einer revolutionären Politik – welches Philistertum und ‚nüchterne‘ Politikasterei, parlamentarische Diplomatie und parlamentarische Kombinationen. Zur Wahrung des Scheins wurden natürlich ‚revolutionäre‘ Beschlüsse und Losungen angenommen, aber nur, um sie zu den Akten zu legen.“

(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 72)

⁴ Stalin bezeichnete als ein erstrangiges Erfordernis der Methode des Leninismus die

„Überprüfung der theoretischen Dogmen der II. Internationale im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen, im Feuer der lebendigen Praxis, das heißt in der Wiederherstellung der gestörten Einheit von Theorie und Praxis, in der Beseitigung der Kluft zwischen beiden, denn nur so ist es möglich, eine wirklich proletarische Partei zu schaffen, die mit der revolutionären Theorie gewappnet ist ...

Überprüfung der Politik der Parteien der II. Internationale nicht nach ihren Losungen und Resolutionen (denen man nicht glauben darf), sondern nach ihren Taten, nach ihren Handlungen, denn nur so ist es möglich, das Vertrauen der proletarischen Massen zu gewinnen und sich zu verdienen.“

(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 73)

⁵ „Warum haben die russischen Arbeiter Lenin ein so unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht? Etwa bloß deshalb, weil seine Politik richtig war? Nein, nicht nur deshalb. Sie vertrauten ihm auch deshalb, weil sie wussten, dass bei Lenin zwischen Wort und Tat kein Widerspruch bestand, dass Lenin ‚nicht betrügt‘. Darauf gründete sich unter anderem die Autorität Lenins. Mit dieser Methode erzog Lenin die Arbeiter, so hat er ihnen das Vertrauen zu den Führern anezogen.“

(Stalin, „Rede in der deutschen Kommission des VI. Erweiterten Plenums des EKKI“, 1926, Werke Band 8, S. 101)

⁶ Das Scheitern nichtmarxistischer Theorien begründete Stalin in seiner Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“ von 1939, die im „Kurzen Lehrgang“ enthalten ist, mit deren fehlender materialistischer Grundlage:

„Das Scheitern der Utopisten, darunter der Volkstümpler, Anarchisten, Sozialrevolutionäre, erklärt sich unter anderem dadurch, dass sie die primäre Rolle der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft in der Entwicklung der Gesellschaft nicht anerkannten und – in Idealismus verfallend – ihre praktische Tätigkeit nicht auf der Grundlage der Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft aufbauten, sondern unabhängig von ihnen und im Gegensatz zu ihnen auf der Grundlage ‚idealer Pläne‘ und ‚allumfassender Projekte‘, die von dem realen Leben der Gesellschaft losgelöst waren.“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 145)

⁷ Lenins Formulierung der Rolle der Praxis in der Erkenntnistheorie richtet sich sowohl gegen Stillstand des Denkens, gegen Selbstzufriedenheit und Verknöcherung als auch gegen Skeptizismus, Relativismus und Agnostizismus. Lenin erklärte:

„Der Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis muss der erste und grundlegende Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein. Und er führt unvermeidlich zum Materialismus, da er von vornherein die zahllosen Schrullen der Professorscholastik beiseite wirft. Freilich darf dabei nicht vergessen werden, dass das Kriterium der Praxis schon dem Wesen der Sache nach niemals irgendeine menschliche Vorstellung *vollständig* bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist ‚unbestimmt‘ genug, um die Verwandlung der menschlichen Kenntnisse in ein ‚Absolutum‘ zu verhindern, zugleich aber auch bestimmt genug, um gegen alle Spielarten des Idealismus und Agnostizismus einen unerbittlichen Kampf zu führen.“

(Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“, 1908, Werke Band 14, S. 137)

⁸ Siehe Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 79.

⁹ Es wäre eine eigene Aufgabe, diese Frage genauer zu beleuchten. Das Kriterium der Praxis beinhaltet, dass der Umfang der theoretischen Frage derselbe sein muss wie der Umfang des Kriteriums Praxis. Die Frage nach dem *welthistorischen* Sieg des Sozialismus und nach der völligen Zerschlagung des Kapitalismus kann *nur anhand der welthistorischen Praxis* endgültig entschieden werden und nicht im Verlauf von 20 bis 30 Jahren. Dass eine richtige Linie (etwa die Linie Lenins) unbedingt zum Sieg der Revolution führt, kann ebenfalls nur im Verlauf der gesamten Entwicklung Russlands betrachtet werden und wird *nicht* durch eine falsche und enge Auslegung des Kriteriums Praxis widerlegt wie etwa: „Die Linie Lenins 1905 war falsch. Das zeigt die Niederlage der Revolution von 1905.“ (Vgl. hierzu auch Stalin, Werke Band 9, S. 297). Der Begriff Praxis darf nicht *eng* aufgefasst werden, wenn die zur Entscheidung stehende Frage eben einen großen Komplex umfasst.

Die Betonung des jeweiligen Umfangs der Praxis ist auch unbedingt notwendig, um gegen engen Pragmatismus und Opportunismus die Schädlichkeit jener praktischen „Tageserfolge“ nachweisen zu können, welche die grundlegende revolutionäre Praxis des Proletariats untergraben, statt diese vorwärts zu bringen. Auch insofern ist es unserer Meinung nach sehr wichtig zu verstehen, dass das Kriterium Praxis nicht absolut ist.

¹⁰ Ein hervorragendes Beispiel ist die Haltung von Marx zum Aufstand der Pariser Arbeiterinnen und Arbeiter 1871, worüber Lenin unter anderem feststellte:

„Marx begnügte sich jedoch nicht damit, dem Heroismus der, wie er sich ausdrückte, ‚himmelstürmenden‘ Kommunisten, Begeisterung zu zollen. Er sah in der revolutionären Massenbewegung, obwohl sie ihr Ziel nicht erreichte, einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen gewissen Schritt vorwärts in der proletarischen Welt-

revolution, einen praktischen Schritt, der wichtiger ist als Hunderte von Programmen und Auseinandersetzungen. Diesen Versuch zu analysieren, aus ihm Lehren für die Taktik zu ziehen, auf Grund dieses Versuchs seine eigene Theorie zu überprüfen – das war die Aufgabe, die sich Marx stellte.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 426)

Die Opportunisten haben dies später so hingestellt, als habe Marx mit seiner Äußerung „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“ (siehe Marx, „Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875“, veröffentlicht in „Kritik des Gothaer Programms“, Marx/Engels Werke Band 19, S. 13), auf die sich Lenin hier bezieht, die Bedeutung der revolutionären Theorie und des Programms der Kommunistischen Partei herabgewürdigt. In Wirklichkeit war die revolutionäre Massenbewegung und der durch sie in der Praxis vollzogene Schritt nach vorne für Marx gerade Grund, die eigene Theorie als revolutionäre Handlungsanleitung für die Praxis schärfer zu fassen (vgl. dazu Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 426/427). Diese Äußerung von Marx stammt außerdem gerade aus einem Brief über das „Gothaer Programm“, in dem er die Prinzipienlosigkeit scharf verurteilt. Völlig absurd war die Berufung auf die Bedeutung der Praxis noch dazu in einer Zeit der weitgehenden theoretischen Zerrissenheit (vgl. dazu Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 379).

¹¹ „Mit dieser Betonung der Notwendigkeit, Wichtigkeit und gewaltigen Bedeutung der theoretischen Arbeit der Sozialdemokraten (gemeint sind die Kommunisten, A.d.V.) will ich keineswegs sagen, diese Arbeit müsse an die erste Stelle, vor die praktische, gestellt werden, noch weniger will ich sagen, dass die zweite bis zum Abschluss der ersten aufgeschoben werden soll.“

(Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“, 1894, Werke Band 1, S. 301)

In einer Fußnote unmittelbar dazu erläuterte Lenin, wie dies zu verstehen ist:

„Im Gegenteil. An erster Stelle steht unbedingt stets die praktische Propaganda- und Agitationsarbeit, und zwar erstens, weil die theoretische Arbeit nur auf Fragen antwortet, die von der zweiten erhoben werden. Zweitens aber werden die Sozialdemokraten nur zu oft durch Umstände, die nicht von ihnen abhängen, dazu gezwungen, sich allein auf die theoretische Arbeit zu beschränken, als dass sie nicht jeden Augenblick zu schätzen wüssten, der die Möglichkeit zur praktischen Arbeit bietet.“

(Ebenda, S. 301)

Prinzipiell geht es hier um die dienende *Funktion* der revolutionären Theorie bzw. der theoretischen Arbeit für die revolutionäre Praxis. Zum anderen betonte Lenin aber auch, dass es *Situationen* gibt, in denen sich die kommunistischen Kräfte erzwungenermaßen weitgehend auf die theoretische Arbeit beschränken müssen und daher um so mehr jede Möglichkeit für praktische Propaganda- und Agitationsarbeit nutzen müssen.

Dabei muss auch bewusst sein, dass die praktische Tätigkeit der Kommunistischen Partei keinesfalls nur die Arbeit unter den revolutionären Kräften und der Arbeiterklasse umfasst, sondern auch die Praxis des Parteaufbaus. Diese praktische Tätigkeit, die notwendig in der Phase der Schaffung der Partei großen Raum einnimmt, darf den Gesetzen des Parteaufbaus gemäß nicht in ihrem ganzen Umfang sichtbar werden.

¹² Diesen Grundgedanken hat Engels in ähnlicher Weise formuliert:

„Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären... und stets im Auge zu behalten, dass der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will. Es wird darauf ankommen, die so gewonnene, immer mehr geklärte Einsicht unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten, die Organisation der Partei wie der Gewerksge-

nossenschaften immer fester zusammenzuschließen.“

(Engels, „Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu ‚Der deutsche Bauernkrieg‘“, 1874, Marx/Engels Werke Band 18, S. 517, von Lenin zitiert in „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 382)

¹³ Grundlegende Aufgaben der Kommunistischen Partei „nach außen“ werden vor allem in den Resolutionen 1 bis 4 der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ behandelt, die in „Rot Front“, Nr. 1 und 2, abgedruckt sind.

¹⁴ Vgl. dazu die Resolution 5 der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“, Teil II: „Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik“, in „Rot Front“, Nr. 3.

¹⁵ Engels bezeichnete als großen Fortschritt der damaligen revolutionären Partei in Deutschland:

„Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt.“

(Engels, „Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu ‚Der deutsche Bauernkrieg‘“, 1874, Marx/Engels Werke Band 18, S. 516/517, von Lenin zitiert in „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 382)

Viele Jahre später, bereits beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, hob Stalin gegen die Vernachlässigung des theoretischen Kampfes hervor:

„Ist es denn schwer zu begreifen, dass es ohne einen unversöhnlichen, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie geführten Kampf gegen die bürgerlichen Theorien unmöglich ist, den völligen Sieg über unsere Klassenfeinde zu erringen?“

(Stalin, „Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“, 1929, Werke Band 12, S. 126)

¹⁶ Vgl. Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 379/380

¹⁷ Stalin schrieb 1921:

„Die Entwicklung des Kommunismus in Russland hat eine lange, mehrere Jahrzehnte währende Geschichte theoretischer Arbeit und theoretischen Kampfes innerhalb des russischen Sozialismus. Aus diesem Kampf ging eine festgefügte Gruppe führender Elemente hervor, die genügend stark in der Theorie und standhaft in prinzipieller Hinsicht waren, um die Parteimassen führen zu können.“

(Stalin, „Rede bei Eröffnung der Beratung der Kommunisten der Turkvölker der RSFSR“, 1921, Werke Band 5, S. 1)

¹⁸ Siehe Lenin, „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“, Werke Band 2, 1897, S. 329f.

¹⁹ In „Was tun?“ bemerkte Lenin gegen einen Verächter der Theorie, der verkündete, dass die Beschäftigung mit theoretischen Fragen vollkommen gleichgültig sei angesichts der bald bevorstehenden Revolution:

„Unser Neunmalweiser merkt nicht, dass wir gerade während der Revolution die Resultate des theoretischen Kampfes gegen die Kritiker brauchen werden für den entscheidenden Kampf gegen ihre praktischen Positionen!“

(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 533)

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution hat Lenin auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale für die Kommunistinnen und Kommunisten aller Länder die Erfahrung betont, dass alle Unklarheiten und Halbheiten im theoretischen Kampf, bei der prinzipiellen Entlarvung der Opportunisten, direkt die Gefahr eines Sturzes der proletarischen Staatsmacht durch die Bourgeoisie vergrößern,

„die morgen für die Konterrevolution das ausnutzen wird, was heute kurzsichtigen Leuten nur eine theoretische Meinungsverschiedenheit zu sein scheint.“

(Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale“, 1920, Werke Band

31, S. 178)

²⁰ Lenin stellte heraus, dass es ein fundamentaler Unterschied ist, ob man

„die Grundthesen des Marxismus im Einklang mit den sich verändernden Verhältnissen und mit den lokalen Besonderheiten der verschiedenen Länder ...“

(Lenin, „Eine unkritische Kritik“, 1900, Werke Band 3, S. 654)

anwendet und entwickelt oder aber, ob unter Berufung auf noch nicht bzw. oberflächlich analysierte Besonderheiten eines Landes oder überhaupt unter Berufung auf neuentstandene Bedingungen die Grundthesen des wissenschaftlichen Kommunismus verneint werden.

²¹ Dies zeigt sich gerade auch in Dokumenten des Kampfes gegen den Chruschtschow-Breschnew-Revisionismus, den Dokumenten der „Großen-Polemik“ der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens. Deshalb ist die Kritik der Halbheiten und grundlegenden Fehler dieser Dokumente eine unerlässliche Aufgabe für das erneute Erstarken der internationalen kommunistischen Bewegung. In der Serie gemeinsamer Stellungnahmen über „Die Erfordernisse einer internationalen marxistisch-leninistischen Generallinie und der Kampf der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus“ haben wir diese Dokumente genau eingeschätzt und bewertet (vgl. dazu „Rot Front“, Nr. 11/12/13/14, „Zur ‚Polemik‘“).

²² Ein Beispiel dafür ist die konterrevolutionäre „Drei-Welten-Theorie“ bzw. die „Supermachtstheorie“. (Vgl. dazu ausführlicher: „Rot Front“, Nr. 11/12/13/14, „Zur ‚Polemik‘ – Die revisionistische Linie des 20. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)“, 2001/2002.)

Die Folgen der Unterschätzung des Chruschtschow-Revisionismus zeigten sich besonders krass, als in der Auseinandersetzung mit dem chinesischen Deng-Revisionismus nach 1976 vor allem die Partei der Arbeit Albaniens nur die sattsam bekannten Thesen der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten aufwärmte (vgl. dazu ausführlich die Kritik an Enver Hoxhas Buch „Imperialismus und Revolution“, „Rot Front“, Nr. 20).

²³ Von besonderer Bedeutung für ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen kommunistischer Theorie und kommunistischen Prinzipien ist unserer Meinung nach die Betrachtung des Kampfes von Marx und Engels zur Verteidigung ihrer erstmals im „Manifest der kommunistischen Partei“ zusammengefasst dargelegten Lehre. In der „Kritik des Gothaer Programms“ wurden von Marx und Engels ein Vierteljahrhundert nach Erscheinen des „Manifests“ in einem außerordentlich wichtigen und lehrreichen, vielfach unterschätzten Kampf mit beispielhafter Konsequenz die Theorie und Prinzipien des „Manifests“ verteidigt. (Vgl. genauer dazu in: „Rot Front“, Nr. 11/12/13/14, „Zur ‚Polemik‘“, S. 39-41).

²⁴ Engels sagte in diesem Sinn mit aller Deutlichkeit über die **Entstehung** der marxistischen Prinzipien:

„Die Prinzipien sind nicht der Ausgangspunkt der Untersuchung; sondern ihr Endergebnis ... Die Prinzipien sind nur insoweit richtig, als sie mit Natur und Geschichte stimmen.“

(Engels, „Anti-Dühring“, 1878, Marx/Engels Werke Band 20, S. 33)

²⁵ Heute existiert in Deutschland keine selbständige Strömung oder Organisation, die als dogmatisch bezeichnet werden könnte. Deshalb gehen wir auf die Frage des Dogmatismus nicht in einem eigenen Abschnitt ein. Die Gefahr auch dogmatischer Abweichungen in den Reihen der kommunistischen Kräfte muss allerdings bewusst sein. Dies betrifft vor allem die schematische Übertragung der Merkmale **einer** konkreten Situation auf eine wesentlich andere konkrete Situation. Unsere grundsätzliche Position haben wir dargelegt in „Gegen die Strömung“, Nr. 31, „Diskussionsfragen und Antworten zu den Problemen aus den Gemeinsamen Stellungnahmen zur Kritik der ‚Großen Polemik‘ der 60er Jahre“, Dezember 1982, im Abschnitt „Kann der Dog-

matismus niemals die Hauptgefahr sein?“

²⁶ Es gibt Leute, die meinen, dass es in der heutigen Situation keinen Sinn mache, die „allgemeinen Wahrheiten“ des wissenschaftlichen Kommunismus zu „wiederholen“, d. h. darzulegen und zu begründen. Zu einer Zeit, nämlich 1952, als es noch die KPdSU(B) gab, die sich wirklich auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus berufen hat, als aber auch schon die revisionistischen Renegaten Stellung bezogen haben, stellte Stalin im Hinblick auf die ungefestigten Genossen fest:

„Ich denke, dass die systematische Wiederholung sogenannter ‚allgemein bekannter‘ Wahrheiten und ihre geduldige Erläuterung eins der besten Mittel zur marxistischen Erziehung dieser Genossen ist“

(Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, Werke Band 15, S. 301)

Der Unterschied zu heute ist, dass die „Wahrheiten“ nicht nur nicht „allgemein bekannt“, sondern sogar weitgehend verschüttet, tausendfach entstellt und in den Dreck getreten sind. In einer solchen Situation die Wiederherstellung, Verteidigung und Erläuterung der Prinzipien als eigentlich überflüssig hinzustellen, ist ein Gipfel der Prinzipienlosigkeit, heißt – wie es Lenin in „Was tun?“ bildlich ausgedrückt hat – am Tage der Beerdigung auszurufen: „Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein!“ (Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 379).

²⁷ Um ihre konterrevolutionäre Theorie vom angeblich möglichen „friedlichen Weg zum Sozialismus“ zu legitimieren, haben die Chruschtschow- und Breschnew-Revisionisten z. B. gerade auch Zitate von Lenin aus der Phase der „Doppelherrschaft“ nach der Februarrevolution von 1917 angeführt. Das genaue und umfassende Studium zeigt jedoch, dass Lenin und Stalin etwas völlig anderes, völlig Entgegengesetztes verstanden, wenn sie damals für eine gewisse Zeit von der „friedlichen“ Weiterentwicklung der Revolution sprachen: In Wirklichkeit **bestätigen** die Erfahrungen in der Phase der „Doppelherrschaft“, die in Russland für eine gewisse Zeit nach der Februarrevolution 1917 bestand und nur eine bestimmte Phase im Gesamtprozess der Revolution in Russland war, die Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten, dass die Zerschlagung des alten Staatsapparates durch den bewaffneten Kampf erfolgen muss, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter und anderen Ausgebeuteten bewaffnet sein müssen, dass der alte Staatsapparat unbedingt zerschlagen werden muss (vgl. dazu ausführlich in „Rot Front“, Nr. 11/12/13/14, „Zur ‚Polemik‘“, den Abschnitt „Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg‘ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus“, S. 89-146).

²⁸ Siehe dazu genauer: Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, 1904, Werke Band 7, S. 408, sowie insgesamt zum Kampf gegen den Opportunismus: „Rot Front“ Nr. 1, „Der Kampf gegen den Imperialismus ist unmöglich ohne den Kampf gegen den Opportunismus“, S. 66–68.

²⁹ Im Kampf für den Bruch mit dem Revisionismus der II. Internationale entlarvte Lenin dieses Vorgehen der Opportunisten konkret am Beispiel des italienischen Opportunisten Serrati:

„Durch seine Bemerkungen lenkt Serrati die Leser des ‚Avanti!‘ von der wichtigsten, grundlegenden, wesentlichen Frage ab, nämlich von der Frage, ob es zulässig ist, in der italienischen Partei des revolutionären Proletariats jetzt noch Reformisten zu dulden. Serrati sucht die Unrichtigkeit der von ihm eingenommenen Stellung zu bemänteln, indem er sich bemüht, die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen auf Zweitrangiges und Unwichtiges zu lenken. Dagegen muss man kämpfen. Das Wesentliche muss man klären.“

(Lenin, „Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei“, 1920, Werke Band 31, S. 374)

³⁰ Unter Axiomen sind philosophisch die unmittelbaren letzten Grundsätze zu verstehen. Die idealistische Philosophie betrachtet, zurückgehend auf Aristoteles, die Axiome als letzte Grundsätze, die **nicht beweisbar** seien. Nach der Auffassung des dialektischen Materialismus spiegeln die Axiome, wenn sie

richtig sind, die Verhältnisse, Zusammenhänge, Gesetzmäßigkeiten der Wirklichkeit wider. Ihr Ursprung liegt ebenso in der menschlichen Praxis und Erfahrung wie der Ursprung aller Erkenntnis. Im Lauf der Entwicklung des Denkens werden gewisse Sätze auf Grund der „gehäuften Erfahrungen“ der Menschheit zu Axiomen.

Die Axiome sind auf dem Wege der historischen und logischen Verallgemeinerung der Erfahrungsergebnisse zustande gekommen. In diesem Sinn hat ihre Richtigkeit Beweis und Begründung erhalten. Doch eben dadurch, dass sie zu Axiomen wurden, fällt die Notwendigkeit weg, sie immer wieder zu kontrollieren. Für die Praxis des logischen Denkens sind sie demnach Grundsätze. Grundsätze beweisen heißt: ihren Ursprung nachweisen. (Vgl. dazu ausführlich B. Fogarasi, „Dialektische Logik“, 1953, S. 336–339, Nachdruck Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997).

Siehe auch „Materialien zum Studium des dialektischen Materialismus“, herausgegeben von Buchladen Georgi Dimitroff, Frankfurt/M. 1993, S. 221–242.

³¹ In seiner Schrift „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ kritisiert Stalin, dass die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“ eine Diskussion über Axiome des Bolschewismus zugelassen hatte. Denn:

„Eine Verleumdung muss man brandmarken, nicht aber zum Gegenstand einer Diskussion machen.“

(Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931, Werke Band 13, S. 78)

Stalin forderte daher die Redaktion auf, damit Schluss zu machen,

„die Leute von neuem in eine Diskussion hineinzuziehen über Fragen, die Axiome des Bolschewismus sind. Das bedeutet, dass Sie sich neuerlich mit der Absicht tragen, die Frage des Bolschewismus Lenins aus einem Axiom zu einem Problem zu machen, das der ‚weiteren Bearbeitung‘ bedürfe.“

(Ebenda, S. 77)

Stalin stellt dies von vornherein erst einmal klar, bevor er inhaltlich zu argumentieren beginnt. Dies bedeutet aber nicht, dass er nun auf die inhaltliche Kritik der durch die Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“ verbreiteten falschen Ansichten verzichtet. Sein Vorgehen besteht darin, dass er mit Argumenten und Beweisen die Verleumder brandmarkt. Wichtig ist, sich dabei *immer* klar zu sein, dass es sich um Verleumder handelt, also nicht etwa der Eindruck entsteht, dass es sich um wirkliche Probleme bzw. offene Fragen handeln würde. (Als Ursache dieses Fehlers der Redaktion nennt Stalin ihren Liberalismus gegenüber dem Trotzismus.)

³² So z. B. die deutsch-nationalistische Vereinnahmung des internationalistischen Widerstands im Nazi-KZ Buchenwald durch die Revisionisten der SED und DKP (vgl. „Gegen die Strömung“, Flugblatt 4/95, „50 Jahre Schwur von Buchenwald: ‚Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung‘“).

³³ **„Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“**

(Lenin, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, 1913, Werke Band 19, S. 8)

³⁴ **„Der vormarxistische Sozialismus ist zerschlagen. Er kämpft weiter, doch nicht mehr auf eigenständigem Boden, sondern auf dem allgemeinen Boden des Marxismus, als Revisionismus.“**

(Lenin, „Marxismus und Revisionismus“, 1908, Werke Band 15, S. 21)

„Die Dialektik der Geschichte ist derart, dass der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als

Marxisten zu verkleiden.“

(Lenin, „Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx“, 1913, Werke Band 18, S. 578)

³⁵ Konkret ging es Lenin im Zusammenhang dieses Zitats darum, die Wurzeln von Bucharins Fehlern in der Gewerkschaftsfrage theoretisch nachzuweisen, sein Unverständnis der dialektischen Logik, die Bucharin durch formalistischen Eklektizismus ersetzte. (Vgl. Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki und Bucharins“, 1921, Werke Band 32, S. 81–92)

³⁶ Vgl. zum Chauvinismus dieser Gruppen „Dokumente des Kampfes von ‚Gegen die Strömung‘ gegen die revisionistische Linie der KPD/ML 1974–1979“, Frankfurt/M. 1979, sowie in „Gegen die Strömung“, Nr. 50, „Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus! – Gegen die Einverleibung der DDR!“, Mai 1990, die Artikel „Streiflichter zu den MLPD-Nationalisten“ und „Der ‚Arbeiterbund‘ und der ‚Wunsch nach der Wiedervereinigung‘“.

³⁷ Vgl. dazu ausführlich „Radikal Brechen“, Nr. 11, „Die angeblich ‚antinationalen‘ Deutschen kapitulieren in Wirklichkeit vor den Aufgaben des realen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!“, September 1995, 2. Auflage.

³⁸ Siehe dazu „Gegen die Strömung“, Nr. 41, „Der Kampf zur Vernichtung des westdeutschen Imperialismus erfordert die Auseinandersetzung mit der RAF!“, Oktober 1987.

³⁹ Zur Entstehung der materiellen Basis und Bedeutung der Arbeiteraristokratie sowie zum Versuch der deutschen Bourgeoisie die gesamte Arbeiterklasse an sich zu ketten, siehe „Rot Front“, Nr. 2, S. 128 ff. und S. 130 ff.

⁴⁰ Eine solche Analyse ist natürlich nicht nur von überragender Bedeutung, um die sozialklassenmäßigen Wurzeln des Opportunismus erklären zu können, sondern vor allem, um auf der Grundlage einer solchen theoretischen Analyse Theorie und Programm, Strategie und Taktik der Revolution im eigenen Land festlegen zu können.

⁴¹ Dies erläuterte Lenin anhand der damaligen englischen „Arbeiterpartei“:

„Natürlich setzt sich die Arbeiterpartei größtenteils aus Arbeitern zusammen. Ob jedoch eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt nicht nur davon ab, ob sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, sondern auch davon, wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Taktik ist. Nur das letztere ist maßgebend dafür, ob wir wirklich eine politische Partei des Proletariats vor uns haben.“

(Lenin, „Rede über die Zugehörigkeit zur britischen Arbeiterpartei“ auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale, 1920, Werke Band 31, S. 246/247)

Lenin zog die Schlussfolgerung:

„Von diesem einzig richtigen Standpunkt aus ist die Arbeiterpartei eine durch und durch bürgerliche Partei, denn obwohl sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, wird sie doch von Reaktionären geführt – von den schlimmsten Reaktionären, die ganz im Geiste der Bourgeoisie handeln. Es ist eine Organisation der Bourgeoisie, die dazu existiert, mit Hilfe der englischen Noske und Scheidemann die Arbeiter systematisch zu betrügen.“

(Ebenda, S. 247)

In diesem Artikel führt Lenin aus, warum er es unter den damaligen besonderen Umständen dennoch für richtig hielt, dass die Kommunistinnen und Kommunisten in die „Arbeiterpartei“ eintreten sollten. Die Umstände waren: Riesige Massen von Arbeiterinnen und Arbeiter waren in dieser im Grunde überparteilichen „Partei“ organisiert. Die damalige Labour-Partei war laut Lenin eben *keine* „politische Partei“ im eigentlichen Sinne. Die revolutionäre Stimmung unter diesen Massen zwang die bürgerliche Führung sogar, die Diskussion über den Eintritt in die Kommunistische Internationale zuzulassen. Es gab die Möglichkeit, innerhalb dieser bürgerlichen „Arbeiterpartei“ die bürgerliche Führung offen zu kritisieren (ebenda, S. 249). Auf dem II. Kon-

gress der Kommunistischen Internationale, wo Lenin das noch näher ausführte, stellte er zusammenfassend fest:

„Das ist ein sehr originelles Gebilde, wie wir es in keinem anderen Lande haben.“

(Lenin, „Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei“ auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale, 1920, Werke Band 31, S. 225)

Dies zu betonen ist auch heute besonders wichtig gegen so extreme Opportunisten wie den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“, die diese Besonderheit verallgemeinern, um ihre Linie des Nachtrabs und gar der Unterstützung der imperialistischen SPD und der konterrevolutionären DKP und PDS zu legitimieren.

⁴² So zeigt die „Geschichte der KPdSU(B)“ z. B. auf, dass bei den Wahlen zur Duma die bolschewistischen Deputierten gerade in den größten Industriezentren gewählt wurden, in denen nicht weniger als vier Fünftel der Arbeiterklasse lebten (vgl. „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 195).

⁴³ **„Die Klassenteilung stellt natürlich den tiefsten Untergrund der politischen Gruppierung dar; sie bestimmt natürlich letzten Endes immer diese Gruppierung. Aber dieser tiefe Untergrund enthüllt sich erst im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und in dem Maße, wie die Bewusstheit der Teilnehmer und Schöpfer dieser Entwicklung wächst. Zu diesem ‚letzten Ende‘ gelangt man erst durch den politischen Kampf – manchmal im Ergebnis eines langen, hartnäckigen, Jahre und Jahrzehnte währenden Kampfes, der sich bald stürmisch in verschiedenen politischen Krisen äußert, bald abebbt und für einige Zeit scheinbar aufhört.“**

(Lenin, „Die Aufgaben der revolutionären Jugend“, 1903, Werke Band 7, S. 33)

⁴⁴ Vgl. dazu auch „Gegen die Strömung“, Flugblatt 7/93, „Den proletarischen Internationalismus gegen den modernen Revisionismus erkämpfen – Für die Einheit der kommunistischen Kräfte der ganzen Welt!“

⁴⁵ Hauptmittel ist derzeit das dreimonatlich regelmäßig auf englisch, französisch, spanisch, italienisch und türkisch erscheinende vierseitige „Bulletin“ von „Gegen die Strömung“.

⁴⁶ Dieses Problem ist so alt wie die Literatur des wissenschaftlichen Kommunismus. Sehr scharf stellte sich die Frage der angemessenen Übersetzung natürlich beim Hauptwerk von Karl Marx „Das Kapital“. Friedrich Engels hat dazu eigens den Artikel geschrieben „Wie man Marx nicht übersetzen soll“. Darin weist er an einer Fülle von Beispielen nach, dass der Übersetzer einer englischen Ausgabe des Werks von Marx

„keine der von einem Marx-Übersetzer geforderten Fähigkeiten besitzt.“

(Engels, „Wie man Marx nicht übersetzen soll“, 1885, Marx/Engels Werke Band 21, S. 229)

Als unverzeihliche Fehler weist Engels unter anderem nach:

Verwendung unbestimmter Ausdrücke, welche die Meinung des Verfassers verdunkeln. Der Übersetzer wurde in keinster Weise mit der Anforderung fertig, kraftvolle Ausdrücke der einen Sprache in entsprechende kraftvolle Ausdrücke der anderen Sprache zu übersetzen. Unfähigkeit, von Marx neu geprägte deutsche Ausdrücke in entsprechende neue Ausdrücke im Englischen zu übersetzen (ebenda, S. 230). Übersetzung ein und desselben Fachausdrucks durch eine ganze Reihe verschiedener Ausdrücke, obwohl klar sein müsste, „dass ein Fachausdruck immer mit ein und demselben entsprechenden Wort wiedergegeben werden muss.“ (ebenda, S. 230). Wiedergabe feinsten Analysen in einer liederlich-schlampigen Art (ebenda, S. 232). Verkehrung des Sinns in das Gegenteil von dem, was Marx wirklich sagte (ebenda, S. 233).

Als Quellen all dieser Fehler nennt Engels unter anderem, dass der Übersetzer offenbar „nicht ein Wort der Marxschen Analyse verstanden hat“ (ebenda, S. 235), dass er „überhaupt nicht zu wissen scheint, was wirklich gewissenhafte wissenschaftliche

Arbeit ist“ (ebenda, S. 237). Werke wie „Das Kapital“ gehören, so Engels, zu den Büchern, die **nicht** auf Vertragsbasis übersetzt werden können, das heißt, nicht durch die Bezahlung eines bürgerlichen Übersetzers. Engels erwähnt, dass die Übersetzung von Marx' „Das Kapital“ damals bereits bei jemand anderem „in besten Händen“ lag, sich die Herausgabe aber verzögerte, da es den Übersetzern nicht möglich war, ihre gesamte Zeit darauf zu verwenden (ebenda, S. 237).

Hiermit sind klar auch Richtlinien für unsere eigene Übersetzungsarbeit heute angelegt, die eben größtes Gewicht auf die ideologische, politische und theoretische Qualität der Übersetzung legen muss, auch wenn dies zu Verzögerungen führt. Die Art und Weise, wie mit Übersetzungen umgegangen wird, lässt klare Rückschlüsse auf diejenigen zu, welche dafür verantwortlich sind. So haben wir vor geraumen Jahren die pseudomarxistische „KPD/ML“ auch anhand einer völlig unbrauchbaren Übersetzung einer Rede Enver Hoxhas entlarvt (vgl. „Eine unbrauchbare Übersetzung“, in: „Dokumente des Kampfes von ‚Gegen die Strömung‘ – Gegen die revisionistische Linie der KPD/ML 1974–1979“, Frankfurt/M. 1979).

Ein weiteres Problem ist, dass Übersetzungen von Schriften z. B. von Mao Tse-tung in verschiedenen Sprachen teilweise erheblich voneinander abweichen. Dabei zeigt sich, dass hinter diesen Übersetzungsunterschieden oft inhaltlich unterschiedliche Positionen zu zentralen Fragen stecken. Dies haben wir an Hand einer wichtigen Formulierung in einer Schrift Mao Tse-tungs durch den Vergleich der deutschen Übersetzung mit dem chinesischen Original, durch den Vergleich mit früheren Übersetzungen in Deutsch sowie mit der französischen, russischen und englischen Übersetzung aufgezeigt (vgl. dazu „Gegen die Strömung“, Nr. 37, „Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs, Teil II“, Dezember 1985, S. 225/226, sowie „Mao Tse-tung – seine Verdienste, seine Fehler“, Nachdruck Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997).

⁴⁷ Ein Musterbeispiel dafür war der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“, der doch tatsächlich behauptete: „Die Besonderheit des deutschen Imperialismus ist seine Allgemeinheit.“ (Siehe „Neues Rotes Forum“, Heft 1–2/1973, S. 20; zitiert in der „Gegen die Strömung“-Broschüre „Die Linie des KB Österreichs und des KB Westdeutschlands: Mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar!“, 1976, S. 11)

Heute vertritt die MLPD die These vom „neudeutschen Imperialismus“, (Grundsatzprogramm der MLPD, S. 5) um damit die ungebrochene Tradition des deutschen Imperialismus vom reaktionären Preußentum über den Nazifaschismus bis zu seiner heutigen Form und damit seine Besonderheiten zu vertuschen. Dies dient dazu, die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus, seine besondere Aggressivität zu verharmlosen und zu leugnen (siehe dazu: „Radikal Brechen“, Nr. 12, „Revisionistische und am Revisionismus orientierte pseudokommunistische Organisationen – eine Materialsammlung“, Mai 1997, S. 44 ff.).

⁴⁸ So hat Marx durch die wissenschaftliche Analyse enthüllt, dass Kapitalismus bedeutet, dass der sogenannte „gerechte Tausch“ zwischen Arbeitskraft hier und Lohn da in Wirklichkeit ein höchst ungleicher Handel ist. Siehe dazu genauer S. 3 in dieser Beilage.

⁴⁹ Vgl. dazu Resolution 5 der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“, „Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus“, „Rot Front“, Nr. 3, S. 48–50.

⁵⁰ Vgl. Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki und Bucharins“, 1921, Werke Band 32, S. 73.

⁵¹ Solches Material stellte die Bourgeoisie in China nicht zur Verfügung, so dass die chinesischen Kommunisten von Anfang an nur durch systematische „Untersuchungen auf der unteren Ebene“ durch die Kader, die dort praktische Arbeit leisteten, Schritt für Schritt durch die Zusammenfassung und Verallgemeinerung dieser Forschung die gesellschaftliche Entwicklung als Ganzes theoretisch erfassen konnten. Diese Methode der Untersuchung trägt insofern also spezifische Züge des damali-

gen Chinas. Bei der Ausarbeitung der konkreten Taktik für die Massenkämpfe ist diese Methode der konkreten eigenen Untersuchung vor Ort allerdings von allgemeiner Bedeutung. (Vgl. dazu Mao Tse-tung, „Vorwort und Nachwort zur ‚Untersuchung der Verhältnisse im Dorf‘“, 1941, Ausgewählte Werke Band III, S. 9)

⁵² „... in keinem einzigen Land kann die Kommunistische Partei damit rechnen, dass andere ihr diesbezüglich fertige Erkenntnisse liefern werden.“

(Mao Tse-tung, „Vorwort und Nachwort zur ‚Untersuchung der Verhältnisse im Dorf‘“, 1941, Ausgewählte Werke Band III, S. 9)

⁵³ „Unsere ‚Kathedergroßen‘ ersticken auf diese Art und Weise (durch die Fülle von Zahlen, A.d.V.) zweifellos den lebendigen, marxistischen Inhalt der Daten.“

(Lenin, „Brief an B. N. Knipowitsch“, 1912, Werke Band 35, S. 17)

⁵⁴ „Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muss man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und ‚Vermittlungen‘ erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren.“

(Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki und Bucharins“, 1921, Werke Band 32, S. 85)

⁵⁵ Gestützt auf die materiellen Mittel der bürgerlich-revisionistischen Staaten hat zur Zeit des Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus eine riesige Zahl von revisionistischen Schreiberlingen praktisch zu jedem Thema pseudokommunistische Untersuchungen und Abhandlungen veröffentlicht; sei es die Frage der Entwicklung des deutschen Imperialismus, die Analyse der Schichten auf dem Dorf, der Angestellten, die Frage der Kapitalausfuhr in die verschiedenen Erdteile, die amerikanischen Kapitalinvestitionen im eigenen Land, die Militarisierung der Industrie, die Untersuchung der Waffengattungen der Bundeswehr selbst, aber auch die Entwicklung der Streikbewegungen der Arbeiterklasse usw. Die „Theoretiker“ der diversen anderen Pseudokommunisten aber standen beeindruckt vor diesem Berg und landete denn auch mehr oder minder offen bei **jeder** konkreten Frage bei den „Untersuchungen“, also auch bei den Theorien der modernen Revisionisten. Auch heute dürfen diese revisionistischen Standardwerke auf verschiedenen Gebieten, z.B. der Philosophie, nicht unterschätzt werden, wenngleich die Möglichkeiten für deren weitere Produktion durch die Umwandlung der ehemals revisionistisch-kapitalistischen Staaten in offen kapitalistische Staaten weitgehend eingeschränkt worden sind. Heute bemühen sich diverse ausgebuffte revisionistische Theoretiker, durch neue pseudowissenschaftliche „Einführungen“ und Darstellungen vor allem bei jüngeren, am Marxismus bzw. Kommunismus Interessierten ihr revisionistisches Gift zu verbreiten.

⁵⁶ Vorbild muss auch in dieser Hinsicht Lenin sein. Lenin, der die Verteidigung und Propaganda des Marxismus mit dem Studium der Wirklichkeit Russlands verband, nahm frühzeitig Verbindung mit fortgeschrittenen Arbeiterinnen und Arbeitern in Petersburg (dem späteren Leningrad) auf, um aus ihnen den Kern von Kadern der künftigen Kommunistischen Partei zu gewinnen. Diese erzog er nicht nur durch Schulung des Marxismus, sondern bezog sie auch in die Untersuchung der Ausbeutungsverhältnisse in den Betrieben und darüber hinaus ein. So erzählt der hervorragende kommunistische Arbeiter Babuschkin in seinen Erinnerungen: „Wir erhielten vom Lektor Bogen mit ausgearbeiteten Fragen, die von uns eine eingehende Bekanntschaft und Beobachtung des Betriebslebens erforderten.“ N. K. Krupskaja berichtet ebenso: „Wladimir Iljitsch interessierte sich für jede die Gepflogenheit und das Leben der Arbeiter schildernde Kleinigkeit; auf Grund einzelner kleiner Züge bemüht er sich, das Leben des Arbeiters als Ganzes zu erfassen, das herauszufinden, woran man anknüpfen kann, um besser mit der revolutionären Propaganda an den Arbeiter heranzukommen.“ (Alles zitiert nach: „Lenin, Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens, Moskau 1947, Berlin 1950, S. 33)

⁵⁷ Stalin stellte 1937 fest:

„Ich glaube, wenn wir es verstünden und fertig brächten, unsere Parteikader von unten bis oben ideologisch so zu schulen und politisch so zu stählen, dass sie sich in der inneren und der internationalen Situation ohne Schwierigkeit zurechtzufinden vermögen, wenn wir es verstünden, sie zu völlig reifen Leninisten, Marxisten zu machen, die fähig sind, die Fragen der Leitung des Landes ohne ernste Fehler zu entscheiden, dann hätten wir damit neun Zehntel aller unserer Aufgaben gelöst.“

(Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzünger“, 1937, Werke Band 14, S. 141)

Stalin legt im Anschluss daran die wichtigsten Maßnahmen dar, ein ganzes System von Parteischulungen und Parteikursen sowie Beratungen, die durchzuführen sind, um dieses Ziel zu realisieren (vgl. ebenda, S. 141/142). Dies war unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Doch auch unter den Bedingungen der Herrschaft des Imperialismus können und müssen Möglichkeiten gefunden werden, um die Parteischulung professionell zu organisieren. Auch hier gilt es die Erfahrungen der KPD sowie anderer kommunistischer Parteien auszuwerten.

⁵⁸ Das Konzept der **Grundschulung** von „Gegen die Strömung“ ist orientiert am selbständigen Studium und der kollektiven Schulung der grundlegenden Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Zur Grundschulung gehören zunächst die sechs Grundschriften „Manifest der Kommunistischen Partei“ und „Kritik des Gothaer Programms“ von Marx und Engels, „Staat und Revolution“ von Lenin, „Über die Grundlagen des Leninismus“ von Stalin, „Was tun?“ von Lenin und „Über dialektischen und historischen Materialismus“ von Stalin. Dazu kommen die von Lenin für den Parteiaufbau verfassten Schriften „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück“ als organisatorische Grundlage und „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ als politische Grundlage der Kommunistischen Partei. Ein wesentlicher Leitfaden und Bestandteil der Grundschulung ist die unter Anleitung Stalins geschriebene „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ von 1938.

Zur vertiefenden und auf der Grundschulung **aufbauenden Schulung** gehören die grundlegenden Werke der politischen Ökonomie wie „Das Kapital“ von Marx und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von Lenin sowie „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von Stalin, die grundlegenden Schriften zum historischen Materialismus, zur Geschichte der Klassenkämpfe und Revolutionen wie Engels „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, wie Marx' Schriften „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850“, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ sowie „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Zur Vertiefung der Grundschulung und ebenso von wesentlicher Bedeutung sind die grundlegenden Schriften zur Philosophie, zum Studium des dialektischen und historischen Materialismus wie „Anti-Dühring“ und „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ von Engels, „Materialismus und Empiriokritizismus“ von Lenin und „Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft“ von Stalin sowie die Hauptschriften von Lenin im Kampf gegen den internationalen Opportunismus wie „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ und „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

(Vgl. zu grundlegenden Klassiker-Schriften genauer in der Resolution 5 der II. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“, „Rot Front“, Nr. 3, „Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus“)

⁵⁹ Vgl. dazu in „Rot Front“, Nr. 16/17, „J. W. Stalin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens“, Januar 2004, den Abschnitt „Machte Stalin keine Fehler?“, S. 11-20.

⁶⁰ „Bestünde das Studium des Kommunismus nur darin, sich das anzueignen, was in den kommunistischen Werken, Büchern und Broschüren dargelegt ist, so könnten wir allzu leicht kommunistische Schriftgelehrte oder Prahlhänse erhalten, das aber würde uns weiter nichts als Schaden und

Nachteil bringen ...

Noch gefährlicher wäre es, wollten wir anfangen, uns lediglich die kommunistischen Losungen anzueignen.“

(Lenin, „Die Aufgaben der Jugendverbände“, 1920, Werke Band 31, S. 273/274)

„Es wäre irrig, zu glauben, dass es genüge, sich die kommunistischen Losungen, die Schlussfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne sich jene Summe von Kenntnissen anzueignen, deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist. Das Musterbeispiel dafür, wie der Kommunismus aus der Summe des menschlichen Wissens hervorgegangen ist, ist der Marxismus.“

(Ebenda, S. 275)

⁶¹ Es ist wichtig zu verstehen, dass der Revisionismus Kautskys auch mit einer gewissen dogmatischen Demagogie auftrat. Angesichts des direkten politischen Verrats Kautskys, der die Arbeiterinnen und Arbeiter unmittelbar zur Unterstützung der imperialistischen Bourgeoisie aufrief, begnügte sich Lenin keinesfalls damit, lediglich diesen politischen Verrat zu brandmarken, sondern er analysierte zugleich allseitig die theoretische Verfälschung des Marxismus durch Kautsky, insbesondere dessen revisionistische Verfälschung der Hauptlehren des Marxismus über die Notwendigkeit der bewaffneten Zerschlagung des alten Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Das war der Kern des Kautskyanertums. Der Kampf gegen den Revisionismus war jedoch in der Zeit durch eine Besonderheit erschwert, als sich der vormonopolistische Kapitalismus in den Imperialismus verwandelte. Kautsky versuchte damals, „den Spieß umzudrehen“, seinen Ruf als „orthodoxer“ Marxist, den er sich im Kampf gegen Bernstein erworben hatte (wobei er allerdings früh schon opportunistische Tendenzen zeigte und Prinzipienlosigkeiten an den Tag legte, wie Lenin in „Staat und Revolution“ nachgewiesen hat) zu verteidigen und seinerseits die Bolschewiki, Lenin und Stalin, als „Revisionisten“ darzustellen. Durch den Übergang des Kapitalismus in sein höchstes Stadium, in den Imperialismus, waren die Marxisten tatsächlich vor die schwierige Aufgabe gestellt, zu entscheiden, welche Thesen des Marxismus in dieser neuen Epoche ihre volle Gültigkeit behielten und welche Thesen in dieser Epoche nicht mehr anwendbar waren und durch neue Thesen ersetzt werden mussten. Der Kampf Lenins gegen den philosophischen Relativismus und für den dialektischen Materialismus ermöglichte den Bolschewiki, beim Studium der Lehren von Marx und Engels genau zu analysieren, welchen geschichtlichen Zusammenhang bestimmte Prinzipien voraussetzten, in welchen sie also gültig und anwendbar waren. Die schädliche Rolle der opportunistischen Kautskyaner (und in ihrem Gefolge mit einigen Variationen auch von Trotzki und Sinowjew) bestand darin, dass sie in zweifacher Hinsicht genau das Gegenteil von dem taten, was für die Revolution zu tun nötig war: Sie verwarfen einerseits die grundlegenden, weiterhin gültigen Prinzipien des Marxismus, wie vor allem die Erkenntnis der Notwendigkeit der bewaffneten proletarischen Revolution und der gewaltsamen Zerschlagung des alten Staatsapparates – das war ihr Revisionismus –, und sie hielten zugleich andererseits an nun nicht mehr gültigen Schlussfolgerungen des Marxismus fest – das war ihr Dogmatismus.

Heute, also auf absehbare Zeit, ist ein ähnlicher neuer „epochaler Dogmatismus“ nicht mehr möglich, weil der Kapitalismus nicht mehr in eine neue Epoche eintreten kann, weil wir bis zum weltumspannenden Sieg der proletarischen Weltrevolution in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution leben. Diesbezüglich müssen vor allem die Spekulationen der modernen Revisionisten über eine angeblich „völlig neue Epoche“ zurückgewiesen werden.

⁶² Stalin entlarvte zum Beispiel die Versuche, durch ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat eine polemische Äußerung Lenins zu einer **Formel** zu machen, mit der das richtige Verhältnis von Proletariat und kommunistischer Partei untergraben wird. Gegen die Methode, die Bedingungen außer acht zu lassen, unter denen die Leninsche Äußerung formuliert wurde und

damit auch den Zusammenhang, in der sie gültig war, erklärte Stalin **Ursprung** und Zielrichtung der betreffenden Worte Lenins: Lenin sprach bei der Ablehnung der Forderung nach der Leitung des Staates in der Sowjetunion durch **mehrere** Parteien von der Notwendigkeit **einer** Partei. Er behandelt also, im Zusammenhang studiert, **nicht** die Frage des Verhältnisses des Proletariats zu seiner Partei, sondern die Frage der Führung des Landes durch **eine** oder mehrere Parteien. Die Pseudoleninisten jedoch ließen diesen **Zusammenhang** der Worte Lenins fort und verwischten, in welchem **Kampf** Lenin stand. So konstruierten sie mit Hilfe der aus dem Zusammenhang gerissenen Worte die völlig falsche These von der „Diktatur der Partei“ gegenüber der proletarischen Klasse! (Vgl. dazu sehr ausführlich: Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“, 1926, Werke Band 8, S. 34 ff.)

⁶³ Wenn Schwierigkeiten beim Textstudium auftreten oder genügende Klarheit beim Verständnis bestimmter Fragen auch in der kollektiven Diskussion nicht erreicht wird, dann sollte die Debatte zu solchen Fragestellungen zunächst abgebrochen werden. Lenin sagte dazu in seiner Vorlesung an der Swerdlow-Universität „Über den Staat“:

„Nach der ersten Aussprache über dies Thema wird man sich die unverständlichen oder unklaren Stellen notieren müssen, um zu ihnen ein zweites, drittes und viertes Mal zurückzukehren, um das, was unverständlich geblieben ist, später sowohl durch Lektüre als auch durch besondere Vorlesungen und Aussprachen zu ergänzen und weiter zu klären.“

(Lenin, „Über den Staat“, 1919, Werke Band 29, S. 460)

⁶⁴ Krass formuliert: Sind die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Schulung nicht vorbereitet, sollte man einen Schulungstermin lieber ausfallen lassen oder für etwas anderes nutzen.

⁶⁵ Auch eine Vorbereitung zu zweit vor der eigentlichen Schulungssitzung hat unserer Erfahrung nach oft geholfen, die harte Arbeit des Selbststudiums zu bewältigen, den Text vor der Schulung wirklich selbständig zu durchgliedern und über ihn nachzudenken, Fragen zu entwickeln usw.

⁶⁶ Typisch für die revisionistische Schulungspraxis war und ist, dass mit einer Unmenge von „Sekundärliteratur“ vom Studium der Grundgedanken der Werke der Klassiker, ja überhaupt von deren Lektüre abgelenkt wird, um den unversöhnlichen Gegensatz zwischen dem wissenschaftlichen Kommunismus und der Linie, Theorie und Politik der Revisionisten nicht sichtbar werden zu lassen oder aber „schöpferisch“ zurechtzuinterpretieren.

⁶⁷ Eine wichtige Hilfe für das Selbststudium sind die folgenden Schriften:

A. Primakowski, „Wie arbeitet man mit dem Buch?“, Berlin 1953;

M. Glasser, „Über die Arbeitsmethoden der Klassiker des Marxismus-Leninismus“, Nachdruck Berlin 1972.

Beide Schriften sind enthalten in dem Buch „Studieren – Propagieren – Organisieren / Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin“, Nachdruck Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997.

⁶⁸ Durchaus bewährt haben sich auch konzentrierte Kurzschulungen etwa über ein Wochenende, deren Ziel darin besteht, über Werke wie „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ oder „Über die Grundlagen des Leninismus“ einen konzentrierten Überblick zu geben, als Ausgangspunkt und Einstieg für das Selbststudium bzw. für die spätere detaillierte kollektive Schulung. Überhaupt hat sich als sinnvoll erwiesen, für die Schulung spezielle Termine zu vereinbaren, da bei einer Schulung „am Rande“ der tagtäglichen Tätigkeiten die Gefahr groß ist, dass zuwenig Zeit für Schulung bleibt, zu viele Sitzungen für die Schulung eines Textes benötigt werden und so die Zusammenhänge beim Verständnis des zu schulenden Textes verloren gehen.

⁶⁹ Dazu gehört unter anderem die weitere Ausarbeitung von Schulungsmaterialien (Schulungsbriefe, Schulungsartikel, Material-Reader), die Systematisierung und Konkretisierung des

Schulungskonzepts.

⁷⁰ Warum ist es überhaupt nötig, das Hauptkettenglied zu bestimmen? Dazu schrieb Lenin allgemein:

„Es genügt nicht, Revolutionär und Anhänger des Sozialismus oder Kommunist überhaupt zu sein. Man muss es verstehen, in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden, das mit aller Kraft angepackt werden muss, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten, wobei die Reihenfolge der Glieder, ihre Form, ihre Verkettung, ihr Unterschied voneinander in der historischen Kette der Ereignisse nicht so einfach und nicht so simpel sind wie in einer gewöhnlichen, von einem Schmied hergestellten Kette.“

(Lenin, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, 1918, Werke Band 27, S. 265)

Wie Stalin ausführte, handelt es sich darum,

„aus der Reihe der Aufgaben, vor denen die Partei steht, gerade diejenige aktuelle Aufgabe herauszugreifen, deren Lösung den Zentralpunkt bildet und deren Bewältigung die erfolgreiche Lösung der übrigen aktuellen Aufgaben sichert.“

(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 144)

⁷¹ Als eine wichtige Aufgabe des theoretischen Kampfes gilt es, Programm und Leitlinien der ehemals revolutionären KPD zu überprüfen, das Revisionistische daran zu kritisieren und zu verwerfen, aus dem Richtigen aber zu lernen.

⁷² Die erste Phase des Parteiaufbaus „verbietet“ ganz und gar nicht bei besonderen Bedingungen sehr massives und erfolgreiches Eingreifen in eine sich entwickelnde revolutionäre Arbeiterbewegung, sondern **fordert** dies (vgl. die exemplarischen Erfahrungen des Petersburger Kampfbands zur Befreiung der Arbeiterklasse unter Führung Lenins).

Zur Notwendigkeit und den Aufgaben der zwei Phasen des Parteiaufbaus siehe „Rot Front“, Nr. 3, S. 98–109.

⁷³ Lenin schrieb über diese Zeitspanne:

„Die russische Sozialdemokratie ist noch sehr jung. Sie tritt eben erst aus jenem Keimzustand heraus, in dem die theoretischen Fragen den dominierenden Platz einnehmen.“

(Lenin, „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“, 1897, Werke Band 2, S. 348)

⁷⁴ Die Zeitspanne von 1884 bis ca. 1894 war

„die Periode der schärfsten Auseinandersetzungen ..., in der einerseits die Gegner ihr mit hartnäckigem Unverständnis begegneten und die größten Anstrengungen gemacht wurden, die neue Richtung gleich in ihren Anfängen zu ersticken, und andererseits die Prinzipien des Sozialdemokratismus leidenschaftlich verteidigt wurden.“

(Lenin, „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“, 1897, Werke Band 2, S. 329/330)

⁷⁵ Viele Besonderheiten bei der gegenwärtigen Anwendung der Linie zum Parteiaufbau von „Gegen die Strömung“, die Praxis der monatlich erscheinenden Flugblätter als Vorläufer des Zentralorgans, die Rolle des GDS-Infos als Diskussions- und Informationsorgan für einen sehr eng begrenzten Kreis von Leserinnen und Lesern, die weitgehend immer noch in den Anfängen stehende Betriebsarbeit und fehlende Betriebszellen vor allem in den entscheidenden Großbetrieben usw. haben **nichts** zu tun mit den allgemeinen **Anforderungen des Parteiaufbaus** in den zwei Phasen, Sie sind vielmehr Ausdruck unserer Schwäche, stellen Notlösungen dar und gewiss keine Parallelen zu jener Zeit, die Lenin und Stalin in Russland als „erste Phase des Parteiaufbaus“ gekennzeichnet haben.

⁷⁶ Vgl. Stalin, „Die Partei vor und nach der Machtergreifung“, 1921, Werke Band 5, S. 87.

⁷⁷ Sehr wichtig erscheint uns an dieser Stelle der Hinweis Lenins:

„In jedem Lande hat sich diese Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung historisch herausgebildet, in jedem Land ist sie, je nach den örtlichen und zeitlichen Bedingungen, auf besonderem Wege zustande gekommen ... Der Prozess dieser Herausbildung ist ein sehr schwieriger Prozess, kein Wunder daher, dass er von verschiedenen Schwankungen und Zweifeln begleitet ist.“

(Lenin, „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung“, 1900, Werke Band 4, S. 367)

Verschiedene „Schwankungen und Zweifel“ heute hängen eng mit dem „Nicht-Aushalten-Können“ der Situation zusammen, die infolge der schwersten Niederlage der kommunistischen Weltbewegung durch den Verrat der modernen Revisionisten entstanden ist und nun schon seit Jahrzehnten andauert. Es ist das Nichtverstehen der Tatsache, dass der gigantische Kampf für die Verteidigung und Wiederherstellung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus auf viele Jahre hinaus Vorbedingung ist, um erneut den Kommunismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden.

⁷⁸ Bisher sind drei Nummern „Zur Analyse der Kommunistischen Internationale“ erschienen. Teil I: „Gegen die Strömung“, Nr. 45, „Die aktuelle Bedeutung der Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“, August 1989; Teil II: „Gegen die Strömung“, Nr. 54, „Zur nationalen und kolonialen Frage“, April 1991; Teil III: „Gegen die Strömung“, Nr. 61, „Über die Agrarfrage“, Januar 1993.

⁷⁹ Erste Ergebnisse dazu siehe: „Rot Front“, Nr. 8/9/10, „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945-1946)“, Juli 2000.

⁸⁰ Siehe „Rot Front“, Nr. 1, S. 39 ff.

Kommunistische Theorie (Thesen)

1. Die Einheit von Theorie und Praxis als Leitstern der Kommunistischen Partei – einer der Grundzüge der Methode des Leninismus – geht vom Primat der Praxis aus, der Praxis als Basis der Theorie. Die kommunistische Theorie stammt aus der Praxis und dient der revolutionären Praxis. Gerade darum und insofern kann sie eine so überragende Rolle spielen.

2. Der Umfang der gegebenen Praxis und deren Inhalt ist genau zu prüfen: Die Praxis der nichtrevolutionären Massenbewegung ist eben nicht die Praxis der Revolution, die Praxis der revolutionären Massenarbeit der Kommunistischen Partei ist nicht dasselbe wie die revolutionäre Praxis des Parteaufbaus, die revolutionäre Praxis eines Landes ist nicht die Praxis der internationalen Arbeiterbewegung. Die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ist insbesondere die „Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, in ihrer allgemeinen Form genommen“ (Stalin).

3. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben“ (Lenin) – daher muss die Kommunistische Partei in ihrer Arbeit Studium, Propaganda und Organisation, die Erfüllung ihrer theoretischen Aufgaben und die praktischen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen im revolutionären Kampf miteinander verbinden.

4. Die Arbeit der Kommunistischen Partei nach innen mit den drei Elementen Theorie – Kader – Organisation darf nie Selbstzweck sein, sondern muss immer der proletarischen Revolution dienen. Dies zu betonen ist besonders wichtig, wenn die Arbeit nach innen vorrangig ist und im Innern der Kommunistischen Partei die theoretische Arbeit das Hauptkettenglied ist. Der planvolle, systematische Aufbau der Kommunistischen Partei geschieht in der Dramatik des „lebendigen Lebens“, ist den Herausforderungen imperialistischer Politik, den Klassenauseinandersetzungen und innerparteilichen Krisen ausgesetzt, muss mit diesen Faktoren rechnen und sich in diesen Kämpfen beweisen.

5. Die Definition der dreifachen überragenden Rolle der kommunistischen theoretischen Arbeit beginnt an erster Stelle mit dem vorrangigen Kampf gegen den modernen Revisionismus für den wissenschaftlichen Kommunismus. Gegen Antistalinismus und Spekulationen mit „nationalen Besonderheiten“ und „neuen Bedingungen“ gilt es, auch scheinbare „Schattierungen“ von Prinzipienverletzungen zu bekämpfen, die hinter den Prinzipien stehenden Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung herauszuarbeiten und dem ideologischen Hauptfeind, dem modernen Revisionismus mit seinen Phrasen von der angeblich möglichen „friedlich-parlamentarischen“ Entwicklung zum Sozialismus, dem Staat des „ganzen Volkes“ statt der Diktatur des Proletariats und so weiter ohne jeglichen Prinzipienschacher entgegenzutreten. Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sind dabei nur Konzentrate der revolutionären Theorie, die begründet und abgeleitet werden müssen.

6. Die Methoden der modernen Revisionisten, egal in welchen Formen sie auftreten, dürfen nicht unterschätzt werden. Systematisch verstehen sie es, real zu lösende Probleme mit schon geklärten Fragen, konkrete Fragen mit prinzipiellen Fragen zu vermischen. Wie Stalin sagte: „Verwirrung der Fragen ist ein Charakterzug des Opportunismus.“ Die erste Aufgabe der theoretischen kommunistischen Arbeit ist es, im Kampf gegen die modernen Revisionisten dieses Manöver zu zerschlagen und vorrangig einen konkreten Kampf zur Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu führen – gemäß den Umständen, und ohne der Versuchung zu erliegen, Probleme, die existieren, nicht als Probleme zu bezeichnen.

7. Im Kampf gegen Theorie und Linie der modernen Revisionisten und anderer Opportunisten ist es nötig, die dreifachen Wurzeln ihrer reaktionären Linie aufzudecken: Es gilt, den politischen Druck des Imperialismus, den Rückgriff auf ihre opportunistischen Vorgänger und deren theoretischen Verfälschungen

des Kommunismus sowie die tiefsten Wurzeln, die materiellen, klassenmäßigen Wurzeln, die in der Arbeiteraristokratie und dem Kleinbürgertum liegen, konkret und auf lange Sicht aufzudecken.

8. Das zweite große Gebiet der theoretischen Arbeit besteht darin, die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung für den eigenen Kampf schöpferisch und kritisch auszuwerten. Diese Auswertung muss im Kampf gegen jegliche revisionistisch-chauvinistische Missachtung und Entstellung der Erfahrungen der revolutionären und kommunistischen Bewegungen anderer Länder erfolgen. Dies erfordert genaues Studium von Gemeinsamkeiten und Unterschieden verschiedener Länder, fundierte Übersetzungsarbeit und die prinzipienfeste Einstellung, die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung als Schwert zu nutzen und nicht als Schild, hinter dem man sich bei Angriffen versteckt.

9. Das dritte große Gebiet der theoretischen Arbeit – die alle drei im untrennbaren Zusammenhang begriffen werden müssen – besteht in der Analyse der grundlegenden Probleme der Revolution des eigenen Landes, in der Schaffung des Originalprogramms für die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie und den Aufbau des Sozialismus im eigenen Land. Für eine solche Kriegserklärung an den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus gilt es, beweiskräftig und konkret die verhüllten gesellschaftlichen Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland und die internationalen imperialistischen Aktivitäten bloßzulegen, ihre Geschichte aufzudecken, die Analyse der internationalen Situation durchzuführen, die bürgerlichen Verschleiерungsmanöver auf wissenschaftlichem Gebiet zu entlarven und die theoretische Arbeit in enger Verbindung mit der revolutionären Arbeiterbewegung als Antwort auf ihre Fragen zu erarbeiten, damit die revolutionäre Theorie im engen Zusammenhang mit der Praxis einer wirklich revolutionären Massenbewegung endgültige Gestalt annimmt und zur Sturmglöcke für die proletarische Revolution wird.

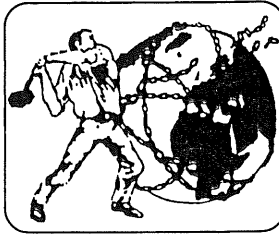
10. Voraussetzung für die Erfüllung dieser großen theoretischen Arbeit ist die systematische Schulung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, der, seit er eine Wissenschaft geworden ist, „auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will“ (Engels). Dabei müssen Grundschriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, den unbestrittenen Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus, unterschieden werden von journalistischen Tagesarbeiten, Entwürfen und Briefen sowie von den Schriften anderer kommunistischer Kader. In jedem Fall ist ein kritisches Studium unerlässlich, um Aufbau, Struktur und Inhalt der Schriften wirklich zu verstehen, um tiefgehend in den Inhalt der Schriften eindringen zu können und ein ernsthaftes Studium voranzutreiben.

11. Dabei gilt es, ein gründliche Selbststudium als Voraussetzung für kollektive Schulung zu betreiben, mit den brennenden Problemen gerade der Entstellungen des wissenschaftlichen Kommunismus durch die modernen Revisionisten vor Augen, ausgerichtet auf den ideologischen Klassenkampf, die Werke der Klassiker zu studieren und das Gelernte in diesem ideologischen Kampf in der revolutionären Praxis anzuwenden.

12. Aus der konkreten Situation in Deutschland, aus dem Verrat der modernen Revisionisten und dem Stand unserer Bemühungen zum Parteaufbau folgern wir: Das Hauptkettenglied beim Aufbau der Kommunistischen Partei heute ist nicht die Frage der Kader, nicht die der Organisation, sondern die theoretische Arbeit. Gerade die theoretische Arbeit als Hauptkettenglied ermöglicht in unserer Situation, Schritte in der ersten Phase des Parteaufbaus vorwärts zu machen, eine überzeugende theoretische Grundlage im Kampf gegen den Revisionismus zu legen, um kommunistische Kader zu erziehen und eine wirklich schlagkräftige kommunistische Organisation aufzubauen.

Thesen Nr. 124 bis 135 aus:
Prüfsteine – Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

09 – 10/06

September – Oktober 2006

Von der Unterstützung pro-imperialistischer reaktionärer bewaffneter Milizen zur direkten militärischen Intervention:

Der deutsche Imperialismus schickt seine Bundeswehr-Soldaten in kolonialistischer Manier in den Kongo

Im Juli dieses Jahres schickte der deutsche Imperialismus insgesamt 780 Bundeswehr-Soldaten im Rahmen eines 2.000köpfigen EUFOR-Kontingents unter Führung des deutschen Imperialismus nach Afrika unter dem Vorwand, im Kongo den Ausgang der Wahlen sicherzustellen. Schon im Vorfeld wurde eine Verlängerung des „Mandats“ angekündigt. Die nächsten Einsatzorte des auf dem militärischen Vormarsch befindlichen deutschen Imperialismus werden bereits umgesetzt: im Libanon unter dem Vorwand der Überwachung des Waffenschmuggels der Hisbollah, deren Waffen erwiesenermaßen von Syrien und Iran kommen, Regimes, zu denen gerade der deutsche Imperialismus ausgezeichnete Beziehungen hat. Unter dem Vorwand der Überwachung des Friedensvertrags der Bürgerkriegsparteien ist danach wohl der Sudan im Visier, wo ein deutsches Konsortium – u.a. Thyssen-Krupp – vor kurzem gerade ein milliardenschweres Infrastrukturprojekt mit einer dieser Bürgerkriegsparteien, nämlich der im Südsudan operierenden SPLM-Miliz, an Land ziehen konnte.

Worum geht es also in dem Konflikt im Kongo? Was sind die Ursachen dieses Konflikts? Und was sind die Interessen der imperialistischen Großmächte, insbesondere des deutschen Imperialismus, im Kongo und über den Kongo hinaus?

Vorwand für die Stationierung der EUFOR-Truppen im Kongo ist die „Schaffung eines sicheren Umfelds für die Wahlen“, die am 23.07.06 stattfanden. Einige Parteien waren zur Wahl nicht zugelassen. [jw, 10.07.06] Die zur Wahl stehenden Kandidaten waren größtenteils Führer von reaktionären bewaffneten Milizen, die ihrerseits seit 2003 die Übergangsregierung des Kongo bilden.

Gegen diese Wahlfarce protestierten Millionen Kongolesinnen und Kongolesen durch ihre Weigerung, sich in das Wahlverzeichnis eintragen zu lassen. Am ersten Tag des Wahlkampfes demonstrierten in Kinshasa mehrere Tausend und wurden von durch die EU ausgebildete Polizei-Einheiten niedergeknüppelt [FR, 09.06.06] Aus den Wahlen gingen der aktuelle Präsident Kabila und Vizepräsident Bemba mit den meisten Stimmen hervor. Die Stichwahl findet am 29. Oktober statt.

Die rund 2000 EU-Soldaten der Mission EUFOR (780 aus Deutschland, 800 aus Frankreich, 400 aus anderen EU-Staaten sowie der Türkei) sind seit dem 10.07.06 im Kongo (800 Soldaten) bzw. im Nachbarstaat Gabun (1.200 Soldaten) stationiert. Ca. 300 deutsche Soldaten sind permanent in der kongolesi-

schen Hauptstadt Kinshasa im Einsatz. Die Bundeswehr-Truppen im Kongo werden angeführt von der 300köpfigen Luftlandebrigade 26 („Saarland-Brigade“), die sich in ihrer Selbstdarstellung in die Tradition der Nazi-Wehrmacht und Waffen-SS stellt.

Formelle Grundlage der Intervention ist die „Bitte“ der UNO, die bereits seit 1999 im Kongo mit rund 17.000 (!) Soldaten operierende UN-Mission MONUC zu unterstützen, bei der der französische Imperialismus die Führung hat. Der EUFOR-Einsatz, so heißt es mit geschwellter Brust im „Antrag der Bundesregierung“ zur Entsendung der EUFOR-Bundeswehrgesoldaten vom 17.05.06, ist eine „militärische Operation der EU ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten.“ [Deutscher Bundestag, Drucksache 16/1507]

Während der französische Imperialismus das taktische Hauptquartier in Kinshasa stellt, ist es dem deutschen Imperialismus erstmals gelungen, die militärische Führung eines EU-Einsatzes zu übernehmen. Ge-

samt-Einsatzleiter Bundeswehr-General Viereck drohte der kongolesischen Bevölkerung bereits im Vorfeld:

„Wenn die Abschreckung nicht ausreicht, können wir Gewalt anwenden, wenn nötig auch tödliche Gewalt.“ (Jungle World, 26.06.06)

Lehrstück Kongo: Das imperialistische „Teile und Herrsche“

Demagogische Manöver zur Rechtfertigung der Militär-Intervention

Die Unverfrorenheit und Selbstverständlichkeit, mit der die imperialistischen Großmächte und gerade der deutsche Imperialismus heutzutage in andere Länder einmarschieren, zeigt sich sehr anschaulich am Beispiel Kongo:

■ Da gibt es im Arsenal der demagogischen Kriegstreiber-Manöver auf der einen Seite humanistisch klingende Phrasen wie die „Verhinderung menschlicher Tragödien“, Verweise auf Kindersoldaten, drohende Vertreibungen oder Massaker. Gerade das in der Kongo-Debatte zentrale Manöver der Verhinderung eines gegenseitigen Niedermetzels zeigt schon, wie dieses angeblich humanistische Motiv in kolonialistischer Manier vorgetragen wird: Die Verhinderung von sogenannten „Stammeskämpfen“, von „ethnischen Konflikten“ soll es angeblich erfordern, daß Truppen bewaffneter weiße Europäer „die Streithähne zur Räson bringen“. Von den bürgerlichen Medien wird der Kongo-Konflikt und werden überhaupt Kriege in Afrika gerne demagogisch als interne „ethnische“ Konflikte dargestellt, mit denen sie nichts zu tun hätten, sondern die es vielmehr erfordern, daß sie als „Schlichter“ auftreten.

Wie glaubwürdig diese angeblichen humanistischen Motive sind, zeigt sich schon allein am Umgang des deutschen Imperialismus mit Flüchtlingen überhaupt und gerade auch mit Flüchtlingen aus dem Kongo. Insbesondere seit der offiziellen Beendigung des Bürgerkriegs und der Installation der kongolesischen Übergangsregierung 2003 wurde der staatliche Abschiebeterror gegen Kongolesinnen und Kongolesen verschärft.

Wir erinnern nur an Raphael Batoba, der am 30. August 2003 von vier BGSlern nach Kinshasa abgeschoben wurde. Diese übergaben ihn auf dem Flughafen direkt an die Einwanderungspolizei DGM. Er wurde verhaftet und in ein DGM-Gefängnis gesperrt, wo er mißhandelt wurde. Oder an Tschianana Nguya, die im September 2004 im siebten Monat schwanger mit ihren zwei Kindern in den Kongo abgeschoben wurde. Nach der Ankunft in Kinshasa wurde sie sofort verhaftet. Trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes wurde ihr über einen längeren Zeitraum Wasser und Nahrung verweigert. Dann wurde sie

Bundespräsident Köhlers Propaganda für deutsch-imperialistische Ambitionen

Der Kongo „ist nun einmal ein Land, das allein schon wegen seiner immensen Rohstoffvorkommen Begehrlichkeiten der Außenwelt weckt.“

(Köhler im Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, 25.03.06)

„Auch wir müssen mit vitaler Aufmerksamkeit unsere Energie- und Rohstoffversorgung sichern.“

(Köhler im Interview mit der Zeitschrift „Internationale Politik“ vom April 2006 auf die Frage „Hat Deutschland Rohstoffinteressen in Afrika?“)

–zunächst noch mit ihren Kindern– in ein Militär-camp verlegt. Als sie schließlich in ein Krankenhaus gebracht wurde, ist es viel zu spät. Sie starb am 7. Dezember 2004. Über das Schicksal ihrer beiden Kinder gibt es keine Informationen [Antirassistische Initiative Berlin, Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 1993 bis 2005, 13. aktual. Auflage, CD-ROM]

■ Den Schein humanistischer Lügen bereits abgelegt hat das Herrenmenschen-Argument, daß „wir Europäer“ den Kongolesinnen und Kongolesen erst einmal beibringen müssen, wie man sich „zivilisiert“ in einer Demokratie nach einer Wahlniederlage verhält.

■ Auffallend ist in der Kongo-Debatte jedoch, daß die deutschen Imperialisten immer deutlicher Klartext reden, immer weniger Hemmungen haben zu verkünden, daß es ihnen um ihre eigenen imperialistischen Interessen geht. So erklärte Kriegsminister Jung im April in einem Doppelschlag gegen Flüchtlinge und für die Verfolgung deutsch-imperialistischer Interessen:

„Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir es mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen... Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ (bild.de, 26.04.06)

Rückblick: Die Entwicklung im Kongo seit Mobutus Sturz

Blicken wir kurz zurück: Im kongolesischen Nachbarstaat Ruanda herrschten 1994 bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen dem damaligen herrschenden reaktionären Regime, das sich auf Teile der Bevölkerungsgruppe der Hutu stützte, und bewaffneten Kräften der RPF, die sich aus Teilen der Bevölkerungsgruppe der Tutsi rekrutierte. Dieser eskalierte schließlich zu einem hunderttausendfachen Massensmord an der Zivilbevölkerung. Zu Ursachen und Umfang dieses Mordens gibt es in den bürgerlichen Medien verschiedene Lesarten: Die Zahlen der Opfer gehen weit auseinander von einigen Hunderttausend bis zur häufig genannten Zahl von 800.000 Ermordeten; die heutige reaktionäre ruandische RPF-Regierung spricht von 1,2 Millionen, davon 800.000 Tutsi und 400.000 Hutu. [jw, 21.07.03] Schließlich gewann die in bürgerlichen Medien als „Tutsi-Partei“ titulierte RPF die Oberhand. Die Anhänger des alten Regimes flohen in den Kongo, wo sie sich als bewaffnete Milizen an Massakern und Vertreibungen gegen Tutsi im Kongo beteiligten. Dies lieferte den Vorwand für den Einmarsch der reaktionären ruandischen Armee des RFP-Regimes in den Kongo 1996, die im Kampf um die Nachfolge Mobutus Kabila unterstützte. Die reaktionären Kräfte um Mobutu, auf die sich der US-, der französische und belgische Imperialismus stützte, hatten sich Mitte der 90er Jahre verbraucht und besonders für den US-Imperialismus „ausgedient“, während der französische Imperialismus weiter auf die reaktionären Kräfte um Mobutu setzte. US-Firmen wie die 1995 gegründete American Mineral Fields (AMFI) unterstützten Kabila finanziell und logistisch.

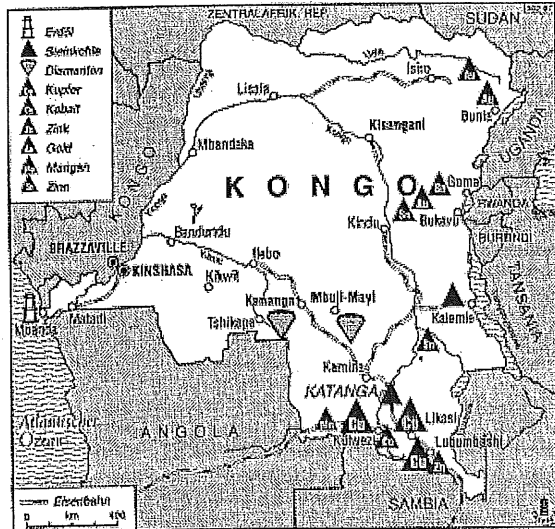
Nach der Machtübernahme der reaktionären Kräfte um Kabila 1996 erwartete der US-Imperialismus nun die von ihm zugesagten pro-US-imperialistischen Maßnahmen. In einem Vertrag mit der AMFI vom April 1997 hatte dieser z.B. vertraglich die staatliche Bergbaugesellschaft Gécamines an die AMFI abgetreten, doch Kabila hielt diese Zusagen nicht ein. [Henken, IMI-Magazin, S.4]

Es ergab sich nun ein in der bürgerlichen Presse so kolportiertes Bild eines Wirrwarrs von Militärinterventionen. 1998 marschierte die reaktionäre ruandische

und die reaktionäre ugandische Armee im Ost-Kongo ein, unterstützt vom US-Imperialismus mit rund 5 Mio. US-Dollar Militärhilfe. [Bafunyembaka, S. 21 f.] Um einen Sturz der reaktionären Kräfte um Kabila zu verhindern, marschierten Truppen anderer vom Imperialismus abhängiger Nachbarstaaten im Kongo ein, die sich wiederum mit verschiedenen kongolesischen bewaffneten Milizen verbündeten oder bekriegten. Von 1996 bis 2003 befanden sich zeitweise Truppen von Ruanda, Uganda, Angola, Zimbabwe, Namibia, vom Tschad und dem Sudan im Kongo. Das offizielle Ende des Krieges hatte zwar dazu geführt, daß diese Nachbarstaaten offiziell ihre Armeen abzogen, diese agieren dort aber weiterhin als Financiers und Ausrüster der auch in ihrem Interesse agierenden Söldnermilizen, deren wichtigste Anführer seit 2003 offiziell anerkannt in der kongolesischen Übergangsregierung sitzen.

Während des Bürgerkriegs wurde die Infrastruktur des Landes zum größten Teil zerstört. Selbst laut bürgerlichen Quellen haben rund 80% der Bevölkerung keinen Zugang zu sauberem Wasser. Für die rund 60 Mio. Menschen im Kongo gibt es gerade mal 2.000 Ärzte [EMW Kongo, S.10] Längst überwundene Krankheiten wie Cholera, Lepra oder die Schlafkrankheit treten im Kongo wieder epidemieartig auf. [EMW Kongo, S.173]

Die Masse der Bevölkerung wird terrorisiert von sich bekriegenden reaktionären Armeen und Söldnermilizen, die Steuern eintreiben, Schutz- und Wegezoll erheben, Verschleppungen und Zwangsrekrutierungen auch von sogenannten „Kindersoldaten“ durchführen. Die Privatarmee der reaktionären Kräfte um Kabila, die Präsidialgarde GSSP, agierte und agiert hauptsächlich in Kinshasa. Bürgerlichen Angaben über ihre Stärke variieren von „7.000 Soldaten“ [FR, 23.03.06] bis „15.000 Elite-Soldaten“ [Tull, S. 2] Über die Stärke der pro-ugandische Miliz Bembas gibt es unterschiedliche Angaben von 200 [www.dw-world.de, 24.05.06] bis 6000 [taz, 15.03.06]. Sie agiert vor allem im Nordwesten. Die pro-ruandische RCD soll mit 40.000 Milizionären am stärksten sein und wird u.a. von den von Kabila enteigneten Bergbaubesitzern unterstützt. Die



pro-ugandische FNI bekämpft vor allem die pro-ruandische UPC Lubangas mit rund 20.000 Milizionären.

Allerdings: Wenn auch im Kongo-Konflikt innerkongolesische Faktoren wirken, vor allem die Klassenwidersprüche zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, wenn auch die Nachbarstaaten des Kongo diese Faktoren noch verschärfen, so liegt es dennoch auf der Hand, daß dies ohne die imperialistischen Großmächte nicht möglich wäre. Woher sollten die Mittel und Waffen kommen, die die kongolesischen bewaffneten Milizen und die Armeen der Nachbarstaaten ausrüsten?

Der Kongo-Konflikt ist vor allem ein Stellvertreterkrieg der imperialistischen Großmächte

Nach 1996 betrieben die imperialistischen Großmächten systematisch die Zerstückelung des Landes. Der langjährige Bürgerkrieg im Kongo hatte die Destabilisierung und Zersplitterung des Kongo zur gewünschten Folge: Wenn schon die imperialistischen Großmächte nicht die ganze Beute Kongo verschlingen konnten, dann sollte zumindest ein Teil der Beute unter eigene Kontrolle gebracht werden. Dies hat zur Folge, daß es heute im Kongo praktisch keine Regierung mit zentralstaatlicher Souveränität mehr gibt, sondern eine Vielzahl von regionalen und lokalen Söldnermilizen, die

Die im Kongo stationierte „Luftlandebrigade 26“ der Bundeswehr stellt sich in die Tradition der Wehrmacht und der Waffen-SS

Die im Kongo eingesetzten Truppenteile der Bundeswehr werden von der berüchtigten Bundeswehr Elite-Einheit „Luftlandebrigade 26“ angeführt, die in ihrer Selbstdarstellung die Verbrechen der Wehrmacht bei der Besetzung Kretas 1941 verherrlicht. Die Luftlandebrigade 26 pflegt bis heute die Gräber der Wehrmachts-Fallschirmjäger auf Kreta und führt dort sogenannte „Führer-Weiterbildungen“ durch.

Das Thema 1997 lautete „Taktische Weiterbildung der Kompaniefeldwebel und weiterer Portepäeunteroffiziere der Luftlandebrigade 26 am kriegsgeschichtlichen Beispiel des Unternehmens Merkur“. Zu den Lernzielen dieser Weiterbildung gehörte neben der Erlangung von Kenntnissen „über die militärische Lage, Bevölkerung und Umweltbedingungen“ auch das Wissen über die „Bedeutung des Völkerrechts in kriegerischen Auseinandersetzungen“. [Deutscher Bundestag, Drucksache 13/2238; zitiert in „Rot scheint die Sonne im Kongo“, www.german-foreign-policy.com, 14.06.06]

Kommandeur der Brigade war von 1993 bis 1995 Reinhard Günzel. Als späterer Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte mußte er 2003 entlassen werden, weil er zu offen antisemitische Reden unterstützt hatte. Er war auch dafür bekannt geworden, daß er das Nazi-Lied „Rot scheint die Sonne“ als in-

offizielle Fallschirmjäger-Hymne absingen ließ. Günzels Anforderung an „seine Truppe“:

„Ich erwarte von meiner Truppe Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS“. [taz, 24.05.04]

Die „Luftlandebrigade 26“ wurde bereits 1992/1993 in Kambodscha, 1993/1994 in Somalia eingesetzt, Offiziere der Brigade waren 1995 in Kroatien und danach im Kosovo im Einsatz und später in Afghanistan. Ein Kommandeur leitete eine sogenannte „Evakuierungsaktion“ in Tirana 1997, bei der die Bundeswehr den ersten offiziellen Feuerbefehl erhalten hatte. [jw, 16.6.06]

☆☆☆

Bereits vor einigen Jahrzehnten mußten die Völker des Kongo Erfahrung mit Angehörigen der Nazi-Armee und der Bundeswehr machen. Als Angehöriger der französischen Fremdenlegion wurde einer dieser Verbrecher, der die kongolesische Befreiungsbewegung Mitte der 60er Jahre niedermetzeln half, zeitweilig zum bekanntesten Söldner in Afrika: Siegfried Müller. Für „Kongo-Müller“ war die „Negerjagd eine tolle Sache“ und er trug dabei stolz seine Orden der Nazi-Armee („Eisernes Kreuz 1.Klasse“). Für seine Mordtaten wurde er 1965 zum Major der Fremdenlegion befördert. [Erdmann, Kongo-Müller]

Die Verschärfung der Widersprüche und gegenseitigen Verhetzung der Völker und Bevölkerungsgruppen des Kongo ist vor allem das Produkt der imperialistisch-kolonialistischen Großmachtpolitik

Der Kongo ist ein Land, in dem eine Vielzahl von Völkern und Bevölkerungsgruppen lebt, teilweise auch auf beiden Seiten der von den europäischen Kolonialherren gezogenen Grenzen. Unter den rund 200 Sprachen und Dialekten gibt es vier Landessprachen: Lingala, Kigongo, Kisuaheli und Tshiluba. Amtssprache ist Französisch.

In der Tat gab und gibt es im Kongo zugespitzte Auseinandersetzungen, die in der Terminologie bürgerlicher Ethnologen gerne als „ethnische Konflikte“ beschrieben werden: Aufhetzung, Vertreibungen und massenhafter Mord. Wichtig zu verstehen ist dabei jedoch, daß diese Widersprüche innerhalb der kongoleischen Bevölkerung in erster Linie forciert und geschürt sind von den imperialistischen Großmächten. Patrice Lumumba, der 1961 ermordete Anführer der kongoleischen Befreiungsbewegung, brachte dies auf den Punkt:

„... Unsere inneren Schwierigkeiten, die Stammeskämpfe, der Kern der politischen Opposition sind wie durch Zufall in den Gebieten konzentriert, wo sich unsere reichsten Bodenschätze befinden. Wir wissen, wie diese Auseinandersetzungen organisiert werden und wie sie unterstützt werden...“ (Patrice Lumumba, Eröffnungsrede auf der Panafrikanischen Konferenz in Leopoldville, 31.08.60. Zitiert in: Befreiungsbewegungen in Afrika, S. 126)

Schauen wir uns die Geschichte an: Als die europäischen Kolonialherren das Gebiet des heutigen Kongo eroberten (vor allem der belgische Imperialismus in „Belgisch-Kongo“ und der deutsche Imperialismus in „Deutsch-Ostafrika“, das dem heutigen Tansania, Ruanda und Burundi entspricht), fanden sie in der bürgerlichen Literatur teilweise als frühfeudal bezeichnete hierarchisch-klassenmäßige Gesellschaftsformationen vor, die sich aus sogenannten „Clan-Gemeinschaften“ herausgebildet haben sollen bzw. im Begriff dazu waren.

Es gibt in der uns zur Verfügung stehenden bürgerlichen Literatur und Presse verschiedene Auffassungen darüber, ob Hutu und Tutsi eher eine sozialklassenmäßige Kategorie sind oder verschiedene Bevölkerungsgruppen repräsentieren oder eine Mischung aus beiden Aspekten sind. Geschichtlich besitzen sie eine gemeinsame Sprache - Kinyaruanda - und Kultur. Nach Auffassung der Verfechter der These, Hutu und Tutsi seien eine soziale Kategorie, sollen historisch erstere als Bauern gelebt, letztere Rinderherden besessen haben. Nach dieser Theorie waren das Oberhaupt des Staates und sein Gefolge Tutsi; ein Hutu konnte zu einem Tutsi werden bzw.

drohte einem Tutsi mit Verlust seiner Viehherde der Abstieg zum Bauern, zum Hutu.

Auch wenn wir diese Frage nicht klären konnten, Tatsache ist jedenfalls, daß die europäischen Eroberer sich diesen Gegensatz zunutze machten, die Einwohner des Kongo nach „Stämmen“ mit zugewiesenen „Stammesfürsten“ oder „Häuptlingen“ kategorisierten, die ihrerseits mit den Kolonialbehörden zusammenarbeiteten. Manche „Stammesfürsten“ herrschten über mehrere Völker, manche Völker hatten mehrere „Stammesfürsten“. Sie privilegierten einzelne Völker, die als überlegene „Rasse“ definiert wurden, um nach der Strategie des „Teile und Herrsche“ die Bevölkerung aufeinanderzuhetzen.

In rassistischer Manier benutzten die imperialistischen Kolonialherren äußerliche Unterschiede, um die Tutsi als „weiße Neger“ darzustellen, während die Hutu angeblich „schwarze Neger“ seien. Die Oberschicht der Tutsi-Minderheit wurde von den Kolonialherren bei der Verwaltung des Landes und zur Kontrolle über die breite Mehrheit der bäuerlichen Hutus benutzt. Die belgischen Kolonialherren führten 1930 ein Paßsystem ein, das jede Person entweder den Hutu oder den Tutsi zuordnete. [Jw, 21.07.03]

Was hat das mit dem heutigen Kongo zu tun? Seit Jahrhunderten gibt es auf dem heutigen Staatsgebiet des Kongo eine Zuwanderung von Bevölkerungsgruppen aus dem heutigen Ruanda, zumal die Grenzziehung der Kolonialmächte die Interessen der Bevölkerung sowieso nicht berücksichtigte. Banyaruanda („Leute aus Ruanda“) nannten sich im Kongo die Bevölkerungsteile, die aus Ruanda und Burundi stammten, u.a. Hutu und Tutsi. Neben der „Fremden-Hetze“ gegen „ausländische Banyaruanda“ spielt die Aufhetzung der Bevölkerungsgruppen der Hema gegen die Lendu (die in verschiedener Hinsicht Parallelen aufweist zu den Tutsi und Hutu) im Kongo eine Rolle.

Es ist eine noch anstehende Aufgabe, sich genauer mit der Geschichte der unterdrückten Völker des Kongo zu beschäftigen und dabei bürgerlich ethnologisch-völkische Kategorien zu hinterfragen und zurückzuweisen und vor allem die Machenschaften der imperialistischen Großmächte und insbesondere des deutschen Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen. Denn fest steht, daß die Aufhetzung verschiedener Bevölkerungsgruppen im heutigen Kongo in erster Linie Ergebnis der Politik der rivalisierenden imperialistischen Großmächte ist.

der Pogrome. Natürlich ist dieses ‚System‘ nicht überall und nicht immer möglich, aber wo es möglich ist – wo nämlich die elementaren Freiheiten fehlen –, nimmt es nicht selten erschreckende Ausmaße an und droht, die Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter in Blut und Tränen zu ertränken ... ‚Teile und herrsche‘ – das ist das Ziel der Verhetzungspolitik. Und soweit eine derartige Politik Erfolg hat, ist sie das größte Übel für das Proletariat, ist sie ein höchst ernstliches Hindernis für die Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Nationalitäten eines Staates.“

(Stalin, Marxismus und nationale Frage, 1913, Werke Band 2, S. 283)

Diese Politik der Aufhetzung verhindert nicht nur den Zusammenschluß gegen die gemeinsamen imperialistischen Feinde, sondern liefert den imperialistischen Großmächten auch noch den perfiden Vorwand für den Einmarsch. Aufgrund seiner großen Rohstoffvorkommen weckt der Kongo „die Begehrlichkeiten des Auslands“, wie der höchste Repräsentant des deutschen Imperialismus, Köhler, es umschrieb.

Der Kongo verfügt über Bodenschätze wie Gold, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Zink, Zinn, Mangan, Silber, Eisen, Germanium, Beryllium sowie seltene Rohstoffe wie Cadmium, Wolfram, Niob, Tantal und Uran. Seine

Kobalt- und Kupfer-Vorkommen sind die größten der Welt. Vor allem Columbit und Tantalit (kurz: Coltan), dessen weltweites Vorkommen zu 80% auf kongoleischem Territorium vermutet wird, weckt die „Begehrlichkeit“ der Großmächte. Coltan enthält zwei Metalle: Tantal und Niob. Tantal wird für die Produktion von Mobiltelefonen, Computerchips, Videokameras und diversen Geräten aus der Unterhaltselektronik benötigt. Niob dient der Herstellung von hitzebeständigen Bauteilen für Turbinen, Raketen, Düsenflugzeuge und Weltraumkapseln.

Offiziell bilden heute Diamanten, Rohöl, Kobalt und Kaffee die wichtigsten Exportgüter des Kongo. Als wichtigste Handelspartner werden Belgien, Südafrika, USA, Deutschland, China, Indien und Chile genannt. Nicht unbedeutend ist allerdings die illegale Ausfuhr von Bodenschätzen, die nach bürgerlichen Schätzungen z.B. mindestens 80% der Diamantenproduktion ausmacht [UNHCR].

Viele Produktionsanlagen zur Rohstoffgewinnung sind durch die Zerstörungen des Bürgerkriegs nicht mehr funktionsfähig. Der kongoleische Staatshaushalt wird zu rund 60% mit Finanzmitteln der imperialistischen Mächte gedeckt. [Henken, IMI-Magazin, S.3] Größter imperialistischer Geld„geber“ sind die USA, danach Belgien, Frankreich, Niederlande und England. [taz, 22.06.04] Neben den erpresserischen Bedingungen erlauben es die imperialistischen Geld„geber“ der kongoleischen Regierung nicht einmal, über dieses Geld zu verfügen. Vielmehr fließt das meiste Geld an von der Weltbank beauftragte Agenturen. Eine Bedingung für die Freigabe eines Weltbank-Kredits war 2003 die „Frühverrentung“ von 10.000 Arbeitern des staatlichen Bergbaukonzerns Gécamines. [taz, 22.06.04]

Die wirklichen Motive des deutschen Imperialismus...

Politische Destabilisierung und Zerstückelung

Aktuell ist es für die imperialistischen Großmächte, insbesondere für den deutschen Imperialismus, der im Kongo noch nicht so „fest im Sattel sitzt“, erfolgversprechender, einer direkten Konfrontation mit den imperialistischen Gegnern noch aus dem Weg zu gehen und dafür etwa zu versuchen, halbkoloniale und abhängige Länder, die von anderen imperialistischen Großmächten dominiert werden, zu destabilisieren, zu zerstückeln, möglichst viele Truppen in diesen Ländern zu stationieren, schon allein um ihren Konkurrenten nicht das Feld zu überlassen. Das gilt auch für den Kongo.

Es liegt auf der Hand, daß der deutsche Imperialismus über mehrere Jahre den Bürgerkrieg im Kongo, kongoleische bewaffnete Kräfte forciert und finanziert hat, die einen Teil des rohstoffreichen Ostkongo in seinem Interesse abspalten sollten. Wie eine solche Finanzierung erfolgt, zeigen die beiden folgenden Beispiele:

■ Die 100%ige Bayer-Tochter H.C.Starck aus Goslar mit rund 3.200 Beschäftigten gilt als größter Tantalhersteller der Welt und ist Hauptabnehmer des kongoleischen Coltans. [SZ, 16.06.03] Starck wird explizit in einem Bericht der UN-Arbeitsgruppe zur „Illegalen Ausbeutung von Ressourcen aus der DR Kongo“ vom Oktober 2003 angeprangert.

■ Mehr Einzelheiten sind über das Minen-Unternehmen Somikivu im Ostkongo bekannt geworden. Es beutet u.a. in der Mine Lueshe den Rohstoff Pyrrhchlor aus (es enthält Nickel, das als Legierungsbestandteil für Stahl eine große Rolle in der Rüstungsindustrie bei der Produktion von Raketen und Gasturbinen spielt). Bei der Gründung der Somikivu 1982 erhielt die „Gesellschaft für Elektrometallur-

Vertreibungen durchführen und zur Zwangsarbeit verschleppen und sich dabei auf diese oder jene Teile von Bevölkerungsgruppen stützen, sich und ihre Waffen über den Raubbau von Rohstoffen finanzieren.

Herrschaft des Imperialismus bedeutet eben zunehmend auch Aufhetzung der Völker, Anfachung von Stellvertreterkriegen, Unterstützung und Finanzierung solcher reaktionärer bewaffneter Milizen im Interesse der jeweiligen imperialistischen Großmacht. An bestehende Konflikte wird angeknüpft, sie werden forciert, um die Völker und Bevölkerungsgruppen aufeinanderzuhetzen, in von beiden Seiten reaktionäre Kriege zu stürzen, eine Seite – oder auch manchmal beide – zu unterstützen, um den imperialistischen Gegner zu schwächen, eigene Positionen zu stärken, die Völker zu verhetzen und zu verdummen. Dabei unterstützen die Imperialisten reaktionäre Kräfte, die einen militärischen Kampf gegen Kräfte führen, die wiederum von ihren imperialistischen Konkurrenten abhängig sind und diesen dienen. Die Verschärfung der nationalen Unterrückung und Aufhetzung ist ein Wesenszug der Epoche des Imperialismus:

„... Vom ‚System‘ der Unterdrückung geht sie (die Politik der nationalen Verfolgung, A.d.V.) nicht selten zum ‚System‘ der Verhetzung der Nationen über, zum ‚System‘ des Gemetzels und

Wie die deutsche Bourgeoisie und ihre Militärs ungeschminkt verkünden, welche Interessen sie im Kongo verfolgen

„Wir sind spät dran. Wir müssen da jetzt hin. Da kann man in großem Stil Geld machen. Der Kuchen wird jetzt verteilt...“

(Bodo Badoreck, Kongo-Experte des „Afrika-Vereins“. Mit Repräsentanten von 16 deutsche Firmen fuhr er sozusagen als „ökonomischer Spähtrupp“ der Bundeswehr-Truppen Anfang April 2006 in den Kongo. Zitiert in: Wille, Kongo Chancen für die deutsche Wirtschaft?)

Die von der kongolesischen Regierung vor kurzem an ein US-Unternehmen vergebene Bergbau-Konzession „muß nach den Wahlen vor internationalen Gremien neu verhandelt werden.“

(Bundeswehr-General Manfred Eisele, Spiegel Online, 11.05.06)

gie“ in Nürnberg 70% der Anteile. Als 1993 wegen der instabilen Lage die Produktion eingestellt wurde, blieb der GfE-Geschäftsführer Albers vor Ort. Ende der 90er Jahre sollte das stillgelegte Bergwerk enteignet werden. Albers unterstützte zusammen mit weiteren enteigneten Bergbau-Kapitalisten Anti-Kabila-Milizen. Sozusagen unter dem Schutz und der Bewachung der pro-rundischen RCD-Miliz, die im rohstoffreichen Ost-Kongo dominierte (und durch die Einstreichung der Steuern und Minen-Konzessionen ihren Krieg weiterfinanzieren konnte), machte die GfE im Jahr 2000 über Albers die Enteignung gewaltsam rückgängig und nahm den Betrieb der Mine Lueshe wieder auf. Dokumentiert ist ebenfalls, daß – wie etwa im Juni 2004 – für Massaker verantwortliche Führer von Milizen wie etwa General Laurent Nkunda und Colonel Jules Mutebutsi vor fahrenden UN-Soldaten in der Mine Unterschlupf fanden. [Report Mainz, 28.08.06] Im Bericht der UN-Arbeitsgruppe vom Oktober 2003 heißt es, daß die Betreiber der Mine „in die Verletzung des Waffenembargos durch die Unterstützung von RCD-G eingebunden (sind), insbesondere durch die Lieferung von Lastwagen, um Waffen und Truppen zu transportieren und auch durch das Transportieren von Waffen, um unter Teilen der Bevölkerung in Masisi und Rutshuru, Nord-Kivu, im Jahr 2003 verteilt zu werden“ [UN Sicherheitsratsbericht S/2006/53. Zitiert in: Oberansmayr]

- Auch aktuell setzt der deutsche Imperialismus seine Destabilisierungspläne fort und forciert eine Doppeltaktik, um „mehrere Eisen im Feuer zu haben“: Schon vor der Wahl hatte er mit Kabila vereinbart, daß Deutschland auch nach der Wahl weiter „militärische Hilfe“ leisten werde und maßgeblich am Auf-

bau einer neuen 120.000 Mann starken Armee im Kongo beteiligt werden soll [Jungle World, 10.7.06]. Bei einem Treffen Ende September sagte Kriegsmminister Jung gegenüber Kabilas Konkurrent Bemba auch über den für den 30. November geplanten Truppenabzug hinaus zu, daß der deutsche Imperialismus „seine Hilfe nicht einstellen“ werde. [AFP, 26.09.06]

Unmittelbarer Profit beim „Wiederaufbau“ des Kongo

Selbstverständlich geht es dem deutschen Imperialismus mit seiner militärischen Intervention auch um die Absicherung seiner aktuellen Geschäfte, um die unmittelbaren Profite. In dem auch von deutschen Imperialismus geschürten und finanzierten Bürgerkrieg wurden weite Teile der Infrastruktur und Produktionsanlagen des Landes zerstört. Nach dem Zerstörungswerk lockt nun das „Aufbaugeschäft“.

- Da wäre beispielsweise Siemens, deren belgische Filiale bereits das Stromnetz von Kinshasa betreibt, und einen IWF-Milliardenauftrag zum Ausbau von zwei Wasserkraftwerken in Aussicht hat. [International Rivers Network, April 2005]. In der Planung ist ebenfalls das Projekt „Grand Inga“ für einen Damm, der den gesamten Kongo stauen und dessen 52 Turbinen 39000 KW Strom erzeugen sollen, die angeblich Afrika vom Kap bis Ägypten mit Energie versorgen werden. Geplante Investitionskosten: 50 Mrd. USD [www.im.org] Siemens wird wohl den Löwenanteil an diesem Großinvestitionsprojekt bekommen. [taz, 11.07.03]

Die Berliner „Kongo-Konferenz“ 1884

Der belgische Kolonialismus traf im Kongo-Gebiet auf koloniale Rivalen, insbesondere Frankreich. Als die Kolonialmacht England sah, daß Frankreich und Belgien dabei waren, sich das ganze Kongo zu bemächtigen, schloß sie Anfang 1884 einen Vertrag mit ihrem Satelliten Portugal, durch den dessen „Rechte“ auf die Kongo-Mündung, der Haupthandelsader Zentralafrikas, anerkannt wurden. Mit dem Vertrag wollte England sich die Pacht eines Landstreifens am Kongo sichern, was ihm die Möglichkeit gegeben hätte, die territoriale Verbindung herzustellen zwischen den britischen Kolonien im Nil und „Britisch-Südafrika“. Unter dem Druck Frankreichs und Deutschlands waren England und Portugal gezwungen, die „Kongo-Frage“ auf einer internationalen Konferenz der Kolonialmächte Europas und der USA zu unterbreiten: der sogenannten „Kongo-Konferenz“, die 1884 in Berlin keineswegs zufällig unter Federführung des sich als „ehrlche Schlichter“ präsentierenden deutschen Imperialismus stattfand.

Auf dieser Konferenz wurde die „Beute Afrika“ aufgeteilt (und für den Fall, daß es nicht „friedlich“ gehen soll, führen vor der Küste des Kongos englische, portugiesische, französische, deutsche und österreichische Kriegsschiffe auf) [Afrika den Europäern, S. 82]. Die Grenzen des sogenannten „Freistaats Kongo“ und der übrigen Länder Afrikas, die großenteils heute noch gültig sind, wurden quasi mit dem Lineal festgelegt, ohne die geringste Rücksichtnahme auf die Interessen der in Afrika lebenden Völker, sondern als territoriale Fiktion des damaligen Status-quo der jeweiligen kolonialen Besitzansprüche.

Die Ansprüche des belgischen Königs Leopold II auf den Kongo wurden anerkannt gegen dessen Zusage, den Kongo als Freihandelszone zu garantieren. Für den im Entstehen begriffenen deutschen Imperialismus war es vorteilhafter, wenn der Kongo an das relative kleine Belgien fiel und dem deutschen Handel offenstand, als wenn Frankreich oder England via Portugal davon Besitz ergriffen. Deutsche Banken wie etwa die Berliner Diskonto-Gesellschaft und das Bankhaus Bleichröder finanzierten das kongolesische Eisenbahn-Projekt des Sklavenschinders König Leopold. [Afrika den Europäern, S. 98]

Es folgten Jahrzehnte der brutalsten kolonialen Unterdrückung. Der belgische Imperialismus raubte sich die Reichtümer des Kongos zusammen, z. B. in Form von betrügerischen Raubverträgen, durch Inbesitznahme angeblich brachliegenden Landes, durch Vertreibung und Zerstörung von Häusern und Ernten, durch Zwangsabgaben und -steuern, durch Verschleppung, erpresserische Geiselnahme, durch den Terror von Soldaten und paramilitärischen „Wachschutz“-Firmen, durch Zwangsarbeit bis hin zu Auspeitschungen mit der berüchtigten „Chicotte“, einer Peitsche aus Nilpferdhaut, durch Verstümmelungen und Mord.

Dieser gigantische Raubzug fand zynischerweise unter dem Vorwand statt, den Kongo „unter belgischen Schutz zu stellen“, um den „Sklavenhandel durch die Araber“ zu unterbinden – so als ob nur die europäischen Herrenmenschen die einzig legitimen Sklavenhändler seien!

- Im Bereich Elektrizität ist auch die Stuttgarter Consulting-Firma Fichtner aktiv. Sie plant die Instandsetzung der elektrischen Infrastruktur im Süden des Kongo. [Henken, Wahlen im Kongo] Zudem berät Fichtner die kongolesische staatliche Elektrizitätsgesellschaft SNEL bei der Ausschreibung, Angebotsauswertung und Vergabe von Aufträgen [www.fichtner.de]

- Die Abholzung riesiger Waldgebiete im Kongo-Bekken – einschließlich der Vertreibung der örtlichen Bevölkerung – ist ein Großauftrag, den die Firma Danzer sich unter den Nagel reißen konnte. [jw, 18.04.06]

- Auch die deutschen Banken schlafen nicht. Über sogenannte „Mikrokredite“ für „kleine und mittlere Unternehmen“ ist es der Commerzbank und der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau gelungen, durch ProCredit-Banken Einfluß zu gewinnen. Das Management der ProCredit-Banken liegt in den Händen der Frankfurter Internationale Projekt Consult GmbH. [www.procreditholding.com]. Die Procredit-Bank in Kinshasa ist die zweitgrößte Bank im Kongo [taz, 06.07.2005]

Eigene Soldaten und Waffen im „richtigen Ernstfall“ erproben

Dieser truppenmäßig bisher größte Einsatz der Bundeswehr in Afrika ist für den deutschen Imperialismus eine nicht zu unterschätzende Gelegenheit, seine eigenen Soldaten und seine eigenen Waffen im „richtigen Ernstfall“ zu erproben. Daß es sich dabei um einen Kampfeinsatz handelt, bei dem Bundeswehr-Soldaten auch „Erfahrungen“ sammeln sollen bei der „Erstickung von Unruheherden“, erklärte Außenminister Steinmeier in einer Bundestagsrede am 06.09.06.

„Wären die europäischen Truppen nicht dort gewesen, dann hätte die Unruhe nicht im Keim erstickt werden können.“ (Bulletin Nr. 78-2 vom 06.09.06, Deutscher Bundestag unter www.bundesregierung.de)

Kampf gegen imperialistische Rivalen

Im Rahmen der EU ist den imperialistischen Großmächten Europas mit der Truppenstationierung ein weiterer Schritt im Konkurrenzkampf gegen den US-Imperialismus gelungen. Im Auftrag der EU bildete Belgien 2004 in Kisangani das erste Bataillon der neuen kongolesischen Armee FARDC aus. Im Mai 2005 startete die EU-Mission EUSEC, deren Ziel die Eingliederung der Söldnermilizen in die neu zu bildende gesamtstaatliche Armee ist. Hochrangige EU-Militärs, darunter auch zwei Stabsoffiziere der Bundeswehr, wurden dafür in den Kongo entsandt. [taz, 08.08.04] Seit April 2005 finanziert die EU ein einjähriges Ausbildungsprogramm für eine Polizei-Sondereinheit im Kongo über sogenannte EU-„Entwicklungshilfegelder“ in Höhe von 585.000 Euro. [Marischka, IMI-Magazin] Seit 2006 kontrolliert die EU die Auszahlung von Sold und die Ausgabe von Lebensmitteln an die FARDC-Soldaten. [taz, 26.01.06]

Der Kongo-Kampfeinsatz ist zwar ein EU-Projekt, das sich gegen den gemeinsamen imperialistischen Konkurrenten USA richtet, doch auch innerhalb der EU werden konkurrierende imperialistische Interessen sichtbar. Vor allem der deutsche und der französische Imperialismus haben dabei an Boden gewonnen. Aktuell hat der französische Imperialismus durch die stationierten Truppen sowie durch verschiedene Beraterverträge wachsenden Einfluß auf Kabila, aber auch auf die übrigen Milizen-Führer. Er war 2005 bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung Kongos führend beteiligt. Per Beratervertrag mit der Weltbank hat sich das französische Consultingbüro Sofreco das Management von Kongos größtem Unternehmen, Gécamines einverleibt. Auf militärischem Gebiet führt die EU seit Juni

Patrice Lumumbas Anklage gegen rassistische kolonial-imperialistische Unterdrückung

Während des Befreiungskampfes Anfang der 60er Jahre wurde kübelweise rassistischer Dreck auf die kämpfenden kongolesischen Massen, allen voran ihr damals prominentester Anführer Patrice Lumumba ausgeschüttet. So hieß es in einem Artikel in „Die Welt“ vom 06.08.60, Lumumba mache einen intelligenten Eindruck:

„nur sein Gang verrät ihn. Es ist der geschmeidige, lautlose Gang einer großen Raubkatze, die sich durch den nächtlichen Dschungel bewegt: federnd, gespannt, ständig wachsam.“

(Die Welt, 06.08.60. Zitiert in: Witte, Regierungsauftrag, S. 13)

Während der Feierlichkeiten der - im Jargon der Kolonialherren - „Entlassung des Kongo in die Unabhängigkeit“ am 30. Juni 1960 ergriff Patrice Lumumba gegen die provokante Rede des belgischen Königs Baudouin aus dem „kolonialen Mutterland“, der die „zivilisatorischen Verdienste“ Belgiens und seines Vorfahren Leopold II lobte, das Wort und schmettete ihm die folgenden Worte entgegen:

„Wenn auch die Unabhängigkeit im Einvernehmen mit Belgien, einem befreundeten Land, mit dem wir von nun an von gleich zu gleich verhandeln werden, proklamiert wird, so sollte kein Kongoleser, der dieses Namens würdig ist, vergessen, daß es der Kampf war, der sie uns bescherte ... Wir haben erleben müssen, daß man uns verhöhnte, beleidigte, schlug, tatein und tagaus, von morgens bis abends, nur weil wir Schwarze waren. Niemand von uns wird je vergessen, daß man einen Schwarzen selbstverständlich duzte - nicht etwa, weil man ihn als einen Freund betrachtete, sondern weil das ehrbare ‚Sie‘ den Weißen vorbehalten war.“

Wir haben erleben müssen, daß man unser Land raubte, aufgrund irgendwelcher Texte, die sie Gesetze nannten, aber in Wahrheit nur das Recht des Stärkeren verbriefen.

Wir haben erleben müssen, daß für Schwarze und Weiße nie das gleiche Recht galt: so entgegenkommend es für die einen war, so grausam und unmenschlich war es für die anderen.

Wir haben das grausame Leid erleben müssen derjenigen, die wegen ihrer politischen Meinung oder wegen ihres Glaubens verfolgt wurden... Wir haben erleben müssen, daß es für die Weißen Herrschaftshäuser und für die Schwarzen schäbige Hütten gab, daß ein Schwarzer nicht ins Kino durfte, nicht ins Restaurant, nicht in die sogenannten „europäischen“ Läden ... Auch die Erschießungen, denen so viele unserer Brüder zum Opfer gefallen sind, wird niemand von uns je vergessen, die Kerker in die man mit brutaler Gewalt alle warf, die sich nicht länger einem Regime der Ausbeutung und Unterdrückung unterwerfen wollten. Brüder und Schwestern, zusammen werden wir einen neuen Kampf beginnen...!“ (Eigene Übersetzung aus dem Französischen nach dem Text der Rede in www.congolite.com/doc12.htm)

Der antiimperialistische Befreiungskampf im Kongo wurde niedergemetzelt, von belgischen Soldaten, unterstützt von Fremdenlegions-Truppen des französischen Imperialismus und den westlichen Geheimdiensten, unter dem Schutz der UNO-Truppen und mit der schweigenden Zustimmung der inzwischen konterrevolutionär gewordenen Sowjetunion, die am 14. Juli 1960 zusammen mit dem US-Imperialismus ihre Zustimmung zu einer Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Entsendung von UN-Truppen in den Kongo gab. [Witte, Regierungsauftrag, S. 40]. Im Dezember 1960 wurde Patrice Lumumba von UNO-Truppen an seine Folterer und Mörder ausgeliefert, die ihn in die pro-imperialistische abgespaltene Provinz Katanga verschleppten und dort auf Veranlassung und mit Unterstützung westlicher Geheimdienste, insbesondere des US- und des belgischen Imperialismus, grausam folterten und am 17. Januar 1961 ermordeten.

2005 eine Militärmission EUSEC in Kinschasa zum Aufbau der neuen kongolesischen Armee, die unter Führung des französischen Generals Joana steht. [taz, 08.05.06]

Dabei ist es für den deutschen Imperialismus von Bedeutung, erstmals das Oberkommando einer in Konkurrenz zum US-Imperialismus geplanten Vorform der EU-eigenen Battlegroup zu haben, die ab 2007 als europäische „Schnelle Eingreiftruppe“ in der Lage sein soll, innerhalb von fünf Tagen mit rund 1.500 Soldaten in jedem Teil der Welt agieren zu können.

Zuwachs an Ausbeutungsmöglichkeiten und Einfluß

Ein längerfristiges Ziel des deutschen Imperialismus ist es darüber hinaus, aktuelle und kommende „Kapitalinvestitionen“ der deutschen Bourgeoisie im Kongo abzusichern. Es soll eine Grundlage geschaffen werden, „deutsche Investitionen“ notfalls auch militärisch schützen zu können, nicht nur gegen sich möglicherweise entwickelnde revolutionäre Bewegungen der Volksmassen des Kongo, sondern auch in Rivalität zu den imperialistischen Großmächten, insbesondere Frankreich, England und den USA. Dieses bisher größte deutsche Truppenkontingent in Afrika ermöglicht es dem deutschen Imperialismus, seine Großmachtinteressen in Zentralafrika zu fixieren, militärische Präsenz zu zeigen, militärische Pflöcke in den Kongo zu stecken als Voraussetzung, um seinen ökonomischen und politischen Einfluß im Kongo gegenüber seinen imperialistischen Gegnern auszubauen und abzusichern. So erklärte Außenminister Steinmeier auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 5. Februar 2006:

„Globale Sicherheit im 21. Jahrhundert wird untrennbar auch mit Energiewirtschaft verbunden sein ... Und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, das verstehen Sie, muß sich dieser strategischen Herausforderung stellen. Wir sind ein rohstoffarmes Land.“
[www.securityconference.de]

Langfristig geht es dem deutschen Imperialismus im weltweiten Kampf um die Eroberungen von Rohstoffen und Absatzmärkten darum, einen Schritt hin zu möglichst großen und zusammenhängenden kolonial-ähnlichen Gebieten zu schaffen (und dort den Einfluß vor allem der US-, englischen und französischen Imperialisten zurückzudrängen oder zu vernichten) vom Atlantik bis zum Indischen Ozean, wie er es schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg versucht hatte.



Der verhaftete, aber ungebrochene Patrice Lumumba im Dezember 1960 nach seiner Auslieferung durch UNO-Truppen an seine Folterer und Mörder

Beim seinem ersten Anlauf zur Eroberung der Welt herrschaft strebte der deutsche Imperialismus danach, gegen die in Afrika dominierenden imperialistischen Großmächte England, Frankreich, Belgien und Portugal ein zusammenhängendes deutsches Kolonialreich in Zentralafrika zu schaffen als „Gegenpol zum englischen Afrika“, was einen weiteren ökonomischen Machtzuwachs gegen die imperialistischen Konkurrenten bedeutet hätte.

Im Zweiten Weltkrieg plante der deutsche Imperialismus u.a., nach der Besetzung der westlichen Teile der Sowjetunion, an Rohstoffen und ökonomisch-militärischen Mitteln weiter gestärkt, auf der Basis der von Frankreich und Belgien eroberten Kolonien in Afrika ein riesiges zusammenhängendes deutsches Kolonialreich zu schaffen, das sich quer über den Kontinent vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean erstrecken sollte. Dieses Kolonialreich sollte erstens als Rohstoff- und Lebensmittellieferant dienen, zweitens als Basis für atlantische Luft- und Flottenstützpunkte und drittens als eine Ausgangsbasis für den Angriff auf Englands Kolonien in Nordafrika und im Nahen Osten.

☆☆☆

Quellen

- ▶ Bafunyembaka, Luc, Im Osten nichts Neues. Sicherheitslage in der DR Kongo nach Abzug ruandischer Truppen weiter fragil. In: Afrika Süd. Zeitschrift zum südlichen Afrika. Nr. 6, November/Dezember 2002
- ▶ Demokratische Republik Kongo - Länderinformationsblätter. Unter: www.unhcr.org
- ▶ Erdmann, Lisa, Kongo-Müller. Der Söldner mit dem Eisernen Kreuz, Spiegel online, 29.06.06
- ▶ Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW) (Hrsg.) Kongo. Geschichte eines geschundenen Landes. Weltmission heute Nr. 55, Hamburg 2004
- ▶ Falk, R./Wahl P., Befreiungsbewegungen in Afrika, Köln 1980
- ▶ Heinelt, Peer, Grenzüberschreitende Bedürfnisse. In: Konkret Nr. 8/2006
- ▶ Henken, Lühr, Bundeswehr im Kongo. In: Informationsstelle Militarisation, IMI-Magazin, August 2006
- ▶ Henken, Lühr, Wahlen im Kongo - Aufgabe für die Bundeswehr? Rohstoffe, Militär und Interessen in der DR Kongo - eine Analyse. Unter: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo/henken.html
- ▶ Hochschild, Adam, Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen, Stuttgart 2000
- ▶ Indongo-Imbanda, Iseewanga Die Geschichte der Demo-

kratischen Republik Kongo, Berlin 2003. Unter: www.kongo-kinschasa.de

- ▶ Loth, Heinrich, Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band I: Afrika unter imperialistischer Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte 1884-1945, Köln 1979
- ▶ Marischka, Christoph, Manöver am Congo. In: Informationsstelle Militarisation, IMI-Magazin, Juli 2006
- ▶ Oberansmayr, Gerald, Der Bock als Gärtner im Kongo. In: Der Standard, 30 Juni 2006
- ▶ RechercheDienst der taz (Hrsg.) Krieg und Frieden. Gewalt und Intervention im Herzen Afrikas - von Kongo bis Sudan, Berlin 2006
- ▶ Schicho, Walter, Handbuch Afrika in drei Bänden. Band 1, Frankfurt 2004
- ▶ Schneider, Richard, Wem die Stunde schlägt. In: Wirtschaftsnachrichten Süd 07/2006
- ▶ Tull, Denis M., Die Demokratische Republik Kongo vor den Wahlen, SWP-Aktuell 12, Februar 2006
- ▶ Weiss, Ruth/Mayer, Hans, Afrika den Europäern! Von der Berliner Kongokonferenz 1884 ins Afrika der neuen Kolonisation, Wuppertal 1984
- ▶ Witte, Ludo de, Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise, Leipzig 2001
- ▶ Witte, Claudia, Kongo. Chancen für die deutsche Wirtschaft? Unter: www.swr.de/nachrichten/-/id=396/nid=396/did=1161372/1c66x7d/index.html

„Reden erst die Völker selber...

... werden sie schnell einig sein“, heißt es im „Solidaritätslied“ von Brecht. Diese richtige Aussage beinhaltet unserer Meinung nach aber auch, daß der Weg dorthin, bis die Völker wirklich „selber für sich sprechen“, bis sie sich vom Joch des Imperialismus befreit haben, daß dieser Weg langwierig und keinesfalls geradlinig und einfach ist. Dieser Weg enthält die Zuversicht und Erfordernis, daß die heute noch durch die verschiedensten reaktionären Ideologien Aufgehetzten einen gemeinsamen Kampf aufnehmen und führen gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung und gegen ihre „eigene“, die einheimische Reaktion. Er bedeutet auch, daß sie gerade in diesem Kampf anhand ihrer eigenen Erfahrungen und unterstützt von einer sich herausbildenden wirklich kommunistischen Organisation erkennen werden, wie die imperialistische Aufhetzungspolitik funktioniert und daß sie sich im revolutionären Kampf nur auf demokratische Art und Weise zusammenschließen können.

Denn bei der Lösung der geschichtlich bedingten, aber vor allem von den imperialistischen Großmächten mit großem Aufwand betriebenen vielfältigen Verhetzung steht fest, daß nicht diese Großmächte, sondern die Völker selbst diese Fragen klären und die Probleme selbst lösen müssen.



Bei der Auseinandersetzung mit der Lage im Kongo sind für uns einige Fragenkomplexe offen geblieben, über die wir gerne durch Diskussionen mit Genossinnen und Genossen aus dem Kongo mehr Klarheit gewinnen würden, insbesondere die Frage der Völker und Bevölkerungsgruppen im Kongo, die Stärke der Arbeiterklasse und die geschichtlichen Erfahrungen aus dem antiimperialistischen Kampf.

Es ist in erster Linie ein Mangel unserer eigenen Arbeit, dass wir bei dieser aktuellen Untersuchung nahezu ausschließlich auf bürgerliche Quellen angewiesen sind.

Zum einen erfordert dies ein besonders kritisches Herangehen und Zurückweisen bürgerlicher Begriffe wie „ethnische Konflikte“, „Hutu-Milizen“ oder „Tutsi-Kämpfer“. Mit solchen sozusagen „völkisch-ethischen“ Begriffen sollen in europäisch-chauvinistischer Manier diese Konflikte als „unzivilisiertes gegenseitiges Abschlachten“ dargestellt werden. Damit soll vor allem von der dominierenden Rolle der imperialistischen Großmächte abgelenkt werden, und mehr noch: deren Militärintervention soll damit gerechtfertigt werden.

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Berlin: M99, Manteufelstr. 99; **Bonn:** Antiquariat, Breite Str. 52; **Braunschweig:** Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; **Frankfurt/M.:** Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schalterblatt 55; **Hannover:** Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; **Karlsruhe:** Der ander Buchladen, Marienstr.15; **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

Zum anderen müssen wir auch an bürgerliche Zahlen und Statistiken kritisch herangehen. Es gilt das vorhandene Zahlenmaterial insgesamt und im Detail kritisch zu beleuchten. Zugleich kommt es darauf an auch das Bewusstsein darüber zu schärfen, dass und warum die bürgerlichen Ideologen in bestimmten Bereichen beispielweise überhaupt kein Zahlenmaterial liefern.

Ziel der bürgerlichen Jongliererei mit Begriffen und Zahlen ist es, die sozialökonomische Klassenrealität, die Klassenwidersprüche und die imperialistische Abhängigkeit zu verschleiern.

Beispiel: Es ist uns nicht gelungen herauszufinden, wie zahlenmäßig stark die Arbeiterklasse im Kongo heute ist. Wieviel Landarbeiterinnen und -arbeiter, wieviel arme Bauern gibt es? Wie sieht insgesamt die Klassenstruktur im Kongo aus? Wie stark ist die Kompradoren-Bourgeoisie, wie stark die nationale Bourgeoisie? Wir wissen es nicht genau. In städtischen Gebieten leben etwa 30% der Einwohner, allein rund 8 Millionen in der Hauptstadt Kinshasa. Zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung versuchen, von der Landwirtschaft zu leben. [EMW Kongo, S.166f.] Schon vor Beginn des Bürgerkriegs waren ein großer Teil der Bevölkerung erwerbslos. Nur etwa 4% der arbeitenden Bevölkerung – meist Beamte – beziehen heute überhaupt Lohn oder Gehalt. Der sogenannte „offizielle Sektor“ der Wirtschaft macht heute nur rund 30% aus. [UNHCR] Der größte Teil der werktätigen Bevölkerung muß sich, um zu überleben, irgendwie durchschlagen (und wird daher als „débrouillards“ bezeichnet). [EMW Kongo, S.166f.]

Wir wissen jedoch, daß in den 40er Jahren vor allem in den Bergwerken und Hafenstädten des Kongo ein Proletariat entstanden ist und daß Teile dieses Proletariats kämpferische und teilweise auch bewaffnete Kämpfe gegen den Imperialismus und die einheimische Reaktion geführt haben, wie etwa der bewaffnete Kampf der Hafenarbeiterinnen und -arbeiter im Dezember 1945 in Matadi. Die Herausbildung einer kämpferischen kongolesischen Arbeiterbewegung und die Wirkung etwa der chinesischen Revolution und des antiimperialistischen Befreiungskriegs in Korea und Vietnam beflügelte auch die Entwicklung einer antiimperialistischen Bewegung im Kongo Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre unter Führung Patrice Lumumbas.

Auch wenn wir nicht wissen, welche wirklich antiimperialistischen und revolutionären Kräfte es momentan im Kongo gibt, so ist dennoch klar, daß die große Masse der kongolesischen Bevölkerung früher oder später gegen die politische, ökonomische und militärische Einmischung der imperialistischen Großmächte den Kampf aufnehmen wird in der Tradition der kämpfenden Hafenarbeiterinnen und -arbeiter von Matadi. Dabei wird sie auch die Mängel der antiimperialistischen Bewegung unter Führung Lumumbas hinterfragen und kritisieren – etwa die Unklarheiten über die UNO, die von Lumumba nicht als Instrument der imperialistischen Großmächte eingeschätzt wurde [Siehe etwa die Erklärung Lumumbas vom 10.08.60 zum Einmarsch der UN-Truppen in Katanga, den er beschrieb als „Tag, an dem auch das katangesische Volk befreit wird“. In: Witte, Regierungsauftrag, S. 46], über die angeblich fortschrittlichen Oberhäupter der reaktionären Staaten Afrikas und Asiens, über die konterrevolutionär gewordene Sowjetunion Chruschtschows und nicht zuletzt über die reaktionären Kräften im eigenen Land. Diese Mängel wird die erstarkende Be-

freiungsbewegung der Völker des Kongo im Kampf überwinden, die Intervention der imperialistischen Großmächte vernichten und seine inneren Feinde, die einheimische Reaktion, die einheimischen herrschenden Klassen stürzen und die Feinde in den eigenen Reihen und deren Söldnermentalität besiegen. In diesem Kampf wird die Masse der Völker und Bevölkerungsgruppen des Kongo auf revolutionärem Weg ihre Probleme frei und selbständig lösen.



Für die kommunistischen Kräfte in Deutschland gilt es, diesen sich entwickelnden Befreiungskampf durch Publikationen zu propagieren, die revolutionären Genossinnen und Genossen im Kongo durch Diskussionen und ebenso praktisch-materiell zu unterstützen, unter den Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland im Kampf gegen den europäischen und deutschen Chauvinismus Sympathie und Unterstützung für diesen Kampf zu fördern in einem Geiste, wie Lenin ihn in den Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale gefordert hat:

„die Machinationen ‚ihrer‘ Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und in der Armee ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu treiben.“

(Lenin, Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, 1920, Werke Band 31, S. 196)

Gegen die verbrecherische Politik der imperialistischen Großmächte und vor allem des deutschen Imperialismus gilt es, in der Tradition der KPD Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns einen antimilitaristischen Kampf gegen die Bundeswehr – in den Kasernen und auf der Straße – zu führen.

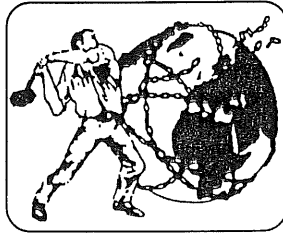
Darüber hinausgehend müssen wir ein Bewußtsein schaffen über den deutschen Imperialismus als eigenständigen Kriegsherd, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuauftellung der Einflußsphären vorbereitet, über die mörderische Rolle seiner Bundeswehr als Werkzeug der imperialistischen Aggression und Konterrevolution, über die Notwendigkeit ihrer Zerschlagung in der proletarischen Revolution, über die Schaffung einer Bereitschaft, gegen diese hochgerüstete Armee einen aufopferungsvollen Kampf zu führen.

Dieses Bewußtsein wird bei der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht spontan entstehen. Notwendig ist die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen der imperialistischen Bundeswehr als Ansatzpunkt, um über den richtigen und berechtigten Kampf gegen einzelne Verbrechen der Bundeswehr einen Kampf zu entwickeln, der unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellt.

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Anzeige
BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920
GEÖFFNET:
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11-12/06

November/Dezember 2006

60 Jahre „Urteil von Nürnberg“:

Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses verteidigen!

Am 30. September bzw. 1. Oktober 1946 wurde das Urteil im „Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher“ verkündet. Nazi- und Wehrmachtsführer wie Göring, Kaltenbrunner, Streicher, Rosenberg, Keitel und Frank etc. wurden zum Tode verurteilt und auch hingerichtet. Teile des Funktionärskorps der Nazi-Partei, die SS, der SD und die Gestapo wurden als verbrecherische Organisationen verurteilt.

Bis heute haben die deutschen Imperialisten den Nürnberger Prozeß und sein Urteil nicht offiziell anerkannt. Mehr noch: Schon 1953 rehabilitierte ein westdeutsches Gericht den Nazi-Verbrecher Jodl, der in Nürnberg hingerichtet worden war, posthum öffentlich! Seit 1945 wird der Nürnberger Prozeß von den Abteilungen des deutschen Imperialisten, in vorderster Front den Nazis, mit Kübeln von Lügen überschüttet. Bürgerliche Medien, Berliner Politiker und Nazis arbeiten dabei heute Hand in Hand. Einerseits geht es um die Relativierung der Nazi-Verbrechen, ja der immer weitergehenden Leugnung der Nazi-Verbrechen mit dem Ziel, die Anti-Hitler-Koalition in Abstufungen zu verleumden - von der reaktionären Parole „Das waren ja auch Verbrecher“ bis hin zu „Das waren die eigentlichen Verbrecher“. Andererseits werden gleichzeitig die sogenannten „Nürnberger Prinzipien“ zur Rechtfertigung für imperialistische Aggressionen unter UNO-Flagge in aller Welt benutzt, insbesondere auch zur Rechtfertigung des weltweiten militärischen Vormarsches des deutschen Imperialismus.

Gegen diese Lügen gilt es, die wirkliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses zu verteidigen.

Zur Funktion und Rolle des Nürnberger Prozesses für die Aufdeckung der Nazi-Verbrechen

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde es immer deutlicher und zur schrecklichen Wahrheit: Der Nazi-Faschismus hatte Verbrechen begangen, die in ihrem Ausmaß, in ihrer Systematik und ihrer Grausamkeit bisher einmalig in der Weltgeschichte sind.

Schon 1945/46 standen ausreichend Quellen zur Verfügung, um ein realistisches Bild über die Nazi-Verbrechen zu erhalten:

- Eine wichtige Quelle über Nazi-Verbrechen waren *Berichte von Nazi-Opfern*, von überlebenden und von ermordeten. Zwei Beispiele: Ein Bericht eines ermordeten jüdischen Häftlings aus Majdanek beschrieb die Massenmorde durch Giftgas im Vernichtungslager Majdanek durch die Nazis. Dieser Bericht, den der ermordete Häftling in den Fußboden einer Baracke des Vernichtungslagers eingemauert hatte, wurde nach 1945 gefunden und war ein wichtiges Dokument in vielen Prozessen gegen Nazi-Verbrecher. (Siehe: Langbein: „Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank“, Frankfurt/M. 1980, S. 267)

Ein bedeutender Bericht war der von Rudolf Vrba und Alfred Wetzler, ehemalige Häftlinge im KZ Auschwitz, denen 1944 die Flucht in die Tschechoslowakei gelang. Sie fertigten dort eine detaillierte Beschreibung über die Ermordung von Millionen von Juden und Jüdinnen durch Giftgas in Gaskammern und Krematorien in Auschwitz-Birkenau an, die den Alliierten schon 1944 vorlag. (Siehe: Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Faschismus“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998, S. 136 ff.)

- Eine weitere Quelle waren *Nazi-Dokumente*, die von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition gefunden wurden. Obwohl es Befehle von Hitler und Himmler gab, alle Spuren der nazistischen Völkermordpolitik zu beseitigen, war die Nazi-Bürokratie nicht so perfekt organisiert, daß sie alle Hinweise und Beweise vernichten konnte. Es blieben viele Dokumente erhalten, die Verbrechen der Nazis darlegen. Die wichtigsten, schon 1945/46 bekannten Dokumente sind die „Lageberichte“ der SS-„Einsatzgruppen“ über Massenmorde in

Verstärkt die Unterstützung der seit fast einem halben Jahr anhaltenden militanten Kämpfe in Oaxaca/Mexiko!

Von den bürgerlichen Medien nahezu totgeschwiegen oder als Randnotiz abgehandelt, entwickeln sich im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca (dem nördlichen Nachbarstaat von Chiapas) seit Mai dieses Jahres erbitterte, langanhaltende und militante Kämpfe. Sie begannen, als rund 70.000 Lehrerinnen und Lehrer der Gewerkschaft SNTE aus den Dorf- und städtischen Schulen des Bundesstaats in einen - bis heute andauernden - Streik traten.

Sehr rasch besetzten die Lehrerinnen und Lehrer als Streikposten den zentralen Hauptplatz im historischen Zentrum von Oaxaca-Stadt, um auf ihren Kampf aufmerksam zu machen. Anfangs auf eine Erhöhung ihrer miserablen Löhne beschränkt, entwickelte sich der Kampf nun zu einer Protestbewegung, die sich für ein verbessertes Erziehungssystem, für die Freilassung der inzwischen verhafteten Aktivistinnen und Aktivisten, für ein Ende des Staatsterrors und die Absetzung des korrupten PRI-Gouverneurs Ruiz zum Ziel setzte. Diesem Kampf schlossen sich nun Arbeiterinnen und Arbeiter des Gesundheitswesens, Aktivistinnen und Aktivisten gewerkschaftlicher und vor allem indigener Organisationen sowie Bewohnerinnen und Bewohner der Armenviertel an. Am zweiten Protestmarsch, der „Megamarcha“, die Anfang Juni in Oaxaca-Stadt stattfand, beteiligten sich rund 200.000 Menschen.

Am 14. Juni kam es zu den ersten schweren Kämpfen mit Polizei und paramilitärischen Banden. Rund 3000 Angehörige der Landespolizei Oaxacas marschierten auf, ausgestattet mit scharfer Munition, Tränengas, Panzerwagen und Hubschraubern. Zweistreckende Lehrerinnen und ein Kind wurden ermordet. Doch die Repression erreichte nicht ihr Ziel: Der massive Angriff wurde von der riesigen Menschenmenge, die ein Netz von Barrikaden errichtet hatte, nach stundenlangen militanten Straßenkämpfen in der gesamten Innenstadt zurückgeschlagen. Am 16. Juni nahm eine halbe Million Menschen an der dritten „Megamarcha“ in Oaxaca-Stadt teil und die Proteste weiteten sich auf die ländlichen Regionen aus, mehrere Dutzend Bürgermeisterämter und alle wichtigen Verkehrswege wurden besetzt. Als Dachorganisation der Aufständischen wurde die APPO (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca - Volksversammlung der Völker Oaxacas) gebildet. Es wurden systematisch Barrikaden und Posten errichtet, die Universität wurde besetzt, die Kämpfenden errichteten dort einen Radiosender („Radio Universitaria“), mit dem Ziel, der staatlichen Hetzkampagne entgegenzuwirken, den Widerstand in Oaxaca zu organisieren sowie die internationale revolutionäre Öffentlichkeit zu informieren. In den bürgerlichen Medien war davon die Rede, die Aktivistinnen und Aktivisten hätten die Stadt unter ihre Kontrolle gebracht.

Die Konterrevolution verschärfte den Staatsterror und den Terror der paramilitärischen Banden. Bürgerliche Radiosender riefen zur Denunziation und Ermordung von Aktivisten auf, im Fernsehen wurde gegen die Bewegung und einzelne Aktivistinnen und Aktivisten gehetzt und Werbung für Anti-APPO-Demonstrationen

Fortsetzung Seite 2



Oaxaca-Stadt, 2. November 2006: Aktivistinnen und Aktivisten wehren sich militant gegen die verurteilte Erstürmung der Universität durch die mexikanische Polizei

Fortsetzung von Seite 1

gesendet. Gleichzeitig wurde versucht, die Bewegung zu infiltrieren durch Zivilpolizei und Spitzel. Einschüchterungen, Hausdurchsuchungen, Razzien, Mißhandlungen und Schußwaffengebrauch gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten, Verhaftungen, Verschleppungen, Mißhandlungen und Folter von Verhafteten und Verschleppten, Brandanschläge gegen Büros von APPO-Organisationen und Mord gehörten und gehören zu ihrem Arsenal. Bis Ende Oktober wurden elf Menschen ermordet, Hunderte verhaftet und verschleppt.

Ende Oktober schickte das reaktionäre mexikanische Regime schließlich rund 4.000 schwer bewaffnete Polizisten der Bundespolizei PFP, die Oaxaca-Stadt stürmen sollten. Die Kämpferinnen und Kämpfer traten den Rückzug auf das Universitätsgelände an, auch um ihren Radiosender zu schützen. Es gelang ihnen, die versuchte Stürmung des Geländes am 2. November nach einer siebenstündigen erbitterten Schlacht zurückzudrängen. Sechs Menschen wurden bei dieser Verteidigungsaktion ermordet. Am 5. November demonstrierte über eine Million Menschen in Oaxaca, um gegen die versuchte Räumung zu protestieren.

Am 25. November, dem Tag des siebten „Mega-marcha“, an dem sich wieder Hunderttausende beteiligten, starteten Polizei und Paramilitärs den bisher brutalsten Angriff gegen die Kämpfenden.

Laut Angaben der APPO wurden fünf Menschen ermordet, mehr als 100 Menschen – vor allem durch Schußwaffen – verletzt, darunter ein fünfjähriges Kind. 149 Menschen wurden verhaftet, die seitdem unter Kontaktsperre in Tlacolula und Miahuatlán inhaftiert sind. 25 Menschen wurden verschleppt und sind seitdem verschwunden. Das Besetzer-Camp auf der Plaza Santo Domingo wurde von der PFP zerstört und die Stadt ist sozusagen unter Belagerungszustand. Die Polizeitruppen, inzwischen ersetzt durch spezielle Greiftrupps der PFP, die bei ihren Operationen auch schwere Waffen einsetzen, haben Beobachtungsposten und Kontrollen installiert mit Listen von Gesuchten. Paramilitärische Banden fahren Patrouillen und beschließen „Verdächtige“ vom Auto aus. Seit dem 28. November wurden erneut mindestens 60 Aktivistinnen und Aktivisten verhaftet. Am gleichen Tag wurde eine Pressekonferenz in der medizinischen Fakultät mit Schüssen angegriffen und die Organisatoren von paramilitärischen Gruppen entführt. Laut letzten Meldungen hat die APPO-Führung Ende November beschlossen, in die Illegalität zu gehen und ihre Kräfte zurückzuziehen, um sich zu sammeln.

Quellen: de.indymedia.org; www.chiapas.ch;
www.labournet.de; www.jornada.unam.mx;
www.proceso.com.mx



Deutsche Waffen, deutsches Geld...
Mexikanischer Polizist mit G3-Sturmgewehr aus
deutscher Produktion während des gewaltsamen Angriffs
gegen die kämpfenden Aktivistinnen und Aktivisten in
Oaxaca-Stadt am 5. November 2006

Polen und der Sowjetunion. **Aussagen von Nazi-kriegsverbrechern**, wie z. B. von Höß, dem Kommandanten von Auschwitz, waren ebenfalls wichtig. Viele dieser Nazis schilderten bei den Vernehmungen Verbrechen bis ins Detail.

■ Eine wichtige Quelle, welche die Berichte der Nazi-

Opfer und Ergebnisse der Auswertung von Nazi-Dokumenten zusammenfaßte, waren die zum Teil schon vor 1945 in vielen von den Nazis besetzten Ländern durchgeführten **Prozesse gegen Nazi-verbrecher sowie die Berichte von Kommissionen, die Naziverbrechen untersuchten**. Insbesondere in der Sowjetunion wurden Prozesse gegen Nazi-Verbrecher schon ab Ende 1943 in den von der Sowjetarmee befreiten Gebieten durchgeführt wie z. B. in Charkow Ende 1943, in Kiew, Minsk, Lemberg etc. Sowjetische Kommissionen erstellten Berichte zu Nazi-Verbrechen wie zum Beispiel zu den Massenmorden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau 1945. Wichtig waren ebenfalls Berichte und Protokolle, die von den Exilregierungen Frankreichs, Polens, Jugoslawiens und Griechenlands veröffentlicht wurden, in denen Nazi-Verbrechen dokumentiert wurden.

Der „**Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher**“, der am 20.11.1945 von den Staaten der sozialistischen Sowjetunion, Englands, Frankreichs und den USA vor einem internationalen Militärgerichtshof begonnen wurde, hatte bei der Aufdeckung der Nazi-Verbrechen zentrale Bedeutung. Er war Ergebnis des im Londoner Abkommen vom 8.8.1945 getroffenen Beschlusses (das nicht nur die Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition unterzeichnet hatten sondern auch weitere 19 Länder, darunter Indien, sämtliche osteuropäischen Länder, Australien und viele Länder Lateinamerikas sowie Länder Westeuropas, die von den Nazis überfallen wurden, wie Niederlande, Belgien, Dänemark), der Bezug nahm auf die Erklärung von Moskau vom November 1943, die von der Sowjetunion, den USA und England unterzeichnet worden war. Diese Erklärung schrieb die Verfolgung und Bestrafung der Nazi-Verbrechen gegenüber anderen Völkern fest. Die Nazi-Verbrecher sollten weltweit verfolgt und in den Ländern angeklagt und abgeurteilt werden, wo sie ihre Verbrechen begangen hatten. Die Hauptkriegsverbrecher, deren Verbrechen „keine bestimmte geographische Begrenzung“ hatten, sollten in einem Hauptkriegsverbrecherprozeß abgeurteilt werden.

Es wurde in Nürnberg Anklage gegen führende Nazi-Verbrecher wie Göring, Heß, Keitel, Streicher, Rosenberg oder Kaltenbrunner, erhoben sowie gegen wichtige Nazi-Organisationen (SS, SA, Korps der politischen Leiter der Nazi-Partei, Reichsregierung, Gestapo, SD, Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht), die als „verbrecherisch“ angeklagt wurden. Anklagepunkte waren Verbrechen gegen den Frieden, d. h. die Planung, Vorbereitung und Durchführung des Nazi-Krieges, Kriegsverbrechen, d. h. Verbrechen, die während und im Zusammenhang mit dem Nazi-Krieg durchgeführt wurden, und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, d. h. Verbrechen vor oder während des Krieges in den von den Nazis überfallenen Ländern oder in Deutschland. („Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 95 ff. u. 119 ff.)

Der Nürnberger Prozeß war somit die wichtigste Institution für die Zusammenfassung und Dokumentation der Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die Nazi-Verbrechen sowie der Dokumentation und Zusammenfassung aller weiteren damals verfügbaren zentralen Beweise. Die wichtigsten gefundenen Nazi-Dokumente wurden als Beweise vorgelegt, viele Überlebende von Nazi-Verbrechen wurden als Zeugen gehört, Aussagen von Nazi-Verbrechern, wie z. B. von Höß, dem Kommandanten von Auschwitz, wurden gehört oder verlesen, die wichtigsten Ergebnisse von Prozessen gegen Nazi-Verbrecher in den von den Nazis besetzten Ländern sowie Ergebnisse von Untersuchungskommissionen über Nazi-Verbrechen wurden als Beweismaterial für den Prozeß hinzugezogen und teilweise auch schon 1945/46 veröffentlicht.

In 42 Bänden mit 27 104 Druckseiten wurde die gesamte Verhandlung des Prozesses dokumentiert. In 22

weiteren Bänden wurden auf mehreren tausend Seiten die Dokumente abgedruckt, die im Nürnberger Prozeß als Beweise der Anklage gedient hatten. Die Protokolle der Verhandlungen sowie die Dokumente der Anklage wurden 1946/1947 veröffentlicht.

Der Nürnberger Prozeß war ein öffentlicher Prozeß, an dem Beobachter und Journalisten aus aller Welt teilnahmen. Nahezu an jedem Verhandlungstag wurden neue Beweise für Nazi-Verbrechen vorgelegt. Eine riesige Fülle von Beweisen wurde so in den Verhandlungstagen gesammelt und damit öffentlich bekanntgemacht.

Die Anklageschrift des Nürnberger Prozesses vom 6.10.1945, die Urteilsbegründung vom August 1946 und Reden des sowjetischen Hauptanklagevertreters R. A. Rudenko, die 1945/46 veröffentlicht und in großer Auflage in der SBZ verbreitet wurden, gehen auf die größten Nazi-Verbrechen von 1933 bis 1945 ein.

Die Aufdeckung der größten Nazi-Verbrechen im Nürnberger Prozeß

Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte

Am 30. Januar 1933 wurde in Deutschland die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals errichtet, die Nazi-Partei übernahm die Regierungsgeschäfte. Sofort setzte der **staatlich organisierte Nazi-Terror gegen die deutsche Arbeiterbewegung** und andere Gegner des Nazi-Regimes ein. Schon am 1. April 1933 manifestierte sich der Antisemitismus im Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte. Die Nazis verhafteten, mordeten und folterten vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, die Gefängnisse und die errichteten KZs waren bald gefüllt vor allem mit Genossinnen und Genossen der KPD, aber auch mit anderen wirklichen oder vermeintlichen Gegnern der Nazis.¹

Nach dem Überfall des Nazi-Faschismus auf andere Länder ab 1938 füllten sich die KZs mit Genossinnen und Genossen aus diesen Ländern. Die Nazis überzogen ganz Europa mit einem System von Galgen, Massenerschießungen, Folter und Terror, um jeden Widerstand schon im Keim zu ersticken, um eine Atmosphäre zu erzeugen, in der Widerstand sinnlos erscheinen sollte. Das wurde während des Nürnberger Prozesses sehr detailliert für die einzelnen Länder geschildert.²

Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern

Während des Nürnberger Prozesses wurde ausführlich auf die Plünderungen und Zerstörungen eingegangen, die die Nazis in den von ihnen überfallenen Ländern begangen hatten.³

Insbesondere in der sozialistischen Sowjetunion wurde ein immenser materieller Schaden angerichtet. Ganze Städte wurden teilweise oder vollständig zerstört, Dörfer vernichtet, in ungeheurem Ausmaß wurde geplündert, geraubt und zerstört.

In der Anklageschrift werden u. a. detaillierte Zahlen für die Sowjetunion, Frankreich und die Tschechoslowakei benannt:

R. A. Rudenko geht sehr ausführlich auf die Zerstörungen in der Sowjetunion ein und beziffert den Gesamtschaden, der der Sowjetunion durch Nazi-Deutschland zugefügt wurde, auf die Summe von 679 Milliarden Rubel (in staatlichen Preisen des Jahres 1941, das entsprach 128 Milliarden US-Dollar, A. d. V.). Der materielle Schaden allein durch Plünderungen durch die Nazis in Frankreich wird auf ca. 312 Milliarden Franc (Stand: 1945) geschätzt. Die Gesamtsumme der ökonomischen Plünderungen der Nazis in

der Tschechoslowakei wird auf 200 Milliarden tschechische Kronen (Stand: 1945) geschätzt.⁴

Millionenfache Sklavenarbeit

Mit dem Überfall auf andere Länder begannen die Nazis in ausgedehnten Treibjagden Menschen einzufangen und ins „Deutsche Reich“ zu verschleppen, wo sie in Betrieben des deutschen Imperialismus Sklavenarbeit verrichten mußten. Das deutsche Finanzkapital preßte aus diesen Sklavenarbeiterinnen und -arbeitern riesige Profite heraus.

Die Anklageschrift beschreibt detailliert die grausamen Transportbedingungen. Zusammengepfercht in Eisenbahnwaggons, ohne ausreichende Nahrung und Kleidung, starben Hunderte schon während des jeweiligen Transports. Die Anklageschrift nennt auch Zahlen der Verschleppten. Einige wenige Beispiele: Aus der Sowjetunion wurden 4,98 Millionen, aus der Tschechoslowakei 750.000, aus den Niederlanden 500.000 nach Deutschland zur Sklavenarbeit verschleppt. Hunderttausende haben den Terror der Sklavenarbeit in den Betrieben des deutschen Imperialismus nicht überlebt.⁵ Der Nürnberger Prozeß schloß folgte:

„Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte.“⁶

An diesem Punkt war und ist für die Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland zentral: Nicht nur die Konzerne des deutschen Imperialismus haben von der Versklavung von Millionen Menschen profitiert⁷ und profitieren davon noch heute, sondern auch die gesamte deutsche Bevölkerung. Aufgabe der Kommunistischen Partei war und ist es, das Bewußtsein in der Arbeiterklasse über ihre Mitschuld und Verantwortung für diese Verbrechen des deutschen Imperialismus zu schaffen und für einen größtmöglichen Ausgleich einzutreten.

Bombardierung von Städten, Geiselschießungen, Zwangsgermanisierungspolitik

Großstädte wie Rotterdam und Warschau wurden bombardiert, ganze Dörfer wurden ausgelöscht. Die Anklageschrift nennt hier z. B. Dörfer in Jugoslawi-

en, Griechenland und der Tschechoslowakei. Allein in der Sowjetunion wurden 1710 Städte und mehr als 70.000 Ortschaften aufs Schlimmste zerstört oder vollständig vernichtet.

Die SS, deutsche Polizeieinheiten und die Wehrmacht führten *Geiselschießungen* in den besetzten Ländern durch. In der Anklageschrift finden sich mehrere Beispiele aus Frankreich, Polen, Griechenland und Jugoslawien.⁸ Allein in Frankreich wurden über 29.000 Geiseln von den Nazis ermordet.⁹

Auch die *Politik der nazistischen „Umsiedlung“, der Zwangsgermanisierung*, war ein riesiges Nazi-Verbrechen. Die Anklageschrift hebt hervor, was dies bedeutete: Zwangsverschleppung der einheimischen Bevölkerung, Ansiedlung von „Volksdeutschen“ in den betreffenden Gebieten wie z. B. in Polen, Frankreich.¹⁰

Nach heutigen Quellen ist bekannt, daß allein in Polen fast 2,5 Millionen Menschen zwangsweise von den Nazis „umgesiedelt“ wurden.¹¹

Massenmord an Kranken und Behinderten

Gleichzeitig mit dem Überfall auf Polen 1939 begann die erste systematisch durchgeführte Vernichtungsaktion des Nazi-Faschismus in eigens dafür eingerichteten Vernichtungszentren vor allem gegen Kranke und Behinderte (Kinder, Erwachsene und Greise), die im Nazi-Jargon als „lebensunwertes Leben“ bezeichnet wurden. In mehreren Verhandlungstagen wurde dieses Nazi-Verbrechen bewiesen: Es waren Massenmorde mit Giftgas, die von Hitler selbst befohlen wurden. Sie wurden zum Teil in Deutschland durchgeführt wie z. B. in Hadamar. Im Nürnberger Prozeß wurde festgestellt, daß das „einfache deutsche Volk von diesen (...) Morden wußte“

Im Nürnberger Prozeß wurde davon ausgegangen, daß die Nazis durch die Vernichtungsaktion gegen Alte, Kranke und Behinderte ca. 270.000 Menschen ermordet hatten.¹²

Massenmord an Polen und Polinnen

In Polen verübten die Nazi-Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten insbesondere ab 1941 *Massenmordaktionen* nicht nur gegen die jüdische Bevölke-

rung, sondern auch *gegen Menschen polnischer Nationalität*.

Insgesamt, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg, wurden in Polen ein Drittel der gesamten Bevölkerung von den Nazis ermordet, d.h. fast 8 Millionen Menschen.¹³

Nach der in erster Linie betroffenen jüdischen Bevölkerung Polens mit 3,4 Millionen Opfern waren insbesondere die Menschen polnischer Nationalität der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt. Über eine Million wurden in KZs und Vernichtungslagern ermordet. Massenmorde an Polen und Polinnen wurden auch durch sogenannte „Befriedungsaktionen“ begangen, bei denen Hunderte, ja Tausende in regelrechten Treibjagden ermordet wurden, hinzu kamen öffentliche Hinrichtungen, furchtbar elende Lebensbedingungen, brutale Sklavenarbeit bis hin zu künstlich erzeugten Epidemien und Hungersnöten – alles Methoden des nazistischen Massenmords.¹⁴

Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die sozialistische Sowjetunion unter Bruch des bestehenden Nichtangriffspaktes. Die Nazi-Wehrmacht begann zusammen mit SS-Truppen und mit Unterstützung deutscher Polizeieinheiten einen grausamen Raub- und Vernichtungskrieg in der Sowjetunion. Auf mehreren Seiten in der Anklageschrift werden *Massenmordaktionen* der Nazi-Wehrmacht, von SS und deutschen Polizeieinheiten *in der Sowjetunion* geschildert: Massenmord durch Erschießen, Erschlagen, Ertränken und durch Anwendung von Giftgas an Hunderttausenden Männern, Frauen, Kindern und Greisen. Hier einige der Beispiele von nazistischem Massenmord, die die Anklageschrift belegt: Allein im Gebiet um Leningrad ermordeten die Nazis über 170.000 Menschen, im Gebiet von Odessa 200.000, in Charkow 195.000, in Kiew 195.000.¹⁵

Insgesamt fielen dem Nazi-Krieg gegen die Sowjetunion über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion zum Opfer.

Auch die *sowjetischen Kriegsgefangenen* wurden von den Nazis gemäß ihrem Programm der „Ausrottung der bolschewistischen Untermenschen“ systematisch vernichtet. Aushungern, Vergiften und Erschießen, Mord durch grausame medizinische Versuche – das waren einige der grausamen Mittel, mit denen die Nazi-Mörder sowjetische Kriegsgefangene systematisch ermordeten.¹⁶

In der Anklageschrift heißt es daher: „Die Behandlung von Sowjet-Kriegsgefangenen war durch ganz besondere Unmenschlichkeit charakterisiert.“¹⁷ Beispielhaft wird die Ermordung von Zehntausenden von sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Nazi-Wehrmacht benannt.¹⁸

Insgesamt wurden nach neueren Forschungen von der Nazi-Wehrmacht und der SS von den 5,7 Millionen gefangenen Rotarmisten 3,3 Millionen ermordet, davon zwei Millionen allein bis zum Februar 1942, also in acht Monaten.¹⁹

Antisemitischer Terror und Pogrome sowie rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa

Die Anklageschrift stellt richtig heraus, daß die Nazis direkt nach 1933 den staatlich organisierten *antisemitischen Terror gegen die Juden und Jüdinnen* begannen. In der Anklageschrift und im Urteil von Nürnberg werden drei Etappen des antisemitischen Terrors der Nazis von 1933 bis 1938 benannt:

- die von den Nazis als „Bojkott“ der jüdischen Geschäfte bezeichnete antisemitische Terrorwelle vom April 1933,
- die rassistischen „Nürnberger Gesetze“ von 1935²⁰

Die Verbrechen der Nazis und der Nürnberger Prozess

ANZEIGE

Aus dem Inhalt:

1. Das Urteil von Nürnberg
2. Die abweichende Meinung des sowjetischen Mitglieds des Internationalen Militärgerichtshofes, L.T. Nikitschenko, zum Urteil von Nürnberg
3. „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“, Die Reden des sowjetischen Hauptanklägers R. A. Rudenko im Nürnberger Prozeß

Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1946 war die wichtigste Institution für die Zusammenfassung und Dokumentation der bis dahin erfolgten Untersuchungen über die Nazi-Verbrechen in Europa und der Sowjetunion.

Das Urteil von Nürnberg enthält mit der Anklageschrift eine riesige Fülle von Beweisen über das Ausmaß und die Grausamkeit der Nazi-Verbrechen und ist somit für die Enthüllung und Dokumentation der Verbrechen von grundlegender Bedeutung.

Auf die Verbrechen, die in der Sowjetunion begangen wurden, geht R. A. Rudenko ausführlich ein. Die Schwächen des Nürnberger Prozesses bei der Verurteilung hoher Funktionäre zu milden Strafen oder gar ihr Freispruch wurden auch unmittelbar durch die abweichende Haltung eines Mitglieds des internationalen Militärgerichtshofes der UdSSR kritisiert.

Der Band enthält neben einem ausführlichen Vorwort als Reprint die nebenstehenden Schriften.

440 Seiten, 30 Euro, ISBN 3-86589-055-5; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt

• sowie die antisemitischen Pogrome vom November 1938 im Herrschaftsbereich der Nazis. Dazu heißt es in der Anklageschrift:

„Auf Befehl des Chefs der Gestapo fanden im November 1938 antisemitische Demonstrationen in ganz Deutschland statt. Jüdisches Eigentum wurde zerstört, 30.000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager geworfen und ihr Eigentum beschlagnahmt.“²¹

Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 begann der systematische *Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma Europas*. Die Anklageschrift nennt Massenermordungen durch Wehrmacht, SS und deutsche Polizeieinheiten vor allem in der Sowjetunion und in Jugoslawien von insgesamt mehreren Hunderttausend.²² Allein die „Einsatzgruppe A“ hat in der Sowjetunion über 229.000 Jüdinnen und Juden ermordet.²³

Weiter heißt es in der Anklageschrift:

„Von den 9,6 Millionen Juden, die in Gebieten Europas unter Nazi-Herrschaft lebten, sind nach vorsichtiger Schätzung 5,7 Millionen verschwunden, von denen die meisten absichtlich von den Nazi-Verschwörern ums Leben gebracht worden sind.“²⁴

Im Urteil von Nürnberg wird die Zahl der von den Nazis ermordeten Jüdinnen und Juden auf 6 Millionen geschätzt, was auch der heutigen Forschung entspricht.²⁵ Allein in Polen ermordeten die Nazis 3,2 Millionen Juden und Jüdinnen, stellte der sowjetische Hauptankläger R. A. Rudenko in einer seiner Reden fest.²⁶

Im Urteil des Nürnberger Prozesses wird die *industrielle Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden in Nazi-Vernichtungslagern* wie Treblinka oder Auschwitz-Birkenau durch Giftgas beschrieben.

Rudenko stellt heraus, daß allein im Vernichtungslager Chelmino mit Giftgas 340.000 Juden und Jüdinnen ermordet wurden.

Insgesamt wurden von den 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden 4 Millionen in den Nazi-Vernichtungslagern ermordet, so die Schätzung im Urteil von Nürnberg.²⁷

Rassistischer Völkermord an „Zigeunern“, den Sinti und Roma

Von Anfang an wurden die Sinti und Roma von den Nazis rassistisch verfolgt. Von den rassistischen „Nürnberger Gesetzen“ von 1935, in deren Kommentaren es heißt, daß „Juden und Zigeuner artfremdes Blut sind“, über die unzähligen Demütigungen und Verfolgungen vor 1939 begann mit der 1939 beschlossenen systematischen Deportation aller Sinti und Roma nach Polen die direkte Vorbereitung zum Völkermord. Im Dezember 1942, als schon Zehntausende Roma in Polen und in der Sowjetunion von den Nazis ermordet worden waren, wurde der sogenannte „Auschwitz-Erlass“ von den Nazis beschlossen, worin der Plan zum Völkermord, der Vernichtung aller Sinti und Roma festgeschrieben ist. Die Umsetzung dieses Plans wurde sofort begonnen. Aufgrund neuerer Forschungen wird geschätzt, daß von den in Europa lebenden Sinti und Roma ungefähr 500.000 von den Nazis ermordet wurden.²⁸ Die Anklageschrift im Nürnberger Prozeß hob völlig richtig hervor, daß besonders auch Sinti und Roma von der rassistischen Vernichtung durch die Nazis betroffen waren.

Die *Massenvernichtung* an den sogenannten „Zigeunern“, also den *Sinti und Roma*, wurde im Nürnberger Prozeß konkret benannt und mit den „Ereignismeldungen“ der „Einsatzgruppen“ der SS und deutscher Polizeieinheiten belegt. In den meisten dieser „Meldungen“ wird neben den Massenmorden an Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion detailliert aufgelistet, wie viele „Zigeuner“ ermordet wurden. Zum Beispiel heißt es in

einem „Lagebericht“ der „Einsatzgruppen“ von 1943, daß „1.000 Juden und Zigeuner exekutiert“²⁹ wurden.

Der Nürnberger Prozeß zu den „verbrecherischen Nazi-Organisationen“ und zur Massenbasis des Nazi-Faschismus

Im Nürnberger Prozeß wurden nicht nur deutsche Hauptkriegsverbrecher des Nazi-Faschismus verurteilt, sondern dort wurden auch sehr wichtige und weitreichende Feststellungen über den verbrecherischen Charakter der Nazi-Partei und ihrer Untergliederungen getroffen. (Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf“, S. 162 ff)

Im „Statut für den Internationalen Militärgerichtshof“ war in Artikel 9 und 10 festgelegt worden, daß der Militärgerichtshof eine Gruppe oder Organisation, deren Mitglied einer der Angeklagten war, für verbrecherisch erklären konnte. Dies ermöglichte dann in künftigen Prozessen, jedes Mitglied einer solchen Organisation wegen der Mitgliedschaft in dieser verbrecherischen Organisation zu verurteilen und dafür auch mit dem Tod zu bestrafen. Der Nachweis des verbrecherischen Charakters der Organisation mußte nicht noch einmal erbracht werden. (Siehe: „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 136/137)

Dies hatte weitreichende Bedeutung für den Anti-Nazi-Kampf nicht nur in Deutschland, sondern in allen von den Nazis überfallenen Ländern. Dazu erklärte Rudenko.

„...Wenn der Internationale Gerichtshof eine Organisation als verbrecherisch erklärt hat, können die nationalen Gerichtshöfe den verbrecherischen Charakter dieser Organisationen nicht verneinen oder gar bestreiten.“

(Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf“, S. 155)

Die Aufgabe der jeweiligen nationalen Anti-Nazi-Gerichte war es, die individuelle Schuld der jeweils angeklagten Mitglieder verbrecherischer Organisationen festzustellen. (ebenda)

Das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 10 für Deutschland: „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen Frieden oder gegen Menschlichkeit schuldig gemacht haben“ vom 20. Dezember 1945 bestimmte dann im Hinblick auf den zu diesem Zeitpunkt noch stattfindenden Nürnberger Prozeß, daß die Zugehörigkeit zu Organisationen, deren verbrecherischer Charakter vom Internationalen Militärgerichtshof festgestellt worden ist, ein Verbrechen darstellt. (Siehe: „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 136/137)

Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 erklärt die Bestimmungen der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 „über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Greueltaten“ und des Londoner Abkommens vom 8. August 1945 „über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der Europäischen Achse“ als untrennbare Bestandteile dieses Kontrollratsgesetzes. Demnach stellt jeder der folgenden Tatbestände ein Verbrechen dar:

a) Verbrechen gegen den Frieden...

b) Kriegsverbrechen...

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit...

d) Zugehörigkeit zu gewissen Kategorien von Verbrechervereinigungen oder Organisationen, deren verbrecherischer Charakter vom

Internationalen Militärgerichtshof festgestellt worden ist.

(„Die Berliner Konferenz der Drei Mächte“, Berlin 1946, S. 72/73)

Das Gesetz bestimmt in weiteren in allgemeiner Form, wer alles schuldig ist an diesen Verbrechen, von der Planung bis zur Durchführung, welche Strafen dafür vorgesehen sind, von der Todesstrafe bis zur völligen oder teilweisen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, und legt die durchzuführenden Maßnahmen bei der Verfolgung dieser Verbrechen fest.

Die Ankläger von Nürnberg forderten in der Anklageschrift, neben der Gestapo, dem SD, der SS, der SA, der Naziregierung und dem Generalstab und Oberkommando der Nazi-Armee vor allem auch das gesamte Korps der Politischen Leiter der Nazi-Partei zur verbrecherischen Organisationen zu erklären. Damit waren alle Personen erfaßt, die nach allgemeiner Naziterminologie zu irgendeiner Zeit „politische Leiter“ von irgendeinem Grad oder Rang waren (Siehe: „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher“ Band I, S. 86 ff): vom obersten Nazi-Führer Hitler über die Reichsleitung, die Gauleiter und ihre Stäbe, die Kreisleiter und ihre Stäbe, die Ortsgruppenleiter bis zu den Zellenleitern und Blockleitern. Insgesamt war dies eine Gruppe, die schätzungsweise mindestens 600.000 Menschen umfaßte. (Siehe: „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 140)

Die Anklageschrift lenkte dabei die Aufmerksamkeit gerade auch auf die wichtige Rolle der niedrigeren „Politischen Leiter“ für die Durchsetzung der Nazi-Politik und für die Durchführung der Nazi-Verbrechen. So waren die Blockleiter durch das Handbuch der Nazi-Partei angewiesen, den Ortsgruppenleitern all jene Personen anzuzeigen, die sich kritisch gegenüber den Nazis äußerten. (ebenda, S. 141)

Nach der Beweisaufnahme erklärte der sowjetische Hauptankläger Rudenko in seiner Abschlusßrede auf dem Nürnberger Prozeß, daß die Beweise, die gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegt wurden, sogar voll ausreichen, um die gesamte Nazi-Partei zu einer verbrecherischen Organisation im Sinne des Artikels 9 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes zu erklären. Dies war jedoch nicht Gegenstand der Anklage. (Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf“, S. 162)

Im weiteren Verlauf seiner Schlußrede legte Rudenko dann nochmals besonderes Gewicht auf die verbrecherische Rolle der sogenannten kleinen Nazis, der Zellenleiter und Blockleiter. Er zeigte auf, daß die Betriebszellenleiter systematisch zur Bespitzelung auch der Arbeiter und Arbeiterinnen in den besetzten Gebieten eingesetzt wurden. Eine Richtlinie Himmlers verpflichtete

„...die Betriebszellenleiter, besonders sorgfältig auf die Stimmung der ausländischen Arbeiter zu achten. Zu diesem Zweck ist die enge Zusammenarbeit der Partei-, Staats- und Wirtschaftsstellen mit der Gestapo erforderlich.“

(Ebenda, S. 168)

Und weiter zu den Blockleitern:

„Der Blockleiter war der Vermittler der nationalsozialistischen Weltanschauung inmitten der ihm politisch anvertrauten Bevölkerung und der Mitglieder der faschistischen Partei, er warb Mitglieder für die Hitlerjugend, SA, SS und DAF, er sorgte für den Besuch der nationalsozialistischen Veranstaltungen, für die Teilnahme an Demonstrationen usw. ... jeder Deutsche konnte seinen Blockleiter, und dieser Blockleiter verbreitete ständig die faschistische Infektion, vergiftete das Bewußtsein der Menschen und förderte damit die Erfüllung der allgemeinen Pläne der Hitlerverschwörer.“

Die Blockleiter waren kleine Führer, aber sie hatten eine durchaus reale Macht über alle Bürger, die in ihrem Block wohnten.

Natürlich haben die Blockleiter die Pläne der Angriffskriege nicht ausgearbeitet, aber sie ha-

ben viel dazu beigetragen, daß diese Pläne Wirklichkeit wurden.

Sie waren ferner ein sehr wichtiger Bestandteil der Hitlerpartei, die den Mittelpunkt der faschistischen Verschwörung darstellte.

Deshalb bestehen wir darauf, daß die Gruppe der Leiter der Hitlerpartei, all die großen und kleinen Führer, Reichsleiter und Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter, Zellenleiter und Blockleiter, das gesamte Führerkorps des ungeheuerlichen Mechanismus der faschistischen Diktatur als eine verbrecherische Organisation erklärt wird.“

(Ebenda, S. 169/170)

Zum Urteil von Nürnberg

Das Urteil von Nürnberg war in bestimmter Hinsicht richtungsweisend. Das betonen wir im Bewußtsein der Tatsache, daß der Nürnberger Urteilsspruch auch Fehler und Mängel enthielt, die zum großen Teil von der sowjetischen Seite unmittelbar kritisiert worden sind. Das am 30. September und 1. Oktober 1946 in Nürnberg verkündete Urteil blieb jedoch leider hinter den Anträgen der Ankläger zurück.

Denn es wurden auch einige wenige Naziverbrecher aufgrund der Intervention der Richter der USA, Englands und Frankreichs entweder freigesprochen oder sie bekamen viel zu niedrige Haftstrafen, wie Speer, Dönitz und Schacht. Trotz vehementer Proteste der Ankläger und der Richter aus der sozialistischen Sowjetunion, die zu Recht für Heß die Todesstrafe und für die freigesprochenen Angeklagten eine Verurteilung forderten, konnte dies nicht verhindert werden.

Das sowjetische Mitglied des Internationalen Militärgerichtshofes kritisierte den unbegründeten Freispruch des angeklagten Nazis Schacht, des angeklagten Nazis von Papen, des angeklagten Nazis Fritzsche, das geringe Strafmaß für den angeklagten Nazi Heß sowie die unrichtigen Entscheidungen, das Reichskabinett, den Generalstab und das Oberkommando der deutschen Wehrmacht (OKW) nicht für verbrecherische Organisationen im Sinne des Status des Internationalen Nürnberger Gerichtshofs zu erklären. (Siehe:

Abweichende Meinung des sowjetischen Mitgliedes des Internationalen Militärgerichtshofes, in: „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 266 ff.).

Rudenko machte vor allem auch klar, daß das OKW und der Generalstab der Wehrmacht, ja die gesamte Nazi-Wehrmacht die entscheidende Kraft war, um die Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus und seiner Nazis überhaupt durchsetzen zu können, um überhaupt die Nazi-Verbrechen in anderen Ländern durchführen zu können:

„Die hitlerische Kriegsmaschine, an deren Spitze das Oberkommando der Wehrmacht und der deutsche Generalstab standen, stellte die entscheidende Kraft dar, mit deren Hilfe all die verbrecherischen Angriffspläne der Hitlerregierung sowie all die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geplant und ausgeführt wurden.“

(Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“, S. 216)

Das politische Korps der Nazi-Partei wurde nicht insgesamt für verbrecherisch erklärt. Die Verbrechen des politischen Korps wurden zwar angeprangert und richtig wie folgt charakterisiert:

„Das Korps der Politischen Leiter wurde zu Zwecken benutzt, die vom Statut als verbrecherisch bezeichnet werden und die folgendes bedeuten: Die Germanisierung einverleibter Gebiete, die Verfolgung der Juden, die Durchführung des Sklavenarbeitsprogramms und die Mißhandlung von Kriegsgefangenen.“

(„Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 145)

Dennoch wurden nur die Gruppe der Reichsleiter, Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter als Teil des politischen Korps für verbrecherisch erklärt.³⁰ Die Blockleiter und Zellenleiter wurden ausgenommen.

Eine Erklärung für diese Einschränkung findet sich nicht. Der sowjetische Ankläger Rudenko hatte also die argumentative Grundlage dafür dargelegt und mit entsprechenden Beweisen ausgearbeitet, die in den Dokumenten des Nürnberger Prozesses festgehalten sind, um auch die sogenannten „kleinen“ Naziführer zur Rechenschaft zu ziehen

und zu verurteilen.

Die SA wurde fälschlicherweise nicht als verbrecherische Organisation verurteilt, sondern entgegen

Rot Front Nr. 8/9/10

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 46)

- Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED
- Kritische Einschätzung des KPD-Aufbaus vom 11. Juni 1945
- Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein
- Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

706 Seiten, 33 Euro, ISBN 3-932636-38-4; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt

den vor allem vom sowjetischen Anklagevertreter Rudenko (siehe: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“, S. 182 ff.) vorgebrachten Beweisen als „zu einem großen Teil aus Raufbolden und Draufgängern zusammengesetzten Gruppe“ und nach 1934 als „unbedeutende Nazianhängergruppe“ verhamlost („Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 165).

Genosse Rudenko stellte insbesondere drei zentrale Funktionen der SA im System des Nazi-Faschismus heraus:

„Während des Kampfes um die Macht und in der nachfolgenden Zeit waren die SA-Leute vor allem das Werkzeug der rohen Gewalt, ein Mittel für die Beseitigung und Ausrottung der politischen Gegner.

Diese Sachlage wurde mit voller Offenheit von Goebbels in einer im Jahre 1935 gehaltenen Rede zum Ausdruck gebracht. Er sagte damals:

„Die inneren politischen Widersacher sind nicht aus irgendwelchen unbekannten geheimnisvollen Gründen verschwunden. Nein, sie verschwanden deshalb, weil unsere Bewegung über die stärkste Waffe im Lande verfügte. Diese stärkste Waffe waren die Sturmabteilungen.“

Die SA-Leute führten unmittelbar die ersten antisemitischen Pogrome durch. Neben anderen, von der Anklage vorgelegten Dokumenten wird das durch authentische Berichte der

Anzeige

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN
Freitag 16.30 – 19.30 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Anmerkungen und Quellen

1 Siehe dazu „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher“ Band I, Erstveröffentlichung 1947, Nachdruck München und Zürich 1984, S. 35, im folgenden zitiert als „Hauptkriegsverbrecher“. Allein 150.000 der 300.000 Mitglieder der KPD wurden in Gefängnisse, KZs und Folterkeller gesperrt, mindestens 26000 davon ermordet. Nach heutigen bürgerlichen Analysen wurden von den Nazis über 12000 Menschen zwischen 1933 und 1944 nach Gerichtsurteilen offiziell hingerichtet (ohne die Opferzahlen der Nazi-Standgerichte). Durch Nazi-Standgerichte wurden allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1945 weitere 8000 ermordet, vor allem auch viele Deserteure aus der Nazi-Wehrmacht (Weissenborn: „Der lautlose Aufstand“, Frankfurt/M. 1974, S. 17).

2 Siehe dazu im Indexband der Dokumentenbände „Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher“, wo Dutzende Seiten zu den Nazi-Verbrechen gegen die Widerstandsbebewegung in anderen Ländern zu finden sind

3 Bei der exemplarischen Darlegung der Nazi-Verbrechen in den verschiedenen von den Nazis überfallenen Ländern konzentrieren wir uns im folgenden bewußt vor allem auf die Verbrechen der Nazis in der Sowjetunion, Polen und Frankreich. Einerseits auf Polen und die Sowjetunion, weil dort mit die schlimmsten Völkermordverbrechen der Nazis begangen wurden, andererseits auf Frankreich, um klarzumachen, daß die Nazis auch in Westeuropa ungeheuerliche Verbrechen begangen haben, die oftmals verhamlost oder gar „vergessen“ werden. Der Nürnberger Prozeß geht auf Verbrechen der Nazis in allen von den Nazis überfallenen Ländern ein, auch auf Verbrechen in Afrika.

4 Anklageschrift, in: „Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 62 ff.; 5 Ebenda, Band XIX/XX, S. 55/56; 6 Ebenda, Band II, S. 164.

7 So wurden allein 1944 acht bis neun Millionen Männer, Frauen und Kinder vor allem aus der Sowjetunion und Polen (aus Polen allein 2,46 Millionen) durch die Konzerne des deutschen Imperialismus im „Deutschen Reich“ (dazu zählten die Nazis außer Deutschland in den Grenzen von 1937 Österreich, Teile Polens und Teile der Tschechoslowakei) brutal ausgebeutet. Nicht mitgezählt sind dabei die Menschen, die auf sowjetischem Gebiet und in den anderen von den Nazis besetzten Ländern zur Sklavenarbeit gezwungen wurden (vgl. Flugblatt 2-3/00 von „Gegen die Strömung“; „Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt!“ und Autorenkollektiv: „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus“ S. 149, im folgenden zitiert als „Über den Widerstand...“).

8 „Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 66; 9 Ebenda, Band VI, S. 154/155; 10 Ebenda, Band I, S. 68/69; 11 „Über den Widerstand...“, S. 149.

12 Ebenda, Band I, S. 340. Laut neueren Forschungen ermordeten die Nazis von Oktober 1939 bis August 1940 unter dem Tarnnamen „T4“ ca. 80000 Kranke und Behinderte aus Polen, Deutschland und Österreich durch Giftgas in eigens dafür errichteten Vernichtungsanstalten in Deutschland und Österreich. Insgesamt, so die heutigen Schätzungen, ähnlich wie im Nürnberger Prozeß, fielen den „Euthanasie“-Morden der Nazis über 200000 Kranke und Behinderte vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Deutschland und Österreich zum Opfer (vgl. Flugblatt 11-12/04 von „Gegen die Strömung“; „Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“: Von der Diskriminierung zum Massenmord“).

13 „Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 266; 14 „Über den Widerstand...“, S. 148; 15 „Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 52/53; 16 „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 100 ff.; 17 „Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 256;

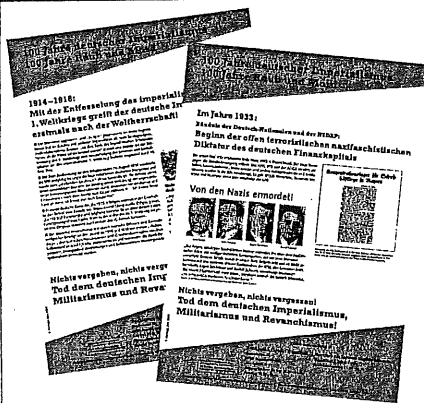
18 Ebenda, Band I, S. 58; 19 Ebenda, S. 128.

20 „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, S. 31. Zu den wichtigsten antisemitischen Nazi-Verbrechen sowie zum Novemberpogrom von 1938 siehe genauer: Flugblatt 11-12/98 von „Gegen die Strömung“; „Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!“, abgedruckt in: „Politische Stellungnahmen 1997-1998. Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Sozialismus in Flugblättern und Plakaten von „Gegen die Strömung“, S. 175-186. Zum Völkermord gegen die jüdische Bevölkerung Europas und gegen die Sinti und Roma sowie auch zu anderen Nazi-Verbrechen siehe ausführlich: „Über den Widerstand...“, S. 128 ff.

21 „Hauptkriegsverbrecher“, Band I, S. 72; 22 Ebenda; 23 Ebenda, Band VI, S. 72; 24 Ebenda, Band I, S. 8, 36/37; 25 „Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 92; 26 Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“, Die Reden des sowjetischen Hauptanklägers Generalleutnant R. A. Rudenko im Nürnberger Prozeß der deutschen Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1946, S. 193; 27 „Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 92; 28 „Über den Widerstand...“, S. 111 f.; 29 „Hauptkriegsverbrecher“, Band IX, S. 296.

30 Hier suggeriert die Ausgabe „Das Urteil von Nürnberg 1946“, München 1979, erstmals 1961 herausgegeben vom Deutschen Taschenbuch Verlag, auf S. 146, daß nur die Gruppe der Reichsleiter als verbrecherisch erklärt worden sei, indem aus einem Absatz im Originaldokument zwei Absätze gemacht werden. Im nachfolgenden Absatz heißt es nämlich: „Der Gerichtshof erklärt, daß im Sinne des Status diejenige Gruppe verbrecherisch ist, die sich aus den Mitgliedern des Korps der Politischen Leiter zusammensetzt, welche die im vorangehenden Absatz aufgezählten Stellungen innehatten.“ (vgl. „Das Urteil von Nürnberg“, München 1946, S. 102, Hervorhebung von „Gegen die Strömung“).

Plakatserie: 100 Jahre deutscher Imperialismus – 100 Jahre Raub und Mord



Broschüre in DIN A5 und Plakatserie in DIN A2; Vertrieb über Buchladen Georgi Dimitroff

- Im Jahr 1900: Deutsche Soldateska raubt und mordet in China
- 1904–1907: Der Völkermord der deutschen Imperialisten in Afrika an den Völkern der Herero und Nama!
- 1914–1918: Mit der Entfesselung des imperialistischen 1. Weltkrieges greift der deutsche Imperialismus erstmals zur Weltherrschaft!
- 1918/19: Niedermetzlung der revolutionären Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die imperialistische Konterrevolution!
- 1918–1933: Der deutsche Imperialismus bereitet Stück für Stück seinen Revanchekrieg und seine offene terroristische Diktatur vor!
- Im Jahr 1933: Beginn der offenen terroristischen nazi-faschistischen Diktatur des deutschen Finanzkapitals
- 1936–1939: Militärische Intervention Nazi-Deutschlands zur Niedermetzlung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens!
- Im Jahr 1938: Vor aller Augen: Der mörderische antisemitische Terror des Novemberpogroms!
- 1939/1941: Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Polen und die sozialistische Sowjetunion!
- Ab Mai 1940: Überfall der nazifaschistischen Wehrmacht auf Belgien, die Niederlande, Frankreich...!
- 1939–1945: Der nazifaschistische Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma
- Ab 1950: Remilitarisierung des westdeutschen Imperialismus und Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der Nazi-Wehrmacht!
- Ab Mitte der 60er Jahre: Der deutsche Imperialismus verschärft die Faschisierung und Verfolgung von ant imperialistischen und revolutionären Kräften in Deutschland!
- Der deutsche Militarismus – Kriegsherd und Todfeind der Völker
- Seit 1990: Die Einverleibung der DDR: der deutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus auf dem Vormarsch!

Kommandeure der SA-Verbände und -Einheiten bestätigt. Neben der SS wurde auch die SA im Geiste des gleichen bestialischen Antisemitismus erzogen, der schließlich durch die Schaffung der Lager von Treblinka und Chelmo seine Krönung gefunden hat.

Bei der Analyse des verbrecherischen Charakters der Organisation darf man jedoch eine weitere, äußerst wichtige Funktion der SA nicht außer acht lassen, die von ihr im Rahmen des Gesamtplanes der Entwicklung der Hitlerverschönerung erfüllt wurde.

Die SA war die Organisation, unter deren Deckmantel die Massenausbildung rein militärischer Kader für die Wehrmacht durchgeführt wurde, die berufen waren, später die Pläne der hitlerischen Aggression zu verwirklichen.

(Rudenko: „Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“, S. 184/185)

Bei allen anderen Nazi-Organisation wurde die falsche Einschränkung gemacht, daß nur die Mitgliedschaft ab dem 1. September 1939, also mit dem Überfall auf Polen, eine Rolle spiele, da vorher angeblich der verbrecherische Charakter dieser Organisationen nicht für jeden zu erkennen gewesen sei.



Bei der Analyse der Fehler und Mängel des Nürnberger Urteilspruchs muß bewußt sein: Der Nürnberger Prozeß, der am 20.11.1945 begann, war schon vor dem 8. Mai 1945 im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition verabredet und vorbereitet worden. Es versteht sich, daß sich die während der ganzen Zeit des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition vorhandenen Widersprüche zwischen der sozialistischen Sowjetunion und den imperialistischen Teilnehmer-Staaten nach dem militärischen Sieg über den Nazi-Faschismus verschärften und auch die Dokumente und Urteile des Nürnberger Prozesses beeinflussten. Ja, dieser Prozeß begann im Grunde schon in der Endphase der Anti-Hitler-Koalition, die sich Stück für Stück auflöste, bis schließlich das im August 1945 verabschiedete Potsdamer Abkommen offen von den imperialistischen Staaten gebrochen und bekämpft wurde. Schon 1947, erst recht 1948 und danach wäre an einen solchen

Prozeß wie 1945/46 in Nürnberg nicht mehr zu denken gewesen!

Zur Bedeutung des Nürnberger Prozesses

Der Nürnberger Prozeß hatte große Bedeutung im Kampf für die Vernichtung der Überreste des Nazi-Faschismus nach 1945. Nicht nur, daß die Nazi-Kräfte in Deutschland einen schweren Schlag versetzt bekommen hatten durch die Vollstreckung des Urteils von Nürnberg, was Hinrichtung und langjährige Haftstrafen für führende Nazi-Verbrecher bedeutete. Für die Anti-Nazi-Kräfte in Deutschland war vor allem auch sehr bedeutend, daß Nazi-Organisationen wie die SS oder die Gestapo zu „verbrecherischen Organisationen“ erklärt wurden, was für den Kampf um die Entnazifizierung eine wichtige Hilfe war.

Der Nazi-Faschismus hatte bisher weltgeschichtlich einmalige Verbrechen begangen, insbesondere den rassistischen Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma.

„Die Nazis“ - das waren nicht nur die „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, die die offene terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals, den Nazi-Faschismus errichtet hatten, wie Georgi Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935 richtig ausführte. Eines der wesentlichen Merkmale des Nazi-Faschismus war, daß er sich in Deutschland auf eine breite Massenbasis von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte - gerade auch mit Hilfe der Nazi-Partei und der SA. Das war auch gerade ein Ergebnis des Nürnberger Prozesses.

Die Analysen und Dokumente des Nürnberger Prozesses waren und sind wesentlicher Ausgangspunkt für die Aufklärung über die Nazi-Verbrechen. Im Kampf gegen die Gleichsetzung der Nazi-Verbrechen heute beispielsweise mit den Verbrechen im Irak, Kongo oder Ex-Jugoslawien, mitgegangen von Kreaturen des Imperialismus wie Hussein oder Milosevic, ist der Nürnberger Prozeß auch heute nach wie vor eine scharfe Waffe.

Die KPD/SED mußte möglichst umfassend die Nazi-Verbrechen kennen, um überhaupt die Aufgabe anpacken zu können, nach 1945 einen antinazistisch-demokratischen Kampf gegen alle Bestandteile des Nazi-Faschismus, für die umfassende Entnazifizierung und Aburteilung der Nazi-Verbrecher und die gigantische Aufgabe der Aufklärung über die Verbrechen des Nazi-Faschismus durchführen zu können.

Es galt - was mindestens genauso wichtig war -, aber auch wirklich tiefgehend und ehrlich zu analysieren, daß große Teile der deutschen werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Nazi-Verbrechen beteiligt waren bzw. diese stillschweigend geduldet hatten. Die genaue Kenntnis der Nazi-Verbrechen war und ist also auch nötig, um das ganze Ausmaß der Mitschuld der werktätigen und ausgebeuteten Massen an den Nazi-Verbrechen überhaupt erkennen zu können.

Ein dritter Punkt ist, daß die Nazi-Opfer völlig berechtigterweise Reparationen forderten - und zwar auf der Grundlage der an ihnen begangenen Verbrechen. Wollen die kommunistischen Kräfte bei der Frage der Reparationen führend vorangehen, mußten und müssen die Nazi-Verbrechen aufgedeckt und im vollen Umfang bekannt gemacht werden, um den Arbeiterinnen und Arbeiter, den werktätigen und ausgebeuteten Massen die Pflicht zu Reparationszahlungen überhaupt bewußt machen zu können.



Der Nürnberger Prozeß gegen die Nazi-Hauptverbrecher sind ein gewisser Einschnitt in der Geschichte des Sieges über den deutschen Nazi-Faschismus. Der Nazi-Faschismus wurde durch die Besetzung Deutschlands in vielerlei Hinsicht geschlagen - der Großteil seiner Kader, seine Traditionen, seine ideologischen und vor allem seine materiellen Wurzeln, das Finanzkapital in Deutschland, der deutsche Imperialismus und das kapitalistische System, konnten nicht wirklich zerschlagen und vernichtet werden. Diese Aufgabe steht bis heute an und wird täglich aktueller, der deutsche Imperialismus wächst und expandiert - aber er muß und wird zerschlagen werden!



Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalistische-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der ander Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

Roter Pressespiegel

erscheint zweimonatlich
als Überblick zum Pressespiegel
(mit ca. 150 Seiten)

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/05 (Januar bis Februar 2005)

Streiflichter des weltweiten Eingreifens des deutschen Imperialismus

Mit seiner Anzahl der im Ausland eingesetzten Soldaten steht Deutschland nach den USA und Großbritannien mittlerweile an dritter Stelle. (jW 15.02.05)

Unter dem Deckmantel der EU forderte Bundeskanzler Schröder Mitte Februar auf der „Sicherheitskonferenz“ imperialistischer Staaten in München eine **grundlegende Neuausrichtung der NATO**, um die Interessen des deutschen Imperialismus gegenüber den USA noch besser durchsetzen zu können. Ausdrücklich Bezug genommen wurde dabei auf den Irak-Krieg und im weiteren Verlauf der Debatte, in der sich Frankreichs Präsident Chirac und EU-Chefdiplomat Solana der Linie des deutschen Imperialismus angeschlossen hatten, u. a. auf die unterschiedlichen Interessen zum US-Imperialismus im israelisch-palästinensischen Konflikt, hinsichtlich der weiteren Zukunft des Irak und der Politik dem Iran gegenüber (jW 14.02.05, FR 15.02, 17.02.05)

Im Irak erweitert der deutsche Imperialismus unterdessen seinen Einflussbereich. Neben der schon laufenden Ausbildung irakischer Soldaten und der Mitwirkung am Aufbau der irakischen Armee durch die Bundeswehr werden 200 irakische Ministerialbeamte und Diplomaten sowie 400 irakische Kriminalpolizisten von Deutschland ausgebildet. (jW 25.01.05)

Die Wiederaufnahme der „Entwicklungszusammenarbeit“ der EU mit dem Sudan ist von der Regierung des deutschen Imperialismus massiv angegriffen worden. Statt dessen forderte sie erneut eine Verstärkung des imperialistischen Drucks gegenüber Sudan – angefangen von Sanktionen bis hin zu einem direkten militärischen Einsatz. Mitte Februar erklärte Kriegsminister Struck zum wiederholten Male die grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung, Soldaten der Bundeswehr im Sudan einzusetzen. (taz 28.01.05, jW 15.02, 19.02.05)

Ebenfalls massiv angegriffen wurde im Januar die Politik der USA gegenüber dem Iran. Der deutsche Imperialismus, dessen wirtschaftliche Kontakte zu dem Iran seit 2000 sprunghaft angestiegen sind, sieht seine dortigen Interessen durch ein eventuelles militärisches Eingreifen der USA bedroht. Im Vorfeld der „Sicherheitskonferenz“ führte Deutschland in München eine „Finanzierungskonferenz Nordafrika/Mittelost“ durch, auf der Vertreter des deutschen Imperialismus u. a. den Vertretern Irans ihre weiteren wirtschaftlichen Pläne mitteilten und Wege zu ihrer Durchsetzung berieten. Bundeskanzler Schröder selbst hatte dann Mitte Februar in Brüssel die Gelegenheit erhalten, gegenüber dem US-Präsidenten die „europäische Iran-Politik“ zu vertreten. (FR 20.01, 19.02.05, jW 09.02.05)

Für den Fall einer Fusion europäischer Werften nach dem Vorbild der Fusion europäischer Luftfahrtkonzerne erklärte Schröder, „dass eine solche Fusion unter deutscher industrieller Führung“ stattfinden solle. Zuvor jedoch müsse Frankreich seine Hausaufgaben machen und die Kostenstruktur sei-

ner Werften in Ordnung bringen. (FR 04.02.05)

Die Bundesregierung stoppte Mitte Februar die Auszahlung von „Hilfsgeld“ an Kenia mit dem Angebot, die Auszahlung wieder aufzunehmen, wenn der kenianische Präsident mehrere Minister entlassen habe. (FR 21.02.05)

Tod eines Afrikaners durch rassistischen Polizeieinsatz

Am 27. Dezember wurde der 35-jährige **Laya-Alama Conde** aus Sierra-Leone in Bremen unter dem Vorwand des Drogenhandels im Polizeipräsidium gefesselt. Ein Polizeiarzt pumpte ihm anschließend mit einem Schlauch Brechmittel und literweise Wasser in den Magen. Kurz darauf fiel der Afrikaner ins Koma, was von dem Arzt mit der Bemerkung kommentiert wurde, diese Klientel würde immer so tun, als sei sie bewusstlos. Laya-Alama wachte aus dem Koma nicht mehr auf und starb am 7. Januar auf einer Intensivstation. Noch als er im Sterben lag, erklärte der Bremer Innensenator Röwekamp, „Schwerstkriminelle“ müssten „mit körperlichen Nachteilen“ rechnen. In Bremen wurde seit 1992 fast 1.000mal Brechmittel eingesetzt. Bereits 2001 starb in Hamburg ein Afrikaner nach einem Brechmitteleinsatz. Das Antirassismusbüro Bremen teilte mit, man könne davon ausgehen, dass Brechmittel als rassistische Sonderbehandlung nur gegen Schwarze eingesetzt werde. Ein Brechmitteleinsatz an Deutsche sei nicht bekannt. (jW 07.01.05, FR 07.01.05, taz 10.01.05, Jungle World 12.01.05)

Tod eines Afrikaners in Polizeihaft

Am 7. Januar verbrannte der 21-jährige Flüchtling **Oury Jalloh** aus Sierra-Leone in einer Polizeizelle in Dessau (Sachsen-Anhalt). Die Polizei behauptete zunächst, das Feuer brach aus unbekannten Ursachen aus, später behauptete sie, der Afrikaner habe Selbstmord begangen, indem er mit einem Feuerzeug seine Matratze in Brand setzte. Erst nach fünf Wochen wurden Einzelheiten bekannt, die gegen einen Selbstmord sprechen. Der Afrikaner war mit vier Handschellen an Händen und Füßen auf einer Pritsche mit feuerfester Matratze gefesselt worden. Bei einer vorherigen Untersuchung wurde bei ihm und in der Zelle kein Feuerzeug gefunden. Nachdem zwei Polizisten kurz vor zwölf Uhr sich etwa zehn Minuten allein in der Zelle mit Oury aufgehalten hatten, stellte ein Polizist die Wechselsprechanlage, mit der die Zellen abgehört werden, leiser. Zwischen 12.04 Uhr und 12.09 Uhr verbrannte der Afrikaner. Der Feuermelder, der Alarm schlug, wurde von der Polizei zweimal abgeschaltet. (jW 10.02.05, FR 22.02.05)

Private Sicherheitsdienste und Bürgerwehren im Polizeieinsatz

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Zusammenarbeit zwischen privaten Sicherheitsdiensten und Bürgerwehren mit der Polizei, die eine Übertragung hoheitlicher Rechte auf die Privaten mit einschließt, wird in der Zukunft weiter ausgebaut. In der hessischen Kleinstadt Langen (35.000 Ew.) patrouilliert seit 2001 eine private „Citystreife“ nachts

durch den Ort, um auf „Ordnung“ und „Sauberkeit“ zu achten und Platzverweise zu erteilen. Allein im Jahre 2003 wurden knapp 2.000 Platzverweise ausgesprochen. Die Streife ist auch zur Personalienfeststellung berechtigt. In den ersten sechs Monaten ihres Bestehens wurde die „Citystreife“ 52mal von der Polizei alarmiert und zum Einsatz geschickt. In Niedersachsen bereitet das Innenministerium den Einsatz von Bürgerwehren vor, bei denen Freiwillige aus der Bevölkerung Streife laufen. Vorbild ist Hessen, wo nach Testphasen solche Bürgerwehren landesweit eingeführt werden. In Niedersachsen sollen die Bürgerwehren berechtigt werden Personalien abzufragen, Ausweise und andere Dokumente zu kontrollieren, Platzverweise zu erteilen und Gegenstände sicherzustellen. Menschen, die sich einer Ausweiskontrolle widersetzen, droht ein Bußgeld von bis zu 1.000 Euro. Ins Gespräch gebracht wurde auch, Erwerbslose im Rahmen der Ein-Euro-Jobs auf Streife zu schicken. (jW 15.01, 19.01.05)

Staatliche Repression gegen Abschiebegegnerinnen und -gegner

Am 10. Februar sollte die 24-jährige Iranerin Zahra Kameli von Frankfurt/Main aus in den Iran abgeschoben werden, wo ihr der Tod durch Steinigung droht. 150 Abschiebegegnerinnen und -gegner versammelten sich im Frankfurter Flughafen, um gegen die Abschiebung zu protestieren und sie zu verhindern. Sie verteilten Flugblätter und informierten Reisende über die bevorstehende Abschiebung. Der Pilot der Maschine weigerte sich, die Iranerin zu befördern, die sich heftig gegen die Abschiebung wehrte und einen Zusammenbruch erlitt. Mittlerweile traf die Polizei ein und kesselte die Protestierenden ein, die nach Beendigung ihrer Proteste

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

den Flughafen verlassen wollten. Statt dessen begann eine Hetzjagd der Polizei auf die Protestierenden, die bis über die Gänge der Parkdecks und am S-Bahnsteig verlief. Insgesamt fasste die Polizei 62 Menschen und nahm sie in Haft, unter ihnen Minderjährige und Alleinerziehende. Bei den Gefangenen-transporten wurden Menschen aus anderen Herkunftsländern von den Deutschen getrennt. In der Haft wurden Telefonanrufe verweigert, Personalien aufgenommen und versucht, DNA-Tests durchzuführen. Erst im Verlauf des nächsten Tages wurden die Protestierenden wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Betreiber des Flughafens wollen gegen sie Anzeige erstatten. Die Iranerin, für deren Bleiberecht am 19. Februar 200 Menschen in Goslar demonstrierten, erhielt am 23. Februar ein befristetes Aufenthaltsrecht. (jW 12.02.05, FR 17.02, 18.02, 21.02.05, taz 23.02.05)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

Im Jahre 2004 sank die Zahl der Menschen, die in Deutschland noch die Möglichkeit hatten Asyl zu beantragen um ca. 30 Prozent auf 35.607. Das ist seit 20 Jahren die niedrigste Flüchtlingszahl. 2003 beantragten noch über 50.000 Menschen Asyl. Von 61.961 Asylanträgen, über die 2004 entschieden wurde – im Jahre zuvor waren es noch fast 94.000 Anträge – wurden nur 1,5 Prozent anerkannt, weitere 1,8 Prozent der Flüchtlinge erhielten „Abschiebeschutz“. Nach einer Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin starben von 1993 bis 2004 161 Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland oder an den Grenzen, 125 Flüchtlinge töteten sich aus Angst vor ihrer Abschiebung selbst oder kamen ums Leben, als sie versuchten der Abschiebung zu entgehen, 67 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, 12 Flüchtlinge wurden durch Nazi-Überfälle auf der Straße ermordet. (taz 24.01.05, jW 28.02.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

70 Antifas, die am 4. Dezember in **Steinburg** (Schleswig-Holstein) gegen 120 Nazis protestierten, die sich dort zu einer Wahlkampfveranstaltung der NPD zusammengerottet hatten, wurden von ihnen unter den Augen der Polizei überfallen. Mit Flaschen und Stühlen bewaffnet, stürmten die Nazis auf die Antifas los, prügeln auf sie ein, bewarfen sie mit Steinen und verletzten mehrere von ihnen. Anschließend setzten die Nazis ihre Versammlung fort. (Jungle World 12.01.05) Ein 59-Jähriger stellte am 24. Dezember in **München** drei Nazis zur Rede, nachdem diese einen dunkelhäutigen Mann rassistisch beleidigt hatten. Einer der Nazis schlug ihm daraufhin mit einer Bierflasche mehrmals auf den Kopf und verletzte ihn dabei. Nach einer Personalienfeststellung ließ die Polizei die Nazis wieder laufen. Der 59-Jährige musste im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 05.01.05) Am 3. Januar verübten Nazis in **Neresheim** (Baden-Württemberg) einen Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus. Dabei geriet ein Zimmer, in dem ein vierjähriges Kind schlief, in Brand. Ein Bewohner des Hauses konnte das Feuer noch rechtzeitig löschen. (Jungle World 12.01.05) In **Magdeburg** überfielen am 8. Januar zwei Nazis einen Afrikaner im Bus und schlugen und traten dabei auf ihn ein. Der Afrikaner erlitt Kopfverletzungen. (taz 10.01.05) Ein Flüchtling aus Togo wurde am 10. Januar in **Waren** (Mecklenburg-Vorpommern) von 14 Nazis rassistisch be-

schimpft, geschlagen und mit Füßen getreten. (Jungle World 02.02.05) Während einer Zugfahrt in **Sachsen-Anhalt** wurde ein 20-Jähriger aus Kuwait am 15. Januar von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. (Jungle World 26.01.05) Am 16. Januar beschimpften zehn Nazis in **Mannheim** drei Studenten aus Kamerun und sprühten ihnen Tränengas in die Augen. (Jungle World 02.02.05) In **Berlin** überfielen am 18. Januar zwei Nazis zwei Menschen aus Indonesien und besprühten sie ebenfalls mit Tränengas. (taz 20.01.05) Während einer Party im alternativen Jugendklub in **Bernau** (Brandenburg) verübten Nazis in der Nacht zum 23. Januar dort einen Sprengstoffanschlag. Nur zufällig wurde keiner der Gäste verletzt. Erst wenige Stunden zuvor hatte in Bernau ein Nazi-Aufmarsch stattgefunden, auf dem 40 Nazis gegen diesen Jugendklub gehetzt hatten. (jW 25.01.05) Zwei Afrikaner sind am 23. Januar in **Schwedt** (Brandenburg) von Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen worden. Die Überfallenen wurden dabei verletzt. (Jungle World 02.02.05) Vier Nazis überfielen am 30. Januar in **Cottbus** (Brandenburg) zwei Studenten aus Kamerun und verletzten sie mit Schlägen und Fußtritten am Kopf. (Jungle World 09. 02.05) Ein Nazi, der am 11. Februar in **Kirchhundem** (Nordrhein-Westfalen) nach einer Schlägerei ins Krankenhaus eingeliefert wurde, hat dort einen Migranten überfallen. (Jungle World 23.02.05) In **Tangerhütte** (Sachsen-Anhalt) griffen vier Nazis Mitte Februar einen Afrikaner an und verletzten ihn. (FR 18.02.05) In der Nacht zum 17. Februar überfielen drei Nazis in **Frankfurt/Main** einen Obdachlosen, verprügelten ihn und traten auf ihn ein. (FR 19.02.05) Ein 16-jähriger Antifaschist wurde am vorletzten Februarwochenende in **Beeskow** (Brandenburg) von drei Nazis überfallen. Einer der Nazis schlug ihn dabei mit einem Baseballschläger auf den Hinterkopf. (jW 22. 02.05) In **Güstrow** (Mecklenburg-Vorpommern) verprügelten am 20. Februar zwei Nazis einen Flüchtling aus Togo und traten auf ihn ein. (FR 24.02.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 8. Januar protestierten in **Hamburg** 300 Antifas gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von mehreren Hundertschaften Polizei geschützt wurde. (jW 10.01.05) In **Magdeburg** kämpften 1.500 Antifas am 15. Januar gegen einen Aufmarsch von 1.200 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 60 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzen wollten. Den Antifas gelang es, durch den Bau von Barrikaden und den Einsatz von Wurfgeschossen nach 20 Minuten den Nazi-Aufmarsch zu stoppen. Erst nach drei Stunden konnten die Nazis weiter marschieren – und zwar auf den kürzesten Weg zum Bahnhof. (jW 17.01.05) 200 Antifas demonstrierten am 22. Januar in **Moers** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis. Den Antifas schlossen sich während der Demonstration spontan Jugendliche aus der Türkei und Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft an. Gegen die Nazi-strukturen vor Ort und für den Erhalt eines antifaschistischen Jugendzentrums demonstrierten am 22. Januar 100 Antifas in **Lüdenscheid** (Nordrhein-Westfalen) (jW 24.01.05) Am 29. Januar demonstrierten in **Schleusingen** (Thüringen) 350 Menschen bei einer Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz gegen einen Aufmarsch von 90 Nazis. Gegen Nazi-Läden demonstrierten 250 Antifas am selben Tag in

Gera (Thüringen). (taz 31.01.05) Ebenfalls am 29. Januar protestierten 400 Antifas in **Leverkusen** (Nordrhein-Westfalen) gegen 120 Nazis, die unter dem Schutz von 1.000 Polizisten aufmarschierten. (anna 10.02.05) Am selben Tag beteiligten sich 10.000 Menschen in **Kiel** an den Protesten gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis. Kämpferische Antifas blockierten zu Beginn des Aufmarsches die Nazis, denen es erst mit Hilfe der Polizei nach einigen Stunden gelang loszumarschieren. Schließlich blockierten 500 Antifas eine Kreuzung. Trotz Räumfahrzeugen und Wasserverfeinsatz der Polizei bildeten sich weitere Straßenblockaden, so dass die Nazis gezwungen werden konnten, ihre Route zu verkürzen. Die Polizei nahm 70 Antifas fest. (jW 31.01.05) 2.000 Menschen protestierten am 30. Januar in **Döberden** (Niedersachsen) gegen ein dort entstehendes Nazi-Schulungszentrum. (taz 31.01.05) 7.000 Nazis roteten sich am 13. Februar in **Dresden** zusammen, um gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Nazi-Festung vor 60 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition zu hetzen. 4.000 Polizisten schützten die Nazis vor 1.500 kämpferischen Antifas, die mit brennenden Mülltonnen und Barrikaden versuchten, die Nazis aufzuhalten. Die Polizei nahm 50 Antifas fest. An einer Anti-Nazi-Demonstration bürgerlicher Kräfte am Nachmittag beteiligten sich 10.000 Menschen. (jW 14.02.05)

Streikämpfe und Proteste in Frankreich

Am 18. Januar begannen in Frankreich die größten Streikaktionen seit Frühjahr 2003. Gegen die „Reformpolitik“ der reaktionären französischen Regierung und gegen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst protestierten u. a. Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, Beschäftigte der Post, der Gas- und Elektrizitätswerke und Lehrerinnen und Lehrer. Während die Streikbeteiligung der Postbeschäftigten nur bei ca. 20 Prozent lag, legten am 19. Januar 40 Prozent der 168.000 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner die Arbeit nieder. In Paris und Umgebung fielen bis zu 80 Prozent der Züge aus. Am 5. Februar demonstrierten landesweit ca. 500.000 Werktätige gegen die geplante Aufhebung der 35-Stunden-Woche. Allein in Paris gingen 90.000 Werktätige auf die Straße, in Marseille 50.000 und in Bordeaux und Toulouse jeweils 25.000. Insgesamt gab es im Land 140 Demonstrationen und Protestaktionen. Nur fünf Tage später gingen 100.000 Schülerinnen und Schüler auf die Straße, um auf landesweit 40 Protestkundgebungen gegen „Schulreformen“ im Rahmen von Sparmaßnahmen zu demonstrieren. (jW 20.01, 07.02, 12.02.05)

Illegaler Streik in Ägypten

In Ägypten, ein Land ohne Streikrecht, stehen die Arbeiter einer Asbestfabrik in der Stadt 10th Ramadan City nördlich von Kairo seit drei Monaten in einem illegalen Streik. Sie kämpfen gegen die geplante Betriebsstilllegung und für eine Entschädigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch ihre jahrelange, ohne jegliche Arbeitsschutzmaßnahmen durchgeführte Arbeit. Zudem haben sie seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten. Bereits mehrfach wurde vergeblich versucht, den Streik gewaltsam zu zerschlagen – zuletzt am 29. Januar, wo bezahlte Schlägertrupps die Arbeiter überfielen. Solidarisch unterstützt in ihrem Kampf werden die Streikenden von Arbeitern benachbarter Fabriken und Bürgerinitiativen. (jW 04.02.05)

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 2/05 (März bis April 2005)

Die Bundeswehr im Auslandseinsatz

Die Bundeswehr beteiligt sich nach einem Beschluss des Bundestages am 22. April mit bis zu 75 Soldaten an einem Einsatz von UN-Truppen im südlichen Sudan. Die imperialistischen Truppen sollen über sechs Jahre in der Region stationiert werden, wobei auch eine Ausweitung des Einsatzes auf die im Westen des Landes liegende Provinz Darfur möglich ist. (FR 23.04.05) Die 2.700 Bundeswehrsoldaten, die in **Kosovo** stationiert sind, wurden Anfang März um 600 Soldaten verstärkt. Von allen in Kosovo stationierten imperialistischen Armeen, stellt die Bundeswehr das größte Truppenkontingent. (FR 04.03.05, jW 23.03.05) In den **Vereinigten Arabischen Emiraten** bilden seit April mehr als 50 Bundeswehrsoldaten Soldaten aus dem **Irak** aus, die nach zwei Monaten unter deutschem Oberbefehl selbst irakische Soldaten ausbilden sollen. Zudem werden ab August in Hamburg 25 irakische Offiziere an der dortigen Führungsakademie der Bundeswehr ausgebildet. (jW 18.04, 26.04.05) Ab Oktober will die Bundeswehr den gesamten Norden von **Afghanistan** besetzen. Kriegsminister Struck (SPD) will dazu die derzeitige „Obergrenze“ der dort eingesetzten Soldaten von 2250 auf 2500 Soldaten anheben. (FR 27.04.05)

Ausschnitte der staatlichen Repression gegen antifaschistische Kräfte

In **Stuttgart** steht seit dem 3. März ein Antifaschist vor Gericht, der im September letzten Jahres einen Aufruf zur Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches verteilt hatte. Dieser Aufruf richte sich, so die Anklageschrift, „gegen den politischen Frieden in Deutschland“. (Jungle World 02.03.05) In **Pirna** steht seit dem 12. März die Familie Sendilmen vor Gericht, weil sie sich 2000 und 2001 gegen die ständigen Nazi-Überfälle auf ihr Imbisslokal gewehrt hatte. Angeklagt wurden sie wegen gefährlicher Körperverletzung auf „spazierende rechte Jugendliche“. Die Zeugen kommen aus der mittlerweile verbotenen Nazi-Organisation SSS, die für die Nazi-Überfälle auf den Imbiss verantwortlich waren. (Jungle World 23.03.05) Fünf Antifaschistinnen, die in der Nacht zum 28. März in **Berlin** antifaschistische Zettel geklebt hatten, wurden von 15 Polizisten festgenommen und wegen angeblich schweren Landfriedensbruchs über 18 Stunden festgehalten. Die Polizisten wurden von zwei Nazis informiert. (jW 01.04.05)

Ausschnitte der staatlichen Repression gegen Flüchtlinge

Auf Einladung des Hamburger Innensenators Nagel übernahmen vier Gesandte der Militärdiktatur Guinea Anfang März für zehn Tage das Hausrecht in der Hamburger Ausländerbehörde, um in einem Schnellverfahren die Identität afrikanischer Flüchtlinge festzustellen. Die deutsche Polizei führte ihnen 400 afrikanische Flüchtlinge zu. Viele von ihnen wurden mitten in der Nacht mit Polizeibussen abgeholt und nach stundenlangem Warten den Abgesandten vorgeführt, die nach wenigen Minuten über deren nationale Identität entschieden. Die Hamburger Ausländerbehörde glich während dieser Tage einem Hochsicherheitstrakt. Für angebliche Flücht-

linge aus Guinea hatten die Abgesandten bereits Reisepapiere mitgebracht. Sieben im Jahre 1999 nach Guinea abgeschobene Flüchtlinge sind spurlos verschwunden. (jW 31.03.05) Mehrere tausend Flüchtlinge aus dem Libanon, deren Vorfahren in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts aus der Türkei in den Libanon eingewandert waren, weil sie als arabische Minderheit in der Türkei unterdrückt wurden, werden nach und nach in die Türkei abgeschoben. Dass die Flüchtlinge kein Wort türkisch sprechen, spielt dabei keine Rolle. Zudem werden ihre Namen kurzerhand durch türkische Namen ersetzt. So wurde am 10. Februar die schwangere G. Salame aus Algerien, die seit 17 Jahren in Deutschland lebt, mit ihrem einjährigen Kind in Abschiebehaft genommen. Die Polizei wartete ab, bis ihr Mann das Haus verließ, um die beiden ältesten Töchter zur Schule zu bringen. Noch bevor sie aus der Schule zurückkamen, saß G. Salame unter dem Namen Önder mit ihrer jüngsten Tochter im Flugzeug in Richtung Türkei. (jW 04.03, 22.03.05)

Einige Zahlen zur weiteren Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland

Im Februar stieg die Zahl der Erwerbslosen auf offiziell 5.216.000 und damit auf den höchsten Stand in der Geschichte der BRD. (FR 01.03.05) Bis März wurden gegenüber dem Vorjahr acht Prozent weniger Ausbildungsplätze gemeldet bei gleichbleibender Zahl der Bewerber. (taz 01.04.05) Mittlerweile erhalten 30.000 erwerbslose Jugendliche unter 25 Jahren wegen angeblicher „mangelnder Mitwirkung“ kein Arbeitslosengeld mehr. Insgesamt sind 664.000 Jugendliche unter 25 Jahren erwerbslos. (FR 08.04.05) Von 1996 bis 2001 stieg die Zahl der Niedriglohnbezieher auf ca. 3,63 Mio. Damit gehören ein Sechstel aller Vollzeitbeschäftigten zu den Geringverdienern. Frauen, die 2001 nur 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten ausmachten, stellten 57 Prozent der Niedriglohnverdiener. (jW 18.03.05) Laut einer UN-Studie leben 10,2 Prozent aller Kinder in Deutschland in Armut. Davon sind 40 Prozent Kinder von Alleinerziehenden. Die Kinderarmut in Zuwandererfamilien verdreifachte sich in den neunziger Jahren auf 15 Prozent. In Westdeutschland stieg die Kinderarmut von 1989 auf mehr als das Doppelte an. (jW 02.03.05) In Deutschland leben mittlerweile 300.000 Menschen ohne Krankenversicherung. (jW 18.04.05)

Ermittlungen gegen Nazi-Mörder Konrad

Seit 2004 läuft in Italien ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Offizier der Nazi-Wehrmacht, Klaus Konrad, wegen Mordes. Konrad war 1944 im italienischen San Polo an dem bestialischen Mord an mindestens 54 Zivilisten beteiligt, die vor ihrer Ermordung gefoltert wurden. 16 Opfer wurden lebendig begraben. Vor kurzem gab Konrad einem Fernsehsender ein Interview, wo er zweieinhalb Stunden lang über seine Verbrechen in der Nazi-Wehrmacht protzte. Freimütig bekannte er, seine Verbrechen erst zu bedauern, seit in Italien gegen ihn ermittelt wird. Bereits 1972 wurde gegen ihn in dieser

Sache in Deutschland ermittelt. Das Verfahren gegen den damaligen Bundestagsabgeordneten der SPD wurde eingestellt. Konrad, der acht Jahre lang für die SPD im Bundestag saß und mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, ist nach wie vor Mitglied der SPD. (taz 09.04.05)

Nazi-Morde

Am 28. März ermordete ein Nazi in **Dortmund** den 32-jährigen **Thomas Schulz** aus der Punk-Szene. An einer U-Bahn-Station stach der Nazi nach einem kurzen Wortgefecht seinem Opfer gezielt ins Herz. Dem Nazi, der kurz darauf verhaftet wurde, wurde von der Polizei bescheinigt, stark alkoholisiert zu sein. Während ihm die Dortmunder Nazi-Szene sofort einen Anwalt zur Verfügung stellte, verlautbarte der Pressesprecher der Stadt, dass es in Dortmund keine Nazi-Szene gäbe. Zwei Tage nach dem Mord überfielen Nazis die in der U-Bahn-Station errichtete Gedenkstätte und versuchten sie zu zerstören. Am 31. März verübte an gleicher Stelle ein Nazi erneut einen Messerangriff auf einen Punk. Am 1. April drohten Nazi-Plakate in Dortmund mit der Aufschrift „Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben“, mit weiteren Nazi-Angriffen. In Dortmund wurden 2003 und 2004 offiziell jeweils ca. 200 Nazi-Verbrechen registriert. (jW 31.03.05, Jungle World 06.04.05)

Am 30. März wurde in **München** der 17-jährige **Marcel S.** von einem Nazi aus der Gothic-Szene überfallen. Der Nazi, der die Freundin von Marcel S. rassistisch beleidigt hatte, prügelte auf ihn ein, nachdem dieser seine Freundin verteidigt hatte. Als das Opfer schon am Boden lag, trat der Nazi noch mit Stiefeln gegen seinen Kopf. Am 6. April starb Marcel S. an den Folgen des Überfalls. Die Polizei leugnete einen nazistischen Hinter-

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

grund, behauptete, dass der Täter „kein Rassist“ sei und krönte ihre Verharmlosung des Nazi-Mordes mit der Behauptung, dass die Tat „nicht besonders intensiv und brutal“ sei. (taz 08.04.05)

In **Schwerte** bei Dortmund ermordete am 15. April ein Nazi den 34-jährigen **Arthur K.** Der Nazi, der eine Gruppe Jugendlicher mit „Heil Hitler“ grüßte, wurde von Arthur K. zur Rede gestellt. Kurz darauf stach der Nazi mit einem Messer fünfmal auf sein Opfer ein und tötete ihn. Schon im Mai 2003 stach er mit einem Messer auf einen Besucher des Schwerter Kulturzentrums ein. Im Januar dieses Jahres wurde der Prozess gegen ihn verurteilt. (Jungle World 27.04.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 28. Januar verübten Nazis in **Isenbüttel** (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf ein türkisches Imbisslokal. Der Brand verursachte einen Totalschaden. In **Güstrow** (Mecklenburg-Vorpommern) haben am 20. Februar zwei Nazis einen 29-jährigen Flüchtling aus Togo rassistisch beleidigt, ihn anschließend geschlagen und in den Bauch getreten. Eine Frau, die dem Überfallenen helfen wollte, wurde daraufhin ebenfalls beleidigt. Der Togoese mußte ärztlich behandelt werden. (Jungle World 02.03.05) In der Nacht zum 20. März versuchten Nazis in **Zepnick** (Brandenburg) ein türkisches Imbisslokal in Brand zu setzen. Der Brandanschlag scheiterte. Nur fünf Tage später wurden in der Nähe des Imbisslokals ca. 60 Nazi-Plakate geklebt, die gegen den Besitzer hetzten. In Brandenburg wurden seit 2000 über 30 Nazi-Brandanschläge auf Imbisslokale verübt, die von Menschen aus anderen Herkunftsländern betrieben werden. (FR 22.03.05, Jungle World 06.04.05) Am 23. März verteilten Nazis in **Brück** (Brandenburg) an Haushalte der Stadt Flugblätter, in denen gegen den türkischen Betreiber eines Imbisslokals gehetzt wird und die Bewohner aufgefordert werden, sich von dem Lokal fernzuhalten. Erst im Februar diesen Jahres wurde auf diesen Imbiss ein Nazi-Brandanschlag verübt. (Jungle World 06.04.05) In **Rheinsberg** (Brandenburg) verübten Nazis in der Nacht zum 30. März einen Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss. Das Lokal brannte vollständig nieder. Innerhalb von zwei Jahren war dies der vierte Brandanschlag auf diesen Imbiss. (jW 02.04.05) In der Nacht zum 15. März verübten Nazis in **Essen** einen Brandanschlag auf ein von 24 Flüchtlingen bewohntes Haus. Ein Flüchtling, der den Brand rechtzeitig feststellte, konnte das Feuer löschen. (jW 16.03.05) Am 18. März überfielen sechs Nazis in **Homburg** (Saarland) zwei Antifaschisten und prügelten auf sie ein. Einer der Antifas mußte im Krankenhaus behandelt werden. (anna 6-2005) In **Cottbus** (Brandenburg) wurden am 2. April drei Jugendliche aus anderen Herkunftsländern von vier Nazis rassistisch beschimpft. Einer der Nazis schlug einem 16-Jährigen aus Afghanistan ins Gesicht. (jW 05.04.05) Besucher einer antifaschistischen Veranstaltung in **Berlin-Köpenick** wurden am 5. April von 20 Nazis überfallen, die mit Ketten und Eisenstangen auf die Gäste einschlugen. Zwei Besucher wurden dabei verletzt. (jW 07.04.05) Am 9. April griffen mehrere Nazis in **Landau** (Rheinland-Pfalz) eine Gruppe von Menschen aus anderen Herkunftsländern an. Auf dem Landauer Bahnhofsvorplatz wurde am selben Tag ein Dunkelhäutiger von zwei Nazis überfallen, die sein Fahrrad zerstörten und ihn mit einem Messer und einer Flasche bedrohten. Mehrere Antifas, die sich in der Nähe befanden, eilten dem Flüchtling

zu Hilfe. (Jungle World 20.04.05) In **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) griff am 20. April ein Nazi einen Menschen aus einem anderen Herkunftsland an und verletzte ihn. Der Nazi bekannte später, den Überfall anlässlich Hitlers Geburtstag begangen zu haben. (Jungle World 27.04.05) Am 26. April sind in **Berlin** drei Musiker von vier Nazis überfallen und zusammengeschlagen worden. Die drei Opfer mussten im Krankenhaus behandelt werden. (jW 28.04.05) Im Jahre 2004 stieg nach offiziellen Angaben die Zahl der „rechtsextremistischen Straftaten“ auf 12.051. Sie lag damit um 12 Prozent höher als 2003. Die Zahl der „rechtsextremistischen Gewalttaten“ stieg von 759 auf 776. (FR 28.04.05) Ebenfalls nach offiziellen Angaben wurde im Januar dieses Jahres stündlich eine „rechtsextremistische Straftat“ verübt. (FR 09.03.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

Gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, die am 12. März in **Dessau** (Sachsen-Anhalt) gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 60 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten, demonstrierten 1.000 Menschen. (taz 14.03.05) In **Würzburg** (Bayern) protestierten am 19. März 8.000 Menschen gegen 200 Nazis, die ebenfalls gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 60 Jahren hetzten. (taz 21.03.04) In **Dresden** kämpften am 19. März 1.200 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, der von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt wurde. Unter dem Schutz der Polizei griffen die Nazis noch vor ihrem Aufmarsch mit Steinwürfen die Antifas an. Eine Antifaschistin wurde von sechs Nazis mit Fahnenstangen überfallen. Während des Aufmarschs griff dann auch die Polizei mit Schlagstöcken die Antifaschistinnen und Antifaschisten an, die versuchten, die Nazis zu stoppen. Ca. 40 Antifas wurden festgenommen. (jW 21.03.05) 6.000 Menschen protestierten am 2. April in **München** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, zu deren Schutz 1.500 Polizisten bereit standen. 1.500 kämpferische Antifas versuchten, sich dem Aufmarsch entgegenzustellen. Es gelang den Antifas, die Abschlusskundgebung der Nazis zu stören, woraufhin sie von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen wurden. Die Polizei nahm mindestens 78 Antifas fest. (jW 04.04.05) Mehrere Nazis mussten am 29. März in **Düren** (Nordrhein-Westfalen) eine Unterschriftensammlung abbrechen, nachdem 15 Antifas lautstark gegen sie protestiert hatten. (anna 7-2005) 40 Menschen demonstrierten bereits am 29. März in **Dortmund** gegen den Nazi-Mord am Tage vorher an **Thomas Schulz**. Am 2. April protestierten in **Dortmund** 4.000 Menschen gegen den Nazi-Mord. Die Polizei nahm 84 der Demonstrierenden fest. (ND 30.03.05, jW 04.04.05) In **Verden** (Niedersachsen) protestierten am 2. April mehrere tausend Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Mehr als 100 Initiativen hatten zu den Protesten aufgerufen, die sich auch gegen ein geplantes Nazizentrum auf einem ehemaligen Gelände der Bundeswehr im nahe gelegenen **Döberden** richteten. An einer Demonstration beteiligten sich 1.000 Menschen. (jW 04.04.05) Am 9. April protestierten 200 Antifas in **Pasewalk** (Mecklenburg-Vorpommern) gegen einen Aufmarsch von 260 Nazis. Zwei Antifas wurden vor dem Nazi-Aufmarsch durch einen Nazi-Überfall verletzt. (taz 11.04.05) 300 Antifas kämpften am 16. April in **Erfurt** (Thüringen) militant gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis. Die Polizei griff mit Wasserwerfern die Antifas an und nahm 14 von ihnen fest. In

Essen demonstrierten 1.200 Menschen gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis. Auch hier wurden die Protestierenden von der Polizei angegriffen. Die Polizei nahm 18 Antifas fest. Am selben Tag protestierten 260 Menschen in **Stolberg** (Nordrhein-Westfalen) gegen 160 Nazis, die in der Stadthalle das 40-jährige Bestehen der NPD feierten. (FR 18.04.05) In **Schwerte** bei Dortmund demonstrierten am 17. April 100 Antifas gegen den Nazi-Mord an **Arthur K.** am 15. April. (jW 19.04.05)

Betriebsbesetzung in der Türkei

Nach dem bekannt geworden war, dass die staatliche Papierfabrik **SEKA** in **Ismit** stillgelegt und das Gelände verkauft werden sollte, besetzten 700 Arbeiter am 19. Januar das Werk. Ende Februar versuchten Polizei und Militär die Betriebsbesetzung gewaltsam zu beenden. Die Arbeiter verbarrikadierten sich daraufhin in einer Werkstatt, setzten ihren Kampf fort und erklärten, nur als Tote die Fabrik zu verlassen. Vier türkische Gewerkschaftsdachverbände erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch und beschlossen, die Kämpfenden mit landesweiten Protesten zu unterstützen. Anfang März beteiligten sich mehrere zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter im ganzen Land, auch in kurdischen Städten, mit Warnstreiks und vorübergehenden Betriebsbesetzungen an den Solidaritätsaktionen. Nachdem der Dachverband der türkischen Arbeitergewerkschaft **Türk-İs** einen landesweiten Streik ankündigte, kam es am 10. März zu einem Kompromiss. Die Fabrik wird zunächst von der Stadtverwaltung übernommen, so dass nach ihrer wahrscheinlichen Schließung zumindest eine kommunale Weiterbeschäftigung der Arbeiter möglich ist. Die Annahme dieses Kompromisses durch die Mehrheit der an der Abstimmung beteiligten Arbeiter stellt für **Türk-İs** keine Zustimmung zu einer Stilllegung der Fabrik dar. (jW 07.03, 12.03.05)

Militante Proteste in Guatemala

Mitte März verabschiedete das reaktionäre Parlament von Guatemala ein Freihandelsabkommen mit den USA, was es den USA ermöglicht, ihre subventionierten Agrarprodukte massenhaft in Guatemala einzuführen, das selbst hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt. Die Verabschiedung dieses Abkommens in Guatemala, als drittes Land in Mittelamerika nach **El Salvador** und **Honduras**, löste dort die bisher größten Protesten dagegen aus. Am 14. März wurden bei Protestdemonstrationen 19 Menschen durch Polizeiangriffe verletzt. Die Kämpfe weiteten sich rasch über das ganze Land aus und die Regierung setzte neben Polizei auch Armeetruppen ein, um die Demonstrationen zu unterdrücken. Am 15. März schoss die Polizei auf eine Gruppe von Menschen, die in **Colotenango** eine Straße blockieren wollte, und ermordete zwei der Protestierenden. Insgesamt wurden an diesem Tag 25 Menschen durch Polizeiatacken verletzt. Nach der Ermordung der zwei Protestierenden verschärften sich die Kämpfe. In **Guatemala-Stadt** kämpften tausend Demonstranten militant gegen die Polizei. Der Führer der Bauerngewerkschaft **CUC** erklärte, dass trotz der beiden Toten der Kampf gerade erst begonnen habe. (taz 16.03.05, jW 17.03.05, FR 21.03.05)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/05 (Mai bis Juni 2005)

Deutscher Militarismus nach Außen

Im Zusammenhang mit der anstehenden Verlängerung des Einsatzes von Bundeswehrtruppen in Afghanistan sollen bisherige territoriale Einschränkungen für die deutschen Soldaten vollständig aufgehoben und die Anzahl der dort stationierten Soldaten auf 3.000 erhöht werden. Vorgesehen ist, den gesamten Nordosten des Landes militärisch zu kontrollieren, sich in die „Bekämpfung“ des Drogenanbaus einzuschalten und durch Patrouillenfahrten noch offensiver aufzutreten. (FR 28.05, 17.06, 24.06.05) Der seit sechs Jahren laufende Bundeswehreininsatz in Kosovo wurde am 2. Juni um ein weiteres Jahr verlängert. Die Bundeswehr stellt mit 2.500 Soldaten das größte Truppenkontingent aller in Kosovo stationierten ausländischen Armeen. (jW 03.06.05) Anfang Juni befanden sich insgesamt 6.480 deutsche Soldaten im Ausland im Einsatz. (jW 07.06.05) Der deutsche Imperialismus beteiligt sich an sechs von 13 Kampftruppen, die im Rahmen der EU aufgebaut werden. Diese Spezialeinheiten mit einer Stärke von jeweils 1.500 Soldaten sollen innerhalb von zehn Tagen mobilisiert werden und bis zu vier Monate in einem Radius von 6.000 km um Brüssel operieren können. Das Konzept dieser EU-Kampftruppen wurde u. a. von Deutschland entworfen. (FR 24.05.05) Um die Bundeswehr bei polizeilichen Aufgaben im Ausland zu entlasten, wurde Mitte Juni beschlossen, eine spezielle Truppe der Bundespolizei BGS für den Auslandseinsatz aufzubauen. Bereits im Januar 2006 soll die Ausbildung einer Hundertschaft der Bundespolizei für Auslandseinsätze beginnen. (FR 20.06.05) 120 usbekische Offiziere werden derzeit an verschiedenen Einrichtungen der Bundeswehr ausgebildet. (jW 20.05.05) Seit dem 30. Juni sind 100 Soldaten der Bundeswehr in Litauen stationiert, wo sie mit vier Kampfflugzeugen im Luftraum der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland Patrouillenflüge durchführen. (jW 30.06.05) Drei Kriegsschiffe der Bundesmarine, die provokatorisch kurz vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes im Hafen des auf der ukrainischen Halbinsel Krim liegenden Sewastopol vor Anker gingen, wurden während einer Anti-NATO-Demonstration mit Feuerwerksraketen beschossen. (FR 07.05.05)

Massenabschiebung kurdischer Flüchtlinge

Von Düsseldorf aus sind in den frühen Morgenstunden des 28. Juni 70 Kurdinnen und Kurden aus Nordrhein-Westfalen in einer Nacht- und Nebelaktion in die Türkei abgeschoben worden, wo ihnen die politische Verfolgung droht. Die Flüchtlinge, unter ihnen Kinder, holte die Polizei mitten in der Nacht unerwartet von zu Hause und aus dem Abschiebegefängnis ab. Den erwachsenen Flüchtlingen wurden während der Fahrt zum Flugplatz zwangsweise Psychopharmaka verabreicht, um sie „ruhig zu stellen“. Während die Männer mit Handschellen und teilweise Fußschellen gefesselt waren, wurden die Kinder auf dem Rollfeld von ihren Eltern getrennt. Auf dem Flugplatz selbst dauerte die Polizeiaktion drei Stunden, bis alle Flüchtlinge in das Flugzeug gebracht

waren. Einer Rechtsanwältin, die noch versuchte Kontakt mit einer kurdischen Familie aufzunehmen, verweigerten die Beamten den Zutritt zum Flughafen. (jW 30.06.05)

Kämpfe und Proteste gegen den staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Im Abschiebegefängnis Grünau in Berlin begannen am 18. April 16 Flüchtlinge einen Hungerstreik, um gegen die langen Haftzeiten, die schlechte Behandlung und gegen Polizeiübergriffe zu protestieren. Auslöser war die Misshandlung eines Flüchtlings, der von einem Polizisten getreten und mehrmals mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen wurde. Während einer Solidaritätsdemonstration von 140 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Abschiebegefängnis versuchten am 7. Mai 15 inhaftierte Flüchtlinge mit den Demonstrierenden in Kontakt zu treten. Sie brachen eine Eisentür auf, versuchten Fensterscheiben einzuschlagen und wehrten das Gefängnispersonal ab. Noch am selben Tag wurden die Hungerstreikenden voneinander isoliert. Nach vierwöchigem Hungerstreik unterbrachen die Flüchtlinge ihren Kampf aufgrund von „Verhandlungsangeboten“ des Gefängnisleiters. Nachdem sich das als Lüge herausgestellt hatte, setzten sechs Flüchtlinge nach einer Woche am 23. Mai den Hungerstreik fort. Mittlerweile sind mehrere Hungerstreikende abgeschoben worden; einer von ihnen nach Tunesien, wo er umgehend verhaftet wurde. Daraufhin solidarisierten sich am 9. Juni 2005 erneut 200 Antirassistinnen und Antirassisten mit einer Demonstration mit den Kämpfenden und protestierten gegen die Haftbedingungen der Flüchtlinge. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch vier Flüchtlinge im Hungerstreik. (jW 03.05, 08.06, 11.06.05, taz 12.05.05) In München begannen 64 Flüchtlinge am 3. Mai mit einem Boykott der ihnen zugewiesenen Lebensmittel und forderten die Auszahlung von Bargeld. Die in einem Barackenlager lebenden Flüchtlinge sind gezwungen, identische Essenspakete zu empfangen, die von schlechter Qualität sind und Ernährungsgewohnheiten und gesundheitliche Bedürfnisse nicht berücksichtigen. Flüchtlingsinitiativen unterstützten mit Kundgebungen den Auftakt des Kampfes. Mitte Mai reagierte dann der deutsche Staat auf den Protest und versuchte die Flüchtlinge mit einer nächtlichen Großrazzia einzuschüchtern. Durch Lebensmittelspenden aus der Bevölkerung und durch die Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen konnten die Kämpfenden ihren Protest weiter fortsetzen. Mitte Juni organisierten die Flüchtlinge und ihre Unterstützer mitten in München eine viertägige Aktion, bei der die Bevölkerung über die Forderung der Flüchtlinge informiert wurde. Eine Auszahlung von Bargeld ist nach wie vor nicht absehbar. (jW 07.05, 22.06.05) Mit einer Mahnwache in Kerpen (bei Köln) protestierten am 24. Mai 20 Flüchtlinge vor dem Rathaus der Stadt gegen den Erhalt von Sachleistungen statt Bargeld. Bereits wenige Tage zuvor unterzeichneten 33 Flüchtlinge eine Protestresolution an den Stadtrat, in der sie sich gegen die Umstellung auf den Erhalt von pauschalen Sachleistungen wandten. (anna 26.05.05) Gegen die geplante Massenabschiebung von

Flüchtlingen aus Afghanistan demonstrierten am 11. Mai und am 21. Mai in Hamburg 2.000 bzw. 1.600 afghanische Flüchtlinge und forderten ein Bleiberecht. (jW 12.05, 23.05.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 24. April überfielen 15 Nazis in Frankfurt/Main unter Rufen wie „Wir bringen euch alle um“ vier Jugendliche und prügeln und traten auf sie ein. Die Opfer erlitten dabei alle Gehirnerschütterungen, einem wurden zwei Zähne ausgeschlagen, einer erlitt einen Kieferbruch. Der Pressesprecher der Polizei behauptete später, in Frankfurt gebe es keine Naziaktivitäten. (Jungle World 29.06.05) Ein Nazi beschimpfte in der Nacht zum 1. Mai in Langenfeld einen Mann mit dunkler Hautfarbe aus der Dominikanischen Republik rassistisch und prügelte ihn anschließend fast zu Tode. Das Opfer musste mit lebensgefährlichen Verletzungen in eine Spezialklinik eingeliefert werden. (taz 06.05.05) In Frankfurt(Oder) überfielen am 5. Mai 20 Nazis fünf Menschen aus anderen Herkunftsländern. (jW 07.05.05) Ebenfalls am 5. Mai überfielen in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) acht Nazis einen Flüchtling aus Liberia und verletzten ihn schwer. Sie prügeln auf ihn ein, rissen ihn zu Boden und schlugen mit Bierflaschen auf seinen Kopf. (FR 07.05.05) In Cottbus (Brandenburg) schlugen in der Nacht zum 8. Mai zwei Nazis einen Inder zusammen. In Braunschweig (Niedersachsen) stachen in der Nacht zum 13. Mai zwei Nazis einen Flüchtling aus Sierra Leone nieder und verletzten ihn lebensgefährlich. (Jungle World 18.05.05) Am 14. Mai überfielen 20 Nazis in Cottbus ein Jugendzentrum und prügeln auf die Besucher einer antifaschistischen Info-Veranstaltung ein. (Jungle World 25.05.05) Am 2. Juni wurde in Laufach (Bayern) ein

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

Postbote mit dunkler Hautfarbe von vier Nazis angegriffen. Anschließend hetzten sie dem Flüchtenden einen Bullterrier hinterher. Der Überfallene konnte sich in sein Auto retten. (jW 04.06.05) Erst nach mehr als sechs Wochen teilte die Polizei mit, dass am 1. Mai in Berlin-Grünau ein 40-jähriger Mann in seiner Wohnung von fünf Nazis überfallen, zusammengeschlagen und schwer verletzt wurde. Das Opfer lag zwei Tage bewusstlos in seiner Wohnung. (jW 29.06.05) In Dortmund griffen am 9. Juni zwei Nazis zwei Flüchtlinge aus Jugoslawien und der Türkei mit einem Baseballschläger und einem Messer an. Die Opfer konnten sich in einer Flüchtlingsunterkunft in Sicherheit bringen und erhielten von dort Hilfe. Mehrere Flüchtlinge traten den Nazis entgegen und wehrten ihren Angriff erfolgreich ab. Die Polizei ermittelt nun u. a. gegen den Flüchtling aus Jugoslawien unter dem Vorwand der „Überschreitung der gesetzlichen Notwehrrechte“. (Jungle World 15.06.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

In Leipzig demonstrierten am 1. Mai 3.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 800 Nazis. Den Antifas gelang es trotz Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz, den Nazi-Aufmarsch zu stoppen. Ebenfalls am 1. Mai blockierten 500 Menschen in Nürnberg am Hauptbahnhof einen Aufmarsch von 250 Nazis. Trotz massiven Polizeieinsatzes konnte die Blockade aufrechterhalten werden, so dass die Nazis mitten durch den Bahnhof umgeleitet werden mussten. Auf ihren Abschlusskundgebungsplatz wurden sie von mehreren tausend Antifas empfangen, in deren lautstarken Protest die Nazi-Kundgebung unterging. (anna 05.05.05) Trotz weiträumiger Absperrungen gelang es kämpferischen Antifas am 1. Mai in Frankenthal (Rheinland-Pfalz) einen Aufmarsch von 300 Nazis zu blockieren, so dass diese umgeleitet werden mussten. 400 Menschen beteiligten sich an einer Gegendemonstration. Dieselben Nazis fuhrten mit erheblicher Verspätung zu einem weiteren Aufmarsch nach Worms (Rheinland-Pfalz). Dort wurden sie am Bahnhof von 1.200 Antifas empfangen. Hier setzte die Polizei mit großer Brutalität den Nazi-Aufmarsch durch. (anna 19.05.05) Aus Anlass des 60. Jahrestages des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland wurden bundesweit eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen, antifaschistische Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. In Berlin konnten am 8. Mai tausende Antifas einen Aufmarsch von 1.500 Nazis verhindern. (jW 09.05.05) In München protestierten 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis und blockierten über mehrere Stunden deren Aufmarschplatz. (anna 19.05.05) In Düsseldorf gingen 500 und in Dortmund 300 Menschen anlässlich des 8. Mai auf die Straße. (jW 09.05.05) 500 Antifas demonstrierten am 21. Mai in Berlin gegen zwei Nazi-Geschäfte, die von jeweils 150 Polizisten geschützt wurden. (taz 25.05.05) Am 28. Mai beteiligten sich in Weimar (Thüringen) 2.000 Menschen an Demonstrationen und Aktionen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. (jW 30.05.05) In Jena (Thüringen) protestierten 5.000 Menschen am 11. Juni gegen eine Veranstaltung von 450 Nazis. 500 kämpferische Antifas blockierten den Veranstaltungsort, so dass dieser verlegt werden musste. Die Polizei nahm 64 Gegendemonstranten fest. (FR 13.06.05) In Halbe (Brandenburg) verhinderten am 18. Juni 800 Antifas einen Aufmarsch von 100 Nazis zum größten deutschen Soldatenfriedhof. Am selben Tag protestierten in

Braunschweig (Niedersachsen) 1.500 Antifas gegen einen Aufmarsch von 280 Nazis. Mit großer Brutalität griff die Polizei eine Blockade kämpferischer Antifas an und nahm 80 von ihnen fest. (taz 20.06.05) Ein Aufmarsch von 250 Nazis wurde am 25. Juni in Erfurt (Thüringen) durch wiederholte Blockaden um mehrere Stunden verzögert. Insgesamt protestierten 1.000 Menschen gegen den Nazi-Aufmarsch. Es gelang den Protestierenden die Nazis zu hindern, vor der Synagoge der Stadt aufzumarschieren. (jW 27.06.05) Vier Antifaschisten, die Ende Juni in Potsdam einen stadtbekannten Nazi militant angriffen, wurden von der Polizei verhaftet. Während der angegriffene Nazi lediglich Schürfwunden und eine Platzwunde am Kopf davontrug, wurde gegen die Antifaschisten umgehend Haftbefehl wegen Verdachts auf versuchten Mordes erlassen. (taz 24.06.05)

Streikkämpfe und Proteste von Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland

Von Anfang Mai bis Mitte Juni standen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Druckindustrie in Warnstreiks, um u. a. die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich abzuwehren. Bereits in den ersten drei Streiktagen beteiligten sich über 10.000 Beschäftigte in über 100 Betrieben an den Warnstreiks, unter ihnen auch viele Nichtgewerkschaftsmitglieder. In den folgenden Wochen wurde die Kampfbereitschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter noch deutlicher. In einer Frankfurter Druckerei standen Mitte Mai 99 Prozent der Beschäftigten der Nachtschicht im Streik. Viele Betriebe wurden seit Jahren wieder, manche sogar zum ersten Mal bestreikt. So fand in einer Druckerei in Itzehoe seit 20 Jahren wieder ein Arbeitskampf statt. Am 31. Mai gingen in Hamburg 1.200 Beschäftigte der Druckindustrie auf die Straße und demonstrierten für ihre Forderungen. Allein an diesem Tag streikten Druckarbeiterinnen und -arbeiter in Leipzig, Karlsruhe, Stuttgart, München, Köln, Berlin und in zahlreichen weiteren Städten. Nach über sechswöchigen Warnstreiks und der Ankündigung, die Kampfkaktionen zu einem mehrwöchigen Vollstreik auszuweiten, konnte im Tarifabschluss trotz Zugeständnissen und Einbußen die 35-Stunden-Woche und der Flächentarifvertrag erhalten werden. (FR 13.05.05, jW 23.05.02, 06, 18.06.05) Am 24. Mai legten 7.500 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe für sieben Stunden ihre Arbeit nieder. Die Streikbeteiligung lag bei 100 Prozent. Sie protestierten gegen den SPD-PDS Senat, der bei den laufenden Tarifverhandlungen nicht bereit ist, eine, wenn auch fragwürdige, Arbeitsplatzsicherung zu vereinbaren. Die Gewerkschaft selbst war zu diesem Zeitpunkt schon bereit, Lohnkürzungen von durchschnittlich acht Prozent, für Neueingestellte von 25 Prozent, zu akzeptieren, was, so eine PDS-Sprecherin, „nicht ausreichend“ sei. (jW 25.05.05) Ebenfalls in Berlin versammelten sich am 26. Mai 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Betriebe, u. a. mehrerer Siemens-Werke, Osram, Daimler-Chrysler und BMW, zu einer Solidaritätsdemonstration mit den von Entlassung bedrohten Kolleginnen und Kollegen des Bosch-Siemens-Haushaltsgerätekwerkes. 800 Beschäftigte der BSH empfingen während der Arbeitszeit mit großer Begeisterung vor dem Werkstor die Demonstrierenden, die ihre Unterstützung mit ihnen ausdrückten. Vor dem Hauptsitz der BSH in München protestierten am 31. Mai 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die geplante Schließung des Werkes in Berlin. (jW 27.05.05, FR 01.06.05) Gegen die

Schließung eines Werkes zur Rolltreppenproduktion in Hattingen (Nordrhein-Westfalen) protestierten am 18. Mai 2.000 Menschen in der Innenstadt. (jW 19.05.05) 1.200 Arbeiterinnen und Arbeiter des Nürnberger AEG-Werkes protestierten am 9. Juni mit Warnstreiks und Kundgebungen ebenfalls gegen die Schließung ihres Betriebes. (jW 10.06.05)

Massenproteste in Bolivien

Erneut protestierten in Bolivien Arbeiterinnen und Arbeiter, Kokabauern, Länd- und Bergarbeiter gegen die reaktionäre Regierung. Auslöser war die Verabschiedung eines Energiegesetzes, welches die Erdgasressourcen des Landes den internationalen Konzernen auslieferte. Zehntausend Menschen besetzten am 16. Mai das Stadtzentrum des Regierungssitzes in La Paz und versuchten das Kongressgebäude zu stürmen. Die Polizei griff die Protestierenden mit Gasgeschossen an. Am selben Tag brach ein Demonstrationzug von tausend Kokabauern und Landarbeiterinnen und -arbeitern von der 190 km von La Paz entfernten Ortschaft Caracollo zum Regierungssitz auf. Ein weiterer Demonstrationzug nach La Paz startete von dem 400 km entfernt liegenden Ort Cochabamba. Am nächsten Tag errichteten die Protestierenden in mehreren Städten erste Straßensperren. Die Kämpfe verstärkte sich in den folgenden Tagen. Straßenblockaden, Demonstrationen und Streiks überzogen das Land. In El Alto legte ein Generalstreik das öffentliche Leben lahm und die Straße zum Flughafen der Stadt wurde blockiert. Am 30. Mai versuchten zum wiederholten Male tausende Demonstranten in La Paz in die Zone zum Präsidentenpalast einzudringen. Einen Tag später blockierten Zehntausende den Regierungssitz und verhinderten das Zusammentreten des Parlaments. Zu diesem Zeitpunkt blockierten die Protestierenden bereits 60 Prozent aller Fernstraßen des Landes. Nachdem 150.000 Menschen am 6. Juni durch das Zentrum von La Paz demonstrierten, erklärte Präsident Mesa, Nachfolger des durch militante Massenproteste 2003 gestürzten Präsidenten Sánchez de Lozada, seinen Rücktritt. Schon am nächsten Tag richteten sich die Kämpfe gegen den verfassungsmäßigen Nachfolger Vaca Diaz, der angekündigt hatte, die Proteste militärisch niederzuschlagen. Am 9. Juni waren tausende Indigenas in Richtung Sucre unterwegs, um seine Ernennung zu verhindern. Sucre, wo eine Kongresssitzung zur Ernennung Vaca Diaz stattfinden sollte, war bereits seit Tagen durch die Protestierenden vom Umland abgeschnitten. Am selben Tag erklärten die Militärführer, den Aufstand eigenmächtig zu unterdrücken. Soldaten, die Bergarbeiter in Sucre angriffen, erschossen einen von ihnen, woraufhin es zu Straßenschlachten zwischen Demonstrierenden und Polizeitruppen kam. Vaca Diaz selbst flüchtete sich in die Obhut des Militärs. Ein vom Parlament ernannter Interimspräsident kündigte an, sein Amt nur bis zu den vorgezogenen Neuwahlen in Dezember auszuüben. (jW 18.05, 25.05, 28.05, 01.06, 03.06, 08.06, 10.06, 11.06.05, taz 02.06, 09.06.05)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 4/05 (Juli bis August 2005)

Weltweites ökonomisches Eingreifen des deutschen Imperialismus

Im Jahre 2004 erreichten die deutschen Exporte in den Irak, in Höhe von 370 Millionen Euro, fast das Vorkriegsniveau. Laut IHK-Vorsitzenden für München und Oberbayern, Greiner, ist der Irak für die BRD im „arabischen Raum“ der wichtigste Markt. Zudem sei bis heute die deutsche Technik im Irak vorherrschend. (jW 15.07.05) Ebenfalls im letzten Jahr stiegen die deutschen Exporte in den Iran um 35 Prozent auf 3,5 Milliarden Dollar. Deutschland ist für den Iran neben den Vereinigten Arabischen Emiraten der wichtigste Handelspartner. (FR 08.07.05) Die Exporte des deutschen Maschinenbaus stiegen im letzten Jahr um zwölf Prozent auf 97,8 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil am Welthandel mit Maschinen lag mit 19,3 Prozent vor Japan mit 13,3 Prozent an erster Stelle. Im Juni dieses Jahres stiegen die Auslandsbestellungen um 20 Prozent gegenüber dem Juni 2004. (FR 15.07.05) Im ersten Halbjahr 2005 stiegen die Exporte der deutschen Wirtschaft um 5,9 Prozent auf 382,3 Milliarden Euro und damit auf den höchsten Wert seit Gründung der BRD. (taz 10.08.05)

Für 61,5 Millionen Euro übernahm T-Online den spanischen Netzbetreiber Albura, der 40 Prozent des spanischen DSL-Marktes beherrscht. T-Online will bis Ende 2006 diesen Anteil auf 60 Prozent erhöhen. Bis 2007 plant der Konzern Investitionen in Spanien und Frankreich in Höhe von insgesamt bis zu einer Milliarde Euro. (FR 01.07.05) VW will bis 2008 zwei Milliarden Dollar in seine Fabrik im mexikanischen Ort Puebla investieren. (FR 21.07.05) Um 9,5 Prozent auf 13,7 Milliarden Euro stieg im ersten Halbjahr 2005 das Auslandsgeschäft des Handelskonzerns Metro. Allein die zum Konzern gehörenden Cash & Carry-Märkte erhöhten in Osteuropa ihren Umsatz um knapp 25 Prozent. (taz 03.08.05) Für 3,1 Milliarden Euro will Adidas den US-Konkurrenten Reebok kaufen. (jW 04.08.05) Im französischen Lebensmittel-Discount ist Lidl mit über 1.200 Geschäften Marktführer vor Aldi mit über 700 Geschäften. (FR 06.08.05) Daimler-Chrysler erhöhte in China in den ersten sieben Monaten dieses Jahres seinen Absatz von Mercedes-Benz-Fahrzeugen um 21 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (FR 31.08.05) Der größte Touristikonzern Europas, TUI, will für 1,7 Milliarden Euro die kanadisch-britische Containergesellschaft CP Ships kaufen und damit seine Tochtergesellschaft Hapag-Lloyd zur weltweit fünftgrößten Reederei machen. (FR 22.08.05)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

45 Antifas, die mit anderen am 4. Dezember letzten Jahres in Steinburg (Schleswig-Holstein) gegen eine NPD-Wahlkampfveranstaltung protestierten und von den Nazis vor laufenden Fernsehkameras und unter den Augen der Polizei überfallen wurden, erhielten Anfang 2005 von der Polizei die Aufforderung, sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung zu unterziehen. Während die Nazis nach dem Überfall ihre Veranstaltung fortsetzen konnten, wurden die Antifas von der Poli-

zei eingekesselt und bis 21 Uhr in Gewahrsam gehalten. In Schreiben, das den 45 Antifas von der Polizei wegen der ED-Behandlung zugeht, wird ihnen aufgrund der Teilnahme an dem Protest „eine nicht unerhebliche kriminelle Energie“ und „kriminelles Verhalten“ vorgeworfen. (Enough is enough! 23/05) Unter dem Vorwand, dass mehrere Antifas am 1. Juni an einer Aktion gegen zwei Nazis in Berlin beteiligt gewesen waren, bei dem die Nazis mit Prellungen und Hautabschürfungen davorkamen, wurden am 6. Juli in den frühen Morgenstunden 15 Wohnungen in Berlin, Potsdam und Eisenhüttenstadt von der Polizei durchsucht. Mehrere Wohnungen wurden mit Rammböcken aufgebrochen, Bewohner aus den Betten gezerrt und mit vorgehaltener Waffe bedroht, Wohnungseinrichtungen wurden zerstört, eine Person wurde nackt in die Scherben einer vorher zerstörten Glasscheibe geworfen. Die Polizei beschlagnahmte Computer und persönliche Unterlagen der Antifas. (jW 09.07.05, Interim 14.07.05) Am 27. August überfiel in Berlin die Polizei eine antifaschistische Veranstaltung, um 69 NPD-Wahlplakate, welche die Antifas aus dem öffentlichen Straßenbild entfernt hatten, zu beschlagnahmen. Während des dreistündigen Polizeieinsatzes wurden mehr als 100 Antifas einzeln aus dem Gebäude geführt, fotografiert und deren Personalien aufgenommen. 2001 Sympathisierende, die sich vor dem Gebäude versammelten, wurden von der Polizei mit Knüppeln auseinandergejagt. Zugleich fanden in mehreren Wohnungen und Büros Hausdurchsuchungen des Sondereinsatzkommandos statt. Insgesamt waren 300 Polizisten an den Einsätzen beteiligt. (jW 29.08.05)

Widerrufungsverfahren gegen staatlich anerkannte Flüchtlinge

Flüchtlingen, denen es in Deutschland gelungen ist als solche anerkannt zu werden – im ersten Halbjahr 2005 gelang das nur noch 284 Flüchtlingen –, wird in Widerrufungsverfahren in steigendem Maße der Asylstatus wieder aberkannt. Während 1998 „nur“ 557 Flüchtlingen das Asyl wieder aberkannt wurde, stieg die Zahl im Jahr 2003 auf über 8.000 und im Jahr 2004 auf fast 14.000 Flüchtlinge an. Im ersten Halbjahr 2005 ist bereits bei 6.000 Flüchtlingen der Asylstatus widerrufen worden. Ca. 7.000 weitere Flüchtlinge sind in diesem Jahr davon bedroht. Insbesondere Menschen aus dem Irak und Iran sind z. Z. betroffen. Die Flüchtlinge, deren Asylstatus aberkannt wurde, verlieren zugleich ihre Arbeitserlaubnis und soziale Absicherung und müssen damit rechnen, als „Geduldete“ in Containerlagern untergebracht zu werden. (jW 21.07.05, FR 27.08.05)

Repression gegen kämpferische Werktätige

Nach einem erfolgreichen Arbeitskampf der Eichborn-Brauerei in Mannheim im Februar, bei dem die Arbeiterinnen und Arbeiter Lohnerhöhungen erreichten, betriebsbedingte Kündigungen und Ausgliederungen verhinderten und der der längste Arbeitskampf seit zehn Jahren der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten war, wurde Mitte des Jahres einem der Streikaktivisten gekündigt. Die

Kündigung erfolgte unter dem Vorwand, er habe „nicht nur eine Straftat, sondern auch einen schweren Angriff auf den Betriebsfrieden“ getan, als er nach dem Streik einen Streikbrecher ermahnt hatte. Der Streikbrecher selbst allerdings, fühlte sich durch die Ermahnung überhaupt nicht bedroht und hatte sich auch nicht darüber beschwert. (jW 12.07.05) Eine Lidl-Filiale in München hat Ende Juli einer Kassiererin fristlos gekündigt, die zuvor aktiv für die Gründung eines Betriebsrates gekämpft hatte. Die Gründung des Betriebsrates war zwei Wochen vorher durch den vehementen Druck mehrerer Lidl-Chefs auf die dort beschäftigten Frauen gescheitert. U. a. wurden die Verkäuferinnen zu Einzelgesprächen vorgeladen. Die Kündigung selbst erfolgte unter dem Vorwand der Beleidigung. Von 2.600 Filialen des Lidl-Konzerns in Deutschland gibt es in nur acht Filialen einen Betriebsrat. Ebenfalls fristlos gekündigt wurde einem Betriebsratsmitglied der Gegenbauer Sicherheitsdienste wegen „gewerkschaftspolitischer Propaganda“ und „Störung des Betriebsfriedens“. (jW 01.08.05) Ein Arbeiter, der von Opel nach dem Streikkampf im letzten Jahr fristlos entlassen wurde und dagegen geklagt hatte – Opel hatte im Verlauf des Arbeitskampfes zugesichert, keine arbeitsrechtlichen Schritte gegen die Streikenden zu ergreifen –, erlitt vor Gericht eine Niederlage. Gekündigt wurde ihm wegen Streikpropaganda und angeblicher Bedrohung von Streikbrechern. Das Gericht wandelte die fristlose Kündigung lediglich in eine fristgerechte um. Opel versucht zudem, einem kämpferischen Mitglied des Betriebsrates zu kündigen. (Jungle World 17.08.05)

Antisemitismus in Deutschland

In Berlin-Weißensee sind Ende Juni zwei Gräber auf dem jüdischen Friedhof geschän-

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

det worden. Vier Grabsäulen, ein Grabstein und drei Grabplatten wurden umgestürzt. (jW 01.07.05) Auf dem jüdischen Friedhof in **Alsbach-Hänlein** (Hessen) ist am 16. Juli die Friedhofsmauer mit einem Hakenkreuz und dem Wort „Auschwitz“ und am Friedhofseingang sind drei Gedenktafeln mit schwarzer Farbe beschmiert worden. In **Berlin-Tiergarten** wurde in der Nacht zum 20. Juli ein jüdisches Mahnmal, das an eine zerstörte Synagoge erinnert, mit Farbe beschmiert. Das Mahnmal in der Levetzowstraße war in der Vergangenheit schon häufig beschmiert worden. (Jungle World 27.07.05) In **Stralsund** (Mecklenburg-Vorpommern) wurde in der Nacht zum 3. August eine Gedenkstätte, die an die Opfer der Judenverfolgung erinnert, mit Altöl beschmiert. (Jungle World 10.08.05) Anfang August wurden in **Prenzlau** (Brandenburg) mehrere Gebäude und Tafeln, darunter ein Hinweisschild zum jüdischen Friedhof, mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 17.08.05) Auf dem jüdischen Friedhof in **Ebersburg** (Hessen) wurden Ende August 14 Grabsteine mit Nazi-Zeichen beschmiert und zwei Grabsteine umgeworfen. (FR 29.08.05)

Nazi-Mord

Zwei Nazis ermordeten Anfang Juli in **Essen** einen 44-Jährigen. Die Nazis folterten ihn, traten auf ihn ein und fügten ihm schwere Kopfverletzungen zu, an deren Folgen der Mann starb. Beide Täter waren bereits der Polizei als Nazis mit insgesamt über 70 Gewalt- und Vermögensdelikten bekannt. (FR 09.07.05)

Ausschitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Potsdam** überfielen in der Nacht zum 3. Juli 15 Nazis zwei Antifaschisten, prügten mit Flaschen auf sie ein, schlugen sie zu Boden und traten gegen ihre Köpfe; einem der Opfer wurde das Gesicht zerschnitten. Beide Opfer mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Neun Nazis wurden in Haft genommen, sechs von ihnen umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt. (taz 07.07., 19.07.05) Zwei Nazis beschimpften in **Warnemünde** (Mecklenburg-Vorpommern) am 5. Juli einen Portugiesen rassistisch, schlugen seinen Freund, der ihm beistehen wollte, und bedrohten ihn mit einem Ziegelstein. (Jungle World 27.07.05) Am vorletzten Juli-Wochenende haben in **Gera** (Thüringen) ein Dutzend Nazis die Gäste eines türkischen Cafés überfallen und mit Zaunlatten auf sie eingeschlagen. (jW 01.08.05) Ein Nazi überfiel am 27. Juli in **Freiberg** (Sachsen) einen 13-Jährigen mit dunkler Hautfarbe auf einem Spielplatz, nahm sein Fahrrad weg, stieß ihn gegen eine Wippe und trat auf ihn ein. Mehrere Personen, die sich in der Nähe aufhielten, ignorierten den Überfall. (jW 29.07.05) In **Zerbst** (Sachsen-Anhalt) schlug Ende Juli ein Nazi einen Antifaschisten mit einem Bierglas ins Gesicht. Das Opfer erlitt schwere Verletzungen am rechten Auge, auf dem es fast vollständig blind sein wird. (jW 13.08.05) Zwei Nazis beschimpften Anfang August in **Kreuztal** (Nordrhein-Westfalen) einen Mann aus Nigeria rassistisch. Ein Nazi stach dabei mit einer Schere auf ihn ein und verletzte den Mann. (FR 05.08.05) Am 5. August beschimpften zwei Nazis in **Gera** zwei Männer aus der Türkei rassistisch, schlugen einen von ihnen und fügten ihm Verletzungen zu. (FR 06.08.05) In **Potsdam** ist in der Nacht zum 7. August ein Flüchtling aus Kamerun von fünf Nazis geschlagen und getreten worden. Der Flüchtling musste ins Krankenhaus gebracht werden. Die Nazis, die verhaftet wurden, sind kurz da-

rauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. (FR 09.08.05) Am 12. August überfielen in **Freital** (Sachsen) über ein Dutzend Nazis ein Haus, das mit Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion bewohnt ist. Sie versuchten in das Haus einzudringen und warfen mit Steinen und Flaschen Fensterscheiben ein. Drei Bewohner wurden bei dem Überfall verletzt. (Jungle World 24.08.05) Drei Nazis überfielen in der Nacht zum 14. August in **Potsdam** einen 22-Jährigen, schlugen auf ihn ein und verletzten ihn. (jW 16.08.05) In **Derschen** (Rheinland-Pfalz) überfielen am 23. August mehrere Nazis eine Flüchtlingsunterkunft, riefen rassistische Parolen und warfen 16 Fensterscheiben ein. Bereits im März verübten Nazis zwei Anschläge auf diese Unterkunft. (Jungle World 31.08./07.09.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 2. Juli demonstrierten 2.000 Antifas in **Hamburg** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Der Nazi-Aufmarsch wurde von 1.500 Polizisten geschützt. (Enough is Enough! 23/05) 200 Antifas protestierten am 3. Juli in **Marburg** (Hessen) gegen den „Marktforschuppen“ von Nazi-Bürschenschaften. (FR 04.07.05) In **Trier** (Rheinland-Pfalz) demonstrierten am 9. Juli 500 Antifas gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. Mit Flaschen- und Steinwürfen versuchten die Antifas den Aufmarsch zu verhindern. Die Polizei nahm 16 von ihnen fest. Am selben Tag protestierten 300 Menschen in **Gera** gegen ein NPD-Treffen mit 700 Nazis. Ebenfalls am 9. Juli protestierten 100 Antifas in **Berlin-Marzahn** gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis und in **Schwerin** (Mecklenburg-Vorpommern) beteiligten sich 2.000 Menschen an einem Bürgerfest, der sich gegen einen Aufmarsch von 140 Nazis richtete. (taz 11.07.05) In **Duisburg** (Nordrhein-Westfalen) demonstrierten am 30. Juli 800 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Gleichzeitig demonstrierten mehrere Einwohner des vom Aufmarsch betroffenen Stadtteils Hamborn gegen die Nazis. Nach nur 50 Metern mussten diese ihren Aufmarsch stoppen, der dann zwei Stunden später beendet wurde. Am selben Tag demonstrierten in **Hamburg** über 300 Menschen gegen einen Aufmarsch von 40 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren hetzten. (jW 01.08.05) Ebenfalls am 30. Juli demonstrierten in **Stralsund** mehrere hundert Menschen gegen 170 Nazis, die dort aufmarschierten. (taz 01.08.05) 250 Antifas demonstrierten am 13. August in **Heidenheim** (Bayern) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. Am selben Tag wehrten sich mehrere Antifas in **Heilbronn** (Baden-Württemberg) militant gegen einen Info-Stand der NPD. (taz 15.08.05) Gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD in **Chemnitz** (Sachsen) protestierten am 16. August mehrere hundert Menschen. (FR 18.08.05) In **Nürnberg** demonstrierten am 20. August 1.500 Menschen gegen 350 Nazis, die anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Hess aufmarschierten. Aus dem gleichen Anlass roteten sich am selben Tag in **Berlin** 700 Nazis zusammen. Obwohl dieser Aufmarsch erst einen Tag vorher bekanntgeworden war, konnten immerhin ca. 350 Antifas mobilisiert werden, die gegen den Aufmarsch demonstrierten. Die Polizei, die den Nazi-Aufmarsch schützte, verletzte mehrere Antifas und nahm elf von ihnen fest. (taz 22.08.05)

Militante Kämpfe in Ecuador

Am 15. August 2005 begannen in Ecuador militante Massenkämpfe gegen die Ausplünderung der Ölvorkommen dieses Landes. Die Kämpfenden besetzten 200 Bohrlöcher, zwei Flughäfen und errichteten Straßenblockaden. Die Regierung verhängte am 17. August über zwei Provinzen Ecuadors den Notstand und die Polizei ging mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Protestierenden vor. Trotzdem erhöhte sich die Zahl der lahmgelegten Bohrlöcher auf 340. Die Regierung setzte das Militär in Marsch und erteilte ihnen die Schießerlaubnis. Mit militärischer Gewalt gelang es den Herrschenden, die Kontrolle über die Erdölförderung zurückzuerlangen. Zahlreiche Kämpfende wurden verhaftet. Während der zehntägigen Kämpfe fiel die Ölproduktion von 200.000 Barrel täglich auf 10.000. (taz 20.08., 27.08.05, Berliner Morgenpost 21.08.05, FR 22.08.05)

Kampf der Bergarbeiter in Polen

In **Polen** versammelten sich am 26. Juli 10.000 Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter vor dem Parlamentsgebäude in **Warschau**, wo Gewerkschaftsvertreter mit dem Parlamentspräsidenten verhandelten, der eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit der im Bergbau Beschäftigten durchsetzen wollte. Das Parlamentsgebäude wurde von Spezialeinheiten der Polizei geschützt. Nachdem bekannt wurde, dass die Verhandlungen von seiten der Gewerkschafter vor dem Scheitern standen, griffen die Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter die Polizei mit Stöcken und Steinen an, um das Parlament zu stürmen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer gegen die Protestierenden ein. Die Kämpfe endeten erst, nachdem der Parlamentspräsident öffentlich bekanntgab, die Beibehaltung der derzeitigen Regelung der Lebensarbeitszeit dem Parlament am 27. Juli zur Beratung vorzulegen, wo eine Bestätigung dieser Regelung als sicher gilt. Während der Kämpfe erlitten mehrere Bergarbeiter schwere Verletzungen. (jW 28.07.05)

Militante Proteste in Jemen

Wegen der enormen Erhöhung der Benzinpreise begannen Mitte Juli in **Jemen** militante Proteste breiter Volksmassen. In der Hauptstadt **Saana** versammelten sich mehrere tausend Menschen aus den Armenvierteln im Zentrum zu einer Demonstration. Sie errichteten brennende Straßenbarrikaden, zerstörten Transformatoren, wehren die Polizei mit Steinwürfen ab und versuchten den Regierungssitz zu stürmen. Auch in anderen Provinzen des Landes kam es zu massiven Protesten gegen die Preiserhöhungen. Aufgrund von Subventionsstreichungen stieg der Benzinpreis um 90 Prozent. Tickets für den öffentlichen Verkehr wurden um ein Drittel teurer. Der Preis für Paraffin, der als Brennstoff für Lampen verwendet wird, stieg um 250 Prozent. Bei den Kämpfen mit der Polizei, die von Militäreinheiten unterstützt wurde, kamen 36 Protestierende ums Leben. (jW 22.07., 23.07.05)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 5/05 (September bis Oktober 2005)

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Am 28. September beschloss der Bundestag, den **Afghanistan-Einsatz** der Bundeswehr um ein weiteres Jahr zu verlängern. Zugleich wird die Anzahl der dort eingesetzten deutschen Soldaten von 2.250 auf 3.000 erhöht und das Einsatzgebiet auf das gesamte Land ausgedehnt. (taz 29.09.05) Bereits Mitte September schickte die Bundesregierung mehrere Soldaten nach **Indonesien**, die im Rahmen eines EU-Einsatzes auf Sumatra einen Waffenstillstand zwischen der indonesischen Regierung und den Kämpferinnen und Kämpfern für die Unabhängigkeit von Aceh überwachen sollen. Die Bundeswehr befindet sich damit bereits in zehn Staaten weltweit im Einsatz. (Jungle World 21.09.05) Ca. 80 deutsche Soldaten wurden Anfang Oktober in die **Vereinigten Arabischen Emirate** zur Ausbildung irakischer Pioniere gesandt. (taz 05.10.05) Im Verlauf der Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung wurden für Auslandseinsätze der Bundeswehr mehr als sieben Milliarden Euro ausgegeben. (jW 10.09.05)

Ausschnitte staatlicher Repression gegen demokratische und antifaschistische Kräfte

Am 5. September verbot die Bundesregierung die in Frankfurt/Main erscheinende kurdische Zeitung **Özgür Politika**. 300 Polizisten durchsuchten 60 Büros, Wohnungen und Redaktionsräume und beschlagnahmten Computer, Kameras und Schriftstücke. Von der in acht Bundesländern durchgeführten Razzia, waren auch mehrere kurdische Verlage und eine kurdische Nachrichtenagentur betroffen. (jW 06.09.05) In Aachen wurden am 28. September vier Anarchisten aus Spanien und Belgien wegen einer 20-minütigen Geiselnahme zu Haftstrafen von bis zu 14 Jahren und zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Angeklagten wurden während der Transporte zum Gericht mehrfach gefesselt, ihnen wurden Säcke über den Kopf gezogen und ihre Gehörgänge verschlossen. Personaldaten der Zuschauer wurden an die Polizei weitergegeben. (ak 21.10.05) In Berlin ist am 7. September ein Totalverweigerer zu 90 Tagesstrafe zu je zehn Euro verurteilt worden. (jW 08.09.05) Am 10. Oktober wurden in München zwei Antifaschisten, die sich militant gegen Nazis wehrten, wegen „gefährlicher Körperverletzung“ zu Arreststrafen verurteilt. Weil sich die Aussagen der sieben Nazis vor Gericht massiv widersprachen, wertete die RichterIn diese Aussagen als Zeichen besonderer Glaubwürdigkeit. (jW 12.10.05) Ebenfalls in München stürmte am 19. Oktober die Polizei bei neun Antifaschistinnen und Antifaschisten die Wohnungen, führten Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmten Kleidungsstücke und einen Computer. Die Antifas wurden zudem zu einer DNS-Entnahme gezwungen. Vorwand der Polizei waren antifaschistische Proteste am 2. Juni dieses Jahres gegen mehrere Nazis, die sich in einer Kneipe zusammengedrängt hatten. (jW 20.10.05)

Weitere Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland

Während von 1995 bis 2004 die Reallöhne in Schweden und Großbritannien um über 25

Prozent, in den USA und Irland um mehr als 19 Prozent und in Dänemark um mehr als 15 Prozent stiegen, sanken im gleichen Zeitraum die Reallöhne in Deutschland um 0,9 Prozent. Mittlerweile ist jeder dritte Vollzeitarbeitsplatz in Deutschland ein Niedriglohnjob. (ak 16.09.05) In Bremen müssen 9.000 Menschen, die von ALG II „leben“ zwangsweise in billigere Wohnungen umziehen. (jW 01.10.05) Die Zahl der von ALG II Betroffenen in Berlin stieg von 225.000 Menschen zum Jahresanfang auf 314.000 im September. Mittlerweile ist jeder sechste Berliner Haushalt von ALG II abhängig. (jW 12.10.05) Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg 2004 in Hessen um 9 Prozent auf 101.500 Haushalte gegenüber 2003. (FR 09.09.05) Gegenüber Ende der 90er Jahre wurde Sozialhilfeempfängern eine 20-prozentige Einbuße ihrer Bezüge zugemutet. (FR 12.10.05) Die zukünftige Bundeskanzlerin Merkel kündigte bereits an, dass die Renten im nächsten Jahr zum drittenmal in Folge nicht steigen werden. Stattdessen sollen über eine Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages für Senioren die Renten sinken. Gleichzeitig wird das Renteneintrittsalter von 2011 an schrittweise um einen Monat angehoben und soll auf 67 Jahre steigen. (jW 21.10.22.10.05, FR 28.10.05) 2004 sank die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 9 Prozent auf 410.697. Nur knapp 30 Prozent aller Betriebe bieten eine Ausbildung an. 400.000 Jugendliche werden zur Zeit in „berufsvorbereitende Maßnahmen“ abgeschoben unter dem Vorwand, sie seien nicht ausbildungsfähig. In Ostdeutschland kommen auf eine Lehrstelle 13 Bewerberinnen und Bewerber. (jW 13.10.05) Von 1998 bis 2003 stiegen in den Haushalten die Ausgaben für Heizung, Strom und Kraftstoffe um über 25 Prozent. Im September dieses Jahres stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat die Kraftstoffpreise um über 17 Prozent und Heizöl verteuerte sich um 40 Prozent. (jW 23.09.13.10.05)

Antisemitismus in Deutschland

Mitte Oktober begann in Berlin eine Serie antisemitischer Schmierereien nach einem identischen Muster. Jüdische Gedenkstätten und Grabsteine, sowjetische Ehrenmale und öffentliche Gebäude wurden mit Davidsternen beschmiert. Bis Ende Oktober stieg die Zahl dieser antisemitischen Schmierereien auf 30 an. Die offizielle Zahl antisemitischer Straftaten stieg in Berlin bis August 2005 auf 147 Fälle gegenüber 120 Fällen im Vorjahreszeitraum. (taz 19.10.26.10, jW 20.10, Berliner Morgenpost 30.10.05) Im Landkreis **Altenkirchen** (Rheinland-Pfalz) wurde in der Nacht zum 23. September zum wiederholten Male ein jüdischer Friedhof verwüstet. Grabsteine sind zerstört oder mit Hakenkreuzen beschmiert worden. (Jungle World 12.10.05) In Berlin wurde Ende September das Ehrengrab eines jüdischen Komponisten beschädigt. (Jungle World 05.10.05) Ebenfalls in Berlin wurde am 3. Oktober das jüdische Mahnmal in Tiergarten mit schwarzer Farbe beschmiert. (Jungle World 12.10.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Erst am 20. August wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass am 22. Juli in **Mannheim**

(Baden-Württemberg) ein 25-Jähriger von Nazis so schwer verprügelt wurde, dass er beinahe ums Leben kam. Das Opfer erlitt einen Schädelbasisbruch und Hirnblutungen. Ein Freund des 25-Jährigen, der ihm helfen wollte, wurde ebenfalls verprügelt. Am 20. August ist in **Mannheim** ein 17-Jähriger von drei Nazis in einer Straßenbahn verprügelt worden, der gegen ihre rassistischen Parolen protestiert hatte. Hilfe von Fahrgästen in der vollbesetzten Straßenbahn blieb aus. (anna 08.09.10) In **Berlin-Hellersdorf** wurde am 10. September ein 49-jähriger Afrikaner von drei Nazis überfallen und verprügelt. Das Opfer musste im Krankenhaus behandelt werden. Die von der Polizei festgenommenen Täter wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Am 12. September überfielen in **Eisenhüttenstadt** (Brandenburg) zwei Nazis einen 19-jährigen Polen und verprügelten ihn. Während der 19-Jährige im Krankenhaus behandelt werden musste, wurden die Nazis nach ihrer Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. (Jungle World 21.09.05) In **Wittenberg** (Sachsen-Anhalt) ist Mitte September ein türkisches Imbisslokal verwüstet und ausgeraubt worden. (taz 14.09.05) In **Halle** (Sachsen-Anhalt) haben Mitte September vier Nazis einen 30-jährigen Mann aus Gambia in einer Straßenbahn verprügelt. Die Nazis sind kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen worden. (Jungle World 28.09.05) Am 12. Oktober verübten Nazis in **Kleinwulkow** (Sachsen-Anhalt) einen Brandanschlag auf eine Pension, die von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt ist. Das Feuer konnte noch rechtzeitig gelöscht werden, bevor jemand verletzt wurde. (Jungle World 19.10.05) Mehrere mexikanische Musiker wurden am 15. Oktober auf einer Autobahn-Raststätte in der Nähe von **Neuruppin** (Brandenburg) von einer Nazi-Gruppe überfallen.

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

Die Opfer, die sich gegen den Überfall wehrten und dabei drei Nazis verletzt, wurden von der Polizei beschuldigt, die Nazis angegriffen zu haben. (FR 20.10.05) Offiziell stieg die Zahl der Nazi-Straftaten in der ersten Jahreshälfte 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bundesweit um 1.051 auf 4.865. (taz 05.09.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Ende August protestierten 250 Menschen in **Berlin-Neukölln** gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis. 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten, den von der Polizei geschützten Nazi-Aufmarsch militant zu verhindern. (taz 01.09.05) Am 3. September demonstrierten in **Berlin** 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. Am selben Tag demonstrierten 800 Antifas in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis. Den Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch für eine halbe Stunde zu blockieren. Acht von ihnen wurden von der Polizei festgenommen, die mit Schlägen und Tritten die Blockade angegriffen hat. Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von 3.000 Polizisten geschützt wurde, demonstrierten ebenfalls am 3. September 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Oldenburg** (Niedersachsen). Die Polizei nahm 50 von ihnen zeitweilig fest. (jW 05.09.05) 50 Antifas protestierten am 4. September in **Wunsiedel** (Bayern) gegen eine Wahlkampfveranstaltung von 100 Nazis der NPD. (PB 07/09) Am 10. September demonstrierten 2.000 Antifas in **Hamburg** gegen ein Nazi-Geschäft auf St. Pauli. 200 Antifas protestierten am selben Tag in **Magdeburg** gegen zwei Nazi-Aufmärsche in der Stadt mit insgesamt 150 Nazis. (jW 12.09.05) Gegen ein Nazi-Geschäft vor Ort und für die Rechte von Flüchtlingen demonstrierten am 17. September 500 Antifas in **Hennigsdorf** (Brandenburg). (jW 19.09.05) In **Potsdam** demonstrierten am 24. September 650 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Nazi-Terror. Am Rande der Demo überfielen Nazis eine Antifaschistin, bewarfen sie mit Steinen und fügten ihr schwere Kopfverletzungen zu. (jW 26.09.05) 2.000 kämpferische Antifas verhinderten am ersten Oktoberwochenende in **Leipzig** durch eine Blockade einen Nazi-Aufmarsch. Die 170 Nazis, die von 2.100 Polizisten geschützt wurden, kamen nur wenige hundert Meter weit. Am selben Wochenende protestierten 120 Menschen in **Görlitz** (Sachsen) gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. Demonstrationen gegen Nazi-Terror und Nazi-Aufmärsche fanden im selben Zeitraum auch in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) und **Lampertheim** (Hessen) statt. (taz 04.10.05) In **Wernigerode** (Sachsen-Anhalt) griffen am 7. Oktober ca. 40 Antifas militant eine Nazi-Gruppe an, jagte sie auseinander und verpasste zwei Nazis einen Denkkettel. (taz 10.10.05) 1.000 Menschen protestierten am 8. Oktober in **Eisenach** (Thüringen) gegen 250 Nazis, die sich dort zu drei Kundgebungen zusammengerotet hatten. (taz 10.10.05) Am 14. Oktober protestierten in **Wernigerode** 300 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. 150 Menschen beteiligten sich am 15. Oktober in **Schönebeck** (Sachsen-Anhalt) an einer Kundgebung gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (FR 17.10.05) 500 Antifas demonstrierten am 22. Oktober in **Berlin-Pankow** gegen 120 Nazis, die dort aufmarschierten. Die Polizei nahm neun Antifas fest. (taz 24.10.05) In **Göttingen** (Niedersachsen) verhinderten am 29. Oktober 3.200 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch

militante Kämpfe einen Aufmarsch von 350 Nazis, der nach wenigen hundert Metern beendet war. (Berliner Morgenpost 30.10.05)

Kämpfe und Proteste gegen den deutschen Militarismus

In **Bochum** (Nordrhein-Westfalen) protestierten Anfang September Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gegen eine Feier der Bundeswehr anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens. Die Bundeswehr hatte dazu den Kirmesplatz der Stadt besetzt und vom 8. bis 12. September zum „militärischen Sperrgebiet“ deklariert. Protestierenden wurde der Zutritt verweigert. Am 9. September beteiligten sich 300 Menschen an einem antimilitaristischen Fest in der Innenstadt. (jW 12.09.05) In **Köln** (Nordrhein-Westfalen) protestierten Gegnerinnen und Gegner des deutschen Militarismus am 21. September im Kölner Dom gegen ein dort stattfindendes Gelöbnis von 280 Soldatinnen und Soldaten. Schon am frühen Morgen protestierten Friedensgruppen mit Mahnwachen und Aktionen gegen das Gelöbnis. Am Abend desselben Tages demonstrierten 200 Menschen vor dem Dom gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Luftwaffe. (FR 22.09.05, taz 23.09.05) 2.000 Menschen, die am 26. Oktober in **Berlin** gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr protestierten, wurden mit massiver Polizeigewalt konfrontiert. Die Polizei griff die Demonstrierenden immer wieder mit Schlagstöcken an und prügelte auf sie ein. Einer Frau wurden dabei die Beine gebrochen. (jW 28.10.05) Am 8. September begann eine Bürgerinitiative in **Berlin** mit einer viertägigen Mahnwache vor dem Brandenburger Tor. Die Bürgerinitiative protestierte damit gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Bereits seit 13 Jahren kämpfen sie gegen die Nutzung des Geländes als Bombenabwurfplatz der Bundeswehr. (taz 09.09.05)

Proteste gegen den staatlichen Abschiebeterror

In mehreren Städten führten Flüchtlingsinitiativen am 28. August einen Aktionstag gegen Abschiebungen und Abschiebehaft durch, um auf die Situation davon betroffener Flüchtlinge aufmerksam zu machen und sich mit ihnen zu solidarisieren. In **Greifswald** (Mecklenburg-Vorpommern) wurde in diesem Zusammenhang mit einem Straßentheater die menschenverachtende Abschiebung von Flüchtlingen aus Togo inszeniert. (anna 08.09.05) 100 Flüchtlinge aus **Berlin** und **Brandenburg** demonstrierten am 9. September in **Berlin** vor den Bundeszentralen von SPD, CDU, Grünen und Linke.PDS um gegen die deutsche Flüchtlingspolitik zu protestieren. (taz 10.09.05) 440 Antirassistinnen und Antirassisten protestierten Ende September mit einer Kundgebung und einer Demonstration gemeinsam mit Flüchtlingen in **Bramsche** (Niedersachsen) gegen das dortige Abschiebelager und forderten eine öffentliche Inspektion der Zustände im Lager. Einen Tag später protestierte das No-Lager-Netzwerk gegen die Abschiebelager in **Horst** und **Schwerin** in Mecklenburg-Vorpommern. (FR 28.09.05) Am 22. Oktober demonstrierten 80 Menschen in **Wesel** (Nordrhein-Westfalen) gegen die drohende Abschiebung einer kurdischen Familie in die Türkei. (jW 24.10.05)

Streikkämpfe in Frankreich

Ende September begannen in Frankreich Streikkämpfe von Seeleuten und Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern. Anlass war die geplante „Privatisierung“ der staatlichen Fährgesellschaft SNCF. Am 27. September

besetzten die Werktätigen den Hafen von Marseille, den größten Hafen des Landes, und blockierten ihn im Widerstand gegen die Polizei, die versuchte, die Streikenden gewaltsam zu vertreiben. 36 Schiffe im Hafen wurden durch die Blockade am Auslaufen gehindert. Hafenarbeiter aus Korsika beschlagnahmten kurzerhand ein Schiff und nahmen Kurs nach Korsika, um auf diese Weise gegen die „Privatisierung“ zu kämpfen. Die französische Regierung setzte umgehend ihr Militär in Marsch. Mit fünf Hubschraubern wurden schwerbewaffnete Eliteneinheiten auf das Deck des beschlagnahmten Schiffes abgesetzt. Die 30-köpfige Besatzung des Schiffes wurde in Handschellen gelegt. Den an der Beschlagnahmeaktion beteiligten Gewerkschaftern drohen bis zu 20 Jahre Gefängnis. Währenddessen verschärfte sich die Kämpfe weiter. Am 30. September wurden auch sämtliche Häfen von Korsika durch Streikende blockiert. Zugleich begann ein Streik Kampf des Flughafenpersonals auf der Insel, so das 4.000 Touristen in Korsika festsäßen. Auch die Warenanlieferung auf Korsika unterlag der Blockade. Medikamente und Treibstoffe mussten bereits kurze Zeit später rationiert werden. Am Abend des 3. Oktober begann in ganz Frankreich ein 24-stündiger Generalstreik der öffentlichen und privatrechtlichen Angestellten. Sämtliche Gewerkschaften hatten zu Streiks an dem Folgetag aufgerufen. Laut einer Umfrage befürworteten 74 Prozent der Franzosen den Streik. Der Generalstreik richtete sich u. a. gegen die hohe Arbeitslosigkeit, gegen die niedrigen Löhne und gegen „Privatisierungen“ staatlicher Betriebe. In Paris fielen 400 Flüge aus. Im ganzen Land war der öffentliche Verkehr fast vollständig lahmgelegt. Insgesamt gingen eine Million Menschen auf die Straße. Allein in Marseille demonstrierten 100.000 Menschen. Derweil streikten die Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter weiter und hielten ihre Blockade des Marseiller Hafens zwei Wochen lang aufrecht. Die französische Regierung sah sich zu einem Kompromiss gezwungen, der darauf hinausläuft, das Aktienanteile in Höhe einer Sperrminorität nicht „privatisiert“ werden. Während der Streik in den Häfen beendet wurde, streikten die Beschäftigten der Erdölraffinerien und der Marseiller Verkehrsbetriebe RTM weiter, die anfänglich in einen Solidaritätsstreik mit den Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern getreten waren und nun eigene Forderungen aufstellten. (taz 28.09.05, jW 29.09, 01.10, 12.10.05, FR 05.10.05, Jungle World 19.10.05)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 6/05 (November bis Dezember 2005)

Aktuelle Zahlen zum deutschen Militarismus

Zurzeit beteiligen sich 500 deutsche Soldaten an der imperialistischen Militäroperation „Enduring Freedom“. In dem am 8. November durch den Bundestag um ein weiteres Jahr verlängerten Mandat für diesen Einsatz, ist zudem die Entsendung von 100 Soldaten der „Elitetruppe“ KSK nach Afghanistan vorgesehen. Die „Obergrenze“ der an „Enduring Freedom“ beteiligten deutschen Soldaten wurde geringfügig auf 2.800 Soldaten verringert. (FR 03.11, 09.11.05) Mit bis zu 200 Soldaten beteiligt sich Deutschland an der Überwachungsmission der Afrikanischen Union in Sudan. Dieser Einsatz wurde am 16. Dezember um ein halbes Jahr verlängert. (FR 17.12.05) Mit 2.500 Soldaten stellt die Bundeswehr in Afghanistan das größte Truppenkontingent sämtlicher Staaten, die im Rahmen der imperialistischen Isaf-Aktion dort stationiert sind. (FR 23.12.05) 2.600 deutsche Soldaten befinden sich derzeit in Kosova im Einsatz. Die Bundeswehr stellt auch hier die meisten Soldaten aller imperialistischen Besatzungsmächte. (jW 12.11.05, FR 06.12.05) In Bosnien-Herzegowina stellt die Bundeswehr mit 1.000 Soldaten ebenfalls das größte Kontingent aller dort stationierten ausländischen Truppen. (FR 17.12.05) In der von Deutschland in Afghanistan errichteten Polizeiakademie wurden seit 2002 mehr als 57.000 Polizisten ausgebildet. Anfang September beschloss der Bundestag, seine Arbeit zum Aufbau der afghanischen Polizei bis Ende 2006 zu verlängern. (FR 08.12.05) Anfang November wurde zwischen Deutschland und der Türkei ein Vertrag zur Lieferung von 298 Leopard-II-Panzern unterzeichnet. (FR 09.11.05) Griechenland will für 250 Millionen Euro über 110.000 G36 Gewehre des deutschen Rüstungskonzerns Heckler & Koch kaufen. (FR 06.12.05) Nach Angaben der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ exportierte Deutschland im Jahre 2004 für 3,8 Mrd. Euro Kriegsgerät, davon für 1,12 Mrd. Euro Kriegswaffen. Deutschland ist damit viertgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Der offizielle Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2004 liegt immer noch nicht vor. (taz 13.12.05)

Ausschnitte des weltweiten ökonomischen Eingreifens des deutschen Imperialismus

Deutsche Verlage kontrollieren in Tschechien 82 Prozent aller Regionalzeitungen und in Ungarn 75 Prozent des gesamten Pressemarktes. Der gesamte osteuropäische Medienmarkt befindet sich zu 85 Prozent unter westlicher Kontrolle, davon entfallen drei Viertel auf deutsche Konzerne. (jW 03.11.05) Der zweitgrößte Sportartikelhersteller der Welt, Adidas, konnte in den ersten neun Monaten 2005 in den USA seinen Umsatz um 17 Prozent auf 1,2 Mrd. Euro steigern. Weiter plant Adidas, den US-Konkurrenten Reebok für 3,1 Mrd. Euro zu übernehmen. (FR 04.11.05) Mitte November endeten die Verhandlungen der Deutschen Bahn mit dem US-Konzern Brink's, um den Erwerb der US-Logistikfirma Bax. Die Deutsche Bahn übernimmt für 940 Millionen Euro Bax mit 12.000 Beschäftigten, und wird dadurch zum zweit-

größten Logistikkonzern der Welt aufsteigen. (FR 17.11.05) Der größte Logistikkonzern der Welt, die Deutsche Post, übernimmt für 5,5 Mrd. Euro den britischen Logistikkonzern Exel mit 110.000 Beschäftigten. Die Deutsche Post beutet mit ihnen weltweit fast 500.000 Menschen aus und zählt zu den zehn größten Unternehmen der Erde mit einem Jahresumsatz von 55 Mrd. Euro. (FR 26.11.05, jW 15.12.05) Ende Dezember übernahm DHL, eine Tochterfirma der Deutschen Post, den in Tschechien führenden privaten Expressdienstleister PPL. (FR 22.12.05) Im November verkaufte BMW in den USA 7 Prozent mehr Fahrzeuge, VW 5 Prozent, Audi 10 Prozent und Porsche 6 Prozent. (jW 03.12.05) Siemens unterzeichnete Anfang Dezember einen Vertrag zur Übernahme der britischen Firma Electricum, die in Großbritannien zu den führenden Anbietern von Schutzschalttechnik zählt. In Russland genehmigte die Kartellbehörde Siemens die Erhöhung seines Anteils an dem russischen Turbinenhersteller Power Machines auf 25 Prozent plus eine Aktie. Siemens hat somit eine Sperrminorität. Aus Saudi-Arabien erhielt Siemens einen Auftrag zum Bau eines Kraftwerkes in Höhe von 1,1 Mrd. Euro. (FR 06.12, 24.12, 29.12.05)

Streiflichter des staatlichen Rassismus

Ein Student aus Kamerun, der vergessen hatte, sein Wochenendticket zu unterschreiben, wurde Ende Oktober in Berlin von BGS-Beamten gewaltsam aus dem Zug geholt. Anschließend sprühten sie ihm wiederholt Reizgas ins Gesicht und verschleppten ihn zu einer BGS-Dienststelle zur Personalienüberprüfung. Fahrgäste, die gegen das Vorgehen der Polizei protestierten, wurden zum Verlassen des Waggon aufgefördert. (jW 02.11.05) In Göttingen wurde Ende Oktober der aus Kamerun stammende Flüchtling Yufanyi wegen Verstoßes gegen die „Residenzpflicht“ zu einer Geldstrafe von 320 Euro verurteilt. Yufanyi lehnte eine Bezahlung der Strafe ab, prangerte das Apartheidgesetz an und erinnerte daran, dass Deutschland schon in seinen Kolonien, u. a. in Kamerun, versucht hatte, die Bewegungsfreiheit der Kolonisierten durch „Eingeborenenregister“ und Blechmarken als Passersatz auf bestimmte Gebiete einzuschränken. Dem Flüchtling droht nun eine Gefängnisstrafe. (jW 02.11.05) Anfang November nähte sich der aus dem Irak stammende Kurde Karim Z. auf dem Flughafen München den Mund zu und trat in den Hungerstreik. Karim Z., der aus dem Irak flüchtete, wurde seit sieben Monaten auf dem Flughafen festgehalten und galt offiziell als nicht eingereist. Das Amtsgericht Erding stellte dazu fest, dies sei keine Freiheitsberaubung. Am 6. Dezember wurde der Asylantrag des Kurden abgelehnt. Mitte Dezember stellte das Oberlandesgericht München fest, dass das Festhalten des Flüchtlings auf dem Flughafen illegal sei. Karim Z. konnte den Flughafen jedoch weiterhin nicht verlassen. In der Nacht zum 21. Dezember wurde er in den Irak abgeschoben. Es war die erste Abschiebung in den Irak seit 15 Jahren. (jW 05.11, 15.12, 23.12.05, Jungle World 14.12.05) Seit dem 1. Januar 2000 wurde mindestens 21.500 Deutschen türki-

scher Herkunft ihre deutsche Staatsangehörigkeit entzogen, weil sie ihre türkische Staatsangehörigkeit wieder aufgenommen hatten, was bis zum Jahre 2000 ohne Konsequenzen möglich war. (PB 25-26/05) Trotz eines gerichtlichen Verbots, drei Flüchtlinge aus Afghanistan am 7. Dezember abzuschicken, wurden die drei an genau diesem Tag durch die Hamburger Ausländerbehörde nach Kabul abgeschoben. Zwei von ihnen wurde noch am Tag zuvor von der Ausländerbehörde versichert, dass sie nicht abgeschoben werden. (FR 10.12.05) Seit Mitte November steht in Parchim der aus Nigeria stammende Flüchtling Chukwudi vor Gericht, u. a. wegen Körperverletzung. Der Flüchtling hatte sich erfolgreich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt. (jW 16.11.05)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

Gegen Antifas, die Ende Oktober militant gegen einen Nazi-Aufmarsch in Göttingen gekämpft hatten, laufen mittlerweile über 100 Ermittlungsverfahren. (taz 12.11.05) Für die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den 1991 durch einen Nazi-Brandanschlag ermordeten Flüchtling Samuel Yeboah in Saarlouis wurde ein Antifaschist nach einem vierjährigen Prozess zu 134,50 Euro Schadensersatz verurteilt. In Bochum läuft zurzeit eine Gerichtsverhandlung gegen einen 76-jährigen Antifaschisten. Ihm wird vorgeworfen, am 9. November 2004 mit fünf weiteren Antifaschisten anlässlich des 66. Jahrestages der Reichspogromnacht unangemeldet durch Wattenscheid demonstriert und einen Gedenkkranz an der ehemaligen Synagoge niedergelegt zu haben. (jW 02.11.05) In Halle wurde Ende November ein 24-jähriger Antifaschist nach Paragraph 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Verei-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

nigung) zu zwei Jahren Haft verurteilt. (jW 24.11.05) Eine 59-jährige Antifaschistin, die im Laufe von 20 Jahren über 7.700 Naziparolen aus der Öffentlichkeit entfernt hatte, wurde am 3. Oktober in Potsdam festgenommen. Gegen sie läuft nun ein Strafverfahren wegen „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Sie hatte ein Plakat mit Fotos von Nazi-Symbolen und -parolen bei sich, auf dem stand: „Wer schweigt schaut zu!“. (jW 09.11.05) In Potsdam wurde gegen eine 22-jährige Antifaschistin Anklage wegen versuchten Mordes erhoben. Sie hatte Mitte Juni in Potsdam mit anderen Antifas einen stadtbekannten Nazi angegriffen und ihm dabei eine Platz- und einige Schürfwunden verpasst. (jW 09.11.05)

Antisemitismus in Deutschland

Die Serie antisemitischer Schmierereien in Berlin setzt sich fort. Am 1. November wurde das sowjetische Ehrenmal in Treptow mit Davidsternen besprüht. Am 2. November wurde u. a. der Hamburger Bahnhof in Tiergarten, ein Lokal in Lichtenberg, das Bezirksamt in Mitte und ein Abrissgebäude in Niederschönneweide mit Davidsternen besprüht. Am 6. November wurde ein Davidstern vor der Jüdischen Synagoge in der Oranienburger Straße und auf das jüdische Mahnmal in Tiergarten gesprüht. Am 7. November wurden in Reinickendorf, Charlottenburg, Mitte und Lichtenberg antisemitische Schmierereien festgestellt. Am 8. November das Gleiche in Mitte, Steglitz-Zehlendorf und Neukölln. Am 9. November gab es fast 40 antisemitische Schmierereien in Mitte und Friedrichshain. Ende November gab die Polizei bekannt, dass seit fünf Wochen fast täglich antisemitische Schmierereien in Berlin festgestellt wurden. Auch im Dezember rissen die Schmierereien nicht ab. So wurden in der ersten Dezemberwoche auf einer Karl-Marx-Büste in Friedrichshain und an einem Krankenhaus in Reinickendorf Davidsterne gesprüht. (Jungle World 09.11, 16.11, 17.12.05, taz 25.11.05) Am 23. Oktober wurde auf dem jüdischen Friedhof in Neu-Eichenberg (Hessen) acht umgeworfene Grabsteine entdeckt. (Jungle World 09.11.05) Ende Oktober wurden auf dem jüdischen Friedhof in Steinfurt (Nordrhein-Westfalen) mehrere Grabsteine und eine Gedenktafel mit Nazi-Symbolen beschmiert. (Jungle World 02.11.05) Auf dem jüdischen Friedhof in Staßfurt (Sachsen-Anhalt) wurden Anfang November mehrere Grabsteine umgeworfen. (Magdeburger Volksstimme 11.11.05) Das Synagogen-Mahnmal in Hildesheim (Niedersachsen) wurde in der Nacht zum 10. November mit roter Farbe beschmiert. (Jungle World 16.11.05) Mitte November wurden in Halle mehrere Gedenksteine für Juden beschädigt und verunreinigt. (FR 17.11.05) Während eines Fußballspiels am 5. Dezember in Dresden entrollten Nazis ein antisemitisches Transparent im Stadion. (anna 15.12.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Anfang November wurde in Magdeburg ein Afrikaner von einem Nazi mit einer zerschlagenen Bierflasche bedroht und rassistisch beschimpft. Anschließend trat der Nazi auf ihn ein. (FR 07.11.05) In Berlin griffen am 10. November 20 Nazis einen Antifa-Info-stand zur Mobilisierung für die Silvio-Meier-Demo mit Schlagstöcken, Eisenketten, Pfefferspray und Glasflaschen an. Mehrere Antifas wurden dabei verletzt. (jW 12.11.05) Ein dunkelhäutiger Amerikaner wurde in der Nacht zum 15. November in Berlin von zwei Nazis mit Fäusten geschlagen. (Jungle World

23.11.05) In Neuss (Nordrhein-Westfalen) griffen am 18. November ca. 25 Nazis ein Punkkonzert an. Die mit Messern bewaffneten Nazis bewarfen die Punks mit Flaschen aus einem Container. Die herbeigerufene Polizei erschien erst nach 40 Minuten, weigerte sich, gegen die Nazis vorzugehen, die sich mittlerweile zurückgezogen hatten, und nahm auch keine Anzeigen gegen die Nazis auf. (anna 15.12.05) In der Nacht zum 19. November wurde in Wittstock (Brandenburg) ein 26-jähriger von mindestens sechs Nazis überfallen. Das Opfer musste mit schweren Gesichts- und Schädelverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 22.11.05) In Weimar wurde am 30. November ein 15-jähriger Schüler von einem Nazi antisemitisch beleidigt, mehrmals ins Gesicht geschlagen und über einen Gartenzaun geworfen. Das Opfer wurde dabei verletzt. Laut Pressemitteilung seiner Mitschülerinnen und Mitschüler ist der Nazi-Angriff bis heute nicht veröffentlicht worden. (anna 15.12.05) In Köthen (Sachsen-Anhalt) wurde am 2. Dezember ein Student aus China von zwei Nazis angegriffen und verletzt. Sie schlugen ihm ins Gesicht und traten seinen Kopf mit Füßen. (Jungle World 14.12.05) Während einer Zugfahrt nach Bad Doberan (Mecklenburg-Vorpommern) wurde am 9. Dezember ein 33-jähriger Vietnameser von drei Nazis überfallen. Am Zielort schlug ihm ein Nazi eine Bierflasche auf den Kopf und trat ihn bewusstlos. Das Opfer lag mehrere Tage im Krankenhaus. (Jungle World 21./28.12.05) In Oschersleben (Sachsen-Anhalt) haben am 9. Dezember vier Nazis ein vietnamesisches Imbisslokal verwüstet und dem 33-jährigen Inhaber mit einem Stuhlbein auf den Kopf geschlagen. Das Opfer musste mit einem schweren Schädelhirntrauma ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 14.12.05) Ein aus der Türkei stammender Mann wurde in der Nacht zum 11. Dezember Fulda (Hessen) von fünf Nazis mit zwei Messerstichen schwer verletzt. (FR 12.12.05) Mitte Dezember wurde in Rheinsberg (Brandenburg) auf das Imbisslokal eines Kurden erneut ein Nazi-Brandanschlag verübt. Das war bereits der fünfte Brandanschlag auf dieses Lokal. Beim Anschlag am 30. März dieses Jahres brannte das Lokal vollständig nieder. (jW 14.12.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Durch militante Kämpfe gelang es ca. 1.000 Antifas am 30. Oktober in Göttingen einen Aufmarsch von 230 Nazis zu stoppen, der von 3.800 Polizisten geschützt wurde. Die Antifas errichteten brennende Barrikaden und bewarfen die Nazis und die Polizei mit Steinen und Flaschen. Die Polizei nahm 44 Antifas fest. Insgesamt protestierten 4.000 Menschen gegen die Nazis. (jW 01.11.05) Am 5. November verhinderten in Potsdam mehrere tausend Antifas einen Aufmarsch von 250 Nazis, indem sie über vier Stunden eine Kreuzung auf der Aufmarschrouten blockierten. Die Nazis konnten nur unter Polizeischutz eine Kundgebung am Stadtrand abhalten. (jW 07.11.05) Am 9. November demonstrierten mehrere hundert Antifas in München gegen einen Aufmarsch von 25 Nazis. In Köln protestierten am selben Tag 1.000 Menschen gegen einen Naziaufmarsch, der jedoch verboten blieb. (jW 11.11.05) 200 Antifas demonstrierten am 10. November in Berlin, um gegen den Nazi-Überfall wenige Stunden zuvor auf einen Info-stand zur Mobilisierung für die Silvio-Meier-Demo zu protestieren. (jW 12.11.05) In Halbe (Brandenburg) protestierten am 12. November 1.600 Menschen gegen 2.000 Nazis.

Durch stundenlanges Blockieren der Naziroute gelang es ihnen, den Aufmarsch zu verhindern. (FR 14.11.05) 1.500 Antifas demonstrierten am 19. November in Berlin zur Erinnerung an den vor 13 Jahren durch Nazis ermordeten Silvio Meier. Die Demo wurde wiederholt von der Polizei angegriffen. Ein Antifa wurde von der Polizei bewusstlos geschlagen, mehrere erlitten Knochenbrüche. 52 Antifas wurden verhaftet. (jW 21.11.05) Am 3. Dezember konnten 1.000 Menschen in Karlsruhe einen Naziaufmarsch verhindern. (anna 15.12.05) In Berlin demonstrierten am selben Tag 1.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von 1.000 Polizisten geschützt wurde. Mindestens fünf Antifas wurden von der Polizei festgenommen. (jW 05.12.05)

Militante Massenproteste Jugendlicher in Frankreich

Nachdem am 27. Oktober zwei Jugendliche in Clichy-sous-Bois, einem Vorort von Paris, durch die Polizei zu Tode gehetzt wurden, entzündeten sich dort Massenproteste von Jugendlichen, die sich rasch über Paris auf ganz Frankreich ausdehnten und fast einen Monat lang andauerten. Unmittelbar nachdem der Tod der beiden bekannt wurde, griffen Jugendliche stundenlang Luxusgeschäfte, Polizeieinheiten und Autos an. Bereits am Monatsende wurde von offizieller Seite von einem Bürgerkrieg gesprochen. In der Nacht zum 2. November dehnten sich die Proteste auf 16 Vororte von Paris aus. Nacht für Nacht errichteten die Jugendlichen Barrikaden, griffen Polizisten an und setzten Autos in Brand. Allein in der Nacht zum 5. November wurden 900 Autos in Brand gesetzt. Erstmals begann in dieser Nacht die Polizei mit Hubschraubern Jagd auf die Kämpfenden zu machen. Schon in der nächsten Nacht wurden 1.300 Autos in Brand gesetzt. Die Polizei verhaftete allein in dieser Nacht 300 Menschen. Am 8. November rief die französische Regierung den Notstand aus. In den Vororten von Paris wurde die Zahl der Polizisten auf 12.000 erhöht. In den ersten 18 Tagen der Proteste verhaftete die Polizei 3.000 Menschen, die in Schnellverfahren zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die französische Regierung verhängte in 40 Städten des Landes nächtliche Ausgangssperren. Im Pariser Vorort Draveil wurde die Sippenhaft wieder eingeführt. Allen Familien, deren Kinder verhaftet worden sind, wurden sämtliche kommunalen Sozialleistungen gestrichen. In Evreux, in der Normandie, wurde ein ganzes Stadtviertel mit 20.000 Einwohnern von 22.00 Uhr bis 5 Uhr morgens mit Absperrgittern verriegelt, so dass niemand, außer im Notfall, hinein oder hinaus konnte. Nachdem die Proteste nachließen, führte die Polizei am 23. November in mehreren Vororten von Paris nächtliche Razzien durch und verhaftete nochmals 91 Menschen. (jW 01.11, 07.11, 09.11, 12.11, 24.11.05, Berliner Morgenpost 06.11.05, FR 04.11, 15.11.05)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/06 (Januar bis Februar 2006)

Ausschnitte des deutschen Militarismus nach Außen

Unter dem Deckmantel der UNO gab die Bundesregierung Mitte Januar bekannt, dass sie einen Militäreinsatz im Kongo vorbereitet. Ende Januar erklärte Kriegsminister Jung die Bereitschaft Deutschlands für diesen Einsatz, an dem sich mehrere imperialistische Staaten beteiligen wollen, als Führungsmacht aufzutreten. Eine EU-Erkundungsmission, die am 28. Januar nach Kinshasa aufbrach, stand bereits unter Leitung eines deutschen Generals. Am 27. Februar erklärte sich Deutschland offiziell zu einem Bundeswehreininsatz im Kongo bereit. Als militärisches Hauptquartier aller imperialistischen Staaten, die sich daran beteiligen, ist u. a. Potsdam im Gespräch. (jW 16.01, 28.01.06, Jungle World 01.02.06, FR 28.02.06) Im Zuge der Debatte über den Bundeswehreininsatz im Kongo wurde öffentlich bekannt, dass im Herbst letzten Jahres 60 deutsche Soldaten in Ghana stationiert waren, um bei Bedarf in den Nachbarstaat Elfenbeinküste einzumarschieren. 200 weitere Soldaten standen dafür abmarschbereit in Deutschland. Zugleich befand sich eines der größten Schiffe der deutschen Kriegsmarine vor der Küste Ghanas und drei Transall-Transporter waren in der Hauptstadt Accra stationiert. (Jungle World 08.02.06) Anfang Februar verlängerte die Bundesregierung den Einsatz deutscher Soldaten und Polizisten in Georgien um weitere sechs Monate. (FR 09.02.06) Anfang Januar vereinbarte Deutschland mit Österreich eine engere militärische Zusammenarbeit und die Schaffung einer gemeinsamen Kampf Einheit zusammen mit Tschechien. (jW 07.01.06) Insgesamt will die Bundesregierung im Jahre 2006 sechs Milliarden Euro für Rüstungsgüter ausgeben. (jW 21.01.06)

Ausschnitte des deutschen Militarismus nach Innen

Am 9. Februar wurde bekannt gegeben, dass neben der Polizei 2.000 Soldaten der Bundeswehr im Rahmen einer „Amtshilfe“ während der Fußball-WM im Inland eingesetzt werden. Abgestellt für die WM werden weiterhin 20.000 Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste. (jW 10.02.06, Jungle World 22.02.06) Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Abschluss von entführten Passagierflugzeugen für illegal erklärt hatte, denken führende deutsche Politiker daran, im Falle einer Flugzeugentführung den Kriegszustand auszurufen, um auf diese Weise Passagierflugzeuge legal abschießen zu können. (FR 21.02.06) Den Inlandseinsatz erproben konnte die Bundeswehr Mitte Februar auf Rügen. Nachdem aufgrund der dort aufgetretenen Vogelgrippe der Katastrophenzustand ausgerufen wurde, ist die Insel von 270 Soldaten abgeriegelt worden. Eingesetzt wurde auch ein Tornado-Kampfflugzeug. (jW 21.02.06) Insgesamt gibt es in Deutschland knapp 600 Jugendoffiziere, die unter Jugendlichen für eine Laufbahn beim deutschen Militär werben. Im Jahre 2003 traten diese Jugendoffiziere in den Schulen des Landes vor 130.000 Schülerinnen und Schülern auf, 2004 vor 156.000. 28.000 Schülerinnen und Schüler besuchten im Jahr 2004 Kasernen der Bundeswehr. Weitere Maßnahmen des deutschen Militärs,

um Jugendliche zu werben, sind die Erstellung von Unterrichtsmaterialien für die Schulen, Auftritte bei diversen Messeveranstaltungen – 2005 war die Bundeswehr auf acht Messen vertreten –, das Simulationsspiel „Politik und Internationale Sicherheit“, das 2004 378-mal angeboten wurde und an dem sich jeweils 30 bis 50 Schülerinnen und Schüler beteiligt hatten, die Veranstaltung von Musikwettbewerben und einem jährlichen Preisausschreiben – 2004 nahmen 100.000 Jugendliche daran teil –, wo es u. a. mehrtägige Aufenthalte in verschiedenen Kasernen zu gewinnen gibt. (jW 06.01.06)

Verschärfung der Diskriminierung von Menschen aus anderen Ländern

Die Anforderungen für Menschen aus anderen Ländern, die sich Einbürgern lassen wollen, werden weiter erhöht. Die bisherigen Anforderungen waren: mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt zu haben, über ein festes Einkommen, ausreichenden Wohnraum und deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen und sich schriftlich zur Verfassung zu bekennen. Zudem erfolgte eine „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz. Nun sollen mit umfangreichen Fragebögen die „innere Überzeugung zum Grundgesetz“ und die „Akzeptanz unserer Werteordnung“ bei einbürgerungswilligen Menschen detailliert überprüft werden. Vorreiter war Baden-Württemberg, wo seit Ende letzten Jahres ein solcher Fragebogen, hauptsächlich gegen Menschen muslimischen Glaubens, verwendet wird. Mitte Januar gab Hessen bekannt, ebenfalls einen Fragebogen einzuführen, um die „innere Hinwendung“ der Antragsteller zu Deutschland zu überprüfen. Bayern gab Anfang Februar bekannt, bis April ein bundesweit einheitliches Konzept für ein verschärftes Einwanderungsverfahren vorzulegen, mit Pflichtlehrgängen zur deutschen Geschichte, zur Verfassungs- und Gesellschaftsordnung Deutschlands und einer anschließenden Prüfung. (FR 06.01.06, 16.01.06, 31.01.06, 06.02.06, taz 04.02.06, 09.02.06) Nachdem Mitte Januar eine Schule in Berlin – wo für 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler Deutsch nicht die Muttersprache ist – den Schülern verboten hatte, in der Schule, einschließlich auf dem Schulhof, auf Klassenfahrten und Wandertagen eine andere Sprache als Deutsch zu sprechen, und die Schüler sich schriftlich dazu verpflichten mussten, sprachen sich führende Politiker von SPD, CDU und CSU umgehend für eine bundesweite Übernahme dieses Verbots aus. (FR 31.01.06, taz 01.02.06, jW 10.02.06)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

2005 konnten in Deutschland nur noch 28.914 Flüchtlinge Asyl beantragen. Das war der niedrigste Stand seit 1983. Unter den Antragstellern war kein einziger Flüchtling aus einem afrikanischen Staat. Von 48.102 Flüchtlingen, über deren Asylantrag im letzten Jahr entschieden wurde, erhielten nur 411 den Status eines Asylberechtigten. Im Januar diesen Jahres wurden nur 31 Menschen als asylberechtigt anerkannt. (FR 08.02.06, PB 09.02.06)

Arbeitslöhne in Deutschland

22 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland – 6,9 Millionen Menschen – arbeiten zu Niedriglöhnen. Die Bundesregierung gab Ende Januar bekannt, dass für das Jahr 2006 die Lohnquote – der Anteil der „Arbeitnehmerentgelte“ am Volkseinkommen – auf 66 Prozent, den niedrigsten Stand seit 1991, fallen wird. Laut Statistischem Bundesamt lag 2005 der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter mit durchschnittlich 1,2 Prozent unter dem Anstieg der Verbraucherpreise, die sich um 2,0 Prozent erhöhten. Im Jahre 2004 hat der Abstand der Einkommen zwischen Männern und Frauen weiter zugenommen. Männer erhalten pro Arbeitsstunde durchschnittlich 23 Prozent mehr Lohn als Frauen. Vor fünf Jahren betrug dieser Unterschied 19 Prozent. Deutschland liegt in diesem Bereich auf einem der letzten Plätze in Europa. Für Lehrlinge stieg der Ausbildungslohn 2005 um durchschnittlich 1 Prozent. (FR 06.01, 12.01, 26.01.02, taz 28.01, 27.02.01)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 23. Dezember wurde in Gotha (Thüringen) ein Mann aus Kamerun von sechs Nazis rassistisch beschimpft und überfallen. Einer der Nazis würgte dabei den Mann am Hals. In der Silvesternacht sind zwei Vietnamesen in Gräfenhainichen (Sachsen-Anhalt) von sechs Nazis überfallen worden. Eines der Opfer musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 11.01.06) In Arnstadt (Thüringen) wurde in der Silvesternacht ein linker Jugendlicher von Nazis mit einem Auto angefahren und anschließend zusammengeschlagen. Das Opfer musste ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 04.01.06) In der Neujahrsnacht wurden in Teterow (Mecklenburg-Vorpommern) mehrere Men-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

schen aus Indien von 30 Nazis angegriffen. Nachdem die Überfallenen in ein Restaurant flüchteten, versuchten die Nazis das Lokal zu stürmen. Die Polizei traf erst nach dem dritten Anruf ein. (Jungle World 15.02.06) Am Neujahrsmorgen haben mehrere Nazis auf der Insel **Rügen** eine Flüchtlingsunterkunft mit Silvesterraketen beschossen, rassistische Parolen gebrüllt und Flüchtlinge mit einem Messer bedroht. Ein Armenier wurde bei dem Nazi-Angriff verletzt. (FR 04.01.06) In **Dorsten** (Nordrhein Westfalen) haben Anfang Januar drei Nazis drei Menschen überfallen. Eines der Opfer wurde so stark getreten, dass es ins Krankenhaus musste. (FR 06.01.06) Drei Nazis – zwei von ihnen wegen Nazi-Straftaten und schwerer Körperverletzung polizeibekannt – schlugen in der Nacht zum 12. Januar in **Erfurt** (Thüringen) einen Mann aus dem Irak zusammen. Das Opfer musste mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus. Die Polizei teilte mit, dass hier „kein eindeutig fremdenfeindlicher Hintergrund“ nachzuweisen sei. (Jungle World 18.01.06) Fünf Nazis haben am 9. Januar in **Pömmelte** (Sachsen-Anhalt) einen zwölfjährigen Deutschen äthiopischer Herkunft überfallen. Sie schlugen ihn zusammen, traten ihn mit Füßen, drückten eine brennende Zigarette in seinem Gesicht aus, bedrohten ihn mit einer Schusswaffe und zwangen ihn, ihre Stiefel abzulecken. Das Opfer, das bereits im letzten Dezember von Nazis überfallen wurde, musste ins Krankenhaus. Seit Jahresbeginn gab es in Sachsen-Anhalt bereits acht Nazi-Überfälle. So wurden am 1. Januar in **Quedlinburg** zwei Jugendliche von 15 Nazis überfallen und mit Fußtritten gegen ihren Kopf schwer verletzt. (FR 12.01, 13.01.06) Am 14. Januar bedrohte ein Nazi in einem Zug bei **Groß Köris** (Brandenburg) einen Vietnamesen und versuchte ihn auszurauben. (Jungle World 25.01.06) In **Berlin-Friedrichshain** fanden im Januar mehrere Nazi-Überfälle statt. Am 27. Januar wurde ein linker Jugendlicher von zehn Nazis angegriffen und zusammengeschlagen. Am 28. Januar wurden zwei Jugendliche von 15 Nazis überfallen und verletzt. Zwei weitere Menschen, die den Opfern zu Hilfe eilen wollten, wurden ebenfalls geschlagen und getreten. Kurz darauf wurde ein weiterer linker Jugendlicher von mehreren Nazis angegriffen. Das Opfer musste anschließend ins Krankenhaus. Zwei Wochen zuvor wurden vier Männer aus Spanien von vier Nazis gejagt. Jugendliche, die den Spaniern helfen wollten, sind von den Nazis, die Verstärkung bekommen hatten, mit Steinen beworfen worden. Bereits am 6. Januar wurden mehrere linke Jugendliche von acht Nazis gejagt und angegriffen. (jW 01.02.06) Mehrere Nazi überfielen Anfang Februar in **Guben** (Brandenburg) einen Mann und verletzten ihn schwer. (FR 02.02.06) Ebenfalls Anfang Februar wurden in **Köthen** (Sachsen-Anhalt) innerhalb weniger Tage drei chinesische Studenten von Nazis überfallen und zusammengeschlagen. (jW 17.02.06) Nach vorläufigen offiziellen Angaben stieg 2005 die Zahl der Nazi-Straftaten auf 10.271 gegenüber 7.934 im Vorjahr. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 498 im Jahre 2004 auf 588. Demgegenüber stellten die Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt in den fünf neuen Bundesländern und Berlin fest, dass allein in Ostdeutschland die Zahl der Nazi-Gewalttaten von 551 im Jahre 2004 auf 614 stieg. (PB 23.02.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 14. Januar demonstrierten hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten in **München**

gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Mehrere Hundertschaften der Polizei, die den Nazi-Aufmarsch vor den Protesten schützten, griffen die Antifas immer wieder an, verhinderten gewaltsam Blockadeaktionen und jagten sie durch die Stadt. Am selben Tag protestierten in **Magdeburg** 250 Menschen gegen 400 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 61 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. (jW 16.01.06) Am 21. Januar demonstrierten in **Neumünster** (Schleswig-Holstein) 600 Menschen gegen einen Nazi-Treffpunkt im Ort. Die Polizei nahm acht von ihnen fest. (taz 24.01.06) In **Darmstadt** (Hessen) demonstrierten am selben Wochenende 300 Menschen gegen ein Treffen von 400 Nazis zwei Wochen zuvor in Griesheim. (FR 24.01.06) In **Butzbach** (Hessen) protestierten am 28. Januar 350 Antifas gegen eine dort ansässige Nazi-Gruppe. (FR 30.01.06) Am selben Tag demonstrierten in **Stuttgart** 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, der von 800 Polizisten geschützt wurde. Kämpferischen Antifas gelang es trotz Schlagstockeinsatz der Polizei den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Die Nazis mussten unter Polizeischutz die Stadt verlassen. Die Polizei nahm neun Antifas fest. Einer der Festgenommenen erlitt in der Polizeihaft schwere Verletzungen. Ebenfalls am 28. Januar demonstrierten 2.000 Antifas in **Lüneburg** (Niedersachsen) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. Insgesamt erteilte die Polizei gegen 421 Antifas Platzverweise, nahm sieben von ihnen fest und verletzte mehrere Antifas bei einem Schlagstockeinsatz. Am selben Tag protestierten 1.600 Antifas in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 280 Nazis. Die Polizei sah sich gezwungen, den Nazi-Aufmarsch vorzeitig abbrechen. Mehreren Antifas gelang es, die Polizeisperren zu durchbrechen und zu den Nazis vorzudringen. 150 Antifas wurden von der Polizei eingekesselt und festgenommen. In **Vlotho** (Nordrhein-Westfalen) protestierten am 28. Januar 800 Menschen gegen das dort ansässige nazistische „Collegium Humanum“. (jW 31.01.06) In **Dresden** demonstrierten am 11. Februar 6.500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 4.000 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. Kämpferischen Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch trotz Polizeigewalt erfolgreich zu blockieren. Da es in den Vorjahren nach den Nazi-Aufmärschen zu Angriffen auf die Synagoge in der Innenstadt kam, versammelten sich in diesem Jahr 500 Menschen in den Abendstunden vor dem Gebäude zu einer Kundgebung. (jW 13.02.06) 4.000 Antifas gelang es am 18. Februar in **Münster**, einen Aufmarsch von 150 Nazis nach bereits 300 Metern zu beenden. (jW 20.02.06) In **Schönebeck** (Sachsen-Anhalt) protestierten am 25. Februar 400 Antifas gegen den Nazi-Überfall auf ein zwölfjähriges Kind in Pömmelte. Während der Demo wurden die Antifas mehrmals von Nazis angegriffen, die mit 250 Personen aufmarschiert waren. Die Polizei verhinderte, dass die Antifas sich dem Nazi-Aufmarsch entgegenstellen konnten. (jW 27.02.06)

Proteste von Abschiebegefangenen

Im berüchtigten Abschiebegefängnis Berlin-Grünau kam es am 13. Februar erneut zu kämpferischen Protesten von Abschiebegefangenen. Nachdem ein 63-jähriger Mann aus Mazedonien erfuhr, dass er die Kosten für die Abschiebehaft selbst zu tragen hat – pro Tag fallen dafür 62 Euro an –, versuchte er

sich vor lauter Verzweiflung umzubringen. Am Abend erfuhren seine Mitgefangenen von der versuchten Selbsttötung. 14 von ihnen traten umgehend in den Hungerstreik, der Etagezugang wurde verbarrikadiert und mehrere Matratzen in Brand gesetzt. Am 18. Februar demonstrierten 200 Antirassistinnen und Antirassisten in Berlin-Grünau und erklärten sich mit den Abschiebegefangenen solidarisch. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Hungerstreik nach wie vor fortgesetzt. (taz 15.02.06, jW 20.02.06)

Massenproteste und militante Kämpfe in Nepal

Mitte Januar demonstrierten 150.000 Menschen in der nepalesischen Stadt Janakpur gegen die Monarchie im Lande, für ein Boykott der Wahlen am 8. Februar und gegen den Ausnahmezustand, der im Februar 2005 aufgrund der militanten Kämpfe der revolutionären Guerilla vom König erlassen wurde. Um weitere Proteste zu verhindern wurde für die Hauptstadt Kathmandu am 20. Januar eine Ausgangssperre verhängt. Die Polizei nahm an diesem Tage 210 Menschen fest, die trotzdem auf die Straße gingen. 15.000 Soldaten patrouillierten in der Stadt. Auf Protestkundgebungen am folgenden Tag kam es zu gewaltsamen Kämpfen mit der Staatsmacht, bei denen ca. 50 Menschen verletzt und 300 verhaftet wurden. Trotz des staatlichen Terrors gingen auch einen Tag später tausende Menschen auf die Straße, um gegen das Regime zu protestieren. Am 26. Januar legte ein Generalstreik die Hauptstadt lahm. Die revolutionäre Guerilla, die am 2. Januar einen viermonatigen einseitigen Waffenstillstand beendete, nahm währenddessen die bewaffneten Kämpfe wieder auf und erklärten sich mit den Demonstrierenden solidarisch. Am 14. Januar überfielen sie zwei Polizeireviere nahe der Hauptstadt. Am 22. Januar griff sie eine Patrouille in einem Dorf an, wobei es zu einem siebenstündigen Gefecht kam. Anfang Februar teilte die Armee mit, sie vermisste nach einem Gefecht mit der Guerilla im Bezirk Palpa 143 Polizisten. Die Guerilla, die ebenfalls zu einem Boykott der Wahlen aufrief, verstärkte unmittelbar vor dem Wahltag ihre Angriffe auf Polizeiposten, Armeecamps und Regierungseinrichtungen. Für die Woche vom 5. zum 12. Februar rief sie zu einem landesweiten Generalstreik auf, der das öffentliche Leben in vielen Städten des Landes zum Erliegen brachte. Einen Tag nach der Wahl demonstrierten erneut tausende Menschen gegen die Monarchie und ihre Armee, die am Wahltag einen Protestierenden erschossen hatte. Die revolutionäre Guerilla setzte unterdessen ihre Kämpfe fort. Am 10. Februar überfielen sie einen Armeekonvoi, am 15. Februar kam es zu einem mehrstündigen Gefecht mit einer Militärpatrouille. Am 16. Februar startete die Regierung eine Militäroffensive mit hunderten Soldaten und Hubschraubern, die Stellungen der Guerilla bombardierten. Ende Februar kam es erneut zu mehrstündigen Gefechten, als die Guerilla eine Militärpatrouille angriff. (jW 13., 16., 25., 27.01.08., 10., 11., 16., 17., 28.02.06 taz 21., 23.01.02.02.06)

Abkürzungen: Frankfurter Rundschau (FR), junge Welt (jW), die tageszeitung (taz), Politische Berichte (PB).



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 2/06 (März bis April 2006)

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Der deutsche Imperialismus wird sich mit 500 Soldaten ab Juli an einem militärischen Einsatz der EU im Kongo beteiligen. Gleichzeitig hat der deutsche Imperialismus das Oberkommando über den EU-Einsatz. Kriegsmilitarismus Jung warb Mitte März in der Öffentlichkeit für diesen Einsatz mit den „Argumenten“, es drohe ein „Flüchtlingsproblem“ und „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft“. (jW 18.03, 27.04.06) Unter dem Deckmantel einer NATO-Übung in Kosovo erhöht die Bundeswehr ihr dortiges Truppenkontingent um 600 Soldaten. Die Soldaten werden der KFOR unterstellt und sollen bei der „Übung“ auch zu Personenkontrollen und an Straßensperren eingesetzt werden. (jW 17.03.06) Anfang April verlängerte der Bundestag den seit einem Jahr laufenden Einsatz deutscher Soldaten im Sudan um weitere sechs Monate. (FR 08.04.06) Die Bundesregierung will den Einsatz der deutschen Kriegsmarine am Horn von Afrika ausweiten. Mit den Anrainerstaaten in dieser Region sollen Absprachen getroffen werden, um die Möglichkeit zu erhalten, Schiffe, die in deren Hoheitsgewässer flüchten, auch dort verfolgen und kontrollieren zu dürfen. (taz 24.04.06)

Ausschnitte des mörderischen Abschiebeterrors

Erst Mitte März wurde öffentlich bekannt, dass eine im Jahre 2004 in den Kongo abgeschobene 34-jährige Frau im Dezember 2004 dort gestorben ist. Die schwerkranke Frau wurde, als sie bei einer Ausländerbehörde in Niedersachsen einen Krankenschein beantragen wollte, dort festgenommen und mit ihren zwei minderjährigen Kindern abgeschoben. Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Kongo wurden die drei verhaftet und für mehrere Wochen in einem Militärcamp interniert. Als die Frau anschließend in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, war es bereits zu spät. Kurz nach ihrer Einlieferung starb sie. (taz 14.03.06) In Hamburg wurde bereits drei homosexuellen Flüchtlingen aus Afghanistan ein Abschiebungsschutz verweigert. Homosexuelle Beziehungen sind in Afghanistan verboten und werden strafrechtlich massiv verfolgt. (ak 17.03.06) Am 6. März wurde in Dresden der dreijährige Sohn einer Frau aus Angola von vier Polizisten aus einer Kita verschleppt und über mehrere Stunden festgehalten. Mit ihm als Geisel wollten sie die Frau zwingen, bei der Polizei zu erscheinen, damit beide abgeschoben werden könnten. In den Mittagsstunden wurde der Junge in die Kita zurückgebracht. Die Frau und das Kind sind mittlerweile untergetaucht. (FR 24.03.06) In Dortmund sollen 350 Afrikaner einer Delegation aus Guinea zugeführt werden, um deren Identität zu klären. Der Raum, in denen die Verhöre stattfinden, wird zu „exterritorialem Gebiet“ erklärt, so dass dort das Recht Guineas gelte. (anna 20.04.06) Insgesamt wurden nach offiziellen Angaben im Jahr 2005 16.865 Menschen auf dem Luftwege aus Deutschland abgeschoben – dabei wurden an 1983 Flüchtlingen sogenannte „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt“ eingesetzt. Nach einer Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin hat es seit 1993 131 Selbst-

tötungen bzw. tödliche Unfälle aus Angst vor der Abschiebung oder beim Versuch, ihr zu entkommen, gegeben. 629 Flüchtlinge haben versucht, sich selbst zu töten, 299 Menschen wurden durch Polizeigewalt während der Abschiebung verletzt, fünf kamen dabei ums Leben. Mindestens 397 Flüchtlinge sind nach ihrer Abschiebung in ihrem Herkunftsland gefoltert worden, 62 sind verschwunden, 23 gestorben. (anna 20.04.06, jW 21.03.06)

Staatliche Hetze gegen Sinti und Roma

Der stellvertretende Landesvorsitzende des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter“ (BDK) in Bayern, Lehrieder, veröffentlichte im Oktober letzten Jahres einen eigenen Leserbrief im BDK-Blatt *der kriminalist*, in dem er Sinti und Roma als „Maden im Speck“ bezeichnete, die der „Sozialschmarotzerei“ nachgehen. Gegen Lehrieder wurde daraufhin staatsanwaltschaftlich „ermittelt“. Am 20. Februar gab dann die Staatsanwaltschaft Brandenburg bekannt, dass man diese Äußerungen als „im wesentlichen tatsächenshaltige Werturteile“ betrachten müsse. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. (jW 27.04.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 4. März griffen sieben Nazis in Suhl (Thüringen) zwei Punks an, schlugen sie zusammen und traten auf sie ein. (anna 23.03.06) Mehrere Nazis jagten am 7. März in Halle (Sachsen-Anhalt) einen Mann aus der Elfenbeinküste durch die Stadt und schlugen ihn mit einem Schlagstock auf den Kopf. (Jungle World 15.03.06) In Arnstadt (Thüringen) wurde am 11. März ein Mann aus Südafrika von drei Nazis rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. In Rheinsberg haben am 17. März drei Nazis das Haus einer Migrantin angegriffen, rassistische Parolen gerufen und ein Kellerfenster zertreten. Die Nazis gehörten zu der Gruppe, die in der Nacht zum 19. Februar vier asiatische Geschäfte im Ort angegriffen haben, darunter das Geschäft der Frau. (taz 21.04.06) Zehn Nazis griffen am 18. März in Cottbus (Brandenburg) einen Mann aus Mazedonien an und verletzten ihn schwer. Das Opfer musste im Krankenhaus operiert werden. Eine Viertelstunde später griffen mehrere Nazis sieben Studenten aus Spanien an und schlugen ihnen ins Gesicht. (Jungle World 29.03.06) Zwanzig Nazis überfielen am 24. März in Magdeburg einen Mann aus dem Sudan und schlugen ihn. Am 25. März wurde in Magdeburg ein Mann aus Burkina Faso von einem Nazi mit einer Machete durch die Stadt gejagt. (Jungle World 05.04.06) In Neuruppin (Brandenburg) brachen am 24. März vier Nazis in die Wohnung eines Jugendlichen ein und schlugen ihn mit einem Baseballschläger und einem Knüttel. Die Nazis, die von der Polizei festgenommen wurden, befanden sich einen Tag später wieder auf freien Fuß. Einer der vier Nazis war auch an den beiden vorausgegangenen Überfällen in Rheinsberg beteiligt. (jW 28.03.06) Am 1. April wurde in Hagenow (Mecklenburg-Vorpommern) ein Einwanderer aus Russland von zehn Nazis zusammengeschlagen. Das Opfer musste ins Krankenhaus. (taz 21.04.06) Vier Nazis überfielen am 4. April in Cham (Bayern) einen Mann aus dem Irak und verletzten ihn

im Gesicht. Das Opfer musste ebenfalls ins Krankenhaus. (Jungle World 12.04.06) Am 11. April wurde in Krefeld (Nordrhein-Westfalen) ein Jugendlicher aus der Türkei von vier Nazis rassistisch beleidigt, zusammengeschlagen und ausgeraubt. Das Opfer musste mit Gesichtsverletzungen ins Krankenhaus. (Jungle World 13.04.06) Am 13. April wurden in Arnstadt (Thüringen) zwei Männer aus Sierra Leone von drei Nazis bedroht und mit Bierflaschen beworfen. (taz 21.04.06) Mehrere Nazis überfielen am 14. April zwei Jugendliche in Stuttgart (Baden-Württemberg), beschimpften sie rassistisch und schlugen mit einem Baseballschläger auf sie ein. (Jungle World 26.04.06) In Potsdam wurde am 16. April ein aus Äthiopien stammender Deutscher rassistisch beschimpft und fast zu Tode geschlagen. Das Opfer musste mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Führende deutsche Politiker leugneten nicht nur den nazistischen Hintergrund des Verbrechens, sondern behaupteten, dass das Opfer selbst schuld sei, da es angeblich die Täter provoziert hätte und spielten den Mordversuch als „Streit unter Betrunknen“ herunter. (taz 18.04.06, jW 24.04.06) Am 17. April wurde in Essen ein Mann aus Indien von drei Nazis beschimpft und zusammengeschlagen. (jW 19.04.06) In Berlin wurde am 19. April ein Mann aus Jemen von zwei Nazis mit einem Messer bedroht und mit einer Flasche auf dem Kopf geschlagen. (Jungle World 26.04.06) Am 21. April wurden in Magdeburg zwei Menschen aus Mosambik von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen. Eines der Opfer erlitt dabei Gesichtsverletzungen. (FR 22.04.06) Drei Nazis überfielen in der Nacht zum 26. April in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) einen Mann aus Togo und schlugen ihn zusammen. Das Opfer musste mit Schä-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

del-Hirn-Verletzungen ins Krankenhaus. (taz 27.04.06) Die Zahl von allgemeinen Nazi-Straftaten stieg nach offiziellen Angaben im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 27,5 Prozent auf 15.360. Die Zahl der offiziell registrierten Nazi-Gewaltdelikte stieg um 23,6 Prozent auf 959. (jW 24.04.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

In Thüringen protestierten am 4. März in Bad Salzungen, Ilmenau und Arnstadt mehrere hundert Menschen gegen eine „Antikapitalistische Kaffeefahrt“ von 60 Nazis. (PB 5/06) Am 10. März griffen 40 Antifas in Gundershausen (Hessen) ein Treffen von 30 Nazis der NPD an und sprengten militant die Versammlung. (Swing, 4/06) 350 Menschen protestierten am 11. März in Halbe (Brandenburg) gegen 600 Nazis. 1.000 Polizisten, Wasserwerfer, Räumpanzer und ein Hubschrauber schützten den Nazi-Aufmarsch. Die Personalausweise der Antifas wurden eingesammelt und deren Personalien erfasst. (jW 13.03.06) Am 16. März blockierten 100 Antifas in Hamburg die Handwerkskammer, wo das monatliche Treffen von Nazis der ehemaligen Waffen-SS stattfand. Durch die Blockade konnte das Treffen beendet werden. (anna 23.03.06) 1.000 Antifas demonstrierten am 17. März in Berlin gegen den zunehmenden Nazi-Terror. Am 18. März demonstrierten in Berlin 3.000 Menschen aus dem gleichen Anlass. 1.000 Menschen demonstrierten am selben Tag in Potsdam anlässlich des Tages der politischen Gefangenen und zugleich u. a. gegen die Kriminalisierung antifaschistischer Projekte. (jW 20.03.06) In Neuruppin (Brandenburg) griffen zwei Antifas am 23. März zwei Nazis militant an und verpassten einem von ihnen einen Denkkittel. (FR 25.03.06) Gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis demonstrierten am 25. März in Gütersloh (Nordrhein-Westfalen) 3.500 Menschen. Kämpferischen Antifas gelang es durch mehrere Blockaden den Nazi-Aufmarsch über fünf Stunden zu blockieren und bedeutend zu verkürzen. Am selben Tag protestierten in Stade (Niedersachsen) 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, in Breitung (Thüringen) 250 Menschen gegen einen Aufmarsch von 30 Nazis und in Weimar (Thüringen) protestierten 200 Menschen gegen 60 Nazis, die dort aufmarschierten. (jW 27.03.06, anna 06.04.06) 150 Antifas demonstrierten in Berlin am 25. März gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis, der von 600 Polizisten geschützt wurde. 15 Antifas wurden festgenommen. (jW 27.03.06) In Lübeck demonstrierten am 1. April 4.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Durch mehrere Blockaden, die immer wieder von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen wurden, gelang es, dass der Nazi-Aufmarsch erst umgeleitet und dann abgebrochen werden musste. Am selben Tag protestierten in Arnstadt 600 Menschen gegen eine Kundgebung von 350 Nazis. Ebenfalls am 1. April demonstrierten in Berlin 600 Antifas gegen 150 Nazis, die gegen den Bau einer Moschee in Pankow hetzten. (jW 03.04.06) Am 8. April demonstrierten 1.000 Antifas in Mannheim (Baden-Württemberg) gegen einen Nazi-Aufmarsch, welcher bereits durch die Ankündigung dieser Demo verhindert werden konnte, weil er verboten wurde. (anna 20.04.06) In Rheinsberg (Brandenburg) protestierten am 10. April 400 Jugendliche gegen den Nazi-Terror in der Stadt. (taz 11.04.06) 500 Menschen demonstrierten am 17. April in Potsdam gegen den Nazi-Mordversuch an einem Deutsch-Äthiopier am Vortage und gegen den anhaltenden Nazi-Terror in

der Stadt. (jW 19.04.06) In Halberstadt (Sachsen-Anhalt) demonstrierten am 22. April 4.500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 260 Nazis. (FR 24.04.06)

Die Massenproteste und Kämpfe in Nepal gehen weiter

Anfang März belagerte die revolutionäre Guerilla in Nepal die Polizeiwache und das Bezirksgefängnis in Ilam, stürmte anschließend das Gefängnis und befreite 103 Insassen. Mitte März begann sie eine auf drei Wochen angelegte Blockade sämtlicher Hauptverkehrsstraßen im Land. Am 20. März überfielen die Kämpferinnen und Kämpfer eine Patrouille und töteten in einem Feuergefecht 13 Soldaten. Nur einen Tag später griff die Guerilla im Osten des Landes zwei Polizeistationen an und tötete zehn Polizisten. Anfang April wurden in Malangawa Behördengebäude, Polizeiwachen und Kasernen angegriffen und mehrere Genossinnen und Genossen aus dem Gefängnis befreit. Zur selben Zeit wurden durch das reaktionäre Regime hunderte Menschen im ganzen Land verhaftet und Großkundgebungen zu Beginn eines viertägigen Generalstreiks verhindert. Nichtsdestotrotz verstärkte sich der Generalstreik massiv. Schon am zweiten Tag kam es in der Hauptstadt Kathmandu zu militanten Kämpfen mit der Polizei. Die Demonstranten griffen staatliche Gebäude an; 200 Menschen wurden verhaftet und über die Stadt ein unbefristetes Ausgangsverbot verhängt. Die militanten Kämpfe weiteten sich über das ganze Land aus. So wurden am 8. April in Bharatpur die Polizeitruppen von 25.000 Protestierenden zurückgedrängt und mehrere Regierungsgebäude in Brand gesetzt. Allein an diesem Tag ermordete die Polizei drei Demonstranten. Ob in Pokhara, wohin sich der König geflüchtet hatte, in Paras oder in Nepalganj, überall fanden Proteste und militante Kämpfe gegen das Regime statt. Bereits Mitte April gab es in Kathmandu 2.500 verletzte Menschen. Am 20. April demonstrierten 250.000 Menschen in der Hauptstadt. Polizei und Militär schossen gezielt in die Menge und ermordeten mindestens drei Protestierende. Am 22. und 23. April demonstrierten landesweit 300.000 Menschen gegen die Monarchie. In Kathmandu gelang es ihnen fast, einen Palast zu stürmen, in dem der König sich versteckt hielt. Die Guerilla unterstützte die Forderungen nach dem Sturz des Königs mit fortwährenden bewaffneten Kämpfen gegen staatliche Einrichtungen. Am 25. April machte König Gyanendra ein Angebot zur Einberufung des aufgelösten Parlaments und stieß damit auf offene Ohren bei den bürgerlichen Führern der oppositionellen Parteien, denen es gelungen war sich an die Spitze der Proteste zu stellen und diese nun abwürgten. Die revolutionäre Guerilla erklärte den Vorschlag des Königs zu einem „faulen Kompromiss“, verkündete aber am 27. April einen dreimonatigen Waffenstillstand, ohne jedoch ihre Verteidigungsbereitschaft aufzugeben. Am 28. April demonstrierten in Kathmandu mehrere tausend Menschen nach einem Aufruf der Guerilla für eine verfassungsgebende Versammlung. (taz 07.03, 15.03, 21.03, 08.04, 21.04, 26.04, 28.04.06, jW 07.04, 12.04, 24.04, 25.04, 29.04.06, FR 22.03, 10.04.06)

Militante Massenproteste von Kurdinnen und Kurden in der Türkei

In der kurdischen Stadt Diyarbakir versammelten sich am 28. März 10.000 Kurdinnen und Kurden zu einem Trauerzug anlässlich der Beerdigung von vier Mitgliedern der Guerilla. Die vier gehörten zu den 14 Kämpferinnen und Kämpfern der Guerilla, die am

Wochenende zuvor von der türkischen Armee ermordet wurden. Die türkische Armee überfiel ein Winterlager der PKK und setzte dabei chemische Waffen ein. Nach dem Trauermarsch griffen die Demonstranten die staatlichen Sicherheitskräfte an, welche in hoher Zahl aufmarschiert waren. Sie setzten Panzerwagen in Brand und griffen Banken, eine Polizeiwache und die Zentrale einer faschistischen Partei an. Auch in Adana, wo ebenfalls Mitglieder der Guerilla beerdigt wurden, kam es zu militanten Kämpfen zwischen 3.000 Demonstrierenden und staatlichen Sicherheitskräften. In den folgenden Tagen breiteten sich diese Kämpfe auf das gesamte kurdische Gebiet in der Türkei aus. Die Kämpfe in Diyarbakir entwickelten sich zu den schwersten seit zehn Jahren. Die türkische Armee marschierte mit Panzerkolonnen in die Vororte ein, Kampfflugzeuge und Hubschrauber überflogen das Stadtgebiet und machten Jagd auf die Protestierenden. Auch in Batman, Urfa, Istanbul u. a. Städten fanden schwere Kämpfe statt. Allein am 30. März töteten Polizei und Armee neun Menschen und verletzten 250 weitere. 200 Menschen wurden festgenommen. In Istanbul errichteten die Kurdinnen und Kurden Barrikaden und verteidigten sie mit Brandflaschen gegen die heranrückenden Panzerfahrzeuge. Am 1. April griffen in Kiziltepe tausende Kurden ein Büro der Regierungspartei an und setzten ein Finanzamt und eine Bankfiliale in Brand. Am selben Tag kam es auch in Istanbul, Silopi und weiteren Städten zu schweren militanten Kämpfen, die sich in den folgenden Tagen fortsetzten. (jW 30.03, 31.03.06, FR 01.04, 03.04.06)

Streikkämpfe im Baskenland gegen den VW-Konzern

Am 16. März begann im VW-Werk der baskischen Stadt Iruñea (span. Pamplona) ein viertägiger Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter für einen neuen Tarifvertrag. VW stellte daraufhin der Belegschaft ein Ultimatum: entweder werden die Vorschläge des Konzerns akzeptiert, oder die Produktion wird ins Ausland verlagert. Betroffen wären davon 4.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Werktätigen setzten ihren Streik fort. So protestierten allein am 6. April tausende Beschäftigte. Erste Kontakte zu VW-Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern wurden hergestellt. Am 11. April verschärfte sich der Kampf. 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter versammelten sich vor dem Regionalparlament in Iruñea um gegen die Unterstützung des Parlaments für den VW-Konzern zu protestieren. Die Streikenden wurden von Spezialeinheiten der Polizei mit Knüppeln angegriffen. Es entwickelten sich militante Kämpfe zwischen den Werktätigen und der Polizei. Drei Arbeiter mussten anschließend ins Krankenhaus. Trotz Gerüchten, dass VW die Verlegung bereits beschlossen habe, endete der Streik in den folgenden Tagen nicht. Noch Ende April befand sich die 4000-köpfige Belegschaft im Ausstand. (FR 17.03.06, jW 07.04, 13.04, 27.04.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), ak (analyse & kritik), anna (antifaschistische nachrichten), PB (Politische Berichte).



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/06 (Mai bis Juni 2006)

Militärisches Eingreifen des deutschen Imperialismus nach Außen

Am 1. Juni beschloss der Bundestag die Entsendung von 780 deutschen Soldaten in den Kongo, u. a. um gemeinsam mit Truppen anderer imperialistischer Staaten eventuelle Proteste der dortigen Bevölkerung gegen die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 30. Juli militärisch zu unterdrücken. Während einer Demonstration Mitte Juni in der Hauptstadt Kinshasa protestierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegen die europäische imperialistische Intervention, riefen „Dieser Ort ist nicht mehr ihre Kolonie“ und kündigten militanten Widerstand an. (FR 02.06.06, jW 21.06.06) Am 29. Mai beschlossen neun EU-Staaten, unter ihnen Deutschland, den Einsatz von Luft- und Seestreitkräften vor der Westküste Afrikas zur Abwehr von Flüchtlingen. (FR 30.05.06) Anfang Juni begann auf den Kapverdischen Inseln, vor der Küste Westafrikas gelegen, ein sechswöchiges Manöver mit 7.000 NATO-Soldaten, unter ihnen 2.100 deutsche Soldaten. (jW 28.06.06) Ebenfalls Anfang Juni übernahm die Bundeswehr in Afghanistan das militärische Oberkommando über die ISAF-Truppen im Norden des Landes. Mit insgesamt 2.800 Soldaten stellt die Bundeswehr das größte Truppenkontingent der ISAF. Da sich zur gleichen Zeit die militärischen Aktionen im Land gegen die deutschen Soldaten angeblich oder wirklich verstärkt haben, wurde Ende Juni im Bundestag über eine weitere Entsendung von Soldaten und Kriegsmaterial debattiert. (FR 30.06.06) Am 1. Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in Kosovo um weitere 12 Monate. Mit 2.500 Soldaten im Rahmen der KFOR stellt die deutsche Armee auch dort das größte Truppenkontingent. (jW 02.06.06)

Ausschnitte der staatlichen Repression gegen antifaschistische Kräfte

Im Vorfeld einer Anti-Nazi-Demo in Göttingen am 13. Mai wurde der Einsatz von 6.000 Polizisten angekündigt um die Nazi-Demo vor den Protesten zu schützen. Antifas erhielten Post von der Polizei, in denen ihnen mit polizeilichen Maßnahmen gedroht wurde. Schon Tage vorher verstärkte sich das Polizeiaufkommen in der Stadt. Allein in der Fußgängerzone wurde vor allem nachts im Minutentakt mit Mannschaftswagen patrouilliert. (jW 13.05.06) Von dem Oberlandesgericht Stuttgart wurde der Betreiber eines Antifa-Verbandhandels angeklagt. Von ihm vertriebene Anti-Nazi-Artikel sollen den Tatbestand des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ erfüllen. (FR 23.05.06) Im Ort Ketzin, bei Potsdam, hat der dortige Bürgermeister vier Anti-Nazi-Karikaturen, die im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden sollten, eigenmächtig entfernt, um „keinen Ärger“ zu bekommen. (jW 01.06.06) In Dortmund wurde am 17. Juni eine Antifaparty eine halbe Stunde vor Beginn durch Polizei und Ordnungsamt u. a. wegen angeblicher Sicherheitsmängel verboten. (jW 19.06.06) Einem 76-jährigen Antifaschisten, der im Jahre 2005 wegen angeblicher Verletzung des Versammlungsgesetzes in Bochum verurteilt wurde, ist Mitte Juni die Eröffnung des Berufungsverfahrens verweigert worden. Der

76-jährige hatte am 9. November 2004 gemeinsam mit fünf weiteren Antifas in Watten-scheid anlässlich des 66. Jahrestages der Reichspogromnacht demonstriert und einen Kranz am Ort der ehemaligen Synagoge niedergelegt. (jW 23.06.06) Eine für den 24. Juni geplante Antifa-Demo in Chemnitz wurde von der Stadtverwaltung verboten. Ein am selben Tag stattfindender Nazi-Aufmarsch wurde erlaubt. (anna 29.06.06)

Inhaftierung eines kurdischen Flüchtlings

Am 3. Mai wurde der kurdische Flüchtling Yusuf Karaca in Auslieferungshaft genommen. Ihm droht eine Abschiebung in die Türkei, wo er 10 Jahre aufgrund eines durch Folter erpressten Geständnisses im Gefängnis gesessen hat, bevor ihm die Flucht gelang. 2005 hat er in Deutschland den Flüchtlingsstatus erhalten. Grundlage der Auslieferungshaft sind die Anschuldigungen des türkischen Staates, die vom Oberlandesgericht Frankfurt übernommen wurden. Gleichzeitig wurde seine Anerkennung als Flüchtling ignoriert. Als Haftgrund führte das OLG an, dass der Flüchtling aus Angst vor erneuter Folter sich dem Auslieferungsverfahren entziehen könnte. (anna 29.06.06)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus

Laut einer Pisa-Studie werden Schülerinnen und Schüler aus anderen Herkunftsländern in Deutschland erheblich benachteiligt. 15-jährige Kinder aus anderen Herkunftsländern liegen ein Schuljahr hinter gleichaltrigen Schülerinnen und Schülern zurück; in Deutschland geborene Kinder, deren Eltern aus anderen Herkunftsländern kommen, liegen fast zwei Jahre zurück. Im Vergleich mit 17 weiteren Ländern liegt Deutschland damit auf dem letzten Platz. Laut dem deutschen Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz erhalten Schülerinnen und Schüler aus anderen Herkunftsländern bei gleichen Leistungen wie deutsche Kinder schlechtere Zensuren. Nach Schulabschluss ist, ebenfalls bei gleichen Leistungen, die Chance einen Ausbildungsplatz zu finden für sie nur halb so hoch. Im Jahre 2004 sank der Anteil Jugendlicher aus anderen Ländern an der Gesamtheit der Azubis im dualen System auf 5,6 Prozent. (FR 16.05.06, taz 07.06.06, jW 31.05.06) In Bayern hat die Ausländerbehörde einer 19-jährigen aus Äthiopien den weiteren Schulbesuch verboten, da eine „Integration in die hiesigen Lebensverhältnisse“ eine spätere Abschiebung erschweren könnte. (jW 12.05.06) Wie erst Mitte Mai bekannt wurde, hat ein Düsseldorf Richter zwei Afrikaner, die vor mehreren Monaten vor Gericht standen, mehrfach als „Neger“ beschimpft und deren Muttersprache als „Negersprache“ bezeichnet. (FR 17.05.06) In den Monaten Januar bis März diesen Jahres wurden nur 80 Flüchtlinge als „asylberechtigt“ anerkannt. Im April diesen Jahres sank die Zahl der „Asylbewerber“ um 34 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Insgesamt stellten nur 1.500 Menschen einen „Asylantrag“, 1,1 Prozent der Flüchtlinge wurden als „Asylberechtigt“ anerkannt. Im Mai sank die Zahl der Anerkennungen auf 0,9 Prozent. (Jungle World 03.05.06, FR 10.05.06, jW 08.06.06)

Proteste gegen den staatlichen Abschiebeterror

Am 2. Mai demonstrierten 1.000 Flüchtlinge und Unterstützerinnen und Unterstützer in München für eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge. (anna 18.05.06) Gegen die geplante Abschiebung des aus Angola stammenden Flüchtlings Prosperi, der seit 14 Jahren in Deutschland lebt, protestierten am 5. Mai 80 Menschen vor der Ausländerbehörde in Berlin. (taz 06.05.06) In Dannenberg wehrt sich der gesamte Stadtrat, einschließlich des CDU-Bürgermeisters, gegen die Abschiebung der seit 12 Jahren in der Stadt lebenden Flüchtlingsfamilie Apaydin, die den Status „langjährig geduldet“ hat. (anna 01.06.06) 200 Menschen, unter ihnen viele Sinti und Roma, demonstrierten am 13. Juni in Köln für das Bleiberecht und gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. In Husum protestierten am 15. Juni 150 Menschen gegen die geplante Abschiebung der aus dem Kongo stammenden Familie Makitu. Der aus Togo stammende Flüchtling Lawsson, der seit dem 30. Mai diesen Jahres in Suhl in Abschiebehaft sitzt, begann im Juni einen Hungerstreik und fordert seine Freilassung. Antirassistinnen und Antirassisten, die ihn unterstützen, wiesen am 22. Juni bei einer öffentlichen Aktion auf die Situation des Flüchtlings hin, der in Togo gefoltert wurde. (anna 29.06.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Die Antonio-Amadeu-Stiftung veröffentlichte in einer aktuellen Aufstellung die Anzahl der seit der Einverleibung der DDR durch Nazis ermordeten Menschen in Deutschland. Insgesamt wurden 133 Menschen durch Nazis ermordet. (anna 01.06.06) Am 28. April griffen 30 Nazis in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) eine alternative Kneipe an, zerstörten

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

die Frontscheiben des Lokals und schlugen Gäste zusammen. Ca. 12 Personen wurden dabei verletzt. Die herbeigerufene Polizei sperrte das Lokal komplett ab und nahm die Personalien der Opfer auf. (jW 02.05.06) Nachdem fünf Afrikaner in der Nacht zum 8. Mai in **München** von mehreren Nazis rassistisch beleidigt, geschlagen und beraubt wurden, teilte die Polizei mit, dass von einem „fremdenfeindlichen Hintergrund“ nicht auszugehen sei. (FR 09.05.06) Auf das interkulturelle Jugendzentrum „Haus Babylon“ in **Berlin**, verübten Nazis in der Nacht zum 23. Mai einen Brandanschlag. (jW 24.05.06) Am 25. Mai, dem sogenannten „Herrentag“, griffen Nazis deutschlandweit Menschen aus anderen Herkunftsländern an. Fünf Nazis schlugen einen Mann aus Indien in **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) zusammen, 15 Nazis überfielen in **Weimar** (Thüringen) eine private Feier und verletzten zwei Männer aus Mosambik, einen von ihnen schwer, und einen Kubaner. Vier Nazis überfielen in **Berlin** einen Mann aus der Türkei und schlugen und traten auf ihn ein. Mehrere Nazis warfen in **Köln** einen Mann aus einer Kneipe und schlugen ihn zusammen. (Jungle World 07.06.06) In **Betzingen** (Baden-Württemberg) griffen am 28. Mai 50 Nazis sechs Männer aus der Türkei an und schlugen mit Holzlaten und Schlagstöcken auf sie ein. (Jungle World 14.06.06) Zwei Nazis überfielen am selben Tag in **Bielefeld** (Nordrhein-Westfalen) einen Mann aus Marokko und stachen mehrmals mit einer Schere auf ihn ein. (Jungle World 07.06.06) Nachdem Fußballer, deren Familien vor allem aus der Türkei stammen, Ende Mai auf der Insel **Usedom** von bis zu 25 Nazis angegriffen wurden, riet ihnen die Polizei, die Gegend so schnell wie möglich zu verlassen. (jW 01.06.06) Bei einem Überfall mehrerer Nazis in der Nacht zum 17. Juni in **Berlin** erlitt ein Mann aus Äthiopien einen Schädelbruch. (taz 19.06.06) In **Castrop-Rauxel** (Nordrhein-Westfalen) überfielen Mitte Juni mehrere Nazis eine alternative Kneipe. Die herbeigerufene Polizei verweigerte eine Aufnahme der Personalien der Nazis mit der Begründung, sie habe keine Zeit. (jW 26.06.06) Laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2005 stieg die Zahl der „Politisch motivierten Kriminalität – rechts“ gegenüber dem Vorjahr um 27,5 Prozent auf 15.914 Straftaten. (jW 23.05.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

5.000 Menschen protestierten am 1. Mai in **Leipzig** gegen zwei Nazi-Aufmärsche, die von 2.000 Polizisten geschützt wurden. Mit brennenden Barrikaden und Sitzblockaden, die gegen Wasserwerfer und Räumfahrzeuge verteidigt wurden, gelang es die beiden Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Am selben Tag protestierten in **Rostock** 3.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 1.500 Nazis. Insgesamt 4.000 Polizisten stellten sich mit Wasserwerfern, Reiterstaffeln und Hubschraubereinsatz gegen die Antifas. 1.000 Antifas wurden eingekesselt und mehrere Dutzend festgenommen. (jW 02.05.06) Hunderte Antifas protestierten am 8. Mai in **München** gegen einen Aufmarsch von knapp zwei Dutzend Nazis, der von mehreren Hundertschaften Polizei geschützt wurde. (anna 01.06.06) Am 13. Mai marschierten 200 Nazis, geschützt von 7.000 Polizisten, in **Göttingen** (Niedersachsen) auf. 6.000 Menschen stellten sich dem Aufmarsch entgegen. 2.000 Menschen demonstrierten am selben Tag in **Hiltrup** (Nordrhein-Westfalen) gegen 70 Nazis. Trotz gezielter Falschinformationen der Polizei über die Aufmarschroute, kamen

die Nazis nur 500 m weit. (anna 18.05.06) 1.600 Antifas demonstrierten am 20. Mai in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen Nazis in der Stadt. (jW 22.05.06) In **Berlin** protestierten am 24. Mai 100 Antifas gegen den Nazi-Brandanschlag zwei Tage zuvor auf das interkulturelle Jugendzentrum Babylon. (jW 26.05.06) Gegen Nazi-Terror protestierten am 27. Mai in **Wernigerode** (Sachsen-Anhalt) 750 Antifas. (taz 29.05.06) 3.000 Menschen stellten sich am 3. Juni in **Düsseldorf** (Nordrhein-Westfalen) einem Aufmarsch von 200 Nazis entgegen, der von 2.000 Polizisten geschützt wurde. Mit massiver Gewalt griff die Polizei Sitzblockaden der Antifas an. Hunderte Antifas wurden über fünf Stunden lang eingekesselt. Trotz der Polizeigewalt konnte der Nazi-Aufmarsch mehrere Stunden lang aufgehalten werden. (jW 06.06.06) In **Cham** (Bayern) protestierten am 3. Juni 7.000 Menschen gegen ein geplantes Schulungszentrum der NPD. (taz 06.06.06) Ebenfalls 7.000 Menschen demonstrierten am 10. Juni in **Gelsenkirchen** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Mehrmals gelang es den Aufmarsch durch Blockaden zu stoppen. (jW 12.06.06)

Proteste und Kämpfe von Studentinnen und Studenten

Im Mai und Juni protestierten Studentinnen und Studenten landesweit gegen die Einführung von Studiengebühren. Bereits Ende April besetzten Studierende das Rektorat der Uni Köln. In Bochum stürmten mehr als 2.000 Studenten den Senat der Ruhr-Uni und besetzten ihn. Durch Polizeieinsatz wurde die Besetzung beendet. Anfang Mai rückte die Polizei auch in die Kölner Uni ein und beendete die Besetzung. Mehrere Tausend Studentinnen und Studenten demonstrierten am 10. Mai in Frankfurt/Main, errichteten Straßensperren und legten den Verkehr lahm. Am selben Tag wurde in Hamburg das Uni-hauptgebäude sowie die Wissenschaftsbehörde des Hamburger Senats besetzt. Einen Tag später besetzten Studenten in Siegen und Duisburg-Essen die Rektorate der dortigen. Am 16. Mai demonstrierten 10.000 Studentinnen und Studenten, Schüler, Uni-Angestellte und Professoren vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die Einführung von Studiengebühren, für bessere Tarifverträge und für mehr Mitbestimmung an den Hochschulen. Hunderte Studenten besetzten am 17. Mai das Rektorat der Wilhelms-Uni Münster. Am 24. Mai kam es in mehreren Städten in Hessen zu studentischen Demos. Tausende Studierende blockierten dabei Straßen und Bahngleise. Am selben Tag zogen 6.000 Studentinnen und Studenten durch Darmstadt. Eine Woche später beteiligten sich im ganzen Land Tausende Studierende an den Protesten. Es kam zu Demos und Besetzungen u. a. in München, Frankfurt, Kiel, Hamburg und Berlin. In Hamburg kesselten über 800 Polizisten 100 Studenten und Schüler ein und nahmen sie fest. Am 10. Juni demonstrierten erneut über 1.000 Studierende in Hessen gegen die Einführung von Studiengebühren. In Frankfurt/Main ging am 21. Juni die Polizei mit Schlagstockeinsatz gegen die Protestierenden vor. Ein Student wurde von einem Polizeifahrzeug angefahren und verletzt. Am 28. Juni gingen allein in Wiesbaden 10.000 Studierende auf die Straße, in Hamburg waren es 4.000, denen sich 1.500 Polizisten entgegenstellten, in Jena demonstrierten 600 Studenten. (jW 04., 09., 12., 13., 17., 19., 26. Mai; 01., 02., 30. Juni 06; taz 05.05., 22.06.06; FR 12.06.06)

Militante Kämpfe und Massenproteste in Mexiko

Nachdem in San Salvador Atenco am 4. Mai die Polizei gewaltsam vier Blumenhändler festgenommen hatte, griff die Gemeindebevölkerung die Polizeitruppen mit Steinwürfen, Stöcken und Macheten an und blockierte die Zufahrtsstraßen. Erst einen Tag später gelang es 3.000 Polizisten den Aufstand niederzuschlagen. 210 Menschen wurden festgenommen, 50 verletzt und ein 14-Jähriger wurde getötet. Gegen einen Streik von 40.000 Lehrerinnen und Lehrer in Oaxaca für u. a. höhere Löhne und kostenloses Frühstück für alle Schülerinnen und Schüler, gingen am 14. Juni gewaltsam 3.000 Polizisten vor. Sechs Menschen wurden getötet, 100 festgenommen und 90 verletzt. Der Streik, der bereits seit einem Monat läuft und weiter fortgesetzt wird, erfährt von weiten Teilen der Bevölkerung Unterstützung. Straßen und Plätze der Stadt wurden besetzt und Anfang Juni demonstrierten 150.000 Menschen für den Rücktritt des Gouverneurs Ruiz. Bei einem Polizeieinsatz einen Tag darauf nahmen die Streikenden sechs Polizisten fest, die gegen gefangene Streikämpfer ausgetauscht wurden. (jW 06.05.06, Jungle World 21.06.05)

Kämpfe von Landlosen in Brasilien

Am 6. Juni wurde einer Demonstration von 700 Landlosen in der Hauptstadt Brasilia verboten, dem Parlament eine Liste mit ihren Forderungen zu übergeben. Daraufhin stürmten die Protestierenden das Gebäude, und hinderten die Abgeordneten an einer Flucht. Nach eineinhalb Stunden beendeten die Landlosen die Besetzung und verließen freiwillig das Gelände. Die Polizei nahm 540 von ihnen fest. In Brasilien besitzen 20 Prozent der Bevölkerung 90 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. (taz 08.06., 12.06.06)

Kämpfe von Irokesen in Kanada

Mehrere hundert Irokesen aus Kanada und den USA halten seit Ende Februar in der kanadischen Provinz Ontario eigenes Land besetzt, das von der Regierung zu Bauland deklariert wurde und auf dem eine Luxuswohnsiedlung mit 200 Häusern errichtet werden soll. Sie müssen sich dabei nicht nur gegen massive Polizeigewalt wehren, sondern auch gegen rassistische Demonstrationen und Angriffe seitens der nichtindigenen Bevölkerung. Nachdem Mitte Mai die Irokesen als Zeichen ihres guten Willens eine Straßenblockade geräumt hatten, wurden sie von Polizei und Rassisten so massiv angegriffen, daß sie umgehend neue Barrikaden zu ihrem Schutz aufbauten. Die Provinzbehörde nutzt derweil den Zusammenbruch der Stromversorgung um öffentlich über die Verhängung des Notstandes „nachzudenken“, was ihr den Militäreinsatz gegen die Irokesen ermöglicht. Bereits 1990 hatte die kanadische Regierung mehrere tausend Soldaten gegen aufständische Mohawks eingesetzt. Mitte Juni waren die Irokesen bereits von 1.000 Polizisten eingekesselt; zu diesem Zeitpunkt haben sich 100 Indianerführer mit den Protestierenden solidarisch erklärt. Für den 30. Juni planen die Kämpfenden eine 24stündige Blockade des Eisenbahnverkehrs von und nach den USA geplant. (jW 17.05., 24.05., 14.06., 30.06.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 4/06 (Juli bis August 2006)

Bundeswehreinätze im Ausland weiter ausgedehnt

Seit Mitte Juli sind 780 deutsche Soldaten in Kenia und Gabun stationiert, um mit Truppen aus anderen imperialistischen EU-Staaten u. a. Proteste der Bevölkerung in Kenia gegen die dort stattfindenden Wahlen zu unterdrücken. In der Hauptstadt Kinshasa wurden die EU-Truppen Ende Juli während einer Demonstration der Bevölkerung mit Holzstöcken angegriffen und mit Steinen beworfen. Um die Protestierenden einzuschüchtern überflogen anschließend Kampfflugzeuge die Stadt im Tiefflug. Auch bei den täglichen Patrouillenfahrten der Bundeswehr werden die Soldaten vor allem in den Armenvierteln der Hauptstadt ständig mit Steinwürfen angegriffen. Der Bundeswehreinsatz in Kenia ist vorerst auf vier Monate geplant. (FR 17.07.06, taz 28.07.06, jW 24.08.06)

Mitte August beschloss die Bundesregierung den Einsatz der deutschen Marine im Nahen Osten an der syrisch-libanesischen Seegrenze. Dabei dringt die Bundesregierung auf ein „robustes“ UN-Mandat, auch für Bodentruppen, das die Anwendung von Waffengewalt ermöglicht. Nach Presseberichten sollen 1.200 deutsche Soldaten eingesetzt werden, wobei Deutschland, laut Kriegsminister Jung, bei den Seekontrollen eine führende Rolle spielen werde. (jW 17.08, 21.08.06, taz 28.08.06)

Deutschland will über das Jahr 2006 hinaus die Ausbildung der Polizei und Grenzpolizei in Afghanistan fortsetzen. (FR 22.08.06)

Ende Juli waren weltweit 7.711 deutsche Soldaten im Auslandseinsatz. Seit 1992 hat der deutsche Imperialismus knapp neun Milliarden Euro für Auslandseinsätze ausgegeben. Die Bundeswehr wird mit sechs Milliarden Euro für Auslandseinsätze weiter ausgerüstet. Für das Geld werden neue Fregatten, U-Boote und Transportfahrzeuge beschafft und Hubschrauber modernisiert. (jW 28.07.06, FR 03.08, 26.08.06)

Sechs Flüchtlinge von deutscher Polizei zu Tode gehetzt

Anfang August jagte die Polizei nahe Königs Wusterhausen in Brandenburg ein Auto mit Flüchtlingen zehn Kilometer über die Straßen, bis es bei Tempo 180 gegen drei Bäume prallte, zerriss und in Flammen aufging. Sechs Flüchtlinge aus Vietnam kamen dabei ums Leben. (taz 03.08.06)

Ausschnitte des täglichen Abschiebeterrors

In Berlin wurde Mitte Juli der Öffentlichkeit eine Einrichtung vorgestellt, die bereits seit zwei Monaten in Betrieb war, das „Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegaler Migration (GASIM)“, welches sich in unmittelbarer Nähe zum „Gemeinsamen Terror-Abwehrzentrum“ befindet. Sämtliche Behörden und Stellen, die mit Flüchtlingen befasst sind sollen in dieser Einrichtung zusammenarbeiten, um in einem „ganzheitlichen Bekämpfungsansatz“ „illegale“ Einwanderung zu verhindern und „operativ“ entgegenzutreten. (jW 21.07.06)

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2006 beantragten 12.229 Flüchtlinge „Asyl“,

das waren knapp 27 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Nur 169 „Asylanträge“ (0,9 Prozent) wurden anerkannt. (jW 08.08.06)

In Hamburg sind erneut Massenabschiebungen nach Afghanistan geplant. Nachdem bereits angebliche Straftäter und allein stehende Männer abgeschoben wurden, sollen nun Familien mit ihren Kindern folgen, „notfalls auch gegen ihren Willen“. (anna 10.08.06)

Der 41-jährige Flüchtling Juluos Denes wurde am 19. Juli nach neunmonatiger Abschiebehaft in Berlin freigelassen und nach drei Stunden „Freiheit“ erneut in Abschiebehaft genommen. Während dieser drei Stunden ist er noch nicht einmal aus der Haftanstalt rausgekommen. (taz 25.07.06) Mitte August versuchte der in Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) lebende 23-jährige Flüchtling Vimalathas Kurunathapillai aus Sri Lanka aus Angst vor seiner Abschiebung sich selbst zu töten. (Jungle World 23.08.06) Am 8. August scheiterte der zweite Abschiebeversuch von Serif Akbulut aus der Türkei, der seit zwei Monaten in Wiesbaden in Abschiebehaft sitzt und seit acht Jahren in Deutschland lebt. Im Flugzeug protestierte er gegen seine Abschiebung, die ohne Wissen seines Anwaltes und seiner Familienangehörigen durchgeführt werden sollte. Der Pilot verweigerte daraufhin seine Mitnahme. Nur drei Tage später, am 11. August, wurde erneut versucht ihn abzuschieben. Wieder gelang es ihm durch Proteste den Piloten zu bewegen, die Abschiebung abubrechen. (anna 24.08.06)

Kämpfe und Proteste von Flüchtlingen

In Frankfurt/Main demonstrierten am 1. Juli 500 Menschen gegen den staatlichen Abschiebeterror. (jW 03.07.06) In Northeim unterschrieben 2.000 Menschen eine Petition an den niedersächsischen Landtag, mit der sie gegen die Abschiebung einer kurdischen Familie aus dem Libanon in die Türkei protestierten. (jW 08.07.06) Während einer Regatta in Frankfurt (Oder) am zweiten Juliwochenende tauchte ein Boot auf, in dem Antirassistinnen und Antirassisten mit Megafon die Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland und die Abschaffung der Grenzen forderten. Antirassisten u. a. aus Polen und der Schweiz verteilten unterdessen am Land Flugblätter an das Publikum. (Jungle World 12.07.06) Gegen die Abschiebung des Flüchtlings Akbulut demonstrierten am 13. Juli 80 Menschen in Frankfurt/Main. (Frankfurter Info 22.07.06) Mit einem Sitzstreik vor dem Rathaus Lünen protestieren seit dem 20. Juni vier Flüchtlinge gegen ihre menschenunwürdige Lebenssituation. Noch am 20. Juli dauerte ihr Protest an. In Hamburg demonstrierten am 20. Juli 60 Menschen mit einer Kundgebung und einer Mahnwache gegen die rassistischen Brechmittelsätze. (PB 27.07.06) Mit einer „Lagerlandtour“ vom 29. Juli bis 5. August von Nürnberg nach München protestierten Flüchtlinge und ihre Unterstützer gegen die deutsche Flüchtlingspolitik und für ein uneingeschränktes Bleiberecht. (jW 27.07, 07.08.06) Der als Flüchtling anerkannte Kurde Yusuf Karaca, der trotz seiner Anerkennung in Abschiebehaft sitzt, befand sich Mitte August seit 75 Tagen im Hungerstreik. Begründet wurde die Haft da-

mit, dass der Flüchtling aus Angst vor drohender Folter in der Türkei sich einer Abschiebung entziehen könnte. Mitte August forderten Antirassistinnen und Antirassisten in Kassel auf einer Demonstration die Freilassung des Flüchtlings. (FR 10.08.06)

Antisemitismus in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland teilte Mitte Juli mit, dass er im Zuge des Konfliktes zwischen Israel und dem Libanon täglich bis zu 200 E-Mails mit antisemitischen Inhalt erhalte. (taz 28.07.06) In Trier wurde, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und dem Libanon, am 21. Juli ein jüdischer Kulturabend mit der Begründung verboten, dass synagogale Gesänge nicht zu der politischen Lage passen. (taz 05.08.06) Mitte Juli wurden in Königs Wusterhausen zwei Männer aus Österreich antisemitisch beschimpft, einer von ihnen wurde dabei geschlagen und verletzt. (jW 18.07.06) In Viersen wurde in der Nacht zum 17. Juli ein Holocaust-Mahnmal auf dem Schulhof einer Realschule schwer beschädigt. (Jungle World 26.07.06) Ende Juli wurden in zwei Orten im Kreis Aue-Schwarzenberg antisemitische Aufkleber geklebt. Ebenfalls Ende Juli ist in Berlin-Mitte das jüdische Mahnmal am Hansa-Ufer beschmiert worden. (Jungle World 09.08.06) Ende Juli wurde auch in dem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ein Hakenkreuz geritzt. (jW 31.07.06) In Berlin sind eine Vielzahl antisemitischer Hetzplakate geklebt worden, bei denen der Kleber mit Glassplittern versehen ist. Beim Abreißen der Plakate mit der bloßen Hand drohen schwere Schnittverletzungen. (FR 09.08.06) Mitte August wurden an einer Autobahnbrücke in Berlin antisemitische Parolen und ein Hakenkreuz geschmiert und das jüdische Mahnmal in Berlin-Tiergarten beschädigt. (Jungle World 23.08.06)

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Nazi-Buchverbrennung in Pretzien

Am 24. Juni lud der Nazi-Verein „Heimat Bund Ostelbien“ im Ort Pretzien (Sachsen-Anhalt) zur „Sonnenwendfeier“ ein, zur der 80 Gäste kamen, u. a. der Mitbegründer und Mitglied des Vereins, der PDS-Bürgermeister Harwig. Während der Feier haben sechs Nazis in T-Shirts auf denen „Wehrmacht Pretzien“ stand in nazifaschistischer zeremonieller Form und mit einer Ansage das „Tagebuch der Anne Frank“ vor den Augen aller Anwesenden in ein Feuer geworfen, wo es verbrannte. Die herbeigerufene Polizei hakte die Nazi-Buchverbrennung als Ruhestörung ab. Erst nach einer Woche wurde in einer Regionalzeitung von der Verbrennung berichtet. Aufgrund der dann einsetzenden Berichtserstattung veranstaltete der Ort am 5. Juli eine Bürgerversammlung, auf der 150 Teilnehmer gegen diese Berichtserstattung hetzten. Anschließend entschuldigten sich die Nazis dafür, den Ort in ein schlechtes Licht gerückt zu haben. Zum Schluss stellte sich die Versammlung geschlossen hinter den Bürgermeister, welcher mittlerweile aus der PDS ausgetreten war. Bekannt wurde im Zusammenhang mit der Buchverbrennung, dass zehn Nazis aus Pretzien bereits am sogenannten „Herrentag“ auf einem Campingplatz in Plötzky mehrere Stunden lang Nazi-Parolen brüllten wie „Sieg Heil!“ oder „Juden raus!“, ohne dass die anwesende Polizei einschritt. In Pretzien wohnen neben dem ehemaligen Innenminister von Sachsen-Anhalt, noch sechs Mitglieder des Verfassungsschutzes, die während und nach der Buchverbrennung stillgehalten hatten. (FR 06.07.06, Jungle World 12.07.06, taz 13.07, 19.07.06, jW 17.07.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In Ortrand (Brandenburg) wurde in der Nacht zum 23. Juni ein Döner-Imbiss in Brand gesteckt. Das Lokal brannte völlig aus. Am 24. Juni beschimpften zwei Nazis in Grimmen (Mecklenburg-Vorpommern) einen Flüchtling aus der Türkei und schlugen auf ihn ein. Der Flüchtling wurde dabei im Gesicht verletzt. (Jungle World 05.06.06) In der Nacht zum 2. Juli überfielen 15 Nazis eine angeblich türkische Hochzeit in Potsdam. Während sich die Hochzeitsgesellschaft verbarrikadierte, randalierten die Nazis weiter vor dem Gebäude. Zwei Gäste erlitten Verletzungen. Die Polizei leugnet einen rassistischen Hintergrund. (Jungle World 19.07.06)

Entgegen den offiziellen Lügen und Beschönigungen ging der Nazi-Terror gerade auch in Verbindung mit der Fußball-WM (24.6.-9.7.) weiter: Nachdem Deutschland bei dem Fußball-WM-Spiel gegen Italien verlor, griffen Anfang Juli in vielen deutschen Städten Nazis Menschen aus Italien und italienische Restaurants an. So in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt), in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) und in Stendal (Sachsen-Anhalt). In Wolfsburg (Niedersachsen) trafen 500 Nazis auf 400 Italiener, brüllten rassistische Parolen, zeigten den Hitlergruß und trugen NSDAP-Fahnen mit sich. In Berlin skandierten sechs Nazis vor 40 Menschen aus anderen Herkunftsländern nazistische und antisemitische Parolen. (Jungle World 12.07, 19.07.06) Nach dem WM-Fußballspiel Deutschland gegen Portugal überfielen in der Nacht zum 9. Juli zehn Nazis in Frankfurt (Oder) ein Grillfest des multikulturellen Vereins Utopia. (taz 12.07.06)

In der Nacht zum 16. Juli überfielen in Bergwitz (Sachsen-Anhalt) 15 Nazis einen linken Jugendlichen, verletzten und beraubten ihn.

Anschließend marschierten sie durch den Ort und riefen Nazi-Parolen. (FR 11.07.06) In Berlin überfielen am 29. Juli 15 Nazis mehrere Punks und schlugen auf sie ein. Drei Punks wurden verletzt. (jW 31.07.06) Am 5. August überfielen vier Nazis in Oschersleben (Sachsen-Anhalt) einen Vietnamesen. Sie stoppten im Kreisverkehr seinen Kleintransporter, demolierten das Fahrzeug und drohten, ihn zu töten. Die Nazis, die von der Polizei festgenommen wurden, befanden sich einen Tag später wieder auf freiem Fuß. (Jungle World 16.08.06) In Lünen (Nordrhein-Westfalen) griffen in der Nacht zum 12. August fünf Nazis mehrere Flüchtlinge an, die seit dem 20. Juni mit einem Sitzstreik vor dem Rathaus gegen ihre menschenunwürdige Lebenssituation protestierten. (Jungle World 23.08.06) In der Nacht zum 13. August wurde in Magdeburg ein Mann aus Togo von 13 Nazis überfallen. Die eintreffende Polizei plauderte mit den Nazis und befahl dem Togolesen sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen. Währenddessen wurde er erneut von einem der Nazis mit Füßen getreten, woraufhin er sich mit Pfefferspray wehrte. Gegen den Afrikaner wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. (jW 16.08.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

In Zwickau (Sachsen) protestierten am 1. Juli 300 Menschen gegen eine Kundgebung von 60 Nazis. (taz 03.07.06) Mehrere hundert Menschen protestierten am 15. Juli in Gera (Thüringen) gegen einen Nazi-Aufmarsch. (taz 17.07.06) Am selben Tag demonstrierten in Friedrichshafen (Baden-Württemberg) 500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. (jW 18.07.06) 200 Menschen protestierten am 22. Juli in Verden (Niedersachsen) gegen 65 Nazis der NPD, die zum Wahlkampfauftritt anlässlich der Kommunalwahl aufmarschierten. (anna 10.08.06) In Berlin-Lichtenberg demonstrierten am selben Tag 500 Antifas gegen die Infrastruktur der Nazis vor Ort. (jW 24.07.06) Gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis in Roßwein (Sachsen) protestierten am 29. Juli 200 Menschen. (FR 03.07.06) 1.000 Menschen protestierten am 5. August in Dresden gegen des NPD-Pressesfest, zu dem 4.000 Nazis eintrafen. 600 Antifas demonstrierten auf der einzigen Zufahrtsstraße und blockierten so über mehrere Stunden die angereisten Nazis. Mehrere Reisebusse der Nazis wurden militant angegriffen. Insgesamt schützten 900 Polizisten das Nazi-Pressesfest. (jW 07.08.06) In Delmenhorst (Niedersachsen) demonstrierten am 7. August 3.000 Menschen gegen den Verkauf eines Hotels an einen Nazi-Anwalt. (FR 09.08.06) 150 Antifas demonstrierten am 12. August in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) gegen den Wahlkampf der NPD. Mehrere Nazis versuchten mit Basballschlägern die Antifas anzugreifen. (PB 24.08.06) In Jena, München und Berlin protestierten Mitte August jeweils über 1.000 Antifas gegen Nazi-Aufmärsche anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Heß. Allein in Jena nahmen 1.800 Menschen an den Protesten teil. In Berlin konnte der Nazi-Aufmarsch durch Sitzblockaden vorübergehend gestoppt werden. (anna 24.08.06) Anlässlich der andauernden bürgerlichen und nazistischen Hetzkampagne gegen den Bau einer Moschee in Berlin-Pankow, Stadtteil Heinersdorf, demonstrierten am 27. August 400 Antifas gegen „Rassismus und für eine solidarische Gesellschaft.“ (jW 28.08.06)

Bewaffnete Kämpfe in Sri Lanka

In Sri Lanka kam es ab Ende Juli zu den schwersten bewaffneten Kämpfen seit 2002 zwischen der Tamil Eelam (LTTE) und der reaktionären Regierung. Die LTTE kämpft seit 1983 für einen eigenen Staat der tamilischen Bevölkerung und kontrolliert im Nordosten des Landes über ein selbstverwaltetes Gebiet. Zudem ist sie die weltweit einzige Guerillaarmee mit Marinetruppen. Seit 2002 herrscht zwischen der Guerilla und der Regierung ein immer wieder von Kämpfen unterbrochener Waffenstillstand. Am 30. Juli bombardierte die sri-lankische Luftwaffe Stellungen der Guerilla, die heranrückende Bodentruppen mit Granatbeschuss abwehrte. Am 31. Juli griff die Guerilla ein Marineschiff an, wehrte erneut mit Artillerie- und Mörserbeschuss Regierungstruppen ab und sprengte einen Militärbus mit 18 Soldaten in die Luft. Zwei Tage später versuchte sie die Stadt Trincomalee einzunehmen, wobei vier Militärlager überrannt wurden. Die Kämpfe konzentrierten sich auf die Halbinsel Jaffna, die mehrheitlich von Tamilen bewohnt wird. Mitte August griff die Guerilla die Luftwaffenbasis von Palaly an, die als die am besten verteidigte Stellung der Armee im ganzen Land gilt, und zerstörte die Landebahn. Zudem nahm sie Marineanlagen unter Beschuss. Am 14. August bombardierte die Luftwaffe ein Kinderheim der Tamilen und ermordete 61 Kinder. Bei den anschließenden Gefechten kamen bis 20. August über 130 Regierungssoldaten ums Leben. Bereits zu Beginn der Kämpfe, Ende Juli, teilte ein Guerillaführer mit: „Der Krieg hat begonnen, und wir sind bereit“. (taz 02.08, 14.08, 15.08.06, FR 03.08.06, jW 21.08.06)

Bergarbeiterstreik in Chile

Anfang August musste die Escondida-Mine in der chilenischen Atacama-Wüste, die die größte Kupfermine der Welt ist und acht Prozent der weltweiten Kupferproduktion liefert, ihre Produktion um 60 Prozent einschränken. Grund war ein Streik von über 2.000 Bergarbeitern, die angesichts des gestiegenen Kupferpreises und dem erhöhten Gewinn des Konzerns – allein im letzten halben Jahr betrug der Nettogewinn der Mine 2,9 Milliarden Dollar – eine Lohnerhöhung von 13 Prozent und eine Einmalzahlung von 23.000 Euro forderten. Der Kupferpreis stieg seit den letzten Lohnverhandlungen von 80 Cent auf drei Dollar. Über mehrere Wochen blockierten die Streikenden die Zufahrtsstraßen zur Mine. Mitte August musste der Konzern die Produktion komplett stilllegen. Pro Streiktag hatte der Konzern ein Verlust von 16 Millionen Dollar zu verzeichnen. Nach drei Wochen Streik und dem Versuch des Konzerns durch individuelle Lohnvereinbarungen den Streik abzuwürgen, kehrten nur 20 Arbeiter zum Arbeitsplatz zurück. (taz 09.08.06, FR 19.08.06, Jungle World 30.08.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten), PB (Politische Berichte).



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 5/06 (September bis Oktober 2006)

Bundeswehreinsatz im Nahen Osten

Mitte September beschloss der Bundestag den Einsatz der deutschen Kriegsmarine im Nahen Osten vor der Küste Libanons. 2.400 deutsche Soldaten sollen im Rahmen eines UN-Mandats den Waffenschmuggel der Hisbollah unterbinden. Noch bevor der Beschluss gefasst wurde, kritisierte die CDU heftig die libanesische Regierung, die einen uneingeschränkten Einsatz der Bundeswehr vor ihrer Küste nicht zulassen wollte. Der sozialdemokratische Außenminister Steinmeier behauptete, der Konflikt im Nahen Osten sei ein „Konflikt vor unserer Haustür“ und der Bundeswehrverband sprach bereits von einem „Endlos-Einsatz (...) von mehreren Jahren“.

Offiziell nehmen insgesamt acht Schiffe der deutschen Kriegsmarine an dem Einsatz teil. Nachdem Ende Oktober israelische Kampfflugzeuge ein weiteres deutsches Schiff überflogen und Schüsse abgegeben hatten, wurde bekannt, dass auch mindestens ein Spionageschiff an diesem Einsatz beteiligt ist, welches nicht der UN zugeordnet ist, sondern nach deutschem Ermessen dort herumkreuzt.

Bereits seit Anfang September sind mehrere Beamte der deutschen Bundespolizei und des Zolls auf dem Flughafen der libanesischen Hauptstadt Beirut stationiert, um den Flugverkehr zu kontrollieren.

(FR 11.09, 14.09, 21.09, 28.10.06, jW 15.09.06)

Weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr

Ende September verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan um ein weiteres Jahr. Zwei Tage später, am 30. September, gab das Kriegsministerium bekannt, dass die Bundeswehr in Afghanistan schon seit längerem nicht nur im Norden des Landes, sondern auch im Süden eingesetzt wird und dort die Kampfhandlungen anderer NATO-Truppen unterstützt.

(FR 29.09.06, jW 02.10.06)

In Kosova übernahm am 1. September der deutsche General Kather das Oberkommando über die dort stationierten 17.000 Soldaten der imperialistischen KFOR-Truppen. Anlässlich dieser Befehlsübergabe weite Kriegsminister Jung (CDU) vor Ort und teilte mit, dass die Bundeswehr ihre derzeitige Stärke im Land unvermindert beibehalten wird. Zur Zeit befinden sich 2.900 deutsche Soldaten dort.

(FR 01.09.06)

Ende September tauchte Jung dann in Dschibuti auf und gab bekannt, dass für den Einsatz der Bundeswehr am Horn von Afrika noch kein Ende absehbar sei. Gleichzeitig verhandelte die Bundesregierung mit Jemen und Oman, die nach wie vor der deutschen Kriegsmarine eine Benutzung ihrer Hoheitsgewässer verweigern.

(FR 26.09.06, taz 26.09.06)

Anfang Oktober verlängerte die Bundesregierung den Einsatz der Bundeswehr im Süden von Sudan um weitere sechs Monate.

(FR 05.10.06)

Deutsche Konzerne in anderen Ländern

In der Firma Hermosa-Manufacturing in El Salvador, wo der deutsche Konzern Adidas Sportkleidung herstellen lässt, wurden schwan-

gere Frauen, die ihr Soll nicht mehr schafften, eingesperrt. Arbeiterinnen, die Überstunden verweigerten oder sich gewerkschaftlich organisieren wollten, wurden entlassen. Ähnliche Ausbeutungsbedingungen herrschen auch in den Fabriken Chi Fung und Partex, die ebenfalls für Adidas produzieren. Arbeiterinnen von Hermosa kämpfen jetzt für Entschädigungszahlungen durch den Konzern. (FR 12.09.06)

Nachdem in der Türkei der Arbeiter Bedir Alacam einem deutschen Fernsehteam über die schlechten Arbeitsbedingungen in der Firma Danisment in Çerkezköy berichtete, welche für den deutschen Bosch-Siemens Konzern arbeitet, wurde er aufgrund einer Intervention des deutschen Firmenchefs entlassen. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er hätte seinen „Arbeit- und Brotgeber verraten“. In diesem Interview, das auch im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, wünschte Alacam den Arbeiterinnen und Arbeitern von Bosch-Siemens in Deutschland bei ihrem derzeitigen Arbeitskampf gegen den Konzern viel Erfolg. (jW 24.10.06)

Rede- und Presse„freiheit“

Im Jahre 2005 stieg die Zahl der offiziell überwachten Telefon, Fax- und Internetanschlüsse gegenüber dem Vorjahr um mehr als 45 Prozent auf 42.508. Davon waren allein über 42.000 Anschlüsse für Handys betroffen. Zwischen 1995 und 2004 stieg die Zahl der Telefonüberwachungen um mehr als 500 Prozent. (taz 20.10.06)

Im Ende Oktober veröffentlichten „Pressefreiheitsranking“ der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ rutschte Deutschland weltweit vom 18. auf den 23. Rang. Die Rangliste wird erstellt aus Meldungen über Zensur, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, sowie Repressalien gegenüber Journalisten. (jW 25.10.06)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

In der Nacht zum 10. September betreten 30 Nazis in Großenhain (Sachsen) einen alternativen Jugendclub, störten die dortige Veranstaltung und beschimpften dort auftretende Künstler. Nachdem die Polizei sie des Hauses verwies, überfielen am frühen Morgen 15 Nazis den Club traten Fenster und Türen ein und bedrohten die Anwesenden. Nur wenige Tage später verbot der Bürgermeister des Ortes dem überfallenen Jugendclub jede weitere Veranstaltung bis zum Jahresende und schränkte gleichzeitig die Öffnungszeiten ein. (FR 27.09.06)

Ein Antifaschist, der auf einer Anti-Nazi-Demo im November letzten Jahres in Düsseldorf angeblich einen Schneeball in Richtung der den Nazi-Aufmarsch schützenden Polizei geworfen hatte, anschließend von einem Polizisten mit dem Schlagstock geprügelt und von mehreren weiteren zu Boden gerissen wurde, stand Ende September vor Gericht. Das Düsseldorfer Landgericht verurteilte ihn wegen des Schneeballwurfes zu 300 Euro Bußgeld. Drei weitere „Schneeballprozesse“ gegen Antifas stehen noch an. (jW 28.09.06)

Das Landgericht Stuttgart verurteilte am 29. September den Inhaber eines Punk-Versandhandels zu 3.600 Euro Geldstrafe wegen „Ver-

breitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“. Gemeint sind damit durchgestrichene Hakenkreuze. Insgesamt zog das Gericht bei dieser Gelegenheit über 16.000 beim Versandhandel beschlagnahmte antifaschistische Materialien ein. (taz 30.09.06)

Verschärfte staatliche Überwachung in Schulen

Laut Kultusministerkonferenz soll zukünftig jede Schülerin und jeder Schüler eine eigene Identitätsnummer erhalten. Mit Hilfe eines „nationalen Bildungsregisters“, in dem die personenbezogenen Nummern angeblich anonym aufgenommen werden, sollen Angaben über nationale Herkunft, soziale Verhältnisse und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zentral erfasst werden. Der Erhebungszeitraum der Daten soll vor Beginn der Einschulung bis hin zum Studium reichen. Auch Wohnorts- und Schulwechsel werden erfasst. Bereits für das Jahr 2007 plant Brandenburg landesweit die Einführung von Schülernummern. (FR 29.09.06, jW 27.10.06)

„Christlicher“ deutscher Chauvinismus im Erziehungswesen

Die hessische CDU-Kultusministerin Wolff hält es für „sinnvoll“ im Biologieunterricht die christliche Schöpfungslehre zu propagieren. Es müsse zulässig sein, die Evolutionstheorie „in Frage zu stellen“. (FR 09.10.06)

In Dietzenbach (Hessen) hat das Stadtparlament beschlossen, dass in den Kindertagesstätten ausschließlich deutsch gesprochen werden soll. Weiterhin soll die deutsche Fahne und der Bundespräsident (als Bild) aufgehängt werden und die christlichen Feiertage müssen zukünftig gefeiert werden. 30 Prozent aller im Ort lebenden Menschen kommen aus anderen Herkunftsländern; in einigen Kindertagesstätten kommen bis zu 80 Prozent der Kinder aus

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Familien, deren Muttersprache nicht deutsch ist. (FR 09.10.06)

Einstellung des Verfahrens gegen Polizisten, der einen Mann aus dem Kongo erschossen hat

Am 14. April 2006 erschoss in Dortmund ein Polizist einen Mann aus dem Kongo aus nur drei Metern Entfernung. Eine der Kugeln traf das Opfer direkt ins Herz. Der Polizist behauptete, der Afrikaner hätte ihn mit einem Messer bedroht und er hätte in Notwehr gehandelt. Ein zweiter Beamter behauptete, der Todesschütze hätte dem Afrikaner allein gegenübergestanden, was jedoch von Zeugen widerlegt wurde. Die Staatsanwaltschaft Dortmund stellte das Verfahren gegen den Todesschützen ein, obwohl noch nicht mal erwiesen war, ob er überhaupt vom Opfer angegriffen wurde. (jW 11.10, 26.10.06)

Einstellung eines Verfahrens gegen Nazi-Mörder

Die Staatsanwaltschaft München stellte Anfang Oktober ein Verfahren gegen den ehemaligen Offizier der deutschen Nazi-Wehrmacht Mülhhauser ein, der am 24. September 1943 an der Ermordung von 3.000 italienischen Gefangenen beteiligt war – obwohl er zugab, Befehle zu Erschiessungen erteilt zu haben, obwohl ihm 13 Ermordungen direkt nachgewiesen werden konnten und obwohl diese Mordaktion selbst nach den Regeln der Wehrmachtsjustiz illegal gewesen war. Die Staatsanwaltschaft verurteilte die Handlung des Mörders als „menschliche Schwäche“ und bezeichnete die italienischen Opfer, die gegen den Nazi-Faschismus kämpften, als „Verräter“. Heftige Empörung löste das Urteil in Italien aus, wo schon seit längerem deutsche Kriegsverbrecher in Abwesenheit zu Haftstrafen verurteilt werden, während die gleichen Kriegsverbrecher in Deutschland ihren Ruhestand genießen, ohne eine Auslieferung befürchten zu müssen. (jW 04.10, FR 11.10.06)

Antisemitismus in Deutschland

Bei einem Fußballspiel zwischen einem Verein, in dem auch jüdische Menschen spielen, gegen einen anderen Berliner Verein, wurden am 26. September lauthals und unablässig antisemitische Parolen gebrüllt, wie „Synagogen müssen brennen“, „Vergast die Juden“ und ähnliche. Der Schiedsrichter unterbrach das Spiel nicht. Als ein jüdischer Fußballspieler die Nazis aufforderte den Mund zu halten, gab der Schiedsrichter ihm die gelbe Karte. Ein anderer Spieler, der sich daraufhin beschwerte, flog vom Platz. Daraufhin weigerte sich der betroffene Club weiterzuspielen, so dass das Spiel abgebrochen wurde. (Jungle World 18.10.06)

Bei einem Fußballspiel Ende Oktober zwischen einem Verein aus Berlin und einem aus Dresden riefen ca. tausend Nazis während des gesamten Spiels und auch nach Spielende immer wieder im Sprechchor „Juden Berlin!“ (jW 30.10.06)

In einer Schule in Parey (Sachsen-Anhalt) wurde einem 16-Jährigen von drei Nazis ein antisemitisches Schild mit der Aufschrift „Ich bin am Ort das größte Schwein und lass mich nur mit Juden ein“ um den Hals gehängt. Anschließend wurde er gezwungen damit auf den Schulhof herumzulaufen. (FR 14.10.06)

Mord an einem Obdachlosen

In Frankfurt (Oder) wurde in der Nacht zum 10. September ein 56 Jahre alter Obdachloser von zwei Jugendlichen misshandelt und anschließend ermordet. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. (taz 12.09.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In Magdeburg wurde am 10. September ein Mann aus Benin von vier Nazis rassistisch beleidigt, anschließend geschlagen und mit Füßen getreten. (Jungle World 20.09.06) Am 15. September wurde in Mittenwald (Bayern) ein LKW-Fahrer aus Polen von vier Nazis mit Napizarolen beschimpft. Einer der vier Nazis verletzte ihn anschließend mit Faustschlägen und Fußtritten. (Jungle World 27.09.06) Ein 22-jähriger dunkelhäutiger Deutscher wurde am 24. September in Trier (Rheinland-Pfalz) von zwei Nazis rassistisch beschimpft und durch Messerstiche verletzt. (Jungle World 04.10.06) Am 10. Oktober wurde ein 37-Jähriger aus Kamerun in Berlin-Spandau von zwei Nazis rassistisch beschimpft und mit einer Fahrradkette geschlagen. (Jungle World 18.10.06) In Gerwisch (Sachsen-Anhalt) überfielen am 21. Oktober mehr als 30 verummte Nazis eine Geburtstagsfeier. Sie stürmten das Bürgerhaus, schlugen auf die dort feiernden Kinder und Jugendlichen ein und zerstörten Teile der Einrichtung. (taz 26.10.06)

Offiziell wurden von Januar bis August 2006 bundesweit 8.000 Nazi-Straftaten registriert; 20 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum; knapp 50 Prozent mehr als 2004. Die offizielle Zahl rechter Gewalttaten stieg von 363 im Vorjahreszeitraum auf 452. Insgesamt wurden 325 Menschen durch den Nazi-Terror verletzt. Im selben Zeitraum wurde gegen nur 19 Nazis ein Haftbefehl erlassen. (FR 18.10.06)

Nazi-Wahlerfolge

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Mitte September erreichte die NPD mehr als 7 Prozent der Wählerstimmen. In mehreren Orten des Landes erreichte sie sehr hohe Ergebnisse. So z. B. in Postlow 38,6 Prozent, in Bargischow 31,6 Prozent, in Blesewitz 32,2 Prozent, in Neu Kosenow 31,1 Prozent, in Neuenkirchen 30,1 Prozent, in Wilhelmsburg 27,9 Prozent. Die Anzahl der Nazi-Übergriffe in Mecklenburg-Vorpommern hat sich im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. (taz 18.09, 19.09.06, Jungle World 20.09.06)

Erfolgreicher militanter Angriff gegen Nazi-Terror

Während eines Stadtfestes mit dem Namen „Zwiebelmarkt“ Anfang Oktober in Artern (Thüringen) terrorisierten 20 Nazis die Anwesenden. Nachdem die Nazis einen 21-Jährigen zusammengeschlagen hatten, verwiesen 100 Besucher die Nazis gewaltsam vom Platz. Während drei Nazis noch in eine Polizeiwache flüchten konnten, wurden die anderen durch den Ort gejagt und gefangengenommen. Anschließend mussten sechs Nazis ins Krankenhaus.

Ein „Rechtsextremismus-Experte“ aus Magdeburg hetzte anschließend gegen diesen erfolgreichen Kampf mit den Worten: „Das ist ein Verstoß gegen die Regeln der Auseinandersetzung mit Neonazis“. (taz 04.10.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 16. September blockierten in Bielefeld 700 Antifas einen Aufmarsch von 150 Nazis. Die Nazis mussten ihren Aufmarsch nach 100 Metern beenden. (taz 18.09.06) 500 Antifas kreisten am 23. September den Bahnhof in Göppingen ein, um zu verhindern dass 200 Nazis zu einem Kundgebungsort gelangen konnten. Nur mit Hilfe der Polizei gelang es den Nazis, den Bahnhof zu verlassen. (taz 25.09.06) In Hoyerswerda demonstrierten am selben Tag 400 Antifas in Erinnerung an das Nazi-Pogrom in der Stadt vor 15 Jahren. (jW

25.09.06) 2.000 Antifas protestierten am 3. Oktober in Leipzig gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Die Antifas versuchten durch Sitzblockaden und Barrikaden den Aufmarsch zu stoppen. (taz 04.10.06) Über 1.000 Menschen protestierten am selben Tag in den Orten Kelkheim und Königstein gegen einen Aufmarsch von 70 Nazis. (FR 04.10.06) Am 14. Oktober verhinderten 3.000 Menschen in Nürnberg einen Aufmarsch von 100 Nazis durch eine sechstündige Blockade. (PB 20.10.06) Am gleichen Tag protestierten in Hamburg ebenfalls 3.000 Menschen gegen 170 Nazis, die dort aufmarschierten, und in Chemnitz demonstrierten 1.200 Menschen gegen Nazi-Läden in der Stadt. (jW 16.10.06) In Göttingen versammelten sich am 28. Oktober 4.000 Menschen, um gegen eine Kundgebung von 220 Nazis zu demonstrieren. (jW 30.10.06)

Massiver Protest von Flüchtlingen

Anfang Oktober protestierten 200 Flüchtlinge im Flüchtlingslager Blankenburg gegen die schlechten Lebensbedingungen und für ein gesünderes Essen. Bereits mehrere Flüchtlinge waren durch die Nahrungsaufnahme erkrankt. Am 4. Oktober wurde das Essen auf den Fußboden geworfen und die Protestierenden demonstrierten durch das Lager. Die Polizei rückte mit 20 Einsatzwagen an und löste den Protest gewaltsam auf. Am nächsten Tag setzten 250 Insassen die Proteste fort. Sie forderten zusätzlich eine bessere Gesundheitsversorgung und die Ablösung der berechtigten Lagerärztin. Polizei und Lagerleitung versuchten durch Vergünstigungen Flüchtlinge zu bewegen die Anführer des Streiks zu verraten. Zugleich erhöhten sie den Druck auf die Flüchtlinge, um sie zum Streikabbruch zu bewegen. Menschen, die in anderen Flüchtlingslagern saßen, besuchten die Kämpfenden und beteiligten sich an dem Streik. Mitte Oktober verschärfte sich auch die öffentliche Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Streikenden, die angeblich zum Streik gezwungen wurden. Trotz aller Repressalien und Verleumdungen, dauerte der Kampf gegen das Lagerregime auch noch Ende Oktober an. (jW 07.10., 16.10., 19.10.06)

Der Aufstand in Mexiko geht weiter

Der im Mai begonnene Streik von 70.000 Lehrerinnen und Lehrern in Oaxaca, dem sich nach einem gewaltsamen Versuch der Polizei, den Streik aufzulösen, große Teile der Bevölkerung angeschlossen hatten, verschärfte sich im Oktober. Tausende Polizisten hatten die Stadt eingekreist. Die Armee stand mit Panzern bereit; Militärhubschrauber patrouillierten. Immer wieder kam es zu kleineren Scharnützen zwischen den staatlichen Truppen und den Protestierenden mit mehreren Todesopfern auf Seiten der Aufständischen – dieser Zustand hielt über mehrere Wochen an. Trotz des militärischen Aufmarsches beschlossen die Kämpfenden ihren Protest fortzusetzen. Ende Oktober dann griffen 4.000 Polizisten unterstützt von Hubschraubern die Stadt an. Die Menschen versuchten mit Steinwürfen und Benzinbomben den Angriff abzuwehren, mussten sich aber zurückziehen. Die Polizei übernahm vorerst wieder die Kontrolle über Oaxaca. (jW 04.10.06, Jungle World 11.10.06, FR 24.10, 31.10.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), PB (Politische Berichte).

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 6/06 (November bis Dezember 2006)

Deutsche Soldaten in Aktion

Ende Oktober wurden in der Presse Fotografien veröffentlicht, die deutsche Soldaten in Afghanistan zeigten. Die Soldaten posierten mit Totenschädeln und „schmückten“ mit den Schädeln ihre Militärfahrzeuge. Die Bilder wurden bereits im April 2003 aufgenommen. Ein Ermittlungsverfahren gegen zwei daran beteiligte Soldaten stellte die Staatsanwaltschaft München Anfang Dezember wegen Verjährung ein. Weitere solcher Verfahren laufen noch. (FR 08.12.06)

Anfang November wurde bekannt, dass die berüchtigte „Elite“-Einheit KSK in Afghanistan eines ihrer Militärfahrzeuge mit Symbolen der Nazi-Wehrmacht besprüht haben. Bekannt wurde auch, dass Fahrzeuge der KSK in Calw (Baden-Württemberg), dem „Heimatstandort“ der KSK, mit Emblemen des Nazi-„Afrika-Korps“ aus dem Zweiten Weltkrieg versehen waren. (taz 02.11.06)

Ebenfalls Anfang November wurde bekannt, dass bereits im Jahre 2002 deutsche Soldaten in Afghanistan an einem Kind eine Scheinhinrichtung durchgeführt hatten. Ein Soldat wird zitiert mit den Worten: „Der Junge hatte unglaubliche Angst, bis er gemerkt hat, dass er nicht wirklich erschossen wird.“ Bis auf eine Ausnahme hätten sich alle daran beteiligten Soldaten amüsiert. Der Junge bekam hinterher ein Dollar „als Lohn“. (taz 06.11.06)

Weitere internationale Aktivitäten der deutschen Armee

Die Bundeswehr erhält in Afghanistan 100 gepanzerte Fahrzeuge des Typs Dingo 2, statt wie bisher geplant 33. Mitte Dezember erklärte sich die Bundesregierung bereit, mehrere Tornado-Kampfflugzeuge, angeblich zu Aufklärungszwecken, in Afghanistan einzusetzen. Ende Dezember wurden mehrer Panzer ins Land verlegt. Das ist seit dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Einsatz in Kosovo das zweite Mal, das deutsche Panzer auch im Ausland eingesetzt werden. Gleichzeitig wurde die Truppenstärke im größten Feldlager außerhalb Deutschlands um 300 auf 1.700 Soldaten verstärkt. Im Januar soll der deutsche Geheimdienst im Süden des Landes den verstärkten Einsatz der Bundeswehr auch in diesem Gebiet vorbereiten. Bereits jetzt befinden sich mehrere deutsche Soldaten dort. Im kommenden Jahr wird Deutschland mit weiteren 20 Millionen Euro die Ausbildung der Polizei in Afghanistan fortsetzen. (taz 13.12.06, FR 22.12.06, jW 07.12., 28.12., 29.12.06)

Mitte November verlängerte der Bundestag den Einsatz der deutschen Armee im Rahmen der imperialistischen „Operation Enduring Freedom“. Die meisten Soldaten sind dabei am Horn von Afrika eingesetzt, um die dortigen Seewege zu kontrollieren. (FR 11.11.06)

Im Rahmen der verstärkten propagandistischen Vorbereitung eines Bundeswehreinsetzes in der Provinz Darfur im Sudan, erklärte Kriegsminister Jung: „Wir könnten auch jetzt noch Soldaten in den Auslandseinsatz schicken. Dazu ist die Bundeswehr immer in der Lage.“ (taz 17.11.06)

Der zur Zeit laufende Einsatz der Bundeswehr in einem anderen Landesteil des Sudan, wurde Mitte Dezember durch den Bundestag um ein halbes Jahr verlängert. (jW 16.12.06)

Um ein weiteres Jahr verlängert wurde Anfang Dezember der Bundeswehreininsatz in Bosnien-Herzegowina. Nur wenige Tage später übernahm Deutschland das Oberkommando über die imperialistischen Armeen im Land. (FR 01.12., 06.12.06)

Deutsche Rüstungsexporte erhöht

Mitte Dezember veröffentlichte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung ihren Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005. Danach hat der deutsche Imperialismus 2005 Kriegswaffen im Wert von 1,6 Milliarden Euro ausgeführt. Im Jahre 2004 betrug dieser Wert 1,13 Milliarden Euro. Gegenüber 1997 steigerte sich diese Ausfuhr um mehr als 50 Prozent. Rüstungsgüter im Wert von 1,65 Milliarden Euro wurden in Länder geliefert, die „Entwicklungshilfe“ erhalten. Der Wert der Exportgenehmigungen für Kleinwaffen steigerte sich von 1996 bis 2005 um mehr als das siebenfache. (jW 19. 12.06)

Gesteigerter deutscher „Nationalstolz“

Die Bielfelder Universität führte kurz vor und nach der Fußball-Weltmeisterschaft eine Umfrage unter der Bevölkerung durch. 86,6 Prozent der Befragten gaben zu, sie seien stolz darauf, Deutsche zu sein – vor der WM waren es knapp 80 Prozent. Über 46 Prozent der Befragten sind stolz auf die deutsche Geschichte – vor der WM waren es knapp 37 Prozent. Zudem stimmten fast 60 Prozent der Befragten der These zu, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe.

Polizeiterrror gegen DHKP-C

Bei einer großangelegten Razzia am 28. November gegen vermeintliche Unterstützer und Mitglieder der türkischen „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) wurden bundesweit 59 Wohnungen, Geschäftsräume und Kulturvereine durchsucht. Dabei wurden Vereinsräume verwüstet, Computer, Handys, Geschäftsunterlagen und antifaschistische Materialien beschlagnahmt. Sämtliche Mitarbeiter von durchsuchten Unternehmen – egal aus welchem Herkunftsland – wurden „erkennungsdienstlich behandelt“; ihre Wohnungen wurden ebenfalls durchsucht. Die Polizei nahm zwei Menschen aus der Türkei fest. In der Türkei kämpft die DHKP-C unter anderem gegen die Isolationshaft in den Hochsicherheitsgefängnissen. Durch den bereits sechs Jahre währenden Hungerstreik verloren 122 Menschen ihr Leben. (jW 30.11.06)

„Bleiberechtsregelung“ für „geduldete“ Flüchtlinge

Mitte November vereinbarten die Innenminister von Bund und Ländern auf einer Konferenz in Nürnberg eine sogenannte „Bleiberechtsregelung“ für „geduldete“ Flüchtlinge. Diese Regelung stellt an die betroffenen 200.000 Flüchtlinge schikanöse Anforderungen, um ein Bleiberecht zu erhalten. Sie müssen seit mindestens acht Jahren in Deutschland gelebt haben und die deutsche Sprache können. Sie dürfen nicht straffällig

geworden sein und es darf kein „Extremismus- oder Terrorismusbezug“ bestehen; außerdem müssen sie ein festes Arbeitsverhältnis vorweisen können. Nach Angaben des niedersächsischen Innenministers Schünemann werden nach diesen Voraussetzungen nur 20.000 Flüchtlinge ein Bleiberecht erhalten. (jW 18.11.06)

Suizidversuch aus Angst vor Abschiebung

Am 1. Oktober wollte ein 35-jähriger Flüchtling aus Afghanistan, bei einem zweiten Abschiebeversuch sich selbst töten. Er sprang von der Flugzeugtreppe und brach sich beide Beine. Mitte November wurde er vom Krankenhaus zurück ins Flüchtlingslager verschleppt. Nach wie vor sagt er, bei einer erneuten Abschiebung werde er sich töten. Der Flüchtling lebt seit fünf Jahren in Deutschland und fällt damit nicht unter die „Bleiberechtsregelung“. (FR 21.11.06)

Suizid aus Angst vor Abschiebung

Am 12. Dezember tötete sich ein kurdischer Flüchtling im psychiatrischen Krankenhaus Wunsdorf aus Angst vor der Abschiebung. Seit Mitte der 90er lebte er mit seiner Familie in Deutschland und bemühte sich erfolglos um ein politisches Asyl. Auch ein fünfmonatiges Kirchenasyl blieb ohne Erfolg. Seine Frau ist bereits mit mehreren Kindern untergetaucht. Nach seiner Selbsttötung wurden fünf weitere Kinder der Familie ebenfalls in die Psychiatrie gesteckt. (FR 15.12.06)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 sank die Zahl der Flüchtlinge, die Asyl beantragten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27,3 Prozent auf 19.472.

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Im November 2006 wurden 1,1 Prozent aller Antragsteller als „asylberechtigt“ anerkannt – das sind ganze 28 Personen. (jW 12.12.06)

Zahlen zur weiteren Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung

Von 1991 bis 2005 sank das Nettoeinkommen der privaten Haushalte, nach Abzug der Preissteigerungen, um zwei Prozent. Im Jahre 2005 hat die Nettolohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte – mit 41,2 Prozent den niedrigsten Wert seit Bestehen der BRD erreicht. Unternehmens- und Vermögens Einkommen stiegen 2005 um 6,2 Prozent (2004 um 10,4 Prozent). Die Sozialabgaben der Unternehmen stiegen vom Jahre 2000 bis zum zweiten Quartal 2006 um nur 3,5 Prozent – EU-weit stiegen sie um 23,3 Prozent. (FR 28.11.06, taz 30. 11.06, jW 08. 12., 19.12.06)

Nazi-Waffenlager in Bayern entdeckt

Bei einem Polizeieinsatz in mehreren Dörfern in Oberbayern wurde Ende November in 26 Gebäuden ein umfangreiches Waffenlager einer Nazi-Gruppe entdeckt. Insgesamt verfügten die Nazis über mehr als 100 Gewehre, Revolver, Maschinenspistolen und Maschinengewehre sowie über Flak-Munition. Außerdem wurden Unmengen von Nazi-Artikeln sichergestellt. Acht Nazis wurden verhaftet. Der Samerberger Bürgermeister Huber versicherte, dass sie „a bisserl Waffen“ hatten und dass sie „a bisserl im Wald rumgeballert haben, das ist kein Geheimnis“. „Ich glaube, dass es das in jedem Dorf gibt.“ Das bayerische Landeskriminalamt verharmloste den Waffenfund, indem es die Waffen als „Statussymbole“ bezeichnete. Bereits im Frühjahr 2005 wurden in dieser Gegend Waffen bei Nazis gefunden. (Jungle World 13.12.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Strausberg** (Brandenburg) wurde am 3. November ein Mann aus Vietnam durch zwei Nazis mit einem Messerstich in der Brust lebensgefährlich verletzt. Die Polizei behauptete, ein Nazi-Hintergrund liege nicht vor. (Jungle World 15.11.06)

Am 12. November wurde in **Jena** (Thüringen) ein Mann aus Syrien von mehreren Nazis zusammengeschlagen. Ein Nazi-Hintergrund, so die Polizei, liege nicht vor. (Jungle World 22.11.06)

Fünf Nazis überfielen am 25. November in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) einen Mann aus Kasachstan. Einer von den Nazis schlug ihn mit einem Baseballschläger. Die Polizei, die den Nazi festnahm, ließ ihn einen Tag später wieder laufen. (Jungle World 06.12.06)

Anfang Dezember wurden in einer Diskothek in **Rostock** acht Menschen aus anderen Herkunftsländern von mehreren Nazis überfallen. Zwei der Opfer mussten ins Krankenhaus. Gegenüber der Presse sprach ein Zeuge von „regelrechten Jagdszenen“. Antifas bezeichneten den Überfall als „die schwerwiegendste rassistische Gewalttat in den letzten Jahren in Rostock“, die nach wie vor verharmlost werde. (Jungle World 20./27.12.06)

Am 8. Dezember überfielen zwei Nazis in **Berlin-Lichtenberg** ein türkisches Imbisslokal. Dem Besitzer gelang es mit seinem Bruder, der mit einem Vierkantholz zuschlug, die Nazis abzuwehren. Die Nazis mussten sich mit Verletzungen zurückziehen. (Jungle World 20./27.12.06)

Im September wurden allein nach offiziellen Zahlen 70 „rechtsextremistische Gewalttaten“ registriert. 50 Menschen erlitten dabei Verletzungen. (jW 11.11.06)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

10.000 Menschen verhinderten am 4. November in **Bremen** einen Aufmarsch von 70 Nazis, der von 2.500 Polizisten geschützt wurde. Die Nazis wurden von den Bewohnern der Aufmarschroute mit Eiern und Flaschen beworfen, so dass sie nur 500 Meter weit kamen. Die Demonstrierenden selbst, die durch die Polizei von den Nazis ferngehalten werden sollten, überrannten mehrere Polizeisperren. Erst an einem Engpaß gelang es der Polizei mit Wasserwerfern und gepanzerten Fahrzeugen die Protestierenden aufzuhalten. Mehrere Menschen wurden durch die Polizei verletzt. Insgesamt konnten die Protestierenden zwei Drittel der gesamten Nazi-Route besetzen. Im Verlauf der achtstündigen Anti-Nazi-Kämpfe nahm die Polizei 100 Demonstranten fest. (jW 06.11.06)

Knapp 10.000 Menschen protestierten am 18. November in **Halbe** (Brandenburg) gegen eine geplante Nazi-Kundgebung. Die 1.000 Nazis verlegten kurzfristig ihren Kundgebungsort nach **Seelow**. Dort stellten sich 1.000 Antifas den Nazis entgegen. (jW 20. 11.06)

In **Berlin** demonstrierten am 25. November 1.000 Antifas in Gedenken an den 1992 von Nazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier. Insgesamt waren 1.200 Polizisten aufmarschiert, die die Demo immer wieder angriffen. Mehrere Antifas wurden dabei verletzt. (jW 27.11.06)

1.000 Menschen protestierten am 9. Dezember in **Berlin** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. 600 Antifas blockierten dabei über mehrere Stunden die Aufmarschroute. (jW 11.12.06)

Am selben Tag gingen in **Celle** 3.000 Menschen auf die Straße, um gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis zu protestieren. Mehrere Antifas wurden durch Polizeihunde Bissverletzungen zugefügt. (jW 11.12.06)

Erneut Proteste von Flüchtlingen

Ende Oktober beendeten die Flüchtlinge im Lager Blankenburg ihren vierwöchigen Streik gegen die schlechten Lebensbedingungen, ohne jedoch ihre Demonstrationen für eine Verbesserung dieser Bedingungen einzustellen.

Am 8. November begannen die Flüchtlinge im Abschiebelager Bramsche mit einem Warnstreik ihren Kampf für eine Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen. Am 21. November traten sie in einen unbefristeten Boykott des Lageressens, gleichzeitig kritisierten sie u. a. die schlechte Gesundheitsversorgung und die soziale Isolierung der im Lager internierten Kinder. 70 Flüchtlinge und 30 Unterstützerinnen und Unterstützer demonstrierten am 25. November in Osnabrück, um auch öffentlich auf die Zustände im Lager aufmerksam zu machen. Fünf Tage später blockierte die Flüchtlinge die Zufahrt zum Lagergelände. Am 5. Dezember beendeten die Flüchtlinge vorerst ihren Streik und kündigten an, mit Demonstrationen und weiteren Aktionen ihre Proteste fortzusetzen.

Wie beim Flüchtlingskampf in Blankenburg waren auch in Bramsche die Flüchtlinge Repressionen von Seiten der Polizei ausgesetzt. Ein Flüchtling, der ein Gespräch mit dem Lagerleiter verlangte, wurde unter Einsatz von Pfefferspray umgehend festgenommen. Gegen mehrere Flüchtlinge laufen mittlerweile Ermittlungsverfahren.

(anna 30.11, 14.12.06, jW 07.12.06)

Weitere militante Kämpfe in Mexiko

Auch nach dem Einmarsch von über 4.000 Polizisten Ende Oktober in die Stadt Oaxaca, um den seit Monaten währenden Aufstand von mehreren Zehntausend Menschen niederzuschlagen, setzten die Protestierenden den Kampf fort.

Entgegen der Behauptung des mexikanischen Präsidenten Fox, „sozialer Friede und Ruhe sei wieder hergestellt“, konnte die Polizei drei Tage nach ihrem Angriff nur die Kontrolle über das Stadtzentrum erlangen. Brennende Barrikaden und Protestdemonstrationen tausender Menschen prägten statt dessen Anfang November das Bild. Ständig wurden neue Barrikaden gegen die Polizeitruppen errichtet und Straßen blockiert.

Am 3. November kam es zu einer mehrstündigen Straßenschlacht, bei der es den Protestierenden gelang die Polizei aus dem Universitätsviertel zu vertreiben, wo diese eine dort stationierte Radiostation der Aufständischen zerstören wollte. Mindestens 200 Aufständische wurden bei der Verteidigung ihres Senders verletzt. Zwei Tage später demonstrierten 20.000 Aufständische ins Stadtzentrum und forderten den Abzug der Polizei, die sich auf den umliegenden Hausdächern verschanzt hatte. Am folgenden Tag wurden erste Bombenanschläge der Aufständischen auf Regierungseinrichtungen verübt. Die Kämpfe sind auch in den folgenden Wochen ungemindert fortgesetzt worden. So wurden Ende November die Polizeitruppen mit Steinen, Brandsätzen und Feuerwerkskörpern angegriffen und ein Gerichtsgebäude und das Finanzamt in Brand gesetzt.

(jW, 01.11., 02.11., 04.11.06, FR 06.11, 08.11.06, taz 28. 11.06)

Streikampf gegen den VW-Konzern in Belgien

Im Oktober hatte die IG-Metall-Führung einer Verlängerung der Arbeitszeit für 100.000 VW-Beschäftigte in Deutschland zugestimmt, in dessen Folge ein Großteil der VW-Produktion aus Belgien nach Deutschland verlegt werden soll.

Am 17. November begann im Brüsseler VW-Werk ein Streikampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verlegung der Produktion nach Deutschland und die damit einhergehende Vernichtung von bis zu 4.000 Arbeitsplätzen. Bereits am 21. November wurde der Betrieb besetzt, um einen Abtransport der Maschinen zu verhindern. Von den 2.000 Fahrzeugen, die zur Auslieferung bereit standen, behielten die Arbeiterinnen und Arbeiter die Wagenschlüssel ein. Der Werkschutz wurde vom Gelände verjagt – der Champagnervorrat der Geschäftsführung wurde konfisziert. Zur gleichen Zeit waren bereits mehrere Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern aufgefahren, um den VW-Konzern vor den Protesten zu schützen. Die Beschäftigten hatten bereits sämtliche Zufahrten des Betriebs unter ihrer Kontrolle.

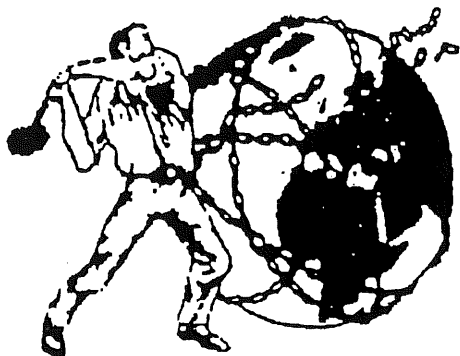
Bisheriger Höhepunkt der Kämpfe war eine Demonstration am 2. Dezember in Brüssel, an der sich 25.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen europäischen VW-Werken, aus Werken anderer Autohersteller und aus Zulieferbetrieben beteiligten, und die unter großer Solidarität der Bevölkerung stattfand.

(jW 22.11., 25.11., 04.12.06, FR 23.11.06)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).

Bulletins

zur Information der
revolutionären, marxistisch-
leninistischen Kräfte aller Länder



Bulletin 1/05

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Januar - März 2005**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Januar hat zum Thema:

Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr!

„In der aktuellen Situation gibt es fast nichts, was es nicht gibt: Anarchistische Gruppen wie Teile der FAU propagieren Stalin, (es existieren auf einmal auch „autonome“ Kommunisten), lehnen aber die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Partei ab, und koalieren dann wieder mit trotzkistischen Gruppen. Gruppen wie die MLPD nerven nicht nur durch penetrante Lautstärke, die im umgekehrten Verhältnis zu inhaltlich-kommunistischen Aussagen steht, sondern benutzen Thesen über das „Volk“ (wie es in China vor 1949 als arme werktätige Masse gekämpft hat) in vulgärer und nationalistischer Weise, um in peinlicher Weise den übelsten Angewohnheiten im „deutschen Volk“ hinterherzurennen bis hin zu „Helau MLPD“. Gruppen wie die DKP und die „Kommunistische Plattform in der PDS“, aber auch die KPD-Ost -„Rote Fahne“ reden auf einmal vom „Revisionismus“ und meinen gar nicht sich selbst, als hätten sie mit Chruschtschow, Breschnew, Ulbricht und Honecker nie etwas zu tun gehabt.

Und so wie sie alle mehr oder minder den „friedlichen Weg“ gegenüber diesem deutschen Staat und den Klassenfeinden eingeschlagen haben, so „friedlich“ sind all diese Gruppen auf einmal auch zueinander, treffen sich an „runden Tischen“, zimmern „Wahlbündnisse“ und beschwören die „Einheit“. Und weil es da so schön friedlich zugeht, kommen auch sich eigentlich als „antirevisionistisch“ verstehende Gruppen wie der „Arbeiterbund“ oder die KPD -„Roter Morgen“ und wer auch immer noch dazu, vergessen alles, was bisher über Revisio-

nismus gesagt wurde und versuchen ohne kommunistisches Programm und ohne kommunistische Strategie taktisch die „Einheit der Kommunisten“ zusammenzuzimmern.“

Im folgenden werden die Thesen ungekürzt abgedruckt.

Thesen gegen den modernen Revisionismus

I. Vorgeschichte und erste Erscheinungen des modernen Revisionismus

- Die Geschichte der kommunistischen Bewegung seit Marx und Engels ist auch die Geschichte des Kampfes gegen opportunistische Strömungen.

Zur Zeit von Marx und Engels der Kampf gegen den Anarchismus und Rechtsopportunismus von Bakunin und Proudhon bis Lassalle und Bernstein. Zu Lebzeiten Lenins und Stalins bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges der Kampf gegen sich selbst als marxistisch vorstellende Renegaten von Kautsky über Trotzki bis Bucharin.

Als modernen Revisionismus im Unterschied zu diesen Strömungen bezeichnen wir die Revision der Grundprinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus insbesondere nach 1945.

- Nicht jede Kraft oder jede Person, die sich als kommunistisch bezeichnet, ist auch kommunistisch. Auch Kräfte, die sich auf Marx, Engels, Lenin und Stalin berufen, tun dies möglicherweise als Täuschungsmanöver, um gerade die Revision der Hauptpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus zu betreiben.

Die modernen Revisionisten heute haben eine lange Vorgeschichte, von der Berufung auf Marx zwecks Entstellung seiner Hauptgedanken durch Bernstein und Kautsky zur Zeit der II. Internationale bis zu den Varianten des modernen Revisionismus nach dem Sieg der Kräfte der Anti-Hitler-Koalition über den Nazi-Faschismus - als vor allem der Titoismus als Variante des Kautskyanertums, des Trotzismus und als Nationalismus auftretend, sich auf Marx und Lenin berufend, den Weg des Ausverkaufs des Landes an die westlichen imperialistischen Großmächte 1947/48 begann. Das war zum ersten Mal, daß die Führung einer Kommunistischen Partei, die an der Spitze der Regierung eines Landes stand, die Farbe wechselte. Ab diesem Zeitpunkt existierte das Phänomen, daß der moderne Revisionismus eine Staatsmacht zur Verfügung hatte.

- Die vom Tito-Revisionismus repräsentierte Ideologie und Politik des modernen Revisionismus nach 1945 wurde zum Anziehungspunkt für alle Renegaten, aber auch für schwankenden Elemente, die entgegen den klaren Gesetzmäßigkeiten der Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution durch die nicht verstandene Phase der AntiHitler-Koalition nach 1945 nun von einem Ende des „Klassenkampfes“ träumten, einer Ära des friedlichen Nebeneinanders, in der die imperialistischen Großmächte und die sozialistische Sowjetunion (und dann die Volksdemokratien) „gemeinsam“ zum Wohle der Menschheit arbeiten und was der Phrasen mehr waren. Die reale Politik des Tito-Revisionismus - im Innern wurden die wirklichen kommunistischen Kräfte mit blutigem Terror verfolgt - zeigte die Phrasen von „Neutralität“ und „nationaler Unabhängigkeit“ als Lügen, da der titoistische jugoslawische Staat zum Einflußgebiet der US-, der englischen und dann auch deutschen Imperialisten wurde. Der atmosphärische Einfluß des Titoismus war in unterschiedlichem Ausmaß auch in anderen Kommunistischen Parteien, insbesondere auch Westeuropas zu spüren, zeigte sich in Phrasen vom „besonderen nationalen Weg“, dem „friedlichen Weg“ und dem „Kampf gegen den Dogmatismus“ unter dem Vorwand angeblich grundlegender „neuer Bedingungen“ sowie der Leugnung des Endes der Anti-Hitler-Koalition. Die genaue Analyse dieser hier angerissenen Vorgeschichte des Chruschtschow-Revisionismus ist von größter Bedeutung, um tiefgehend die Kei-

me und Wurzeln revisionistischer Positionen im Zuge selbstkritischer Analysen der kommunistischen Weltbewegung heute erkennen und vernichten zu können. Ausgangspunkte sind dabei der historische Kampf der KPdSU (B) und des Kominform-Büros gegen den TitoRevisionismus sowie die wichtige ideologische Orientierung durch die beiden letzten theoretischen Schriften Stalins „Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft“ und „ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.

- Innerhalb Deutschlands zeigt sich insbesondere in der SED nach 1946 die Theorie vom „demokratischen Weg zum Sozialismus“, die fehlende Klarheit über die Grundbedingung der Diktatur des Proletariats als großes Einfallstor für die Theorie und Praxis des modernen Revisionismus. Die Entwicklung der SED (und auch der KPD in Westdeutschland) hin zu vollständig revisionistischen Parteien hat neben der gewichtigen Abhängigkeit vom Chruschtschow-Revisionismus nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 auch tiefe Wurzeln in der eigenen Geschichte, den eigenen Fehlern und eigenen falschen Grundpositionen.

II. Der Übergang vom Chruschtschow-Revisionismus zum breschnewistischen Sozialimperialismus

- Direkt nach dem Tod Stalins 1953 zeigte sich, daß auf den ideologischen Positionen Titos und unter dem Druck des US-Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte revisionistische Kräfte in der UdSSR und in der KPdSU längst in Stellung gegangen waren und gut vorbereitete Kampagnen gegen den „Personenkult Stalins“, den „Dogmatismus“, die angebliche „Mißachtung der Rolle der Volksmassen“ inszenierten, sehr rasch den TitoRevisionismus rehabilitierten, Prinzipienlosigkeit und Demagogie zum Kern ihrer Propaganda machten und bereits 1956 auf dem XX. Parteitag Chruschtschow seine Führung ausbauen und festigen und sein revisionistisches Programm der „Entstalinisierung“, der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, der Propaganda eines „friedlichen Weges“, der Restauration des Kapitalismus innerhalb der Sowjetunion klar durchsetzen konnte.

Dies wurde - wie zur Zeit der Abspaltung der Titoisten von der kommunistischen Weltbewegung - begleitet von einer Politik der Intrige, der

Verhaftungen von kommunistischen Kröften, der Rehabilitierung von Renegaten, der Restauration des Kapitalismus, gestützt auf staatliche Korruption, Zuteilung von Staatsmitteln zur Bestechung usw. Die staatliche „Planwirtschaft“ orientierte sich nach der Beseitigung der Staatsmacht der Diktatur des Proletariats durch die Chruschtschow-Revisionisten nicht mehr an den Bedürfnissen der Sowjetbevölkerung, genauer: ihrer werktätigen Mehrheit, sondern an der Linie der schrittweisen Einführung und Erweiterung des Prinzips des Maximalprofits, insbesondere auch im Außenhandel, in der Landwirtschaft und in den Industriebetrieben.

- In der ersten und entscheidenden revisionistischen Phase der Restauration des Kapitalismus unter angeblich reformierten „kommunistischen Theorien“ im Grunde nach dem Tod Stalins, insbesondere aber zur Zeit Chruschtschows 1956 bis 1964 wurde die Diktatur des Proletariats von oben nach unten abgeschafft und die Diktatur der bürokratisch-korrupten Revisionisten-Clique errichtet. Die Machtmittel des Staates, die Armee und die Kommandohöhen der Wirtschaft lagen in ihren Händen, die Kommunistische Partei hatte die Farbe gewechselt.

Die angebliche „Einheit“ der kommunistischen Weltbewegung, in Treffen 1957 und 1960 proklamiert, wurde zur Deckung des Chruschtschow-Revisionismus, die ersten öffentlichen Einwände, Kritiken und Entlarvungen vor allem ab 1963 („Polemik“) nach internen Kritiken durch die PAA und die KP Chinas gegen den Weg Chruschtschows waren erste Befreiungsschläge gegen den erstickenden Ummarmungskurs der Chruschtschow-Revisionisten in bezug auf kommunistische Kräfte.

- Auf der Weltbühne war die Zeitspanne bis 1964 vor allem durch zunehmende Kollaboration mit dem Weltimperialismus gekennzeichnet: Chruschtschows Unterstützung der Imperialisten gegen den Befreiungskampf im Kongo und in Algerien, die Unterstützung der indischen Regierung bei ihren Aggressionen gegen das sozialistische China waren beispiellose Akte des Verrats am proletarischen Internationalismus, der Beginn eines imperialistischen Verständnisses, bei dem sich die Sowjetunion als „Großmacht“ am schmutzigen Ausbeuterspiel der anderen imperialistischen Großmächte beteiligte. Die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und den Staaten des „Warschauer Paktes“

wurden zunehmend von klassischen imperialistischen Prinzipien des „ungleichen Handels“ diktiert.

III. Die Blüte des Breschnew-Revisionismus, des Sozialimperialismus und seiner Verbrechen

- Die diplomatisch vollzogene Ablösung des Oberrenegaten Chruschtschows durch Breschnew 1964 war der Beginn der Blüte des modernen Revisionismus bis in die 80er Jahre. Nach den vehementen, in vielerlei Hinsicht vollständig richtigen Kritiken der KP Chinas, der PAA und anderer kommunistischer Kräfte in der ganzen Welt und nach seiner zunehmenden Diskreditierung als Clown vor der Weltöffentlichkeit wurde Chruschtschow fallengelassen und die Gruppe um Breschnew dominierte ca. 20 Jahre lang die Politik der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes. Um vor allem die Volksmassen im eigenen Land zu täuschen und die eigene Position zu festigen, wurde der großrussische Nationalismus und die Großmachtideologie Rußlands verstärkt wiederbelebt, die Ausbeutung anderer Länder auch durch bewaffnete als „Hilfe“ getarnte Interventionen gesichert und zunehmend im Spiel der imperialistischen Großmächte auch die Rivalität zu anderen imperialistischen Mächten als Merkmal der Politik etabliert.

Die gesamte Innen- und Außenpolitik der breschnewistischen Sowjetunion war imperialistisch und konterrevolutionär, diente einzig und allein der Festigung und dem Ausbau der Macht der Bourgeoisie mit dem Parteiabzeichen, der neuen Bourgeoisie.

- Die Liste der Verbrechen der Breschnew-Revisionisten, die sich auf Marx und Lenin beriefen, ja gar die „Vernichtung“ Stalins im Vergleich zu Chruschtschow scheinbar abmilderten - in Wirklichkeit aber verfeinerten - ist lang:

Hauptpunkte waren die konterrevolutionäre Haltung zur VR China und der VR Albanien, bis hin zu Provokationen an der Grenze Chinas, die konterrevolutionäre Haltung zu den blutigen Ereignissen in Indonesien 1966 und Chile 1973, die in Rivalität mit den westlichen Imperialisten erfolgte Okkupation der revisionistisch-kapitalistischen CSSR mit anderen Warschauer-Paktstaaten, die imperialistische Politik gegen Eritrea und in Angola bis hin zum sozialimpe-

rialistischen Überfall auf Afghanistan in Rivalität vor allem mit dem USImperialismus.

- Die Haltung zur konterrevolutionären Ideologie und Politik des Chruschtschow-Breschnew-Revisionismus ist nach wie vor ein erster entscheidender Prüfstein für wirklich kommunistische Kräfte: Es kann zwischen uns und dem modernen Revisionismus keinen Mittelweg, keinen Kompromiß, keine rein akademische Debatte, keine Versöhnung geben.

Der moderne Revisionismus richtet sich gegen den wissenschaftlichen Kommunismus, arbeitet im Interesse des Weltimperialismus, ist eine Variante der Ideologie des Kapitalismus und der Reaktion. Seine Verbrechen dürfen gerade auch angesichts der nötigen theoretischen Auseinandersetzung mit der Fülle ihrer von staatlichen Institutionen erstellten revisionistischen Lehrbüchern und Büchern niemals in Vergessenheit geraten.

IV. Der Bankrott des sozialimperialistischen Revisionismus

- Bis 1989 haben die westlichen Imperialisten in Rivalität mit dem Sozialimperialismus der Sowjetunion bedeutende Erfolge errungen, vor allem auch infolge der sozialimperialistischen Intervention der UdSSR in Afghanistan, der zunehmenden Infiltration in der UdSSR durch riesige Auslandskredite und Direktinvestitionen bzw. Kapitalexport, der zunehmenden Widersprüche zwischen der brutalen nackten kapitalistischen Realität und der mehr und mehr unbrauchbar und unnötiger werdenden revisionistischen Hülle. So brach 1989 nicht der Sozialismus zusammen, sondern die letzten revisionistischen Fetzen verschwanden seit Gorbatschow.

V. Der Revisionismus und seine Wirkung in China, Albanien, Korea, Vietnam und Kuba

- Die PAA unter Führung Enver Hoxhas und die KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs arbeiteten bis Mitte der 70er Jahre führend an der Entlarvung des Sozialimperialismus der Breschnew-Führung und ihren Lakaien und an der Kritik der Ideologie und Theorie des modernen Revisionismus.

Die in der Stoßrichtung richtige Kritik enthielt jedoch selbst in unterschiedlichem Maße noch faule Zugeständnisse an den modernen Revisionismus. Der Farbwechsel der sozialistischen VR Chinas Mitte der 70er Jahre nach dem Tod Mao

Tse-tungs und einige Zeit später der sozialistischen VR Albaniens bedeutete eine weitere dramatische Niederlage der kommunistischen Weltbewegung nach der ersten riesigen Niederlage 1956, die zeigten, wie groß die Gefahr des Revisionismus in all seinen Varianten ist und wie sehr die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, tausendfach durch die Erfahrungen bestätigt und aus ihr entstanden, Ausgangspunkt der Theorie und Praxis im eigenen Land sein müssen.

- Heute existieren nach wie vor Staaten, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen, aber alle Merkmale des Revisionismus in ihrer Parteilinie und alle Merkmale des Kapitalismus und der Diktatur der Bourgeoisie besitzen: Die VR China, die VR Korea, die VR Vietnam und Kuba haben längst die Tore für den Ausverkauf an den Weltimperialismus geöffnet, die in der Phrase als „Diktatur des Proletariats“ ausgegebene polizeistaatliche Diktatur dient der Sicherheit der imperialistischen Investitionen und der im Inneren existierenden, zunehmend ungehemmten kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen. Die Orientierung an diesen letzten existierenden revisionistischen Staaten durch diese oder jene revisionistischen Organisationen auch in Deutschland ist in erster Linie Überrest des Breschnew-Revisionismus und geht fast immer einher mit der Rechtfertigung der Verbrechen des Breschnew-Revisionismus wie durch die DKP und ihre diversen Ableger.

- Heutige Mao- und Hoxha-Glorifizierer gibt es in kleinen, weitgehend rechtsopportunistischen und reformistischen Gruppierungen innerhalb Deutschlands. Das wesentliche an diesen Gruppen ist nicht so sehr die Berufung auf Mao Tse-tung und Enver Hoxha (deren kommunistische Positionen wir verteidigen, deren Fehler wir aber kritisieren müssen, Lenins Kritik an Rosa Luxemburg als Orientierung nehmend), sondern ihre zunehmende Orientierung auf den deutschen Imperialismus, den deutschen Nationalismus und die Anbiederung an die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie gepaart mit erschreckendem Legalismus und ekelhaftem Pazifismus.

VI. Den Kampf gegen den modernen Revisionismus in all seinen Erscheinungsformen weiterführen

• Anknüpfend an den bisherigen Arbeiten zur Geschichte des modernen Revisionismus, seiner Ideologie und Theorie wie auch seiner Politik müssen die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte beim Aufbau der Kommunistischen Partei den Kampf gegen den modernen Revisionismus, dessen materielle Quellen im Imperialismus liegen, systematisch und auf allen Gebieten weiterführen als vorrangige Aufgabe im Kampf gegen sämtliche Erscheinungen. Das Flugblatt Februar enthält ausschließlich Thesen und wird deshalb komplett abgedruckt, es hat zum Thema:

nungsformen der bürgerlich-reaktionären Ideologie innerhalb der berechtigten Bewegung der Arbeiterklasse und fortschrittlicher Kräfte gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Reaktion.

Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr beim Aufbau der Kommunistischen Partei - auch innerhalb der eigenen Reihen!

60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!

Keinesfalls ohne inneren Zusammenhang sind die beiden Demonstrationen gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München am 12.2. und gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 12./13. 2. 2005. In beiden Fällen gilt es vor allem dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus entgegenzutreten, ihn zu entlarven und zu bekämpfen. Die Kriegsbeteiligung des deutschen Imperialismus heute und seine selbständige Kriegsvorbereitung in Rivalität und Allianz mit anderen imperialistischen Großmächten wird ideologisch ja mehr und mehr mit der Geschichtsfälschung über den Nazi-Faschismus verbunden. Wie immer sind die offenen Nazis von der NPD die Stichwortgeber für Thesen, die seit Jahrzehnten von den anerkannten Ideologen des Revanchismus bearbeitet wurden und werden. Dabei nimmt die Lüge von der angeblich ach so „ungerechten“ Bombardierung Dresdens einen Ehrenplatz ein. Es erscheint uns daher dringend nötig, möglichst umfassend diesem Lügengebäude zunächst argumentativ den Todesstoß zu versetzen.

1. Die Bombardierung Dresdens ist nicht zufällig das Thema Nummer eins, um den Krieg der Staaten der Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland als Kriegsverbrechen anzuprangern. Denn in diesem Fragenkomplex bündeln sich wesentliche Fragen, komplizierte Fragen.

Grundlegende Klarheit über den deutschen Imperialismus, den Nazi-Faschismus und den Verlauf des Zweiten Weltkrieges, sowie die Besonderheiten und Probleme der Anti-Hitler-Koalition sind Voraussetzung, um die aggressi-

ven Lügenkampagnen der deutschen Imperialisten bekämpfen zu können, ohne nach- oder klein beizugeben. Das ist Voraussetzung dafür, dass komplizierte Probleme nicht unzulässig vereinfacht oder einfache Fragen unzulässig verkompliziert werden.

Um zu den entscheidenden Fragenkomplexen - zur Bombardierung Dresdens, zum Luftkrieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland überhaupt, sowie zur Zielsetzung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, Deutschland zu besetzen, um den Nazismus zu zerschlagen - fundiert Stellung beziehen zu können, ist zunächst die **Geschichte der Fragestellung** zu beleuchten. Diese Fragen wurden seit Beginn der Luftangriffe auf Deutschland, insbesondere in den letzten Kriegsjahren und -monaten, von Goebbels zum Zentrum der Nazi-Propaganda gemacht - und zwar nachweisbar mit dem Ziel, gerade auch jene an den Nazi-Staat und die Nazi-Wehrmacht zu binden, die nicht mehr an die Nazi-Ideologie und auch nicht mehr an den „Sieg Deutschlands“ glauben.

2. Dass die Propagandamaschinerie Goebbels gut geölt war und sehr große Erfolge gerade auch bei den „normalen“ Deutschen hatte - soll heißen, bei jenen, die keine wichtige Funktion im Nazi-Apparat hatten - zeigte sich am krassen in den letzten Wochen und Tagen des Krieges. Aufgrund des weltgeschichtlich noch nie dagewesenen Ausmaßes an reaktionärer Verhetzung, an Verbohrtheit und Charakterlosigkeit war die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung, nicht in der Lage, den Krieg von sich aus zu beenden und die Nazi-Führung zu stürzen.

3. Nach dem Krieg, nach 1945, wurde ohne wirkliche Unterbrechung bis heute das Thema „Bombardierung Dresdens“ ohne Unterlass gepflegt und gehegt. Die Analyse der Artikel und Bücher zu diesem Thema zeigt, dass sie - mit ganz wenigen Ausnahmen - nicht nur in der Tradition von Goebbels mit Lügen über die Bombardierung Dresdens selbst und über die Zusammenhänge, die dazu führten, arbeiten, sondern frontal den Luftkrieg der Alliierten als „barbarisch“ angreifen. Dabei wird vor allem ein zentrales Ziel verfolgt: Mit der „Aber-die-anderen-haben-doch-auch“-Ideologie wird die Rechtmäßigkeit des Befreiungskrieges der Staaten der Anti-Hitler-Koalition überhaupt bestritten. Die verbrecherischen und mörderischen Kriegsanstrengungen der Nazi-Armee gerade auch in den letzten Monaten des Krieges werden damit verteidigt und gerechtfertigt. Deutschland wird als „Opfer“ eines angeblichen „Angriffs“ der Alliierten dargestellt.

Die welthistorische Schande des „Durchhaltens“ der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf der Linie der Nazi-Propaganda bis buchstäblich zur letzten Minute des Krieges soll beschönigt oder gar gerechtfertigt werden.

Es ist daher auch kein Zufall, dass der heute führende „Historiker“ der international operierenden Nazis, D. Irving, für den deutschen Markt in den 60er und 70er Jahren gleich drei Bücher über Dresden und den Luftkrieg veröffentlichte und die Bombardierung Dresdens als „Kriegsverbrechen“ diffamierte, ehe er vor der Weltöffentlichkeit die Existenz der Nazi-Vernichtungslager als „Auschwitz-Lüge“ bezeichnete.

Zunächst zu Auschwitz schweigen und umso mehr zu Dresden das Maul aufreißen - das war die Taktik von D. Irving, bevor er offener und direkter Nazi-Positionen einnahm.

4. Warum verstehen manche Jugendliche heute unter dem Einfluss der bürgerlichen Presse und der anderen bürgerlichen Medien gerade den Komplex „Dresden“ ganz und gar nicht, wenn sie auch sonst in vielen Fragen den bürgerlichen Medien gegenüber kritisch eingestellt sind?

Ausgangspunkt für eine ruhige, überzeugende Erklärung und Begründung ist ein prinzipielles Verständnis dafür, dass die Völker überfallener Länder, die ausgeraubt und versklavt werden oder werden sollen, das Recht haben, sich zu

wehren, das Recht haben, einen Verteidigungskrieg zu führen, einen Krieg, der ganz und gar berechtigt, ja gerecht ist.

Das ist der allererste und noch relativ einfache Schritt als Voraussetzung, um den zweiten Schritt zu verstehen: Es genügt ganz offensichtlich nicht, die Nazi-Wehrmacht lediglich wieder zurück nach Deutschland zu jagen und somit das eigene Land von den Nazi-Mördern zu befreien. Warum war das nicht ausreichend, ja absurd? Aus dem einfachen Grund, weil die Nazis und ihre Militärmaschinerie sich auf dem Gebiet Deutschlands hätten erholen können, um den Krieg erneut mit ganzer Macht weiterzuführen, das war der Hauptgrund für die weiterreichenden Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition; eine wirkliche Beendigung des Krieges auf der Basis der **bedingungslosen Kapitulation Deutschlands** nach der Zerschlagung des Nazi-Staates und vor allem der Nazi-Armee. Dies war der entscheidende, wenn auch nicht der einzige Grund, warum die Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Grenzen Deutschlands überschreiten, Deutschland besetzen mussten. Somit ergab sich das Problem, dass alliierte Soldaten auf „deutschem Boden“ kämpfen mussten. Damit war auch klar, dass die Nazis eine große Möglichkeit erhielten, die Bevölkerung weiter an Nazi-Deutschland zu binden, ihren Aggressionskrieg gegen andere Völker „umzubenennen“ in einen „Verteidigungskrieg“, einen angeblich nun sowieso „gerechten“ Krieg angesichts der Offensive der Staaten der Anti-Hitler-Koalition.

5. Eine solche Situation wäre nur dann vermeidbar gewesen, wenn sich Stalins Hoffnung zu Anfang des Krieges, dass es aufgrund revolutionärer Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung zu einer Erhebung der antinazistischen Kräfte in Deutschland kommen würde - erleichtert durch die harten Schläge der Partisanen und alliierten Armeen gegen die Nazis - erfüllt hätte (Siehe Stalin, Werke Band 14, S. 255/256). Als aber klar war und klar wurde, dass mit einer solchen Erhebung nicht zu rechnen war (selbst in der Kriegsgefangenschaft zeigte sich, dass die Mehrheit der vielzitierten „einfachen deutschen Landser“ - vollgesogen mit Nazi-Ideologie - nicht bereit war, gegen die Nazi-Verbrecher zu kämpfen), blieb als realistisches Ziel zur Beendigung des Krieges und der Befreiung Europas und Deutschlands vom Nazi-Faschismus nur die Perspektive der **vollständigen Besetzung**

Deutschlands durch die regulären Armeen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition als Grundbedingung für die vollständige Kapitulation Nazi-Deutschlands.

6. Nur wer das Ziel der vollständigen Besetzung Nazi-Deutschlands als berechtigt anerkennt, hat überhaupt die Möglichkeit zu begreifen und zu akzeptieren, **warum die systematische Bombardierung aller Großstädte und regionaler Zentren Deutschlands eine durch vielfache Gründe berechnete und wichtige Folge der Kriegsführung der Luftwaffe der USA und Englands war.**

Die Gründe für einen solchen Luftkrieg ergaben sich keinesfalls **nur** aus „rein militärischen“ Gesichtspunkten, wenn diese Gesichtspunkte auch wesentliches Gewicht haben. Von sehr großem Gewicht war es, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu „überzeugen“, dass die Nazis größtenwahnsinnige Lügner sind.

7. Die Bombardierung von Großstädten war ein Novum in der Kriegsführung, das von den Nazis mit der Bombardierung Guernicas, Rotterdams, Warschaus, Coventrys usw. eingeführt wurde. Die Nazi-Führung hatte nach diesen Bombardierungen großmütig erklärt, dass „niemals eine Bombe deutsche Städte treffen“ würde. Die Nazis glaubten auf dem Höhepunkt ihrer Macht, sie seien „unbesiegbar“.

Ein Ziel der Kriegsführung der Anti-Hitler-Koalition war es gerade, durch den Luftkrieg unwiderlegbar den Mythos der „Unbesiegbarkeit“ der deutschen Luftwaffe, Bombe für Bombe den Glauben an die „Unfehlbarkeit“ der Nazi-Führer zu **zerschlagen**, um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre „Schutz“-Versprechen nicht halten konnte, zu brechen. Dass die Bombardierungen der deutschen Großstädte gerade in diesem Sinne Wirkung zeigten, durchaus erfolgreich waren, auch bei der Demoralisierung der direkten Nazi-Anhänger, belegen interne Nazi-Berichte. Der „Sicherheitsdienst“ der SS meldete nach der Bombardierung Hamburgs im Jahre 1943:

„dass eine große Stadt nach der anderen dem Erdboden gleichgemacht werde, liege wie ein Alptraum auf allen Volksgenossen und trage sehr wesentlich dazu bei, das Gefühl der Unsicherheit und Ausweglosigkeit zu verstärken.“ (Bericht des SD vom 29.7.43, Borberach, München 1968 „Meldungen aus dem Reich“, zitiert

nach: Götz Berganer, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S.100)

Das galt gerade auch für jene große Mehrheit, an denen Kategorien wie „Schuld an Guernica“, „moralische Verantwortung“ für KZ- und Vernichtungslager sowieso wirkungslos abprallten. Diese Mehrheit, erzogen nach der Philosophie „Der Stärkere hat recht“ und ihr gläubig verfallen, konnte sich nicht etwa von der Nazi-Führung lösen, weil ihnen klar wurde, dass die Nazis einen verbrecherischen Krieg angefangen hatten. Dies war nur möglich, wenn klar war, dass mit Hitler und seinen Leuten dieser Krieg nicht zu gewinnen war, dass die „Stärkeren“ eben die Anderen, die alliierten Armeen waren. Das war die Realität, das war der Bewusstseinsstand bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

8. Dabei ist es aber doch sehr wichtig zu verstehen, dass diese angeführten Überlegungen nicht die einzigen, vielleicht noch nicht einmal die gewichtigsten Gründe für den Luftkrieg waren. **Es gab klare militärische Notwendigkeiten, auf die nazistische Taktik der „Verwandlung der Großstädte in Festungen“ zu reagieren.** Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erzwingen, um die nazistische Vernichtungsmaschinerie zu stören und schließlich Deutschland mit möglichst geringen eigenen Verlusten besetzen zu können.

9. Dabei ehrt es die Staaten und Armeen der Anti-Hitler-Koalition, mit wie viel Anstrengungen und Mühen sie die deutsche Bevölkerung immer wieder über die Selbstverständlichkeit informierte, dass die Großstädte als logistische und militärische Zentralen längst Kampfgebiet sind. Unermüdlich wurde immer wieder erklärt, die deutsche Bevölkerung habe endlich die Großstädte zu verlassen. Und wenn sie schon zu feige zum Aufstand gegen Hitler seien, sollten sie wenigstens Kinder, Alte und Kranke aus den zum militärischen Schlachtfeld erklärten Großstädten wegbringen, die Evakuierung selbst durchführen oder - wie am Beispiel Berlins - gegen den Nazi-Staat durchsetzen.

In einem englischen Flugblatt vom 1. September 1943 mit dem Titel „An die Zivilbevölkerung der deutschen Industriegebiete“, das das Antifaschistische Plenum und die Jugend-Antifaschistische Aktion (JAA) aus Braunschweig zum 50. Jahres-

tag der Bombardierung Dresdens zur Verteidigung des alliierten Luftkriegs veröffentlichte, heißt es:

'Am 10. Mai 1942 hat Premierminister Churchill alle deutschen Städte, in denen sich die Rüstungsfabriken der deutschen Kriegsmaschine befinden, öffentlich zum Kriegsgebiet erklärt und die deutsche Zivilbevölkerung aufgefordert, diese Städte zu verlassen. Die deutsche Regierung hat es über ein Jahr lang in verbrecherischer Weise unterlassen, hinlängliche Vorkehrungen zur Evakuierung der Bevölkerung aus diesen Gebieten zu treffen.

Solange diese bedingungslose Kapitulation nicht erfolgt ist, stellen sämtliche deutschen Industriestädte einen Kriegsschauplatz dar. Jede Zivilperson, die sich auf diesem Kriegsschauplatz aufhält; läuft selbstverständlich ebenso Gefahr, ihr Leben zu verlieren, wie jede Zivilperson, die sich unbefugt auf einem Schlachtfeld aufhält...

Wer diese Warnung mißachtet, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben.'

In einem ähnlichen Flugblatt vom 23. Juni 1943 steht:

'Dies Gebiet ist Schlachtfeld.. Was die Frauen und Kinder betrifft, so haben sie auf einem Schlachtfeld nichts zu suchen.'

(Zitiert nach: G. Bergander. Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S.403)

Millionen von Flugblättern, tägliche Radio-Sendungen von Radio Moskau und BBC in deutscher Sprache (oft genug im BBC mit genauer Angabe der Uhrzeit der Bombardierung) stellten klar, dass die Angriffe sich gegen Nazi-Deutschland richteten, Teil des Kampfes für die bedingungslose Kapitulation, für die Zerstörung der Macht der Nazis war.

10. Was waren nun die Resultate des alliierten Luftkrieges, darunter schließlich auch gegen Dresden?

a) Die deutsche Großmäuligkeit von der „Vernichtung der Sowjetunion und Englands“ war dem defensiven Nazi-Gejammer über die „Zerstörung Deutschlands“ gewichen.

b) Dass dieser Krieg verloren, die Alliierten mächtiger waren, erkannten durch den dauernden Luftkrieg auch Teile der Nazi-Anhänger.

c) Deutsche Flugzeuge und Militär waren in den bombardierten Großstädten gebunden, statt an der Front kämpfen zu können.

d) Industrie und Wohnraum für die in der Industrie Arbeitenden waren in großem Umfang zerstört, Nachschub und Nachschubwege, aber auch Zentralen der Nazi-Verwaltung wurden in erheblichem Umfang vernichtet.

11. Auf der Grundlage dieser Überlegungen kann über jene Art der „Argumente“ gesprochen werden, die gegen die Bombardierung Dresdens seit 1945 ohne Unterbrechung und mit gleicher Niveaulosigkeit immer und immer wieder vorgebracht werden. Dabei ist es zunächst keineswegs nebensächlich, dass all jene, die ganz spezielle „Dresden-Gründe“ benennen, keinesfalls nur gegen die Bombardierung Dresdens sind, um statt dessen eine gründlichere Zerstörung Berlins oder Hamburgs zu fordern! Das wäre zwar abstrakt denkbar, ist aber in der Realität nicht existent. All die „Dresden-Gründe“ dienen nur als Vorwand, um den Luftkrieg, ja die alliierte Kriegsführung überhaupt als „ungerecht“, ja als angebliches „Kriegsverbrechen“ zu diffamieren.

Lohnt es sich da, diese „Dresden-Gründe“ auch noch im Einzelnen zu widerlegen? Ja, unter dem Gesichtspunkt, Schwankenden und Verunsicherten zu helfen, die ganze demagogische Kette der Hetze gegen die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu durchschauen.

12. Das fünffache Credo der „Dresden-Ideologen“ lautet:

a) „Der Krieg war doch schon entschieden“. Wäre also die Bombardierung 2 Jahre vorher berechtigt gewesen? Soll das damit gesagt werden? Wohl kaum. Dass der Krieg schon „entschieden“ war, ist eine Halbwahrheit. Es stimmt einerseits seit der Schlacht um Stalingrad, stimmt andererseits nicht, da bis zum 8. Mai 1945 in Berlin Haus um Haus von der Roten Armee erkämpft werden mußte, die Verluste gerade der Roten Armee in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges große Ausmaße annahmen.

(2) Obwohl der Krieg „schon längst entschieden“ war. Weil „entschieden“ solange hypothetisch blieb, bis nicht die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands real durchgesetzt war.

los" wird behauptet. Das sahen die Nazis anders, die Dresden planmäßig zur „Festung“ ausbauten. Und das sahen auch die Alliierten anders, die ganz eindeutig erklärten, dass Dresden eine wichtige Nazi-Festung war.

Eine sowjetische Erklärung von 1945 legte dar, dass Dresden,

‘eine Rüstkammer Deutschlands sei, ein Pulverfaß, eine Nachschubquelle, die das Material für die Vernichtung friedliebender Völker liefert.’

(W. A. Ruhen, Abschaum der Menschheit 2.6.45. Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung)

In einem Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 wird Dresden als **„mächtiger Verteidigungsknoten in Sachsen“** charakterisiert. (Zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3./4. Mai 1975)

c) „Dresden war doch Aufnahmestadt für Flüchtlinge“ heißt es, die „armen Flüchtlinge...“ folgt meistens. Das Problem war jedoch, dass die Flüchtlingsbewegung zwar dem Vormarsch der Roten Armee nützte. Die Festsetzung, administrative Versorgung und militärische Rekrutierung der Flüchtlinge diente hingegen nur der Stabilisierung des zusammenbrechenden Nazi-Regimes. Es lag in der Tragik dieser Phase des Krieges, dass die Flüchtlinge in jeder Hinsicht den Nazis noch mehr glaubten als den Alliierten, die massiv und deutlich die Evakuierung der Großstädte gefordert hatten. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser „Flüchtlinge“ Nazi-Verbrecher waren, die ihre Bestrafung durch die Rote Armee zu recht fürchteten.

d) Vielleicht am unerträglichsten ist das Gekammert über die „zerstörte Kultur“ und die zerstörte „Frauenkirche“ (die nun für zig Millionen wieder aufgebaut werden wird). Vor allem die revisionistische SED tut sich dabei besonders hervor. In ihrer Standardliteratur über die Zerstörung Dresdens wird immer wieder gekammert, dass **„Dresden - Kleinod der Menschheit“** zerstört wurde (siehe: W. Weidauer, Inferno Dresden, B. Auflage, Berlin 1990, S.5).

Es war Krieg. So einfach ist das. Und wer die Zerstörung von Kultur nicht will, mußte den Aufstand gegen das Nazi-Regime wagen, anstatt sich bis zum Schluß am Nazi-Krieg zu beteiligen!

e) Das mit Sicherheit demagogischste Argument ist die Behauptung, dass die Zerstörung von 60 Prozent der Häuser Dresdens sich eigentlich gegen den Vormarsch der Roten Armee gerichtet habe. Diese Art der Argumentation (die keinesfalls nur von den SED-Revisionisten vorgetragen wird), übersieht, dass die Nazis so oder so auf ihrem Rückzug die Politik der „Verbrannten Erde“ betrieben haben. Dabei gehört zu den Ungereimtheiten der „Dresden-Ideologen“, dass sie einerseits behaupten, der Luftkrieg sei besonders massiv im Osten durchgeführt worden, um durch die Zerstörungen der Roten Armee die wirtschaftliche Basis für den Neuanfang zu erschweren, gleichzeitig wird aber „angeprangert“, dass doch auch so wenig Industrie in Dresden zerstört worden sei. Nur nebenbei: Die Zerstörung Dresdens ist gering, gemessen an zerstörten Gebäuden in Städten wie Köln, Stuttgart, Pforzheim usw. Auch dies zeigt, dass dieser Argumentationsstrang ein Schuß ist, der nach hinten los geht.

Ja, es gab Widersprüche zwischen den Armeen der imperialistischen Länder USA und England einerseits und der Armee der sozialistischen Sowjetunion andererseits. Doch diese Widersprüche bezogen sich nicht darauf, dass die Sowjetunion etwa an England kritisierte, dass es zu heftig und brutal Deutschland bekämpfte, sondern ganz im Gegenteil, dass zu schwach und zu ineffektiv gekämpft wurde.

Die Bombardierung deutscher Großstädte geschah im Einvernehmen aller Alliierten. Das zeigen die Dokumente eindeutig. Zum Beispiel schrieb Stalin am 19.4.1943 an Churchill:

‘Ich freue mich, dass Sie beabsichtigen, die Bombenangriffe auf deutsche Städte in ständig wachsendem Umfang fortzusetzen.’

(Stalin, Briefwechsel mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Tnunan, Berlin 1961)

Und am 14. Januar 1944 schreibt Stalin an Churchill:

‘Folglich brauchen Sie die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen, sondern sollten sie möglichst verstärken.’

(ebenda. S. 230)

Die richtige Haltung zu Dresden ist keine Spezialfrage irgendwelcher studierten Militärs oder Möchtegern-„Militärfachleute“, die darüber fachsimpeln, wo mehr oder wo weniger Bomben hätten geworfen werden müssen.

Es ist bei genauerem Hinsehen überhaupt keine Dresden-Frage: Es geht um die Rechtfertigung der Kriegsanstrengungen der Nazis als „Verteidigung“, um die Diffamierung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, es geht darum, den NaziFaschismus schrittweise zu rehabilitieren, wobei diese Schritte immer größer werden.

Es ist die zwingende Aufgabe aller kommunistischen Kräfte, auch wenn es eigentlich nur um

Im März 2005 erschien das Flugblatt:

konsequent demokratisch zu klärende Fragen geht, auch bei der Aufklärung dieser Fragen voranzugehen, Informationen, Materialien und Dokumente zu verbreiten, um richtigen antinazistischen Dokumenten angesichts der Geschichtsfälscher zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Flugblatt enthält noch einen Artikel zu dem Thema: Gegen den schmutzigen Chauvinismus der PDS zur Bombardierung Dresdens!

Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Nepal!

Auch die Nachrichtensperre des reaktionären nepalesischen Regimes und die Verbannung zu sporadischen Randnotizen in den imperialistischen Medien können nichts daran ändern, daß die bewaffneten Kämpfe in Nepal unvermindert weitergehen, auch nach der Auseinanderjagung des Parlaments und der Verhängung des Ausnahmezustands durch den nepalesischen König Anfang Februar dieses Jahres.

Seit 1996 entwickelt sich in Nepal ein revolutionärer bewaffneter Befreiungskrieg in die Breite und in die Tiefe, der sich auf die aktive Sympathie und Unterstützung breiter Massen der am meisten Ausgebeuteten und Geknechteten vor allem auf dem Land stützen kann, aber auch in den Städten verankert ist. Besonders hervorstechend ist in all diesen Kämpfen, auch in den bewaffneten Aktionen, die große Beteiligung der Frauen.

Die Nervosität der lokalen Machthaber Nepals und die Besorgnis der imperialistischen Großmächte, gerade auch des deutschen Imperialismus, hängt eng damit zusammen, daß an der Spitze der bewaffneten Kämpfe Kräfte stehen, die sich am wissenschaftlichen Kommunismus orientieren, sich als Teil der Kräfte der proletarischen Weltrevolution verstehen und von Anfang an unmißverständlich erklärt haben, daß ihr Ziel eine tiefgreifende antiimperialistisch-antifeudale Revolution in Nepal ist, wie sie in China in den 30er und 40er Jahren unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas auf dem Weg eines lang andauernden Volkskrieges siegreich durchgeführt worden war.

Einige Merkmale und Besonderheiten des revolutionären Krieges in Nepal

Diese werden zu folgenden Themen ausgeführt:

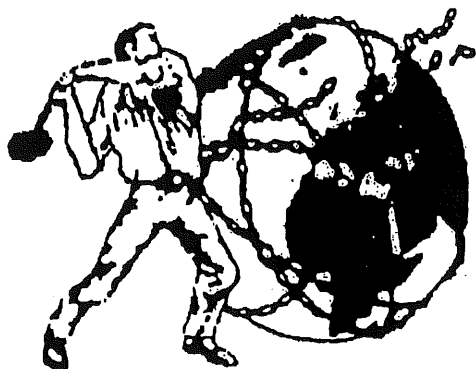
Antifeudale und antiimperialistische Revolution, Bewaffnung, Schaffung von Stützpunkten und Gebieten, Verbindung der kämpfenden Bäuerinnen und Bauern mit den Werktätigen in der Stadt, Breite Beteiligung der werktätigen Frauen, Breite Beteiligung der unterdrückten Minderheitsvölker und unterdrückten Kasten

Das Flugblatt endet mit einem Abschnitt über die unterdrückerische Politik der imperialistischen Großmächte in Nepal, vor allem der USA, Englands und Deutschlands, die darauf abzielt den bewaffneten Befreiungskampf zu vernichten. Indien spielt dabei eine doppelte Rolle: Es verfolgt seine eigenen expansionistischen Interessen und operiert gleichzeitig als Werkzeug der imperialistischen Großmächte.

Das Fazit lautet:

„Es ist die Pflicht aller antiimperialistisch eingestellten Kräfte, den revolutionären Befreiungskampf moralisch, politisch und materiell maximal zu unterstützen, was auch das Studium der Dokumente und die solidarische Debatte mit den am Kommunismus orientierten Kräfte in Nepal fordert. Denn proletarische Internationalismus bedeutet Solidarität in Wort und Tat.“

Das Flugblatt enthält darüber hinaus Artikel zu folgenden Themen: Über den Weg der Revolution in Nepal • Unsere Einschätzung der Lehren und des Werks Mao Tse-tungs • Einige Fakten zu Nepal • Der deutsche Imperialismus – tödlicher Feind der kämpfenden Werktätigen Massen in Nepal.



Bulletin 2/05

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder
Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publi-
kationen von „Gegen die Strömung“ - Organ für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistische
Partei Deutschlands: April - Juni 2005

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch,
Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt im April 2005 hat zum Thema:

**Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPD-Wahlerfolge unter
dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktion am 8. Mai in Berlin:**

**Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung!
Kampf dem staatlichen Terror!**

„Die Nazis in Deutschland heute sind in jeder Hinsicht Teil des deutschen Imperialismus. Die Nazis haben ideologisch seit Jahrzehnten die Vorreiterrolle übernommen; ob das nun sichtbar wurde an der Parole ‚Stolz, ein Deutscher zu sein‘ oder der Politik der ‚Verschärfung des Asylrechts‘, dem ‚Ausländer raus‘ oder bei der Rehabilitierung der Nazi-Verbrecher und bei der Relativierung der Nazi-Verbrechen. Stück für Stück übernahmen die anderen Abteilungen des deutschen Imperialismus diese Parolen und setzten sie in Politik um. Aktuell war der Nazi-Aufmarsch in Dresden gegen die Alliierten, der Anti-Hitler-Koalition der deutlichste Beweis: Die 5000 Nazis sprachen dasselbe vielleicht etwas drastischer aus, was auch die 50.000 deutsch-national verhetzten ‚normalen Dresdner Bürger‘ in ihrer Gedenk-Demonstration zum Ausdruck brachten: Der gerechte Krieg gegen Nazi-Deutschland war angeblich ein großes Unrecht und Deutschland wurde zu Unrecht bombardiert! Aber nicht nur ideologisch, auch ganz handfest sind die Nazis Vorreiter des deutschen Imperialismus, wie sich an den Überfällen auf Flüchtlinge, ja dem Nazi-Terror gegen alle von den Nazis als ‚undeutsch‘ eingestuft Menschen zeigt.

Gleichzeitig gilt: Wesentlich mehr Menschen kamen durch die staatlichen Behörden (BGS-Grenzschutz, Abschiebeaktionen der Polizei usw.) ums Leben, als durch die Nazi-Überfälle

auf der Straße. So haben die Nazis auch die Funktion, in gewisser Weise von diesem staatlichen Terror abzulenken. Die richtige Antwort darauf ist aber nicht, die Nazis unbehelligt zu lassen, sondern gegen die Nazis als Teil des Problems, als Teil des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus vorzugehen, ohne sich vom grundlegenden Kampf gegen die staatliche Fasischisierung, gegen den deutschen Imperialismus sowie das System des Kapitalismus ablenken zu lassen. Der Kampf gegen die Nazis ist eine notwendige Aufgabe mehr in unserem Kampf, nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

„Deutsche Zustände“: Nazi-Propaganda, Nazi-Aufmärsche, Nazi-Terror, Nazi-Morde

„Im Fahrwasser des allgemeinen Vormarsches des deutschen Imperialismus im Innern und international ging und geht der tagtägliche Nazi-terror bis heute ungehindert weiter.“

Im weiteren behandelt das Flugblatt z.B. Nazi-Morde, antisemitische Verbrechen, die Beteiligung der Nazis im Staatsapparat, die Machtzentren der Nazis, ihre militärische Aufrüstung.

Wie der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus den Nazi-Terror vertuschen und die Nazis in Schutz nehmen

„Der Staatsapparat und die Medien des deut-

schen Imperialismus haben ein ganzes System von Betrugs- und Verschleierungsmanövern perfektioniert, um den Protest gegen Nazi-Verbrechen schon im Keim zu ersticken und eine weitgehende ‚Gewöhnung‘ an den Nazi-Terror durchzusetzen.“

Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus:

Die Nazis mitten im Staatsapparat!

In diesem Abschnitt wird der Zusammenhang zwischen den Nazi-Banden auf der Straße und den Nazis im Staatsapparat und ihre inhaltliche Übereinstimmung mit den zentralen Zielen des deutschen Imperialismus dargestellt.

„Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriege nach außen, im Inneren Abschiebung und Abschiebungsterror... Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus ist der Hauptakteur nach innen und nach außen, er verfügt nicht nur über ungleich mehr Mittel und Macht, er benutzt sie auch für seine mörderische Abschiebungs- und Kriegspolitik.“

Betont wird, eine entscheidende Rolle der Nazis ist,

„... daß sie als Stichwortgeber und Schlagwortträger für staatliche Politik dienen.“

und eine weitere Rolle der Nazis ist, daß sie:

„... als Vorreiter, als ‚Versuchsballon‘, wie weit sich die deutsche Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben“ dienen.

Es wird folgendes Fazit gezogen:

„Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, daß der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf gegen den Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt, daß der Kampf gegen die Nazis nur wirklich effektiv geführt werden kann, wenn der Kampf gegen die Nazis auf der Straße mit dem Kampf gegen die nazistischen Schreibtischtäter, Richter und Beamten sowie mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror insgesamt verbunden wird.“

Auswertung der Kampferfahrungen gegen die Nazis und Aufgaben im Kampf gegen die Nazis

„Die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten und Terrorisierten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte

organisieren!“ wird als Aufgabe gestellt. Und dabei gilt:

„Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden! Mit aller Kraft, überall wo die Nazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen die Nazis organisiert werden!“

Weiter werden folgende Aufgaben behandelt:

- *„Den militanten Kampf der Nazis auf der Straße weiter verstärken!...“*
- *Gegen die Vertuschung der Nazi-Verbrechen - durch eigenständige Recherche das ganze ungeheure Ausmaß des Nazi-Terrors aufdecken!...“*
- *Den Kampf gegen die Nazi-Ideologie nicht unterschätzen!...“*
- *Der Abwiegelei und der Verwirrung entgegenzutreten!...“*

Unter der Überschrift *„Den Kampf gegen den staatlichen Terror nicht unterschätzen!“* wird betont,

„Wer nicht bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte gegen die Nazis zu kämpfen, deren Zusammenspiel mit dem deutschen Staat zu entlarven, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.“

Das Flugblatt schließt mit folgender grundlegender Position von GDS:

„Die Ursachen für Ausbeutung, Faschisierung, Nazismus und Erwerbslosigkeit liegen im kapitalistischen System selbst. Deshalb geht es darum für die Vorbereitung der proletarischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die demokratischen Kämpfe in diesen Kampf ein- und ihm unterzuordnen. Heute ist vor allem der Kampf um den Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei entscheidend,...“

Es gilt daher für uns Kommunistinnen und Kommunisten den Kampf gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden und -Parteien, ja sämtliche demokratischen Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus ein- und unterzuordnen....“

Darüber hinaus enthält das Flugblatt kurze Beiträge zu *„Nazi-Morde in Dortmund und München“* und *„Ausschnitte des täglichen staatlichen Terrors“*. Dem Flugblatt liegt der Nachruf zum Genossen Albert Odenthal bei.

8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus - 8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch

Argumente gegen Geschichtsrevisionismus

I. Die Verbrechen des Nazi-Faschismus als Ausgangspunkt

Behandelt werden: Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte, Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern, die Millionenfache Sklavenarbeit, die Bombardierungen von Städten, Geiseler-schießungen, Zwangsgermanisierungspolitik, der Massenmord an Kranken und Behinderten, der Massenmord an Polen und Polinnen, der Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung, an sowjetischen Kriegsgefangenen, der antisemitische Terror und die Pogrome sowie rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas und der rassistische Völkermord an „Zigeunern“, den Sinti und Roma.

II. Die Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands

„Sie war insbesondere auch deshalb notwendig, weil es keinen antinazistischen Massenwiderstand, keinen bewaffneten Massenkampf... gab, der aus eigener Kraft das Naziregime hätte stürzen können... Die Besetzung Deutschland war also eine militärische Notwendigkeit, um die Nazi-Armee und SS sowie alle anderen bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus zu entwaffnen, sie möglichst vollständig zu zerschlagen..., um den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus und damit das erneute Entstehen eines Kriegsherdens Deutschland, der die Völker der Welt mit einem neuen Raubkrieg bedroht, zu verhindern.

Die Besetzung Deutschland war eine politische Notwendigkeit, um auf der Basis der bewaffneten Niederhaltung der nazistischen und pronazistischen Kräfte, ja sämtlicher reaktionärer Kräfte des deutschen Imperialismus, die gegen das Potsdamer Abkommen auftraten, die antinazistische Erziehung der ausgebeuteten und werktätigen Massen im Kampf für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands überhaupt anpacken zu können.

Die Besetzung Deutschland war notwendig, um größtmögliche Reparationen für die begangenen Nazi-Verbrechen garantieren zu können.“

III. Das Potsdamer Abkommen

Dieser Absatz behandelt die zentralen Aussagen des Potsdamer Abkommens.

„Das Potsdamer Abkommen traf mit seinen Forderungen und Beschlüsse sehr weitgehend zentrale Interessen der deutschen Imperialisten und war eine zentrale Waffe im Kampf der kommunistischen Kräfte gegen den deutschen Imperialismus.“

Zur Verantwortung der deutschen Bevölkerung für die Naziverbrechen und zur Notwendigkeit von Reparationen

Dieser Teil zeigt, daß und wie die deutsche Bevölkerung von ihrer Verantwortung für die Nazi-Verbrechen überzeugt werden muß.

Es werden die „wesentliche Kernpunkte für ein richtiges Herangehen an die Frage der Schuld und Verantwortung der deutschen Bevölkerung (aus der Perspektive der Anti-Hitler-Koalition) bzw. der Mitschuld und Mitverantwortung der Masse der Werktätigen (aus der ‚innerdeutschen‘ Perspektive der antinazistischen Kräfte) an den Nazi-Verbrechen“ aufgezeigt.

Zu Frage von Reparationen wird ausgeführt:

„Völlig zu recht legten die Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition fest, daß Deutschland gezwungen werden sollte, Reparationen im größtmöglichen Ausmaße zu leisten.“

Zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens und zur Notwendigkeit der Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn

Das Potsdamer Abkommen legte dann genauer die Oder-Neiße als Westgrenze Polens fest.

Weil es noch keinen Friedensvertrag gebe, spekulierten und spekulieren die politischen Abteilungen des deutsche Imperialismus damit, als sei

die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich nicht gültig.

„Denn mit der Grenzziehung war untrennbar der Beschluß zur Umsiedlung von deutscher Bevölkerung aus Polen und den anderen Ländern verknüpft.“ Weiter wird ausgeführt:

„Ein weiterer Kernpunkt der reaktionären Hetze gegen das Potsdamer Abkommen war es auch direkt nach 1945, die Umsiedlungen aus Polen und der Tschechoslowakei als ‚unrechtmäßig‘ zu bezeichnen und als ‚Verbrechen‘ zu titulieren. Dahinter stand das Verlangen des deutschen Imperialismus nach Revision der Grenzen, nach der ‚Heimholung‘ der angeblich ‚deutschen‘ Ostgebiete..., das der direkt nach 1945 formuliert und bis heute nie aufgegeben hat.“

Weiter wird entlarvt, die Lüge von den „ur-deutschen“ Gebieten, die angeblich „Deutschland geraubt“ worden seien.

„Der weitaus größte Teil der Gebiete um die Oder-Neiße-Linie wurde in den letzten Jahrhunderten zusammengeraubt, kolonialisiert und ... mit deutscher Bevölkerung besiedelt. Die deutschen herrschenden Klassen betrieben jahrhundertlang eine brutale Politik des Raubes, der Versklavung und der Vernichtung der dort lebenden Bevölkerung... Die Nazi-SS und Wehrmachtshorden trieben diese ‚deutsche Tradition‘ durch unvorstellbare Grausamkeit und Brutalität auf die Spitze.“

Staatliche Unabhängigkeit Österreichs.

Das Potsdamer Abkommen führt zu recht aus:

„Die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika kommen überein, daß Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muß. Sie betrachten den Anschluss der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig.“

Der letzte Teil zeigt auf, daß das Potsdamer Abkommen und die Entwürfe nicht nur für einen Friedensvertrag wesentliche Waffen im Kampf

um die geschichtliche Wahrheit sind, viel wichtiger ist, daß,

„jeder einzelne Punkt des Potsdamer Abkommens ... ideologisch und politisch verstanden und gegen die Hetze der deutschen Imperialisten verteidigt werden“ muß.

„Über ‚Sozialismus und Kommunismus‘ zu diskutieren wird dann absurd und reaktionär, wenn selbst einfachste und grundlegendste demokratische Prinzipien, wie sie im Potsdamer Abkommen festgehalten wurden, nicht durchdacht, nicht akzeptiert, oder sogar angegriffen werden...“

Es gilt gerade am 60. Jahrestag des Sieges über den Nazifaschismus, Grundfragen der sozialistischen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, der Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus, Fragen des Aufbaus der kommunistischen Partei zur Diskussion zu stellen.“

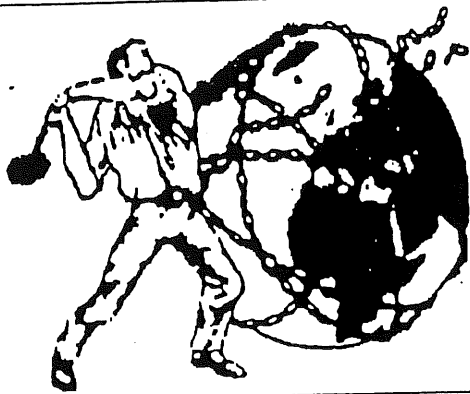
Weiter kritisiert das Flugblatt ein reformistisches Herangehen an den deutschen Imperialismus:

„Die ‚Wurzeln des Nazismus‘ ausreißen und vernichten, wie der Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald formulierte – das heißt mehr als im Grunde nur reformistische Arbeit am eigenen Ort zu leisten, dafür ist eine gewaltige, grundlegende revolutionäre kommunistische Arbeit nötig: Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten den reaktionären Staatsapparat des deutschen Imperialismus zerschlagen... Es geht vor allem darum, auf den Trümmern des bürgerlichen Staates einen neuen Staat aufzubauen... Die Diktatur des Proletariats, die die gestürzte Ausbeuter und sämtliche Reaktionäre niederhält und echte sozialistische Demokratie verwirklicht, um die kommunistische Gesellschaft zu erkämpfen.“

Ernsthaft über Revolution nachdenken, ernsthaft die Wurzeln des Nazifaschismus vernichten wollen – das heißt zwangsläufig früher oder später auf die Frage der KP zu stoßen...“

Das Flugblatt enthält darüber hinaus einen Beitrag „zur geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Rede des Bundespräsidenten Köhler am 8. Mai 2005“

Das Flugblatt erschien in einer Langform und einer Kurzform.



Bulletin 3/05

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikatio-
nen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Auf-
bau der Revolutionären Kommunistischen Partei
Deutschlands: Juli - Oktober 2005

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch,
Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Juli/August hat zum Thema:

50 Jahre Bundeswehr - Den „dritten Anlauf“ des deutschen Militarismus bekämpfen! Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: KRIEG

„Die Geschichte des deutschen Militärs ist gekennzeichnet von Eroberungskriegen, Niedermetzelung der revolutionären Arbeiterbewegung, beispiellosen Verbrechen an der Zivilbevölkerung der kolonialisierten und überfallenen Länder, Massensmord, Völkermord. Die Gegenwart des deutschen Militärs in der Phase der Konsolidierung nach der Niederlage der nazifaschistischen Wehrmacht 1945 heute: Bombardierung Serbiens 1999 - noch gemeinsam mit England und den USA - Voraustrupps in über einem Dutzend Ländern, Besatzungspolitik in Afghanistan und auf dem Staatsgebiet von Ex-Jugoslawien. Unstrittig die Perspektive nach Innen: Der Ausbau zur effektiven Bürgerkriegsarmee zwecks Sicherung des Kapitalismus im Inneren! Und die Pläne des deutschen Imperialismus für die Zukunft? Was verbirgt sich hinter der Parole „Das Einsatzgebiet ist die ganze Welt“ und dem Ziel des „ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“? Die Antwort ist: Dritter Anlauf zur Neuaufteilung der Welt und zur Weltherrschaft durch imperialistische Kriege!

I. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von 2003 – Ausdruck der Kriegspläne des deutschen Imperialismus

Das Flugblatt zeigt anhand der VPR der Bundeswehr, dem zentralen öffentlichen Planungspapier auf, welche mittel- und langfristigen Ziele die deutschen Militärs verfolgen.

Kriegsminister Struck erklärte die ganze Welt zum Einsatzgebiet der Bundeswehr.

„Die Bundeswehr hat inzwischen ca. 6500 Soldaten in anderen Ländern stationiert und in verschiedenen Ländern Militärstützpunkte aufgebaut, insbesondere in Afghanistan, Kosowa, in Bosnien und Herzegowina, aber auch Usbekistan oder am Horn von Afrika ... wegen der Rotation der Soldaten (sind) allein seit 1998 mehr als 100.000 Soldatinnen und Soldaten ...im internationalen Einsatz.“

Es wird anhand von Zitaten aus den VPR gezeigt:

„Das ist nicht anderes als die Umschreibung von imperialistischen Aggressionen und Angriffskriegen, um etwa für den deutschen Imperialismus den freien Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu sichern.“

Mit weiteren Zitaten aus den VPR werden die folgenden Zielrichtungen des deutschen Imperialismus belegt:

Erste Zielrichtung: Gegen „internationalen Terrorismus“ und „zunehmende Migrationsbewegung“

„Im Visier der deutschen Militärstrategen sind gerade auch die ‚Konflikte‘, bei denen sich die vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker gegen ihr Elend und gegen ihre Ausbeutung sowie gegen die Ausplünderung ihrer Länder zur Wehr setzen bzw. die Millionen, die gezwungen sind, aus ihren Ländern in die imperialistischen Metropolen zu fliehen.“

Die deutschen Imperialisten fürchten antiimperialistische Revolutionen:

Sie „... definieren ... revolutionäre, kommunistische Organisationen, welche den bewaffneten Kampf für dieses Ziel führen auch als 'terroristisch'...“

Es bleibt festzuhalten:

„Die Bundeswehr ist ein mörderisches Instrument des deutschen Imperialismus gegen die unterdrückten Völker und ihre Befreiungskämpfe.“

Zweite Zielrichtung: Gegen die imperialistischen Konkurrenten, vor allem gegen den US-Imperialismus weltweit.

„Im Aufbau und der Formierung einer 'EU-Armee' sehen die deutschen Militaristen ein wichtiges Instrument für ihr Ziel, weltweit Kriege ohne Beteiligung und damit Einmischung der USA führen zu können.“

In dieser europäischen Armee stellt der deutsche Imperialismus das größte Truppenkontingent.

Der deutsche Imperialismus setzt zudem auf ein Bündnis mit dem russischen Imperialismus:

„Insbesondere im Vorfeld des Irak-Krieges ist das Zusammengehen des deutschen, französischen und russischen Imperialismus, das den Charakter einer Koalition, eines Bündnisses getragen hat, gegen die Koalition des US-Imperialismus mit dem englischen Imperialismus zum ersten Mal international deutlich sichtbar geworden.“

Dritte Zielrichtung: „Zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inneren“ zur Bürgerkriegsarmee.

Anhand der Zitate aus den VPR wird belegt:

„Die Verleumdung revolutionärer Organisationen und militant geführter Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus in der Vergangenheit als „terroristische“ oder „kriminelle“ Aktionen zeigt deutlich, gegen wen sich der Einsatz der Bundeswehr richten wird.“

II. Das Programm der militärischen Aufrüstung und umfassenden Militarisierung für die nächsten Jahre

Dieser Abschnitt zeigt wie der deutsche Imperialismus seine Ziele in militärischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht verwirklichen will. Die deutsche Bevölkerung wird schrittwei-

se an immer größere und offenere Kriegseinsätze gewöhnt.

Es wird betont, „...dass die wichtigsten Fragen eben nur militärisch gelöst werden können...“

Die deutschen Imperialisten werden aller möglichen reaktionären Ideologien wie Chauvinismus, Rassismus und Antikommunismus mobilisieren.

„Denn ohne chauvinistische Verhetzung der eigenen Bevölkerung werden die deutschen Imperialisten ihre Kriegs- und Weltherrschaftsziele nicht verwirklichen können.“

Anzeige:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt

Offen: Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

III. Die langfristigen Ziele des deutschen Imperialismus: Neuaufteilung der Welt beim dritten Anlauf zur Weltherrschaft

Es wird die Schwierigkeit gezeigt, dass aktuelle Fakten und Tatsachen für einen geplanten Revanchekrieg nicht einfach aufgezeigt werden können:

„Die ganze Dimension zukünftiger Zuspitzung lässt sich nur auf dem Boden der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus im allgemeinen und der grundlegenden Merkmale und Besonderheiten des deutschen Imperialismus im besonderen analysieren.“

Unter der Überschrift: „Ist ein Krieg gegen die USA möglich?“ werden grundlegende Aspekte und Faktoren aufgeführt, die belegen, dass der deutsche Imperialismus sich gegenüber den USA in keiner „aussichtslosen Position“ befindet.

„Die Tatsache, dass der deutsche Imperialismus auf verschiedenen Gebieten heute (noch) schwächer ist als der US-Imperialismus und teilweise auch noch im Hintertreffen ist auch gegenüber anderen imperialistischen Großmächten, bedeutet nicht, dass er den Kampf erst gar nicht aufnimmt, sondern bedingt, dass er eben mit besonderer Aggressivität die größten Anstrengungen unternimmt, um alle und jegliche Faktoren zu mobilisieren, um dies mittel- und langfristig zu ändern.“

Auch wenn derzeit die Einschätzung so ist, dass ein direkter Krieg zwischen imperialistischen

Großmächten nicht bzw. nicht unmittelbar bevorsteht, wird darauf hingewiesen dass die Neu-aufteilung der Welt nicht friedlich erfolgt:

„Welches Einflussgebiet welchem Imperialisten „zusteht“, welcher imperialistische Räuber das „Recht“ auf den größten Anteil der Beute hat, darüber entscheidet im Imperialismus letztendlich die militärische Stärke, das gewaltsame Kräftemessen durch den imperialistischen Krieg. Vor allem ist dies ein Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten um die Weltherrschaft, die sie über lokale imperialistische Kriege, ja ein neues imperialistisches Weltgemetzel verwirklichen wollen.“

IV. Kampf der Bundeswehr, der mörderischen Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

„Die Bundeswehr ist nicht mehr und nicht weniger als ein Instrument des besonders aggressiven deutschen Imperialismus. Sie dient nach außen wie nach innen der Sicherung des Grundprinzips dieser Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, dem Profit, dem Maximalprofit, der Aufteilung der Welt nach dem Gesetz der Stärke. Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist die Bundeswehr Werkzeug der Konterrevolution und imperialistischen Aggression.

Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher eigenständiger Kriegsherd, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuauftellung der

Das Flugblatt September/ Oktober hat folgendes Thema:

Einflusssphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet.“

Wichtig ist zu erkennen:

„Die Geschichte aller Revolutionen bestätigt, dass solche Armeen wie die Bundeswehr nicht von selbst verschwinden, dass ihre Eliteeinheiten, aber auch andere Truppenteile ohne Zögern aufrebellierende Soldaten und Aufständische im eigenen Land schießen werden. Es ist unmöglich eine solche Armee durch „Überzeugung“ der Soldaten nur „von innen her“ zu überwinden und zu beseitigen.“

Für den Kampf ist die

„.... systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ... entscheidender Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen einzelne konkrete Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich Kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen.“

Das Flugblatt enthält noch folgende Artikel: Bundeswehr trainiert den Häuserkampf und die Eroberung von Städten ● Die Bundeswehr: Aufgebaut von Offizieren der SS und der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht ● Die Interessen des deutschen Imperialismus im Sudan stehen in Rivalität zum US-Imperialismus● Linkspartei/PDS an der Seite des deutschen Imperialismus:

„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“

Streik bei Infineon München: Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher

„Die Angriffe der Kapitalisten gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon München-Perlach reihen sich ein in die Angriffe gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW, Daimler-Chrysler, Opel und anderen Betrieben. Bei Infineon wurde die Schließung des Werks für das Jahr 2007 und die Verlagerung der Produktion in zwei andere Werke angekündigt. Alle 800 Beschäftigten direkt bei Infineon und 200 bei Zulieferfirmen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.“

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Infineon begannen am 24.10.2005 einen unbefristeten Streik gegen die Schließung des Werks in München-Perlach.

Die **Solidarische Unterstützung** von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften war bereits vom ersten Tag an sehr groß.

Abwiegelei der DGB-Fürsten

Fritz Schlösser, ein DGB-Fürst aus Bayern, fiel den Streikenden prompt in den Rücken:

„Er verliert kein Wort zum Polizeieinsatz, betreibt dafür Abwiegelei und Hetze gegen die Streikenden!“

Er reiht sich ein in die Hetze der Kapitalisten, die die Blockade der Werkstore für rechtswidrig erklären.

Kampf gegen Streikbrecher – Den Legalismus bekämpfen

„Zur Einschüchterung ließ Infineon am zweiten Streiktag eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei am Werkstor aufmarschieren.“

Die Streikenden ließen sich aber trotz aller Hetze der Kapitalisten, der Streikbrecher und der bürgerlichen Presse nicht einschüchtern.

„Die Erfahrung des Streiks zeigt, dass es richtig ist, sich nicht auf den eng gesteckten Rahmen der Legalität zu beschränken, der z.B. vorschreibt eine 4 m breite Gasse für Streikbrecher offen zu halten. Es gilt konsequent die Produktion zu verhindern und damit auch eine Kettenreaktion auf andere Betriebe auszulösen, die dann aufgrund der nicht gelieferten Teile ebenfalls nicht reibungslos produzieren können. Damit wird der Druck auf die Kapitalisten erhöht, um die Forderungen der Streikenden durchzusetzen...“

Die Mehrheit der Belegschaft stimmt demokratisch für den Streik. Und wenn die Streikenden die Mehrheitsentscheidung nicht mit allen Mitteln gegen die Kapitalisten und Streikbrecher durchsetzen würden, nähmen sie sich selbst ein wesentliches Kampfmittel.“

Gegen den Vorwurf diktatorisch vorzugehen gilt es zu antworten:

„Wir haben eine demokratische Mehrheitsentscheidung über den Streik gefasst und diese Entscheidung setzen wir diktatorisch durch. Unser Streik ist also demokratisch und diktatorisch zu gleich. Die Angriffe der Kapitalisten und der Polizei, die sich auf ihre Fahnen schreiben, die Rechte der ausgebeuteten Minderheit zu verteidigen, sind dagegen alles andere als demokratisch.“

Tageskämpfe auch ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat führen!

„Wie schon so oft wurde dem Streik durch die IG Metall Führung die Spitze abgebrochen, bevor der Druck auf die Kapitalisten wirklich groß genug war. ...“

Die Streikenden konnten ihr Ziel, die Werk-schließung zu verhindern nicht erreichen. Das Ergebnis beschränkte sich darauf, die Schließung drei Monate hinauszuzögern. Die Arbeiterinnen und Arbeiter konnten erreichen, dass höhere Abfindungen als üblich bezahlt werden müssen: pro Beschäftigungsjahr 1,3 Monatsgehälter. ...

Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die Gewerkschaftsfürsten den Kampf im Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen, besteht die Möglichkeit, den Kampf auf eine andere Perspektive zu orientieren.“

Für die kommunistischen Kräfte gilt:

„...in allen berechtigten Tageskämpfen, ihre Kampfkraft, Aktivität und Argumentation hinein zu tragen. Es geht darum, diese Kämpfe nach Kräften zu unterstützen und nach Möglichkeit ihre Leitung zu übernehmen sowie die reaktionäre Rolle des Gewerkschaftsapparat und der Gewerkschaftsführung in diesen Kämpfen planmäßig zu entlarven.“

Die kommunistischen Kräfte werden dabei nicht verschweigen, dass alle Tageskämpfe ihre Grenze innerhalb des kapitalistischen Systems haben, dass es darum geht in diesen Tageskämpfen vor allem die Perspektive des revolutionären Sturzes der Ausbeuterklasse, das Programm des Kommunismus hinein zu tragen und die harte Arbeit der Sammlung der Kräfte unter den Arbeiterinnen und Arbeitern und anderer Schichten, den Aufbau der Kommunistischen Partei voranzutreiben.“

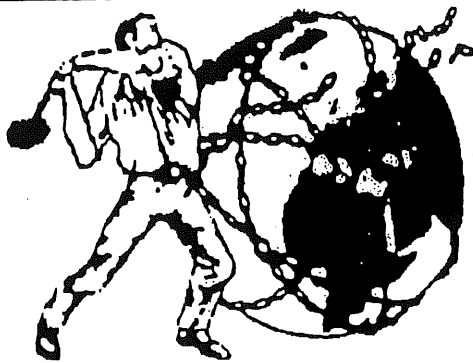
Das Flugblatt enthält auch die folgenden Artikel: Drohung mit dem Einsatz von Schusswaffen gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon! • Französischer Imperialismus setzte Militär gegen Streikende ein: Solidarität mit dem Streik der Seeleute und Hafenarbeiter in Marseille und auf Korsika • Vertuschte Streiks in Deutschland • Die soziale Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen in Deutschland, insbesondere der Erwerbslosen, verschlechtert sich in zunehmendem Maße:

Kontakt:

*E-Mail: info@gegendiestroemung.org

*www: <http://www.gegendiestroemung.org>

(*die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 4/05

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: November 2005 - Januar 2006

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt November hat zum Thema:

Die Stärke der erfolgreichen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005: Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei mit Unterstützung durch ein Bündnis antinazistischer Kräfte

„Unter dem Schutz von 3800 Polizisten wollten die NPD-Nazis am 29. Oktober 2005 triumphierend durch Göttingen ziehen. Dort war ihnen seit Jahren schon kein Aufmarsch mehr gelungen. Durch den Protest und den Widerstand von mehr als 5.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, vor allem aber durch den militanten Kampf von zirka 1.000 kämpferischen Antifas konnte dies allerdings weitgehend verhindert werden! Zwei Gründe halten wir für wesentlich:

Erstens: Durch die Fülle gut koordinierter und überlegter militanter Aktionen, die umfassende Blockade der Nazi-Route mit Großteils brennenden Barrikaden, die breite Entschlossenheit, sich der Polizei entgegen zu stellen, konnten die zirka 250 Nazis unter massivem Polizeischutz ihren geplanten Marsch nicht durchziehen.

Zweitens: Die viele Tausend antifaschistischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und andere antifaschistisch eingestellten Menschen, die auf der Straße waren, ließen sich nicht gegen die militanten Aktionen ausspielen. Sie brachten vielfach Sympathie zum Ausdruck, andere verhielten sich zumindest neutral und zum Teil gab es direkte Unterstützung der kämpferischen Aktionen.

Die Auswertung und Propaganda der Erfahrungen des Kampfes gegen die Polizei und die Nazis am 29. Oktober 2005 in Göttingen ist unserer Meinung nach sehr wichtig für die Debatte der weiteren Perspektive des Kampfes gegen die Nazis und die staatliche Faschisierung, gegen

Rassismus und deutschen Chauvinismus – gerade auch als Bestandteil des weitergehenden Kampfes für die Zerschlagung des deutschen Imperialismus überhaupt.“

Das Flugblatt weist darauf hin, dass die 250 Nazis eigentlich nicht das Problem gewesen wären:

„Ohne den geballten Polizeischutz hätten diese von vornherein keinerlei Chance für ihren Auftritt gehabt. Den deutschen Imperialisten geht es jedoch darum, wenn es sein muss, mit Tausenden von Polizisten, überall in Deutschland die Nazi-Aufmärsche als 'Normalität' durchzusetzen.“

Der gut vorbereitete und durchgeführte Protest und Widerstand gegen die Nazis

Die Nazis wurden bereits bei ihrer Anreise auf den Abfahrtsbahnhöfen daran gehindert, in die Züge zu steigen, Polizeiketten wurden durchbrochen, Kreuzungen und die Route der Nazis besetzt, brennende Barrikaden errichtet etc.

Das Flugblatt hebt aus der Vielfalt der Aktionen einige hervor:

Brennenden Barrikaden und andere wirksame Kampfmittel

„An mindestens 30 Stellen entlang der geplanten NPD-Marschroute bauten Antifas aus Müllcontainern, Baumaterial ...und anderen Gegenständen Barrikaden und zündeten sie an. Polizei und Feuerwehr waren vielfach nicht in der Lage, die Barrikaden zu löschen oder wegzuräumen.“

Eine weitere wirksame Aktion:

„Da Polizei-Einheiten aus acht Bundesländern zusammengezogen worden waren, kannte sich ein Großteil von diesen vor Ort nicht aus....So wurden im Vorfeld Straßenschilder gezielt übersprüht, um der Polizei die Orientierung zu erschweren. Die Antifas hatten außerdem auch Fahrradmelder und Späher auf den Dächern eingesetzt.“

Gemeinsamer Kampf militanter Antifas und antifaschistischer

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie anderer Antinazi-Kräfte

„Eine ganz entscheidende Voraussetzung des Erfolgs war, dass es abwieglerschen Kräften nicht gelungen ist, die militanten Antifas zu isolieren, indem ... etwa die gewerkschaftlich organisierten Antifas an Orte weitab von der Konfrontation mit den Nazis zur 'friedlichen Kundgebung' gelenkt werden....Manche Anwohnerinnen und Anwohner stellten Material für den Barrikadenbau zur Verfügung.“

Anzeige:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt

Offen: Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Repression durch Polizei und Justiz

„Die Polizei ging immer wieder hart gegen die Anti-Nazi-Kräfte vor, insbesondere dann, wenn die Situation für die Nazis kritisch wurde. ...Zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden verletzt.“

Ca. 57 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden festgenommen. 52 Strafverfahren wurden eingeleitet.

Nazi-Terror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten nach der Demonstration

„Während ihrer Abreise haben die Nazis mehrere antifaschistische Jugendliche im Zug von Göttingen nach Northeim angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Am Northeimer Bahnhof attackierten Nazis nochmals Antifas. Die Polizei verzichtete dort auf eine Aufnahme der Personalien der Nazi-Schläger, um den 'Zugbetrieb nicht länger aufzuhalten'.“

Reaktionäre Hetze gegen den militanten Anti-Nazi-Kampf danach

Gegen den erfolgreichen Widerstand der Antifaschistinnen und Antifaschisten wurde in der Presse und durch die Göttinger SPD gehetzt. Von einer „Gewaltorgie“ war die Rede, in der der friedliche Protest untergegangen sei.

„Grundlegend geht es hier um das reaktionäre demagogische Manöver, den 'friedlichen Protest der Mehrheit' dem als 'Gewaltorgie' verleumdeten militanten Straßenkampf gegenüber zu stellen nach dem Motto: 'friedlich ist gut' und 'gewaltsam ist schlecht'.

In Wirklichkeit ist der möglichst konsequente, unversöhnliche und radikale Kampf der militanten Antifas entscheidend für das Zurückdrängen der Nazis. Was die Nazis wirklich fürchten, und was sie an ihrer mörderischen Arbeit tatsächlich hindert, sind militante antinazistische Kämpferinnen und Kämpfer, die organisiert und konsequent Aktionen durchführen, immer mehr fortschrittliche Menschen für solche Aktionen begeistern und mitreißen. Das sind Kämpferinnen und Kämpfer, die klar argumentieren, keinerlei Illusionen in die angebliche 'Hilfe des Staates' gegen die Nazis haben, die sich vor allem mit den Opfern des Nazi-Terrors solidarisieren, zusammenschließen und mit ihnen gemeinsam kämpfen, die internationalen Verbindungen verstärken, und den Kampf auf lange Sicht planen!

Ihnen gegenüber steht eine ganz große Koalition - Nazis und die staatstragenden Parteien stimmen ein in den gemeinsamen Chor: 'Die Linken sind der Feind, der geschlagen werden muss!'"

Das Flugblatt endet mit der Feststellung:

„Der Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte, gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden / Nazi-Parteien muss in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

◆ Den Kampf gegen die Nazis auf der Straße und ihre Ideologie führen!

◆ Doppelt und dreifach zurückschlagen!

◆ Den Kampf der von den Nazis Verfolgten wirklich solidarisch unterstützen und den gemeinsamen Kampf der wirklich konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren!

◆ *Den Nazi-Faschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!*

Das Flugblatt enthält noch folgende Artikel: Anklage gegen Polizeiterror, rassistisch-chauvinistische Unterdrückung und das ganze kapitalistisch-imperialistische System; Die spontanen militanten Proteste der Jugendlichen in Frankreich ● Die Drecksargumente gegen den militanten Anti-Nazi-Kampf zerschlagen ● Solidarität und Kritik: Unsere Meinung zum Aufruf der „Antifaschistischen Linken International“ (A.L.I.) zu folgendem falschen Punkte: Die A.L.I. prangert nur die CDU an und Flugblatt Dezember/Januar druckt folgende grundlegende Schrift von Marx und Engels vollständig ab:

„Manifest der Kommunistischen Partei“

von K. Marx und F. Engels

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet,....“

Es folgt weiter der vollständige Text der Schrift

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Das Flugblatt enthält einen Artikel der im Folgenden vollständig abgedruckt wird:

Zur Aktualität des „Manifests der Kommunistischen Partei“

„Was wollen die Kommunisten? Marx und Engels schrieben zur Antwort auf diese Frage 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei“ – und wer es heute ernsthaft liest und studiert, wird verstehen, wie hochaktuell (trotz diesen oder jenen geschichtlich erledigten Details) die Grundschrift des wissenschaftlichen Kommunismus ist.

Aktueller denn je ist gerade im imperialistischen Deutschland die Forderung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, da die Kapitalistenklasse aller Länder die Arbeiterklasse einzelner Länder gegeneinander auszuspielen trachtet und chauvinistisch aufhetzt, um ihre Klassenherrschaft zu sichern.

verliert kein Wort über die SPD! Die wichtigen und richtigen Positionen der A.L.I. sind: Die Nazis als „fester Teil der politischen Landschaft der Berliner Republik“; Die Polizei – „das eigentliche Problem der Aufmarsch-Gegnerinnen“; Für militanten Kampf gegen die Nazis auf der Straße; Den Kampf gegen die Nazi-Hetze nicht unterschätzen; Der staatliche Terror – die größte Dimension des reaktionären Terrors heute; Internationale Solidarität contra Nationalismus und kapitalistische „Konkurrenz der Standorte“.

Aktueller denn je ist aber gerade auch die Forderung nach „despotischen Eingriffen“ der siegreichen Arbeiterklasse in das Eigentumsrecht als Kernpunkt wirklicher sozialistischer Demokratie.

Das ganze Gerede von parlamentarischer Demokratie heute wird so von Marx und Engels entlarvt. Es gibt eine zentrale Frage, über die in der bürgerlichen Demokratie nicht abgestimmt werden darf und kann: Die Frage der Verwendung der Mittel der Banken, der Industriekonzerne. Wer bestimmt, was hier geschieht? Wer bestimmt, wem sie gehören? Wer darf darüber abstimmen? Es geht um die Frage des Eigentums an zentralen Produktionsmitteln.

*So wie in der UNO nicht über die Verteilung des Geldes an die Hungernden, die Armen und Ausgebeuteten, ja gar die Abschaffung der Ausbeutung „abgestimmt“ werden kann, so kann in einem bürgerlichen Parlament wie in der BRD nicht wirklich die ganze ökonomische Macht der herrschenden Klasse durch vorbehaltlose **Enteignung** gebrochen werden. Da sei die Bundeswehr davor! Das Eigentum ist heilig, keine herrschende Klasse tritt freiwillig ab.*

*Die sozialistische Demokratie zielt, das sei als erstes festgehalten, vor allem darauf ab, dass die **Eigentumsfrage an Produktionsmitteln** geklärt wurde: Banken, Industrie, Grund und Boden werden als zentrale Maßnahme der sozialistischen Demokratie, also als Maßnahme der Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Masse der ausgebeuteten Werktätigen, enteignet und in die Hände des sozialistischen und demokratischen Staates, somit in die Hände der*

**Dokumente der 3. Parteikonferenz von
„Gegen die Strömung“:**

Prüfsteine

**Programmatische Grundsatzerklärung:
Für die sozialistische Revolution, die
Diktatur des Proletariats und den
Kommunismus**

Programmatische Dokumente (Thesen):

**I. Proletarischer Internationalismus und
die proletarische Weltrevolution**

**II. Tod dem deutschen Imperialismus,
Militarismus und Revanchismus!**

**III. Der grundlegende Weg der sozia-
listischen Revolution im imperialistischen
Deutschland**

**IV. Der Kampf gegen den modernen
Revisionismus**

**V. Die Notwendigkeit der Kommunisti-
schen Partei und prinzipielle Fragen ihres
Aufbaus**

**Grußadresse an die am wissenschaftli-
chen Kommunismus orientierten Kräfte
der ganzen Welt**

A 5,190 Seiten, 5 Euro, 2005

*Masse der ehemals ausgebeuteten Arbeiterinnen
und Arbeiter, der Masse der Werktätigen gelegt.*

*Wer meint, daß diese **Durchsetzung** sozialisti-
scher Demokratie von den Ausbeuterklassen
einfach hingenommen wird, lügt entweder be-
wußt oder hat aus der Geschichte nichts gelernt
und wird so oder so eines besseren belehrt wer-
den: Die sozialistische Demokratie ist immer als
erstes ein 'despotischer Eingriff' in die Eigen-
tumsverhältnisse, sie wird daher logischerweise
von den Ausbeutern und ihren Helfern als
„Diktatur“ und Freiheitsentzug beschimpft - ...
so wie die Sklavenhalter die Zerschlagung der
Sklaverei als Aufhebung ihrer Freiheit, Sklaven
zu besitzen und mit ihnen zu handeln, begriffen
haben.*

*Angesichts dieser eigentlich lächerlichen Be-
schimpfung der sozialistischen Demokratie als
despotischer und diktatorischer „Freiheitsent-
zug“ stellten Marx und Engels und alle Kommu-
nisten wiederholt klar: Ja, in Hinblick auf die
Ausbeuterklassen und ihre Repressionsorgane
sind wir despotisch, wird die Arbeiterklasse*

*diktatorisch vorgehen. Der alte Staatsapparat
muß zerschlagen werden.*

*Die Pointe ist eben, das dieses diktatorische
Vorgehen gegen eine ausbeuterische und anti-
demokratische Minderheit in einem Land von
der großen Mehrheit der Menschen unter Füh-
rung der Arbeiterinnen und Arbeiter in einem
Land demokratisch-sozialistisch organisiert
getragen wird, wenn es sich wirklich um dikta-
torische Maßnahmen, um gewaltsame Maßnah-
men und um Zwangsmaßnahmen einer sociali-
stischen Demokratie handelt. Die sozialistische
Demokratie handelt diktatorisch gegen die Aus-
beuterklassen und die Feinde der sozialistischen
Demokratie, aber handelt niemals diktatorisch
gegen die Mehrheit der Massen der Werktätigen.
Dieser Gesichtspunkt ist historisch wesent-
lich angesichts der polizeistaatlichen Karikatu-
ren auf den wirklichen Sozialismus (seit der
Mitte der fünfziger Jahren in der Sowjetunion,
der DDR und anderen osteuropäischen Staaten
usw.), auf eine wirkliche sozialistische Demo-
kratie und eine wirkliche Diktatur des Proleta-
riats.*

*Alles kommt dann eben darauf an, dass die le-
bendige, selbstkritische, disziplinierte und de-
mokratische Organisation der Arbeiterklasse
und ihres sozialistischen Staates bei der Aus-
übung der harten Diktatur des Proletariats ge-
gen die Klassenfeinde erhalten bleibt und aus-
gebaut wird, dass immer mehr Arbeiterinnen
und Arbeiter direkt die eigene proletarische
Staatsmacht in der Hand haben, alles wissen,
um einen wirklichen sozialistischdemokratischen
Staat der Arbeiterklasse gegen Gefahren des
Bürokratismus und polizeistaatliche Willkür zu
erkämpfen, zu erhalten und auszubauen - auf
dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft, auf dem
Weg zum Kommunismus in der ganzen Welt,
einem Kommunismus, in dem kein Staat als In-
strument der Unterdrücker mehr nötig sein
wird.“*

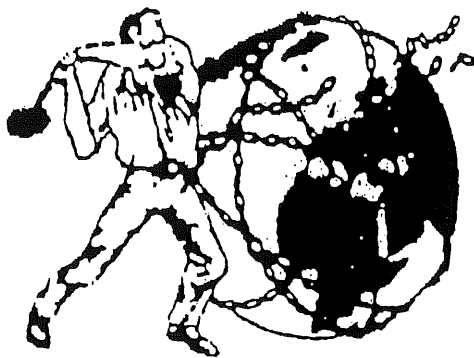
*Das Flugblatt enthält auch den folgenden Artikel: Aus den Vor-
wörtern zu „Manifest der Kommunistischen Partei“*

Kontakt:

***E-Mail:** info@gegendiestroemung.org

***www:** <http://www.gegendiestroemung.org>

*(*die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*



Bulletin 1/06

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: Februar – März 2006

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Februar hat zum Thema:

AEG, Häfen, Gate Gourmet:

Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen!

„Die Arbeiterinnen und Arbeiter bei AEG Nürnberg streiken, die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Gate Gourmet Düsseldorf streiken, die Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Hafenbetrieben Europas streiken und kämpfen. Und auch in anderen Bereichen wird immer deutlicher, dass ohne Streiks, ohne Kampf die Ausbeutung dramatisch verschärft werden wird. Jeder einzelne Kampf, jeder einzelne Streik muss bekannt gemacht werden, unterstützt werden, analysiert werden, um aus den eigenen Kämpfen für die weiteren Kämpfe maximal lernen zu können. Denn es gilt drei Feinde zu besiegen: Die Kapitalisten, die Gewerkschaftsbürokraten und unsere eigenen Fehler.“

Wir bleiben hier! Dafür kämpfen wir! Die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen gegen die Schließung von AEG in Nürnberg

Das Flugblatt berichtet zunächst von dem Arbeitskampf bei AEG in Nürnberg. Dort kämpften ca. 1700 Kolleginnen und Kollegen gegen die Schließung des Werks.

Verhandlungsangebote der IG Metall-Führung – Anbiederung an die Kapitalisten:

Die IG Metall-Führung hatte bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht:

„Einsparungen in Höhe von 15 Millionen Euro, der ‚Beitrag‘ der Kollegen und Kolleginnen sollte 12 Millionen Euro betragen. Dafür sollte der Standort bis 2010 gesichert werden.“

Dieses Zugeständnisse an die Kapitalisten hätten bedeutet, dass 800 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden müssen.

Wir streiken für den Erhalt aller Arbeitsplätze! Nicht für hohe Abfindungen!

Am 19.1.06 stimmten 96,35 % der Kolleginnen und Kollegen für den Streik. Und streikten ab dem 20.1.06 unbefristet gegen die Werkschließung.

Die Kolleginnen und Kollegen erfuhren von Anfang an eine breite Solidarität.

„Am 25.2.06 schlossen sich die Kolleginnen und Kollegen der Elektrolux Logistic GmbH den Streikenden an....die Kolleginnen und Kollegen hatte sich ...entschieden, für einen Tarifvertrag zu streiken.“

Weitere Solidarität wurde durch Demonstrationen, Solidaritätserklärungen etc. zum Ausdruck gebracht.

Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter kämpfen erfolgreich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen!

Der Kampf der Hafenarbeiterinnen und -arbeiter richtete sich gegen eine ‚Hafendiestichtlinie‘, die vom Europaparlament verabschiedet werden sollte. Dieser Richtlinie hätte im Ergebnis zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen geführt.

„Am 16.1.06 demonstrierten zwischen 6000 – 8000 Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter aus Spanien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Großbritannien, Deutschland, Italien, Finnland, Griechenland, Schweden, Norwegen, Portugal, Zypern, Malta, den USA und Australien in Straßbourg (Frankreich).“

Militante Demonstration in Straßbourg

„Die Polizei ging brutal mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, um sie daran zu hindern, zum europäischen Parlament vorzudringen.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter ließen sich allerdings nicht aufhalten und setzten sich mit Steinen und Eisenstangen gegen die Polizei zur Wehr....Der Polizei ist es nicht gelungen, den berechtigten militanten Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter zu unterdrücken: 200 Quadratmeter der gläsernen Fassade des Parlaments gingen zu Bruch.“

Ein Grund für den Erfolg: Die Aktionen und Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter waren über Ländergrenzen hinweg gut geplant und koordiniert

Die Hafendiensttrichtlinie wurde vom europäischen Parlament mit 532 von 677 Stimmen abgelehnt.

„Die erfolgreiche militante Aktion der Arbeiterinnen und Arbeiter in Straßbourg wurde durch Streiks und Demonstrationen unterstützt....“

Die Solidarität war groß, ca. 40.000 nahmen allein an den Streikaktionen teil.

„Es ist aber nicht gelungen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den sogenannten Billiglohnländern in den Arbeitskampf mit einzubeziehen... Es wird ein wesentlicher Schritt sein, die Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter aus... den sogenannten Billiglohnländern innerhalb und außerhalb der EU, in den Kampf einzubeziehen. Die Lösung ist ein wirklich konsequenter proletarischer Internationalismus...Ein Kampf, der auch für die Verbesserung der miserablen Arbeitsbedingungen dieser Kolleginnen und Kollegen und gegen Dumpinglöhne geführt werden muss.“

Flugblatt März enthält Thesen zur gegenwärtigen politischen Lage im Iran, die hier vollständig abgedruckt werden:

Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor allem gegen den deutschen Imperialismus:

Unterstützen wir die revolutionären Kräfte im Iran!

Was momentan international zum Thema Iran an Gebrüll losgelassen wird, was an realen ökonomischen, militärischen und politischen

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt, Offen: Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Unterstützt die Kolleginnen und Kollegen von Gate Gourmet Düsseldorf, die seit dem 7.10.05 streiken!

Von den 120 in Düsseldorf beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sind 85 in den Streik getreten. Sie kommen zum Großteil aus der Türkei, aber auch aus Marokko, Polen, Kroatien, Griechenland, Sri Lanka und Brasilien. Sie sollten von dem Cateringunternehmen, das für die Lebensmittelversorgung in Flugzeugen zuständig ist, zu Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen erpresst werden.

„Sie haben mit zwei großen Problemen zu kämpfen: Zum einen mit Streikbrechern...(und) mit der Gewerkschaftsbükratie... die keinen Finger rührt, um die Solidarität in den Gate Gourmet Standorten zu organisieren.“

Die Führungsriege von Ver.di verhindert auch unter formalen Vorwänden die Organisation von Solidaritätsstreiks.

„Um so eindrucksvoller ist es, wie die streikenden Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf nichts unversucht lassen, um Solidarität zu organisieren.“

Das Flugblatt vom März enthält noch folgende Artikel:

- Solidarisch aber nicht kritiklos, der sich u.a. mit nationalistischen Tendenzen in Arbeitskämpfen auseinandersetzt
- Kampf der Verschlechterung der politischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen, eine These aus Prüfsteine – Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung“ (2004)

Beziehungen und Komplotten geschieht, das ist in der Tat ein gefährliches Gemenge:

1. Offensichtlich unterstützt ein gewichtiger Teil der herrschenden Klassen im Iran bewaffnete reaktionäre Kräfte im Irak gegen die USA und andere Besatzungsmächte. Die iranischen Machthaber bemühen sich gleichzeitig um eine führende Rolle unter den reaktionären, vom Imperialismus abhängigen Staaten im Nahen Osten. Dazu dienen auch die Äußerungen zur Leugnung der Ermordung der sechs Millionen europäischer Juden. Damit sollen zudem die in verschiedenen Ländern existierenden nazistischen Gruppen, insbesondere in Deutschland und Österreich, aber auch in Palästina, Libanon usw. mit antisemitischen Tiraden an den Iran gebunden werden.

2. Gleichzeitig gibt es eine immer massiver werdende Drohkulisse und reale Vorbereitungen für militärische Schläge oder auch eine militärische Intervention vor allem vom US-Imperialismus, aber auch von anderen Imperialisten. Dabei wird teilweise das Atomprogramm, teilweise die Androhung der Vernichtung Israels, teilweise die Unterstützung des „internationalen Terrorismus“ als Argument und Vorwand verwendet.

3. Als imperialistische Großmacht agierend, die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, intensiviert der deutsche Imperialismus seine Doppeltaktik als Kritiker der USA und als gleichzeitiger Unterstützer und Reserve der USA: Seine Rivalität mit dem US-Imperialismus hat sich in den letzten Jahren massiv verstärkt, wie sich besonders deutlich beim Irak-Krieg 2003 gezeigt hat. Diese Rivalität verschärft sich auf lange Sicht weiter, da die Interessen des deutschen Imperialismus bei dessen drittem Anlauf im Kampf für die Erringung der Weltherrschaft langfristig immer schärfer mit denen des US-Imperialismus zusammenprallen müssen. Aber gleichzeitig verstärkt sich auch die gezielte Zusammenarbeit des deutschen Imperialismus mit dem US-Imperialismus, wie ebenfalls die Zusammenarbeit im Irak deutlich macht. Bei der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus geht es nicht nur darum, ökonomisch Gewinn aus dessen Interventionen herauszuschlagen. Vielmehr nutzt der deutsche Imperialismus seine Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus gerade auch dazu, um selbst politisch und militärisch seine Positionen weltweit auszubauen, wie sich am Beispiel Afghanistan zeigt, wo die

Bundeswehr eine immer gewichtigere Rolle als Besatzungsmacht spielt.

4. Der Kampf der imperialistischen Räuber um die Vorherrschaft über das Gebiet rund um den Persischen Golf, eines der strategisch wichtigsten Gebiete der Welt, wo auch die größten Erdölvorkommen sowie Erdgasreserven lagern, hat sich zuletzt besonders auf den Iran zugespielt.

Im Iran ist der deutsche Imperialismus in einem sehr hohen Ausmaß aktiv. Unter allen imperialistischen Großmächten ist er dort der „Handelspartner Nr. 1“. Die herrschenden Klassen im Iran, die keinesfalls unabhängig von den imperialistischen Großmächten sind, nutzt geschickt zur Vergrößerung ihres Spielraums von den imperialistischen Großmächten, die Rivalität der verschiedenen imperialistischen Großmächte untereinander. So kann aus gut kalkulierten Gründen, aber auch aus irrationalen ideologischen Gründen eine Situation entstehen, dass sich der deutsche Imperialismus bei einer US-amerikanischen Intervention gegen den Iran distanziert, um in relativ offener Konfrontation mit dem US-Imperialismus die imperialistische Hauptmacht im Iran zu werden, oder aber dass er doch den US-Imperialismus unterstützt, um nicht wie aktuell im Irak ins Hintertreffen zu geraten.

5. Als Widerspiegelung der Doppeltaktik des deutschen Imperialismus müssen die opportunistischen Positionen bekämpft werden:

– zum einen all jener Opportunisten und Chauvinisten, die mit dümmlichem „Anti-Amerikanismus“ nicht nur die aggressive Politik des deutschen Imperialismus bagatellisieren und beschönigen, sondern gar „schlaue Vorschläge“ für ein effektiveres imperialistisches Vorgehen der „eigenen“, der deutschen Imperialisten in Konkurrenz zum US-Imperialismus machen;

– zum anderen all jener Opportunisten und Chauvinisten, welche unter dem Vorwand der tatsächlich reaktionären Politik und Hetze der iranischen Machthaber, einer vom Imperialismus abhängigen regionalen reaktionären Macht, faktisch die Militärintervention, den imperialistischen Krieg der großen, weltweit agierenden Mächte gegen den Iran fordern.

6. Kernpunkte und Eckpunkte einer kommunistischen Linie zu all diesen Konflikten und kompli-

zierten Entwicklungsmöglichkeiten, können so formuliert werden:

● In Unterstützung aller Ansätze demokratisch-revolutionärer oder kommunistisch orientierter Organisationen des Widerstands im Iran lassen wir keinen Zweifel daran, dass wir jede militärische Aktion und Intervention gegen den Iran als Teil zwischenimperialistischer Widersprüche der Großmächte, als Teil der Vorbereitung weiterer größerer imperialistischer Kriege ablehnen und bekämpfen – auch und gerade, wenn der deutsche Imperialismus sich beteiligt, auch und gerade, wenn der deutsche Imperialismus seine Rivalität mit dem US-Imperialismus ausbaut und sich gar zur „Schutzmacht“ des Iran und als Kritiker der US-Militärintervention aufspielt. Dabei werden wir in beiden Fällen vorrangig die imperialistischen ökonomischen, politischen und militärischen Interessen des deutschen Imperialismus am Iran sowie seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus mit samt der beigefügten ideologischen Manöver der Politiker und Medien des deutschen Imperialismus entlarven. Um ideologisch und politisch nicht ins Schlepptau der deutschen Imperialisten zu geraten, ist so oder so von größter Aktualität und Bedeutung das von Karl Liebknecht formulierte Prinzip **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**

● In diesem Rahmen ist es eine unerlässliche Aufgabe gerade der kommunistischen Kräfte in Deutschland, die mörderischen antisemitischen, am Nazifaschismus sich orientierenden Kräfte im Iran als Teil einer von deutschen Nazis dominierten internationalen Verbindung anzuprangern, beweiskräftig Verbindungen zu dokumentieren und in demokratisch-revolutionärer und proletarisch-internationalistischer Zusammenarbeit mit den demokratisch-revolutionären oder kommunistisch orientierten Kräften des Widerstands im Iran diese nazistischen Äußerungen führender Repräsentanten des iranischen Kompradorenstaates als das zu brandmarken, was sie sind: nazifaschistische Ideologie, kombiniert mit religiös und nationalistisch ausgeschmückten iranisch-reaktionären Eigenprodukten.

● Im Kampf gegen die militaristische Hetze und alle Demagogien über die angeblich „humanitäre Mission“ der Bundeswehr in aller Welt, im

Kampf gegen die weltweite militärische Expansion des deutschen Imperialismus muss als Kern herausgearbeitet, belegt, bewusst gemacht und propagiert werden: Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist die Bundeswehr die mörderische Maschinerie des besonders aggressiven deutschen Imperialismus, Werkzeug der Konterrevolution und der imperialistischen Aggression. Der Kampf gegen alle Aspekte des Militarismus in Deutschland ist eine der vorrangigen Aufgaben beim Aufbau der kommunistischen Partei in Deutschland, im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und Revanchismus, im Kampf für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, des Aufstands des Proletariats und seiner Verbündeten zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus und seiner Armee, zur Errichtung der sozialistischen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Die Situation weitgehend fehlender Kämpfe dagegen heute zeigt, wie ernst die Lage ist und wie viel Anstrengungen für den systematischen Kampf nötig sind, vor allem aber zum Kampf für den Aufbau der revolutionären kommunistischen Partei, um die zentrale Kraft zu bilden, die alle nötigen Kämpfe bündeln und mit klarer Perspektive zusammenführen kann!

Es lebe die bewaffnete antiimperialistisch-demokratische Revolution im Iran unter Führung des Proletariats!

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Das Flugblatt enthält auch die folgenden Artikel:

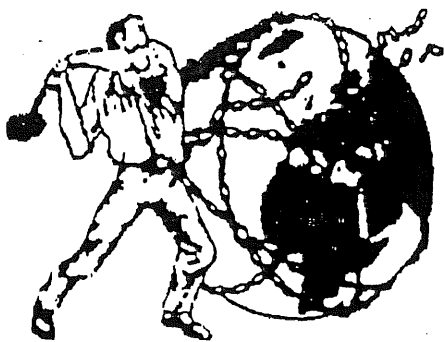
- Zur Geschichte der Machenschaften der deutschen Imperialisten im Iran
- Schlaglichter zum heutigen wirtschaftlichen Einfluss des deutschen Imperialismus unter Führung der deutschen Iran
- Die nazi-faschistische Hetze des iranischen Staatspräsidenten unterstützt das internationale Nazi-Netzwerk unter Führung der deutschen Nazis

Kontakt:

*E-Mail: info@gendiestroemung.org

*www: <http://www.gendiestroemung.org>

(*die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 2/06

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: April – Juni 2006

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Russisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt April hat zum Thema:

Gegen deutsch-chauvinistische Überheblichkeit:

Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)

„Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter. Solidarität! Nicht nur mit den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit, nicht nur besonders mit den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern der Welt, sondern gerade auch im eigenen Land. Hier geht es um praktische Solidarität mit den Wanderarbeiterinnen und –arbeitern, den Saisonarbeiterinnen und –arbeitern, mit den Flüchtlingen, die besonders unterdrückt und ausgebeutet werden“

Der Kapitalismus beruht auf der Konkurrenz der Arbeiterinnen und Arbeiter

Ursache ist das Streben nach Profitmaximierung. Dabei

„...verschärft die deutsche Bourgeoisie mit allen Mitteln die Ausbeutung und benutzt dabei alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel, um Konkurrenz unter den Arbeitern zu entfachen und zu verschärfen.“

Das Flugblatt erklärt wie die Konkurrenz entsteht und beschreibt die Ursachen der modernen Völkerwanderung.

„...so setzte in den 90er Jahren verstärkt eine Wanderbewegung aus Osteuropa, aber auch Afrika und Asien ein. Diese Erscheinung nutzt der deutsche Imperialismus bewußt:

Die neu eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter bilden eine industrielle Reservearmee, ein Heer von Arbeitskräften, das gezwungen ist, sich für Hungerlöhne und unter miserablen Arbeitsbedingungen zu verkaufen.“

Diese Tatsache setzt der Imperialismus ein, um die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

„Andererseits nützt der deutsche Imperialismus diese Möglichkeit zur Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter, um nach dem Motto ‘Teile und Herrsche’ seine Herrschaft zu sichern, zur Schürung von deutschem Nationalismus und Chauvinismus, um insbesondere die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter an sich zu binden.“

Der Abschnitt schließt mit einem Zitat Lenins:

„Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung der Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und die Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.“

(Lenin, Kapitalismus und Arbeiteremigration, 1913, Werke Band 19, S. 447 f.)

Die besondere Unterdrückung und Ausbeutung polnischer Werktätiger in Deutschland bekämpfen!

Die Unterdrückung der polnischen Werktätigen hat eine lange und grausame Tradition in Deutschland. Sie beginnt bereits im deutschen

Kaiserreich. Im Nazifaschismus wurden sechs Millionen aus Polen, darunter 3 Millionen Juden und Jüdinnen ermordet, 2 Millionen wurden zur Zwangsarbeit gezwungen.

Polnische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter heute: Rechtlos, schikaniert von den Behörden, verfolgt von der Polizei, Zielscheibe rassistischer Hetze und des Nazi-Terrors

Heute arbeiten die 600.000 Werktätigen aus Polen unter äußerst schlechten oftmals entwürdigenden Bedingungen in Deutschland. 300.000 besitzen kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Viele arbeiten illegal ohne jeden Schutz.

„Sie gehören zu den untersten Schichten der Arbeiterklasse, die am krassesten ausgebeutet werden.“

Das Flugblatt beschreibt dies anhand von Beispielen und Zahlen.

Bekämpfen wir den deutschen Chauvinismus und die arbeiteraristokratische-chauvinistische Politik der „Zuzugsbeschränkungen“

Im folgenden wird die üble Rolle beschrieben, die die arbeiteraristokratisch-chauvinistische Gewerkschaftsführung insbesondere von IG BAU und NGG spielen.

„Der zutiefst reaktionäre Charakter der Gewerkschaftsführungen zeigt sich an ihrer chauvinistischen Politik gegen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern.

- Diese werden nur als 'Konkurrenten' betrachtet, die durch niedrige Löhne Druck machen auf die Löhne 'von uns Deutschen'...

- Ein Kernpunkt der Politik der IG-BAU-Führung zur 'Verhinderung illegaler Beschäftigung' sind stärkere Kontrollen auf den Baustellen, Razzien in enger Zusammenarbeit mit -der Zollfahndung der 'Finanzkontrolle Schwarzarbeit', der Ausländerbehörde und den Arbeits- und Sozialämtern. “

Gegen diese Politik protestieren gewerkschaftlich organisierte fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen, sie wollen nicht „der verlängerte Arm von Strafverfolgungsbehörden“ sein.

„Die Kollegen weisen darauf hin, dass es gilt, solidarisch mit 'legalen' und illegalen' Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.“

Anzeige:

Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“ (2004)

Prüfsteine

Programmatische Gundsaterklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen)

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

S. 191, Preis 5 Euro, in deutscher Sprache

Grußadresse in englisch, spanisch, französisch, türkisch und russisch erhältlich.

Sie beschreiben eine gemeinsame Aktion in der es gelungen ist, 2003 für 19 Asylbewerberinnen und Bewerber den ausstehenden Lohn von 40.000 Euro einzutreiben.

„Gemeinsame Aktionen und Kämpfe, massiv und militant geführt, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keineswegs unwirksamen Manövern zur Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter entgegenzuwirken.“

Die kämpferischsten und fortschrittlichsten Kolleginnen und Kollegen für eine revolutionäre Perspektive gewinnen!

Als Aufgabe wird formuliert:

„Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in den Tageskämpfen, in den Betrieben eine gemeinsame Kampffront mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern aufbauen, für gleiche Rechte der Ausgebeuteten aus anderen Ländern eintreten, jegliche Spaltungsversuche und den deutschen Chauvinismus und Rassismus bekämpfen und dabei von der oftmals vorbildlichen Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern in den täglichen Kämpfen, von ihrer Kampfkraft und ihrem kämpferischen Bewusstsein maximal lernen...“

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf sehen wir folgende grundlegende Ausgangspunkte:

● *Gemeinsamer Kampf und Zusammenschluss der untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe als unverrückbarer Ausgangspunkt.*

● *Als fortschrittliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gilt es vor Ort und darüber hinaus möglichst engen Kontakt und Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen antirassistischen und antinazistischen Initiativen herzustellen, die gegen staatlichen Abschiebeterror, Faschisierung und Nazi-Terror kämpfen.*

Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen zu sprengen, auf Betriebsbesetzungen, langandauernde,

Flugblatt Mai /Juni hat zum Thema:

Unterstützen wir die massenhaften und zum Teil bewaffnet geführten Klassenkämpfe der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Indien!

„Mit großer Unruhe scheuen die imperialistischen Großmächte, auch der deutsche Imperialismus als Unterdrücker und Ausbeuter der Werktätigen Indiens, auf die Vorgänge in Indien, insbesondere seit den Erfolgen der demokratisch-revolutionären Bewegung im angrenzenden Nachbarstaat Nepal. Diese Besorgnis ist um so größer, weil in Indien – von der Öffentlichkeit hier weitgehend unbeachtet – eine der heute größten bewaffnet kämpfenden und sich an der Roten Fahne des Kommunismus orientierenden Bewegung existiert, die Tausende rote Kämpferinnen und Kämpfer unter Waffen hat und in verschiedenen Landesteilen großen Einfluss ausübt. Mehr noch: Es ist der indischen einheimischen Reaktion und ihren imperialistischen Oberherren in fast 40 Jahren nicht gelungen, diese Bewegung, die Naxalbari-Bewegung, zu vernichten.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass diese Bewegung Ende der 60er Jahre im unmittelbaren antirevisionistischen Kampf, in direkter, auch bewaffneter Konfrontation mit den nunmehr staatstragend und konterrevolutionär gewordenen Revisionisten Indiens entstanden ist, die den Weg der bewaffneten antiimperialistisch-demokratischen Revolution verraten hat-

immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.

In diesen Kämpfen müssen wir als kommunistische Kräfte vor allem die Grundideen des wissenschaftlichen Kommunismus propagieren.“

Das Flugblatt enthält auch die folgenden Artikel:

● *Millionenfacher Protest in den USA gegen die Kriminalisierung illegaler Migrantinnen und Migranten* ● *Was wir von den beispielhaften, massenhaften und militanten Kämpfen gegen das „Berufsanfängergesetz“ in Frankreich lernen können*

● *Ungebrochene Tradition rassistischen und deutschchauvinistischen Herrenmenschtums* ● *„Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland“? „Inländische Arbeiterinnen und Arbeiter“? „Arbeiterinnen und Arbeiter mit deutschem Paß“? „Deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter“? ● Wer ist schuld an Lohndumping und Arbeitslosigkeit? Nach Lafontaine nicht der Kapitalismus, sondern die „Fremdarbeiter“!*

ten. Dieser Kampf ist mit dem Namen Charu Mazumdar untrennbar verbunden.“

**Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff,
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt,
Offen: Samstag 10.00 – 13.00 Uhr**

Zunächst stellt das Flugblatt exemplarisch einige Tageskämpfe der werktätigen Massen in Indien vor.

„In enger Verbindung mit diesen antiimperialistischen, antifeudalen und ökonomischen Tageskämpfen, aber über diese hinausgehend, stehen die heute in verschiedenen Teilen Indiens geführten revolutionären bewaffneten Kämpfe in der Tradition der Naxaliten-Bewegung, die sich am Kommunismus orientieren...

Neben Aktionen zur Befreiung ihrer Genossinnen und Genossen, zur Erbeutung von Waffen, Aktionen gegen die indische Armee, gegen Repräsentanten des Staatsapparats und der Ausbeuterklassen, Konfiskation von Ländereien der Großgrundbesitzer und der Regierung, bauen die Kämpferinnen und Kämpfer in befreiten Gebieten eigene demokratische Strukturen für das Vorankommen der Agrarrevolution auf...

Laut Angaben des indischen Geheimdiensts ist die Naxaliten-Bewegung in 13 der 28 indischen

Bundesstaaten aktiv und verfügt über rund 20.000 bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer.“

Dies Bewegung ist Ziel des Terrors des reaktionären indischen Regimes.

Wie ist die Naxalbari-Bewegung entstanden? Wofür kämpfen die Naxaliten?

Nach dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten fand auch in der KP Indiens eine Auseinandersetzung mit dem Revisionismus statt, innerhalb derer sich die revisionistischen Kräfte durchsetzen konnten.

„Schließlich begannen 1967 in Naxalbari, einem Ort im Distrikt Darjeeling in West-Bengalen, Landarbeiterinnen und -arbeiter, landlose und Kleinbauern unter der Führung von Mazumdar und seinen Genossinnen und Genossen bewaffnete Aktionen zur Besetzung von Großgrundbesitzerland. Diese wurden nicht nur zum Fanal der Agrarrevolution, sondern auch zur praktischen Kriegserklärung gegen den friedlich-parlamentarischen Weg, der von den staatstragend gewordenen modernen Revisionisten der KPI(M) propagiert wurde.“

Es gelang den Naxaliten rund 300 Dörfer zu befreien, sie kontrollierten im März 1969 ein Gebiet von ca. 500 bis 700 qkm. Das indische Regime reagiert mit Staatsterrorismus gegen die Naxaliten und ihre Unterstützer und Unterstützerinnen. Bis zum Mai 1970 wurden fast alle führenden Kader der Naxaliten ermordet.

„Genosse Charu Mazumdar wurde 1972 von den Schergen des reaktionären indischen Staats ermordet.“

Bewaffneter Kampf zur Zerschlagung des Staatsapparats gegen die revisionistische Ideologie des „friedlichen Wegs“

Charu Mazumdar betonte:

„Die demokratische Revolution kann den Sieg nur durch den bewaffneten Kampf durch den Volkskrieg gewinnen.“

(„Vorwärts bei der Zusammenfassung der Erfahrungen des revolutionären Bauernkampfes in Indien“, 4.12.69, in: „Chingari“, Organ der Hindustan Ghadar Partei(ML), Bd. 4, Nr.5, Extrabeilage Nr.1, Sept. 1972, S. 14, Original in englisch)

„Die Durchführung der Agrarrevolution (d.h. Landreform) ohne Zerschlagung der Staatsmaschinerie bedeutet geradeheraus Revisionismus....“

(„Der Bauernkampf muss im Kampf gegen den Revisionismus weitergeführt werden“, April 1967, in: „Die

historischen antirevisionistischen acht Dokumente von unserem angesehenen Führer – dem unsterblichen Märtyrer Genossen Charu Mazumdar“, Mass Line Publication, 1982, Original in englisch)

Notwendigkeit der Agrarrevolution und Bedeutung der Masse der ausgebeuteten Bauern in der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution

Gegen die Schmälerung der Rolle der Masse der ausgebeuteten Bauern in der antiimperialistisch demokratischen Revolution wies Mazumdar die revisionistischen Auffassungen zurück:

„Diese beschränkten die Arbeiterklasse auf den rein gewerkschaftlichen Kampf und lehnten die führende Rolle der Arbeiterklasse in den Kämpfen der ausgebeuteten Bauern als Mittel zur Schmiedung des Arbeiter-Bauern-Bündnisses ...ab.“

Für die Errichtung der demokratischen Diktatur des Volkes aus der Grundlage eines Arbeiter-Bauern-Bündnisses

Mazumdar zeigte auf, dass die Einheitsfrontregierungen der Revisionisten nichts anderes waren als gemeinsame Fronten gegen die Arbeiter und Bauern.

Kampf gegen den modernen Revisionismus

„Der KPI(ML) unter Charu Mazumdar gebührt der historische Verdienst, den Mythos vom angeblich fortschrittlichen und sozialistischen Charakter der KPdSU und der Sowjetunion nach 1956 in Indien zu zerschlagen...“



Proletarischer Internationalismus bedeutet für uns in Deutschland

„...die konterrevolutionären Machenschaften des deutschen Imperialismus dort anzuprangern und zu bekämpfen und gleichzeitig den revolutionären Befreiungskampf moralisch, politisch und materiell maximal zu unterstützen.“

Das Flugblatt enthält auch die folgenden Artikel:

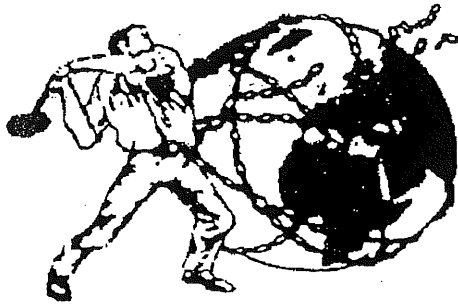
- Einige Daten und Fakten zu Indien
- Aspekte zur Geschichte Indiens
- Boses „Bewegung Freies Indien“ – 5. Kolonne des deutschen Imperialismus
- Indien als „Müllhalde“ der imperialistischen Mächte
- Studiert die kritische Analyse indischer Genossinnen und Genossen des Projekts „Under the Banner of Marxism-Leninism“ (Kritik am Programm der KP Indiens (ML))
- Der Deutsche Imperialismus: Ein Todfeind der Werktätigen Indiens

Kontakt:

*E-Mail: info@gegendiestroemung.org

*www: <http://www.gegendiestroemung.org>

(*die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 3/06

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Juli – September 2006**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Juli/August hat zum Thema:

Aktuelle Aspekte von Lenins Schrift „Materialismus und Empirio-kritizismus“, gegen die Philosophie der Lügner „Es gibt keine Wahrheit“:

Wissen statt Glauben

„1909 erschien eine der am schwierigsten zu studierenden Schriften Lenins: „Materialismus und Empirio-kritizismus“. Neben fachspezifischen Auseinandersetzungen mit deutschen und russischen Philosophen, die heute kaum noch jemand kennt und so genannten „religiösen Marxisten“ in den Reihen der Bolschewiki selbst, war diese Schrift im Kern und unter den Bedingungen der zaristischen Diktatur vor allem eine Anklageschrift gegen den aufkommenden Opportunismus und Revisionismus. Die bürgerlichen Ideologen, von Beruf Wissenschaftler, hatten sich daran gesetzt, die wirkliche Wissenschaft, den wissenschaftlichen Kommunismus, zu bekämpfen. Das war nicht ohne Wirkung. Der entscheidende Trick war – dabei auf den deutsch-preußischen Staatsphilosophen Kant zurückgreifend – unter der Flagge „kritisch zu sein“, Wissenschaft und wissenschaftliche Wahrheit überhaupt, objektive Wahrheit, objektive Gesetzmäßigkeiten und damit auch planmäßigen politischen Kampf abzustreiten.“

Zunächst beschäftigt sich das Flugblatt mit drei reaktionären Spekulationen, gegen die Lenin in seiner Schrift kämpft und die auch heute noch aktuell sind:

Erste Spekulation: Die Wahrheit bestreiten, da „nicht alles bewiesen sei“

„...Konkret greift dieses Strategie, wenn etwa das Fehlen genauer Zahlen über die Ermordung der Jüdinnen und Juden in Auschwitz-Birkenau benutzt wird, um entweder auch schon erforschte Zahlen zu bestreiten oder gar die Massenermordung insgesamt.“

Zweite reaktionäre Spekulation: Die Wahrheit von allem bestreiten, was wir „nicht selbst erlebt“ hätten

„Dahinter steht die Konzeption, dass es angeblich keine Generationen übergreifende geschichtlich gefestigte Wahrheit, unabhängig von der Erfahrung eines einzelnen Menschen, gäbe. Dieser primitive Empirismus und Pragmatismus ... hat eine erstaunliche Wirkung weit über unser Beispiel der Leugnung der Völkermorde in der Nazi-Zeit hinaus.“

Dritte reaktionäre Spekulation: Die Wahrheit bestreiten, da man „der Wissenschaft sowieso nicht trauen“ können

Wissenschaftlicher Streit um den Stand der Erkenntnis wird dazu benutzt wissenschaftliche Erkenntnis insgesamt in Zweifel zu ziehen.

„Unter Hinweis auf einen ganzen Berufsstand hochbezahlter bürgerlicher Professoren und ihre zunehmende Käuflichkeit werden nicht diese Personen konkret und beweiskräftig angeprangert, sondern wissenschaftliche ... Erkenntnis überhaupt.“

Dies geht oft einher mit einer Wissenschaftsgläubigkeit, wenn es um antikomunistische „Ergebnisse“ geht.

„In der Tat handelt es sich um eine Grundfrage in allen theoretischen, politischen und auch organisatorischen Themen: Wissen oder Glauben.“

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff,
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt,
Offen: Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

Warum hat Lenin dieses Buch geschrieben?

Nach der Niederlage der Revolution 1905 in Russland zeigten sich Tendenzen der Resignation und des Verfalls innerhalb der revolutionären Bewegung.

„Es wurde zur Mode, über das Versagen des Marxismus zu reden... Dabei wurde versucht, die Tendenz zum Verrat an den Prinzipien der Revolution, die Tendenz zu Kleinmut und Kapitulation auch auf philosophisch-weltanschaulichem Gebiet zu untermauern.“

Lenin prangert dies in der Schrift an:

„Eine immer raffiniertere Verfälschung des Marxismus, immer raffiniertere Versuche, antimaterialistische Lehren als Marxismus auszugeben – das kennzeichnet den modernen Revisionismus sowohl in der politischen Ökonomie als auch in Fragen der Taktik und der Philosophie überhaupt, in der Erkenntnistheorie ebenso in der Soziologie.“

(Lenin, „Materialismus und Empirioskritizismus“, 1908, Werke Bd. 14, S. 334.)

Das Flugblatt stellt den Verdienst Lenins heraus, nämlich

„...durch die umfassende Verteidigung des dialektischen Materialismus die bolschewistische Partei mit einer festen und unerschütterlichen theoretischen Grundlage auszustatten und mit seinem Werk „Materialismus und Empirioskritizismus“ die immer raffinierteren Verfälschungen des Marxismus zu zerschlagen... Zugleich hat Lenin damit als einziger der damaligen Marxisten die schwierige Aufgabe in Angriff genommen, die wichtigsten Resultate der Wissenschaft in der Zeit seit Engels auf philosophischem Gebiet zu verallgemeinern.“

Einige Grundgedanken aus Lenins Werk „Materialismus und Empirioskritizismus“

Im weiteren Verlauf stellt das Flugblatt nun in 6 Abschnitten den Inhalt der Schrift Lenins dar. Hier können nur jeweils einige zentrale Punkte benannt werden:

1) Lenins Kampf für die Verteidigung des Materialismus: Die Bedeutung der Existenz der objektiven Wahrheit, die erkannt werden kann

2) Die Dialektik von absoluter und relativer Wahrheit – Ein Kernpunkt von Lenins Zweifronten-Kampf für eine prinzipienfeste Linie

3) Die Rolle der Praxis als Kriterium der objektiven Wahrheit und die zentrale Bedeutung der Prinzipien

4) Die wissenschaftliche Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeit als Grundlage der revolutionären Politik

5) Der reaktionäre Charakter der These von der „Identität von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein“

6) Eine unverzichtbare, im umfassenden Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu lösende Aufgabe: Bürgerlich-revisionistisches Material auswerten, dessen reaktionäre Linie verwerfen, die eigene Linie aufstellen

Am Ende des Flugblatts werden nochmals drei Punkte hervorgehoben:

● *„Materialismus und Empirioskritizismus“ steht zentral für die richtige Haltung zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sowie zur wissenschaftlichen Arbeit. Dieses Werk muss uns Vorbild sein, die bürgerliche Ideologie nicht zu unterschätzen, diese wirklich auf allen, selbst auf dem philosophischen Gebiet zu bekämpfen, die theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus umfassend zu verteidigen.*

● *Dieses Buch zeigt, dass der Klassenkampf auf dem Gebiet der Theorie, die Kämpfe an der philosophischen Front nur wirklich verstanden und in ihrer Bedeutung eingeordnet werden können, wenn sie im Zusammenhang mit dem ideologischen Kampf überhaupt, den Aufgaben der Revolution und in Verbindung mit den wirklichen Klassenkämpfen des Proletariats gesehen werden. Nur so ist es dann auch möglich, aus diesen Kämpfen wirklich Lehren zu ziehen für die Fragen der Revolution und die Debatte nicht in leere Begriffsstreiterei ausufern zu lassen. Das Studium von Lenins Schrift zeigt dabei gerade auch, welche Bedeutung die Revision des Marxismus auf dem Gebiet der Philosophie für die Revision auf dem Gebiet der Politik hatte und hat: Sie dient letztlich der Revision der Theorie der proletarischen Revolution und der Sabotage.*

● *Das Werk Lenins macht insbesondere auch klar, warum die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus und nicht irgendeine 'konkrete Analyse' der heutigen Bedingungen oder gar nur die eigenen Erfahrungen Ausgangspunkt der Linie und Politik sein müssen, und*

warum der Kampf um die richtige Linie und Politik auf der **Grundlage** der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus geführt werden muss. Der ideologische und theoretische Kampf um die Durchsetzung und Verankerung der Prinzipien ist auch nicht irgendwann einmal 'erledigt', sondern bleibt Gegenstand des innerparteilichen Kampfes, solange es den Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus gibt, d. h. bis zur allseitigen Vernichtung der bürgerlichen Ideologie im Kommunismus.“

Das Flugblatt endet mit einer Kampfansage an den modernen Revisionismus:

„Die zentrale, bei weitem dominierende, wirklich entscheidende Aufgabe im ideologischen Kampf ist unserer Meinung nach heute, die Missachtung und revisionistische Verfälschung der in sich geschlossenen Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu bekämpfen, die **Prinzipienlosigkeit** zu geißeln, also vor allem dem modernen Revisionismus in allen seinen Schattierungen den schonungslosen Kampf anzusagen und konsequent weiterzuführen.“

Das Flugblatt enthält als Beilage einen 32 seitigen Auszug aus dem theoretischen Organ „Rot Front“ Nr. 4 „Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit“, es umfasst 6 A3 Seiten

Das Flugblatt September/Oktober hat zum Thema:

Von der Unterstützung pro-imperialistischer reaktionärer bewaffneter Milizen zur direkten militärischen Intervention:

Der deutsche Imperialismus schickt seine Bundeswehr-Soldaten in kolonialistischer Manier in den Kongo

„Im Juli dieses Jahres schickte der deutsche Imperialismus insgesamt 780 Bundeswehrsoldaten im Rahmen eines 2000 köpfigen EUFOR-Kontingents unter der Führung des deutschen Imperialismus nach Afrika unter dem Vorwand, im Kongo den Ausgang der Wahlen sicherzustellen. Schon im Vorfeld wurde eine Verlängerung des 'Mandats' angekündigt. Die nächsten Einsatzorte des auf dem militärischen Vormarsch befindlichen deutschen Imperialismus werden bereits umgesetzt: im Libanon unter dem Vorwand der Überwachung des Waffenschmuggels der Hisbollah, deren Waffen erwiesenermaßen von Syrien und Iran kommen, Regimes zu denen gerade der deutsche Imperialismus ausgezeichnete Beziehung hat. Unter dem Vorwand der Überwachung des Friedensvertrags der Bürgerkriegsparteien ist danach wohl der Sudan im Visier, wo ein deutsches Konsortium – u. a. Thyssen-Krupp – vor kurzem gerade ein milliardenschweres Infrastrukturprojekt mit einer dieser Bürgerkriegsparteien, nämlich der im Südsudan operierenden SPLM-Miliz, an Land ziehen konnte.

Worum geht es also in dem Konflikt im Kongo? Was sind die Ursachen dieses Konflikts? Und was sind die Interessen der imperialistischen Großmächte, insbesondere des deutschen Imperialismus, im Kongo und über den Kongo hinaus?“

Dem deutschen Imperialismus ist es zum erstenmal gelungen die militärische Führung eines EU-Einsatzes zu übernehmen.

„Gesamt-Einsatzleiter Bundeswehrgeneral Viereck drohte der kongolesischen Bevölkerung bereits im Vorfeld: Wenn die Abschreckung nicht ausreicht, können wir Gewalt anwenden, wenn nötig auch tödliche Gewalt“

Lehrstück Kongo: Das imperialistische „Teile und Herrsche“

Im weiteren Verlauf werden **demagogische Manöver zur Rechtfertigung der Militärintervention** des deutschen Imperialismus beschrieben. Dazu zählt humanistisches Phrasengeklingel wie

„Verhinderung menschlicher Tragödien, Verweise auf Kindersoldaten, drohende Vertreibung oder Massaker....“

Die humanistischen Motive sind nichts als Heuchelei, das zeigt die brutale Abschiebep Praxis des deutschen Imperialismus gegenüber Flüchtlingen aus dem Kongo ohne Rücksicht auf drohende Folter oder Tod.

„Auffallend an der Kongo Debatte ist jedoch, dass die deutschen Imperialisten immer deutlicher Klartext reden, immer weniger Hemmungen haben zu verkünden, dass es ihnen um ihre eigenen imperialistischen Interessen geht.“

Das ist der ungehinderte Zugang zu den reichen Rohstoffvorkommen des Kongo.

Es folgt ein kurzer **Rückblick: Die Entwicklung im Kongo seit Mobutus Sturz.** Dabei wird kurz auf den Bürgerkrieg und dessen Entstehung eingegangen und die Interessen der imperialistischen Großmächte daran.

Der Kongo-Konflikt ist vor allem ein Stellvertreterkrieg der imperialistischen Großmächte

„Herrschaft des Imperialismus bedeutet eben zunehmend auch Aufhetzung der Völker, Anfachung von Stellvertreterkriegen, Unterstützung und Finanzierung solcher bewaffneter Milizen im Interesse der jeweiligen imperialistischen Großmacht.“

Die wirklichen Motive des deutschen Imperialismus...

● **Politische Destabilisierung und Zerstückelung** ist das Interesse des deutschen Imperialismus, der damit einer direkten Konfrontation mit den anderen imperialistischen Großmächten derzeit aus dem Weg geht.

● Die Absicherung des **unmittelbaren Profits beim „Wiederaufbau“ des Kongo** ist ein Ziel der militärischen Intervention des deutschen Imperialismus.

● Ein weiteres Ziel ist: Eigene Soldaten und Waffen im „richtigen Ernstfall“ erproben und Kampf gegen imperialistische Rivalen.

● Ziel ist: Zuwachs an Ausbeutungsmöglichkeiten und Einfluß.

Reden erst die Völker selber...

„...werden sie schnell einig sein...der Weg dorthin (ist) langwierig und keinesfalls gradlinig und einfach...“

In diesem Abschnitt des Flugblattes werden auch die Probleme angerissen, die bei der Beurteilung der Lage im Kongo für uns in Deutschland entstanden sind.

„Bei der Auseinandersetzung mit der Lage im Kongo sind für uns viele Fragenkomplexe offen geblieben, über die wir gerne durch Diskussionen mit Genossinnen und Genossen aus dem Kongo mehr Klarheit gewinnen würden, insbesondere die Frage der Völker und Bevölkerungsgruppen im Kongo, die Stärke der Arbeiterklasse und die geschichtlichen Erfahrungen im antiimperialistischen Kampf.“

Es ist in erster Linie ein Mangel unserer eigenen Arbeit, dass wir bei dieser aktuellen Untersu-

chung nahezu ausschließlich auf bürgerliche Quellen angewiesen sind.“

Es wird trotz aller offener Fragen herausgestellt:

„...dass in den 40er Jahren vor allem in den Bergwerken und Hafenstädten des Kongo ein Proletariat entstanden ist und dass Teile dieses Proletariats kämpferische und teilweise bewaffnete Kämpfe gegen den Imperialismus und die einheimische Reaktion geführt haben, wie etwa der bewaffnete Kampf der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter im Dezember 1945 in Matabeleland...“

Auch wenn wir nicht wissen, welche wirklich antiimperialistischen und revolutionären Kräfte es momentan im Kongo gibt, so ist dennoch klar, dass die große Masse der kongolesischen Bevölkerung früher oder später gegen die politische, ökonomische und militärische Einmischung der imperialistischen Großmächte den Kampf aufnehmen wird...“

Am Ende des Flugblatts werden die zwingenden Aufgaben für die kommunistischen Kräfte in Deutschland beschrieben, wie Lenin forderte:

„die Machination ‘ihrer’ Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und in der Armee ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu treiben.“

(Lenin, Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, 1920, Werke Bd., 31, S. 196)

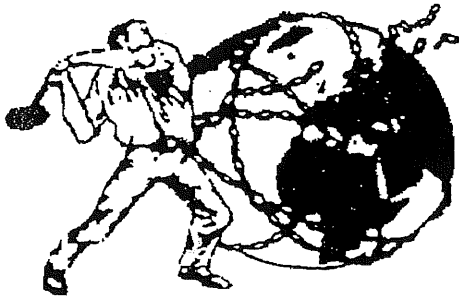
Das Flugblatt umfasst 6 A3 Seiten und enthält folgende zusätzliche Beiträge: Bundespräsident Köhlers Propaganda für deutsch-imperialistische Ambitionen ● Die im Kongo stationierte „Luftbrigade 26“ der Bundeswehr stellt sich in die Tradition der Wehrmacht und der Waffen-SS ● Die Verschärfung der Widersprüche und gegenseitige Verhetzung der Völker und Bevölkerungsgruppen des Kongo ist vor allem das Produkt der imperialistisch-kolonialistischen Großmachtpolitik ● Wie die deutsche Bourgeoisie und ihre Militärs ungeschminkt verkünden, welche Interessen sie im Kongo verfolgen ● Die Berliner „Kongokonferenz“ 1884 ● Patrice Lumumbas Anklage gegen rassistische kolonial-imperialistische Unterdrückung.

Kontakt:

***E-Mail:** info@gegendiestroemung.org

***www:** <http://www.gegendiestroemung.org>

(*die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 4/06

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **November – Dezember 2006**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt November/Dezember hat zum Thema:

60 Jahre „Urteil von Nürnberg“:

Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses verteidigen!

„Am 30. September bzw. 1. Oktober 1946 wurde das Urteil im ‚Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher‘ verkündet. Nazi- und Wehrmachtsführer wie Göring, Kaltenbrunner, Streicher, Rosenberg, Keitel und Frank etc. wurden zum Tode verurteilt und auch hingerichtet. Teile des Funktionärskorps der Nazi-Partei, die SS, der SD und die Gestapo wurden als verbrecherische Organisationen verurteilt.“

Bis heute haben die deutschen Imperialisten den Nürnberger Prozeß und sein Urteil nicht offiziell anerkannt. Mehr noch: Schon 1953 rehabilitierte ein westdeutsches Gericht den Nazi-Verbrecher Jodl, der in Nürnberg hingerichtet worden war, posthum öffentlich! Seit 1945 wird der Nürnberger Prozeß von den Abteilungen der deutschen Imperialisten, in vorderster Front den Nazis, mit Kübeln von Lügen überschüttet. Bürgerliche Medien, Berliner Politiker und Nazis arbeiten dabei heute Hand in Hand. Einerseits geht es um die Relativierung der Nazi-Verbrechen, ja der immer weitergehenden Leugnung der Nazi-Verbrechen mit dem Ziel, die Anti-Hitler-Koalition in Abstufungen zu verleumden - von der reaktionären Parole 'Das waren ja auch Verbrecher' bis hin zu 'Das waren die eigentlichen Verbrecher'. Andererseits werden gleichzeitig die sogenannten 'Nürnberger Prinzipien' zur Rechtfertigung für imperialistische Aggressionen unter UNO-Flagge in aller Welt benutzt, insbesondere auch zur Rechtfertigung des weltweiten militärischen Vormarsches des deutschen Imperialismus.

Gegen diese Lügen gilt es, die wirkliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses zu verteidigen.“

Zur Funktion und Rolle des Nürnberger Prozesses für die Aufdeckung der Nazi-Verbrechen

„Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde es immer deutlicher und zur schrecklichen Wahrheit: Der Nazi-Faschismus hatte Verbrechen begangen, die in ihrem Ausmaß, in ihrer Systematik und ihrer Grausamkeit bisher einmalig in der Weltgeschichte sind.“

Zunächst werden die Quellen aufgezeigt, die bereits 1945/46 zur Verfügung standen und ausreichend waren, um sich ein realistisches Bild zu machen:

- „Eine wichtige Quelle über Nazi-Verbrechen waren Berichte von Nazi-Opfern, von überlebenden und von ermordeten.“
- „Eine weitere Quelle waren Nazi-Dokumente, die von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition gefunden wurden. Obwohl es Befehle von Hitler und Himmler gab, alle Spuren der nazistischen Völkermordpolitik zu beseitigen, war die Nazi-Bürokratie nicht so perfekt organisiert, daß sie alle Hinweise und Beweise vernichten konnte.“
- „Eine wichtige Quelle, welche die Berichte der Nazi-Opfer und Ergebnisse der Auswertung von Nazi-Dokumenten zusammenfaßte, waren die zum Teil schon vor 1945 in vielen von den Nazis besetzten Ländern durchgeführten Prozesse gegen Naziverbrecher sowie die Berichte von Kommissionen, die Naziverbrechen untersuch-

ten. Insbesondere in der Sowjetunion wurden Prozesse gegen Nazi-Verbrecher schon ab Ende 1943 in den von der Sowjetarmee befreiten Gebieten durchgeführt wie z. B. in Charkow Ende 1943, in Kiew, Minsk, Lemberg etc.“

Das Flugblatt erläutert im weiteren Verlauf die zentrale Bedeutung des Nürnberger Prozesses, der am 20.11.1945 von den Staaten der sozialistischen Sowjetunion, Englands, Frankreichs und den USA vor einem internationalen Militärgerichtshof begonnen wurde und Ergebnis des im Londoner Abkommen vom 8.8.1945 getroffenen Beschlusses war.

„Die Nazi-Verbrecher sollten weltweit verfolgt und in den Ländern angeklagt und abgeurteilt werden, wo sie ihre Verbrechen begangen hatten. Die Hauptkriegsverbrecher, deren Verbrechen „keine bestimmte geographische Begrenzung“ hatten, sollten in einem Hauptkriegsverbrecherprozeß abgeurteilt werden. Es wurde in Nürnberg Anklage gegen führende Nazi-Verbrecher wie Göring, Heß, Keitel, Streicher, Rosenberg oder Kaltenbrunner, erhoben sowie gegen wichtige Nazi-Organisationen (SS, SA, Korps der politischen Leiter der Nazi-Partei, Reichsregierung, Gestapo, SD, Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht), die als „verbrecherisch“ angeklagt wurden. Anklagepunkte waren Verbrechen gegen den Frieden, d. h. die Planung, Vorbereitung und Durchführung des Nazi-Krieges, Kriegsverbrechen, d. h. Verbrechen, die während und im Zusammenhang mit dem Nazi-Krieg durchgeführt wurden, und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, d. h. Verbrechen vor oder während des Krieges in den von den Nazis überfallenen Ländern oder in Deutschland.

Der Nürnberger Prozeß war somit die wichtigste Institution für die Zusammenfassung und Dokumentation der Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die Nazi-Verbrechen sowie der Dokumentation und Zusammenfassung aller weiteren damals verfügbaren zentralen Beweise. ...

In 42 Bänden mit 27 104 Druckseiten wurde die gesamte Verhandlung des Prozesses dokumentiert. In 22 weiteren Bänden wurden auf mehreren tausend Seiten die Dokumente abgedruckt, die im Nürnberger Prozeß als Beweise der Anklage gedient hatten. Die Protokolle der Verhandlungen sowie die Dokumente der Anklage wurden 1946/1947 veröffentlicht...

Die Anklageschrift des Nürnberger Prozesses vom 6.10.1945, die Urteilsbegründung vom August 1946 und Reden des sowjetischen Hauptanklagevertreters R. A. Rudenko, die 1945/46 veröffentlicht und in großer Auflage in der SBZ verbreitet wurden, gehen auf die größten Nazi-Verbrechen von 1933 bis 1945 ein.“

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff,
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main,
Offen: Sa. 10.00 – 13.00 Uhr

Die Aufdeckung der größten Nazi-Verbrechen im Nürnberger Prozeß

Im folgenden erläutert das Flugblatt die größten Verbrechen der Nazis, sie sollen hier nur aufgezählt werden:

- **Nazi-Terror gegen antifaschistische und kommunistische Kräfte**
- **Plünderungen und Zerstörungen der Nazis in anderen Ländern**
- **Millionenfache Sklavenarbeit**
- **Bombardierung von Städten, Geiseler-schießungen, Zwangsgermanisierungspolitik**
- **Massenmord an Kranken und Behinderten**
- **Massenmord an Polen und Polinnen**
- **Massenmord an der sowjetischen Bevölkerung und an sowjetischen Kriegsgefangenen**
- **Antisemitischer Terror und Pogrome sowie rassistischer Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa**
- **Rassistischer Völkermord an „Zigeunern“, den Sinti und Roma**

Der Nürnberger Prozeß zu den „verbrecherischen Nazi-Organisationen“ und zur Massenbasis des Nazi-Faschismus

Der folgende Abschnitt schildert die weitreichende Bedeutung der Feststellung von „verbrecherischen Naziorganisationen“ für den antifaschistischen Kampf.

„Im „Statut für den Internationalen Militärgerichtshof“ war in Artikel 9 und 10 festgelegt worden, daß der Militärgerichtshof eine Gruppe oder Organisation, deren Mitglied einer der Angeklagten war, für verbrecherisch erklären konnte. Dies ermöglichte dann in künftigen Prozessen, jedes Mitglied einer solchen Organisation wegen der Mitgliedschaft in dieser verbrecherischen Organisation zu verurteilen und dafür auch mit dem Tod zu bestrafen. Der Nachweis des verbrecherischen Charakters der Or-

ganisation mußte nicht noch einmal erbracht werden...

In folgenden Abschnitten werden die wesentlichen Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes Nr 10 über die „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder die Menschlichkeit schuldig gemacht haben“ und „über die Verantwortlichkeit der Hitleranhänger für begangene Greuelthaten“ erläutert.

„Die Ankläger von Nürnberg forderten in der Anklageschrift, neben der Gestapo, dem SD, der SS, der SA, der Naziregierung und dem Generalstab und Oberkommando der Nazi-Armee vor allem auch das gesamte Korps der Politischen Leiter der Nazi-Partei zur verbrecherischen Organisationen zu erklären. Damit waren alle Personen erfaßt, die nach allgemeiner Naziterminologie zu irgendeiner Zeit 'politische Leiter' von irgendeinem Grad oder Rang waren... Insgesamt war dies eine Gruppe, die schätzungsweise mindestens 600000 Menschen umfaßte.

Die Anklageschrift lenkte dabei die Aufmerksamkeit gerade auch auf die wichtige Rolle der niedrigeren 'Politischen Leiter' für die Durchsetzung der Nazi-Politik und für die Durchführung der Nazi-Verbrechen. ...

Nach der Beweisaufnahme erklärte der sowjetische Hauptankläger Rudenko in seiner Abschlußrede auf dem Nürnberger Prozeß, daß die Beweise, die gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegt wurden, sogar voll ausreichen, um die gesamte Nazi-Partei zu einer verbrecherischen Organisation im Sinne des Artikels 9 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes zu erklären. Dies war jedoch nicht Gegenstand der Anklage.

Im weiteren Verlauf seiner Schlußrede legte Rudenko dann nochmals besonderes Gewicht auf die verbrecherische Rolle der sogenannten kleinen Nazis, der Zellenleiter und Blockleiter. Er zeigte auf, daß die Betriebszellenleiter systematisch zur Bespitzelung auch der Arbeiter und Arbeiterinnen in den besetzten Gebieten eingesetzt wurden. “

Zum Urteil von Nürnberg

„Das am 30. September und 1. Oktober 1946 in Nürnberg verkündete Urteil blieb jedoch leider hinter den Anträgen der Ankläger zurück.

Denn es wurden auch einige wenige Naziverbrecher aufgrund der Intervention der Richter

der USA, Englands und Frankreichs entweder freigesprochen oder sie bekamen viel zu niedrige Haftstrafen, ...

Das sowjetische Mitglied des Internationalen Militärgerichtshofes kritisierte den unbegründeten Freispruch des angeklagten Nazis Schacht, des angeklagten Nazis von Papen, des angeklagten Nazis Fritzsche, das geringe Strafmaß für den angeklagten Nazi Heß sowie die unrichtigen Entscheidungen, das Reichskabinett, den Generalstab und das Oberkommando der deutschen Wehrmacht (OKW) nicht für verbrecherische Organisationen im Sinne des Status des Internationalen Nürnberger Gerichtshofs zu erklären.

Rudenko machte vor allem auch klar, daß das OKW und der Generalstab der Wehrmacht, ja die gesamte Nazi-Wehrmacht die entscheidende Kraft war, um die Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus ... überhaupt durchsetzen zu können...

Das politische Korps der Nazi-Partei wurde nicht insgesamt für verbrecherisch erklärt... Die Blockleiter und Zellenleiter wurden ausgenommen. Eine Erklärung für diese Einschränkung findet sich nicht. Der sowjetische Ankläger Rudenko hatte ... die argumentative Grundlage dafür dargelegt und mit entsprechenden Beweisen ausgearbeitet, die in den Dokumenten des Nürnberger Prozesses festgehalten sind, um auch die sogenannten „kleinen“ Naziführer zur Rechenschaft zu ziehen und zu verurteilen.

Die SA wurde fälschlicherweise nicht als verbrecherische Organisation verurteilt... “

Es wird im weiteren Verlauf die verbrecherische Funktion der SA durch ein Zitat des Genossen Rudenko beschrieben.

„Bei allen anderen Nazi-Organisation wurde die falsche Einschränkung gemacht, daß nur die Mitgliedschaft ab dem 1. September 1939, also mit dem Überfall auf Polen, eine Rolle spiele, da vorher angeblich der verbrecherische Charakter dieser Organisationen nicht für jeden zu erkennen gewesen sei. Bei der Analyse der Fehler und Mängel des Nürnberger Urteilsspruchs muß bewußt sein: Der Nürnberger Prozeß, der am 20.11.1945 begann, war schon vor dem 8. Mai 1945 im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition verabredet und vorbereitet worden. Es versteht sich, daß sich die während der ganzen Zeit des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition vorhandenen Widersprüche zwischen der sozialistischen

Sowjetunion und den imperialistischen Teilnehmer-Staaten nach dem militärischen Sieg über den Nazi-Faschismus verschärften und auch die Dokumente und Urteile des Nürnberger Prozesses beeinflussten. Ja, dieser Prozeß begann im Grunde schon in der Endphase der Anti-Hitler-Koalition, die sich Stück für Stück auflöste, bis schließlich das im August 1945 verabschiedete Potsdamer Abkommen offen von den imperialistischen Staaten gebrochen und bekämpft wurde. Schon 1947, erst recht 1948 und danach wäre an einen solchen Prozeß wie 1945/46 in Nürnberg nicht mehr zu denken gewesen!“

Zur Bedeutung des Nürnberger Prozesses

Der Nürnberger Prozeß hatte große Bedeutung im Kampf für die Vernichtung der Überreste des Nazi-Faschismus nach 1945. Nicht nur, daß die Nazi-Kräfte in Deutschland einen schweren Schlag versetzt bekommen hatten durch die Vollstreckung des Urteils von Nürnberg, was Hinrichtung und langjährige Haftstrafen für führende Nazi-Verbrecher bedeutete. Für die Anti-Nazi-Kräfte in Deutschland war vor allem auch sehr bedeutend, daß Nazi-Organisationen wie die SS oder die Gestapo zu „verbrecherischen Organisationen“ erklärt wurden, was für den Kampf um die Entnazifizierung eine wichtige Hilfe war.

Der Nazi-Faschismus hatte bisher weltgeschichtlich einmalige Verbrechen begangen, insbesondere den rassistischen Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma.

„Die Nazis“- das waren nicht nur die `reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals`, die die offen terroristische Diktatur des deutschen Finanzkapitals, den Nazi-Faschismus errichtet hatten, wie Georgi Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935 richtig ausführte. Eines der wesentlichen Merkmale des NaziFaschismus war, daß er sich in Deutschland auf eine breite Massenbasis von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte - gerade auch mit Hilfe der Nazi-Partei und der SA. Das war auch gerade ein Ergebnis des Nürnberger Prozesses.

Die Analysen und Dokumente des Nürnberger Prozesses waren und sind wesentlicher Ausgangspunkt für die Aufklärung über die Nazi-Verbrechen. Im Kampf gegen die Gleichsetzung der Nazi-Verbrechen heute beispielsweise mit

den Verbrechen im Irak, Kongo oder Ex-Jugoslawien, mitbegangen von Kreaturen des Imperialismus wie Hussein oder Milosevic, ist der Nürnberger Prozeß auch heute nach wie vor eine scharfe Waffe.

Die nächsten zwei Abschnitte beschreibt das Flugblatt die Aufgaben der KPD/SED für den antifaschistischen Kampf nach 1945 für die umfassende Entnazifizierung und Aburteilung der Nazi-Verbrecher und die gigantische Aufgabe der Aufklärung über die Verbrechen des NaziFaschismus durchführen zu können.

„Es galt - was mindestens genauso wichtig war - aber auch wirklich tiefgehend und ehrlich zu analysieren, daß große Teile der deutschen werktätigen und ausgebeuteten Massen an den NaziVerbrechen beteiligt waren bzw. diese stillschweigend geduldet hatten.“

„Ein dritter Punkt ist, daß die Nazi-Opfer völlig berechtigterweise Reparationen forderten - und zwar auf der Grundlage der an ihnen begangenen Verbrechen. Wollen die kommunistischen Kräfte bei der Frage der Reparationen führend vorangehen, mußten und müssen die Nazi-Verbrechen aufgedeckt und im vollem Umfang bekannt gemacht werden, um den Arbeiterinnen und Arbeiter, den werktätigen und ausgebeuteten Massen die Pflicht zu Reparationszahlungen überhaupt bewußt machen zu können.“

Das Flugblatt schließt mit folgendem Abschnitt:

„Der Nürnberger Prozeß gegen die Nazi-Hauptverbrecher sind ein gewisser Einschnitt in der Geschichte des Sieges über den deutschen Nazi-Faschismus. Der Nazi-Faschismus wurde durch die Besetzung Deutschlands in vielerlei Hinsicht geschlagen - der Großteil seiner Kader, seine Traditionen, seine ideologischen und vor allem seine materiellen Wurzeln, das Finanzkapital in Deutschland, der deutsche Imperialismus und das kapitalistische System, konnten nicht wirklich zerschlagen und vernichtet werden. Diese Aufgabe steht bis heute an und wird täglich aktueller, der deutsche Imperialismus wächst und expandiert - aber er muß und wird zerschlagen werden!“

Das Flugblatt enthält noch folgenden Artikel: Verstärkt die Unterstützung der seit fast einem halben Jahr anhaltenden Kämpfe in Qxaca/Mexico

Kontakt:

E-Mail: info@gegendiestroemung.org[www:
http://www.gegendiestroemung.org](http://www.gegendiestroemung.org)
(*die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Anhang:

Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten

An die Leserinnen und Leser
der Publikationen von „Gegen die Strömung“

eine Korrektur zur Beilage:
„Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit“
(Beilage zum Flugblatt 7/8 -2006)

Der Korrektur-Kasten ist abgedruckt in der neu herausgegebenen 2. Auflage der Broschüre auf S. 22.

Den Leserinnen und Lesern der GDS-Publikationen legen wir bei diesem Versand der neuesten Flugblätter diesen Korrektur-Zettel bei.

Dezember 2006

Eine notwendige Korrektur

In der Beilage zum Flugblatt 7-8/2006 „Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit“ ist ein Fehler enthalten, da wir unbesehen einen kompletten Abschnitt aus dem Theoretischen Organ ROT FRONT Nr. 4 abgedruckt haben, obwohl dieser Fehler bereits in der RF Nr. 5 S. 199 ff. korrigiert worden war.

Es heißt fälschlich in der Beilage S. 3, linke Spalte, vorletzter Absatz 16, Zeile ff.

„Konkret handelt es sich also um einen Tausch, der das Geheimnis der Mehrwertproduktion, d.h. der Ausbeutung des Proletariats, des Anwachsens der Macht des Kapitals, den ganzen Mechanismus der kapitalistischen Ausbeutung **enthält (!?)**.“

Korrekt wäre diese Satz dann gewesen, wenn wir statt des Wortes „enthält“, das Wort „verschleiert“ geschrieben hätten. Denn der Austausch verschleiert das Geheimnis der Ausbeutung. Lüften kann dieses Geheimnis aber nur der, der die Sphäre der Produktion betritt.

Denn dieser besondere Tausch Lohn gegen Arbeitskraft erzeugt ja - unterstützt und gepflegt von der kapitalistischen Propaganda - gerade den falschen Schein von „Gerechtigkeit“, enthält also lediglich das Geheimnis dieser **Verschleierung** der Klassenverhältnisse und der zu Grunde liegenden Fragen, wer die Produktionsmittel besitzt und wer nicht, aber eben nicht das „Geheimnis der Mehrwertproduktion“ im eigentlichen, direkten Sinne.

In diesem Tausch - wir wiederholen es noch einmal - ist nicht enthalten die Möglichkeit der Mehrwert-Produktion. Hier muss die Sphäre des Tausches verlassen, die Fabrik, die Produktionssphäre betreten und das Geheimnis der Aneignung unbezahlter Arbeit, der Mehrarbeit aufgedeckt werden: Der Arbeiter erhält als Lohn, was er zu seiner Reproduktion braucht und nicht, was er an Wert in seiner Arbeitszeit schafft.

Drei Anmerkungen zum Flugblatt „Streik bei Infineon in München“

Mit großem Interesse habe ich das Flugblatt zum Infineon-Streik gelesen. Es hat mir gut gefallen. Allerdings sind mir ein paar Dinge aufgefallen, die ich hier kurz auflisten möchte:

- An keiner Stelle im Flugblatt wird erwähnt wie lange der Streik der Kolleginnen und Kollegen gedauert hat. Angesichts der starken Bedrohung auch durch die Polizei, ist es schon interessant zu erfahren, wie lange die Kolleginnen und Kollegen den Streik aufrechterhalten konnten. Der Streik dauerte insgesamt eine Woche bis zur Urabstimmung am 31.10.05. Die Nachtschicht hat an diesem Tag die Arbeit wieder aufgenommen.
- Auf Seite 3 wird das Ergebnis des Streiks mitgeteilt. Die Stelle ist leider etwas unklar ausgedrückt und das Ergebnis nicht ganz vollständig. Auch empfinde ich die Darstellung „als einen Tropfen auf den heißen Stein“ nicht gut gelungen und zu negativ. Es ist vollkommen richtig anzuprangern, dass die IG-Metall mit ihrem Tarifabschluss weit davon entfernt ist, was die Streikenden wirklich wollten, nämlich die Werkschließung zu verhindern. Aber dennoch haben die Streikenden was erreicht und ihr Kampf hat sich gelohnt, das sollte meiner Meinung nach nicht untergehen. Die Junge Welt, die als Quelle für den Streikverlauf in dem FB auch genannt wird, geht in ihrem Kommentar vom 1.11.2005 sogar so weit, den Streik eher als Mißerfolg zu bezeichnen und verbreitet damit eine defätistische Stimmung nach dem Motto, man hätte es gleich lassen können.

Trotz des nur sehr kleinen Erfolgs ist es nicht gerechtfertigt den Streik als Misserfolg zu bezeichnen und der defätistischen Stimmung „hat ja eh alles nichts gebracht“ sollte unbedingt entgegen gewirkt werden. Denn jeder Streik bringt was, auch wenn es „nur“ die Erfahrungen sind die die Arbeiterinnen und Arbeiter in diesen Kämpfen machen.

Dann ist mir noch aufgefallen, dass der IG Metall Führung vorgeworfen wird, sie habe dem Streik die Spitze abgebrochen, allerdings wird als Beleg dafür nur das schlechte Verhandlungsergebnis angeführt. Ist dazu mehr bekannt? In der Tarifkommission sitzen ja in aller Regel auch Vertrauensleute. So oft der Verrat der Gewerkschaftsführung ja der Wirklichkeit entspricht, ist es ja nun leider oftmals auch so, dass die Kolleginnen und Kollegen einfach auf Grund des Drucks nicht länger durchhalten.

Ich schlage folgende Formulierung für den Abschnitt im Flugblatt Seite 3 rechte Spalte vor:

„Bevor der Druck auf die Kapitalisten wirklich groß genug wurde, hatte die IG Metall mit den Kapitalisten ein Ergebnis ausgehandelt, das das Ende des Streiks bedeutete. Ein Ergebnis das meilenweit von den Zielen der Streikenden die Werkschließung zu verhindern entfernt ist. Es bedeutet für viele der Arbeiterinnen und Arbeiter letztendlich Erwerbslosigkeit.

Durch den Streik erreicht werden konnte, dass die Folgen finanziell für eine gewisse Zeit abgemildert werden. Die Schließung des Werks konnte drei Monate hinausgezögert werden. Nach Ablauf der Kündigungsfrist erhalten die Kolleginnen und Kollegen in einer sogenannten „Beschäftigungsgesellschaft“ für 12 Monate Kurzarbeitergeld und die Abfindung beträgt 1,32 Gehälter pro Beschäftigungsjahr (allerdings maximal 130.000 Euro brutto).“

- Zum Schluss noch eine Korrektur: Entscheidungen über die sogenannte „Rechtmäßigkeit“ von Streiks oder wie breit die Gasse sein muss fällt das Arbeitsgericht nicht das Amtsgericht.

Antwort auf „Drei Anmerkungen zum Flugblatt: Streik bei Infineon in München“

Hallo liebe Genossin,

vielen Dank für deine ergänzenden und kritischen Anmerkungen zum Flugblatt über den Streik bei Infineon. Bei den Punkten eins und drei hast du unstrittig recht.

Beim zweiten Punkt habe ich eine andere Position.

Der Knackpunkt dabei ist die Einschätzung des Ergebnis des Streiksergebnisses.

Wie du richtig sagst gibt es bei jedem Kampf zwei Arten des Ergebnisses, das konkret ausgehandelte Ergebnis und die Kampferfahrungen. Diese beiden Teil des Kampfes dürfen jedoch nicht verwischt werden.

Auf die Frage warum sich der Kampf gelohnt, gibt es zwei Antworten. Die Antwort von Karl Marx aus dem Manifest der Kommunistischen Partei und die der Arbeiteraristokraten.

Marx schreibt zu den Kämpfen der Arbeiter:

„Von Zeit zu Zeit stegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter“ (Manifest, S. 53, VMB-Ausgabe)

Während die Arbeiteraristokraten und Gewerkschaftsfürsten die konkreten noch so kleinen Ergebnisse als große Erfolge feiern. Was die Einschätzung der IG Metall-Führung angeht, so ändern der Druck auf die Streikenden nichts daran, dass die IG Metall-Führung nicht nur mit dem Verhandlungsergebnis dem Streik die Spitze abgebrochen hat, sondern von Anfang an konsequente Streik- und Blockadeaktionen behindert hatte bzw. gegen diese gehetzt hat. So stand die berechnete Forderung der Streikenden – keine Schließung des Betriebes – nie als Verhandlungsforderung auf dem Plan. Die Gewerkschaftsführung versucht mit ihren fadenscheinigen Argumenten wie „das könne man doch eh nie erreichen“ von Beginn an den Kämpfenden Kolleg/innen in den Rücken zu fallen und zu demoralisieren um ihre Verhandlungsergebnis in möglichst „gutem Licht“ erscheinen zu lassen. Somit ist das ausgehandelten Ergebnis kein „kleiner Erfolg“, sondern eine abgemilderte Niederlage und letztendlich eben nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

Deine Alternativvorschlag sieht im Stile gewerkschaftsöffentlicher Verlautbarungen lediglich Zahlen und von einer Kritik an der Gewerkschaftsführung ist kaum etwas zu finden, sondern scheinbar „neutral“ heißt es: *„Bevor der Druck auf die Kapitalisten wirklich groß genug wurde, hatte die IG Metall mit den Kapitalisten ein Ergebnis ausgehandelt, das das Ende des Streiks bedeutete.“*

In deinem alternativen Entwurf zu der Stelle jedoch, wird zwar das Ergebnis konkretisiert, aber die Kritik an der IG Metall-Führung weggelassen und zudem spricht du ganz allgemein von der IG Metall, ohne Unterscheidung von

Gewerkschaftsbürokraten und Gewerkschaftskolleg/innen.

Wie würdest du das Streikergebnis auf einer Streikversammlung wie im letzten Info dokumentiert einschätzen? Würdest du dort auch deinen Alternativvorschlag zum Flugblatt gegenüber den Arbeiter/innen darstellen?

P.S.

Vielleicht fallen dir beim Durchlesen deiner Anmerkungen noch andere Ungenauigkeiten auf, die genauer zu diskutieren sind.

Vorbemerkung zu „Kritik und Anmerkung zum Flugblatt „Streik bei Infineon“

Im Info 11/06 wurde bereits eine Kritik am Flugblatt „Streik bei Infineon in München“ und die Antwort hierauf abgedruckt (S. 28 ff.).

Daraufhin habe ich meine Position zu meiner 2. Anmerkung in der Kritik¹ nochmals gründlich durchdacht und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass ich mich grundlegend geirrt habe und „aufs Glatteis“ der Arbeiteraristokraten geraten bin.

In der Anmerkung ging es darum, dass ich der Meinung war, dass der Streik zu negativ dargestellt wurde. In der Antwort wurde richtig entgegnet, dass die konkret ausgehandelten Ergebnisse und die Erfahrungen, der Streikenden als zwei verschiedene Ergebnisse unterschieden werden müssen.

Um mir in dieser Frage mehr Klarheit zu verschaffen, habe ich im folgenden kleinen Artikel Methoden und Argumente der Arbeiteraristokratie und Gewerkschaftsführung zusammengestellt. Diese Methoden der Gewerkschaftsführung, die gerade in den Streikämpfen der letzten Jahre immer wieder angewandt wurden, haben regelmäßig das Ziel Streiks die Spitze abubrechen und sie abzuwürgen.

Die Zusammenstellung soll helfen in künftigen Auseinandersetzungen besser gegen die Demagogie und Manöver der Arbeiteraristokraten gewappnet zu sein.

Drecksargumente und Methoden der Gewerkschaftsführung, um berechtigten Streiks die Spitze abubrechen und sie abzuwürgen

Die berechtigten Streikämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter werden regelmäßig von der Gewerkschaftsführung, die sich auch oftmals zeitweise an deren Spitze stellt, letztendlich abgewürgt. Dabei wiederholen sich die Methoden und die Drecksargumente mit denen die Arbeiterinnen und Arbeiter über den Tisch gezogen werden sollen. Diese Manöver sollen hier vorgestellt und entlarvt werden, um für künftige Auseinandersetzungen besser gewappnet zu sein.

Die Gewerkschaftsfürsten wenden verschiedene **demagogische Methoden** an:

- **Die Methode der Schmeichelei:** Den Arbeiterinnen und Arbeitern wird **geschmeichelt**, es wird hervorgehoben, welch einen tollen Kampf sie geführt haben. Oftmals wird auch die Solidarität anderer Belegschaften und der Bevölkerung gelobt. „Euer Kampf hat dieses Ergebnis möglich gemacht“. Diese Methode wird oft mit der folgenden kombiniert:
- **Die Methode der Spaltung:** Arbeiter und Arbeiterinnen deutscher Herkunft gegen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, jung gegen alt, langjährig Beschäftigte gegen solche mit kurzer Betriebszugehörigkeit, der eine Standort des Betriebs gegen den anderen, innerhalb Deutschlands oder auch weltweit etc.
- **Die Methode des Eigenlobs:** Die Gewerkschaftsführung lobt sich selbst, wie sie trotz harter und schwieriger Verhandlung mit Geschick und Durchhaltevermögen einen Kompromiss erzielen konnte.
- **Die Methode der Ablenkung:** Untergeordnete Punkte werden zur Hauptsache aufgebraucht, nicht mehr das Streikziel ist Gegenstand der Diskussion sondern nur noch der Kompromiss.
- **Die Methode des Legalismus:** Die Gewerkschaftsführung stellt heraus, dass das Kampfziel „keine Betriebsschließung, keine Entlassungen“ ein illegales Kampfziel ist und deshalb das Kampfziel sowieso nie hätte erreicht werden können.¹ Diese Methode setzt die Gewerkschaftsführung oft auch schon während des Streiks ein, wenn es um die Blockade von Werkstätten geht, um Streikbrechern den Zugang zum Betrieb zu versperren.

¹ In Deutschland sind Streiks gegen die Schließung von Betrieben oder gegen den Abbau von Arbeitsplätzen illegal. Dies sind sogenannte „freie unternehmerische Entscheidungen“, die nicht mit Arbeitsk Kampfmaßnahmen verknüpft werden dürfen. Ebenfalls als illegal wird die Blockade der Werkstätte durch die Rechtsprechung bezeichnet, weshalb es regelmäßig bei Streiks zu Arbeitsgerichtsprozessen kommt, denn ein Streik, der erfolgreich sein soll, ist innerhalb des eng gesteckten legalen Rahmens so gut wie unmöglich.

● **Die Methode der Überrumpelung:** Oftmals werden die Methoden der Gewerkschaftsführung auch noch von bestimmten Überraschungscoups begleitet. Bei Opel Bochum im Oktober 2004 wurde jedem der gegen den Streikabbruch auftreten wollte das Rederecht verwehrt und die Gewerkschaftsführung ließ sich durch den Werkschutz bewachen; es fanden Taschenkontrollen am Eingang zum Versammlungsraum statt. Die Stimmzettel bei Opel Bochum waren zweideutig „Soll der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsführung weiterführen und die Arbeit wieder aufgenommen werden“ war gefragt worden. Die Alternative „verhandeln und streiken“ stand nicht zur Wahl.

Der Streik für die 35 Stunden Woche in der Metall- und Elektroindustrie in der Ex-DDR im Frühjahr 2003 hat die IG-Metall-Spitze kurzerhand nach 4 Wochen für beendet und gescheitert erklärt ohne, dass eine Urabstimmung stattgefunden hatte.

Auch gegen diese „Coups“ muss man gewappnet sein und darf sich nicht überrumpeln lassen. Die Kollegen und Kolleginnen bei AEG in Nürnberg 2006 hatten dafür einen Forderungskatalog erarbeitet, um den Manövern der Gewerkschaftsführung vorzubeugen, was allerdings nur in Ansätzen gelungen ist:

„Über ein Ende des Streiks entscheiden ausschließlich wir selbst. Für eine faire Urabstimmung gelten folgende Forderungen:

- Alle bekommen den Vertragstext schriftlich
- Für ausländische Kolleg/innen wird er in allen Sprachen übersetzt, die im Werk gesprochen werden.
- Zwischen der Ausgabe des Vertragstextes und der Urabstimmung müssen 48 Stunden Zeit liegen, damit wir den Vertrag ausführlich mit allen Details diskutieren können.
- In den Streikversammlungen bekommen alle Rederecht, sowohl Gegner/innen wie Befürworter/innen.
- Die Fragestellung auf dem Stimmzettel ist klar und eindeutig: Bist du für die Annahme des Sozialtarifvertrags? Ja oder Nein. Keine Doppelfragen wie bei Opel Bochum, keine Fangfragen oder sonstigen Tricks.
- Es gibt keine unfaire Beeinflussung durch die Funktionäre. Drohungen mit Rücktritt und Beleidigungen („Dumme Fragen stellen kann jeder“) werden wir nicht hinnehmen.
- Wenn das alles gegeben ist, entscheidet die Mehrheit der aktiven Streikenden, so wie es sich in einer Demokratie gehört. Also keine Minderheit von 25 %, kein IGM-Vorstand in Frankfurt und keine Funktionäre, egal ob sie Huber, Peters, Neubauer oder Wechsler heißen“

Mit den oben aufgezählten Methoden werden u. a. folgende zentrale Drecksargumente präsentiert:

1. Lüge: „Wir hätten unser eigentliches Ziel nie erreicht, mehr war nicht drin.“

Mit diesem Drecksargument würgen die Gewerkschaftsfürsten immer wieder berechtigte Streiks z. B: für Lohnsteigerungen oder gegen Betriebsabschlüssen und Rationalisierungen vorzeitig ab. Sie präsentieren ihr Verhandlungsergebnis mit dem Slogan „Mehr war nicht drin“, „wir haben das Beste rausgeholt“ und „wir hätten unser eigentliches Kampffziel eh nie erreichen können“. Damit wollen sie ihre Zugeständnisse an die Kapitalisten als „Sieg“, als „Super Ergebnis“ verkaufen, das in erster Linie ihrer geschickten Verhandlungstaktik zu verdanken sei. Kombiniert wird dieses Argument oftmals mit der Methode der Schmeichelei: „Ihr habt toll gekämpft!“ und „ohne euren Kampf wäre dieses Ergebnis gar nicht zu Stande gekommen.“

Dieses Drecksargument geht nur all zu oft einher mit einem weiteren: Wenn der Streik noch länger gedauert hätte, er den Kapitalisten noch größere Verluste bereitet hätte, dann wären sie zu keinen Zugeständnissen mehr bereits gewesen. Das Ergebnis wäre viel schlechter ausgefallen im schlimmsten Fall wären alle leer ausgegangen.

Dabei lügen die Gewerkschaftsfürsten in mehrerer Hinsicht:

Es kann nur der verstärkte solidarische Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter für die konkreten Ziele zeigen, was wirklich alles erreicht werden kann. Wichtige Faktoren, die diesem Kampf die nötige Durchschlagskraft verleihen können sind u.a.: Die breite Solidarität im „eigenen“ Land und auch international zu entfalten und einen konsequenten Kampf gegen den deutschen Chauvinismus zu führen, gegen jeden Versuch die Arbeiterinnen und Arbeiter gegeneinander aufzuheizen. Es müssen alle Formen der Abwiegelei – gerade auch durch die Gewerkschaftsführung- bekämpft werden.

Aber was macht die Gewerkschaftsführung? Sie wiegelt ab, bricht dem Kampf die Spitze ab, bevor sich die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter richtig entfalten kann und der Druck auf die Kapitalisten stark genug wird. So z.B. bei AEG in Nürnberg 2005/2006 als das Ergebnis präsentiert wurde, kurz bevor in Polen im AEG Werk die Bänder stillgestanden wären, weil die Teile aus Deutschland nicht mehr geliefert wurden.

„Mehr war nicht drin und wenn ihr weiterstreikt gefährdet ihr dieses Ergebnis.“, ist eins der klassischen Drecksargumente zur Abwiegelei. Dass „mehr drin ist“, wenn die Kampfkraft stark genug ist, lässt sich an anderen Streikämpfen auch zeigen, so konnte in Frankreich verhindert werden, dass das Gesetz zur Abschaffung des Kündigungsschutzes für unter 25-jährige in kraft getreten ist.

2. Lüge: "Wir haben erreichen können, dass der Arbeitsplatzabbau sozialverträglich erfolgt"

Die Gewerkschaftsfürsten versuchen damit, die immer weitervoranschreitende Verelendung in der Arbeiterklasse, die Tatsache, dass oft Tausende auf einmal ihren Arbeitsplatz verlieren, schön zu reden.

Eine zentrale Methode dabei ist, dass nur noch über den Kompromiss diskutiert wird, und nicht mehr über das eigentliche Ziel des Kampfes: die Vernichtung der Arbeitsplätze und die Werkschließung zu verhindern.

Es wird eine Sozialplanformel präsentiert, die schön klingt, vielleicht auch wirklich besser scheint oder ist als der „durchschnittliche Marktpreis“ in der Branche.

Hierbei werden die Arbeiterinnen und Arbeiter gegeneinander ausgespielt, die Streikfront soll brechen. Einige wenige „profitieren“ möglicherweise tatsächlich von diesem Ergebnis, z.B. Kollegen und Kolleginnen kurz vor der Rente, die mit der Abfindung gut über die Runden kommen bis sie Rente beantragen können. Meistens bekommen sie dann aber eine geringere Rente als wenn sie bis zum Rentenalter gearbeitet hätten. Z. B. junge Kolleginnen und Kollegen, die gut ausgebildet sind und schnell wieder Arbeit finden, hilft die Abfindung über den oftmals nur kurzen finanziellen Engpass hinweg.

Auf der Strecke bleiben all die anderen, die die viele Kinder haben, die die schlecht ausgebildet sind, oftmals Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern, die die keine Arbeit mehr finden. Für all diejenigen bleibt oft nur 12 Monate Arbeitslosengeld und dann sogenanntes Arbeitslosengeld II.

Dabei werden die Arbeiterinnen und Arbeiter oft direkt durch die Gewerkschaftsführung und die Betriebsratsfürsten belogen. Hierzu einige Beispiele:

- Bei AEG in Nürnberg wurde z.B. stolz präsentiert, dass eine sogenannte „Vorruhestandslösung“ für über 53-Jährige erreicht werden konnte. Sie sollen bis zum frühestmöglichen Renteneintritt ihr Nettogehalt erhalten. Auf den ersten Blick und auf dem Papier ein gutes Angebot „7 Jahre Geld ohne zu arbeiten und dann in Rente“, jeder weiß, dass man Anfang 50 kaum eine Chance hat, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dabei wurde aber bei der Präsentation des Ergebnisses verschwiegen, dass die „Vorruhestandsregelung“ an eine bestimmte Betriebszugehörigkeitsdauer geknüpft ist. Verschwiegen wurde auch, wie die Struktur der Belegschaft ist, dass nämlich davon nur ca. 30 Arbeiter und Arbeiterinnen von 1700 betroffen sind.

- Ergebnis des Infineon Streiks 2005 war z. B. neben einer Abfindungszahlung eine sogenannte „Beschäftigungsgesellschaft“. Diese Beschäftigungsgesellschaft kann für maximal 12 Monate errichtet werden. Angepriesen wird, dass diese Gesellschaften

Arbeitslosigkeit verhindern sollen und dafür sorgen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter einen neuen Arbeitsplatz finden (durch Vermittlungstätigkeit, Bewerbungstraining, Weiterbildung etc.). Gezahlt wird in der Beschäftigungsgesellschaft sogenanntes Kurzarbeitergeld, in der gleichen Höhe wie Arbeitslosengeld. Die Kapitalisten zahlen i.d.R. etwas dazu und die „Verwaltungskosten“. Auch das klingt erst einmal besser als nichts, wer will schon arbeitslos werden. Und das Kurzarbeitergeld verlängert praktisch das Arbeitslosengeld.

Verschwiegen wird dabei aber, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter nur in die Beschäftigungsgesellschaften können, wenn sie auf ihre Rechte gegen die Kündigung vorzugehen verzichten. Denn Bedingung ist, dass kein Kündigungsschutzprozess geführt wird. Verschwiegen wird auch, dass in den meisten Fällen auf die Kündigungsfrist verzichtet werden muss, in der man ja immerhin noch seinen vollen Lohn bekommt. Und letztendlich sind die sogenannten Vermittlungsquoten für neue Arbeitsplätze oft mehr als bescheiden, oft unter 3 %.² Auch bei Opel Bochum gab es eine solche Gesellschaft. Vermittelt wurden von 800 Kollegen und Kolleginnen bis Oktober 2005 20.³

Im Ergebnis sind die Beschäftigungsgesellschaften also ein Sparmodell für die Kapitalisten, die das Geld in der Kündigungsfrist sowieso zahlen müssten, sich aber den Ärger und das Risiko mit rechtlichen Auseinandersetzungen gegen die Kündigungen sparen.

Das Drecksargument vom „sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau“ ist purer Zynismus.

3. Drecksargument: "Wir mussten Opfer bringen, das sichert aber die Arbeitsplätze für die Zukunft"

Die Kapitalisten verlangen „Lohnverzicht“, kürzen Zulagen und Sonderzahlungen und erhöhen die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Es werden gigantische Summen in den Raum gestellt, die es einzusparen gilt, natürlich auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen. Oftmals werden auch zu Beginn der Verhandlungen hohe Zahlen von Entlassungen genannt, die während der Verhandlungen dann mehr oder weniger reduziert werden.

Damit geht das Schüren von Nationalismus und Chauvinismus einher. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden gegeneinander aufgehetzt. Die Imperialisten drohen, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Dorthin wo Arbeiterinnen und Arbeiter die gleiche Arbeit unter härteren Bedingungen für weitaus weniger Geld erledigen müssen.

² Deutschlandradio am 3.9.2000 „Drehtür ABM“ für die Ex-DDR

³ WDR, Sendung vom 24. Oktober 2005 „Ex-Opelaner: Wo bleiben die neuen Jobs?“

Dafür gibt es wachsweiße Zusagen auf sogenannte Arbeitsplatzsicherung für einen bestimmten Zeitraum.

Gewerkschaftsfürsten verkaufen den Lohnraub und die Einbußen als Sieg, verschleiern, dass die Verelendung auch hier nicht aufgehalten werden kann, dass die Arbeitsplätze auch hier weiter abgebaut werden. Sie schüren dabei noch den deutschen Chauvinismus und spalten die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die „Arbeitsplatzgarantien“ sind in der Regel nichts wert. Die Kapitalisten hier bauen weiter ab, wenn sie keine Kündigungen aussprechen können, erhöhen sie den Druck auf die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Abschluss von sogenannten freiwilligen Aufhebungsverträgen.

So verlangten im Sommer 2004 die Kapitalisten von den Arbeiterinnen und Arbeitern bei DaimlerChrysler Einsparungen in Höhe von 500 Mio. Euro. Gegen diesen Lohnraub fanden im Juli 2004 Protestaktionen, Streiks Demonstrationen und Straßenblockaden statt. Gedroht wurde mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Südafrika. Ergebnis war: die Einsparungen wurden voll durchgeführt. Vereinbart wurde eine sogenannte Arbeitsplatzgarantie für die 160.000 Kolleginnen und Kollegen bis 2012. Im Oktober 2005 schloss der Gesamtbetriebsrat mit seinem Fürsten Ernst Klemm eine „Rahmenvereinbarung zum sozialverträglichen Personalabbau im Rahmen der Zukunftssicherung 2012“. Danach sind zwar weiterhin betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Alles soll „freiwillig“ erfolgen, wer nicht gehen möchte, muss nicht gehen. Den Druck auf Kolleginnen und Kollegen, die für betriebsbedingte Kündigungen ausgesucht werden, aber nicht freiwillig gehen wollen, kann sich jeder selbst vorstellen. Bis August 2006 sind in Untertürkheim schon 1100 Kollegen und Kolleginnen „freiwillig“ gegangen.⁴ Beschäftigungssicherung bedeutet auch in keinem einzigen Fall, dass die Arbeitsplätze erhalten werden. Sie bedeutet allenfalls, dass keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden.

Auch Siemens hat für seinen Bereich „Regionalorganisation D“ einen Beschäftigungssicherungstarifvertrag, der bis September 2009 gilt. Dennoch schreitet der Arbeitsplatzabbau auch bei Siemens mit „freiwilligen“ Vereinbarungen voran. So wurde z.B. im September 2005 bekanntgegeben, dass in der sogenannten Kommunikationssparte 2049 Arbeitsplätze abgebaut werden.⁵

- **Replik auf die Antwort auf die Kritik: Zum Infektion Streik**

Unstrittig ist, dass für die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung gut Dreckargumente der Gewerkschaftsführung aufgelistet und aufgezählt werden. Noch wichtiger ist uns allerdings die alte Kritik in Erinnerung zu rufen, dass Marx als Richtlinie ausgegeben hatte:

Daß das *eigentliche* Resultat der Kämpfe der Arbeiter

„die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter sei“

und nicht die Frage von unmittelbarem Erfolg.

Das ist das erste und entscheidendste Kriterium bei der Beurteilung von Streikämpfen, das leider in der Selbstkritik nach wie vor unberücksichtigt bleibt.

⁴ Handelsblatt 04.08.06

⁵ www.spiegelgruppe.de, 18.05.2005

Zwei Kritiken am Flugblatt: „Argumente gegen Geschichtsrevisionismus“ (Nr: 5-6/05 Mai/Juni 2005)

- 1) Im Flugblatt wird die Notwendigkeit der Anti-Hitler-Koalition für die erfolgreiche Bekämpfung des Nazi Faschismus mit Beispielen positiv und richtig dargestellt. Dabei fehlt aber im Flugblatt die Argumentation, dass die Anti-Hitler-Koalition ein Bündnis zwischen SU und imperialistischen USA und England war, und trotz Widersprüchen zwischen SU und dieser imperialistischen Ländern war dieses Bündnis notwendig und möglich. Es sollte ohne den Blickwinkel zu verfehlen, dass es hier um primär die Verbrechen des deutschen Imperialismus geht, auch kurz der Charakter der Anti-Hitler-Koalition dargestellt werden. Zum Beispiel wie in der RF Nr. 8/9/10 „die Anti-Hitler-Koalition war das militärische Bündnis zwischen der sozialistischen UdSSR einerseits und den imperialistischen Staaten USA und Großbritannien andererseits mit dem Ziel, den Krieg zu beenden und Nazifaschismus zu besiegen. Zu keiner Zeit der Anti-Hitler-Koalition waren allerdings die antagonistischen Widersprüche zwischen den englischen Imperialisten, den US-Imperialisten und der sozialistischen Sowjetunion verschwunden.“¹⁾ Diese Passage könnte in einer Fußnote mit einer oder zwei Beispielen von imperialistischen Manövern, die im RF beschrieben ist ergänzt werden.

- 2) Überschrift auf der Seite 3: „Rassistischer Völkermord an 'Zigeunern', den Sinti und Roma“

Wenn auch hier beide Begriffe, „Zigeunern“, den Sinti und Roma“ zusammen benutzt worden, ist es immer noch problematisch. In der Überschrift sollte man auf diesen Begriff verzichten, da im Text auch die Verbindung besser formuliert werden kann, wie „Die Massenvernichtung an den sogenannten 'Zigeunern', also den Sinti und Roma,...“ Die Formulierung bzw. Überschrift in RF ist auch wie im Flugblatt (siehe RF Nr. 8/9/10, „Rassistischer Völkermord an 'Zigeunern', den Sinti und Roma“ S. 52 im Teil A, Abschnitt I 'Die Verbrechen des Nazifaschismus und deren Konsequenzen als Ausgangspunkt).

Redaktionelle Anmerkung:

Die beiden Kritiken halten wir für richtig und sollten bei einer Neuauflage des FB eingearbeitet werden.

1RF Nr. 8/9/10, Teil A "Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED" im Unterabschnitt 1b, „Zum Charakter der Anti-Hitler-Koalition“ S. 57-58

Eine berechnete Kritik am Flugblatt 7-8/2005: „Die Zukunftspläne des deutschen Militärs; KRIEG“

Auf Seite 4, dritte Spalte, Mitte, heißt es (Kategorie 3):

„Es wäre jedoch kurzichtig, hier lediglich die typischen Rüstungskonzerne zu nennen, einen wie auch immer gearteten ‚Militär-Industriellen-Komplex‘ für die Aggressivität und Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus allein verantwortlich zu machen. Es geht um das deutsche Finanzkapital in seiner Gesamtheit. Jeder große Konzern produziert heute sowohl für den Zivil- als auch für den Militärbereich und ist in der Lage, die Produktion in kürzester Zeit auf Kriegsproduktion auszurichten.“

Im ersten Teil des Zitats wird nahegelegt, das es einen irgendwie gearteten „militärisch-industriellen-Komplex“ gibt, was nicht nur der Aussage im zweiten Teil des Zitats widerspricht, sondern auch im Gegensatz zu RF Front Nr. 2 steht, wo es auf S. 40 heißt:

„Gegen die illusionistische Propaganda über einen angeblich existierenden separaten ‚militärisch-industriellen-Komplex‘ im Unterschied zu dem angeblich daneben bestehenden ‚nichtmilitärischen‘, also ‚friedlichen‘, industriellen Komplex‘ des deutschen Imperialismus, muß als wesentlich betont werden, daß die deutsche Bourgeoisie stets darauf bedacht war und ist, die gesamte Produktion sehr schnell auf Kriegsproduktion umstellen zu können und die gesamten Industrieanlagen von vornherein auf diese Umstellung hin aufzubauen.“

Der Aussage in RF Front, die ich teile, entnehme ich nicht nur, das es *keinen realen* „militärisch-industriellen-Komplex“ gibt, sondern auch, das die „gesamte Produktion“ und die „gesamten Industrieanlagen“ so geplant und aufgebaut sind und werden, das sie rasch auf die Kriegsproduktion umgestellt werden können.

Im zweiten Teil des Zitats aus dem Flugblatt wird diese allgemeine Charakteristik des deutschen Imperialismus nur auf die großen Konzerne zu bezogen. Es geht nicht daraus hervor, das sämtliche Produktion, sämtlicher Industrieanlagen rasch auf Kriegsproduktion umgestellt werden kann.

Ich schlage vor, die Worte im ersten Teil des Zitats aus dem Flugblatt:

„zu nennen, einen wie auch immer gearteten ‚Militär-Industriellen-Komplex‘ zu streichen.

Der Satz würde dann lauten:

„Es wäre jedoch kurzichtig, hier lediglich die typischen Rüstungskonzerne für die Aggressivität und Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus allein verantwortlich zu machen.“

Im zweiten Teil des Zitats, würde ich die Worte:

„und jeder Betrieb“ einfügen.

„Jeder große Konzern produziert heute sowohl für den Zivil- als auch für den Militärbereich und annähernd jeder Betrieb ist in der Lage, die Produktion in kürzester Zeit auf Kriegsproduktion auszurichten.“

Inhaltsverzeichnisse der:

Politischen Stellungnahmen

1989 - 2004

von

Gegen die Strömung

Inhaltsverzeichnis

1/1989	März 1989	S. 4
Vor 70 Jahren im März 1919 Gründung der Kommunistischen Internationale Die Erfahrungen und Dokumente der Kommunistischen Internationale sind unsere Waffe im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus		
2/1989	April 1989	S. 8
Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands: Nazi-Partei NPD erzielt Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden! Zerschlagt die Nazi-Banden!		
3/1989	Mai 1989	S. 10
Es lebe der Rote 1.Mai!		
4/1989	Juni 1989	S. 12
Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze: Die einzig richtige Antwort: Revolution!		
Plakat	Juni 1989	S. 14
Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen in China! Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze Die einzig richtige Antwort: Revolution!		
5/1989	Juli 1989	S. 16
Entlarven wir die Europa-Pläne des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus		
6/1989	August 1989	S. 18
Die westdeutschen Imperialisten sind die Nutznießer des Terrors des kapitalistisch-revisionistischen Deng- Hsiao-Ping-Regimes!		
7/1989	September 1989	S. 22
50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen: Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen		
8/1989	Oktober 1989	S. 26
Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus: Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!		
9/1989	November 1989	S. 28
Die alte Nazi-Parole »Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt« erlebt einen neuen Aufschwung: Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!		
Plakat	November 1989	S. 30
Die alte Nazi-Parole »Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt« erlebt einen neuen Aufschwung: Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!		
10/1989	Dezember 1989	S. 32
Die Verbrechen der Deutschen Bank sind ein Grund mehr, das ganze imperialistische System zu stürzen!		
1/1990	Januar 1990	S. 34
Die westdeutschen Imperialisten frohlocken über die Pleite der revisionistischen Regimes: Der Bankrott der revisionistischen Länder ist nicht der Bankrott des Kommunismus		

2/1990	Februar 1990	S. 36
	Bekämpfen wir die Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus! Westberlin ist kein Teil der Bundesrepublik!	
3/1990	März 1990	S. 38
	Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus! Gegen die Einverleibung der DDR!	
Plakat	April 1990	S. 42
	Volkszählungsprozeß gegen den Redakteur von »Gegen die Strömung« Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!	
4/1990	Mai 1990	S. 44
	Wer die siegreiche sozialistische Revolution will, braucht die Kommunistische Partei! Trotz Triumphgeheul des Antikommunismus: Eine revolutionäre Kommunistische Partei im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus aufbauen!	
5/1990	Mai 1990	S. 50
	Auszug aus »Gegen die Strömung« Nr. 50, verteilt auf der Demonstration »Nie wieder Deutschland«: Gegen die Einverleibung der DDR! Die »Radikale Linke« und die »Gnade der undeutschen Geburt«: Wie radikal ist die »Radikale Linke« wirklich? Streiflichter zu den »MLPD«-Nationalisten	
6/190	Juni 1990	S. 56
	Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft!	
7/1990	Juli 1990	S. 58
	Im Kampf für den Kommunismus, die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und die Schaffung der Kommunistischen Partei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)	
8/1990	August 1990	S. 60
	Die unerträglichen Zustände in den westdeutschen Gefängnissen, die durch die revoltierenden Gefangenen ans Tageslicht gebracht wurden, sind ein Spiegelbild der wahren Zustände in Westdeutschland! »Wir sind es leid, uns wie Vieh behandeln zu lassen ...«	
9/1990	September 1990	S. 64
	Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer: Die Kanonenbootpolitik des westdeutschen Imperialismus im Nahen Osten bekämpfen!	
10/1990	Oktober 1990	S. 66
	3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen? Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen...!	
Plakat	Oktober 1990	S. 69
	Ein gefährliches Eintopfgericht: Ihr sollt alle aus einem Topf essen, denn wir wollen euch alle in einen Topf pressen!	
11/1990	November 1990	S. 70
	Die Doppeltaktik des westdeutschen Imperialismus entlarven! Solidarität mit den gerechten Kämpfen des palästinensischen Volkes!	
12/190	Dezember 1990	S. 74
	Ein Herz für Rußland? Kriegsvorbereitungen! Die Heuchelei, Verlogenheit und Demagogie des west/deutschen Imperialismus kennt keine Grenzen!	
Anhang		S. 76
	Verzeichnis der 1989/1990 erschienenen Nummern von »Gegen die Strömung«	

Inhaltsverzeichnis

1/1991	10. Januar 1991	S. 4
Der Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei - Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik Statt »nationaler Opfer« und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei - Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus		
	17. Januar 1991	S. 8
Stellungnahme von »Gegen die Strömung« Irak von US-amerikanischen und britischen Flugzeugen bombardiert! Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus im Nahen Osten		
Plakat	Januar 1991	S. 9
Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in den Ländern des Nahen Ostens Die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus		
2/1991	Februar 1991	S. 10
Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!		
3/1991	März 1991	S. 12
Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!		
4/1991	April 1991	S. 14
Keine Appelle an die Imperialisten! Die Arbeiterklasse aller Länder muß den Kampf der kurdischen Werktätigen im Irak unterstützen!		
5/1991	Mai 1991	S. 16
Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der »modernen Völkerwanderung«!		
6/1991	Juni 1991	S. 20
Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion: Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!		
7/1991	Juli 1991	S. 22
Der Henker der Völker Indonesiens zu Gast bei seinen west/deutschen imperialistischen Herren: Suharto: Mörder!		
8/1991	August 1991	S. 25
Das Spektakel der erneuten Beisetzung des preußischen Königs in Potsdam ist Teil der ideologischen Kriegsvorbereitung des west/deutschen Imperialismus! Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?		
9/1991	September 1991	S. 30
Auf lange Sicht werden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Sowjetunion durch eine erneute proletarische Revolution dem antikomunistischen und revisionistischen Spuk ein Ende bereiten! Weder Gorbatschow, Jelzin, noch die »Breschnewisten« werden die Sowjetunion aus Fäulnis und Krise herausführen!		
10/1991	Oktober 1991	S. 32
Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der »Abschreckung« verkünden: Pogrome!		
11/1991	November 1991	S. 38
Die Entwicklung der SED - ein Teil der »deutschen Misere«		

12/1991	Dezember 1991	S. 40
	»Spontan« setzen sich die bürgerlichen Lügen immer durch: Die Macht der bürgerlichen Medien brechen!	
1/1992	Januar 1992	S. 42
	Warum der west/deutsche Imperialismus Kroatien anerkennt!	
2/1992	Februar 1992	S. 44
	Zur Wansee-Konferenz 1942: Nichts vergessen!	
3/1992	März 1992	S. 48
	Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Clara Zetkin - für die Rechte der proletarischen Frauen im Kampf für den Kommunismus	
Plakat	März 1992	S. 50
	Clara Zetkin 1857 - 1933	
4/1992	April 1992	S. 52
	Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier - revisionistischer SED-Funktionär - SPD-Spitzenpolitiker Was der »Fall Just« lehren kann!	
5/1992	1. Mai 1992	S. 56
	Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wird sich nicht mit dem kapitalistischen System abfinden!	
6/1992	Juni 1992	S. 60
	Zur Erklärung der RAF vom 10. April 1992: Den Weg in die Resignation bekämpfen!	
7/1992	Juli 1992	S. 64
	Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!	
8/1992	August 1992	S. 66
	Bundeswehr in der Adria: Nicht Friedensmanöver, sondern Kriegsvorbereitung! Die Bundeswehr - mörderische Kriegsmaschinerie des west/deutschen Imperialismus	
9/1992	September 1992	S. 68
	Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus: Dahinter steckt System!	
10/1992	Oktober 1992	S. 70
	Die Raubgeschäfte der Treuhand und die Ausbeuterphrasen der west/deutschen Bourgeoisie	
Plakat	November 1992	S. 72
	Nazi-Morde 1991/1992 Nichts vergessen, nichts vergeben!	
Plakat	November 1992	S. 73
	Nazi-Morde an Silvio Meier, Yeliz Arslan, Vahide Arslan, Ayse Yilmaz Doppelt und dreifach zurückschlagen!	
11/1992	November 1992	S. 74
	8. November 1992: Berechtigte Proteste gegen die Propagandashow des west/deutschen Imperialismus Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!	
12/1992	Dezember 1992	S. 76
	Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder Kein Vertrauen in diesen Staat, der die braune Pest hervorbringt!	
Anhang		S. 80
	Verzeichnis der 1991/1992 erschienenen Nummern von »Gegen die Strömung«	

INHALT

1993

Seite

Januar (1)	Vor 60 Jahren, am 30. Januar 1933 legte das deutsche Finanzkapital die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände der Nazifaschisten Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen! ✍ Diskussionsbeiträge	1 9
Februar (2)	Nötiger denn je: Studiert das "Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels! * Gegen die Vertuschung der Morde (Zur Vertuschung der Nazi-Morde durch den west/deutschen Imperialismus und seiner Medien)	
März (3)	Stalin und Chauvinismus sind unvereinbar!	11
1. Mai (4)	Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln! * Die weitere Expansion der revanchistischen Bundeswehr bekämpfen!	15
Mai (5)	Die Herrschaft des Finanzkapitals und die steigenden "Staatsschulden"	19
Juni (6)	Von Nazis ermordet: Saime Genc, Hülya Genc, Hatice Genc, Gülsüm Ince, Gülistan Öztürk! Doppelt und dreifach zurückschlagen!	21
Plakat	Wehrt Euch, laßt Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln! ✍ Diskussionsbeitrag	23
Juli (7)	Den proletarischen Internationalismus gegen den modernen Revisionismus erkämpfen! Für die Einheit der kommunistischen Kräfte der ganzen Welt!	26
Plakat	Das wahre Gesicht des west/deutschen Imperialismus: Die Hinrichtung von Wolfgang Grams steht in blutiger Tradition!	30
August (8)	Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der EX-DDR unterstützen! * Die Soldaten des west/deutschen Imperialismus in Afrika auf blutigen Spuren! ✍ Diskussionsbeiträge	31

		Seite
Plakat	Deutsche Aggressionstruppen - raus aus Somalia! Den Kampf gegen die Bundeswehr auf der Straße, in den Betrieben und in den Kasernen entfachen!	34
September (9)	Was zeigt das mörderische Massaker der UNO-Truppen in Somalia? <i>✍ Diskussionsbeitrag</i>	43
Oktober (10)	"Der Hamburger Aufstand gehört nicht 'der Geschichte an', sondern er ist eine Probe für die Zukunft" (Ernst Thälmann) Der Hamburger Aufstand 1923	47
November (11)	Der west/deutsche Imperialismus tritt in der Pose des Siegers des Zweiten Weltkrieges auf! * Kampf dem Verbot der kurdischen Organisation!	49
Dezember (12)	"Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" (Zum 100 Geburtstag von Mao Tse-tung) * Kohl-Besuch in China: Die west/deutschen Imperialisten auf dem Vormarsch!	51

1994

Januar (1)	Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben! Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!	55
Beilage	Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	58
Plakat	Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen	62
Februar (2)	Spitzel!	67
März (3)	Kambodscha, Somalia, Bosnien... Die west/deutschen Militaristen bei der Arbeit!	69
April (4)	Schluß mit der Hetze gegen unsere kurdischen Genossinnen und Genossen! Die Drecksargumente gegen die kurdische Befreiungsbewegung zerschlagen! * Der Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	71

III

		Seite
<i>Mai/Juni</i> (5/6)	Es lebe die Revolution in Mexiko! * Magdeburg: Zusammenspiel von Polizei und Nazis! ✍ <i>Diskussionsbeitrag</i> *	75
<i>Plakat</i>	Heute haben wir gesagt Basta! (Erklärung der EZLN)	86
<i>Juli</i> (7)	Warum die Schrift "Über die Grundlagen des Leninismus" studieren ? * Halim Dener, kurdischer Revolutionär, von west/deutschem Polizisten ermordet!	87
<i>Plakat</i>	Mord an Halim Dener!	90
<i>August</i> (8)	Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen! * Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ✍ <i>Diskussionsbeiträge zum 20. Juli 1944</i> *	91
<i>September</i> (9)	"Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver-und zertreten soll." (Karl Marx) Warum der Pärlamentarismus ein antidemokratisches System ist	97
<i>Oktober</i> (10)	Entwurf einer Resolution für die 2. Parteikonferenz von GDS 5 Jahre Einverleibung der DDR - 5 Jahre Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus	101
<i>Beilage</i>	3. Oktober 1994: Kampfdemonstration in Bremen gegen den revanchistischen "Nationalfeiertag"!	105
<i>November</i> (11)	Ausgangspunkte und Aspekte im Kampf für die Analyse der internationalen Lage: Gegen das Gift der "rein deutschen" Perspektive! (Auszüge aus dem Entwurf für eine Resolution der 2. Parteikonferenz von GDS)	107
<i>Dezember</i> (12)	In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt! Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt! * Demonstrationen in Essen und Worms am 10. Dezember 1994: Polizeistaat in Aktion	113



* Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

I

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
	1995	
Januar (1)	36000 "unerwünschte Ausländer" abgeschoben, 3500 ständig in Abschiebehäft!! Der mörderische Terror der Abschiebehäft und der Abschiebungen! * Solidarität mit dem Antifaschisten Nino!	1
Plakat	Opfer der mörderischen Abschiebepolitik! Kampf dem staatlichen Abschiebeterror!	4
Februar-März (2-3)	50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!	5
April (4)	Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch- chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen! 50 Jahre Schwur von Buchenwald: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"	11
Mai (5)	8.Mai 1995 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus! Das Potsdamer Abkommen - eine sehr scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus! ✍ <i>Diskussionsbeitrag</i>	21
Juni (6)	Polizeiüberfall auf vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin! Solidarität mit den vietnamesischen Arbeiterinnen u. Arbeitern im Kampf gegen Medienhetze, Polizei- und Abschiebeterror!	27
Juli (7)	Gegen die Heuchelei der Repräsentanten und Medien des deutschen Imperialismus: Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte "Umweltverschmutzung"! ✍ <i>Diskussionsbeiträge</i>	29
August (8)	Kurdische Hungerstreikende am 27.7.1995 in Frankfurt/Main von SEK-Trupps auseinandergeprügelt! Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden! * Erklärung von "Gegen die Strömung": Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien! ✍ <i>Diskussionsbeiträge</i>	37
Plakat	Kämpft für die sofortige Freilassung der kurdischen Genossinnen und Genossen aus den Gefängnissen des deutschen Imperialismus!	41

II

September- Oktober (9-10)	Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen: Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien! * Die Nazis verstärken ihren rassistischen Terror! ✎ <i>Diskussionsbeiträge</i>	43
Beilage	5 Jahre Einverleibung der DDR	53
November (11)	Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr! ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	57
Dezember (12)	Zum 100. Todestag von F. Engels: Friedrich Engels - revolutionärer Kämpfer für den wissenschaftlichen Kommunismus ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	61
Plakat	“Klassenkämpfe in Frankreich” Unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!	70

1996

Januar (1)	Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen in Frankreich! ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	71
Februar (2)	Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!	77
Plakat	Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien vertuscht!	83
Plakat	Nazi-Massaker durch Brandanschlag von Lübeck! Doppelt und dreifach zurückschlagen!	
März (3)	“Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!” Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan- Werften in Bremen und Bremerhaven * Solidarität mit den gegen die deutsche Polizei kämpfenden Kurdinnen und Kurden! * Der Naziterror geht weiter! * Erklärung zur Besetzung der deutschen Botschaft in Mexiko! * “taz” und “junge Welt” vertuschen im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit!	85
Flugzettel	(Geplanter) Rede Beitrag des Buchladen-Dimitroff auf der Demon- stration “Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!” am 23.3.96 in Lübeck ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	91
April/Mai (4-5)	Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift “Was tun?”	97
Beilage	Erklärung der Redaktion von “Radikal Brechen” zum Zusammenschluß mit “Gegen die Strömung”	101

III

Mai (5)	Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen! * Solidarität mit dem gerechten Widerstand gegen den Castor-Transport!	107
Plakat	Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in den Kasernen und im Betrieb!	109
Juni (6)	Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!	111
Juli/August (7-8)	Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	113
Beilagen	Das "Manifest von Aguas Blancas" des Ejército Popular Revolucionario Thesen der Resolutionen der 2. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung" * Zur Broschüre - "Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996: ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	131 135 143
September (9)	Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen: Der Polizeistaat bei der Arbeit!	149
Oktober (10)	Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen! * Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!	153
November (11)	Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen - Der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei "auf der Flucht erschossen" - Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet! Nazis und Polizei - Mord und Totschlag! ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	157
Dezember (12)	60 Jahre spanischer Bürgerkrieg: Die Bedeutung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention	163



✎ *Diskussionsbeitrag:* Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1997

Januar (1)	Für den revolutionären Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats: Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	1
Beilage	Thesen der II. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": "Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil I und II"	13
Februar(2)	Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!	19
Beilage	Kampf gegen die braune Pest - Eine Auswahl aus den Publikationen von Gegen die Strömung zum Thema	23
Flugzettel	* Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!	25
März(3)	Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter	27
Beilage und Plakat	Erklärung zur bewaffneten Aggression der Bundeswehr und zum bewaffneten Aufstand in Albanien Bekämpfen wir die militärische Aggression des deutschen Imperialismus gegen Albanien! (Plakat) <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	31
Plakat	Gegen den immer brutaleren Kapitalismus hilft nur der immer militantere und zielklarere Kampf!	37
April-Mai (4-5)	Aus den Erfahrungen der proletarischen Rote Hilfe unter Führung der Komintern für heute lernen: Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen! * Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig verhindern! <i>✍ Diskussionsbeitrag</i>	39
Flugblatt	<i>Zum Kampf gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Leipzig:</i> Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur "bessere Organisation", sondern vor allem größere Klarheit!	49
Juni (6)	Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift "Staat und Revolution": Den Aberglauben an den Staat bekämpfen!	55
Juli (7)	Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge! Solidarität	59
Beilage	Thesen der II. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": "Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil III"	63
Plakat	Solidarität mit dem Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen des faschistischen Regimes im Iran!	69

II

August- September (8-9)	Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen! * Der „Hochwassereinsatz“ der Bundeswehr an der Oder: Kriegsvorbereitung ≠ <i>Diskussionsbeitrag</i>	
Beilage	Drei grundlegende Aspekte des Proletarischen Internationalismus: Für die weltweiten Ziele des Kommunismus, gegen den europäischen und gegen den deutschen Chauvinismus	76
Plakate	- Einverleibung der DDR 1989: ein neues Kapitel in der Verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus! - Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen! - Wann darf ein Polizist „Mörder“ genannt werden?	78
Beilage und Plakat	Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Imperialismus Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! (Plakat)	81
Oktober- November (10-11)	Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet!	85
Beilage	Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras! • Ein Dokument der Solidarität mit Vietnam von Che Guevara: Botschaft an die Völker der Welt: “Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!” (April 1967)	101
Dezember (12)	Warum die kritische Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist: Aus den Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland für künftige Kämpfe lernen!	113

1998

Januar (1)	Gründe, warum das Studium des Hauptwerks von Karl Marx von grundlegender und aktueller Bedeutung ist Studiert „Das Kapital“!	117
Februar (2)	Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!	119
März (3)	Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herrero in Namibia! Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen ! * Nazi-Mord an der 14-jährigen Antifaschistin Jana Georgi in Saalfeld am 26.3.1998!	125
Beilage	• Dokument „Die soziale und moralische Verpflichtung der Rückgabe des Eigentums, das das Volk der Herero und Mbanderu während des deutschen Kolonialismus und dem daraus folgenden Krieg verloren hat“	129

III

April (4)	Mai 1997 bis April 1998 - Schlaglichter zum Vormarsch des deutschen Imperialismus: Die Resignation bekämpfen!	131
Mai (5)	Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen 1997/1998 Leipzig, 1.Mai 1998: Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!	135
Beilage	<i>✂ Diskussionsbeitrag</i> Kommunistische Positionen zum reaktionären "Völkerschlachtdenkmal"	143
Juni-Juli (6-7)	<i>✂ Diskussionsbeitrag</i> Gegen die 60-Jahre-Jubelfeier des "Musterbetriebes" des deutschen Monopolkapitals VW - in der ungebrochenen Tradition der Verbrechen des Nazi-"Musterbetriebs"	149
August (8)	Vor 60 Jahren erschien eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Kommunismus: Gute Gründe, die "Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang" heute zu studieren	159
September- Oktober (9-10)	<i>✂ Diskussionsbeitrag</i> Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova! * Unterstützen wir die beispielhaften militanten Kämpfe der werktätigen in Chile!	163
Plakat	<i>✂ Diskussionsbeitrag</i> Unterstützen wir die „Verdammten dieser Erde“ gegen den deutschen Imperialismus!	173
November- Dezember (11-12)	Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!	175
Beilage	• Dokumente und Kritik - Die Erklärung des ZK der KPD "Gegen die Schmach der Judenpogrome!" vom November 1938 - mit kritischer Einschätzung - Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus - mit kritischer Einschätzung - Kritische Einschätzung der Rede August Bebel's gegen den Antisemitismus von 1893 <i>✂ Diskussionsbeiträge</i>	187



✂ Diskussionsbeitrag: Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

INHALTSVERZEICHNIS

1999

Seite

Januar (1)	Angesichts der Verschärfung der Abschiebungen und der Germanisierungspolitik des deutschen Imperialismus - vor allem den proletarischen Internationalismus und den Kommunismus propagieren! Über die Zusammenarbeit der revolutionären Kräfte verschiedener Nationalitäten in Deutschland <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	2
10 Plakate	Zum 80. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	16
Februar (2)	Der Stein, den die Reaktionäre durch die Verschleppung Öcalans erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen. Der türkische Folterstaat und alle Reaktionäre der Welt werden den Sieg des gerechten kurdischen Befreiungskampfes nicht verhindern können! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i> * Nazi-Mord an dem algerischen Flüchtling Omar Ben Noui am 13.2.1999 in Guben nach organisierter Nazi-Hetzjagd vor den Augen der deutschen Polizei!	18
26. März (3)	Den Angriffskrieg der deutschen Imperialisten gegen Jugoslawien mit allen Mitteln bekämpfen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	24
Plakat	Den Angriffskrieg der deutschen Imperialisten gegen Jugoslawien mit allen Mitteln bekämpfen!	25
1. Mai (4)	Den imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien bekämpfen! Die Demagogie des deutschen Imperialismus von der angeblich „humanitären“ Hilfe entlarven!	30
Mai- Juni (5-6)	Angesichts des imperialistischen Angriffskrieges des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien: Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	36
Juli (7)	Gegen die „Gewöhnung“ an die tagtäglichen Nazi- Verbrechen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	54
Plakat	Nazi-Morde 1989- 1999 – eine unvollständige Chronik,	58
Plakat	Morde in Deutschland	62
August - September (8-9)	Wladimir Iljitsch Lenin <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	70
Beilage	J.W. Stalin – Über Lenin <i>Rede auf dem Gedenkabend der Kremlkursanten am 28. Januar 1924</i>	82
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 4/99</i>	86
Oktober (10)	Der deutsche Imperialismus – einer der Hauptdrahtzieher und einer der Oberherren des indonesischen Henkerstaates Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in Indonesien! * Der mutige Widerstand der inhaftierten Revolutionäre in der Türkei zeigt: Der Kampf geht weiter!	90

III

November - Dezember (11-12)	Fünf Wochen Betriebsbesetzung bei Alcatel-Berlin! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	96
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 5/99</i>	100
2000		
Januar (1)	Was zeigen die militanten Massenkämpfe in Ecuador? * 60-tägiger Hunger- und Durstreik und internationale Solidaritätsaktionen zwingen Gefängnisbehörden des deutschen Imperialismus zur Aufhebung der Isolationshaft!	104
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 6/99 (Novemberr-Dezember 1999)</i> <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	108
Februar - März (2-3)	Zum Thema Zwangsarbeit: Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	116
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 1/00 (Januar-Februar 2000)</i>	124
April (4)	Rüstungsexport als Wesensmerkmal des deutschen Imperialismus: „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	128
Juni (5)	Gegen das Drecksargument „Keine Gewalt gegen Nazis!“: Wer Gewalt gegen Nazi-Terror ablehnt, macht sich mitschuldig!	138
Plakat	Von Nazis ermordet! Alberto Adriano	139
Juli (6-7)	Gegen die Verfälschung einer Grundthese des wissenschaftlichen Kommunismus: „Die Arbeiter haben kein Vaterland!“	140
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 2/00 (März-April 2000)</i>	146
August (8)	Bombenanschlag in Düsseldorf: Der antisemitische Terror der Nazis hat System!	154
Plakat	Der deutsche Antisemitismus - legitimer Zwillingbruder des deutschen Imperialismus	156
September - Oktober (9-10)	10 Jahre „Deutsche Einheit“: Der Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf	158
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 3/00 (Mai-Juni 2000)</i>	166
November - Dezember (11-12)	100 Jahre deutscher Imperialismus: 100 Jahre Raub und Mord! Die Massaker der deutschen Militaristen in China 1900	170
Plakat als Beilage	„100 Jahre deutscher Imperialismus, 100 Jahre Raub und Mord“ „Im Jahre 1900: Deutsche Soldateska raubt und mordet in China!“	180
Flugzettel (22.11.00)	Über 800 revolutionäre und demokratische Gefangene in der Türkei seit 20. Oktober im Hungerstreik!	181
Beilage	Massaker in den Gefängnissen des mörderischen türkischen Staates! Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 4-6/00 (Juli-Dezember 2000)</i>	182

Inhaltverzeichnis

2001

		Seite
Januar (1)	Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen - den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken! Gegen den Staatsterror!	3
Februar – März (2-3)	Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!	9
April – Mai (4-5)	Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!	17
Flugzettel (Juni 2001)	Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß“ der Autonomen Antifa(M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnis gegen Rechts Leipzig im April 2001	21
Juni (6)	1. Mai 2001: Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!	23
Juli – August (7-8)	Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?	29
September (9)	Erklärung von „Gegen die Strömung“: Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung waren gerecht!	41
Flugzettel 11.10.2001	Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans: Gegen den dümmlichen „Anti-Amerikanismus“ der Opportunisten!	43
Oktober – November (10-11) Zeitung Beilage Flugblatt	Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan: Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus! Einige Fakten zur Geschichte Afghanistans Kurzfassung der Zeitung Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus! (Oktober-November, 10-11/2001)	45 59
Dezember (12)	22. Juni 1941 - 8. Mai 1945: Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion 1418 Tage!	61
Beilage	Rundfunkansprache des Genossen Stalin vom 3. Juli 1941: „Die faschistische Hitlerarmee kann und wird geschlagen werden...“	81

2002

Januar (1)	Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt: So wie es ist, bleibt es nicht!	85
Plakat	Solidarität mit den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien!	91
Februar (2)	NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat!	93
Beilage	NPD und Verfassungsschutz - Fakten	97
März (3)	Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia... Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!	99
Plakat	Militaristische Propaganda auf dem Vormarsch! Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit!	105
Zum 1. Mai (4)	Die imperialistischen „Herren der Welt“ haben NICHT „alles im Griff“! Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!	107
Mai (5)	Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!	111
Juni (6)	Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben: Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!	113
Juli (7)	Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung: Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002	115
August (8)	Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!	117
September (9)	Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen!	121
Oktober (10)	Die US-imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak bekämpfen ohne unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen! Tod dem „deutschen Weg“ des deutschen Imperialismus!	127
November (11)	Überfälle, Mißhandlungen, Anschläge, Mord: Nazi-Terror!	131
Plakat	Von Nazis ermordet! Marinus Schöberl	132
Dezember (12)	Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus: Überzeugende Argumente für den Kommunismus	133
Plakate	Studiert den Kommunismus!	141

Roter Pressespiegel Überblick zum Pressespiegel ...

2001

1 - 2/01	Januar – April 2001	145
3 – (4)/01	Mai – Juli 2001	147
(4) – 6/01	August – Dezember 2001	149

2002

1 - 2/02	Januar – April 2002	155
3/02	Mai – Juni 2002	157
4/02	Juli – August 2002	159
5/02	September – Oktober 2002	161
6/02	November - Dezember 2002	163

Diskussionsbeiträge

Vorbemerkung	167
Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten	169

Bulletins

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2001

1/01	Januar – März 2001	205
Beilage zu 1/01	Zur Plakatserie (in verschiedenen Sprachen): 100 Jahre deutscher Imperialismus - 100 Jahre Raub und Mord	209
2/01	April – Juni 2001	217
3/01	Juli – September 2001	221
4/01	Oktober – Dezember 2001	225

2002

1/02	Januar – März 2002	233
2/02	April – Juni 2002	237
3/02	Juli – September 2002	241
4/02	Oktober 2002 – Januar 2003	245

Plakatserie

Plakatserie	100 Jahre deutscher Imperialismus 100 Jahre Raub und Mord	255
-------------	--	-----

Inhaltverzeichnis

2003

		Seite
Januar (1)	Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus: Überzeugende Argumente für den Kommunismus	3
Plakate	Studiert den Kommunismus!	11
Februar (2)	Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt: Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933	13
März (3)	20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert! Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten	21
Flugzettel 20.03.2003	20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert! Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten	23
April (4)	5. März 1953: Vor 50 Jahren starb Genosse Stalin: Stalin in Deutschland verteidigen!	25
Mai (5)	Die Zuspitzung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten und der Prüfstein: Kampf gegen die Bundeswehr! Zur internationalen Lage	27
Juni – Juli (6-7)	Mit Polizei, Zwickels und Medien wie "Bild" forciert der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung: Die IG-Metall-Führung bricht die eigene Satzung: Streikabbruch ohne Urabstimmung!	31
Beilage	Aus den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter lernen!	35
August – September (8-9)	Im Kampf für den wissenschaftlichen Kommunismus und die proletarische Revolution gegen religiöse Verdummung und Verhetzung Religion: Vor allem die christlich-deutsche Ideologie bekämpfen!	37
Oktober (10)	Solidarität mit den Kämpfen der werktätigen und ausgebeuteten Massen Boliviens!	49
November – Dezember (11-12)	Der Erste Weltkrieg - ein von allen Seiten ungerechter Krieg, dennoch gilt damals wie heute: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und die Lage heute	55
Plakat	Lehren aus dem Ersten Weltkrieg 1914-1918 für heute	69

2004

Januar – Februar (1-2)	Die mörderische deutsche Herrenmenschen-Ideologie bekämpfen: Gegen Nazi-Terror und Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland!	71
Flugzettel	Im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und Kriegspolitik aller Imperialisten gilt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!	79
März (3)	Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus: Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!	83
Flugzettel	Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus: Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!	85
April (4)	"EU-Osterweiterung": Kampf dem Vormarsch des deutschen Imperialismus! Kampf dem deutschen Chauvinismus!	89
Mai (5)	Die Heuchelei des deutschen Imperialismus angesichts der Verbrechen seines imperialistischen Rivalen: Die Folter ist ein Meister aus Deutschland	91
Juni (6)	Der Kampf gegen den deutschen Revanchismus ist unverzichtbar! Was bedeutet deutscher Revanchismus?	97
Juli (7)	20 Jahre nach dem Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verschärft das deutsche Monopolkapital die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse: Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler im Juli 2004	99
Aug. – September (8-9)	Kampf gegen den Antiziganismus: Solidarität mit den Sinti und Roma!	105
Beilage	Kommunistische Positionen zum Warschauer Aufstand 1944	117
Oktober (10)	Zum Streik und Streikabbruch bei Opel: Zweierlei Lehren	121
November – Dezember (11-12)	Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“: Von der Diskriminierung zum Massenmord	123
Flugzettel	Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“: Von der Diskriminierung zum Massenmord	133
Grußadresse	Grußadresse anlässlich der 3.Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: An die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt	137

Roter Pressespiegel Überblick zum Pressespiegel ...

2003

1/03	Januar – Februar 2003	141
2/03	März – April 2003	143
3/03	Mai – Juni 2003	145
4/03	Juli – August 2003	147
5/03	September – Oktober 2003	149
6/03	November – Dezember 2003	151

2004

1/04	Januar – Februar 2004	153
2/04	März – April 2004	155
3/04	Mai – Juni 2004	157
4/04	Juli – August 2004	159
5/04	September – Oktober 2004	161
6/04	November – Dezember 2004	163

Diskussionsbeiträge

Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten	165
--	-----

Bulletins

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2003

1/03	Februar – März 2003	177
2/03	April – Mai 2003	181
3/03	Juni – September 2003	185
4/03	Oktober – Dezember 2003	189

2004

1/04	Januar – März 2004	199
2/04	April – Juni 2004	203
3/04	Juli – September 2004	211
4/04	Oktober – Dezember 2004	215

Bisher erschienene Ausgaben von

„Rot Front“

Theoretisches Organ von *Gegen die Strömung*

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:

Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:

**Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
(Teil I)**

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen

Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:

**Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
(Teil II)**

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus,
gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten
Kampfes und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

**Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus
(Teil I und II)**

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei:
Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:

Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:

Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 7,50 €

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 8–10, Juli 2000

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 11–14, Juli 2002

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten, Preis 23,- €

Nr. 15, Juli 2003

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus

II. Lenin über die höhere Phase der Kommunistischen Gesellschaft

III. Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Texte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten, 5,- €

Nr. 16–17, Januar 2004

J. W. Stalin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

A. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei (1894–1923)

B. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)

C. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten, 12,50 €

Nr. 18, Oktober 2004

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfaltung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang: Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten, 6,- €

Nr. 19, Januar 2005

Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung (2004)

Programmatistische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatistische Dokumente (Thesen):

I. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus

V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

200 Seiten, 7,50 €

Nr. 20, Juli 2005

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

- I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution
- II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus
- III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus
- IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution

280 Seiten, 12,50 €

Nr. 21, Januar 2006

Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tse-tungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

108 Seiten, 5,- €

Dokumente von GEGEN DIE STRÖMUNG

1974 – 2003

3 CD-ROMs, 15,- € + Porto

Die 3 CD-ROMs enthalten sämtliche Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG aus den Jahren 1974 bis 2003 im PDF-Format. Enthalten sind u.a.:

Flugblätter, GDS-Nummern, „Rot Front“ (theoretisches Organ), Publikationsverzeichnisse, Materialien-Nummern, die Reihe „Probleme des Kampfes“, die Reihe „Internationale Informationen“, Dokumente zur Debatte mit der TKP/ML(B), Publikationen der Organisation „Westberliner Kommunist“, die Reihe „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus“, „Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe“, die Zeitschrift „Radikal Brechen“

Buchladen ★ Georgi ★ Dimitroff

... hier gibt es:

- ☞ **Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der
Kommunistischen Internationale in verschiedenen Sprachen**
- ☞ **Proletarisch-revolutionäre und antifaschistische Romane**
- ☞ **Antifaschistische und antiimperialistische Literatur**
- ☞ **Materialien zum Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus,
Antiziganismus, deutschen Chauvinismus und Nationalismus**
- ☞ **Materialien zur revolutionären Bewegungen in anderen Ländern**
- ☞ **Literatur und Materialien zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung und zum deutschen Imperialismus**
- ☞ **die monatlichen Flugblätter von „Gegen die Strömung“ zu Themen
des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen
Kommunismus**
- ☞ **die vierteljährlich herausgegebenen „Bulletins - zur Information
der revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräfte aller
Länder“; erscheint regelmäßig auf Türkisch, Französisch, Englisch,
Spanisch, Italienisch und Niederländisch.**
- ☞ **„Rot Front“, das Theoretische Organ von „Gegen die Strömung“,
Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus**
- ☞ **weitere Publikationen von „Gegen die Strömung“**
- ☞ **Gelegenheit zu diskutieren**

... und vieles mehr !

Öffnungszeiten: Samstag 10.00–13.00 Uhr

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main, Fax: 069 / 73 09 20